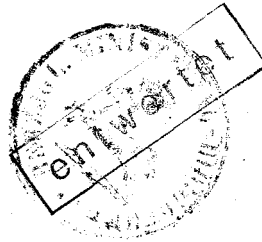
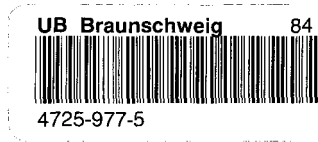


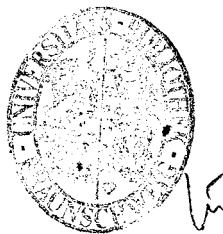
CARL BEDDIES
BUCHBINDEREI
BRAUNSCHWEIG
HINTER LIEBFRAUEN 5.



ka 5
entwertet



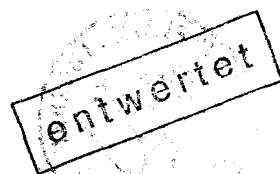
CARL BEDDIES
BUCHBINDEREI
BRAUNSCHWEIG
HINTER LIEBFRAUEN 5.



4725-9775

Verzeichnis
der
Verhandlungs-Gegenstände
der
Stadtverordneten-Versammlung
zu
Braunschweig
im Jahre 1911/1912.

10012328



Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei in Braunschweig.

Übersicht

der

Verhandlungs = Gegenstände.

A. Nach der Zeitfolge.

I. 13. April 1911.

	Seite
1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters für das Jahr 1911/12	3
2. Wahl von Kommissionen und Deputationen für die Jahre 1911/12 und 1912/13	4

II. 26. April 1911.

1. Gewährung einer Beihilfe für das 30. Festschießen des Nordwestdeutschen Bezirksvereins des deutschen Schützenbundes	18
2. Antrag des Stadtverordneten Nieke auf Förderung des Baues kleinerer Wohnungen	19
3. Herstellung von Plattenbelag auf der Hedwigstraße	30
4. Herstellung von Plattenbelag auf der Döringstraße zwischen Hedwig- und Cammannstraße	30
5. Anschaffung einer kleinen Büttenspritze für das Kieselgut und Ausführung einer Wasserzuleitungsanlage daselbst	31
6. Ausbau des Altstadtrings bis zur Broigemerstraße betreffend	32
7. Neuregelung der Gehaltsverhältnisse der städtischen Lehrer und Beamten	33
8. Herrichtung des Franzschen Feldes als Spielplatz	70
9. Instandsetzung des straßenwärts belegenen kleinen Wohnhauses auf dem Schulgrundstücke an der Leopoldstraße	77

III. 24. Mai 1911.

1. Antrag des Stadtverordneten Ribbentrop auf Gewährung besonderer Vergünstigungen für Veteranen von 1870/71	83
2. Verwilligung einer Platzmiete für die „Internationale Ausstellung für Reise- und Fremdenverkehr“ in Berlin	87
3. Erlaß einer neuen Dienstanzweisung für die Wächtermannschaft	88

	Seite
4. Ausbau der projektierten Straße Nr. 107	92
5. Bepflanzung der Niedeßstraße mit Bäumen	92
6. Ausbau der östlichen Teilstrecke der Nordstraße zwischen Spargelstraße und Wültenweg	92
7. Anlage einer Preßgasbeleuchtung für die Dankwardstraße	93
8. Auswechslung des Gashauptrohrs in der Cellerstraße	93
9. Verbesserung der Straßenbeleuchtung auf einem Teile des Madamenweges	94
10. Bauliche Änderungen in dem Beamenwohnhanse an der Neustadtmühle	94
11. Ausbau des Dachgeschosses des nördlichen Flügels der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule	95
12. Verkauf einer Straßenfläche an der Wendenstraße	97
13. Bericht über die bestehenden Wohnungspflegen in anderen Städten und Erledigung des diesbezüglichen Antrags Frede	99
14. Wahl zweier Vertreter zu dem am 9. und 10. Juni d. Js. in Wolfenbüttel statt- findenden Braunschw. Städtetage	105
15. Abschluß eines Haftpflichtversicherungsvertrages	106
16. Übernahme der Leitung des Ausbildungskurses für Feuerwehrführer seitens des Kreisbranddirektors	107
17. Nachverwilligung von Kosten für die ausgeführten Bauten auf dem Feuerlösch- grundstücke	108
18. Verkauf von Terrain an der projektierten Straße Nr. 38	109
19. Entsendung städtischer Beamten nach der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden	109
20. Vermietung zweier Wohnungen in städtischen Grundstücken	110
21. Um- und Erweiterungsbau am Bürgerparkrestaurant	111
22. Anfrage Tegmann wegen Mitteilung an die Reichsregierung über angebliche Wißwirtschaft an hiesigen Krankenkassen	112
23. Antrag Bähr: Erhöhung des Gehalts der Schuldiener	120
24. Antrag Eckhardt: Anlage von Reitwegen bei Herrichtung des Franzischen Feldes .	128
25. Anfrage Ahmann, betreffend die Anlage der Eisenbahn Braunschweig-Celle .	128
26. Antrag Jasper, betreffend Einberufung der Stadtverordnetenversammlungen . .	131

IV. 15. Juni 1911.

1. Anfrage Jasper wegen Entlassung eines städtischen Arbeiters	135
2. Errichtung der Büdel-Stiftung	136
3. Herrichtung des Franzischen Feldes als Spielplatz	140
4. Antrag des Stadtverordneten Eckhardt auf Herrichtung eines Reitweges auf dem Franzischen Felde	170
5. Antrag des Stadtverordneten Jasper auf Anberaumung regelmäßiger Stadt- verordnetenitzungen	171
6. Baulichkeiten im früheren Hilbebrandtschen Hause an der Helmstedterstraße . .	171
7. Erwerb von Grundflächen an der Giesmaroderstraße	172
8. Errichtung von Geräte- und Wärterhäusern	172
9. Neuregelung der Messen	173

	Seite
10. Baulichkeiten auf dem Pflegehausgrundstücke	177
11. Verkauf eines Grundstücks an der Kiedestraße	178
12. Abgabe von Wasser an die Schützengesellschaft während der Messen und der Majsh	179

V. 22. Juni 1911.

1. Erlaß von Statuten für die städt. Schulen und Beamten	184
A. Nachtrag V zur Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen der Stadt Braunschweig vom 15. Dezember 1900	186
B. Statut über die Unterhaltung von Oberrealschulen	194
C. " " " " einer Höheren Mädchenschule	213
D. " " " " einer Mädchen-Mittelschule	221
E. Statut über die Befoldung der Beamten der Stadt Braunschweig	226
2. Errichtung einer Verbrennungsanlage auf dem Zentralfriedhofe	229
3. Instandsetzung des Leihhausganges	244
4. Ausbau der Straße Nr. 92	245
5. Verkauf des früher Nowaldtschen Hauses an der Helmstedterstraße	245
6. Anbringung von Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen	246
7. Stadtseitige Übernahme einer Teilstrecke der Helmstedterstraße	247
8. Einführung einer neuen Methode des Gesangsunterrichts	248
9. Instandsetzung der Neuen Knochenhauerstraße	249
10. Zuwendung an den Rabattspareverein	249
11. Ausbau der Straße Nr. 365 und Erklärung derselben zur Ortsstraße	249
12. Instandsetzung der Echternstraße zwischen Prinzenweg und Michaeliskirche	250
13. " " Agidienstraße	250
14. " " Böddenstraße zwischen Henstadtthaus und Meinhardshof	251
15. Zuwendungen für den Verkehrsverein	252
16. Verlängerung des Kanals und des Wasserrohrs in der Helmstedterstraße	252
17. Einrichtung einer Schulküche usw. in der 4. mittleren Mädchenbürgerschule	253
18. Vermietung des Hildebrandtschen Hauses	254
19. Vertrag mit der Herzöglichen Straßen- und Wasserbauinspektion (betr. Rieselgut)	254

VI. 10. August 1911.

1. Abänderung des Ortsbauplans zwischen Frankfurterstraße und Landeseisenbahn	258
2. Auswechselung und Neuverlegung von Wasserhauptrohren	259
3. Auswechselung des Wasserrohrs in der Elmstraße	277
4. Herrichtung von Über- und Unterführungen an den Kreuzungen der Landeseisen- bahn mit dem Mittelwege und der Weststraße	277
5. Verbreiterung des Bürgersteigs am Bohlwege, südlich des Langenhofs	280
6. Abänderung des Ortsbauplans bezüglich der projektierten Straße Nr. 114 a	280
7. Ausbau der Schunterstraße	281
8. Ausbau der Raabestraße zwischen Schillerstraße und Niddagshäuserweg	282
9. Gasversorgung der Hofhaltungsgebäude zwischen Kasernenstraße und Hagenstraße	283

	Seite
10. Entsendung von Deputationsmitgliedern und eines Beamten nach der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden	283
11. Verlegung eines eisernen Wasserrohrs zwischen den beiden Männerbadeanstalten	284
12. Verwilligung von Stempelposten	288
13. Behandlung einer Eingabe betr.	288
14. Antrag Fricke, Verbindung des Teiches im Stadtpark mit der städtischen Wasserleitung betr.	289
15. Anfrage Jasper, das Auftreten der Polizeibeamten am 7. August betr.	290
16. Stromabgabe seitens des Lichtwerks an die Herzogl. Technische Hochschule	293

VII. 7. September 1911.

1. Wegfall der Benzolverwendung bei Herstellung des Gases und Einführung von Gasautomaten	296
2. Antrag des Stadtverordneten Jasper auf Anberaumung regelmäßiger Stadtverordnetenversammlungen	319
3. Aufhebung der Interessentenwege Nr. 127/128	324
4. Abschluß eines Haftpflichtversicherungsvertrages	324
5. Abänderung des Ortsbauplans bezüglich der Straßen Nr. 508/509	325
6. Erhöhung der städtischen Beihilfen für den Braunschweiger Frauenverein	326
7. Veteranenunterstützung betreffend	327
8. Ausbau der Cellerstraße zwischen Neustadttring und Landesbahn	329
9. Aufnahme der Straße Nr. 559 in den Ortsbauplan und Ausbau derselben	330
10. Regelung der Gehaltsverhältnisse der Stadtgeistlichen	332

VIII. 21. September 1911.

1. Abänderung des Gasstatuts	338
2. Lohnübersicht für 1910/11	339
3. Gesuch der Anwohner der Stecherstraße wegen Regelung des Fuhrverkehrs daselbst	360
4. Abrechnung über den Ausbau bzw. Instandsetzung verschiedener Straßen	361
5. Bericht über die städtische Rechtsanwaltsstelle	361
6. Antrag verschiedener Einwohner auf Anlegung von Reitwegen	364
7. Rechnungsabschlüsse für 1910/11	366
8. Abnahme der städtischen Haushaltsrechnungen für 1908/09	371
9. Anfrage des Stadtverordneten Busch wegen der vorgenommenen Straßenarbeiten auf der Adolfstraße	371
10. Antrag des Stadtverordneten Henking auf bessere Säuberung der Hauptverkehrsstraßen und Fußwege	372
11. Antrag des Stadtverordneten Frede auf Freigabe der Hauptwege im Bürgerpark für den Radfahrverkehr	373
12. Einsprache gegen eine Änderung des Ortsbauplans (Straße Nr. 114)	374
13. Vermietung der ersten Etage des vorm. Hildebrandtschen Hauses	375
14. Nachverwilligung von Kosten zur Instandsetzung desselben Hauses	375

IX. 5. Oktober 1911.

1. Begründung mehrerer Anfragen des Stadtverordneten Poeschigt:	
a) Schutzvorrichtung an den Straßenbahnwagen	378
b) Kleinhandel mit Fleisch auf dem Schlachthause	380
c) Anschaffung eines Krankenwagens	381
2. Antrag Friede: Verbindung des Teiches im Stadtpark mit der städtischen Wasserleitung betreffend	383
3. Zuwendungen an den Verkehrsverein	383
4. Anordnung von Vorgärten für die Straßen 508/509	384
5. Feuerhilfe und Hilfe bei Unfällen seitens der städtischen Berufsfeuerwehr im Prinz-Albrecht-Park	385
6. Antrag auf Durchführung der Straßenbahnlinie Fallerdebertor bis zum Hauptbahnhofe, und Antrag auf Herrichtung einer anderen Straßenbahnverbindung zwischen Wilhelmitor und Innenstadt	390
7. Antrag des Stadtverordneten Henking auf bessere Säuberung der Hauptverkehrsstraßen und Fußwege	395
8. Antrag des Stadtverordneten Bunge auf Einstellung einer weiteren Hilfskraft bei der städtischen Rechtsanwaltsstelle	400
9. Nachverwilligung von Kosten für den inneren Ausbau des Neustadtrathauses	401
10. Rechnungsabschlüsse der städtischen Gas- und Wasserwerke sowie der Neustadtmühle für 1910/11	402
11. Aufnahme einer Zusatzbestimmung in das Statut über die Befoldung der städtischen Beamten	412
12. Aenderung des Nachtrages zur Dienstordnung für die Bürgerschullehrer	413
13. Ergänzung der Schützenordnung	417
14. Übernahme von Bankkosten für Belegung der Straße Wendewehr mit Gas- und Wasserrohren	417
15. Verlängerung des Wasserrohres in der Frankfurterstraße	420
16. Antrag des Stadtverordneten Stegmann auf Anregung reichsgesetzlicher Maßnahmen wegen der Teuerung, sowie auf Beschaffung und Abgabe von Lebensmitteln durch die Stadtverwaltung	421
17. Antrag des Stadtverordneten Lange auf Errichtung von Wartehallen an den Haupt-Kreuzungspunkten der Straßenbahn	426
18. Antrag des Stadtverordneten Niese auf Förderung des Baues von Kleinwohnungen	427

X. 19. Oktober 1911.

1. Antrag des Stadtverordneten Friede auf Freigabe der Hauptwege im Bürgerpark für den Radfahrverkehr	432
2. Auswechslung von Wasserhauptrohren in der Helmstedter- und Hamburgerstraße	444
3. Antrag des Stadtverordneten Stegmann auf Anregung reichsgesetzlicher Maßnahmen wegen der Teuerung, sowie auf Beschaffung und Abgabe von Lebensmitteln durch die Stadtverwaltung	444

	Seite
4. Antrag des Stadtverordneten Lange auf Errichtung von Wartehallen an den Hauptkreuzungspunkten der Straßenbahn	478
5. Verwendung von weiblichen Hilfskräften bei der Straßeneisenbahn im Falle einer Mobilmachung	479
6. Erklärung der Eisenbittelerstraße zur Ortsstraße	480
7. Anfrage Bunge wegen der Wahlzeiten für die Landtagswahlmänner	481

XI. 2. November 1911.

1. Antrag des Stadtverordneten Niese auf Förderung des Baues von Kleinwohnungen	488
2. Ergänzung der Lieferungsbedingungen für das Lichtwerk	502
3. Stadtseitige Übernahme des Interessenten-Brunnens auf dem Agidienmarke	503
4. Bauliche Änderungen im Ratskeller	504
5. Unterstützung des Römisch-Germanischen Central-Museums in Mainz	504
6. Eingabe des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Braunschweig, betreffend Ortsstatut über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe	505
7. Erhöhung der Löhne der städtischen Heizer	505
8. Zulegung einer Fläche zum früheren Französischen Felde und Wahl von Deputationsmitgliedern	507
9. Beitritt der Stadt zum Verbands der Hilfsschulen Deutschlands	510
10. Errichtung einer Einfriedigungsmauer auf dem Schulgrundstücke am Hohenstiege	511
11. Ankauf eines Grundstücks in der Kleinen Burg	511
12. Flächenaustausch zwischen der Stadt und der Königlichen Eisenbahndirektion Magdeburg	513
13. Erwerb von Flächen am Rattreppeln	513
14. Verlegung eines Rückleitungskabels seitens der Straßenbahngesellschaft	513
15. Anfrage Hesse, den jetzigen Stand der Bahnhofsangelegenheit betreffend	515

XII. 16. November 1911.

1. Wahl einer Kommission zur Besichtigung von auswärtigen Schwimmbädern und Verwilligung der erforderlichen Mittel	520
2. Stadtseitiger Terrainwerb an der Korfesstraße	524
3. Beschlußfassung über die in der Bahnhofsangelegenheit zu unternehmenden Schritte	525
4. Annahme eines Diplom-Elektrotechnikers	526
5. Annahme eines Diplom-Ingenieurs	530
6. Vermehrung der Fernsprechstellen im Rathause	532
7. Aufnahme der Straße Nr. 568 in den Ortsbauplan und Genehmigung eines Unternehmervertrages	535
8. Gewährung einer Beihilfe für die Köbbeckesche Erziehungsanstalt für weibliche Diensthboten	536
9. Aenderweite Ordnung des Desinfektionswesens	537
10. Herrichtung einer Verbindungsstraße zwischen Celler- und Roßstraße	544

	Seite
11. Terrainerwerb an der Bachhofstraße	552
12. Verwilligung eines Jahresbeitrages für den hiesigen Zweigverein des Allgemeinen deutschen Sprachvereins	553
13. Ausbau der Straße Nr. 535 a	554
14. Anfrage Fricke, die militärischen Übungen auf dem vormals Franzischen Felde und die Schießstände im Rußberge betreffend	554
15. Antrag Fricke wegen des Fahrweges auf einem Teile der Vertramstraße	557
16. Antrag Stegmann wegen der Desinfektionsgebührenordnung	557

XIII. 7. Dezember 1911.

1. Antrag eines Einwohners auf Instandsetzung des Weges von der Eisenbüttelerstraße über die hölzerne Brücke in den Bürgerpark.	560
2. Beschaffung eines Raumes für die Akkumulatoren im Dachgeschoße des Feuerlöschgebäudes	569
3. Erhöhung der Vergütungen für die Nachtwächter	569
4. Antrag des Stadtverordneten Fricke auf Instandsetzung der Vertramstraße zwischen Helmstedter- und Leonhardstraße	570
5. Verwilligung von Mitteln für die Vertretung des Schuldirektors der städtischen Bürgerschulen	574
6. Aufstellung eines Apparats im Gaswerke an der Taubenstraße	582
7. Verwertung des früheren Brunonia Grundstücks.	583
8. Änderung der Wasserleitungsanlage auf dem Brunonia-Grundstücke	584
9. Verlegung des Gashauptrohres in der Hermannstraße und Aufstellung von drei Laternen daselbst	584
10. Einsprache gegen das Projekt, den Ausbau der Straßen Nr. 508/509 betr.	585
11. Verwilligung einer Beihilfe aus der Jüdel-Stiftung für die Volkstesehalle	586
12. Beschaffung neuer Unterrichtsräume für die städtische Mädchenschule. (Mädchen-Mittelschule.)	588
13. Gewährung eines Beitrages an den Verband deutscher Architekten und Ingenieure zur Herausgabe eines Werkes	589
14. Ankauf von Ackerflächen am Dowesee	590
15. Ausbau der Schillerstraße zwischen Korres- und Raabestraße	590
16. Wahl von Mitgliedern der Schulvorstände der städtischen Oberreal- und Realschule, der städtischen höheren Mädchenschule und der städtischen Mädchenschule	591

XIV. 11. Januar 1912.

1. Errichtung und Unterhaltung einer Feuerbestattungshalle auf dem Zentralfriedhofe	590
2. Erbauung einer Knabennittelschule am Siegesplatze	615
3. Antrag des Stadtverordneten Stegmann wegen der Desinfektionsgebührenordnung	620
4. Verwilligung eines Zuschusses aus dem Ausgleichsfonds für kirchliche Bauten	621
5. Nachverwilligung von Kosten für den Bau der St. Jakobikirche	622

	Seite
6. Gewährung von Tagegeldern an die Mitglieder der Kommission für Einschätzung zur Gewerbesteuer	625
7. Aufgabe des Nutzungsrechtes an dem zur Aufbewahrung von Feuerlöschgeräten benutzten Schuppen an der Westseite der Agidienhalle	626
8. Antrag der Vereinigung der geprüften Heilgehilfen und Masseure auf gleichmäßige Verteilung der von den hiesigen Ortskrankenkassen zu vergebenden Aufträge	627
9. Bekleidung der Nischen in dem Verbindungsgänge zwischen Museum und Archiv	627
10. Erhöhung des Mietpreises für eine Fläche des früher Franzischen Feldes	628
11. Änderung und Erweiterung der Beleuchtung der Stecherstraße	629
12. Aufstellung und Verlegung von Laternen auf der Hildesheimerstraße, Roßstraße, Schillstraße und Fabrikstraße	629
13. Antrag verschiedener Einwohner auf Beleuchtung eines Teiles der Frankfurterstraße und der Fabrikstraße	629
14. Zwangsenteignung verschiedener Flächen an der Schunterstraße	631
15. Baulichkeiten auf dem Grundstücke Kleine Burg Nr. 9	632
16. Erklärung der Eisenbüttelei- und der Fabrikstraße zu Kommunalwegen	633
17. Stiftung eines Ehrenpreises zum 15. deutschen Bundesfesten	633
18. Antrag des Stadtverordneten Aßmann, betreffend die Plätze für die Berichtserstatter der Presse	634

XV. 1. Februar 1912.

1. Zuschuß zur Unterhaltung der Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten	638
2. Erhebung einer Feststellungsklage gegen den Staat	639
3. Erteilung einer Zulassung an das Lichtwerk	647
4. Berechnung von Kosten für den Brückenbau in Eisenbüttelei, sowie der vom Staate gezahlten Abfindungssumme	648
5. Hilfeleistung der Berufsfeuerwehr bei Feuer und Unfällen im neuen Wasserwerke Rünningen	649
6. Vermietung von Kellerräumen im Neustadtrathause	650
7. Ausbau der Straße Nr. 559	651
8. Errichtung einer städtischen Studienanstalt	651
9. Abänderung des Ortsbauplans bezüglich des zwischen der Roßstraße, Hildesheimerstraße und Landesbahn belegenem Gelände	665
10. Aderweitige Vermietung des Grundstücks Mittelweg Nr. 17	666
11. Regelung der Müllabfuhr aus den städtischen Straßen benachbarten Gebäuden	667
12. Einsprachen gegen den Ortsbauplan für das eingemeindete früher Elpersche Gebiet	669
13. Ankauf eines Grundstücks an der Karlstraße	671
14. Anfrage des Stadtverordneten Fricke über die Verteilung der Ehrengabe an Veteranen	672

XVI. 22. Februar 1912.

1. Antrag des Stadtverordneten Aßmann, betreffend die Plätze für die Berichtserstatter der Presse	676
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

2. Antrag eines Einwohners auf Erteilung der Genehmigung zur Errichtung eines Neubaus am Hafenvinkel	678
3. Änderung des Ortsbauplans bezüglich der Einmündung der Eichthalstraße in die Tellerstraße	678
4. Gewährung eines Jahresbeitrages an die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schundliteratur	679
5. Vermietung des Grundstücks Kleine Burg Nr. 2	680
6. Ausbau der Schillerstraße zwischen Korfes- und Raabestraße	681
7. Gewährung einer Beihilfe an den Evangelischen Männer- und Bülungsverein	683
8. Antrag verschiedener Einwohner auf bessere Beleuchtung des südlichen Teiles der Frankfurterstraße, sowie der Fabrikstraße	691
9. Vermietung einer Wohnung in dem städtischen Grundstücke an der Leopoldstraße	691
10. Statut über die Errichtung und Unterhaltung einer Feuerbestattungshalle	695
11. Erklärung der Odastraße zur Ortsstraße	706
12. Verpachtung der städtischen Fischerei in der Oker	707
13. Jahresabrechnung des Verkehrsvereins	712
14. Vorkaufsrecht des Staates bezüglich des alten Stadthauses	713
15. Antrag Stegmann, betreffend den Bau einer Fußgängerbrücke vom südlichen Ende des Maschplatzes aus	713
16. Antrag Aßmann, betreffend magistratsseitige Mitteilungen über das neue Bahnhofprojekt	714

XVII. 21. März 1912.

1. Ergänzung der Gehaltsordnung für die Stadtgeistlichen	722
2. Erklärung der Schillerstraße zur Ortsstraße	724
3. Verwilligung von Mitteln zur Herausgabe des Verwaltungsberichts	725
4. Verkauf des früher Howaldtschen Gießereigebäudes	727
5. Erbauung eines Ferienheims in Hahnenklee	731
6. Beratung des Stadthaushaltsplans für 1912/13	736
7. Festsetzung der Gemeindefkirchensteuer	775
8. Abänderung des Projekts für Instandsetzung der Agidienstraße	776

XVIII. 28. März 1912.

1. Antrag des Stadtverordneten Frede auf Einführung einer Filialumsatzsteuer	779
2. Geschenke des Regentenpaares an das städtische Museum	779
3. Aufstellung zweier Laternen in der Agidienstraße	780
4. Abänderung des Ortsbauplanes bezüglich der Straße Nr. 472a	780
5. Antrag des Stadtverordneten Stegmann, betreffend den Bau einer Fußgängerbrücke zwischen Maschplatz und Pestalozzistraße	781
6. Entrichtung eines Kaufgeldrestes	786
7. Änderung des Ortsbauplanes bezüglich der Straßen Nr. 32 und 38	787
8. Beitrag für den Blindenfürsorgeverein	788
9. Ablehnung einer Haftpflichtforderung	789

	Seite
10. Vertrag wegen der Verlegung eines Wasserrohres in dem staatlichen Teile der Frankfurterstraße	790
11. Anderweitige Befestigung von Spielplätzen.	792
12. Flächenaustausch an der Ecke der Friedrich-Wilhelmstraße und Leopoldstraße	801
13. Ausbau der Amalienstraße und Erklärung derselben zur Ortsstraße	803
14. Antrag des Stadtverordneten Aßmann, betreffend magistratsseitige Mitteilungen über das neue Bahnhofprojekt	804
15. Einsprache gegen die Änderung des Ortsbauplanes für das vormals Olpersche Gebiet	815
16. Stiftung eines Ehrenpreises zum 29. Bundesfeste des Deutschen Radfahrerbundes	816
17. Aufstellung einer Gasglühlichtlaterne und Inbetriebsetzung einer vorhandenen Gaslaterne auf dem Schloßgrundstücke	819
18. Verkauf des an der Wolfenbüttelerstraße gelegenen, zur Markworthschen Familienstiftung gehörigen Hauses	821
19. Antrag des Stadtverordneten Poeschigk: Verbreiterung des Fußsteiges vor dem „Stern“	825
20. Grundsätzliche Beschlußfassung über die Gründung einer städtischen Studienanstalt	825

B. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

Abnahme der städtischen Haushaltsrechnungen für 1908/09 370.
 Abrechnung über den Ausbau bezw. Zustandsetzung verschiedener Straßen 361.
 Ackerflächen am Domesee 590
 Akkumulatoren im Feuerlöschgebäude 569.
 Allgemeiner Deutscher Sprachverein 553.
 Altes Stadthaus 713.
 Anberaumung regelmäßiger Stadtverordnetenversammlungen 131, 171, 319, 598.
 Anfragen der Herren:
 Asmann: Eisenbahn Braunschweig—Celle 128;
 Bunge: Wahlzeiten für die Landtagswahlmänner 481;
 Fricke: militärische Übungen auf dem Franzischen Felde 554,
 Verteilung der Veteranen-Ehrengabe 672;
 Hartung: Kodelbahn auf dem Franzischen Felde 432;
 Hesse: Stand der Bahnhofsan gelegenheit 515;
 Jasper: Entlassung eines städtischen Arbeiters 135,
 Auftreten der Polizeibeamten am 7. August 1911 290;
 Loeschigt: Schutzvorrichtungen an Straßenbahnwagen 378,
 Kleinhandel mit Fleisch auf dem Schlachthause 380,
 Anschaffung eines Krankenwagens 381;
 Pusch: Straßenarbeiten auf der Adolfsstraße 371;
 Stegmann: Mitteilungen über Miskwirtschaft in hiesigen Krankenkassen 112.

Ankauf von Grundstücken und Straßenflächen 172, 511, 513, 524, 552, 590, 671.
 Anschaffung eines Krankenwagens 381.
 Anträge der Herren:
 Asmann: Magistratsseitige Mitteilungen über das Bahnhofsprojeß 714, 804,
 Plätze für die Presseberichterstatte 634, 676, 722, 778;
 Bähr: Erhöhung des Gehalts der Schuliener 120;
 Bunge: Rechtsauskunftsstelle 361, 400;
 Edhardt: Anlage von Reitwegen auf dem Franzischen Felde 128, 170;
 Frede: Filial-Umsatzsteuer 779,
 Radfahrverkehr im Bürgerpark 373, 432,
 Wohnungspflege 99;
 Fricke: Erneuerung des Fahrweges auf einem Teile der Vertramstraße 557, 570,
 Wasserversorgung des Stadtparkteils 289, 383;
 Henking: Bessere Säuberung der Hauptstraßen und Fußwege 372, 395;
 Jasper: Einberufung regelmäßiger Stadtverordnetenversammlungen 131, 171, 319, 598;
 Lange: Wartehallen für die Straßenbahn 426, 478;
 Loeschigt: Verbreiterung des Fußsteiges vor dem „Stein“ 825;
 Ribbentrop: Vergünstigung für Veteranen 83, 327;
 Rieke: Förderung des Baues kleiner Wohnungen 19, 427, 488;

Stegmann: Bau einer Fußgängerbrücke 713, 781,
 Desinfektionsgebührenordnung 557, 620,
 Reichsgesetzliche Maßnahmen wegen der
 Teuerung und stadtseitige Beschaffung
 von Lebensmitteln 421, 444.
 Aufnahme in den Ortsbauplan 247, 330,
 535.
 Aufhebung der Interessentenwege 127/128
 324.
 Ausbau von Straßen, Plätzen und Wegen 32,
 92, 245, 249, 281, 282, 329, 330,
 384, 535, 554, 560, 585, 590, 651,
 681, 776, 803.
 Ausbildungskursus für die Feuerwehrführer
 107.
 Ausstellung von Konfirmationsgeschenken 683.
 Austausch von Flächen 513, 801.
Badeanstalten 284, 432, 520.
 Bahnhofprojekt 515, 525, 596, 714, 804.
 Baukosten der St. Jakobikirche 622.
 Bauen in städtischen Gebäuden 77, 94, 95,
 108, 111, 171, 172, 177, 253, 375,
 401, 504, 511, 588, 615, 627, 632.
 Beamtengehälter 33, 226, 412.
 Beleuchtung von Straßen und Plätzen
 s. Straßenbeleuchtung.
 Benzolverwendung bei Herstellung des Gases
 296.
 Bepflanzung der Riedestraße mit Bäumen 92.
 Berichterstattung über die Stadtverordneten-
 versammlungen 134.
 Beschaffung und Abgabe von Lebensmitteln
 421, 444.
 Blindenfürsorgeverein 788.
 Brunonia-Grundstück 583, 584.
 Brückenbau in Eisenbüttel 648.
 Bundesregeln, deutsches 613.
 Bürgerpark 111, 373, 432.
 Bürgererschullehrer-Gehälter 33, 186, 413
**Centralstelle zur Bekämpfung der Schundlite-
 ratur** 679.
 Centralverband der Handlungsgehilfen 505.

Dank an den Oberbürgermeister 18.
 Deputationen-Wahl 4, 507, 520.
 Desinfektionswesen, Neuordnung 537.
 Desinfektionsgebührenordnung 557, 620.
 Deutscher Radfahrerbund 816.
 Dienstankündigung für die Wächtermannschaft
 88.
 Dienstordnung für Bürgererschullehrer 186,
 413.
 Diplom-Elektrotechniker 526.
 Diplom-Ingenieur 530.
 Durchführung der Straßenbahnlinie Fallers-
 lebertor bis zum Hauptbahnhof 390.
 Dürerbund 683.
**Einberufung regelmäßiger Stadtverordneten-
 versammlungen** 131, 171, 319, 59.
 Einladungen zu Kongressen, Versammlungen,
 Einweihungen 4, 82, 296, 338, 520.
 Einschätzungskommission für die Gewerbesteuer
 625.
 Einsprüche gegen den Ortsbauplan 374, 585,
 669, 780, 815.
 Eisenbahn Braunschweig—Celle 128.
 Eisenbüttel 648.
 Entlassung eines städtischen Arbeiters 135.
 Einrichtung eines Kaufgeldrestes 786.
 Erklärung zu Kommunalwegen 633.
 Erwerb von Grundflächen s. Ankauf.
 Evangelischer Männer- und Jünglingsverein
 683.
Ferienheim in Hahnenklee 731.
 Fernsprechstellen im Rathause 532.
 Feststellungsklage gegen den Staat 639.
 Feuerbestattungshalle 229, 599, 695.
 Feuerlöschgrundstück 108, 569.
 Feuerlöschwesen 31, 385, 583, 626, 639,
 649.
 Feuerwehrführer, Ausbildungskursus 107.
 Filial-Umsatzsteuer 779.
 Fischerei in der Oker 707.
 Förderung des Baues von Kleinwohnungen
 19, 427, 488.
 Fortbildungs- und Gewerbeschulgebäude 95.

Französisches Feld:

- Anlage von Reitwegen 127, 170;
 - Herrichtung von Spielplätzen 70, 140;
 - Militärische Übungen dort 554;
 - Nobelbahn 432, 800;
 - Wahl von Deputationsmitgliedern 507;
 - Zulegung einer Fläche 507, 628.
- Frauenhilfsverein Elisabeth 288
 Frauenverein, Erhöhung der Beihilfe 326.
 Fußgängerbrücke vom Raschplatz aus 713, 781.

Gasautomaten 296.

Gashauptrohr 93, 584.

Gasherstellung ohne Benzolzusatz 296.

Gasmessermiete 297.

Gaspreis 298.

Gasstatut, Abänderung desselben 296, 338.

Gas- und Wasserwerke 296, 402, 582.

Gas- und Wasserrohre (Wendenwehr) 417.

Gasversorgung der Hofhaltungsgebäude 283.

Gehaltsregelung für die städtischen Lehrer und Beamten 33, 186, 226, 412, 413.

Gehaltsordnung für die Stadtgeistlichen 332, 722.

Gemeindekirchensteuern 775.

Geräte- und Wärterhäuser 172.

Gefangunterricht 248.

Geschenke des Regentenpaares 779.

Gesuche von Vereinen und Verbänden 18, 74, 134, 148, 296, 488, 505, 520, 627, 676, 816.

Gesuche hiesiger Einwohner 32, 82, 184, 338, 360, 364, 390, 510, 520, 560, 638, 676, 678, 691.

Gewerbeschulgebäude 95.

Gewerbesteuer-Einschätzungskommission 625.

Haftpflichtforderung, Ablehnung einer solchen 789.

Haftpflichtversicherungsvertrag 106, 324.

Haushaltsrechnungen für 1908/09 370.

Heilgehilfen und Waffentre 627.

Heizer, städtische 505.

Herzoglich Technische Hochschule 293.

Hildebrandtsches Haus 171, 254, 375.

Howaldtsches Haus 245.

Howaldtsches Gießereigebäude 727.

Höhere Mädchenschule 194, 213, 591.

Hygiene-Ausstellung in Dresden 109, 283.

Instandsetzung von Straßen, Plätzen und Wegen 244, 249, 250, 251, 557, 560, 570, 776.

Interessentenbrunnen auf dem Agidienmarke 503.

Internationale Ausstellung für Reise- und Fremdenverkehr in Berlin 87.

Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden 109, 283.

Jakobikirche 622.

Jüdische Stiftung 136, 178, 586, 731.

Kanalverlängerung in der Helmstedterstraße 252.

Kirchliche Bauten 621, 622.

Kleinhandel mit Fleisch auf dem Schlachthaus 380.

Kleinwohnungen 19, 427, 488.

Knabenmittelschule 615.

Kommissionen-Wahlen 4, 507, 520.

Krankenkassen 112, 134, 288, 627.

Krankenträger 381.

Landtagswahlen 431, 481.

Lebensmittelbeschaffung und -Verkauf durch die Stadt 421, 444.

Lichtwerk 293, 502, 647.

Lohnübersicht über 1910/11 339.

Löbbeckesche Erziehungsanstalt 536.

Markworthsche Familienstiftung 821.

Mädchenmittelschule 213, 221, 588, 591.

Messen, Neuregelung derselben 173.

Museum und Archiv 6-7.

Müllabfuhr 667.

Nachtwächter, Lohnerhöhung 569.

Neubau am Hasenwinkel 678.

Neuregelung der Messen 173.

Neustadtmühle 94, 411.

Neustadtrathaus 401, 650.

Norddeutscher Bezirksverein des Deutschen
Schützenbundes 18.
Rußberg-Schießstände 554.

Oberrealschulen 186, 194, 591.
Oerfischerei 707.
Ortsbauplan = Änderungen 258, 280, 325,
374, 384, 665, 669, 678, 780, 787,
815.
Ortsstraßen = Erklärungen 249, 480, 706,
724, 803.
Pflegehaus 177, 583.
Plattenbelag auf städtischen Straßen 30.
Polizeibeamte am 7. August 1911 290.
Presseberichterstatler 634, 676, 722, 778.
Pressgasbeleuchtung für die Dankwardstraße 93.
Prinz-Albrecht-Park (Feuerhilfe) 385.

Rabattsparverein 249.
Radfahrverkehr im Bürgerpark 373, 432
Rathaus, Fernsprechiellen 532.
Ratskeller, Bauliche Änderungen 504.
Rechnungsabschlüsse 366, 402.
Rechtsauskunftsstelle 361, 400.
Regelmäßige Stadtverordnetenfügungen 131,
171, 319, 598.
Reichsgesetzliche Maßnahmen wegen der Teuerung
421, 444.
Reitwege 128, 170, 364.
Rieselgut 31, 254.
Rodelbahn 432, 800.
Römisch-Germanisches Centralmuseum in Mainz
504.
Rückleitungskabel für die Straßenbahn 513.

Säuberung der Hauptverkehrsstraßen und Fuß-
wege 372, 395.
Schießstände im Rußberge 554.
Schlachthaus 380.
Schuldienergehalt 120.
Schundliteratur-Bekämpfung 679.
Schuppen an der Agidienhalle 626.
Schutzvorrichtung an Straßenbahnwagen 245,
378.
Schützenbund, Deutscher (Festschießen) 18.

Schützengesellschaft (Wasserabgabe) 179.
Schützenordnung 417.
Schwimmbad 520.
Seefische 421, 444, 449.
Sommerpflügen 731.
Sonntagsruhe im Handelsgewerbe 505.
Spielplatzbeseßigung 792.
Stadtgeißliche, Gehaltsordnung 332, 722.
Stadthaushaltsplan für 1912/13 736.
Städtetag 105.
Städtisches Museum 779.
Statut über Feuerbestattung 695.
Statut für die Höhere Mädchenschule 194.
Statut für die Mädchenmittelschule 213.
Statut für die Oberrealschulen 186.
Stempelfkosten 288, 779.

Straßen usw., die behandelt sind:

Abelnkarre 361.
Adolfstraße 371.
Amalienstraße 803.
Agidienstraße 250, 776, 780.
Vertraumstraße 557, 570.
Bohlweg 280.
Cellerstraße 93.
Dankwardstraße 93.
Döringstraße 30.
Echternstraße 250.
Eichtalstraße 678.
Eisenbüttelerstraße 480, 633.
Eimstraße 277.
Fabrikstraße 629, 633, 691.
Frankfurterstraße 420, 629, 691, 790.
Griesmaroderstraße 172.
Glückstraße 361.
Hamburgerstraße 444.
Hedwigstraße 30.
Helmstedterstraße 247, 252, 444.
Hermannstraße 584.
Hildesheimerstraße 629.
Interessentenweg 127/128 324.
Jöddenstraße 251.
Kaiserstraße 361.
Kattreppeln 513.
Korffstraße 524.
Leithausgang 244.

Madamenweg 94.
 Malertwete 361.
 Maschplatz 713, 781.
 Mittelweg 277.
 Neue Knochenhauerstraße 249.
 Nordstraße 92.
 Odastraße 706.
 Radhoffstraße 553.
 Pestalozzistraße 713, 781.
 Raabeistraße 282.
 Riedestraße 92.
 Roßstraße 629.
 Schillstraße 629.
 Schillerstraße 724.
 Schloßplatz 819.
 Schunterstraße 281, 631.
 Stecherstraße 360, 629.
 Verbindungsstraße zwischen Cellerstraße und
 Roßstraße 544.
 Verbindungsweg von Eisenbüttel zur Bürger-
 parkbrücke 560.
 Voigts-Nehsestraße 361.
 Waterloostraße 361.
 Wendenstraße 97.
 Wendenwehr 417.
 Weststraße 277.
 Nr. 32 und 38, 787.
 Nr. 38, 109.
 Nr. 92, 245.
 Nr. 107, 92.
 Nr. 114 a, 280, 374.
 Nr. 365, 249.
 Nr. 472 a, 780.
 Nr. 508/509, 325, 384, 585.
 Nr. 535 a, 554.
 Nr. 559, 330.
 Nr. 568, 535.
 Straßenbahnverbindung zwischen Wilhelmitor
 und Innenstadt 390.
 Straßenbeleuchtung, Verbesserung derselben 93,
 94, 584, 629, 691, 780, 819.
 Straßendurchbruch Hintern Brüdern 786.
 Straßeneisenbahn 246, 378, 390, 426, 478,
 479, 513.
 Studienanstalt 651, 825.

Zeich im Stadtparke 289, 383.
 Terrainerwerb s. Ankauf und Austausch.
 Feuerungs-Maßnahmen 421.

Untersuchungsstelle für ansteckende Krank-
 heiten 638.
 Übernahme einer Teilstrecke der Helmstedter-
 straße 247.
 Über- und Unterführungen von Straßen 277.

Verband deutscher Architekten und Ingenieure 589.

Verband der Hilfsschulen Deutschlands 510.

Verbindungsgang zwischen Museum und Archiv 627.

Verbreiterung des Bürgersteigs 280, 825.

Verbrennungsanlage auf dem Centraalfriedhofe 229, 599, 695

Verkauf von Grundstücken 178, 245, 727, 821.

Verkauf von Straßenterrain 97, 109.

Verkehrsverein 252, 383, 712.

Vermietung von städtischen Wohnungen und
 Räumen 110, 254, 375, 650, 666, 680,
 691.

Verpachtung der Fischerei 707.

Verrechnung einer staatlichen Abfindungssumme 648.

Verträge mit der Herzoglichen Straßen- und
 Wasserbauinspektion 254, 790.

Vertretung des Bürgergeldirektors 574.

Verwaltungsbericht 725.

Veteranenunterstützung 83, 327, 672.

Volkslesehalle 586.

Vorberatungen der Kommissionen-Wahlen 12.

Vorgärten für die Straßen 508/509 384.

Vorkaufsrecht für das alte Stadthaus 713.

Vormals Übersches Gebiet 669, 815.

Vorsitzenden-Wahl 3.

Wahl der Vorsitzenden 3.

Wahl von Kommissionen und Deputationen 4,
 507, 520.

Wahl der Schulvorstände für die höheren
 Schulen 591.

XVIII

Wahl von Vertretern zum Städtetage 105.

Wartehallen für die Straßenbahn 426.

Wasserdruck 94, 180, 259.

Wasserkühler vor den Leerscheidern 582.

Wasserrohrverlängerung, Neulegung und Aus-
wechslung 252, 259, 277, 284, 420,
444, 584, 790.

Wasserwerke 404, 649.

Wächtermannschaft, Dienstabweisung für dieselbe
88.

Weibliche Hilfskräfte bei der Straßenbahn 479.
Wohnungspflege 99.

Zuschüsse an Vereine und Verbände 249, 252,
326, 383, 504, 633, 679, 683, 788,
816.

Zuschuß für kirchliche Bauten 621.

Zuschüsse zu einer Untersuchungsstelle 638.

Zusicherung an das Lichtwerk 647.

Zwangsentziehung an der Schunterstraße 631.

1911/1912. Nr. 1.

Bericht

über die

Verhandlungen der vereinigten Versammlung

des

**Stadtmagistrates und der Stadtverordneten
zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 26. April 1911.

Tagesordnung:

Einsprache der Intendantur des 10. Armee-corps gegen die Berechnung des Wassergeldes. .Seite 1

Am Magistrats-tische die Herren Bürgermeister Meher, Stadträte von
Frankenberg, Ronnen, Seele, Wagner.

Der Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister Kettemeyer, eröffnet
die Versammlung und teilt mit, daß ihr Ausbleiben entschuldigt haben die
Herren Stadtverordneten Friede, Henking, Munte, Schmidt,
Wesemeier. Als Referent über den zur Verhandlung stehenden Punkt er-
hält zunächst das Wort

Herr Wolters: Meine Herren! Es dreht sich bei dem vorliegenden
Gegenstande um Beantwortung der grundsätzlichen Frage, ob die Bestimmung
unseres städtischen Wasser-Regulativs, wonach neben der Bezahlung des Wassers
nach Anzeige der Wassermesser eine besondere Pauschalsumme als Mindest-

gebührt, entsprechend dem Querschnitt der Wasserzuleitungen, erhoben werden darf, rechtswirksam ist. Dieselbe Frage hat die Stadtverordneten-Versammlung schon in einer Sitzung vom März d. Js. beschäftigt und der damalige Einspruch, den die Intendantur des 10. Armeekorps gegen Heranziehung zur Mindestgebühr an Wassergeld für die militärfiskalischen Gebäude in der Stadt Braunschweig erhoben hatte, ist von der Stadtverordneten-Versammlung verworfen. Gegen diese Verwerfung erhebt nunmehr die Intendantur des 10. Armeekorps Beschwerde bei der Vereinigten Versammlung.

Meine Herren! Ich darf daran erinnern, wie nach der damaligen Beschlußfassung von uns die Rechtslage aufgefaßt ist. Der damaligen Auffassung entsprechend, hat auch die zur Vorberatung der Angelegenheiten, welche der Beschlußfassung der Vereinigten Versammlung unterliegen, eingesetzte Kommission entschieden, daß man die Beschwerde ebenfalls abweisen möchte. Es ist durch Landesgesetz vom 16. Februar d. Js. eine authentische Interpretation zu § 6 des Gemeindeabgabengesetzes erlassen. Im Wortlaut übereinstimmend mit dem preußischen Kommunalabgabengesetz von 1892 sagt unsere braunschweigische Gemeindeabgabengesetz über die Erhebung von Gebühren in § 4 folgendes: „Die Gemeinden können für die Benutzung der von ihnen im öffentlichen Interesse unterhaltenen Veranstaltungen, Anlagen, Instituten und Einrichtungen besondere Vergütungen (Gebühren) erheben.“ Unter solchen Veranstaltungen sind unter anderen Einrichtungen auch die städtischen Wasserwerke zu verstehen. In § 6 wird dann weiter gesagt: „Gebühren sind im voraus nach festen Normen und Sätzen zu bestimmen.“

Es dreht sich hier um Auslegung des Wortes „nach festen Normen und Sätzen“. Übereinstimmend mit dem braunschweigischen Gesetze ist auch das preußische Abgabengesetz in der Ausdrucksweise „nach festen Normen und Sätzen“. Nun ist im vorigen Jahre vom preußischen Oberverwaltungsgericht ein Erkenntnis folgenden Inhalts ergangen: Die Stadt Cöln besitzt ein Wasser-Regulativ, das ähnlich dem unrigen die Bezahlung des bezogenen Wassers sowohl nach einem Pauschalssatz, nach einem sogenannten Wahrscheinlichkeitsssatz als auch nach Ausweis der Wassermesser regelt. Das preußische Oberverwaltungsgericht hat dies Regulativ für rechtswirksam erklärt und gesagt: „Es ist mit dem Wortlaut des § 6 nicht zu vereinigen die Bestimmung des Regulativs der Stadt Cöln, wonach sowohl ein Pauschalssatz, dem das Kriterium des festen Satzes fehlt, als auch daneben der Ausweis der Wassermesser für Erhebung des Wassergeldes maßgebend sein soll. Da nun auch einzelne braunschweigische Gemeinden eine ähnliche Bestimmung in ihrem Wasser-Regulativ haben und zu befürchten war, daß schließlich auch das braunschweigische Verwaltungsgericht ein ähnliches Urteil fällen würde

wie das preussische Oberverwaltungsgericht, so schien es angezeigt, zu diesem § 6 und der Ausdrucksweise „nach festen Normen und Sätzen“ eine legale authentische Interpretation zu erlassen. Das ist durch das Gesetz vom 16. Februar d. Js. erfolgt und in dem Artikel 2 dieses Gesetzes wird gesagt: „Der § 6 des Gemeindeabgabengesetzes vom 11. März 1899 wird wie folgt authentisch erklärt: Die Bestimmung der Gebühren darf unter Anwendung verschiedener Maßstäbe erfolgen, insbesondere dürfen neben Gebühren, die nach dem Umfange der Benutzung der Veranstaltung bemessen werden, wegen des öffentlichen Interesses, dem die Veranstaltung dient, auch Mindestsätze ohne Rücksicht auf den Umfang der Benutzung erhoben werden. Eine Anrechnung der nach verschiedenen Maßstäben sich ergebenden Gebührensätze aufeinander ist zulässig.“ Diese Interpretation legt also das, was wir bereits in unserm Wasser-Regulativ bestimmt hatten, gesetzmäßig fest.

Netzt sagt die Intendantur: Wir erkennen an, daß von dem Tage des Inkrafttretens des neuen Gesetzes nunmehr diese Interpretation rechtswirksam ist, es ist aber nicht gerechtfertigt, die in der Vergangenheit zuviel erhobene Gebühr uns vorzuenthalten. Eine solche Meinung ist rechtsirrtümlich.

Die Meinung der Intendantur wird begründet durch Hinweis auf folgende Gesichtspunkte: Es wird gesagt, das braunschweigische Gesetz vom 16. Februar d. Js. sei nicht eine Auslegung, sondern eine Abänderung des Gemeindeabgaben-Gesetzes von 1899, ferner, diese authentische Erklärung könne erst mit dem Tage ihrer Verkündigung Kraft erlangen.

Daß es sich tatsächlich um eine Auslegung und nicht um eine Abänderung des Gemeindeabgaben-Gesetzes handelt, geht deutlich aus der Entstehungsgeschichte dieses Gesetzes vom 16. Februar d. Js. hervor. In der Anlage 186 vom 10. Dezember 1910 hatte die Regierung ursprünglich lediglich die §§ 32, 46, 47, 59 des Gemeindeabgaben-Gesetzes abändern wollen. Als diese Vorlage der Kommission für das Innere im Landtage überwiesen wurde, hielt die Kommission es für angebracht, daß auch der zweifelhafte Punkt über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Erhebung einer doppelten Gebühr für Wasser durch eine authentische Interpretation gesetzlich geregelt werde. Dem Antrage der Kommission folgend, hat dann die Landesversammlung die Regierung ersucht, eine solche authentische Erklärung zu erlassen. Während nun in der Überschrift des ersten Regierungsentwurfes lediglich die Rede ist von einer Änderung des Gemeindeabgaben-Gesetzes, wird in der Überschrift der zweiten Regierungsvorlage gesprochen von einem Gesetz über die Abänderung und authentische Erklärung des Gemeindeabgaben-Gesetzes. Daß in der Tat in der gegenwärtigen Frage eine authentische Erklärung vorliegt, geht auch aus dem Inhalt der zweiten Regierungsvorlage hervor. In deren erstem Teile wird davon ge-

sprochen, daß die vorhin genannten Paragraphen durch neue ersetzt werden sollen, dagegen sagt Artikel II der zweiten Regierungsvorlage — und auf den kommt es in diesem Falle an —: „§ 6 des Gemeindeabgabengesetzes wird, wie folgt, authentisch erklärt.“ Es wird also deutlich dem Inhalte nach unterschieden: 1. Ersatz bestehender Bestimmungen, 2. authentische Erklärung.

Wenn die Intendantur des 10. Armeekorps wörtlich sagt: „Die authentische Erklärung soll erst mit Verkündung des Gesetzes in Kraft treten,“ so ist das zunächst ein grundsätzlicher Widerspruch in der Ausdrucksweise, dann ist es aber auch durchaus unzutreffend, daß etwa durch eine spezielle Bestimmung im Gesetze vom 16. Februar 1911 das Inkrafttreten auf einen ganz bestimmten neueren Zeitpunkt hat präzisiert werden sollen. Der Rechtscharakter einer authentischen Erklärung spricht gegen die Absicht, daß etwa eine solche Erklärung erst mit dem Tage der Verkündung in Kraft treten sollen. Vielmehr bezweckt der Gesetzgeber mit einer authentischen Erklärung, den Richter zu nötigen, daß er das ältere Gesetz so auslegt, als ob es den durch das spätere Gesetz hineingelegten Sinn bereits von jeher gehabt hätte. Ob dies tatsächlich der Fall gewesen ist, darauf kommt gar nichts an. Die Wirkung der authentischen Erklärung ist die, daß sie nicht allein für die von diesem Zeitpunkte an beginnenden Prozesse gültig ist, sondern sogar in schwebende eingreift. Nur in einem Punkte versagt sie: wenn es sich bereits um rechtskräftige Entscheidungen handelt, um schon eingezogene Gelder oder um einen geschlossenen Vergleich.

Es ist auch nicht der Fall, daß im Gesetz selber durch spezielle Bestimmung der Tag der Verkündung als Inkraftsetzungstag genannt ist. Auf den ersten Blick könnte vielleicht dieser Artikel 3 des Gesetzes vom 16. Februar 1911 zu der Annahme verführen. Da wird gesagt: „Die Vorschriften des Artikels 1 treten am 1. April 1911, die Vorschriften des Artikels 2 dagegen schon mit der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.“ Hier wird also wegen des Inkrafttretens unterschieden; die §§ 32, 46, 47, 59 sollen am 1. April in der geänderten Form in Kraft treten, die authentische Erklärung schon mit ihrer Verkündung. Aber dies hat nicht etwa die Bedeutung, daß die Wirkung der authentischen Erklärung ihrem Sinne nach erst mit diesem Augenblicke beginnen solle. Eine authentische Erklärung ist nichts anderes, als ein gesetzgeberischer Akt, der der Verkündung bedarf. Durch die Ausdrucksweise des Artikels 3 soll nicht etwa der normale Begriff der authentischen Erklärung aufgehoben werden. Dies geht ohne weiteres hervor aus dem Referat, das in der Landesversammlung von mir erstattet ist. Über diesen Punkt ist folgendes gesagt: „Die Unterscheidung ist deshalb nötig, weil etwa in der Zwischenzeit bis zum 1. April ein Wasserabnehmer auf den Gedanken kommen könnte, rückwirkende Ansprüche geltend zu

machen, ehe die authentische Auslegung erfolgt ist.“ Hieraus geht ohne Zweifel der Sinn, den die Kommission damit verbunden hatte, hervor. Die Landesversammlung hat sich dem angeschlossen und regierungsseitig ist Widerspruch nicht erhoben worden, sondern in einer nachfolgenden Sitzung die vorgetragene Ansicht bestätigt. — Es entbehrt daher die jetzige Beschwerde vollständig der Begründung und die vorberatende Deputation empfiehlt der Vereinigten Versammlung, die Beschwerde abzuweisen.

Vorliegender: Da die Sache von grundsätzlicher Bedeutung ist, gestatte ich mir, den juristischen Ausführungen des Herrn Referenten noch einige kurze Bemerkungen hinzuzufügen. — Wir sind im Magistrat im höchsten Grade überrascht gewesen, als uns dieses Erkenntnis des preussischen Obergerichts vorgelegt wurde. Wenn es in Braunschweig zur Geltung gebracht wurde, so hatte es die Wirkung, daß der ganze Etat unseres Wasserwerks für ein Jahr über den Haufen geworfen wurde, weil jeder Abnehmer sagen konnte: Euer ganzes Regulativ ist null und nichtig. Wie in der Beziehung in Preußen das Jahr verlaufen ist, ist mir nicht bekannt, jedenfalls sind die Städte durch das Erkenntnis in eine böse Lage gekommen. Der Grund für den Erlaß dieser Bestimmung, die sich wohl in allen Wasser-Regulativen der Städte gefunden hat, ist lediglich die Rücksicht auf die Gesundheit der Familien gewesen, deren Wohnungen an die Wasserwerke angeschlossen sind. Man wollte durch die angefochtene Bestimmung, die dahin geht, daß ein bestimmter Betrag bezahlt werden muß, einerlei, wieviel Wasser der Leitung entnommen wird, das übermäßige Sparen des Wassers verhüten. Jeder sollte wissen, für deine Zahlung kannst du auch ein bestimmtes Wasserquantum entnehmen. Das war vom wirtschaftlichen Standpunkt aus eine gesunde Ansicht und ich kann nur bedauern, daß auf diesen weiterblickenden Gesichtspunkt, der sich über die juristischen Bedenken etwas erhebt, von den Richtern gar nicht eingegangen ist. Sie sind lediglich von der Ansicht ausgegangen: Das Gesetz steht dem Regulativ entgegen, folglich wird es für nichtig erklärt. Vom Standpunkt des Richters aus ist das nicht anzufechten, aber die Verwaltungsbehörden haben noch auf andere Sachen Rücksicht zu nehmen, deshalb hat der Magistrat beantragt, eine authentische Erklärung vorzunehmen. Das war auch sachlich gerechtfertigt insofern, als die Militärverwaltung hier wie jeder Einwohner, der an das Wasserwerk angeschlossen ist, einen Revers unterschrieben hatte, wonach sie sich den Bestimmungen unseres Regulativs ausdrücklich unterwirft. Das hat sie auch in Köln getan, dennoch hat der Verwaltungsgerichtshof das Regulativ für unverbindlich erklärt. Gegenüber dieser bestimmten Erklärung mußte ein anderer Weg versucht werden, das Regulativ aufrechtzuerhalten. Den Weg haben wir in Braun-

schweig mit gutem Erfolge beschritten, hoffentlich folgt uns Preußen in diesem Falle einmal nach!

Ich bitte die Herren, die dem Antrage des Herrn Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Die Beschwerde ist verworfen.

Ich erkläre die gemeinschaftliche Sitzung für geschlossen.

(Dauer der Sitzung von 4 $\frac{1}{4}$ bis kurz nach 4 $\frac{1}{2}$ Uhr.)

Bericht

über die
Verhandlungen der vereinigten Versammlung
des
Stadtmagistrates und der Stadtverordneten
zu **Braunschweig**
in deren Sitzung am 2. November 1911.

Tagesordnung:

1. Einsprache gegen die Kostenverteilungsberechnung über den Ausbau der Waterloostraße Seite 7
2. Einsprachen gegen die Listen der Urwähler für die Landtagswahlen " 8

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Meyer und Stadtrat von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Eckhardt, Lange, Wesemeier.

Der Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister Ketemeyer, eröffnet die Sitzung.

1. Einsprache gegen die Kostenverteilungsberechnung über den Ausbau der Waterloostraße.

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist den geehrten Herren bekannt, daß die Waterloostraße von uns ausgebaut und die Kostenverteilungsberechnung darüber ausgelegt ist. Von den Anwohnern der genannten Straße hat der Restaurateur Heinrich Brandes Vorstellung gegen die Kostenverteilungsberechnung erhoben. Sein Grundstück liegt an der Ostseite der Waterloostraße und

bildet die Ecke der Karlstraße. Es hat an der Waterloostraße eine Längsfront von 60 m, und da der Einheitsbeitrag per laufendes Meter 159,33 *M* beträgt, beläuft sich der gesamte Beitrag auf die verhältnismäßig sehr hohe Summe von 15352,34 *M*. Als Grund für die Einsprache ist angeführt, daß der Eigentümer des Grundstücks nicht imstande sei, diese Summe zu tragen. Die Deputation, die sich mit der Vorberatung der Vorstellung befaßt hat, kann nicht zugestehen, daß dies ein ausreichender Grund ist, um die Kostenverteilungsberechnung über den Haufen zu werfen. Es kommt selbstverständlich häufig vor, daß die betroffenen Leute das Geld für den Ausbau der Straße nicht ohne weiteres zur Verfügung haben. Es dreht sich bei der Kostenverteilungsberechnung nur erst um die rechnerische Feststellung der auf die anliegenden Grundstücke entfallenden Beiträge, die Einziehung der Beträge kommt später, wenn die Feststellung der Kostenverteilung rechtsgültig geschehen ist. Wenn dann der Zahlungsverpflichtete mit einem Erlaß- oder Befristungsgesuche kommt, wird darüber sachlich zu befinden sein. Der Umstand, daß der Anlieger die Summe zurzeit nicht aufzubringen vermag, ist kein hinreichender Anlaß, die Kostenverteilungsberechnung anders zu gestalten.

Im weiteren ist die Vorstellung auf die Behauptung gestützt, daß das Grundstück nicht zur Waterloostraße, sondern zur Karlstraße gehöre, und das ist in gewissem Umfange zuzugestehen. Das Grundstück hat auf der Karlstraße seinen Eingang und numeriert auch an der Karlstraße. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Schlussfolgerung des Eigentümers richtig ist, daß das Grundstück um deswillen nicht zu den Kosten beizutragen hätte, denn auch diese Frage kann nach Meinung der vorberatenden Deputation nicht jetzt entschieden werden. Es handelt sich dabei allein um die Frage, wann der Kostenbeitrag etwa fällig ist, und diese ist nicht zu beantworten anlässlich der Kostenverteilung, sondern erst, wenn es sich um die Einziehung des Geldes handelt.

Die hervorgehobenen Gesichtspunkte haben die vorberatende Deputation nicht bestimmen können, eine Berücksichtigung der Einsprache zu empfehlen; ich gebe vielmehr namens der Deputation Verwerfung der Einsprache anheim.

Die Einsprache wird von der vereinigten Versammlung verworfen.

2. Einsprachen gegen die Listen der Urwähler für die Landtagswahlen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Urwählerlisten für die Landtagswahlen haben vorschriftsmäßig ausgelegt und in 17 Fällen sind Einsprachen gegen diese Listen eingegangen, und zwar durchweg rechtzeitig. Die Be-

schwerden gipfeln darin, daß die Betreffenden sämtlich Bürger, demnach wahlberechtigt seien, daß sie aber nicht in die Listen aufgenommen sind. In sämtlichen Fällen liegt die Sache so, daß der Betreffende sich auch nicht in der Stadtverordnetenwählerliste eingetragen befand, die bekanntlich bei Aufstellung dieser Urwählerlisten für die Landtagswahlen zugrunde zu legen ist. Es ist deshalb die Deputation, die sich mit der Vorprüfung befaßt hat, zu der Ansicht gekommen, daß aus diesem formellen Grunde die Beschwerden durchweg als unbegründet zu verwerfen sind. Es steht im Landtagswahlgesetz von 1899, daß die bei der letztvergangenen Stadtverordnetenwahl benutzten Listen ohne abermalige öffentliche Auslegung den Gemeindevorwählerlisten zugrunde zu legen sind. Nun könnte man sich versucht fühlen, zu fragen, was für einen Zweck hat es, daß derartige Beschwerden noch zulässig sein sollen, wenn nach den Bestimmungen des Gesetzes verfahren ist. Die Antwort auf diese Frage ist wohl daraus abzuleiten, daß bekanntlich nicht die Stadtverordnetenwählerlisten ohne weiteres in ihrer Dreiklasseneinteilung maßgebend sind, sondern daß nach dem Landtagswahlgesetze eine Verschiebung aus der 3. Klasse in die 2. und aus der zweiten in die erste stattfindet und jeder Wahlberechtigte ein gleiches Interesse daran hat, nachzuprüfen, ob dieses Hinaufrücken ordnungsmäßig seitens der zuständigen Behörde vorgenommen ist. Es ergeben die Landtagsverhandlungen, auf die bei einer Anzahl gleichartiger Beschwerden vor vier Jahren zurückgegriffen wurde, ganz unzweideutig, daß in dieser Hinsicht lediglich eine Verschiebung innerhalb der einzelnen Klassen durch den Stadtmagistrat als Abweichung von den Stadtverordnetenwählerlisten erfolgen kann, daß im übrigen die Stadtverordnetenwählerlisten bindend sein sollen und Veränderungen, die inzwischen stattgehabt haben, wie z. B. in den meisten Fällen das Bürgerwerden, nach vollendeter Auslegung der Stadtverordnetenwählerlisten keine Rolle spielen dürfen.

Aus diesen Gesichtspunkten ist die Deputation zu dem Ergebnis gelangt, die Verwerfung der gesamten Einsprachen zu beantragen.

Herr Bunge: Ich stehe auf einem anderen Standpunkte als der Herr Stadtrat. Ich für mein Teil würde Sie bitten, den Beschwerden stattzugeben, denn es ist wohl leicht erklärlich nach dem heutigen Wahlgesetze — und das haben wir bereits im dritten Wahlbezirke, der jetzt der vierte geworden ist, vier Jahre lang hindurch gesehen —, daß die einzelnen Paragraphen ausgedehnt werden können und daß man nicht nur die Meinung haben kann, sondern daß es auch wirklich der Wille des Gesetzgebers gewesen ist, daß man

diejenigen, die nach der Stadtverordnetenwahl das Bürgerrecht erwerben, in die Wählerlisten, die von neuem angefertigt und ausgelegt werden, noch einträgt.

Es ist mir aufgefallen, daß der Herr Stadtrat nicht die einzelnen Fälle vorgetragen hat. Wir sind einige Fälle bekannt, die voneinander grundverschieden sind. Ein Teil der Beschwerdeführer hat erst nach dem 18. Januar d. Js. das Bürgerrecht erworben, ein Teil derselben hat wohl in der Wählerliste bei der Stadtverordnetenwahl gestanden, ist aber gestrichen, weil die Betreffenden ihre Steuer nicht entrichtet hatten. Nachdem sie das getan haben, glauben sie nun berechtigt zu sein, in die Listen eingetragen zu werden. Noch ein anderer Fall ist mir bekannt. Er betrifft einen Herrn Zenker, der in den Häusern vor Ülper wohnt, die nach Braunschweig neu eingemeindet sind. Der Herr ist schon ein oder zwei Mal Bürger geworden und ist dann nach Ülper gezogen, wodurch er sein Bürgerrecht verlor. Nun ist er nach hier mit eingemeindet. Er ist in Ülper seines Wahlrechts verlustig gegangen, hier in der Stadt Braunschweig wollte man ihn aber auch nicht eintragen; er sollte erst wieder ein Jahr lang hier in Braunschweig wohnhaft sein. Dieser Fall kommt einem doch recht bedenklich vor, wenn man als Laie die Sache betrachtet. Wenn jemand in Ülper seines Wahlrechtes verlustig geht, nicht durch eigene Schuld, sondern dadurch, daß ein Teil von Ülper der Stadt Braunschweig angegliedert ist, dann müßte man annehmen, von dem Tage an, wo der Betreffende der Stadt Braunschweig angehört, müßte er auch dieselben Rechte haben, wie jeder andere Bürger der Stadt Braunschweig. Ich für mein Teil weiß nicht, wie der Paragraph darüber lautet, vielleicht ist der Herr Stadtrat bereit, darüber Aufschluß zu geben. Im großen ganzen ist doch die Lage die: Nach der Art, wie der jetzige Landtag zusammengesetzt wird, hängt es doch ab, in welcher Weise wir die neue Wahlreform bekommen. Nach den Worten des Ministers im Landtage, die ich selbst gehört habe, sind es doch nur die Vorberatungen zu dem neuen Wahlgesetze, die von dem nächsten Landtage erledigt werden sollen, nachher wird er wieder nach Hause geschickt. (Widerspruch). Ich war an dem Tage im Hause anwesend, als der Minister diese Erklärung abgab. Jeder Bürger ist doch bestrebt, seine Leute in den Landtag zu schicken, die auch dafür eintreten, daß das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht für die Landtagswahlen maßgebend sein soll. Deshalb sollte man auch diese Leute zulassen. Ich bitte Sie, stellen Sie sich nicht auf den Standpunkt des Herrn Stadtrat und weisen die Beschwerden zurück, sondern geben Sie den Beschwerden statt.

Herr Jasper: Ich wollte auch anfragen, ob bei diesen Eingaben eine Beschwerde des Herrn Zentker wäre, die mir bekannt geworden ist. Wie es Herr Bunge bereits mitgeteilt hat, so ist auch mir der Sachverhalt mitgeteilt worden. Die Sache liegt so, daß der Mann in Olper wohnte und zur Zeit der Eingemeindung in Olper wahlberechtigt war. Nun wird er plötzlich in eine andere Gemeinde verlegt, er wohnt genau in demselben Hause, hat schon über Jahr und Tag da gewohnt und verliert plötzlich, wie den Herren als richtig erscheint, die ganze Wirkung des Wohnsitzes, weil politische Veränderungen eintreten, obwohl er festgeessen hat. Das ist eine absurde Folgerung, und ich möchte speziell über diesen Fall den Herrn Stadtrat bitten, näheres mitzuteilen.

Ich bezweifle auch, daß die Listen vorschriftsmäßig ausgelegt haben. Das Gesetz schreibt vor, daß die Wählerklassen nach dem Steueraufkommen einzuteilen sind. Wenn das geschehen soll, so muß auch der Urwähler in der Lage sein, nachzuprüfen, ob die Einteilung richtig vorgenommen ist, ob jede einzelne Klasse das ausreichende Steueraufkommen in ihrer Gesamtheit hat und niemand, der weniger Steuern zahlt als er, trotzdem in eine höhere Klasse gestellt ist. Es ist dazu erforderlich, daß das Steueraufkommen jedes einzelnen angegeben wird, und ich habe nicht gesehen, daß diese Zusätze gemacht sind. Ich bezweifle auch, daß dieser Vorschrift des Gesetzes genügt ist mit Rücksicht darauf, daß früher von dem Verwaltungsgerichtshofe gewisse Unstimmigkeiten in dem städtischen Verfahren festgestellt sind. Ich habe nicht nachprüfen können, inwiefern die Einteilung in den vier Wahlkreisen der Stadt dem Landesgesetze entspricht. Meiner Auffassung nach bildet jeder Wahlkreis eine selbständige Einheit, in der die Drittelung besonders vorgenommen werden soll. Ich habe nicht nachsehen können, ob und inwieweit das der Fall gewesen ist. Soweit ich die Wählerzahl der ersten Klasse gesehen habe und in Verhältnis zu der dritten Klasse gestellt habe, entsprechen diese Verhältniszahlen keineswegs dem, was im Gesetze vorgeschrieben ist. Es ist ihm zwar in der Summe aller vier Wahlkreise Genüge geschehen, aber nicht in jedem einzelnen Wahlbezirke. Als Beispiel dafür führe ich den früheren dritten Wahlkreis an, der jetzt der vierte genannt wird, und der zu den vielen Wahlanfechtungen Veranlassung gegeben hat. Die Zahlen der Urwähler der ersten Klasse scheinen mir nicht ausreichend um die 5% von der gesamten Wählerschaft auszumachen. Ich bezweifle auch, daß die darin aufgenommenen Herren ein Drittel des Steueraufkommens für diesen vierten Wahlkreis haben. Ich glaube, das sind Unstimmigkeiten, die, wenn sie gerügt werden sollten, bei der Nachprüfung der ganzen Wahl Gelegenheit, die Wahl anzufechten, geben würden.

Im besondern bitte ich aber um eine Aufklärung in betreff der Angelegenheit Benker.

Vorsitzender: Ich bitte, in der Debatte nicht zu weit vom Gegenstande der Tagesordnung abzuschweifen. Die vereinigte Versammlung hat nur über die Beschwerden zu entscheiden, die vorliegen. Ich habe Herrn Dr. Jasper nicht unterbrochen, muß aber sagen, daß seine Ausführungen zu weit abgehen. Nachdem aber diese Bedenken hervorgehoben sind, glaube ich, es wird im Interesse der Sache liegen, daß der Herr Referent sich auch über diese Sache äußert. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, obgleich der Gegenstand nicht auf der Tagesordnung steht. Ich höre keinen Widerspruch.

Herr Dr. Jasper sagte: „Ich halte das für eine absurde Folgerung.“ Ich nehme an, daß er diese Äußerung nicht auf den Herrn Referenten bezogen hat; daß er Herrn Bunge nicht gemeint hat, ist wohl selbstverständlich. Sollte er den Referenten gemeint haben, so muß ich die Äußerung für unparlamentarisch und unzulässig erklären.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte darauf hinweisen, daß die Einteilung der Wählerklassen innerhalb der Bezirke sich gerichtet hat nach den Grundsätzen, die sich bei uns bewährt haben, und die auch nicht von dem Verwaltungsgerichtshof gemißbilligt sind, wenn auch der Verwaltungsgerichtshof mit der Möglichkeit gerechnet hat, daß da, wo sich eine besondere Unbilligkeit ergeben sollte, eine Verschiebung stattzufinden habe. Wo das geschieht, ist aber die Einteilung dem Herzoglichen Staatsministerium zur Genehmigung zu unterbreiten. Ich habe keine Bedenken getragen, nach diesen Grundsätzen die Durchführung der Einteilung zu empfehlen. In einzelnen Bezirken, wo eine neue Einteilung zu erfolgen hat, wird es regelmäßig möglich sein, Unbilligkeiten auszugleichen. Nach meiner Ansicht würde es für die, welche die Vorbereitungen zu besorgen haben — zu denen Herr Bunge zu gehören pflegt —, viel Kopfschmerzen mit sich bringen, wenn man unser so schon nicht übersichtliches Wahlgesetz noch verwickelter gestalten wollte dadurch, daß man innerhalb jedes einzelnen Bezirkes eine besondere Skala für die Abstufung des Wahlrechtes eintreten lassen wollte. Ich glaube aber, im übrigen der Anregung des Herrn Oberbürgermeisters folgen zu sollen, indem ich alles zu erörtern fortlasse, was nicht unbedingt nötig ist.

Ich habe vorhin in aller Kürze den Beschluß der vorberatenden Deputation mitgeteilt. In der Deputation selbst habe ich ausführlich Punkt für Punkt über jede einzelne Beschwerde berichtet und bin auch hier dazu bereit. Der rote Faden,

der sich durch alle diese Beschwerden zieht, ist, daß sie alle klagen, daß die Beschwerdeführer nicht in der Urwählerliste stehen, obwohl sie alle ohne Ausnahme zugeben müssen, daß sie in der Stadtverordnetenwählerliste nicht enthalten sind. Herr Bunge meinte, nach seinem Laienverstande den Beschwerden eine gewisse Berechtigung nicht absprechen zu können. Sowohl nach dem Laienverstande wie auch nach dem juristischen Verstande ist ein Zurückgehen auf das Gesetz die sicherste Grundlage. Wenn das Gesetz sagt, den Gemeindevorwählerlisten müssen die bei der letztvergangenen Stadtverordnetenwahl benutzten Listen der Wahlberechtigten zugrunde gelegt werden, so wird man daraus doch, ohne der Sprache Zwang anzutun, folgern müssen, daß der Inhalt dieser Listen für die Urwählerlisten maßgebend sein soll, daß Abweichungen davon nicht gestattet sind, soweit nicht das Gesetz selber diese Abweichungen gebietet, und das Gesetz gebietet diese nur insoweit, als es sich um eine Verschiebung der Klassen handelt.

Es ist richtig, daß Herr Zenker sich unter den Beschwerdeführern befindet und von ihm behauptet wird, die Eingemeindung einiger Häuser von Oster wäre das Hindernis gewesen, weshalb er nicht in die Urwählerlisten aufgenommen ist. Herr Zenker ist in diesem Augenblicke, in dem ich die Ehre habe, zu Ihnen zu sprechen, noch nicht Bürger der Stadt. Die betreffenden Häuser sind erst im Oktober 1910 eingemeindet und nach der Städteordnung muß ein volles Wohnsitzjahr vor Aufnahme in die Bürgerrolle verflossen sein, und von der Bestimmung werden, wenigstens nach der bisherigen Handhabung durch den Stadtmagistrat, Ausnahmen nicht mehr gewährt. Infolgedessen hat eine Eintragung des Herrn Zenker in die Bürgerrolle im Laufe des Oktobers nicht stattfinden können. Das mag sehr wohl als eine gewisse Unbilligkeit und Härte erscheinen. Zenker ist in gewisser Weise ein Opfer der Eingemeindung, aber was will eine einzelne Persönlichkeit verschlagen, wenn es sich darum handelt, daß man nach Recht und Gesetz handelt, und man muß doch annehmen, der Gesetzgeber habe aus wohlervwogenen Gründen einfach die Stadtverordnetenwählerlisten als maßgebend anerkannt.

Ich bin bereit, um den Beschwerden die Spitze abzubreaken, die Sachen einzeln vorzutragen, habe aber geglaubt, davon absehen zu können, denn läßt man den Beschluß maßgebend sein, daß die Stadtverordnetenwählerlisten den Urwählerlisten zugrunde zu legen sind, so muß man die Beschwerden alle verwerfen.

Herr Jasper: Herr Stadtrat von Frankenberg hat gemeint, wenn die Auslegung richtig sein würde, die ich für das Gesetz als zutreffend halte, dann

würde die Anwendung des Gesetzes noch schwieriger sein, als sie es leider schon ist. Ich pflichte dem bei: Die Anwendung des Gesetzes ist reichlich schwierig und würde dadurch nicht leichter gemacht, aber wir kommen doch nicht darum weg, uns auf den Standpunkt zu stellen, daß wir das Gesetz, wie es ist, anwenden müssen, und gerade durch die genaueste Anwendung eines solchen Gesetzes müssen wir den Herren, die Freunde dieses Gesetzes sind, einmal zu Gemüte führen, welch ein Juwel sie an diesem Gesetze haben und welche Folgerungen durch das Gesetz für die Allgemeinheit gezeitigt werden.

Es geht nicht an, im Falle Zenker einfach zu sagen, daß die Handhabung, die der Magistrat infolge der Eingemeindung beliebt hat, ohne weiteres die richtige ist. Es kommt im letzten Grunde auf die Beantwortung der Frage hinaus: Wie rechnen wir die Wohnsitzjahre? Der Mann wird zwangsweise nach Braunschweig eingemeindet. Nachdem er über ein Jahr in demselben Hause gewohnt hat, machen die Gemeinden unter Zustimmung des Herzoglichen Staatsministeriums eine Abmachung untereinander, und nun wacht er nicht mehr in Opper, sondern in Braunschweig auf. Es wird gesagt: Mit demselben Augenblicke verlierst du alle deine Gemeindevahlrechte, du wohnst nicht mehr in Opper, also bist du dort nicht wahlberechtigt; du bist auch noch nicht in Braunschweig Bürger geworden, da hast du erst dein Bürgerrechtsgeld zu zahlen. Du bist ohne weiteres deiner Ehrenrechte in gewissem Umfange beraubt und mußt erst ein Jahr wieder in Braunschweig wohnen, ehe du sie wieder erhältst. — Ich glaube, das ist falsch. Ist es denn keine Schuld, daß er nicht schon lange eingemeindet ist? Wenn die Gemeinden früher zu diesem Vertrage gekommen wären, dann wäre er auch früher zu seinem Wohnsitz in Braunschweig gekommen; seinen Wohnsitz in Opper muß man also mitrechnen. Ich halte deshalb die Weigerung des Magistrats für unberechtigt und meine, daß der Mann in die Bürgerliste und in die Urwählerliste eingetragen werden muß.

Der Herr Stadtrat hat nicht auf die Frage des Herrn Bunge geantwortet, ob nicht auch ein Herr unter den Beschwerdeführern ist, der Protest eingelegt hat, weil zur Zeit der letzten Stadtverordnetenwahl sein Bürgerrecht geruht hat, weil er damals die Steuern nicht bezahlt hatte; inzwischen hat er sie aber bezahlt. Soweit ich das Gesetz auslege, bedingt die Nichtzahlung lediglich ein Ruhen des Bürgerrechts, und diejenigen Bürger, deren Rechte nur geruht haben, sind nach den mir bekannten Entscheidungen des Verwaltungsgerichts in die Wählerlisten nachzutragen. Das ist besonders in den Fällen vom Verwaltungsgericht ausgesprochen, die so geartet waren, daß das Bürgerrecht deshalb geruht hatte, weil ein Bürger sich der Ehrenpflicht des Bürgers, ein

Ehrenamt zu übernehmen, geweigert hatte. Der Mann hat dann kein Gemeindevahlrecht, wohl aber ein Landtagswahlrecht. Das würde hier analog anzuwenden sein, denn wenn das Bürgerrecht auch während der Stadtverordnetenwahl wegen der nicht entrichteten Steuer geruht hat, so ist der Betreffende dieser Verpflichtung in dem letzten Jahre doch nachgekommen. Ich bitte den Magistrat, auch über diesen Fall Sachau Aufschluß zu geben. Auch dieser Fall würde also für sich zu behandeln sein. Es geht nicht an, sämtliche Fälle in Bausch und Bogen abzuurteilen, wir müssen prüfen nach Lage der einzelnen Fälle. Ich möchte also bitten, die einzelnen Fälle durchzugehen.

Herr Loeßigk: Auf die juristische Seite der Sache will ich mich nicht einlassen, aber nach dem Laienverstande müßte dieser zuerst genannte Herr Zenker doch sein Wahlrecht in Elber behalten. Wenn jemand von Preußen nach Braunschweig verzieht, so behält er doch sein Wahlrecht in Preußen. Ich kann mir nicht denken, daß der Mann sein Wahlrecht ganz und gar verlieren sollte, das wäre hart.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wenn die Ausführungen des Herrn Dr. Jasper richtig wären, dann würde Herr Zenker schon die Möglichkeit gehabt haben, im vorigen Jahre, als wir die Stadtverordnetenwählerlisten ausgelegt hatten, sich zu melden und zu erklären: „Ich kann verlangen, daß ich in Braunschweig in die Stadtverordnetenwählerlisten eingetragen werde.“ Er hat das nicht getan; warum? das ist Sache des Herrn Zenker; es mag sein, daß er damals nicht so gut beraten war, wie er es heute sein mag. Nun steht er nicht in den Stadtverordnetenwählerlisten und kann nach meiner Auffassung, die von der Deputation geteilt wird, aus diesem Grunde nicht in die Urwählerlisten hineingelangen.

Was den Fall Sachau anbetrifft, so ist von Herrn Dr. Jasper richtig vorgebracht, daß bei ihm ein Ruhen des Bürgerrechts stattgefunden hatte, weil er seine Gemeindesteuern nicht bezahlt hatte. Ich nehme den Standpunkt ein, daß das Ruhen des Bürgerrechtes die Nichteintragung in die Stadtverordnetenwählerlisten zur Folge haben mußte, und daß ohne weiteres diese Listen maßgebend sein müssen. Wir können nicht die Zwischenpunkte, die sich ereignet haben mögen, nachprüfen, das entspricht nicht dem Geiste des Gesetzes, das uns eine sichere Grundlage in die Hand geben will. Ich darf auch darauf hinweisen, daß man, je mehr man diesem Grundsatz des Herrn Dr. Jasper aus einem gewissen verschwommenen Billigkeitsgefühl Rechnung tragen wollte, man

sich um so mehr von der Möglichkeit entfernt, in einer sicheren Weise das Exempel der Einteilung der einzelnen Klassen zu erledigen. Das Gesetz schreibt vor, daß 5 % der Wähler zur ersten Klasse, 20 % zur 2. Klasse und der Rest zur 3. Klasse gehören soll. Dieses Exempel kann man nur dann mit Sicherheit ausrechnen, wenn man die Wählerlisten vor sich hat, wie sie sich aus der Zeit der Stadtverordnetenwahlen ergeben. Sobald man zugibt, daß in diesem Punkte nachgesehen werden kann, gerät man auf einen schwankenden Untergrund, wie es unmöglich dem Willen des Gesetzgebers entprochen haben kann. Ich möchte Sie bitten, machen Sie unser ohnehin schwieriges Wahlgesetz nicht durch Beschlüsse, wie sie dem Antrage des Herrn Dr. Jasper entsprechen, noch knifflischer, als es jetzt schon ist.

Herr Bunge: Es ist nicht unsere Absicht, daß wir hier die Bestimmungen des Wahlgesetzes noch knifflischer machen wollten, als sie schon sind, im Gegenteil, wir wollen uns bemühen, alles daranzusetzen, daß in Braunschweig ein anderes Wahlgesetz zustande kommt. Das, was uns vor Augen schwebt und was wir für richtig halten, was uns über alle diese Kalamitäten hinwegkommen lassen soll, das ist, wie schon erklärt, das allgeheime, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, wie wir es für den Reichstag haben. Ich möchte Herrn Stadtrat von Frankenberg noch einmal auf den Fall Zenker aufmerksam machen und fragen, ob es ihm entgangen ist, oder ob er nichts davon erfahren hat, daß Herr Zenker mit noch einigen anderen Wählern, gerade als die Stadtverordnetenwahlen vor der Tür standen, sich auf dem Rathause gemeldet hat, und daß mit ihm und auch mit den anderen Herren Verhandlungen über ihre Eintragung stattgefunden haben. Man hat ihm gesagt, er müsse unter allen Umständen erst ein Jahr wieder in Braunschweig anässig sein und Steuern bezahlt haben, ehe er in die Bürgerrolle wieder eingetragen werden könne. Wie hart das ist, hat selbst Herr Voetschigt anerkannt. Es ist noch mehr wie hart, wenn jemand, der in einem Orte wahlberechtigt ist, gezwungen wird, einem anderen Orte anzugehören und seines Wahlrechtes beraubt wird, ohne daß er in irgendeiner Weise etwas dagegen machen kann. Wie der Fall liegt, so muß man sagen: Wie kann man von einem Menschen verlangen, dem in dieser Weise zwangsmäßig sein bisheriger Wohnsitz umgewechselt wird, daß er ein Jahr lang an dem neuen Orte wohnen soll, ehe er politische Rechte erlangen kann.

Vorsitzender: Ich bitte den Herrn Referenten, dem Wunsche des Herrn Dr. Jasper zu folgen, die Personen einzeln zu nennen und anzugeben, aus welchem Grunde die Beschwerde zurückgewiesen werden soll.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der erste Fall betrifft den Metallschleifer Hugo Langenhau, Marienstraße 31. Er erklärt, er wäre seit dem 1. Juli 1911 Bürger und glaubt infolgedessen in die Urwählerliste eingetragen werden zu können, während bekanntlich die Auslegung der Stadtverordnetenwählerlisten schon Anfang Januar stattgefunden hat, so daß eine Eintragung im Juli nicht mehr zum Zuge kommen kann. Ich empfehle, die Beschwerde zurückzuweisen.

Vorjizender: Ich glaube, gleichartige Beschwerden könnten wir wohl doch zusammen zur Abstimmung bringen, und bitte den Herrn Referenten, die gleichartigen zusammen vorzutragen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Beschwerden gleicher Art sind die folgenden:

Der Maurer Franz Sager, Oststraße 9, ist am 18. April 1911 in die Bürgerrolle aufgenommen,

der Modelltischler R. Fiero, Madamenweg 38, ist seit dem 10. März d. J. Bürger,

der Arbeiter Johann Bauer, Reichsstraße 9, ist am 8. März d. J. Bürger geworden,

der Maurer Karl Krone, seit dem 7. März d. J. Bürger,

Gustav Steinbrecher, Scharnhorststraße 5, seit dem 9. März d. J. Bürger,

Adolf Petry, Hohestieg 9, seit dem 27. Januar d. J. Bürger.

Soweit ich sehe, sind das die sämtlichen Beschwerden, die in dem Bürgerwerden nach dem Januar 1911 ihren Grund zur Verwerfung haben.

Ich empfehle einheitliche Verwerfung der genannten Beschwerden.

Vorjizender: Ich halte es für richtig, daß wir über den Fall Zentner und den von Herrn Dr. Jasper zuletzt erwähnten Fall Zachau gesondert abstimmen. Zunächst würden wir über die Anträge dieser zu spät in die Bürgerrolle aufgenommenen Beschwerdeführer abzustimmen haben.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es werden in einigen Fällen sich noch gewisse Spielarten zeigen, über die auch gesondert abzustimmen wäre.

Die Beschwerden der 7 von Herrn Stadtrat von Frankenberg namentlich aufgeführten Personen werden von der Versammlung verworfen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wir kommen zum Fall Zenker. Herr Zenker schreibt: „Im Jahre 1887 wurde ich das erste Mal Bürger, am 16. Januar 1909 das zweite Mal. Am 1. April 1909 zog ich nach Elper in das Haus Cellerstraße 59. Dieses Haus wurde im Oktober vorigen Jahres der Stadt Braunschweig zugeteilt. Ich stellte sofort den Antrag auf Eintragung in die Bürgerrolle, mir wurde aber bedeutet, daß ich erst ein Jahr warten müßte, ehe ich wieder kostenlos in die Bürgerrolle eingetragen werden könnte. Da jetzt ein Jahr vorüber ist, stelle ich den Antrag, mich unter Erlass der nochmaligen Bürgerrechtsgebühr in die Bürgerrolle aufzunehmen und auch meine Eintragung in die Landtagswählerliste zu veranlassen.“

Ich beantrage aus den vorhin dargelegten Gründen Verwerfung der Beschwerde.

Die vereinigte Versammlung stimmt mit Majorität für Verwerfung der Beschwerde.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Von Herrn Friedrich Zachau wird mitgeteilt, daß ihm auf seine Erkundigung auf dem Rathause mitgeteilt sei, er könnte nicht in die Urwählerliste aufgenommen werden, weil er vom 1. April 1910 bis 31. März 1911 Steuern nicht bezahlt habe. Er schreibt dazu: „In diesem Steuerjahr wurden mir die Steuern (wegen Krankheit und Arbeitslosigkeit) erlassen. Das Jahr vorher habe ich bezahlt und auch seit dem 1. April 1911. Da mein Wahlrecht, resp. mein Bürgerrecht nur ruhte, muß ich doch ohne weiteres jetzt wieder in die Listen eingetragen werden.“

Es ergibt sich aus den Ermittlungen des Steuerbureaus, daß Zachau infolge Einspruchs von der Steuer freigestellt ist und dieserhalb in die Stadtverordnetenwählerlisten nicht aufgenommen worden ist, infolge davon auch nicht in die Urwählerlisten. — Ich beantrage Verwerfung der Beschwerde.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Ehefrau des Formers Winkelvoß Voigts-Alteßstraße, hat für ihren Mann vorgetragen: „Mein Mann ist in den ausliegenden Listen nicht geführt, weil die Gemeindecinkommensteuer für 1909/10 rückständig gewesen ist. Wie aus unserm Steueraus schreiben ersichtlich, hat mein Mann jedoch im Steuerjahr 1909/10 bezahlt.“ Sie legt namens ihres Mannes Einspruch wegen Nichtaufnahme in die Urwählerlisten ein und beantragt nachträgliche Eintragung. Dieser Wähler ist Bürger seit

Mai 1894, ist aber nicht in die Stadtverordnetenwählerliste aufgenommen, weil nach Ermittlung des Steuerbureaus angenommen wurde, daß die Steuern für 1909/10 nicht bezahlt sind. Es mag das ein Fehler gewesen sein, wir müssen aber jetzt von diesem Fehler zehren. Da er nicht in der Stadtverordnetenwählerliste gestanden hat, sind wir nicht befugt, diesen Fehler auszugleichen.

Die Beschwerde wird von der Versammlung verworfen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Beschwerde des Formers Otto Rasche lautet: „Trotzdem ich bei der letzten Stadtverordnetenwahl im Jahre 1911 als Wähler in der Liste stehe, habe ich zur Landtagswahl keine Benachrichtigung bekommen. Ich muß hieraus schließen, daß ich nicht mehr in der Liste der Wahlberechtigten stehe, trotzdem ich pünktlich meine Steuern bezahlte.“ Die erste Behauptung des Beschwerdeführers beruht auf einem Irrtum: er steht nicht in der Stadtverordnetenwählerliste, trotzdem er seit 1907 Bürger ist. Es ist ein bedauerliches Versehen seitens des Bureaus vorgekommen, indem er in die Liste nicht Aufnahme gefunden hat. So leid es mir tut, muß ich doch erklären, daß kein Anlaß vorliegt, der Beschwerde stattzugeben. Ich muß Verwerfung der Beschwerde empfehlen.

Herr Bunge: Das ist doch ein sonderbarer Fall. Trotzdem der Beschwerdeführer allen seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, steht er nicht in den Listen. Ich möchte doch bitten, diesen Fall nicht so zu behandeln wie die übrigen. Ebenso war es bei dem Falle Winkelboß.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Hätte Herr Rasche dieses Verschulden, das der Bureaubeamte begangen hat, dadurch eingeräumt, daß er gegen die Stadtverordnetenwählerlisten Einsprache erhoben hätte, so brauchte uns diese Beschwerde heute nicht zu beschäftigen. Herr Rasche ist somit selbst mit schuld an dem Beschlusse, den wir heute fassen müssen, und den ich wiederholt empfehle.

Die Beschwerde wird verworfen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Im folgenden Falle handelt es sich um eine Beschwerde des Korbmachers Otto Beger. Er ist für 1910—11 steuerfrei veranlagt gewesen und deshalb nicht in die Stadtverordnetenwählerlisten aufgenommen, aus dem Grunde auch in der Urwählerliste weggeblieben. Jetzt zahlt er wieder Steuern und glaubt, daß er in seiner Eigenschaft als Steuerzahler nachzutragen wäre. Das ist meiner Ansicht nach unrichtig.

Auch hier ist maßgebend, daß er damals nicht in die Stadtverordnetenwählerliste aufgenommen ist.

Herr Jasper: Wie mir bekannt, ist der Mann seit 12 Jahren Bürger, hat nur in diesem einen genannten Zeitraum Steuererlaß bekommen und muß in dem laufenden Jahre wieder Steuern bezahlen. Nach dem Wahlgesetz ist lediglich maßgebend, daß der Wähler in dem der Wahl vorausgegangenen Jahr Steuern bezahlt hat. Wie stellt sich die Anwendung dieses Grundsatzes im Vergleich zu denjenigen, die in dem Wahljahre selbst keine Steuern bezahlen? Wer im vorigen Jahre nicht in Betracht kommen darf, der soll nun für einen ganzen Zeitraum des Landtagswahlrechtes verlustig gehen? Ich glaube nicht, daß es dem Sinne des Gesetzes entspricht, daß diejenigen, die früher einmal steuerfrei waren, ausgeschieden werden, aber diejenigen, die in dem betreffenden Wahljahre keine Steuern bezahlen, mitwählen dürfen. Das scheint mir nicht der Fall zu sein, wenn man dem Gesetzgeber Vernunft unterstellen soll. Hier scheint die Handhabung so zu sein, daß diejenigen ausscheiden, die im Wahljahre Steuern bezahlen. Die aber keine Steuern bezahlen, läßt man in der Liste, weil sie früher einmal Steuern bezahlt haben.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich erkenne das Streben des Herrn Dr. Jasper an, nach reiner Vernunft zu urteilen. Aber die erste Grundlage für Aufstellung der Urwählerlisten ist das Gesetz, das uns auf die Städteordnung zurückgreifen läßt, nach der die Stadtverordnetenwählerlisten aufzustellen sind. Es ist da gesagt, daß es auf die Steuerzahlung innerhalb des leztvorausgegangenen Jahres ankommt, und darnach haben wir verfahren. Das ist weder unvernünftig noch ungesetzlich. Ob die gestrichen sind, die in diesem Jahre keine Steuern bezahlen, kommt durchaus nicht in Frage; wir haben uns lediglich daran zu halten, wie zur Zeit der Aufstellung der Stadtverordnetenwählerlisten die Verhältnisse lagen.

Herr Jasper: Ich möchte einmal darauf hinweisen, was für Ergebnisse es hat, wenn man das Gesetz in diesem Sinne preßt. Verstorbene, Weggezogene, Bankrotteure werden in den Listen stehen gelassen. Durch diese Pressung des Wortes „Zugrundelegung“ kommt man unter Umständen dazu, daß diejenigen, die in der Gemeinde wohnen, nicht in der Wahlliste stehen, aber diejenigen wahlberechtigt sind, die nicht mehr in der Gemeinde wohnen. Wo größere Umzüge stattfinden, ist das wohl möglich. Was für ein Gesetz ist

das? Ich zweifle nach den Erklärungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg nicht daran, daß der Hofschler Osterloh noch in den Wahllisten steht, aber diejenigen, die das Geschäft übernommen haben, stehen nicht darin, wenn sie auch in diesem Jahre die Steuern bezahlten. Es führt dieser Grundsatz dazu, daß in das Gesetz ein doppeltes Erfordernis hineingebracht wird, was dem Sinne des Gesetzes nicht entsprechen kann. Das Wahlgesetz sagt: „Wer in dem letzten, der Wahl vorausgegangenen Jahre Steuern bezahlt hat.“ Dies läßt der Herr Stadtrat zurück und sagt: Dadurch, daß die Stadtverordnetenwählerlisten zugrunde gelegt werden, sind lediglich maßgebend die Steuern, die vor den Stadtverordnetenwahlen gezahlt sind. Ich glaube, man muß doch das Gesetz einigermaßen vernünftig auslegen; schwer ist es ja, in das Gesetz Vernunft hineinzubringen. Wenn das Erfordernis „vor den letzten Landtagswahlen“ hineingebracht ist, so darf es nicht ersetzt werden durch „vor den letzten Stadtverordnetenwahlen“, es kommt alles Unheil davon, daß man das Gesetz falsch auslegt. Herr Stadtrat von Frankenberg sagt selber: Es müssen an den Wählerlisten die Änderungen vorgenommen werden, die dem Gesetz entsprechen. Dem Gesetz entspricht die Änderung, daß nicht die Klasseneinteilung nach der Zeit, die den Stadtverordnetenwahlen vorausging, gemacht wird, sondern nach der Zeit, die der Landtagswahl vorausgeht.

Ich denke, wir müssen uns sagen: Wenn der Mann seine Steuern bezahlt hat, so muß er auch in die Wählerliste hinein, noch dazu, wenn er schon so lange Bürger ist.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich kann nicht anerkennen, daß die Beweisführung des Herrn Dr. Jasper überzeugend ist. Ich möchte auf die Entstehungsgeschichte des Landtagswahlgesetzes hinweisen, aus der sich am deutlichsten ergibt, daß man durch Zugrundelegung der Stadtverordnetenwählerlisten ein festes Rückgrat hat gewinnen wollen und nicht — wie Herr Dr. Jasper darzulegen versuchte — einen leidlich brauchbaren Anhaltspunkt. Man wollte eine sichere, feste Grundlage schaffen; was Herr Dr. Jasper in den Stadtverordnetenwählerlisten erblickt, würde eine wackelige Grundlage sein. Man kann sehr wohl beide Gesichtspunkte vereinigen, indem die Steuerleistung in der Gegenwart mit maßgebend ist für die Zuweisung in eine bestimmte Wählerklasse. Ergibt sich aber aus der Vergangenheit, daß wegen Nichtzahlung der Steuern ein Wähler damals nicht eingetragen worden ist, so muß man die Schlußfolgerung ziehen: er steht nicht in den Stadtverordnetenwählerlisten, also die erste Vorbedingung ist nicht erfüllt.

Im übrigen bitte ich darüber beruhigt zu sein, daß wir Tote nicht in die Urwählerlisten aufgenommen haben, soweit dem Bureau und mir die Todesfälle bekannt geworden sind.

Die Beschwerde des Korbmachers Weger wird von der vereinigten Versammlung verworfen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Fall des Arbeiters Karl Schaper liegt so, daß die Eintragung in die Stadtverordnetenwählerlisten nicht erfolgt ist, weil die Einkommensteuer für 1909—10 nicht bezahlt war. Ich beantrage, die Beschwerde aus den früher dargelegten Gründen zu verwerfen.

Die Verwerfung der Beschwerde wird beschloffen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Als die letzten kommen noch vier Nachzügler: der Mälzer Robert Aderhold, der Dreher Richard Reie, der Schlosser Karl Margraf und der Dreher Wilhelm Bartels. Sie sind seit Januar, August, September und August dieses Jahres erst Bürger geworden. Diese Fälle liegen also ebenso wie die zuerst seitens der geehrten Versammlung abgeurteilten. Ich bitte, auch hier die Beschwerden zu verwerfen.

Die vereinigte Versammlung entspricht auch diesem Antrage und der Herr Vorsitzende schließt die gemeinschaftliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 6 $\frac{1}{2}$ bis 7 $\frac{1}{4}$ Uhr.

1911/1912.

Nr. 1.

B e r i c h t
über die
Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 13. April 1911.

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters für das Jahr 1911/12 Seite 3
2. Wahl von Kommissionen und Deputationen für die Jahre 1911/12 und 1912/13 „ 4

Verzeichnis

der am 1. April 1911 im Amte befindlichen Stadtverordneten:

Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt		Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt	
	Name	Stand	i. d. Klasse	im Bezirk		Name	Stand	i. d. Klasse	im Bezirk
1	Ackenhausen, Alb.	Kaufmann . . .	2	4	20	Meyerhoff, Joh. .	Schlossermeister	2	1
2	Aßmann, Rob. . .	Geschäftsführer	3	2	21	Mohr, Joh.	Kaufmann . . .	2	1
3	Bähr, Ferd.	Lehrer	3	2	22	Munte, Hans . . .	Konservenfabrikant . .	2	2
4	Bunge, Friedr. . .	Friseur	3	4	23	Ohlendorf, Friedr.	Lagerhalter . . .	3	4
5	Gehardt, Wilh. . .	Kaufmann . . .	1	3	24	Probst, Aug. . . .	Apotheker . . .	1	4
6	Frede, Gust.	Lehrer	2	4	25	Pusch, Ernst	Bankier	2	1
7	Fricke, Louis . . .	Malermeister . .	3	1	26	Rasche, Otto	Architekt	2	2
8	Frühling, Otto . .	Baurat.	1	1	27	Ribbentrop, Kennig	Major a. D. . . .	1	4
9	Göcke, Theod. . . .	Kreis-Zimmermeister . . .	2	2	28	Rieke, Heinrich . .	Maurer	3	3
10	Hartung, Ernst . .	Justizrat.	1	2	29	Sander, Karl	Malermeister . .	2	3
11	Hauswaldt, Herm.	Kommerzienrat	1	1	30	Schmidt, Paul . . .	Maschinenfabr. .	1	3
12	Hesse, Theod. . . .	Kaufmann	3	4	31	Stegmann, Karl . .	Geschäftsführer	3	1
13	Hentling, Dr. med.	Sanitätsrat . . .	1	2	32	Tiemann, Ludwig	Hüttendir. a. D.	1	3
14	Jasper, Dr. jur. . .	Rechtsanwalt . .	3	2	33	Tolle, Karl	Gürtler und Ziseler . . .	3	1
15	Kleinfnecht, Dr. med.	Prakt. Arzt . . .	2	3	34	Voge, Dr. jur. . . .	Rechtsanwalt . .	2	3
16	Lange, Bruno . . .	Fabrikant	1	4	35	Wesemeier, August	Redakteur	3	3
17	Leue, Hans	Eisenbahnsekr. .	3	3	36	Wolters, Dr. jur.	Hofbrauhansbesitzer . . .	1	1
18	Löhnefante, Otto .	Bankier	1	2					
19	Loeschigk, Rob. . .	Brennereibes. . .	2	4					

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister R e t e m e i e r und Stadträte von F r a n k e n b e r g und W a g n e r.

Entschuldigt die Herren A d e n h a u s e n, B ä h r, F r i c k e, S e n k i n g, O h l e n d o r f, S c h m i d t, W e s e m e i e r.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e i e r eröffnet die Sitzung namens des Magistrats und beruft als Alterspräsidenten Herrn Stadtverordneten T i e m a n n zur Leitung der Versammlung während der Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Alterspräsident (Herr Stadtverordneter T i e m a n n): Es ist mir die Ehre zuteil geworden, den Vorsitz in dieser Versammlung auf einige Augenblicke zu führen. Ich hoffe, daß Sie meiner kurzen Amtswaltung die nötige Milde entgegenbringen.

Ich habe mitzuteilen, daß heute zum ersten Male die durch die Neuwahlen eingetretenen Herrn Stadtverordneten hier anwesend sind, und gestatte mir, die Namen der Herren zu nennen. Es sind:

Herr Kommerzienrat Hermann H a u s w a l d t,
Herr Justizrat Notar H a r t u n g,
meine Wenigkeit,
Herr Fabrikbesitzer Bruno L a n g e,
Herr Schlossermeister Joh. M e h e r h o f f,
Herr Architekt Otto R a j c h e,
Herr Malermeister Karl S a n d e r,
Herr Kaufmann Albert A d e n h a u s e n,
Herr Geschäftsführer Karl S t e g m a n n,
Herr Geschäftsführer Robert A l b m a n n,
Herr Maurer Heinrich R i e k e,
Herr Friseur Friedrich B u n g e.

Ich heiße die Herren im Namen der Stadt und der städtischen Kollegien herzlich willkommen und gebe dem Wunsche Ausdruck, daß ihre Arbeit für die Stadt eine gesegnete sein werde.

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Auf Vorschlag des Herrn Stadtv. M e h e r h o f f wird Herr Stadtv. Hermann H a u s w a l d t durch Zuruf zum Vorsitzenden und darnach Herr Stadtv. Dr. W o l t e r s zum Stellvertreter des Vorsitzenden wiedergewählt.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, übernimmt den Vorsitz.

Vorsitzender: Gestatten Sie mir zunächst, Ihnen meinen Dank für meine Wiederwahl auszusprechen. Ich bitte Sie, mich auch in der Zukunft wie bisher in der Ausübung meiner Amtstätigkeit zu unterstützen.

Dann möchte ich eine Einladung mitteilen, welche mir für die Stadtverordneten-Versammlung von Herrn Dr. Zimmermann aus Wolfenbüttel für den deutschen Historikertag in Braunschweig zugegangen ist. Die Tagung findet vom 17. bis zum 22. April statt, und es sind eine ganze Reihe hochinteressanter Vorträge angekündigt. Ich lege die drei mitgeschickten Programme auf den Tisch des Hauses nieder. Sollten mehr Herren Programme zu erhalten wünschen, so wollen sie das freundlichst unserm Sekretär mitteilen, damit weitere angefordert werden.

Ferner ist uns eine Einladung zugegangen zur Besichtigung der Jakobikirche heute abend im einzelnen und zur Teilnahme an dem Einweihungsfeste der Kirche als Ehrengäste. Die Einweihung findet am Ostermontag 9½ Uhr statt, nachmittags 3½ Uhr ist Festessen im großen Saal des „Weißen Hofes“ und am 18. April Gemeindefeier im „Wilhelmsgarten“. Auch diese Einladung lege ich auf den Tisch des Hauses nieder und hoffe, daß eine Reihe von Herren sich bereit finden wird, als Ehrengäste an der Feier teilzunehmen.

Ich möchte hier noch zur Kenntnis der Versammlung bringen, daß mir Herr Ruthe, der Berichterstatter der Stadtverordneten-Versammlung, geschrieben hat, daß er auf der Besserung sei und sein Arzt ihm gestattete, daß er am Schlusse dieses Vierteljahres seinen Dienst wieder aufnehme. Eine Wahl des Protokollführers und des Berichterstatters ist nicht nötig, da sie beide dauernd beauftragt sind. Wir nehmen die erfreuliche Mitteilung, daß Herr Ruthe auf der Besserung ist, zur Kenntnis.

2. Wahl von Kommissionen und Deputationen für die Jahre 1911/12 und 1912/13.

(Soweit in dem hier vorliegenden Berichte nicht anders angegeben, finden die Wahlen durch Zuzuf statt.)

Statutenkommission.

Vorsitzender: Von verschiedenen Seiten ist mir der Wunsch ausgesprochen, die neugewählten Herren Stadtverordneten, die Nachmänner sind, Herr Liemann und Rasche, in die Baukommission zu wählen. Einen Platz haben wir dafür offen durch das Ausscheiden des Herrn Stadtrat Konegen

aus dem Stadtverordneten-Kollegium. Vielleicht ist es Herrn Pusch oder Herrn Tolle gleich, aus der Baukommission auszutreten und an Stelle von Herrn Bues in die Statutenkommission einzutreten; dann könnten die beiden Fachleute in die Baukommission gewählt werden. Selbstverständlich sind das nur Vorschläge, die Versammlung kann natürlich frei darüber verfügen.

Herr Sander: Ich möchte vorschlagen, für Herrn Bues Herrn Hartung in die Statutenkommission zu wählen, da es meiner Ansicht nach richtiger ist, wenn noch ein Jurist in die Statutenkommission hineinkommt. — Was den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden über die Baukommission betrifft, so bin ich sehr dafür, daß Herr Rasche als Ersatz für den ausgeschiedenen Herrn Stadtrat Ronneggen mit in die Kommission gewählt wird, jehe aber nicht ein, daß von den übrigen Herren, die sich eingearbeitet haben, einer ausscheiden soll.

Herr Doeschigk: Ich möchte nur bemerken, daß in der Statutenkommission schon ein Jurist sitzt, was Herr Sander wohl übersehen hat.

Herr Meyerhoff: Ich halte dringend für nötig, daß so viel Juristen wie möglich in der Statutenkommission sind. Es kommen da manchmal widerstreitende Meinungen zutage, auch zwischen den Herren Juristen, so daß es für uns alle sehr lehrreich ist, die Ansichten zu hören. Dann handelt es sich auch um den Vorsitz. Wenn jetzt Herr Wolters fehlt, so kann es kommen, daß ein Laie den Vorsitz führen muß. Wenn Herr Hartung in die Kommission gewählt würde, so wäre eine Stellvertretung besser möglich.

Zunächst wählt die Versammlung die früheren Mitglieder der Statutenkommission mit Ausnahme des Herrn Bues wieder und darauf als neues Mitglied, Herrn Stadtv. Hartung. Die Kommission besteht also in Zukunft aus den Herren Stadtverordneten Wolters, Voge, Ahmann, Henking, Sander, Meyerhoff und Hartung.

Finanzkommission.

Die früheren Mitglieder, die Herren Stadtv. Hauswaldt, Wolters, Mohr, Jasper, Leue, Doeschigk, Döhnefinke werden sämtlich wiedergewählt.

Baukommission.

Die Herren Stadtv. Frühling, Meyerhoff, Riecke, Pusch, Tolle, Fricke, werden wiedergewählt und an Stelle des Herrn Stadtrat Ronneggen Herr Stadtv. Rasche.

Schulkommission.

Herr Rieße: Ich möchte den Vorschlag machen, in die Schulkommission Herrn Dr. Jasper mitzuwählen.

Vorsitzender: An wessen Stelle? Einen müssen Sie opfern!

Herr Rieße: An Stelle des Herrn Fricke.

Die Herren Stadtv. Mohr, Eckhardt, Bähr, Kleinfnecht werden wiedergewählt.

Die Wahl des fünften Mitgliedes geschieht durch Stimmzettel. Es fallen auf die Herren Stadtv. Fricke 21 Stimmen, Jasper 6 Stimmen, Tiemann 1 Stimme, 1 Zettel ist unbeschrieben. Herr Fricke ist somit gewählt.

Deputation für die Verwaltung des Museums.

Nachdem Herr Wolters gebeten hat, von seiner Wiederwahl abzugehen und für ihn Herrn Lange zu wählen, werden zunächst die Herren Bankier Arthur Böbcke und Stadtv. Leue, Hauswaldt, Sander in die Deputation wiedergewählt.

Herr Sander Ich möchte Sie bitten, Herrn Professor Lübke auf alle Fälle in dieser Kommission zu belassen. In den Jahren, in denen ich mit dem Herrn in der Kommission gearbeitet habe, hat sich gezeigt, daß Herr Professor Lübke ein sehr schätzenswertes Mitglied der Deputation ist, im besondern wegen seiner reichen Kenntnisse auf dem Gebiete des Kunstgewerbes; sein Rat war immer von großer Wichtigkeit.

Darauf wird Herr Professor Lübke wiedergewählt und Herr Stadtv. Lange als neues Deputationsmitglied.

Deputation für die Verwaltung des Archivs und der Bibliothek.

Die bisherigen Mitglieder der Deputation, Herr Justizrat Engelbrecht und Herr Oberlehrer Bergmann werden wiedergewählt.

Deputation zur Vorberatung von Angelegenheiten der vereinigten Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten.

Zu ihr gehören ohne weiteres die Mitglieder der Statutenkommission.

Deputation zur Prüfung der Gehaltsausbesserungen der städtischen Oberlehrer.

Diese Deputation braucht nicht neu gewählt zu werden, da die Angelegenheit erledigt ist.

Deputation zur Leitung des Feuerlöschwesens.

Herr **W o l t e r s** wird wiedergewählt, für Herrn **B u e s** Herr **S a n d e r**.

Schulvorstand der Bürgerschulen.

Vorsitzender: Sie werden wünschen, daß die beiden Vorsitzenden der Stadtverordneten-Versammlung als Vertreter des Kollegiums in dem Ausschuß für Regelung des Büdelschen Nachlasses bleiben, und das halte ich auch wegen der engen Fühlung zwischen Magistrat und Stadtverordneten für geboten. Nun wird die Arbeit in dieser Sache, die uns schon in diesem Winter recht schwer getroffen hat, nicht leichter werden. Ich möchte Sie deshalb bitten, an meine Stelle in den Schulvorstand, dem ich seit 18 Jahren angehört habe, einen anderen Herrn zu wählen. (Widerspruch aus der Versammlung.)

Herr **S a n d e r**: Es ist heute schon gesagt, daß es nötig ist, daß sich die Herren in den Kommissionen erst einarbeiten müssen. Das ist bei dem Herrn Vorsitzenden betreffs des Schulvorstandes der Fall, und ich glaube, wir können keinen Besseren unter uns dafür finden. Ich möchte Sie (zum Herrn Vorsitzenden gewendet) auch im Namen der übrigen Herren bitten, die Wahl noch einmal anzunehmen, wenn auch nur für das nächste Jahr; dann können wir uns ja die Sache überlegen.

Vorsitzender: Es ist sehr liebenswürdig von Ihnen, mich für den Schulvorstand wieder ins Auge zu fassen; ich muß mich aber entlasten, denn meine Gesundheit ist im letzten Winterhalbjahr nicht mehr so wie früher gewesen. Übrigens wird es gut sein, wenn auch einmal ein Wechsel im Schulvorstande eintritt.

Aus der Versammlung werden die Herren Stadtvv. Kleinknecht, Frühling, Löhnesinke, Reue, Jasper vorgeschlagen. — Die Herren Kleinknecht, Frühling, Reue bitten von ihrer Wahl Abstand zu nehmen. Bei der darauf vorgenommenen Zettelwahl erhält Herr Stadtv. L ö h n e s i n k e mit 16 Stimmen die absolute Mehrheit, 6 Zettel lauten auf Herrn Kleinknecht, 6 auf Herrn Jasper, 1 Zettel ist unbezichnet.

Schulvorstand für die beiden Mädchenschulen.

Die Herren Stadtvv. **P r o b s t** und **F r ü h l i n g** werden wiedergewählt.

Schulvorstand der katholischen Schule.

Herr Stadtv. **B ä h r** wird wiedergewählt.

Schulvorstand für die städtische Oberrealschule und für die städtische Realschule.

Die Herren Stadtv. Fröhling und Ribbentrop werden wiedergewählt.

Deputation für die städtische Gewerbeschule.

Es erfolgt Wiederwahl der Herren Stadtv. Göcke und Bunge.

Deputation für die städtischen Licht- und Wasserwerke und für die Pumpstation.

Nachdem Herr Stadtv. Löhnesinke gebeten, von seiner Wiederwahl in diese Deputation in Rücksicht auf seinen Eintritt in den Schulvorstand der Bürgerschulen Abstand zu nehmen, werden zunächst die Herren Stadtv. Probst und Meherhoff wiedergewählt und sodann an Stelle des Herrn Löhnesinke Herr Stadtv. Tiemann neugewählt. Für Herrn Stadtrat Konegen sind aus der Versammlung vorgeschlagen die Herren Stadtv. Tolle und Hesse. In der Abstimmung durch Zettel erhält Herr Stadtv. Tolle mit 20 Stimmen die Majorität, auf Herrn Hesse lauten 8 Stimmen, 1 Zettel ist unbeschrieben.

Deputation für das Schlachthaus.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich gestatte mir, darauf aufmerksam zu machen, daß nur drei Herren von den Stadtverordneten zu wählen sind, die beiden Herren vom Fleischergerwerbe dagegen vom Magistrat.

Herr Stadtv. Loeschigk bittet, von seiner Wiederwahl abzusehen und schlägt Herrn Stadtv. Munte vor. An Stelle des Herrn Kalms werden aus der Versammlung die Herren Stadtv. Eckhardt, Kleinfnecht und Hesse vorgeschlagen.

Herr Stadtv. Henking wird wiedergewählt, für den austretenden Herrn Loeschigk wählt die Versammlung Herrn Stadtv. Munte.

Über das dritte Mitglied der Deputation wird durch Wahlzettel abgestimmt. Herr Eckhardt erhält 14, Herr Kleinfnecht 9, Herr Hesse 6 Stimmen, bei der darauf vorgenommenen Stichwahl Herr Eckhardt 14, Herr Kleinfnecht 8 Stimmen, 7 Zettel sind unbeschrieben. Herr Stadtv. Eckhardt ist somit gewählt.

Straßenreinigungs-Deputation.

Herr Göcke wird wiedergewählt.

Über die Wahl des zweiten Deputationsmitgliedes wird durch Zettel abgestimmt. Auf Herrn Sander fallen 10 Stimmen, auf Herrn Lange 7 Stimmen, auf Herrn Loeschigk 6 Stimmen, auf Herrn Ohlendorf 6 Stimmen. In der darauf folgenden Stichwahl ist das Resultat das folgende: Herr Sander 17, Herr Lange 6 Stimmen, 6 Zettel sind unbeschrieben. Für den ausscheidenden Herrn Bues tritt darnach Herr Sander in die Deputation.

Marktdeputation.

Herr Loejchigk bittet, statt seiner Herrn Kleinfnecht zu wählen, Herr Buijch schlägt an Stelle des Herrn Kalms Herrn Munte vor.

Die Herren Stadtvv. S e j j e und P r o b s t werden wiedergewählt und die Herren K l e i n f n e c h t und M u n t e als neue Mitglieder.

Deputation für Aufschließung von Quellwasser.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Es müßte für Herrn Stadtrat Konegen ein neues Mitglied gewählt werden. Es kommt jetzt darauf an, daß wir Sachverständige für Maschinen in der Deputation haben, denn die neue Anlage ist nahezu fertig und die Maschinen müssen abgenommen werden.

Die Herren Stadtvv. L o l l e, F r ü h l i n g, S e j j e, K i e k e, W o l t e r s werden wiedergewählt, Herr Stadtv. L i e m a n n neugewählt.

Deputation für das Kieselgut.

Herr Wolters bittet, von seiner Wiederwahl abzugehen.

Die Herren Stadtvv. K i e k e und Rentner O h l m e r werden wiedergewählt, neugewählt die Herren Stadtvv. L o e j c h i g k und G ö c k e, sowie Herr Rentner S a l b e.

Deputation zur Einschätzung gewerblicher Etablissements zu besonderen Begegeld- und Kanalsteuer=Beiträgen.

Die Herren Stadtvv. L o l l e, G ö c k e, L o e j c h i g k und M e n h a u s e n wiedergewählt, Herr Stadtv. E d h a r d t neugewählt.

Deputation für den Bürgerpark und den Stadtpark.

Der Herr Vorsitzende bittet, ihn nicht wieder in die Deputation zu wählen.

Die Herren Stadtvv. F r ü h l i n g, L ö h n e f i n k e, O h l e n d o r f werden wiedergewählt, Herr Stadtv. M o h r als neues Mitglied.

Stadtbauamt.

Herr L o e j c h i g k: Wenn ich auch gegen das bisherige Mitglied des Stadtbauamts Herrn Architekt Campe durchaus nichts einzuwenden habe, so schlage ich doch vor, da wir jetzt Herrn Architekt Rasche als Stadtoberordneten unter uns haben, diesen in das Stadtbauamt zu wählen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Das ist nach den Statuten unzulässig; da Herr Rasche tätiger Geschäftsmann im Baufach ist, kann er nicht in

das Stadtbauamt gewählt werden. Wenn Herr Campe noch Baugeschäfte treiben sollte, wäre auch der Herr nicht zuzulassen.

Herr Doeßigk zieht seinen Antrag zurück.

Herr Riefe schlägt für die Wahl der Stellvertreter Herrn Stegmann an Stelle des Herrn Ohlendorf vor.

Die drei bisherigen Mitglieder des Stadtbauamts, die Herren Stadtvv. Weßemeier und Akenhausen, sowie Herr Architekt Heinrich Campe, auch die beiden bisherigen Stellvertreter, die Herren Stadtvv. Ribbentrop und Schmitt werden wiedergewählt, Herr Stadtv. Stegmann als Stellvertreter neugewählt.

Quartierbehörde.

Es erfolgt Wiederwahl der Herren Stadtv. Ribbentrop und Weßemeier, sowie ihrer Stellvertreter der Herren Stadtvv. Sander und Frick.

Gesundheitsauschuß.

Die bisherigen Mitglieder, die Herren Stadtvv. Meherhoff, Buchdruckereibesitzer August Günther, Stadtv. Altknecht, Direktor von Feilisch, Stadtv. Henking, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Beckurts, Apotheker Dr. Nehring werden wiedergewählt und als neues Mitglied des Ausschusses Herr Kreisbranddirektor Lehmann gewählt.

Kommission für Einschägung der Gewerbesteuer.

Die Herren Stadtvv. Ohlendorf, Bunge, Akenhausen werden wiedergewählt und Herr Stadtv. Sander neugewählt.

Kommission zur Begutachtung der Gemeindesteuer-Rekursreklamationen.

Die Herren Stadtvv. Hanswaldt, Frede, Sander und Mohr werden wiedergewählt.

Deputation zur Verwaltung der Volksbäder.

Die bisher von der Versammlung bestellten vier Mitglieder werden wiedergewählt: die Herren Maurermeister Beckmann und Stadtvv. Henking, Tolle, Ohlendorf.

Rassenrevisor für außerordentliche Rassenrevisionen.

An Stelle des Herrn Buchser wird Herr Stadtv. Busch gewählt.

Kirchen- und Stiftungskassenkollegium.

Herr Stadtv. Hauswaldt wird wiedergewählt.

Ausschuß zur Schätzung der fruchttragenden Grundstücke und der gewerblichen Etablissements.

Eine Wahl ist nicht nötig, da der bestehende Ausschuß (die Herren Göcke, Ohlendorf, Probst, Kmann, Schmidt, Ohlmer, Halbe, Dreves, Scholkemeyer, Osterloh) bis zum 31. März 1914 bestellt ist.

Deputation für Prüfung des Bahnhofsjprojekts.

(Bei Verlesung des Titels erhebt sich allgemeine Heiterkeit.)

Die früheren Mitglieder, die Herren Stadtv. Frühling, Hauswaldt, Riecke, Meyerhoff, sowie Professor Lübke werden wiedergewählt.

Kirchenbau-Deputation.

Die Herren Stadtv. Frühling und Hauswaldt werden wiedergewählt, Herr Stadtv. Rasche neugewählt.

Deputation für Ausführung städtischer Bauarbeiten.

Herr Riecke: Ich möchte anstatt des Stellvertreters Herrn Lübke Herrn Kollegen Stegmann vorschlagen, der auch Kachmann ist. — Sie haben nun so huldvoll gewählt, daß Sie alle diese Posten an die von der ersten und zweiten Klasse gewählten Stadtverordneten verteilt haben. Wir neugewählten Stadtverordneten der dritten Wählerklasse glauben auch ein Anrecht darauf zu haben, in den Kommissionen vertreten zu sein. Herr Stegmann war zudem schon früher Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Ich möchte Sie bitten, meinem Wunsche zu entsprechen, sonst würde das nach draußen so aussehen, als wenn man hier parteiisch verfahren hätte, und vor dem Vorwurfe möchte ich Sie doch bewahren.

Die Herren Stadtv. Frühling und Wolters werden als Mitglieder der Deputation wiedergewählt, Herr Stadtv. Riecke als Stellvertreter.

Herr Meyerhoff: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob es angänglich ist, daß Herr Rasche als Stellvertreter gewählt wird. Der bisherige Stellvertreter, Herr Prof. Lübke, war auch teilweise ausführender Architekt, aber er vergab nur die Arbeiten und beschäftigte nicht selbst Leute.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: In den Vorschriften über Vergabung der städtischen Bauarbeiten ist eine Bestimmung darüber nicht enthalten. Meiner Ansicht nach ist es selbstverständlich, daß ein Gewerbetreibender, der in diese Deputation entsandt wird, sich der Abstimmung dann enthält, wenn von ihm selbst ein Gebot abgegeben ist.

Die Wahl des zweiten Stellvertreters erfolgt durch Stimmzetteln. Es erhalten: Herr Rasche 16, Herr Stegmann 11 Stimmen, Herr Lübke 1 Stimme, 1 Zettel ist unbeschrieben. Herr Stadtv. R a s c h e ist demnach mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt.

V o r s i t z e n d e r: Die Wahlen für die Einschätzungskommission sollen erst vorberaten werden, weil sie uns hier sonst zu lange aufhalten würden.

Ganz kurz möchte ich nun hier noch eine Sache zur Sprache bringen. — Die Frage der Besetzung der Kommissionen und Deputationen fällt immer in die Zeit, wenn die Versammlung keinen Vorsitzenden hat. Nun ist man mit dem Wunsche an mich herangetreten, wegen der Besetzung der Kommissionen eine Vorbesprechung herbeizuführen. Das habe ich nicht veranlassen können, weil meine Amtszeit als Vorsitzender abgelaufen war. Ich richte jetzt die Frage an die Versammlung: Halten Sie es für angebracht, daß für derartige Fälle, die die ganze Versammlung angehen, der Vorsitzende befugt sein soll, vielleicht die Vorsitzenden der Kommissionen und die drei dienstältesten Mitglieder des Hauses einzuladen, um mit diesen Herren eine Vorbesprechung abzuhalten. Es hat gewisse Vorzüge, wenn man im kleinen Kreise die Besetzung der Kommissionen einmal besprechen kann. Ich hielt mich aber zur Einberufung einer solchen Versammlung nicht für berechtigt, weil es nicht Sitte gewesen ist, auch wollte ich den Anschein vermeiden, als hätte eine zusammengerufene Kommission unter meinem Vorsitz über die Besetzung bestimmen wollen. — Ich bitte Sie, sich über die Sache kurz auszusprechen, damit ich weiß, woran ich in Zukunft bin.

Herr R i e f e: In den ersten Jahren meiner langjährigen Tätigkeit in dieser Versammlung war es Sitte, daß ein sogen. Seniorenkönvent zusammenberufen wurde, der sich über die Besetzung der Kommissionen aussprach, und darnach fanden die Wahlen statt. Soviel ich weiß, ist das auch nicht auf Widerstand gestoßen. Ich habe mich gewundert, daß man jetzt davon abgekommen ist, und möchte empfehlen, das ferner so beizubehalten, wie es in früheren Zeiten gewesen ist.

V o r s i t z e n d e r: Vom 1. April an hat die Versammlung keinen Vorsitzenden und ich möchte mir nicht eine Sache anmaßen, die mir nicht zukommt.

Wenn Sie aber einen Beschluß fassen, dann würde in zwei Jahren der Vorsitzende die Herren einladen können. Ich weiß sehr wohl, daß unter dem Vorsitz meines Amtsvorgängers, des Herrn Minister Wolff, die Vorberatungen stattgefunden haben, aber auch verschiedentlich Mißstimmung darüber geherrscht hat, weil ein kleiner Kreis von Stadtverordneten die Bezehung vorberaten hatte, und Sie wissen, daß es schwer ist, im Plenum gegen solche Vorschläge von einer Kommission anzukämpfen.

Herr Sander: Die Vorberatung hat etwas für sich, aber auch viel gegen sich. Die Schattenseite hat der Herr Vorsitzende schon angeführt. Der Zweck der Wahlen ist doch, den Willen der Versammlung kennen zu lernen, und der ist auch heute klar und deutlich zutage getreten. Die Erklärung des Herrn Vorsitzenden macht den Eindruck, als wenn die Wahlen nicht ganz nach Wunsch gegangen wären.

Vorsitzender: Wenn Sie mich so verstanden haben, dann muß ich mich schlecht ausgedrückt haben. Ich bin mit dem Gange der Verhandlungen vollkommen einverstanden. Nichts ist mir so unangenehm, als wenn Sie glauben sollten, daß ein kleiner Kreis mit dem Vorsitzenden an der Spitze der Versammlung Vorschriften machen wollte. Ich habe die Sache nur zur Sprache gebracht, weil verschiedene Herren den Wunsch nach einer Vorberatung ausgesprochen haben.

Herr Ahmann: Ich halte den Vorschlag einer Vorberatung wohl für zweckdienlich. Nun wollen Sie aber Fraktionen hier nicht anerkennen, weil Sie glauben, das wäre mit einem politischen Beigeschmack umgeben. Wenn Herr Riefe nicht zufällig einer der ältesten in der Versammlung wäre — Herr Meierhoff war im Vorjahre der älteste und heute ist es Herr Tiemann —, so würde bei einer Vorberatung nach dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden unsere Gruppe vollständig ausgeschlossen sein. Ich möchte Sie deshalb bitten, der Zusammensetzung der vorberatenden Kommission eine andere Konstellation zu geben, denn Sie werden zugeben müssen, daß es zweckmäßig ist, daß wir bei der Vorberatung mit eingeschlossen sind.

Herr Lejigk: Ich möchte auch darum bitten, daß wir es so halten, wie es vor 18 Jahren eingeführt wurde, nämlich daß eine Vorbesprechung stattfindet. Was Herr Sander meint, kann gar nicht eintreten; es sind doch nur Vorschläge, die gemacht werden sollen, und die Versammlung ist bei der Wahl doch souverän und kann beschließen, wie sie will. Aber ein gewisser Anhalt ist doch durch die Vorbesprechung gegeben und hat sich auch in einer langen Reihe von Jahren bewährt.

Vorsitzender: Ich weiß mich einer Versammlung zu erinnern, in der sich einzelne Herren durch die Beschlüsse der Vorversammlung zurückgesetzt fühlten.

Herr Leue: Ich möchte einem Mißverständnisse vorbeugen. Der Herr Vorsitzende sagte bei seiner ersten Auseinandersetzung, die die n ä l t e s t e n Mitglieder der Versammlung könnten zu einer Vorversammlung einberufen werden, nicht die an L e b e n s j a h r e n ältesten.

Herr Meyerhoff: Hier ist von einem Seniorenkonvent gesprochen, der früher zusammengetreten sei. Es waren das nicht die an Jahren ältesten Mitglieder, sondern diejenigen, die am längsten Sitz in der Versammlung hatten. Bei den von diesen Herren gemachten Vorschlägen hat es teilweise böses Blut gesetzt. Herr Rieße wird mir bestätigen können, daß sozusagen ein fertiges Programm aus dieser Versammlung herauskam. Gegen die Vorschläge des Seniorenkonvents, bei denen sich der eine oder der andere gebunden fühlt, in der Vorversammlung aufzukommen, ist viel schwieriger, als bei Vorschlägen nach dem jetzigen Modus. Ich habe gefunden: So, wie es heute gemacht ist, kommt jeder glatter zum Wort als sonst.

Herr Sander: Es ist schon vom Herrn Vorsitzenden angeführt, daß es vorgekommen ist, daß sich verschiedene Herren durch die Beschlüsse der Vorversammlung zurückgesetzt gefühlt haben. Ich bin auch einer von denen gewesen. Es wurden in vier bis fünf Kommissionen Herren gewählt, die eben erst in die Versammlung eingetreten waren, und ich als einer, der 12 Jahr im Amt war, blieb von den Kommissionen ausgeschlossen. Da habe ich erklärt, daß ich das nicht für recht halte, ich wünschte mitzuarbeiten und hätte, auch in die Kommissionen hineingewählt zu werden, wo ich arbeiten könne. Da ist die Sache umgeändert. Um derartige Mißhelligkeiten zu vermeiden, ist es richtig, so zu arbeiten, wie wir es heute gemacht haben. Rascher kann die Wahl auf andere Weise auch nicht gehen.

Vorsitzender: Da es mir unmöglich wäre, Fraktionen, die politischer Natur sind, zur Vorberatung zuzuziehen, so habe ich geglaubt, daß die Wahl mit der heute Ihnen vorgelegten Übersicht am allerunparteiischsten vorbereitet ist.

Herr Jasper: Fraktionen könnten nicht anerkannt werden, sagt der Herr Vorsitzende, und doch ist es eine Tatsache, daß sie in dieser Versammlung bestehen. Derartige Vorbeisprechungen haben lediglich den Zweck, einigermaßen dem Stärkeverhältnisse der verschiedenen Interessentengruppen entsprechende Vorschläge zu machen. Wenn die vorbereitende Körperschaft so zusammengesetzt

wird, wie der Herr Vorsitzende vorgeschlagen hat, so wird es vom Zufall abhängen, welche Personen gerade als die ältesten in die Vorberatung geschickt werden, welchen Interessenten, welchen Parteiangehörigen sie näherstehen. Wenn man die Dinge bei Licht betrachtet, so sind auch bei den Herren auf bürgerlicher Seite die Fraktionen nicht zu verkennen, wenn sie auch verschwommen sind. Deutlich lassen sich bei den verschiedenen Abstimmungen die Anhänger der Mittelstandspartei im Gegensatz zu denjenigen herausfinden, die lediglich das reine Fabrikanteninteresse erstklassig hier vertreten. Es wäre angemessen, wenn dem Zwiespalt, der in der Versammlung zu finden ist, auch in der Zusammensetzung der Kommission für die Vorberatung Ausdruck gegeben würde. Es hat das nicht nur Zweck bei den Vorbereitungen für die Kommissionswahlen, sondern auch bei sonst so viel Angelegenheiten der geschäftlichen Handhabung, beispielsweise: wie die Versammlungen einberufen werden. Die Versammlungen finden jetzt statt, wie der Herr Vorsitzende sagt, wenn genügend Material beim Magistrat angesammelt ist, und das sind einige dreißig bis vierzig Punkte. Unter diesem Uebelstande leidet dann notwendiger Weise das Initiativrecht der Stadtverordneten. Nach dem langen Menü werden dann noch Anfragen und Anträge gestellt und mit Rücksicht auf die Abgespanntheit kurz begründet. Es würde im allgemeinen Interesse liegen, wenn die Geschäftsordnung und auch, wann die Sitzungen stattfinden sollen, durch eine derartige Körperschaft vorbereitet würden, wie das auch anderwärts zu geschehen pflegt. Ich erinnere an den Seniorenkonvent im Reichstage, der darüber zu bestimmen hat, wie in praktischer Weise wichtige Vorlagen durchberaten werden. Das ist eine Unterstützung der Tätigkeit des Vorsitzenden. Wenn er diese Vertrauensleute der verschiedenen Fraktionen hinter sich hat, dann hat er auch Gewähr dafür, daß die Mehrheit der hinter diesen Vertrauensleuten Stehenden sich seinen Ansichten anschließen wird.

Vorsitzender: Eine solche beratende Kommission wäre gegen die Städteordnung. Die Sache nach dieser Richtung hin auszudehnen, halte ich für ganz unmöglich. — Ich sehe aus der ganzen Besprechung, daß die Herren mit dem heutigen Verfahren doch einverstanden sind. Wir kommen erst in 2 Jahren wieder zu den Kommissionswahlen. Ich wollte nur wissen, wie die Majorität der Versammlung darüber denkt, weil verschiedene Herren mit dem Wunsche nach einer Vorberatung an mich herangetreten sind.

Ich habe der Versammlung noch den Dank des Verbandes reisender Kaufleute mitzuteilen für die Unterstützung, die Sie zu seiner Tagung in Braunschweig gewährt haben, und schließe die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 5¼ bis 6¾ Uhr.

B e r i c h t
über die
Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 26. April 1911.

Tagesordnung:

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 1. Gewährung einer Beihilfe für das 30. Festschießen des Nordwestdeutschen Bezirksvereins des deutschen Schützenbundes | Seite 18 |
| 2. Antrag des Stadtverordneten Rieke auf Förderung des Baues kleinerer Wohnungen | " 19 |
| 3. Herstellung von Plattenbelag auf der Hedwigstraße | " 30 |
| 4. Herstellung von Plattenbelag auf der Döringstraße zwischen Hedwig- und Cammannstraße | " 30 |
| 5. Anschaffung einer kleinen Büttenspritze für das Rieselgut und Ausführung einer Wasserzuleitungsanlage daselbst | " 31 |
| 6. Ausbau des Altstadttrings bis zur Broitzemerstraße betreffend | " 32 |
| 7. Neuregelung der Gehaltsverhältnisse der städtischen Lehrer und Beamten | " 33 |
| 8. Herrichtung des Franzischen Feldes als Spielplatz | " 70 |
| 9. Instandsetzung des straßenwärts belegenen kleinen Wohnhauses auf dem Schulgrundstücke an der Leopoldstraße | " 77 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer, Stadträte von Frankenberg, Dr. Koenigen, Seele, Wagner.

Entschuldigt die Herren Friede, Henking, Munte, Schmidt, Wejemeier.

Vorsitzender, Herr Hauswaldt: Meine sehr geehrten Herren! Ich glaube, den allgemeinen Gefühlen dieser hohen Versammlung nur zu entsprechen, wenn ich die erste Gelegenheit benutze, dem aufrichtigen Dank Ausdruck zu geben, daß der Herr Oberbürgermeister den überaus ehrenvollen Ruf, seine Arbeit in den Dienst des Landes zu stellen, abgelehnt hat, und somit unserer Stadt erhalten bleibt. Ich darf bei dieser Gelegenheit es aussprechen, daß wir als Stadtverordneten es alle Zeit als einen Segen für unsere Stadt und ein Glück für uns empfunden haben, daß das gegenseitige Verhältnis von Magistrat und Stadtverordneten auf Achtung der beiderseitigen Rechte und freundschaftliche Wertschätzung begründet war. Wenn auch dies erfreuliche Verhältnis der Herr Oberbürgermeister schon von seinem Vorgänger als Überlieferung übernommen hat, so hat er es doch weiter gepflegt, und daß es sich so weiter entwickelt hat, ist sein besonderes Verdienst. Neben unserm herzlichsten Dank erlauben Sie mir wohl, im Namen der Stadtverordneten-Versammlung die Versicherung abzugeben, daß sie, soviel an ihr liegt, alles tun wird, um diesen befriedigenden und für das Gedeihen unserer lieben Vaterstadt so vorteilhaften Zustand aufrechtzuerhalten. (Beifall.)

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Meine Herren! Ich möchte meinem herzlichsten Dank Ausdruck geben für die Worte des Herrn Vorsitzenden und dafür, daß Sie dieser Erklärung Ihres Herrn Vorsitzenden zustimmen. Ich kann wohl sagen, meine Herren, daß mir die Entscheidung schwer geworden ist, aber das will ich auch erklären, daß wesentlich mitbestimmend für meinen Entschluß gewesen ist meine Liebe zu dem Amte, das Sie mir anvertraut haben, und das gute Verhältnis, in dem Magistrat und Stadtverordnete bisher zueinander gestanden haben. Ich habe die Überzeugung: wenn dieses Verhältnis weiter bestehen bleibt, so wird das nur zum Segen unserer Vaterstadt reichen. (Beifall.)

1. Gewährung einer Beihilfe für das 30. Festschießen des Nordwestdeutschen Bezirksvereins des deutschen Schützenbundes.

Herr Löhnefink: Meine Herren! Es liegt ein Gesuch vor vom Vorstande der Braunschweigischen Schützengesellschaft wegen Gewährung von Ehrenpreisen für das hier in der Zeit vom 18.—22. Juni stattfindende Festschießen des norddeutschen Bezirksvereins des deutschen Schützenbundes. Zu dem Feste werden voraussichtlich aus allen Gauen unseres Vaterlandes große Scharen von Schützen zusammenströmen, deren gute Aufnahme nicht nur Sache des Vorstandes der hiesigen Schützengesellschaft, sondern auch wohl Sache der städtischen

Behörden sein dürfte. Unsere Mitbürger sind bei ähnlichem Anlaß von vielen anderen Städten in würdiger und festlicher Weise empfangen worden, deshalb ist es wohl nur recht, wenn auch wir uns die Pflege der Gastfreundschaft anlegen sein lassen. Ich könnte von dem materiellen Nutzen sprechen, den die Stadt Braunschweig aus einem solchen Konfluß Fremder ziehen möchte, will aber in diesem Falle gänzlich davon Abstand nehmen, vielmehr möchte ich betonen, daß die Pflege der Schießkunst dem soldatischen Grundcharakter des deutschen Volkes entspricht, daß sie dem deutschen Volksempfinden, dem Herzen des Volkes nahesteht. Die Bestrebungen des Schützenbundes wurzeln auf dem Gebiete der Vaterlandsliebe, sie gipfeln in dem Wunsche, die deutschen Stämme immer mehr miteinander zu verbrüdern, den großen nationalen Gedanken hochzuhalten. Die Schützengesellschaften erziehen das Volk zur Wehrhaftigkeit und bewahren dieselbe zu ihrem Teile dem Volke; sie verdienen daher jede Unterstützung und Förderung. — Die Gewährung von Beihilfen zum Zwecke der Beschaffung von Ehrenpreisen geht zurück bis 1874. In früheren Jahren ist der Schützengesellschaft in der Regel zu dem gedachten Zweck ein Betrag von 300 *M* zur Verfügung gestellt worden, diesmal ist der Stadtmagistrat über die bisherige Gepflogenheit hinausgegangen und gibt anheim, zur Beschaffung von Ehrenpreisen für die beiden Bezirksfestschützen „Deutschland“ und „Heimat“ 500 *M* zu bewilligen. Meine Herren! Der Effekt, der im Jahre 1874 mit einer Summe von 300 *M* zu erreichen war, kann mit ihr heutzutage natürlich nicht mehr erzielt werden, damit ist die Erhöhung wohl gerechtfertigt. Ich glaube, daß die geehrten Herren sich dieser Auffassung anschließen und habe Ihnen namens der Finanzkommission, die sich mit der Angelegenheit befaßt hat, den Vorschlag zu machen, die magistratsseitig vorgeichlagene Unterstützung von 500 *M* zu genehmigen; und zwar zu Lasten des Kap. XIV: Insgemein, wofelbst sich unter Nr. 3 eine Summe zur Verfügung der städtischen Behörden ausgeworfen findet.

Die Versammlung bewilligt die Beihilfe in Höhe von 500 *M*.

2. Antrag des Stadtverordneten Niese auf Förderung des Baues kleinerer Wohnungen.

Herr Meyerhoff: Der Antrag des Herrn Stadtv. Niese lautet folgendermaßen:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Anbetracht des dringenden Bedürfnisses nach kleinen Wohnungen den Bau kleiner Wohnungen städtischerseits unverzüglich zu fördern.“

Meine Herren! Der Antrag hat der Baukommission vorgelegen, und es war mir als Referent dort schon vergönnt, einige Worte zu der Materie zu sprechen. Ich möchte heute nicht zu weit ausholen, aber ich halte mich doch für verpflichtet, auf einige Punkte näher einzugehen, weil die Sache doch eine Debatte hervorrufen wird. Ich will nicht bestreiten, daß augenblicklich in Braunschweig wohl ein Mangel in kleinen Wohnungen herrscht, aber nicht allein ich, sondern auch andere Baubeflissene in Braunschweig sind der Meinung, daß vielleicht schon zum Oktobertermin die Sache umgedreht sein könnte, so daß wir einen Wohnungsüberschuß haben. Das nebenbei gesagt; es ist möglich, aber auch nicht möglich.

Es handelt sich nun darum, wie soll der Magistrat vorgehen. Herr Riese verlangt unverzügliche Errichtung von kleinen Wohnungen. Hiervor möchte ich die städtischen Behörden warnen; es hat das schon in einer ganzen Menge Städte und bei manchen Produktiv-Genossenschaften zu einem unangenehmen Ende geführt. Vielmehr möchte ich einen andern Weg vorschlagen, der in Hamburg beschritten ist, nämlich den Bau kleiner Wohnungen dadurch zu ermöglichen, daß man nicht die starre und strikte Anwendung der städtischen Bauordnung auf diese Wohnungen verlangt. Ich habe in der Kommission schon mitgeteilt, wie sich in Hamburg die Sache gestaltet hat. Die Stadt hatte 55 000 qm Fläche zu Gebote gestellt und 1 200 000 *M* als Darlehen zu 4 Prozent hergegeben, in Verbindung damit aber die Erbauung von kleinen Wohnungen durch Erleichterungen in der Bauordnung ermöglicht. Gerade diese letztere Maßregel hat den Effekt gehabt, daß nicht diese Summe von 1 200 000 *M* allein auf solche Terrains investiert ist, sondern jetzt beinahe die zehnfache Summe. Bei einer Bevölkerungszunahme in 6 Jahren von 131 668 Köpfen sind 52 593 Wohnungen neu errichtet. Nach einer mir heute morgen zugegangenen Nachricht zeigt die Wohnungsstatistik Hamburgs jetzt folgendes Bild: 1903 haben 7079 Wohnungen leergestanden, also 3,579 Prozent. Man rechnet damit, daß etwa 3 Prozent leerstehende Wohnungen vorhanden sein sollen, um den etwaigen Zuzug rasch unterzubringen. Der Prozentfuß der leerstehenden Wohnungen ist gestiegen im Jahre 1904 auf 4,38 Prozent, 1905 auf 4,80 Prozent, 1906 auf 5,32 Prozent, 1907 auf 4,65 Prozent, 1908 auf 4,56 Prozent, 1909 auf 4,82 Prozent, die letzten Jahre sind diejenigen, wo die Geldknappheit vorherrschte, aber im Jahre 1910 hat die Bautätigkeit wieder so gewaltig eingesetzt, daß 6,87 Prozent leerstehende Wohnungen vorrätig sind, also 1910 am 1. Dezember 18 897. Wenn Sie dagegen die kleine Subvention von 1 200 000 *M* in Betracht ziehen, dann werden Sie zu der Überzeugung kommen, daß die kaum eine Rolle hierbei gespielt hat; es ist nur möglich gewesen, auf Grund der nicht zu stark angezogenen Bauordnung es zu

erreichen, daß auch Privatunternehmer kleine Wohnungen bauten und ihre Rechnung finden.

Zufällig bekam ich auch in derselben Nummer der Zeitschrift einen Einblick, wohin es auch bei Baugenossenschaften kommen kann, daß die auch nicht mehr leisten können, als die Privatunternehmer. Darüber müssen wir uns klar sein: Wenn die Stadt in eigener Regie Wohnhäuser baut und verwalten läßt, und dabei die Reparaturkosten trägt, so wird es den städtischen Behörden nicht möglich sein, so intensiv zu wirtschaften und Obacht zu geben wie der Privathausbesitzer auf das ihm Gehörige.

Die Baukommission hat nun beschlossen, Ihnen zu empfehlen: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, Erhebungen vorzunehmen, um den Bau von kleinen Wohnungen zu fördern, und dann den Stadtverordneten über diese Erhebungen Mitteilung zu machen.“ Darüber sind wir uns einig, daß wir zur Förderung des Baus von kleinen Wohnungen etwas tun sollen, wenn das auf einem andern Wege geht als auf einem solchen, bei dem die Stadt ihr Geld verlieren kann. Ich habe absichtlich vermieden, am Schluß unseres Vorschlages zu sagen, „eine Vorlage zu machen“. Denn ich möchte nicht den Stadtmagistrat in die Lage bringen, eine Vorlage zu machen, ehe wir nicht wissen, wie die Erhebungen ausfallen. In kurzer Zeit werden die Erhebungen allerdings nicht beendet sein, denn sie werden sehr vielseitig sein müssen.

Auch von Straßburg ist mir eine Nachricht zugegangen. In der Innenstadt hat sich sehr wenig Wohnungszuwachs und Wohnungsüberschuß ergeben, aber das liegt daran, daß die Stadt Festung ist. Dagegen ist draußen vor der Stadt auch ein gewisser Überschuß, der ermöglicht, die Leute alle unterzubringen. Wenn unsere Stadt damit umgehen sollte, außerhalb größeres Terrain zu erwerben und Arbeiterhäuser zu errichten, so möchte ich davor warnen, reine Arbeiterquartiere zu bauen, ich möchte wünschen, daß das Verhältnis bei uns so bliebe, daß die Wohnungen der Arbeiterbevölkerung untermischt wären mit anderen Wohnungen. Es ist kein Ideal, nur ein Viertel mit kleinen Wohnungen zu bauen und die Kinder, die dort aufgezogen werden, nicht mit andern Kindern in Berührung kommen zu lassen.

Ich empfehle Ihnen den Antrag der Baukommission zur Annahme.

Vorsitzender: Herr Meyerhoff, ich darf annehmen, daß Sie das, was Sie ausgeführt haben, als Kommissionsreferent gesagt haben und nicht nur als ihre persönliche Ansicht.

Herr Meyerhoff (stimmt zu.)

Herr N i e k e: Ich will offen erklären, als ich hörte, Herr Meyerhoff wird das Referat erstatten, da jagte ich mir: Dann wird die Sache schon begraben werden! Denn seine Stellung als Vorsitzender des Hausbesitzervereins kenne ich ja so ziemlich. Es mag sein, daß Herr Meyerhoff sich schärfer ausdrückt, als es seine Meinung ist, und ich will auch anerkennen, daß er sein Referat in sachlicher Weise erledigt hat.

Den Antrag selbst habe ich schon soweit begründet, wie es mir möglich war. Wenn es sein mußte, könnte ich schon einen vollständigen Roman darüber schreiben, wie hier das Wohnungselend in verschiedenen Zeiten zutage getreten ist. Ich crinnere an die Jahre 1864 und 1866; da hörten Sie in Braunschweig keinen ostpreussischen und polnischen Dialekt, erst nach dem großen Kriege kam die Einwanderung. Vor dem Wendentore hielten damals noch die Torfwagen und in der Stadt waren für Torf und Holz große Gefasse nötig, nur einzelne Brauereien brannten Kohlen. Diese Räume zum Lagern von Holz und Torf wurden damals in einer ganzen Reihe als Notbehelf zu Wohnungen ausgebaut. Die zweite Folge der Einwanderung war, daß der Schlachter Lüttgerodt das sogenannte Velfort oder den Volkspark, die jetzige Weststraße, baute. Die andere Etappe habe ich bei Begründung meines Antrages schon geschildert. Der Erfolg meines Antrages scheint mir zweifelhaft, zumal sich unser Magistrat zu der Sache noch nicht geäußert hat. Andere Städte sind schon für uns vorbildlich vorgegangen. Sie werden sich kein städtisches Material von Kulm und Charlottenburg verschaffen können, wie es mir vorliegt. In den Dingen hinken wir nach; unsere Anfänge in diesen Sachen sind manchmal so kläglich, daß sie geradezu lächerlich erscheinen können. So ist unsere Wohnungspflege zuerst den Armenpflegern übertragen worden; was dadurch erzielt wird, darauf will ich nicht eingehen. Am weitesten in dem Bau von kleinen Wohnungen ist wohl der sächsische Verein für Wohnungspflege gegangen. Er hat Erhebungen angestellt, wie sie auch hier stattfinden müssen, ob der Bau des kleinen Wohnhauses oder das Mietskasernenbauwesen eingeführt werden müsse. Als Resultat hat sich ergeben, daß sie abraten, Mietskasernen zu bauen, in denen 80—100 Familienwohnungen mit gemeinsamem Spielplatz und gemeinsamem Garten sich befinden. Das letztere ist auch von meinem Standpunkt aus zu verwerfen, eine Londoneity will auch ich hier nicht haben. Auch mein Antrag ist nicht so gestellt. Trotzdem die Klassenscheidung leider auf allen Gebieten von der Wiege bis zum Grabe in einer grauenerregenden Weise stattfindet, so mußte sie doch auf diesem Gebiete vermieden werden. Ich darf wohl auch versichert sein, daß Sie, trotzdem Sie meinen Antrag nicht annehmen, diesem Ideal zustimmen werden. Durch die vorgenommenen Erhebungen hat man festgestellt, daß selbst bei großen Wohnhäusern, z. B. bei Wohnungen in viergeschossigen Häusern, eine

Wohnung immer noch 200—324 *M* kosten würde (das qm 6,35 *M*), in einem Einfamilienhaus auch nur 360 *M*, im Dreifamilienhause nur 286 *M*. Man kam zu dem Schluß: „Das erste und höchste Ziel der Wohnungsreform ist zweifellos, billige und gesunde Wohnungen zu schaffen. Alle übrigen Erfahrungen sprechen aber dagegen, daß dieses Ziel mit Mietskasernen erreicht wird. Der Wettbewerb des Landesvereins für sächsischen Heimatchutz hat von neuem gezeigt, wie es nicht gemacht werden soll. Das Kleinhaus für Kleinwohnungen läßt sich für Deutschland ebenso erreichen, wie es in England erreicht ist, wenn nur zähe daran festgehalten wird und nur auf das Kleinhaus hingearbeitet wird.“ Der Ansicht bin ich auch vollständig. Ich sagte schon in meiner Begründung des Antrages, daß ich es als Pflicht des Magistrats hinstellen möchte, für den Bau von kleinen Wohnungen zu sorgen, weil er selbst Hunderte von Arbeitern hat, die in derselben Lage sind. Er wäre dazu die geeignetste Behörde, dies in die Hand zu nehmen. In erster Linie ist dafür zu sorgen, daß städtischerseits billiger Baugrund beschafft wird. Will der Magistrat nicht in eigener Regie bauen, dann mag ein Ausschreiben stattfinden. Nur so optimistisch bin ich nicht wie Herr Meyerhoff, der glaubt, die Sache werde sich wieder zurecht drängeln. Solche Wohnungen, wie sie jetzt nötig sind, werden noch lange nicht gebaut werden, das verbietet die Spekulation an Grund und Boden. Daß der Bau von kleinen Wohnungen notwendig ist, hat der Herr Referent nicht bestritten, kann auch kein vernünftiger Mensch bestreiten. Mehr als den 5. Teil seines Einkommens darf keiner für Wohnung ausgeben, zumal der Arbeiter nicht, und wenn er dann das Quadratmeter der Wohnung 5mal so teuer bezahlen muß als der, der sich eine große Wohnung mieten kann, dann meine ich, wohnt er so wie so schon teuer und andere Ausgaben müssen zurückbleiben. Um ein Einfamilienhaus zu bauen, gebrauchte man mindestens 400 qm, selbst zu 6 *M* gerechnet würde der Baugrund 2400 *M* kosten. Dazu die Straßenbaukosten, das sind 6000 *M*. Das primitivste Einfamilienhaus können Sie höchstens zu 6000 Mark herstellen, macht 12 000 *M*. Ein solches Haus kann wohl derjenige bewohnen, der 4000 *M* Gehalt hat, aber für den Arbeiter geht es nicht. Wenn aber der Magistrat billigen Baugrund zur Verfügung stellen kann, dann müßte es gehen, und dann wäre auf diesem Gebiete etwas erreicht, was einem weisen Magistrat Ehre machen müßte.

Herr Sander: Wenn der Herr Antragsteller den Antrag eingebracht hätte, der Wohnungsnot zu wehren dadurch, daß die Stadt in eigener Regie kleine Wohnungen errichtet, so würde ich entschieden dagegen gewesen sein. Die Stadt würde ein schlechtes Geschäft und schlechte Erfahrungen dabei machen. Ich muß aber ohne weiteres anerkennen, daß der Antrag Nische einen guten Kern in

sich schließt. Es ist doch klar, daß bei den heutigen Preisen des Bauterrains und der Straßenbaukosten es einem Unternehmer nicht mehr möglich ist, Wohnungen in der Weise zu bauen, wie sie Herr Riefe sich für die Arbeiter denkt und wie sie der Arbeiter bezahlen kann. Infolgedessen ist die private Bausppekulation nicht mehr bereit, derartige Häuser zu bauen, und das ist der Grund, weshalb wir Mangel an kleinen Wohnungen haben. Es ließe sich wohl ein Weg finden, um Privatunternehmern den Bau von kleinen Wohnungen zu ermöglichen, in der Weise, daß man billiges Bauterrain beschaffte oder die Straßenbaukosten nicht in der Höhe erhöhe, wie die Selbstkosten der Stadt betragen. Daß die Stadt auch derartige Bestrebungen zu unterstützen gewillt ist, geht schon daraus hervor, daß seit langen Jahren die Baugenossenschaft Subventionen erhält, und daß beim Straßendurchbruch Hintern Brüdern-Langestraße von vorn herein ausdrücklich von den Stadtverordneten gewünscht und vom Magistrat bejaht ist, daß man — da es nicht möglich wäre, daß ein Unternehmer eine Rente heraus schlagen könnte und wieder zu seinem Gelde zu kommen — diese Bauten subventionieren wolle durch Hergabe von Baukapital oder Erlaß von Straßenbaukosten. Ich möchte bitten, den Antrag nicht unter den Tisch fallen zu lassen, sondern dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen. Wenn vom Herrn Referenten gewünscht wird, es sollen erst Erhebungen angestellt werden, um die Sache zu fördern, so kann ich darin keine Förderung erblicken. Wenn die Resultate der Erhebungen zur Stelle sind, ist vielleicht die Wohnungsnot schon vorbei. Das läßt sich nicht leugnen, daß eine Not an kleinen Wohnungen vorhanden ist, und daß Abhilfe geschaffen werden muß. Wenn sich ein gangbarer Weg dafür finden lassen wird, so bin ich persönlich dafür zu haben.

Bei der Gelegenheit möchte ich noch die Anfrage an den Magistrat richten, ob sich in der Sache: Durchbruchstraße nach der Langenstraße hin noch nichts gerührt hat. Der Zustand, wie er jetzt ist, kann doch unmöglich so weiter bestehen. Die Mauer am Stifte ist zu $\frac{9}{10}$ Ruine, der Giebel sieht fürchterlich aus.

Herr Meyerhoff: Ich danke Herrn Riefe für seine freundliche Meinung. Wenn ich auf diesem Gebiete als Chef der Hausagrariar bezeichnet werde, so trifft das nicht zu und Herr Riefe ist schon zu der Ansicht gekommen, daß ich es ebensogut meine mit den kleinen Wohnungen wie jeder andere. Herr Riefe wies auf die Charlottenburger Baugenossenschaft hin; darüber bin ich auch informiert. Die Gesellschaft Cosanderstraße hat Gebäude mit einem Buchwerte von 573 000 *M.*, belastet sind sie mit 515 000 *M.*, und zwar von der Charlottenburger Sparkasse mit 300 000 *M.*, und vom Reichsfiskus mit 215 000 *M.* Für diese ganzen Gelder bezahlt die Baugenossenschaft lange keine 4 Prozent. Die Gebäude sind zu 88 Prozent mit Hypotheken

belastet. Noch schlimmer ist es mit der Baugenossenschaft Nonnendamm. Der Buchwert beträgt etwas über 1 Million Mark, die Belastung 945 000 M., also 90 Prozent. Das Geld ist von der Landesversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg hergegeben worden. Wenn unsere Stadt in der Weise vorgehen will und Privatunternehmer unterstützen oder ein öffentliches Institut eine Belastung in dieser Höhe zu niedrigerem Zinsfuß als 4 Prozent zubilligen will, dann werden so viele Wohnungen gebaut werden, daß es deren in einem Jahre übergenug sind. Das war der springende Punkt auch für die Kommission. Werden ebenso wie dort Geldmittel erschlossen, dann kann die private Tätigkeit mehr tun als die Kommune oder der Staat; das wird nicht widerstritten werden können. — Noch etwas kommt in Betracht. Wir haben einen Unterschied zu machen in unserm Bebauungsplan. Sehen Sie sich unsern Stadtplan einmal an. Es ist mit Linal und Winkel schlang durchgefahren und Vorgärten sind in großartiger Weise angeordnet: 14 m breite Straßen mit wenigstens 3 m breiten Vorgärten. Nun, meine Herren, das ist nicht erst jetzt geschehen. Herr Riecke wird sich erinnern, daß ich schon vor zehn Jahren behauptet habe: Wenn das so weitergeht, dann fressen uns unsere Straßenbaulasten noch auf. Es sollte ein Unterschied gemacht werden in der Anlage von Verkehrsstraßen, Wohnungsstraßen und Lugsstraßen. Ich habe in Potsdam Straßen gefunden, die 9 m breit waren und für den Verkehr, der hindurch ging, vollständig genügten. Auch diese Frage wird der Magistrat zu erwägen haben. Ehe wir nicht Klarheit haben, konnte sich die Kommission nicht entschließen weiterzugehen. Darum bitte ich Sie, den Antrag der Kommission ruhig anzunehmen, Sie haben nicht zu befürchten, daß die Sache unter den Tisch fällt, sondern können erwarten, daß der Magistrat unbedingt in der Sache vorgehen wird und muß, denn Sie stehen dann ja noch hinter der Kommission.

Herr Loejigk: Bei der Begründung der Gehaltsaufbesserung, die wir vorzunehmen im Begriff sind, war der springende Punkt die teure Wohnung, und das sind noch nicht einmal diejenigen Personen, die die kleinen Wohnungen gebrauchen. Ich weiß aus meiner Praxis, daß seit zehn Jahren die Leute aus Arbeiterkreisen kaum eine Wohnung bekommen können, die ihren Lohnverhältnissen entspricht. Darin hat Herr Riecke und Herr Sander vollständig recht: niemand kann bestreiten, daß die Leute, die früher 60—70 Taler für Wohnung ausgegeben haben, heute mindestens schon 90 Taler ausgeben müssen und auch dann kaum Wohnung finden. Der Bau von kleinen Wohnungen tut in schrecklicher Weise not und ich würde mich freuen, wenn die Versammlung noch weitergehen würde, als der Antrag Sander will, und den Magistrat bittet, alles zu versuchen, um hier Wandel zu schaffen.

Herr M a n n: Mit dem, was Herr Meyerhoff sagte: „Wenn öffentliche Mittel für Private hergegeben würden, dann würde genug gebaut werden,“ kann man doch nicht gegen den Antrag Riefe polemisieren. Der Antrag Riefe will ja das Gegenteil, es soll nicht das Geld der Kommunen oder des Staates an Privatunternehmer gegeben werden. Herr Riefe hat gerade in seiner Begründung auf die Verhältnisse mit den früher Jungischen Häusern hingewiesen: die Unterstützung, die eingetreten war, hat der Allgemeinheit nichts genützt. Ich verstehe nicht, warum Herr Meyerhoff bedauert, daß einzelnen Baugenossenschaften eine Beleihungsmöglichkeit bis 88 Prozent gegeben ist, wenn das nicht private Baugenossenschaften sind. Wenn wir alle einsehen, daß kleine Wohnungen fehlen, dann weiß ich nicht, warum denn nicht aus öffentlichen Mitteln der Bau von solchen unterstützt werden soll. Warum sollen Hypotheken, die die Stadt verleiht (wir haben uns wiederholt damit befaßt, Hypotheken zu bewilligen), warum sollen diese nicht zu dem Zwecke verwandt werden, um solche gemeinnützigen Unternehmen zu unterstützen? Selbstverständlich dürfen solche Unterstützungen nicht im Interesse des einzelnen Privaten erfolgen. Wenn in diesem Sinne gearbeitet wird, dann weiß ich nicht, was die besondere Betonung dessen soll, daß Gelder der Arbeiterversicherung dazu gebraucht sind. Wenn das auch hier in Braunschweig geschähe, so könnte damit nicht besser gearbeitet werden. Kleine Wohnungen fehlen seit langer Zeit und wenn es heißt: es sind so- und so viel Prozent Wohnungen leer, so bezieht sich das nicht auf die kleinen Wohnungen. Gehen Sie zu den Leuten, die wegen Abbruchs von alten Häusern ausziehen müssen, und lassen Sie sich sagen, wie sie über diejenigen denken, die diese Häuser abbrechen lassen! Sie betrachten sie als Bedränger und geradezu als Ruinierer ihrer Existenz. Das ist ein Beweis, daß die kleinen Wohnungen sehr fehlen und wir alles dransehen müssen, diese calamität zu beseitigen im Interesse der Kommunen selbst.

Herr M e y e r h o f f: Ich habe Herrn Mann zu erwidern, daß ich nicht die Herleitung der Gelder an die Genossenschaft bekämpft habe, sondern nur gesagt: Wenn die Gelder unter den gleichen Bedingungen Privatunternehmern zu Gebote stehen, so leisten sie dasselbe, ich glaube, sogar noch mehr. Herr Riefe wünscht in seinem Antrage, daß „der Bau kleiner Wohnungen städtischerseits gefördert werde“. Da meine ich, daß die Förderung durch die private Bautätigkeit seit ebenso wichtig ist, wie die durch Baugenossenschaften. Die Hauptsache war doch Herrn Riefe, daß er den Wohnungsmangel beseitigen wollte, und Herr Mann wird mir recht geben: Wird der Wohnungsmangel beseitigt, und werden den Betreffenden anständige und preiswerte Wohnungen hergerichtet, so sind sie ihnen angenehm, von welcher Seite sie auch kommen mögen.

Herr *Aßmann*: Das ist eine Verschiedenheit in den Grundsätzen. Wenn wir Privatleuten die Mittel geben, dann werden sie die Konjunktur benutzen, um sich zu bereichern. Es ist selbstverständlich, daß jemand aus seinem Gewerbebetrieb Nutzen zieht. Alle diejenigen, die Häuser bauen, werden sich nicht darum kümmern, ob sich ihre Mitmenschen in einer Notlage befinden. Ganz verschieden davon ist es, wenn eine gemeinnützige Gesellschaft solche Häuser baut und die Wohnungen zu 250 *M* vermietet, was ungefähr der Herstellung und der Instanderhaltung entspricht. Für den Privatmann ist es nur eine Frage der Zeit, bis er die Möglichkeit hat, die Preise in die Höhe zu schrauben. Das war der Grund für unsere frühere Gegnerschaft gegen die Baugenossenschaft, daß sie die Häuser in Privatbesitz übergehen ließ. Wir haben sie bekämpft, bis sie in anerkanntenswerter Weise ihr Statut in der Weise änderte, daß die Häuser nicht an Private veräußert werden können und wenn sie in einen andern Besitz übergehen, werden solche Kautelen geschaffen, daß die neuen Besitzer nicht in eigenütziger Weise den Preis erhöhen können.

Herr *Friede*: Ich glaube, daß Herr *Aßmann* eben weit über das Ziel hinausgeschossen hat, indem er sagt, daß eine grundsätzliche Verschiedenheit zu erblicken sei in der Unterstützung von Privaten und Baugenossenschaften. Er befürchtet, daß eine Bereicherung der Unternehmer erfolge, wenn sie eine Unterstützung in der Weise erfahren sollten, wie sie die Baugenossenschaften erfahren haben. Dagegen kann man ja Bestimmungen aufstellen; man kann den Unternehmern genau vorschreiben, zu welchem Zweck sie das Geld zu verwenden haben. Das ist nicht schwierig, doch ist es in der Praxis noch nicht geschehen und liegt kein Beweis für die Behauptung des Herrn *Aßmann* vor. (Widerspruch des Herrn *Aßmann*.) Einen Unterschied erblicke ich aber insofern, als die Baugenossenschaft an solches Publikum, das hier vorwiegend in Frage steht, nicht vermietet; sie nehmen Leute, die zu dem gut situierten Arbeiterstande zu rechnen sind und ihre Mieten pünktlich zahlen. Dabei haben die Baugenossenschaften stellenweise so scharfe Verträge, wie sie privaten Hausbesitzern nicht gestattet würden; jedenfalls würden sie von ihnen tüchtig vorgenommen werden. Ich glaube, eine solche Unterscheidung führt uns heute zu weit. Der Antrag Riese heißt, es möge stadtteitig auf irgendeine Art, wie die Kommission sagt, erst einmal durch Anstellung von Erhebungen, der Bau kleiner Wohnungen befördert werden. Dagegen ist gar nichts zu sagen; die Wohnungsnot liegt vor, soweit kleine Wohnungen in Frage kommen. Über die Art der Beförderung des Baus dieser Wohnungen hat Herr Riese nichts vorgeschrieben, was sollen wir darüber ins streiten! Es kann das ruhig seinen Weg gehen, wie die Kommission beantragt hat.

Herr J a s p e r: Ich gebe Herrn Frede recht, daß nicht alles, was Baugenossenschaft heißt, nur deshalb, weil es diesen Namen trägt, gut ist. Er polemisiert aber zu Unrecht gegen Herrn Mann, wenn er abstreitet, daß die Hausbesitzer zu ihrem überwiegenden Teile gewerbsmäßig ihre Hausbesitzertätigkeit ausüben und speziell die Bauunternehmer, die sich mit dem Bau von derartigen kleinen Wohnungen befassen, es tun, um zu verdienen. Wie der eine in Kattum und der andere in anderen Dingen, so sucht der Bauunternehmer mit Wohnungen genau so seinen Vorteil und wird nach Angebot und Nachfrage und durch Ausnutzung der Konjunktur des Monopolcharakters des städtischen Grund und Bodens sein Eigentum auf einen möglichst hohen Preis hinauszutreiben suchen. Dies Bestreben, das in der Welt für den einzelnen berechtigt sein mag, steht den gemeinnützigen Bestrebungen hier direkt entgegen. Wenn Herr Frede dann weiter gesagt hat: „Die bestehenden Genossenschaften nehmen nur solche Mieter auf, die ganz besonders gut sind; die haben so scharfe Hausordnungen,“ so muß ich darauf erwidern: Ich habe in den letzten Wochen genug Mägelieder gehört, allerdings weniger über das Vorgehen der hier ansässigen Genossenschaft als über das der privaten Hausbesitzer, die sich nicht scheuen haben, Mieter, die sehr wohl zahlungsfähig waren und jahrelang an einer Stelle gehaust hatten, einfach um deswillen abzuweisen, weil sie Kinder hatten, die zu großen Lärm in den Wohnungen machen würden. Die Hausordnungen, die die Vertreter der Hausbesitzervereine unter der Assistenz der Herren Frede und Meyerhoff aufgestellt haben, die sind alles andere, als daß sie ihn berechtigen sollten, diese Kritik hier laut werden zu lassen. Ich habe bei meiner Praxis in den Gerichten wohl die Erfahrung gemacht, daß die Richter häufig über diese Bestimmungen den Kopf geschüttelt haben und nicht selten dazu gekommen sind, sie als den guten Sitten widerstrebend, für ungültig zu erklären. Gerade diese Erfahrung und die grundsätzliche Erwägung des Charakters des Hausbesitzertums nötigt dazu, wenn man gemeinnützige Wohnungspolitik treiben will, von seiten der Stadt nicht in der von Herrn Meyerhoff vorgeschlagenen Weise vorzugehen, sondern wenn es die Stadt nicht selber tun will, durch das Mittelglied einer Genossenschaft, die das Kleinbauwesen unterstützt. — Darin gebe ich Herrn Meyerhoff recht, daß über die Straßenbaukosten und über die Straßenbreite sehr wohl noch geredet werden kann, und da manches anders gestaltet werden könne, um Wohnstraßen herzustellen, die nicht teuer sind. Auch das würde ein Weg mit sein, dem vorhandenen Mißstände abzuhelpfen. Aber Erhebungen anzustellen, das will mir mit Herrn Sander weitläufig scheinen; ich empfehle, Vorschläge zu erbitten vom Magistrat, der heute schweigt und sonst so weise ist, damit hier Abhilfe geschaffen wird, ehe die Mißstände noch größer werden.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Jetzt hat nun schon der zweite Redner dem Magistrat den Vorwurf gemacht, daß er in diesem Falle schweigt. Dazu möchte ich folgendes bemerken: Im allgemeinen ist es nicht üblich, daß der Magistrat zu selbständigen Anträgen Stellung nimmt, ehe Sie dieselben hier beraten haben. Wenn hier ein Magistratsmitglied das Wort nehmen wollte, könnte es sich nicht berufen auf einen Magistratsbeschluß. Es bliebe nur übrig, daß das Magistratsmitglied seine eigene Ansicht äußert und da glaube ich, daß an der Mitteilung der persönlichen Ansicht eines einzelnen Magistratsmitgliedes der Versammlung nicht viel gelegen sein kann, denn da ist die Stimme eines einzelnen Magistratsmitgliedes nicht mehr wert als die eines einzelnen Stadtverordneten. — Die Frage, die Sie heute hier beraten, ist eine der schwierigsten in der ganzen Sozialpolitik. Sie sind es nicht allein, die diese Sorge haben, andere Städte sind auch bereits davon ergriffen. Da ist es doch nicht mehr als in der Ordnung, daß der Magistrat zunächst abwartet, was für Ansichten Sie haben, um darnach Stellung zu nehmen. Die Angelegenheit wird so dargestellt, als ob es ganz einfach wäre, ins Feld hinein eine schmale Straße zu legen und zu den Arbeitern zu sagen: „Nun kommt und baut euch hier billig an!“ Es hat sehr schwere Bedenken, in dieser Weise schon äußerlich die Klassenunterschiede hervortreten zu lassen und zu sagen: da wohnen die Arbeiter und da die reichen Leute. Ein Entschluß in dieser Sache muß sorgfältig abgewogen werden. Der Magistrat wird selbstverständlich zu der Angelegenheit Stellung nehmen, sobald Ihre Beratung hier zum Abschluß gelangt ist.

Herr F r e d e: Herr Jasper sagt, daß der Privatunternehmer verdienen wolle. Das ist selbstverständlich, sonst würde er nicht arbeiten. Ich behaupte aber, daß dieser Verdienst, den der Privatunternehmer haben muß, mehr als reichlich aufgewogen wird durch den Umstand, daß Genossenschaften sowohl wie Kommunen gegenüber Privatunternehmern teurer arbeiten. — Dann ist Herr Jasper zu sprechen gekommen auf eine unliebsame Erscheinung, die sich bei Hauswirten gezeigt habe, es bestehe bei ihnen eine Abneigung, kinderreiche Familien aufzunehmen. Im allgemeinen wird man das wohl nicht behaupten können (Widerspruch) und wenn man einen einzelnen Fall im Auge hat, so müßte bei diesem untersucht werden, ob die M i e t e r in dem Hause einen Druck ausüben, weil sie Abneigung gegen kinderreiche Familien haben, oder der Wirt. Weiter ist Herr Jasper auf die Bauordnung zu sprechen gekommen, die auch Herr Meierhoff schon gestreift hat. Da bin ich einer Meinung mit ihm. Nicht ausgeführt ist, weil es nicht zu dem Thema gehört, daß bei Revision der Bauordnung auf eine Verringerung der Höhe der Stockwerke gesehen werden müßte. Durch die hohen Stockwerke ist eine sehr große Summe von Arbeits-

kraft und Material geradezu vergeudet. Die hygienischen Anforderungen bewegen sich heute in anderen Bahnen als vor Jahren, wo Bettenkofer an der Spitze der Bewegung stand.

Der Antrag der Baukommission wird hierauf angenommen.

3. Herstellung von Plattenbelag auf der Hedwigstraße.

Herr **P u j**: Seitens der Anlieger der Hedwigstraße ist eine Eingabe an den Magistrat gerichtet, die sich mit der schlechten Beschaffenheit der Fußwege jener Straßen befaßt und bittet, diese Fußwege mit einem Plattenbelag von 1,50 m Breite versehen zu lassen. Die darüber gutachtlich gehörte städtische Bauverwaltung äußert sich dahin, daß sie eine Instandsetzung und anschließende Teerung der Fußwege für das Frühjahr vorgesehen hätte, aber dem Wunsche der Anlieger könne wohl gewillfahret werden, nur würde es sich empfehlen, den Belag mindestens in einer Breite von 1,80 m auszuführen. Die Kosten für das laufende Meter betragen 9,10 *M.* Es handelt sich um 494 lfd. Meter, wofür die Anlieger einen Betrag von 4500 *M.* zu zahlen haben, während stadtseitig 210 *M.* zu den Kosten zuzulegen sind. Der Magistrat empfiehlt, der Herstellung von Plattenbelag auf der Hedwigstraße zuzustimmen, das Projekt zu genehmigen und die Kosten in aufschlagsmäßiger Höhe zu Lasten des Extraordinariums zu verwilligen. — Wir haben uns gestern in der Baukommission mit der Sache befaßt und möchten empfehlen, dem Magistratsvorschlage Ihre Zustimmung zu erteilen.

Die Herstellung von Plattenbelag auf der Hedwigstraße wird genehmigt.

4. Herstellung von Plattenbelag auf der Döringstraße zwischen Hedwig- und Cammannstraße.

Herr **T o l l e**: Ein ähnlicher Antrag wie der vorige liegt von den Anwohnern der Döringstraße, Teilstrecke Hedwigstraße bis Cammannstraße vor. Die Herren wünschen die Strecke ebenfalls mit Zementplatten belegen zu lassen, wie es auf der Döringstraße zwischen Hedwigstraße und Juliusstraße schon geschehen ist. Das Gesuch ist von 11 Anliegern unterschrieben, 14 Anlieger kommen in Frage, es ist also bei weitem die Mehrheit, die den Wunsch zum Ausdruck gebracht hat. Die von der städtischen Bauverwaltung festgestellten Gesamtkosten betragen 2080 *M.*, wovon die Stadt 30 *M.* zu tragen hat. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, diesem Gesuche der Anlieger zu entsprechen.

Herr **F r e d e**: Die Anlieger sowohl der Hedwig- wie der Döringstraße, insoweit diese hier in Frage kommen, haben den lebhaften Wunsch, daß die

Ausführung möglichst bald stattfindet. Ich wollte dem Wunsche hiermit Ausdruck geben.

Die Versammlung stimmt dem Projekte zu und stellt die anschlagsmäßigen Kosten zu Lasten des Extraordinariums zur Verfügung.

5. Anschaffung einer kleinen Büttenspritze für das Kieselgut und Ausführung einer Wasserzuleitungsanlage daselbst.

Herr Boesjigk: Die Feuerlöschdeputation hat vor zwei Jahren beschlossen, den Feuerchutz für das Kieselgut Steinhof der hiesigen Berufsfeuerwehr mit zu übertragen. Herr Kreisbranddirektor Lehmann hatte nun seinerzeit bei einer dahingehenden Prüfung des Kieselgutes gefunden, daß Einrichtungen für den ersten Angriff auf entstehende Schadenfeuer auf dem Kieselgute so gut wie gar nicht vorhanden waren. In einem Gutachten hat er seine Beobachtungen niedergelegt und der Magistrat beabsichtigte darnach zuerst, um Abhilfe zu schaffen und vor allem, um einen genügenden Wasserzufluß sicher zu stellen, zwei Zisternen anzulegen, die sich durch Kanäle aus den beiden in der Nähe liegenden Teichen füllen sollten. Nun hat sich herausgestellt, daß nur eine derartige Anlage nötig wird, die 1300 *M* kosten wird. Außerdem soll eine kleine Büttenspritze zu 100 *M* angeschafft werden und zwei vorhandene ältere Spritzen, die hier nicht mehr gebraucht werden, nach dem Kieselgut übergeführt werden. Die eine soll in der Nähe des Wirtschaftshofes und die andere in der Nähe der Arbeiterhäuser untergebracht werden. Auf diese Weise ist meiner Ansicht nach der Feuerchutz für das Kieselgut ein sehr guter. — Die Bedenken, die in der Deputation wegen Anlage des Zuflußkanals für das Wasser in Länge von 235 m aufgetaucht sind, konnten widerlegt werden, denn wenn auch im Winter der Teich zufriert, so bleibt der Zufluß des Wassers doch bestehen, so daß die Spritze gleich in Tätigkeit treten kann, und bei den Arbeiterhäusern kann die Eisdecke in kurzer Zeit durchgehacht werden. Wenn die besprochenen Anlagen fertiggestellt sind und die Spritzen dem Kieselgut zur Verfügung stehen, dann kann die Bestimmung, wonach das Kieselgut in den Löschbezirk der Stadt einbezogen ist, aufgehoben werden. — Der Finanzkommission hat die Angelegenheit zur Beratung vorgelegen und sie gibt anheim, der Regelung in dieser Weise zuzustimmen.

Die Versammlung erklärt sich mit der vorgetragenen Anschaffungen und Einrichtungen einverstanden.

6. Ausbau des Altstadttrings bis zur Broikemerstraße betreffend.

Herr Fr ü h l i n g: Der Verein der Haus- und Grundbesitzer des Hobe- und Wilhelmitors hatte den Ausbau des Altstadttrings bis zur Broikemerstraße beantragt. Über die Angelegenheit ist am 9. März beraten und der Antrag dem Magistrat zur Prüfung überreicht. Mit Rücksicht auf die hohen Kosten hat der Magistrat abgelehnt, den Ausbau selbst auszuführen. In der weiteren Beratung am 30. März in der Stadtverordneten-Sitzung ist entgegen der ablehnenden Haltung des Magistrats ein Antrag Frede angenommen, den Antrag dem Magistrat nochmals zur Erwägung zu überreichen. Der Magistrat hat ihn nochmals erwogen und ist auf seinem ablehnenden Standpunkt stehengeblieben. Er schreibt weiter: „In Ergänzung unserer früheren Ausführungen wollen wir noch darauf hinweisen, daß die südliche Verlängerung des Straßenzuges, dessen Ausbau von den Stadtverordneten für erforderlich gehalten wird, nämlich der Cyriaksring zwischen Helenenstraße bis 35 m nördlich der Laffertstraße, in den nächsten Monaten, entsprechend dem von den städtischen Behörden beschlossenen Projekt ausgebaut werden wird und damit der Anfang der für wünschenswert gehaltenen nord-südlichen Verbindung im Gebiete der westlichen Außenstadt geschaffen wird. Sollte sich nach dem Ausbau dieses Straßenzuges zeigen, daß das Baubedürfnis für den in Betracht kommenden Stadtteil wirklich in dem Maße vorhanden ist, wie von einem Teile der Stadtverordneten angenommen wird, werden wir gern bereit sein, eine Fortsetzung des Ausbaus des Ringes in nördlicher Richtung in Erwägung zu nehmen.“ Meine Herren! Es ist das nicht viel, aber doch wenigstens ein Entgegenkommen und eine Aussicht, daß demnächst einmal das zur Durchführung gebracht wird, was ein Teil der geehrten Herren gewünscht hat. Die Baukommission sieht keinen Weg, hier weiter vorzugehen, und beantragt, die Antwort des Magistrats zur Kenntnis zu nehmen.

Herr B u n g e: Der Herr Referent hat bereits gesagt, daß nicht viel nach der langen Arbeit herausgekommen ist. Ich meine, es ist herzlich wenig, wenn man bedenkt, wie notwendig es ist, kleine Wohnungen zu bauen. Dort ist Terrain zu erschließen möglich und deshalb müßte der Magistrat ganz selbstverständlich sagen: Hier an dieser Stelle wollen wir den Anfang machen. Ich hatte gedacht, daß er mit dem Ausbau doch mindestens bis zur Broikemerstraße gehen würde. Damit würden die Arbeiter einen näheren Weg zu ihren Arbeitsstätten erhalten haben, wenn sie dann noch einen kleinen Feldweg benutzt hätten. Aber wenn nur eine so kleine Strecke in Angriff genommen werden soll, dann kann es noch lange dauern, bis wir bis zum Altstadttring heran sind. Das Wenige, was herausgekommen ist, ist das Versprechen des Magistrats,

daß er weitergehen wolle, wenn sich später herausstellen sollte, daß das Baubedürfnis wirklich vorliege. Es ist das ja immerhin etwas, doch möchte ich den Magistrat bitten, nicht zu lange damit zu säumen, sondern recht bald die Straße, möglichst bis zum Altstadtringe, durchzubauen.

Herr Fr ü h l i n g: Ich möchte bemerken, daß es sich nicht um Straßen handelt, die für den Bau von Arbeiterwohnungen in Frage kommen. Wie schon in voriger Sitzung mitgeteilt ist, würde die Anlage des Altstadtringes zwischen Madamenweg und Broikernerstraße 185 000 *M* und die des Chriaksringes zwischen Blumenstraße und Broikernerstraße 315 000 *M* kosten, und hier am Ringe würde schon der hohen Straßenbaukosten wegen Terrain für Arbeiterwohnungen nicht entstehen. Die Frage des Baus von Wohnungen für Arbeiter kann also mit Ausbau des Ringes nicht verknüpft werden.

Herr B u n g e: Es ist ganz richtig, daß wohl der Ring als solcher nicht mit Arbeiterwohnungen besetzt werden wird. Aber jedenfalls wird durch Ausbau des Ringes eine ganze Reihe Nebenstraßen erschlossen, und da würden doch wohl Arbeiterwohnungen entstehen können.

Die Versammlung nimmt das Antwortschreiben des Stadtmagistrats zur Kenntnis.

7. Neuregelung der Gehaltsverhältnisse der städtischen Lehrer und Beamten.

In der Sitzung vom 6. Oktober 1910 hatten die Stadtverordneten auf Antrag des Magistrats sich damit einverstanden erklärt, daß über die Frage, ob und eventuell welche weiteren Gehaltserhöhungen für die städtischen Lehrer und Beamten gegenüber den in den beiden Vorjahren (1909 und 1910) beschlossenen Aufbesserungen Platz zu greifen haben, die Gehaltsdeputation nochmals gutachtlich gehört werden solle. Die genannte Deputation hat die vorgelegte Frage in mehreren Sitzungen beraten und ihr Gutachten dahin abgegeben, daß diejenigen weiteren Gehaltserhöhungen angezeigt erscheinen, die in einer den Stadtverordneten zugegangenen Zusammenstellung aufgeführt sind. Die durch Bewilligung dieser abermaligen Aufbesserung der Gehälter erwachsende Mehrausgabe beläuft sich auf jährlich rund 166 000 *M*, zu der Frage, ob eine so wesentliche abermalige Gehaltssteigerung nötig ist, und ob der Einwohnerschaft unserer Stadt die mit der Erhöhung verbundene Mehrbelastung zugemutet werden kann, bemerkt der Stadtmagistrat folgendes:

„1. Feste Grundsätze, die bei Bemessung der Gehälter der im städtischen Dienste stehenden Personen gleichsam schematisch zur Anwendung gebracht werden könnten, gibt es bekanntlich nicht. Abgesehen davon, daß Angebot und Nachfrage auch die Gehaltsbemessung insofern beeinflussen können, als bei ungenügendem Angebot die Gemeinde unter Umständen zur Erhöhung ihrer Gegenleistung genötigt wird, und abgesehen ferner davon, daß dem Beamten ein Gehalt zu gewähren ist, das ihm eine seiner Stellung entsprechende Lebensführung ermöglicht, wird man bei der Abstufung der einzelnen Gehaltsklassen nur die Bedeutung des einzelnen Amtes für das Gemeinwesen als ausschlaggebend ansehen dürfen, selbstverständlich aber mit der Einschränkung, daß die obere Grenze der Höhe der Gehälter stets durch die Leistungsfähigkeit der Gemeinde gezogen wird. Die Entscheidung über alle diese Fragen kann naturgemäß nur den berufenen Vertretern der Gemeinde zustehen. Daß sich aber dabei sowohl im Schoße jeder der beiden städtischen Körperschaften als auch unter diesen im Verhältnis zueinander leicht Meinungsverschiedenheiten ergeben können, liegt auf der Hand; ihre Ausschließung wird erfahrungsgemäß am sichersten dadurch erreicht, daß von vornherein — durch eine gemischte Deputation — eine Verständigung angestrebt wird. Aus diesem Grunde haben wir beschloffen, unsererseits den Beschlüssen der Deputation zuzustimmen und glauben daher auch auf eine Begründung der einzelnen in Vorschlag gebrachten Gehaltsätze verzichten zu sollen. Nur auf folgende Einzelheiten möchten wir ausdrücklich hinweisen:

- a) Das Gehalt der pro rectoratu geprüften Lehrer (2400 | 9 mal 300 | 5100) ist auch für die Lehrer der zu errichtenden Knaben- und Mittelschule in Aussicht genommen und wird durch das zu erlassende Statut festgelegt werden.
- b) Die Deputation hält die Zahlung besonderer Aufwandsgeelder (150 bzw. 100 M) an die an den gehobenen Schulen unterrichtenden seminariistisch gebildeten Lehrer und Lehrerinnen bei den in Vorschlag gebrachten erhöhten Gehältern nicht weiter für gerechtfertigt und hat den Wegfall der fraglichen besonderen Vergütungen um so mehr empfehlen zu sollen geglaubt, als von zahlreichen Lehrpersonen der Dienst an den gehobenen Schulen bevorzugt wird.
- c) Die Vorschrift unter EI der Anlage, wonach dem Vorsitzenden des Stadtmagistrats auf Beschluß der städtischen Behörden an Stelle der freien Dienstwohnung eine Mietgeldentschädigung gewährt werden kann, ist erforderlich wegen des dem Inhaber der fraglichen Wohnung durch das Rüdelsche Testament eingeräumten Rechtes, die fragliche Wohnung — auch nach dem Ausscheiden aus dem städtischen Dienste — gegen

Zahlung einer Miete in Höhe von $\frac{1}{2}$ des zuletzt bezogenen Gehaltes zu bemessen. Da es sich hierbei um einen zivilrechtlichen Anspruch handelt, der nur auf das Testament gestützt werden kann, so dürfte es nicht erforderlich sein, darüber öffentlich-rechtliche Vorschriften zu erlassen.

- d) In den bisherigen Gehaltsbestimmungen war von den beamteten Tierärzten des städtischen Schlachthauses nur der erste Tierarzt erwähnt; auf Empfehlung der Schlachthausdeputation sollen dem Wunsch der übrigen Tierärzte entsprechend auch deren Gehaltsverhältnisse künftig durch das Besoldungsstatut (anstatt durch besondere Dienstverträge) geregelt werden.
- e) Die Magistratssekretäre sind — der Bedeutung ihrer Amtsstellen entsprechend — aus Abt. XIX (2000 — 3800 *M*) ausgeschieden und sollen fortan eine besondere Gehaltsklasse (XVI a 2400 — 4400 *M*) bilden.
- f) Die Werte, mit denen bisher die einzelnen Beamten gewährten Dienstwohnungen auf die Gehälter in Anrechnung gebracht wurden, sind zwar durchweg gering bemessen; es muß aber anerkannt werden, daß durch die stets gleiche Wertbemessung einzelne Beamte in jüngeren Jahren ungünstig gestellt waren. Es ist deshalb in Vorschlag gebracht, die Bemessung des Wertes der Wohnung der Höhe des jeweiligen Gehaltes anzupassen, und zwar so, daß der fragliche Wert mit 10 Prozent des Gehalts — bei den unteren Beamten jedoch mit höchstens 200 *M* — in Anrechnung kommt. Daß ungeachtet dieser Vergünstigung „das Einkommen aus Dienstwohnungen“ nach § 15 des Einkommensteuergesetzes auch künftig mit 15 Prozent eingeschätzt werden kann, ist selbstverständlich.
- g) Neu ist die Vorschrift bei Abt. XXVII, wonach den Messerkontrolluren der Gas- und Wasserwerke und den Laternenkontrolluren im Interesse der Erleichterung ihres sich über das ganze Stadtgebiet erstreckenden Dienstes künftig Fahrkarten für die Strassenbahn geliefert werden sollen. Die Ausgabe beträgt 1836 *M* p. a.

2. Die gesamten Mehrkosten, welche zurzeit durch die empfohlenen Gehaltsänderungen veranlaßt werden würden, belaufen sich auf 165 922 *M*; davon entfallen

- a) auf die Bürgerschulen 124 200 *M*,
- b) auf die gehobenen Schulen 13 600 *M* und nach Abzug der
bisher gezahlten Aufwands-
gelber zu 5 350 „ 8 250 „
- c) auf die städtischen Beamten 33 472 „

Summe wie oben: 165 922 *M*.

Wir sind im Einvernehmen mit der Gehalts-Deputation der Ansicht, daß ungeachtet der Höhe dieser dauernden Mehrbelastung der Kämmererkasse auf eine Steuererhöhung verzichtet werden kann und verzichtet werden muß. Der Voranschlag des laufenden Rechnungsjahres schließt zwar anschlagsmäßig mit einem Fehlbetrage von 152 200 *M* ab, der aus dem Ausgleichsfonds gedeckt werden sollte; infolge des höheren Ertrages der Gemeindeeinkommensteuer und der Erhöhung des seitens des Staates zu leistenden Zuschusses zu den Kosten der Lehrerbefoldung wird indessen in der Jahresrechnung voraussichtlich der Fehlbetrag ganz verschwinden. Auch der nächstjährige Voranschlag sieht einen Fehlbetrag, und zwar in Höhe von 140 800 *M* vor, doch wollen wir ohne weiteres anerkennen, daß, wenn nicht unvorhergesehene Ausgaben erforderlich werden sollten, eine Herabminderung auch des nächstjährigen Fehlbetrages infolge höherer Erträge aus Steuern nicht ausgeschlossen erscheint. Denn es ist leicht möglich, daß die Einnahmen aus der Veränderungs- und aus der Wertzuwachssteuer die Ansätze des Voranschlages übersteigen werden. In bezug auf diese beiden Steuern ist der gegenwärtige Zeitpunkt als Übergangszeit zu bezeichnen, und es ist äußerst schwierig, ihre Erträgnisse im voraus auch nur annähernd richtig zu bemessen.

Um so mehr aber wird man Bedenken tragen müssen, schon jetzt auf eine Steuererhöhung Bedacht zu nehmen, zumal sich die Deckung auf andere Weise beschaffen läßt, und zwar durch stärkere Heranziehung der Überschüsse der Gas- und Wasserwerke zur Vermehrung der ordentlichen Einnahmen der Kämmererkasse. Wir weisen darauf hin, daß die erheblichen Rückstellungen, die in den fünf letzten Jahren (1905/10) zur Deckung von Baukosten bei den Gaswerken mit 980 000 *M* und beim Wasserwerke mit 432 000 *M* vorgenommen sind und die im laufenden und im kommenden Rechnungsjahre noch um 380 000 bzw. 300 000 *M* gesteigert werden sollen, in Zukunft auch nicht annähernd in dieser Höhe erforderlich sind, daß ferner der Um- und Ausbau der älteren innerstädtischen Schulen im kommenden Jahre nahezu vollendet sein wird und daß zurzeit eine Vermehrung der Bürgerschulgebäude nicht in Frage kommt. Der einzige größere Neubau, dessen Kosten aus dem Ausgleichsfonds zu bestreiten sind, ist das Gebäude für die einzurichtende Knaben-Mittelschule. Es wird deshalb unbedenklich sein, die Summe, die bis jetzt regelmäßig dem Schulhausbaufonds alljährlich aus den Erträgen der beiden genannten Werke zufließt, zu ermäßigen. Denn diese Erträge können, wenn die verstärkten Rückstellungen aufhören, auf jährlich 6- bis 700 000 *M* geschätzt werden, und es würden somit, da nur $\frac{1}{3}$ hiervon der ordentlichen Einnahme der Kämmererkasse zufließt, immer noch reichlich 500 000 *M* jährlich für den Ausgleichsfonds übrig bleiben.

Aus dieser Summe vorweg die obige Mehrausgabe von rund 165 000 *M* zu bestreiten, und zwar in der Weise, daß der alljährlich aus den Überschüssen der genannten Werke der Kammereikasse zufließende Betrag entsprechend erhöht wird, erachten wir für zulässig. Zurzeit jedoch dürfte eine entsprechende Änderung des Statuts über Unterhaltung eines Ausgleichsfonds (Nr. 29 vom 29. März 1909) nicht erforderlich und im Hinblick auf die oben erwähnte Ungewißheit über die Erträge der neuen Steuern auch nicht ratsam sein. Man wird unbedenklich wenigstens den Verlauf des nächsten Rechnungsjahres abwarten können, weil der Ausgleichsfonds im Notfalle die erforderlichen Mittel bietet, um — wenigstens einmalig — auch einen größeren Fehlbetrag zu decken.

Aber wir legen Wert darauf, uns schon jetzt der Zustimmung der Herren Stadtverordneten dahin zu vergewissern, daß für den Bedarfsfall — über dessen Vorliegen selbstverständlich die städtischen Behörden zu entscheiden haben werden — der von uns empfohlenen stärkeren Heranziehung der Erträge der Gas- und Wasserwerke zur Herstellung des Gleichgewichts im städtischen Haushalte seitens der geehrten Herren zugestimmt werden wird.

Es erschien uns zweckmäßig, zunächst nur die Zustimmung der Herren Stadtverordneten zur anderweiten Regelung der Gehälter und zur Deckung der dadurch erwachsenden Mehrkosten einzuholen, und zwar mit der Maßgabe, daß die Aufbesserungen vom 1. April d. Zs. an gewährt werden.

Wenn unsere vorstehenden Vorschläge die Billigung der Herren Stadtverordneten finden, werden wir nicht verfehlen, die Entwürfe der zu erlassenden statutarischen und sonstigen Vorschriften ohne Verzug auszuarbeiten und vorzulegen:

Schließlich möchten wir noch folgende Erklärung abgeben:

Die Mehrkosten der im Jahre 1909 beschlossenen Gehaltserhöhungen betrugen rund 154 800 *M*; unter Hinzurechnung der durch die jetzt empfohlenen weiteren Aufbesserungen bedingten Mehrkosten von rund 166 000 *M* ergibt sich eine Gesamtsumme von rund 320 800 *M*, die die Stadt dauernd im Interesse ihrer Beamten und Lehrer mehr aufwendet. Es ist ein Beweis einer erfreulichen Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens, daß diese hohen Kosten der zweimaligen Aufbesserung der Gehälter ohne Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer aufgewandt werden können, und daß es daneben möglich war, aus den Reservecfonds, d. h. also aus den Erträgen der Gas- und Wasserwerke die Kosten für den Umbau des Gaswerkes an der Laubenstraße zu rund 1 000 000 *M* und die Kosten für das zweite Wasserwerk zu etwa 700 000 *M* zu bestreiten, aber es darf und muß nun auch der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß anerkannt wird, daß in bezug auf die Besoldung ihrer Lehrer und Beamten die Stadt nunmehr allen berechtigten Ansprüchen Genüge leistet, und

daß für eine Reihe von Jahren den städtischen Behörden Anträge auf abermalige Gehaltserhöhungen nicht unterbreitet werden."

Der Magistrat ersucht schließlich die Stadtverordneten, zustimmen zu wollen, daß

- a) die Gehälter der städtischen Lehrer und Beamten vom 1. April d. Js. an wie oben empfohlen aufgebeßert und
- b) im Bedarfsfalle zur Deckung der sich aus der Aufbesserung ergebenden Mehrkosten die Überschüsse der Gas- und Wasserwerke in verstärktem Maße herangezogen werden.

Der V o r s i t z e n d e weist auf die den Stadtverordneten in autographischer Vervielfältigung zugegangene Magistratsvorlage hin und erteilt Herrn Wolters als Referenten der Finanzkommission das Wort.

Herr W o l t e r s: Die geehrten Herren haben in der Sitzung vom 6. Oktober 1910 einer Magistratsvorlage zugestimmt, die eine Änderung von Statuten und Schulordnungen betraf. Sachlich wurden dadurch zum großen Teil die Gehaltsätze städtischer Beamten und Lehrer allerdings vielfach geändert. Es ist aber in jener Sitzung zugleich ein Magistratsantrag angenommen, der dahin ging, daß über die Frage, ob und eventl. welche weiteren Gehaltserhöhungen für die städtischen Beamten und Lehrer Platz zu greifen haben, die Gehaltsdeputation nochmals gutachtlich gehört werde. Die Deputation hat die Beratung vorgenommen und ihre Vorschläge gemacht und die Finanzkommission hat diese Vorschläge im großen und ganzen angenommen, bis auf e i n e Änderung. Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, ohne der Geschäftsführung vorzugreifen, daß wir zunächst über die Gehaltsätze als solche verhandeln und nachher über die Deckungsfrage.

(Der Vorsitzende stimmt zu.)

A. Bürgerschulen.

I. Schulinspektoren.

Bisher bei einem Lehrergehalte von

1800 — 2700	: 3300,
2900	: 3600,
3100	: 3900,
3300	: 4200,
3500	: 4500,
3700	: 4800,
3900	: 5100,

Künftig bei einem Lehrergehälter von

2100 — 2900	: 3500,
3200	: 4100,
3500	: 4500.
3700	: 4800,
3900	: 5100,
4100	: 5400,
4300	: 5700.

Herr W o l t e r s: Es ist zu diesem Punkte vom Stadtmagistrate folgendes geschrieben: Der Schulvorstand beabsichtigt, wegen der Pflichtstundenzahl der Schulinspektoren eine Änderung eintreten zu lassen. Die Regelung war bisher gemäß der Dienstordnung vom 15. Dezember 1900 folgende: Die Schulinspektoren an einer Schule mit 12—14 Klassen erteilen in der Regel wöchentlich bis 15, die an einer Schule mit 15—18 Klassen bis 12, die an einer Schule mit mehr als 18 Klassen bis 8 Stunden. Der Schulvorstand beabsichtigt hierin folgende Änderungen: Die Schulinspektoren sollen künftig erteilen

1. in Schulen bis 14 Klassen 17 Pflichtstunden,
2. in Schulen von 15—18 Klassen 14 Pflichtstunden,
3. in Schulen von 19—25 Klassen 10 Pflichtstunden,
4. in Schulen mit mehr als 25 Klassen 8 Pflichtstunden.

Es werden jetzt 4 Größen unterschieden. Von der ersten Gruppe haben wir 5, von der zweiten 3, von der dritten 11 und von der letzten 2 Schulen.

Die Finanzkommission hat von dieser Mitteilung des Magistrats über die Absicht des Schulvorstandes Kenntnis genommen und empfiehlt Ihnen in Übereinstimmung mit dem Magistrat, die aus der Vorlage ersichtliche Gehaltserhöhung an die Bedingungen zu knüpfen, daß die Festsetzung der Pflichtstundenzahl in der vorgeschlagenen Weise geändert wird.

Die bisherige Bestimmung der Dienstordnung, daß beim Vorliegen besonderer Gründe durch den Schulvorstand eine Abminderung der Pflichtstundenzahl erfolgen kann, bleibt bestehen.

Ich habe ferner noch im Namen der Finanzkommission zu beantragen, daß bei denjenigen Schulen, die mit einer Haushaltungsschule verbunden sind, die bisherige Vergütung von 288 M an die Schulinspektoren wegfällt, dagegen bei der Feststellung der Klassenanzahl der Schule eine Haushaltungsschule für je eine Klasse gerechnet werden soll.

Herr P u j e h: Mir ist die Mitteilung geworden, daß die Schulinspektoren eine Eingabe an den Magistrat gemacht haben, dahingehend, sie mit den Semi-

narlehrern gleichzustellen, da sie daselbe Examen gemacht hätten, und in einer niedrigeren Gehaltsfestsetzung eine Zurücksetzung erblicken könnten. Die Schulinspektoren sind zum Teil aus den Seminarlehrern hervorgegangen. Ich möchte den Antrag stellen, um diese scheinbare Zurücksetzung zu beseitigen, den Schulinspektoren, die mit 5700 *M* abschneiden, auch ein Endgehalt von 5850 *M* wie den Seminarlehrern zu bewilligen. Es handelt sich weniger um die Summe als um die Gleichstellung.

Herr Wolter: Diese Frage ist auch innerhalb der Deputation und der Finanzkommission sehr eingehend erwogen. Da waren folgende Gesichtspunkte maßgebend: Es wird mit dieser ganzen Vorlage ein einheitliches, zusammenhängendes Werk vorgelegt. Wird bei Nr. I geändert, so sind Konsequenzen für sämtliche nachfolgende Kategorien gegeben. Würde man mit diesen Sätzen hier höher gehen, so erheben die Lehrer, Fachlehrer usw. einen ähnlichen Anspruch. Die heutigen Sätze sind im großen und ganzen einheitlich aufgebaut auf den bisher geltenden.

Die Erhöhung, die die Lehrer, Fachlehrer und Lehrerinnen erhalten haben, sind bei weitem nicht so hoch als die der Schulinspektoren. Es war sehr wohl berechtigt, daß die Schulinspektoren bei dieser Gelegenheit besonders bedacht wurden, weil ihnen bei der Regelung der Gehaltsätze im vorigen Jahre wenig oder nichts zuteil geworden ist. Aus dem Grunde ist man bei ihnen jetzt um 600 *M* höher gegangen, während die Lehrer jetzt nur 400 *M* mehr erhalten haben. Es würde aber nach Meinung der Deputation und der Finanzkommission nicht in Übereinstimmung zu bringen sein, wenn man alle anderen Gehaltsätze belassen wollte, wie sie jetzt festgesetzt sind, aber in dem ersten Punkte, den Gehaltsätzen der Schulinspektoren, jetzt noch weitergehen würde.

Herr Busch: Ich will dem Herrn Referenten im allgemeinen recht geben, aber wenn wir seinen Ausführungen ganz genau folgen, so brauchen wir gar nicht erst darüber zu beraten, wie die Sache werden soll und würden nur Ja und Amen zu sagen haben.

Vorsitzender: Ich muß dem Herrn Vorredner widersprechen. Es ist doch unsere Pflicht, die Vorlage zu beraten. Der Herr Referent macht nur darauf aufmerksam, welche Konsequenzen es hat, wenn einzelne Punkte der Vorlage umgestoßen werden. Es steht dem aber nichts im Wege, auch alle anderen Punkte der Vorlage zu ändern.

Herr Wolter: Es würde nur übrig bleiben, daß Herr Busch nicht allein bei Nr. I seine Vorschläge macht, sondern auch bei den folgenden Kategorien.

Dann wird er mir recht geben, daß in dem Falle auch die Deckungsfrage anders geregelt werden muß. Diese ist vom Magistrat bis jetzt in glücklicher Weise erledigt. Die Anträge, die weiter gehen, müssen mit weiteren Deckungsvorschlägen verbunden werden, d. h. kaum anders als mit dem Vorschlage einer neuen Steuer.

Vorjehende: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß das Schulinspektorengehalt basiert auf einer steigenden Zulage zu dem Lehrergehalt. Die Differenz beträgt 600 *M.* bis 1400 *M.* Insofern stehen die beiden Gehaltsätze in Beziehung zueinander. — Selbstverständlich steht Ihnen jeder Beschluß frei.

Der Antrag Busch wird von der Versammlung abgelehnt, der Antrag der Finanzkommission angenommen.

II. Ordentliche Lehrer und Fachlehrer.

Bisher: 1800.	1 × 200,	3900.
	1 × 400,	
	1 × 300,	
	6 × 200.	
Künftig: 2100.	1 × 200.	4300.
	4 × 300,	
	4 × 200.	

Herr Wolters: Auch hierfür liegt ein Schreiben des Stadtmagistrats vor, daß der Schulvorstand eine Änderung der Pflichtstundenanzahl einzuführen beabsichtigt. Bisher war nach der Dienstordnung vom Jahre 1900 die Pflichtstundenzahl der ordentlichen Lehrer und Fachlehrer in folgender Weise geregelt: „Die ordentlichen Lehrer und die Fachlehrer sowie die Hilfslehrer sind zur Erteilung von 30 wöchentlichen Unterrichtsstunden verpflichtet. Dieselben sollen jedoch bis auf weiteres zu regelmäßiger Erteilung von nur 28 Stunden herangezogen werden; auch kann der Schulvorstand den Klassenlehrern der Oberstufe, den mit besonders zeitraubenden häuslichen Schularbeiten beschäftigten, sowie älteren und kränklichen Lehrern und den in der Vorbereitung auf die Schulantrittsprüfung begriffenen Hilfslehrern die Pflichtstunden verhältnismäßig abmindern.“

Nach der Absicht des Schulvorstandes sollen fortan 30 Pflichtstunden von den ordentlichen Lehrern und Fachlehrern zu erteilen sein. Eine Abminderung derselben soll nach den bisher geltenden Grundsätzen bei den ordentlichen Lehrern und Fachlehrern zulässig sein. Durch die Neuregelung würde also ein Mehr von 2 Pflichtstunden sich ergeben.

Die Finanzkommission empfiehlt, die unter II vorgeschlagenen erneut höheren Sätze den geehrten Herren zur Zustimmung, zugleich aber auch hier zur Bedingung zu machen, daß die Regelung der Pflichtstunden, der ordentlichen Lehrer und Fachlehrer so, wie ich vorgetragen habe, künftig Geltung haben soll.

Der Vorsitzende stellt Punkt II zur Beratung; das Wort wird von keinem der Herrn Stadtverordneten ergriffen, damit gilt Punkt II als angenommen.

III. Ordentliche Lehrerinnen und staatlich geprüfte Zeichenlehrerinnen.

Bisher: 1400.	$7 \times 150.$	2450.
Künftig: 1500.	$2 \times 100.$	2700.
	$5 \times 200.$	

Herr Wolters: Auch hier ist eine Änderung der Pflichtstundenzahl erfolgt, indem sie auf 24 festgesetzt ist, also auf eine mehr als bisher. Die Maßnahme, daß bei älteren und kränklichen Lehrerinnen eine Abminderung der Zahl der Pflichtstunden stattfinden kann, bleibt auch künftig bestehen.

(Das Wort wird nicht gewünscht.)

IV. Turn-, Handarbeits-, Haushaltungslehrerinnen und nicht geprüfte Zeichenlehrerinnen.

Bisher: 1200.	$7 \times 100.$	1900.
---------------	-----------------	-------

Bei Zeichenlehrerinnen besondere Zulagen bis 200 M zulässig.

Künftig: 1300.	$2 \times 100,$	2100.
	$2 \times 150,$	
	$3 \times 100.$	

Besondere Zulage bei Zeichenlehrerinnen bleibt unverändert.

Herr Wolters: Bezüglich der Pflichtstundenzahl wird vom Magistrat folgendes mitgeteilt: „Bei den Fachlehrerinnen, die bisher zur Erteilung von 28 Stunden verpflichtet waren, aber schon seit Jahren nur 26 Stunden erteilt haben, ist eine Erhöhung nicht ratsam. Erfahrungsgemäß greift die unterrichtende Tätigkeit dieser Lehrerinnen, bei der eine spezielle Unterweisung jedes einzelnen Kindes unausgesetzt erforderlich ist, am meisten an, daher der Vorschlag: Fachlehrerinnen wie bisher bis 28 Stunden.“ Es liegt sogar eine Minde-

rung in dem Vorschlage, da das Wort „bis“ eingefügt ist. — Die Finanzkommission empfiehlt, hier die bisherige Art und Weise der Pflichtstunden beizubehalten und dieser ausgesprochenen Milderung zuzustimmen.

(Das Wort wird nicht weiter ergriffen.)

V. Hilfslehrer.

Bisher: im 1. und 2. Dienstjahre 1300 *M.*, danach 1500 *M.*

Künftig: im 1. und 2. Dienstjahre 1400 *M.*, danach 1600 *M.*

(Nichts zu bemerken.)

B. Oberrealschule.

I. Seminaristisch gebildete Lehrer.

Bisher: 2200. $1 \times 300.$ 3900.

$7 \times 200.$

Daneben 150 *M.* nicht pensionsfähige Aufwandsgeelder.

Besondere Zulagen für Zeichen- und Turnlehrer.

Künftig: 2400. $1 \times 200,$ 4300.

$3 \times 300,$

$4 \times 200.$

Besondere Zulagen für Zeichen- und Turnlehrer.

Herr W o l t e r s: Bezüglich der Pflichtstunden ist von der Deputation und Finanzkommission nichts beschlossen, es soll vielmehr nach Meinung der Finanzkommission dem Schulvorstande dieser Schule überlassen bleiben, bezüglich der Pflichtstunden der Herren demnächst Bestimmung zu treffen. Finanziell ist die Zahl der Pflichtstunden dieser Lehrer nicht von großer Bedeutung, da die Anzahl der fraglichen Lehrer nur gering ist. Ich weise noch darauf hin, daß die Zahlung von Aufwandsgeeldern künftig wegfällt.

II. Hilfslehrer,

1. wissenschaftlich gebildete:

Bisher: 1. Jahr 1800, 2. Jahr 2100, 3. Jahr 2400.

Künftig: 1. Jahr 2400, 2. Jahr 2700, 3. Jahr 3000.

2. seminaristisch gebildete:

Bisher: 1. Jahr 1500, 2. Jahr 1650, 3. Jahr 1800.

Künftig: 1. Jahr 1600, 2. Jahr 1800, 3. Jahr 2000,

III. Pro rectoratu geprüfte Lehrer. (2; künftig fortfallend)

Bisher:	2600.	$7 \times 300.$	4700.
Künftig:	2400.	$9 \times 300.$	5100.

C. Realschule.

(Oberrealschule in Entwicklung).

Seminaristisch gebildete Lehrer.

(Wie unter B I.)

D. Gehobene Mädchenschulen.

I. Pro rectoratu geprüfte Lehrer, die entweder Klassenlehrer an einer Oberstufe sind oder am Lehrerinnenseminar wissenschaftlichen Unterricht erteilen.

(Wie unter B III.)

II. Seminaristisch gebildete Lehrer und Fachlehrer.

Bisher:	1800.	$1 \times 200,$	3900.
		$1 \times 400,$	
		$1 \times 300,$	
		$6 \times 200.$	
	150 M Aufwandsgeelder.		
Künftig:	2100.	$1 \times 200,$	4300.
		$4 \times 300,$	
		$4 \times 200.$	

III. Ordentliche Lehrerinnen und staatlich geprüfte Zeichenlehrerinnen.

Bisher:	1400	$7 \times 150.$	2450.
	100 M Aufwandsgeelder.		
Künftig:	1500.	$2 \times 100.$	2700.
		$5 \times 200.$	

IV. Fachlehrerinnen (Turn- und Handarbeitslehrerinnen, sowie nicht geprüfte Zeichenlehrerinnen).

Bisher:	1200.	$7 \times 100.$	1900.
	100 M Aufwandsgeelder.		

Bei Zeichenlehrerinnen besondere Zulagen bis 200 *M* zulässig.

Rünftig: 1300.	$2 \times 100,$	2100.
	$2 \times 150,$	
	$3 \times 100.$	

Bei Zeichenlehrerinnen besondere Zulagen bis 200 *M* zulässig.

E. Städtische Beamte.

I. Der Vorsitzende des Stadtmagistrats.

Bisher: 13 000 *M*. Daneben 2000 *M* nicht pensionsfähige Dienstaufwandsgehälter.

Rünftig: 13 000 *M*. Daneben freie Dienstwohnung (ohne Heizung, Licht, Wasser) und 2000 *M* Dienstaufwandsgehälter; weder diese noch der Wert der Dienstwohnung sind pensionsfähig. — Anstatt der freien Dienstwohnung kann auf Beschluß der städtischen Behörden eine nicht pensionsfähige Mietgeldentschädigung von 2500 Mark gewährt werden.

Herr Wolter: Es ist den geehrten Herren schon aus den früheren Vorlagen bekannt, daß, wie hier bemerkt, verfahren werden soll. Es beruht das auf der Bestimmung des Fideleischen Testaments.

II. Die übrigen besoldeten Magistratsmitglieder.

Bisher: 5000.	$8 \times 500.$	9000.
Rünftig: 5500.	$7 \times 500,$	9200.
	$1 \times 200.$	

III. Der Leiter der städtischen Bauverwaltung.

Bisher: 6500.	$5 \times 500.$	9000.
Rünftig: 7000.	$4 \times 500,$	9200.
	$1 \times 200.$	

IV. Der Direktor der Licht- und Wasserwerke.

Bisher: 5500.	$7 \times 500.$	9000.
Rünftig: 6000.	$6 \times 500,$	9200.
	$1 \times 200.$	

V. Die Abteilungsvorstände der städtischen Bauverwaltung.

Bisher: 4300. $8 \times 400.$ 7500.

Bemerkung: Dem einzelnen Abteilungsvorstände kann vom Stadtmagistrate die Erledigung von Arbeiten auch der übrigen Abteilungen übertragen werden.

Künftig: 5000. $7 \times 500.$ 8500.

Bemerkung bleibt.

VI. Der Direktor der Gewerbeschule.

Bisher: 5000. $5 \times 400.$ 7000.

Bleibt unverändert.

Herr Friede: Ich möchte anfragen, ob hier nicht ein Schreibfehler vorliegt. Wir haben neulich über das Gehalt gesprochen, es beträgt doch 8500 M.

Herr Wolters: Die hier angegebenen Zahlen geben die Regelung der normalen Sätze für die Gehaltsordnung. Wir sind aber schon früher über die Bestimmungen des Statuts hinausgegangen und zahlen ein höheres Gehalt, müssen aber im Statut die Sätze regeln, wenn sie auch augenblicklich nicht gelten.

VII. 1. Der Stadtarchivar.

2. Der Museumsdirektor.

Bisher: 4200. $8 \times 400.$ 7400.

Künftig: Unverändert.

Herr Wolters: Die besonderen Verhältnisse des Stadtarchivars und des Museumsdirektors haben sowohl der Deputation als auch der Finanzkommission zu sehr eingehender Erörterung Anlaß gegeben. Es ist auch dort, wie schon früher in der Sitzung vom 6. Oktober v. Js. die Anfrage gestellt und eingehend behandelt, ob die beiden Beamten im Gehalte den städtischen Oberlehrern gleichgestellt werden sollten. In der Sitzung vom 6. Oktober war besonders vom Herrn Stadtv. Kleinnecht diese Anfrage gestellt und bei Erledigung derselben wurde sowohl vom Referenten wie vom Magistratskollegium darauf hingewiesen, daß eine Prüfung dieser Sätze später erfolgen solle. Das ist auch geschehen. Die Deputation und auch die Finanzkommission haben sich aber doch dahin geeinigt, daß die hier vorliegende Regelung die richtige ist. Daß die beiden Herren in ihren Gehaltsjahren gegen die städtischen Oberlehrer wesentlich benachteiligt sind, ist nach der Meinung der Mehrheit der Deputation und der Finanzkommission

nicht der Fall. Besonders kommt das zum Ausdruck, wenn man beachtet, wie hoch im Laufe der Dienstjahre von Anfang an bis zum Schluß die Summe des Gehalts bei einem Oberlehrer und bei dem Museumsdirektor und dem Archivar sich beläuft. Das Gesamteinkommen eines städtischen Oberlehrers (3400 *M* Anfangsgehalt, Staffelfung 3×700 , 4×600 , Endgehalt 7900) beträgt in 24 Jahren 137 400 *M*, das Gesamteinkommen der anderen beiden Herrn nach den Vorschlägen der Deputation und Finanzkommission in 27 Jahren 156 600 *M*; sie erheben sich also, ohne Rücksicht auf die beiderseitige ungleichmäßige Gesamtzahl der Jahre, über das Gesamteinkommen der städtischen Oberlehrer um 19 200 *M*. Der zweite Grund für die Stellungnahme der Deputation und Finanzkommission ist der, daß bei dem Vorgehen Preußens und auch dem des Staates Braunschweig bei der Gehaltsfestsetzung für die Oberlehrer von der Stadt nicht anders gehandelt werden konnte, als bis zu dem höchsten Satze zu gehen. Aber, meine Herren, so schwer es geworden wäre, bei einer niedrigeren Bemessung des Höchstgehalts in der Stadt Braunschweig, die nötige Zahl Oberlehrer zu erhalten, so ist andererseits nach Meinung der Finanzkommission und der Deputation eine Notlage bezüglich der Besetzung der beiden fraglichen Stellen nicht vorhanden. Aus den beiden Gründen hat die Mehrheit der Finanzkommission sich entschlossen, der Magistratsvorlage, wie sie lautet, zuzustimmen und die Sätze unverändert zu lassen.

Herr D ö h n e f i n k e: Meine Herren! Sie sehen aus der Ihnen vorliegenden Zusammenstellung, daß das Gehalt dieser beiden Herren, Museumsdirektor und Stadtarchivar, unverändert weiterbestehen soll, obgleich diese beiden Herren wiederholt darum gebeten haben, mit den städtischen Oberlehrern im Höchstbezüge des Gehalts gleichgestellt zu werden. Ich habe bereits gestern in der Finanzkommission, leider zwar vergeblich, versucht, für eine Erhöhung des Höchstgehalts dieser beiden Herren zu wirken. Ich bin überstimmt worden, habe aber trotzdem die Hoffnung auf einen Erfolg nicht aufgeben können und möchte mir deshalb erlauben, die Angelegenheit nochmals vor ihr Forum zu bringen. — Ich gebe ohne weiteres zu, daß es außerordentlich schwierig ist, die richtige Einschätzung der Tätigkeit einer Beamtenkategorie bei der Feststellung der Gehaltsätze vorzunehmen. Im allgemeinen ist das wohl gelungen und ich glaube, daß im vorliegenden Falle die Schwierigkeit nicht so erheblich sein kann, wenn man bedenkt, daß diese Herren genau denselben Bildungsgang durchgemacht haben wie die städtischen Oberlehrer. Nun ist ja von manchen Seiten der Einwurf gemacht worden, die Tätigkeit dieser beiden Herren sei eine viel bequemere als die der städtischen Oberlehrer. Das will ich zugeben, aber andererseits sage ich mir: die Arbeitsleistung dieser beiden Herren ist mindestens die-

selbe wie die der Oberlehrer, zumal, wenn man berücksichtigt, daß die letztgenannten Herren in den Genuß zahlreicher langbemessener Ferien treten, die diesen Herren nicht zur Verfügung stehen. Ich bin überhaupt der Meinung, daß die Tätigkeit im Dienste von Kunst und Wissenschaft mindestens gleichwertig mit der Tätigkeit eines Herrn in der Jugenderziehung zu erachten ist. — Über das, was der Herr Referent in bezug auf die Bezüge dieser beiden Herren während ihrer gesamten Dienstzeit vorgetragen hat, habe ich zu sagen, daß der Umstand, daß die beiden Herren 19000 *M* mehr bekommen als die städtischen Oberlehrer mich in gar keiner Weise berührt. Wir haben meines Erachtens viel mehr dafür zu sorgen, daß im Falle eines Wechsels in der Besetzung dieser beiden Stellen auch die Bezüge, die gewährt werden, die Übernahme eines solchen Amtes als schmackhaft erscheinen lassen. Ich glaube nicht, daß die Oberlehrer (und ich nehme an, daß hauptsächlich aus diesem Stande die Herren für die Besetzung zu finden sein werden) sich um diese Ämter groß drängen werden, wenn sie im Höchstgehalt nicht mindestens ebenso stehen würden, wie sie als Oberlehrer gestellt sind. Wenn ich beantrage, die beiden Herren im Höchstgehalt auf 7900 *M* zu bringen, also jede Stelle um 500 *M* aufzubessern, so handelt es sich insbesondere um tausend Mark, die die Stadt jährlich mehr aufzuwenden hat. Ich glaube, daß diese geringfügige Summe nicht dazu zu treiben braucht, auf die Deckungsfrage einzugehen. Ich möchte also bitten, daß diesen beiden Beamten bei der Staffellung ihres Gehalts noch eine Stufe mehr zugewilligt wird, so daß gesagt wird: Anfangsgehalt wie bisher 4200 *M*, darauf eine 5malige Erhöhung um je 400 *M* und zum Schluß eine einmalige Erhöhung um 500 *M*. Auf diese Weise kommen die Herren auf ein Endgehalt von 7900 *M* wie die Oberlehrer. Ich bitte die geehrten Herren, diese Gehaltserhöhung genehmigen zu wollen.

Herr Kleinknecht: Meine Herren! Der Herr Referent und mein Herr Vorredner haben zum großen Teil schon gesagt, was ich ausführen wollte und in meinen kurzen Worten vom 6. Oktober v. Js. habe ich Ihnen meine Vorschläge schon dargelegt. Da damals ein definitiver Beschluß über die Erhöhung der Gehälter noch nicht gefaßt werden sollte, so hatte ich meinen Antrag zurückgezogen, möchte ihn aber heute, da wir vor einem Definitivum stehen, wiederholen. Wenn ich auch das nicht wiederholen will, was meine beiden Herren Vorredner gesagt haben, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß es bei der Gehaltsbemessung darauf ankommt, wie die Bedeutung eines Amtes für das Gemeinwesen bewertet wird. Das ist dasselbe Wort, wie es in der Vorlage auf der zweiten Seite gegeben ist. Die Bedeutung der beiden Ämter sowohl des Stadtarchivars wie des Museumsdirektors ist wohl mindestens eine ebenso hervorragende wie die eines Oberlehrers und nach meiner Ansicht ist das Amt

der beiden Herren ein entschieden bedeutenderes, denn sie stehen in einer leitenden Stellung, die Oberlehrer aber nicht. Wenn wir nicht nur nach Angebot und Nachfrage urteilen, sondern auch die Bedeutung des Amtes in Rücksicht ziehen, dann dürfte man es wohl für gerechtfertigt finden, daß sich die Herren mindestens derselben Gehaltsbezüge erfreuen wie die Oberlehrer. Die beiden Herren stehen in zweifacher Beziehung zurück; erstens erreichen sie nicht das Höchstgehalt der Oberlehrer und zweitens erreichen sie ihren höchsten Gehaltssatz nicht in 21 Jahren, sondern erst in 24. In einer anderen Beziehung stehen sie allerdings den Oberlehrern voran: ihr Anfangsgehalt beträgt 4200 *M*, während die Oberlehrer zu Anfang 3400 *M* bekommen. Nun hat der Herr Referent berechnet, daß nach 24 Jahren Dienstzeit die Oberlehrer weniger Gehalt bekommen haben als die beiden erwähnten Herren. Ja, meine Herren, die Oberlehrer werden als solche im allgemeinen sofort mit 26, 27, 28 Jahren angestellt, die Herren, die diese beiden Ämter verwalten, werden aber in der Regel nicht in so jungen Jahren angestellt; der Stadthauswart hatte schon 8 oder 9 Dienstjahre hinter sich, der Museumsdirektor allerdings hatte eine kürzere Dienstzeit durchgemacht. Die Dienstjahre, die die Herren anderwärts verbracht haben, werden ihnen selbstverständlich angerechnet, infolgedessen aber werden sie dieses relativ hohe Anfangsgehalt gar nicht beziehen, sondern das relativ niedrigere spätere. Schon nach 9 Dienstjahren werden sie geringer besoldet als die Oberlehrer und diese geringere Besoldung wird sich die nächsten Dienstjahre bis zum 21. und 24. fortsetzen und sich steigern. Aus dem Grunde ist es meiner Ansicht nach nicht richtig, die Gesamtsumme der Gehälter in Vergleich zu stellen. — Man kann auch nicht sagen, daß die beiden Herren eine Einkure haben. Wer sein Amt gewissenhaft verwaltet — und ich nehme an, daß Sie überzeugt sind, daß dies von den beiden Herren geschieht — der hat auch seine Arbeit. Es ist ja leicht, daß ein Mensch sich seine Arbeit geringer macht, indem er nur das Nötigste tut. Das können aber diese Herren und auch die Oberlehrer nicht; sie müssen weiterarbeiten und sich fortbilden. — Wenn ich alles zusammenrechne, so halte ich es für gerechtfertigt, daß wir diese Herren mit den Oberlehrern gleichstellen und ihnen nach 21 Jahren ein Endgehalt von 7900 *M* bewilligen. Diese zwei Vergünstigungen würde ich in erster Linie beantragen. Die Staffelung schlage ich in folgender Weise vor:

Anfangsgehalt 4200 *M*, 3mal 600 *M*, 3mal 500 *M*, 1mal 400 *M*, also Endgehalt 7900 *M*. Sollte der Antrag nicht durchgehen, dann würde ich mich auch damit zufrieden geben, wenn die 7900 *M* in 24 Jahren erreicht würden; doch bitte ich den zuerst von mir eingebrachten Antrag auch zuerst zur Abstimmung zu bringen.

Herr B u j ch: Nach den Ausführungen der beiden Herren Vorredner hieße es Eulen nach Athen tragen, wollte man noch das Lob dieser beiden Herren singen. Es ist bekannt, daß ihre Tätigkeit eine wirklich ausgezeichnete ist. Kommt man mit Fremden zusammen, die das Museum besucht haben, so wird man allgemein gefragt: Wer ist wohl der tüchtige Leiter dieses Instituts? Wie ordnungsmäßig und wundervoll sind die Kunstschätze der Öffentlichkeit zur Schau gestellt! Die Anordnung ist im Gegensatz zu manchen andern Instituten als eine besonders vorteilhafte zu bezeichnen.“ Weniger in Erscheinung tritt das stille Walten des Stadtarchivars. Wer aber den Mann genauer kennt, der wird sagen: „Er tut nicht nur seine Pflicht, er tut mehr.“ Mit welcher Schaffensfreudigkeit er in seinem Amte vorgeht, ist geradezu vorbildlich. Ich habe häufig Gelegenheit genommen, mich dort zu informieren und bedauere nur, daß die Herren Stadtverordneten nicht mehr Gelegenheit genommen haben, die Tätigkeit des Herren kennen zu lernen. Die Arbeit, die von ihm geleistet wird, ist derjenigen der Oberlehrer gleich zu bewerten. Die beiden Herren möchten heute nur das erreichen, was ihren früheren Kollegen schon bewilligt ist; ich möchte Sie deshalb bitten, dem Antrage des Herrn Dr. Kleinfnecht Ihre Zustimmung zu geben.

Herr B ä h r: Um einen allgemeinen Maßstab für die Beurteilung der Be-
 foldung dieser beiden Beamten zu finden, möchte ich verweisen auf die landes-
 gesetzliche Regelung der Befoldung der Beamten in ähnlicher Stellung, auf die
 Beamten am Wolfenbütteler Archiv und bei uns am Herzoglichen Museum.
 Ich will diese beiden städtischen Beamten nicht in Vergleich stellen mit den Vor-
 ständen der genannten staatlichen Anstalten, die ein höheres Gehalt beziehen,
 aber ich erlaube mir darauf hinzuweisen, daß wir sie wohl gleichstellen können
 mit den ersten Beamten an den staatlichen Anstalten. Es heißt in den staat-
 lichen Befoldungsvorschriften: „Die beiden ersten, zugleich mit der Vertretung
 des Vorstandes beauftragten Beamten am Herzoglichen Museum und der mit
 der Vertretung des Vorstandes beauftragte Beamte an der Herzoglichen
 Bibliothek sind gleichzustellen den Oberlehrern.“ Meine Herren! Diese Be-
 stimmung, wie sie in der Befoldungsordnung für unsere staatlichen Beamten
 getroffen ist, ist auch für mich maßgebend, ein Wort für die beiden in Frage
 kommenden Herren einzulegen. Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn
 Stadtv. Löhnefinke an und bitte seinen Antrag anzunehmen, wonach den Herren
 noch eine weitere Gehaltsstufe zugestimmt wird, so daß der Höchstsatz von 7900 M
 erreicht wird.

Herr *Meinrecht*: Nach der Stimmung, die ich als in der Versammlung herrschend herausgefunden habe, ziehe ich meinen ersten Antrag zurück und bitte auch, den Antrag Löhnefinke anzunehmen.

Der Antrag Löhnefinke wird angenommen.

VIII. Geprüfte Baumeister, die nicht zu den Abteilungs- vorständen gehören.

Bisher:	3600.	$8 \times 300.$	6000.
Künftig:	Unverändert.		

IX. Der Rämmerer.

Bisher:	4300.	$5 \times 300.$	5800.
Künftig:	Unverändert.		

X. Der Stadtgeometer.

Bisher:	3600.	$6 \times 300.$	5400.
Künftig:	3600.	$6 \times 300.$	5600.
		$1 \times 200.$	

XI. Der Schlachthausdirektor.

Früher:	3800.	$5 \times 300.$	5300.
---------	-------	-----------------	-------

Freie Wohnung nebst Feuerung, Licht und Wasser kommt mit 600 *M* auf das Gehalt in Anrechnung.

Künftig: Gehalt unverändert.

Freie Wohnung nebst Feuerung, Licht und Wasser kommt auf das Gehalt mit 10 Prozent des jeweiligen Gehaltsfusses in Anrechnung.

Herr *Wolters*: Die neuen Maßregeln, daß die Anrechnung der freien Wohnung mit der Höhe des Gehalts wechseln soll, stellt sich für den Beamten besonders zu Anfang der Dienstzeit günstiger als bisher. Gegenüber dem alten Satz von 600 *M* bleibt aber auch selbst bei den höchsten Gehaltsstufen immer noch eine Vergünstigung.

XII. Der Stadtsekretär.

Bisher:	3300.	$6 \times 300.$	5100.
Bleibt unverändert.			

XIII. Der Kreisbranddirektor.

Bisher: 3300. $4 \times 300,$ 4800.
 $1 \times 200,$
 $1 \times 100.$

Bemerkung 1: Freie Dienstwohnung usw. kommt mit 600 \mathcal{M} in Anrechnung. 2: Für Dienstkleidung 600 \mathcal{M} (nicht pensionsfähig),

Künftig: Gehalt unverändert.

Bemerkung 1: Freie Wohnung = 10 Prozent vom Gehalt.

Bemerkung 2: bleibt.

XIV. Der erste Tierarzt am städtischen Schlachthause.

Bisher: 3400. $7 \times 200.$ 4800.
 Künftig: Gehalt unverändert.

Bemerkung: Wird freie Dienstwohnung (mit Heizung, Licht und Wasser) gewährt, so kommt der Wert derselben auf das Gehalt mit 10 Prozent der jeweiligen Gehaltsstufe in Anrechnung.

XV. Die Betriebsleiter der Gasfabriken.

Bisher: 3300. $7 \times 200.$ 4700.
 Bemerkung: Freie Wohnung kommt mit 600 \mathcal{M} in Anrechnung.
 Künftig: Gehalt unverändert.
 Bemerkung: Freie Wohnung = 10 Prozent vom Gehalt.

XV a. Nicht unter XIV fallende Tierärzte am städtischen Schlachthause.

Künftig: 3000. $7 \times 200.$ 4400.

Bemerkung: Wird freie Dienstwohnung usw. gewährt, so kommt der Wert derselben auf das Gehalt mit 10 Prozent des jeweiligen Gehaltsjahres in Anrechnung.

Herr Boge: Ich bitte, diesen Beamten eine günstigere Steigerung des Gehalts zu gewähren, und zwar statt 7×200

$3 \times 300,$ $1 \times 200,$ 3×100

mit demselben Endergebnis wie hier, 4400 \mathcal{M} . Die Tierärzte haben jetzt dieselbe lange Ausbildungszeit wie alle andern Akademiker; sie müssen das Abiturium eines Gymnasiums besitzen, haben ein ebenso langes Studium wie die Mediziner und kommen mit einem sehr geringen Gehalt in Stellung. Früher wurde ihr Gehalt immer durch Dienstvertrag geregelt. Ich glaube, daß man ihnen wohl zugestehen sollte, daß die Steigerung in den ersten Jahren etwas größer wird,

wenn auch das Endgehalt nicht höher wird. Dann sind sie wenigstens in den Jahren, wo sie endlich anfangen zu verdienen — das wird bei ihnen durchschnittlich auch Ende der 20er oder Anfang der 30er Jahre sein — etwas besser gestellt.

Der Antrag Boge wird angenommen.

- XVI. 1. Der Kassierer der Stadthauptkasse.
 2. Der Kassierer der Licht- und Wasserwerke.
 3. Der Vorsteher des Rechnungsbureaus.
 4. Der Vorsteher des Steuerbureaus.
 5. Der Vorsteher des Armenbureaus.
 6. Der Verwalter der Schulkassen und der mit denselben vereinigten Kassen.
 7. Der Vorsteher der Hauptregistratur.

Bisher: 2500.	$2 \times 300,$	4300.
	$5 \times 200,$	
	$2 \times 100.$	

Bemerkung zu 1., 2. und 6: Daneben eine nicht pensionsfähige Entschädigung von 120 M für Kassenverluste.

Künftig: 2800.	$2 \times 300.$	4600.
	$5 \times 200,$	
	$2 \times 100.$	

Bemerkung bleibt.

XVIa. Die Magistratssekretäre.

Früher: 2000.	$2 \times 300,$	3800.
	$5 \times 200,$	
	$2 \times 100.$	
Künftig: 2400.	$2 \times 300,$	4400.
	$7 \times 200.$	

XVII. Technische Hilfsbeamte

(Bauassistenten, Bauberwalter, Bautechniker).

Früher 2000.	$3 \times 300,$	4000.
	$5 \times 200,$	
	$1 \times 100.$	
Künftig: 2100.	$4 \times 300,$	4300.
	$5 \times 200.$	

Herrn Wolters: In der gestrigen Sitzung ist die Befoldung dieser Herren nochmals eingehend erwogen. Soviel ich weiß, lag zwar kein offizielles Gesuch zu Händen des Vorsitzenden oder des Magistrats vor, aber es war

mehreren Mitgliedern der Kommission der Wunsch ausgedrückt, die Frage noch einmal zu erwägen, ob nicht eine andere Bemessung des Gehalts am Platze sei. Es ist ja richtig, wie von den Herren hervorgehoben ist, daß einzelne andere Beamtenklassen in die Höhe gekommen sind. So ist besonders die Klasse XVIa vorangekommen, während die ihr zugehörigen Herren früher in Abteilung XIX gehörten und im Anfangsgehälte den technischen Hilfsbeamten gleichstanden, im Endgehälte sogar niedriger. Es herrschte aber in der Mehrheit der Kommission — ich weiß nicht, ob einstimmig — die Meinung, daß doch die weitere Heraushebung der Klasse XVIa wegen der gerade in den letzten Jahren gewachsenen Bedeutung des Amtes durchaus gerechtfertigt sei, und daß man insbesondere die Klasse XVIa nicht etwa als Gegengewicht der Klasse XVII gegenüber geltend machen dürfte. Das Endgehälte der Klasse XVII ist um 300 M., das Anfangsgehälte um 100 M. erhöht, die Staffelung ist günstiger geworden. Die Finanzkommission glaubt, daß bei dieser im Verhältnis zu den übrigen Gruppen, besonders den nachfolgenden, immerhin wichtigen Förderung der Gehaltsverhältnisse der Klasse XVII doch das richtige getroffen zu haben.

Herr Sander: Ich möchte den Antrag wiederholen, den ich schon bei der Gehaltsvorlage im Jahre 1909 gestellt hatte: der Klasse XVII ein Anfangsgehälte von 2200 M. und ein Endgehälte von 4300 M. zu gewähren mit folgender Staffelung: $4 \times 300.$ $4 \times 200.$ $1 \times 100.$

Dieser Antrag wurde seinerzeit in der Kommission angenommen, im Plenum ein anderer, dahingehend, ein Gehälte von 2100—4200 M. festzusetzen. Aber auch dieser Antrag ist nicht zur Ausführung gekommen. Diese Beamten sind nun gewissermaßen zum zweiten Male bei der Gehaltsaufbesserung nicht berücksichtigt oder nur in sehr geringem Maße. Auch darauf möchte ich hinweisen, daß die Herren Chefs dieser Abteilung beide Male erheblich im Gehälte aufgebessert sind, heute mit 700 M. im Anfangsgehälte und 1000 M. im Endgehälte. Da ist es nicht angenehm für die Beamten, wenn sie gewissermaßen leer ausgehen.

Der Antrag Sander wird angenommen.

- XVIII. 1. Der Inspektor des städtischen Kranken- und
Pflegehauses.
2. Der Marstallverwalter.

Bisher: 2400. $3 \times 300,$ 3800.
 $1 \times 200,$
 $3 \times 100.$

Zu 1: Die dem Inspektor des Kranken- und Pflegehauses und seiner Familie gewährte freie Station kommt auf das Gehalt mit 1000 \mathcal{M} in Anrechnung.

Zu 2: Die dem Marstallverwalter gewährte freie Wohnung nebst Feuerung, Licht und Wasser kommt auf das Gehalt mit 400 \mathcal{M} in Anrechnung.

Künftig: Gehälter unverändert.

Zu 1: Wert der freien Station kommt mit 600 \mathcal{M} in Anrechnung.

Zu 2: Der Wert der freien Wohnung usw. kommt auf das Gehalt mit 10 Prozent des jeweiligen Gehaltsatzes in Anrechnung.

XIX. 1. Kassierer, die nicht zu Abt. XVI gehören.

2. Hilfsgeometer.

3. Der Vorsteher der Magistratskanzlei.

Bisher: 2000.	$2 \times 300,$	3800.
	$5 \times 200,$	
	$2 \times 100.$	

Zu 1: Daneben eine nicht pensionsfähige Entschädigung von 120 \mathcal{M} für Kassenverluste.

Künftig: 2100.	$2 \times 300,$	4000.
	$6 \times 200,$	
	$1 \times 100.$	

Bemerkung zu 1 bleibt.

Herr Busch: Ich möchte mich belehren lassen darüber, weshalb die Magistratssekretäre aus dieser Gehaltsklasse besonders erhöht sind und weshalb man den Kassenbeamten und Hilfsgeometern nicht ebenfalls das Gehalt der Magistratssekretäre gibt.

Herr Oberbürgermeister Reitemeyer: Ich kann nur erklären, daß der Magistrat, wie er auch in der Vorlage gesagt hat, entsprechend den Beschlüssen der Deputation, die Bedeutung der einzelnen Stellen für das Gemeinwesen abgewogen und darnach die Gehaltsätze bemessen hat. Einen andern Maßstab gibt es überhaupt nicht.

XX. Der Brandmeister.

Bisher: 2600.	$5 \times 200.$	3600.
---------------	-----------------	-------

Freie Wohnung kommt mit 400 \mathcal{M} in Anrechnung. — Neben dem Gehalte 300 \mathcal{M} Kleidergeld (nicht pensionsfähig).

Künftig: Gehalt unverändert. Wohnung nur in Höhe von 10 Prozent des jeweiligen Gehaltsatzes anrechnungsfähig. Kleidergeld unverändert.

XXI. 1. Die Werkmeister und Lagerhalter beider Gas- und Wasserwerken.

2. Die Gasmeister.

3. Der Mühlenmeister.

4 Die Maschinenmeister der Pumpstation und der Wasserwerke.

5. Der Markthallenverwalter.

Bisher: 2000. $7 \times 200.$ 3400.

Bemerkung 1: Freie Wohnung nebst Feuerung, Licht und Wasser kommt auf das Gehalt mit 400 *M* in Anrechnung.

Bemerkung 2: Die Werkmeister und Lagerhalter (Nr. 1) erhalten neben dem Gehalte eine nicht pensionsfähige Entschädigung für Dienstkleidung in Höhe von 90 *M*.

Bemerkung 3: Für Erhebung der Gebühren auf den offenen Wochenmärkten und den sonstigen Märkten kann dem Markthallenverwalter auf Beschluß der städtischen Behörden eine nicht pensionsfähige Vergütung bis zu 600 *M* verwilligt werden. Derselbe erhält ferner nicht pensionsfähige Entschädigungen für Dienstkleidung in Höhe von 90 *M* und für Kassenverluste in Höhe von 40 *M*.

Künftig: 2200. $7 \times 200.$ 3400.

Bemerkung 1: Freie Wohnung kommt mit 10 Prozent des jeweiligen Gehaltsjahres in Anrechnung

Bemerkung 2 und 3: Unverändert.

XXII. 1. Der Vorsteher des Versicherungsbureaus.

2. Der erste Assistent im Rechnungsbureau.

3. Der Registrator der Bauverwaltung.

4. Die Registratoren des Steuerbureaus.

5. Der Registrator der Armenverwaltung.

6. Der Registrator des Stadlarchivs.

7. Der Registrator des Standesamts.

8. Der erste Assistent der Hauptregistratur.

9. Die Kassenbuchhalter.

10. Der erste Hilfsbeamte der statistischen Stelle.

11. Der Gerichtsschreiber des Gewerbe- und des Kaufmannsgerichts.

Bisher: 1700. $3 \times 300,$ 3400.

$2 \times 200,$

$4 \times 100.$

Künftig: 1800. 2×300 , 3600.
 6×200 .

Herr W o l t e r s: Hier hat die Finanzkommission eine Änderung gegenüber der Magistratsvorlage zu beantragen, auch gegenüber den Beschlüssen der Deputation. Die Änderung bezieht sich nur auf die Staffelung, das erhöhte Anfangs- und Endgehalt bleibt bestehen. Die Finanzkommission schlägt folgende Staffelung vor:

3×300 . 4×200 . 1×100 .

Würde man die Staffelung, wie sie hier der Magistrat vorschlägt, annehmen, so würde die bisherige Staffelung der Gruppe ungünstig verändert werden und gegenüber der Gruppe XXIII, besonders in den ersten Dienstjahren, kaum ein Unterschied bestehen bleiben. Eine Verschmelzung der beiden Gruppen ist aber keineswegs beabsichtigt, sondern es soll gerade die Gruppe XXII aus der Gruppe XXIII herausgehoben werden, da es sich meist um einzelne Sonderstellungen handelt.

Herr E c h a r d t: Bei Beratung dieser Abteilungen XXII und XXIII möchte ich darauf hinweisen, daß von den 81 Beamten dieser beiden Klassen 10 nichts, 52 100 *M*, 16 200 *M* und 3 300 *M* erhalten, es bleiben somit die Magistrats-Bureauassistenten nach dieser neuen Vorlage um 500 *M* hinter den Anfangsgehältern der Post-, Bahn- und Finanzassistenten zurück, was doch wohl eine Härte ist. Es dürfte sich deshalb wohl empfehlen, diesen 81 Beamten, welche mit der Bitte an uns herangetreten sind, das Anfangs- und Endgehalt wenigstens um je 100 *M* zu erhöhen, 1900 bis 3700 *M*, bezw. 3500 *M* zu bewilligen. Die Mehrausgabe für diese die Mehrzahl der Beamten zufriedenstellende Aufbesserung wird nur 8100 *M* betragen, was im Hinblick auf die in Frage stehende Gesamtsumme als gering zu bezeichnen ist.

V o r s i t z e n d e r: Durch die Änderung in der Staffelung ist den Wünschen, die wir als berechtigt anerkannt haben, ja bereits Rechnung getragen worden.

Herr M e h e r h o f f (zur Geschäftsordnung): Wir haben noch über XXII abzustimmen und sprechen eben schon über XXIII.

Der Antrag der Finanzkommission zu XXII wird angenommen.

XXIII. 1. Bureauassistenten.

2. Zeichner, sofern sie nicht einer der vorstehenden Abteilungen angehören.

Bisher: 1700.	$2 \times 300,$	3200.
	$2 \times 200,$	
	$5 \times 100.$	
Künftig: 1800.	$2 \times 300,$	3400.
	$4 \times 200,$	
	$2 \times 100.$	

Vorsitzender: Es liegt ein Antrag des Herrn Eckhardt vor, das Anfangs- und Endgehalt um 100 M zu erhöhen, die Staffelung bestehen zu lassen. Meine Herren! Wenn wir diesem Vorschlage folgen, so würden wir mit Gruppe XXIII die Gruppe XXII überholen. So können wir unmöglich verfahren.

Herr Leue: Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, hier nochmals das zu wiederholen, was ich bei der Vorberatung schon gesagt habe. Es betrifft das eigentlich mehr den ganzen Personal-Stat. Ich muß bedauern, daß wir so schrecklich viele Befoldungsklassen haben, und dies Bedauern wird von vielen geteilt. Der Personal-Stat macht den Eindruck, als ob er auf die Person zugeschnitten ist. Der Herr Oberbürgermeister hat uns ja in der Deputation auseinandergesetzt, daß die Einteilung eine gewisse Berechtigung hat, aber es geht doch zu weit, daß man die Vorsteher der einzelnen Bureaus in drei verschiedene Klassen geteilt hat, die Kassierer in zwei, usw. Der Herr Oberbürgermeister hat auch, als ich in der Deputation darauf zu sprechen kam, zugegeben, daß wohl in Erwägung gezogen werden könnte, eine Vereinfachung Platz greifen zu lassen, wenn auch nicht bei dieser Gelegenheit. Ich möchte nun meine Bitte an den Magistrat wiederholen, bei sich bietender Gelegenheit Bedacht darauf zu nehmen, den Personal-Stat einheitlich und einfacher zu gestalten. Die Vielheit der Klassen gibt zu Berufungen der einen auf die andere Veranlassung und die Einteilung ist bei anderen Verwaltungen nicht so ins einzelne gehend. Ich glaube, das liegt auch im Interesse der Beamten.

Herr Oberbürgermeister N e t e m e h e r: Das kann ich nicht anerkennen, daß der Magistrat bei Aufstellung seiner Vorschläge sich irgendwie leiten ließe von der Rücksicht auf eine Person. Entscheidend ist, daß jede einzelne Stelle für das große Ganze eine verschiedene Bedeutung hat, und darnach sind die Gehälter bemessen. Wenn Sie z. B. die Stellung des Haupt-

Kassierers mit der der übrigen Kassierer vergleichen, so glaube ich nicht, daß Herr Leue sagen wird: die Stellungen sind gleich. Ich will ohne weiteres zugestehen, daß man soviel Klassen, wie wir jetzt haben, nicht zu machen braucht, und daß für den Magistrat die Arbeit besonders bei der Aufstellung des Etats wesentlich erleichtert würde, wenn wir ein paar Klassen verschwinden lassen. Aber eins muß ich auch bemerken: Die Konsequenzen, die das hat, übersehen Sie hier in der Sitzung nicht, dazu muß man die Sache ganz genau berechnen. Wenn Sie eine derartige Änderung haben wollen, dann wird es kaum anders möglich sein, als daß Sie die Sache an die Gehaltsdeputation zurückverweisen und abwarten, welche Folgen das haben wird. Die Stadtverordneten haben sich von jeher auf den Standpunkt gestellt: Wir bewilligen die Gehälter und der Magistrat mag die Vorschläge machen. Es ist ein eigen Ding für den Magistrat, wenn er dagegen operieren soll, daß Sie seine Beamten mehr in die Höhe bringen wollen, als der Magistrat für gerechtfertigt erachtet. Aber ich wiederhole: Die Konsequenzen sind ohne weiteres nicht zu übersehen, und wenn wir heute die Sache so erledigen, wie von der Deputation vorgeschlagen ist, so ist es für den Magistrat eine eigene Sache, eine so wesentliche Änderung vorzunehmen. Dann möchte ich bitten, die ganze Angelegenheit an die Deputation zurückzuweisen.

Herr W o l t e r s: Ich fasse die Änderung des Herrn Leue als eine grundsätzliche auf und glaube nicht, daß er in diesem Augenblick die ganze Vorlage aufhalten, sondern jetzt zur Erledigung bringen will. Er wünscht, daß man demnächst, wenn dieses Schicksal einmal wieder vorliegen sollte, daß man an eine Revision der Gehälter gehen muß, im Sinne des Herrn Leue verfährt. Natürlich ist dieser Gesichtspunkt in der Vorberatung eingehend behandelt. Es läßt sich nicht verkennen, daß manches für diesen Gesichtspunkt spricht. Sieht man beispielsweise die Gehaltsordnungen des Staates an, so sind sie einfacher, klarer, übersichtlicher. Aber wir können das dem Staate in der Weise nicht nachmachen, es muß bei uns zusammengefaßt werden, was der Staat nach den einzelnen Ressorts schon auseinander hält. Der Staat hat Abteilungen für Finanzwesen, Steuerverwesen usw., da erledigt sich die Einreihung in diese Gruppen leicht und übersichtlich. Im Grunde genommen läuft es auf dasselbe hinaus, ob wir z. B. die Beamten der städtischen Bauverwaltung von oben bis unten zusammenfassen oder ob wir die Beamten so getrennt aufzählen, wie es hier der Fall ist. Ich gebe zu, daß im Staatshaushalt die Aufstellung etwas übersichtlicher ist. Es läßt sich vielleicht, wenn demnächst einmal wieder eine Gehaltsregelung drohen sollte, etwas in der Richtung tun.

Herr L e u e: Ich möchte dem Herrn Oberbürgermeister erwidern, daß er wahrscheinlich nicht ganz genau gehört hat, was ich gewünscht habe. Ich möchte nicht, daß bei dieser Gelegenheit die angeregte Frage erledigt werden soll; insofern bin ich wohl mißverstanden. Es liegt mir fern, die ganze Gehaltsangelegenheit, die wir unter großen Geburtswehen zustande gebracht haben, zum Scheitern zu bringen durch eine nebensächliche Frage. Daß die Frage eine nebensächliche ist, will ich ohne weiteres zugestehen. Ich gebe auch zu, daß es, wie Herr Wolters ausführte, für den Staat leichter ist, die Aufstellung einfacher zu gestalten, möchte aber darauf hinweisen, daß eine Menge Städte die Sache auch einfacher gemacht haben. Mit dem Wenigen, was der Herr Oberbürgermeister und der Herr Referent zugestehen, will ich zufrieden sein, ich bin überzeugt, daß eine weitere Vereinfachung möglich ist, wenn nur erst einmal der erste Schritt dazu getan wird.

Der Antrag des Herrn Eckhardt wird abgelehnt, der Antrag der Finanzkommission, der Vorlage auch in diesem Punkte (XXIII) zuzustimmen, angenommen.

XXIV. Bureaugehilfen.

Bisher: 1700.	5 × 200,	3100.
	4 × 100.	
Künftig: 1800.	6 × 200,	3200.
	2 × 100.	

XXV. Der Oberkontrollleur bei den Licht- und Wasserwerken.

Bisher: 2200.	3 × 200,	3000.
	2 × 100.	
Künftig: 2300.	3 × 200,	3100.
	2 × 100.	

XXVI. Stadtdiener.

Bisher: 1500.	2 × 200,	2200.
	2 × 150.	

Bemerkung 1: Neben dem Gehalte 90 M Kleidergeld (nicht pensionsfähig).

Bemerkung 2: Freie Wohnung kommt mit 200 \mathcal{M} in Anrechnung, kann aber auf Beschluß der städtischen Behörden neben dem Gehalte gewährt werden, alsdann nicht pensionsfähig.

$$\begin{array}{rcl} \text{Künftig: } 1600. & 2 \times 200, & 2300. \\ & 2 \times 150. & \end{array}$$

Bemerkung 1 bleibt. Bemerkung 2: Freie Wohnung kommt mit 10 Prozent des jeweiligen Gehaltsfaktes, jedoch höchstens mit 200 \mathcal{M} in Anrechnung, kann aber (wie vorstehend).

Herr Wolters: Würde man hier bei Anrechnung der Wohnung 10 Prozent beibehalten, so würden am Schlusse der Dienstzeit 220 \mathcal{M} angerechnet werden; die Stadtdiener würden sich dann hierin gegen den bisherigen Zustand schlechter stehen, daher ist die Einschränkung gemacht.

XXVII. 1. Aufseher.

2. Maschinisten.

3. Messerkontrollleure.

4. Laternenkontrollleure.

$$\begin{array}{rcl} \text{Bisher: } 1500. & 3 \times 150, & 2000. \\ & 1 \times 50. & \end{array}$$

Bemerkung 1: Freie Wohnung nebst Feuerung, Licht und Wasser kommt auf das Gehalt mit 200 \mathcal{M} in Anrechnung, kann jedoch im Einzelfalle auf Beschluß der städtischen Behörden neben dem Gehalte als ein alsdann nicht pensionsfähiger Dienstbezug gewährt werden.

Bemerkung 2: Soweit das Tragen von Dienstkleidung vorgegeschrieben wird, erhält der Beamte eine nicht pensionsfähige Entschädigung von 90 \mathcal{M} .

Bemerkung 3: Soweit die Beamten dieser Abteilung mit Einkaufsgeschäften betraut sind, erhalten sie eine nicht pensionsfähige Vergütung für Kassenverluste in Höhe von 100 \mathcal{M} .

$$\begin{array}{rcl} \text{Künftig: } 1600. & 3 \times 150, & 2100. \\ & 1 \times 50. & \end{array}$$

Bemerkung 1: Freie Wohnung kommt mit 10 Prozent des jeweiligen Gehaltsfaktes, jedoch höchstens mit 200 \mathcal{M} in Anrechnung (im übrigen unverändert).

Bemerkung 2 und 3: Unverändert.

Bemerkung 4: Den Beamten unter 3 und 4 werden Fahrkarten für die Straßeneisenbahn geliefert (Wert nicht pensionsfähig).

Herr Wolters: Die Bemerkung 4 ist neu hinzugekommen.

XXVIII. Schuldiener.

Bisher: 1200. $4 \times 100.$ 1600.

Freie Wohnung nebst Feuerung, Licht und Wasser kommt auf das Gehalt mit 200 \mathcal{M} in Anrechnung.

Künftig: Gehalt unverändert.

Wird freie Wohnung mit Feuerung, Licht und Wasser gewährt, so kommt deren Wert auf das Gehalt mit 10 Prozent des jeweiligen Gehaltsjahres in Anrechnung.

XXIX. Vollziehungsbeamte.

Bisher: 1100. $4 \times 100.$ 1500.

Bemerkung 1: Neben dem Gehalte werden nicht pensionsfähige Entschädigungen von 90 \mathcal{M} für Dienstkleidung und 60 \mathcal{M} für Rassenverluste gezahlt.

Bemerkung 2: Die Vollziehungsbeamten erhalten neben ihrem Gehalte die festgesetzten Gebühren, welche bei Bemessung der Pension mit 1200 \mathcal{M} in Anrechnung kommen.

Künftig: Unverändert.

Vorjehender: Damit dürfte die erste Frage, Feststellung der Gehaltsjahre, entschieden sein; wir kommen jetzt zur Deckungsfrage.

Herr Wolters: In der Vorlage ist darüber Rechnung aufgestellt, mit welcher jährlichen Gesamtsumme die nuncmehr hier von uns beschlossenen Gehaltserhöhungen die Stadtkasse belasten werden. Die Gesamtsumme beträgt 165 922 \mathcal{M} . Die Summe ermäßigt sich um das, was wir später durch Vermehrung der Pflichtstundenzahl der Lehrer usw. ersparen. Wenn den städtischen Schulinspektoren, Lehrern und Lehrerinnen die Pflichtstundenzahl vermehrt wird, so wird die Anzahl der erforderlichen Stellen geringer werden. Soweit die Bürgerschulen in Betracht kommen, wird die Ersparnis für die Lehrer ungefähr 14—15 Stellen betragen. Bei den Schulinspektoren wird die Ersparnis entsprechend sein. Nehmen wir an, daß 15 oder 16 Stellen erspart werden und

für jede ersparte Stelle ein Durchschnittsjahr von 3000 *M* gerechtfertigt ist, so kann man 45 000 *M* als Ersparnis von den Gesamtkosten von 165 922 *M* absetzen, es würden also in der Tat nur ca. 120 000 *M* Mehraufwendungen für jedes Jahr erwachsen. Diese Ersparnis würde natürlich nicht sofort eintreten, da die Stellen erst allmählich eingespart werden, doch ist wohl anzunehmen, daß sie nach Verlauf von 3 Jahren voll in Wirksamkeit getreten sein wird.

In Hinsicht auf die Art und Weise, wie die jährliche Mehrbelastung gedeckt werden soll, ist die Magistratsvorlage sehr ausführlich. Am Schlusse wird im Magistratsantrage gesagt, es möchten sich die geehrten Herren dazu verstehen, „daß i m B e d a r f s f a l l e zur Deckung die Überschüsse der Gas- und Wasserwerke in verstärktem Maße herangezogen werden.“ Schon jetzt fällt aus den genannten Überschüssen ein Fünftel der Kammereikasse als Einnahme zu. Die Finanzkommission glaubt, keinen Anstand nehmen zu sollen, dem Magistratsantrage zu folgen, und zu empfehlen, sich g r u n d s ä t z l i c h dazu bereit zu erklären. Auch die Deputation hatte sich schon in derselben Weise ausgesprochen. Es ist nicht zu befürchten, daß die Einnahmen aus den technischen Werken wesentlich sinken werden, im Gegenteil, erst der letzte Ausweis, besonders der des Gaswerks, ergibt, daß wieder eine Zunahme erfolgen wird. I n B e d a r f s f a l l e haben die städtischen Behörden über die Heranziehung der Überschüsse dieser Werke zur Deckung der sich ergebenden Mehrkosten gemeinschaftlich zu entscheiden. Es handelt sich hier also nur um die grundsätzliche Zustimmung der geehrten Herren. Es war in Frage gekommen, ob man jetzt nicht sofort die Zuschüsse ins Ordinarium, die jetzt $\frac{1}{5}$ der Erträgnisse der beiden Werke ausmachen, vermehren solle. Es ist aber schon in der Magistratsvorlage gesagt, daß eine solche Veränderung nicht schon heute als absolute Notwendigkeit vorliegt. Hinsichtlich des Fehlbetrages, der sich n a c h d e m V o r a n s c h l a g e einstellen soll, ist nach menschlichem Ermessen zu vermuten, daß er tatsächlich nicht oder nicht in der angenommenen Höhe eintreten wird. Vorläufig können wir uns also darauf beschränken, uns grundsätzlich dahin zu erklären, daß die Überschüsse aus den technischen Werken der Stadt in verstärktem Maße herangezogen werden, f a l l s sich die Notwendigkeit dazu herausstellen sollte.

Herr J a s p e r: Ich will dem Vorschlage, den die Finanzkommission gemacht hat, nicht widersprechen. Die Ausführungen in der Vorlage über die Deckungsfrage sind durchaus beachtlich. Für mich ist ausschlaggebend die in der Vorlage S. 7 ausgesprochene Ansicht, daß für den Notfall unbedenklich auf die vorhandenen Mittel des Ausgleichsfonds zurückgegriffen werden kann. Im übrigen ist dargelegt, daß wir einem Übergangszustande gegenüberstehen, der eine abschließende Regelung nicht ermöglicht; aber da dieses

Mittel vorhanden ist, ist es auch an sich gerechtfertigt, diese Ausgaben zu machen, sobald sie für nötig gehalten werden. Widersprechen möchte ich aber einer Ausföhrung in der Begründung der Vorlage, daß die obere Grenze der Höhe der Gehälter stets durch die Leistungsfähigkeit der Gemeinde begrenzt sein müsse. Das kann meines Erachtens nur dann maßgebend sein, wenn es sich darum handelt, Beamte anzustellen oder nicht anzustellen; soweit aber die Bedürfnisse der Gemeinde die Anstellung erfordern, so sind wir auch gehalten, die Beamten so zu stellen, daß sie den Verhältnissen entsprechend ein menschenwürdiges Dasein führen können. Dieser Erwägung, die im Gegensatz zu der Begründung in der Vorlage des Magistrats zum Ausdruck gekommen ist, ist auch die geehrte Versammlung gefolgt. Ich werde mir jetzt, wo wir am teilweisen Schluß dieser Beratung angekommen sind, erlauben, auf die ganze Entwicklungsgeichte dieser Vorlage und der Gehaltsordnung zurückzugreifen, denn da wir gleich in die Einzelberatung eingetreten sind, konnte ich zu Anfang meinen Standpunkt und den meiner politischen Freunde nicht darlegen.

Die ganze Gehaltserhöhung ist notwendig geworden durch die allgemeine Teuerung, die gerade von denen veranlaßt ist, die jetzt nach Erhöhung der Gehälter rufen, durch diejenigen Parteien, die bei der neuen Steuererhebung Handlangerdienste geleistet haben, und die so schlecht bedacht haben, daß sie die neuen Steuern am eigenen Leibe fühlen müssen. Ich habe zu Beginn unserer Beratung über die Deckungsfrage den Herren, die so die Teuerung herbeizuföhren halfen, zuzurufen: Wie man sich bettet, so schläft man! Wenn man aus nationalistischen oder anderen Erwägungen heraus die Teuerung haben wollte, ist es ein bequemes Mittel, zu sagen: Jetzt haben wir die Steuern, jetzt gebt uns wieder, damit wir die Teuerung nicht empfinden! Ich habe schon früher gesagt, daß diese Erwägungen von uns zurückgewiesen sind, da nicht der Gerechte mit dem Ungerechten leiden soll und besonders die mittleren und unteren Beamten unter den Teuerungsverhältnissen erheblich zu leiden haben. Es ist aber doch wunderbar, wenn man die einzelnen Vorlagen und Verhandlungen sich vergegenwärtigt, und wie man zuerst versuchte, besonders auch die Lehrer erheblich höher zu stellen, da zu sehen, daß das vom Magistrat überhaupt für unmöglich gehalten wurde und daß man jetzt am Endergebnis, ohne daß eine wirtschaftlich wesentliche Änderung eingetreten ist, sieht, daß diese Sätze erreichbar sind, sogar bei gewissen Gehaltsklassen überstiegen sind. Solche Forderungen hat man als Übertreibungen, als nach dem Munde reden kritisiert, wenn meine Freunde oder ich den Antrag gestellt hatten. Auch so, wie die Gehaltsordnung jetzt geworden ist oder zu werden scheint, kann uns die Vorlage durchaus nicht befriedigen, da nach der Auffassung meiner Freunde mit sehr ungleichem Maße oben und unten gemessen ist und auch durch die Kasteneinteilung der verschiede-

nen Klassen, wie Herr Leue mit Recht gerügt hat, manche Unebenheit vorgekommen ist, die zu Unzufriedenheit Veranlassung geben könnte. Wir haben aber davon abgesehen, Anträge zu stellen, weil Sie es bei jeder Gelegenheit in diesem Monate und Jahre langen Verhandlungen immer wieder abgelehnt haben, diejenigen zu bedenken, die es mindestens ebenso notwendig haben wie die Herren Beamten und Lehrer, die Arbeiter nämlich, die vielleicht formell in diesen Zusammenhang rein statutarisch nicht gehören, die aber sonst bei jeder passenden Gelegenheit von der Mehrheit der Versammlung mit ganz anderm Maß behandelt zu werden pflegt, als es heute geschehen ist. Da werden allerlei Bedenken vorgebracht und darauf hingewiesen, daß einzig und allein maßgebend wäre Angebot und Nachfrage und als entscheidend für diese Lohnfragen die spezielle Deputation in Betracht komme. Und wenn die Deputationen gewählt werden, dann sagt die bürgerliche Mehrheit: Dahinein gehören möglichst nur Herren aus unsern Kreisen, dort sollen diejenigen, die durch das Vertrauen eines großen Teils der Bürgerschaft mitzuraten und mitzutaten berufen sind, möglichst geringen Einfluß haben. Bei diesen Verhältnissen können Sie es uns nicht verdenken, daß wir jede Gelegenheit wahrnehmen, die uns hier im Plenum dazu geboten ist, die Interessen unserer Wähler zu vertreten. Das ist viel unpraktischer und nicht so zweckmäßig, als wenn es an unmittelbarer Stelle geschehen könnte; Sie haben es aber so gewollt, als Sie keine Rücksicht auf uns bei Zusammensetzung der Kommissionen und Deputationen genommen haben. — In einer der letzten Deputationsverhandlungen ist die Frage der Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter erörtert und es ist darauf hingewiesen, daß der Magistrat beabsichtige, in Kürze eine umfangreiche Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter herauszugeben, ich glaubte sogar den Herrn Oberbürgermeister so zu verstehen, daß sie noch vor den Sommerferien verabschiedet werden könnte. Weiter hin ich bedeutet worden, bei der Statistik der Löhne vorzubringen, was für die Löhne der städtischen Arbeiter wünschenswert sein könnte. Wir wollen uns bescheiden, um diese Gehaltsregelung nicht aufzuhalten. Wir erwarten aber, daß Sie jetzt, wo Sie wiederholt grundsätzlich die Teuerung und die Notwendigkeit eines Ausgleichs dieser Teuerung besonders bei den weniger gut Gestellten in den städtischen Betrieben anerkannt haben, daß Sie dieselbe freigiebige Hand zeigen bei Regelung der Arbeiterlöhne, wie Sie sie heute zum Teil ändern gegenüber gezeigt haben.

Herr Sander: Ich bin für die Deckungsfrage, wie sie der Magistrat vorgeschlagen hat, zu haben und werde dafür stimmen, bin sogar erfreut, daß der Magistrat dieses Mal davon abgesehen hat, den Grundbesitz wie das vorige

Mal zur Deckung heranzuziehen, heute also das „Mädchen für alles“ außer acht gelassen hat. Wenn man aber die ganze Gehaltsvorlage mit den Augen eines Geschäftsmannes, eines mittleren oder kleineren Handwerkers betrachtet, dann muß eine gewisse kritische Mißgunst sich bemerkbar machen. Während man auf dieser Seite bei den Beamten ununterbrochen seit Jahren immer mit Gehaltsaufbesserungen zur Hand ist, ist man bei den Geschäftsleuten nicht so am Platze mit Hilfe; im Gegenteil, neben den großen Lasten, die heute die kleinen und mittleren Geschäftsleute haben durch Steuern, Abgaben und Belastung des Grundbesitzes — in der Regel sind sie wegen ihres Geschäftsbetriebes darauf angewiesen, Grundbesitz zu haben — durch höhere Löhne und teure Materialpreise, da werden den Geschäftsleuten noch scharfe Submissionsbedingungen gestellt, da werden den Kaufleuten die Konsumvereine entgegengestellt. Da ist es nicht zu verwundern, daß sich bei diesen Gesellschaftsklassen eine gewisse Mißgunst gegen derartige Gehaltserhöhungen bemerkbar macht. Nun, an diesem Platze steht man nicht als Geschäftsmann und es wäre nicht richtig, wenn man diese Frage einseitig behandeln wollte. Da heißt es objektiv urteilen, und ich habe das für meine Pflicht gehalten und habe den Gehaltserhöhungen zugestimmt. Ich freue mich auch, daß der Magistrat bei dieser jetzigen Gehaltsvorlage nicht mehr so pessimistisch gewesen ist als bei der vorigen. Damals hieß es: Wir können nicht mehr bewilligen, bevor wir nicht die neue Steuer unter Dach und Fach haben. Nach meiner Meinung hat sich herausgestellt, daß die neue Steuer nicht nötig war. Das muß ja nun ertragen werden. Daß aber der Magistrat trotz des Defizits eine derartige Gehaltszulage, die 162 000 *M* erfordert und wenn die heute hier beschlossenen Erhöhungen hinzukommen, wohl 180 000 *M*, daß er die uns vorlegt ohne die Steuer zu erhöhen, das wollte ich in anerkennender Weise hervorgehoben haben.

Herr Oberbürgermeister K e t t e n e r: Zunächst ein paar Worte zu dem, was Herr Dr. Jasper gesagt hat. Ich glaube nicht, daß Herr Dr. Jasper hier in dieser hohen Versammlung einen finden wird, dem er die Schuld dafür in die Schuhe schieben kann, daß das Leben in Deutschland teurer geworden ist. Ich glaube, wenn es auf die Stadtverordnetenversammlung angekommen wäre, so hätte sie alle diese Erhöhungen für Zölle usw. abgelehnt. (Zuruf: Die nationalliberale Partei hat ihnen zugestimmt!) Gott sei Dank, wir haben hier keine Partei! Ich halte es für nötig, daß die Parteien als solche hier nicht hervortreten; wir haben andere Sachen zu besorgen, als hier Politik zu treiben. Das Wohl der Stadt als solcher muß hier behandelt werden und die Parteien können sich darüber hier wohl verständigen. — Wenn Herr Dr. Jasper sagt, er hoffe auf baldige Vorlage der Arbeitsordnung, so möchte ich darauf hinweisen,

daß sie aufgestellt und begutachtet ist und Ihnen vermutlich bald wird vorgelegt werden können, daß sie aber mit der Lohnbemessung nichts zu tun hat. Die Erhöhung der Löhne hängt selbstverständlich von der Bewilligung der Stadtverordneten ab. Es wird Ihnen ja auch alle Jahr die Nachweisung über die gezahlten Löhne vorgelegt. Zur bestimmten Zeit werden Sie sie wieder in Händen haben, und wenn Sie der Ansicht sein sollten, daß die Deputationen die Löhne nicht richtig bemessen haben, so haben Sie das Recht, dies auszusprechen, und ich bezweifle, daß der Magistrat irgendeinen derartigen Antrag auf Lohn-erhöhung ablehnt.

Herrn Sander darf ich bemerken, daß der Magistrat dankbar anerkennen wird, daß er uns Lob spendet in bezug auf unsere Stellungnahme, aber er hat doch einen kleinen Hieb gegen den Magistrat damit verbunden, insofern er sagt, die vorige Steuererhöhung wäre nicht nötig gewesen. Dem kann ich nicht beipflichten. Was die Beurteilung der Wirkung der neuen Steuern betrifft, so sind wir in einem Übergangsstadium und können nicht ermessen, was bei normalen Verhältnissen die Veränderungssteuer, die Wertzuwachssteuer in der neuen Fassung des Reichsgesetzes der Stadt einbringen wird. Da wäre es allerdings eine bedenkliche Sache, zu sagen: „Auch die neuen Steuern werden nicht eine genügende Wirkung haben, deshalb wollen wir unsere Steuern abermals erhöhen.“ Zu einer so rosigten Schilderung jedoch, wie sie Herr Sander gegeben hat, liegt kein Grund vor. Wir arbeiten fortwährend mit einem Defizit und sind nur in der glücklichen Lage, daß wir Reserven haben, mit denen wir es decken können. Sollte sich ergeben, daß Herr Sander recht hat, daß wir die neuen Steuern gar nicht nötig gehabt hätten, so wird keiner froher darüber sein als ich.

Herr Wolters: Von den Ausführungen des Herrn Sander möchte ich den einen Teil als sehr berechtigt anerkennen, dem andern kann ich allerdings nicht zustimmen. Ich erkenne die Äußerungen des Herrn Sander, soweit sie sich auf die Haus- und Grundbesitzer und auf die mittleren und kleineren Gewerbetreibenden beziehen, durchaus als richtig an. In der Kommission haben wir uns alle außerordentlich gefreut, daß die jetzige Gestalt des Haushaltsplans uns ermöglicht hat, auf die Erörterung der vielleicht schon in Erwägung gezogenen Frage, welche Steuererhöhung nötig sei, zu verzichten. Es wäre uns wie bei den Grundbesitzern auch bezüglich der mittleren und kleinen Gewerbetreibenden außerordentlich bedauerlich erschienen, wenn es notwendig gewesen wäre, auf eine sie treffende neue Steuer zurückzugreifen. Insofern kann ich die Äußerung des Herrn Sander unterschreiben. — Eine Äußerung des Herrn Dr. Jasper möchte ich noch erwähnen. Er sagte, daß jetzt eine Anzahl Gehaltszüge uns als gerechtfertigt erschienen wären, die wir vor längerer Zeit verworfen hätten.

Dazu bemerke ich: Zwischen unsern heutigen und damaligen Beschlüssen liegen die preussischen und staatlich braunschweigischen Gehaltsfestsetzungen, die weit über unsere bisherigen Sätze hinausgingen. In manchen Fällen wurde sogar durch Gesetz festgelegt, wie die Gemeinden bezahlen sollen. Wenn das Gesetz uns zwingt, bleibt nichts übrig, als dementsprechend hier zu beschließen. Ich möchte hervorheben, daß unsere früheren Beschlüsse wegen der Höhe der übrigen Gehaltsätze und wegen unserer Finanzlage gerechtfertigt gewesen sind. —

Von Herrn Dr. Jasper wurde schließlich gewünscht, daß man nunmehr die Erhöhung der Lohnsätze der Arbeiter nachfolgen lassen, und, wenn sie zur Behandlung kommen würden, sich ähnlich zeigen möchte, wie heute. Auch dieser Punkt hat selbstverständlich die Deputation und die Finanzkommission beschäftigt. Wir haben alljährlich die Nachweisungen über die gezahlten Löhne zu erwarten, so daß es sich nicht empfiehlt, heute sächlich auf die Anregungen einzugehen. Bei Vorlage dieser Nachweisungen wird alljährlich — nicht durch Statut, das auf Jahre dauert — von Punkt zu Punkt aufs neue beschlossen, ob die bisherige Bezahlung gerechtfertigt ist. Das ist formell zu bemerken. Inhaltlich möchte ich noch hinzufügen, daß die Deputationen ja schon von uns autorisiert sind, aus eigener Machtvollkommenheit, wie sie es für richtig halten, uns in den Lohnfestsetzungen vorweg zu greifen. Halten Sie demnächst bei Vorlegung der Nachweisungen die inzwischen angeordneten Lohnerhöhungen der Deputationen nicht für ausreichend, so bleibt es der Versammlung unbenommen, die Löhne weiter zu erhöhen.

Herr Meherhoff: Herr Dr. Jasper hat in seiner Rede erwähnt, seine Partei hätte seinerzeit höhere Bezüge für Beamte und Lehrer beantragt. Ich muß darauf aufmerksam machen, und Herr Dr. Jasper wird sich erinnern, daß gerade die bürgerlichen Parteien in zweimaliger Beratung für die Lehrer 4000 *M* beantragt haben, Herr Dr. Jasper 3900 *M*. Das nur zur Richtigstellung, damit die falsche Meinung nicht weitergetragen wird.

Anerkennen kann ich aber nicht, daß Herr Sander mit seiner letzten Behauptung unrecht gehabt hat. Ich bin einer derjenigen gewesen, der damals gesagt hat: „Warten wir doch erst ab, was unser Etat bringt!“ Er hat Überschüsse ergeben, aber als er aufgestellt war, zeigte er einen Minderertrag. Wenn der Herr Oberbürgermeister sagt: „Wir arbeiten mit einem Defizit,“ so erwidere ich darauf: das Defizit steht nur im Voranschlag; wenn wir zum Abschluß kommen, haben wir immer gewaltige Überschüsse. Darauf habe ich schon damals hingewiesen und habe mich nicht für die neuen Steuern erwärmen können. Ich spreche es aufs neue aus: Wir brauchten keine neue Steuern, um die Erhöhung der Lehrergehälter zu schaffen. Meine Herren! Ich halte es nach wie

vor immer für einen unrichtigen Standpunkt, Steuern im Vorrat zu bewilligen, und möchte die geehrte Versammlung davor warnen: Bewilligen Sie nie wieder Steuern im Vorrat! Das ist nicht nötig! Wir sind noch da und werden, wenn es nötig ist, es als unsere Pflicht ansehen, die Bewilligung auszusprechen. „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist,“ das ist ein wahres Wort, aber Steuern im Vorrat zu bewilligen, dazu bin ich nie wieder zu bewegen.

Herr W o l t e r s: Die Äußerung des Herrn Meyerhoff bezüglich der Notwendigkeit oder Nicht-Notwendigkeit, die beiden den Grundbesitz treffenden Steuern damals einzuführen, kann ich nicht als gerechtfertigt anerkennen. Daß wir sie damals beschlossen haben, ist hervorgerufen durch die Erträge unserer damaligen Einkommensteuer und die Höhe der beschlossenen neuen Ausgaben. Wenn Herr Meyerhoff uns vor zwei Jahren hätte voraussagen können, daß wir im nächsten Etatsjahre ein Mehr von 180 000 M aus der Einkommensteuer bekommen würden und im folgenden Jahre wieder ebensoviel mehr, dann wäre die Versammlung und auch ich dafür gewesen, daß die neuen Steuern nicht eingeführt wurden.

Herr R i e k e: Die Gehaltserhöhung ist nun beschlossen und soll vom 1. April datieren. Über den Schluß im Magistratschreiben aber ist meine Ansicht eine sehr pessimistische, und Sie können versichert sein, daß in kurzem Zwischenraum wieder Klagen und Bitten kommen, das Gehalt wieder zu erhöhen. Das hängt von der ganzen Entwicklung der weiteren Verhältnisse ab. Mit dieser Vorlage haben Sie lange keinen Frieden und Ruhe geschaffen, weil sie nicht gleichmäßig ist. Das ist meine Überzeugung. Es liegt das darin, was Herr Leue schon hervorgehoben hat, daß sie eine endlose Klasseneinteilung enthält; man bekommt ja schon einen Schreck, wenn man die Vorlage durchsicht. Wenn ich auf dem Standpunkte stehe, möglichst unten zu wirken, oben sorgen die Herren schon allein für sich, so habe ich das bei der ersten Vorlage schon begründet. Sie sagen: Es werden der Stadtverordneten-Versammlung alljährlich die Lohnsätze der Arbeiter vorgelegt. Aber regelmäßig haben Sie unsere Verbesserungsanträge niedergestimmt. Wir erwarten auch anderes nicht, sonst müßten Sie sich wesentlich bessern. (Heiterkeit.) Ich weiß, daß manche Kategorien bei der Aufbesserung nicht so weggekommen sind, wie sie müßten, aber das ist eine Tatsache in Braunschweig: Was der „Ober“ nicht will, das wird nicht gemacht. (Heiterkeit.) Ich spreche das nicht zum ersten Male aus, sondern habe das oft gehört. — Es ist doch ein eigentümliches Ding: Bei den Gehaltsbemessungen nach oben, bei Ministern, Oberbürgermeistern niemals, nur wenn die breite Masse der gewerbetätigen Bevölkerung in Frage kommt, da regelt sich die Be-

messung der Bezahlung nach Angebot und Nachfrage. Ich stehe auf dem Standpunkte, alle Klassen gleichwertig zu achten und gleichwertig die Interessen aller zu vertreten. Staat und Stadt sollen Musterbetriebe sein und gegenüber den Bürgern eine Nasenlänge voraus sein. Aber aus Angst, daß Sie Ihre Lohnzahlungen auch erhöhen müssen, stimmen Sie unsere Anträge nieder. Ich würde mich freuen, wenn Sie das in Zukunft nicht tun.

In der hierauf vorgenommenen Abstimmung werden die beiden Anträgen a (mit den von der Versammlung beschlossenen Abänderungen) und b des Magistrats angenommen.

8. Herrichtung des Franzischen Feldes als Spielplatz.

Mit Zustimmung der Stadtverordneten ist mit Herzoglicher Kammer, Direktion der Domänen, wegen stadtseitiger Ermietung des hinter dem Stadtparke belegenen ehemaligen Franzischen Feldes (20 ha 54 a 75 qm) ein bis zum 1. Oktober 1930 gültiger Vertrag geschlossen. Der Mietpreis beträgt bis zum 1. Oktober 1917 jährlich 20 M und von da an jährlich 30 M für je 25 a, mithin überhaupt 1643,80 und bezw. 2465,70 M . Bei Genehmigung des Vertrages (17. Februar 1910) sind ferner 4000 M zu Lasten des Dispositionsfonds der städtischen Behörden verwilligt, die größtenteils für Instandsetzung einer damals schon pachtfreien Teilfläche des fraglichen Ackers aufgewandt sind.

Inzwischen sind von der städtischen Bauverwaltung verschiedene Projekte zur Instandsetzung der fraglichen Fläche als Spielplatz ausgearbeitet, und es ist mit den Vertretungen verschiedener hier bestehender Spiel- und Sportvereine sowie mit sonst beteiligten Personen über die Auswahl eines jener Projekte verhandelt.

Die Wahl fiel auf Projekt V.

Dasselbe sieht vor:

- a) in der Mitte des Feldes eine von einer 22 m breiten, an beiden Seiten mit Laubbäumen bepflanzten Wegeanlage umzogene ovale Fläche, in der 6 rechteckige Spielplätze (je 70×110 m) und ein größerer ovaler Festspielplatz (90×160 m) vorgesehen ist; auf diesem letzteren könnten die Wettkämpfe beim Sedanfeste und ähnliche Veranstaltungen stattfinden, und es ist daher an der Westseite dieses Platzes (also an der Ostseite des Stadtparkes) eine nach Osten offene Tribüne vorgesehen,
- b) in der Umgebung der Garnisonkirche Tennis- und Hockey-Plätze,
- c) an der Südostecke des Feldes eine Rodelbahn (270×28 m), ansteigend um etwa 20 m,

- d) an der Nordostecke ein weiterer Spielplatz (70×110 m) und
 e) an der Nordwestecke eine Turn- und Spielplatzanlage für den hiesigen Männer-Turnverein.

Es ist ferner in Aussicht genommen, der Gesamtanlage, an deren Süd- und Nordseite gleichfalls Baumpflanzungen vorgesehen sind, eine Teilfläche des Rußberges zwecks Erzielung eines hinreichenden Gefälles der Rodelbahn zuzulegen und zu dem Zwecke den jetzt den Berg vom Franzischen Felde trennenden Weg um etwa 50 m nach Osten zu verschieben. —

Die Kosten dieser Gesamtanlage sind von der städtischen Bauverwaltung zu 413 500 *M* ermittelt, und wenn gleichzeitig der Weg an der Ostseite des Stadtparkes nach Art der Ortsstraßen und in einer Breite von 20 m ausgebaut werden sollte, so würden dadurch weitere 79 200 *M* Kosten erwachsen. Die erstgedachte Summe setzt sich aus folgenden Einzelbeträgen zusammen:

Wege und Alleen auf dem eigentlichen Spielplatz	177 000 <i>M</i> ,
Herrichtung der Spiel- und Sportplätze	51 500 "
Tribünen und sonstige Baulichkeiten	177 000 "
Elektrische Beleuchtungsanlage vor der Tribüne und auf dem Festspielplatz	8 000 "
		<hr/>
		zusammen 413 500 <i>M</i> .

Der Stadtmagistrat trägt Bedenken, den Stadtverordneten die Bewilligung einer auch nur annähernd so hohen Summe zu empfehlen, zumal zurzeit noch völlig ungewiß ist, ob das fragliche Grundstück über das Jahr 1930 hinaus der Stadt überlassen werden wird; er hat daher die städtische Bauverwaltung veranlaßt, zunächst nur diejenigen Kosten zu ermitteln, deren alsbaldige Aufwendung erforderlich ist, wenn auf dem fraglichen Ackerlande Spiele abgehalten werden sollen. Wenn einstweilen nur dieser Zweck erreicht werden soll, so wird das auch ohne Wege auf dem Platz und ohne Baumpflanzungen möglich sein.

Der danach dem Magistrate eingereichte zweite Anschlag vom 2. d. Mts. schließt ab mit 162 000 *M*, wovon 95 000 *M* auf Bauwerke entfallen und zwar 70 000 *M* für eine große und 3000 *M* für 2 kleine Tribünen, 10 000 *M* für zwei Bedürfnisanstalten und 12 000 *M* für ein Wächterwohnhaus.

Wenngleich sich nun die Ausführung verschiedener Bauwerke nicht wird vermeiden lassen, so liegt doch nach Ansicht des Magistrats kein hinreichender Grund vor, schon jetzt deren Ausführung zu beschließen; dringlich ist viel mehr einstweilen nur die baldige Schaffung einer haltbaren Rasenoberfläche, eines angemessenen Zugangsweges an der Ostseite des Stadtparkes und die Entwässerung des

tiefer liegenden Theiles des Feldes mittels einer Drainage nebst Abflußkanal. Daneben erscheint es dem Magistrat unbedenklich, einige, verhältnismäßig billige Anlagen (Rodelbahn 4000 *M*, Wasserrohr 1240 *M*, Befestigung und Einfriedigung des Festspielplatzes 4860 + 2052 Mark, sowie Herrichtung von Plätzen für Wurf- und Sprungübungen 2438 *M*) schon jetzt herzurichten.

Von den nach Absatz der oben erwähnten 95 000 *M* (für Bauwerke) übrig bleibenden 67 000 *M* entfallen auf diese letzteren Anlagen 59 140 *M*, während die Restkosten zu 7 800 *M* für Anlegung eines die Fortsetzung der Kaiser-Wilhelmstraße bildenden Zugangsweges im Stadtparke (1860 *M* und für Befestigung eines Tribünenvorplatzes (6000 *M*) ausgeworfen sind. Auch diese beiden Anlagen brauchen nach Meinung des Magistrats jetzt noch nicht hergerichtet zu werden.

Die Summe von 59 140 *M* schon jetzt aufzubenden, hält der Stadtmagistrat für unbedenklich und erklärt dabei, daß er schon jetzt zu weiteren Aufwendungen bereit sei. Die hohe Bedeutung einer großen Spielplatzanlage, auf der die verschiedenartigsten Veranstaltungen Platz finden, lasse sich nicht verkennen; und bei manchen solcher Veranstaltungen werde auch eine geräumige und standfeste Tribüne unentbehrlich sein. Auf ihre alsbaldige Errichtung werde daher um so eher Bedacht genommen werden können, als die Einnahme aus den Eintrittsgeldern eine, wenn auch nur mäßige Verzinsung der Bau Summe ermöglichen wird. Eine Entwurfskizze für ein derartiges Bauwerk aus Holz mit 800 überdeckten Sitzplätzen, 1000 Stehplätzen, Garderobe- und Ankleideräumen uzw. ist der Vorlage beigelegt.

Schon im Berichte der städtischen Bauverwaltung vom 2. d. Mts. sind aber Bedenken dagegen geäußert, für einen der Witterung stark ausgesetzten Holzbau einen Betrag von 70 000 *M* aufzubenden, während andererseits die Errichtung eines noch kostspieligeren Massivbaues auf einem fremden Grundstücke auch nicht bedenkenfrei sein dürfte. Der Stadtmagistrat hat den Wunsch, daß über diese Frage und ebenso über die Art der Ausgestaltung des Innern des Platzes, dessen völlige Freilassung von Baumpflanzungen ohne Zweifel manches für sich hat, und endlich auch über die Kostendeckungsfrage bei Beratung dieser Vorlage zunächst nur ein Meinungsaustausch erfolgt, und verzichtet daher einstweilen auf Stellung bestimmter Anträge in dieser Beziehung.

Unabhängig von der Ausgestaltung des Platzes und unabhängig davon, ob Bauwerke errichtet werden sollen, ist die Einebnung und Befestigung des Platzes, und es empfiehlt sich, diese Arbeiten sobald als thunlich vorzunehmen.

Was die Überlassung einer — von der oben erwähnten Instandsetzung auszuschließenden — etwa 8 Morgen großen Teilfläche an den Männer-Turnverein

betrifft, so stehen der Genehmigung des diesbezüglichen Ersuchens nach Ansicht des Magistrats Bedenken nicht entgegen. Die näheren Bedingungen sind aber noch nicht festgestellt, es sollen vielmehr die weiteren Anträge des Vereins abgewartet werden.

Die jetzt aufzuwendenden Kosten zu 59 140 *M* mittels der ordentlichen Einnahmen zu bestreiten, hält der Magistrat nicht für angängig, noch weniger aber, sie dem Extraordinarium zur Last zu legen, d. h. mittels Anleihe zu beschaffen. Er empfiehlt vielmehr die Entnahme der fraglichen Summe aus dem Ausgleichsfonds und richtet das Ersuchen an die Herren Stadtverordneten

für die Ausführung der oben erwähnten Arbeiten und Anlagen die Summe von 59 140 *M* zu Lasten des Ausgleichsfonds bewilligen zu wollen.

(Die Planzeichnungen für die fünf Projekte sind im Saale ausgehängt.)

Herr Fr ü h l i n g: In dieser Sache haben die geehrten Herren eine eingehende Vorlage in Händen, auf die ich mich beziehen kann. — Es handelt sich um eine groß angefaßte Aufgabe, um der körperlichen Entwicklung der Jugend aufzuhelfen und ihrer Beeinträchtigung durch städtische Verhältnisse entgegenzuwirken. Eine 80 Morgen große Fläche soll für diesen Zweck aufgeschlossen und hergerichtet werden. Die Baukommission und ich glaube auch die übrigen Herren Stadtverordneten begrüßen diese Vorlage mit großer Freude. Wir haben in der Baukommission den Gesamtausführungen, die in der Vorlage enthalten sind, durchaus zugestimmt und haben, was das Allgemeine betrifft, dem nichts hinzuzufügen. Was das Besondere betrifft, so zerfällt die Vorlage in zwei Teile. Erstens sollen Sie die Mittel bewilligen zur baldigen Schaffung einer Rasenoberfläche, eines Zugangsweges an der Ostseite des Stadtparkes, die Mittel für Entwässerung des tiefer liegenden Feldes, für eine Rodelbahn, Wasserrohr, Befestigung und Einfriedigung des Festspielplatzes, sowie für Herrichtung von Plätzen für Wurf- und Sprungübungen. Hierfür sollen 59 140 *M* aufgewendet werden. Die Summe erscheint vielleicht sehr groß; ich bitte aber, zu bedenken, daß die Summen nur geschätzt sind, und daß es sich um eine gewaltige Fläche handelt. Die Baukommission empfiehlt Ihnen die Bewilligung dieser Summe.

Sodann wird in der Vorlage gefordert, daß die Herren ihre Meinung äußern bezüglich der Ausgestaltung des inneren Platzes und der Tribünen. Es sind hier die 5 entworfenen Pläne ausgestellt. Der Magistrat hat sich für Plan Nr. 5 entschieden. Auch die Baukommission ist im allgemeinen diesem Entschluß beigetreten. Sie hält es aber für verkehrt, den Platz durch eine große Querstraße zu teilen oder gar durch z w e i Querstraßen. Sie ist auch der Mei-

nung, daß im einzelnen nicht in der Weise verfahren werden soll, wie auf dem Plan V, wo 8 große Flächen ausgeworfen sind, jede 100×70 m, die für verschiedene Sportvereine oder Schulen bestimmt werden sollen, und wo nur ein kleiner Raum zur freien Benutzung bleibt. Die Baukommission wünscht, daß ein freies Feld zur freien Entwicklung der Jugend geschaffen werden möge, daß Freiheit in der Benutzung gewährt werden soll, daß die Jungen dort laufen und sich tummeln können, ohne in fremde Gerechtsame einzugreifen und ohne Gefahr, fortgewiesen und bestraft zu werden.

Die Anträge der Baukommission bezüglich der Ausgestaltung des Platzes und der Errichtung von Tribünen sind in folgenden acht Punkten zusammengefaßt:

Die Baukommission empfiehlt:

- a) Die Hauptmasse des Platzes nicht aufzuteilen in einzelne, fest begrenzte und an Vereine oder Schulen zu überweisende Spielplätze, sondern die Hauptmasse des Platzes ungeteilt freizugeben der ungehinderten Benutzung und den Spielen der Jugend mit der alleinigen Beschränkung, daß Schulen und Vereinen an besonderen Stellen ein Vorzugsrecht für die Benutzung eingeräumt werden kann für besonders festzusetzende Zeiten und während der Abhaltung ihrer Spiele.
- b) Die Ausführung von ausgedehnten Baumpflanzungen auf die Grenzen des Feldes zu beschränken, das Mittelfeld aber davon freizulassen.
- c) Die Anlage von Tennis-, Hockey-Plätzen und einer Rodelbahn wie im Projekt 5 vorgesehen zur Ausführung zu bringen.
- d) Eine Teilfläche bis zu 8 Morgen Größe wie im Projekt 5 vorgesehen, dem Männer-Turnverein zu noch festzusetzenden Bedingungen zu überlassen.
- e) Die Durchführung der Kaiser-Wilhelmstraße bis zu dem Spielplatz wie im Projekt 5 vorgesehen in Aussicht zu nehmen.
- f) In der Achse dieses neuen Zugangsweges einen Platz zur Abhaltung der Sedan-Festspiele und ähnliche Veranstaltungen, etwa wie im Projekt 5 vorgesehen, zur Ausführung zu bringen, dabei aber Vorkehrung zu treffen, daß bei derartigen Veranstaltungen in unmittelbarer Nähe des Festplatzes Buden beliebiger Art, wie bisher, zur Aufstellung gelangen können.
- g) Im Anschluß an diesen Festplatz Tribünen zu errichten, die abweichend vom Projekt 5 von der neuen Zugangsstraße aus den unmittelbaren Eingang zum Festplatz und den Blick auf das Spielfeld frei lassen in der Weise, daß diese Tribünen den Haupteingang wirksam bezeichnen und ein-

fassen, nicht aber ihn versperren. Vor den Tribünen müßten hinreichend Plätze zur Aufstellung von Wagen usw. und zur Heranführung der Straßenbahn vorgesehen werden. Die Tribünen selbst würden zweckmäßig im Unterbau massiv, im Oberbau aus Holz aufzuführen und in geeigneter Weise mit Bedürfnisanstalten, Wärterräumen usw. in Verbindung zu bringen sein.

- h) Für die Erlangung von Projekten zur Ausführung der Tribünen usw. eine Konkurrenz zu veranstalten.

Dies Resultat der Beratung der Baukommission soll der Versammlung nur zur Grundlage ihres Meinungsaustausches dienen, doch war die Kommission einstimmig darin, daß diese Punkte der Versammlung zur Annahme empfohlen werden sollten.

Herr Kasper: Bei der vorgerückten Zeit möchte ich vorschlagen, daß wir die Vorschläge der Kommission insoweit zur Erledigung bringen, daß die als eilig zu bezeichnenden Arbeiten in Angriff genommen werden können, das Gutachten aber, das doch eine weitere Erörterung erfordern möchte, zurückstellen.

Vorsitzender: Ich bin ganz Ihrer Ansicht.

Herr Oberbürgermeister Retschmeier: Auch der Magistrat ist damit durchaus einverstanden.

Herr Ribbentrop: Es wird uns hier eine Einrichtung von ungemein wichtiger Bedeutung vorgelegt, die in der Gesamtheit der Stadtverordneten-Versammlung kaum zu beraten ist. Ich möchte vorschlagen, daß dazu eine Deputation eingesetzt werden möchte, zu der aus der Stadt Sachverständige und Beteiligte gezogen werden.

Herr Lange: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob bei den Beratungen in der Kommission ein Sportsachverständiger zugegen gewesen ist. Nach dem, was ich eben gehört habe, stehen wir vor einer beschlossenen Tatsache und wollen einen Platz schaffen, der ein Festplatz mit Tribünen werden soll für Schaustellungen. Soweit ich mich vorher orientieren konnte, hatte man eigentlich der Schaffung dieses Platzes den Gedanken zugrunde gelegt, einen Sport- und Spielplatz einzurichten ohne Platzgebühr und ohne Entgelt für Zuschauer, also nach Art der englischen Spielplätze. Ich möchte auch den Antrag stellen, die Angelegenheit zurückzustellen und später weiterzuberaten.

Herr L e u e: Ich bin gegen den Vorschlag des Herrn Ribbentrop, die Angelegenheit nochmals einer Deputation zu überweisen. Es wird genügen, die Sache im Plenum zu beraten, nachdem die Baukommission sie vorberaten hat. Eine Deputation würde jedenfalls doch bloß wieder zu derselben Ansicht kommen wie die Baukommission.

Herr F r ü h l i n g: Was ich vorhin in meinem Referat ausdrücklich betont hatte, scheint doch nicht hinreichend gehört zu sein. Ich wiederhole: Es handelt sich heute nicht darum, ein fertiges Projekt aufzustellen, sondern nur darum, unsere Meinung zu äußern, damit auf Grund dieser Meinungsäußerung später die Sache bearbeitet werden kann. Wenn das geschehen ist, werden wir eine bestimmte Vorlage haben und weiter darüber beraten. Es ist aber wünschenswert, daß wir unsere Ansicht grundsätzlich äußern, damit der Magistrat eine Richtlinie hat, nach der er die uns demnächst zu machende Vorlage bearbeiten kann. Deshalb würde es sich empfehlen, die dringenden Arbeiten zu bewilligen und die weitere Beratung zurückzusetzen, damit sich die einzelnen Herren auf Grund der Kommissionsvorschläge die Sache überlegen können.

Herr M e h r h o f f: Auch ich begrüße den Antrag Jasper mit Freuden. Es würde heute noch eine lange Zeit erfordern, um alle die Nebensachen zu beraten. Es ist aber dringend nötig, daß ein solcher Rasen erst einmal ein ganzes Jahr gesäht wird. Wenn wir jetzt noch nicht dazu kommen, den Platz zu pflügen und auszugleichen, die Rohre und Kanäle zu legen, dann sind wir nächstes Jahr noch nicht so weit, auf dem Platz spielen lassen zu können. Die Hauptsache ist jetzt, daß wir die 59 000 M bewilligen, damit der Platz instand gesetzt wird.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e r (zur Geschäftsordnung): Ich bitte die geehrten Herren, die Vorlage so anzunehmen, daß Sie erst einmal die Kosten für die jetzt notwendigen Arbeiten bewilligen. Es kommt in Frage:

1. Schaffung einer haltbaren Rasenoberfläche,
2. Schaffung eines angemessenen Zugangsweges an der Ostseite des Stadtparks. — Der Weg ist an sich schon recht schlecht und hätte wohl schon früher instand gesetzt werden müssen.
3. Entwässerung des tiefer liegenden Teiles des Feldes. — Das wird vorher ausgeführt werden müssen, ehe man den Rasen sät, sonst würde der Graswuchs wieder zerstört.

Zur Anlage der Modelbahn muß vorher Terrain erworben werden. Da die Schaffung der Modelbahn doch nicht gleich in Angriff genommen werden könnte, so würde dieser Punkt zurückgestellt werden können.

Die Legung des Wasserrohrs möchte ich zu beschließen anheimgeben; es ist das auch eine unbedeutende Ausgabe.

Ob Tribüne und Festspielfplatz eingerichtet werden sollen, ebenso Plätze für Wurf- und Sprungübungen, das könnte zurückbleiben.

Vor s i e n d e r: Zur Abstimmung würde folgendes kommen: Wir bewilligen nicht die ganzen 59 140 *M.*, sondern nur die Summen, die notwendig sind, um die haltbare Rasenoberfläche herzustellen, einen angemessenen Zugangsweg zu schaffen, die Entwässerung des tiefer liegenden Teiles vorzunehmen und das Wasserrohr zu legen. Bis zur nächsten Sitzung würde Ihnen allen das mir eben zugegangene Gutachten der Baukommission in Händen sein und Sie würden dann an Hand dieses Gutachtens die einzelnen Punkte in der Plenarsitzung durchberaten. — Ich glaube auch, daß die Baukommission Manns genug gewesen ist, die Vorlage durchzuberaten, so daß wir eine besondere Deputation nicht dafür nötig haben.

Die Versammlung stimmt den vom Herrn Vorsitzenden zusammengefaßten Punkten zu.

Herr Fr ü h l i n g: Es sind noch zwei Anträge eingegangen von zwei Handelsgärtnern, die Pächter von Teilen des in Frage stehenden Feldes sind. Die Herren beantragen, daß ihre Anlagen bei Ausführung der Instandsetzung des Feldes möglichst geachtet werden und die Baukommission empfiehlt, diese Gesuche dem Magistrat zu wohlwollender Berücksichtigung zu überweisen.

Die Versammlung stimmt dem zu.

9. Instandsetzung des straßenwärts belegenen kleinen Wohnhauses auf dem Schulgrundstücke an der Leopoldstraße.

Herr Fr ü h l i n g: In der Sitzung vom 9. März waren die Herren darüber einig geworden, daß das bestehende Haus als Wohnung für den Wärter der Turnhalle ausgebaut werden sollte, es wurde aber bemängelt, daß ein massives Treppenhaus eingebaut werden sollte. Es liegt nun ein neues Projekt vor; das massive Treppenhaus ist fortgelassen, im allgemeinen das Projekt des Ausbaus geblieben wie vorher, doch haben sich die Kosten auf 5200 *M.* ermäßigt, die zu bewilligen vorgeschlagen wird. Auf den Bau möchte ich nicht weiter eingehen in Rücksicht darauf, daß er in einer früheren Sitzung schon eingehend besprochen ist. Damals wurde in der Hauptsache nur das massive Treppenhaus bekämpft. Ich bitte namens der Baukommission, den Umbau zu genehmigen.

Herr Sander: Wie mir erinnerlich, sollte damals das massive Treppenhaus gebaut werden, da es die Vorschriften der Landes-Bauordnung verlangten. Diese sollte bekämpft werden, um Bahn zu brechen für andere derartige Umbauten, die nicht im Verhältnis ständen zu dem Werte des Gebäudes.

Herr Fröhling: Es ist das ganz richtig. Die Bauordnung bestimmt, daß das Treppenhaus massiv hergestellt werden muß bei Neubauten und Umbauten, durch die die Zweckbestimmung des Gebäudes wesentlich verändert wird. Da das hier nicht der Fall ist, so ist nach den Bestimmungen der Bauordnung ein massives Treppenhaus nicht nötig; es bedarf hier also nicht einer Umänderung der Bauordnung, sondern bei richtiger Auslegung derselben kann von dem massiven Treppenhaus abgesehen werden.

Herr Riecke: Ich kann beim besten Willen, auch wenn die Kosten auf 5200 Mark herabgesetzt sind, nicht dafür stimmen, diese Mauersfalle auszubauen. Das Haus kommt mir fast vor wie eine Studentenmauersfalle. Ich glaube, wenn wir später zu Fremden sagen: „Wir haben da noch eine Turnhalle,“ und zeigen dieses kleine Häuschen davor, daß wir damit keine Ehre einlegen. Trotzdem der Herr Oberbürgermeister sagte, er wolle einmal mit mir nach dem fertigen Häuschen hingehen, dann würde ich es schon hübsch finden, kann ich bis heute nicht daran glauben.

Herr Oberbürgermeister Röttemeyer: Es liegen schon mehrere Gesuche vor von Leuten, die liebend gern in diese Wohnung einziehen wollen. Geben Sie nur Ihrem Herzen einen Stoß und bewilligen Sie die Summe.

Herr Fröhling: Ich muß noch einmal zurückgreifen. Das ganze Haus ist 4,30 m breit. Wenn wir es herunterreißen, so kann auch Herr Riecke kein monumentales Gebäude dort auführen. Sie müssen auch bedenken, wenn Sie dies Haus herunterreißen und ein neues hinstellen, daß Sie es dann nach den Vorschriften der Bauordnung herstellen müssen. Dann kostet Ihnen, die Wohnung für den Wärter aufzubauen, wenigstens 12 000 M und sie wird nicht wesentlich besser als die jetzige, denn Sie können die Räume nicht vergrößern, lediglich für größere Stagenhöhe wäre die Mehrausgabe aufgewandt. Und Sie wollen doch selbst beantragen, daß dafür gesorgt werde, daß die Stagenhöhe geringer bemessen werden kann.

Herr Sander: Ich bin für die Vorlage in der jetzigen Gestalt, nur muß ich mich wundern, daß bei Weglassung des massiven Treppenhauses nicht mehr

als 800 *M* erspart werden. Ich hatte erwartet, daß die Kosten vielleicht auf die Hälfte verringert wurden.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Die Gesamtheit der Kosten wird nicht wesentlich geändert. Es bleibt die Instandsetzung des Kleubern, des Daches, der Bau einer neuen Treppe, nur die massiven Wände des Treppenhauses fallen weg. Nun weiß Herr Sander, daß es so furchtbar teuer nicht ist, im Innern eines Hauses massive Wände aufzuführen; für 800 *M* können eine Menge Steine aufeinandergeschichtet werden. Wenn es möglich ist, soll an dem Bau noch gespart werden, so daß er so teuer, wie angegeben, nicht wird.

Herr T o l l e: Ich habe gestern in der Sitzung der Baukommission ebenfalls gegen die Ausgabe gesprochen. Ich war sehr verwundert, daß wir noch 5000 *M* für diese Bude ausgeben sollen. Heute morgen habe ich noch einmal versucht, die Leitern hinaufzuklettern, um mir die Räume anzusehen. In diesem Hause ist so gut wie gar nichts brauchbar, wenn Sie ein paar schiefe Ständer und die Dachsteine abrechnen. Wenn wir 5000 *M* aufwenden, so werfen wir das Geld fort; 10 Jahre wird das Haus sicher nicht mehr stehen, ich glaube, es fällt in sich zusammen. Das Haus ist eine fürchterliche Bude; wenn Sie sich hinbemühen wollen und das Haus ansehen, so werden Sie sich meiner Ansicht anschließen. 5000 *M* dafür auszugeben, ist viel zu viel; ich glaube, mit 5000 *M* ist das Haus neu zu bauen.

Herr R a s c h e: Ich habe gestern in der Kommission dem Antrage zugestimmt aus folgenden Gründen: Das Haus ist ein Fachwerkhaus und nur sehr schmal. 4,20 m ist eine geringe Durchbaubreite. Bei einem massiven Bau hätten wir auf beiden Seiten Mauern aufzuführen. Dann würde aber nur eine Durchfahrt gebaut werden können und kein Treppenhaus; das Grundstück würde also nicht mehr zu Wohnzwecken benutzt werden können. Es bleibt also nur übrig, das Haus abzureißen und nichts hinzubauen, oder das alte Haus zu erhalten und auszubauen, wobei eine Wohnung hineinzulegen möglich ist. Das Haus kann übrigens sehr gut aussehen, wenn es wiederhergestellt ist.

Herr A d e n h a u s e n: Wenn Sie dieses Haus sehen und hineingehen, dann werden Sie wahrhaftig keine 5200 *M* für den Ausbau bewilligen. Ich habe schon früher vorgeschlagen, es möchte das Nebenhaus von Klein Schmidt mit Garten hinzugekauft werden. Hinter dem Hause ist noch viel Platz, und was jetzt von dem Grundstück bebaut ist, ist nur ein schmaler Gang. Das wäre nach meinem Dafürhalten das allerrichtigste, denn späterhin müßte das doch einmal geschehen.

Herr Fr ü h l i n g: Die Debatte spinnt sich heute wieder weit aus, es kommt alles noch einmal vor, was bei der früheren Sitzung vorgebracht ist. Dem Urteile des Herrn Tolle kann ich nicht zustimmen, er ist wohl beängstigt worden durch die aufgestellten Leitern. Ich glaube, das Urteil des Herrn Rasche ist da richtiger. Wenn wir nach dem Vorschlage des Herrn Ackenhausen das Nachbargrundstück hinzunehmen, so können wir auch nur ein Haus hinbauen und das würde allerwenigstens 25 000 *M* mehr kosten als was jetzt vorgeschlagen ist. Hier bekommen Sie eine Wohnung mit durchaus guten Räumen, 3 Stuben, 1 Küche und 1 Kammer, jede Stube 4×4 m groß. Solche Wohnungen sind sehr begehrt. Ich glaube, wir können die Sache nun abschließen und das Projekt genehmigen. Billiger und besser kommen Sie auf keine andere Weise weg.

Herr T o l l e: Nach den Ausführungen des Herrn Baurat Fr ü h l i n g ziehe ich meinen Antrag zurück.

Die Instandsetzung des Wohnhauses nach dem Magistratsvorschlage wird genehmigt und die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

(Dauer der Sitzung von $4\frac{1}{2}$ bis $8\frac{1}{4}$ Uhr.)

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 24. Mai 1911.

Tagesordnung:

1. Antrag des Stadtverordneten Ribbentrop auf Gewährung besonderer Vergünstigungen für Veteranen von 1870/71	Seite 83
2. Verwilligung einer Platzmiete für die „Internationale Ausstellung für Reise- und Fremdenverkehr“ in Berlin	„ 87
3. Erlass einer neuen Dienstankündigung für die Wächtermannschaft.	„ 88
4. Ausbau der projektierten Straße Nr. 107	„ 92
5. Bepflanzung der Niedestraße mit Bäumen	„ 92
6. Ausbau der östlichen Teilbreite der Nordstraße zwischen Spargelstraße und Bülltenweg	„ 92
7. Anlage einer Preßgasbeleuchtung für die Dankwardstraße	„ 93
8. Auswechselung des Gashauptrohrs in der Gellerstraße.	„ 93
9. Verbesserung der Straßenbeleuchtung auf einem Teile des Madamenweges	„ 94
10. Bauliche Änderungen in dem Beamtenwohnhaufe an der Neustadtmühle.	„ 94
11. Ausbau des Dachgeschosses des nördlichen Flügels der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule.	„ 95
12. Verkauf einer Straßenfläche an der Wendensstraße.	„ 97
13. Bericht über die bestehenden Wohnungspflegen in anderen Städten und Erledigung des diesbezüglichen Antrags Frede	„ 99
14. Wahl zweier Vertreter zu dem am 9. und 10. Juni d. J. in Wolfenbüttel stattfindenden Braunschm. Städtetage	„ 105
15. Abschluß eines Haftpflichtversicherungsvertrages.	„ 106
16. Übernahme der Leitung des Ausbildungskurses für Feuerwehrführer seitens des Kreisbranddirektors	„ 107
17. Nachverwilligung von Kosten für die ausgeführten Bauten auf dem Feuerlöschgrundstücke	„ 108

18. Verkauf von Terrain an der projektierten Straße Nr. 38	Seite 109
19. Entsendung städtischer Beamten nach der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden	" 109
20. Vermietung zweier Wohnungen in städtischen Grundstücken	" 110
21. Um- und Erweiterungsbau am Bürgerparkrestaurant	" 111
22. Anfrage Stegmann wegen Mitteilung an die Reichsregierung über angebliche Mißwirtschaft in hiesigen Krankenkassen	" 112
23. Antrag Bähr: Erhöhung des Gehalts der Schuldieners	" 120
24. Antrag Eckhardt: Anlage von Reitwegen bei Herrichtung des Franzischen Feldes	" 128
25. Anfrage Kämmerer, betreffend die Anlage der Eisenbahn Braunschweig-Celle	" 128
26. Antrag Jäpper, betreffend Einberufung der Stadtverordnetenversammlung	" 131

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Kettemeyer, Bürgermeister Meyer, Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Akenhausen, Frühling, Göde, Hauswaldt, Löhnepfink, Probst, Ribbentrop.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolters, eröffnet die Sitzung und macht Mitteilung über folgende Eingänge:

Ein Gesuch von den städtischen Tierärzten. — Da ein gleiches Schreiben an den Stadtmagistrat gelangt ist, wird die Erledigung zurückgestellt bis zu einer Äußerung des Magistrats.

Eine Eingabe der Anwohner der Cellerstraße. — Eine gleiche Eingabe ist an den Magistrat gesandt, die Behandlung wird gleichfalls zurückgestellt.

Eine an die Herren Stadtverordneten gerichtete Einladung des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands zu den Sitzungen am 26. und 27. Mai. Ferner ist von dem Verbande die Bitte ausgesprochen, einen der Herren Stadtverordneten besonders zu deputieren. Da das den Gepflogenheiten der Stadtverordnetenversammlung nicht entspricht, wird jedoch hiervon abgesehen.

Eine Anfrage des Herrn Stadtverordneten Stegmann an den Magistrat: „Kann der Magistrat Auskunft geben, welche braunschweigische Behörde der Reichsregierung über angebliche Mißwirtschaft in hiesigen Krankenkassen Mitteilung gemacht hat, sowie darüber, wie die gemachten Angaben lauteten?“

Ein Antrag des Herrn Stadtverordneten Bähr: „Die Gehaltszüge der Schuldieners an den städtischen Schulen sind im Anfangs- und Endgehalt um je 100 M zu erhöhen, so daß unter unveränderter Beibehaltung der bisherigen Alterszulagen (4×100 M) künftig ein Anfangsgehalt von 1300 M und ein Endgehalt von 1700 M gewährt wird.“

Ein Antrag des Herrn Stadtverordneten Eckhardt: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei Herrichtung des Französischen Feldes zum Sport- und Spielplatz dahin zu wirken, daß auch ein Reitweg vorgesehen wird.“

Eine Anfrage des Herrn Stadtverordneten Ahmann: „Ist dem Stadtmagistrat bekannt, ob die projektierte Eisenbahnlinie Braunschweig—Celle als Vollbahn ausgebaut wird, und falls letzteres nicht beabsichtigt ist, will der Magistrat dahin wirken, daß dieses geschieht?“

Die Begründung der Anträge und Anfragen erfolgt am Schlusse der Tagesordnung.

1. Antrag des Stadtverordneten Ribbentrop auf Gewährung besonderer Vergünstigungen für Veteranen von 1870/71.

Herr Leue (namens der Finanzkommission): Der Antrag des Herrn Stadtverordneten Ribbentrop lautet:

„Die Versammlung der Stadtverordneten wolle den Stadtmagistrat ersuchen, zuzustimmen, daß den Veteranen aus den Jahren 1870/71 Steuerfreiheit vertwilligt werde, soweit sie eine Einnahme unter 1500 *M* versteuern, und außerdem, daß denjenigen Veteranen, welche 600 *M* und darunter versteuern, alljährlich eine Ehrengabe gewährt werde.“

Was zunächst den Wortlaut des Antrags anbetrifft, so ist da dem Herrn Antragsteller ein kleiner Irrtum unterlaufen insofern, als bekanntlich Einkommen unter 600 *M* in der Stadt nicht versteuert werden. — Der Antrag ist in zwei Teile zu zergliedern; zunächst will er, daß denjenigen Veteranen, die steuerfrei sind, eine Ehrengabe gewährt wird, zweitens, daß denjenigen, welche zwar Steuern zahlen sollen, jedoch nur bis zu einem Einkommen von 1500 *M*, diese Steuern erlassen werden. Die Finanzkommission hat sich in zwei Sitzungen mit diesem Antrage beschäftigt und ist zunächst schon in der ersten Sitzung sich darüber klar geworden, daß dem Teile des Antrages, der dahin geht, es möge den Veteranen Steuererlaß gewährt werden, nicht zuzustimmen ist, denn durch den Erlaß der Steuern würden die Veteranen des Wahlrechts verlustig gehen. Wir würden auf der einen Seite ihnen materielle Vorteile geben, auf der andern Seite sie ideell schädigen, und das dürfte nicht im Interesse der Betroffenen liegen. Mit dem Gedanken aber, den Veteranen eine Ehrengabe zu gewähren, war man allseitig einverstanden. Durch die Beratung hat sich nun folgendes herausgestellt: In betreff des ersten Teiles des Antrages, nämlich denjenigen Veteranen, die steuerfrei sind, eine Ehrengabe zu gewähren, ist zu

erwähnen, daß eine Anzahl solcher Veteranen jedesmal am 18. Januar aus der Kasse für Wohlfahrts-Einrichtungen schon eine Ehrengabe erhält. Es sind das 6 *M* für die Person und kommen 129 Personen in Frage. Für diese Ehrengabe ist aber die Bedingung gestellt, 1. daß die Empfänger ihren Unterstützungs-wohnsitz hier haben, 2. daß sie entweder hier geboren sind oder den Feldzug in einem braunschweigischen Truppenteil mitgemacht haben, 3. daß sie einer solchen Unterstützung würdig sind. Die Finanzkommission ist der Ansicht, daß man diese Bedingungen für die Zukunft nicht so scharf fassen möge, sondern daß als Bedingung für die Gewährung einer solchen Ehrengabe nur gefordert wird, daß die Empfänger hier ihren Unterstützungswohnsitz haben und der Unterstützung würdig sind. Die Bedingung, daß sie in einem braunschweigischen Truppenteil während des Krieges gestanden haben oder hier geboren sind, sollte also wegfallen. Dadurch würde sich die Zahl der Empfänger von 129 auf etwa 270 erhöhen. Wenn die Finanzkommission nun vor schlägt, in Zukunft diesen Veteranen eine Ehrengabe von 20 *M* zu gewähren, so würde das finanziell — unter Berücksichtigung, daß 129 Veteranen nur ein Mehr von 14 *M* erhalten — darauf hinauslaufen, daß ein Mehraufwand von jährlich 4626 *M* zu leisten sein würde. Ich bemerke, daß die Anzahl der Veteranen im voraus nicht genau bestimmt werden kann, die angegebene Zahl von 270 ist nur auf Grund von Schätzungen festgestellt, die der Finanzkommission von Herrn Stadtrat von Frankenberg zugegangen sind.

Was nun den zweiten Teil des Antrages anbetrifft, so erwähnte ich schon, daß man von dem Gedanken, diesen Personen die Steuern zu erlassen, hat absehen müssen. Es ist daher in Aussicht genommen, dem Magistrat, bezw. Ihrer Beschlußfassung vorzuschlagen, daß diesen Personen, die ein Einkommen von über 600 bis zu 1500 *M* haben, gleichfalls eine Ehrengabe zuteil werde, und zwar im Betrage von 12 *M* jährlich, wobei man von dem Grundsatz ausgegangen ist, daß je unbemittelter der Veteran ist, um so höher auch die Ehrengabe sein müsse, daher könne den steuerfreien Veteranen eine höhere Ehrengabe zugesprochen werden. Es würde übrigens eine Vergünstigung an die Veteranen etwa in der Form, daß man sagte: wir wollen an Stelle des Steuererlasses den Veteranen die Steuer in Form einer Vergütung zurückgeben, das Unangenehme zur Folge haben, was sicher auch vom Herrn Antragsteller nicht gewollt ist, daß die Bessersituierten eine höhere Ehrengabe bekämen als die weniger gut Gestellten, daß also jemand mit einem Einkommen von 1000 *M* 8 *M* Ehrengabe bekommen würde und ein anderer mit 1500 *M* Einkommen mehr als 12 *M*, während es richtiger wäre, daß der Minderbemittelte eine höhere Gabe bekommt. Ich bemerke noch: wenn man die Steuer den Veteranen ganz zurückzahlen wollte, so würde eine Summe von etwa 7818 *M* herauskommen.

Man hat also den Grundsatz des Herrn Antragstellers, die Ehrengabe mit der Steuerzahlung zu verquicken, fallen gelassen und will beiden Teilen eine Ehrengabe von 20 bezw. 12 *M* zuteil werden lassen. Der finanzielle Effekt einer solchen Gewährung würde folgender sein: Für die erste Gruppe würde eine Mehrausgabe von 4626 *M* zu erwarten sein, für die andere Gruppe — es handelt sich schätzungsweise um 435 Personen — eine Ausgabe von 5220 *M*, zusammen 9846 *M* oder rund 10 000 *M*, wobei ich bemerke, daß hierzu noch die schon jetzt gewährte Ehrengabe, die 1000 *M* beträgt, hinzukommt.

Ausdrücklich gewünscht wurde, daß der Termin für die Ehrengabe auch der 18. Januar, wie bei der bisherigen Ehrengabe, sein sollte, da es aus technischen Gründen zweckmäßig ist, einen bestimmten Termin festzulegen. Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß dieser Ehrensold nur auf Antrag, nicht ohne weiteres, gezahlt werden solle. Maßgebend dafür soll die Steuereinschätzung sein. Die Ehrengabe soll nicht etwa bei der Armenunterstützung angerechnet werden, sondern neben dieser hergehen, ferner soll sie nicht als Einnahme angesehen werden in der Weise, daß sie bei der Einschätzung berücksichtigt wird, damit nicht der Fall eintreten kann, daß jemand durch sie in eine höhere Steuerstufe gelangt. Die Entscheidung darüber, ob der betreffende Antragsteller einer solchen Ehrengabe würdig ist, soll nach Ansicht der Kommission dem Magistrat überlassen bleiben. Irgendwelche politischen Gesichtspunkte sollen dabei nicht entscheidend sein, sondern nur ein Verhalten, das es geradezu unmöglich macht, daß man dem Betreffenden eine Unterstützung geben kann. Ich brauche das wohl nicht weiter auszuführen.

Die Finanzkommission beantragt also, die Versammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage nach den von mir dargelegten Gesichtspunkten auszuarbeiten, und gibt Ihnen durch mich Zustimmung zu diesem Antrage anheim.

Herr Friede: Ich bin hocherfreut, daß die Finanzkommission in so wahrhaft liberaler Weise den Antrag Ribbentrop formuliert hat, ich kann ihn auch zur Annahme empfehlen. Wir sind so ziemlich die letzte Stadt im deutschen Vaterlande, die darangeht, die Veteranen auf diese Weise zu ehren. Daß es nun so gründlich gemacht wird, daß der Betrag nicht zur Steuer angerechnet werden soll und all die Nebensachen, die noch als Vorzüge dem Vorschlage eigen sind, das erfreut mich um so mehr und ich glaube im Namen der Veteranen der Versammlung, wenn sie diesen Antrag der Finanzkommission annimmt, herzlich danken zu dürfen. Es ist ein eigen Ding, wenn solche Unterstützung nicht als Ehrengabe bezeichnet würde, denn es würde doch ein peinliches Gefühl für manchen der Veteranen sein, sie in anderer Weise annehmen zu sollen und keine

Verhältnisse zu verbessern. Eins hätte ich ja noch lieber gesehen, will aber keinen Antrag stellen: wenn der Betrag etwas höher als 20 und 12 *M* gewesen wäre. Auf die finanzielle Lage der Stadt muß allerdings Rücksicht genommen werden, ich hoffe aber, daß die 10 000 *M*, die wohl bewilligt werden, nicht für die Folge verkürzt werden, auch wenn, wie es nach menschlichem Ermessen der Fall sein wird, im folgenden Jahre weniger Veteranen vorhanden sein werden. Ich möchte gern, daß dann der Überschuß nach bestimmten Sätzen auf die Lebenden verteilt wird und im Gesamtbetrage nicht unter 10 000 *M* heruntergegangen wird.

Vorsitzender: Ich fasse die letzte Äußerung des Redners nur als Wunsch und nicht als Antrag auf.

Herr Sander: Ich begrüße den Antrag auch mit Freuden und stehe auf demselben Standpunkte wie der Herr Vorredner. Ich halte diesen Ehrensold im Betrage für zu gering und möchte mir den Antrag erlauben, der ersten Klasse, wenn wir einteilen nach dem Vorschlage des Herrn Referenten, 30 *M*, und der zweiten Klasse 20 *M* Unterstützung zu gewähren. Ich glaube, unsere Finanzen sind wohl in der Lage, für unsere alten Veteranen eine derartige Summe übrig zu haben. Es würde sich vielleicht um 4000 *M* mehr handeln (Zuruf: 7000 *M*), nun, das wäre auch so schlimm nicht! Bei solchem Ehrensold darf man nicht knipserig sein. Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen.

Vorsitzender: Ich habe soeben den Betrag ausgerechnet. Es würden zusammen 16 810 *M* zu zahlen sein, gegenüber einem Mehrbetrage von 9846 *M* bei dem Antrage der Finanzkommission.

Herr Riecke: Ich stehe auf dem Standpunkte: Wenn man einzieht, jemand hat materielle Hilfe nötig und man will helfen, dann muß auch die Hilfe eine kräftige sein. Wenn man glaubt, die Veteranen haben das als Ehrensold verdient, dann muß man noch anders eingreifen. Nun stehe ich aber nicht an, zu erklären, daß ich der Meinung bin, es sei Sache des Reiches, des Militäriskus, hier einzugreifen, denn die Dienste sind für die Allgemeinheit geleistet. Ich habe manches Beispiel gelesen, daß Leute, die ihre Gesundheit auf dem Altar des Vaterlandes geopfert haben, mit dem Bettelsack am Chausseegraben gejeffen haben und verhungert sind, auch in neuester Zeit. Ich werde zwar für den Antrag stimmen, bedauere aber, daß das Reich nicht eintritt.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es ist im allgemeinen nicht meine Aufgabe, das Deutsche Reich hier gegen die Angriffe des Herrn Riecke in Schutz

zu nehmen. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß durch die vor kurzem in Kraft getretenen erweiterten Bestimmungen die Erlangung der Reichsveteranenrente ganz bedeutend erleichtert ist, daß in den letzten Wochen schon eine große Anzahl von letzteren durch Vermittelung der Polizeidirektion bewilligt sind, daß andere nachfolgen werden, daß jetzt schon 229 Personen in Braunschweig — also doppelt so viel als diejenigen, die unsere bisherige bescheidene Ehrengabe erhalten — die Reichsveteranenrente von 120 *M* bekommen und daß nach meiner Schätzung noch mindestens hundert im Laufe der nächsten Zeit derselben Reichsveteranenrente teilhaftig werden. Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß die städtische Armenverwaltung, auch in dem Bestreben, den alten Veteranen, die Gut und Blut eingesetzt haben, nach Möglichkeit entgegenzukommen, folgenden Beschluß gefaßt hat: Wenn jemand die Rente von jährlich 120 *M* oder monatlich 10 *M* bezieht und er ist gleichwohl, weil er oder seine Frau keine ausreichenden Einkünfte haben, auf Armenunterstützung angewiesen, dann wird ihm kein Pfennig der Rente auf diese Unterstützung angerechnet, sondern er bezieht sie in vollem Umfange. Das alles ergibt doch, daß die Verhältnisse in letzter Zeit in mancher Richtung sich günstiger gestaltet haben und ist vielleicht nicht ganz ohne Einfluß auf Ihre Entscheidung. Ferner möchte ich bemerken: die Gesamtsumme stellt sich nicht auf rund 10 000 *M*, sondern rund 11 000 *M*.

Herr *Stegmann*: Der Herr Stadtrat sagte, es sei nicht seine Aufgabe, das Deutsche Reich gegen Angriffe durch Herrn Riecke zu schützen. Ich möchte hierzu bemerken, daß wirklich kein Grund vorliegt, daß man das Deutsche Reich besonders herausstreicht. Tatsache ist es, daß erst, nachdem 40 Jahre vergangen sind, man sich endlich auf seine Pflicht und Schuldigkeit besinnt. Eine Schmach und Schande ist es, daß in dieser langen Zeit die Veteranen darben mußten. Daß die Städte noch eingreifen müssen, um die Veteranen vor Mangel zu schützen, ist traurig genug. Im übrigen sind wir der Meinung, daß nach dem gehandelt werden muß, was Herr Riecke vorgetragen hat.

Der Antrag *Sander*, die Ehrengabe auf 30 bzw. 20 *M* zu bemessen, wird hierauf angenommen; der Kommissionsantrag ist damit gefallen.

2. Bewilligung einer Plakziete für die „Internationale Ausstellung für Reise- und Fremdenverkehr“ in Berlin.

Herr *Mohr*: Im September vorigen Jahres haben die städtischen Behörden für Anfertigung von Dioramen für die genannte Ausstellung in Berlin einen Betrag von 3000 *M* aus den Mitteln der Umsatzsteuer bewilligt. Von

der Platzmiete, welche 4500 *M* beträgt, hat in entgegenkommender Weise das Herzogliche Staatsministerium 1500 *M* übernommen. Es würde nun der Rest von 3000 *M* auf die sechs Städte, welche ausgestellt haben, zu je 500 *M* zu verteilen sein. Weitere Unkosten würden nicht entstehen. Der Stadtmagistrat erjucht nun unter Hinweis darauf, daß die Ausstellung der braunschweigischen Abteilung nach dem Urteil zahlreicher Sachkenner einen hervorragenden Platz einnimmt und sich lebhaften Zuspruchs erfreut, die erforderlichen weiteren 500 *M* aus den Mitteln der Umsatzsteuer zu bewilligen. — Die Finanzkommission, welcher die Sache vorgelegen hat, empfiehlt Ihnen durch mich Annahme dieser Nachbewilligung von 500 *M*.

Die Bewilligung wird ausgesprochen.

3. Erlass einer neuen Dienstanweisung für die Wächtermannschaft.

Herr V o g e (Referent der Statutenkommission): Den Herren Stadtverordneten sind im Laufe des letzten Jahres über diese Materie drei Vorlagen zugegangen, von denen aber nur die letzte heute zu behandeln ist. Diese letztere unterscheidet sich gegen die früheren im wesentlichen dadurch, daß ein großer Teil derjenigen Bestimmungen fortgelassen ist, welche allgemeiner Natur sind. Es soll der Herzoglichen Polizeidirektion als der Aufsichtsstelle der Wächtermannschaft überlassen bleiben, die Dienstinstruktion zu geben, also die Wächter zu ihrem Dienste schriftlich und mündlich nach Bedarf anzuweisen, während die heutige Vorlage sich im wesentlichen auf das beschränkt, was dem Anstellungs- oder Dienstvertrage der anzunehmenden Wächter zugrunde gelegt werden soll. Die Statutenkommission war der Meinung, daß die Dienstanweisung aus diesem Vertrage der Übersichtlichkeit halber besser fortbliebe, die Herzogliche Polizeidirektion und der Stadtmagistrat hat sich diesem Wunsche angeschlossen und so ist die heutige kürzere Vorlage erfolgt. Der Magistrat richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, den in Ihren Händen befindlichen „Grundsätzen eines Dienstvertrages zwischen dem Stadtmagistrat und der Wächtermannschaft“ zuzustimmen. — Eine Generaldebatte wird wohl nicht nötig sein.

V o r s i t z e n d e r: Ich bitte diejenigen Herren, die zu den einzeln vortragenen Paragraphen etwas bemerken wollen, sich zum Wort zu melden. Falls niemand das Wort ergreift, nehme ich an, daß Sie mit dem zur Verhandlung stehenden Paragraphen einverstanden sind.

Der Referent der Statutenkommission, Herr V o g e, gibt hierauf den Inhalt der einzelnen Paragraphen an. Zu § 1 bis § 7 wird nichts Besonderes bemerkt.

Zu § 8 (trifft Bestimmungen über die Dauer der Dienstzeit).

Herr B o g e: Hierzu würde noch ein Zusatzantrag kommen. Der Dienst beginnt mit einer halbstündigen Dienstanweisung. Die Wächter werden sich nicht alle auf der Herzoglichen Polizeidirektion einfinden, sondern an einzelnen von der Polizeidirektion zu bestimmenden Orten. Dadurch soll vermieden werden, daß die Wächter bis in die Mitte der Stadt gehen müssen, sie können sich auf die Weise schneller versammeln und schneller ihren Posten erreichen. Die ersparte Zeit soll für die Instruktion verwandt werden. Die dazu erforderlichen Räume müßten in der dunklen Jahreszeit erleuchtet werden. Die Kosten hierfür sind ausgerechnet mit 179,40 M; es wird gebeten, daß sie von uns bewilligt werden. Die Kommission stimmt auch diesem zu.

Zu den §§ 9 und 10: nichts zu bemerken.

Zu § 11: „Die Wächter und Überwächter sind verpflichtet, auf Anordnung der Herzoglichen Polizeidirektion bei besonderen Gelegenheiten auch am Tage zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit Dienst zu tun. Sie erhalten in solchen Fällen eine Vergütung aus Staatsmitteln.“

Herr S t e g m a n n: Ich bitte, diesen Paragraphen zu streichen. Ich kann die Notwendigkeit dieser Neuerung nicht anerkennen und sollte meinen, daß das Polizeiaufgebot groß genug wäre, um allen Eventualitäten zu genügen. Es befindet sich oft viel zu viel Polizei auf der Straße. Es besteht die berechtigte Annahme, daß die Wächter durch diese Bestimmung besonders gegen die Arbeiter-schaft in politischen Kämpfen mißbraucht werden können. Die Erfahrung aus den letzten Jahren hat gezeigt, daß fortgesetzt, wenn die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften Versammlungen abhalten, selbst wenn es sich nur um eine Versammlung handelt, ein Polizeiaufgebot bis auf die Bühne bewaffnet auf der Straße steht und auch die städtischen Wächter mit herangezogen werden. Das ist ein Unfug, der bisher getrieben worden ist, der unserer Ansicht nach nicht sanktioniert werden dürfte. Sogar am 1. Mai wurden über 30 Wächter bei den harmlosen Vergnügungen hingestellt. Jeder vernünftige Mensch wird das nicht billigen. Es ist sehr oft vorgekommen, daß die Leute aus bürgerlichen Kreisen darüber den Kopf geschüttelt haben. Eine derartige Bestimmung sollte man im Dienstvertrage fallen lassen. Die Polizisten werden für diese Dinge vollkommen genügen. Ich wüßte auch nicht, wozu die Wächter sonst verwendet werden sollten. Die Ordnung bei Einzugsfeierlichkeiten usw. aufrechtzuerhalten, könnte in anderer Weise geschehen. Müssen denn gerade uniformierte Leute dazu verwandt werden? Es werden sich dazu schon genügend Zivilpersonen finden. Eine große Anzahl der Wächter ist mit diesen Diensten auch nicht einverstanden, sie schämen sich, gegen ihre Arbeitsgenossen sich mißbrauchen zu lassen. Eine Anzahl Streber mag ja unter ihnen sein, die darin einwilligt; die

Mehrzahl der Wächter aber verzichtet auf den Nebenverdienst durch diese Tätigkeit. Ich bitte also, diesen Paragraphen fallen zu lassen, durch den die von der Stadt bezahlten Leute gegen die Arbeiter gemißbraucht werden können. — Sodann möchte ich noch eins anfragen. Es ist mir aufgefallen, daß seit einiger Zeit nachts zwei Wächter am Polizeigebäude postiert sind. Das war bisher nicht der Fall und es ist nicht einzusehen, welchen Zweck das haben soll. Die Stadt muß die Leute doch bezahlen. Wenn unsere „hochwohlwöbliche“ Polizei des Schutzes bedarf, so mag sie ihre Polizisten dahinstellen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Was den letzten Punkt anlangt, so habe auch ich diese Erscheinung beobachtet. Es entspricht das dem Verteilungsplan, wie ihn die Herzogliche Polizeidirektion uns mitgeteilt hat. Ich habe mich davon überzeugt, daß die Anordnung zweckmäßig ist, weil häufig zu beobachten ist, daß Leute, die festgenommen sind und auf der Polizei vorgeführt werden sollen, noch im letzten Augenblicke den Versuch machen, sich zu befreien. Zweckmäßig ist also dies Aufgebot nicht zum Schutze der Polizeidirektion, sondern zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zum Festhalten von Flüchtlingen. In der Richtung kann Herr Stegmann beruhigt sein, Luxus in der Aufsichtigung der Straßen wird nicht getrieben. Ich bitte auch, es bei der bisherigen Zuziehung der Wächter bei besonderen Gelegenheiten bewenden zu lassen; die Einrichtung hat sich durchaus bewährt. Es geht schlechterdings nicht an, daß man irgendwelche Leute in Zivil bei besonderen Anlässen mit obrigkeitlichen Funktionen betraut, das würde schlimme Folgen haben. Auf die Wächtermannschaft kann man sich verlassen, das sind besonnene, pflichttreue Leute. Und wenn es zutrifft, was Herr Stegmann andeutete, daß die Wächter hier und da selber aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, so sollte ich meinen, daß dies mehr für ihre Zuziehung zu den fraglichen Dienstleistungen spreche als dagegen. Man kann daraus den Schluß ziehen, daß die Wächter bei Störung der Ordnung in ruhiger und nicht allzu temperamentvoller Weise ihre Pflicht tun werden und daß dadurch eine wesentliche Garantie geboten ist, daß Übergriffe unterbleiben. — Auch der Grund, daß die Wächter von der Stadt bezahlt werden, zieht nicht, denn für diese besonderen Dienstleistungen werden sie von der Herzoglichen Polizeidirektion aus staatlichen Mitteln besonders bezahlt. Ich bitte also, diese durchaus bewährten Einrichtungen des § 11 bestehen zu lassen.

Der § 11 wird von der Versammlung angenommen.

§ 12: nichts zu bemerken.

§ 13, betrifft Vergütungen für während der Dienststunden zu öffentlichen Zwecken geleistete Dienste. — In der letzten Zeile des ersten Absatzes wird auf Antrag der Kommission eingeschoben: „in angemessenem Verhältnisse“.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich habe gegen den Vorschlag keine Bedenken. Wenn die Versammlung auch annehmen darf, daß schon bisher bei der Verteilung kein Mißbrauch getrieben ist, so gibt dieser Zusatz vielleicht einem oder dem andern Herrn das Gefühl sicherer Beruhigung.

Zu § 13, 2. Absatz. Er lautet: „Die Übernahme von Diensten für private Zwecke innerhalb der Dienststunden ist den Wächtern und Oberwächtern nicht gestattet.“

Herr Boge: Die Kommission hat sich auch auf den Standpunkt gestellt, daß dies nicht angängig sei, da es zu weit ausgedehnt werden könnte und die Wächter denjenigen Diensten, welche sie für die Allgemeinheit verrichten sollen, entzogen werden. Einem besonders eingegangenen Antrage zu diesem Paragraphen, den Wächtern zu gestatten, den Hollandschen Garten und den Biewegschen Park zu bewachen, hat die Kommission auch nicht geglaubt stattgeben zu können. Der erstgenannte Park ist für die Allgemeinheit nicht mehr geöffnet, was früher der Fall gewesen ist.

Zu §§ 14 und 15: nichts zu bemerken.

Vorjizender: Ich bitte die Herren, welche die Vorlage mit den Einfügungen von der Statutenkommission bewilligen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Die Genehmigung ist ausgesprochen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich bitte die geehrten Herren, dem Antrage des Herrn Berichterstatters folgend auch den Betrag von 179,40 M für die Wachtlokale zu bewilligen. Die Bewilligung würde zu Lasten des Kapitels Ortspolizei erfolgen müssen.

Der Betrag wird bewilligt.

Vorjizender: Es ist ein Antrag von Herrn Stadtverordneten Dr. Jasper eingegangen, der folgendermaßen lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: der Herr Vorjizende der Stadtverordnetenversammlung hat regelmäßig auf jeden ersten und dritten Donnerstag eines jeden Monats die Stadtverordnetenversammlung einzuberufen.“

Ferner ist eine Anfrage von Herrn Dr. Jasper eingegangen: „Ist dem Magistrat bekannt, aus welchen Gründen der Gärtner Richard Koch aus den städtischen Diensten entlassen worden ist?“ —

Der Antragsteller wird Gelegenheit haben, beides am Schlusse der Versammlung zu begründen.

4. Ausbau der projektierten Straße Nr. 107.

Herr Meyerhoff: Die Straße Nr. 107 ist eine Verbindungsstraße zwischen Hagenring und Waterloostraße und geht im Zuge der Wabestraße und Karlstraße. Sie ist geplant auf und neben dem Gelände des Grabens, der zwischen den beiden letztgenannten Straßen zieht. Der Maurermeister Passier hat beantragt, ihn als Unternehmer für diese Straße zuzulassen und die Straße jetzt auszubauen. Er ist freilich nur mit einer geringen Frontlänge Anlieger der neuen Straße, doch wird der Ausbau auch von dem übrigen Teile der Anlieger gewünscht, die sich geeinigt haben, daß Herr Passier als Vertreter angesehen werden soll. Magistratsseitig liegen gegen den Ausbau der Straße Bedenken nicht vor. Über denselben ist mit dem Antragsteller ein notarieller Kontrakt abgeschlossen, der zur Genehmigung den Stadtverordneten vorliegt. Darnach hat der Maurermeister Passier für den notwendigen Terrainerwerb, ober- und unterirdischen Ausbau der Straße, sowie 5 Prozent Bauleitungsgebühr eine Kaution in Höhe von 73 500 *M* zu stellen, außerdem für Übernahme der Reinigung, Unterhaltung und Beleuchtung der Straße, sowie für Müllabfuhr durch die Stadt bis dahin, daß die Straße genügend bebaut ist, eine Kaution von 7200 *M* zu entrichten. Für das Quadratmeter der abgetretenen Grundfläche soll zwecks Feststellung der gesamten Straßenbaukosten ein Betrag von 13 *M* angerechnet werden. Die Baukommission gibt durch mich Genehmigung anheim.

Die Versammlung stimmt dem Vertrage zu.

5. Bepflanzung der Riedestraße mit Bäumen.

Herr Riecke: Der Rentner Kirchhof, der Anwohner der Riedestraße ist, hat beim Magistrat den Antrag gestellt, die Straße mit schwachwüchsigen Bäumen zu bepflanzen. Die städtische Bauverwaltung schlägt vor, ungefähr 30 Bäume anzupflanzen. Die Kosten würden sich auf 810 *M* stellen. Der Magistrat empfiehlt Zustimmung zu dem Antrage und ersucht, die 810 *M* zu bewilligen. — Die Baukommission hat die Angelegenheit geprüft und gibt Genehmigung anheim.

Die Versammlung beschließt den Anträgen gemäß.

6. Ausbau der östlichen Teilstrecke der Nordstraße zwischen Spargelstraße und Bülteweg.

Herr Tolle: Den Ausbau der Nordstraße zwischen Spargelstraße und Bülteweg haben die städtischen Behörden bereits früher beschlossen. Der Stadtmagistrat hat der städtischen Bauverwaltung Auftrag gegeben, einen Kosten-

anschlag über die Straßenbaukosten anfertigen zu lassen. Es sind festgestellt die Grunderwerbskosten zu 24 000 *M.*, die Straßenbaukosten zu 8000 *M.* Die hohen Kosten sind dadurch entstanden, daß man genötigt war, ein Grundstück — das Kefkopfsche Haus — anzukaufen und niederzulegen. An der Stelle wird ein freier Platz geschaffen. Es kommen zwei Anlieger in Frage, die einen Teil der Kosten beitragen müssen. Die Anliegerbeiträge zu den Straßenkosten sind zu 9794 *M.* ausgerechnet, so daß 22 206 *M.* zu Lasten der Stadt, und zwar des Extraordinariums genehmigt werden sollen. — Die Baukommission hat an der Sache nichts auszusetzen und empfiehlt Annahme der Vorlage.

Die Magistratsvorlage wird genehmigt.

7. Anlage einer Preßgasbeleuchtung für die Dankwardstraße.

Herr Loejigk: Nachdem die Verwaltungsdeputation der Licht- und Wasserwerke in ihrer Sitzung vom 20. April die Preßgasbeleuchtung der Dankwardstraße beschlossen hat, bittet der Magistrat, die Summe von 2600 *M.* für die Anlage und die 1650 *M.* betragenden jährlichen Betriebskosten zu bewilligen. Der Plan für die Aufstellung ist dort ausgehängt. Vor dem Rathause sollen zwei Randelaber aufgestellt werden, vor dem Finanzgebäude zwei und einer vor dem Wolffschen Hause, so daß die Beleuchtung durch 5 Flammen bewirkt wird. In Abzug zu bringen sind die jährlichen Betriebskosten für in Fortfall kommenden 6 Flammen, à 70 *M.* = 420 *M.*, es verbleibt für die Preßgasbeleuchtung ein jährlicher Mehraufwand von 1230 *M.* Bei dem lebhaften Verkehr in der Dankwardstraße und der angrenzenden Straßenkreuzung ist es angebracht, daß die Beleuchtung eine bessere wird. — Der Finanzkommission hat die Sache zur Beratung vorgelegen, sie gibt durch mich Genehmigung anheim.

Die Anlage wird genehmigt und die Kosten verwilligt.

8. Auswechslung des Gashauptrohrs in der Cellerstraße.

Herr Loejigk: Mit Zustimmung der Verwaltungsdeputation der Gas- und Wasserwerke wird vom Magistrat beantragt, auf der Cellerstraße von der Landeseisenbahn bis zur Aktienzuckerfabrik Eichthal das vorhandene Gasrohr von 80 mm Durchmesser durch ein solches von 150 mm Weite auszuwechseln. Sie wissen, daß ein Ausbau der Cellerstraße geplant ist und daß die dortige Gegend der Stadt einverleibt ist. Aus diesem Grunde ist eine Erweiterung der Straßenbeleuchtung angebracht. Die Kosten sind auf 6500 *M.* veranschlagt. — Die Finanzkommission hat auch diese Sache geprüft und erjucht die geehrten Herren durch mich, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Die Versammlung erklärt sich mit der Vorlage einverstanden.

9. Verbesserung der Straßenbeleuchtung auf einem Teile des Madamenweges.

Herr Loejchigk: Auf dem Madamenwege sollen nach dem im Saale ausgehängten Plane zwischen Altstadttring und Pfingststraße vier Gasglühlichtfandelaber aufgestellt und sechs vorhandene umgestellt werden. Die Summe dafür beträgt 630 *M.* Der Magistrat ersucht, zwecks Ausführung der fraglichen Verbesserung die genannte Summe zu Lasten des Reservefonds der Gaswerke zu verwilligen. Die Finanzkommission hat auch diese Sache geprüft und gibt Ihnen auch hier Genehmigung anheim.

Herr Friede: Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf einen Übelstand verweisen, der mit dem mangelnden Wasserdruck in der dortigen Gegend zusammenhängt. Es sind lebhaft Klagen darüber geführt, daß im zweiten Stock die Anwohner kein Wasser bekommen. Der Übelstand ist, besonders insoweit er die Klosetts betrifft, sehr unangenehm. Ob die Sache an den zu engen Rohren liegt oder woran sonst, weiß ich nicht. Es ist zu wünschen, daß mit der Inbetriebsetzung des neuen Wasserwerkes der Übelstand eingeschränkt wird. Sollte das nicht der Fall sein, so möchte ich bitten, der Sache näher zu treten. Nicht allein von dem Madamenwege, sondern auch von der Kreuzstraße und Thomaestraße sind solche Fälle gemeldet.

Der geplanten Verbesserung der Straßenbeleuchtung wird zugestimmt.

10. Bauliche Änderungen in dem Beamtenwohnhaufe an der Neustadtmühle.

Herr Friede: Die in der Neustadtmühle befindlichen Wohnräume sollen nach dem Tode des früheren Mühlenmeisters nunmehr von den Familien des Mühlenmeisters und des Mühlensehreibers bewohnt werden. Bei der Berücksichtigung der Wohnungen hat sich herausgestellt, daß der Keller nur von der Küche der einen Wohnung aus zu begehben ist. Es wird beabsichtigt, den Eingang der Kellertreppe in den Vorplatz zu verlegen. Außerdem wird die Verlegung der Eingangstür des einen Klosetts und die Anlage eines neuen Klosetts erforderlich. Die Kosten für Ausführung dieser durch die Überweisung an zwei Familien nötig werdenden Arbeiten stellen sich auf 350 *M.* Der Magistrat beantragt, diese 350 *M.* zu Lasten der laufenden Betriebsrechnung der Neustadtmühle zu bewilligen. Die Baukommission erkennt an, daß die Übelstände in dieser Weise gehoben werden können und bittet, die Bewilligung auszusprechen.

Die baulichen Änderungen werden beschloffen.

11. Ausbau des Dachgeschosses des nördlichen Flügels der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule.

Bereits im Begleit Schreiben zum diesjährigen städtischen Haushaltsplane ist hervorgehoben, daß die Ausgestaltung der städtischen Realschule zu einer Oberrealschule mit zweireihigem Unterbau (Sexta bis Untersekunda) und einreihigem Oberbau (Obersekunda, Unter- und Ober-Prima) die Beschaffung mehrerer Räume bedingt. Von den beiden zu Ostern d. J. eingerichteten neuen Klassen (Unter-Prima und Ober-Tertia B) ist die eine provisorisch im Eingangsalle untergebracht; es fehlt also zurzeit ein Klassenzimmer, und da zu Ostern 1912 noch die beiden letzten Klassen (Ober-Prima und Unter-Sekunda B) einzurichten sind, so müssen bis dahin insgesamt 3 Klassenzimmer beschafft werden. Außerdem aber reichen die vorhandenen, für Erteilung des naturwissenschaftlichen Unterrichts bestimmten Räume, die ursprünglich nur für die 6stufige Realschule bestimmt waren, für die 9stufige Oberrealschule nicht aus, vielmehr sind für den Unterricht in Chemie noch ein Lehrzimmer und ein Laboratorium mit Sammlungsraum erforderlich. Solche sind auch bei der Oberrealschule Hintern Brüdern doppelt vorhanden.

Im Einverständnisse mit den Schulvorständen der städtischen Realschule und der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule empfiehlt der Magistrat die Ausführung eines Projektes der städtischen Bauverwaltung, wonach die Gewerbeschule einige ihrer Räume, die an die Realschule unmittelbar angrenzen, an diese dauernd abtritt und dafür Ersatzräume erhält, die durch den Ausbau des Dachgeschosses des nördlichen Flügels ihres Neubaus beschafft werden können. Es wird vorgeschlagen, außer drei großen Sälen (je rund 70 qm groß) mit Nordlicht, deren Baukosten zu 60 000 M veranschlagt sind, noch drei Ateliers für die Lehrer (5500 M) und einen Raum zur Aufbewahrung von Studienzeichnungen, Malereien und Staffeleien (1500 M) im fraglichen Dachgeschosse herzurichten und für Inventarstücke 2000 M zur Verfügung zu stellen, so daß sich die Gesamtausgabe auf 69 000 M belaufen würde. Nach Ansicht des Magistrats ist diese Summe reichlich hoch, auch berühre der wesentliche Umbau eines erst vor wenigen Jahren fertiggestellten Neubaus nicht angenehm, dennoch müsse anerkannt werden, daß auf die vorgeschlagene Weise für die Gewerbeschule sehr wertvolle, und für die Realschule durchaus brauchbare Räume geschaffen werden, während andererseits eine Erweiterung des Gebäudes der Realschule durch einen selbständigen Anbau, der ohne Ankauf eines Nachbargrundstücks kaum möglich sein würde, erheblich höhere Kosten verursachen würde.

Unnerhjn aber erscheine die Frage berechtigt, ob durch die jetzt empfohlene Erweiterung dem Raumbedürfnisse der beiden benachbarten Schulen dauernd genügt werden würde.

In bezug auf die Gewerbeschule könne diese Frage ohne weiteres bejaht werden; in bezug auf die Realschule aber hänge ihre Beantwortung von Erledigung der Vorfrage ab, ob diese sich jetzt zur zweiten städtischen Oberrealschule entwickelnde Realanstalt künftig gleich der Oberrealschule Hintern Brüdern auch im Oberbau doppelreihig aufgebaut werden wird.

Da regelmäßig eine größere Zahl von Schülern nach Erlangung der Berechtigung zum Dienste als Einjährig-Freiwillige (Reise für Ober-Sekunda) die Realanstalten verläßt, so wird voraussichtlich für eine Reihe von Jahren für den vierreihigen Unterbau der beiden Anstalten ein dreireihiger Oberbau genügen. Aber einerseits ist der Andrang zu beiden Realanstalten noch immer ein sehr lebhafter, und im Hinblick auf die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens ein Nachlassen der Anmeldungen kaum zu erwarten; auch ist zu beachten, daß andere Oberrealschulen im Herzogtume nicht vorhanden sind, so daß es an Anmeldungen auch solcher Schüler, die fremde Realschulen mit Erfolg besucht haben und sich durch den Besuch der Oberstufe einer der beiden hiesigen Realanstalten das Reisezeugnis einer Oberrealschule verschaffen wollen, auch künftig voraussichtlich nicht fehlen wird.

Eine Verpflichtung der Stadt, derartige Schüler, wenn sie ortsfremd sind, aufzunehmen, besteht nun zwar nicht; aber es läßt sich nicht leugnen, daß die Aufnahme auch solcher Schüler für die hiesigen Einwohner manche Vorteile im Gefolge hat, während die durch Schaffung von drei weiteren Klassen (zweite Reihe der Oberstufe) erwachsenden Kosten in dem Falle nicht erheblich sein würden, daß die drei Klassenräume ohne nennenswerte Kosten zu beschaffen sind. Wie die Akten ergeben, ist diese Möglichkeit gegeben, da erforderlichenfalls die Gewerbeschule, wenn sie die oben erwähnten neuen Räume erhält, noch drei weitere Zimmer wird abtreten können, ohne in Verlegenheit zu kommen. Der Ausbau des Dachgeschosses des nördlichen Flügels der Gewerbeschule erscheint hiernach ratsam, auch wenn dadurch zurzeit eine etwas reichlich bemessene Raum-erweiterung erzielt werden sollte. Es wird dadurch ermöglicht, jederzeit, sobald es den städtischen Behörden angemessen erscheint, auch die zurzeit in der Entwicklung begriffene zweite städtische Oberrealschule in der Oberstufe doppelreihig auszugestalten.

Der Magistrat gibt hiernach anheim, der Ausführung des fraglichen Projektes zustimmen und die Summe von 69 000 *M* zu Lasten des Ausgleichsfonds bewilligen zu wollen.

Herr *R a s c h e*: Nach dem Schreiben des Stadtmagistrats ist Ihnen die Sache ausführlich bekannt. Das Projekt ist in den ausgehängten Zeichnungen anschaulich dargestellt. Die Lösung der Frage kann als befriedigend bezeichnet

werden. Das Aussehen des Gewerbe- und Schulgebäudes wird durch den Umbau nicht geschädigt und ihre Räume werden verbessert; es wird durchaus keine Notwirtschaft. Wenn auch die Summe von insgesamt 69 000 *M* auf den ersten Blick hoch erscheint, so muß man sich doch vergegenwärtigen, welche große Fläche bebaut wird. Die Baukommission ist der gleichen Ansicht wie sie der Magistrat in der Vorlage ausgesprochen hat, und bittet, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Das vorgelegte Projekt wird von der Versammlung genehmigt und die geforderten Kosten bewilligt.

12. Verkauf einer Straßenfläche an der Wendenstraße.

Herr T o l l e: Der Fleischermeister Ludwig Frohöse, Wendenstraße 48, hat sein Wohnhaus abgebrochen, um einen Neubau an dessen Stelle auszuführen. Die Straße macht dort einen kleinen Einschnitt und der Ortsbauplan sieht ein Vorrücken des neuen Gebäudes gegenüber dem früheren vor. Es ist also nötig, daß Herr Frohöse von der Stadt ein kleines Stück Straßenterrain kauft, das 2,2 qm beträgt. Die städtische Bauverwaltung hat den Wert mit 70 bis 80 *M* pro qm geschätzt. Herrn Frohöse scheint dieser Preis zu hoch, um so mehr, als er durchaus nicht um Platz in Verlegenheit ist, denn das Grundstück hat eine bedeutende Tiefe. Da es aber wünschenswert ist, daß die Straße geradegelegt wird, so ist der Magistrat mit einem Angebot von 100 *M* für die ganze Strecke, welches der Mann machen ließ, einverstanden. Die Baukommission hatte Anfangs Bedenken, das Terrain für den niedrigen Preis zu überlassen, und fürchtete, dadurch vielleicht den Preis für spätere Zeit zuungunsten der Stadt beeinflusst zu sehen. Man war aber wiederum der Ansicht, wenn diesmal zum Ausdruck gebracht würde, daß es sich um eine Ausnahme handle, daß der Mann wirklich die 2,20 qm zur Verbesserung seines Grundstückes nicht nötig habe, sich später niemand darauf berufen könne. Die Baukommission bittet also, dem Vorschlage zuzustimmen.

Herr M a n n: Mir scheint im Gegensatz zur Baukommission die Festsetzung des Preises gegenüber einem Beschlusse in einer früheren Sitzung nicht für angebracht. Vor ein paar Sitzungen handelte es sich darum, daß der Allgemeine Konsumverein bei Ausführung eines Neubaus in der Schöppenstedterstraße 2½ qm Straßenterrain der Stadt ablaufen mußte. Damals empfahl die Baukommission, 65 *M* für das qm zu fordern. Der Anlieger hat das Terrain dann zu 55 *M* erworben. Er war ebenso wenig wie dieser Anlieger an der Wendenstraße wegen geringer Tiefe seines Grundstückes zum Ankauf durchaus

nicht genötigt, sondern lediglich nur, weil die drei alten Häuser eine krumme Baufluchtlinie hatten. Wenn der Anlieger dort mit dem Neubau 20 cm zurücktrat, dann war für ihn die Sache erledigt, und das konnte er ohne Schaden tun. Warum damals für die Schöppenstedterstraße 55 *M* für das qm als angemessen erachtet wurden und hier auf der Wendenstraße kaum 45, das finde ich nicht begreiflich. Eine solche Ungleichheit kann ich nicht für gerechtfertigt erachten. Ich kann auch nicht einsehen, warum ich nicht ein anderer später sollte darauf berufen können, wenn eine Straße begradigt werden muß. Wenn eine Baufluchtlinie festgelegt ist, so war es bisher nicht anders, als daß der Anlieger das Stück übernehmen mußte. Ich sehe nicht ein, warum wir solche Rücksichtnahme bei einem begüterten Geschäftsmanne ausüben sollen in einer Lage, wo sonst der Bodenpreis höher geschätzt wird. Da die Bauverwaltung ihn auf 70 bis 80 *M* geschätzt hat, so verstehe ich diese Nachgiebigkeit um so weniger. Ich beantrage, die Sache an die Baukommission zurückzuverweisen.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich bitte, dem Antrage Nßmann nicht Folge zu geben, und spreche das lediglich im Interesse des Grundstücksbesitzers aus, der durch einen solchen Beschluß gehindert würde, seinen Bau fortzuführen, und ihn vielleicht vier Wochen verzögern müßte. Das erscheint doch nicht angebracht. Die Sache liegt so klar, daß wir ohne weitere Vorberatung uns wohl entscheiden können. Ich stehe grundsätzlich auf dem Standpunkte der städtischen Bauverwaltung, daß der Wert eines Quadratmeters Grundfläche an jener Stelle auf 70 bis 80 *M* zu schätzen ist. Wenn aber der Magistrat Herrn Froboße gegenüber nicht auf dem Preise bestanden hat, so ist das geschehen, um nicht unnötig den Preis des Grund und Bodens auf der Wendenstraße zu steigern, denn es wäre möglich, daß die Stadt selber in die Lage käme, einen solchen Preis zahlen zu müssen. Ein weiterer Grund war, daß uns Zwangsmittel, einen bestimmten hohen Preis zu erzielen, nicht zur Seite stehen. — Wenn Sie jedoch der Ansicht sein sollten, daß ungefähr 50 *M* für das qm zu unangemessen wären, dann möchte ich Ihnen empfehlen, sich hier gleich über einen höheren Preis zu verständigen.

Herr Meyerhoff: Herr Nßmann sagte, der betr. Grundbesitzer sei ein begüterter Mann. Das trifft nicht zu. Der Herr ist in die Zwangslage versetzt, das teuer erworbene Grundstück neu zu bauen, um seinen Geschäftsbetrieb führen zu können, weil dem Gesetze nach kein Pferd über den Hausflur geführt werden soll, wenn auf dem Hausflur sich ein Laden befindet. Der Mann wäre gern in seinem alten Hause sitzen geblieben und hätte da weitergewirtschaftet, wenn es möglich gewesen wäre.

Herr M e y e r h o f f: Nach den Ausführungen des Herrn Meyerhoff nehme ich den Ausdruck „begütert“ zurück. Ich konnte mich nur erinnern, daß es ein gutes und rentables Geschäft ist, von dem die Rede ist. Im übrigen halte ich meinen Einspruch aufrecht. Wenn auf der Schöppenstedterstraße 55 *M* bezahlt sind, so sind auf der Wendenstraße mindestens 60 *M* angebracht. Insofern aber schließe ich mich dem Herrn Bürgermeister an, als es auch nicht meine Absicht ist, Zeit verstreichen zu lassen und damit den Bau zu verzögern. Einen Preis von 60 *M* jedoch halte ich als das Mindeste für angebracht.

Herr L a n g e: Den Ausführungen des Herrn Bürgermeister Meyer folgend, möchte ich empfehlen, den Preis von 60 *M* als Vermittlungsvorschlag festzusetzen.

V o r s i e n d e r: Ich glaube auch, daß es nicht erforderlich ist, die Gelegenheit an die Baukommission zurückzuweisen, um den Preis festzusetzen; die Baukommission wird darüber kaum noch weitere Klärung schaffen können.

Herr M e y e r h o f f: Ich ziehe meinen Antrag zurück und beantrage nunmehr, als Preis für das qm mindestens 60 *M* festzusetzen.

Der Kommissionsantrag wird hierauf abgelehnt und der Antrag Meymann angenommen.

13. Bericht über die bestehenden Wohnungspflegen in anderen Städten und Erledigung des diesbezüglichen Antrags Frede.

Herr S e n f i n g: Sie werden sich erinnern, daß in der Versammlung vom 23. Februar d. J. der Antrag Frede, der dahin geht: „die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, auf eine Ergänzung der bestehenden Wohnungsaufsicht in der Richtung der Wohnungspflege Bedacht zu nehmen, und die Ausübung dieser Tätigkeit tunlichst einer weiblichen Kraft zu übertragen,“ daß dieser Antrag nach längerer Besprechung dahin beschlossen wurde, ihn zurzeit zurückzustellen, den Magistrat aber zu ersuchen, bei den Städten, die schon Wohnungspflege haben, Erkundigungen darüber einzuziehen, und nach Eingang dieser Nachrichten uns davon Kenntnis zu geben, und dann auf den Antrag zurückzukommen. Der Magistrat hat inzwischen diesem Wunsche der Stadtverordnetenversammlung Rechnung getragen. Es ist eine Umfrage an 48 größere und mittlere deutsche Städte gesandt worden und in höchst dankenswerter Weise von dort prompt beantwortet. Es würde zu weit führen, wenn ich sämtliche eingegangenen Berichte verlesen wollte. Es wird Ihnen genügen,

wenn ich Ihnen sage, daß 23 Städte (Mugsburg, Bamberg, Bayreuth, Cassel, Köln, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Erfurt, Elberfeld, Erlangen, Fürth, Gießen, Göttingen, Hof, Heidelberg, Kaiserslautern, Mannheim, Meissen, Nürnberg, Regensburg, Remscheid, Wiesbaden, Würzburg) keine besondere Wohnungspflege neben ihrer Wohnungsaufsicht haben; Pforzheim und Hagen i. W. beabsichtigen, sie einzuführen. Eine Wohnungspflege, teils durch besondere Organe, teils in Verbindung mit der Wohnungsaufsicht besteht als städtische Einrichtung in Aachen (?), Altona, Bielefeld, Breslau, Charlottenburg, Chemnitz, Darmstadt, Dessau, Essen, Freiberg, Halle, Meerane, Meß, Mühlheim a. R., Offenbach, Rhendt, Straßburg i. E., Stuttgart, Worms, während in M.-Gladbach zwar keine städtische, wohl aber eine private Wohnungspflege besteht. Bielefeld besteht eine Wohnungspflege, wie wir sie verstehen, nur in 15—16 Städten, indem von mehreren Orten die Anfrage wohl irrtümlich aufgefaßt ist.

Es wird den Herren von Interesse sein, wenigstens von dem, was uns von Bedeutung erschienen ist, etwas Näheres zu hören. Ein kleines Bild möchte ich Ihnen zunächst davon geben, wie sich Bielefeld zu der Angelegenheit verhalten hat. Die Polizeiverwaltung dort hat seit Jahresfrist angeordnet, daß in jedem der vier Polizeibezirke je zwei Frauen ehrenamtlich als Helferinnen in der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege tätig sein sollen. Sie haben in erster Linie, wie es in der Anweisung heißt, bei den Bewohnern den Sinn für Sauberkeit und Ordnung in der Wohnung zu wecken. Die Wohnungspflege steht in direktem Zusammenhange mit der städtischen Polizei; es ist also ein anderes Verhältnis als bei uns, wo die Stadt Vorgesetzte der Wohnungsaufsicht ist.

In Charlottenburg, auf welches ich besonders hinweisen möchte wegen seiner hervorragenden hygienischen Einrichtungen, ist seit dem 1. März d. J. ein städtisches Wohnungsamt eingerichtet. Es sind vier Gebiete, die das neue Wohnungsamt bearbeiten soll: Wohnungspflege, Wohnungsnachweis, Wohnungsstatistik und Wohnungsfürsorge. Ein Regierungsbaumeister und ein Hilfsbeamter stehen an der Spitze dieses Wohnungsamtes. Die Wohnungsaufsicht erstreckt sich auf sämtliche Kleinwohnungen im dem Sinne, daß 2 Zimmer und 1 Nebengelaß darunter verstanden wird, und auf alle Wohnungen, in denen Schlafstellen für Mieter gehalten werden, sowie auf alle Schlafgelasse der im Hause des Arbeitgebers oder der Dienstherrschaft beschäftigten Angestellten. Es wird beabsichtigt, sämtliche Wohnungen systematisch zu besichtigen, also nicht auf Anruf, sondern generell, wie es seinerzeit in Basel geschah. Die ganze Stadt ist in zwei Wohnungsinspektionen eingeteilt, jede davon besteht wieder aus 7 Wohnungsbezirken. Zu jedem Bezirk gehört ein Wohnungsausschuß, bestehend aus dem Stadtarzt, zwei Bürgerdeputierten und einer Frau. Diese Ausschüsse

stehen zur Ausübung der Wohnungspflege der städtischen Deputation für Wohnungspflege zur Seite, die von 24 Personen gebildet wird. 5 davon sind Magistratsmitglieder, 7 sind Stadtverordnete, 9 Bürgerdeputierte und 3 Frauen, die auf sechs Jahre ehrenamtlich gewählt sind. Die Wohnungspfleger selbst, der betreffende Regierungsbaumeister und sein Gehilfe sind besoldet. Über die Kosten konnte von Charlottenburg noch nichts berichtet werden, da — wie gesagt — die Einrichtung erst seit dem 1. März im Gange ist.

In **Halle** besteht seit dem 1. Januar 1911 eine städtische Wohnungsinpektion, wobei es von Interesse ist, daß eine Wohnungspflegerin mit 2400 *M* Gehalt und eine Gehilfin mit 900 *M* angestellt ist. Es ist das die einzige Stadt, die offiziell nach ihrem Stat eine Wohnungspflegerin mit Gehalt angestellt hat. Der § 1 der Dienstanzweisung aus der Stadt Halle — welche ich den Herren, die sich dafür interessieren und die Wohnungspflege auch bei uns einführen möchten, zur Einsicht empfehle — sagt: Die Wohnungsinpektion ist eine kommunale Wohlfahrtseinrichtung, nicht etwa eine polizeiliche Maßnahme. Die Wohnungspflege ist dem Magistratsdezernenten unmittelbar zugeordnet, sie hat in allen einschlägigen Fällen direkt mit dem Dezernenten, dem städtischen höheren Beamten zu verhandeln. Bei ernsterem Anlaß hat sie sich nicht direkt mit der Polizei in Verbindung zu setzen; das geschieht durch Vermittlung des juristisch vorgebildeten Magistratsbeamten. Neben dieser durch weibliche Kräfte ausgeübten Wohnungspflege besteht noch eine Wohnungskommission, welche dem Magistrat einen schriftlichen Bericht abzugeben hat.

Ferner möchte ich **Stuttgart** erwähnen. Man hat dort ebenfalls ein städtisches Wohnungsamt, womit 5 verschiedene Funktionen verbunden sind: 1. Wohnungsinpektion, 2. Sanierung der Altstadt, 3. Fürsorge zur Beschaffung neuer Wohnungen — das ist sehr wichtig —, 4. Rechtsauskunftsstelle in Mietangelegenheiten, 5. städtischer Wohnungsnachweis, der übrigens von verschiedenen Städten gemeldet wird. Die Wohnungsfürsorge ist also dort in weit umfassenderer Weise eingerichtet wie in den andern Städten, über die ich bisher berichtet habe. Die Stadt schreibt in sehr günstigem Sinne über die Erfolge. Über die Kosten habe ich nichts erfahren können.

Stuttgart hatte anfangs neben der Wohnungsaufsicht eine nebenamtliche Wohnungspflege, ähnlich wie Braunschweig vor mehreren Jahren durch die Armenpfleger. Diese Wohnungspfleger haben aber nach kurzer Zeit ihr Amt niedergelegt, gerade so wie bei uns. Seit 1904 ist die Wohnungsinpektion dort mit dem Stadtbauamt in Verbindung gebracht. Die Tätigkeit des Wohnungsamtes umfaßt auch Wohnungsnachweis und Wohnungstatistik.

Worms, das hier in der Besprechung vor Wochen erwähnt wurde, hat zur Ausübung der Wohnungspflege, die der Wohnungsinpektion angegliedert

ist, 13 Damen im Ehrenamt angenommen. Es wurde früher von Herrn Frede darauf aufmerksam gemacht, daß in Worms eine Dame, Frä. Dr. Conrad, als Wohnungsinsektorin tätig ist, die fest angestellt ist. Das bezieht sich aber auf den Kreis Worms, nicht auf die Stadt. Diese letztere berichtet sehr befriedigt über die Erfahrungen, die sie mit der Tätigkeit der im Ehrenamt tätigen 13 Damen gemacht hat. Den Bezirksdamen gehen am Anfange jeden Monats Verzeichnisse über die im abgelaufenen Monat eingegangenen Mietswohnungs-Anzeigen zu. In diesem Verzeichnis ist der Zustand der betreffenden Wohnung, soweit nach den früheren Untersuchungsergebnissen bekannt, mit gut, mittel oder mangelhaft bezeichnet, und darauf hin treten die Damen ihre Tätigkeit an. Es ist also auch ein städtischer Wohnungsnachweis vorhanden. Besondere Kosten erwachsen aus der Einrichtung nicht.

Auch F r e i b e r g in Sachsen hat eine Anzahl Wohnungspfleger im Ehrenamt. Sie haben sich in den Fällen, wo sie die Wohnung unsauber oder sonst mangelhaft finden, mit einer entsprechenden Meldung an das Wohnungsamt zu wenden.

Das wäre das, was ich über die eingelaufenen Antworten auf die Umfrage zu sagen hätte. Es würde nun unsere Aufgabe sein, daß wir — wie das auch in der Statutenkommission geschehen ist — auf Grund dieser Berichte eine kurze Besprechung anschließen und daß die Herren ihre Meinung äußern, in welcher Weise Sie sich betreffs der Wohnungspflege entscheiden wollen.

V o r s i t z e n d e r: Ganz recht! Die Statutenkommission empfiehlt, die Erledigung des Antrages Frede mit dem Bericht zu verbinden.

Herr H e n k i n g (fortfahrend): Zu der Besprechung, die sich in der Statutenkommission an mein Referat angeschlossen, war auch der Herr Stadtbaumeister Röttcher zugezogen. Wenn auch anerkannt wurde, daß es gewiß wünschenswert sei, daß eine bessere Wohnungspflege, als es bisher möglich war, der Erfolg der Umfrage sein möchte, so wurden doch auch die Bedenken, die schon während der ersten Besprechung des Antrages in der Stadtverordnetenversammlung laut wurden, wieder ausgesprochen, daß wir zu einer wirksamen Wohnungspflege kein genügendes Geis haben, sondern daß wir mit unsern Bestimmungen sozusagen in der Luft schweben und uns der Gefahr aussetzen, daß übelwollende Leute uns Folgsamkeit und Hilfe verweigern. Das wird doppelt unangenehm sein, wenn wir Damen mit der Wohnungspflege betrauen wollen. Auf Grund der Äußerung des Herrn Stadtbaumeisters Röttcher, daß eine Abänderung der Landesbauordnung im Werke ist und bereits Vorarbeiten dazu vorgenommen sind, wurde der Vorschlag gemacht, man möge von einer grundsätzlichen Ände-

rung unserer städtischen Bestimmungen über die Wohnungsinpektion zurzeit noch Abstand nehmen, sollte aber doch, weil die Berichte von den Städten, die ich erwähnt habe, verhältnismäßig günstig waren, dem Antrag Frede-Eckhardt entsprechend, dem Stadtmagistrate empfehlen, versuchsweise unter der Mitwirkung einer Anzahl Damen hier eine Wohnungspflege einzuführen. Seitens des Magistrats wurde uns mitgeteilt, daß die hiesigen Waisenpflegerinnen, die schon seit einer Reihe von Jahren in der Jugendfürsorge eine segensreiche Tätigkeit entfaltet haben, sich bereit erklärt hätten, in der Wohnungsfürsorge mit tätig zu sein. Die Statutenkommission hat mit Freuden von dem höchst dankenswerten Anerbieten Kenntnis genommen und bittet um Annahme des folgenden Antrages:

Die Statutenkommission empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, entsprechend dem Antrage Frede und Genossen, unter Anlehnung an die bestehenden Vorschriften über Beaufsichtigung der Wohnungen in der Stadt Braunschweig vom 15. Juni 1905 auch weibliche Hilfskräfte im Ehrenamt, nämlich die als Waisen- und Armenpflegerinnen tätigen Personen, zur Ausübung der Wohnungspflege hinzuzuziehen.

Es würde der Bestimmung des Stadtmagistrats zu überlassen sein, ob vielleicht eine Dienstantweisung für die Damen ausgearbeitet werden soll.

Herr Frede: Meine Herren. Ich bin sehr erfreut über das Ergebnis der Erhebungen. Ich habe nicht geglaubt, daß die Wohnungspflege in solchem Umfange schon bestände. Für die Wohnungsfrage, die hier schon gestreift und von berufener Seite als schwierig hingestellt ist, interessiere ich mich sehr. Die Wohnungspflege ist jedenfalls ein wesentliches Mittel, die Wohnungsfrage mit lösen zu helfen, und deshalb freue ich mich, daß der Antrag nicht so abgetan ist, wie es im Anfang den Anschein haben konnte. Es erklärt sich das wohl daraus, daß man damals einer fremden Materie gegenüberstand. Aber als ich hörte, daß man Erhebungen veranlassen wollte, hatte ich die feste Zuversicht, daß bei der Sache etwas herauskommen würde. Nun sind wieder Bedenken von Herrn Stadtbaumeister Röttcher ausgesprochen, die auch damals hier ausgesprochen sind und die beinahe verhindert hätten, daß man sich mit dem Antrage eingehend befaßte. Es ist das Bedenken, daß es an einem wirksamen Mittel fehlte, diese Sache nachdrücklich ins Werk zu setzen. Es fällt mir auf, daß, wenn diese Befürchtung begründet sein sollte, von den vielen Städten, von denen Nachrichten hierher gekommen sind, nicht ein Mal dieses Bedenken ausgesprochen und auch nicht gesagt ist, daß dieses Bedenken vorher bestanden hätte,

sondern ohne weiteres wird berichtet, daß man mit der Einrichtung sehr zufrieden sei. — Wenn nun noch darüber Zweifel herrschen, ob man die Sache privat einrichten will, ehrenamtlich, ob man eine Dame oder mehrere damit betrauen will, oder ob man der Sache einen behördlichen Anstrich geben und die Damen fest anstellen will, so muß ich sagen, daß mir das vorläufig als gleichgültig erscheint. Ich bin überzeugt: auch wenn wir die Sache ehrenamtlich einrichten, so wird in dem Maße, wie die Ergebnisse sich klarstellen werden, sich die Notwendigkeit einer gründlichen Wohnungspflege ergeben, und man wird dann auch auf die Mittel verfallen, die zum Ziele führen. Ich bitte sehr um Annahme dessen, was Herr Sanitätsrat Dr. Henking empfohlen hat, denn das ist die Annahme meines Antrages, es möge die Wohnungsaufsicht in gewisser Beziehung reformiert und tunlichst auf eine weibliche Kraft zurückgegriffen werden. Es betrifft das die Wohnungspflege, kurz gesagt, die Wohnungshaltung, und es wird bewiesen werden, daß es sich auch in kleineren Wohnungen gut wohnen läßt, wenn Sauberkeit, Ordnung und gesundheitliche Pflege vorherrscht. Es wird sich auch weiter beweisen, daß eine weibliche Kraft der Frau, deren Aufgabe wesentlich die Wohnungshaltung ist, näher steht und durch sie mehr gewirkt werden kann als durch einen Mann, dem diese Aufgabe zu fern liegt.

Vorjizender: Ich möchte Herrn Frede antworten, daß die Tatsache, daß uns von andern Städten bezüglich der Zulässigkeit der Wohnungspflege Bedenken nicht geäußert sind, darauf beruht, daß die gesetzlichen Unterlagen dort und bei uns verschieden sind. Wir können bei der bei uns vorhandenen gesetzlichen Unterlage entsprechende Vorschriften für uns nicht erlassen. Ob das in andern Bundesstaaten der Fall ist, läßt sich hier nicht übersehen. — Im übrigen möchte ich betreffs der Erledigung des vorliegenden Antrages sagen, daß die Statutenkommission formell und sachlich genau dasselbe empfiehlt, wie bereits das erste Mal. Eine Ergänzung der bestehenden Vorschriften kann auch heute noch nicht stattfinden. An die Anordnungen der Herzoglichen Polizeidirektion und der Baupolizei schließt sich nötigenfalls das bei Ausübung der Wohnungspflege unzulässige Zwangsverwaltungsverfahren. Dem Antrage Frede hat die Statutenkommission grundsätzlich auch das vorige Mal schon zugestimmt, aber empfohlen, daß die Wohnungspflege durch Anschluß an den Frauenverein ausgeübt werden solle. Heute präzisiert dies die Kommission und sagt: durch die als Waisen- und Armenpflegerinnen tätigen Personen. Insofern ist formell und sachlich der Beschluß von damals derselbe wie heute.

Herr Henking: Ich möchte meinem Referate noch hinzufügen: Was über die Zulässigkeit der Wohnungspflege von dem preussischen Gesetze bestimmt wird.

ist mir nicht bekannt. Aber das sächsische Gesetz darüber liegt mir vor. Es hat in der Ausgabe von 1900 in § 163 die Bestimmung, daß durch Ortsstatut über die Instandhaltung und Beaufsichtigung der Wohnung Bestimmungen getroffen werden können. Dort ist also offiziell den Städten das Recht gegeben, derartige Vorschriften zu erlassen. In unserer Landesbauordnung fehlt eine derartige Bestimmung, ein gesetzlicher Zwang kann also hier nicht ausgeübt werden. Das ist ein Fehler, und es wäre sehr wünschenswert, daß die in der Versammlung hier anwesenden Landtagsabgeordneten nach der Richtung ihren Einfluß geltend machen wollten, daß entsprechende Bestimmungen in das Gesetz aufgenommen werden, um die Wohnungspflege wirksam durchzuführen.

Herr Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen halte ich es für wahrscheinlich, daß der Antrag Frede in der Weise, wie die Statutenkommission empfohlen hat, dem Magistrate zur wohlwollenden Berücksichtigung ans Herz gelegt werden wird. In dem Falle hätte ich eine Bitte an die geehrten Herren, deren Erfüllung mir die Durchführung des Gedankens wesentlich erleichtern würde. Ich habe schon die Freude, daß verschiedene Frauen von Stadtverordneten in der Waisenspflege mitwirken. Sollten nach dem Hinzukommen der Wohnungspflege einige fernere Damen ihre Mithilfe zusagen, so würde das ein zielbewußtes Zusammenwirken von Männern und Frauen sein, wie ich es mit allergrößter Freude begrüßen würde. Also: Freiwillige vor!

Der Antrag der Statutenkommission wird angenommen.

14. Wahl zweier Vertreter zu dem am 9. und 10. Juni d. J. in Wolfenbüttel stattfindenden Bramschw. Städtetage.

Aus der Versammlung werden die Herren Voge, Frede, Meyerhoff, Stegmann vorgeschlagen. Die Wahl findet durch Stimmzettel statt. Im ersten Wahlgange erhalten von 27 Anwesenden Herr Voge 14 Stimmen, Herr Frede 12 Stimmen, Herr Stegmann 11 Stimmen, Herr Meyerhoff 9 Stimmen, die übrigen Stimmen sind zersplittert. Herr V o g e ist sonach mit Stimmenmehrheit gewählt.

V o r s i t z e n d e r: Nach unserer Gepflogenheit ist die Wahl nicht noch einmal ganz zu wiederholen, sondern es sind nur für den zweiten Vertreter aufs neue Stimmzettel abzugeben. Es steht den Herren vollständig frei, wen sie wählen wollen.

Im zweiten Wahlgange erhält Herr Frede 13 Stimmen, Herr Stegmann 11, die übrigen Stimmen sind zersplittert.

Im dritten Wahlgange erhält Herr Frede 14 Stimmen. Herr Stegmann 12, ein Zettel ist unbezeichnet. Herr Frede ist damit zum zweiten Vertreter gewählt.

15. Abschluß eines Haftpflichtversicherungsvertrages.

Herr B o g e: Die städtischen Behörden haben im vorigen Jahre beschlossen, einen Haftpflichtversicherungsvertrag mit dem Allgemeinen deutschen Versicherungsverein in Stuttgart auf ein Jahr abzuschließen zu dem Zwecke, Personen, welche sich in einem größeren Werke der Stadt, als: Gaswerk an der Taubenstraße, Wasserwerk am Bienröder Weg, Abwäsepumpstation, Schlachthaus, Neustadtmühle aufhalten, ohne dort beschäftigt oder angestellt zu sein, gegen Beschädigung, die sie in den Betrieben erleiden, zu decken, namentlich die Stadt gegen Ansprüche, die ihr von solchen Personen erwachsen, zu sichern, und zwar in der Weise, daß nicht nur die Stadt gegen die Haftpflicht geschützt ist, sondern auch die Betriebsbeamten der Werke. Es werden seitens des Stuttgarter Versicherungsvereins für jeden einzelnen Schadenfall bis zu 1 000 000 *M* gezahlt, für die einzelne geschädigte Person bis zu 500 000 *M*. Die Prämie beträgt bei 100 Prozent Deckung der Schadenfälle jährlich 477,40 *M*. Es war damals schon vom Stadtmagistrat vorgeschlagen, auf 10 Jahre abzuschließen, wodurch sich die Prämie noch um 10 Prozent, auf 430 *M* ermäßigen würde. Die Stadtverordneten hatten aber beschlossen, die Versicherung nur auf ein Jahr abzuschließen, um dem Magistrat Gelegenheit zu geben, bei anderen größeren, gleichwertigen Versicherungsgeellschaften anzufragen, ob nicht noch günstigere Bedingungen gewährt werden könnten. Das ist seitens des Magistrats geschehen. Es sind Anfragen gerichtet an die Cölnische Unfallversicherung, Aktiengesellschaft, die Frankfurter Transport-, Unfall- und Glasversicherung, Aktiengesellschaft, die Alliance-Versicherungs-Aktiengesellschaft in Berlin, die Preussische National-Versicherungsgeellschaft in Stettin, die Wilhelma in Magdeburg und die Lebens- und Pensions-Versicherungsgeellschaft Janus in Hamburg. Es sind das die Geellschaften, die auch damals genannt wurden. Die zuerst Genannte hat mitgeteilt, daß sie derartige Haftpflichtversicherungen nicht mehr abschließt. Nach den Antworten der übrigen soll die Deckung nicht so hoch sein wie bei der Stuttgarter, die Prämien aber höher. Sie steigen bis zu 1449 *M*, während wir bisher — wie erwähnt — nur 477 *M* bezahlt haben. Der Allgemeine Deutsche Versicherungsverein in Stuttgart, mit dem im vorigen Jahre der Vertrag abgeschlossen war, hat jetzt erklärt, daß er unter den gleichen Bedingungen bei Abschluß auf zehn Jahre die Prämie noch bedeutend herabsetzen würde, nämlich auf 306,68 *M*. Diese Bedingungen sind derartig günstig, daß die Statutenkommission

anheimgibt, der Magistratsvorlage zuzustimmen, diesen Versicherungsvertrag, der Mitte Oktober abläuft, jetzt auf die Dauer von 10 Jahren abzuschließen.

Gleichzeitig bittet der Magistrat in der Vorlage, ihn zu ermächtigen, auch für die neuen, demnächst zusammenhängenden Werke: Grundwasserwerk in Rüningen, Turbinenanlage in Eichenbüttel, Altes Wasserwerk im Bürgerpark, einen gleichen Vertrag abzuschließen, sobald sie in Betrieb genommen sind. Das ist jetzt noch nicht möglich, weil die Werke nicht in vollem Betriebe sind und nicht feststeht, wieviel Personen dort beschäftigt werden. Aus der Anzahl der beschäftigten Personen wird die Prämie für den Versicherungsvertrag berechnet. Die Kommission gibt anheim, auch diesem zweiten Antrage zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt dem Abschlusse des 10jährigen Versicherungsvertrages in beiden Fällen zu.

16. Übernahme der Leitung des Ausbildungskurses für Feuerwehrführer seitens des Kreisbranddirektors.

Herr Sander: Einem Beschlusse auf dem 19. Feuerwehrtage in Stadtdendorff zufolge hat der Feuerwehrausschuß an das Herzogl. Staatsministerium den Antrag gerichtet, Mittel zur Ausbildung der Feuerwehrführer des Landes zur Verfügung zu stellen. Das Ministerium ist der Meinung, daß durch Veranstaltung derartiger Kurse das Interesse am Feuerhilfswesen geweckt wird und die Einheitlichkeit dadurch gefördert wird und hat in Aussicht genommen, zunächst versuchsweise solche Kurse in hiesiger Stadt abzuhalten, deren Leitung dem Herrn Kreisbranddirektor Lehmann hier übertragen ist. Es sollen jedesmal 24 Feuerwehrführer teilnehmen, ein Kursus ist auf 10 Tage berechnet. Herzogl. Staatsministerium hat den Magistrat ersucht, sich darüber zu äußern, ob gegen die Heranziehung des Kreisbranddirektors, welcher für seine Tätigkeit eine angemessene Vergütung erhalten würde, Bedenken bestehen. Nachdem der Magistrat seine Zustimmung zur Leitung der Kurse durch den genannten Beamten ausgesprochen hat, ist der erste probeweise Kursus vom 27. März bis 5. April abgehalten worden. Das Herzogl. Staatsministerium beabsichtigt, diese Kurse später in regelmäßiger Folge zu wiederholen. Der Magistrat gibt den Stadtverordneten anheim, zustimmen zu wollen, daß dem Kreisbranddirektor die in Rede stehende Nebenbeschäftigung gestattet werde, und schreibt: „Die Vervollkommenung der Feuerwehr des Landes kommt infolge der Entlastung der Brandversicherungsanstalt auch der Stadt Braunschweig zugute und überdies dürfte die Abhaltung von Ausbildungskursen sowohl für unsere Wehren als auch für deren Leiter belehrend und anregend wirken.“ — Die Statutenkom-

mission hat die Sache beraten und steht auf demselben Standpunkte wie der Magistrat. Sie bittet, die Vorlage zu genehmigen.

Dem Antrage der Statutenkommission wird entsprochen.

17. Nachverwilligung von Kosten für die ausgeführten Bauten auf dem Feuerlöschgrundstücke.

Herr Fricke: Es ist den Herren bekannt, daß wir in den letzten Jahren eine Summe zum Umbau des Feuerlöschgebäudes bewilligt haben, am 12. November 1908 34 650 *M*, am 30. Juni 1909 42 750 *M*, am 17. Februar 1910 9000 *M*. Die gesamte bewilligte Summe belief sich auf 86 400 *M*, die wirklichen Baukosten dagegen — einschließlich 5000 *M* für Grunderwerb — haben 100 499,94 *M* betragen. Die Kostenanschläge sind darnach um 14 099,94 *M* überschritten. Der Grund dafür liegt in folgendem: Das Stadtbauamt behauptet, daß die genaue Veranschlagung von Umbau- und Ausbesserungskosten immer schwierig sei, weil oft Arbeiten vorkämen, die sich vorher nicht berechnen ließen, auch vorher nicht in Erscheinung treten. Das sei hier der Fall gewesen. Eine Überschreitung des Voranschlages ist durch die neue Heizanlage entstanden, bei der eine Verlängerung der vorhandenen Heizrohre hat stattfinden müssen, sie hat 4000 *M* Kosten verursacht. Das Hofpflaster vor der neuen Remise hat zur Erzielung einer gleichen Höhenlage für die Schwellen der Einfahrtstore auf eine größere Breite aufgenommen und neu hergestellt werden müssen. Der vollständig mürbe gewordene Lehmputz der Decke des neuen Schlaffaales hat durch neuen Kalkputz ersetzt werden müssen. Die Herren wissen, daß die unteren Räume anders eingerichtet sind, so daß die Türen automatisch sich öffnen. Bei den Abstützungsarbeiten in diesem Räume hat es sich als nötig herausgestellt, neue Gewölbeträger und Unterzüge anzubringen, sowie neue Eisenstützen aufzustellen. Eine nicht unwesentliche Erhöhung der Kosten wurde durch nachträglich beschlossene Herrichtung eines vierten hofseitigen Einfahrtstores für die neugeschaffene Fahrzeugremise herbeigeführt. Wie die Sachverständigen erklären, haben sie gesehen, daß alles vorsichtig und ordnungsgemäß behandelt ist, und da die Arbeiten ausgeführt sind, so müssen sie auch bezahlt werden. Der Magistrat stellt sich auch auf den Standpunkt, daß ein Abweichen der wirklichen von den veranschlagten Kosten in dem sich hier ergebenden Maße ungewöhnlich und bedauerlich sei, daß aber, nachdem die Kosten tatsächlich aufgewandt sind, er beantragen müsse, die Überschreitung zu bewilligen. Die Baukommission hat sich auf denselben Standpunkt gestellt und empfiehlt Ihnen, die Nachverwilligung der 14 099,94 *M* auszusprechen zu wollen.

Die geforderte Summe wird nachverwilligt.

18. Verkauf von Terrain an der projektierten Straße Nr. 38.

Herr R i e k e: An die Stadtverordnetenversammlung ist seitens des Magistrats folgendes Schreiben gerichtet:

„Die Stadt hat vor einigen Jahren die in der Hauptsache zum Ausbau der projektierten Straßen 32 und 38“ — das ist die Straße, die von der Korfesstraße nach dem Riddagshäuserwege zu zieht — „erforderlichen Kolossischen Pläne 62 und 63 angekauft. Entbehrlich von dem erworbenen Gelände ist unter anderem eine zu 99 qm vermessene Fläche, die nach dem Ortsbauplan dem angrenzenden Uhdeischen Grundstücke zugelegt werden soll. Uhde hat jetzt um Überlassung dieser Parzelle gebeten und sich bereit erklärt, den von uns angemessen gehaltenen und geforderten Preis von 10 *M* pro qm zu zahlen. In der Annahme, daß die geehrten Herren grundsätzliche Bedenken gegen der Verkauf nicht hegen würden, haben wir den beiliegenden notariellen Kaufvertrag abgeschlossen. Wir ersuchen, dem Vertrage gefälligst zuzustimmen.“ — Der Vertrag hat der Baukommission vorgelegen; sie hat keine Bedenken dagegen gefunden und gibt anheim, ihn zu genehmigen.

Dem Vertrage wird seitens der Versammlung zugestimmt.

19. Entsendung städtischer Beamten nach der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden.

Herr J a s p e r: In Dresden ist gegenwärtig eine internationale Hygieneausstellung veranstaltet. Der Magistrat ist der Ansicht, daß sie für diejenigen, die sich mit gesundheitlichen Aufgaben im Gebiete der Stadtverwaltung zu befassen haben, in hohem Maße belehrend und anregend sein werde, und hält es deshalb für zweckmäßig, einer Reihe städtischer Beamten, nämlich dem Stadtarzt Sanitätsrat Dr. von Holwede, dem Schuldirektor Prof. Dr. Rehschuh, dem Kreisbranddirektor Lehmann, dem Baurat Osterloh und dem Baubewalter Steckhan mit städtischem Zuschuß Gelegenheit zur Besichtigung der Ausstellung zu geben. Jedem der Oberbeamten soll ein Reisezuschuß von 100 *M*, dem Bauverwalter Steckhan ein solcher von 60 *M* gewährt werden, und zwar zu Lasten des Kap. XIV³ der ordentlichen Ausgabe der Kammereikasse. Die Finanzkommission hat den Vorschlag des Magistrats für sehr zweckmäßig gehalten und empfiehlt Ihnen, dem Antrage zuzustimmen.

Außerdem hat der Magistrat uns anheimgestellt, auch darüber Beschluß zu fassen, ob und wie viele Herren aus unserer Mitte aus dem gleichen Grunde zur Ausstellung entsandt und mit einem Zuschuß ausgestattet werden sollen. Die Finanzkommission hält es für zweckmäßig, daß auch einige Stadtverordnete die

Ausstellung besuchen, und schlägt vor, drei Herren zu entsenden und je 100 *M* Reisezuschuß aus dem gleichen Fonds dafür zu bewilligen. Die Wahl der Personen will die Kommission ohne ihrerseits Vorschläge zu machen, der Versammlung überlassen. Ich bitte, auch dem zuzustimmen.

Als persönliche Bemerkung möchte ich meinem Berichte hinzufügen, daß es sich vielleicht empfehlen würde, daß die entsandten Herren auch dadurch zur Hygienisierung unserer Stadt beitragen, indem sie sich darnach umsehen, wie unser leidiges Müllabfuhrwesen, das auch in dem Artikel der Frankfurter Zeitung Staub aufgewirbelt hat, verbessert werden kann.

Die Versammlung ist mit der Entsendung der vorgeschlagenen Beamten, sowie dreier Herren aus der Stadtverordnetenversammlung einverstanden und bewilligt die angeforderten Mittel. Die Abstimmung durch Stimmzettel ergab die Wahl der Herren Leue, Riecke und Kleinfnecht.

20. Vermietung zweier Wohnungen in städtischen Grundstücken.

Herr Meyerhoff: Der Stadtmagistrat schreibt an die Stadtverordneten: „Infolge der von den städtischen Behörden beschlossenen Einrichtung einer Schuldienerwohnung in dem stadtseitig erworbenen Hause Kreuzstraße 111 a ist die Räumung mehrerer in demselben vermieteten Wohnungen erforderlich geworden. Wir haben deshalb dem Buchbinder L. Lange, dem Tischler R. Fischer und dem städtischen Arbeiter Ludw. Fricke die von diesen benutzten Wohnungen zum 1. Juli d. J. gekündigt. — Da der städtischen Bauverwaltung daran gelegen war, mit den auszuführenden Bauarbeiten schon im April d. J. beginnen zu können, hatte der letztgenannte städtische Arbeiter Fricke sich bereit erklärt, sofern ihm stadtseitig eine andere Unterkunft gewährt werde, seine Wohnung schon zum 1. April d. J. zu räumen. Dabei hatte er den Antrag gestellt, es möge ihm nach beendetem Umbau von den zur weiteren Vermietung zur Verfügung bleibenden drei Wohnungen eine gegen den von ihm bisher gezahlten Mietpreis von jährlich 260 *M* überlassen werden. Wir haben ihm die Zusicherung erteilt, daß diesem Antrage zum 1. Juli d. J. stattgegeben werden solle. Gleichzeitig haben wir ihm bis dahin die freigewordene frühere Schuldienerwohnung in der 1. unteren Bürger Schule an der Reichsstraße überwiesen. — Nach einem Berichte der städtischen Bauverwaltung bleibt das letztgedachte Haus voraussichtlich noch längere Zeit erhalten. Da das Gebäude zu Schulzwecken nicht zu verwenden ist, dürfte es sich empfehlen, dem p. Fricke die ihm jetzt überwiesene Wohnung in demselben gegen Zahlung eines jährlichen Mietpreises von 216 *M* zu belassen und die für ihn zum 1. Juli d. J. bestimmte Wohnung in dem Hause Kreuzstraße 111 a an den in letzterem jetzt wohnhaften, zum 1. Juli d. J. ge-

kündigten Buchbinder Lange für den gleichen Mietspreis zu vermieten. Sowohl Fricke als auch Lange sind mit diesem Vorschlage einverstanden."

Demnach gibt der Magistrat anheim: sich mit der Vermietung der beiden Wohnungen an die beiden vorgenannten Mieter einverstanden erklären zu wollen: — Die Baukommission hat die Angelegenheit geprüft und bittet die Versammlung, die Genehmigung zu dem Vorschlage des Magistrats auszusprechen.

Die Versammlung ist mit der Regelung der Angelegenheit einverstanden.

21. Um- und Erweiterungsbau am Bürgerparkrestaurant.

Herr R a j e: Die Vorlage ist dadurch entstanden, daß die Räume, die der Pächter der Wirtschaft im Bürgerpark für Wohnzwecke benutzt hat, sich als ungenügend herausgestellt haben. Der Wirt hat für sich überhaupt nur zwei Räume im Erdgeschoß. Das Schlafzimmer liegt inmitten des Geschoßes und hat keine direkte Zuführung von Licht und Luft von außen. Eine solche Wohnung von nur 2 Zimmern würde auch bei einem Wirt mit Familie auf jeden Fall unzureichend sein und bei einem Vertrage mit einem andern Wirt unbedingt erweitert werden müssen. Außerdem entspricht sie nicht den gesetzlichen Bestimmungen, und so ist es dringend nötig, daß Abhilfe geschaffen wird. — Es ist nun ein Projekt entstanden, welches vom Magistrat zur Annahme empfohlen wird und das sich auf einen Umbau eines Teiles des Hauses und auch auf einen Anbau erstreckt. In dem Neubau soll ein Keller angelegt und dadurch der jetzt nicht in genügendem Maße vorhandene Keller ergänzt werden. Darüber würden fünf Wohnräume eingerichtet werden und im Erker zwei Wohnräume, die allerdings für den Wirt nicht Bedürfnis sind. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die im Dachgeschoß gelegenen Schlafräume für das Dienstpersonal nicht verputzt und verschalt sind und auch hinsichtlich der Zugänglichkeit nicht den Bauvorschriften entsprechen. Auch dies soll geändert werden. Für die Erweiterungs- und Umbauten ist eine Summe von 21 500 M erforderlich. Der Wirt hat sich verpflichtet, die ganze Bausumme mit 5 Prozent zu verzinsen. Durch den Umbau würde in dem jetzigen Hause an Stelle des Schlafrums des Wirts ein Gang, der als Anrichterraum benutzt werden kann, und eine Spülküche entstehen, die auch für den Wirtschaftsbetrieb ein unbedingtes Erfordernis ist. Es muß darnach als richtig angesehen werden, daß der Umbau in der gedachten Weise vorgenommen wird. Die Baukommission empfiehlt, den Vorschlägen des Magistrats zuzustimmen.

Der Umbau nach dem vorgelegten Projekte wird genehmigt und die 21 500 M bewilligt.

22. Anfrage Stegmann wegen Mitteilung an die Reichsregierung über angebliche Mißwirtschaft in hiesigen Krankenkassen.

Die Anfrage lautet: Kann der Magistrat Auskunft geben, welche Braunschweigische Behörde der Reichsregierung über angebliche Mißwirtschaft in hiesigen Krankenkassen Mitteilung gemacht hat, sowie darüber, wie die gemachten Angaben lauten.

Herr Stegmann (zur Begründung): Der Verlauf der Beratungen der Reichsversicherungsordnung im Reichstage dürfte Ihnen allen bekannt sein. Der Schlag, der gegen die Krankenkassen von langer Hand vorbereitet ist und zur Ausführung gelangte, bezweckt die Vernichtung des Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen. Die Reichsregierung suchte den Schein der Objektivität möglichst zu wahren und operierte in der Sitzung vom 11. Mai mit verschiedenen Äußerungen und Mitteilungen städtischer Behörden über Mißstände, die in den Ortskrankenkassen vorgekommen sein sollten. Sie sollten insbesondere darin bestehen, daß national gesinnte Kassenvorstandsmitglieder aus ihren Ämtern hinausbugsiert sein sollten. Der Herr Ministerialdirektor Caspar, der darüber Mitteilung machte, führte mehrere Orte als Beweis dafür an und unter anderen auch eine Äußerung einer Braunschweigischen Behörde. In den hiesigen Kreisen der Krankenkassenmitglieder hat diese Mitteilung des Ministerialdirektors lebhaftes Erstaunen und Empörung hervorgerufen. Niemandem ist bewußt, daß hier derartiges passiert ist, und es besteht der allgemeine Wunsch, zu wissen, wer diese Mitteilungen nach Berlin berichtet hat, wie sie lauten, ob sie verlangt worden sind oder ob diese Hilfe der Regierung freiwillig geleistet worden ist. Alle diejenigen, die mit den Kassenverhältnissen vertraut sind, wissen, daß eine Hebe seit vielen Jahren besteht, daß viel gesucht wird, aber niemals etwas Positives hat bewiesen werden können. Zahlreiche Kongresse haben sich mit der Angelegenheit befaßt und haben in voller Öffentlichkeit, zum Teil unter der Beibehaltung von Behörden festgestellt, daß die Verleumdungen von gewisser Seite unwahr waren. Die Arbeitgebervorsitzenden und Kassen-Vorstandsmitglieder haben einstimmig auf den Kongressen erklärt, daß alle diese Beschuldigungen unwahr seien. Trotzdem wird der Verleumdungsfeldzug fortgesetzt, um das Ziel zu erreichen, das Selbstverwaltungsrecht der Kassen zu vernichten. Auf Grund der in jenen Sitzungen gemachten Mitteilungen haben sich auch die sämtlichen hiesigen Ortskrankenkassenvorstände zusammengetan und in den hiesigen Zeitungen einen Protest erlassen, den Sie wohl alle gelesen haben werden. Ich will nicht diese lange Erklärung verlesen, sondern nur bemerken, daß die Ortskassenvorstände bestreiten, in der angegebenen Richtung hier jemals gehandelt zu

haben. Es sei ihnen niemals etwas bekannt geworden von der Mündigung national gesinnter Klassenbeamten und ihrem Ersatz durch sozialdemokratisch gesinnte. Die Ortsvorstände hätten sich niemals um die Parteizugehörigkeit der Mitglieder gekümmert, und die meisten Vorstandsmitglieder hätten überhaupt nicht gekußt, ob die Klassenbeamten dieser oder jener Partei angehören. Sie bedauern deshalb sehr, daß solche einseitige Mitteilungen, die die endgültige Be- schlußfassung in der Gesetzgebung schwer beeinflussen können, abgesandt sind, und bemerken zum Schluß, daß sie mit Entschiedenheit die Anschuldigungen als un- wahr zurückweisen und die Bitte aussprechen müssen, daß in der 3. Lesung dem Plenum des Reichstages von diesem Widerspruch Kenntnis gegeben wird. Unter- zeichnet ist der Protest von den Vorstandsmitgliedern von 8 Klassen, sowohl von sämtlichen Arbeitgeber- wie von den Arbeitnehmervertretern.

Meine Herren! Sie sehen, daß es ein sehr berechtigter Wunsch ist, daß Braunschweigs Einwohnerschaft erfährt, wer diese Mitteilungen gemacht hat. Ich will nicht annehmen, daß der Magistrat in diesem Verleumdungsfeldzuge Waffen geliefert hat. Immerhin ist es nicht recht begreiflich, wenn andere, höhere Behörden es gewesen sein sollten, z. B. das Ministerium, wie die es über die Köpfe des Magistrats hinweg hätten tun können. Ich möchte den Magistrat bitten, uns klaren Wein einzuschenken, wer diese Mitteilung gemacht hat. Nicht nur die Krankenkassenmitglieder, die nach Tausenden zählen, haben ein Interesse daran, zu erfahren, von wem solche Verdächtigungen ausgehen, auch die gesamte Einwohnerschaft hat ein Interesse, daß Klarheit geschaffen wird, und das liegt eigentlich auch im Interesse des Magistrats selbst.

Herr Stadtrat Wagner: Meine Herren! Der Magistrat ist sehr im Zweifel darüber, ob hier das richtige Forum ist, über diese Angelegenheit zu Gericht zu sitzen; statt an amtlicher Stelle um Aufklärung nachzusehen, haben die Krankenkassen unserer Ansicht nach einen unrichtigen Weg gewählt, indem sie in die Öffentlichkeit gingen. Nachdem das aber geschehen ist, hält es der Magistrat für angebracht, seine Stellungnahme darzulegen und zu begründen. Was die Sache selbst betrifft, so hat selbstverständlich der M a g i s t r a t die Aus- kunft nach Berlin erteilt, auf die sich der Herr Ministerialdirektor Caspar ge- stützt hat. Ich wüßte nicht, wer sonst Auskunft erteilt haben sollte als die Auf- sichtsbehörde der Krankenkassen. Das ist auch einer Deputation der Kranken- kassenvorstände, die gleich an demselben Tage, an dem der Reichstagsbericht er- schien, bei mir war, mitgeteilt, und ich vermute auch, daß diese Herren die weitere Verfolgung der Sache angeregt haben. Das Schreiben datiert vom 27. No- vember 1909 und ist selbstverständlich nicht ohne Veranlassung nach Berlin ge- schickt, sondern auf eine amtliche Anfrage hin, die wir nach unserer gewissen-

haften Überzeugung durch Vermittlung unserer vorgesetzten Behörde beantworten mußten. Das Schreiben lautet:

„Auf das Schreiben vom 20. November erwidern wir Ihnen ergebenst, daß uns besondere Fälle von Mißbräuchen bei den unserer Aufsicht unterstellten Krankenkassen nicht bekannt geworden sind.

Wir haben allerdings den Eindruck gewonnen, als ob bei verschiedenen Ortskrankenkassen die sozialdemokratisch gesinnten Arbeitnehmervertreter im Vorstand ihr Stimmenübergewicht dazu benutzt haben, ihre politischen Gesinnungsgenossen in besoldete Kassenposten zu bringen, so z. B. bei den Ortskrankenkassen für Metallarbeiter und für das Handelsgewerbe. Ferner hat der Umstand, daß die sozialdemokratischen Arbeitnehmer-Beisitzer in der Ortskrankenkasse für Metallarbeiter öfter die Arbeitgeber-Beisitzer in wichtigen Angelegenheiten überstimmt haben, dazu geführt, daß seit einigen Jahren kein einziger Metallindustrieller, sondern nur Handlungsgehilfen als deren Vertreter dem Kassenvorstande angehören.

Mißbräuche, wie sie in anderen Orten nach Preßberichten vorgekommen sind, z. B. Beurlaubung sozialdemokratischer Kassenbeamter zum Zwecke der politischen oder gewerkschaftlichen Agitation, Rücksichtnahme auf deren politische Gesinnung oder gewerkschaftliche Organisation bei der Behandlung von Unterstützungsansprüchen der Kassenmitglieder, haben wir nicht beobachtet.“

Nun hat allerdings der Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern nur den mittelften Satz, der für seinen Zweck die größte Bedeutung hatte, verlesen, und den Anfang und Schluß des Schreibens nicht mitgeteilt. Nimmt man beides dazu, so gibt der ganze Bericht ein etwas anderes Bild. Es ist hier ausdrücklich erklärt, daß politische Mißbräuche nicht bekannt geworden sind, dagegen haben wir uns verpflichtet gefühlt, den Eindruck zu berichten, den wir gewonnen haben, daß allerdings das Hineinrücken sozialdemokratischer Personen in fest besoldete Kassenbeamtenposten in Braunschweig zu beobachten wäre, zum Beispiel bei den beiden genannten Kassen. Nun kann ja ein Eindruck leicht täuschen. Wir haben es seinerzeit nicht für nötig gehalten, eine besondere Untersuchung anzustellen und auszufundschaffen, wer die betreffenden Personen waren, haben sie überhaupt nicht gekannt. Erst wenn ein besonderes Ersuchen an uns gekommen wäre, hätten wir vielleicht nähere Ermittlungen darnach angestellt. Wir haben uns aber bei zuverlässigen Persönlichkeiten, die diesen Kreisen nahe standen, erkundigt und von denen diese Auskunft erhalten, die sich auch mit meinen Beobachtungen (ich führe seit 1904 dieses Ressort) decken. Wir können diesen Punkt unseres Schreibens nicht berichtigen, wie es die Ortskrankenkassen gern möchten. Nachdem in den Zeitungen die Sache erörtert und anzunehmen war, daß hier in der Versammlung auf die Angelegenheit zurückgegriffen wer-

den würde, haben wir uns jetzt näher erkundigt und haben dabei über die beiden Klassen folgendes ermittelt: Bei der Ortskrankenkasse für das Handelsgewerbe sind vier bezahlte Klassenbeamte angestellt. Von zweien von diesen ist festgestellt, daß sie sowohl politisch in der Sozialdemokratie organisiert sind, wie auch in einer ihr nahestehenden freien Gewerkschaft. Von den beiden anderen Personen ist nichts ermittelt worden; die eine scheint dieser Richtung nicht anzugehören, der andere ist noch ein junger Mensch. Bei der Kasse für die Metallarbeiter liegt die Sache so, daß in früheren Jahren, in einer Zeit, wo die Gegensätze noch nicht so scharf hervorgetreten sind wie in neuerer Zeit, nichts auf die politische Parteistellung gegeben ist. Dagegen ist es auffällig, daß die in den letzten Jahren angestellten Beamten durchweg politisch sozialdemokratisch organisiert sind, wie auch freigewerkschaftlich. Es handelt sich um drei Personen, sämtlich Metallarbeiter, außerdem um einen Schneider, die angestellt sind, ohne den Ausbildungsgang des Bureaubeamten durchgemacht zu haben. Außerdem würde in Betracht kommen ein Herr, der bis vor kurzem als besoldeter Beamter bei der Metallarbeiterkasse beschäftigt war und von der Gemeinsamen Ortskrankenkasse übernommen ist. Wenn man diese Tatsachen, die wir jetzt ermittelt haben, in Betracht zieht, so wird man zum mindesten anerkennen müssen, daß der Eindruck den wir damals gewonnen hatten, ein richtiger gewesen ist.

Herr J a s p e r beantragt, eine Besprechung der Anfrage eintreten zu lassen, was von der Versammlung angenommen wird.

Herr S t e g m a n n: Es freut mich, daß Herr Stadtrat Wagner offen erklärt hat, daß doch vom Magistrat aus diese Mitteilungen gemacht worden sind. Der Herr Stadtrat sucht die Sache als nicht so schlimm hinzustellen, wie sie dort in Berlin aufgefaßt ist. Jedenfalls ist es doch schlimm genug, daß überhaupt über angeblich bestehende Mißstände dorthin berichtet worden ist. Ich bestreite, daß solche hier bestehen. Sind das Mißstände, wenn die Klassenmitglieder in einer Stadt wie Braunschweig, wo allein über 14 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wohnen, wo die meisten Krankenkassenmitglieder gewerkschaftlich organisiert sind, wo jedenfalls ziemlich die Hälfte oder ein gutes Drittel der Klassenmitglieder der sozialdemokratischen Partei angehört, daß solche Mitglieder Leute zu den Klassenämtern wählen, welche der sozialdemokratischen Partei angehören? Das ist doch selbstverständlich! Ist damit ein Mißbrauch verbunden, wenn, wie in einigen Fällen angeführt worden ist, in den Klassen vier Angestellte der sozialdemokratischen Partei angehören? Woher kann überhaupt der Magistrat wissen, ob die Leute dieser Partei angehören? Ich bezweifle es noch, aber wenn es auch der Fall wäre, so ist das durchaus kein Mißstand. Es

kommt doch darauf an, ob Klassenbeamte aus ihren Stellungen hinausbugliert sind, um Sozialdemokraten hineinzubringen, und das wird niemand beweisen können. Jedenfalls steht das eine fest, daß der Magistrat einen Fehler damit gemacht hat, Waffen gegen die Krankenkassen zu liefern, ohne sich vorher näher zu erkundigen. Das Mißtrauen, das er damit hervorgerufen hat, ist berechtigt. Zweifellos wird die große Masse der Klassenmitglieder, die noch Vertrauen zum Magistrat gehabt hat, es durch diesen Streich des Magistrats verloren haben.

Herr Loeßigk: Es ist nötig, daß die Angelegenheit nicht bloß von einer Seite beleuchtet wird. Ich habe, solange die Krankenkassen existieren, Sitz im Vorstand und bin im dritten Jahr Vorsitzender einer Klasse. Ich habe von seiten des Magistrats die Zusicherung erhalten, daß unsere Klasse zu denjenigen gehört, die nur im Interesse der Klasse verwaltet werden und jede politische Frage vermieden hat. Wer aber lange im Krankenkassenwesen steht (ich kenne es schon von der Gemeinsamen Ortskrankenkasse her), den wird es schließlich nicht wundern, wenn er sieht, wie die Sachen laufen. Um Ihnen ein Bild zu geben, wie wenig Interesse heute die Arbeitgeber an der Klasse nehmen, möchte ich anführen, daß in den Versammlungen unserer Klasse, wo 90 Delegierte anwesend sein müßten, 60 Arbeitnehmer und 30 Arbeitgeber, ich schon seit langer Zeit der einzige aus den Kreisen der Arbeitgeber gewesen bin, wenn nicht einmal der eine oder andere sich einfindet. Wir müssen in dem Punkte gerecht sein. Ich habe schon vorausgeschickt, daß in unserer Klasse nie politische Sachen berührt worden sind, aber wenn dann, wie Herr Stegmann ausführte, die Wahlen für sozialdemokratische Mitglieder ausfallen, so kann man sich darüber nicht wundern. Das habe ich auch in der Gemeinsamen Ortskrankenkasse gesehen. Überall entscheidet die Majorität, doch gebe ich die Versicherung, wenn von den Arbeitgebern den Klassen mehr Interesse gezeigt worden wäre, dann würden diese Verhältnisse nicht so weit gekommen sein. Nennen Sie das nicht Mißstände! Es sind Verhältnisse, die aus den Klassen herausgewachsen sind; die Arbeitnehmer sitzen allein da und wählen, wenn dann die Wahl nicht zugunsten der Arbeitgeber ausgefallen ist, so ist es leicht, hinterher zu schimpfen. Das geschieht bei uns auch. Das sind aber Verhältnisse, die wir als Arbeitgeber zum größten Teil mit verschuldet haben, und das ist sehr bedauerlich. Aber vom Standpunkt des Rechtsgefühls sage ich mir: wo überall die Majorität gilt, da gilt sie auch hier und daß die Herren vielleicht nach ihrer Ansicht ihre Freunde in die Leitung der Klasse hineinbringen, das tun wir auch.

Herr Nasper: Ich will auf die Ausführungen des Herrn Stadtverordneten Loeßigk nicht eingehen, es würden das Erwägungen gesetzgeberischer Art sein, die im Reichstag angestellt werden müßten. Mir genügt, daß Herr Loe-

schick, der Vorsitzender, Arbeitgebervorsitzender ist, ausdrücklich erklärt hat, daß Mißstände in der Klasse, der er vorsteht und über die er Beobachtungen machen konnte, nicht vorgekommen sind, und daß er hier feststellt, daß eine große Gleichgültigkeit bei den Arbeitgebern vorhanden ist, so daß die auch künftig keinen Grund haben, das Klassenwesen besonders pflegen zu wollen. Was mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, ist die eigenartige Art und Weise, wie der Vertreter der Reichsregierung den Bericht des Magistrats verwandt hat. (Sehr richtig!) Das grenzt doch an den Grundsatz: Gib mir drei Worte von einem Menschen, dann werde ich ihm schon einen Strick daraus drehen. Und wenn der Herr Stadtverordnete Henking das Wort Verleumdungsfeldzug besonders als austüßig von seinem Standpunkt aus empfand, so kann man wohl sagen, daß bei der Art und Weise, wie der Bericht verwandt worden ist, mit dem Ausdruck kaum zu viel gesagt ist. Nimmt man den ganzen Bericht, so ist in zwei von drei Sätzen gesagt, es ist kein Mißstand vorhanden. Man verschweigt das Negative, das hier klar und deutlich gesagt wird. Wenn man das tut, dann fälscht man, dann will man einen anderen Eindruck hervorrufen, dann will man Stimmung machen, bewußt herabziehen. Die deutsche Sprache bezeichnet ein derartiges Vorgehen so, wie es Herr Stadtverordneter Stegmann getan hat. Das an die Adresse des Reichsvertreters!

Aber auch die Art und Weise, wie der Magistrat hier vorgegangen ist, verdient nicht die Billigung der Versammlung, sondern müßte, glaube ich, gerügt werden. Es ist doch einigermaßen befremdlich, daß der ungewisse Eindruck, den man durch Nachforschungen ergänzen mußte, hier gleich berichtet wird, der lediglich sich darauf gründet, daß man von einzelnen Personen über einen ganz geringen Bruchteil von Klassen zu wissen glaubt, daß sie freigewerkschaftlich oder sogar sozialdemokratisch organisiert sind. Der Herr Stadtrat hat hervorgehoben: In der Klasse für das Handelsgewerbe und für die Metallarbeiter sind Beamte, die dieser Richtung angehören, dem älteren Personal aber kann ich nicht das geringste nachsagen. Einen Freiorganisierten hat er sogar besonders hervorgehoben, der ursprünglich der Metallarbeiterklasse angehörte und herübergenommen sei. Mir ist bekannt und dem Herrn Stadtrat auch, daß gerade die Vorschläge dieses Mannes zur Reorganisation der einzelnen Klassen die Billigung von höherer Stelle gefunden haben. Wenn der Mann in dieser Weise von einer Stelle, der ich besonderes Vertrauen nicht entgegenbringe, die aber vielleicht bei dem Herrn Stadtrat sich einer derartigen Wertschätzung erfreut, Anerkennung gefunden hat und auch von einem anderen Klassenvorstande, besonders von den Arbeitgebermitgliedern Anerkennung findet, so wird man nicht sagen können, dieser Mann habe sein Amt mißbraucht. Man wird nicht sagen können: Der hat in uns den Eindruck hervorgerufen, daß er Mißstände in den Klassen groß

werden läßt, wo er von einer anderen Klasse herübergenommen ist, weil er als technisch geeignet angesehen wird. Was bleibt dann an greifbaren Unterlagen übrig, die den Herrn Stadtrat zu einem derartigen Verdammungsurteil hier berechtigen. Zuverlässige Personen haben ihm etwas gesagt. Das erinnert mich als Kriminalisten an den „großen Unbekannten“. Wenn man selber keine Wahrnehmung macht, dann kommen aus dem dunklen Grunde die Hinterleute, die hier, ohne Verantwortung vor der Öffentlichkeit, das Blaue vom Himmel herunter jagen können. Wenn der Herr Stadtrat in seinem Bericht vorsichtig sein wollte, dann mußte er sagen, daß ihm zuverlässig erscheinende Männer den Eindruck hatten, aber keine Tatsachen anbringen konnten. Denn das kann man nicht als Mißstand bezeichnen, daß Kassenangestellte freigewerkschaftlich oder politisch organisiert sind. Diese Tatsache, die allein der Herr Stadtrat anführt, um seinen Eindruck zu erhärten, soll ausreichend erscheinen. Als ob es nicht das gute Recht jedes Kassenmitgliedes, jedes Kassenangestellten wäre, sich beruflich, politisch zu organisieren, wie er will. Ich weiß nicht, woher Herrn Stadtrat diese Kunde gekommen ist über die politische und freigewerkschaftliche Zugehörigkeit. Er weist es von sich, Espionage zu treiben. Herr Loeßhigß wird mir auch bestätigen, daß bei der Anstellung der Kassenbeamten nicht erst ein politisches Glaubensbekenntnis abgelegt wird. Es wird nicht gefragt: Bist du Sozialdemokrat, bist du Welfe, bist du Anhänger des Reichsverbandes, bist du Angehöriger der geltenden vaterländischen Arbeitervereine. Ich weiß, daß eine ganze Reihe Welfen angestellt sind, sie sind mir persönlich bekannt. Da würde der Herr Stadtrat sagen: Ich habe den Eindruck, daß die Kassen mißbraucht werden für die welfischen Bestrebungen. Wenn in einzelnen Kassen zwei Leute gewerkschaftlich und politisch organisiert sind, so kann man doch nicht sagen, daß damit dem Herrn Ministerialdirektor eine Handhabe geboten ist, von Mißständen in den braunschweigischen Kassen zu reden. — Im übrigen beziehe ich mich auf das, was Herr Stadtverordneter Stegmann gesagt hat. Es ist selbstverständlich, daß in einer Angelegenheit, die die Arbeiter unmittelbar angeht und mehr Interesse für sie hat als für die Arbeitgeber, weil es ihr Fleisch ist und ihr Leiden, das da behandelt werden soll, daß sie Männer ihres Vertrauens wählen. Daraus ist doch solange kein Vorwurf zu machen, als die Gewählten dieses Amt nicht mißbräuchlich, sondern so verwalten, wie es dem Amt zukommt. Daß das anders gewesen ist, wird der Herr Stadtrat nicht sagen können, und er wird künftig einem derartigen Ministerialdirektor gegenüber, der in solcher Weise Berichte zitiert, vorsichtiger sein.

V o r s i e n d e r: Seitens des Herrn Stadtrats ist gesagt, daß die Mitteilungen des Magistrats nicht vollständig wiedergegeben sind. Nun hat Herr

Dr. Jasper dies dahin ausgelegt, daß aus dieser teilweisen Zitierung eine bewußte Herabsetzung und eine Fälschung geworden sei. In Rücksicht darauf, daß der Wortlaut der Rede des Regierungsvertreters nicht vorliegt, halte ich eine solche Behauptung mindestens für sehr gewagt.

Herr Stadtrat Wagner: Ich muß es entschieden zurückweisen, daß ich zunächst für meine Person mich auf den „großen Unbekannten“ berufen wollte. Nicht ich persönlich habe den Bericht nach Berlin geschickt, sondern der Magistrat hat das getan. Niemals würde ich allein einen derartigen Bericht durch unsere vorgelegte Behörde an das Reichsamt des Innern gelangen lassen, bevor ein Magistratsbeschluß gefaßt ist. Meine Person scheidet also bei dieser Angelegenheit ganz aus. Was in dem Bericht gesagt ist, glauben wir verantworten zu können und aus den Äußerungen des Herrn Dr. Jasper und des Herrn Stegmann habe ich entnommen, daß das, was ich geschrieben habe, auch den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Dasselbe haben auch unsere neuerdings angestellten amtlichen Ermittlungen ergeben. Es ist in dem Bericht nicht behauptet, daß irgendwelche Mißstände hervorgetreten sind, trotzdem wird von Herrn Stegmann wie auch von Herrn Dr. Jasper wiederholt darauf herumgeritten. Im Gegenteil, ich habe betont, es wäre kein Mißstand hervorgetreten. Die Herren haben ausdrücklich erklärt, es wäre den Klassenmitgliedern gar nicht zu verdenken, daß sie ihre Gesinnungsgenossen in die Klassenämter hineinbrächten. Haben wir denn nach Berlin berichtet, daß es etwas Unzulässiges wäre, wenn sie das täten? Wir haben nur die Tatsachen pflichtgemäß nach Berlin berichtet. Es ist ferner gesagt, wie wir denn festgestellt hätten, daß die Betroffenen politisch sozialdemokratisch organisiert sind. Das beruht auf amtlichen Erkundigungen. (Zuruf: Polizei? — Wird bejaht. — Zuruf: Also doch schwarze Listen!) Es ist ferner davon die Rede gewesen, daß von uns behauptet wäre, national gesinnte Klassenangestellte wären hinausbugliert, um den Sozialdemokraten Platz zu machen. Wo steht das in unserm Bericht? Ich weiß gar nicht, wer die Vorgänger in den Klassenämtern gewesen sind. Sämtliche Namen sind mir bis vor kurzem unbekannt gewesen, ebenso die Persönlichkeiten. Ich glaube, daß unter diesen Umständen, die Vorwürfe, die uns gemacht worden sind, ungerechtfertigt sind, und bleibe dabei, daß ich das, was ich geschrieben habe, auch verantworten kann.

Herr Stegmann: Der Herr Stadtrat hat gesagt, es wäre nur hinberichtet, was tatsächlich zutage getreten wäre. Was wollten Sie denn damit bezwecken. Sie wollten doch in dieselbe Kerbe hauen, in die alle Scharfmacher seit Jahren hauen, damit das Gesetz so ausfallen möge, wie die Reichsregierung

es wünscht. Der Herr Stadtrat hat erwähnt, daß mehrere Beamte tatsächlich angestellt seien, die der sozialdemokratischen Partei angehören. Dazu möchte ich bemerken, daß der erste von diesen Beamten erst nach der Mitteilung des Magistrats nach Berlin angestellt ist, der zweite erst im Januar oder Februar dieses Jahres. In Wirklichkeit war also nur einer von den betreffenden Beamten zu jener Zeit schon im Kassenvorstande. Der Magistrat hat die Erkundigungen erst nachträglich eingezo gen, und zwar erst in diesen Tagen. Warum tat er das jetzt noch? Weil er selbst fühlt, daß er einen Fehler gemacht hat. Es steht fest, daß Mißbräuche nicht erwiesen sind und daß der Magistrat einen Fehler gemacht hat, indem er die Affäre leichtsinnig behandelt hat.

23. Antrag Bähr: Erhöhung des Gehalts der Schuldiener.

Der Antrag lautet:

Die Gehaltsätze der Schuldiener an den städtischen Schulen sind im Anfangs- und Endgehalt um je 100 M zu erhöhen, so daß unter unveränderter Beibehaltung der bisherigen Alterszulagen ($4 \times 100 M$) künftig ein Anfangsgehalt von 1300 M und ein Endgehalt von 1700 M gewährt wird.

Herr B ä h r (zur Begründung): Bei der letzten Gehaltsaufbesserung sind die Schuldiener an den städtischen Schulen nicht mit aufgebeßert worden, abgesehen von der anderweitigen Anrechnung der Wohnung, die mit 10 Prozent berechnet werden soll, während sie früher mit 200 M in Anrechnung kam. Diese Anrechnung hat auch bei anderen Beamtengruppen stattgefunden, soweit sie Dienstwohnung haben. Die benachbarte Gruppe im Etat: XXVI, die Stadtdiener, hatten früher 1500 M Anfangsgehalt und sind aufgebeßert auf 1600, sie hatten 2200 im Endgehalt und sind aufgebeßert auf 2300 M. Bei der Gruppe XXVII: Maschinisten, Messerkontrollenre, Laternenkontrollenre, ist das Anfangsgehalt von 1500 auf 1600 M erhöht und das Maximalgehalt von 2000 auf 2100 M. Ich finde es also gerecht, wenn auch die Gruppe XXVIII: Schuldiener, im Gehalt in ähnlicher Weise aufgebeßert wird, wie die genannten, so daß die Schuldiener, welche augenblicklich 1200 bis 1600 M beziehen, künftig 1300 bis 1700 M erhalten. Ich brauche mich wohl nicht weiter darüber auszulassen, daß die abnormen Preisverhältnisse sich auch bei dieser Gruppe geltend machen und daß es ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit wäre, die Erhöhung des Gehalts auch dieser Gruppe anzunehmen. Ich empfehle der Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, uns eine dahingehende Vorlage machen zu wollen.

Vorsitzender: Ich habe den Antrag geschäftsmäßig für zulässig gehalten, da ein ähnlicher Antrag an den Magistrat gerichtet ist. Andernfalls würde, da wir in vorletzter Sitzung über die Gehaltsfrage entschieden haben, die Sache zweifelhaft sein. Unter diesen Umständen nehme ich aber keinen Anstand, die Unterstützungsfrage zu stellen, und den Antrag der Finanzkommission zu überweisen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r (zur Geschäftsordnung): Der Magistrat hatte Ihnen im letzten Jahre eine Vorlage unterbreitet, in welcher Sie gebeten wurden, eine Deputation zu wählen, welche Vorschläge wegen der Gehaltsaufbesserung machen sollte. Das ist geschehen. Die Deputation hat mehrere Sitzungen abgehalten, bei der Beratung der Vorschläge dieser Deputation sind hier allerlei Wünsche geäußert, und die Versammlung hat dazu Stellung genommen. Herr Bähr ist doch auch dabei zugegen gewesen! Da ist es mir nicht verständlich, weshalb er derzeit nicht seinen Antrag eingebracht hat, denn die Teuerung war damals dieselbe wie heute. Durch seinen Antrag bringt er den Magistrat in eine gewisse Verlegenheit. Die Vorlage wegen Aufbesserung der Gehälter ist jetzt soweit vorbereitet, daß ein Teil davon bereits gedruckt ist. Wenn Sie jetzt den Antrag der Finanzkommission zur Beratung überweisen, so wird sich der Magistrat hüten, die Vorlage zum Abschluß zu bringen, und so wäre es kaum möglich, die sehr umfangreiche Vorlage bis zu den Ferien fertig zu stellen. Ich weiß unter diesen Umständen nicht, ob es im Interesse der übrigen Beamten und Lehrer liegt, durch dieses Vorgehen die ganze Sache zu verzögern.

Vorsitzender: Vielleicht läßt sich die Sache so erledigen, daß die Finanzkommission bei Vorberatung dieses Antrages mit der Prüfung der Frage betraut wird, ob sie überhaupt eine Behandlung des Antrages für angemessen hält. Die Unterstützung des Antrages ist erfolgt, die Kommission würde aber die Meinung des Magistrats selbstverständlich mit zu würdigen haben.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Es spielt sich insofern ein eigentümlicher Vorgang hier ab, daß ein einzelner Stadtverordneter, nachdem die Versammlung ihre Beschlüsse gefaßt und den Magistrat aufgefordert hat, dementsprechend eine Vorlage auszuarbeiten, einen Posten herausgreift und wieder Neuerungen vorschlägt, wonach die Vorlage wieder anders werden müßte. Auf diese Weise kommen wir ja gar nicht zum Schluß! Ich möchte noch auf etwas anderes hinweisen: Die Gründe, die Herr Bähr für den Antrag vorbringt, sind selbstverständlich in der Deputation schon erwogen worden, man hat aber aus

besonderen Gründen eine Aufbesserung der Schuldiener nicht für am Platze gehalten. Insofern kommt Herr Bähr mit seinem Antrag zu spät. Mit Rücksicht auf die erheblichen Einnahmen, welche die Schuldiener aus der jetzigen Art, wie die Entschädigung für die Reinigung der Schulen gezahlt wird, beziehen, hielten wir es nicht für gerechtfertigt, auch sie aufzubessern. Die Einnahmen der Mehrzahl der Schuldiener übersteigen die Bezüge der ihnen gleichstehenden Beamten nicht unerheblich. Wenn Sie den Antrag beraten wollen, möchte ich Ihnen anheimgeben, das Material anzusehen, das heute beim Magistrat eingegangen ist über die Einnahmen aus den besonderen Vergütungen für Reinigung der Schulsäle. Man wird mir erwidern: Das ist eine Sache für sich. Einen solchen Einwand kann ich nicht anerkennen. Die Sache liegt so, daß die Schuldiener für die gesamte Zeit, die sie der Stadt zur Verfügung zu stellen haben, bezahlt werden und daß allerdings von ihnen besondere Arbeiten verlangt werden, aber innerhalb der Zeit, die der Stadt zur Verfügung steht. Der große Vorteil in der Stellung der Schuldiener, die auch städtische Beamte sind, liegt darin, daß ihnen die Stadt Gelegenheit gibt, neben ihrem festen Gehalt noch besondere Einnahmen durch ihre Arbeitskraft zu erzielen, mit der selbstverständlichen Folge, daß derjenige Schuldiener, der alle diese Arbeiten Lohnarbeitern überträgt, nichts Besonderes verdient, wer aber selbst fleißig ist, erzielt einen Nebenverdienst bis zu 700 M und mehr.

V o r s i t z e n d e r: Vor unserer Beschlußfassung haben wir diese Äußerung des Herrn Oberbürgermeisters nicht gehört. Ich halte es für zulässig, nochmals darüber zu beschließen, ob der Antrag der Finanzkommission zur Vorberatung vorgelegt werden soll. Im übrigen bitte ich die geehrten Herren, augenblicklich die Frage nicht sachlich zu behandeln, sondern nur, soweit sie geschäftsordnungsmäßig erledigt werden soll.

Herr S a s p e r: Meiner Meinung nach ist die Angelegenheit durch die Abstimmung erledigt. Der Antrag ist gestellt, ist unterstützt und der Vorsitzende hat ihn lediglich der Kommission zu überweisen. Alles andere sind sachliche Erwägungen, die gegenwärtig hier keinen Raum haben.

Herr B ä h r: Was den Zeitpunkt anbelangt, zu dem ich den Antrag gestellt habe, so ist das daraus zu erklären, daß ich nicht die gegenwärtige Zeit als eine teurere ansehe, sondern daß aus den Kreisen dieser Beamtengruppen mir vorher keine Wünsche zu Ohren gekommen sind. Man tritt nicht ohne weiteres ein für solche, die kein Gesuch eingereicht haben, daß sie aufgebessert werden wollen. Aber nunmehr sind die Wünsche der Schuldiener zu meiner Kenntnis gelangt.

Ich persönlich halte die Wünsche für berechtigt und halte es für zeitgemäß, einen dahingehenden Antrag zu stellen. Die Schuldner haben mir erklärt, daß sie nicht gewußt hätten, daß sie nicht berücksichtigt würden, und daß sie infolgedessen kein Gesuch eingereicht hätten. Ich glaube, damit erklärt zu haben, warum ich gerade heute mit dem Antrag gekommen bin.

Herr Loeßigk: Ich stelle den Antrag, die Angelegenheit heute sofort zu beraten. Es wird im Interesse der Allgemeinheit liegen, wenn wir die Sache so schnell wie möglich erledigen.

Herr Kleineknecht: Ich unterstütze den Antrag Loeßigk, wenn es nicht möglich ist, daß wir die Überweisung an die Kommission zurücknehmen. Nachdem wir die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeister gehört haben, sind wir imstande, sofort Beschluß über die Angelegenheit zu fassen.

Worßigender: Ich habe vorhin den Antrag der Finanzkommission überwiesen. Ich bitte die Versammlung, sich zu entscheiden, daß wir diese Überweisung rückgängig machen und anderweitig entscheiden. Wer dafür, wolle die Hand erheben.

(15 Stimmen sind dafür, das ist die Mehrheit.)

Sodann ist beantragt, es möchte über den Antrag Bähr heute gleich entschieden werden. Das ist geschäftsordnungsmäßig zulässig. Ich möchte die Herren bitten, die den Antrag sofort sachlich erledigen wollen, sich zu melden. Das ist die Mehrzahl.

Herr Eckhardt: Ich glaube nach den Darlegungen des Herrn Oberbürgermeisters wird es Herrn Bähr nicht schwer werden, den Antrag zurückzuziehen, so daß wir gar nicht weiter darauf einzugehen brauchen. Herr Bähr wird zu der Überzeugung gekommen sein, daß sein Antrag nicht zur Annahme kommt.

Herr Jasper: Herr Stadtverordneter Bähr wird jetzt einsehen, daß er mit seiner Zustimmung, seinen Antrag nicht der Kommission zu überweisen, sondern sofort zu behandeln, den Gegnern des Antrages die Hand geboten hat, ihn heute abzulehnen. In der Sache selbst bedauere ich, daß damals der Antrag nicht rechtzeitig gestellt ist, und ich glaube auch, daß die Angaben des Herrn Oberbürgermeister der kritischen Nachprüfung durchaus fähig und bedürftig sind. Der Herr Oberbürgermeister hat selber gesagt, daß erst in den letzten Tagen oder heute sogar erst ihm die Zusammenstellung zugegangen sei, die

darüber eingehend Aufschluß geben könnte, wie diese Nebeneinnahmen der Schuldiener sich stellen. Es ist deshalb wohl zunächst wünschenswert, daß diese Zusammenstellung, die wir noch nicht kennen, hier bekannt wird, damit wir sie bei der Beratung des Antrages würdigen können. Soweit ich Gelegenheit hatte, mich um diese Nebeneinnahmen kümmern zu können, so sollen sie im Gegensatz zu den Angaben des Herrn Oberbürgermeister nicht so glänzend sein. Der Herr Oberbürgermeister ist zunächst auch ganz anderer Ansicht als ich, wenn er meint, daß dieser Verdienst der Familie hier mit zur Anrechnung kommen müsse. Ich bin der Ansicht, daß für das Gehalt oder den Lohn des Schuldieners lediglich die Arbeitskraft des Schuldieners selbst erwogen wird und nicht die der Familienangehörigen mit. Es kann also nicht die Erwägung in Betracht gezogen werden: Wenn du mit deiner Familie die Arbeit selbst ausführst, dann hast du Nebeneinnahmen, sondern es muß das Gehalt des Schuldieners genommen werden und beurteilt werden, ob das ausreichend ist, um die Arbeitskraft und die Arbeit, die wir verlangen, zu bezahlen. Nun meinte der Herr Oberbürgermeister, die Schuldiener einiger Schulen könnten jährlich 700 *M* bei der Reinigung übrig haben. Ich habe den Etat nicht zur Hand, glaube mich aber zu erinnern, daß die Entlohnung für die Reinigung so stattfindet, daß nach der zu reinigenden Fläche quadratmeterweise eine Entschädigung gezahlt wird. Sie ist auch verschieden je nachdem es sich um Fußböden mit Estrich oder Linoleum handelt. Die Schuldiener sind gehalten, für diese Säbe (für gewöhnlich wohl 20 Pfennig) nicht nur die Hilfskräfte zu stellen und zu entlohnen, sondern auch alle Gerätschaften und Materialien, die zur Reinigung gebraucht werden, anzuschaffen. Diese Materialien sind nicht unbedeutend, und der Verbrauch an Materialien und die Summe des Lohnes, die von den Schuldienern abgegeben wird, ist auch dadurch gestiegen, daß auf Antrag des Herrn Frede im Vorjahre beschlossen wurde, eine häufigere Reinigung der Schulen vorzunehmen als bisher, was ja im Interesse der Hygiene nur zu begrüßen ist. Eine größere Entschädigung für Material und Lohn ist aber nicht gewährt, mir ist wenigstens nicht erinnerlich, daß die quadratmeterweise Entschädigung irgendwie heraufgesetzt ist. Das wird der Herr Oberbürgermeister auch zugeben: Allein wird der Schuldiener, wenn er auch seine Frau zu Hilfe nimmt, unsere großen Schulen nicht reinigen können, wenn man auch nur an die übliche dreimalige wöchentliche Reinigung denkt, vollends nicht die große Reinigung, die alle halbe Jahr stattfindet. Ich bezweifle, daß auch nur eine Schule einen Reingewinn von 700 *M* für die Schuldiener aufweist. Die Vergütungen für Reinigung schwanken je nach der Größe der Schule von 600 bis 1200 *M*, und es werden nur wenige große Schulen sein, für die vielleicht mehr Vergütung bezahlt wird, die aber auch mehr Ausgaben erfordern. Ich bitte zunächst die Tatsachen zu prüfen, ob bei

diesen Reinigungsarbeiten soviel übrig ist, wie der Herr Oberbürgermeister glaubt, und wenn das nicht der Fall ist, dann ist doch Raum, um in die Erwägung einzutreten, die Herr Bähr mit seinem Antrage ganz zutreffend angeschnitten hat. Die Schuldiener sind etwas unklug gewesen und haben nicht verstanden, daß es in dieser Welt nötig ist, die Ellenbogen zu regen, die Herren Lehrer haben sich da besser gerührt, die haben ihre Lungen gebraucht und haben verstanden, die ganze Vorlage wieder in Gang zu bringen und mit Erfolg. Andere Klassen sind auch sehr rege gewesen, nur die Schuldiener, ähnlich wie die Lehrerinnen, sind nicht gekommen und sind zurückgestanden. Ich glaube, es ist noch Zeit, uns einzubessern, aus einem Saulus ein Paulus zu werden, und in gewissem Umfang den Wünschen der Schuldiener und dem Antrage Bähr Rechnung zu tragen. Dann kann es noch mit der Vorlage, die uns der Magistrat macht, mit berücksichtigt werden. Der Vorschlag kommt etwa darauf hinaus, daß die Arbeitskraft der Frau, die mit für Reinigungsarbeiten verwandt wird und nach Ansicht des Herrn Oberbürgermeister unentgeltlich herangezogen werden soll, die Vergütung erhält, die man etwa einer Reinigungsfrau geben würde. Das ist nicht unangemessen.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e y e r: Daß ich überhaupt meine Gedanken geäußert habe, die Wünsche der Schuldiener in der Weise, wie die Herren Stadtverordneten Bähr und Dr. Jasper es tun, zu behandeln, hat darin seinen Grund, daß nicht bloß die Schuldiener, sondern auch verschiedene andere Gruppen von Beamten sich in der Zwischenzeit an den Magistrat gewandt haben. Es wird anerkannt werden müssen, daß, wenn Sie eins von diesen Gesuchen zum Gegenstand ihrer besonderen Fürsorge machen, die übrigen, deren Wünsche einstweilen unberücksichtigt bleiben, sich schlecht dabei stehen. Selbstverständlich steht es jedem Stadtverordneten zu, wenn eine Vorlage eingeht, neue Anträge zu stellen und zu beantragen, daß die Versammlung über die früheren Beschlüsse hinausgeht. Ich möchte mich nur dagegen wenden, daß eine Gruppe besonders bevorzugt wird.

Herrn Dr. Jasper erwidere ich, daß ich mich wundere, daß dieser Herr, der Mitglied der Gehaltsdeputation gewesen ist und sehr eifrig an den Verhandlungen teilgenommen hat, jetzt mit der neuen Tatsache herauskommt, daß die Schuldiener zu gering besoldet wurden. Deshalb hat er das nicht in der Deputationsitzung gesagt. Herr Jasper geht von unrichtigen Voraussetzungen aus, wenn er meint, daß der Magistrat zu Unrecht in Ansatz bringen wolle, daß die Frau des Schuldieners verpflichtet ist, hilfreiche Hand zu leisten. Die Frau des Schuldieners ist immer beim Engagement des Schuldieners mit in den Dienst der Stadt getreten. Der Schuldiener und dessen Frau sollen die Dienste

in der Schule leisten. Es geht auch gar nicht anders, als daß die Frau den Schuldiener unterstützt. Es muß doch jemand da sein, der die Aufsicht führt und zu Hilfeleistungen zur Hand ist, wenn der Schuldiener einmal außerhalb der Schule Besorgungen macht. Wenn die Frau des Schuldieners sich da weigern würde und sagen: „Das ist Sache meines Mannes,“ dann würde sich die Stadt schlecht stehen. Seine übrigen Bemerkungen hat Herr Dr. Jasper nur in die Form von Zweifeln gekleidet. Damit kommt man nicht weiter. Er bezweifelt, daß es möglich wäre, daß ein Schuldiener aus den Reinigungsbeträgen 700 *M* erübrigte. Der höchste Betrag, den ein Schuldiener für die Reinigung bezieht, ist 1940 *M*. Nun sind die Angaben der Schuldiener, daß sie bei dem Betrage nichts verdienten, schon früher immer höchst zweifelhaft aufgenommen. Der Magistrat hat deshalb bei Beginn des vorigen Schuljahres Veranlassung genommen, der Sache auf den Grund zu gehen, und hat Anweisung erteilt, daß die einzelnen Summen, die aufgewendet werden für Löhne an dritte Personen, für jachliche Anschaffungen, Materialien und dergl. und dann endlich die Beträge, die für den Schuldiener als solchen übrig bleiben, zusammengestellt werden. Diese Zusammenstellung, die zum erstenmal für das vorige Jahr eingefordert ist, ist nun zufällig heute morgen eingegangen. Kann sich Herr Jasper wundern, daß der Magistrat nicht schon bei der früheren Beratung dieses Material vorgebracht hat? Das ist gar nicht möglich gewesen, denn wir haben es vorher noch nicht gehabt. Ich muß gestehen, ich habe selber noch nicht genauen Einblick genommen und noch nicht jeden einzelnen Posten durchgesehen. Mich interessierten aber die Zahlen in der Schlußrubrik, um zu entnehmen, was auf die einzelnen Schulen entfällt. Die Beträge sind sehr verschieden, aber jedenfalls wird anerkannt werden müssen, daß man solche wichtigen Nebeneinnahmen nicht einfach unberücksichtigt lassen kann und sagen: Die Gehaltsätze als solche sind nicht genügend, folglich berücksichtigen wir alles andere gar nicht, sondern erhöhen das Gehalt. Die Hauptsache aber bleibt: Es würde ein Unrecht gegen die übrigen Gruppen sein, wenn man eine einzelne herausgreifen und bevorzugen wollte.

Herr B ä h r: Wenn man den Etat ansieht, fallen selbstverständlich die großen Summen ins Auge, die an den Schuldiener für Reinigung gezahlt werden, besonders bei den großen Schulen, die bis 31 Klassen haben. Eins aber bitte ich zu bedenken, was bei der Reinigung für die Schuldiener abfällt, ist problematisch, wir haben uns zu halten an die festen Gehaltsätze. Allerdings gebe ich dem Herrn Oberbürgermeister zu, daß nach der Dienstamweisung der Schuldiener auch deren Frauen zu Diensten herangezogen werden können. Es steht ausdrücklich in den Dienstvorschriften, daß die Frau antwesend sein müsse,

wenn der Schuldiener das Schulhaus verläßt. Aber, meine Herren, die Reinigung in unsern großen Schulgebäuden zu besorgen, sind die Schuldiener auch mit Zuhilfenahme der Kräfte der Frau nicht fähig. Fremde Hilfe muß bezahlt werden, und ich habe aus eigener Erfahrung kennen gelernt, wie schwer es hält, Reinigungsfrauen zu finden und gerade solche, die länger im Dienst bleiben. Der Verdienst an der Reinigung des Schulhauses ist für mich ein ziemlich nebensächlicher Punkt, Hauptsache ist mir der Gehaltsatz. Ich habe mich beim Vorschlag zur Aufbesserung auf das Wenige beschränkt, was, wie ich glaube, die Versammlung ruhig annehmen kann, eine Erhöhung um 100 M. ähnlich wie bei den anderen nahestehenden Beamten. Was die Auffassung der Schuldiener über die Gelder für die Reinigung betrifft, so würden sie, soweit ich davon Kenntnis genommen habe, vollständig damit einverstanden sein, wenn die städtischen Behörden die Reinigung ähnlich vollziehen ließen, wie sie an den staatlichen Schulen geschieht, in der Weise, daß die Schuldiener allerdings dafür verantwortlich bleiben, aber die Reinigung nicht mehr auf ihre Rechnung geschieht. Man scheint doch wirklich nicht so viel bei dieser Reinigung übrig zu haben, sonst würde man nicht freiwillig darauf verzichten wollen. — Ich möchte noch einmal bitten, nicht ohne weiteres diesen Antrag unter den Tisch fallen zu lassen, sondern sich dieser Gruppe annehmen zu wollen.

Herr Meyerhoff: Im Anschluß an die letzten Worte des Herrn Bähr möchte ich empfehlen, der Magistrat möge Erhebungen anstellen, was den Herren lieber ist: Wollen sie die Zulage haben und auf die Reinigung verzichten oder umgekehrt. Dann sehen wir klar. Das wäre mir der springende Punkt.

Herr Stegmann: Wenn Herr Oberbürgermeister sagt, daß an der Reinigung 700 M Nebenverdienst erzielt werden könne, so müssen wir doch auseinander halten, daß das mit dem Dienstverhältnis nichts zu tun hat. Es ist ganz gleich, ob der Schuldiener Angehörige oder fremde Personen bei der Reinigung beschäftigt. Brauchten die Angehörigen nicht bei der Reinigung zu helfen, so würden sie anderwärts arbeiten und Verdienst haben. Die Frage muß also gänzlich ausschalten. Ich höre eben, daß nach den Dienstvorschriften die Frau zu den Diensten mit herangezogen werden kann. Es ist aber doch gerade ein Moment, das dafür spricht, daß das Gehalt erhöht werden muß, wenn zwei Personen zur Arbeit verpflichtet sind. Jedenfalls haben bisher die meisten von Ihnen angenommen, daß das Gehalt nur für die eigene Tätigkeit des Schuldieners gilt.

Der Antrag Bähr wird von der Versammlung abgelehnt.

24. Antrag Eckhardt: Anlage von Reitwegen bei Herrichtung des Franzischen Feldes.

Der Antrag lautet:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei Herrichtung des Franzischen Feldes zum Sport- und Spielplatz dahin zu wirken, daß auch ein Reitweg vorgesehen wird.

Herr Eckhardt (zur Begründung): Es bietet sich bei Herrichtung des Franzischen Feldes Gelegenheit, einen Reitweg zu schaffen. Da der Reitportverein und andere Herren mit Eingaben sehr zahlreich an uns herangetreten sind, so habe ich geglaubt, mit diesem Antrage bei der Versammlung Entgegenkommen zu finden, so daß dieselbe bereit ist, in dieser Weise den Wünschen der Herren Reiter nachzukommen. In zahlreichen Städten, wie: Hildesheim, Hamburg, Hannover, Berlin, Dresden und anderen, ist seitens der Behörden viel für Reitwege gesorgt worden. Ich glaube deshalb, daß es auch hier am Blaise wäre, bei Herrichtung dieses Feldes einen Reitweg vorzusehen, der sehr billig herzustellen ist.

Vorsitzender: Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich überweise ihn der Baukommission zur Vorberathung.

25. Anfrage Aßmann, betreffend die Anlage der Eisenbahn Braunschweig—Celle.

Die Anfrage lautet: Ist dem Stadtmagistrat bekannt, ob die projektierte Eisenbahnlinie Braunschweig—Celle als Vollbahn ausgebaut wird, und falls letzteres nicht beabsichtigt ist, will der Magistrat dahin wirken, daß dieses geschieht?

Herr Aßmann (zur Begründung): Es ist den Herren wohl bekannt geworden, daß im preussischen Landtag gelegentlich der Beratung des Eisenbahnetats von einem Abgeordneten die Frage der Anlegung einer Eisenbahn von Braunschweig nach Celle wieder angeregt ist und daß der Abgeordnete auch anführte, daß es notwendig sei, diese Bahn als Vollbahn zu bauen. Wenn sie nicht gleich als Vollbahn angelegt würde, dann möge man wenigstens den Untergrund so einrichten, daß später eine Vollbahn eingerichtet werden könnte. Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn die Bahn nicht gleich als Vollbahn gebaut werden würde. Ich glaube, die Stadt Braunschweig hat ein lebhaftes Interesse, daß diese Bahn als Vollbahn ausgebaut wird, da die Bahn

nach Ilzen durch die Heide, weil sie einen zu schlechten Unterbau hat, nicht zu einer Vollbahn umgestaltet werden kann. Die Verbindungen Braunschweigs nach dem Norden sind leider keine ideale, nicht so, wie es sich für eine große Stadt wie Braunschweig gehört. Speziell die Verbindungen nach Hamburg sind unzureichend; in Lehrte muß auf den Anschluß lange gewartet werden und auch die Fahrt mit den Zügen der Heidebahn bedingt eine zu lange Fahrzeit. Verschiedene andere Städte, die nicht so groß sind wie Braunschweig, haben bessere Verbindungen und ihnen gegenüber wird mehr Entgegenkommen gezeigt. Es mag das an verschiedenen Dingen liegen, die bei der Kürze der Zeit heute nicht besprochen werden können, hier auch schon öfter erwähnt sind. Es würde auch wohl unzureichend sein, das alles wieder anzuführen. Dringend notwendig aber wäre es, daß alle Kräfte angespannt werden, um zu versuchen, daß die Bahn nach Celle als Vollbahn und nicht als Nebenbahn gebaut wird, weil es sonst nach meinem Dafürhalten lange Zeit dauern würde, ehe die Umwandlung vorgenommen würde. Auch wenn wir es endlich zustande brächten, daß der Durchgangsbahnhof in Braunschweig gebaut wird, auch dann würden wir sicherlich auf den Ausbau dieser Bahn zu einer Vollbahn noch lange warten müssen. Ich habe schon immer betont: Nötig ist uns eine bessere Verbindung nach Norden, ein besserer Bahnhof und auch eine bessere Verbindung nach Süden. Wenn eine direkte Verbindung nach dem Harz über Braunschweig vom Norden geschaffen würde, so würde dadurch für den Handel und Verkehr in Braunschweig Bedeutendes geschaffen. Ich bedaure wohl mit Ihnen allen, daß wir mit unsern Bahnhofsverhältnissen nicht weiter kommen. Wir sind aber wohl zum großen Teil mit daran Schuld. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß unsere Bahnbehörden bei Aufstellung von neuen Verkehrswegen immer von dem Gesichtspunkt sich leiten lassen: Wie sind die Bahnhofsverhältnisse in Braunschweig. Hätten wir uns schon entschieden, den verschiedenen Projekten näher zu treten, so wäre die Sache nicht weiter verzögert. Es sind doch nun wieder 1½ Jahr vergangen, seit man von dem letzten Bahnhofprojekt etwas gehört hat. Wenn das so weitergeht, kann die Bahnbehörde nicht viel Vertrauen zu unsern Verhältnissen haben, und auch die industriellen Kreise nicht. Man hört davon, daß größere Etablissements ihren Betrieb nicht nach Braunschweig legen mögen, sogar, daß einzelne Anlagen mit der Erwägung umgehen, ob es nicht besser wäre, ihren Betrieb von hier zu verlegen. Das würde zweifellos für Braunschweig, wenn auch nicht der wirtschaftliche Ruin, so doch mindestens eine große wirtschaftliche Schädigung bedeuten. Auch um deswillen muß die Stadt alles tun, was in ihren Kräften steht, um die Bahnverbindungen zu bessern und die Bahnhoffrage endlich unter Dach und Fach zu bringen. Ich möchte den Magistrat bitten, sich darüber auszusprechen, wie er dem Projekt

Braunschweig—Celle gegenüber sich zu verhalten gedenkt und ob er die Ausführung einer Vollbahnlinie unterstützen will. Ich glaube bestimmt, daß mit dem Bau einer solchen ein wirtschaftlicher Aufschwung für Braunschweig verbunden wäre.

Herr Oberbürgermeister R e t t e m e y e r: Der Herr Stadtverordnete Altmann hat wahrscheinlich vergessen, daß über diese Sache hier schon im Jahre 1907 eingehend beraten worden ist. Die Stadtverordneten hatten damals 10 000 M für die Vorarbeiten verwilligt unter der Voraussetzung, daß die neue Bahn entweder als Vollbahn oder wenigstens als eine als Vollbahn ausgebaute Nebenbahn geplant würde. Die Frage des Ausbaues dieser Bahn war auch schon vorher im Magistrat vertraulich erörtert bei den Verhandlungen mit dem Herzoglichen Staatsministerium, und ich darf jetzt wohl sagen, daß in dieser Sache der frühere Herr Staatsminister von Otto in rührender Weise für die Interessen unserer Stadt eingetreten ist, daß er bei jeder Gelegenheit versucht hat, eine tunlichst günstige Bahnverbindung nach Norden zugunsten von Braunschweig zu erlangen. Er hat auch über diese Sache verschiedentlich mit dem preussischen Eisenbahnminister verhandelt und es ist eine Erklärung von diesem Herrn zu den Akten gebracht, in der gesagt wird: Die Bahn wird eventuell zunächst wohl als Nebenbahn gebaut werden, aber die Ausführung des Baues wird voraussichtlich so ausgeführt werden müssen, daß dem späteren Betriebe als Vollbahn Hindernisse nicht entgegenstehen. Nun kam hinzu, wie den Herren bekannt ist, daß die Ansichten der verschiedenen Kreise über die Ausführung der Bahn sehr weit auseinandergingen. Einige von den beteiligten Ortschaften glaubten den Vogel damit abzuschießen, daß sie verlangten, daß eine Kleinbahn von privater Seite gebaut würde. Dagegen haben wir in energischster Weise Stellung genommen und gesagt: Wenn das geschieht, so geben wir keinen Pfennig Zuschuß zu den Kosten. — Im übrigen liegen die Sachen wohl so, daß man zufrieden sein kann, wenn eine Normalspurbahn gebaut wird. Sollte sie für den Anfang auch als Nebenbahn betrieben werden, so habe ich die Überzeugung, daß der Verkehr sich bald in der Weise entwickeln wird, daß die preussische Regierung ganz von selbst dazu kommt, sie als Vollbahn zu behandeln. Letzteres wird sicher der Fall sein, wenn, wie es die Ansicht maßgebender Kreise ist, durch diese Verbindung nach Norden naturgemäß sich die Weiterentwicklung nach dem Süden ergibt. Dann wird der Betrieb als Vollbahn kaum zu umgehen sein. In diesem Stadium, wo die positive Erklärung abgegeben ist, daß die Bahn jetzt gebaut werden soll, wo aber der endgültige Beschluß immer noch nicht gefaßt ist, würde es nicht richtig sein, wenn wir jetzt mit neuen Anträgen kämen. Wenn wir eine normalspurige Bahn bekommen, die jeden Augenblick in eine

Vollbahn umgewandelt werden kann, dann ist damit den Wünschen der Stadt Braunschweig voll Rechnung getragen. Viel wichtiger ist augenblicklich, daß die Bahnhofsfraße endlich ihrer Lösung entgegengeführt wird. Ich bedaure lebhaft, daß wir darin noch nicht weiter gekommen sind.

26. Antrag Jasper, betreffend Einberufung der Stadtverordnetenversammlung.

Der Antrag lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Herr Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung hat regelmäßig auf jeden ersten und dritten Donnerstag eines jeden Monats die Stadtverordnetenversammlung einzuberufen.

Herr Jasper (zur Begründung)? Trotzdem die heutige Sitzung sich lange hingezogen hat, haben wir die Tagesordnung nicht ganz erledigen können, und wir haben zum Teil ganz flott gearbeitet, ohne unnütze Ausführungen zu machen. So wie es heute gegangen ist, geht es fast regelmäßig. Es werden der Versammlung Tagesordnungen vorgelegt, die in die 30 Punkte gehen, von denen manchmal einer genügen würde, die Versammlung eines Tages auszufüllen. Darunter leidet das Initiativrecht, das Mitverwaltungsrecht, das Aufsichtsrecht der Stadtverordneten; die Anfragen und Anträge treten zurück; es leiden auch zum großen Teile die Verhandlungen selbst, weil jeder mit der Zeit müde wird, Rücksicht auf die lange Tagesordnung nimmt und dem Ende zudrängt. — Anregungen meinerseits und meiner Freunde sind unberücksichtigt geblieben, deshalb möchte ich bitten zu erwägen, ob nicht eine ständige Regelung eintreten könnte. Wir haben bisher im Jahr 18 bis 20 Sitzungen abgehalten. Wenn wir die gleichmäßig verteilen, so würde das sachliche Vorteile haben, und ich glaube, auch dem Magistrat würde es recht sein, denn er ist dann in der Lage, mit seinen Vorlagen zu diesen Terminen sich einzurichten. Und wenn wir dann einmal um 6 oder um 7 Uhr nach Haus kommen, so wird das auch kein Unglück sein.

Vorsitzender: Die Sache liegt rechtlich folgendermaßen: Der § 55 der Städteordnung besagt: Der Vorsitzende hat die Stadtverordneten zu versammeln, so oft es das Bedürfnis erfordert oder wenn der sechste Teil der Mitglieder, mindestens jedoch 3 Mitglieder, solches unter Angabe des Gegenstandes der Beratung verlangen oder auf Antrag des Stadtmagistrates.

Unser Verwaltungsstatut hat hierüber nichts Näheres gesagt. An sich würde der Antrag Jasper formell zulässig sein, denn wir würden wohl imstande sein, die Vorschriften der Städteordnung zu verschärfen. Diese Frage hat auch schon in früheren Jahren die Versammlung beschäftigt und jedesmal ist die Beschlussfassung dahin gegangen, daß man in der Weise, wie der Antrag Jasper wünscht, nicht vorgehen möchte, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Möglichkeit eintreten könnte, daß, wenn wir alle 14 Tage unsere Sitzungen abhalten würden, nicht genügend oder vielleicht überhaupt kein Stoff für die Tagesordnung da ist. In dem heutigen Falle ist etwas von der vorigen Sitzung für die heutige Tagesordnung übrig geblieben und einige Punkte sind erst in den allerletzten Tagen zur Vorlage gekommen. Dem Wunsch nach Einberufung einer Sitzung in dringenden Fällen kann durch den Vorsitzenden leicht Rechnung getragen werden. Wie auch die Städteordnung sagt, ist es möglich, daß auf Antrag des sechsten Teiles der Stadtverordneten die Versammlung einberufen wird. Das ist auch schon geschehen, so bei der Beratung der Notstandsarbeiten. Ich möchte doch den Antragsteller bitten, zu überlegen, ob er nicht den Antrag in Rücksicht auf unsere vielfachen früheren Beschlussfassungen zurückziehen will. Herr Dr. Jasper hat natürlich das Recht, den Antrag zu stellen und die weitere Behandlung zu beantragen, ich möchte aber diese Gesichtspunkte vorher erwähnt haben.

(Herr Jasper hält seinen Antrag aufrecht.)

Vorsitzender: Die Unterstützung ist ausreichend. Ich überweise den Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung.

Nachdem noch Herr Stadtverordneter Jasper sich mit der Rückstellung der von ihm eingebrachten Anfrage über die Entlassung des Gärtners Richard Koch aus städtischen Diensten bis zur nächsten Sitzung einverstanden erklärt hat, wird die Versammlung geschlossen.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 15. Juni 1911.

Tagesordnung:

1. Anfrage Jasper wegen Entlassung eines städtischen Arbeiters	Seite 135
2. Errichtung der Fädel-Stiftung	" 136
3. Herrichtung des Franzischen Feldes als Spielplatz.	" 140
4. Antrag des Stadtverordneten Eckhardt auf Herrichtung eines Reitweges auf dem Franzischen Felde.	" 170
5. Antrag des Stadtverordneten Jasper auf Anberaumung regelmäßiger Stadtverordneten-sitzungen	" 171
6. Baulichkeiten im früheren Hildebrandtschen Hause an der Helmstedterstraße .	" 171
7. Erwerb von Grundflächen an der Giesmaroderstraße	" 172
8. Errichtung von Geräte- und Wärterhäusern	" 172
9. Neuregelung der Messen	" 173
10. Baulichkeiten auf dem Pflegehausgrundstücke	" 177
11. Verkauf eines Grundstücks an der Riedestraße	" 178
12. Abgabe von Wasser an die Schützengesellschaft während der Messen und der Majsh.	" 179

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Kettemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Ronegen, Wagner.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Loeßhigk, Liemann, Wesemier.

Vorjehender, Herr Hauswaldt: Ich eröffne die Sitzung. Meine sehr geehrten Herren! Am 29. Mai starb der Berichterstatter für unsere Versammlung, Herr Emil Ruthe. Wenn der Herr auch nicht in unmittelbarem Zusammenhange mit uns stand, so hat doch eine lange Reihe von gemeinsam verbrachter Arbeit uns eng mit ihm verknüpft. Es wird Ihnen allen so gegangen sein wie mir: nach seinem arbeitsfreudigen Briefe vom 12. April war ich um so mehr ergriffen, als ich die Nachricht von seinem Tode empfing. Ich glaube, in Ihrer aller Namen sprechen zu dürfen, wenn ich versichere, daß wir das Andenken des Verstorbenen in Ehren halten wollen. Ich bitte Sie, zu Ehren des Verstorbenen sich von den Plätzen zu erheben. (Geschlecht.) — Ich stelle fest, daß dies geschehen ist, und bitte, es in das Protokoll aufzunehmen.

Eingegangen ist ein Schreiben des Unterverbands der freien Vereinigung von Ortskrankenkassen für das Herzogtum Braunschweig, zur Information überreicht von Herrn W. Meyer, Gliesmaroderstraße 53. Ich bitte, von der Erklärung Kenntnis zu nehmen und lege sie zu dem Zwecke auf den Tisch des Hauses nieder.

Ferner ist eingegangen eine Eingabe, unterschrieben von einer großen Reihe von Herren, die die Einrichtung von Reitwegen im südlichen Teil des Bürgerparks, auf den Promenaden und bei der Einrichtung des Sport- und Spielplatzes zum Gegenstande hat. Ich werde die Eingabe der Baukommission zur Vorberatung überweisen.

Weiter ist eingegangen ein Gesuch des Bürgerchullehrers Hugo Reinhard und des städtischen Bureauassistenten Otto Mätje. Sie enthalten die Bitte um Übertragung der Stelle des Berichterstatters für die Stadtverordneten-Versammlung.

Der Herr Vorjehende berichtet, daß in der Finanzkommission über die Bezeichnung des Postens beraten sei. Wegen der Erkrankung des früheren Berichterstatters seien die Berichte über die Verhandlungen der Stadtverordneten seit dem 1. September v. Js. vom Lehrer Reinhard abgefaßt und die Arbeit sei durch diesen wohl zur Zufriedenheit der Herren erledigt. Die Finanzkommission schlage vor, Herrn Reinhard zum Nachfolger des Herrn Ruthe zu wählen. Im laufenden Monat würde ersterer dann noch als Stellvertreter des Herrn Ruthe arbeiten und erst nach den Ferien definitiv als Berichterstatter für die Versammlung gelten. Als jährliche Vergütung für die Abfassung der Berichte in der bisherigen Weise würden 1500 M. vorgeschlagen. — Ratsam würde es sein, dem Magistrats-Bureauassistenten Otto Mätje, der sich auch um die Stelle beworben habe, von Zeit zu Zeit zum Nachschreiben der

Verhandlungen Gelegenheit zu geben, damit der Genannte in der Lage sei, bei Behinderung des Berichterstatters als Stellvertreter die Verhandlungen aufzunehmen. Die Versammlung würde den Stadtmagistrat ersuchen, Herrn Mätze für die betreffenden Nachmittagsstunden zu beurlauben. — Falls kein Widerspruch erfolge, könne die Wahl durch Zuruf stattfinden.

Die Versammlung entspricht den vom Vorsitzenden vorgetragenen Vorschlägen.

1. Anfrage Jasper wegen Entlassung eines städtischen Arbeiters.

Die Anfrage lautet: „Ist dem Magistrat bekannt, aus welchen Gründen der Gärtner Richard Koch aus den städtischen Diensten entlassen worden ist?“

Herr Jasper (zur Begründung): Bereits im April ist der genannte Gärtner entlassen, und zwar, wie mir berichtet ist, unter Umständen, die sehr auffällig waren. Er hat nämlich den Grund seiner Entlassung nicht erfahren können. Er ist schon eine Reihe von Jahren von der Stadt beschäftigt gewesen und war vorher in einem, ich glaube, staatlichen Betriebe tätig. Soweit ich von ihm selber und seinen Mitarbeitern gehört habe, soll zu besonderen Klagen über ihn keine Veranlassung gegeben sein. Er ist bei der Verwaltung, die dazu gesetzt ist, wegen seiner Entlassung vorstellig geworden und hat auch, wenn ich mich recht erinnere, mit einem Herrn aus dem Magistrat darüber gesprochen, einen Grund seiner Entlassung hat er aber nicht erfahren können. Da die Entlassung eines langjährig beschäftigten Arbeiters immerhin eine einschneidende Maßnahme in das Leben und die Verhältnisse dieses Arbeiters bezeichnet, so würde ich nicht für richtig halten, wenn kein ausreichender Grund dafür vorliegt, daß eine solche Entlassung stattfindet. Jedenfalls halte ich es für angemessen, daß dem Mann seine Entlassung begründet würde, sonst ist leicht den verschiedensten Vermutungen Raum gegeben, die dann ins Land hinausgehen, und der städtischen Verwaltung und uns nicht angenehm sein können. Mir sind solche Vermutungen geäußert, ich will mich aber nicht dazu hergeben, sie weiter zu verbreiten, ehe ich gehört habe, wie die Entlassung von jener Seite begründet wird, und bitte deshalb, um Auskunft.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Gärtner Koch ist seit einer Reihe von Jahren bei der städtischen Baubewirtschaftung beschäftigt gewesen. Sein direkter Vorgesetzter ist ein Obergärtner. Die Beziehungen zwischen dem Gärtner Koch und dem Obergärtner sind zunächst ganz leidlich gewesen, mit der Zeit aber waren sie mißlich geworden und schließlich ist es dahin gekommen, daß der Gärtner Koch den Anordnungen des Obergärtners wiederholt nicht Folge leistete.

Die Dienstaufgaben im Interesse der Stadt litten naturgemäß darunter, und da Mahnungen nicht halfen, so war die städtische Bauverwaltung vor die Frage gestellt, was nun geschehen sollte. Soweit mir die Sache bekannt geworden ist, hat zu diesen wenig günstigen Verhältnissen auch der betreffende Obergärtner mit beigetragen, aber nach Ansicht der städtischen Bauverwaltung lag die Sache doch so, daß — wenn einer entlassen werden sollte — es im Dienstinteresse als notwendig zu befinden war, den Gärtner Koch zu entlassen. Auf die Beschwerde des Gärtners Koch ist das Material vom Magistrat nachgeprüft und nichts zu erinnern gefunden. Ich muß Herrn Dr. Jasper insofern widersprechen, als er sagt, dem Gärtner Koch wäre der Grund seiner Entlassung nicht mitgeteilt, und will noch hinzufügen, daß der letztere, nachdem ihm unter Einhaltung der 14tägigen Frist gekündigt war, die letzten $1\frac{1}{2}$ oder 2 Tage ohne Entschuldigung von der Arbeit ferngeblieben ist, wahrscheinlich deshalb, weil er inzwischen andere Arbeit bekommen hat. In dem Antwortschreiben auf seine Beschwerde ist dem Entlassenen erwidert, daß die Bauverwaltung ihm die Stelle gekündigt habe, weil er den Anordnungen seines Vorgesetzten, des Obergärtners Stempel, zu wiederholten Malen nicht Folge geleistet hat, und sich Verhältnisse herausgestellt haben, durch die das Interesse der Stadt geschädigt würde. Ich glaube, daß nach Lage der Sache ausreichender Grund vorgelegen hat, die Kündigung auszusprechen. In die Details werden wir wohl nicht einzugehen brauchen.

Herr Jasper beantragt Besprechung der Anfrage.

Vorsitzender: Sie wissen, daß eine Besprechung nur möglich ist, wenn 9 Stadtverordnete den Antrag unterstützen. Ich stelle die Unterstützungsfrage. — Der Antrag ist nicht genügend unterstützt, wir können deshalb in eine Besprechung nicht eintreten.

2. Errichtung der Jüdel-Stiftung.

Die allen Mitgliedern der Stadtverordneten = Versammlung zugegangene Vorlage des Magistrats lautet:

„Die von den städtischen Behörden erwählte Deputation hat den Jüdel'schen Nachlaß soweit geordnet, daß die vom Erblasser letztwillig angeordnete Stiftung jetzt errichtet werden kann. Die Abwicklung mancher Rechtsgeschäfte, namentlich soweit es sich um die finanzielle Beteiligung an gewerblichen Unternehmungen handelt, wird zwar nur allmählich erfolgen können, aber nach der vom Erblasser angeordneten Zusammenziehung des Stiftungsvorstandes dürfte es unbedenklich sein, schon jetzt die ganze Erbmasse, soweit diese das Stamm-

vermögen der Stiftung bilden soll, mit den zurzeit darauf ruhenden Verpflichtungen der ins Leben zu rufenden Stiftung zu überweisen, und dem Vorstande dieser das weitere zu überlassen.

Wir haben zu dem Zwecke Satzungen ausgearbeitet und beabsichtigen, den Entwurf der Aufsichtsbehörde mit dem Antrage vorzulegen, die landesherrliche Genehmigung der Stiftung und die Verleihung der Rechte milder Stiftungen zu erwirken.

Wir halten jedoch bei der Bedeutung, die diese Stiftung, deren Stammkapital auf rund 5 000 000 *M* geschätzt werden kann, für unser Gemeinwesen haben wird, für angezeigt, den aufgestellten Satzungsentwurf zunächst den geehrten Herren zu unterbreiten, und zwar liegt dazu für uns um so mehr Anlaß vor, als einerseits die Wahl des Vorstandes nach dem Jüdelischen Testamente von der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten (in vertraulicher Sitzung) vollzogen werden soll, und als andererseits der Stiftungsvorstand über $\frac{1}{3}$ der Stiftungsaufkünfte, und zwar zu gemeinnützigen Zwecken, nur auf Antrag oder mit Genehmigung der städtischen Behörden verfügen kann.

Bisher war die Stadt Inhaberin der Erbmasse, und es erschien daher unbedenklich, Kassenbestände der Masse der Stadthauptkasse zu überweisen und im Bedarfsfalle zeitweilig aus dieser Vorschüsse zu leisten, die der Nachlaß zu verzinsen hat.

Tritt die Stiftung ins Leben, so muß, wie bei den übrigen Stiftungen, eine völlige Trennung des Vermögens der Stiftung von dem der Stadt Platz greifen, sofern nicht zwischen dem Stiftungsvorstande und den städtischen Behörden etwas anderes vereinbart wird.

Es dürfte sich empfehlen, eine solche Vereinbarung zu treffen, und zwar aus folgenden Gründen:

Da, abgesehen von dem Magistratsmitgliede, die Mitglieder des Vorstandes ehrenamtlich tätig sind, so wird die Erledigung der laufenden Geschäfte (Vorbereitung der zu fassenden Beschlüsse, Vollziehung von Einnahme- und Ausgabeanweisungen usw.) dem Mitgliede des Stadtmagistrats zu übertragen sein, und bei dem Umfange der Geschäfte wird, wie auch in den Satzungen vorgesehen ist, die Bestellung eines besonderen Kassen- und Rechnungsführers nicht zu umgehen sein. Naturgemäß würde es aber wesentlich zur Entlastung des den Vorsitz im Vorstande führenden Magistratsmitgliedes beitragen, wenn die Kassen- und Rechnungsführung einem im Rathhause beschäftigten städtischen Beamten übertragen würde. Eine volle Arbeitskraft erfordern die Geschäfte der Stiftung nun zwar nicht, aber andererseits wird es auch nicht angängig sein, die sämtlichen Geschäfte nebenamtlich, d. h. außerhalb der Dienststunden, zu

erledigen. Das lassen insbesondere die umfangreichen Kassengeschäfte nicht zu, wobei wir nur darauf hinweisen wollen, daß jetzt schon rund 1 600 000 *M* in Hypotheken angelegt sind, und daß die Nachlaßdeputation einstweilen 1 Million Mark in 4prozentigen Preussischen Schatzanweisungen, die erfahrungsgemäß nur geringen Kurschwankungen unterliegen, zu dem Zwecke angelegt hat, um die zahlreichen Anträge auf Gewährung von ersttelligen Hypothekendarlehen nach erfolgter Feststellung der Pfandwerte tunlichst befriedigen zu können. Es würde somit für die zahlreichen Hypothekenschuldner eine arge Belästigung sein, wenn sie die Zinsen nur außerhalb der Dienststunden an den Kassenführer zahlen könnten, und daneben würde die Sicherung der zeitweilig nicht unerheblichen Kassenbestände oft nicht leicht sein.

Soweit sich der künftige Geschäftsgang übersehen läßt, würde dieser am zweckmäßigsten in der Weise zu regeln sein, daß die sämtlichen Kassengeschäfte und die Aufstellung der Jahresrechnung der Stadthauptkasse übertragen werden, die auf Anweisungen des Vorsitzenden des Vorstandes oder seines Stellvertreters alle eingehenden Gelder zu vereinnahmen und alle Ausgaben zu leisten, darüber gesondert Buch zu führen hätte, die zeitweiligen Kassenbestände aber — Vorfußzahlungen werden künftig nicht erforderlich sein — mit den eigenen Beständen vermischen könnte. In den zum Zwecke der monatlichen Prüfungen der Stadthauptkasse aufzustellenden Übersichten würde alsdann die Jüdel-Stiftung eine besondere Abteilung zu bilden haben. Die — besonders in der nächsten Zeit noch umfangreichen — Sekretariatsgeschäfte würden durch einen der Magistratssekretäre besorgt werden können. Dem sich aus der zeitweiligen Nutzung der Kassenbestände der Stiftung für die Stadt ergebenden Vorteile würde als Gegenleistung der Stadt die unentgeltliche Besorgung der Kassengeschäfte und der Geschäfte eines Rechnungsführers und expedierenden Sekretärs gegenüberstehen. Besondere Vergütungen hätte alsdann die Stiftung nicht zu zahlen. Ob bei diesem Verfahren Leistung und Gegenleistung völlig gleichwertig sein würden, läßt sich im voraus nicht übersehen. Das fragliche Abkommen kann daher auch nicht wohl durch die Satzungen geregelt werden, es würde vielmehr sowohl seitens der Stadt als auch seitens der Stiftung jederzeit gekündigt werden können. Einstweilen dürfte es für beide Teile annehmbar erscheinen, und es ist anzunehmen, daß auch der künftige Stiftungsvorstand seine Zustimmung nicht versagen würde.“

Der Magistrat gibt den Stadtverordneten schließlich anheim:

1. sich zu dem der Vorlage beigelegten Entwürfe von Satzungen der zu errichtenden Jüdel-Stiftung äußern und
2. zustimmen zu wollen, daß nach Errichtung der Stiftung im Einvernehmen mit dem Vorstande der Stiftung wegen Besorgung ihrer

Kassen- und Rechnungsführung usw. ein Abkommen nach Maßgabe des vorstehenden Vorschlages getroffen wird.

Herr Wolter s erstattet namens der Statutenkommission Bericht über die Vorlage und schließt: Die Statutenkommission hat in allen Punkten der Vorlage zugestimmt und empfiehlt der Versammlung, den Vorschlägen des Magistrats zuzustimmen.

Vorsitzender: In § 4 der Satzungen wird bestimmt, daß die Wahl der fünf Vorstandsmitglieder durch die vereinigte Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten erfolgt. Wir haben also nur unsere Bereitwilligkeit auszusprechen, bei der Wahl mitzuwirken, sonst übernimmt die Versammlung weiter keine Verpflichtung.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Was die letzte Bemerkung des Herrn Vorsitzenden betrifft, so ist nicht beabsichtigt, daß die Stadtverordneten-Versammlung oder auch die vereinigte Versammlung jetzt die dauernde Verpflichtung übernehmen soll, die Wahl vorzunehmen, denn eine solche Verpflichtung kann nach unserer Ansicht die Körperschaft der Stadtverordneten oder der vereinigten Versammlung nicht übernehmen. Eine spätere Versammlung würde an einen derartigen Beschluß nicht gebunden sein. Diese öffentlichen Korporationen sind nur verpflichtet, das zu tun, was ihnen durch Gesetz zugewiesen wird, nicht aber, was ihnen durch das Statut einer Stiftung oder durch das Testament eines einzelnen aufgelegt wird. Deshalb hat der Magistrat gesagt: Sollte im einzelnen Fall die vereinigte Versammlung die Wahl vorzunehmen ablehnen, so geht das Recht der Ernennung der Vorstandsmitglieder auf den Magistrat über.

Herr Hartung: Ich möchte auf einen Punkt der Satzungen, wie sie in dem Entwurf vorgeschlagen sind, eingehen. In dem Paragraphen wird gesagt: Die Stiftung wird durch einen Vorstand vertreten, der aus fünf Personen besteht, und zwar aus einem Mitgliede des Stadtmagistrats, zwei Stadtverordneten und zwei Bürgern. Es ist mir und auch anderen Herren nicht zweifellos erschienen, wie diese letzte Bestimmung zu verstehen ist, ob diese zwei Bürger solche sein müssen, die nicht Mitglieder des Magistrats oder der Stadtverordneten-Versammlung sind. Meine Auffassung würde dahingehen, daß diese Bestimmung so gemeint ist, wie ich eben sagte. Da aber Zweifel angeregt sind, so halte ich es für wünschenswert, daß zum Ausdruck kommt, wie diese Bestimmung zu verstehen ist.

Herr Wolters: Ein ausdrücklicher Beschluß der Kommission, wie die Bestimmung zu verstehen sein soll, ist nicht gefaßt.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Im Magistrat herrscht die Auffassung vor, daß der Wille des Testators gewesen ist, in den Vorstand der Stiftung nicht vier Stadtverordnete zu nehmen, sondern nur zwei Stadtverordnete und daneben zwei andere Bürger, die nicht Stadtverordnete sind. (Sehr richtig.) Wir haben die Bestimmung, wie sie in den Statutenentwurf aufgenommen ist, lediglich aus dem Testamente genommen. Man kann zwar sagen: Stadtverordnete sind auch Bürger, und für solche Rüter wohl besonders geeignete Bürger, wollte man aber vorzugsweise Stadtverordnete in den Vorstand nehmen, so hätte man sagen müssen: Er besteht aus vier Stadtverordneten oder aus vier Bürgern, von denen zwei Stadtverordnete sein sollen. Wir legen die Bestimmungen dahin aus: Zwei Stadtverordnete und zwei Bürger, die nicht Stadtverordnete sind, sollen in die Kommission gewählt werden.

Beiden Vorschlägen des Magistrats wird von der Versammlung zugestimmt.

3. Herrichtung des Franzischen Feldes als Spielplatz.

Herr F r ü h l i n g: Die Angelegenheit hat die Versammlung bereits in der vorhergehenden Sitzung beschäftigt, und ein Teil der Magistratsvorlage ist bereits erledigt. Sie haben die Kosten für die Arbeiten bereits verwilligt, die als dringend zunächst ausgeführt werden sollen. Es bleibt nun der zweite Teil der Vorlage, der dahingeht, daß die Herren ersucht werden, ihre Meinung über die Ausgestaltung des Platzes zu äußern. Die Baukommission hatte ihre Vorschläge in 7 Punkte gefaßt, wie sie derzeit von mir vorgetragen sind. Nun ist inzwischen von verschiedenen Herren der Baukommission angeregt, die Sache noch einmal in der Baukommission zu beraten, und das ist gestern in eingehender Weise geschehen. Infolge der letzten Beratung habe ich Ihnen zu unsern früheren Vorschlägen einige Änderungen vorzutragen, die ich noch besonders bei den einzelnen Punkten begründen werde. Im allgemeinen möchte ich hervorheben, ehe ich auf die Einzelheiten eingehe, daß es sich heute nicht darum handelt, ein Projekt festzustellen, nach dem die Ausführungen stattfinden sollen, sondern, daß die Herren nur ihre Meinung über das Programm abgeben sollen, nach dem die Bearbeitung des späteren Projekts stattfinden soll. Das zu erwähnen, ist sehr wesentlich, und ich glaube, wenn es

festgehalten wird, so wird es dazu beitragen, daß die Debatte nicht ins Uferlose geht, sondern sich auf die Haupt Gesichtspunkte beschränkt, die eben das Programm bilden.

In der damaligen Sitzung der Stadtverordneten waren schon verschiedene Einwürfe gemacht, die ich wohl gleich berühren darf.

Zunächst wurde von Herrn Lange gefragt, ob Sachverständige bei der Vorberatung gehört wären. Wir stimmen dem Herrn durchaus zu, daß das Projekt in bezug auf die Hauptsache durch Sachverständige bearbeitet werden muß, und wir haben auch bei der Beratung in der Kommission von seiten des Magistrats die Erklärung erhalten, daß selbstverständlich die Ausarbeitung des speziellen Projekts unter Zuziehung von Sachverständigen erfolgen solle. Aber wir müssen doch den Bearbeitern des Projekts ein Programm in die Hand geben, sonst könnten sie mit einem fertigen Projekte kommen, das die Angelegenheit in ganz anderer Richtung handhabt, als die geehrten Herren wünschen. Sachverständige sollen also später zugezogen werden, und ich hoffe, mit dieser Versicherung das Bedenken des Herrn Lange beseitigt zu haben.

Dann ist der Vorschlag gemacht, da wir in unserer großen Versammlung die Sache nicht beraten könnten, sie an eine Kommission zu verweisen. Auch dieser Einwurf ist nur halb richtig. Die Spezialbearbeitung des Projekts kann nicht in der Versammlung erfolgen, wohl aber muß die Aufstellung des Bauprogramms hier stattfinden, damit später die engere Kommission, wie sie Herr Stadtverordneter Ribbentrop im Auge hatte, die nötigen Unterlagen hat. Im übrigen kommt die Baukommission dem Vorschlage des Herrn Ribbentrop insofern entgegen, als ich nachher in Abänderung unserer früheren Vorschläge empfehlen werde, für die Ausarbeitung des Projekts eine besondere Deputation zu wählen.

Wenn diese Einwürfe damit vielleicht zur Zufriedenheit der beiden Herren ausgeglichen sind, so komme ich nun zu einem wesentlichen Einwurf, der bezüglich des Durchgangsweges durch den Stadtpark gemacht ist. Wir haben diese Sache in der Kommission noch einmal behandeln zu müssen geglaubt, obgleich auch hier der frühere Vorschlag der Kommission falsch aufgefaßt ist. Es handelt sich nicht darum, daß wir nun sofort die Bäume umhauen, und den Weg durchlegen. So weit sind wir noch lange nicht. Wie die Vorlage des Magistrats sagte, soll nur stückweise mit der Einrichtung des Platzes vorgegangen werden und selbstverständlich ist der Zugangsweg das letzte Stück, das in Angriff genommen wird. Wir haben darüber heute noch gar keinen Beschluß zu fassen. Aber die Bedenken, die von den Gegnern dieses Weges geäußert werden, sind insofern wohl begründet, als für die Zukunft die Anlage dieses Weges im Pro-

jetzt vorgeesehen ist, und auch die Baukommission gesagt hatte, die Durchführung der Kaiser-Wilhelmstraße zu dem Spielplatz sei in Aussicht zu nehmen. Wir sind der Meinung, daß über diesen Punkt eine direkte Entscheidung heute hier nicht getroffen werden kann, weil sich die Sache ohne weiteres noch nicht übersehen läßt. Die Herren, die Gegner der Durchlegung sind, haben hauptsächlich die isolierte Lage des Stadtparks im Auge, welcher letzterer durch den Weg sehr leiden würde. Ich bitte Sie aber, auf dem Plan hier sich anzusehen, wie sich die Sache nachher gestalten wird. Zu dem verhältnismäßig kleinen Stadtpark kommt das über viermal so große Französisch Feld hinzu, und verbindet gleichzeitig den weiter hinausgehenden Prinzenpark mit dem Stadtpark, so daß, wenn das Französisch Feld umgebaut ist, ein großartiger, vollständig zusammenhängender Komplex der Erholung und den Jugendspielen dienen wird. Der Stadtpark macht kaum den 20. Teil dieser großen Anlagen aus. Das ändert die Sache wesentlich. Erst wenn die ganze Anlage fertig ausgebaut ist, wenn vielleicht eine Ausstellung dort stattgefunden hat, oder regelmäßig Spiele dort abgehalten werden, erst dann wird man sich ein Urteil bilden können, ob die jetzt bestehenden Zugangswege hinreichend sind oder vermehrt oder abgeändert werden müssen. Die Baukommission ist der Meinung, daß heute noch niemand imstande sein wird, eine definitive Entscheidung darüber auszusprechen. Heute ist nur an den Grenzen dieses großen Komplexes durch den Kiddagshäuser Weg und durch den Glicsmaroder Weg eine Zufahrt zu dem Platz möglich. Von einer großen Verkehrsstraße wird er nicht durchschnitten. Ob diese Zugangsstraßen genügen werden, wenn Ausstellungen oder Feste auf dem Place stattfinden, kann man bezweifeln. Jedenfalls muß die Entscheidung darüber der Zeit überlassen werden. Außerdem möchte ich noch eins bemerken: Es wird immer gesagt, die Straße solle als eine neuprojektierte durchgelegt werden. Es ist aber eine alte, im Ortsbauplan vorgesehene, von der Versammlung früher beschlossene Ortsstraße Nr. 485. Die Straße ist also gar nichts Neues, sondern der Plan hat sich lediglich an den bestehenden Ortsbauplan gehalten, wie das auch nicht anders zu erwarten war. Wenn das anders werden soll, dann müßten wir den Ortsbauplan ändern, und der Zukunft überlassen, eventl. später einen neuen Weg anzuordnen. Die Baukommission hält es für am richtigsten, diese schwierige Frage zu aller Beruhigung dadurch zu erledigen, daß sie Ihnen vorschlägt, die Entscheidung hinauszuschieben, aber nicht etwa den Antrag zu stellen, den Weg aufzuheben, sondern einfach zu sagen: „Die Möglichkeit eines Zugangsweges im Zuge der Kaiser-Wilhelmstraße zu dem Spielplatz ist offen zu halten.“ Dem können wohl alle Herren, auch die Gegner eines solchen Weges, zustimmen.

Außerdem hatte die Kommission in ihrem früheren Vorschlage gesagt: „Für die Erlangung von Projekten zur Ausführung der Tribüne usw. ist eine Konkurrenz zu veranstalten.“ Diesen Antrag wollen wir abändern, indem wir vorschlagen, für die Erlangung von Projekten zur Ausgestaltung des Platzes und zur späteren Verwaltung dieses und der übrigen Spielplätze eine Deputation einzusetzen und mit entsprechender Vollmacht auszustatten. Diese Deputation brauchte man eventuell erst dann zu wählen, wenn das Projekt fertig ist. Das hat aber keine Bedenken, denn wenn einer die Einrichtung macht und der andere bekommt sie zum Betriebe oder zur Verwaltung, so ist meistens der letztere mit der Einrichtung nicht zufrieden. Deshalb wird es zweckmäßig sein, die Deputation, der später die Verwaltung dieses Platzes übertragen werden soll, gleich einzusetzen, damit sie an der Ausgestaltung des Platzes mitwirken kann. Es wird Ihnen auch vorgeschlagen werden, in diese Deputation einen besonderen Sachverständigen hineinzuwählen.

Die übrigen Änderungen in unseren Vorschlägen sind redaktioneller Natur, ich werde sie in der Einzelberatung näher begründen.

Die Wünsche der Herren Reiter, die in verschiedenen Eingaben vorgebracht sind, haben in der Kommission auch ihre Besprechung gefunden. Ich möchte vorschlagen, den Punkt zu verschieben, bis zur Besprechung des Antrages Eckhardt.

Vorsitzender: Ich bitte den Herrn Referenten, die Vorschläge der Baukommission zu verlesen. Ich werde den Herren aus der Versammlung nach jedem einzelnen Punkte Gelegenheit geben, ihre Meinung zu sagen.

Herr Fröhling: Die Baukommission schlägt der Versammlung vor, ihre Meinung dahin auszusprechen, daß wir als Programm für den Ausbau des Franzischen Feldes empfehlen:

1. Die Hauptmasse des Platzes nicht aufzuteilen in einzelne, fest begrenzte und an Vereine oder Schulen zu überweisende Spielplätze, sondern die Hauptmasse des Platzes ungeteilt freizugeben der ungehinderten Benutzung und den Spielen der Jugend mit der alleinigen Beschränkung, daß Schulen und Vereinen an besonderen Stellen ein Vorzugsrecht für die Benutzung eingeräumt werden kann für besonders festzusetzende Zeiten und während der Abhaltung ihrer Spiele.

Im Gegensatz zu einer lediglich schulmäßigen oder turnerischen Benutzung des Platzes soll er also zur freien Benutzung bestimmt werden, damit sich die Jugend auf ihm nach eigenem Ermessen bewegen kann, ohne ständig unter Auf-

sicht zu stehen. Natürlich sollen die Schulen von der Benutzung des Platzes nicht ausgeschlossen sein, sondern ihnen soll ein Vorzugsrecht für bestimmte Zeiten eingeräumt werden.

Ich empfehle den Punkt zur Annahme.

Herr Lange: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob der Punkt 1 schon in der vorletzten Sitzung erledigt ist, indem die 95 000 M für die Ausgestaltung der Gesamtanlage bewilligt worden sind. Ich erinnere mich nicht mehr ganz genau, da es in später Stunde zur Sprache gebracht wurde.

Herr Fröhling: Die vorläufig aufzutwendenden Ausgaben für sofort vorzunehmende Arbeiten sind bewilligt.

Herr Lange: Wie aus der Vorlage ersichtlich, sind für Anlage von festen Tribünen und sonstige Bauarbeiten 95 000 M in Aussicht genommen, und auch die Anlage von Tennisplätzen geplant. Gerade gegen diese beiden Sachen wollte ich mich wenden. Ich weiß nicht, ob es erforderlich ist, diese hohe Summe aufzuwenden für einen Sportplatz, der für die allgemeine Benutzung vorgesehen ist, auf dem ohne jede Parzellierung nur eine große Rasenfläche, eine geeignete Bewässerung und geeignete Zugänge zu schaffen erforderlich ist.

Vorsitzender: Herr Lange verwechselt die Summen 59 000 und 95 000 M. Die Verwilligung in der Sitzung vom 26. April 1911 hat folgenden Verlauf genommen. Der Herr Oberbürgermeister sagte zur Geschäftsordnung: (Verlesung aus dem Bericht Nr. 2 Seite 76), worauf ich folgendes vorgeschlagen habe: (Verlesung aus demselben Bericht S. 77). Wir haben uns also nicht auf eine bestimmte Summe festgelegt, sondern nur auf die vom Herrn Oberbürgermeister genau spezialisierten Sachen.

Herr Jasper: Nach meiner Ansicht würde die Sache besser geklärt werden, wenn wir zunächst, statt in eine Spezialdebatte einzutreten, eine Generaldebatte über die Gestaltung des Platzes stattfinden ließen.

Herr Oberbürgermeister Ketelemer: Der Magistrat hat die Summe von 31 000 M als bewilligt angesehen und danach Verfügung erlassen.

Herr Leue: Ich schlage vor, gleich in die spezielle Debatte einzutreten. Bei einer Generaldebatte würden wir doch gleich wieder auf die Einzelheiten zu sprechen kommen.

Herr Bähr: Ich bin derselben Ansicht.

Herr Jasper: Ich bitte, über meinen Antrag abstimmen zu lassen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Herr Lange: Da beabsichtigt wird, einen Spielplatz für die Allgemeinheit einzurichten, so halte ich es nicht für richtig, Vorzugsrechte zuzubilligen. Der Spielplatz muß jederzeit jedermann zur Verfügung stehen. Wollen die Schulen dort am Nachmittag, wo die Fabriken noch nicht geschlossen sind, spielen, so können sie das ohne weiteres tun und werden dann auch immer freie Plätze genug vorfinden, denn der Spielplatz ist ja so groß. In der Verständigung untereinander liegt doch aber auch ein erzieherischer Wert, und für die Erziehung soll doch der ganze Platz geschaffen werden. Ich möchte empfehlen, das Vorzugsrecht der Schulen und Vereine zu streichen und den Platz ohne Einschränkung der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

Vorsitzender: Der Herr Vorredner beantragt demgemäß, hinter „Jugend“ einen Punkt zu setzen, und den letzten Passus zu streichen. Ich werde demgemäß über den Punkt a in zwei Teilen abstimmen lassen.

Herr Frede: Wenn man den Schulen und Vereinen das Recht einräumen will, daß sie auf dem Platz spielen können, dann muß man die Fassung des Vorschlages a der Kommission als nicht glücklich ansehen. Ich bin anderer Ansicht als mein verehrter Herr Vorredner. Unter a ist vor allen Dingen der Allgemeinheit die uneingeschränkte Benutzung des Platzes freigegeben und weiter gesagt, daß Schulen und Vereinen ein Vorzugsrecht zugestanden werden kann. Wenn man die Erfahrungen berücksichtigt, die auf dem Leonhardplatz und dem Amalienplatz gemacht sind, dann muß man sagen, daß es nicht wohlgetan ist, der Allgemeinheit ein solches Recht einzuräumen. Es entstehen dadurch nur beständige Reibungen, nicht nur zwischen Schulen und Vereinen einerseits und dem Publikum andererseits, sondern auch unter den Schulen und Vereinen unter sich. Es ist besser, wenn eine Anzahl von Plätzen reserviert wird, es bleibt immer noch reichlich Raum für die Allgemeinheit übrig. Ich habe mir vom Overturnlehrer Somburg sagen lassen, daß 8 reservierte Plätze genügen würden, deren jeder einen Raum von 100×70 m einnimmt, und daß es gut wäre, wenn man diese Plätze nicht etwa streng durch geschlossene Grenzen absondert, sondern nur vielleicht durch Pfähle, die sich leicht fortnehmen lassen, falls man wünscht, daß eine größere Partie einmal in eins zusammengezogen werden soll. Deshalb möchte ich folgendes vorschlagen: Den Platz der allgemeinen Benutzung durch die spielende Jugend freizugeben bis auf die für Schulen oder Vereine abgegrenzten Teile.

Vorsitzender: Um die Abstimmung zu vereinfachen, möchte ich vorschlagen, den Vordersatz in der Fassung der Kommission zu belassen und dann

anzufügen: „Mit alleiniger Beschränkung, daß 8 Plätze für Schulen und Vereine reserviert werden.“

Herr Rieke: Wenn wir einmal einen allgemeinen Spielplatz schaffen, dann bin ich gegen jede Einschränkung, auch gegen die, wie sie in der Formulierung des Vorschlages der Kommission gegeben ist. Ich meine, wer zuerst zum Spielen kommt, dem gehört der Platz, der andere muß wohl oder übel solange warten, bis er frei wird. Daß für Schulen Plätze freigestellt werden müssen, ist für mich selbstverständlich. Entschieden muß ich mich aber dagegen erklären, daß man wieder dazu kommt, Abteilungen zu machen und Grenzen zu schaffen durch Pfähle oder sonstige Reservate, zumal mir zu Ohren gekommen ist, daß der Spielplatz gegenüber dem Lichtwerk am Eisenbütteler Wege, der der Jugend zeitweise zum Spielen überlassen ist, ihr wieder genommen und bepflanzt werden soll. Ich stehe auf dem Standpunkt: jedermann mag kommen, wer nur will, und den Schulen muß jederzeit der Platz zur Verfügung stehen. Tennisplätze aber gehören nicht dahin. Davon haben wir nun gerade genug. Dieser Platz mag man dem freien Spiel der Jugend einräumen.

Vorsitzender: Wenn ich den Herrn Vorredner recht verstanden habe, will er eigentlich alles so lassen, wie es hier steht. Das Feld soll unbegrenzt bleiben, nur soll jeder kommen können und spielen, wann er will.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e h e r: Herr Rieke wünscht nicht die Beschränkung, die die Kommission vorschlägt. Es ist ja schön mit der unbegrenzten Freiheit. Aber wir sind dazu gekommen, diesen Platz zu ermieten und Ihnen vorzuschlagen, große Mittel für seine Instandsetzung aufzuwenden nicht allein für die erwachsene Jugend, sondern auch zugunsten der Schulen, weil die vorhandenen Plätze tatsächlich für die Spiele nicht mehr ausreichen. Wenn in die Lehrpläne der Schulen die Bestimmung aufgenommen wird, daß die Schüler verpflichtet sind, an den Spielen der Schule teilzunehmen, daß also das Spielen auf den freien Plätzen einen Teil der Lehrziele bildet, dann ist die Stadt auch verpflichtet, für angemessene Plätze für ihre Schulen zu sorgen. Es kann nicht gesagt werden, wenn der Schulvorstand die Kinder auf den Platz bringt und er ist von andern Leuten besetzt, dann gehen die Kinder wieder nach Hause. Es wäre besser gewesen, wenn die Kommission diese Frage hier noch nicht präzisiert hätte; es kommt das doch erst zum Austrag, wenn der Platz instand gesetzt ist. Es müßte doch merkwürdig zugehen, wenn wir uns über die Art der Benutzung nicht verständigen könnten. Die Baukommission hat ja schon den Vorschlag gemacht, daß eine Deputation eingesetzt werden soll, die sämtliche Spielplätze zu

vergeben und den Spielbetrieb zu regeln hat. Ohne das wird es nicht gehen, wenn man Ordnung halten will. Wenn das nicht geschieht, so können auch plötzlich neue Spieler kommen, die ganz unangenehme Komadies sind, die kräftiger sind als die Kinder und sie von dem Plage vertreiben. Das wird Herr Riecke auch nicht wollen; er ist doch auch sonst für Ordnung und wird sie auch hier aufrecht erhalten wollen. Diese Frage könnten wir später erledigen oder dem gewählten Spielplazausschuß überlassen.

Vorsitzender: Dana möchte ich vorschlagen, nur einfach zu sagen: Die Hauptmasse des Platzes nicht aufzuteilen. Damit ist das gesagt, was der Herr Oberbürgermeister ausgeführt hat, alles andere wird für die Zukunft aufbewahrt.

Herr Leue: Ich verzichte auf das Wort. Was ich sagen wollte, ist durch den Herrn Oberbürgermeister schon ausgeführt.

Herr Lange: Ich möchte mich dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden anschließen.

Herr Frühling: Ich möchte noch einmal die Gründe darlegen, aus denen die Kommission zu ihrem Vorschlag gekommen ist und weshalb sie sich nicht begnügt hat, nur zu sagen: Die Hauptmasse des Platzes ist nicht aufzuteilen. Wir wollen, daß das Vorzugsrecht für die Schulen und Vereine beschränkt wird durch die Worte „für besonders festzusetzende Zeiten und während der Abhaltung ihrer Spiele“. Wir sind der Meinung gewesen, die Herr Lange und Herr Riecke vertreten haben, daß im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Frede in dem Projekt nicht eine Aufteilung stattfinden soll, sondern der Hauptsache nach zur freien Verfügung der Jugend stehen soll. Wir haben uns aber den Gründen, die der Herr Oberbürgermeister vorgeschlagen hat, nicht verschließen können und haben uns ihnen angeschlossen. Vor der Abteilung von 8 Plätzen möchte ich dringend warnen. Mit dem Antrage des Herrn Vorredners würde ich mich einverstanden erklären können, doch halte ich den Antrag der Kommission für weitergehend, da er die Beschränkung in der allgemeinen Benutzung wiederum beschränkt. Ich kann deshalb nur empfehlen, den Antrag der Kommission anzunehmen.

Vorsitzender: Es stehen sich jetzt der Antrag der Kommission und der Antrag Frede gegenüber, wenn nicht noch einer der Herren meinen Antrag aufnimmt.

Herr Ribbentrop: Ich nehme den Antrag des Herrn Vorsitzenden auf.

Herr Lange: Es würde noch mein Antrag vorliegen, die letzte Hälfte des Kommissionsantrages zu streichen. Ich habe mich aber dem Antrag des Vorliegenden angeschlossen.

In der Abstimmung wird zunächst der Antrag Frede abgelehnt und darauf der Kommissionsantrag angenommen.

Herr Frühl ing: Die Baukommission empfiehlt Ihnen:

2. Die Ausführung von ausgedehnten Baumpflanzungen auf die Grenzen des Feldes zu beschränken, das Mittelfeld aber davon freizulassen.

Ich habe schon damals erörtert, was die Baukommission veranlaßt hat, diesen Vorschlag zu machen. Wir wünschen ein freies Feld, wo die Jungen ihre Drachen steigen lassen können und wo für uneingeschränkte Bewegung Platz ist, und nicht durch Wegeanlagen und Baumpflanzungen den Platz zu zerschneiden.

Der Punkt 2 wird von der Versammlung angenommen.

Herr Frühl ing: Der frühere Vorschlag der Kommission unter c (vergleiche Bericht Nr. 2 Seite 74) ist dadurch erledigt, daß diese Anlagen für spätere Zeit zurückgestellt werden müssen.

Als Punkt 3 schlägt die Kommission vor, zu empfehlen:

Dem Männerturnverein eine Teilfläche, welche zur Einrichtung eines Turnplatzes inkl. Gebäudes genügt, zu noch festzusetzenden Bedingungen zu überlassen.

Die Baukommission ist der Meinung, daß mit Rücksicht auf den gewaltigen Platz, der frei bleibt, es unbedenklich ist, dem Männerturnverein diese Teilfläche einzuräumen. Bei ihrer Lage an der äußersten Grenze des Platzes wird der übrige Betrieb nicht beschränkt und von dem großen Grundstücke, das 80 Morgen groß ist, würde immerhin noch eine Fläche von einigen 70 Morgen zur freien Benutzung bleiben.

Herr Lange: Falls dem Männerturnverein dieses Reservat eingeräumt würde, so wäre es vielleicht angebracht, denselben Platz auch für die Schulen zu reservieren. Der Männerturnverein wird den Platz meistens des Abends benutzen, die Schulen ihn aber nachmittags in Anspruch nehmen. Ich glaube, daß sich beides vereinigen ließe, so daß der ganze andere Platz zur allgemeinen Benutzung freibleibe.

Herr Henking: Ich möchte mich dafür aussprechen, daß man dem Männerturnverein eine Fläche in der gewünschten Größe überläßt, sie aber nicht abgrenzt, damit nicht die Einheitlichkeit des ganzen Spielplatzes dadurch gestört wird. Über die Abgrenzung oder Einfriedigung hat sich der Herr Referent nicht ausgesprochen.

Herr Fr ü h l i n g: Wenn Sie den Vorschlag des Herrn Lange annehmen, so stoßen wir damit die Bestimmung, die wir in Punkt a angenommen haben, um. Was Herr Lange wünscht, kann ohne weiteres aus den Bedingungen gefolgert werden, denn es heißt in unserem Vorschlag: Zu noch festzusetzenden Bedingungen. Man kann ja die Bedingung dem Verein auferlegen, daß in den Zeiten, wo der reservierte Platz nicht durch den Turnverein in Anspruch genommen wird, durch die Schulen benutzt werden darf. Diese 8 Morgen allein werden für die Schulen nach den Mitteilungen, die uns in der Baukommission und auch dem Magistrat geworden sind, nicht ausreichen. Was die Abgrenzung anbetrifft, so haben wir uns zu dem Punkt nicht geäußert, weil das unter die Ausgestaltung des Platzes fallen würde, die dem Projekt vorbehalten bleibt.

Herr R i e f e: Wenn der Platz zur unbeschränkten Benutzung für die Allgemeinheit freigegeben wird, so ist damit selbstverständlich auch dem Männerturnverein die Gewähr gegeben, den Platz zu bekommen. Wird ihm aber ein besonderes Stück angewiesen, dann verhehle ich Ihnen nicht, daß mir das Bedenken aufgestiegen ist, daß dort Hütten und Zelte aufgebaut und Turngeräte aufgestellt werden, und dann das ganze Feld einen Anblick wie ein Schrebergartenverein haben und bald unschön aussehen wird. Der Männerturnverein hat dasselbe Recht wie jeder andere, und das will ich ihm nicht beschneiden, aber dann brauchen für ihn nicht besondere Räume geschaffen werden wie im Bürgerpark die Tennisplätze. Mit demselben Recht wie der Männerturnverein kann auch jeder andere Verein kommen. Ich möchte bitten, diesen Punkt abzulehnen. Daß Ordnung geschaffen und aufrecht erhalten werden muß, wie der Herr Oberbürgermeister sagt, ist selbstredend. Dafür aufzukommen ist ja dann die Kommission da, die in Aussicht gestellt ist.

Herr S a n d e r: Auch mir ist es nicht sympathisch, daß wir einen immerhin doch großen Teil von 8 Morgen einem einzelnen Verein gewissermaßen fest übergeben sollen. Wir haben doch noch mehrere größere Turnvereine in hiesiger Stadt, den Handwerkerturnverein, den Turnklub usw. Die Vereine und noch andere Turnvereine haben doch dasselbe Recht. Wenn wir dem Männerturnvereine das Stück übergeben und die anderen Vereine mit einer gleichen Bitte

an uns herantreten, dann stehen wir vor der Frage: Woher nehmen? Ich könnte wohl dafür sein, wenn wir die Fassung in der Weise träfen: „Den Turnverein eine Teilfläche zu überlassen.“ Dann mögen sie sich darüber benehmen, wie sie sich ihre Spielzeiten einrichten wollen. Es ist nicht anzunehmen, daß der Männerturnverein allein diesen Platz alle Tage ausnützen wird, meistens wird er brach liegen, während die anderen Turnvereine gern darauf spielen möchten.

Herr Meyerhoff: Ich glaube, es ist vielleicht ein Fehler von der Baukommission verübt damit, daß den geehrten Herren nicht gleich gesagt ist, daß der Männerturnverein schon eine gewisse Berechtigung an dem Platze hat, indem er mit der Domäne Riddagshausen schon ein Abkommen getroffen hat, ehe das Franzsche Feld durch die Stadt von der Herzoglichen Kammer erpachtet ist. Der Verein hat sich das Recht auf das Feld erworben, hat Gelder gesammelt, die ihm durch Vermächtnisse zugeflossen sind, damit dort Gebäude errichtet werden können, was annähernd 32 000 M Kosten verursachen wird. Daß nun der Verein, der eine gewisse Berechtigung dazu erworben hat, auch ungestört auf dem Felde spielen will, muß als ganz richtig anerkannt werden. — Was nun die Frage betrifft, ob auf demselben Platz nicht auch vielleicht vormittags die Schulen spielen könnten, so ließe sich darüber reden. Glauben Sie aber nicht, daß der Männerturnverein irgendeinen ganzen Nachmittag oder auch nur eine Nachmittagsstunde den Platz freihaben wird. Die Größe des Männerturnvereins und seine Gliederung in verschiedene Abteilungen: Frauen-, Mädchen-, Knaben-, Männerabteilung usw. bringen es mit sich, daß bald kaum eine Stunde am Nachmittag nur ein Teil des Platzes frei sein wird. — Von einer Einzäunung des Platzes oder einer Staketterrichtung (es wurde sogar auf die Tennisplätze hingewiesen) wird keine Rede sein können. Es soll nur ein Platz sein, auf dem der Verein ein Anrecht hat. Ich glaube, wir kommen nicht darum hinweg, dem Männerturnverein das Stück zu gewähren, da er gewissermaßen schon ein Anrecht darauf hat.

Herr Stegmann: Ich möchte mich ganz entschieden grundtätlich gegen jedes Privilegium wenden und kann auch diesen Grund nicht gelten lassen, daß der Männerturnverein schon eine gewisse Berechtigung auf den Platz hat. Aus welchen Gründen hat denn der Männerturnverein ein besonderes Verdienst gegenüber den anderen Turnvereinen. Und wenn ein solches auch vorläge, würde ich ihm um deswillen ein Privilegium nicht erteilen können, denn das verträgt sich nicht mit dem Gedanken, für die Allgemeinheit einen Platz zu schaffen und würde nicht mehr in unsere Zeit hineinpassen. Die verschiedenen Vereinsgruppen hiesiger Stadt, die andern Turnvereine, auch die Gesangsvereine, würden

sagen können: „Auch wir haben ein Verdienst für die Allgemeinheit“, würden sich mit Recht zurückgesetzt fühlen, und könnten mit einem Schein von Recht den städtischen Behörden den Vorwurf machen, daß Günstlingswirtschaft und Better-Mischelei getrieben wird. Deshalb bitte ich grundsätzlich abzusehen von Privilegien.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Es muß ohne weiteres anerkannt werden, daß es zu Berufungen Anlaß geben kann, wenn dem Männerturnverein diese Teilfläche des großen Feldes eingeräumt wird. Ich will auch nicht verschweigen, daß bereits vom Turnklub ein gleicher Antrag heute morgen eingegangen ist. Nun liegt die Sache bei dem Männerturnverein insofern etwas anders, als er einmal der älteste Turnverein in der Stadt ist und zum andern der größte aller Turnvereine hier ist, und als er das Turnen doch etwas anders betreibt, als die übrigen Turnvereine, indem er alle möglichen Abteilungen für die verschiedenen Altersstufen und Geschlechter eingerichtet hat. Die städtischen Behörden haben diese besondere Stellung des Männerturnvereins auch dadurch anerkannt, daß sie ihm von jeher einen größeren städtischen Zuschuß bewilligt haben. Ursprünglich ist dieser Zuschuß veranlaßt dadurch, daß aus dem Männerturnverein die Mitglieder der Turnerfeuerwehr hervorgingen. Das hat sich, soweit ich unterrichtet bin, jetzt etwas geändert. In die Turnerfeuerwehr werden jetzt auch andere Herren aufgenommen. Einen formellen Rechtsanspruch, wie Herr Meyerhoff das ausdrückt, hat der Männerturnverein nicht. Aber anerkannt muß werden, daß der Verein nahe vor dem Abschluß eines Vertrages mit dem Herrn Oberamtmann Mehrhorn stand, als wir die Verhandlungen wegen Ermietung dieses Platzes einleiteten. Man hätte seitens der Kammer sagen können: Wir verpachten Euch den Platz bis auf die eine Fläche, über die unser bisheriger Pächter schon mit dem Männerturnverein verhandelt hat. Wenn Sie die Bedingung annehmen, daß dieser Platz den Turnvereinen überhaupt eingeräumt werden soll, dann werden damit die Ziele, die der Männerturnverein mit diesem Platz verfolgt, vereitelt. Er will, den Wünschen seiner Mitglieder entsprechend, gern einen Platz haben, der im Sommer zum Turnen im Freien benutzt werden kann. Dazu werden natürlich größere Einrichtungen getroffen werden müssen. Es sind bekanntlich ältere Herren in großer Zahl unter den Turnern, und es wird nicht anders zu machen sein, als daß für diese durch den Männerturnverein Gebäude errichtet werden. Da können nicht die anderen Vereine kommen und diese mitbenutzen wollen. Es ist auch richtig, daß der Männerturnverein bereits erklärt hat, er würde bei gutem Wetter Tag für Tag den Platz benutzen müssen. Entscheiden Sie sich also, ob Sie diese Sonderstellung, die nach der historischen Entwicklung der Männerturnverein einnimmt,

anerkennen oder bestreiten wollen. Der Männerturnverein hat sich in hiesiger Stadt um die Turnsache große Verdienste erworben, und ich finde nicht, daß wir Wetter=Michelslei treiben, wenn wir ihm das fragliche Vorrecht gewähren.

Herr Leue: Nach meinem Dafürhalten liegt die Sache so: Hat der Männerturnverein ein unbedingtes Recht auf diesen Platz, so brauchen wir nicht darüber zu debattieren. Hat er aber kein Recht auf den Platz, so trage ich Bedenken, so weit zu gehen, einem einzelnen Vereine solches Privilegium einzuräumen. Ich erkenne ohne weiteres an, daß der Verein, wie auch der Herr Oberbürgermeister hervorgehoben hat, sich um das Turnwesen in hiesiger Stadt große Verdienste erworben hat. Aber das darf uns nicht abhalten, gerecht zu sein. Ich würde liebend gern sehen, wenn wir noch einen Platz zur Verfügung hätten, daß dann bestimmt würde: Diesen soll der Männerturnverein und einen andern sollen die übrigen Vereine haben. Aber einem Verein allein dürften wir doch ein solches Privilegium nicht zubilligen. Die Verufenen würden nicht aufhören. Die andern Turnvereine, die dieselben Ziele verfolgen und sich ebenso entwickeln, würden sich zurückgesetzt fühlen. Das geht mir wider den Strich. Lieber würde ich noch sehen, daß dieser Platz für die gesamten Turnvereine reserviert würde, und möchte das hiermit beantragen.

Herr Fröhling: Die Gründe, die die Baukommission zu diesen Vorschlägen geführt hat, sind genau dieselben, die auch der Herr Oberbürgermeister schon ausgeführt hat. Wir haben geglaubt, uns den Gründen nicht verschließen zu können, obgleich wir im allgemeinen dafür waren, den Platz für die Gesamtheit frei zu lassen und keine Vorrechte zu schaffen. Sollten aber die Herren unsern Antrag ablehnen wollen, dann würde es sich empfehlen, den eventuellen Antrag zu stellen, den Herr Leue anregte: daß wenigstens ein großer Teil für die Turnvereine hergerichtet und für diese reserviert wird. Denn der Platz für die Turnvereine muß natürlich etwas anders hergerichtet werden als der übrige Platz. Aber ich glaube, daß nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters und nach den Mitteilungen des Herrn Meyerhoff die Herren sich entscheiden können, dem Verein das Vorrecht einzuräumen.

Herr Jasper: Die Ausführungen des Turngenossen Meyerhoff können für die Entscheidungen der Versammlung nicht maßgebend sein, da der Herr Oberbürgermeister in dankenswerter Weise erklärt hat, daß ein rechtlicher Anspruch für den Männerturnverein nicht besteht. Es sind Verhandlungen im Gange gewesen, die aber noch zu keinem Abschluß geführt haben. Die Stadt ist eher ins Geschäft gekommen. Auch die Gründe, die der Herr Oberbürgermeister

für die Vorzugsstellung des Männerturnvereins angeführt hat, sind meiner Meinung nach nicht stichhaltig, außer dem, daß das Alter ohne weiteres einen gewissen Vorzug verleiht. Aber, was die Größe der Vereine anbetrifft, so bezweifle ich, ob andere Vereine, besonders die „Freie Turnerschaft“, an Größe dem Männerturnverein nachstehen. Ich bezweifle auch, daß die Einrichtungen des Männerturnvereins in den Einzelheiten besser und eingehender sind. Auch hier ist mir wieder von der Freien Turnerschaft und auch vom Turnklub bekannt, daß dort Frauen-, Mädchen- und Jugendabteilungen bestehen, ebenso bei der Turnerbrüderschaft. Ich sehe also keinen Grund, die Vorzugsstellung des Männerturnvereins zu rechtfertigen. Es sind bei den Befürwortern dieses Antrages auch wohl andere Gründe damit verbunden als das Alter usw. Aber die Zeiten von Zahn und die von heute, wo Götz die deutsche Turnerschaft anführt, sind sehr verschieden und die Wandlung der Zeit hat sich gerade in der deutschen Turnerschaft in ihrer Zusammensetzung und ihrer Ausgestaltung als politischer Tendenzverein sehr wohl zum Ausdruck gebracht, und aus diesem Gesichtspunkt sollte man einem derartigen Verein nicht eine Sonderstellung einzuräumen gewillt sein. Sie müßten sonst entschlossen sein, allen Vereinen, ihrer Mitgliederzahl entsprechend, eine Fläche auf dem Französischen Felde einzuräumen: Der Turnerbrüderschaft, dem Turnklub, der Freien Turnerschaft und allen anderen. Dann ist allerdings der allgemeine Spielplatz für immer dahin.

Vorsitzender: Ich stelle fest, daß der Stadtverordnete Meyerhoff hier kein Turngenosse ist, sondern Stadtverordneter.

Herr Lange: Ich möchte wohl der Anerkennung zustimmen, die dem Männerturnverein hier geworden ist, trotzdem kann ich mich der Ansicht nicht verschließen, daß es richtig ist, das Reservatrecht dem Vereine, wenn es irgend möglich ist, nicht zu erteilen, sondern, daß der Platz jedermann frei zur Verfügung gestellt wird, sonst würden mit demselben Recht auch andere Vereine, z. B. auch der Flottenverein kommen und einen besonderen Platz beanspruchen. Ich stelle den Antrag: Den Platz frei und ganz der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Herr Wolters: Ich würde mich den Einwänden des Herrn Stadtverordneten Rieke anschließen, da ich es an sich für berechtigt finde, daß einzelne Vereine nicht bevorzugt werden. Nach den Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters aber sind die bestehenden Vertragsverhandlungen des Vereins durch die Verhandlungen seitens der Stadt gestört. Für die Kammer mußte selbstverständlich der höhere Gesichtspunkt, das Wohl der ganzen Stadt, gelten und

sie konnte auch der Stadt bei Abschluß des Vertrages keine bindende Bedingungen auferlegen, die Stadt hätte einen solchen Vertrag nicht annehmen können, weil sie sich in ihren Entschlüssen frei halten muß. Ein Rechtsanspruch besteht also nicht. Aber die unterbrochenen, dem Abschluß nahen Verhandlungen sind doch von solch moralischer Bedeutung, daß man sie respektieren muß. Das ist der Hauptpunkt. Es kommt hinzu, was bezüglich der Bedeutung des Männerturnvereins hervorgehoben ist. Aus diesen Gründen werde ich für die Vorschläge der Kommission stimmen. Den Platz den andern Turnvereinen mit zu überlassen, halte ich nicht für richtig, da dann die Ziele des Männerturnvereins wieder durchkreuzt werden.

Herr Meyerhoff: Ich wollte nur Herrn Stegmann erwidern, der gefragt hat, was für Verdienste denn der Männerturnverein habe. Wenn Herr Stegmann soweit zurückdenken könnte, wie ich zum Beispiel, dann würde er wissen, daß der Männerturnverein das Verdienst hat, die Turnerei im ganzen Herzogtum gepflegt zu haben, daß er Vorturnerschulen geleitet hat usw. Ich glaube, die anderen Vereine wären in Braunschweig nicht erschienen, wenn der Männerturnverein nicht dagewesen wäre und hätte sich Mühe gegeben, die Bevölkerung für die Turnsache zu gewinnen. Herr Dr. Jasper sagt: Einen rechtlichen Anspruch hat der Verein dadurch nicht, daß er vorher verhandelt hat. Soweit ich informiert bin, stand die Sache mit dem Männerturnverein und dem Domänenpächter vor dem Abschluß (Zuruf: „vor“), und nur die Annahme, daß die Stadt ihm den begehrten Platz ebenfalls zur Verfügung stellen werde, bewog den Männerturnverein, davon zurückzutreten. Ich will das nicht weiter ausführen. Wer die Akten Franzisches Feld durchgesehen hat, weiß auch, welche Personen da mitgespielt haben. Ich möchte Sie bitten: stimmen Sie dem Kommissionsantrage zu, Sie tun wahrhaftig keine Sünde damit. Daß die Schulen in den Vormittagsstunden den Platz benutzen können, ist wohl zu ermöglichen. Anderen Vereinen aber die Geräte und Baulichkeiten hinzugeben, kann man dem Verein nicht zumuten.

Herr Stegmann: Was ich sagen wollte, hat Herr Dr. Jasper schon ausgeführt. Herrn Meyerhoff erwidere ich: Allerdings kann ich, da ich 10 Jahre jünger bin als er, nicht soweit zurückdenken wie Herr Stadtverordneter Meyerhoff. Darauf kommt es hier aber gar nicht an. Außerdem habe ich gar nicht ein so großes Interesse daran, mich um solche Vereine zu kümmern und über ihre Vergangenheit nachzudenken. Soviel steht fest: Wenn Verdienste des Vereins vorhanden sind, so wird er dadurch entschädigt, daß er einen jährlichen Zuschuß von der Stadt seit vielen Jahren bekommt. Dann hat die Stadt auch keine

Verpflichtung mehr, ihm besondere Privilegien zu erteilen. Es ist gesagt worden, eine Verpflichtung liegt nicht vor, daß der Platz abgegeben werden muß, aber Herr Stadtverordneter Wolters jagt: Die Verhandlungen mit dem Verein sind bereits im Gange gewesen und dann durch die Stadt gestört. Nehmen Sie es mir nicht übel, mir kommt die Sache merkwürdig vor: während die Stadt um diesen Platz sich bewarb, hat der Verein schnell vorher noch Verhandlungen angeknüpft, um sich ausgerechnet diesen Platz zu verschaffen. Das ist gerade so, als ob der Verein einen Wink bekommen habe, um sich ein Privilegium zu verschaffen. Fest steht jedenfalls, daß eine Berechtigung nicht vorliegt. Ich bleibe bei meiner ablehnenden Haltung.

Herr Oberbürgermeister K e t n e r: Dieser letzten Bemerkung gegenüber möchte ich nur feststellen, daß nach meiner Kenntnis es unrichtig ist, wenn hier vermutet wird, daß der Verein die Verhandlungen erst dann eingeleitet hätte, als wir schon in Verhandlung standen. Die Verhandlungen zwischen dem Verein und dem Oberamtmann Mehrhorn waren nahezu zum Abschluß gekommen, als wir die Sache in Gang gebracht haben. Der Verein ist auch nicht jetzt erst an uns herangetreten, sondern hat gleich damals gebeten, wir möchten dieses berücksichtigen und eventuell diese Fläche aus dem Mietvertrag überhaupt ausscheiden. Im Interesse der Stadt habe ich mich aber auf den Standpunkt gestellt: Wenn der Verein noch nicht fest abgeschlossen hat, soll die Stadt das ganze Französische Feld mieten. Im übrigen haben wir die Absicht, die Bedingungen unter anderem dahin zu fassen, daß von der Miete, die die Stadt für das ganze Feld zu zahlen hat, ein der Größe dieses Feldes entsprechender Teil von dem Männerturnverein an die Stadt zu zahlen ist. Insofern kann von der Vorzugsstellung gar keine Rede sein, sondern wir scheiden aus diesem Mietobjekt einen bestimmten Teil aus und vermieten den unsererseits an den Verein, der ursprünglich diese Fläche mieten wollte.

Herr L e i n e c h t: Es war mir zuerst auch unsympathisch, einem Verein eine besondere Vorzugsstellung zu überlassen, aber nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters und des Herrn Meyerhoff muß ich doch sagen, daß, wenn wir auch keine rechtliche Verpflichtung haben, dem Männerturnverein einen Teil des Feldes zu überweisen, eine moralische Verpflichtung dazu doch besteht. Auf etwas anderes möchte ich noch aufmerksam machen. Es geht nicht gut, daß wir einer Anzahl von Turnvereinen zusammen einen Teil des Feldes überlassen, denn wir wären dann gezwungen, die nötigen Baulichkeiten selber zu errichten und die ganzen Turngeräte aufzustellen. Ich glaube kaum, daß die Stadt sich dazu verstehen wird. Viel einfacher ist es doch, wenn ein be-

sonderer Verein das tut. Wir könnten unter Umständen dem Verein anheimgeben, daß er auch Schulen oder anderen Vereinen, wenn Platz und Zeit vorhanden ist, zum Turnen den Platz überläßt, aber bei dem, was die Kommission vorschlägt, sollten wir bleiben. Ein Unrecht andern Vereinen gegenüber werden wir nicht tun, weil wir eben unserer moralischen Pflicht bewußt sein müssen, da wir dem Turnverein durch unsere Verhandlung gewissermaßen das Feld weggenommen haben.

Herr H e n k i n g: Ich bin ein großer Freund des Turnens und besonders des Männerturnvereins. Trotzdem kann ich es nicht für richtig halten, daß man hier eine Sonderbestimmung eintreten lassen will, indem man den Kommissionspassus annimmt, denn in dem Absatz a ist schon gesagt, daß Schulen und Vereinen an besonderen Stellen ein Vorzugsrecht für die Benutzung erteilt werden kann. Da hat der Magistrat schon das Recht, bestimmte Plätze abzugeben. Nachdem sich die Sache aber so zugespitzt hat, daß eine Empfindlichkeit bei den andern Vereinen besteht, glaube ich, im Interesse der turnerischen Sache ist es richtig, man setzt nicht ein Sonderrecht für einen Verein fest, sondern streicht den Passus d im Hinblick auf das in a bereits Gesagte.

Herr S a r t u n g: Ich glaube, daß die Ausführungen meines Herrn Vorredners nicht ganz zutreffen. Wir haben ausdrücklich gesagt, daß bei der Zustimmung zu a nicht an eine ständige Überweisung an Vereine gedacht ist, es soll nur eine Überweisung zu vorübergehender Benutzung sein. Daß dem Männerturnverein entgegengekommen wird, halte ich für richtig, denn, mag man die Sache ansehen, wie man will, — der Verein hätte längst den erstrebten Turnplatz erhalten, wenn die Stadt nicht dazwischengekommen wäre. Die Sache liegt nicht so, daß man sagen kann: „Laß den Männerturnverein sehen, wo er einen andern Platz bekommt!“ Wenn er Gebäude errichten will, so muß er sicher sein, daß der Platz ihm dauernd bleibt, und das kann er nicht, wenn er von einem Privatmann ein Stück Land pachtet. Rücksicht müssen wir nehmen. Ich glaube doch, daß der Männerturnverein, wenn er auf 8 Morgen reflektiert, nicht nur einen Turn-, sondern auch einen Spielplatz im Auge hat. Ich möchte mir erlauben, eine Modifikation des Punktes d vorzuschlagen, nämlich, daß dem Verein ein Terrain, welches zum Turnplatz nötig ist, überlassen werde. Wie groß das ist, mag sich später finden. Ich meine aber, 8 Morgen braucht man zum Turnplatz nicht. Übrigens turnen die Abteilungen nicht zu gleicher Zeit, und zum Spielen kann der Verein die anderen Plätze mit benutzen, gerade wie die anderen Vereine, dazu braucht er keine Vorzugsstellung; nötig hat er nur den Platz für Gebäude und Geräte. Ich beantrage, den Punkt d dahin ein-

zuzurücklassen: Dem Männerturnverein eine Teilfläche, welche zur Einrichtung eines Turnplatzes inklusive Gebäudes genügt zu noch festzusetzenden Bedingungen zu überlassen. — Das Einzelne können wir der Deputation überlassen.

Herr Stegmann kann das Wort vom Vorsitzenden nicht erteilt werden, da er schon zweimal gesprochen hat.

Herr Sander: Es ist schon verschiedentlich hervorgehoben, daß wir keine rechtliche Verpflichtung gegenüber dem Männerturnverein haben, sondern höchstens eine moralische. Eine solche haben wir aber auch ebenso gut den anderen Turnvereinen gegenüber. Es ist eben gesagt, daß es dem Männerturnverein nicht leicht werden würde, einen andern passenden Platz zu finden. Das ist es gerade, was mich bewegt, gegen die Verleihung von Sonderrechten zu sprechen, denn den andern Vereinen wird es ebenfalls nicht leicht. Ich finde den Vorschlag des Herrn Vorredners als Vermittlungsvorschlag sehr gut. Ich bin auch überzeugt, daß der Männerturnverein zum Spielen ein 8 Morgen großes Stück Land nicht gebraucht. Er hat sich bisher mit einem verhältnismäßig kleinen Platze begnügt; er spielt jetzt, wie ich glaube, auf dem Schulplatz an der Diefestwegstraße, der höchstens 2 Morgen groß ist. Wenn er die Hälfte der 8 Morgen bekommt, so würde das genügen und für die anderen Turnvereine würde Platz übrig bleiben. Nichts liegt mir ferner, als die Verdienste, die sich der Männerturnverein erworben hat, nicht anerkennen zu wollen. Man kann sie auf keinen Fall bestreiten, und ich will sie nicht schmälern, doch halte ich sie nicht für so schwerwiegend, daß wir dem Verein deswegen ein Sonderrecht einräumen müssen. Wir würden als Stadtverordnete leicht Vorwürfe darüber bekommen.

Herr Vogt: Wenn Sie dem Männerturnverein den gewünschten Platz überlassen, so können Sie sicher sein, daß auf diesem Platz am meisten geturnt und gespielt wird. Wer den Männerturnverein und seine Größe kennt, wird mir hierin recht geben. Ich glaube, er hat so viel Mitglieder wie sämtliche Turnvereine hiesiger Stadt zusammengekommen. Dabei hat er so viele Abteilungen, daß er seine Turnhalle beinahe regelmäßig schon vom frühen Nachmittag bis in die späten Abendstunden besetzt hat. Die Suche nach einem Platz, wie ihn die Größe des Vereins fordert, hat seine Schwierigkeiten. Als er endlich soweit war, daß er hoffen konnte, diesen Platz zu bekommen, traten die Verhandlungen der Stadt dazwischen. Der Verein ist zurückgetreten in der Erwartung, daß die Stadt ihm diesen Platz überlassen würde. Wenn er geahnt hätte, daß er ihn nicht bekommen würde, so hätte er Schritte getan, damit ihm dieser

Platz von der Kammer besonders überlassen würde. Es sind soviel Leute, die in der intensivsten Weise der Körperpflege nachgehen, Mitglieder des Männerturnvereins, daß wir wohl erwarten können, die Ziele, die wir mit dem Spielplatz verfolgen, durch Überlassung des gewünschten Platzes an den Verein am besten verwirklicht zu sehen. Deshalb ist eine Sonderstellung des Männerturnvereins wohl berechtigt und ihm wohl zuzubilligen.

Herr L ö h n e f i n k e: Auch ich bin der Meinung, daß den städtischen Behörden die moralische Verpflichtung obliegt, dem Männerturnverein den Platz zur Verfügung zu stellen, und glaube auch, daß die Majorität der Versammlung sich wohl in diesem Sinne entscheiden dürfte. Wenn solche Verpflichtung anerkannt wird, so müssen wir dem Männerturnverein wenigstens soviel Terrain zur Verfügung stellen, als er ursprünglich von Herrn Oberamtmann Mehrhorn ermieten wollte. Wieviel das gewesen ist, geht aus der heutigen Unterhandlung nicht hervor. Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob darüber etwas bekannt ist (Zuruf des Stadtverordneten Meierhoff: 8 Morgen.). Wenn das 8 Morgen gewesen sind, dann möchte ich mich dafür aussprechen, daß die Stadt dem Verein auch 8 Morgen zur Verfügung stellt.

V o r s i z e n d e r: Ich schließe die Beratung und gebe dem Herrn Referenten das Schlußwort.

Herr F r ü h l i n g: Herr Stadtverordneter Henking hat gemeint, die Bestimmung durch diesen Punkt könnte wegfallen, weil die Berechtigung des Magistrats, dem Männerturnverein diesen Platz zu überlassen, bereits in a ausgesprochen sei. Das ist ein Irrtum. In a ist diese Berechtigung nur eingeräumt für besondere Zeiten und für Abhaltung der Spiele, während die Einräumung an den Männerturnverein eine dauernde sein soll.

Herr Justizrat Hartung bemängelte, daß gerade die Zahl von 8 Morgen hergegeben werden soll. Das steht nicht in unserm Vorschlage, sondern es ist von uns beantragt: „Eine Teilfläche bis zu 8 Morgen.“ Damit kann die Stadtverordnetenversammlung sich einverstanden erklären, denn es ist besser, wir beschränken nach oben, als daß wir nach dem Antrag Hartung sagen: die zum Turnplatz nötige Teilfläche. Dann könnte dem Vereine gegeben werden, soviel er will. Indem ich mich den übrigen Ansprüchen, die für den Absatz d sprechen, anschließe, möchte ich bitten, den Passus in der von der Baukommission beantragten Form anzunehmen.

Herr H a r t u n g: Ich ziehe meinen Antrag zurück, da ich höre, daß der Männerturnverein auf dessen Annahme keinen Wert legt.

Vorsitzender: Es liegen 4 Anträge vor. Zunächst der der Kommission, sodann der des Herrn Lange, ferner der Antrag Leue und schließlich der Antrag Hartung. (Zuruf: Der letztere ist zurückgezogen.)

Herr Sander: Ich nehme den Antrag wieder auf.

Vorsitzender: Ich bitte die Herren, welche für den Fall, daß der Kommissionsantrag angenommen wird, dem Antrag Lange (hinzuzufügen „und den Schulen“) zustimmen, die Hand zu erheben. — Das ist die Minorität.

Für den unveränderten Antrag der Kommission stimmen von 31 Anwesenden 15, er ist damit abgelehnt. Auch der Antrag Leue bleibt in der Minorität. Der Antrag Sander: „Dem Männerturnverein eine Teilfläche, welche zur Einrichtung eines Turnplatzes inklusive Gebäudes genügt, zu noch festzusetzenden Bedingungen zu überlassen.“ wird mit 16 Stimmen angenommen.

Herr Fröhling: Im folgenden Punkte empfiehlt die Baukommission:

„Die Möglichkeit eines Zugangsweges im Zuge der Kaiser-Wilhelmstraße zu dem Spielplatz offen zu halten.“

Erörtert habe ich die Angelegenheit schon.

Herr Mohr: Der Herr Referent sagte im Anfange seiner Ausführungen, es wäre der Baukommission absolut nicht eingefallen, uns diesen Durchbruch durch das „Kleine Holz“ gewissermaßen schon jetzt aufzuopfern, er wäre erst für später vorgesehen. Das nenne ich zum Rückzug blasen. In dem Antrage steht: „ein Zugangsweg im Zuge der Kaiser-Wilhelmstraße“. Sämtliche Projekte geben klar und deutlich die Straße an, die wir genehmigen sollen. Nach der Bahnhofsfraße hat keine Fraße die städtische Einwohnerfchaft fo befhäftigt, als diefer Durchbruch durch das Kleine Holz. Bei der Bahnhofsfraße war die Stimmung geteilt, hier aber hören wir nur eine Stimme: Nie und nimmer einen Durchbruch! Ich fage mit Abficht „Kleines Holz“. Wir find stolz darauf, daß aus ihm ein fo schöner Park geworden ift. Man kann es eine Perle unferer Anlagen nennen, denn es ift eine wunderbar fchöne Abgrenzung für unfere Kaiser-Wilhelmstraße. Die foll nun verhumt werden. Es bliebe vom Stadtpark nur ein kleines Stück, gleichfam ein grüner Eingang zu einer Arena oder einem Zirkus. Läßt fich denn wirklich kein anderer Weg finden? Gewiß! Wir haben an der Weftfeite des Stadtparkes fchon drei Zugänge, wir können an der Oftfeite auch für Fußgänger wieder einen Ausgang fchaffen. Nicht am Stadtpark vorbei geht für den Fahrverkehr die Husarenstraße und im Norden die Straße „Am Stadtpark“; außerdem werden wir die verlängerte Heinrichstraße

durch die projektierte Straße 73 bis an den Spielplatz herankommen. Also auch bei größeren Festlichkeiten können wir immer bestimmen: Rechts einfahren und links ausfahren! und brauchen unsere Kaiser-Wilhelmstraße und den Stadtpark nicht zu verunzieren. Ich bitte Sie dringend, ein für allemal daran festzuhalten: Niemals eine Durchbruchstraße durch den Stadtpark!

Herr Bähr: Das Interesse für die Einrichtung des Spiel- und Sportplatzes ist augenblicklich weit zurückgetreten gegenüber der Beunruhigung, die sich unserer Einwohnerschaft bemächtigt hat wegen der beabsichtigten Durchschneidung des Stadtparks. Wenn auch gesagt wird, zurzeit sei sie nicht in Aussicht genommen, so besteht die Straße doch im Ortsbauplan. Daß diese Straße schon seit langem in den Bauplan aufgenommen ist, hat die Einwohnerschaft nicht beunruhigt, denn wer außerhalb unserer Versammlung steht, vergißt solche geplanten Straßen leicht. Nun hat der Herr Referent der Baukommission uns die Sache einigermassen schmackhaft machen wollen. Er hat uns ein Zukunftsbild vorgehalten, wie sich später die Sache schön machen würde, wenn das ganze Feld mit dem Stadtpark in Zusammenhang gebracht ist. Zur Zeit des Prinzen Albrecht lag der Plan vor, das Französisch Feld als einen Parkteil mit einzurichten und es ist schade, daß dies Projekt nicht zur Ausführung gekommen ist und durch unsere Beschlüsse begraben werden wird. Wir hätten mit Einschluß des Rußbergs einen großzügigen Park bekommen. Allerdings lag der Plan auch schon damals vor, die Kaiser-Wilhelmstraße bis zum Rußberg durchzuführen, aber man kam von diesem Projekt doch wieder ab. Die Breite der Kaiser-Wilhelmstraße beträgt 30 m. Denken Sie sich den Park in einer solchen Breite durchschnitten, was bleibt dann noch übrig als zwei kleine Anhängsel. Es wäre zu wünschen, daß wir heute zu dem Beschluß kämen, ein für allemal einen solchen Durchbruch unmöglich zu machen, auch als Fußgängerweg. Noch heute ist ja der ursprüngliche Weg zu erkennen, aber er ist schon zum großen Teil verwachsen. Selbst wenn man einen Fußgängerweg nur in einer Breite von 6 m herrichten wollte, so würde das immer noch breiter sein als der Hauptweg und würde das Bild des über 20 Morgen großen Stadtparks stören. Lassen Sie uns heute festsetzen: er bleibt unverleßlich für alle Zeiten. Zugangsstraßen für den Spielplatz sind genug vorhanden. Die Straße Am Stadtpark läßt sich mit Leichtigkeit ausbauen und die Husarenstraße ist schon vorhanden. Einzelne Spieler und kleinere Gruppen finden auf den heute vorhandenen Wegen immer Zugang, und für größere Gruppen bleiben die bestehenden Zugangsstraßen, die hinreichend Raum gewähren, bestehen. Ich möchte anheimgeben, diesen Vorschlag der Baukommission abzulehnen.

Herr Fröhling: In bezug auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Mohr muß ich auch sagen, daß die Aufregung in der Stadt über den geplanten Zugangsweg sehr groß ist, daß man geradezu mit der Forderung an uns herantritt, zu sagen: Die Straße darf nicht durchgeführt werden. Die Baukommission hat die Sache gründlich beraten und ihr Referent hat ja schon ausgeführt, daß man gar nicht so erpicht darauf ist, die Straße durchzuführen. Das wäre auch verfrüht und ich bin entschieden dagegen, daß man sie jetzt durchführt. Aber es läßt sich eine Vermittlung finden und diese bietet der abgeänderte Antrag der Kommission. Es ist schon jetzt ein Weg vorhanden, und wenn derselbe entsprechend ausgebaut wird, so genügt er bis auf weiteres für den Fußgängerverkehr und als Durchgang. Es ist unbestritten, daß das Kleine Holz zu einem schönen Parke geworden ist, und daß später, wenn der jetzt als Ortsstraße vorgesehene Weg in voller Breite ausgeführt würde, mindestens 200 Bäume umgehauen werden müßten und daß die Leute, die mit Fahrrädern oder Wagen zum Sportplatz kommen, auch über die Husarenstraße oder über die Heinrichstraße fahren können. Unter diesen Umständen empfiehlt es sich wohl, sich vorläufig auf den Fußweg zu beschränken, der ja auch der Bürgererschaft genehm sein wird.

Herr Riecke: Bei mir steht es vollständig fest, daß es ein Übel wäre, den Straßendurchbruch auszuführen. Es blieben an der Ecke nur ein paar Bäumchen stehen, wie sie in andern Städten die Bedürfnisanstalten einschließen. Um den Plan zu verhindern, kommt man tatsächlich in Versuchung, die Behörden gegen die Stadt scharf zu machen. Als seinerzeit die 21 Morgen des Stadtparks an die Stadt für 5000 M verkauft wurden, da ist es mit der Einschränkung geschehen, daß das Kleine Holz als Wald erhalten bleiben mußte. Wenn gesagt wird, die Straße sei schon früher festgelegt, so erinnere ich daran, daß wir schon manchen Ortsbauplan festgelegt und manche Straße aus Zweckmäßigkeitsgründen wieder aufgehoben haben. Den Durchbruch auszuführen, liegt kein Grund vor, weil Platz genug vorhanden ist. Man hat uns vorgetragen, daß der Weg hinter dem Stadtparke aufgehoben und das Französisch Feld damit vereinigt werden solle. Ob das aber einmal eintritt, ist eine andere Sache. Vorläufig ist das Feld und der Prinz-Albrecht-Park Eigentum der Kammer. Was alles in der Welt möglich ist, darüber kann ich keinen Aufschluß geben und manche Möglichkeiten sind hinterher zu Unmöglichkeiten geworden. Wir stehen vorläufig vor dem Faktum, daß wir den Stadtpark haben, und da möchte ich Sie ersuchen, ihn zu erhalten, wie er ist, und nicht einmal anzunehmen, einen Fußweg anzulegen.

Herr *Probst*: Soweit ich es übersehen kann, wird dieser Punkt abgelehnt werden. An eins möchte ich noch erinnern, woraus, wie ich glaube, zu ersehen ist, daß es nicht nötig ist, einen derartigen Zugang zu diesem Plaze zu schaffen. Bei der landwirtschaftlichen Ausstellung vor zwei Jahren hatten wir auch keinen Zugang durch den Stadtpark zu dem Franzischen Felde und eine derartige Bevölkerung des Plazes, wie sie damals stattfand, und einen solchen Wagenverkehr werden wir so bald nicht wieder haben. Wenn damals der jetzige Weg ausreichte, so wird er auch bei Einrichtung des Feldes zum Sportplaze noch auf Jahrzehnte ausreichen.

Herr *Frühling*: Die Baukommission wie auch die Magistratsvorlage haben sich lediglich an die bestehenden Verhältnisse angeschlossen, also von einem Rückzuge der Baukommission kann keine Rede sein. Herr Mohr scheint nicht gehört zu haben, daß wir Ihnen einen neuen Antrag vorgelegt haben und den von der früheren Sitzung, in dem gesagt war, daß die Durchführung in Aussicht zu nehmen sei, ausdrücklich zurückgezogen haben. Unjern heutigen Antrag, die Möglichkeit eines Zugangsweges offen zu halten, können Sie ruhig annehmen. Wenn Sie glauben, dem öffentlichen Druck nachgeben zu sollen, dann kann ja heute auf Aufhebung des Weges aus dem Ortsbauplan beschloffen werden. Sollte sich aber das Bedürfnis eines Weges durch den Stadtpark einmal herausstellen, dann sind wahrscheinlich andere Herren hier, und die würden Sie mit ihrem heutigen Beschlusse nicht binden. Darum ist es ziemlich gleichgültig, ob wir den Beschluß so oder anders fassen, empfehlen möchte ich aber den Antrag der Kommission.

Vorsitzender: Von Herrn Mohr ist ein Antrag eingegangen, unter e zu sagen: „den Stadtmagistrat zu ersuchen, die projektierte und im Plan mit 485 bezeichnete Straße aus dem Ortsbauplan wieder aufzuheben.“

Ferner ist ein Antrag von Herrn Frede eingegangen: „Statt der Durchführung der Kaiser-Wilhelmstraße, wie in Punkt e vorgesehen, die Anlage eines Fußweges von der Kaiser-Wilhelmstraße durch den Stadtpark in Aussicht zu nehmen.“

Wenn Sie mir erlauben, meine unmaßgebliche Meinung auszusprechen, so möchte ich mich dahin äußern, daß es am einfachsten wäre, Punkt e abzulehnen. Daß Sie eine spätere Versammlung mit ihrem Beschlusse binden, erreichen Sie ebenso wenig durch den Kommissionsantrag wie durch den Antrag Mohr oder den Antrag Frede. Ich bin aber gern bereit, diese beiden Anträge auch mit zur Abstimmung zu bringen.

Die Abstimmung über den Kommissionsantrag ergibt Ablehnung desselben. Die Anträge Mohr und Frede werden zurückgezogen.

Vorsitzender: Der Punkt fällt damit einfach aus.

Herr Fröhling: Die Baukommission empfiehlt ferner:

4. Einen Platz zur Abhaltung der Sedan-Festspiele und ähnlicher Veranstaltungen, etwa wie im Projekt 5 vorzusehen, dabei aber Vorjorge zu treffen, daß bei derartigen Veranstaltungen in unmittelbarer Nähe des Festplatzes Buden beliebiger Art, wie bisher, zur Aufstellung gelangen können.

Dieser Platz ist in dem Projekt 5 vorgeesehen. Seitens des Magistrats war vorgeschlagen, die Sedanfestspiele hier abzuhalten. Da das viel für sich hat, schließt sich die Kommission dem Vorschlage an. Der letzte Passus ist angefügt, um besonders hervorzuheben, daß die Möglichkeit gewährt werden soll, wie jetzt auf dem kleinen Exerzierplatze Buden aufzustellen.

Herr Stegmann: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob auch Radfahrer-, Sängers- und Turnerfeste hier abgehalten werden können und ob der Platz auch den freien Gewerkschaften oder der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung gestellt wird. Wir müssen unsere Entscheidung von der Beantwortung der Frage abhängig machen.

Vorsitzender: Nur um die großen volkstümlichen Festspiele zu charakterisieren, ist eines unserer größten braunschweigischen Feste hier genannt. Es ist selbstverständlich, daß auch andere Feste dort abgehalten werden können.

Herr Lange: Ich möchte fragen, ob es notwendig ist, für Abhaltung des Sedanfestes Buden zu errichten. Soweit ich das Sedanfest kenne, sind auf dem Exerzierplatze nicht nur Buden aufgestellt, sondern auch Karussells. In der Nähe des Sportplatzes wird kein geeigneter Platz dafür sein und der eigentliche Spielplatz würde außerordentlich dadurch leiden und schwer wieder in guten Zustand versetzt werden können. Ich beantrage, den Schluß zu streichen von „dabei Vorjorge zu treffen“ an.

Herr Stegmann: Die Antwort des Herrn Vorsitzenden hat mich nicht befriedigt. Ich möchte eine bündige Erklärung der Kommission haben, ob auch Arbeiterfeste und Feste der sozialdemokratischen Partei auf dem Platze abgehalten werden sollen. Sie können sich doch darüber aussprechen! Es ist selbstverständlich, daß wir, wenn Sie meine Anfrage verneinen, keine Veranlassung haben, für Abhaltung des Sedanfestes auf dem Platze zu stimmen.

Herr Sander: Ich beantrage für „Sedanfestspiele“ zu jagen „volkstümliche Festspiele“.

Herr Fröhling: Bezüglich des Antrags, den Schlußtag zu streichen, bemerke ich, daß in der Kommission beantragt war, das Sedanfest zu belassen, wie es bisher gewesen ist. Dem hat die Mehrheit zugestimmt.

Was die Anfrage des Herrn Stegmann betrifft, so kann ich nur erwidern, daß wir in der Kommission nicht darüber verhandelt haben, welche Vereine auf dem Felde aufgenommen werden sollten und welche nicht, daß ich darüber also das Urteil der Kommission nicht mitteilen kann. Es sollten lediglich Festspiele, die im öffentlichen Interesse abgehalten werden, hier Anklang finden und sonst zugelassen werden, auch hier zugelassen werden.

Der Antrag Lange, sowie der Antrag Sander werden abgelehnt, der Kommissionsantrag angenommen.

Herr Fröhling: Der folgende Punkt ist von der Kommission abgeändert. Er lautet: jetzt:

5. Im Anschluß an diesen Festplatz Tribünen zu errichten, die den geplanten Haupteingang wirksam bezeichnen und einfassen, nicht aber ihn versperren. Vor den Tribünen müßten hinreichend Plätze zur Aufstellung von Wagen usw. und zur Heranführung der Straßenbahn vorgesehen werden. Die Tribünen selbst würden zweckmäßig im Unterbau massiv, im Oberbau aus Holz aufzuführen und in geeigneter Weise mit Bedürfnisanstalten, Wärterräumen usw. in Verbindung zu bringen sein.

Von seiten des Magistrats war gewünscht, daß eine Äußerung der Versammlung über diesen Punkt stattfindet, damit bei Ausarbeitung des Projekts ein gewisser Anhalt vorliegt. Daß man überhaupt Tribünen errichtet, erschien der Baukommission wünschenswert, weil alljährlich für Errichtung der provisorischen Tribüne auf dem Exerzierplatze 3000 bis 4000 M. aufgewendet werden müssen. Das könnte erspart und die Tribünen für andere Feste, Ausstellungen und derartige Sachen nutzbar gemacht werden, so daß sich die Ausgabe wohl lohnen würde. Aus ästhetischen Gründen ist vorgeschlagen, daß die Tribünen den Haupteingang nicht versperren, sondern wirksam bezeichnen und einfassen. Wie die Tribünen im einzelnen ausgeführt werden sollen, bleibt dem späteren Projekt überlassen. Auch über den Oberbau und Unterbau soll nur eine unverbindliche Äußerung der Versammlung abgegeben werden, die die Baukommission vorschlägt. Näheres bleibt immer noch dem Projekte vorbehalten.

Herr F r e d e: Nachdem der Plan der Durchführung der Kaiser-Wilhelmstraße bis auf den Platz als begraben gelten darf, möchte ich mir die Anfrage erlauben, ob jetzt noch zwei Tribünen erforderlich sind. Ich erinnere mich, daß in der vorletzten Sitzung dargelegt wurde, daß ursprünglich e i n e Tribüne beantragt sei, aber mit Rücksicht auf diese Durchführung der Kaiser-Wilhelmstraße zwei Tribünen zu bauen seien. E i n e Tribüne ist jedenfalls leichter zu bedienen, zu verwalten und auch billiger in der Herstellung.

V o r s i t z e n d e r: Es ist nicht gesagt, daß zwei Tribünen hergestellt werden sollen; es können auch drei oder vier sein.

Herr N i e t z e: Wenn ich mir das Französisch Feld in seiner jetzigen Gestalt denke mit den vielen Barrikaden und der Tribüne, wie sie alljährlich auf dem Kleinen Exerzierplatz gebaut werden, dann weiß ich nicht, was für ein Aussehen das gewähren soll. Dazu der massive Unterbau, das gibt keinen erhebenden Anblick und wird auch den Spielbetrieb beeinträchtigen. Ich muß mich entschieden dagegen erklären, solche scheußliche Bauten dahin zu stellen. Ganz anders ist es, wenn vielleicht ein Podium dorthin gesetzt wird, auf dem vielleicht ein Gesangsverein ein Lied vorträgt. Ich bin auch überzeugt, daß für Volksfeste schon durch den Rußberg mit seinem ansteigenden Gelände eine natürliche Tribüne dargeboten ist. Ich bin gegen jede Tribüne, es sei denn, daß man plant, einen zweckmäßigen Bau aufzustellen, mit dem man vorwiegend Bedürfnisanstalten und Räume für das Aufsichtspersonal verbindet. Wer der Besitzer des Platzes ist, hat auch die Pflicht, für die Aufsicht aufzukommen. Insofern gehe ich noch weiter als die Kommission und bin fest überzeugt, daß der Stadt für die Kosten, die aufgewendet werden müssen, in irgend einer Form ein Äquivalent wiedergegeben werden muß. Die Form dafür wird die Deputation schon finden. Aber für Tribünen bin ich nicht zu haben und kann sie nicht praktisch finden.

Herr F r ü h l i n g: Sie haben angenommen, der Platz solle für Spiel- und Sportzwecke eingerichtet werden, und es ist besser, dafür gleich eine Tribüne zu bauen, als sie jedes Jahr aufs neue provisorisch hinzustellen. Die Befürchtung, daß durch die Tribünen der Raum für die Spieler beengt würde, fällt weg, wenn man die Größe des frei bleibenden Platzes in Betracht zieht. Herr F r e d e fragte, ob eine oder zwei Tribünen gebaut werden sollen. Dazu habe ich zu sagen: Wo auch der Eingang hinkommen wird, immer muß er besonders hervorgehoben und ausgebildet werden, und da meint die Baukommission, es wäre angebracht, den Eingang durch die Tribünen flankieren zu lassen. Es ist das nur eine künstlerische Anregung, die in der Baukommission gegeben ist. Die jetzt ge-

zeichnete eine Tribüne soll nach Ansicht der Kommission in zweckmäßiger Weise durch das Mittelportal geteilt werden, um einen besser bezeichneten Eingang zu schaffen. Natürlich muß das nähere Projekt immer noch der Versammlung vorgelegt werden.

Herr Meyerhoff: Die Baukommission hat sich vergewissert, daß die hohe Rückwand der Tribüne und das Herumgehen um diese recht störend wirken würde. Deshalb hat sie vorgeschlagen, daß die Tribünen den Haupteingang bezeichnen und einfassen. Damit wird den Technikern etwas an die Hand gegeben, wonach sie die Konkurrenzprojekte bearbeiten können. Ob der Zugang durch das kleine Holz einmal kommen wird oder nicht, bleibt gleich. Die Leute werden von rechts und links nach dem Felde kommen, eine Haltestelle der Straßenbahn und ein Droßkenhalteplatz wird mitten vor dem Felde vorgesehen werden müssen. Da ist nichts natürlicher, als daß ein breiter Zugang zu dem Festspielplatz zwischen den Tribünen eingerichtet wird. Herr Kiefe meint, sie wären nicht nötig, aber sie werden doch auch Geld einbringen, und wenn sie sich auch nicht vollständig verzinsen, so wird doch ein großer Teil zur Verzinsung durch ihre Benutzung beigetragen. Auch andere Veranstaltungen als das Sedanfest werden im Laufe des Jahres auf dem Spielplatz abgehalten werden. Ich weiß nicht, wie lange die Pachtdauer für den „Eintracht“-Spielplatz an der Helmstedterstraße bemessen ist. Wenn die Pachtzeit einmal abläuft, dann kämen die Leute am besten hierher. Auch die „Eintracht“ hat auf ihrem Platz Tribünen errichtet, nicht allein, um die Zuschauer zu schützen, sondern auch, um das Unternehmen lukrativ zu gestalten. Aus den gleichen Gründen empfiehlt Ihnen die Baukommission die Anlage von Tribünen. Ob und wie sie errichtet werden, wollen wir einer späteren Zeit überlassen. Herr Kiefe hat recht: Wer nicht bezahlen will oder kann, der hat die natürliche Tribüne am Rußberge. Es gibt aber eine ganze Menge Leute, die 25 oder 50 M opfern, um sich hinsetzen zu können und nicht stundenlang stehen zu müssen.

Herr Leue: Ich bin auch sehr für Errichtung von Tribünen. Die Abgabe, die Herr Kiefe den Tribünen erteilt hat, brauchen wir nicht ernst zu nehmen, denn er ließ durchblicken, daß er unter gewissen Umständen auch für Tribünen zu haben sei. Wir haben Bedürfnisanstalten, Wärterräume, einen Verbandsplatz und ähnliches auf dem Platz nötig. Wenn wir alle diese kleinen Sachen vereinzelt auf den Platz hinstellen, so würde das einen schlechten Eindruck machen. Bauen wir aber Tribünen, so können diese notwendigen kleineren Räume angegliedert werden. Auf die Einzelheiten möchte ich heute auch nicht eingehen.

Der Vorschlag der Baukommission wird angenommen.

Herr Fr ü h l i n g: Als letzten Punkt schlägt die Baukommission vor:

„für die Erlangung von Projekten zur Ausgestaltung des Platzes und zur späteren Verwaltung dieses und der übrigen Spielplätze wird eine Deputation einzusetzen und mit entsprechender Vollmacht auszustatten sein.“

Ich habe schon vorherhin gesagt, daß die Baukommission der Meinung ist, es empfehle sich nicht, sich auf eine Konkurrenz für die Einrichtung des Platzes festzusetzen, sondern eine Kommission für die weitere Bearbeitung einzusetzen und — wie der Herr Oberbürgermeister wünscht, — ihr auch die Verwaltung dieses Platzes zusammen mit den übrigen Spielplätzen zu übergeben. Das scheint der Baukommission zweckmäßig, auch um zu verhindern, wie ich schon ausgeführt habe, daß nach der Ausführung Differenzen entstehen. Die Kommission war der Meinung, daß diese Deputation aus 2 Magistratsmitgliedern, 2 Stadtverordneten und einem Sachverständigen bestehen solle und war als Sachverständiger Herr Lehrer Runge genannt, als derjenige, der mit dem Sportbetriebe sich am meisten beschäftigt und besonders geeignet erschien. Ich weise auf diesen Namen nur hin, weil ich soeben darnach gefragt wurde. Selbstverständlich kann auch jeder andere gewählt werden, nur die Zahl von 5 Mitgliedern wollten wir Ihnen vorschlagen.

Vorsitzender: Ich bitte, sich heute nicht auf Einzelheiten und insbesondere Personenfragen einzulassen.

Herr F r e d e: Wenn wir uns auf die Personenfrage, die durch den Herrn Referenten angeschnitten ist, nicht einlassen wollen, habe ich zu diesem Punkte nichts zu sagen. Ich möchte nur Widerspruch dagegen erheben, daß als Sachverständiger Herr Runge allein erscheint. Es soll ein Turn- und Spielplatz sein, der eingerichtet wird, und augenblicklich überwiegt das Turnen. Dann gehört als Sachverständiger der Oberturnlehrer mit als Sachverständiger in die Kommission. Sonst habe ich aber gegen die Absicht, Herrn Runge der Kommission noch hinzuzufügen, nichts einzutenden.

Herr M e h e r h o f f: Es muß dem Herrn Referenten ein Irrtum unterlaufen sein, indem er Namen genannt hat. Von der Kommission ist eine bestimmte Beschlußfassung in dieser Sache nicht erfolgt.

Der letzte Vorschlag der Kommission wird angenommen.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag des Herrn Stadtverordneten Sander eingegangen. Er lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, auch andern Turnvereinen gleich dem Männerturnverein Teilflächen zur alleinigen oder gemeinschaftlichen Benutzung für turnerische Zwecke zur Verfügung zu stellen.“

Der Antrag würde ja zu d gehören, ich habe ihn aber erst nach der Verhandlung über den Punkt bekommen. Der Antrag ist von großer Bedeutung, denn er gibt dem Magistrat und der späteren Deputation Anweisung, wie wir über die Sache denken. Es ist ein Antrag zu einem Punkte der Tagesordnung, braucht also nicht unterstützt zu werden. Ich stelle ihn zur Beratung.

Herr Sander: Von dem Grundsatz ausgehend: „Was dem einen recht ist, ist dem andern billig“, habe ich den Antrag eingebracht. Ihn noch weiter zu motivieren, ist wohl nicht nötig, seine Begründung ergibt sich aus den ganzen Verhandlungen über den berregten Punkt. Der Standpunkt der Majorität in dieser Beziehung ist klargelegt; es ist an dem Kommissionsantrage nichts weiter geändert, als daß dem Männerturnverein ein kleinerer Teil eingeräumt wurde. Da es mir so rasch nicht möglich war, den Antrag noch vor der Beschlußfassung über den Punkt d zu stellen, so habe ich ihn jetzt eingebracht.

Vorsitzender: Wenn die Versammlung diesen Antrag annimmt, so müßte man im Anschluß an unsere Beschlußfassung zu Punkt d sagen: „... und weiter auch andern Turnvereinen Teilflächen ... zur Verfügung zu stellen.“ Obgleich dieser Nachsatz in gewisser Weise unserer Beschlußfassung in ihrer Idee widerspricht, so könnten sich doch Herren finden, die auch für den Antrag Sander sind.

Herr Mehrhoff: Wäre diese Frage nicht in der Weise zu erledigen, daß wir der Deputation, die wir ernennen wollen, die Verfügung über den Platz überlassen.

Vorsitzender: Das wünscht Herr Sander nicht; er will, daß von unserer Seite eine Direktive gegeben wird.

Herr Sartung: Ich bitte, den Antrag Sander abzulehnen. Die Meinung der Majorität ist dahin gegangen, man wolle dem Männerturnverein aus besonderen Rücksichten, weil er ein Vorrecht gewissermaßen schon erworben hatte,

das nötige Gelände gewähren, um ihm einen Turnplatz zu sichern, aber keinen anderen Verein anders als im Rahmen des Punktes a des Kommissionsberichts auf demselben festen Fuß fassen lassen. Andern Vereinen und Schulen soll nur zeitweilig ein Vorzugsrecht eingeräumt werden. Wenn Sie den Antrag Sander annehmen, so setzen Sie sich mit dieser ersten Abstimmung in Widerspruch.

Herr Löhnefinke: Das Wort, welches Herr Sander anführte: „Was dem einen recht ist, das ist dem andern billig“, dürfte in diesem Falle nicht anwendbar sein. Wir haben im Laufe der Verhandlungen erfahren, daß der Männerturnverein von seinen aussichtsvollen Verhandlungen zurückgetreten ist. Wäre die Stadt nicht dazwischengegetreten, so wäre der Männerturnverein längst im Besitz dieses Platzes; er hat infolgedessen ein Vorrecht vor andern Vereinen. Was dem Männerturnverein recht ist, das ist in diesem Falle nach meinem Erachten den andern Vereinen nicht billig.

Herr Leue: Ich glaube, dieser Antrag dürfte gar nicht mehr beraten werden. Wenn ich auch sehr für den Antrag bin, so muß ich doch bemerken, daß von mir dem Sinne nach derselbe Antrag gestellt und von der Versammlung abgelehnt ist. Ich habe mich der Majorität fügen müssen. Jetzt kommt derselbe Antrag mit andern Worten; da ist es doch nur gerecht, wenn wir nicht mehr darüber beraten.

Vorsitzender: Ich gebe zu, die Versammlung würde sich durch Annahme des Antrages Sander mit ihren Beschlüssen in Widerspruch stellen. Nur möchte ich als Vorsitzender den Antrag nicht allein tot machen.

Herr Jasper: Ich halte den Antrag formell für zulässig. Einmal war früher gesagt, ein bestimmtes Feld sollte gewährt werden, und ferner, ein Platz allen Vereinen gemeinschaftlich. Nach dem Beschlusse ist dem Männerturnverein ein Platz zur Verfügung gestellt. Neu an dem Antrage Sander ist, den übrigen Vereinen gleichfalls einen Platz einzuräumen. Das ist formell noch nicht berührt und kann als Antrag wohl nicht zurückgewiesen werden. Wenn Herr Leue den Antrag sächlich für gerechtfertigt hält, so sollte er seine formellen Bedenken zurückstellen und für den Antrag stimmen. Ich halte mit Herrn Sander dafür, so unlieb mir auch die Aufteilung des Feldes an einzelne Vereine ist, daß wir auch den andern geben müssen, was dem einen gegeben wird. Die Vorverhandlungen sind für mich nicht stichhaltig, und ich freue mich, daß der Antrag Sander noch gekommen ist.

Herr Sander: Mit meinem Antrage will ich bezwecken, daß nicht einem Vereine allein ein Sonderrecht eingeräumt wird. Wenn Herr Leue meint, mein Antrag sei derselbe wie der seinige, so bin ich anderer Meinung. Ich will klar und präzise sagen: Wenn einem Vereine ein Recht eingeräumt ist, so müssen andere Vereine auch dasjelbe Recht haben. Der Herr Oberbürgermeister hat schon gesagt, daß sich andere Vereine auch um Platz bemüht haben. Um diesen Ansprüchen zu genügen, habe ich meinen Antrag eingebracht.

Herr Frühlings: Von der Bestimmung des Punktes a haben wir eine Ausnahme gemacht, wenn wir jetzt diese Ausnahme verallgemeinern, so würde das den angenommenen Punkt a überhaupt wieder umstoßen.

Vorsitzender: Ein Beschluß im Sinne des Antrages Sander würde allerdings unsern zuerst gefaßten Beschluß aufheben. Das kann die Versammlung natürlich tun.

Bei der Abstimmung bleibt der Antrag Sander in der Minorität, er ist damit abgelehnt.

4. Antrag des Stadtverordneten Eckhardt auf Herrichtung eines Reitweges auf dem Französischen Felde.

Herr Frühlings: Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei Herrichtung des Französischen Feldes zum Sport- und Spielplatz dahin zu wirken, daß auch ein Reitweg vorgesehen wird.“

Die Baukommission hat den Antrag beraten. Natürlich kann der Reitweg nicht über den Platz hinweggehen, sondern muß an den Grenzen bleiben. Die Kommission schlägt vor, an der Ostgrenze des Feldes einen Reitweg herzurichten, der mit dem Giesmaroder Reitweg verbunden werden kann. Eine weitere Möglichkeit sieht die Kommission nicht. Sie empfiehlt, den Antrag Eckhardt dem Magistrat zur tunlichst en Berückichtigung zu überweisen.

Herr Lange: Ich stimme dem Kommissionsantrage prinzipiell zu. Ich glaube aber, daß es im Interesse des Reitsports liegt, weniger draußen Reitwege herzurichten als in erster Linie die Wege wieder aufzunehmen, die im Laufe der Jahre in der Nähe der Stadt verschwunden sind und dazu dienen, die schönen Wege draußen, z. B. im Prinzenpark, mit der Innenstadt in Verbindung zu

bringen. Notwendig würde ein Reitweg auf dem Riddagsbhäuerwege oder der Raftanienallee sein und auch ein solcher um die Promenaden. Ich möchte bitten, dies mit zur Erwägung zu stellen.

Vorsitzender: Ich werde mir erlauben, die Anträge der Reiter, die bei der Versammlung eingegangen sind, der Baukommission zu überweisen. Dann würden auch die Wünsche des Herrn Stadiverordneten Lange mit Berücksichtigung finden können. Hier handelt es sich nur um Reitwege auf dem Franzosen Felde.

Der Antrag der Kommission gelangt zur Annahme.

5. Antrag des Stadiverordneten Jasper auf Anberaumung regelmäßiger Stadtverordnetenitzungen.

Vorsitzender: Ich habe mich persönlich bereit erklärt, nach den Ferien versuchsweise am ersten und dritten Donnerstage jeden Monats eine Sitzung anzuüberaumen. Damit würde allerdings nicht eine Vermehrung der Sitzungen um etwa vier stattfinden, sondern mindestens um acht, denn häufig werden mir vom Magistrat Sachen überwiesen, die ich nicht 14 Tage oder 3 Wochen liegen lassen kann.

6. Baulichkeiten im früheren Hildebrandtschen Hause an der Helmstedterstraße.

Herr **Raiche:** Es liegt ein Antrag des Magistrats vor: 1. sich damit einverstanden zu erklären, daß das Grundstück Helmstedterstraße 8 einstweilen im städtischen Besitz bleibt, 2. zuzustimmen, daß zur Instandsetzung und Einfriedigung des Grundstücks eine Summe von 6250 *M* zu Lasten des Extraordinariums zur Verfügung gestellt wird. Der Antrag, das frühere Hildebrandtsche Haus nicht zu veräußern, sondern zu vermieten, wird damit begründet, daß nur zu geringe Gebote — 50 000 *M* — dafür gemacht sind und nach dem Ausbau der projektierten Straße sich ein höherer Preis erzielen lasse, daß ferner aber auch bei einer weiteren Bebauung des Grundstücks eine erhebliche Beeinträchtigung des Stadtbildes herbeigeführt würde. Nach dem Kostenaufschlage der städtischen Bauverwaltung sind für Instandsetzung des Hauses und für Neueinrichtung einer Waschküche in einem Kellerraum 5500 *M* aufzuwenden. Die Einfriedigung des Grundstücks nach der neu anzulegenden Straße hin wird 750 *M* Kosten verursachen. Der Anschlag ist sehr ausführlich, so daß anzunehmen ist, daß die Summe nicht überschritten wird. Ich bemerke noch, daß der

Mietspreis der Wohnungen im Hause mit 2500 *M* angesetzt ist und empfehle namens der Baukommission Annahme des Magistratsvorschlages.

Die Versammlung ist mit dem Magistratsantrage einverstanden und bewilligt die geforderten Kosten.

7. Erwerb von Grundflächen an der Gliesmaroderstraße.

Herr Tolle: Der Stadtmagistrat schreibt an die Stadtverordnetenversammlung: „Außerhalb der straßenseitigen Einfriedigung der Grundstücke Gliesmaroderstraße 23 und 24 liegen als Teile der genannten Straße erscheinende Grundflächen in Größe von 15 bzw. 19 qm, welche Zubehör der vorbezeichneten Grundstücke sind. Der Eigentümer des Grundstücks Nr. 24, Schriftsetzer Rose, hat aus Anlaß der Absicht, sein Grundstück neu einzufriedigen, an den Magistrat den Antrag zur Abnahme der ihm gehörigen 19 qm gestellt und der Besitzer von Nr. 23, der Schlachtermeister Funke, hat sich bezüglich der in seinem Eigentum stehenden 15 qm jenem Antrage angeschlossen.“ Ein Grund, sich den Anträgen gegenüber ablehnend zu verhalten, liegt nicht vor, und da auch der geforderte Preis von 20 *M* pro qm angemessen erscheint, so gibt der Magistrat anheim, sich mit dem bezeichneten Grunderwerb zu Lasten des Extraordinariums einverstanden zu erklären. Die Baukommission hat die Gelegenheit durchberaten und empfiehlt, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

8. Errichtung von Geräte- und Wärterhäusern.

Herr Meyerhoff: Es hängen im Saale zwei Zeichnungen aus über neue Wärterhäuser für unsere Beamten der Straßenreinigung. Für die 21 Wegewärterbezirke sind bis jetzt 13 Wellblechhuppen beschafft, ferner ein Fachwerkbau an der Korfesstraße und ein Kellerraum unter den Konfirmandenzälen der Paulikirche. Es fehlen also noch 6 feste Aufenthaltsräume für die Wärter. Der Magistrat schlägt vor, einen solchen als Erjag für die erpachteten Räume am Madamentwege auf dem Pflegehausgrundstück an der Goslarischenstraße, resp. in dem Hause gegenüber dem Martinifriedhofe zu errichten, und das zweite auf dem Schulgrundstück in der Comeniusstraße als Erjag für das gemietete an der Marienstraße. Das Gebäude auf der Goslarischenstraße kostet 2400 *M*, das an der Comeniusstraße 2800 *M*. — Die Baukommission hat beide Projekte und Anschläge geprüft und hat gegen die Summen nichts einzumenden. Es ist in Aussicht genommen, für die übrigen Wärterbezirke in späterer Zeit ähnliche

Vorlagen zu bringen. Die Baukommission empfiehlt Annahme dieser Vorlagen zu Lasten des Kap. X des laufenden Etats.

Die Vorlagen werden genehmigt.

9. Neuregelung der Messen.

Nach Mitteilung des Magistrats an die Stadtverordneten vom 10. Januar v. Js. hat die Herzogliche Polizeidirektion zuerst für die vorjährige Wintermesse aus polizeilichen, insbesondere feuerpolizeilichen Gründen unter Zustimmung des Herzoglichen Staatsministeriums das fernere Aufbauen von Meßbuden in der Innenstadt verboten, mit Ausnahme des in üblicher Weise an der bisherigen Stelle abgehaltenen Topfmarktes.

Dies Verbot hat zur Folge gehabt, daß ein großer Teil der Meßverkäufer ihren Verkauf aus der Innenstadt nach dem Schützenplatz verlegt hat, der für den fraglichen Zweck auf Grund der im Jahre 1897 getroffenen Übereinkunft zwischen Herzoglicher Zoll- und Steuerdirektion, der Schützengesellschaft und den städtischen Behörden im Anschluß an die Meßviehmärkte zur Verfügung stand. Allerdings ist es nötig gewesen, von den Meßstandinhabern wegen der gesteigerten Kosten für Instandsetzung, Bewachung und Beleuchtung des Platzes, für Bereitstellung von Feuerlöschhilfe und dergl. neben dem tarifmäßigen Standgeld eine nach Verhältnis der Größe des Standes berechnete Umlage zu erheben, die zur Deckung der Selbstkosten der Stadt bestimmt war. Eine endgültige Regelung der Angelegenheit war in Aussicht genommen, sobald die neue Einrichtung einen genaueren Überblick der künftigen Entwicklung gestatten würde.

Inzwischen hat nun am 30. März v. Js. die Schafferei des Braunschweiger Schützenwesens den mit ihr wegen Benützung des Schützenplatzes zu Meßviehmarkt- und Viehmarktzwecken gegen 800 *M* Jahrespacht geschlossenen Vertrag zum 1. Juli 1911 gekündigt, sich jedoch zum Abschluß eines neuen Pachtvertrages gegen ein erheblich höheres Pachtgeld bereit erklärt.

Um für alle Fälle gesichert zu sein, hat der Stadtmagistrat auch der Herzoglichen Zoll- und Steuerdirektion den mit dieser am 12. Juni 1897 geschlossenen Vertrag, wonach die Stadtgemeinde zur Bereitstellung des Platzes für die Meßviehmärkte unter gewissen Bedingungen verpflichtet ist, zum 1. Juli 1911 gekündigt und gleichzeitig in Übereinstimmung mit der gutachtlich gehörten Marktdeputation ein neues Abkommen vorgeschlagen, durch das die Stadt fortan ausschließlich und ohne die Pflicht, mit der Staatsbehörde sich in die Bruttoeinnahme zu teilen, Anwartschaft auf die neu festzusetzenden Standgelder bei den Messen und Meßviehmärkten erhalten, dafür aber neben der Platzbeschaffung verpflichtet sein würde, dem Staate eine Entschädigung in Höhe der 1225 *M*

betragenden Durchschnittssumme des jährlich in den Jahren 1897—1909 diesem zugeflossenen Standgeld-Anteils zu zahlen. Auf diesen Vorschlag ist nach längeren Verhandlungen die Herzogliche Zoll- und Steuerdirektion unter grundsätzlicher Zustimmung des Herzoglichen Staatsministeriums eingegangen und hat angeregt, wegen der Standgelder auf dem Topfmarkte, ohne daß dessen Fortfall in der Innenstadt dabei in Frage kommen soll, ein ähnliches, der Vereinfachung dienendes Abkommen zu treffen. Die durchschnittliche Jahreseinnahme aus den Topfmärkten stellt sich auf 275 *M*, so daß die jährliche Gesamtentschädigung an den Staat $1225 + 275 = 1500$ *M* betragen würde. Der Entwurf einer entsprechenden Übereinkunft, bei der allerdings, um bei einem etwaigen Rückgange der Einnahmen Schädigungen der Stadt möglichst zu verhüten, ein Abschluß auf zunächst nur drei Jahre (vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1914) statt der ursprünglich in Aussicht genommenen fünf Jahre vorgesehen ist, ebenso der Entwurf einer neuen Festsetzung der Standgelder auf dem Schützenplatz und auf dem Topfmarkt ist den Stadtverordneten in auto-graphischer Vervielfältigung zugegangen. Zur Veränderung des Standgeldes auf dem Topfmarkt liegt wegen der dort gleichbleibenden Verhältnisse kein Anlaß vor, dagegen haben die Standgeldsätze auf dem Schützenplatze ungefähr eine Verdoppelung der bisherigen Sätze erfahren. Man bezweckt mit letzterem in Wirklichkeit aber nur eine einheitliche Zusammenfassung des bisherigen Standgeldes und des daneben erhobenen besonderen Zuschlages wegen der Nebenkosten.

Eine Berechnung, aus der sich sowohl die bisher dem Staate zugeflossenen Einnahmen als auch die endgültig der Stadt zur Last gefallenen Aufwendungen unter Gegenüberstellung der Einnahmen ergeben, ist in einer Anlage enthalten. Sie läßt erkennen, daß der Stadt aus den drei Messen seit Verlegung der innerstädtischen Buden nach dem Schützenplatze ein Überschuß von 1899 *M* 62 *S* verblieben ist (1510 *M* 18 *S* für die letzten beiden Messen zusammen). Die Schützengesellschaft fordert nun eine Erhöhung der Jahrespacht von 800 *M* für den Schützenplatz auf 2000 *M*, wobei aber die Benutzung des Nebengebäudes des Schützenhauses für Wach- und Verwaltungszwecke einschließlich der Abortanlagen und der Gebäude-Beleuchtung mit einbegriffen ist, während hierfür bisher besondere Aufwendungen in schwankender Höhe nötig gewesen sind.

Der Magistrat schreibt, daß die Steigerung der Pachtsumme sehr erheblich sei und er deshalb versucht habe, eine Ermäßigung der Forderung zu erreichen. Obgleich die Schützengesellschaft hierauf nicht eingegangen sei, so habe sie sich doch bereit erklärt, die Wasserrohranlage auf dem Schützenplatz unter Aufwendung von etwa 2400 *M* zu erweitern und 4 bis 5 neue Hydranten anzulegen, um die bisher zur Feuerlöschhilfe gestellte gespannte Spritze für die Folge entbehrlich

zu machen und dadurch sich bei der Masch und der Stadt bei den Messen Kosten zu sparen. Außerdem wolle die Schützengeellschaft für die dringend erforderliche Befestigung und Wiederherstellung von Wegen auf dem Platze einen Betrag von etwa 1500 *M* aufwenden. Angesichts dieser Leistungen, die mittelbar auch der Stadtgemeinde zugute kommen, hält der Stadtmagistrat es für angängig, die Pacht wie gefordert um 1200 *M* zu erhöhen, da mit Wahrscheinlichkeit darauf zu rechnen ist, daß der beim Standgelde erzielte, auf etwa 1300 bis 1500 *M* zu veranschlagende Überschuß zur Deckung der Mehrsumme ausreicht. Allerdings hält es der Magistrat aus den angegebenen Gründen auch hier für ratsam, nur für drei Jahre vom 1. Juli d. Js. bis 30. Juni 1914 abzuschließen. Er hofft aber durch das vorgeschlagene Abkommen die Möglichkeit einer Beibehaltung der Messe auf dem Schützenplatze für absehbare Zeit in einer Weise sichern zu können, die den Wünschen eines großen Teils der hiesigen Einwohnerschaft entspricht.

An die Stadtverordneten ergeht das Ersuchen:

1. dem Abkommen mit der Herzoglichen Zoll- und Steuerdirektion wegen der hiesigen Handels- und Viehmessen unter Bewilligung der jährlichen Entschädigung von 1500 *M* aus der ordentlichen Ausgabe der Kämmererkasse zuzustimmen,
2. sich mit der Festsetzung der Standgelder auf dem Schützenplatze und dem Topfmarkte einverstanden zu erklären,
3. den Stadtmagistrat zum Abschlusse eines neuen Pachtvertrages mit der hiesigen Schützengeellschaft für die Zeit vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1914 wegen der Benutzung des Schützenplatzes gegen ein jährliches Pachtgeld von 2000 *M* zu ermächtigen.

(Den Stadtverordneten ist die Vorlage in autographischer Vervielfältigung zugegangen.)

Herr *Leue* erstattet Bericht über die Vorlage und fügt hinzu: Die Finanzkommission hat sich eingehend mit der Vorlage befaßt. Obgleich auch ihr der Betrag von 2000 *M*, den die Schützengeellschaft als Pacht für den Platz fordert, reichlich hoch erschienen ist, so ist sie doch der Ansicht, daß in Anbetracht dessen, daß die Schützengeellschaft zu einer erheblichen Besserung des Platzes bereit ist, der Vertrag zur Annahme zu empfehlen ist. Ebenso empfiehlt sie, dem beabsichtigten Abkommen mit der Herzogl. Zoll- und Steuerdirektion und der Festsetzung der Standgelder in der vorgeschlagenen Weise zuzustimmen.

Herr *Nicke*: Ich muß es für bedauerlich ansehen, daß die Stadt in der Lage ist, wenn sie zu solchen großen Veranstaltungen Platz gebraucht, diesen er-

mieten zu müssen, da sie nicht selbst einen Platz dafür besitzt. Die Angelegenheit hat auf mich den Eindruck gemacht, als ob die Stadt von jedem Beteiligten gerupft würde. Ich meine, den Vertrag auf 3 Jahre festzusetzen, ist viel zu lange. Wenn die Stadt früh genug auf die Suche gegangen wäre, hätte sie einen solchen Platz auch erhalten. Ich habe gesehen, welche Zustände früher auf dem Platze geherrscht haben. Jetzt ist ja dort eine Aufschüttung gemacht und der Platz wenigstens aus dem Überschwemmungsgebiete herausgekommen. Für solch einen Platz 2000 *M* Pacht zu fordern, ist doch zu viel. Auch die Mietverhältnisse für die Aussteller sind teuer. Für einen Tisch wurden früher 1,20 *M* bezahlt, jetzt 2,50 *M*. Das Bild hat sich ja dadurch geändert, daß der Herr Referent erklärt hat, daß man früher weitere Umlagen erhoben hat, also daß man für alles Mögliche früher von den Leuten noch Geld gefordert hat. Gegen eine Verdoppelung der Sätze wäre ich ganz entschieden gewesen. Meinetwegen könnte die Messe längst aufgehoben sein, aber immerhin gibt es eine Menge Leute, die davon existieren, und auf die haben wir Rücksicht zu nehmen. Die Pacht an die Schützengesellschaft kommt mir ganz horrend vor. Ich weiß nicht, ob dabei nicht noch herauskommt, daß die Stadt auch die Kosten für Auffüllung des Platzes zahlt. Ich möchte das Ersuchen an die Herren richten, dahin zu sehen, daß wir bald einen eigenen Platz für die Messe bekommen. Wir haben z. B. das Terrain am Mittelwege, welches für Schrebergärten aufgeteilt ist. Dann stehen wir nicht mehr in einem Abhängigkeitsverhältnisse zu der Schützengesellschaft und man kann nicht mehr von uns fordern, was man will.

Herr Stegmann: Es ist bedauerlich, daß durch die hohen Mietkosten und durch die Abführung an den Staat die ganzen Unkosten so hoch werden, daß für die Stadt fast nichts übrig bleibt. Ich verstehe vollkommen, daß die Stadt nicht umsonst arbeiten oder noch Geld zulegen will, möchte aber doch bitten, Billigkeitsgründe walten zu lassen namentlich gegen die kleineren Aussteller und die kleinen Budenbesitzer. Es ist mir von zwei Leuten, die Tische aufgestellt hatten, bekannt geworden, daß sie kaum auf ihre Kosten gekommen waren; der eine hatte sogar bares Geld zugelegt, wenn er nur 1 *M* für seine Arbeit rechnet. Wenn auch durch die jetzige Änderung keine Erhöhung eingetreten sein sollte, dann ist das Standgeld schon früher ungerecht gewesen. Es wird nicht zu sehr zu Buche schlagen, wenn man diesen kleinen Ausstellern etwas abläßt. Ich beantrage:

daß für den kleinsten Tisch nur 1,75 *M*, für den zweitkleinsten (2 bis 4 m) nur 3,50 *M* gezahlt zu werden brauchen, für ein kleines Karussell statt 32 *M* 25 *M* und für die kleinsten Buden statt 10,50 *M* nur 7 *M*.

Das übrige bitte ich zu belassen. Wenn Sie bedenken, daß ein kleiner Aussteller für das Quadratmeter 1,25 *M* zahlt, während die größten nur 26,5 *S* zu bezahlen brauchen, so werden Sie zugeben, daß eine unverhältnismäßig hohe Belastung die Kleinen trifft. Wenn man auch sagen kann: Die großen Aussteller bringen viel ein, infolgedessen ist ein geringerer Satz pro Quadratmeter gerechtfertigt, so sollte man trotzdem den Kleinen etwas entgegenkommen. Wenn die Stadt schon wenig an den Messen verdient, so kommt es auf dieses auch nicht mehr an; lieber sollte man versuchen, der Schützengesellschaft noch einige hundert Mark abzuknöpfen.

Herr Stadtrat von Franke n b e r g: So gern auch ich den kleinen Standinhabern in diesem Falle entgegenkommen würde, so muß ich doch dringend bitten, den Antrag Stegmann abzulehnen. Es ist durchaus irrtümlich, wenn Herr Stegmann der Ansicht ist, daß eine derartige Herabsetzung der Standgelder wenig zu Buche schlagen würde. Die Zahl solcher kleinen Aussteller ist außerordentlich groß und eine Ermäßigung würde wegen dieser großen Anzahl einen empfindlichen Ausschlag geben. Nach den Verhandlungen halte ich es auch für ausgeschlossen, daß von der Schützengesellschaft noch ein weiteres Entgegenkommen außer dem bereits erwähnten, das in der Legung von Wasserrohren und der Befestigung der Wege besteht, zu erzielen sein würde. Die Messe steht vor der Tür, ich halte es deshalb für zweckmäßig, auf das Abkommen, das vorsorglicher Weise nur auf 3 Jahre bemessen ist, einzugehen. Die Schützengesellschaft ist nicht uns gekommen, sondern wir haben der Schützengesellschaft kommen müssen, weil ein anderer geeigneter Platz nicht vorhanden war. Es ist leicht gesagt: Suchen Sie einen andern Platz! Wir hätten eine Menge von Einrichtungen, die jetzt fix und fertig zur Verfügung stehen, an anderer Stelle treffen müssen, und die würden zweifellos recht teuer gekommen sein. Mein Standpunkt ist: Wir wollen nach Möglichkeit die Messe zu erhalten suchen, nichts dabei verdienen, aber darnach sehen, daß einigermaßen die Einnahmen und Ausgaben sich ausgleichen.

Die vier Anträge des Herrn Stadtverordneten Stegmann über eine Heruntersetzung der Platzgebühr gegenüber dem Kommissionsvorschlage werden in einzelner Abstimmung abgelehnt, die Vorschläge des Stadtmagistrats in einer Abstimmung angenommen.

10. Banlichkeiten auf dem Pflegehausgrundstücke.

Auf dem städtischen Pflegehausgrundstücke haben sich folgende Aufwendungen auf die Gebäude als nötig erwiesen.

A. Im alten städtischen Krankenhause:

- | | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 1. Einbau je eines Speiseaufzuges im südlichen und nördlichen Flügel | 3 900 M, |
| 2. Belegen des großen Männerjaales im Erdgeschoß mit Linoleum, Errichtung einer Trennungswand zur Schaffung eines besonderen Raumes für Operierte, Einbau einer Tür vom Flur aus | 1 800 M, |
| 3. Einrichtung von Teeküchen im ersten und zweiten Obergeschoß | 1 500 M, |

B. In den Wirtschaftsräumen:

- | | |
|------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| 1. Abbrechen des alten Dampfschornsteins | 200 M, |
| 2. Herrichtung eines überdachten Kohlenlagers | 1 900 M, |
| 3. Beschaffung einer neuen und Instandsetzung der alten Wäschezentrifuge | 1 500 M, |
| | <hr/> 10 600 M. |

Der Magistrat richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich mit den vorgeschlagenen baulichen Änderungen einverstanden zu erklären und die Kosten, die zur Verfügung der städtischen Behörden im Voranschlage des städtischen Pflege-, Armen- und Krankenhauses für 1911/12 schon vorgesehen sind, zu bewilligen.

Herr Rasche berichtet über die Vorlage und bemerkt dazu: Die Baukommission empfiehlt Annahme der vorgeschlagenen baulichen Änderungen und Bewilligung der Summe von 10 600 M mit der einen Änderung, daß gewünscht wird, den Linoleumbelag auf massiver Unterlage herzurichten.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich habe gegen die Anregung der Baukommission namens des Stadtmagistrats keine Bedenken geltend zu machen und nehme an, daß die nicht erhebliche Kostenüberschreitung, die durch die Änderung hervorgerufen wird, demnächst bei der Nachprüfung Ihre Billigung finden wird.

Die Magistratsvorlage wird mit der von der Baukommission vorgeschlagenen Änderung angenommen.

11. Verkauf eines Grundstücks an der Niederstraße.

Herr Rieke: Der Magistrat schreibt an die Stadtverordneten: „Für das zum Sübelschen Nachlasse gehörige Grundstück Niederstraße 6 sind von der

Brauerei zum Feldschlößchen 28 000 *M* geboten, wovon 6000 *M* gegen Auffassung gezahlt und 22 000 *M*, verzinslich zu 4 Prozent, auf das Grundstück zur ersten Hypothek eingetragen werden sollen. Dabei soll jedoch die nach der Salz- dahlumerstraße spitz auslaufende östliche ca. 16 qm große unbebaute Fläche des Grundstücks nicht mit verpfändet werden. — Das fragliche Grundstück muß nach Lage (hart an dem Eiskeller der Brauerei), Grundrißeinteilung und baulicher Beschaffenheit als minderwertig bezeichnet werden, und jedenfalls müßten nicht unerhebliche Baukosten aufgewendet werden, wenn angemessene Mieten erzielt werden sollen. Wir sind deshalb im Einvernehmen mit der Nachlaßdeputation der Ansicht, daß es sich empfiehlt, das Angebot der Brauerei anzunehmen und das Grundstück zu veräußern. Da die Stiftung noch nicht errichtet ist, so unterliegt der Verkauf des Grundstücks der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung.“

Der Magistrat beantragt schließlich, dem Verkauf des Grundstücks zuzustimmen. Die Baukommission hat die Angelegenheit geprüft und gibt Genehmigung des Verkaufs anheim.

Der Verkauf des Grundstücks wird genehmigt.

12. Abgabe von Wasser an die Schützengesellschaft während der Messe und der Masch.

Herr L e u e: Die Schützengesellschaft beabsichtigt, auf dem Schützenplatze eine Erweiterung der Wasserleitungsanlagen vorzunehmen, insbesondere 5 neue Hydranten aufzustellen, damit die Feuer Sicherheit während der Messen und der Masch eine tunlichst große ist. Nun ist seitens des Branddirektors die Forderung gestellt, daß diese Hydranten zur Zeit der Masch und der Messen unter Druck stehen und zu dem Zwecke die drei eingebauten Hauptabsperrschieber geöffnet seien. Es kann dann aber die Menge des verbrauchten Wassers nicht, wie es sonst geschieht, mittels Wassermesser festgestellt, sondern muß geschätzt werden. Im Einvernehmen mit der Schafferei schlägt die Verwaltungsdeputation der Licht- und Wasserwerke vor, die Schätzung in der Weise vorzunehmen, daß für die Masch angenommen wird, es finde ein täglicher Verbrauch von 90 Kubikmeter statt, und für die Messe ein solcher von 30 Kubikmeter. Diese 90 bezw. 30 Kubikmeter müssen von der Schafferei bezahlt werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie wirklich verbraucht sind. Damit die Schieber nicht durch Unbefugte geöffnet werden können, sollen sie plombiert werden. Für die Kontrolle jeder Plombe soll eine jährliche Gebühr von 5 *M* festgesetzt werden. — Der Magistrat gibt anheim, diesem Abkommen zuzustimmen. Die Finanzkommission hat sich mit der Angelegenheit befaßt, hält die Schätzung für zu-

treffend und empfiehlt der Versammlung, ihre Zustimmung zu dem Abkommen auszusprechen.

Herr Bunge: Es ist selbstverständlich, daß auf einem solchen Platze genügend Wasser vorhanden sein muß. Nach den heutigen Verhältnissen aber möchte ich bezweifeln, daß das Wasserwerk seiner Aufgabe gerecht werden kann, denn in der letzten Stadtverordnetenversammlung ist über mangelnden Wasserdruck Klage geführt. Der Herr Stadtverordnete Frede fragte an, wie es käme, daß in einer Reihe von Straßen die Druckverhältnisse des Wassers so schlecht wären, und der Magistrat hat sich darüber ausgesprochen. Ich nehme Gelegenheit, die Sache heute nochmals zur Sprache zu bringen, und kann Ihnen sagen, daß schon seit längerer Zeit von diesen Leuten über den mangelnden Druck in den Leitungen geklagt wird. Sie sind immer auf die Zeit der Indienststellung des neuen Wasserwerks vertröstet, aber jetzt kommen noch mehr Klagen als vorher, so von der Weststraße und von der Zahnstraße. Es ist mir berichtet, daß es vorgekommen sei, daß die Leute dort kein Mittagessen kochen konnten, weil sie kein Wasser hatten. Ich nehme Gelegenheit, zu fragen, ob eine Besserung eintreten wird oder ob diese Verhältnisse weiter bestehen bleiben sollen. Die Sache liegt vielleicht daran, daß die Zuleitungsröhre verändert werden müssen. Vielleicht gibt uns heute der Herr Oberbürgermeister Auskunft.

Herr Oberbürgermeister Köttemeyer: Es ist vom Magistrat nicht zu verlangen, daß er hier genau sagen kann, auf welchen Umstand die mangelhaften Druckverhältnisse in einer beliebigen Straße zurückzuführen sind. Das muß untersucht werden und dafür ist die Deputation eingesetzt. Ich war allerdings damals der Ansicht, daß die Druckverhältnisse besser werden würden, wenn das zweite Wasserwerk in Betrieb gesetzt wäre. Wir haben aber nun in diesem Jahre einen so trockenen Frühling gehabt wie seit Menschengedenken nicht, und das neuerbaute Wasserwerk ist insofern wesentlich auf die Wasserkraft der Oker zugeschnitten, als durch die Wasserkraft elektrische Ströme erzeugt werden, mittels deren die Pumpen in Rünningen und in dem alten Flußwasserwerk betrieben werden sollen. So lange die Oker Wasser genug hatte, konnten die drei Turbinen in Eisenbüttel in Betrieb gesetzt werden. Aber sehr bald ist der Zufluß an Okerwasser geringer geworden. Wenn ich recht unterrichtet bin, haben wir jetzt nur noch einen Zufluß von etwa $1\frac{1}{2}$ Kubikmeter und von Tag zu Tag wird er geringer. Die Folge von dieser ganz abnormen Erscheinung ist, daß die Pumpen des alten Wasserwerks im Bürgerpark nicht mehr elektrisch betrieben werden können. Wir haben deshalb sofort die Dampfmaschine des alten Wasserwerks in Betrieb gesetzt. Dort ist nun genügend Kraft vorhanden, aber die

Stromerzeugungsmaschinen in Eisenbüttel reichen nicht aus, um von Rünningen genügend Wasser herbeizuführen. Dieser Umstand ist leider zusammengetroffen mit einem Wasserkonsum, wie wir ihn noch niemals gehabt haben. Das Höchstmäß an einem Tage war 21 000 Kubikmeter. Es hängt das mit dem Betriebe der Konservenfabriken und selbstverständlich mit der herrschenden großen Trockenis zusammen, die jedermann veranlaßt, viel Wasser zu entnehmen. Um die fehlende Turbinenkraft zu ergänzen, hatte Herr Direktor von Feilich die Lokomobile der Stadt an der Nordseite des Turbinenhauses in Eisenbüttel aufgestellt, hat aber damit nur in unvollkommener Weise Ersatz schaffen können, denn die Lokomobile hat nur 15 Pferdekkräfte. Der Magistrat hat nun den Herrn Direktor von Feilich angewiesen, ohne Rücksicht auf den Geldpunkt sofort Vorrichtungen zu treffen, um das noch reichlich in der Erde vorhandene Wasser in vollem Umfange nach der Stadt zu bringen. Wie er das macht, soll dem Magistrat gleichgültig sein und wir hoffen, daß Sie uns darin zustimmen. Der Magistrat hat auch nicht erst die Deputation um Einwilligung gefragt, da er sich dem Vorwurfe, nicht rechtzeitig die nötigen Einrichtungen getroffen zu haben, auf keinen Fall aussetzen wollte. Es wird erwogen, ob eine stärkere Lokomobile oder ein Motor aufgestellt werden soll; voraussichtlich wird letzteres geschehen, weil es das einfachste ist, und zwar ein so starker Motor, daß mittels dieses die Dynamomaschine in Eisenbüttel in Betrieb gesetzt werden kann und dann die volle Leistungsfähigkeit des Wasserwerks erreicht wird. Ich hoffe, daß schon in nächster Zeit dadurch jede Mlage beseitigt ist. — Daß in den Tagen, an denen der kolossale Wasserkonsum eingetreten war, das Wasser hier und da nicht voll ausgereicht hat, ist erklärlich. Ich weiß nicht, ob in dem beregten Falle noch andere Gründe mitgespielt haben, ob vielleicht die Rohre zu eng gewesen sind. Damit wird sich die Deputation in ihrer nächsten Sitzung zu befassen haben.

Herr Bunge: Ich bin erfreut, daß der Herr Oberbürgermeister Gelegenheit genommen hat, heute zur Beruhigung der Einwohner ein Wort zu sagen. Er hat erklärt, daß Herr Direktor von Feilich alles daransetzen solle, es koste, was es wolle, um den Mangel zu beheben. Ich glaube, das wird seine Wirkung nach außen nicht verfehlen.

Herr Riecke: Ich wollte auch, es stände fest, daß eine Besserung eintreten wird. Dem steht aber entgegen, daß man auch hat versuchen müssen, die Druckverhältnisse der Wasserleitung in der Hamburgerstraße zu verbessern, was ja auch gelungen sein soll. Ich zweifle aber stark daran, daß die Verbesserung nach

dem Westen hinaus erzielt werden kann, und zwar deshalb, weil Herr Direktor von Feilitzsch mir geradezu erklärt hat, daß an der Stelle das neue Wasserwerk keinen Wandel schaffen würde, es müßte dort Abhilfe in anderer Weise geschaffen werden. Der Herr wird nicht mehr erklären, als der Wahrheit entspricht. Wenn das neue Wasserwerk keine Besserung in der Gegend schafft, dann liegt der Mißstand jedenfalls an den zu engen Rohren, und dem müßte abgeholfen werden.

Nachdem die Versammlung dem Abkommen mit der Schützengesellschaft zugestimmt hat, schließt der Vorsitzende die öffentliche Sitzung.

(Dauer der Verhandlungen von 4¼ bis 7¾ Uhr.)

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 22. Juni 1911.

Tagesordnung:

1. Erlass von Statuten für die städtischen Schulen und Beamten	Seite 184
A. Nachtrag V zur Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen der Stadt Braunschweig vom 15. Dezember 1900	186
B. Statut über die Unterhaltung von Oberrealschulen	194
C. " " " " einer Höheren Mädchenschule	213
D. " " " " einer Mädchenmittelschule	221
E. Statut über die Befoldung der Beamten der Stadt Braunschweig	226
2. Errichtung einer Verbrennungsanlage auf dem Zentralfriedhofe	229
3. Instandsetzung des Leihhausganges	244
4. Ausbau der Straße Nr. 92	245
5. Verkauf des früher Howaldtschen Hauses an der Helmstedterstraße	245
6. Anbringung von Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen	246
7. Stadtseitige Übernahme einer Teilstrecke der Helmstedterstraße	247
8. Einführung einer neuen Methode des Gesangsunterrichts	248
9. Instandsetzung der Neuen Knochenhauerstraße	249
10. Zuwendung an den Rabattspareverein	249
11. Ausbau der Straße Nr. 365 und Erklärung derselben zur Ortsstraße	249
12. Instandsetzung der Eckternstraße zwischen Prinzenweg und Michaeliskirche	250
13. " " Agidiensstraße	250
14. " " Jöddenstraße zwischen Neustadtrathaus und Meinhardshof	251
15. Zuwendungen für den Verkehrsverein	252
16. Verlängerung des Kanals und des Wasserrohrs in der Helmstedterstraße	252
17. Einrichtung einer Schulküche usw. in der 4. mittleren Mädchenbürgerschule	253
18. Vermietung des Hildebrandschen Hauses	254
19. Vertrag mit der Herzoglichen Straßen- und Wasserbauinspektion	254

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Kete meyer, Bürgermeister Meher, Stadtrat von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Göde, Loeschigk, Stegmann, Wejemeier.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß eine Eingabe von Anwohnern der Schuhstraße mit der Bitte um Aufbesserung des Pflasters in der genannten Straße eingegangen ist. Da ein gleiches Schreiben auch an den Stadtmagistrat gerichtet ist, so wird die erstgenannte Eingabe einstweilen zu den Akten genommen.

1. Erlaß von Statuten für die städtischen Schulen und Beamten.

Herr Oberbürgermeister Kete meyer: Meine Herren. Zu der Vorlage, betreffend Einführung neuer Schulordnungen hat der Magistrat vor Eintritt in die Beratung folgende Erklärung abzugeben:

Die vereinigten Kommissionen der Schul- und Statutenkommission haben beschlossen, die Annahme dieser Statuten, abgesehen von einigen unwesentlichen Änderungen, zu empfehlen. Aber dieser Beschluß ist nach langen Debatten gefaßt, und wenngleich ich bei diesen Debatten die Vorlage so, wie sie Ihnen vorliegt, verteidigt habe, so sind mir doch hinterher Bedenken gekommen, ob es nötig ist, die Rechte der Stadtverordneten so einzuschränken, wie dies in den Vorlagen geschehen ist, und ich habe schließlich selber dem Magistrat empfohlen, eine Änderung dieser Vorlagen vorzunehmen, soweit es nach unserer Ansicht mit dem Wohle der Schulen verträglich ist. Ich will gleich vorweg bemerken, daß der Magistrat nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß eine Wahl der Lehrer durch die Stadtverordnetenversammlung nicht angängig erscheint, aber es liegt uns durchaus fern, Ihre Rechte mehr, als wie im Interesse der Sache erforderlich erscheint, zu beschränken. Wir haben uns deshalb entschlossen, zuzugestehen, daß der Magistrat bei Ernennung der Lehrer an die Zustimmung der Stadtverordneten in der Weise gebunden sein soll, daß der Schulvorstand die zu ernennenden Lehrer auswählt, sie dem Magistrat — um den hierfür beliebten fremden Ausdruck zu gebrauchen — präsentiert, und der Magistrat an den Beschluß des Schulvorstandes gebunden sein soll, daß der Magistrat also nicht das Recht haben soll, seinerseits allein einen Lehrer zu ernennen. Selbstverständlich soll diese Einschränkung der Rechte des Magistrats nicht so weit gehen, daß er nichts weiter zu tun hätte, als nur den Beschluß des Schulvorstandes zu bestätigen, sondern dem Magistrat soll das Recht gewahrt bleiben,

einen vom Schulvorstand präsentierten Lehrer, den der Magistrat nicht für geeignet hält, nicht zu bestätigen. Dann wird der Schulvorstand aufgefordert werden, dem Magistrat einen andern Lehrer zu präsentieren.

Weiter will der Magistrat Ihnen bei der Ernennung der Direktoren der Schulen entgegenkommen. Die Bedenken, die der Magistrat gegen das Wahlrecht der Stadtverordneten auf dem Gebiete der Ernennung der Lehrer geltend gemacht hat, treffen in gewissem Umfang auch bei der Ernennung der Schuldirektoren zu. Der Magistrat erkennt aber an, daß die Stellen der Direktoren mit die wichtigsten Posten in der ganzen Stadtverwaltung sind, und wenn die Stadtverordnetenversammlung Wert darauf legt, daß sie bei Ernennung der Direktoren mit zu bestimmen hat, dann will der Magistrat dieses Recht in der Weise anerkennen, daß der Magistrat, vielleicht nach Anhörung des Schulvorstandes, seinerseits den Direktor auswählt und dann die Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet, so daß ohne ihre Zustimmung die Ernennung eines Schuldirektors nicht zulässig sein wird.

Endlich haben wir uns entschlossen, Ihnen in bezug auf die angefochtene Bestimmung entgegenzukommen, die dahin geht, daß zu einer Erweiterung des Lehrplans die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung nur dann erforderlich sein soll, wenn dadurch dauernd mehr Ausgaben erwachsen. Der Magistrat würde einverstanden sein, wenn diese Vorschrift gestrichen wird.

Herr *Wolters*: Bei der Beratung dieser Vorlagen in der Statutenkommission ist so verfahren, daß zunächst die im Begleitschreiben des Magistrats angeführten Punkte A 1—6 beraten sind und eine grundsätzliche Einigung herbeigeführt wurde. Ich würde, ohne der Geschäftsführung vorgreifen zu wollen, empfehlen, daß wir auch hier so verfahren, da hier mehrere Leitsätze aufgeführt sind, die sich in den einzelnen Statuten immer wiederholen.

(Der Vorsitzende stimmt zu.)

Herr *Wolters* (fortfahrend): Zunächst Punkt 1. Die hier im Begleitschreiben enthaltenen Ausführungen sind durch die seitens des Herrn Oberbürgermeisters abgegebene Erklärung geändert. Die Statutenkommission hat natürlich nur die Vorlage, wie sie in Ihren Händen ist, beraten können. In der Sitzung waren die eben hervorgehobenen Bedenken vorgebracht, und es ist sehr erfreulich, daß der Magistrat ihnen in diesem großen Umfange gerecht geworden ist. Da es sich im wesentlichen um die Befugnisse der Stadtverordnetenversammlung handelt, so darf ich wohl hier Gelegenheit nehmen, dem Magistrat unsererseits für das Entgegenkommen zu danken, zumal die Bedenken von der Minder-

heit der Kommission ausgegangen sind. Über diesen Beschluß des Magistrats kann ich ja nur meine eigene Meinung abgeben, stimme aber den Äußerungen des Magistrats in vollem Umfange zu.

Vorsitzender: Wir können über das Begleitschreiben des Magistrats nicht abstimmen. Am schnellsten würde deshalb meiner Ansicht nach die Beratung zum Ziele führen, wenn der Herr Referent so liebenswürdig wäre, über die Anlage A zu berichten und die Änderungen mitteilte, die der Versammlung nicht zur Hand sind.

A. Nachtrag V zur Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen der Stadt Braunschweig vom 15. Dezember 1900.

Herr Wolters: Die Anlage A ist ein Entwurf eines Nachtrages V zur „Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen der Stadt Braunschweig vom 15. Dezember 1900“. Die Verhältnisse der Volksschulen sind bereits durch ein Gesetz geregelt. Während es sich also in den sämtlichen anderen Anlagen um Statutenentwürfe handelt, liegt uns hier die Änderung einer Dienstordnung vor. Artikel I enthält eine Änderung von §§ 6 und 7 der Dienstordnung. Zu § 6 habe ich seitens der Statutenkommission nichts zu bemerken.

Herr Friede: Meine Herren! Soviel mir bekannt, sind die Volksschullehrer wie auch die Mittelschullehrer angehalten, daß sie neben ihren Dienststunden im Höchstfalle 8 Privatstunden wöchentlich geben dürfen. Nun ist mir zu Ohren gekommen, daß diese Bestimmungen nicht immer innegehalten werden, und ich möchte hier die Anregung geben, die Direktoren resp. Inspektoren anzuweisen, auf Einhaltung dieser Beschränkung zu achten. Die Lehrer an den unteren Bürgerschulen haben gewöhnlich gar keine Privatstunden, die an den mittleren Bürgerschulen desto mehr. Es ist ganz natürlich, daß der Teil der Lehrerschaft, den dieses betrifft, sich zurückgesetzt fühlt.

Herr Wolters: Davon ist in diesem Paragraphen nicht die Rede, da § 9 darüber bestimmt.

Der § 6 wird von der Versammlung angenommen.

Herr Wolters: Der § 7 I 1—7 a ist bereits in unserer Sitzung vom 26. April beschlossen. Nur zu Nr. 4 ist zu erwähnen, daß auf der 4. Stufe, im 10. bis 12. Dienstjahre, bei den ordentlichen Lehrerinnen durch einen Druckfehler das Gehalt auf 1890 M angegeben ist; es muß heißen 1900 M. Er ist

dadurch entstanden, daß auf der 6. Stufe im Gehalt der Turn-, Handarbeits- und Haushaltungslehrerinnen (16. bis 18. Dienstjahr) der Gehaltssatz von 1900 *M* in 1890 *M* umgewandelt werden muß. Wegen des Landesgesetzes ist es nicht statthaft, daß die Besoldungen für die Lehrkräfte in der Stadt Braunschweig die staatlichen um mehr als 300 *M* übersteigen. Auf die 4. Stufe von Nr. 4 ist keine Übersteigung des staatlichen Satzes vorhanden, wohl aber auf der 6. Stufe von Nr. 5.

Die Bestimmungen unter I 7 b und unter II bis VI sind aus der Dienstordnung vom 15. Dezember 1900 entnommen.

Herr J a s p e r: In § 7 unter I 2 b finden wir die Bestimmung, daß das Anfangsgehalt derjenigen Schulinspektoren, die zur Zeit ihrer Ernennung nicht städtische Lehrer sind, im Einzelfall unter sinngemäßer Anwendung der Vorschrift a vom Stadtmagistrat festgestellt wird. Ich möchte hier vorschlagen, in der Erwägung, daß eine derartige Maßnahme von einschneidender Bedeutung sein kann, an Stelle des Magistratsvorschlages am Schlusse zu sagen: „von den st ä d t i s c h e n B e h ö r d e n festgestellt wird.“

In demselben Paragraphen finden wir unter 3 a die Gehaltsstaffel für die ordentlichen Lehrer und Fachlehrer, wie sie von uns in der vergangenen Sitzung begutachtet und zum Teil auch beschlossen ist. Es ist nur auffallend, daß die seminaristisch gebildeten Lehrer und Fachlehrer, also die Herren, die dieselbe Vorbildung und Ausbildung genossen haben, soweit sie an den andern Schulen als den Bürgerschulen tätig sind, insbesondere an der Oberrealschule und Mädchenmittelschule, zum Teil auch der höheren Mädchenschule, mit anderen Gehaltsstufen bedacht werden. Das war auch schon früher der Fall. Es wurde für notwendig gehalten, den an den gehobenen Schulen tätigen Lehrern ein gewisses Aufwandsgehalt zu bewilligen mit Rücksicht darauf, daß die Anforderungen an den Aufwand in Kleidung usw. bei diesen Schulen etwas stärker seien. Wenn man das Ergebnis unserer Verhandlungen betrachtet, so ist es immerhin eine ganz erhebliche Spanne, die nun zwischen den Lehrkräften, die dieselbe Ausbildung erhalten haben, eingeführt werden soll. An den Mittelschulen sind die Lehrer im Anfangsgehalt erheblich höher gestellt. Die Aufwandsgehalte betrugen früher 150 *M*, jetzt ist die Spannung 300 *M*. Ich kann das nicht gerechtfertigt finden, möchte vielmehr in letzter Stunde anregen, daß eine Gleichstellung der Lehrkräfte mit gleicher Ausbildung eintritt, zuzüglich eines angemessenen Aufwandsgebldes.

Unter 3 desselben § 7 vermiße ich eine Bestimmung, die bisher in der Dienstordnung enthalten war. Wir hatten unter c besondere Vorschriften, daß

der Übungsschullehrer, der Oberturnlehrer und die Lehrer an der Hilfsschule Zulagen bekommen können. Ich habe nicht die völlige Klarheit gewinnen können, wie es mit diesen früher in Gruppe c enthaltenen Lehrkräften in Zukunft gehalten werden soll, und bitte um Aufklärung, ob sie wie bisher eine Zulage bekommen sollen. In der Vorlage ist Gruppe c nicht erwähnt und an sich würde sie dieser allgemeinen Gruppe zuzulegen sein.

Unter 6 kommt dieselbe Abweichung der Hilfslehrer an den Bürgerschulen gegenüber den Hilfslehrern an gehobenen Schulen zur Geltung. Diese letzteren sollen bekommen 1600, 1800, 2000 *M*, und zwar von einem Jahr zum andern, während die in dieser Gruppe vorgesehenen Lehrkräfte zwei volle Jahre auf dem Mindestgehalt von 1400 *M* stehen bleiben sollen. Dieselben Gründe, die mich veranlaßt haben, eine Gleichstellung vorhin zu wünschen, veranlassen mich, auch hier anzufragen, warum die zweijährige Wartezeit aufrecht erhalten werden soll und eine ganz verschiedene Aufwandszulage praktisch zur Durchführung kommt.

Betreffend der Bestimmung unter II, die an sich eine alte Bestimmung ist, möchte ich um Aufklärung bitten, in welchem Umfange jetzt Kirchendienst von den Fachlehrern und ordentlichen Lehrern ausgeübt wird, und wie diese alte Bestimmung zu verstehen ist. Meine Freunde und ich wissen nicht, ob das heißen soll, daß für den Fall, daß ein Lehrer Kirchendienst außerhalb seiner Schulzeit verrichtet, ihm 150 *M* von seinem ordentlichen Gehalt für die Dauer seiner Kirchendiensttätigkeit abgezogen werden soll und daß ihm diese 150 *M* bei der Pension mit in Anrechnung kommen sollen. Meiner Ansicht nach ist es nicht gerade erfreulich, wenn in großem Umfang Nebenbeschäftigungen, mögen sie auch kirchlicher Art sein, von Lehrern ausgeübt werden, da sie ihrem Amt und Beruf vollkommen vorzustehen haben. Sofern aber die Verquickung mit der Kirche noch vorhanden ist, so ist es, wie ich glaube, nicht angemessen, weil der Lehrer über seinen sonstigen Pflichtenkreis hinaus noch andere Dienste verrichtet, daß das Gehalt, das er für seine Lehrtätigkeit bekommt, für diese Zeit geschmälert wird. Es würde das praktisch bedeuten: wir haben infolge des Kirchendienstes keine volle Lehrkraft, sondern eine solche, die um einige Prozente des gesamten Gehalts geschmälert erscheint, und können deshalb das Gehalt nicht in vollem Umfange bezahlen.

Herr W o l t e r s: Was die erste Anfrage betrifft, so möchte ich zu § 7 2 b meine persönliche Meinung dahin aussprechen: Was einen einzelnen Fall, eine einzelne einzustellende Person betrifft, so kann das, soweit die Stadtverordneten in Betracht kommen, ziemlich gleichgültig sein. Für uns besteht nur ein Interesse daran, festzustellen, wie soll diese Stelle besoldet werden, wir wollen das Amt und nicht die einzelnen Personen betrachten. Wenn durch den Paragraphen

gewährleistet wird, daß die vorliegenden Sätze angewandt werden, so können wir uns damit beruhigen.

Der Antrag Jasper, am Schlusse des § 7 2 b statt „vom Stadtmagistrat festgestellt“ zu sagen „von den städtischen Behörden festgestellt“, wird abgelehnt.

Herr Wolters: In bezug auf die Anregung des Herrn Jasper, soweit sie die Gehaltsjäge betrifft, möchte ich auf eins hinweisen: Hier liegt nur der Abdruck dessen vor, was wir schon am 26. April dieses Jahres beschlossen haben, und die damaligen Beschlüsse beruhen auf der Vorberatung der Deputation. Die Sätze bedürfen einer materiellen Prüfung aufs neue nicht, nachdem die Stadtverordneten darüber vor zwei Monaten entschieden haben.

Wegen der andern Besoldung der an den Bürgerschulen tätigen Turn- und Handarbeitslehrerinnen bemerke ich, daß doch nur an einzelnen Schulen die Sätze anders gestellt sind als an den Bürgerschulen. Der Grund dafür ist von Herrn Dr. Jasper selbst angeführt. Es ist notwendig, das weggefallene Aufwandsgehalt wieder wett zu machen. Aus diesem Grunde ist der Magistrat aufs neue gezwungen gewesen, uns vorzuschlagen, daß die Staffelung noch günstiger ausfallen soll als nach unserm Beschlusse vom 26. April. Es spricht also dafür, die Sätze so zu belassen, wie damals beschlossen. Schließlich erinnere ich noch daran, daß die Sätze II bis VI wörtlich in der Dienstordnung vom 15. Dezember 1900 enthalten sind. Sowohl die Besoldungssätze, wie auch die Nebenfragen sind bei der Beratung in der Deputation und im Plenum genau so angenommen, wie sie jetzt in der Dienstordnung stehen.

Herr Oberbürgermeister R e t m e y e r: Es liegt, wie ich glaube, in betreff des § 7 I 3 c ein Versehen vor, insofern als die alte Bestimmung nicht mit aufgenommen ist, wonach dem Overturnlehrer usw. besondere Zulagen bewilligt werden können. Ob wir die Bestimmungen aufnehmen oder nicht, so liegt es ja doch in der Hand der städtischen Behörden, sie zu bewilligen. Ich glaube aber doch, daß es richtig ist, die Bestimmung wieder aufzunehmen, was hier nur beschlossen zu werden braucht. Ich möchte das anheimgeben. (S. Nachtrag III, Seite 31.)

Die Bestimmung über den Kirchendienst der Lehrer ist dahin zu verstehen: Wenn ein Lehrer Kirchendienst als Kantor versieht, und freie Dienstwohnung hat, so werden ihm von seinem Bürgerschulgehalte 150 M in Abzug gebracht. Das hängt mit der Entwicklung der ganzen Sache zusammen. Es ist bekannt, daß die Lehrer auf dem Lande noch jetzt durchweg verpflichtet sind, Kirchendienst zu verrichten. Hier sind noch zwei Lehrer vorhanden, die eine

Kantorstelle versehen und freie Wohnung haben. Sie finden auch im Etat, daß diesen beiden Lehrern 150 *M* vom Gehalt in Abzug gebracht werden. Die Stadt hat dabei einen Vorteil bei der Besoldung dieser beiden Lehrer zu Lasten der beiden Kirchen. Die Sache hat deshalb keine praktische Bedeutung mehr, weil die kirchlichen Behörden beschloffen haben, diese Stellen eingehen und den Dienst im Nebenamt versehen zu lassen. Da man aber in diese Verhältnisse nicht plötzlich eingreifen kann, muß diese Bestimmung einstweilen aufrecht erhalten bleiben. Nun hatte Herr Dr. Jasper gemeint, man solle den Lehrern die Übernahme von solchen Nebenbeschäftigungen überhaupt nicht gestatten. Ich glaube, das geht ein wenig zu weit. Wenn ein Lehrer glaubt, es seiner Familie schuldig zu sein, um des Verdienstes wegen noch ein solches Nebenamt zu übernehmen, dann sollte man es dem Schulvorstand und dem Konsistorium überlassen, zu entscheiden, ob es angemessen ist, dem Lehrer die Erlaubnis zu erteilen. Wir können auch an dieser Sache insofern nichts ändern, als die ganzen Rechtsverhältnisse bei den Lehrern für die Bürgerschulen durch Gesetz geregelt sind und darin ausdrücklich gesagt ist, daß Schulvorstand und Konsistorium ihre Genehmigung erteilen müssen, wenn die Lehrer ein Nebenamt übernehmen. Das Gesetz würden wir durch ein städtisches Statut oder durch eine Schulordnung nicht ändern können.

Herr J a s p e r: Ich stelle den Antrag, formell zu beschließen, daß aus dem Nachtrag III der Punkt 3 c der Ordnung wieder eingefügt wird.

In der Abstimmung wird der § 7 mit dem bezeichneten Zusatz angenommen.

Herr W o l t e r s (zu Artikel II): Unter a steht die Inkraftsetzungsklausel für den Entwurf der Dienstordnung. Dabei bleibt jedoch unser Beschluß vom 26. April d. J., wie er auch im Begleitschreiben des Magistrats und in dem Entwurf der Dienstordnung selbst erwähnt ist, daß die Erhöhung der Gehaltsätze vom 1. April d. J. an nachgezahlt werden soll, unberührt.

Artikel II wird genehmigt, ebenso Artikel III.

Herr W o l t e r s (zu Artikel IV): Unter den beiden Absätzen dieses Artikels finden wir eine eingehende Anordnung darüber, wie der Fall zu regeln ist, wenn ein Lehrer sich weigert, der Sterbefälle der städtischen Lehrer beizutreten oder aus derselben austritt. Nun ist noch vom Magistrat durch ein besonderes Schreiben beantragt, daß die Stadtverordneten zustimmen möchten,

daß die Vorschriften des Artikel IV des vorgelegten Entwurfes durch folgenden Absatz 3 ergänzt werden: „Die an den Bürgerschulen der Stadt Braunschweig auf Lebenszeit angestellten Lehrerinnen und Fachlehrerinnen sind verpflichtet, der am 13. Februar 1901 von Herzogl. Polizeidirektion genehmigten Sterbekasse der städtischen Lehrerinnen zu Braunschweig als Mitglieder beizutreten, und dürfen während des Bestehens ihres Dienstverhältnisses die Mitgliedschaft ohne Genehmigung des Kassenvorstandes nicht aufgeben. Zur Sicherung der Erfüllung dieser Verpflichtung kommen die Vorschriften der Absätze 1 und 2 zur sinngemäßen Anwendung.“ Es entspricht dies einem Wunsche, den die Lehrerinnen an den Schuldirektor geäußert haben und der seinerseits an den Magistrat weitergegeben ist. Die Statutenkommission stimmt dem Antrage des Magistrats zu.

Herr J a s p e r: Gegen die Tendenz dieser Bestimmung, die ich dahin fassen darf, daß die Lehrer für den Sterbefall gehalten sein sollen, sich zu versichern, dürfte an sich wenig einzumenden sein. Es kann nur Zweifel darüber herrschen, wie die Sterbekasse, der beizutreten die Lehrer und neuerdings auch die Lehrerinnen zwangsweise angehalten werden sollen, ihrer äußeren Verwaltung und ihrem sonstigen Aufbau nach gestaltet ist, und besonders, ob auch für die Dauer, und wodurch, Gewähr geboten ist, daß sie die Verpflichtungen, die sie gegenüber den nur zwangsmäßig in ihren Arm getriebenen Lehrern und Lehrerinnen eingeht, erfüllen kann. Wenn wir eine derartige für die Lehrerschaft einschneidende Bestimmung treffen sollen, so kann für uns nicht bestimmend sein, daß ein guter Teil der Lehrer gegenwärtig der Verwaltung sympathisch gegenübersteht. Wir müssen die Gewähr haben, daß für die Zukunft diese Kasse zum Besten der Lehrer eingerichtet, verwaltet und auch zahlungsfähig ist. Ich habe keine Klarheit darüber gewinnen können, inwiefern wir von der Stadt aus eine Gewähr hierfür haben, und bitte um Aufschluß über Verwaltung und Geschäftsgebahren der Kasse, sowie den Einfluß, den die Stadt auf die Kasse hat.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Die Kasse ist von der Herzoglichen Polizeidirektion als kleiner Versicherungsverein anerkannt. Der Geschäftsbetrieb ist derart geregelt, daß beim Sterbefalle eines Lehrers jedes Mitglied 3 M zu zahlen hat. Die Einrichtung ist also ziemlich primitiv. Die Verwaltung hat ein Vorstand in Händen. Näheres ist uns auch nicht bekannt, denn die Kasse ist dem Magistrat nicht unterstellt. Die Lehrer haben schon früher das Ersuchen an den Magistrat gerichtet, im Interesse der guten Sache möchte jeder Lehrer gezwungen werden, der Kasse beizutreten. Der Antrag ist seinerzeit der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet und sie hat sich damit einverstanden erklärt. Deshalb ist diese Bestimmung bezüglich der Lehrer in die Vorschrift auf-

genommen, und auf Wunsch der Lehrerinnen wird jetzt beantragt, die Bestimmung auch in die Gehaltsordnung der Lehrerinnen aufzunehmen.

Herr Jasper: Aus der Aufklärung des Herrn Oberbürgermeister habe ich entnommen, daß es sich lediglich um eine selbstverwaltete Einrichtung handelt, bei der die Stadt irgend welche Mitwirkung gar nicht hat, bei der infolgedessen auch jegliche Gewähr für den dauernden Bestand der Einrichtung verjagt. Unter diesen Umständen halte ich es für bedenklich, eine dauernde Bestimmung aufzunehmen, die die Lehrer zwingt, einer derartigen Selbstverwaltungseinrichtung, bei der eine Gewähr durch die Stadt nicht vorhanden ist, beizutreten. Ich möchte deshalb bitten, diesen Artikel IV abzulehnen. Augenblicklich kann ich auch keine bessere Fassung vorschlagen, die der sozialen Tendenz, die ich an sich für begründet halte, gerecht werden könnte. Vielleicht ließe sich in einer andern Weise dieser Tendenz Genüge tun, ohne den Zwang für eine bestimmte Klasse auszuüben, über deren dauernden Bestand keine ausreichenden Grundlagen gegeben sind. Es könnte etwa in der Weise geschehen, daß die Lehrer nachweisen müssen, mit irgend einer Lebensversicherung einen Abschluß gemacht zu haben. Damit würde ich einverstanden sein. Aber für eine einzelne Klasse, die kein Vorzugsrecht gegenüber anderen Klassen einnehmen kann, hier einen Zwang auszuüben, halte ich nicht für gerechtfertigt. Sind etwa in den letzten Jahren Mißstände hervorgetreten, daß vielleicht einzelne Lehrer nicht haben beitreten wollen, oder daß einzelne aus diesen Klassen ausgetreten sind, dann würde nach dem Grund der Weigerung oder der Austritte zu forschen und zu prüfen sein, ob nicht doch Umstände in der Klassenleitung dafür sprechen, rein objektiv ein derartiges Verhalten einzelner Standesgenossen durchaus gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich kann demgegenüber nur erklären, daß wir unsererseits ein weitergehendes Interesse, als die segensreiche Einrichtung aufrechtzuerhalten, an dieser Klasse nicht haben. Wir haben die Bestimmung lediglich auf Wunsch der bei weitem größten Zahl aller Lehrer aufgenommen. Herr Dr. Jasper fragt nach dem Grunde, aus dem zwei Lehrer ausgetreten sind. Einen Grund kann ich nicht angeben. Es ist in der Vorlage auseinandergesetzt, daß die Klasse genötigt gewesen ist, gegen zwei Lehrer wegen nach ihrer Ansicht unberechtigten Austrittes zu klagen. Ich will nebenbei bemerken, daß der Prozeß nicht, wie in der Vorlage gesagt, zu ungunsten, sondern zugunsten der Klasse entschieden ist. Wir haben erst hinterher Gelegenheit gehabt, das Erkenntnis des Gerichts zu sehen. Die Hauptfrage, ob ein Zwang durch eine solche Vorschrift eingeführt werden kann, ist in dem Erkenntnis des Oberlandesgerichts nicht erörtert. Ich habe deswegen an das Landgericht ge-

schrieben und um die Landgerichtsakten gebeten. Sie sind mir jedoch nicht über-
 sandt. Wenn Sie sich jetzt auf den Standpunkt des Herrn Jasper stellen woll-
 ten, wird der Magistrat nichts dagegen einzutwenden haben, er müßte dann die
 Bestimmung streichen. Ich möchte aber doch auf eine Härte aufmerksam machen,
 die ein solches Verfahren im Gefolge hat. Es wäre doch für die älteren Lehrer,
 die jahrelang den Beitrag von 3 M beim Tode eines Kollegen gezahlt haben,
 hart, wenn plötzlich durch Beschluß der Stadtverordneten den jüngeren Leh-
 rern das Recht eingeräumt würde, aus der Kasse auszutreten, und die älteren
 Lehrer allein darin blieben. Es wäre nachher keiner da, der Zahlung leistete.
 Wir müssen doch nach einem andern Wege suchen. Die vorgelegte Ordnung hat
 selbstverständlich nur den Charakter eines provisorischen Reglements. Sobald
 das Landesschulgesetz erlassen ist, das in sichere Aussicht gestellt ist, werden wir
 jedenfalls Gelegenheit haben, auch für die Bürgerschulen ein städtisches Statut
 herauszugeben. Ich erachte es für selbstverständlich, daß in dem Landesgesetz
 Vorschriften erlassen werden, die die Stadt ermächtigen, auf dem Gebiete des
 Bürgerschulwesens statutarische Anordnungen zu treffen. Wenn das letztere
 von uns ausgeführt wird, so würde es sich empfehlen, diese Frage aufs neue zu
 erörtern und zu prüfen, ob es nicht sicherer ist, verwaltungstechnisch die Ein-
 richtung zu vervollkommen, vielleicht auch dem Magistrat oder den Stadt-
 behörden ein Aufsichtsrecht über die Kasse einzuräumen, mit andern Worten,
 die Lehrer zu veranlassen, diese Kasse neu zu organisieren. Wenn Sie aber jetzt
 plötzlich diesen Paragraphen streichen, so kann ich es nicht anders bezeichnen als:
 Sie greifen mit rauher Hand in eine segensreiche Einrichtung.

Herr Bähr: Im allgemeinen liegt es mir fern, irgend einen Zwang zu
 empfehlen, aber in diesem Falle kann ich nur sagen, daß es sich als Wohltat
 erweisen wird und erwiesen hat, wenn ein Zwang ausgeübt wird. Es liegt tat-
 sächlich im Interesse der Beteiligten, daß solche Bestimmungen Platz greifen. Die
 Kasse schien zunächst auf unsicherem Boden zu ruhen, weil man infolge der
 reichsgesetzlichen Bestimmungen annahm, daß der Stadtmagistrat nicht mehr
 berechtigt wäre, eine derartige Bestimmung zu treffen, wie sie früher bestand,
 und durch welche die Lehrer veranlaßt werden sollen, in die Kasse einzutreten.
 Nur um diese Rechtslage zu klären, hat ein Mitglied der Kasse seinen Austritt
 erklärt, nicht aus andern Gründen. Der Prozeß ist nun, wie Sie gehört haben,
 allerdings zugunsten der Kasse ausgefallen. Dennoch würde es sich empfehlen,
 da es im Interesse sämtlicher Beteiligten liegt, den Austritt von hier angestell-
 ten Lehrern unmöglich zu machen, den Artikel IV anzunehmen. Damit ist diese
 Kasse unter allen Umständen gesichert. Verbesserungen in der Verwaltung
 können immerhin Platz greifen und dabei können auch die Wünsche von einzelnen

Mitgliedern der Rasse erfüllt werden. Die Umlage beträgt bei jedem Sterbefalle 3 *M*, allerdings mit der Maßgabe, daß die gesamte Summe des Sterbegeldes in jedem einzelnen Falle 1000 *M* nicht überschreiten darf. So kommt es vor, daß mitunter gar keine Umlage erhoben wird oder nur eine verminderte. Ich wiederhole, die Annahme des Artikels IV, wie er vom Herrn Referenten empfohlen ist, geschieht nur im Interesse der Beteiligten.

Der Artikel IV mit dem vom Magistrat beantragten Absatz 3 wird angenommen, gleichfalls auch Artikel V.

B. Statut über die Unterhaltung von Oberrealschulen.

Herr Wolters: In den einleitenden Worten ist darauf hingewiesen, daß auf Grund des Gesetzes vom 14. Februar 1911 jetzt abweichende Bestimmungen von der Städteordnung getroffen werden können. Das Gesetz lautet: „Die Gemeinden sind befugt, in Statuten, die die Rechtsverhältnisse der nicht unter das Gesetz über die Gemeindeschulen fallenden Schulen regeln, wegen der Dienstverhältnisse der Leiter und Lehrer von den Vorschriften der Städte- und Landgemeindecordnung abzuweichen. Dieses gilt insbesondere auch von dem bei Begründung und Auflösung der Dienstverhältnisse zu beobachtenden Verfahren.“ Eine Anzahl von solchen Abweichungen sind in diesem Statutenentwurf enthalten. Für beide Realschulen ist ein einheitliches Statut vorgesehen, bisher hatten wir zwei gesonderte Ordnungen. Am Schluß des Paragraphen 1 ist darauf hingewiesen, daß die zweite Oberrealschule den Namen „Gaußschule“ erhalten soll.

Der § 1 wird angenommen.

Herr Wolters: Der § 2 enthält die Bestimmungen über den Lehrplan. Es findet sich hier ein einfacher Hinweis auf die preußischen Bestimmungen. In den übrigen Statutenentwürfen ist über die Lehrpläne nichts Einheitliches vorgesehen. Bei der höheren Mädchenschule ist auf die preußischen Bestimmungen hingewiesen, es sollen jedoch bei Erteilung des Unterrichts in Geschichte und Erdkunde die Verhältnisse des Herzogtums besonders berücksichtigt werden; ähnlich ist es bei der Mädchenmittelschule angegeben, nur sind hier die einzelnen Lehrfächer noch genau angegeben.

Vorsitzender: Zu § 2 ist ein Antrag von Herrn Dr. Jasper gestellt, den 3. Absatz zu streichen.

Herr Jasper: Ich habe diesen Antrag gestellt, weil es mir bedenklich erscheint, ohne weiteres uns unter die preußische Vormundschaft zu stellen. So

sachgemäß es sein wird, wegen des Berechtigungswesens und der Verhältnisse, die durch die Freizügigkeit und den damit verbundenen Schulwechsel begründet sind, sich im allgemeinen, wenn keine zwingenden Gründe dagegen vorliegen, den Vorschriften und Lehrplänen unserer preussischen Nachbarschulen anzuschließen, so erscheint es doch zu weitgehend, hier zu bestimmen: Was Preußen für die Oberrealschulen beschließt, soll ohne weiteres auch für uns Geltung haben. Ich glaube, daß die städtischen Behörden und der Schulvorstand Manns genug sind, aus dem, was im Nachbarland vorgeht, von Fall zu Fall zu prüfen, ob es übernommen werden kann. Es sind in Preußen doch zum Teil Tendenzen im Gange, die vielleicht für ländliche Verhältnisse nutzbringend sind, aber auf die Verhältnisse einer großen aufblühenden Stadt mit industriellem Charakter nicht ohne weiteres übertragen werden können. Deshalb möchte ich bitten, uns das Recht im eigenen Hause, die Sache zu gestalten, wie es uns angemessen erscheint, vorzubehalten.

Herr Oberbürgermeister K e t m e n e r: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß Herr Dr. Jasper mehr aus Absatz 3 herausgelesen hat, als darin enthalten ist. Es steht nicht in dem Absatz: Wenn Preußen die Lehrziele für die Oberrealschulen ändert, soll ohne weiteres dieselbe Änderung bei uns Platz greifen. Dann entscheidet erst noch das Herzogliche Staatsministerium. Es ist nicht gesagt: „Die preussischen Lehrpläne sind maßgebend“, sondern das ist maßgebend, was das Herzogliche Ministerium in bezug auf die höheren Schulen für Braunschweig verfügt hat. Wir wollen uns ohne weiteres fügen, wenn das Herzogliche Staatsministerium vielleicht aus dem Grunde, weil Preußen Änderungen vornimmt, seinerseits die Lehrziele der höheren Schulen in Braunschweig erweitert. Wenn man sich überlegt, welche Kämpfe es gekostet hat, daß die Abgangszeugnisse der Oberrealschulen denen der Gymnasien nahezu gleichgestellt sind, dann wird man anerkennen müssen, daß man auf diese Gleichstellung nur dann rechnen kann, wenn die Ziele auf allen Oberrealschulen dieselben sind. Wir vergeben von unserm Rechte nichts, wenn wir sagen: Weil wir die Berechtigungen bekommen haben, müssen wir unsere Oberrealschulen in bezug auf die Lehrziele und Lehrpläne mit den höheren Schulen im Herzogtum gleichstellen. Daß uns das Herzogliche Staatsministerium nicht unnützen Ballast aufpacken wird, ist selbstverständlich. Wenn nun aber die Änderung der Lehrziele die Folge haben sollte, daß die Kräfte, die die Schule zur Verfügung hat, nicht mehr ausreichen, daß größere Aufwendungen gemacht werden müssen, die nicht im Etat vorgesehen sind, daß neue Schulräume geschaffen werden müssen, so hat selbstverständlich der Magistrat nicht das Recht zu sagen: Wir greifen tiefer in den Säckel und verwenden Mittel, die nicht zur Verfügung gestellt sind, sondern

er wird die Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen haben. Sollten dann die Stadtverordneten einen solchen Antrag ablehnen, so könnte das die unangenehme Folge haben, daß wir der Gefahr ausgesetzt sind, daß das Berechtigungsverfahren unserer Schulen nicht mehr auf der vollen Höhe bleibt. Das liegt ja dann aber in Ihren Händen. Ich sollte meinen, das vorgetragene Bedenken des Herrn Dr. Jasper sei doch nicht erheblicher Art.

Herr Wolters: In Absatz 2 ist nur davon die Rede, daß im Anschluß an die zurzeit geltenden preußischen „Lehrpläne und Lehraufgaben für die höheren Schulen von 1901“ die vom Herzoglichen Staatsministerium erlassenen „Lehrpläne für die höheren Schulen im Herzogtum“ verbindlich sind. Wenn Preußen demnächst ändern sollte, so geht nicht ohne weiteres aus der Bestimmung hervor, daß die Änderungen auch bei uns gelten sollen. — Was den Absatz 3 anbelangt, so sind allerdings, wie auch vom Magistratsrat hervorgehoben wurde, in der Statutenkommission gewisse Bedenken hervorgetreten, namentlich über diesen Absatz 3 zugleich mit dem letzten Absatz von § 4. Wir hatten in der Statutenkommission geglaubt, uns eine Einwirkung auf die Lehrpläne vorbehalten zu sollen, auch wenn Änderungen nicht mit besonderen neuen Kosten verbunden sein sollten. Alle diese Bedenken sind aber vollständig beseitigt durch die Erklärung vom Magistratsrat, daß der letzte Absatz in § 4 gestrichen werden solle.

Herr Jasper: Der Herr Oberbürgermeister hat recht. Ich habe insofern in den Absatz 3 des § 2 zuviel hineingelesen, als nicht darin steht, daß die preußischen Lehrpläne ohne weiteres maßgebend sein sollen; nur indirekt wird es die praktische Folge sein. Ich habe dasselbe Mißtrauen wie gegenüber Preußen auch dem Herzoglichen Staatsministerium gegenüber und möchte, ebenso wenig wie ich die preußischen Bestimmungen ohne weiteres akzeptieren möchte, Änderungen auch nicht dem Ministerium überlassen, zumal gerade die finanziellen Folgen nicht ohne weiteres gering anzuschlagen sein können. Der Herr Oberbürgermeister und der Herr Berichterstatter haben im einzelnen ausgeführt, daß durch eine derartige Lehrplanänderung erhebliche Ausgaben erforderlich sein können. Dadurch aber, daß der in § 4⁵ der eingeschaltete Absatz über die dauernden Mehrausgaben fortfällt, ist in keiner Weise geregelt, wie es gehalten werden soll, wenn durch Anordnung des Ministeriums vorübergehende oder dauernde Mehrausgaben entstehen. Da wir dem Ministerium zugegeben haben, im Rahmen der Ordnung Änderungen zu treffen, wären uns die Hände gebunden. Das Ministerium ordnet an, und wir müssen zahlen. Ich möchte bitten, diese Bestimmung zu streichen.

In der Abstimmung wird zunächst Absatz 1 und 2 des § 3 angenommen, sodann der Antrag Jasper, den 3. Absatz zu streichen, abgelehnt, und hierauf der ganze § 3 angenommen.

Herr Wolters: § 3 regelt die staatliche Aufsicht. Die Oberrealschulen sind der Oberschulkommission unterstellt, während bei der höheren Mädchenschule die Aufsicht dem Herzoglichen Konsistorium zusteht. Das Konsistorium hat bei den Oberrealschulen nur den Religionsunterricht zu überwachen.

Vorsitzender: Herr Jasper stellt den Antrag: Die Worte von „abgelesen“ bis „Leitung und“ zu streichen, den § 3 also zu fassen: „Die Schulen unterstehen der Beaufsichtigung der Herzoglichen Oberschulkommission.“

Herr Jasper: Durch meinen Antrag bezweckte ich erst einmal, daß das Wort „gegenwärtig“ wegfällt. Das Statut soll für die Zukunft gelten, es würde sich also die Streichung dieses Wortes von selbst verstehen. Materiell weicht mein Antrag von dem vorliegenden Paragraphen darin ab, daß in letzterem gesagt wird, dem Konsistorium soll die Überwachung des Religionsunterrichts auch in der Oberrealschule vorbehalten bleiben. Ich habe keine gesetzlich zwingende Vorschrift finden können, diesen Vorbehalt für den Religionsunterricht zu machen, habe auch eine ähnliche Bestimmung für die Mädchenschulen nicht in den vorgeschlagenen Entwürfen gesehen. Wenn kein gesetzlicher Zwang vorliegt, kann ich keinen Nutzen davon einsehen, daß auf einem Teilgebiete des Schulwesens eine andere Behörde und zumal diese Behörde etwas zu sagen hat. Formell habe ich gebeten, „Leitung“ zu streichen. Leitung ist das Unmittelbare, ist Sache des Schulvorstandes und der Direktion; das Recht der Schulkommission müßte doch auf die Aufsicht beschränkt sein.

Herr Oberbürgermeister Nettemeyer: Es ist von Herrn Dr. Jasper die Streichung des Wortes „gegenwärtig“ beantragt. Das wird die Regierung nicht zugestehen, nicht etwa, weil das unrichtig wäre, sondern weil sie, wenn sie die Statuten genehmigt, sich damit verpflichtet, dauernd diese Schulen der Oberschulkommission zu unterstellen. Wir sind froh, daß sie gegenwärtig der Oberschulkommission unterstellt sind, und hoffen, daß das auch dauernd so bleibt. Aber es ist nicht unmöglich, daß an ihre Stelle einmal eine andere Behörde tritt. Ich bitte zu beachten, daß ein Statut, das dem Gesetz nicht widerstreitet, Gesetz ist. Das Ministerium übt nicht nur ein Recht aus, wenn es ein Statut genehmigt, sondern übernimmt auch eine Verpflichtung insofern, als es selber sich diesen Vorschriften unterwirft. — Was den Ausdruck Leitung und Beauf-

sichtigung anbelangt, so entspricht dieser Ausdruck dem Gesetz und ist daraus übernommen. —

Daß die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts dem Konsistorium übertragen werden sollte, hat das Ministerium damals als die Oberrealschule eingerichtet ist, gefordert. Ich weiß nicht, ob heute eine Änderung, daß die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts auch der Oberschulkommission übertragen werden sollte, genehmigt werden würde. Bei den Mädchenschulen liegt die Sache insofern anders, als diese Schulen selbst dem Konsistorium unterstehen.

Dieser Paragraph hat nur das bisher Geltende aufgenommen, ich sollte meinen, er wäre unbedenklich.

Herr Wolters: Es liegt in der That hier ein gesetzlicher Zwang vor, die Überwachung des evangelisch-lutherischen Religionsunterrichts dem Herzoglichen Konsistorium vorzubehalten. Es geht das hervor aus dem Gesetz vom Jahre 1876; da ist in § 5 gesagt: „Wenn Gemeinden zur Förderung allgemeiner Bildung selbständige Schulen und Lehranstalten errichten, welche durch ihre höheren Lehrziele über die gewöhnlichen Gemeindeschulen in erheblichem Maße hervorragen (Realschulen, höhere Bürger Schulen usw.), so ist die Landesregierung ermächtigt, diese Schulen und Lehranstalten, sowie die bei denselben angestellten Lehrer, abgesehen von der Überwachung des evangelisch-lutherischen Religionsunterrichts, nicht der Leitung und Beaufsichtigung des Herzoglichen Konsistoriums, sondern nach Maßgabe der alsdann gleichzeitig zu treffenden Bestimmungen der Leitung und Beaufsichtigung eines rein staatlichen Organs zu unterstellen.“

Herr Jasper: Die Ausführungen des Herrn Berichterstatters kann ich nicht für zwingend halten. Der vorgelesene Paragraph lautet dahin, daß die Landesregierung ermächtigt ist, den Unterricht in den Schulen mit weitergehenden Zielen bis auf den Religionsunterricht einer staatlichen Behörde zu unterstellen. Es ist aber nicht gesagt, daß das Konsistorium ein Anrecht hat, den evangelisch-lutherischen Unterricht in allen Schulen, auch den gehobenen, zu überwachen, denn in § 4 des Gesetzes, das Herr Dr. Wolters zur Verlesung gebracht hat, ist dem Konsistorium lediglich die Leitung und Beaufsichtigung der evangelischen Gemeindeschulen und der Seminaranstalten unterstellt. Darunter sind lediglich Volksschulen, nicht gehobene Schulen zu verstehen. Nur insofern hat Herr Dr. Wolters recht, als die Überwachung des Religionsunterrichts der Oberschulkommission nicht nach § 5 übertragen werden kann, sondern höchstens nach § 6, wonach eine derartige Ermächtigung in weiterem Umfange besteht. Wenn keine Verpflichtung besteht, dann frage ich mich immer: Wo ist

der Nutzen? und da hat der Herr Oberbürgermeister ausgeführt, daß überhaupt die Überwachung ein großer Nutzen für uns sei. Ich weiß nicht, weshalb das Mißtrauen in die eigene städtische Verwaltung beim Magistrat so groß geworden ist. Es ist doch, glaube ich, keine Gefahr vorhanden, wenn die Oberaufsicht, die wir in manchen andern Beziehungen unangenehm empfinden, und die uns gehindert hat, manche sachgemäß erscheinende Bestimmungen zu treffen, wegfällt.

Der Antrag Jasper wird abgelehnt, die Fassung des § 3, wie vom Magistrat und der Statutenkommission empfohlen, angenommen.

Herr Wolters: In Absatz 1 des Entwurfs zu § 4 ist ein Satz, der sich in der früheren Schulordnung gefunden hat, weggelassen: „die Stadtgemeinde übt, vorbehaltlich des staatlichen Oberaufsichtsrechts, durch den Stadtmagistrat sämtliche Patronatsrechte über die Schule aus.“

Die geehrten Herren haben in dem Begleitschreiben gelesen, weshalb dieser Satz hier entbehrlich ist.

In Absatz 2 findet sich neu die Klausel „soweit nicht staatliche Ordnungen als Ausfluß der staatlichen Rechte in Frage stehen“. Die Bestimmungen unter 1, 2 und 3 sind alt, neu eingeführt ist 4. Die Bedenken der Statutenkommission zu Nr. 5 sind, nachdem die Magistratserklärung abgegeben worden ist, hinfällig. Ich würde für meine Person empfehlen, den § 4 anzunehmen, aber den vorletzten Absatz: „Dagegen ist . . . erwachsen“ zu streichen.

Der § 4 mit der beantragten Streichung wird genehmigt.

Herr Wolters: Der § 5 enthält nur Bestimmungen, welche die bisherige Praxis festlegen. Neu ist Absatz 3, der über die Zulassung ortsfremder Kinder Festsetzungen trifft.

§ 5 wird angenommen.

Herr Wolters: Den in § 6 angeführten Schulgelddäten hat die Versammlung schon gelegentlich der Statberatung zugestimmt. Neu, aber jedenfalls zweckmäßig, ist der letzte Absatz, das Zwangsverwaltungsverfahren bei Einziehung des nicht gezahlten Schulgeldes betreffend.

§ 6 wird angenommen.

Herr Wolters: In § 7 ist die Rede von dem Schulvorstand. Die Statutenkommission beantragt, statt „zwei Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung“ „vier Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung“ zu sagen.

Nach den Äußerungen, die von seiten des Magistrats in der Statutenkommission erfolgten, sind wir wohl berechtigt anzunehmen, daß der Magistrat dieser Änderung zustimmen wird.

Vorjizender: Herr Jasper beantragt, die Worte „dem Stadtsuperintendenten“ zu streichen.

Herr Jasper: Die Oberrealschulen sind keine konfessionellen Schulen, wie es die Bürgerschulen sein müssen. Ein gesetzlicher Zwang ist meines Wissens nicht gegeben, den Stadtsuperintendenten ohne weiteres in den Schulvorstand zu berufen, ein Zweckmäßigkeitsgrund liegt auch nicht vor. Ich bitte, von der Zuziehung dieses Herrn abzusehen. Dem Vortrage, die Zahl der Stadtverordneten im Schulvorstand zu vermehren, stimme ich zu.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Der Stadtsuperintendent ist Mitglied des Schulvorstandes, solange die Oberrealschule bestanden hat. Der Grund ist wohl in dem Umstand zu suchen, daß bei Gründung der Oberrealschule die Mehrzahl der hiesigen Stadtkirchen sich bereit erklärt hat, der Stadt in der Weise entgegenzukommen, daß sie bestimmte Renten aus Kirchengütern zugunsten der Schule der Stadt überwiesen hat, wie Sie das auch im Etat aufgeführt finden. Es wäre eine Unbilligkeit, wenn man den Vertrag, der damals zwischen Kirche und Stadt geschlossen ist, mit rauher Hand zerstören wollte. Wenn Herr Dr. Jasper damit beruhigt werden kann, so kann ich erklären, daß der Stadtsuperintendent sich nicht allzu viel um den Religionsunterricht selbst bekümmert, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil regelmäßig einer der Stadtprediger den Religionsunterricht erteilt.

Herr Ribbentrop: Ich bin Mitglied des bisherigen Schulvorstandes für beide Realschulen und bin überzeugt, daß zwei Herren aus der Stadtverordnetenversammlung zur Verwaltung dieser Körperschaft vollständig genügen. Ich bitte deshalb, es bei der bisherigen Zahl zu lassen.

Herr Fröhling: Ich möchte doch für den Kommissionsantrag sein. Im allgemeinen kann ja die Meinung der Stadtverordneten durch zwei Herren genügend ausgedrückt werden. Es handelt sich aber darum, daß die Einwirkung der Versammlung bei Abstimmungen größer wird, wenn vier Stadtverordnete im Schulvorstand sind an Stelle der bisherigen zwei Herren. Der Schulvorstand ist jetzt das einzige, wodurch die Stadtverordnetenversammlung auf die Leitung der Schulen einwirken kann. Ich halte es für durchaus wünschenswert, daß der Einfluß der Stadtverordneten, der durch die Vorlage sehr beschränkt wird, verstärkt wird durch die Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten unter den Mitgliedern des Schulvorstandes.

Der Antrag Jasper wird abgelehnt, der Antrag der Statutenkommission angenommen und hierauf der § 7 mit der Änderung der Kommission genehmigt, sodann auch die §§ 8 und 9.

Herr Wolters: In § 10 ist Nr. 2 neu eingefügt, was nach Meinung der Statutenkommission durchaus zweckmäßig ist, ebenso ist Nr. 3 neu. Vielleicht macht der Schulvorstand dem Stadtmagistrat auch schon vorher Anzeige, ehe die Überschreitung vorgekommen ist.

Nr. 5 ist durch die Erklärung vom Magistratsstische geregelt. Die Fassung gemäß dem Sinne der Magistratsklärung könnte vielleicht der Vereinbarung vorbehalten werden.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e h e r: Das Nähere darüber kommt in § 15.

Vorsitzender: Es liegt hierzu ein Antrag des Herrn Dr. Jasper vor, der Anfang dieses Paragraphen möge heißen: „Beschwerden von Lehrern, Schuldienern und Eltern.“

Herr Jasper: Es ist das eine kleine Änderung, die mir beim Vergleich der Entwürfe aufgefallen ist. In den Entwürfen für die höhere Mädchenschule und Mädchenmittelschule, die zum überwiegenden Teile in ihrem Wortlaut sich mit dem vorliegenden Entwurf decken, ist die von mir vorgeschlagene Fassung genommen. Wenn es in den Entwürfen richtig ist, so weiß ich nicht, weshalb hier die Sache anders sein soll. Ich würde so wie so die Anregung geben, eine einheitliche Schulordnung zu schaffen.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e h e r: Der Magistrat hat gegen den Vorschlag des Herrn Dr. Jasper nichts einzuwenden, nur müßte wohl die Mehrzahl gesetzt werden: „über die Direktoren“.

Der § 10 wird mit den vorgeschlagenen Änderungen genehmigt.

Vorsitzender (zu § 11): Herr Dr. Jasper stellt den Antrag, in Ziffer 2 das Wort „äußeren“ zu streichen.

Herr Jasper: Der Antrag ist im wesentlichen gestellt, um die Befugnisse des Schulvorstandes klarzustellen. Das Wort „äußeren“ ist nicht ohne weiteres so verständlich, daß man die ganze Tragweite übersehen kann. Eine gewisse

Einungung ist in § 17 gegeben, einzelne Sachen sind in dem eben beschlossenen § 6 erörtert. Was als innere und als äußere Angelegenheiten anzusehen sein sollen, scheint sich mir nicht ohne weiteres abzugrenzen. Es wird zweckmäßig sein, die nächste Entscheidung in die Hand des Schulvorstandes zu legen; von da mag der Instanzenzug weitergehen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir haben hier auch die bisherigen Vorschriften beibehalten. Bei verschiedenen Gelegenheiten ist allerdings die Frage streitig geworden, wo die äußeren Angelegenheiten aufhören und die inneren beginnen. Die Grenzen sind flüchtig. Ich glaube, wir müssen doch, so unangenehm es auch ist, wenn die Grenzen nicht festgehalten werden können, an dem Grundsatz festhalten, daß, solange dem Staat das Recht der Leitung und Beaufsichtigung des Schulwesens durch Gesetz zugewiesen ist, es zu bedenklichen Konsequenzen führen kann, wenn der Schulvorstand auch in inneren Schulangelegenheiten zuständig sein soll. Nehmen Sie einmal den Fall, daß es zwischen einem Lehrer und dem Direktor Differenzen über die Art seiner Unterrichtsmethode gibt. Wie hat sich da Herr Dr. Jasper gedacht, daß der Schulvorstand das Recht hat, die Entscheidung zu treffen. Ich halte das für ausgeschlossen, weil der Schulvorstand nach seiner Zusammensetzung nicht in der Lage sein wird, diejenigen Fragen zu entscheiden, die das interne Schulwesen betreffen. Ich glaube, wir tun gut, es bei der alten Fassung zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Grenzen noch weiter flüchtig sein können.

Herr Leue: In § 11³ möchte ich das häßliche und überflüssige Wort „diesbezüglich“ gestrichen sehen.

Der Antrag Jasper wird abgelehnt, der Antrag Leue angenommen und darauf der ganze § 11 mit der genehmigten Streichung angenommen.

Herr Wolters (zu § 12): Der 3. Absatz hängt mit § 13 zusammen. In der alten Ordnung sind hinter den beiden ersten Absätzen folgende drei Sätze eingefügt gewesen: „Zur Beschlussfassung über die Versetzungen treten die Lehrer Klassenweise unter dem Vorsitze des Direktors zusammen. Der Hauptlehrer der Klasse schlägt vor, welche Schüler zu versetzen, welche zurückzuhalten sind, dann geben die übrigen Lehrer ihr Urteil ab, für welches jedoch immer die Gesamtheit der Unterlaaen maßgebend sein muß. Stimmenmehrheit entscheidet; bei Stimmengleichheit gibt der Direktor den Ausschlag. Demselben steht das Recht des Einspruchs gegen jeden Beschluß der Konferenz über Versetzung oder Zurückhaltung zu; in diesem Falle ist die Entscheidung der Herzogl. Oberschulkom-

mission einzuholen.“ Bei Besprechung dieses Punktes kam auch in Frage, ob nunmehr materiell der eben verlesene Satz künftig in Geltung bleiben oder wegfallen solle. Magistratsseitig wurde geäußert, er solle materiell in Geltung bleiben, also künftig in derselben Weise, wie die alte Ordnung vorsieht, verfahren werden. Nachher hat sich bei mir das Bedenken eingestellt: es scheint nicht ausgeschlossen, daß nach Absatz 3 von § 12 eine gegenteilige Bestimmung erfolgen könne, nach der die in den staatlichen höheren Anstalten geltenden Vorschriften über die Verletzung von Schülern angewandt werden sollen. Wenn nun die staatlichen höheren Lehranstalten in dieser Beziehung andere Verfügungen haben, wie soll dann verfahren werden, nach der staatlichen Ordnung oder nach der alten Ordnung? Es scheint hier eine gewisse Differenz zu bestehen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Die Vorschrift, die bisher in unserer Schulordnung enthalten war, bildet nur einen Teil der Vorschriften, die der Staat über die Schülerverletzungen in den herzoglichen Gymnasien erlassen hat. Wir sind von der Regierung schon vor einigen Jahren gefragt, ob wir einverstanden wären, daß in gleicher Weise bei den städtischen Schulen verfahren würde wie bei den staatlichen, und da stellte es sich heraus, daß der Direktor an der städtischen Schule dieses Verfahren schon ohne weiteres eingeführt hatte. Darauf haben wir dem Staat gegenüber uns einverstanden erklärt, daß ein gleiches Verfahren für die Verletzung bei den städtischen und staatlichen Schulen einhalten würde. Einzelne Vorschriften aus den staatlichen herauszureißen und ins Statut aufzunehmen, erschien uns nicht angemessen, wir waren vielmehr der Ansicht, daß es selbstverständlich ist, daß die Grundsätze, die bei den herzoglichen Gymnasien in bezug auf die Verletzung von Schülern beobachtet werden, auch bei den gehobenen Schulen zur Anwendung kommen. Diese Vorschrift soll also den Sinn haben, daß die jeweils geltenden Vorschriften für die staatlichen Gymnasien auch für die städtischen Schulen zur Anwendung kommen sollen. Wenn die Herren es wünschen, könnte man diese Vorschriften als Anlage oder sonstwie den Statuten anhängen. Für die Öffentlichkeit hat die Sache wohl keine große Bedeutung, während die Vorschriften in ihrer Totalität den beteiligten Lehrkörpern durchaus geläufig sind.

V o r s i e n d e r: Herr Dr. Jasper hat den Antrag gestellt, den § 12 wie folgt zu fassen:

„Der Direktor der Schule nimmt die inneren Schulangelegenheiten wahr. Er stellt den Lehrplan auf und führt ihn aus. Er verteilt die Unterrichtszweige auf die einzelnen Lehrer. Er ordnet und leitet die Unterrichtsmethode und die Schulzucht. Er nimmt die Schüler auf. Er beaufsichtigt das Schulinventar.“

Ferner schlägt Herr Dr. Jasper vor, den § 13 in folgender Weise zu fassen:

„Die an der Schule tätigen Lehrer (Lehrerkollegium) stehen dem Direktor beratend zur Seite. Das Kollegium ist mindestens jedes Vierteljahr zusammenzuberufen. Es ist gutachtlich zu hören, bevor die Lehrpläne aufgestellt und die Unterrichtszweige auf die einzelnen Lehrer verteilt werden. Über die Verhandlungen des Lehrerkollegiums ist ein Protokoll aufzunehmen. Im übrigen gibt sich das Kollegium selbst seine Verfassung. Diese Verfassung ist dem Schulvorstande mitzuteilen.“

Herr Jasper: Es ist mir lieb, daß die Beratung dieser beiden Paragraphen auf Vorschlag des Herrn Berichterstatters zusammengezogen ist. Eine Änderung des § 12 versteht sich für mich nur in der Weise, daß mir die von dem Magistrat vorgeeschlagene Fassung sprachlich nicht ganz schön erscheint. Es geschieht das durchaus in dem Sinn, wie Herr Leue schon bei dem Satz vorhin eine Änderung angeregt hatte. Auch sonst ist an manchen Stellen mehr ein Bureaudeutsch zu sehen als ein solches, wie es an unsern Schulen als vorbildlich gelehrt werden soll und deshalb wohl auch in der Schulordnung enthalten sein müßte. Ich habe es versucht, dem § 12 ein besseres Deutsch zu geben, indem alle diese Worte, wie „Wahrnehmung erfolgt“, „Aufstellung liegt ob“ einfach dadurch ersetzt werden durch „der Direktor stellt auf“. Unsere Sprache ist so reich, daß man ohne Surrogate auskommen kann. Sachliche Abweichungen habe ich bei der Fassung des § 12 gegenüber der Absicht des Magistrats nicht beabsichtigt. Ausgelassen habe ich lediglich „in Gemäßheit der von der Schulaufsichtsbehörde ergehenden Anweisungen“. Es entspricht dem Wesen der Aufsicht, daß auch die Anweisungen der Schulaufsichtsbehörde zu befolgen sind, und es bedarf einer solchen Erweiterung nicht.

In § 13 dagegen habe ich sachliche Änderungen zu beantragen, die Stellung des Lehrerkollegiums betreffend. Nach der Vorlage hat das Lehrerkollegium eine ziemlich untergeordnete Bedeutung. Nicht einmal bei derartigen einschneidenden Maßnahmen, wie Aufstellung des Lehrplanes, die Zuteilung der Unterrichtszweige an die einzelnen Lehrer, soll eine Besprechung der Lehrkräfte stattfinden, und doch wird eine kollegiale Besprechung solcher Dinge der Sache nur förderlich sein. Es wird in den meisten Betriebsverwaltungen ein gutachtliches Anhören derjenigen, die täglich im Kleinbetriebe mit der Ausföhrung dessen zu tun haben, was vom grünen Tisch aus angeordnet ist, sich als erwünscht herausstellen. Man würde deshalb dem Direktor wie dem Schulvorstande die Befugnis vergeben, wenn man vorschriebe, daß vor Aufstellung des Lehrplans ufm. stets das Lehrerkollegium gutachtlich zu hören ist, um zu erzielen, daß unabhängig

von dem Ermessen der Direktoren eine stete Fühlung zwischen den Direktoren und der Gesamtheit der Lehrerschaft besteht, daß eine Möglichkeit für das Lehrerkollegium gegeben ist, auf die inneren Angelegenheiten einzuwirken. Ich habe weiter vorgeschlagen, daß regelmäßig alle Vierteljahr solche Zusammenkünfte des Lehrerkollegiums stattfinden sollen, um die Fühlung möglichst intensiv zu gestalten. Das wird für das ganze Schulleben nur von Vorteil sein. Weiter habe ich vorgeschlagen, daß nicht nur ein Protokoll aufgenommen werden soll, sondern daß im übrigen die Lehrerschaft auch die Möglichkeit haben soll, sich innerhalb dieser einzelnen Schulen zu organisieren, also die Leitung des Kollegiums in gewissem Umfange zu handhaben. Wie ich weiß, ist dies an manchen Schulen schon mit gutem Erfolge eingeführt, und es entspricht einem Wunsche der Lehrerschaft, sich nicht nur zufällig an der Besprechung solcher Fragen zu beteiligen und sich einfach diktieren zu lassen, was geschehen soll, sondern verfassungsmäßig berufen zu sein, mit zu raten und zu taten, wenn es das Wohl der Schule und der Schüler gilt. — Den dritten Absatz betreffend, möchte ich an das vom Herrn Oberbürgermeister Gesagte anknüpfen und bitten, die Versetzungsvorschriften als Anlage dieses Statuts mit zum Abdruck zu bringen, damit man alles zusammen hat, was den Schulbetrieb regelt.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Wenn die Stadtverordnetenversammlung das wünscht, hat der Magistrat keine Bedenken, diese Bestimmungen als Anlage dem Statut beizufügen. Es sind im ganzen sieben Paragraphen. Ich bitte, darüber einen Beschluß zu fassen. — Was die Änderungen bezüglich des § 12 betrifft, so erkenne ich den Wunsch nach einer Besserung des Stiles an. Ich habe die Vorschriften, die von uns nicht beanstandet wurden, aus der alten Ordnung übernommen und hatte keine Veranlassung, daran zu modeln. Ob Sie die Umformung zur Erzielung einer besseren Fassung akzeptieren wollen, überlasse ich Ihrem Ermessen. Bedenken habe ich aber, dem Antrag zu folgen, die Worte „in Gemäßheit der von der Schulaufsichtsbehörde ergehenden Anweisungen“ zu streichen. Ich erkenne an, daß diese Anweisungen auch ergehen könnten, selbst wenn Sie den Zwischenatz streichen. Aber es könnte doch auch der Anschein erweckt werden, als ob Sie auch die Befugnis der Aufsichtsbehörde streichen wollten.

Herr W o l t e r s: Ich möchte mich über die Anregung des Herrn Dr. Jasper, dem Statut die Vorschriften über die Versetzung anzuhängen, äußern. Nachdem auseinandergesetzt ist, daß die staatlichen Vorschriften ohne weiteres maßgebend sind, würde ein Abdruck der Vorschriften für uns nur zur Kenntnisnahme dienen. Materiell dagegen hat der Abdruck für uns keinen Wert.

Herr Jasper: Der Zusatz: „in Gemäßheit der von der Schulaufsichtsbehörde ergehenden Anweisungen“ ist nur zu einem Teil selbstverständlich, soweit nämlich die Schulaufsichtsbehörde befugt ist, Anweisungen zu erteilen. Es könnte durch die Aufnahme dieses Satzes gerade ausgedrückt werden, daß unsere Instanzen gehalten seien, auch soweit die Befugnis noch nicht gegeben ist, diese Anweisungen zu befolgen. Wenn wir den Satz streichen, bleibt es einfach beim alten, was gesetzlich der Schulaufsichtsbehörde schon eingeräumt ist, und wird vermieden, daß ihr größere Befugnisse gegeben werden.

Vorsitzender: Herr Dr. Jasper hat den § 12 bis „Schulzucht liegt“ anders gefaßt. Persönlich hätte ich nichts gegen die andere Fassung. Es läßt sich nur nicht in der bisherigen Fassung fortfahren. Ich möchte den Vorschlag machen, den § 12 anzunehmen und den Magistrat zu erjuchen, bei Fassung dieses Paragraphen ein besseres Deutsch zur Anwendung zu bringen.

Herr Jasper: Ich habe einen allgemeinen Antrag in bezug auf die Sprache der vorliegenden Statuten eingereicht. Mit Rücksicht darauf will ich den Antrag für diesen einen Paragraphen zurückziehen. Nur „in Gemäßheit“ usw. möchte ich gestrichen wissen.

Der Antrag Jasper wird abgelehnt und hierauf der ganze § 12 angenommen.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer (zu § 13): Ich wundere mich, daß die Lehrer, wie es scheint, den Herrn Dr. Jasper ersucht haben, diese Wünsche vorzubringen, und weshalb sie sich damit nicht an den Magistrat wenden. Herr Jasper sagt, daß so verfahren würde, sei der Wunsch der Lehrer. Mir ist von solchen Wünschen bisher noch nichts bekannt geworden. So, wie Herr Dr. Jasper die Sache geordnet haben will, wird von einem Direktor, der sein Amt richtig aufsaßt, schon ganz selbstverständlich verfahren werden; das erfordert das Vertrauen zwischen dem Direktor und der Lehrerschaft ganz von selbst. Wenn Sie aber diese Bestimmungen im einzelnen festlegen, so ist das einmal in gewisser Weise ein Mißtrauensvotum gegen den Direktor, daß er seine Schuligkeit nicht tut, und andererseits kann eine solche Vorschrift, wenn sie einmal übersehen wird, von unzufriedenen Elementen leicht benutzt werden, um dem Direktor etwas am Zeuge zu flicken. Ich meine, wir könnten es ruhig dem Taktgefühl des Direktors überlassen, daß er seine Herren hören wird. Alles Einzelne kann man in einem Statut nicht festlegen, insbesondere soll man die Pflichten des Direktors nicht zu sehr spezialisieren.

Herr Wolters: In § 13 ist allgemein gesagt: „Dem Direktor steht als beratendes Organ das Lehrerkollegium zur Seite.“ Eben haben wir in § 12 angenommen, daß der Satz „in Gemäßheit der von der Schulaufsichtsbehörde ergehenden Anweisungen“, der nach dem Antrage des Herrn Dr. Jasper gestrichen werden sollte, stehen bleibt. Wie wäre es möglich, daß so verfahren wird, wenn die herzogliche Schulkommission anderer Ansicht ist als die von dem Lehrerkollegium angenommene Verfassung bejaht? Es muß ihr doch das Recht gewahrt sein, gegen eine solche Verfassung Stellung zu nehmen und sie zu beseitigen. Ich kann mir nicht denken, daß eine staatliche Aufsicht diesem Beschluß der Lehrer gegenüber den Rückzug nehmen würde.

Herr Jasper: Die Bedenken des Herrn Berichterstatters sind nicht durchschlagend. Der Ausdruck Verfassung soll nicht mehr bedeuten, als darin gesagt ist, die Abstimmungen, die Geschäftsordnung soll damit gemeint sein, die Schulaufsicht soll dadurch nicht berührt werden und auch in andere Bestimmungen soll nicht eingegriffen werden; dazu ist auch eine Geschäftsordnung des Lehrerkollegiums nicht imstande. Wenn man Bedenken gegen den Ausdruck trägt, so will ich gern „Geschäftsordnung“ statt „Verfassung“ sagen.

Der Antrag Jasper wird abgelehnt und der § 13 in der vorgelegten Form angenommen.

Herr Wolters (zu § 14): Es ist hier im Statut nicht noch einmal besonders darauf hingewiesen, wie der Bildungsgang des Direktors und des Lehrkörpers sein soll. Das ergibt sich aber aus dem Paragraphen, in dem gesagt ist, daß die preussischen Lehrpläne maßgebend sein sollen. Eine kleine Änderung habe ich vorzuschlagen: nicht zu sagen „die betrauten Lehrkräfte“, sondern „die zu betrauernden Lehrkräfte“.

Der § 14 wird mit der vorgeschlagenen redaktionellen Änderung angenommen.

Vorsitzender: Neu vom Magistrat vorgeschlagen ist folgende Fassung des 1. Absatzes in § 15:

„Die Ernennung der Lehrkräfte erfolgt durch den Magistrat, der bei der Besetzung einer Direktorstelle an die Zustimmung der Stadtverordneten und bei Besetzung der übrigen Stellen an die Vorschläge des Schulvorstandes gebunden ist. Die Ernennung bedarf in solchem Falle zuvor der Bestätigung durch die Landesregierung.“

Ich frage Herrn Dr. Jasper, ob hierdurch sein Antrag hinfällig geworden ist.

Herr Jasper hält seinen Antrag aufrecht. Er lautet:

„Der Magistrat ernennt die Lehrkräfte, nachdem zuvor der Schulvorstand gutachtlich gehört ist und nachdem die Stadtverordnetenversammlung der Anstellung zugestimmt hat.“

Herr Wolters: Die Fassungsweise des Magistrats erfüllt in dankenswerter Weise alle Wünsche, die in der Statutenkommission laut geworden sind. Wenn ich den Antrag des Herrn Dr. Jasper recht verstehe, so will er eins beseitigt wissen: Die Bestätigung der Regierung. Dieses Recht ist in der neuen Landjachtsordnung § 226 der Regierung vorbehalten.

Herr Jasper: Wenn das richtig sein sollte, würde ja die Bestätigung der Regierung nicht zu vermeiden sein. Ich erkenne im übrigen an, daß der neue Vorschlag des Magistrats ein sachliches Entgegenkommen bedeutet nach der Richtlinie hin, in der mein Antrag sich bewegt. Bisher war die Stadtverordnetenversammlung vollständig ausgeschaltet, jetzt soll nach dem neuen Vorschlage der Stadtverordnetenversammlung wenigstens ein Zustimmungsrecht darin zu stehen, wenn der Direktorposten in Frage kommt. Aber bei der Anstellung der Lehrkräfte tritt die Stadtverordnetenversammlung als solche wieder nicht in Erscheinung. Lediglich mittelbar durch den Schulvorstand, den sie in gewissem Umfange ja bestimmen kann und auch beeinflussen könnte, hat sie ein Vorschlagsrecht. Dies Entgegenkommen genügt mir nicht, sondern ich glaube, daß, genau wie bei andern Beamten, es auch bei den Lehrern und Direktoren doch nicht so ganz unmöglich sein sollte, die Lehrkräfte durch einen übereinstimmenden Beschluß der städtischen Behörden (damit sind auch die Rechte des Magistrats gewahrt) zu ernennen. Ich glaubte, mit meinem Vorschlage nur der Fassung des Statuts mehr entgegenzukommen, wenn ich sage: „Der Magistrat ernennt“, weil er das ausführende Organ ist.

Herr Oberbürgermeister Kettmeyer: Neue Gründe für den Vorschlag des Magistrats kann ich nicht vorbringen: Bei der Auswahl der Lehrer hat sich der Schulvorstand wie auch der Magistrat lediglich von der Frage leiten lassen, ob die betreffende Lehrkraft eine tüchtige ist und für unsere Schule paßt. Das muß meiner Ansicht nach im wesentlichen durch den Direktor beurteilt werden. Wir haben es deshalb regelmäßig so gehalten, obgleich damit verhältnismäßig hohe Kosten verbunden sind, daß wir den Direktor der betreffenden Schule er-

suchten, nach dem Ort zu fahren, wo der betreffende Kandidat wohnt und seinem Unterrichte zuzuhören. Damit haben wir die besten Erfolge erzielt. Eine eigentliche Wahl ist deshalb meiner Ansicht nach überhaupt nicht am Platze, besonders aber solange nicht, wie in gewissen Branchen die Lehrkräfte noch sparsam sind. Wir hatten häufig die größten Schwierigkeiten zu überwinden, um rechtzeitig eine gewisse Lehrkraft zu bekommen. Wenn wir auch noch warten sollen, bis die Stadtverordneten zugestimmt haben, wird es uns noch öfter so gehen, daß kurz vor dem Abschlusse eine andere Stadt uns zuvorkommt und einen tüchtigen Lehrer wegkapert. Es sollte von Ihnen anerkannt werden, daß das bisherige Verfahren irgend welche Unzuträglichkeiten nicht im Gefolge hat. Soweit mir bekannt, besteht auch nirgends der Brauch, die Wahl der Lehrer der Stadtverordnetenversammlung einzuräumen, in Preußen jedenfalls nicht. Es könnte das nur in wenigen Kleinstaaten der Fall sein; gehört habe ich noch nichts davon.

Herr F r e d e: Es heißt in dem neuen Vorschlage, daß der Magistrat bei Besetzung der Lehrerstellen an die Vorschläge des Schulvorstandes gebunden ist. In seiner Erklärung vor Eintritt in die Tagesordnung hat der Herr Oberbürgermeister ausgeführt, daß der Magistrat nicht unter allen Umständen sich an die Vorschläge des Schulvorstandes gebunden fühlen kann, er habe die Freiheit, auch die Vorschläge des Schulvorstandes nicht zu bestätigen. Ich möchte fragen, ob es sich nicht empfiehlt, die Fassung zu wählen: „an die Vorschläge des Schulvorstandes in der Regel gebunden ist“.

Herr Oberbürgermeister R e t m e h e r: Ich glaube, nach dem Sprachgebrauch genügt es, wenn gesagt wird, „der Magistrat ist an die Vorschläge gebunden“, das heißt doch, der Magistrat kann keinen Lehrer ernennen, der ihm nicht durch den Schulvorstand vorgeschlagen ist. Insofern glaube ich, ist der Ausdruck deutlich.

Herr F r ü h l i n g: Die Änderung ist tief einschneidend. Sie sichert der Stadtverordnetenversammlung, die als Vertreter der Stadt auftritt, wenigstens das Minimum von Einfluß auf die Schule, welches die Stadt und ihre Vertretung verlangen kann, während bei dem früheren Verfahren die Stadtverordnetenversammlung so gut wie ausgeschaltet war. Ich begrüße aus diesem Grunde die Änderung mit großer Freude und glaube, daß der Magistrat es durch diese Änderung ermöglicht oder erleichtert hat, daß der größte Teil der Herren, die Bedenken getragen haben würden, die Rechte der Stadt und ihrer Vertretung fallen zu lassen, für diesen Paragraphen stimmt. Ich glaube aber

auch, daß wir uns mit dieser Fassung begnügen können. Der Antrag Jasper würde zu weit gehen.

Herr Wolters: Ich stimme den Ausführungen des Herrn Vorredners, soweit er den Antrag Jasper betrifft, zu. Auf die Anregung des Herrn Frede möchte ich erwidern: Es läßt sich, wenn ich ihn richtig verstanden habe, auch ein Sinn aus dem vorgeschlagenen Wort herauslesen, den der Herr Antragsteller nicht haben will. Wenn der Magistrat an die Vorschläge des Schulvorstandes in der Regel gebunden ist, so ist er damit nur zeitweise gebunden. Damit würden wir die sauer erkämpften Erfolge wieder in Frage stellen.

Vor der Abstimmung möchte ich noch auf den Schlusssatz des 3. Absatzes hinweisen: „In welcher der beiden Schulen die einzelnen Lehrkräfte Unterricht zu erteilen haben, bestimmt der Magistrat.“ Über den Sinn dieser Bestimmung gibt das Begleitschreiben unter A 4 eine eingehende Erklärung. Es ist da gesagt, daß selbstverständlich bei Versetzungen nur gleichartige Stellungen in Betracht kommen.

In der Abstimmung wird der Antrag Jasper, den 1. Absatz des § 15 betreffend, abgelehnt, der vom Vorsitzenden vorgetragene Wortlaut des 1. Absatzes angenommen und hierauf der ganze § 15 mit dem angenommenen ersten Absatz genehmigt.

Der von Herrn Jasper gestellte Antrag zu § 16:

„Die nicht auf Lebenszeit angestellten Lehrkräfte werden auf Vorschlag des Schulvorstandes durch den Stadtmagistrat vertragsmäßig angenommen, nachdem die Stadtverordnetenversammlung der Annahme zustimmte.“

wird zurückgezogen und § 16 angenommen.

Herr V e u e (zu § 17): Ich möchte wieder eine Lanze für die Reinheit und Schönheit unserer Muttersprache brechen und bitten, die beiden Wörter „beziehungsweise“ und „eventuell“ zu streichen. Beide sind überflüssig.

§ 17 wird mit dieser Änderung genehmigt und darauf ohne Debatte die §§ 18 und 19 angenommen.

Herr Wolters (zu § 20): In dem Begleitschreiben wird genau ausinandergesetzt, in welcher Weise nunmehr die Versetzungen zu den andern Schulen statthast sein sollen. Die Statutenkommission empfiehlt Zustimmung.

Der Paragraph wird angenommen.

Herr Wolters (zu § 21): Der 1. Absatz ist alt, auch vom 2. Absatz ist der 1. Satz alt. (Redner teilt die alte Fassung mit.) Zu Absatz 2, den Privatunterricht betreffend, möchte ich noch folgendes sagen: Es ist in dieser Beziehung nicht eine einheitliche Regelung bei den gehobenen Schulen eingetreten. Unter gewissen Bedingungen ist es für die Lehrer der Oberrealschulen noch möglich, an die von ihnen in der Schule unterrichteten Kinder noch Privatunterricht zu erteilen, aber nur beim Vorliegen besonderer Umstände und mit ausdrücklicher Genehmigung des Schulvorstandes. In derselben Weise ist die Sache geregelt bei der höheren Mädchenschule, aber ganz verboten bei der Mädchenmittelschule. Für die Bürgerschulen gilt der § 9 der alten Ordnung. — Die Statutenkommission empfiehlt Ihnen Zustimmung zum § 21.

Herr Jasper: In § 21, Absatz 2 ist die Erteilung von Privatunterricht von der Erlaubnis des Direktors abhängig gemacht, in anderen Schulen ist der Schulvorstand damit bemüht. Ich möchte vorschlagen, hier keine Abweichung stattfinden zu lassen, sondern in allen Schulen gleichmäßige Vorschriften zu erlassen. Der Direktor wird froh sein, wenn er auf persönliche Wünsche keine Rücksicht zu nehmen braucht. Der Schulvorstand steht dem Schulbetriebe ferner. Ich möchte deshalb vorschlagen, diesen Satz so zu fassen: „Die Lehrer dürfen nur mit Erlaubnis des Schulvorstandes Privatunterricht erteilen.“

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Die Sache ist schon früher so abgehandelt, wie im vorliegenden Paragraphen angegeben und auch bei den Bürgerschulen ist das Verfahren ähnlich. Bisher hat sich der Schulvorstand nicht damit befaßt, in jedem einzelnen Falle die Erlaubnis zu erteilen. Der Direktor hatte die Sache zu überwachen und dem Schulvorstand eine Nachweisung zu geben. Es kommen hier auch mehr die persönlichen Verhältnisse der Lehrer in Betracht. Lehrern mit schwächlicher Gesundheit wird der Direktor abraten, vielen Privatunterricht zu erteilen. Ich meine, man sollte die Erlaubniserteilung dem Direktor überlassen.

Der Antrag des Herrn Jasper wird abgelehnt und § 21 in der von der Statutenkommission vorgeschlagenen Fassung angenommen. Der § 22 wird, nachdem auf Antrag des Herrn Riecke das Wort „lediglich“ gestrichen ist, angenommen.

Herr Wolters (zu § 23): Nummer 1 a und b entsprechen ganz unserm Beschlusse vom 26. April d. J. Unter c jedoch sollen die Sätze anders werden. Auf Seite 5 des Begleitschreibens ist dafür der Grund angegeben, nämlich der

Wegfall der Aufwandszulage. Das Anfangs- und Endgehalt bleibt, jedoch soll eine andere Staffelung eintreten, nämlich 4×300 , 3×200 , 1×100 . Die Statutenkommission stimmt dem zu.

Auch α und β ist neu. Bisher hatten die städtischen Behörden das Recht, die neben dem Gehalt gezahlten pensionsfähigen Zulagen zu verjagen, jetzt sollen ihnen die Eigenschaften fester Bezüge gegeben werden. Die Begründung hierfür finden Sie auf Seite 6 des Begleitschreibens. Auch zu diesem Punkte habe ich namens der Statutenkommission Zustimmung zu empfehlen. Punkt d ist unser Beschluß vom 26. April. Der Satz „sofern dem Schulvorstand die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen“ ist so gemeint, daß etwa durch den Haushaltsplan vorweg in Baufach und Bogen eine gewisse Summe zu bewilligen sein würde. 2, 3 und 4 sind die Absätze von früher.

Herr Leue: Ich habe wieder zu beantragen: im letzten Absatz zu sagen statt „daselbe wird“ „es wird“ und in der drittletzten Reihe das Wort „bezüglich“ zu streichen. Eine Begründung ist wohl überflüssig.

Herr Jasper: Ich will dem Antrag Leue nicht widersprechen. Ich wundere mich nur, daß er alle die andern „Schönheiten“, die in nächster Nähe stehen, so ganz und gar nicht gesehen hat. Mir ist viel Bössartigeres aufgefallen, als diese Kleinigkeiten. Ich bitte Sie, den letzten Absatz des § 23 anzusehen: „Eine vor der Berufung bereits an einer anderen hiesigen Schule in fester Anstellung verbrachte Dienstzeit wird stets angerechnet.“ Nun wissen wir, was mit der Dienstzeit gemacht wird. Sie wird verbracht. Das würde einfach zu formulieren sein: „Den Lehrern wird die frühere Dienstzeit angerechnet.“ In dem zweitletzten Satze finden wir nicht weniger wie drei Einschachtelungen. Ich glaube aber, wir würden hier unnütze Zeit mit der Verbesserung verbringen, ohne daß sie vollständig würde. Ich bitte Sie, nachher meinem Generalantrage, eine Reinigungskommission für die Sprache der Statuten einzusetzen, zuzustimmen.

Herr Wolters: Ich stimme selbstverständlich den eben gehörten Auseinandersetzungen durchaus zu, nur möchte ich auf eine hinweisen. Die Vorschriften sind wörtlich aus der Ordnung vom 23. September 1909 übernommen worden. Es ist wohl anzunehmen, daß der deutsche Sprachverein seit dieser Zeit wesentliche Fortschritte gemacht hat, denn die heutigen Tadler haben die damalige Ausdrucksweise ja gebilligt und beschlossen.

Herr Leue: Ich schließe mich den Äußerungen des Herrn Dr. Jasper an. Herrn Dr. Wolters möchte ich erwidern: „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort.“

Der § 23 wird, wie er der Versammlung vorgelegt ist, angenommen, ebenso die §§ 24 bis 26.

Herr Wolters (zu § 27): Der Paragraph betrifft die Regelung der Versetzung in den Ruhestand und das Verfahren, das einzutreten hat, wenn eine Versetzung in den Ruhestand wider Willen stattfinden soll. Der 2. Absatz von Nr. 3 ist neu eingefügt, da bisher zweifelhaft war, wie ein solcher Fall erledigt werden sollte. Das Begleitschreiben des Magistrats weist näher darauf hin. In den bisherigen Ordnungen hat eine Abweichung gewissermaßen *contra legem* stattgefunden. Es ist in den Ordnungen für die Oberrealschule nämlich darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen des Zivilstaatsdienstgesetzes vom 4. April 1889 und auch die Bestimmungen der Städteordnung Geltung haben sollen. Zwischen beiden ist ein gewisser Widerspruch. Die Regelung, die der Magistrat vorschlägt, ist praktisch richtig, und die Statutenkommission schlägt vor, ihr zuzustimmen. Allerdings muß eins gesagt werden: daß die Beschlüsse der vereinigten Versammlung in gewissen Fällen durch ein Gericht, nämlich das Verwaltungsgericht, beseitigt werden können, ist gesetzlich geregelt. Es ist aber etwas Neues, daß die Beschlüsse der vereinigten Versammlung eventuell durch eine Verwaltungsbehörde beseitigt werden. Das sind aber nur doktrinaire Erwägungen und es empfiehlt sich, diese praktische Regelung bei der Seltenheit des Falles anzunehmen. Vielleicht ist bei späterer Gelegenheit eine andere Regelung möglich, die die heutigen Bedenken vermeidet.

Der § 27 wird angenommen, ebenso die §§ 28 bis 33.

C. Statut über die Unterhaltung einer höheren Mädchenschule.

Herr Wolters: Bisher hatten die beiden Mädchenschulen eine gemeinsame Ordnung. Jetzt soll ein Statut für die höhere Mädchenschule allein herausgegeben werden. Über die Lehrpläne haben wir schon gesprochen, nur eins ist noch zu erwähnen. Es war laut Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom März dem Magistrat anheimgegeben, die Einführung des Hausunterrichts auch in der höheren Mädchenschule anzuordnen. Diesem Beschluß tritt der Magistrat nicht bei. In der Anlage F ist Ihnen eine Äußerung des Schuldirektors Professor Krüger zugegangen, worin er die näheren Gründe dafür auseinandersetzt.

Die §§ 1 und 2 werden angenommen; zu § 3 liegt ein Antrag des Herrn Stadtverordneten Jasper vor:

„Die Schule untersteht der Obergewalt der Herzoglichen Oberschulkommission.“

Herr Jasper: Nach dem Landesgesetz von 1876 liegt ein zwingender Grund nicht vor, die gehobene Schule, die keine Gemeindeschule im Sinne des Gesetzes ist, dem Konsistorium zu unterstellen. Sie würde unter § 5 oder 6 dieses Landesgesetzes fallen, so daß sie einer andern staatlichen Stelle unterworfen werden kann, insbesondere auch der Oberschulkommission. Bei dem Charakter des Konsistoriums, der zur Genüge bekannt ist, und bei der weiteren Tatsache, daß die Schule keine Konfessionsschule sein soll, sehe ich keinen Grund ein, dem Konsistorium diese Aufsicht zu übertragen. Ob die Regierung die Schule der Oberschulkommission unterstellen würde, bleibt abzuwarten; unsere Beschlüsse sind ja Vorschläge, die der Genehmigung unterliegen. Mit Rücksicht auf die Äußerung des Herrn Oberbürgermeisters, das Wort „gegenwärtig“ sei notwendig, weil die Regierung sich kaum auf eine dauernde Bindung einlassen würde, und diese würde eintreten, wenn das Wort „gegenwärtig“ nicht in dem Paragraphen enthalten sei, würde ich vorschlagen, um die Nichtgenehmigung an höchster Stelle zu vermeiden, dem Sinne nach zu sagen: „bis auf weiteres.“

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Ich mache kein Hehl daraus, daß auch unsern Wünschen es entsprechen würde, wenn die höhere Mädchenschule der Oberschulkommission unterstellt würde. Aber das war bis jetzt nicht zu erreichen und auch augenblicklich wird es nicht zu erreichen sein. Wir werden aber die Sache im Auge behalten und unsererseits später darauf hinweisen, welche Gründe im besondern dafür sprechen. Wenn Sie den Antrag Jasper jetzt annehmen, so verzögern Sie damit nur die Erledigung der Sache.

Herr Wolters: Wir müssen zweierlei auseinanderhalten. Bei der Meinungsäußerung von vorhin drehte es sich um den Punkt, ob die Überwachung des evangelisch-lutherischen R e l i g i o n sunterrichts einer anderen Behörde als dem Konsistorium überwiesen werden könne, und das ist vom Herrn Oberbürgermeister und mir als unmöglich erklärt. Jetzt handelt es sich um die Leitung der Schule. Aber wenn wir auch darüber beschließen wollten, so würde ein Antrag unsererseits vollständig wirkungslos sein, denn es handelt sich um Gesetzesvorschriften.

Vorsitzender: Der Antrag Jasper lautet jetzt: „Die Schule untersteht bis auf weiteres der Oberaufsicht der Herzoglichen Oberschulkommission.“

Der Antrag Jasper wird abgelehnt und der § 3 in der Fassung des Magistrats angenommen.

Herr Wolters: Der § 4 ist derselbe wie bei der Oberrealschule. Der zweitletzte Absatz würde nach der Erklärung des Magistrats zu streichen sein.

Der § 4 mit der Streichung des zweitletzten Absatzes wird angenommen und hierauf auch § 5 und § 6.

Herr Wolters (zu § 7): Hier liegt wieder der Vorschlag der Statutenkommission vor, statt „zwei Stadtverordnete“ zu setzen „vier Stadtverordnete“.

Vorjehender: Herr Jasper stellt den Antrag, zu sagen:

„Die Schule hat ein Schulvorstand zu verwalten, der aus einem Mitglied des Stadtmagistrats, zwei Stadtverordneten und zwei Frauen der Stadt besteht. Die Stadtverordneten und die Frauen hat die Stadtverordnetenversammlung zu wählen.“

Herr Jasper: Das ist nicht nur eine formelle Abweichung, sondern es werden nach meinen Anträgen ausgemerzt: der Stadtsuperintendent und das Mitglied des Stadtfkirchenrats. Es wird in dem Antrage vorgeschlagen, an deren Stelle zwei Frauen in den Schulvorstand zu wählen. Ich habe mir sagen lassen, daß in Württemberg recht gute Erfolge damit gemacht sind, daß an Mädchenschulen auch Frauen zum Schulvorstand zugezogen werden. Es liegt das in der Natur der Sache, weil doch manche Fragen der Mädchenschulen vom weiblichen Anschauungskreise aus sich besser beurteilen lassen als vom männlichen. So sympathisch mir der Antrag der Kommission an sich ist, das Recht der Stadtverwaltung zu erweitern, so möchte ich doch auch Wert darauf legen, daß Frauen in den Schulvorstand hineinkommen.

Die Streichung der geistlichen Stellen versteht sich wohl aus meinen früheren Ausführungen. Hier kommt dazu, daß die höhere Mädchenschule keine Konfessionschule, sondern eine gehobene paritätische Schule ist, in die ohne Rücksicht auf Religionsbekenntnis die Mädchen aufgenommen werden sollen. Deshalb ist es mir nicht verständlich, weshalb die Schulvorstandsmitglieder Angehörige der Staatskirche sein sollen, wie hier verlangt wird, um so weniger als die Zugehörigkeit zur Landeskirche einen sehr eigenartigen Charakter angenommen hat. Infolge der Freizügigkeit werden viele durch Zwang der Landeskirche zugezählt, die sowohl auf ein anderes Bekenntnis getauft, wie auch eingetaucht sind, vielleicht auch nie mit den Satzungen der braunschweigischen Landeskirche näher vertraut geworden sind. Diese Einengung des Kreises, aus dem die Schulvorstandsmitglieder genommen werden sollen, ist deshalb nicht geboten.

Der Antrag Jasper wird abgelehnt, § 7 mit der von der Statutenkommission vorgeschlagenen Änderung angenommen, und darauf die §§ 8—10 ohne weitere Erörterung genehmigt.

Herr *Wolters* (zu § 11): Hier ist ein Satz hinter 1 aus der bisherigen Ordnung weggelassen. Er lautet: „und wegen Nichterreichung des Lehrziels nach 2jährigem Aufenthalt in einer Klasse“. Nach der Magistratsvorlage soll dieser Satz gestrichen werden. Das ist innerhalb der Statutenkommission seitens des Magistrats damit begründet worden, daß hierdurch dem Schulvorstand ein lästiges Recht oder Pflicht genommen würde. Man kann darüber verschiedener Meinung sein; indessen die Statutenkommission empfiehlt, auch hier zuzustimmen.

Die §§ 11, 12 und 13 werden angenommen.

Herr *Wolters* (zu § 14): Mit diesem Paragraphen ist eine Trennung eingeführt, die dadurch notwendig wurde, daß die höhere Mädchenschule eine besondere Schulverfassung erhalten hat, wie auch die Mädchenmittelschule. In der bisherigen Ordnung stand im ersten Absatz „in der Regel“. Nunmehr ist der Zwang eingeführt, daß der Direktor akademisch gebildet ist. An der Mädchenmittelschule sind die Bedingungen nicht so scharf formuliert. Eine redaktionelle Änderung wird sich noch nötig machen: zu sagen „zu betrauenden“ und nicht „betrauten“.

Die §§ 14 und 15 werden angenommen.

Vorsitzender (zu § 16): Statt des 1. Absatzes beantragt der Magistrat:

„Die Ernennung des Direktors und der Lehrer liegt dem Stadtmagistrat ob, der bei Besetzung der Stelle des Direktors an die Zustimmung der Stadtverordneten und bei Besetzung einer Lehrerstelle an die Vorschläge des Schulvorstands gebunden ist. Die Ernennung bedarf in allen Fällen zuvor der Bestätigung der Herzöglichen Landesregierung.“

Der § 16 mit dieser Änderung wird genehmigt.

Herr *Riecke* (zu § 17): Ich möchte anfragen, warum hier nur 10 Pflichtstunden festgesetzt sind und bei den Oberrealschulen 12 Stunden.

Herr Oberbürgermeister *Kettemeyer*: Das richtet sich nach der Größe der Schule. Je mehr Verwaltungsgeschäfte der Direktor zu besorgen hat, um so weniger Stunden kann er erteilen.

Die §§ 18—21 werden angenommen.

Herr Wolters (zu § 22): Die Gehaltsätze unter a und b sind schon in der alten Ordnung vom 12. Dezember vorigen Jahres enthalten. Die Festsetzung der Gehälter für die Lehrer unter c ist genau so wie bei den Bürgerschullehrern, also anders als bei den seminaristisch gebildeten Lehrern an der Oberrealschule. übrigenz ist materiell hierüber schon von der Versammlung entschieden. Punkt d findet sich auch in der alten Ordnung. über Punkt e ist am 26. April dieses Jahres Beschluß gefaßt. Hier findet sich derselbe Druckfehler wie beim Statutenentwurf der Oberrealschule. In der 4. Staffel muß es heißen: 1900 *M.*, und bei f in der 6. Staffel: 1890 *M.* Die Gründe sind dieselben, wie bei der Oberrealschule auseinandergesetzt. Punkt g ist schon in der alten Ordnung enthalten, h ist neu eingefügt und die Punkte 2, 3, 4 sind der alten Ordnung entnommen, nur der 2. Absatz unter 4 ist neu. Die Bestimmung ist dieselbe wie bei der Oberrealschule. Die Statutenkommission empfiehlt, den ganzen Paragraphen (bis auf die Druckfehler) zu genehmigen.

Vorsitzender: Herr Dr. Jasper stellt den Antrag, unter e zu sagen: Das Gehalt der ordentlichen Lehrerinnen und derjenigen Zeichenlehrerinnen, die eine staatliche Prüfung für höhere Schulen abgelegt haben, beträgt:

Im 1., 2., 3. Dienstjahre 1600 *M.*,
 im 4., 5., 6. Dienstjahre 1750 *M.*,
 im 7., 8., 9. Dienstjahre 1900 *M.*,
 im 10., 11., 12. Dienstjahre 2050 *M.*,
 im 13., 14., 15. Dienstjahre 2200 *M.*,
 im 16., 17., 18. Dienstjahre 2350 *M.*,
 im 19., 20., 21. Dienstjahre 2500 *M.*,
 im 22. und jedem der folgenden Dienstjahre . . . 2700 *M.*

Herr Jasper: Diese Veränderung habe ich mir erlaubt vorzuschlagen, obgleich ich weiß, daß sachlich schon darüber befunden ist, weil meine Nachprüfung ergeben hat, daß die Lehrerinnen dieser Gruppe für die Zukunft faktisch schlechter gestellt sein würden, als in der Vergangenheit. Die Lehrerinnen hatten bisher ein Anfangsgehalt von 1400 *M.* und 7 Alterszulagen zu 150 *M.*, so daß sie auf 2450 *M.* Endgehalt kamen. Daneben bekamen sie 100 *M.* Aufwandsgehalt, so daß die Staffeln eigentlich ging von 1500—2550 *M.* Wenn man die einzelnen Zulagen hinzurechnet, so würde das als bisher gültige Sätze ergeben: 1500, 1650, 1800, 1950, 2100, 2250, 2400, 2550 *M.* Sie werden bemerkt haben, daß das Anfangsgehalt dasselbe bleibt, aber in der 2. Klasse die Lehrerinnen schon 50 *M.* weniger bekommen, in der 3. Klasse sogar 100 *M.* weniger, in

der 4. Klasse 50 *M*, in der 5. Klasse ist auch noch keine Zulage zu sehen, lediglich in den letzten 3 Altersklassen würde eine Zulage von 50, 100 und 150 *M* gegenüber dem jetzt Bestehenden gegeben sein. Nun war der Zweck unserer Gehaltsrevision, daß wir durch die Bank die einzelnen besserstellen wollten als bisher. Das hier Erzielte aber ist ein Erfolg, der nicht beabsichtigt war und wohl Veranlassung geben könnte, in eine Prüfung einzutreten, ob hier nicht ein Versehen unterlaufen ist. Ich habe mir erlaubt, eine Staffelung vorzuschlagen, bei der jede Klasse etwas bekommt, und habe mich dabei an die alte Dienstalterszulage von 150 *M* gehalten. Man könnte einwenden, dieser Fehler würde ausgeglichen durch die Übergangsbestimmung im § 29, Ziffer c. Das würde allerdings einen gewissen Ausgleich bedeuten, aber doch keinen ausreichenden. Der Zweck der neuen Regelung war, durch die Zulage die Teuerung auszugleichen. Deshalb glaube ich, daß noch eine Reform in letzter Stunde eintreten könnte, so sehr ich mich auch sonst bemühe, an sachliche Abmachungen von früher festzuhalten.

Herr Wolters: Herr Jasper hat insofern recht, daß ohne Hinzuziehung des § 29 c tatsächlich ein Abfall gegenüber früher stattfindet. Berücksichtigt man aber § 29 c, so ist eine Verschlechterung nicht vorhanden.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Man muß sich über die Frage schlüssig machen, welches Gehalt man für die Lehrerinnen für angemessen hält. Es ist anzuerkennen, daß die Lehrerinnen der höheren Mädchenschule, denen bisher die Aufwandszulage gezahlt wurde, von der Gehaltsrevision nicht den gleichen Vorteil haben wie die Lehrerinnen an den Bürgerschulen. Das ist nichts Neues und ist von der Gehaltsdeputation bei der ersten Beratung schon vorgeschrieben. Sie hat den Standpunkt eingenommen, es sei von jeher ungerechtfertigt gewesen, den Lehrerinnen an den gehobenen Schulen eine besondere Aufwandsvergütung zu bewilligen, obgleich, wie erklärt wurde, ein besonderer Aufwand von den Lehrerinnen nicht gefordert wird. Sie hat sich in dem Sinn entschieden, daß die Aufwandszulage in Zukunft wegefallen soll. Wenn nun der Antrag kommt, die Staffelung der Lehrerinnen an den gehobenen Schulen anders zu gestalten als an den Bürgerschulen, so wird damit der alte Streit entfacht, ob an den gehobenen Schulen eine höhere Besoldung der Lehrerinnen stattfinden solle als an den Bürgerschulen. Die Frage ist so eingehend erörtert, daß ich glaube, sie wäre erledigt. Selbstverständlich können die neuen Sätze nicht dahin führen, daß die bisherigen Sätze gemindert werden, deshalb ist die Übergangsbestimmung eingefügt. Wohin es führt, wenn Sie eine Änderung vornehmen wollen, die dahin geht, die Lehrerinnen der höheren Schulen besser zu besolden als die

Lehrerinnen der Bürgerschulen, das läßt sich im voraus nicht übersehen. Konsequenterweise müßte man dazu kommen, auch die seminaristisch gebildeten Lehrer an den höheren Schulen besser zu besolden als die gleichen an den Bürgerschulen. Das geschieht nur bei den Schulen, die aus dem Rahmen der übrigen städtischen Schulen durch die Stellung unter die Oberschulkommission herausgehoben sind. Es läßt sich über diesen Punkt streiten, und wenn die Stadtverordneten-Versammlung den bisherigen Standpunkt nicht teilen sollte, wird der Magistrat ihrem Beschlusse zustimmen. Aber bedenklich ist es, eine Gruppe allein herauszugreifen und damit das aufgestellte Prinzip zu durchbrechen, ohne dabei die anderen Gruppen zu berücksichtigen.

Herr F r e d e: Das Wesentliche von dem, was ich sagen wollte, hat der Herr Oberbürgermeister schon ausgeführt. Ich würde dem Herrn Jasper beitreten, wenn die neuen Sätze auch Geltung für die Bürgerschullehrerinnen haben sollten. Wenn Herr Dr. Jasper sagt, es ist recht und billig, daß die an der höheren Mädchenschule tätigen Lehrerinnen ein höher bemessenes Gehalt bekommen, so ist das ein Widerspruch mit der sonst von ihm vertretenen Ansicht: Gleiche Vorbildung, gleiche Besoldung.

Herr L e u e: Ähnlich wie bei der höheren Mädchenschule ist der Fall gewesen bei der Oberrealschule. Die Aufwandsgehalte sind dort weggefallen und die Anfangssätze der seminaristisch gebildeten Lehrer höhergestellt. Das wurde damit begründet, daß gesagt wurde: Wenn wir nicht mehr bewilligen, dann bekommen wir keine tüchtigen Lehrkräfte. Ich bin von der Änderung nicht sehr erbaut gewesen, mußte aber die Begründung anerkennen. Sollte für die gehobenen Mädchenschulen der gleiche Grund sprechen, so würde ich für den Antrag Jasper stimmen. Über den Punkt möchte ich aber erst um Aufklärung bitten.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Die Frage habe ich auch meinerseits an den Schuldirektor der Bürgerschulen gestellt, und er hat mir bestimmt erklärt, daß eine große Zahl von Lehrerinnen vorhanden wäre, die durchaus geeignet sind, den Unterricht an der Mädchenmittelschule zu erteilen und gern zur höheren Schule übergehen würden. Wir brauchen doch nicht zu verschweigen, daß der Unterricht an der höheren Mädchenschule manche Annehmlichkeiten bietet gegenüber dem Unterricht besonders an den unteren Bürgerschulen.

Herr W o l t e r s: Die korrigierende Übergangsvorschrift findet sich nur in dem Statut der höheren Mädchenschule, bei den Oberrealschulen aber nicht. Wenn

wir bei den letzteren in den grundlegenden Bestimmungen nicht höher gegangen wären, dann würde der Umstand eingetreten sein, den Herr Leue befürchtet.

Vorsitzender: Eine lange Praxis im Schulvorstand hat mir gezeigt, daß es nicht gut tut für den Frieden in der Lehrerschaft, wenn die mit gleicher Vorbildung ins Amt Getretenen im Gehalt verschieden gestellt werden. Für die Lehrer an der höheren Mädchenschule gilt hier dasselbe. Sie bekommen etwas weniger Zulage, es läßt sich aber nicht anders einrichten.

Herr Hartung: Ich bin auch der Ansicht, daß wir an dem Prinzip festhalten, daß bei gleicher Vorbildung auch eine gleiche Entschädigung gewährt werden soll. Wie mir die Stimmung unter den Lehrern bekannt ist, geht sie dahin, wie der Herr Oberbürgermeister ausführte, nämlich daß bei ihnen allen es als ein Vorzug angesehen wird, wenn sie an der höheren Mädchenschule unterrichten können. Aus diesem Gesichtspunkte wird es richtig sein, daß beide Gruppen jetzt im Gehalt vollständig gleichgestellt werden und der Unterschied, der bisher bestanden hat, beseitigt wird. Es würde sonst nur immer noch mehr bei den Lehrerinnen, die an den Bürgerschulen unterrichten, der Wunsch um sich greifen, wenn irgend möglich an die höhere Mädchenschule zu kommen.

Herr Nasper: Ich freue mich, daß dem Grundsatz zugestimmt wird: Gleiche Ausbildung und gleiche Tätigkeit, gleiche Bezahlung. Herr Krede hat nicht mit Unrecht mir einen scheinbaren Widerspruch vorgehalten. Ich habe diesen Standpunkt vertreten, aber keine Gegenliebe gefunden. Ich habe darauf hingewiesen, daß die femininistisch gebildeten Lehrer an der Oberrealschule besser gestellt wären als die andern Lehrer. Als Begründung für diesen Umstand wurde angeführt, daß eine andere Instanz in der Obergewalt maßgebend sei. Daß dieser Unterschied mit 100 Silberlingen ausgeglichen werden müsse, kann ich nicht anerkennen, sondern nur eine gewisse Berechtigung, unterschiedlich vorzugehen, wenn mehr Aufwand gemacht werden muß, und das trifft bei der höheren Mädchenschule zu. Gerade aus dem Munde des Herrn Vorsitzenden haben wir gehört, daß die Lehrerinnen unter die kritischen Augen unserer jungen Damen nicht so hinstreten können, als sie es bei den Bürgerschulen tun können. Nicht der Unterricht anderer Kinder oder die Befähigung der Kinder, sondern lediglich der Aufwand, der getrieben werden soll, würde eine Abweichung rechtfertigen. Für mich ist maßgebend, daß bisher der Grundsatz: „Gleiche Vorbildung, gleiches Gehalt,“ nicht angewandt ist und hier eine Klasse ist, die im Gehalt mit den übrigen nicht fortschreitet, sondern zurückbleiben soll.

Vorsitzender: Ich bin nach wie vor ein Freund der Zuschlüsse für den Aufwand, bin aber mit meiner Ansicht in der Minorität geblieben.

Der Antrag Jasper wird abgelehnt, die vom Magistrat vorgeschlagene Fassung angenommen, ebenso auch die §§ 23—25.

Herr Wolters (zu § 26): Es ist hier der alte § 26 der bisherigen Ordnung, wie bei der Oberrealschule der § 25, weggefallen. Sie betreffen die Gnadenmonate für die Wittve. Es handelt sich nur um die Beseitigung einer selbstverständlichen Vorschrift, weil der Gegenstand durch die §§ 121 und 127 der Städteordnung geregelt ist.

Die §§ 26—28 werden angenommen.

Herr Wolters (zu § 29): Zu diesem Paragraphen liegt ein Nachtrag vom Magistrat vor. Der Magistrat schreibt: „Es ist von uns übersehen, daß zurzeit noch ein pro rectoratu geprüfter Lehrer an der höheren Mädchenschule beschäftigt wird, dessen Gehaltsverhältnisse abweichend von § 22 des Entwurfs geregelt werden müssen. Der betreffende Lehrer (Seminaroberlehrer Friede) bezieht schon seit längerer Zeit das Höchstgehalt, und es wird daher, da künftig eine besondere Besoldung solcher Lehrer hier nicht mehr stattfinden wird, die Aufnahme einer Übergangsbestimmung genügen.“ Der Magistrat beantragt, dem genannten Lehrer, der zurzeit nach der bisherigen Gehaltsordnung das Höchstgehalt von 4700 M bezieht, vom 1. April 1911 ab ein Jahresgehalt von 5100 M zu gewähren. Dies würde hinter d als neuer Absatz einzufügen sein.

Der § 29 mit diesem Zusatz wird genehmigt. Gleichfalls genehmigt werden auch die letzten §§ 30 und 31.

D. Statut über die Unterhaltung einer Mädchenmittelschule.

Herr Wolters: In dem Begleitschreiben des Magistrats, Seite 6, 7 und 8, ist auseinandergesetzt, daß demnächst ein gemeinsames Statut für die Mädchen- und Knabenmittelschule erlassen werden kann und die beiden Schulen dem Schulvorstand der städtischen Bürgerschulen unterstellt werden sollen. Einstweilen soll aber mit Rücksicht darauf, daß ein akademisch gebildeter Leiter der Mädchenmittelschule vorstehe, der Schule eine gesonderte Verfassung gegeben und der Schulvorstand wie bisher zusammengesetzt werden.

Der § 1 wird genehmigt.

Vorsitzender (zu § 2): Herr Dr. Jasper beantragt: „Absatz 2 ist zu streichen.“

Herr Jasper: Es ist hier dieselbe Sache wie bei den Oberrealschulen. Auch hier wird im allgemeinen auf Preußen verwiesen. (Redner liest den Absatz vor.) Ich glaube mich nicht zu irren, daß die preußischen Bestimmungen ohne weiteres gelten sollen. Mit der Bestimmung „im allgemeinen“ ist sehr wenig anzufangen, weil diese keine zwingende Natur hat. Ich glaube, daß es Sache der städtischen Instanzen ist, von Fall zu Fall zu regeln, was der Lehrplan enthalten soll.

Herr Frede: Ich meine, diese Bestimmungen müssen bleiben, weil wir wegen der Berechtigungen, die den mittleren Schulen beigelegt werden, darauf angewiesen sind, Rücksicht auf die preußischen Bestimmungen zu nehmen. Wir wünschen doch, daß die Berechtigungen auf einen weiteren Kreis ausgedehnt werden als auf das Herzogtum Braunschweig.

Herr Jasper: Für Mädchen besteht das Berechtigungswesen noch nicht in dem Maße wie für Knaben, selbstverständlich haben wir aber das zu berücksichtigen. Aber zu sagen: „Mögen die Preußen bestimmen, was sie wollen, es gilt auch für Braunschweig,“ das mache ich nicht mit.

Der Antrag des Herrn Jasper wird abgelehnt und der § 2 in der Fassung des Magistrats angenommen.

Vorsitzender: Herr Jasper beantragt an Stelle des § 3: „Die Schule untersteht der Oberaufsicht der Herzoglichen Oberschulkommission.“

Der Antrag Jasper wird abgelehnt, die Fassung des Magistrats für den § 3 angenommen.

Herr Wolters (zu § 4): Es würde nur der vorletzte Satz, wie in den vorigen Ordnungen, zu streichen sein.

Der § 4 wird mit der beantragten Streichung angenommen. Gleichfalls angenommen werden die §§ 5 und 6.

Vorsitzender (zu § 7): Hier liegt wieder der Antrag der Kommission vor, statt „zwei Stadtverordneten“ zu setzen „vier Stadtverordneten“, außerdem der Antrag Jasper: Die Schule wird durch einen Schulvorstand verwaltet, der aus einem Mitglied des Stadtmagistrats, zwei Stadtverordneten, zwei Frauen der Stadt und dem Schulleiter besteht. Der Schulvorstand hat in allen äußeren

Angelegenheiten der Schule seine Beschlüsse und Anträge an den Magistrat zu richten.

Herr Oberbürgermeister *Netemeyer*: Ich möchte meiner Ansicht hier Ausdruck geben, daß es sich empfiehlt, demnächst eine einheitliche Schuldeputation für alle Schulen einzusetzen. Der Magistrat wird das jedenfalls auch beantragen, sobald wir in der Lage sind, durch städtisches Statut einen Schulvorstand für die Bürgerschulen festzusetzen, der jetzt durch Gesetz festgelegt ist. Deshalb bitte ich, zunächst nicht an den Bestimmungen zu rütteln, sondern die Schulvorstände zu lassen, wie sie jetzt bestehen.

Der Antrag *Jasper* wird abgelehnt und der § 7 mit der von der Statutenkommission beantragten Änderung angenommen. Die §§ 8—12 werden ohne Debatte genehmigt.

Herr *Wolters* (zu § 13): Da andere Verhältnisse durch die Umwandlung der Schule in eine Mädchenmittelschule eingetreten sind, so finden Sie für Vorbildung des Schulleiters hier andere Bedingungen. In ähnlicher Weise ist auch in Nr. 2 eine Änderung eingetreten. Früher war hier nur von der Oberstufe die Rede, jetzt ist die Mittelfstufe mit hineingezogen.

Der § 13 wird angenommen, ebenso der § 14 mit der Änderung des Wortes „betrauenden“ in „betrauten“, der § 15 mit der Änderung des 1. Absatzes wie im § 16 des Statuts für die höhere Mädchenschule, ferner die §§ 16—20 ohne Debatte.

Herr *Wolters* (zu § 21): In der Vorlage vom März handelte es sich um die sachliche Umwandlung in eine Mittelschule, hier sind nunmehr die Gehaltsätze für den seminaristisch gebildeten Schulleiter neu vorgeschlagen. Die Festsetzung ist dieselbe wie für die Inspektoren der Bürgerschulen. Die Sätze für die Mittelschullehrer sind die am 26. April beschlossenen, die für die seminaristisch gebildeten Lehrer und Fachlehrer dieselben wie an den Bürgerschulen, ebenso die Sätze für die seminaristisch gebildeten Lehrerinnen und die staatlich geprüften Zeichenlehrerinnen. Bei der letzteren Gruppe ist der Druckfehler wieder zu verbessern, statt 1890 muß es heißen 1900 *M* und in der letzten Spalte statt 1900 *M* 1890. Der Grund ist derselbe, wie bei den andern Schulen. c, d und e sind wie bei der Oberrealschule und bei der höheren Mädchenschule geregelt. Die Statutenkommission empfiehlt den ganzen Paragraphen zu genehmigen.

Nach Änderung der Druckfehler stimmt die Versammlung dem § 21 zu. Auch die übrigen §§ 22 bis 29, die denen der anderen Schulen entsprechen, werden genehmigt.

Vorsitzender: Herr Dr. Jasper hat den Antrag gestellt: Der Magistrat wird ersucht, 1. die Statuten über die Unterhaltung der Oberrealschulen, einer höheren Mittelschule und einer städtischen Mädchenmittelschule zu einem einheitlichen Statut zusammenzufassen, 2. eine neue Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen herauszugeben, die alle Nachträge berücksichtigt, 3. die Dienstordnungen und das allgemeine Schulstatut so umzuarbeiten, daß die Sprache dieser Satzungen als mustergültig angesehen werden kann.

Herr Jasper: Der letzte Antrag bewegt sich im Sinne der Anregungen, die von verschiedenen Seiten gegeben worden sind. Ich könnte eine sehr schöne Blumenlese aus den Statuten vorführen, an der Wustmann seine Freude haben würde, und für einen Schulmann ist doch das beste Deutsch gut genug. Die beiden anderen Anträge sind aus folgenden Erwägungen entstanden: Eine Zusammenfassung der Schulstatuten ist aus dem Grunde zu befürworten, weil die Vorschriften, wie wir eben gehört haben, in allen dreien immer dieselben sind. Von den ungefähr 30 Paragraphen in den einzelnen Statuten werden wohl gut 20 wörtlich miteinander übereinstimmen. Das könnte man allgemein geordnet zusammenstellen und die besonderen Bestimmungen folgen lassen. Das würde einen einheitlichen Überblick geben und auch den Weg bereiten zu dem, was der Herr Oberbürgermeister angekündigt hat, nämlich, daß mit der Zeit das gesamte Schulwesen einheitlich geregelt und unter eine Schuldeputation gestellt werden soll. Ich habe die Ordnung für die Bürgerschulen herausgelassen, weil nach den Landesgesetzen die Einfügung noch nicht möglich ist. Dagegen hat die Ordnung für die Bürgerschulen den Nachteil, daß eine ganze Reihe von Nachträgen veröffentlicht sind, so daß selbst der Magistrat auf den ersten Blick nicht weiß, was Geltung hat. Es würde auch nicht schaden, wenn damit zugleich eine Sprachreinigung verbunden würde.

Herr Wolters: Anregungen ähnlicher Art, wie die des Herrn Dr. Jasper, sind auch in der Statutenkommission hervorgetreten, z. B., daß die verschiedenen Nachträge einheitlich geordnet würden. Nun steht aber bereits in dem Begleitschreiben, daß demnächst ein neues Landes Schulgesetz zu erwarten ist. Es würde deshalb nicht richtig sein, diese riesenhafte Arbeit, die Herr Dr. Jasper vorschlägt, jetzt auszuführen und vielleicht in einem halben Jahre zum zweitenmal. Es ist zu hoffen, daß das Landes Schulgesetz in einem schönen

Deutsch abgefaßt wird, so daß wir uns dann das Deutsch des Staates zum Muster nehmen können.

Vorsitzender: Den ersten Antrag des Herrn Dr. Jasper kann ich auch nicht unterstützen. Wenn man ein Statut zur Hand nimmt, dann will man gewöhnlich nur die Bestimmungen für eine gewisse Schule nachlesen. Sollte man die 3 Statuten in eins zusammenfassen, dann wird meiner Empfindung nach die Sache unübersichtlicher. Für den Theoretiker allerdings, dem es auf eine Übersicht ankommt, mag die Zusammenfassung wohl richtig sein, aber nicht für den praktischen Gebrauch. Ich halte deshalb für bedenklich, den ersten Antrag einfach anzunehmen. Mit dem 3. Passus des Antrages bin ich selbstverständlich einverstanden. Nur möchte ich empfehlen, den Antrag so zu fassen, daß wir den Magistrat ersuchen, in Erwägung zu nehmen, usw.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Mit den Erwägungen kommen Sie zu spät, die hat der Magistrat schon angestellt. Er hat auch schon daran gedacht, ob es nicht richtiger wäre, zumal viele Vorschriften übereinstimmend lauten, die Statuten in eins zusammenzufassen. Augenblicklich scheitert das aber daran, daß wir die Bürgerichulen ausschließen müßten. Gewisse Bedenken kann man auch vom Standpunkte der einzelnen Schulen aus haben, denn diese wollen gern ihre Verfassung für sich haben. Ein Nachteil ist nicht dabei, wenn die Vorschriften für verschiedene Kategorien dieselben sind. Darüber läßt sich aber streiten, ob völlig gesonderte Vorschriften praktisch sind. Wenn Sie aber jetzt, nachdem die Statuten durchberaten sind, den Antrag annehmen, so würde mir leid tun, nicht darauf eingehen zu können. Erlassen wir ein einheitliches Schulgesetz für die Stadt Braunschweig, dann können wir nicht gut die Bürgerichulen ausschließen. Das würde also dahin führen, daß wir mit dem einheitlichen Schulgesetz warten, bis die Möglichkeit dazu gegeben ist. Die Befürchtung des Herrn Dr. Jasper, daß der Magistrat nicht wüßte, welche Vorschriften der Ordnung für die Bürgerichulen noch in Kraft wären, ist nicht zutreffend, wenigstens geben wir uns Mühe, stets zu erkunden, was gilt. Wenn man jetzt die neue Schulordnung für die Bürgerichulen zusammenstellen will, dann wird man bald auf die Frage kommen: Sind die vorhandenen Bestimmungen überhaupt von Anfang an rechtsgültig gewesen? Und darin liegt die größte Schwierigkeit. Andererseits finden sich verschiedene Bestimmungen aus dem Jahre 1890, die ohne Frage nicht mehr praktisch sind. Man würde sofort wieder vor die Frage gestellt werden, ob es nicht angezeigt ist, auf Änderung der alten Bestimmungen Bedacht zu nehmen. Aber man sieht sofort wieder fest, weil das Gesetz uns im Stich läßt. Deshalb bitte ich Sie, sich damit zu begnügen, mit den Nachträgen zu operieren. Ich

möchte Herrn Jasper anheingeben, den Antrag zurückzuziehen, seine Anregung ist vollkommen genügend.

Herr Jasper: Wegen Zusammenlegung der Statuten will ich mich be scheiden. Ich glaube nur nicht, daß so bald eine Regelung durch Landesgesetz erfolgen wird. Der Herr Oberbürgermeister wie der Herr Berichterstatter wissen wohl darüber besser Bescheid, denn sie sind Landtagsabgeordnete. Die Herren wissen, seit wie langer Zeit die neue Städteordnung erwartet wird. In jedem Landtage ist bekanntgegeben, daß sie demnächst erscheinen würde, und immer wieder ist sie verschoben. Wir haben immer noch die alte Städteordnung und das alte Wahlgesetz wie in Mecklenburg. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, anzuregen, ob nicht auch sonst eine Zusammenfassung unserer Satzungen in die Wege geleitet werden könnte. Nicht nur im Schulwesen, sondern auch im allgemeinen ist das notwendig. Wenn ich nun den Antrag 1 und 2 zurückziehe, so möchte ich Sie aber doch bitten, den 3. Antrag anzunehmen.

Vorsitzender: Ich erlaube mir, eine redaktionelle Änderung vorzuschlagen. Man müßte statt „Dienstordnung“ sagen: „Die Statuten der drei Schulen“.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Soll sich das auf das gegenwärtige Statut beziehen, so trage ich Bedenken, Ihnen den Antrag zur Annahme zu empfehlen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß eine Änderung des Wortlauts oftmals eine wesentliche Änderung des Sinnes im Gefolge hat. Dafür könnte der Magistrat die Verantwortlichkeit nicht übernehmen. Sie müßten wenigstens eine Kommission ermächtigen, mit uns gemeinsam einige sprachliche Änderungen vorzunehmen. Dadurch würde die Sache aber wieder aufgehoben.

Herr Jasper: Dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden entsprechend will ich den Wortlaut dahin ändern: Der Magistrat wird ersucht, die drei Schulstatuten, die wir eben vorberaten haben, so umzuarbeiten, daß die Sprache dieser Satzungen als mustergültig angesehen werden kann.

Der Antrag Jasper wird abgelehnt.

E. Statut über die Befoldung der Beamten der Stadt Braunschweig.

Die §§ 1 bis 10 werden ohne Debatte angenommen, ebenso die Punkte I bis VI der Anlage A.

Herr *Wolters* (zu Anlage A VII Stadtarchivar und Museumsdirektor): Der Magistrat ist dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung vom 26. April nicht beigetreten, sondern schlägt vor: als Grundgehalt 4200 *M*, als Zulagen 4×500 *M*, 4×400 *M*, Endgehalt 7800 *M*. Die Statutenkommission empfiehlt Zustimmung.

Herr *Jasper*: Ich kann mich diesem Antrage nicht anschließen. Die Ablehnung des von uns gefaßten Beschlusses durch den Magistrat sieht auf den ersten Blick so aus, als wolle der Magistrat nicht so viel zubilligen, wie wir damals beschlossen hatten. Im besonderen wird die Spitze von 7900 *M* nicht bewilligt, aber in der Sache selbst wird eine viel größere Besserstellung der Gruppe hier bezweckt, als es den Anschein hat. Das kommt daher, daß Zulagen von 500 *M* statt 400 *M* genommen sind. Das schlägt zu Buche. Sind es anfänglich nur 100 *M*, die mehr gegeben werden, so sind es in den folgenden Klassen 200, 300, 400 *M*. Das geht weit darüber hinaus, was die Antragsteller bezweckt haben, und abgesehen davon ist es sachlich ungerechtfertigt. Was erreicht werden sollte, war eine Besserstellung und der Wunsch, diese Herren nicht ganz leer ausgehen zu lassen, vielleicht auch, die Unzufriedenheit dieser Gruppe zu vermeiden oder weil man diesen Posten mehr Wert beilegte, als vorher geschehen. Das würde man doch nun aber übertreiben, wenn man eine ganz andere Staffe lung als bisher bewilligen würde. Ich möchte bitten, die alte Staffe lung beizubehalten und lediglich im Anfangs- und Endgehalt 100 *M* aufzuschlagen, also das Gehalt der Abteilung VII wie folgt zu gestalten: 4300 *M* Anfangsgehalt, 8 Zulagen zu 400 *M*, Endgehalt 7500 *M*. Dann würden die Beamten dieser Gruppe gleichmäßig und in entsprechender Weise aufge bessert werden. Ich möchte damit die Anfrage verbinden, in welcher Weise bei der Anstellung dieser Herren verfahren wird. Es pflegt ja nicht ohne weiteres der Mindestsatz Platz zu greifen, sondern von solchen Herren, die früher schon in Stellung gewesen sind, werden gewöhnlich Bedingungen gestellt und ihnen werden höhere Anfangssätze gezahlt werden. Da würde es überflüssig sein, daß wir eine solche hohe Zahl von Gehaltsklassen haben. Es würde nach außen hin mehr wirken, wenn wir die Herren jetzt mit einem höheren Satze anfangen lassen und weniger Gehaltsstufen einrichteten, weil erfahrungsgemäß nicht die jüngsten Herren zu diesen Ämtern genommen werden.

Herr Oberbürgermeister *Netemeyer*: Was die letzte Frage anbetrifft, so ist sie zu beantworten: Wenn nichts Besonderes beschlossen wird, werden die Herren mit dem Anfangsgehalt angestellt.

Herr Meinknecht: Ich muß anerkennen, daß die jetzige Gehaltssvorlage dem reichlich entspricht, was wir das letzte Mal vorgeschlagen hatten, kann aber nicht anerkennen, daß darüber besonders hinausgegangen wäre. Ich hatte schon früher darauf aufmerksam gemacht, daß diese Beamten nicht mit dem Anfangsgehalt angestellt werden, weil sie schon anderweitig mehrere Jahre Dienst getan haben. So hatte der Archivar 8 bis 9 Dienstjahre, als er zur Anstellung kam. Deshalb beziehen sie die 4200 *M* Anfangsgehalt überhaupt nicht. Wenn sie die ersten 6 Dienstjahre fortlassen, was die Regel bilden wird, so ergibt sich eigentlich kein Überschuß gegen die Oberlehrergehälter, und auf dem Höchstfakt hat die Gruppe VII 100 *M* weniger. Ich bitte, in Rücksicht darauf, daß das Anfangsgehalt den Herren sehr selten zugute kommen wird, es bei dem zu lassen, was vom Magistrat vorgeschlagen wird.

Herr Wolters: Bei Annahme des Antrages Jasper würde sich das Gehalt gegenüber dem früheren nur um 100 *M* auf jeder Stufe erheben. Nun haben die Stadtverordneten den Beschluß gefaßt, im Gehalt bis 7900 *M* hinaufzugehen, während der Magistrat 7800 *M* als höchste Stufe beantragt. Da können wir mit unserm Beschluß doch nicht unter das Höchstgehalt hinuntergehen, das der Magistrat bewilligen will. Wenn ich auch zugebe, daß unsere Beschlußfassung bezüglich des Anfangsgehalts geringer war, als der Herr Dr. Jasper jetzt beantragt, so bitte ich doch, den Kommissionsantrag anzunehmen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Die Abteilungen VIII bis XVI werden ohne Debatte angenommen.

Herr Wolters (zu Abteilung XVII): In dieser Stelle ist als Nr. 8 der Standesbeamte hinzuzufügen, dem das Gehalt vertragsmäßig zugesichert ist.

Die Abteilungen XVII bis XXII werden ohne weitere Bemerkungen genehmigt.

Herr Wolters (zu Abteilung XXIII): Hier ist richtig eingesetzt, wie am 26. April beschlossen ist, Endgehalt 3600 *M*. In dem Verhandlungsbericht steht 2200, 7×200 , 3400. Das ist offenbar ein Druckfehler.

(XXIII bis XXVIII werden genehmigt.)

Herr Wolters (zu XXIX): Dieser Abteilung ist der Mülhenschreiber neu zugefügt.

(XXIX bis XXXI werden genehmigt.)

Herr W o l t e r s (zu Anlage B): Die Hilfschreiber haben bisher 480 *M* bis 1700 *M* bezogen. Jetzt sollen sie erhalten: 600, 10×120 , im 11. und den folgenden Dienstjahren 1800 *M*. Im Magistratschreiben ist auseinandergelegt, daß die aus dem Zivilstande entnommenen Hilfschreiber durch die Konkurrenz der Militäranwärter insofern zu leiden hätten, als sie eine lange Wartezeit durchmachen müßten. Die Besoldung der Maschinenschreiberinnen ist wie früher geblieben. Die Statutenkommission empfiehlt Genehmigung der Anlage B.

Die Versammlung stimmt den Vorschlägen der Anlage B zu.

V o r s i t z e n d e r: Ehe wir uns trennen, muß ich die Herren bitten, mir zu sagen, welcher von den nächsten Tagen den Herren in ihrer Majorität am passendsten ist, um den Rest der Tagesordnung aufzuarbeiten. Ich will hinzufügen, daß einzelne Posten wegfallen können, so Nr. 3, auch Nr. 4, und zwar dieser deshalb, weil von Herrn Dr. Jasper ein Antrag eingebracht ist, noch einige Aufklärungen über die Lohnstatistik der Versammlung zugänglich zu machen. Wir waren in der Finanzkommission darüber einig, daß die Lohnstatistik nur beraten werden sollte, wenn wirklich für jeden von uns jede einzelne Sache klargestellt wäre, da die ganze schwierige Arbeit kein Interesse hat, wenn Unklarheiten oder Mißtrauen bestehen sollte. Es wird notwendig werden, die verschiedenen Deputationen über die aufzuklärenden Punkte zu befragen, deshalb soll diese Sache zurückgestellt werden.

Nachdem der Herr Oberbürgermeister gebeten hat, wegen einer für den folgenden Tag angeetzten, nicht zu verschiebenden Sitzung der Deputation der Gas- und Wasserwerke von diesem Tage abzugehen, regt Herr Stadtverordneter Ribbentrop an, nach einer Pause sogleich noch eine Abend Sitzung abzuhalten.

Die Versammlung beschließt, eine Pause von $\frac{1}{2}$ Stunde zu machen und darauf die Verhandlungen fortzusetzen.

Pause von kurz nach 8 bis 9 Uhr.

Der V o r s i t z e n d e, Herr H a u s w a l d t, eröffnet die Sitzung wieder.

2. Errichtung einer Verbrennungsanlage auf dem Zentralfriedhofe.

Herr F r ü h l i n g: Das in Ihren Händen befindliche Schreiben leitet die Angelegenheit zunächst durch einige allgemeine Bemerkungen ein. Es wird vom Magistrat für selbstverständlich gehalten, daß der Anlage die Eigenschaft

einer städtischen Einrichtung zu geben ist. Dagegen ist in der Kommission keinerlei Einwendung erhoben worden, ebenso hat sich keine Diskussion daran geknüpft, daß zurzeit der Magistrat noch nicht in der Lage ist, einen Statutenentwurf vorzulegen. Ich bemerke das, weil verschiedentlich die Frage gestellt ist, wie sich der spätere Betrieb stellen würde. Wie der Betrieb und auch die Unterbringung der Asche vor sich gehen wird, das wird in dem betreffenden Statut geregelt werden, unterliegt also augenblicklich noch nicht unserer Beratung.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: In dieser Beziehung ist der Magistrat anderer Ansicht gewesen. Er steht auf dem Standpunkte, da die Unterbringung der Aschenurnen auf dem Friedhofe in den gegebenen Fällen gefordert werden kann, daß die Stadt überhaupt keine Veranlassung hat, in dieser Beziehung noch besondere Vorschriften zu erlassen. Es dreht sich nur um die e i n e Frage, ob die Asche von verbrannten Reformierten auf dem Zentralfriedhofe zugelassen werden sollte. Darüber muß ein Abkommen mit den Organen der Friedhofsverwaltung getroffen werden, und damit ist die Frage für die Stadt als Inhaberin der Feuerbestattung erledigt.

Herr F r ü h l i n g: Die von mir erwähnten Fragen bezogen sich darauf, wie groß etwa das Minimum für eine Grabstelle zu bemessen wäre und wie groß die Kosten wären. Eine Bestimmung darüber kommt erst später. Ich befinde mich durchaus nicht im Widerspruch mit dem Herrn Oberbürgermeister und habe die Anfragen nur erwähnt, damit sich hier nicht eine Diskussion an diese berührten Sachen anknüpft.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Die Unterbringung von Leichen sowohl wie von Aschenresten auf dem Zentralfriedhofe entzieht sich ganz und gar unserer Mitwirkung, solange nicht der Friedhof ein Unternehmen der politischen Gemeinde ist, sondern wir werden uns den Bestimmungen des Kirchenkonvents und der Friedhofsdeputation zu fügen haben. Falls die Herren mit dieser Regelung nicht einverstanden sein sollten, würde darüber zu befinden sein, ob eine besondere städtische Einrichtung zur Beisetzung von Aschenurnen getroffen werden soll; da würde die Stadt ein Recht haben, ihrerseits Bestimmungen zu erlassen.

Herr F r ü h l i n g: In der Magistratsvorlage ist weiter darauf hingewiesen, daß eine derartige Anlage mit einer Leichenhalle versehen sein soll, daß eine Urnenhalle bezw. ein Urnenhain oder die Möglichkeit vorgeesehen wird, die Aschenreste in der Erde beizusetzen. In einer längeren Ausführung ist dann

dargelegt, daß in dem vorliegenden Falle es weder notwendig ist, eine besondere Leichenhalle, noch eine Urnenhalle zu erbauen, auch nicht einen Platz für Anlage eines Urnenhains vorzusehen, sondern daß, nachdem die gesetzliche Bestimmung vorhanden ist, die Beisetzung der Asche derjenigen Verstorbenen, deren Leichen auf dem Friedhofe beigesetzt werden müssen, nicht verweigert werden darf. Es liegt also kein öffentliches Interesse vor, einen besonderen Urnenhain oder eine Urnenhalle anzulegen. Auch in der Kommission war die Meinung vorherrschend, daß es wünschenswert ist, wie in der Vorlage vorgeschlagen, die Beisetzung der Aschenreste nicht auf einem getrennten Raum erfolgen zu lassen, sondern zerstreut und vermischt mit der Beisetzung der übrigen Leichen, weil dadurch erreicht wird, daß man keinen Unterschied in den Grabstellen sieht, und damit ein sehr erfreulicher Ausgleich angebahnt wird, so daß in der Feuerbestattung nicht etwa eine teuer bezahlte Sonderheit mit Ausschließung der Allgemeinheit zu finden ist. Die Baukommission hat sich einstimmig gegenüber den hierüber gemachten Ausführungen zustimmend erklärt.

Über die Frage des Platzes für die Anlage des Krematoriums ist zu erwähnen, daß früher die Absicht bestanden hat, die Verbrennungshalle auf der südlichsten Teilfläche des zuletzt dem Friedhofe zugelegten Domänenlandes aufzubauen. Davon hat man aber jetzt abgesehen. Diese Frage hat in der Kommission zu längerer Erörterung Anlaß gegeben, indem verschiedene Herren dafür waren, das alte Projekt wieder aufzugreifen. Dagegen ist gesagt, daß in der uns vorgeschlagenen Anlage dieser Platz überhaupt nicht in Betracht gezogen ist, daß wir also, wenn wir auf den ersten Platz zurückgreifen wollten, die jetzige Vorlage einfach ablehnen und den Magistrat ersuchen müßten, eine neue Vorlage zu machen. Das erschien aber in keiner Weise wünschenswert, denn es müßten erst wieder erneute Verhandlungen mit den zuständigen Behörden stattfinden und die Anlage würde sich in weite Ferne hinausziehen. Das schien der Baukommission in ihrer Majorität nicht zweckmäßig, und sie glaubte infolgedessen, auf den früheren Plan nicht eingehen, sondern sich an die jetzt bestehende Vorlage halten zu sollen. Gegen den früher in Aussicht genommenen Platz hat man angeführt, daß der Zugang von der Helmstedterstraße aus, namentlich für ältere und schwächere Personen oder für ein größeres Trauergesolge, zu weit sein würde, und daß in dieser Beziehung der neue Platz wesentlich günstiger liegt. Dieser befindet sich an der Südostecke des Friedhofes, diesseits der Moritzburg.

Nach dieser Vorbesprechung könnten wir den Punkt 1 des Magistratsantrages beraten, der dahin geht:

„zustimmen zu wollen, daß eine Feuerbestattungsanlage stadtseitig unter Mitverwendung des Südbörschen Legats errichtet wird.“

Ich empfehle von vornherein, diese Frage zu erledigen, ehe wir in die Details eingehen, weil mir von verschiedenen Seiten gegen diese Punkte Einwendungen gemacht sind. — Die Baukommission empfiehlt Ihnen, nachdem sie die Sache durchberaten hat, dem ersten Punkte zuzustimmen.

Vorsitzender: Ich bitte die Herren, die zu diesen allgemeinen Fragen sprechen wollen, sich zu melden.

Herr Jasper: Ich bin erfreut darüber, daß diese Frage gekommen ist, es hat aber doch immerhin einen eigenartigen Beigeschmack für mich, daß man auch bei dieser Gelegenheit wieder sieht, welch eine große Macht das Kapital hat. Wer in Braunschweig hätte vor einigen Jahren geglaubt, daß es möglich war, in Braunschweig vor Preußen die Möglichkeit der Feuerbestattung überhaupt zu schaffen, und daß wir hier über eine derartige Frage beraten würden. Lediglich seitdem der goldene Schlüssel gefunden ist, ist auch die Möglichkeit gegeben, dieser Sache näher zu treten. Nun haben wir das Gesetz, wir haben die Vorlage, aber wir haben noch eine ganze Reihe anderer Fragen zu erledigen, die bei der Durchführung des Gesetzes und der Vorlage uns einige Schwierigkeiten bereiten dürften. Diese sind vom allgemeinen Standpunkt aus seitens des Magistrates in der Vorlage näher dargelegt, und ob sie unzweifelhaft richtig beantwortet sind, scheint mir doch nicht ganz sicher zu sein. Beispielsweise wird davon ausgegangen, daß die Friedhofsverwaltung, die unter dem Kirchenkonvent oder irgend einer anderen kirchlichen Einrichtung, jedenfalls nicht unter unmittelbarem Einfluß der politischen Gemeinde steht, schon gegenwärtig verpflichtet sei, auch die überreste Verstorbener nach ihrer Einäscherung zur Bestattung aufzunehmen. Ich habe versucht, an Hand der Statuten nachzuprüfen, inwiefern diese Annahme der Vorlage der bestehenden Rechtslage entspricht, und ich kann nicht finden, daß die Auslegung des Magistrates Boden in der bestehenden Friedhofs- und Begräbnisordnung hat. Es wird dort immer geredet von Leichen, die einzufargen sind, und dem Zusammenhange nach immer Wert darauf gelegt, daß es sich nicht um die Asche eines Abgeschiedenen, sondern um die bisherige Bestattungsart im braunschweigischen Lande handelt: „Erde der Erde“, und ich bin deshalb zweifelhaft, ob wir ohne weiteres auf den Boden der Vorlage treten können, wenn die Rechtsunterlage eine so unsichere ist. Wir würden praktisch die Rechtsbedenken einigermaßen genommen sein, wenn ich vom Herrn Oberbürgermeister hören könnte, daß die berufenen kirchlichen Instanzen, denen er näher steht als ich, der Auslegung dieses Statutes und der sonstigen Bestimmungen, die für diese Fragen entscheidend sind, sich angeschlossen hätte. In den Statuten steht das zwingender Art meines Erachtens nicht, und wir könnten in

Verlegenheit kommen, wenn wir nicht wissen, ob diese Vorlage und deren Durchführung den gesetzlichen Bestimmungen genügen würde: daß wir in der Nähe einen Bestattungsplatz haben, in dem Aschenreste beigesetzt werden können.

Es kommt dann weiter für mich so unsehrlich zum Austrage, daß auch hier wiederum, wie auch der Herr Oberbürgermeister richtig hervorgehoben hat, nicht die politische Gemeinde einzig und allein das entscheidende Wort zu reden hat, sondern immer wieder andere Instanzen, die mit dem Bestattungswesen nach meiner Auffassung sehr wenig zu tun haben sollten. Gewiß mögen die verschiedenen Kulte das ausüben, wie sie wollen, aber neben dem religiösen Moment der Bestattung ist doch gerade für die großen Städte immer mehr in den Vordergrund zu stellen die hygienische Frage, auch die reine Frage nach dem Platze, und da haben wir zum Teil aus dem Munde des Herrn Berichterstatters vernommen, daß die Sache auch hinsichtlich der Platzfrage in weiterer Durchführung so gedacht ist, wie bisher, d. h. daß nicht etwa Kolumbarien oder Urnenhaine geschaffen werden sollen, sondern daß, wie bisher, eine ganze große Grabstelle für die beizusetzenden Aschenreste verlangt werden soll, und daß die Beisetzung auch unterirdisch zu erfolgen hat, ein Brauch, den die Gewohnheiten an anderen Plätzen durchaus nicht entsprechen. Es ist das vielleicht zurückzuführen auf Einflüsse, die der Verwaltung der politischen Gemeinde fernstehen. Ich möchte deshalb Aufklärung haben, inwiefern diese anderen Instanzen, die nach Lage der Gesetze noch zur Entscheidung mit berufen sind, schon ihre Bereitwilligkeit erklärt haben. Diese Fragen sind in verschiedenster Beziehung durch die Vorlage angeregt, und ehe sie nicht vollkommen klargestellt sind, würde ich es für verfehlt halten, einem Projekte im einzelnen an dieser Stelle näher zu treten.

Auch erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, welche eigenartige Sachlage für uns geschaffen ist dadurch, daß wir von der politischen Gemeinde aus seinerzeit den kirchlichen Instanzen Flächen Geländes unentgeltlich zur Verfügung gestellt haben, die wir jetzt erst wieder von diesen Instanzen erwerben müssen oder für die wir ihnen andere Flächen geben müssen, die wir mit teurem Gelde bezahlen. Ich hatte besonders das letzte Mal, als es sich wieder darum handelte, größere Flächen diesen kirchlichen Instanzen zuzuwenden, angeregt, ob es nicht richtig sein sollte, die Überweisung solange zurückzuhalten, bis wir durch Gesetz dazu gezwungen werden, bis vielleicht eine andere Bestattungsart unserer Stadt zutunlich gemacht werden könnte. Wenn das geschehen wäre, dann würden wir jetzt Flächen zur Verfügung haben, die wir damals den kirchlichen Instanzen preisgegeben haben und jetzt wieder durch Ankauf anderen Geländes ersetzen müssen, sei es, wo es sei. Aus diesen Erwägungen heraus möchte ich auch anregen, ob wir nicht von dem Winke Gebrauch machen wollen, wenigstens für die Beisetzung der Aschenreste uns dem Zwange und dem Einflusse der kirchlichen

Instanzen auf die Dauer zu entziehen dadurch, daß wir einen eigenen Bestattungsplatz für Aschenreste schaffen, der den gesetzlichen Anforderungen genügt. Ich gebe dem Herrn Berichterstatter recht: es wäre schön, wenn beide Beisetzungsarten auf einem Plage vereinigt werden könnten, aber da die Gesetzgebung hier anderen Instanzen Einfluß ermöglicht und die Zusammenlegung auf die Dauer kaum heilsam wirken könnte, sondern notwendigerweise zu Konflikten führen muß, so scheint mir das nicht richtig zu sein.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Ich glaube, wenn wir den Anregungen des Herrn Dr. Jasper folgen würden, kämen wir überhaupt nicht weiter. Wir haben Ihnen auseinandergesetzt, daß das bestimmte Recht in bezug auf Beisetzung der Aschenurnen auf den verschiedenen Friedhöfen besteht. Herr Dr. Jasper bezweifelt, daß die Auslegung des Magistrates richtig ist — dann muß ich ihn seinem Schicksal überlassen. Ich kann nicht mehr tun, als daß ich klar in die Vorlage hineinschreibe: das sind die gesetzlichen, bezw. die durch die Ordnung des Friedhofs gegebenen Bestimmungen. Sie gehen dahin, daß jeder das Recht hat, auf dem Friedhofe die Beisetzung von Angehörigen zu verlangen, soweit nicht für bestimmte Religionsgemeinschaften hier besondere Friedhöfe errichtet sind. Daraus folgt klar, daß es sich bei diesen Vorschriften, ob benachbarte Friedhöfe in Frage kommen, nur um Reformierte handeln kann. Herr Dr. Jasper scheint übersehen zu haben, daß diese Vorschriften der Friedhofsordnung in wesentlicher Weise durch das Gesetz über die Feuerbestattung ergänzt werden. Es steht ausdrücklich darin, daß die einzelnen Friedhofsverwaltungen gar nicht mehr gefragt werden; sie müssen die Beisetzung der Aschenurnen auf dem Friedhofe zulassen. Wenn in dieser Beziehung ein Bedürfnis zur Schaffung von Plätzen zur Beisetzung der Aschenurnen nicht vorliegt, dann werden wir einen kleineren Raum wählen können, sofern Sie sich der Ansicht des Magistrats anschließen, daß die Beisetzung der Aschenurnen auf dem Friedhofe unbedenklich ist. Mit den Organen des Friedhofs vorweg zu verhandeln, liegt gar kein Grund vor. Damit ist meiner Ansicht nach die Frage erledigt. Nun kann man auch sagen: „Ich interessiere mich gar nicht dafür, ob die kirchlichen Organe verpflichtet sind, Aschenurnen auf ihren Friedhöfen aufzunehmen. Ich will für die politische Gemeinde eine besondere Stätte haben, wo die Aschenurnen beigesetzt werden.“ Die Frage hat der Magistrat seinerseits verneint. Wenn da gesagt wird, da wären andere Einflüsse entscheidend gewesen, so entgegne ich: Das ist nicht der Fall. Wir haben einfach gesagt: Die Beisetzung in Columbarien oder wie Sie solche Urnenhallen nennen wollen, finden wir nicht angemessen. Man muß sich einmal solche Hallen angesehen haben, wie verstaubt die Urnen dort sind, wie sie umgefallen sind und kein Mensch sich darum kümmert.

Und welcher große Vorteil überhaupt darin liegen soll, die Aschenurnen oberirdisch zu erhalten, vermag der Magistrat beim besten Willen nicht einzusehen. Wir unsererseits wollen diese Aufbewahrungsart nicht fördern, indem wir eine Halle bauen, sondern sind der Ansicht, daß es prinzipiell richtig ist, keinen Unterschied zu machen zwischen den Leichen, die der Erde übergeben werden, und der Beisetzung der Asche. Dazu wollen wir den Friedhof benutzen. Daß der Magistrat, wenn Sie sich zunächst über diese Art der Benutzung schlüssig gemacht haben, mit der Friedhofsverwaltung über die Preismessung zu verhandeln hat, ist selbstverständlich. Aber wir wollen doch nicht mit den Friedhofsorganen ganz unnützerweise verhandeln, weil Sie möglicherweise nachher den Wunsch haben, die Feuerbestattungsanlage im Süden oder Westen der Stadt anzulegen.

Herr Dr. Jasper hat dann weiter die Frage erörtert, ob es nicht richtig wäre, von Anfang an eine Fläche für die Beisetzung der Aschenurnen zu reservieren und selbständig vorzugehen; er bedauert, daß der Magistrat seinerzeit eine Fläche Landes für den Friedhof bezahlt und hergegeben hat. Herr Dr. Jasper weiß ganz genau, wie die Gesetze im Herzogtum sind, und daß die politische Gemeinde verpflichtet ist, der Kirche einen Friedhof aus eigenen Mitteln zu überweisen. Er hat auch nicht vergessen, daß die Kirche sich auf diesen Rechtsstandpunkt bei uns nicht gestellt hat, sondern daß sie zu der Anlage, die jetzt über eine Million Mark gekostet hat, von der politischen Gemeinde nur Zuschüsse von insgesamt 300 000 M gefordert hat; alles andere hat die Kirche aus eigenen Mitteln bezahlt. Ich habe angenommen, daß diese Verhältnisse Ihnen noch bekannt sind, denn sie sind von mir verschiedentlich hervorgehoben. Man muß das nicht vergessen, sonst werden die Magistratsvorlagen sehr lang, wenn wir diese Dinge immer wiederholen sollen. Unter diesen Umständen würde es eine Rechtsverletzung sein, wenn wir jetzt zur Friedhofsverwaltung sagen wollten: Ihr habt dieses Stück herzugeben! Ich habe die Überzeugung, daß die Friedhofsverwaltung sich im Sinne der Vorlage und dem Wunsche der Einwohnerschaft entsprechend äußern wird. Ich möchte Sie bitten, sich zu erklären: Genügt Ihnen dieser Platz einmal in bezug auf seine Lage und andererseits in bezug auf seine Größe? Das sind die beiden Fragen, die erörtert und entschieden werden müssen.

Herr Henking: Ich freue mich, daß wir endlich so weit gekommen sind, über diese Frage definitiv Beschluß fassen zu können, daß wir ein Krematorium haben sollen. Ich betone das besonders Herrn Dr. Jasper gegenüber, weil er wissen wird, daß ich zu denen gehöre, die, trotzdem sie Naturwissenschaft studiert haben, sich zur Kirche halten und gern die kirchlichen Gebräuche mitmachen. Ich protestiere dagegen, daß hier ein künstlicher Gegensatz zwischen den kirchlichen

Organen und der Stadtgemeinde bezüglich der Bestattungsfrage konstruiert wird. Die Herren werden gelesen haben, daß von seiten unserer kirchlichen Organe keine Einwände gegen die Erdbestattung der Aschenreste erhoben sind, daß unsere Stadtgeistlichen sich bereit erklärt haben, die kirchlichen Gebräuche auch bei Leichenverbrennungen zu befolgen. Ich habe mich über diese Frage wiederholt mit tüchtigen Geistlichen unserer Landeskirche unterhalten: sie sind nicht so schwarz, wie sie von den Kreisen, die Herrn Dr. Jasper nahezustehen scheinen, gemalt werden.

Was die wichtigste Frage für den Augenblick betrifft, die auch der Herr Oberbürgermeister betonte, so erkläre ich mich für mein Teil vollständig befriedigt, daß wir dort auf dem Zentralfriedhofe in der vorgelegten Weise das Gebäude hinstellen können. Aber ein Punkt ist noch nicht geklärt und der wird der weiteren Beratung noch vorliegen müssen. Es muß jedenfalls in der Friedhofsordnung eine neue Bestimmung getroffen werden, daß für Urnen bei der Erdbestattung nicht eine so große Fläche gebraucht wird wie bei der bisher üblichen Bestattung. Es wird doch nicht seitens der Friedhofsdeputation verlangt werden, daß für die Urnenbeisetzung eine Fläche von 2,10 m Länge und 0,85 m Breite gekauft wird. Das wird wohl einer späteren Beratung noch vorbehalten werden. Wenn der Magistrat uns die Zusicherung geben kann, daß eine wesentliche Verbilligung des Platzes eintreten wird, so würde ich nach dieser Richtung hin vollständig befriedigt sein und gern meine Zustimmung dazu geben, daß stadtseitig auf diesem Platze eine Feuerbestattungsanlage errichtet wird.

Herr Sartung: Die Freunde der Feuerbestattung, soweit sie im Verein für Feuerbestattung organisiert sind, glauben Veranlassung zu haben, dem Magistrat und insbesondere dem Herrn Oberbürgermeister dankbar sein zu müssen, daß er seinen Einfluß geltend gemacht hat, um die Vorlage des Feuerbestattungsgesetzes bei der Regierung und beim Landtage durchzubringen, so daß wir unserem großen Bruder Preußen noch zugekommen sind, allerdings unerwarteterweise nur um eine Nasenlänge, denn in Preußen ist das Gesetz durchgegangen, was vielleicht für uns finanziell nicht günstig ist.

Was die heutige Vorlage betrifft, so glaube ich, die Bedenken des Herrn Dr. Jasper nicht teilen zu dürfen. Der Standpunkt des Magistrats dürfte für uns alle akzeptabel sein. Der Magistrat glaubt, einen besonderen Platz, der außerkonfessionell ist, für die Unterbringung der Aschenreste nicht nötig zu haben. Ich glaube, soweit ich die Stimmung der Anhänger der Feuerbestattung kenne, daß sie damit im großen und ganzen durchaus zufrieden sind. Allerdings

würde noch ein Punkt hier zur Klärung vorhanden sein: Ob der Magistrat das bisher vorgeschriebene Verfahren beibehalten wissen will, daß die Aschenreste prinzipiell nur unterirdisch beigesetzt werden dürfen. Ich nehme das im allgemeinen nicht an, es geht aber aus der Vorlage nicht klar hervor. Ich nehme an, daß der Magistrat keinen Anstand nehmen wird, Urnendenkmäler zuzulassen, in deren Innern oberirdisch die Urnen angebracht werden, wie das anderwärts vielfach geschieht. Ich würde bedauern, wenn er das nicht billigen würde. Wenn die Herren Gelegenheit genommen haben, in anderen Städten die Anlagen, die in der Weise für Beisetzung von Aschenresten gewählt sind, zu sehen, so werden sie sagen müssen, daß die sogenannten Urnentränke an der Begrenzung des Friedhofs unter Verwendung von architektonischen Dekorationen, wie auch die Urnenhaine vorteilhaft wirken und stimmungsvoll sind, durchaus nicht den Friedhof verunzieren, sondern im Gegenteil zu einem Schmuckplatz des Friedhofes werden. Was übrigens die Urnenhallen betrifft, gegen die sich der Magistrat ablehnend verhält, so ist dies für die Anhänger der Feuerbestattung keine wesentliche Frage. Ich persönlich schwärme auch nicht für diese Anlage; die Bedenken, die vorgebracht werden, sind aber wohl übertrieben. Es wird gesagt: es wäre gefährlich, und die Urnen könnten gestohlen werden. Das geht zu weit. Auch bei den Erdgräbern kommen Grabräubereien vor, und bisher ist es meines Wissens mit den Urnenhallen ganz gut gegangen. Außerdem sind die Urnenhallen, wenigstens die neuen, so eingerichtet, daß sie nachts abgeschlossen werden. Allerdings bin ich der Ansicht des Magistrats, daß diese Fragen zurückzustellen, für heute noch berechtigt ist.

Im Feuerbestattungsverein hatte man sich für das sogenannte alte Projekt ausgesprochen, und zwar aus dem Grunde, weil man mit den Architekten einer Ansicht ist, daß an dem Platz das Bauwerk entschieden die günstigste Wirkung haben wird. Wenn die Anlage dorthin käme, würde es selbstverständlich nahelegend sein, in der Gegend Urnenhaine anzulegen. Es steht dem aber nichts entgegen, diese letztere Anlage auch an eine andere Stelle zu bringen, auch bei einem Krematorium, das vorn an die Straße gebracht wird.

Ich resümiere: Von meinem Standpunkte aus bitte ich zuzustimmen, daß eine Feuerbestattungsanlage stadtseitig unter Mitverwendung des Züdel'schen Legats errichtet wird. Wenn wir mit den Bedenken noch weiter operieren, die Herr Dr. Jasper vorgebracht hat, dann werden Schwierigkeiten aller Art kommen, und es entspricht nicht den allgemeinen Interessen, die Vorlage zu verzögern.

Herr Oberbürgermeister *Netemeyer*: Die Anfrage des Herrn Stadtverordneten *Henking* möchte ich in der Weise beantworten, daß der Magistrat

meiner Ansicht nach die Aufgabe hat, wenn Sie diesem Projekt zustimmen, mit der Friedhofsdeputation und dem Kirchenkonvent auch in der Richtung zu verhandeln, daß die Gebühren in Ergänzung der jetzt vorhandenen Bestimmungen anderweitig festgesetzt werden. Die Frage, die Herr Stadtverordneter Hartung stellte, ob es zulässig sei, Aschenreste oberirdisch unterzubringen, hat das Gesetz offengelassen. Das Gesetz sagt nur: „Die Beisetzung der Aschenreste verbrannter Leichen in der Erde ist auf den Friedhöfen aller Religionsgemeinschaften gestattet, wenn die Beerdigung der Leichen hätte auf ihm beansprucht werden können.“ Es wird in dieser Hinsicht mit der Friedhofsdeputation und dem Kirchenkonvent zu verhandeln sein, ob sie Bedenken gegen die oberirdische Aufbewahrung haben. Die Frage, wie es mit den Denkmälern und dergleichen gehalten werden soll, kann ich jetzt nicht beantworten. Nach der Stellung, die die Deputation bisher eingenommen hat, zweifle ich keinen Augenblick, daß sie nichts dagegen einzuwenden haben wird, denn ein ablehnender Standpunkt in der Beziehung ist in der Friedhofsdeputation niemals zutage getreten, und wenn man Aschenurnen in der Erde zuläßt, weshalb sollte man sie nicht oberirdisch zulassen? Eine andere Frage ist, ob das angemessen ist — doch das muß jeder mit sich selber ausmachen.

Herr Dr. Jasper machte vorhin die Bemerkung — wenigstens war das aus seiner Rede zu entnehmen —, daß der Magistrat diese Vorlage nur eingebracht hätte, weil der verstorbene Stadtrat Züdel für ein Krematorium 50 000 *M* ausgesetzt hätte. Das muß ich bestreiten. Ich habe die Überzeugung, daß, auch wenn in dem Züdel'schen Testament für diesen Zweck nichts ausgesetzt wäre, die städtischen Behörden doch beschlossen hätten, die Anlage auf Kosten der Stadt auszuführen. (Beifall.)

Herr Jasper: Die Überzeugung des Herrn Oberbürgermeisters in Ehren! Wir kann keiner die Überzeugung rauben, daß ohne die letztwillige Verfügung des Herrn Züdel überhaupt die ganze Sache, auch im Landtage nicht ins Gleis gekommen wäre, und ohne das wäre auch der Magistrat ohnmächtig gewesen. Das wird auch nicht allein meine Überzeugung sein. Ich habe auch vermieden, Weltanschauungsfragen anzuschneiden, wie es Herr Stadtverordneter Henking beliebt hat. Ich kann mehr als eine Stelle von gut christlicher Seite anführen, die anders denkt als er. Ich erinnere nur an die Verhandlungen, die in Preußen gepflogen sind, und die Geschichte von dem Auferstehungskeim, der durch den Brand vernichtet werden könnte, ist jedenfalls nicht auf unchristlichem Boden entsprungen, sondern stammt von jemand, der sich gut christlich glaubt und meinet halben auch sein kann. Aber den Kernpunkt hat Herr Stadtverord-

neten Henking doch damit angeschnitten, ob es möglich sein wird, eine Verbilligung unseres Begräbniswesens herbeizuführen, und auch hierüber hat der Herr Oberbürgermeister keine ausreichende Auskunft gegeben. Er hofft, er ist überzeugt — eine dem Sinne nach bindende Erklärung dieser der ganzen Frage fremd gegenüberstehenden Gewalt, der kirchlichen Instanz nämlich, ist noch nicht abgegeben. Nun kennen wir doch aber diese Instanz und ihre Praxis zur Genüge. Wir haben die Statuten vor uns und wissen, daß sie verschieden gehandhabt werden können, und darauf wird es wesentlich ankommen, inwiefern das Feuerbestattungsweisen praktisch eine Ausdehnung nehmen kann. Und weil das von einer Instanz abhängt, die an sich mit der politischen Gemeinde enge Berührung hat, aber doch nicht dieselben Aufgaben, so kann ich mich nicht damit befreunden, daß wir immer von der Gnade, der Gunst und dem Entgegenkommen anderer Gewalten abhängig sein sollen. Ich werde die Vorlage nicht daran scheitern lassen, sondern muß mich bescheiden, wie die Dinge einmal liegen. Aber es ist immer gut, das auszusprechen, daß hier Einflüsse Macht haben, die sie besser nicht haben sollten, weil dadurch Konflikte herbeigeführt werden können, die nicht wünschenswert sind und dem ganzen Bestattungsweisen nicht dienlich sein können.

In der Abstimmung wird dem Punkte 1 der Magistratsvorlage zugestimmt.

Herr Fr ü h l i n g: Es handelt sich jetzt darum, zu den vorgelegten Projekten Stellung zu nehmen. Sie sind hier ausgestellt. Die beiden Projekte sind in ihrer Anordnung gleich, es ist nur die Frage, ob der Bau mit der Vorderfront nach der Helmstedterstraße zu stehen, oder um 90 Grad gedreht werden soll.

Das Gebäude enthält einen weithellen Raum, um vor der Verbrennung den Trauerakt abzuhalten. Er ist in einer Größe vorgesehen, wie die jetzige Friedhofshalle, sogar noch um eine Kleinigkeit größer. Unter der Versenkung befindet sich die Anlage zur Verbrennung der Leichen. Sie ist unter Benutzung der neuesten Erfahrungen in der auch sonst üblichen Weise gedacht. Die Baukommission hat gegen den Grundriß nichts einzuwenden. Vorgeesehen sind auch besondere Nebenräume für den Pastor und die engere Trauergemeinde. Bei dem einen Projekt sind die Nebenräume etwas kleiner. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, was die bauliche Anordnung betrifft, die Annahme des Projektes C, wünscht aber, daß bei Ausarbeitung des Spezialprojektes darauf hingewirkt wird, daß die Nebenräume tunlichst noch vergrößert werden. Was die Schornsteine und Verbrennungsanlage angeht, so ist in Aussicht gestellt, daß sie noch einmal unter Zuziehung von Spezial-Sachverständigen

geprüft werden sollen. Es ist der Wunsch, daß der unvermeidliche Schornstein tunlichst aus der Mitte des hohen Daches herausgeführt wird, doch muß das einstweilen den Architekten überlassen werden.

Bezeichnet sind die Pläne als „Projekte für die Feuerbestattungsanlage A, B, C.“ — Die Frage der Stellung des Baues möchte ich allein behandelt sehen, weil sie sich dann schneller erledigt.

Vorsitzender: Der Herr Referent spricht den Wunsch aus, die Angelegenheit stückweise zu erledigen. Augenblicklich steht der Antrag zur Besprechung: die Stadtverordneten entscheiden sich für eins von diesen Projekten und sprechen den Wunsch aus, daß die Nebenräume in der Weise gestaltet werden, daß sie noch vergrößert werden können.

Herr Meyerhoff (zur Geschäftsordnung): Der Herr Vorsitzende hat die Sache eben falsch aufgefaßt. Die Projekte ähneln sich wie ein Ei dem anderen. Es handelt sich nur darum, der baulichen Einrichtung zuzustimmen, und da ist es ganz gleichgültig, ob wir A, B oder C annehmen. Die Stellungsfrage sollte eben noch ausgeschlossen werden. Wenn wir uns für das Projekt C entschließen, dann haben wir zu der Stellung nachher kein Wort mehr zu reden.

Herr Hartung: Der Bau als solcher kann wohl unsere Zustimmung finden, denn auch gegenüber anderen Anlagen, die wesentlich teurer sind, z. B. die in Leipzig und Dresden, kann unsere Stadt damit in Ehren bestehen. Ich habe mir vorhin erlaubt, darauf hinzuweisen, daß der Verein für Feuerbestattung es für wünschenswert hält, das Projekt auf dem Gelände auszuführen, das nordöstlich der Moritzburg gelegen ist. Man ist der Ansicht, daß der Bau an der südöstlichen Ecke des Friedhofes eine etwas gedrückte Lage bekommt. Es handelt sich doch darum, einen kirchenähnlichen, hochstrebenden Bau zu errichten. Auch Architekten haben mir gesagt, daß der Platz an der Straße für ein derartiges Gebäude zu beschränkt ist, dagegen der ursprünglich in Aussicht genommene auf einem freiliegenden Terrain wesentlich dazu beitragen würde, das Gebäude zur Wirkung zu bringen. Ich bitte deshalb, dahin Stellung zu nehmen, daß die Stadtverordneten aussprechen, den Bau nicht an dieser zuletzt in Aussicht genommenen Stelle, sondern auf der früheren Domänen-Länderei auszuführen. Den Wünschen, die von der Baukommission sonst noch vorgebracht sind, werden wir uns anschließen können, insbesondere, daß der Schornstein in irgendeiner Weise besser als hier maskiert wird. Ich habe in letzter Zeit verschiedene Anlagen gesehen, bei denen diese Aufgabe glücklich gelöst ist.

Herr E d h a r d t: Wenn wir uns den Ausführungen des Herrn Justizrats Hartung anpassen, so würde damit eine riesige Verschleppung der ganzen Sache verbunden sein, wenn wir uns aber auf das mit C bezeichnete Projekt einigen, so kommen wir schnell zum Zuge und halten die Sache nicht auf.

Herr F r ü h l i n g: Herr Justizrat Hartung greift wieder zurück auf den Punkt, dem er eben zugestimmt hatte und der vorhin erledigt war: ob wir den alten oder den neuen Platz nehmen wollten. Ich hatte noch besonders darauf hingewiesen, daß nach den Mitteilungen, die uns geworden sind, erst neue Verhandlungen stattfinden müssen, die lange Zeit erfordern, wenn wir den alten Platz annehmen. Da wir vorhin diesen Punkt erledigt hatten, ohne daß eine Einsprache des Herrn Stadtverordneten Hartung erfolgte, glaubte ich, wir wären nun damit fertig. Ich bin der Meinung, daß die Herren, die diesen Platz nicht wollen, jetzt die Vorlage ablehnen müssen. Dann wird der Magistrat eine neue Vorlage bringen. Die Rücksicht darauf, daß erst noch lange Verhandlungen angeknüpft werden müssen, wenn wir diesen Platz nicht annehmen, hat auch die Kommission veranlaßt, sich für den zuletzt vorgeschlagenen Platz zu erklären, wenn er auch in mancher Beziehung nicht der beste ist.

Herr S e n k i n g: Ich möchte bitten, daß wir uns aus den beregten Gründen auf das Projekt C einigen. Aber ich habe die Auffassung, als ob die Halle größer sein müßte.

V o r s i t z e n d e r: Wir sind nicht bei der Größe der Anlage, sondern sollen uns entscheiden, ob wir das Projekt C gutheißen.

Herr M e y e r h o f f (zur Geschäftsordnung): Es wird zur Aufklärung dienen, wenn ich sage: Der Beschluß der Kommission ist mit Majorität gefaßt und bezieht sich auf diesen letzten Platz. Wäre es nicht besser, um den Stadtverordneten entgegenzukommen, die erste Frage noch einmal mit einzubeziehen? Es ist in der Kommission gesagt worden, das erste Projekt solle mit ausgehängt werden, damit sich die Herren eine eigene Meinung bilden können. Es wird immer gesagt, das erste Projekt scheidet aus. Ich schlage Abstimmung darüber vor, ob die Annahme des ersten Platzes noch einmal mit zur Debatte gestellt werden soll.

V o r s i t z e n d e r: Das erste Projekt scheidet insoweit aus, als wir es in der Debatte nicht annehmen können. Die Herren, welche für das erste Projekt sind, müssen das vorgelegte einfach ablehnen. Ich schließe die Debatte über diesen Punkt. Sind die Herren einverstanden mit der Wahl dieses Platzes für

das Krematorium? — Das ist bei weitem die große Mehrzahl. Ich bitte, jetzt über Grundriß und Stellung des Gebäudes auf dem Platze zu sprechen.

Herr Fr ü h l i n g: Über den Grundriß habe ich mich bereits geäußert. — Über die Stellung liegen zwei Projekte vor, der Haupteingang kann nach der Helmstedterstraße zu liegen, oder man kann die ganze Anlage um 90 Grad drehen, so daß der Haupteingang nach dem Friedhofe zu zu liegen kommt. Es handelt sich also um die Projekte A und C; B hat einen etwas anderen Grundriß. Der Magistrat hat sich für die Stellung im Projekte C entschieden, die Baukommission für die Stellung im Projekte A. Die Gründe für den Entschluß der Kommission liegen hauptsächlich darin, daß hier (bei Projekt A) der Eingang gegenüber der Helmstedterstraße liegt, und sich deshalb die Sache von außen vielleicht repräsentabler darstellt. Das andere Projekt mit dem Eingang nach dem Friedhof zu, hat eine intimere Wirkung vom Friedhofe aus, und das Gebäude würde in diesem Falle genau die Richtung der Friedhofskapelle haben. Das würde, wie von der Minorität hervorgehoben ist, vom Friedhofe aus eine günstigere architektonische Wirkung ausüben. Das ist aber Geschmacksache, sonst sind die beiden Projekte gleich. Es wird gewünscht, keinen großen Vorplatz anzulegen, sondern nur eine Umfahrt, damit die Trauergemeinde vorfahren kann.

Der Beschluß der Kommission für Projekt A ist mit vier gegen drei Stimmen gefaßt. Ich füge das hinzu, weil natürlich der Beschluß der Kommission, je nachdem er mit geringerer oder größerer Majorität gefaßt ist, mehr oder weniger Wert hat.

Herr M e y e r h o f f: Der Majorität gehöre auch ich an. Wir haben auch Gründe für unseren Beschluß ins Gesicht zu führen. Sie werden an der Zeichnung sehen, wie nahe das Projekt A der Nachbargrenze zu gerückt ist. Ich glaube, und auch die Architekten werden mir zustimmen, daß das Gebäude, wenn es mit dem Eingang nach der Helmstedterstraße zu gestellt wird, ebenso wie die Friedhofskapelle sich besser präsentiert. Die Kapelle steht mit ihrem Eingange nach der Helmstedterstraße zu, deshalb wünscht die Majorität auch hier dieselbe Stellung, auch deshalb, um dem Nachbar nicht zu nahe zu rücken. Ein weiterer Grund ist, daß sich die Ein- und Ausfahrt bei A günstiger ausführen läßt, als bei C. Ich bitte, dem Majoritätsbeschluß zuzustimmen. Der Herr Referent hat mehr für die Minorität gesprochen.

V o r s i t z e n d e r: Der Herr Referent hat erklärt, daß durch die Majorität die Stellung A vorgeschlagen ist.

Herr S a r t u n g: Sie haben gehört, daß die Ansichten in der Kommission sehr weit auseinandergegangen sind. Der Magistrat zieht das Querprojekt C.

vor, und auch ich möchte dringend bitten, diesem zuzustimmen. Die Architekten stehen im großen und ganzen auf meiner Seite, weil der Vorraum vor dem Projekte A zu gering ist, das Gebäude kann architektonisch nicht wirken. Wenn man dagegen von dem Vorplatz der Friedhofskapelle nach Osten geht, wird man den vollen Eindruck des Gebäudes haben. Es wird weniger Wert darauf zu legen sein, daß das Gebäude von der Straße aus wirkt, als vom Mittelpunkt des Friedhofes aus. — Wenn Herr Meyerhoff sagt, die Rücksicht auf die Nachbarschaft spreche für das Längsprojekt (A), so bitte ich, die Nähe des Restaurationsgartens zu bedenken. Wer hindert die Moritzburg daran, eine Regelbahn und am Ende gar ein Karussell auf dem Restaurationsgrundstück aufzustellen? Das würde dann in eine Linie mit der Hauptfront des Gebäudes zu liegen kommen. Ganz anders liegt die Sache, wenn das Gebäude quer steht, dann ist die Rückseite, die nicht in Frage kommt, nach der Restauration hin gekehrt. Längs der Moritzschen Grenze wird dann das Feuerungsmaterial angefahren, und dadurch wird das Gebäude in seiner Wirkung nicht gestört. Ich glaube, daß diese Gründe durchschlagend sind, um so mehr, wenn gesagt wird, es soll Bedacht darauf genommen werden, die Nebenräume zu vergrößern. Das kann dahin führen, daß das Gebäude noch länger wird. Für das Längsprojekt würde gar kein Platz bleiben, während es bei dem Querprojekte nur nötig wäre, das Ganze nach dem Friedhofe zu rücken. Ich bitte dringend, dem Querprojekte (C) zuzustimmen.

Noch ein Wort hätte ich persönlich hinzuzufügen. Bei dem ersten Projekt hörten wir den Ausdruck „Leichenverbrennungsanlage“, der Magistrat hat das Wort „Feuerbestattungsanlage“ gewählt, und in der Einladung des Vorstehenden ist daraus „Verbrennungsanlage“ geworden. Ich möchte an den Magistrat die Bitte richten, einen ästhetischen, bezeichnenden Ausdruck zu wählen. Wir sind uns wohl darin einig, das Wort Krematorium, das vom Auslande gekommen ist, zu vermeiden. Leichenverbrennungsanlage wird zu verworfen sein, Feuerbestattungsanlage ist doch zu weitläufig und ein wenig farblos. Ich bitte darum, daß der Magistrat sich schlüssig werden möchte, die Anlage „Feuerbestattungshalle“ zu nennen. Das Wort hat allerdings 7 Silben, läßt sich aber gut sprechen. In der betreffenden Literatur ist auch der Vorschlag gemacht, den Ausdruck „Feuerhalle“ zu nehmen. Ich persönlich kann ihn aber nicht für besonders glücklich halten.

Herr F r e d e: Die Gründe für die eine oder andere Anlage sind ästhetischer Natur, oder sie treffen das Gemüt. In bezug auf die Ästhetik hat Herr Meyerhoff geltend gemacht, daß das Projekt A sich besser von der Straße aus präsentiert. Das Gebäude wird sich immer von dort aus besser präsentieren, wohin es

seine Front kehrt. Wenn man auf den Friedhofs-Platz geht, wird bei Projekt C die Wirkung dieselbe sein, nur daß die Front bei C ungestört durch das Geräusch der Straße auf den Beschauer wirkt. Das Gemüt wird bei Projekt A nicht berücksichtigt. Es ist doch vorzuziehen, daß man von dem Straßengewühl abgetrennt auf einem geschlossenen Platze die Anlage betrachten kann. Herr Justizrat Hartung hat mit Recht darauf verwiesen, daß die unmittelbare Nachbarschaft der Wirtschaft und des Restaurationsgartens sehr störend wirkt, wenn man sich dem Eindruck des Gebäudes überlassen will. Ich erkläre mich für Projekt C.

Herr Meyerhoff: Herr Justizrat Hartung scheint doch die Projekte nicht genau geprüft zu haben. Die Entfernung von der Straße ist bei allen dreien genau dieselbe.

Herr Fröhling: Wenn Herr Meyerhoff sagt, ich hätte nur für die Minorität berichtet, so erwidere ich darauf, daß mir nichts ferner gelegen hat. Ich habe die Sachgründe angeführt, die für die beiden Projekte sprechen. Herr Meyerhoff hat für den Majoritätsbeschluß seine Autorität in die Waagschale geworfen; aus seinen Ausführungen geht hervor, daß er für die Majorität gestimmt hat.

Vorsitzender: Wir würden über Projekt A und C abzustimmen haben. A ist das Projekt, welches die Hauptfront nach der Helmstedterstraße kehrt, C das Projekt, welches mit der Hauptfront nach der Friedhofskapelle gerichtet ist.

In der Abstimmung wird der Kommissionsantrag abgelehnt und die Richtung des Gebäudes nach Projekt C angenommen.

Vorsitzender: Ich glaube, in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich in dem Rückschreiben an den Magistrat, der Anregung des Herrn Justizrats Hartung entsprechend, das Wort Feuerbestattungshalle gebrauche. Der Magistrat wird dann in der Lage sein, das Wort einzuführen.

3. Zustandsetzung des Leihhausganges.

Herr Busch: Für das laufende Rechnungsjahr ist der oberirdische Ausbau und die Kanalisierung des Leihhausganges in Aussicht genommen. Die Kosten

des oberirdischen Ausbaues werden sich auf 2850 *M* belaufen, die Kosten der Kanalisierung auf 220 *M*. Der Leihhausgang hat eine Länge von 38 m und eine wechselnde Breite von 5—6,30 m. Es ist vorgesehen, die Fahrbahn mit Hartgussasphalt auf Betonunterlage zu befestigen, ebenso auch die Fußwege. Der Magistrat empfiehlt, Kostenanschlag und Projekt zu genehmigen. — Die Baukommission hat sich damit befaßt und bittet gleichfalls um Zustimmung.

Die Instandsetzung des Leihhausganges nach dem Vorschlage des Magistrats wird genehmigt.

4. Ausbau der Straße Nr. 92.

Herr Tolle: Die Herren Utermark und Weinhausen haben ein großes Terrain zwischen der Kasernenstraße und Hagenstraße in Besitz, auf dem die Straße 92 projektiert ist. Die Herren wünschen jetzt auf ihre Kosten die Straße auszubauen, und der von der städtischen Bauverwaltung dafür ausgearbeitete Plan liegt zur Genehmigung vor. Die Straße erhält eine Gesamtbreite von 16 m, rechts und links sind Vorgärten vorgesehen. Die Fahrbahn ist auf eine Breite von 6,50 m berechnet, der übrige Teil fällt auf die Fußwege, die in einer Breite von 1,80 m mit Zementplatten belegt werden sollen. Ferner wird die Straße auch mit Bäumen bepflanzt, wie solche in derartigen Straßen schon vielfach zur Anwendung gekommen sind. Die Gesamtkosten dieser Straße sind auf 16 500 *M* veranschlagt. Ein Grunderwerb für die Straße kommt nicht in Betracht, da die Besitzer diese Straße auf ihrem eigenen Grund und Boden bauen lassen. Die Kanalisierungskosten betragen 3000 *M*. Den Stadtverordneten wird vom Magistrat empfohlen, den Kostenanschlag nach dem vorliegenden Projekt zu genehmigen. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, dem Antrage des Magistrats stattzugeben.

Der Ausbau der Straße 92 nach dem vorgelegten Projekt wird beschlossen.

5. Verkauf des früher Howaldtschen Hauses an der Helmstedterstraße.

Herr Rasche: Es handelt sich um einen Teil des früher Howaldtschen Grundstückes, von dem die zur Schaffung der Verbindungsstraße erforderlichen Teile abgetrennt sind und auch noch andere Teile abgetrennt werden sollen. Der Magistrat stellt den Antrag, das früher Howaldtsche Haus mit einer Grundfläche von 338 qm zu verkaufen, und legt den mit dem Käufer abgeschlossenen Vertrag vor. Die Schätzung hat einen Wert des Grundstückes von etwa

22 000 *M* ergeben, falls das Haus in gutem Zustande sein würde. Es hat sich herausgestellt, daß das Haus zwar in gutem Zustande ist, aber sehr viele bauliche Änderungen vorgenommen werden müssen, um den geschätzten Wert zu repräsentieren. Die Baukommission ist der Ansicht gewesen, daß dem Magistratsantrage zuzustimmen ist, das Grundstück zu einem Preise von 20 000 *M* zu verkaufen.

Ferner ist noch ein Antrag des Käufers eingegangen, ihm für 1100 *M* einen weiteren Streifen Landes von etwa 3 m Breite, nahe dem alten Werkstattengebäude, zu verkaufen. Das Quadratmeter dieses Landes wird mit 30 *M* berechnet. Die Kommission empfiehlt Zustimmung auch hierzu.

Die Versammlung stimmt der Baukommission zu.

6. Anbringung von Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen.

Herr Meyerhoff: Der Magistrat richtet in der Angelegenheit das nachfolgende Schreiben an die Stadtverordneten:

„Die stadtseitig zur Prüfung von Schutzvorrichtungen an Straßenbahnwagen eingesetzte Deputation hat in Gemeinschaft mit Vertretern der Herzoglichen Polizeidirektion und des Herzoglichen Eisenbahnkommissariats eine Studienreise nach Berlin, Hamburg und Altona gemacht, und sich daselbst die bei der Berliner städtischen Straßenbahn, bei der Hamburger Straßenbahn und der Hamburg-Altonaer Straßenbahn eingeführten Schutzvorrichtungen während des Betriebes vorführen lassen. Sämtliche Mitglieder der Deputation sowie die Vertreter der genannten staatlichen Behörden sind auf Grund der gemachten Wahrnehmungen und der dazu von den Leitern bzw. Dezernenten der beteiligten Straßenbahnen und Polizeiverwaltungen gegebenen Erläuterungen zu der Ansicht gekommen, daß sich die Anbringung einer Fangvorrichtung nach Art der Hamburg-Altonaer Straßeneisenbahn eingeführten an den Motortwagen der Braunschweigischen Straßeneisenbahn durchaus empfehle, und daß auf eine entsprechende Ergänzung des für letztere erlassenen Betriebsreglements hinzuwirken sei.

Auf Ersuchen Herzoglicher Polizeidirektion sind die an der Studienreise beteiligten Vertreter der Stadt und der genannten staatlichen Behörden am 30. Mai zu einer Konferenz zusammengetreten; das Ergebnis derselben hat Herzogliche Polizeidirektion in der abgeschrieben beigefügten Registratur zusammengefaßt. Mit dem Hinzufügen, daß wir uns gestatten werden, den geehrten Herren bei Beratung dieser Vorlage ein Modell der sich durch Einfachheit der Konstruktion auszeichnenden, pro Wagen etwa 300 *M* kostenden

Altonaer Schutzvorrichtung vorzuführen, ersuchen wir, sich mit dem unter 3 der polizeilichen Registratur gemachten Vorschlage gefl. einverstanden erklären zu wollen.

Wir wollen indessen nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die hiesige Straßeneisenbahn-Gesellschaft die Anbringung jeglicher, auch der Altonaer, Gangvorrichtungen verwirft. Sie behauptet, daß eine gut funktionierende Bremse die beste Schutzvorrichtung sei, und daß durch die Gangvorrichtung die Zahl der Betriebsunfälle nicht gemindert, sondern eher erhöht werde. Den Beweis für diese Behauptungen zu erbringen, ist jedoch der Straßeneisenbahn-Gesellschaft nach der von uns geteilten Ansicht der eingesetzten Deputation, sowie der Herzoglichen Polizeidirektion nicht gelungen."

Die erwähnte Registratur lautet folgendermaßen:

"Nachdem nach einleitenden Bemerkungen des Herrn Polizeipräsidenten der weitere Verlauf der Verhandlungen seit der Besichtigung der Straßenbahnbetriebe in Berlin und Hamburg von dem Unterzeichneten kurz mitgeteilt war und von den Mitgliedern der Kommission wegen der Art und Weise der weiteren Behandlung dieser Sache, insbesondere der an die hiesige Straßenbahndirektion zu erlassenden Anordnungen Vorschläge gemacht waren, einigte man sich über folgendes:

1. Die Einführung einer Schutzvorrichtung überhaupt, und zwar in der Art der bereits bestehenden Gangvorrichtungen, ist im Interesse der Betriebssicherheit der Straßenbahn erforderlich.

2. Von den bislang zur Kenntnis gekommenen Schutzvorrichtungen ist die im Betriebe der Hamburg-Altonaer Straßenbahn gebrauchte die beste ihrer Art.

3. Die versuchsweise Anbringung dieser Schutzvorrichtungen an einigen Wagen der hiesigen Straßenbahn wird der Direktion aufgegeben; von dem Ergebnisse dieses Versuches wird die Anordnung der allgemeinen Einführung der fraglichen Vorrichtung abhängig gemacht
gez. Sommer."

Die Baukommission hat sich mit diesem Anschreiben und der Vorlage beschäftigt und gibt Ihnen anheim, den Vorschlag des Magistrats zu genehmigen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

7. Stadtseitige Übernahme einer Teilstrecke der Helmsstedterstraße.

Herr Meierhoff: Im Jahre 1894 ist eine Teilstrecke der früher staatlichen Heerstraße Celle-Berlin, und zwar vom Eisenbahn-Übergang bis zum

Eintritt in den Gemeindebezirk Riddagshausen, gegen Bezahlung einer von den städtischen Behörden schon früher akzeptierten Rente von 2800 *M* durch Vertrag in den städtischen Besitz übergegangen, aber auf Wunsch der Stadt ihr bislang noch nicht überwiesen. Der Vertrag basiert darauf, daß die Stadt, sobald sie den Eisenbüttelerweg übernimmt, auch verpflichtet ist, die genannte Teilstrecke der Helmstedterstraße zu übernehmen. Der Magistrat ist bereit, diesen Vertrag jetzt zu erfüllen, und beantragt dazu Ihre Zustimmung.

Ferner wird vorgeschlagen, auch noch die kurze Strecke bis zur Moritzburg zu übernehmen, wofür eine Jahresrente von 220 *M* für die Stadt bewilligt ist. Mit Annahme dieser Vorlage würde die Helmstedterstraße bis zur Stadtgrenze ganz in unserem Besitz sein. Die Baukommission empfiehlt, dem besprochenen Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Die Zustimmung wird erteilt.

8. Einführung einer neuen Methode des Gesangsunterrichts.

Herr Eckhardt: Der Herr Schuldirektor der städtischen Bürgerjulen schreibt unter dem 19. Mai, daß seit einer Reihe von Jahren an höheren und niederen Schulen in allen Teilen Deutschlands eine neue Methode des Gesangsunterrichts, die Tonwortmethode von Gik, zur Anwendung gebracht worden ist, und daß alljährlich in einzelnen Städten, namentlich in Leipzig und Würzburg Kurse zur Einführung von Lehrern in die neue Methode stattfinden. Nach dem Urteil aller, die sich ihr beim Gesangsunterricht bedienen, verdient sie vor allen anderen den Vorzug. Um nun den hiesigen Lehrern ihre Kenntnis zu vermitteln, schlägt der Schuldirektor Prof. Dr. Rehküh vor, den Leiter der Leipziger Kurse, Herrn Oberlehrer und Kantor Vorchers, der sich um Ausbau und Verbreitung der Gik'schen Gesangsmethode großes Verdienst erworben hat, auf 14 Tage nach hier kommen zu lassen, damit derselbe durch Vorträge und praktische Vorführungen in Schulklassen die Gesangslehrer damit bekannt mache. Wir würden auf diese Weise erreichen, daß eine möglichst große Anzahl von Lehrern eingeführt wird, was durch Entsendung eines oder zweier Lehrer zu den Kursen in Leipzig erst in Jahren möglich sein würde. An Unkosten würden ca. 400 *M* entstehen. Schulvorstand und Schulkommission geben Ihnen anheim, die Summe von 400 *M* zu bewilligen. — Gleichzeitig bittet die Schulkommission, welche ein lebhaftes Interesse an der Gik'schen Tonwortmethode hat, ihr gestatten zu wollen, daß sie der einen oder andern Übung beizuhören darf.

Die 400 *M* zu dem gedachten Zwecke werden bewilligt.

9. Instandsetzung der Neuen Knochenhauerstraße.

Herr Meyerhoff: Die Neue Knochenhauerstraße soll im laufenden Jahre neu befestigt werden, und zwar soll die Fahrbahn in einer Breite von 4 bis 6,40 m mit Stampfasphalt versehen, die Fußwege mit Steinbordquadern von der Fahrbahn getrennt und mit Belpfer Sandsteinplatten belegt werden. Die üblichen Einrichtungen für Abfluß der Tageswässer sind, wie bei allen Straßen, natürlich auch hier vorgesehen. Die Gesamtkosten betragen 24 700 *M*, wovon auf die Stadt 18 700 *M* und auf die Anlieger 6000 *M* entfallen. In den Haushaltsplan für das laufende Jahr sind schon in Kapitel X 1 b der Räumerei-Kasse 25 100 *M* eingestellt, so daß sich der jetzige Kostenanschlag noch um 300 *M* niedriger stellt als im Etat vorgesehen. — Die Baukommission gibt anheim, dem Projekte zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

10. Zuwendung an den Rabattsparsverein.

Herr Löhnesinke: Es liegt eine Eingabe vor vom hiesigen Rabattsparsverein an den Magistrat. Der Verein teilt mit, daß der Verband der Rabattsparsvereine Deutschlands vom 16. bis 18. Juli in Braunschweig seine diesjährige Tagung abzuhalten gedenkt. Er verweist darauf, daß mit Sicherheit 600 bis 800 Mitglieder aus allen Gegenden Deutschlands zu erwarten seien und daß der Verband in anderen Städten bei ähnlichen Gelegenheiten freundlichst und festlich aufgenommen sei. Der hiesige Verein möchte die Aufnahme in unserer Stadt erwidern und bittet, ihm eine Beihilfe von 1000 *M* zu gewähren. Magistrat und Finanzkommission sind der Meinung, daß eine Beihilfe in der Höhe von 600 *M* genügt, zumal im Hinblick auf ähnliche Veranstaltungen die Zuschüsse dort auch keine höhere Summe erreicht haben. Ich habe Ihnen namens der Finanzkommission anheimzugeben, diese Summe von 600 *M* zu Lasten der Umsatzsteuer verwilligen zu wollen. Ich möchte noch besonders erwähnen, daß diese 600 *M* nicht etwa dazu dienen sollen, die auswärtigen Gäste festlich zu bewirten, sondern lediglich zu sachlichen Ausgaben verwandt werden dürfen.

Die Zuwendung von 600 *M* wird bewilligt.

11. Ausbau der Straße Nr. 365 und Erklärung derselben zur Ortsstraße.

Herr Frick: Die beiden Besitzer des von der projektierten Straße Nr. 365 (Verbindungsstraße zwischen Königstiege und Goslarschefstraße) durchschnittenen

Grundstücke haben wegen des Ausbaues der genannten Straße sich an den Magistrat gewandt. Da Bedenken dagegen nicht vorlagen, hat der Magistrat den üblichen Unternehmer-Vertrag mit den beiden Herren abgeschlossen. Ich kann mich kurz fassen, da der Ausbau der Straße der Stadt nichts kostet, die nötigen Ausgaben haben die beiden Besitzer selbst zu übernehmen. Vor Beginn der Übernahme der Reinigung, Unterhaltung und Beleuchtung der Straßen, sowie der Rehrichtabfuhr haben die Unternehmer eine Abfindungssumme von 3200 *M* zu zahlen. Der Magistrat beantragt, sich mit dem Ausbau nach dem aufgestellten Projekt und Kostenanschläge einverstanden zu erklären und zugleich die Straße zur Ortsstraße zu erklären. Die Baukommission hat sich mit der Sache beschäftigt und empfiehlt Annahme der Vorlage.

Die Versammlung beschließt dem Magistratsantrage gemäß.

12. Instandsetzung der Götternstraße zwischen Prinzenweg und Michaeliskirche.

Herr T o l l e: Für Instandsetzung dieses Straßenteils ist in Aussicht genommen, die Fahrbahn mit Stampfasphalt zu befestigen und die Fußwege in ganzer Breite mit einem Belage aus Welpker Sandsteinplatten zu versehen. Durch die Instandsetzung dieser Straße wird die Verbindungsstraße zwischen Gilden- und Götternstraße in Mitleidenschaft gezogen, weil sich die Höhe dieser Verbindungsstraße an den Endpunkten etwas ändert. Infolgedessen ist es erforderlich, daß auch diese Verbindungsstraße teilweise instandgesetzt wird. Die Bauverwaltung hatte in Aussicht genommen, hier eine Pflasterung vorzunehmen; der Magistrat empfiehlt aber, auch diesen Teil mit Stampfasphalt zu versehen. Die Gesamtkosten sind mit 16 500 *M* veranschlagt. Davon hat die Stadt 11 700 *M* zu bezahlen, 4800 *M* die Anlieger. Ein Posten für Instandsetzung der Straße ist schon im Haushaltsplan, Kapitel X 1 b der Rammerei-Kasse vorgesehen. Die Baukommission empfiehlt, auf den Vorschlag des Magistrats einzugehen, die Instandsetzung der Teilstrecke zu beschließen und auch den Verbindungsweg mit Asphalt versehen zu lassen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage der Baukommission zu.

13. Instandsetzung der Agidienstraße.

Herr K i e f e: Die Agidienstraße besteht aus drei Teilstrecken: 1. der von dem Agidienmarkt abzweigenden bis zu 4 m breiten Strecke, 2. der von der Straße Hinter Agidien abzweigenden etwa 2,80 m breiten Strecke, 3. der am Zusammenstoße beider gelegenen platzartigen Erweiterung mit einem Breiten-

maße von rund 18 m. Das alte Kieselsteinpflaster soll beseitigt werden, auf der ersteren Strecke mit einem 2 m breiten, auf der anderen Strecke mit einem 1,50 m breiten und auf der platzartigen Erweiterung mit einem 10,50 m breiten Fahrstreifen ausgebaut werden. Hierzu sollen alte Gabbro- oder Basaltreihenpflastersteine zur Verwendung kommen. Vor den Hausfluchten ist wenig Platz, und die Entfernung ist unregelmäßig von 0,50 bis 1,20 m breit. Diese Streifen sollen durch Granitbordquader abgetrennt und mit Platten belegt werden. An der platzartigen Erweiterung können sie eine Breite von 3 bis 3,50 m erhalten. Die Höhenlage der Neubefestigung schließt sich auf den Endpunkten an die vorhandene Höhenlage an, nur ist auf den Fortfall mehrerer in die Straße hineinragender Trittsufen Bedacht zu nehmen. Die Höhenlage der platzartigen Erweiterung ist derartig bestimmt, daß sie sich der Höhenlage der im Zuge des Wendenmühlengrabens vorgesehenen Straße Nr. 548 anpaßt. Für die zwei Häuser an der Nordseite würde die dadurch bedingte Erhebung über die jetzige Höhenlage keine Schwierigkeiten ergeben, während der Eingang zu dem von der apostolischen Gemeinde benutzten Hause so tief liegt, daß zur Vermittelung des Höhenunterschiedes zwischen Fahrbahn und tieferliegendem Fußweg eine niedrige Futtermauer mit Geländer nach Art der auf der Schubertstraße vorhandenen vorgesehen wird und vor dem genannten Hause eine dreistufige Treppe den Verkehr vermitteln soll. Die das Terrain des Wendenmühlengrabens abschließenden Einfriedigungen sind auch der Höhenlage entsprechend zu heben. Durch die Fallschächte wird das Tageswasser dem Wendenmühlengraben zugeführt. Die Kosten betragen 10 800 *M*, wovon 8000 *M* von der Stadt und 2800 *M* von den Anliegern getragen werden müssen. Im Stadthaushaltsplan finden sich die Kosten unter Kapitel X 1 b der Räumerei-Kasse aufgeführt. — Die Baukommission hat Projekt und Kostenanschlag geprüft und gibt Genehmigung anheim.

Die Ausführung der Arbeiten nach dem Kostenanschlag wird genehmigt.

14. Instandsetzung der Jöddenstraße zwischen Neustadtrathaus und Meinhardshof.

Herr B u j h: Der Baukommission ist ein Schreiben des Magistrats überwiesen, daß sich mit der Instandsetzung der Jöddenstraße zwischen dem Neustadtrathause und dem Meinhardshof im Anschluß an die im vorigen Jahre ausgeführte Instandsetzung der Teilstrecke derselben Straße vom Neustadtrathause bis zur Höhe befaßt. Der Ausbau geschieht in der üblichen Weise und wird einen Aufwand von 6400 *M* verursachen, wovon 4300 *M* die Stadt und 2100 *M* die Anlieger zu tragen haben. Im laufenden Etat ist ein Posten unter

Kapitel X 1 b in gleicher Höhe vorgesehen. In der gestrigen Sitzung hat sich die Baukommission mit der Vorlage eingehend beschäftigt und empfiehlt Annahme derselben.

Die Magistratsvorlage wird dem Antrage der Baukommission gemäß angenommen.

15. Zuwendungen für den Verkehrsverein.

Herr Mohr: Ähnlich wie in Berlin, Hamburg, Köln, Kassel, Leipzig, Magdeburg, Hannover und anderen Städten, soll auch in hiesiger Stadt auf Veranlassung des Verkehrsvereins in den Tagen vom 23. bis 25. September ein Schaufensterwettbewerb in Verbindung mit Verkehrstagen stattfinden. Es ist eine Tatsache, daß die meisten Sachen aus dem Schaufenster heraus gekauft werden, deshalb wird auf die Ausstattung ihrer Schaufenster von den Geschäftsleuten viel Wert gelegt werden müssen. Ferner ist nicht zu verkennen, daß die Behauptung, ein Schaufensterwettbewerb fördere die Geschmacksbildung nicht nur bei dem Kaufmanne, sondern auch beim Publikum in gewisser Beziehung seine Berechtigung hat. Nicht unerwähnt darf auch bleiben, daß der Besuch unserer Stadt an diesen Tagen recht groß werden und speziell für die Kreise des Kleinhandels und des Gewerbes von erheblichem Vorteil sein wird. Die Kosten für Organisation, Bekanntmachung und Ausstattung des Schaufensterwettbewerbs und der Verkehrstage sollen durch Einziehung von Beiträgen für jedes zum Wettbewerb angemeldete Schaufenster aufgebracht werden. Immerhin trägt der Verkehrsverein Bedenken, ob die eingehenden Beträge zur Deckung der Kosten führen werden, und bittet, ihm einen Zuschuß zu gewähren und die Veranstaltung durch Stiftung von Ehrenpreisen zu fördern. Der Magistrat befürwortet, dem Vereine zur Bestreitung der anderweit nicht gedeckten Kosten einen Zuschuß bis zu 1000 M., sowie zur Beschaffung von Ehrenpreisen 300 M. zu bewilligen. — Die Finanzkommission hat die Angelegenheit geprüft und gibt durch mich anheim, die Zuschüsse zu bewilligen.

Die Bewilligung des beantragten Zuschusses an den Verkehrsverein wird beschlossen.

16. Verlängerung des Kanals und des Wasserrohrs in der Helmstedterstraße.

Herr Tolle: Der Besitzer des Restaurants Moritzburg hat den Magistrat gebeten, sein Grundstück mit Wasserleitung zu versehen, da sein Brunnen das Wasser verloren hätte. Er habe den Brunnen bereits um 7 m vertieft lassen, aber das gefundene Wasser sei nicht genießbar. In dieser schwierigen Lage hat

der Besitzer schon seit 5 Monaten sich das nötige Wasser in Fässern von der Brauerei verschaffen müssen. Jetzt aber weigert sich die Brauerei, ihm weiter Wasser zu liefern. Als der Inhaber des Restaurants sich schon einmal vor Jahren mit dem gleichen Wunsche an den Magistrat gewandt hatte, war ihm die Antwort geworden: man wolle ihm Wasser zuführen, wenn er sein Grundstück nach dem städtischen Kanal zu entwässere; die Kosten dafür wurden auf 8500 *M* berechnet. Diese Kosten zu tragen, glaubt der Mann nicht in der Lage zu sein. Er kommt jetzt auf seinen früheren Wunsch zurück und behauptet, nun in einer ungeheuer schwierigen Lage zu sein, denn die auf dem Grundstücke lebenden Menschen und die Besucher der Wirtschaft seien durch das mangelnde Wasser Ansteckungsgefahren ausgesetzt. Außerdem sei die Straße jetzt um so viel weiter hinaus bebaut, daß die Weiterführung der Wasserleitung und des Kanals bis zu seinem Grundstücke nicht schwierig sein könnte. Der Magistrat hat die Sache geprüft und gefunden, daß die angeführten Gründe nicht unberechtigt sind, daß es demnach im Interesse der auf dem Grundstück lebenden Menschen und der Gäste dieses Mannes äußerst wünschenswert ist, ihm Wasser zu verschaffen, und ebenso, den Kanal auf Kosten der Stadt zu legen. Der Magistrat empfiehlt deshalb, sich mit der Ausführung der bezeichneten unterirdischen Anlagen einverstanden zu erklären und die für den Kanal erforderlichen 6000 *M* zu Lasten der Kanalbaukasse, die für das Wasserröhr erforderlichen 850 *M* zu Lasten des Reservefonds des Wasserwerks zu verwilligen. Die Baukommission stimmt den Anträgen des Magistrats zu und empfiehlt Ihnen Annahme der Vorlage.

Die Versammlung beschließt, die Ausführung der Arbeiten und Übernahme der Kosten auf die genannten Kassen gutzuheißen.

17. Einrichtung einer Schulküche usw. in der 4. mittleren Mädchenbürgerschule.

Herr Frühl ing: In der Bürgerschule am Schulwege soll wie in den übrigen Schulen eine Schulküche eingerichtet werden. Hierzu sollen die demnächst frei werdenden Räume der jetzigen Schulienerwohnung im alten Schulgebäude, das daneben liegende Klassenzimmer zur Einrichtung der Nebenräume der Schulküche verwandt werden und die Schulküche in den ursprünglichen für die Schulküche bestimmten Raum an der Vorderseite des Schulhauses verlegt werden. Die Kosten für Ausführung der Bauarbeiten betragen 7500 *M*, für Beschaffung der Einrichtungsgegenstände für die Schulküche sind 2600 *M* aufzuwenden. Es ist vom Magistrat zugesagt, daß in der Schulküche außer den drei Kohlenherden und drei Gasherden auch eine Grude zur Aufstellung kommt, damit die Mädchen lernen, auch in der Grude zu kochen. Die Gruden sollen

dann auch in den übrigen Schulflüchen zur Einführung kommen. Außerdem soll eine Zentralheizung für die Schule angelegt werden, die an Kosten 25 900 *M* erfordert. Im ganzen sind also 36 000 *M* zu verwilligen. Anfangs war beabsichtigt, die Zentralheizung nur halb auszuführen, damit wenigstens die Räume im westlichen Gebäudeflügel bereits im nächsten Winter hierdurch geheizt werden können, und die andere Hälfte in den nächstjährigen Sommerferien zur Ausführung zu bringen. Der Schulvorstand hat dem Magistrat den Wunsch ausgesprochen, daß die Ausführung der gesamten Arbeiten noch in diesen Ferien stattfinden möchte. Dem Magistrat erscheint dieser Wunsch gerechtfertigt, und die Baukommission empfiehlt Ihnen, dem zuzustimmen, daß, soweit die Ausführung möglich ist, das ganze Bauprojekt in den bevorstehenden Sommerferien ausgeführt wird.

Die Anträge des Magistrats werden genehmigt.

18. Vermietung des Hildebrand'schen Hauses.

Herr Mohr: Es haben sich für das Haus zwei Mieter gefunden und der Magistrat beantragt, zuzustimmen, daß die Wohnungen an diese vermietet werden. Es sind uns darüber Mitteilungen gemacht, die ich nicht vortragen möchte, weil die Verhandlungen noch schweben. Ich bitte Sie, dem Antrage zuzustimmen, damit die Räume bestmöglichst vermietet werden können. Unsere Zustimmung ist schon jetzt nötig, damit der Mietvertrag so frühzeitig abgeschlossen wird, daß die neuen Mieter am 1. Oktober einziehen können.

Die Versammlung ist mit Vermietung des Hauses einverstanden.

19. Vertrag mit der Herzoglichen Straßen- und Wasserbauinspektion.

Herr Leue: In der Sitzung vom 26. April dieses Jahres haben die Stadtverordneten beschlossen, daß zur Herrichtung eines Feuerbrunnens auf dem Kieselgute von dem in der Nähe liegenden Teiche nach dem Kieselgute hin ein Kanal gelegt werden soll. Dieser durchschneidet in schräger Richtung die Cellerstraße. Der Stadtmagistrat hat nun vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung mit der Herzoglichen Straßen- und Wasserbauinspektion Braunschweig I einen Vertrag abgeschlossen, in dem die genannte Behörde die Erlaubnis zur Verlegung des Kanals durch die Cellerstraße unter besonderen Bedingungen erteilt. Ich brauche sie wohl nicht alle der Versammlung vorzulesen, und erwähne nur kurz, daß als erste Bedingung gestellt wird: Der Verkehr auf der Straße darf während des Baues nicht gehindert werden und die Stadt hat für alle Schäden aufzukommen, welche die Anlage im Gefolge

hat. Der zweite Punkt besagt, daß die Anlage ordnungsmäßig im Stande erhalten werden muß und Reparaturen nur im Einverständnisse mit der Wegebauperwaltung vorgenommen werden sollen. Drittens sollen infolge Verlegung oder späterer Reparaturen an der Straße notwendig werdende Instandsetzungsarbeiten seitens der Wegebauperwaltung auf Kosten der Stadt ausgeführt werden. Viertens: Sollte aus irgend welchem Grunde die teilweise oder gänzliche Beseitigung der Anlage erforderlich werden, so ist die Stadt verpflichtet, einer dahingehenden Aufforderung der Wegebauperwaltung ohne Anspruch auf Entschädigung zu entsprechen. Fünftens: Die Stempelfkosten für diesen Vertrag hat die Stadt allein zu tragen.

Die Finanzkommission hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und empfiehlt Ihnen Zustimmung zu diesem Vertrage.

Die Versammlung genehmigt den Vertrag, und der Vorsitzende schließt darauf die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis kurz nach 8 Uhr und von 9 bis 11 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 10. August 1911.

Tagesordnung:

- | | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Abänderung des Ortsbauplans zwischen Frankfurterstraße und Landes- | eisenbahn | Seite 258 |
| 2. Auswechslung und Neuverlegung von Wasserhauptrohren | " | 259 |
| 3. Auswechslung des Wasserrohrs in der Elmstraße | " | 277 |
| 4. Herrichtung von Über- und Unterführungen an den Kreuzungen der Landes- | eisenbahn mit dem Mittelwege und der Weststraße | " 277 |
| 5. Verbreiterung des Bürgersteigs am Bohlwege, südlich des Langenhofs | " | 280 |
| 6. Abänderung des Ortsbauplans bezüglich der projektierten Straße 114a | " | 280 |
| 7. Ausbau der Schunterstraße. | " | 281 |
| 8. Ausbau der Raabestraße zwischen Schillerstraße und Riddagshäuserweg | " | 282 |
| 9. Gasversorgung der Hofhaltungsgebäude zwischen Kasernenstraße und Hagen- | straße | " 283 |
| 10. Entsendung von Deputationsmitgliedern und eines Beamten nach der Inter- | nationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden | " 283 |
| 11. Verlegung eines eisernen Wasserrohrs zwischen den beiden Männerbade- | anstalten | " 284 |
| 12. Bewilligung von Stempelposten | " | 288 |
| 13. Behandlung einer Eingabe betr. | " | 288 |
| 14. Antrag Fricke, Verbindung des Teiches im Stadtparke mit der städtischen | Wasserleitung betr. | " 289 |
| 15. Anfrage Gasper, das Auftreten der Polizeibeamten am 7. August betr. | " | 290 |
| 16. Stromabgabe seitens des Lichtwerks an die Herzogl. Technische Hochschule | " | 293 |

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Meyer, Stadträte Lorb, Schöttler, Wagner.

Entschuldigt die Herren Bähr, Frühling, Göcke, Löhnefinke, Mohr, Pujch, Voge, Wejemeier, Schmidt.

Vorsitzender, Herr Hauswaldt: Ich eröffne die Sitzung und bitte um Entschuldigung, daß ich Sie bei dieser Hitze habe zusammenrufen lassen; es liegen ein paar Sachen vor, die bald erledigt zu sehen der Magistrat dringend wünschte. Außerdem habe ich einige Sachen hinzugestellt, damit die Sitzung im September etwas entlastet wird. Ich hoffe aber, Sie nicht allzulange in diesem Saale aufhalten zu müssen.

1. Abänderung des Ortsbauplans zwischen Frankfurterstraße und Vandeseisenbahn.

Nach dem Ortsbauplan wird das Fabrikgrundstück der Firma G. Luther, Aktiengesellschaft, an der Frankfurterstraße demnächst von den Straßenzügen Nr. 436 und 443/444 durchquert. Genannte Firma hat bereits in früheren Jahren in Voraussicht der einmal notwendig werdenden Erweiterungsbauten verschiedentlich die Aufhebung jener Straßenzüge beantragt, indes ist diesem Ersuchen nie willfahren. Wie jetzt die Firma mitteilt, ist sie gezwungen, in nächster Zeit umfangreiche Erweiterungsbauten vorzunehmen, und es sei notwendig, hierbei Rücksicht darauf zu nehmen, daß ein richtiger Verkehr der einzelnen Werkstätten untereinander vom Beginn bis zum Ende der Produktion möglich bleibe. Durch diesen Umstand, wie durch die jetzige Bebauung des Grundstücks sei die Firma gezwungen, mit den Plätzen zu rechnen, die zwischen den Gebäuden liegen und über die zum Teil die projektierten Straßen führen. Sollte einmal der Fall eintreten, daß diese Straßen ausgebaut und dem Verkehr übergeben würden, so würden sich nach Ansicht der Firma ihrem Fabrikbetriebe Hindernisse in den Weg stellen, deren Tragweite nicht zu ermessen sei. Die Firma ist daher abermals um Aufhebung der beiden Straßenzüge gekommen, wobei betont wird, daß, wenn ihrem Gesuche nicht stattgegeben werden könnte, sie vor die Frage gestellt werde, einen Teil ihrer Fabrikation und nach und nach den Gesamtbetrieb nach ihrer Filiale zu verlegen. — Bei nochmaliger eingehender Prüfung der Sachlage ist der Stadtmagistrat mit der städtischen Bauverwaltung und dem Stadtbauamt zu der Überzeugung gekommen, daß eine Aufhebung der Straße 436, wenn auch nicht gerade wünschenswert, so doch zulässig erscheint, während die gleichzeitig beantragte Aufhebung der Straßen

443/444 aus Rücksicht auf das öffentliche Verkehrsinteresse nicht wohl zugelassen werden kann; wohl aber ist eine Verschiebung der Straße 444 nach Westen zu möglich. Die Firma G. Luther hat sich denn auch mit der in Vorschlag gebrachten Verschiebung der letzterwähnten Straße einverstanden erklärt. — In Rücksicht auf die beabsichtigte Aufhebung bezw. Verschiebung der Straßen ergeben sich noch einige wünschenswerte Änderungen des Ortsbauplans für das zwischen der Frankfurterstraße und der Landeseisenbahn gelegene Gebiet. Folgende Straßenzüge sind aufzuheben: Nr. 436, 437, 444, 445, 446, 447, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, folgende neu aufzunehmen: Nr. 569—585.

Herr *R a s c h e* erstattet Bericht über die Vorlage, weist auf den im Saale ausgehängten Teilortsbauplan hin, in dem die Änderungen eingezeichnet sind, und bemerkt weiter:

In der Baukommission ist gestern die Sache eingehend erörtert. Wir sind zu dem Resultat gekommen, daß man dem Werke in der fraglichen Hinsicht nichts in den Weg legen dürfe, wenn es vergrößert werden soll. Betrachtet man den Bauplan, so sind die beiden in Frage kommenden Straßenzüge, sowohl der an der Stadtgrenze entlang (443/444), wie der über das Fabrikgrundstück führende (436) bei einem Größertwerden des Verkehrs wohl geeignet, die Frankfurterstraße zu entlasten. Wenn also die Straße 436 aufgehoben wird, so ist es sehr wohl möglich, daß der Verkehr über die Straße 443/444 gelegt wird. Es bringt das keinen Nachteil für die Anlieger, da der Weg nach der Stadt hin auf der einen wie auf der andern Straße genau dieselbe Länge hat. Die Baukommission hat sich einstimmig für den Magistratsantrag erklärt und ersucht die geehrten Herren, dasselbe zu tun.

Die Versammlung erklärt sich mit der Änderung des Teilortsbauplans in der vorgetragenen Weise einverstanden.

2. Auswechslung und Neuverlegung von Wasserhauptrohren.

Herr *M e n e r h o f f*: In einer früheren Sitzung ist bereits darüber geklagt worden, daß am Madamenwege und andern erhöhten Punkten der Außenstadt der Druck in den Wasserrohren nicht so stark wäre, wie er wohl gewünscht werden müßte. Es hat sich ferner bei Inbetriebsetzung der neuen Pumpen im alten Wasserwerk im Bürgerpark gezeigt, daß auch beim Stillstand des Wasserwerks am Vienröderwege innerhalb 3—4 Stunden nicht allein der Bedarf der Stadt befriedigt ist, sondern auch das Bassin am Giersberge noch gefüllt ist, mit andern Worten: Die Pumpen wirken so stark, daß jetzt ein um 10 m zu hoher Druck in dem Rohrnetz sich zeigt. Das hat seinen Grund hauptsächlich

darin, daß die Abzweigungen von dem 650 mm weiten Hauptrohre nicht in der Art bemessen sind, daß sie den heutigen Druck aufnehmen können. Um nun diesen Druck aus den Wasserrohren weiterzuschaffen und die Stadt besser mit Wasser versehen zu können, macht die Deputation für die städtischen Licht- und Wasserwerke folgende Vorschläge:

1. Die Neuverlegung bezw. Auswechselung eines Wasserhauptrohres von der Kreuzung Wendenring-Hamburgerstraße im Zuge: Lampestraße, Wendenwehr, Hamburgerstraße bis zum Wendentorwall mit einem Kostenaufwande von 12 600 *M.*
2. Auswechselung bezw. Neuverlegung eines Wasserhauptrohres im Zuge: Fallerksleberstraße vom Theaterwall ab, Hagenmarkt, Hagenbrücke, Küchenstraße, Badhof, Sack. Hierfür sind aufzuwenden 32 500 *M.* — Die Fallerksleberstraße wird jetzt hauptsächlich von den Nebenstraßen mit Wasser versorgt, ein Hauptwasserrohr liegt dort nur auf einer kurzen Strecke. Jetzt soll ein 300 mm starkes Rohr dorthin gelegt werden.
3. Neuverlegung eines 250 mm weiten Wasserhauptrohres vom Hohentorwall bis zur Broikemerstraße, was 8300 *M.* nötig macht. Ich bemerke hier gleich, daß die Broikemerstraße, die erst in späterer Zeit mit Wasserrohr belegt wurde, ein Wasserrohr mit 200 mm Durchmesser hat, während die Zuleitungsröhre vom Hohentore her nur 150 mm Durchmesser haben.
4. Verlegung eines 300 mm weiten Wasserhauptrohres auf der projectierten Straße Nr. 378 und 377, das ist die Verlängerung des Chriaksrings zwischen Broikemerstraße und Madamentweg. Betreffs dieser Anlage muß mit den Anliegern, die jetzt noch das Straßenterrain als Feldbländerei bewirtschaften, ein Abkommen getroffen werden. Wie Herr Bürgermeister Meyer mittheilt, sind die einleitenden Schritte geschehen und ein Hindernis nicht im Wege. Die Anlagekosten hier betragen 7400 *M.*
5. Neuverlegung bezw. Auswechselung eines Wasserhauptrohres vom Wasserturm Giersberg im Zuge: Hochstraße, Helmstedterstraße, Marthastrasse, Leonhardstraße, Kleine Bertramstraße. Die Kosten hierfür machen 16 000 *M.* aus.

Durch Legung dieser weiteren Rohre werden die ganzen Reviere von jeder Kalamität befreit. — Im ganzen sind für diese Rohrauswechselungen 76 800 Mark vorgesehen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die nötigen Abstellschieber jetzt noch an vielen Stellen fehlen und deshalb einzelne Straßen nicht abgestellt werden können, ohne Nebenstraßen zu beeinträchtigen. Diese Schieber sollen jetzt gleich mit eingebaut werden und außerdem sind 18 Überflurhydranten vorgesehen, für welche diejenigen Hydranten, die noch im Pflaster liegen, wegfallen. Sie sehen also, daß auch neuzeitliche Verbesserungen mit den Arbeiten zusammen vorgenommen werden sollen. — Der Deputation der Licht- und Wasserwerke hat schon am 23. Juni diese Sache vorgelegen, gestern ist die Vorlage in der Baukommission geprüft. Die Baukommission schlägt Ihnen vor, die fünf geplanten Verlegungen oder Auswechselungen zu genehmigen und die 76 800 *M* zu verwilligen.

Herr *F r e d e*: Nach den Ausführungen des Herrn Referenten könnte es scheinen, als wenn wir jetzt reichlich Druck in der Wasserleitung hätten. Hiermit steht jedoch im Widerspruch, daß die Bewohner der Kreuzstraße und des Madamentweges nach wie vor unter der Kalamität einer mangelhaften Wasserzuführung leiden. Ich habe Zuschriften bekommen, in welchen die Behauptung aufgestellt wurde, daß selbst im ersten Stock die Leute stellenweise kein Wasser hätten, während in den höher gelegenen Stockwerken die Wasserzuführung fast ganz versage, und daß bei der Hitze in diesem Sommer die Zustände in den Wasserflojettis ganz abstoßend seien. Ich habe das für Übertreibung gehalten, habe mich aber hier und da überzeugt und gefunden, daß morgens und abends die Leitungen in den Wohnungen in der ersten Etage nur schwach laufen, am Mittag hebt sich der Druck, aber die höher gelegenen Stockwerke haben auch dann noch kein Wasser. Ich habe mich bei Herrn Direktor von Zeilikisch erkundigt und erfahren, daß das Wasserwerk am Bürgerpark am Tage arbeitet, aber von 1/26 Uhr abends an nicht mehr. Ich halte das für verfehlt. Die Arbeiter in unserm Bezirk haben meistens englische Arbeitszeit; das Kochen und Aufwaschen in diesen Familien findet deshalb erst spät statt, sie gebrauchen also gerade in der Abendzeit mehr Wasser. Man sollte deshalb das Werk im Bürgerpark bis 8 Uhr laufen lassen, da dann der Druck besser ist. Herr Direktor von Zeilikisch sagte mir allerdings, das wäre nicht wirtschaftlich, aber gegenüber der Kalamität müßte dieser Grund wohl schweigen. Ich möchte also darum bitten, daß man das Wasserwerk im Bürgerpark abends zwei Stunden länger arbeiten läßt, dann wird sich der Übergang nicht so deutlich fühlbar machen.

Herr Bürgermeister *M e y e r*: Klagen über mangelnden Wasserzufluß sind auch beim Magistrat eingegangen, ich glaube aber, im allgemeinen annehmen zu können, daß diese Klagen fortfallen werden, wenn die Rohrverlegungen und Auswechselungen, über die wir eben beraten, ausgeführt sind. Der Mangel an

Wasserzufluß ist jedoch nicht darauf zurückzuführen, daß es etwa an Wasser fehlt, und auch nicht darauf, daß das Wasserwerk von Rünningen nicht Tag und Nacht im Gange gewesen ist, denn die Reservoirs, die wir haben, sind immer ausreichend gefüllt gewesen, um den Druck, der überhaupt erzielt werden kann, nach den verschiedenen Verästelungen und nach der Peripherie weiterzugeben. Zurückzuführen ist die zutage getretene Erscheinung vielmehr in der Hauptsache darauf, daß der Verbrauch von Wasser im Stadtgebiete sehr stark ist. Bei den verhältnismäßig engen Rohren kann das Wasser nicht mit vollem Druck nach der Peripherie der Stadt gelangen, weil in den dazwischenliegenden Straßen Abzapfungen vorgenommen sind. Nur dadurch erklärt es sich, daß das Wasser gegen das Ende der Rohrleitungen hin nicht so starken Druck zeigt, wie es im Interesse der Anwohner haben müßte. An der Konstruktion des Wasserwerkes liegt der Mangel nicht. Nach den von mir angestellten Erkundigungen liegt das Reservoir des Wasserwerkes auf dem Giersberge um 24 m höher als die an den höchsten Stellen der Stadt, auch an der Peripherie, gebauten Wohnungen. Deshalb darf man annehmen, daß die Druckverhältnisse ausreichend sind, um auch diese Wohnungen mit Wasser zu versorgen. Ich bemerke, daß allerdings der Grundwasserstand infolge der großen Hitze vermutlich — obgleich sich das nicht genau feststellen läßt — um $\frac{1}{2}$ m tiefer ist als in den vergangenen Jahren und daß auch der Zufluß des Oberwassers auf ein so geringes Quantum zurückgegangen ist, wie wir es noch nicht erlebt haben, auf nur 0,5 Sekundenkubikmeter. Es ist also tatsächlich eine gewisse Knappheit an Wasser im allgemeinen vorhanden, aber unser Wasserwerk hat bisher reichlich Wasser gehabt. In der letzten Woche ist eine Teilung im Bezuge des Wassers in der Weise erfolgt, daß etwa 15 000 Kubikmeter des meistens jetzt 20 000 Kubikmeter betragenden Tagesverbrauchs vom Domesee bezogen sind und die übrigen 4000 bis 5000 Kubikmeter vom Rünninger Wasserwerk. Man würde aber von Rünningen beliebig mehr entnehmen können, wenn ein größerer Bedarf sich erweisen sollte. Gegenwärtig aber hat man hiermit vollauf das decken können, was erfordert ist. Von Wassermangel kann also hier bei uns keine Rede sein.

Herr Lange: Ich möchte bei dieser Gelegenheit anregen, daß bei der Verbesserung des Wasserrohrnetzes besonders der Südwesten der Stadt, das Industriegebiet, berücksichtigt wird. Die Veranlassung zu diesem Wunsche habe ich bekommen durch den letzten Brand auf dem Grundstücke der Maschinenbauanstalt, bei dem ich persönlich zugegen gewesen bin. Es hat sich dabei herausgestellt, daß in der Bahnhofstraße und ihrer Parallelstraße, der Kramerstraße, in denen je eine Dampfspritze aufgestellt war, diese beiden Dampfspritzen nicht

voll arbeiten konnten. Dieselben mußten infolge Wassermangels ihre Leistung reduzieren, um dem Gaswerk, welches weiter oberhalb am Wasserrohr liegt, die Möglichkeit zu geben, seine Kessel zu speisen. Ich habe mich mit maßgebenden Personen darüber unterhalten, und es wurde mir gesagt, daß eine Veränderung des Wasserrohrnetzes für jene Gegend schon in Aussicht genommen wäre. Trotzdem habe ich bis jetzt nichts weiter davon gehört. Gerade im Industriegebiete besteht eine große Gefahr bei Ausbruch von Feuer, da sich in dieser Gegend viele kleine Wohnungen befinden. Bricht daher in diesem Stadtviertel ein Brand aus, und kann derselbe wegen Wassermangels nicht so schnell wie damals bekämpft werden, so kann er unabsehbare Folgen haben. Es ist dies wohl ein genügender Grund, um eine Veränderung der Wasserleitung in dieser Gegend besonders zu empfehlen.

Herr Loeßigk: Ich freue mich, daß Rücksicht genommen ist auf die Bedürfnisse, über die von Herrn Meyerhoff referiert worden ist. Ich vermissen aber eine Berücksichtigung der Hamburgerstraße nach dem Schwesternhaus zum Roten Kreuz zu. Davon ist schon lange die Rede gewesen, daß bei passender Gelegenheit auch eine Umlegung oder die Legung eines weiteren Rohrs dort erfolgen sollte. Die Gründe, die Herr Meyerhoff für die Neuverlegung von weiteren Rohren vorgebracht hat, erkenne ich voll und ganz an. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß die Gründe für die Hamburgerstraße ebenso schwerwiegend sind. Es werden in der Gegend zwei Messen und ein Schützenfest abgehalten und dabei entsteht auf dem Schützenplatze jedesmal eine große Zeltstadt, die jetzt durch fünf neue Hydranten gesichert ist. Was nützt das aber, wenn die Hydranten kein Wasser haben. Wenn ein Hydrant in dem Viertel läuft, so hat das Rote Kreuz stellenweise kein Wasser. Ich glaube, daß es sehr nötig wäre, daß diese Verbesserung, die schon lange vorgesehen ist, vom Magistrat bald in Angriff genommen wird.

Herr Stegmann: Ich hatte in dieser Angelegenheit eine Anfrage eingebracht, die jedenfalls jetzt gleich erledigt werden kann. — Nach den Erklärungen des Herrn Meyerhoff und des Herrn Bürgermeisters stellt sich die Sache so dar, als ob es mit dem Wassermangel nicht so schlimm wäre, und wir werden darauf vertröstet, daß, wenn die neuen Rohrleitungen erst gelegt sind, jede Kalamität gehoben sein würde. Ich bezweifle das. Es ist ja in den Zeitungen ein großes Loblied über unsere Wasserverhältnisse gesungen; während in andern Städten schon Wassermangel eingetreten wäre, deckt unser Wasserwerk ohne Schwierigkeit den ganzen Bedarf. Daß dem nicht so ist, haben Sie schon in den verschiedenen Ausführungen gehört. Viel schlimmer noch sind die Wasser-

zuführungsverhältnisse seit einigen Monaten auf der Zahn- und auf der Weststraße geworden, ebenso auf der Ludwigstraße, vor allen Dingen aber auf der Helmstedter- und auf der Reuterstraße, wo die Häuser der Baugenossenschaft stehen. Dort ist von 10 Uhr morgens ab bis 8 Uhr abends nur in der unteren Etage oder im Keller Wasser zu haben, die Bewohner der oberen Etagen müssen sich das Wasser schon frühmorgens abfüllen oder in den Keller steigen, um ihren Bedarf zu decken. Das kommt hauptsächlich von dem großen Wasserverbrauch auf dem Friedhofe her; sobald dort das Gießen beginnt, ist es mit dem Wasser auf der Reuterstraße vorüber und die Leute sind aufs Trockene gesetzt. Wenn das Gießen aufhört, zeigt sich wieder Wasser in den Leitungen auf dieser Straße. Ich meine, daß bezüglich dieser Straße doch Wandel geschaffen werden könnte. Ich bin nicht orientiert darüber, ob es von hieraus geschehen kann, daß für gewisse Zeit das Gießen auf dem Friedhofe verboten und auf die Abendstunden verlegt wird. Wenn man auch noch so viel Pietät walten lassen will, so gehen doch wohl die Lebenden vor. Im übrigen aber glaube ich nicht, daß die Kalamität an den engen Röhren liegt. Durch die Ausführungen, die der Herr Oberbürgermeister am 15. Juni auf die Anfrage des Herrn Bunge machte, haben wir erfahren, daß die Betriebskraft in Eisenbüttel nicht genügend ist. Er sagte ausdrücklich: „Dort (im Bürgerpark) ist nun genügend Kraft vorhanden, aber die Stromerzeugungsmaschinen in Eisenbüttel reichen nicht aus, um von Müningen genügend Wasser herbeizuführen.“ Das soll auch jetzt noch der Fall sein, sogar noch schlimmer geworden sein. Die Sache ist doch die, daß die Turbinen in Eisenbüttel vom Okerwasser getrieben werden sollen, aber wenn man die meiste Kraft gebraucht, versagen die Turbinen. Damals sagte der Herr Oberbürgermeister, es sei eine Lokomobile aufgestellt und es würde dafür gesorgt werden, daß stärkere Motore aufgestellt würden. Sie sehen: es sind 6 oder 7 Wochen vergangen, aber eine Besserung in der Wasserversorgung ist nicht eingetreten. Das ist ein Beweis dafür, was mir auch von Fachleuten gesagt worden ist, daß die Stromerzeugungsanlage in Eisenbüttel eine verfehlte ist. Jedenfalls wäre es richtiger gewesen, direkt in Müningen eine Dampfanlage zu schaffen, die das Wasser direkt nach Braunschweig bringt. Dann wäre man jeder Kalamität aus dem Wege gegangen und wäre nicht abhängig von Witterungsverhältnissen. Solche Zustände können immer wieder eintreten, auch wenn die Hitze nicht so groß ist wie in diesem Sommer, denn in jedem Sommer haben wir in der Oker einen geringeren Wasserstand. Ein besserer Wasserdruck wird nicht eintreten, wenn wir nicht in Eisenbüttel noch größere Motore aufstellen. Nun hat der Herr Oberbürgermeister in jener Sitzung versprochen, alles daran zu setzen, daß eine Änderung erfolge. Er sagte wörtlich: „Der Magistrat hat nun den Herrn Direktor von Zeilisch angewiesen, ohne Rücksicht auf den Geldpunkt sofort Vor-

genommen wird, wenn, nachdem die weiteren Wasserrohre verlegt worden sind. Wenn nun trotzdem die Kalamität jetzt noch nicht gehoben ist, dann ist das ein bei die Frage stellen: Was soll geschehen, wenn das nicht eintrifft, was jetzt aus Beweis dafür, daß die ganze Anlage eine verfehlte ist. Ich möchte deshalb hier das geschehen, was der Herr Oberbürgermeister in jener Sitzung versprochen hat. richtungen zu treffen, um das noch reichlich in der Erde vorhandene Wasser in vollem Umfange nach der Stadt zu bringen. Wie er das macht, soll dem Magistrat gleichgültig sein, und wir hoffen, daß Sie uns darin zustimmen. Der Magistrat hat auch nicht erst die Deputation um Einwilligung gefragt, da er sich dem Vorwurfe, nicht rechtzeitig die nötigen Einrichtungen getroffen zu haben, auf keinen Fall aussetzen wollte. Es wird erwogen, ob eine stärkere Lokomobile oder ein Motor aufgestellt werden soll; voraussichtlich wird letzteres geschehen, weil es das einfachste ist, und zwar ein so starker Motor, daß mittels dieses die Dynamomachine in Eisenbüttel in Betrieb gesetzt werden kann und dann die volle Leistungsfähigkeit des Wasserwerks erreicht wird.“ — Nun, zweifellos ist die Druckverhältnisse noch ebenso schlecht sind wie jetzt und die weiter entfernten Straßen immer noch kein Wasser bekommen? Wollen Sie dann noch zwei Motore aufstellen? Darum möchte ich um Auskunft bitten. —

Sie gestatten mir wohl, noch mit einigen Worten darauf hinzuweisen, daß unsere Straßensprengung in Braunschweig anderen Städten gegenüber sich sehr im Rückstande befindet. Wer Gelegenheit genommen hat, unsern schönen Bürgerpark zu besuchen — ich verweise dabei auf die Pfingsttage —, der wird gefunden haben, daß es geradezu ein Skandal ist, zu sehen, daß mehrere Zentimeter hoch dort der Staub lag. Die Passanten, die die Lunge voll frische Luft pumpen wollten, atmeten den häßlichen Staub auf. Noch nicht einmal dort konnte gesprengt werden! So ist es den ganzen Sommer gegangen. Wenn Wasserknappheit vorhanden ist, sollte man endlich darangehen, nicht nur Leitungswasser zum Sprengen zu nehmen! Warum befreit man sich nicht endlich von der törichten Bazillenfurcht und verwendet unser Okerwasser zum Sprengen? Warum schafft man nicht noch mehr Sprengwagen an? Wie lächerlich die Bazillenfurcht ist, erkennt man, wenn man bedenkt, daß von den Leuten, die zum Baden in die Oker gehen, mancher Tropfen Wasser verschluckt wird, und wir hören doch nicht, daß dadurch Epidemien entstanden sind. Ich bitte dringend, auch die Frage einer besseren Sprengung zu erwägen! — Das eine aber steht fest: Das Versprechen des Herrn Oberbürgermeisters ist nicht erfüllt; es ist nicht anders geworden, die Klagen über die Wasserzuführung sind nicht beseitigt. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß hier Abhilfe geschaffen wird und auch entfernt wohnende Leute genügend Wasser bekommen können, ebenso auch, daß endlich die Wasserisprengung der Straßen eine bessere wird.

Herr Stadtrat Schöttler: In erster Linie möchte ich dem Herrn Vordner auf seine Anfrage erwidern, die dahin ging, was geschehen würde, wenn die Druckverhältnisse noch trotz der weiteren Rohre nicht bessern. Nun, meine Herren, die Sache liegt einfach so: Wir sind in unsern Druckverhältnissen an den Wasserturm auf dem Giersberge geknüpft; soviel Druck dieser hergibt, soviel haben wir, mehr nicht. Der Turm ist seinerzeit gebaut mit Rücksicht auf die damaligen Verhältnisse, allerdings auch mit einem Blick auf die Zukunft. Man kann doch nun aber einen Wasserturm nicht von vornherein beliebig hoch bauen, weil später einmal in einzelnen Stadtteilen Mangel an Druck eintreten könnte; das würde unwirtschaftlich sein, denn man würde das ganze Wasser für die Stadt um so viel Meter höher heben müssen, und das ist sehr teuer. Man hilft sich deshalb in solchen Fällen in folgender Weise: Sind einzelne kleinere Bezirke vorhanden, die verhältnismäßig hoch liegen, so versorgt man diese durch besondere Druckverstärkungseinrichtungen. Es läßt sich einrichten, daß man eine Zone abgrenzt und dieser das Wasser aus besonderen kleinen Hochreservoirs oder durch automatische Pumpen zuführt und so den Druck in den Rohren entsprechend verstärkt. Natürlich wird man zu diesem Hilfsmittel erst dann greifen, wenn auf andere Weise die Rohre nicht mehr genügen sollten. Für uns ist anzunehmen, daß die Rohrerweiterung im allgemeinen die entsprechende Wirkung haben wird. Der einzige Punkt, wo es etwas zweifelhaft ist, sind die Häuser an der Reuterstraße. Sie liegen verhältnismäßig unglücklich und es ist möglich, daß man da auf keine andere Weise zurechtkommt als mit einer Druckverstärkungseinrichtung, von der ich schon gesprochen habe. Stellt sich die Notwendigkeit heraus, so müßte die Einrichtung getroffen werden, große Schwierigkeiten wird das kaum haben. Es fragt sich bloß, ob sich das für eine so kleine Gruppe von Häusern lohnt.

Ich glaube, damit ist die Anfrage beantwortet. Ich hatte mich aber in der Hauptsache nicht deshalb zum Wort gemeldet, sondern aus einem andern Grunde, nämlich als Mitglied der Quellwasserdeputation. Es schwirren seit einiger Zeit Gerüchte in der Stadt, denen eben auch Herr Stadtverordneter Stegmann Ausdruck gegeben hat, und die dahin gehen, daß die Turbinenanlage in Eisenbüttel eine ganz verfehlte sei und man viel besser getan hätte, eine andere Anlage zu schaffen, zumal eine Dampfanlage in Rüningen. Nun, meine Herren, darauf ist folgendes zu sagen: Als das Wasserwerk in Rüningen in Frage stand und über die Betriebskraft Beschluß gefaßt werden mußte, da trat Herr Direktor von Feilitzsch mit der Angabe heraus, daß sich die Wasserkraft in Eisenbüttel ganz vorzüglich für diesen Zweck verwerten ließe. Man hatte bis dahin mit dieser Wasserkraft nicht viel anzufangen gewußt, da sie sehr wechselnd ist; bald ist viel Wasser da, bald wenig. Darauf läßt sich schwer ein Betrieb stützen. Für

unsern Betrieb lag die Sache sehr angenehm, weil wir imstande sind, jedes Kubikmeter Wasser, welches die Oker hinunterfließt, in dieser Anlage auszunutzen. Wir wußten natürlich, daß wir zu Zeiten das Turbinenwerk gar nicht betreiben können, daß wir nur mit einer Durchschnittskraft rechnen können. Aber wir sind in der Lage, die Kraft auszunutzen. Nun kommt es im ganzen darauf an: wie lange kann man das Werk im Durchschnitt voll, halb und wie lange gar nicht betreiben? Darauf muß man die Rentabilitätsberechnung gründen. Diese hat ergeben, daß es weit vorteilhafter ist, das Turbinenwerk in Eisenbüttel anzulegen als eine Dampfkraftanlage in Müningen, trotzdem das erstere während eines Teiles des Jahres nur halb, in einem andern Teile gar nicht zu verwerten ist. Das ist ein einfaches Rechenexempel, das ich Ihnen natürlich in der Geschwindigkeit hier nicht vorrechnen kann. Sie werden sich aber ein Bild von der Ersparnis machen können, wenn ich Ihnen sage: Während eines großen Teiles des Jahres, wenn viel Wasser in der Oker ist und der Bedarf an Leitungswasser nicht so groß ist, kann das Turbinenwerk in Eisenbüttel die erforderliche Betriebskraft für die gesamte Wasserförderung allein erzeugen, das Bienröder Werk können wir dann stilllegen. Da nun aber die Kraft des Turbinenwerkes in Eisenbüttel gerade in der Zeit, wo sie am nötigsten ist, nicht ausreicht, so muß für eine Ersatzkraft Sorge getragen werden. Eine solche ist in der Tat von vornherein vorgesehen. Es war geplant, einen Dieselmotor aufzustellen, dann sind Verhandlungen mit dem Lichtwerk wegen eines aufzustellenden Elektromotors geführt. Diese Verhandlungen haben sich lange hingeschleppt, denn wir hielten die Sache nicht für so übertrieben eilig, weil man der Hoffnung leben durfte, auch ohne Aufstellung eines Motors auszukommen und, wenn Not eintreten sollte, die ganze Sache schnell geordnet war. Wir hatten nichts weiter zu tun, als provisorisch eine Ersatzkraft einzustellen. Das ist geschehen. Herr Stegmann hat schon gesagt, es wäre zunächst eine Lokomobile aufgestellt; das ist richtig. Dann ist ein Elektromotor, der stärker war, und als auch der noch nicht sicher genug schien, ein noch größerer Elektromotor aufgestellt, so daß wir immer das haben fördern können, was gebraucht ist. Der Mangel, von dem die Rede ist, ist kein Wassermangel, sondern ein Mangel an Druck, der dadurch entsteht, — wie der Herr Bürgermeister schon erläutert hat, — daß viele Zapfstellen hintereinander auf einmal geöffnet werden, wie dies in der heißen Jahreszeit leicht der Fall ist. Dagegen muß man die Mittel ergreifen, die vorgeschlagen sind, und wenn sie nicht ausreichen, durch andere ersetzen, die ich vorhin erläutert habe.

Nun komme ich auf einen andern Punkt zu sprechen, der mich als Mitglied der Deputation für Beschaffung von Quellwasser angeht. Ich ergreife in dieser Angelegenheit das Wort nur, weil der Herr Oberbürgermeister nicht anwesend

ist. Ungefähr das, was der Herr Stadtverordnete Stegmann vorgetragen hat, ist niedergelegt in einem Artikel des „Volksfreundes“ vom gestrigen Tage (9. August). Dagegen ist nichts zu sagen, daß der „Volksfreund“ die Turbinenanlage für verfehlt halten kann. So gut, wie viele andere nicht wissen, wie die Sache liegt, ebenjogut mag es der „Volksfreund“ auch nicht wissen. Ich möchte aber nun doch aus diesem Artikel eine Stelle vorlesen, die mir außerordentlich bedenklich erscheint. Nachdem auf Grund der Aussage eines Technikers auseinandergelegt ist, daß es richtig gewesen wäre, nicht das Turbinenwerk zu bauen, sondern ein Dampfwerk in Müningen, wird dann weiter gesagt, das wäre nicht die Hauptsache, sondern:

„Da liegt nun der Hase im Pfeffer! Die Betternwirtschaft hat einmal wieder verschwenderisch mit dem Gelde der Steuerzahler gehaust. Der Bau des Turbinenwerkes in Eisenbüttel wird einer Firma übertragen, die, wie so ziemlich alle Braunschweiger Großkapitalisten, im Stadtverordnetenkollegium vertreten ist. Diese Firma hat nun — man spricht von 130 000 M., andere Kenner lachen selbst über diese Summe und führen eine viel höhere auf — eine viel zu hohe Summe für die Ausführung des Turbinenbaues erhalten, oder doch wenigstens viel zu teuer gebaut, so daß die erzielte Kraft zu den aufgewendeten Kosten in gar keinem Verhältnis steht. Daß hier ganz unverantwortlich gehaust worden ist, geben selbst Techniker zu, die die Ausnutzung der Eisenbütteler Wasserkraft für zweckmäßig halten.“

Einen schwereren Vorwurf als diesen kann man wohl der Deputation, die mit der Quellwasserversorgung der Stadt betraut ist, nicht machen; ich kann mir wenigstens keinen schwereren Vorwurf denken. Wenn man uns vorgeworfen hätte, wir wären zu dumm für unser Amt und hätten die ganze Sache verkehrt angefangen, so kann man sagen: Nun wohl, es mag Klügere Leute geben als uns! Aber was uns vorgeworfen wird, das ist Unehrlichkeit, und dagegen ver-
wahre ich die Deputation ganz entschieden. Es ist ganz genau so verfahren, wie verfahren werden soll und muß. Tatsache ist, daß der frühere Stadtverordnete Konegen — um den handelt es sich — auch der Deputation angehörte, und sein Rat ist uns von großem Nutzen gewesen. Als es zur Vergabung der Maschinen kam, hat dann seine Firma mit anderen Firmen gleichzeitig eine Offerte eingereicht. Wir haben diese Angebote, wie das unsere Pflicht und Schuldigkeit war, miteinander verglichen, und diejenige ausgesucht, die uns als die vorteilhafteste für die Stadt erschienen ist. Selbstverständlich ist, daß Herr Stadtrat Konegen an diesen Beratungen nicht teilgenommen hat. Das würde ungehörig gewesen sein, und man sollte in der Tat nicht glauben, daß jemand uns zumuten könnte, wir würden Herrn Konegen da überhaupt haben mitreden lassen. Davon kann keine Rede sein! So ist verfahren, und nun frage ich Sie, meine Herren: Wenn

wir in der Deputation einsehen. von allen Angeboten ist das der Braunschweiger Firma das günstigste, sollen wir denn dieses Projekt verwerfen und ein anderes uns weniger günstig erscheinendes annehmen, nur deshalb, weil zufällig einer der Direktoren des anbietenden Werkes Stadtverordneter ist? Wir könnten die Stadt nicht ärger schädigen, als wenn wir uns auf diesen Standpunkt stellten. Wir haben den einen wie den andern zu behandeln! Es ist hier in der Stadtverordnetenversammlung so häufig gesagt worden: „Gebt die Arbeiten nicht immer nach auswärts, laßt sie in der Stadt; wir können in der Stadt gerade so gute und billige Arbeiten liefern!“ In diesem Falle ist das geschehen. Ich möchte wissen, wie man nur die Spur eines Beweises dafür beibringen könnte, daß Herr Konegen auf uns andere Deputationsmitglieder in irgend welcher unzulässigen Weise eingewirkt hat. Wenn man uns zumuten könnte, solche Schlappmichel zu sein, daß wir uns alles mögliche weismachen ließen, so müßte man doch wenigstens einen Beweis dafür haben; aber von einem Beweise ist keine Rede. Es ist nichts als ein leeres Geschwätz, was da niedergelegt ist, weiter nichts! Jede Spur von Grund und Boden fehlt. Die Deputation, die hier die Verantwortung trägt, ist aus allen Teilen der Stadtverordnetenversammlung zusammengesetzt. Ich müßte mich sehr irren, wenn zu dieser Deputation nicht auch Herr Rieße gehörte. (Zuruf: Jawohl, so ist's!) Ich glaube nicht, daß Herr Rieße irgend etwas nicht ganz Einwandfreies hätte durchgehen lassen; dazu habe ich eine viel zu gute Meinung von ihm. Und wenn Herr Rieße das Wort ergreift, so wird er nicht anders können, als meine Worte zu bestätigen, daß von irgend welcher Vettermicherei bei Vergebung der Lieferungen und Arbeiten für das neue Wasserwerk nicht die Rede sein kann. Ich muß solche Verdächtigungen auf das schärfste zurückweisen. (Beifall.)

Herr Meherhoff: Ich habe in meinem Berichte ausdrücklich gesagt: Der Druck des Wassers ist um zehn Meter höher, als er sein soll. Aus diesem Grunde mit soll die Erweiterung der genannten Rohrreihe erfolgen, um diese Druckverhältnisse, die vollständig genügend sind, den verschiedenen Stadtteilen zugutekommen zu lassen.

Herrn Frede möchte ich auf folgendes aufmerksam machen: Die Zuleitung zu dem Madamenwege war früher 150 mm weit und wird jetzt einen Durchmesser von 250 mm erhalten. Herr Frede kann sich schnell ausrechnen, was für ein Quantum mehr durch ein solch weiteres Rohr gehen kann. Die Kalamität auf dem Madamenwege wird dadurch wohl gehoben werden. — Herrn Locischius erwidere ich, daß für die Hamburgerstraße das gleiche zutrifft. Trotzdem die Hamburgerstraße schon jetzt ein 250 mm weites Rohr hat, wird sie durch ein Rohr von 125 mm Durchmesser von der Schleinikstraße und ein 125 mm-Rohr

von der Nebenstraße her versorgt. Als Ausgleich dafür ist jetzt eine 250 mm-Rohrzuleitung vom Wendentore ab angenommen. — Herr Lange klagte über die Verhältnisse auf der Frankfurterstraße. In dieser Vorlage ist noch nichts über die Frankfurterstraße gesagt, ich kann also darüber keinen Bescheid geben, habe auch kein Urteil darüber, ob die Sache so schlimm ist, wenigstens ist in der Deputation noch keine Klage darüber vorgekommen. Die Verhältnisse am Steintore liegen in der Hauptsache ähnlich wie in den beiden zuerst genannten Fällen. Durch das große Zuleitungsrohr vom Giersberge zum Wasserturm wird die ganze Gegend aufgebeßert, und ich hoffe auch, im Gegensatz zu dem Herrn Stadtrat, daß die Verhältnisse auf der Reuterstraße dadurch bedeutend gebessert werden, denn ein größerer Zufluß bedingt auch einen besseren Druck in der Leitung. Unser ganzes Wasserrohrsystem, das von früheren Zeiten her stammt, krankt an den zu engen Leitungen. Auch mit den Gasrohren ist das so. Einzelne Straßen sind je nach dem damaligen Hinterlande mit engen Rohren versehen. Später sind auf dem Hinterlande weitere Rohre gelegt und die engen Zuführungen belassen. Wir sind nun dabei, das zu ändern.

Dieser Gegenstand ist auch die Veranlassung gewesen, daß trotz der Ferien eine Sitzung anberaumt ist. Wir wollen scharf an die Sache herangehen, und noch ein anderer Punkt kommt hinzu. Es handelt sich um die Lieferungsverträge. Wir hoffen, bei baldigem Abschluß noch preiswert beziehen zu können. Genehmigen Sie also die Vorlage, dann werden sich voraussichtlich alle Ihre Wünsche in bezug auf Wasserversorgung der Stadt erfüllen.

Herr B u n g e: Aus den Ausführungen des Herrn Referenten wie auch des Herrn Bürgermeisters und des Herrn Stadtrat Schöttler ist zu ersehen, daß genügend Wasser vorhanden ist, man weiß nur nicht recht, wie man es an den Mann bringen soll. Ich glaube aber, die uns von der Kommission empfohlene Vorlage wird auch nicht ganz zum Ziele führen, und ich betrachte sie als Mißwerk. Wenn man einsieht, daß in der ganzen Stadt das Wasser mangelt — und es ist tatsächlich festgestellt, daß es nicht eine Straße gibt, wo nicht die Notwendigkeit herrscht (Oho-Muse), Sie können sich darauf verlassen, es ist dasselbe in der einen wie in der andern Straße — dann sollte man grundlegend vorgehen und nicht hier und da anfangen und versuchen, ob sich das bewährt. Man sollte gleich sagen: In dieser bestimmten Weise wollen wir das ganze Wassernetz durch die ganze Stadt ziehen. — Der Herr Bürgermeister erklärte: Es werden nicht mehr als 20 000 Kubikmeter verbraucht und wir sind allen Anforderungen gerecht geworden. So liegt die Sache aber nicht, darauf können Sie sich verlassen. Ich habe mich überzeugt, daß tatsächlich eine ganze Reihe von Leuten mittags der Leitung kein Wasser mehr entnehmen können. In der Reuterstraße ist es damit

besonders schlimm, und ich glaube nicht, daß durch eine Druckverstärkungsrichtung — wie der Herr Stadtrat sagte — dort Wandel geschaffen werden kann. (Unruhe.) Der Grund zu der Kalamität an der Helmstedterstraße liegt anderswo. Durch die Friedhofsverwaltung wird der Gegend das Wasser weggezogen; sobald dort das Sprengen losgeht, von Mittag an, haben die Anwohner der Reuterstraße kein Wasser mehr. Es sind auch von dort schon diverse Beschwerden an den Magistrat gekommen. Man ist in diesen Kreisen der Meinung, es würde nicht eher Abhilfe geschaffen werden, als bis man ein eigenes Wasserrohr für den Friedhof legen würde, so daß dieser sein Wasser für sich allein hat. Ich neige derselben Ansicht zu und möchte Sie bitten, die Vorlage, soweit sie uns heute vorgebracht ist, zu genehmigen, aber den Magistrat zu ersuchen, Vorsorge zu treffen, daß in allernächster Zeit Untersuchungen in dieser Richtung angestellt werden und das Wasserwerk in der angeregten Weise erweitert wird. — Ferner möchte auch ich den Wunsch aussprechen, dem Herr Stegmann ebenfalls Ausdruck gegeben hat, daß mehr Sorgfalt auf das Sprengen der Straßen verwendet werde. Es ist eine große Kalamität, daß man nachts die Straßen fegt, ohne das vorher gesprengt wird. Bei der heißen Witterung haben die Leute nachts die Fenster offen und am andern Morgen liegt der Staub dick auf allen Möbeln. Da ist es doch gewiß angebracht, daß auf das Sprengen geachtet wird.

Herr Bürgermeister Meyer: Herr Stegmann ist trotz meiner Ausführungen bei der Behauptung stehen geblieben, daß der Mangel an Wasser darauf zurückzuführen wäre, daß das Rünninger Werk nicht genügend Wasser geliefert hätte. Ich habe vorhin schon ausgeführt, daß das wohl so scheint, aber ein Irrtum ist. Herr Stegmann hat gesagt, er stütze sich auf das Urteil von Sachverständigen. Diese Sachverständigen möchte ich kennen lernen. Jedenfalls aber hat sie Herr Stegmann, bevor er sie befragt hat, in tatsächlicher Beziehung nicht genau instruiert. Die Anforderungen an unsere Wasserleitung sind durch das Wasserwerk selbst erfüllt in dem Sinne, als ausreichend Wasser aus den Grundwasserwerken des Domsees und von Rünningen in unsere Reservoirs geführt ist. Wenn jedoch, wie ich vorhin schon ausgeführt habe, plötzlich in einem Stadtteile gleichzeitig 500 Hähne geöffnet werden, dann ist es erklärlich, daß dort das Wasser aus den Zuführungen entströmt und in den Röhren, die darüber hinausführen, kein Wasser vorhanden ist. Darin wird mir auch Herr Stegmann recht geben, und damit ist die ganze Beweisführung, die wir bis jetzt über die Mangelhaftigkeit des Wasserwerks gehört haben, in nichts zerfallen. Es ist in keiner Weise nachgewiesen, daß nicht genügend Wasser da wäre. Wenn das Wasser durch zu enge Rohrleitungen nicht genügend weitergeführt wird, so wird das in Zukunft besser werden, denn der Magistrat beantragt, weitere Röhre zu legen.

Zu weit geht die Forderung, es müßte mit einem Schlage das Wassernetz geändert werden. Das ist nicht notwendig und auch nicht ausführbar. Für fünf Strecken ist jetzt eine bestimmte Vorlage gemacht, und man darf annehmen, daß normaler Weise in den verfolgten Richtungen die Verhältnisse besser werden. Sollte sich ergeben, daß die Besserung nicht ausreicht, dann wird man einen Schritt weitergehen und auf andern Strecken auch weitere Rohre legen. Kommt auch nicht in einem Tage erbaut. Die Hauptsache ist, daß man den Schaden erkennt und abzustellen sucht, und die Stadtverwaltung ist darauf aus, die Schäden an der Wurzel auszurotten. — Zu dem erwähnten Artikel des „Volksfreunds“ bemerke ich noch: Es ist dort ausgeführt, daß die im „Volksfreund“ nicht genannte, aber von Herrn Stadtrat Schöttler namhaft gemachte Firma 130 000 *M* oder mehr bekommen hätte. Die ganze Turbinenanlage mag 130 000 *M* gekostet haben, aber der Auftrag an die Firma Amme, Giesecke & Rönneken hat, wenn ich nicht irre, nicht einmal 50 000 *M* erreicht. Also auch da ist weit über das Ziel hinausgeschossen.

Außerdem muß ich den Herrn Oberbürgermeister gegen die Vorwürfe des Herrn Stegmann, er habe nicht Wort gehalten, verwahren. Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt, daß er tun würde, was in seinen Kräften stünde, um das in der Umgebung der Stadt vorhandene Wasser, soweit es möglich wäre, herauszuziehen, wie es der Bedarf erfordere, und dieses Versprechen hat der Herr Oberbürgermeister erfüllt. Als die Turbinen nicht zu treiben waren, ist zunächst eine Lokomobile aufgestellt, darauf ein kleiner Motor und sodann ein größerer Motor. Das Wasserquantum ist durch die Werke ausreichend herangeschafft, nur durch das Rohrnetz nicht abgezogen und an die Peripherie gekommen. Nicht ein einziges Mal ist das Reservoir am Giersberge geleert gewesen. Mögen Sie sagen, was Sie wollen, die Tatsache bleibt bestehen.

Dann sind der Stadtverwaltung Vorwürfe gemacht wegen der Straßensprengung. Dazu muß ich sagen: Unsere Straßensprengung steckt allerdings noch recht in den Kinderschuhen, aber wir haben in den letzten Jahren Rücksicht nehmen müssen auf die Entwicklung unseres Wasserwerks. Wir haben den Versuch gemacht, das Wasser zum Sprengen aus der Oker oder aus Brunnen zu nehmen, doch diese Vorrichtungen, die uns im Einzelfalle bis zu 10 000 *M* gekostet haben, haben sich nicht bewährt. Wir haben sie deshalb wieder eingehen lassen, sind zurückgegangen auf die Entnahme des Wassers aus der Wasserleitung und haben, nachdem das Rüniger Wasserwerk erschlossen ist, auch Wasser in ausreichender Menge bekommen. Aber persönlich stehe ich auch auf dem Standpunkte, daß auf die Dauer das Wasser der Wasserleitung für die Straßensprengung zu kostspielig ist, und ich würde gern sehen, wenn Einrichtungen geschaffen würden, um aus der Oker für diesen Zweck Wasser zu entnehmen. Daß die

Deputation in der Beziehung nicht geschlafen hat, können Sie aus dem Etat sehen. Es wird auch angeregt, Automobilsprengwagen einzuführen; wir haben aber bisher davon abgesehen, da diese Wagen ziemlich teuer sind, und auch unsere Wasserförderung etwas im argen lag. Sie wissen alle, wie es vor zwei Jahren mit dem Dornsee ausgefallen hat. Gestern habe ich Gelegenheit gehabt, mir einen solchen Automobilsprengwagen vorführen zu lassen, der von der Firma Büssing angefertigt ist und nach Argentinien geliefert werden soll. Ich habe vorläufig mit der Firma die Abrede getroffen, daß sie uns eine Offerte machen soll, und es ist nicht ausgeschlossen, daß der Magistrat sich mit Ihnen in nicht allzulanger Zeit wegen dieser Sache in Verbindung setzen wird.

Daß nachts vor dem Regen nicht gesprengt wird, bestreite ich, denn unsere generelle Anweisung geht dahin, daß das Sprengen stattfinden soll, und ich muß annehmen, daß dementsprechend auch verfahren wird. Daß das Sprengen in einem Einzelfall nicht geschehen sein sollte, ist immerhin denkbar; im allgemeinen aber bestreite ich, daß dem so ist.

Herr Doering: Um mich über die Arbeitsleistung des neuen Wasserwerks zu informieren, habe ich, als die heiße Zeit einsetzte, mit Erlaubnis des Herrn Direktors von Teiligich das Rüniger Wasserwerk angesehen. Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß wir Wasser genug hatten, bis auf die kurze Zeit, wo die Öfer verstopft hat, wie auch der Herr Oberbürgermeister seinerzeit berichtet hat. Aber das war nur eine kurze Frist; es ist ein elektrischer Motor angeschafft, der die fehlende Kraft ersetzt. Abnorme Verhältnisse verlangen ja von der Stadtverwaltung auch besondere Einrichtungen, aber daran hat keiner denken können, daß solch eine abnorme Trodtnis wie in diesem Jahre eintreten könnte. Die Hauptsache ist doch, daß Wasser genug da ist, wenn es auch nicht immer in die höchsten Etagen dringt. In meinem Garten in der Gartenstraße habe ich auch nur wenig oder gar kein Wasser, wenn gerade draußen der Sprengwagen gefüllt wird. Wenn auch einmal das Wasser in den Straßen, die höher liegen, für die oberen Etagen heraufgeholt werden muß, so ist doch die Hauptsache, daß überhaupt Wasser da ist, und gutes Wasser. Man muß auch bedenken, daß der tägliche Wasserverbrauch von 10 000 Kubikmeter in kurzer Zeit auf 20 000 Kubikmeter gestiegen ist. Daß dann in der Zeit, wo überall die Hähne geöffnet werden, der Druck nicht überall gleich stark sein kann, ist wohl selbstverständlich. — Ich möchte jedem, der Interesse dafür hat, empfehlen, das neue Wasserwerk sich anzusehen.

Die Herren Henking und Frede verzichten auf das Wort.

Herr Stegmann: Der Herr Bürgermeister scheint mich nicht verstanden zu haben. Es ist mir nicht eingefallen, zu behaupten, es sei ein Wassermangel in Braunschweig. Ich habe ausgeführt, daß es die ungenügenden Druckverhältnisse sind, die die Schuld an der Kalamität tragen, und darauf hingedeutet, daß schon der Herr Oberbürgermeister davon gesprochen hat, woran es liegt. Ich behaupte nicht, daß es an Wasser fehlt, sondern daß die Druckverhältnisse ungenügend sind, und führe das auf die Anlage in Eisenbüttel zurück. Das ist etwas anderes. Meine Sachverständigen sind Ingenieure, und ich glaube, daß die auch etwas davon verstehen. — Als der Herr Stadtrat Schöttler vorhin den Abjatz aus dem „Volksfreunde“ vorlas, drehte sich mein Vormann, der Herr Stadtverordnete Henking, um und schüttelte mir gegenüber den Kopf, als ob ich den Artikel verbrochen hätte. Dazu muß ich bemerken: Wir alle hier stehen dem Artikel fern; wir sind nicht in der Redaktion und kennen nicht ihr Material und ihre Unterlagen.

Was die Reuterstraße betrifft, so soll, wenn ich recht verstanden habe, das Hauptrohr nach dort zuletzt umgewechselt werden, nicht gleich. Ich meine, da diese Stelle die schlimmste ist, so sollte man dort anfangen mit der Verbesserung der Zustände. In den Baugenossenschaftswohnungen wohnen 48 Familien, und sie können sich denken, daß es dringend nötig ist, daß denen geholfen wird. Ich bitte also, die Legung der neuen Rohre in der Helmstedterstraße nicht zu weit hinauszuschieben.

Herr Bürgermeister Meyer: Herr Stegmann befindet sich in einem Irrtum, wenn er annimmt, die Druckverhältnisse in der Wasserleitung hingen von dem Rüniger Werke ab. Dieses schafft nur das Wasser nach dem alten Wasserwerk. Die Druckverhältnisse werden ausschließlich durch den Giersbergturm und das alte Wasserwerk geregelt, aber die Maschine in letzterem ist in ihrer Leistung wieder abhängig von dem Druck auf dem Giersberge. — Die Verhältnisse auf der Reuterstraße betreffend, möchte ich auf folgendes hinweisen: Als die Häuser dort und auf der Höhe der Helmstedterstraße gebaut werden sollten, sind die Leute darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Druckverhältnisse des Wasserwerks vielleicht nicht ausreichen würden, gleichwohl haben die Leute gebaut. Wenn also etwa von der Stelle aus der Stadtverwaltung Vorwürfe gemacht werden sollten, so sind die nicht gerechtfertigt. Ich will aber versprechen, daß ich mich erkundigen werde, ob es richtig ist, daß durch die verhältnismäßig starke Wasserentnahme zu bestimmten Zeiten auf dem Friedhofe die Druckverhältnisse wirklich beeinflusst werden. Es läßt sich wohl ein Abkommen treffen, das hier Abhilfe schafft. Ich frage aber: Woher wissen denn die Herren so

genau, daß die Wasserentnahme auf dem Friedhofe die Schuld trägt? Wäre es nicht ebensogut möglich, daß auch ein anderes Etablissement in jener Gegend zu bestimmten Tageszeiten große Wassermengen nötig hat? Selbstverständlich aber kann die Sache untersucht werden, und wenn es möglich ist, werden wir den Anwohnern der Reuterstraße entgegenkommen.

Herr R i e k e: Bei der Beratung dieser Vorlage in der Baukommission habe ich deshalb zugestimmt, weil die Wasserkalamität auch in den Straßen der inneren Stadt vorhanden ist. Wir haben gehört, daß die lange Fallersleberstraße nicht einmal ein Hauptrohr hat, sondern daß sie von den Nebenstraßen gespeist werden muß. Bei der kleinsten Reparatur auf der Schöppenstedterstraße, Fallersleberstraße oder Mauernstraße muß das ganze Kontingent abgesperrt werden. Das ist ein unleidlicher Zustand. Jetzt ist beabsichtigt, Schieber einzubauen; damit wird die Kalamität gehoben sein. Soll aber ein ausreichender Wandel geschaffen werden, dann muß der Turm auf dem Giersberge um zehn Meter erhöht werden, dann würde das Wasser auch in die höchsten Etagen hineingehen. Ich stehe noch jetzt auf dem Standpunkte, daß wir vielleicht doch noch einmal eine Harzwasserleitung bekommen, wenn erst einmal die Talsperren gebaut sind. Damit will ich aber keineswegs zugeben, daß die Rüniger Anlage eine verfehlte sei. Daß Wasser genügend vorhanden ist, davon habe ich mich überzeugt. Ich bin von Anfang des Baues an mindestens 13 oder 14 mal auf der Baustelle gewesen und habe mir die Sache genau angesehen. Es waren auch Sachverständige da, und Herr Direktor von Feilich und andere haben mir die Sache auseinandergesetzt. Bei der Vergebung der Arbeiten hatten 6 oder 8 Fabriken — die Maschinenfabriken Cöln, Dickersleben, Vorsig und wie sie alle heißen — ihre Angebote eingereicht. Die Vergebung der Arbeiten ist ordnungsmäßig erfolgt. In den Beratungen über die Vergebung hat Herr Konegen nicht teilgenommen und hat auch nicht mit abgestimmt; er ist nur als Sachverständiger gehört, und darauf mußte auch Wert gelegt werden, ebensogut, wie auch Herr Stadtrat Schöttler als Sachkenner mehr davon versteht als ich. Auch ich, wie Sie alle, stehe auf dem Standpunkte, daß wir, wenn am Orte Geschäfte vorhanden sind, die die erforderlichen Arbeiten liefern können, diese als hiesige Steuerzahler zuerst berücksichtigen müssen. Ich bin überzeugt, daß, wenn wir nicht gerade in diesem Jahre eine so unglückliche Zeit hätten, alles gut funktioniert hätte bis auf die Druckverhältnisse. Gut ist es aber auch, daß gleich der Schaden sich herausgestellt hat. Wasserkraft haben wir auch benutzt, als wir die Neustadtmühle neu gebaut haben. Dort ist festgestellt, daß während 48 Tagen im Jahre die Wasserkraft nicht ausreicht; in diesem Jahre wird sich vielleicht die Zahl der Tage verdoppeln. Dafür kann niemand und dafür wollen wir auch

keinen verantwortlich machen. Viel schlechter wäre der Druck in der Wasserleitung noch ausgefallen, wenn die Konservenfabriken in demselben Umfange wie in andern Jahren arbeiteten; es gibt ja aber in diesem Jahre weder Bohnen noch andere Feldfrüchte, die einzumachen sind. — Daß in den Sprengwagen noch andere Feldfrüchte, die einzumachen sind. — Daß in den Sprengwagen, denen man begegnet, in den meisten Fällen kein Wasser ist, davon habe ich mich überzeugt. Staubwolken sind eine tagtägliche Erscheinung in Braunschweig, und es wäre wohl zu hoffen, daß das endlich aufhörte. Ich kann mir nicht denken, daß es in dieser technisch so fortgeschrittenen Zeit nicht möglich wäre, an irgend einer beliebigen Stelle mit einem Saugschlauch an die Oker zu fahren, die Fässer vollsaugen zu lassen und mit diesem Wasser die Straßen zu sprengen. Das kostet allerdings etwas, aber ich meine, die Gesundheit der Bevölkerung ist mir lieber als der Geldbeutel. In der Beziehung müßte entschieden mehr geleistet werden. In früheren Zeiten wurden wir mit Flußwasser von der Bahn her durch das alte Wasserwerk versorgt, darnach haben wir das Wasser vom Dowesee bekommen. Daß das nicht reichte, hat schon das Schadenfeuer am Büldenwege gezeigt. Jetzt haben wir Wasser auch von der andern Seite der Stadt und das wird ausreichen. Wenn aber Verhältnisse vorliegen, daß das Wasser aus engen Röhren in weite getrieben werden soll, so sieht jeder ein, daß das ein Schaden ist, der ausgebeffert werden muß. Es ist ganz vernünftig, daß die Sache beschleunigt ist und eine besondere Sitzung der Stadtverordneten einberufen ist, denn Eile tut not. Unter diesen Umständen habe ich in der Kommission der Vorlage zugestimmt. Es muß weiter gewartet werden, ob sich die Verhältnisse bessern oder nicht. Die Wasserkalamität zu beseitigen, hat jeder in der Bevölkerung ohne Unterschied ein Interesse.

Herr L e u e: Bezüglich der Bazillenfurcht, die vorhin erwähnt wurde, möchte ich bemerken, daß die ein überwundener Standpunkt ist. Eine solche übertriebene Furcht hat wohl in früheren Jahren geherrscht, jetzt aber nicht mehr. Nicht die Bazillenfurcht ist es, die uns hindert, das Sprengwasser aus der Oker zu nehmen, sondern — wie schon der Herr Bürgermeister andeutete — es sind technische Gründe gewesen. Wie ich höre, sind es hauptsächlich die durch organische Bestandteile verursachten Unreinigkeiten, die die kleinen Ausflußröhren der Sprengwagen verstopfen und so die Benutzung des Okerwassers zum Straßensprengen unmöglich gemacht haben. Das möchte ich zur Richtigstellung bemerken.

Die Magistratsvorlage wird in allen fünf Punkten angenommen.

3. Auswechslung des Wasserrohrs in der Elmstraße.

Herr Tolle: Die Anlieger des östlichen Teils der Elmstraße sind an den Magistrat mit dem Wunsche herangetreten, man möchte der dort herrschenden Wasserkalamität abhelfen, indem man das dort liegende 50 mm weite Wasserrohr durch ein weiteres auswechselt. Der Magistrat hat die Sache geprüft und gefunden, daß die Beschwerde der Anlieger durchaus gerechtfertigt ist. Bereits im Juni hat die Deputation für die Wasserwerke beschlossen, mit einem Antrag zu kommen, dieses Rohr durch ein 200 mm-Rohr auszuwechseln zu lassen. Der Kostenanschlag liegt vor. Es sind auch zwei Oberflurhydranten vorgeesehen, die bisher die Straße nicht hatte. Die Gesamtkosten sind auf 4700 *M* geschätzt. — Die Baukommission hat der Vorlage zugestimmt und empfiehlt Ihnen, dem Antrage des Magistrats stattzugeben und die 4700 *M* zu Lasten des Reservefonds der Wasserwerke zu bewilligen.

Die Versammlung entspricht dem Antrage.

4. Herrichtung von Über- und Unterführungen an den Kreuzungen der Landeseisenbahn mit dem Mittelwege und mit der Weststraße.

Unter dem 5. Januar d. J. haben die Stadtverordneten den Magistrat ersucht, zu veranlassen, daß an den Kreuzungen der Landeseisenbahn mit dem Mittelwege und mit der Weststraße für den Fußgängerverkehr Über- oder Unterführungen hergestellt würden. Die Direktion der vom Stadtmagistrate entsprechend angegangenen Landeseisenbahngesellschaft hat unter Bestreiten eines vorliegenden Bedürfnisses, sowie — was den Übergang am Mittelwege anlangt — unter Hinweis darauf, daß die Straßensperrungen vielfach auf die Unzulänglichkeit der Gleisanlage des städtischen Schlachthauses zurückzuführen seien, die Herrichtung der geforderten Über- oder Unterführung abgelehnt. Der Magistrat hat zur Beurteilung der Bedürfnisfrage die Herzogliche Polizeidirektion um eine Äußerung darüber ersucht, ob ihrer Ansicht nach die vorkommenden Straßensperrungen das bei dem vorhandenen Straßenverkehr zulässige Maß überstiegen. Die genannte Behörde hat darnach in den Tagen vom 12. bis 22. April d. J. von 5 Uhr morgens bis 10 Uhr abends über die Zahl und Dauer der Sperrungen Erhebungen angestellt und diese dem Magistrate gleichzeitig mit einem Schreiben des Schlachthausdirektors über den Einfluß der Schlachthausgleisanlage auf die Straßensperrungen zugehen lassen. Nach der Zusammenstellung ist im Durchschnitt die Weststraße täglich 25 mal, der Mittelweg täglich 74 mal gesperrt worden, und zwar fast ausschließlich für eine Zeit von 1 bis 3 Minuten. Nach den über die Benutzung der Fußgängerbrücke an dem Eisenbahnübergange

an der Helmstedterstraße gemachten Beobachtungen glaubt der Magistrat angesichts der Kürze der Sperrzeiten annehmen zu können, daß etwa vorhandene Brücken an den hier in Frage stehenden Übergängen von den durch die Schranken zurückgehaltenen Personen vermutlich wenig benutzt würden; er neigt deshalb der Ansicht zu, daß jedenfalls bezüglich der Weststraße wegen nicht ausreichenden Bedürfnisses und wegen des zu erwartenden Mißerfolges von der Stadt nicht der Versuch gemacht werden sollte, die Landeseisenbahn gegen ihren Willen zur Errichtung der gewünschten Über- oder Unterführung zu zwingen. Wie aus der dreimal größeren Zahl der Sperrzeiten erwiesen wird, liegen die Verhältnisse an dem Mittelwege wesentlich ungünstiger als an der Weststraße, es kommt jedoch in Betracht, daß unzweifelhaft ein nicht unerheblicher Bruchteil der Sperrungen an dem Mittelwege auf den Verkehr von und nach dem Schlachthause und auf die Gestaltung der Anlage des Schlachthausanschlußgleises zurückzuführen ist. Da bei Beurteilung der Frage, ob die Landeseisenbahngesellschaft verpflichtet erscheint, auf ihre Kosten eine Über- oder Unterführung zu schaffen, der Verkehr nach dem städtischen Schlachthause nicht außer acht gelassen werden kann, so hält es der Stadtmagistrat nicht für ausgeschlossen, daß die Beantwortung von der Bereitwilligkeit der Stadt, die ganzen Kosten oder doch einen erheblichen Zuschuß zu denselben zu zahlen, abhängig gemacht wird. Der Magistrat trägt deshalb Bedenken, die Verhandlungen ohne zuvorige Verständigung mit den Stadtverordneten fortzusetzen, und zwar um so mehr, als angenommen werden darf, daß nach Einrichtung des projektierten Viehhofs und der damit in Verbindung stehenden Änderung bezw. Erweiterung der Gleisanlage auf dem Schlachthausgrundstücke nicht nur die Zahl der Sperrungen überhaupt, sondern auch die Zahl der durch den Anschluß des städtischen Grundstücks veranlaßten Sperrungen erheblich zurückgeht und durch letzteres die Position der Stadt gegenüber der Landeseisenbahngesellschaft wesentlich günstiger gestaltet werden wird. Der Magistrat hält es deshalb für zweckmäßig, die Verhandlungen wegen Anlage einer Über- oder Unterführung einstweilen und — wenn nicht neue Gründe es anders wünschenswert machen — bis zur Errichtung des Viehhofes abubrechen, und ersucht die Stadtverordneten, sich mit diesem Vorgehen einverstanden zu erklären.

Herr *F r i e* berichtet über die Vorlage und fährt fort:

Nach Auskunft der Polizei ist also die Wartezeit sehr minimal, in einzelnen Fällen nur eine oder zwei Minuten, in andern Fällen drei oder vier Minuten. Ich bin überzeugt, daß niemand, der einen oder der zwei Minuten wegen eine große Brücke hinauf- oder hinabgehen würde. Ich habe das an der Helmstedterstraße beobachtet. Vorher hatte man sehr viel darüber gesprochen, daß durch den

Übergang über die Bahn häufig Unglücksfälle vorkommen könnten. Ich bin zu verschiedenen Zeiten dort gewesen, mittags, abends und auch morgens, und kann offen bekennen: Ich habe nicht ein einziges Mal gesehen, daß erwachsene Menschen über die Brücke gingen, sondern sie haben es vorgezogen, zu warten, bis der betreffende Zug durchgefahren war. Und wenn Kinder spielend die Brücke hinauf- oder hinuntergehen, so halte ich das für gefährlicher, als wenn sie unten warten müssen. Wenn also der Aufenthalt nicht länger dauert, so würde der Bau der Brücke keine Nothsache sein. — Die Baukommission hat sich mit der Sache beschäftigt und steht auf demselben Standpunkte. Wir schlagen Ihnen also vor, den Standpunkt des Magistrats zu billigen, den Bau der Brücke vorläufig abzulehnen, abzuwarten, bis der Viehhof gebaut ist und dann der Sache wieder näherzutreten.

Herr B u n g e: Wenn die Sache seinerzeit so gewesen wäre, wie uns Herr Friede heute vorgetragen hat, und die Unterbrechung des Übergangs nicht länger gedauert hätte, dann hätte ich wahrhaftig keine Veranlassung genommen, in irgend einer Weise eine Änderung anzuregen oder mit einem Antrage an Sie heranzutreten. Sie haben ja gesehen, daß, nachdem ich meinen Antrag gestellt hatte, auch Herr Meyerhoff mit einem ähnlichen Antrage für den Mittelweg kam, wo die Verhältnisse ebenso schlecht waren wie an der Weststraße. Heute habe ich das Material nicht zur Hand, wie seinerzeit, nach welchem die Anwohner festgestellt hatten, wie lange sie stehen mußten, ehe sie über die Bahn hinübergehen konnten, wie die Fabrikarbeiter zu spät zur Arbeit und die Kinder zu spät zur Schule kamen. Mir war bekannt, daß die Polizei aufpaßte, und in welcher Weise sich die Sache dort abspielte. Da bin ich der Meinung, daß jedenfalls auch die Landeseisenbahn davon Kenntnis gehabt hat, denn sofort waren andere Verhältnisse eingetreten: Die langen Rangierzüge, die man sonst zu sehen bekam und die 8 bis 10 Minuten, ja 12 bis 15 Minuten den Verkehr sperrten, hörten mit einem Male auf. Daß aber jedesmal nur auf eine Minute die Schranken geschlossen gewesen wären, bestreite ich jetzt noch; das hat länger gedauert. Immerhin war der Zustand nicht mehr so schlimm, und wenn die Landeseisenbahn als solche selbst Abhilfe geschaffen hat, dann bin ich auch nicht dafür, daß große Gerüstbauten an den Stellen aufgeführt werden. Man kommt auf ebener Erde doch bequemer an sein Ziel. Ich möchte aber bezweifeln, daß auf die Dauer in solch schneller Weise der Verkehr der Landeseisenbahn abgewickelt wird, und aus diesem Grunde möchte ich bitten, die Sache nicht aus den Augen zu lassen, sondern, sobald sich dort wieder Mißstände einstellen, erneut an die Landeseisenbahn heranzutreten, daß sie Abhilfe zu schaffen hat.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

5. Verbreiterung des Bürgersteigs am Bohlwege, südlich des Langenhofs.

Der Fußweg vor den Grundstücken Bohlweg 19 bis 22 ist von ungleicher Breite und an einzelnen Stellen so schmal, daß seine Verbreiterung im Interesse des Verkehrs wünschenswert ist, und zwar umsomehr, als er noch durch eine Straßenlaterne und einen Straßenbahnmast beengt wird. Aus dem Grundplan ist zu erkennen, daß die Jahrbahn eine Erweiterung des Fußweges in dem in Betracht kommenden Umfange unbedenklich zuläßt. Der Ausführung stehen jedoch um deswillen gewisse Schwierigkeiten im Wege, weil die Höhenlage der Jahrbahn und die Erzielung einer ordnungsmäßigen Abführung des Tageswassers eine teilweise Umpflasterung der ersteren bedingt und neben der Verlegung eines vorhandenen Sinkkastens den Einbau eines neuen erforderlich macht, so daß die städtische Bauverwaltung die aus der Änderung erwachsenden Kosten auf 2000 *M* veranschlagt. Trotz dieser verhältnismäßig hohen Kosten hält es der Magistrat mit Rücksicht auf die zutage getretene starke Belastung durch den Verkehr für angezeigt, die besprochene Verbesserung der Fußweganlage vorzunehmen, und richtet an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären und die erforderlichen 2000 *M* zu Lasten des Kap. X des laufenden Etats zu bewilligen.

Herr *Friede* berichtet über die Vorlage und fügt hinzu: Die Baukommission hat sich auch mit dieser Angelegenheit beschäftigt und empfiehlt, die Verbreiterung zu genehmigen, weil sie, ohne die Jahrbahn groß zu belasten, leicht auszuführen ist und der Personenverkehr ein sicherer werden würde.

Der Ausführung der Verbreiterung wird zugestimmt und die Kosten dafür genehmigt.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr *Wolters*, übernimmt den Vorsitz.

6. Abänderung des Ortsbauplans bezüglich der projektierten Straße 114a.

Wiederholte Anträge des Rentners Manegold auf Zulassung des Ausbaus der projektierten Straßen 150, 151, 506, 507 haben zu Erwägungen über den stadtseitigen Ausbau der die östliche Fortsetzung der Nebenstraße bildenden projektierten Straße 114a Anlaß gegeben. Die Vorflut für die in den vorbezeichneten Straßenzügen zu verlegenden Kanäle muß nach dem Bültenwege zu geschaffen werden und wird am zweckmäßigsten durch Legung eines Kanals im Zuge der projektierten Straße 114a geschaffen, die Ausführung jedoch dadurch erschwert, daß der Eigentümer des in letztgenannte Straße fallenden Geländes,

die Firma Gebr. Grahe, den Wünschen auf Gestattung der Kanalanlage in seinem Grundstück den schärfsten Widerspruch entgegensetzt. Der Inhaber der genannten Firma, der Fabrikant Becker, hat erklärt, daß er sich zu einem Entgegenkommen um deswillen nicht verstehen könne, weil er in der Kanalanlage den ersten Schritt zum Ausbau der sein Grundstück durchschneidenden Straße sehe, dieser Ausbau aber wegen der Zerlegung seines Grundstücks in zwei Teile von gar nicht zu übersehendem Nachteil für ihn sei und deshalb von ihm mit Entschiedenheit bekämpft werden müsse. Diese Stellungnahme in Verbindung mit der Wahrscheinlichkeit, daß bei der demnächstigen Expropriation des Straßenterrains nicht nur der Wert des letzteren ausgeglichen, sondern daneben der Schaden ersetzt werden müßte, welchen der Fabrikbetrieb durch die Zerteilung des Grundstücks erfährt, hat den Magistrat dahin geführt, zu prüfen, ob nicht eine nördliche Verschiebung der projektierten Straße so weit, daß das Grahesche Grundstück nicht quer durchschnitten, sondern nur in seinem nördlichen Teile in Mitleidenchaft gezogen wird, angängig erscheint. Der Stadtmagistrat ist mit der städtischen Bauverwaltung der Ansicht, diese Verschiebung in gewissem Umfange für zulässig zu halten, und richtet in dem Bestreben, die wahrscheinlich doch schon kostspielige Straßenanlage nicht unnötig zu verteuern, an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen, der vorgeschlagenen Änderung des Ortsbauplans zuzustimmen.

Nachdem Herr Rasche über die Vorlage berichtet hat und den einstimmig gefaßten Beschluß der Baukommission, die Verlegung der Straßen in der angegebenen Weise zu empfehlen, mitgeteilt hat, wird die vorgelegte Abänderung des Teilortsbauplans von der Versammlung beschlossen.

7. Ausbau der Schunterstraße.

Herr Fricke: Die Schunterstraße ist die Verbindungsstraße zwischen Hagenstraße und Waterloostraße. Die Unternehmer des Ausbaus der Straße haben den Maurermeister Passier bestimmt, die Sache zu verfolgen und die Verhandlungen sind nun so weit vorgeschritten, daß der Magistrat uns vorschlägt, den Straßenausbau zu genehmigen. Was den Kostenpunkt betrifft, so beläuft sich das ganze Projekt auf 72 000 *M.* Darin liegen die Kosten des Baugrundes für die Straße mit 45 000 *M.* und die Baukosten selbst mit 27 000 *M.* Der voraussichtliche Einheitsbeitrag der Anlieger für die Straßenkosten ist mit 192,80 Mark für das laufende Meter Frontlänge berechnet. Die Kanalisationskosten werden 2950 *M.* betragen. Die Straße soll 16 m breit werden, wovon 8 m auf die Fußwege fallen. Sie wird einen schönen Baugrund erschließen. — Der

Unternehmer des Ausbaus der Schunterstraße, Herr Maurermeister Passier, sowie die übrigen Anlieger bitten, für die neue Straße die offene Bauweise festzusetzen. — Die Baukommission hat sich mit dem Projekt beschäftigt und empfiehlt Annahme der Vorlage, sowie Festsetzung der offenen Bauweise.

Herr Hauswaldt übernimmt den Vorsitz wieder.

Herr Bürgermeister Meyer: Bei den Anträgen, wie sie von dem Herrn Referenten der Versammlung unterbreitet sind, vermissen ich den Antrag auf Zustimmung der Herren Stadtverordneten, daß die Straße gleichzeitig zur Ortsstraße erklärt wird. Die Bearbeitung der Sache liegt für mich schon eine Reihe von Wochen zurück, es ist mir deshalb nicht mehr sinnlich, ob nicht schon früher die Straße zur Ortsstraße erklärt ist. Sollte das noch nicht geschehen sein, so bitte ich das heute zu tun. Es ist das wegen des Straßenbaustatuts nötig.

Die Versammlung stimmt den vom Herrn Referenten der Baukommission und vom Herrn Bürgermeister vorgetragenen Anträgen zu.

8. Ausbau der Raabestraße zwischen Schillerstraße und Riddagshäuserweg.

Herr Kieck: Die genannte Straße soll bei einer Gesamtbreite von 16 m derartig ausgebaut werden, daß 6 m auf die Fahrbahn und je 5 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Ersterer soll auf chausseierter Unterlage mit einer Leermacadamdecke versehen werden, letztere sollen durch Granitbordquader von der Fahrbahn abgetrennt und an den Vorgärten entlang mit einem Plattenbelage von je 2,40 m Breite versehen werden. Zwischen dem Plattenbelage und der in einer Breite von 0,40 m neben den Bordquadern vorgeesehenen Chausseierung sollen Rasenstreifen von 2 m Breite angelegt und durch Raseneinfriedigungen abgegrenzt werden. Außerdem soll auf den Fußwegen je eine Reihe Laubbäume innerhalb des Rasenstreifens angepflanzt werden. Demnach belaufen sich die Kosten für Grunderwerb auf 33 000 M und für den Straßenbau auf 27 000 M, zusammen auf 60 000 M. Der voraussichtliche Einheitsbeitrag der Anlieger bei einer Frontlänge der Straße von 358 m ist auf 167,60 M ermittelt. Der Ausbau wird für Rechnung des Herrn Architekten Zinkeisen ausgeführt, wie wir bereits am 30. März d. Js. beschlossen haben. Der Magistrat ersucht uns heute, das Projekt zu genehmigen und außerdem uns einverstanden zu erklären, daß diese, in den Plänen früher mit Nr. 540 bezeichnete Straße zur Ortsstraße erklärt wird. — Die Baukommission gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Dem Ausbau der Straße und ihrer Erklärung zur Ortsstraße wird von der Versammlung zugestimmt.

9. Gasversorgung der Hofhaltungsgebäude zwischen Kasernenstraße und Sagenstraße.

Vorsitzender: Da Herr Mohr, der das Referat für die Finanzkommission über diesen Punkt übernommen hatte, verreist ist, so werde ich Ihnen darüber berichten. Die Sache liegt folgendermaßen: Die Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke hat mit dem Hofmarschallamt eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die Hofhaltungsgebäude zwischen Kasernenstraße und Sagenstraße an das Gasnetz angeschlossen werden sollen, wenn die Stadt die zu 800 *M* veranschlagten Kosten des Hauptrohrs trägt, daß dabei aber auf eine Kündigung des Gasanschlusses für die nächsten zehn Jahre von der Hofhaltung verzichtet wird. Das Gashauptrohr muß parallel mit der Kaiser-Wilhelm-Straße gelegt werden, jedes Haus hat aber für sich die innerhalb der einzelnen Grundstücke zu legenden Abzweigungsrohre selbst zu bezahlen. Der Magistrat ist der Meinung, daß es mit Rücksicht auf die in Rede stehende größere Zahl von Abnehmern zweckdienlich erscheint, in diesem Falle die Hauptleitung, die einem Straßenrohr gleichzuachten sein dürfte, auf städtische Kosten herzurichten. Die Finanzkommission ist der gleichen Ansicht und empfiehlt Ihnen, die 800 *M* zu Lasten des Refervefonds des Gaswerks zu verwilligen.

Die 800 *M* zu dem gedachten Zwecke werden verwilligt.

10. Entsendung von Deputationsmitgliedern und eines Beamten nach der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden.

Die Straßenreinigungsdeputation hat sich kürzlich mit dem von den städtischen Behörden gehegten Wunsche einer Änderung der Müllabfuhr beschäftigt und ist sich dabei auch über die zu machenden Vorschläge schlüssig geworden. Sie hält es jedoch mit Rücksicht darauf, daß die Frage der Müllabfuhr noch keineswegs allgemein ausreichend geklärt und es deshalb auch ausgeschlossen sei, das eine oder andere System als das für Braunschweig zweckmäßigste zu bezeichnen, für rätlich, vor endgültiger Beschlußfassung die Abteilung „Beseitigung der Abfallstoffe“ der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden zu besichtigen, da diese nach den eingegangenen Mitteilungen sehr gut besichtigt sei und sich zur Information vortrefflich eigne. — Der Magistrat stimmt der Deputation darin zu, daß die Besichtigung der Ausstellung die hier eingeleiteten Verhandlungen nur fördernd und auf die Entscheidung der städtischen Behörden von

günstigem Einfluß sein kann. Er hält es deshalb für zweckmäßig, der Anregung der Deputation stattzugeben, und richtet in Verfolg dessen an die Stadtverordneten-Versammlung das Ersuchen, sich unter Bewilligung von je 100 *M* Reisekosten für die drei Deputationsmitglieder damit einverstanden zu erklären, daß sie zu dem bezeichneten Zwecke die Dresdener Ausstellung besuchen. — Da es sich aus den angegebenen Gründen empfiehlt, die Ausstellung auch durch den Marstallverwalter Fuhrmann besichtigen zu lassen, ersucht der Stadtmagistrat, auch dessen Entsendung zuzustimmen und hierzu den Betrag von 60 *M* zur Verfügung zu stellen.

Für den abwesenden Herrn Stadtverordneten Löhnefinke erstattet der Herr Vorsitzende Bericht über diesen Punkt und fährt fort: Die Finanzkommission hält die 360 *M* für gut angewandt und empfiehlt Ihnen, dem Vorschlage des Magistrats zuzustimmen und die geforderten Mittel zu bewilligen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

11. Verlegung eines eisernen Wasserrohrs zwischen den beiden Männerbadeanstalten.

Herr Meyerhoff: Der Gegenstand steht nicht auf der Ihnen zugesandten Tagesordnung. — Nach dem Abkommen mit dem Pächter der städtischen Badeanstalt ist dieser nicht berechtigt, irgendwelche Getränke an das Publikum abzugeben. Bei der in diesem Sommer herrschenden Hitze hat es sich nun aber herausgestellt, daß die Badegäste, trotzdem sie aus dem Wasser gekommen sind, auch der inneren Anfeuchtung bedürftig sind. Nun schlägt Ihnen der Magistrat vor, das Wasserrohr, welches von der Hennebergstraße an den alten Tennisplätzen des Bürgerparks vorbeigeht, bis zu den beiden Badeanstalten zu verlängern. Zur Versorgung dieser Anstalten würde ja nun ein 25 mm weites Bleirohr genügen. Da aber die städtische Bauverwaltung zum Sprengen des Rasenplatzes des Parks die Anlage von Unterflurhydranten plant, und bei einer späteren Anlage von Wasserklosetts in den Badeanstalten eine ausreichende Spülung gewährleistet werden muß, so empfiehlt sich die Verlegung eines 80 mm eisernen Rohres, das im ganzen nur 30 *M* mehr kosten würde als das Bleirohr. Die Kosten sind auf 1300 *M* veranschlagt. — Im Namen der Baukommission schlage ich Ihnen vor, die 1300 *M* zu verwilligen.

Herr Kiefe: Ich möchte beantragen, daß der Ausschank von alkoholfreien Getränken auf den beiden Badeanstalten gestattet werden möchte. Die Verfü- gung des Magistrats, daß selbst alkoholfreie Getränke dort nicht aus- gegeben werden, ist zu ändern.

werden sollen, ist mir ganz weltfremd vorgekommen. Nun höre ich noch, daß dort auch keine Wasserleitung sich befindet. Sollen denn die Badenden Okerwasser trinken? oder was sonst? Für den Ausschank alkoholischer Getränke bin ich auch nicht, das ist nicht notwendig; aber doch sollte man den Bademeistern freigegeben, daß sie den Badegästen eine Erquickung durch alkoholfreie Getränke bieten dürfen.

Herr F r e d e: Die Ausführungen des Herrn Kollegen Kieße möchte ich aufs beste unterstützen. Ich bin ein regelmäßiger Badegast und habe mich aus eigener Anschauung überzeugen können, wie unangebracht die Bestimmung ist, daß keine Getränke verabfolgt werden sollen. Es sind unter den Badenden Leute, die ein Sonnenbad nehmen und sich längere Zeit in der Badeanstalt aufhalten. Da macht sich in solch einem heißen Sommer der Durst fühlbar. Es handelt sich hier um die Befriedigung des soliden Durstes. Ein kleiner Imbiß bekommt nach dem Bade sehr gut, und ich möchte wissen, was dann an dem Trinken von Limonade oder Sauerbrunnen auszusehen wäre! Die Sache ist also wohl zu scharf aufgefaßt, und ich möchte um einstweilige Aufhebung der Vertragsbestimmung bitten, bis später ein neuer Vertrag gemacht wird.

Herr Bürgermeister M e h e r: Der Vertrag mit den Bademeistern ist seinerzeit mit Ihrer Zustimmung abgeschlossen; ich kann deshalb nur zurückweisen, daß die Stellung, die der Magistrat eingenommen hat, eine weltfremde sei. Sollte das zutreffen, so gilt das auch für die Stellung der Stadtverordneten. — In dem Vertrage über die Verpachtung der Zivilbadeanstalten steht ausdrücklich, daß der Ausschank von Getränken verboten ist. Hätten seinerzeit die Herren schon Wert darauf gelegt, daß diese Bestimmung wegfalle, so wäre es nicht ausgeschlossen gewesen, daß der Magistrat Ja dazu gesagt hätte. Bis heute sind wir nur in der Lage gewesen, den Standpunkt des Vertrages aufrecht zu erhalten, und haben deshalb schon mit der Drohung der Vertragslösung vorgehen müssen. Übrigens halte ich es auch jetzt noch nicht für nötig, daß derartige Getränke verabfolgt werden, besonders dann nicht, wenn eine Wasserzuführung erfolgt, wie die Vorlage vorsieht. Weiter aber auch deshalb nicht, weil der Magistrat aus älteren Erfahrungen gelernt hat, daß gleich die ganze Hand genommen wird, wenn man den kleinen Finger bietet. Überschreitungen auf diesem Gebiete sind auf der Tagesordnung, nicht bloß außerhalb, sondern auch innerhalb Braunschweigs. Es ist wohl das richtigste, wir lassen es dabei, daß nur eine Zuführung von Leitungswasser erfolgt. Damit wird jedenfalls den billigen Ansprüchen, die jeder an die gesamte Einrichtung stellen kann, Genüge geleistet.

Herr F r e d e: Ich möchte trotzdem meine Bitte wiederholen. Ich bin seit zwanzig Jahren Badegast in der städtischen Anstalt und habe nicht bemerkt, daß durch Verabreichung von Getränken durch den Bademeister Übelstände eingetreten sind. Es ist auch keine Flasche Bier öffentlich getrunken, und sollte einmal Bier getrunken sein, dann hat sich der Betreffende in den Verschlag des Bademeisters versüßt, so daß dies kein Ärgernis erregen konnte. In diesem Sommer ist es ganz besonders böse zu fühlen gewesen, daß die Badeanstalten kein Trinkwasser gehabt haben. Bezug nehmen möchte ich auf die andern Badeanstalten; die städtische Frauenbadeanstalt z. B. hat die Erlaubnis zum Ausschank. (Widerspruch des Herrn Bürgermeister.) Ich weiß, daß dort alkoholfreie Getränke ausgeschenkt werden, und auf der Bahnhofsbadeanstalt geschieht das auch, da wird sogar Bier ausgeschenkt. Ich sehe die Verabreichung von alkoholfreien Getränken für harmlos an und möchte nochmals bitten, ihn hier zuzulassen.

Herr Bürgermeister M e y e r: Ich weise darauf hin, daß der Vertrag mit dem Pächter der städtischen Frauenbadeanstalt auch die Bestimmung enthält, daß es nicht gestattet sein soll, Getränke auszuschenken. Hier haben Sie schon den Beweis, daß die Vertragsbestimmungen nicht beachtet werden.

Herr S e n k i n g: Ich möchte mich auch für den Antrag aussprechen, daß eine Trinkwasserleitung zu den Badeanstalten hinausgelegt wird, aber dagegen, daß Getränke, wie von Herrn Frede vorgeschlagen wurde, von den Bademeistern abgegeben werden dürfen. Sie haben aus dem Munde des Herrn Bürgermeisters gehört, daß die Gefahr vorliegt, daß das Verbot übertreten wird. Es könnte ja scheinen, daß es gut wäre, wenn der Ausschank alkoholfreier Getränke gestattet würde; ich glaube aber, es ist richtiger, man versagt das, schon aus dem Grunde, der ausgesprochen wird in dem Satz: Führe mich nicht in Versuchung! Übrigens ist es viel gesunder, vor Tisch nicht kalte Getränke in den Magen hineinzugießen, sondern den Durst zu bezwingen. Wenn heutzutage das Streben dahin geht, daß jeder in der Lage sein soll, seine Bedürfnisse und Leidenschaften schnell zu befriedigen, so halte ich das für nicht in der Ordnung. In erziehlicher Hinsicht ist es besser, daß die Jugend auch lernt, etwas Durst zu ertragen. — Aus den beiden Gründen bitte ich, den Antrag der Herren Kiefe und Frede nicht anzunehmen.

Ich bitte, noch eine Bemerkung machen zu dürfen. Ich hätte wohl auch vorhin Gelegenheit dazu gehabt, kann es aber auch bei dieser Gelegenheit erwähnen. Es handelt sich um die Entnahme von Trinkwasser aus der Leitung. Ich habe oft bemerkt, daß die Leute lange Zeit das Wasser der Leitung fort-

laufen lassen, um einen kühlen Trunk zu erhalten. Dadurch wird viel Wasser verschwendet. Ich gönne einem jeden einen kühlen Trunk in dieser ungewöhnlich heißen Zeit, möchte aber doch bitten, das Wasser nicht ungenutzt weglaufen zu lassen.

Herr Meyerhoff: Ich möchte noch bitten, wenn Sie, wie ich annehme, die Vorlage genehmigen, zugleich auch den Wunsch auszusprechen, daß die Anlage sofort ausgeführt wird, denn Eile tut wirklich not, um so mehr, da wir vom Herrn Bürgermeister gehört haben, daß an eine Befreiung der Pächter von dem Verbot, alkoholfreie Getränke auszuschenken, nicht gedacht werden kann.

Herr Ribbentrop: Daß der Ausschank von Selters und andern alkoholfreien Getränken nicht stattfinden soll, weil es möglich ist, daß mit der Erlaubnis Mißbrauch getrieben werden könnte, kann ich nicht gutheißen. Hat der Betreffende die Erlaubnis bekommen, dann mag er sie ausüben und Überschreitungen mögen bestraft werden. Ich kann mich nicht dafür erwärmen, daß den Badegästen nicht einmal ein Glas Zitronenwasser oder „Balhorns Zitrone“ gereicht werden soll. Ich bitte die Herren, diesen Antrag des Herrn Frede zu unterstützen und zu genehmigen.

Vorsitzender: Wir würden zunächst die Legung der Wasserleitung zu genehmigen haben und könnten dann unsererseits daran die Bitte knüpfen: Der Magistrat möge von neuem prüfen, ob nicht der Vertrag mit den Pächtern der Badeanstalten dahin geändert werden könnte, daß ihnen die Erlaubnis zum Verkauf alkoholfreier Getränke an die Badegäste erteilt wird. Wenn so beschlossen wird, so werde ich dem Magistrat in dem Sinne antworten, und der Magistrat würde uns dann nach seiner Gepflogenheit darüber eine Rückäußerung geben.

Herr Ribbentrop: Ich möchte noch den Antrag stellen, daß die Erlaubnis nicht nur für die Männerbadeanstalten, sondern auch für die Frauenbadeanstalten erteilt werden möchte.

Die 1300 M für Anlegung der Wasserleitung werden verwilligt und darauf mit großer Majorität angenommen, daß der vom Herrn Vorsitzenden präzipierte Wunsch dem Magistrate ausgesprochen wird.

12. Verwilligung von Stempelkosten.

Der Frauenhilfsverein „Elisabeth“ hat ein ihm von dem aufgelösten „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ zu Zwecken der Volksküche überwiesenes Kapital im Nennwerte von 12 000 *M* bei Aufgabe des Volksküchenbetriebes am 1. April d. Js. der Stadt zu gleicher Verwendung übereignet. Der Magistrat hat das Kapital der Kasse für Wohlfahrtsseinrichtungen überwiesen. — Wegen des als Schenkung anzusehenden Übereignungsaktes ist der Stadt jetzt vom Herzoglichen Erbschaftssteueramte eine Steuerauflage über 555 *M* zugefertigt, welche, wenn nicht von den städtischen Behörden anders beschlossen wird, von dem der Stadt überwiesenen Kapital bestritten werden müßte. Diese verhältnismäßig bedeutende Kürzung des Kapitals erscheint wegen der dadurch herbeigeführten Beeinträchtigung des damit verfolgten Zweckes dem Magistrat sehr bedauerlich. Er richtet deshalb an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß jene 555 *M* aus den laufenden Einnahmen der Kasse für Wohlfahrtsseinrichtungen bestritten werden.

Nachdem Herr W o l t e r s über die Angelegenheit Bericht erstattet, und den Antrag des Magistrats namens der Finanzkommission zur Annahme empfohlen hat, beschließt die Versammlung der Vorlage gemäß.

13. Behandlung einer Eingabe betr.

Vorsitzender: Es ist ein Schreiben des Herrn Anton Mantaj, Kuhstraße 5, zurzeit Herzogliches Krankenhaus, eingegangen, das an die vereinigte Stadtverordneten-Versammlung und Stadtmagistrat, zu Händen des Vorsitzenden, Herrn Herrn. Hauswaldt, gerichtet ist. Der Schreiber beschwert sich über die Art und Weise, wie sein Krankenkassengeld verrechnet ist. Ob wir da zuständig sind, weiß ich nicht, auch nicht, ob sich der Magistrat schon mit der Sache beschäftigt hat.

Herr Stadtrat W a g n e r: Der Geschäftsgang bei solchen Beschwerden ist folgender: Wenn der Betreffende Beschwerde über die Krankenkasse zu führen hat, so hat er sie beim Stadtmagistrat einzureichen. Ist sie dort schon erledigt, so würde der Mann, was ihm am Schluß der Entscheidung des Magistrats ausdrücklich mitgeteilt wird, die Klage beim Verwaltungsgericht zu stellen haben.

Herr S a s p e r: Ich bin über den Fall unterrichtet. Es handelt sich weniger um eine Krankenkassensache. Der Mann ist im Krankenhaus und seine

Familie bekommt von der Krankenkasse die Hälfte des Krankengeldes zugewiesen. Später ist die Frau erkrankt und liegt jetzt im Krankenhause zum Roten Kreuz. Nun wird das Geld, das der Mann für seine Familie bekommen hat, von der Stadt einbehalten und dem Roten Kreuz als Verpflegungskosten für die Frau überwiesen, so daß die Stadtverwaltung entweder als Armeninstanz oder als eine Instanz für das Rote Kreuz tätig gewesen ist.

Vorsitzender: Mir liegt selbstverständlich daran, daß wir den Leuten, die sich an uns wenden, vollkommen Gehör schenken. Ich glaube, wir kommen zum Ziele, wenn wir die Beschwerde an Herrn Stadtrat Wagner abgeben mit der Bitte, er möge liebenswürdigst prüfen, ob eine Beschwerde beim Magistrat schon eingegangen ist, und uns kurz darüber berichten.

14. Antrag Fricke, Verbindung des Teiches im Stadtpark mit der städtischen Wasserleitung betr.

Der Antrag lautet: Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Teich im Stadtpark mit der städtischen Wasserleitung in Verbindung zu bringen behufs Zuführung frischen Wassers.

Herr Fricke (zur Begründung): Meine Herren! Wie bei der großen Hitze alles leidet, so geht es auch mit dem Teich im Stadtpark. Man hat mir gesagt, daß er nicht in Verbindung mit fließendem Wasser stände, sondern aus Grundwasser bestehe. Nun ist in der letzten Zeit der Teich geradezu gefährlich geworden. Das Wasser war vollständig oder fast vollständig ausgetrocknet, nur in der Mitte hatte sich ein kleiner Lümpel gesammelt, auf den die Fische des Teiches angewiesen waren. Die beiden Schwäne spazierten im Moraste umher und viele Kinder — und das ist das Gefährliche — spielten in der Nähe und beschäftigten sich damit, die Fische und Schwäne zu füttern. Der freigewordene sumpfige Grund des Teiches roch sehr stark, und wenn das ein Arzt bemerkt hätte, so würde der befürchtet haben, daß eine Epidemie ausbrechen würde. Da sah ich eines Tages, daß ein Schlauch von dem Hydranten in der Bernerstraße zum Teich gelegt wurde und der Teich wieder frisch mit Wasser gefüllt wurde. Nun hat alles wieder seine Ordnung und die Gefahr scheint vorüber. Das dürfte doch aber für die Folge nicht so bleiben. Es scheint mir, als ob es nicht mit viel Unkosten verknüpft ist, daß ein Rohr von dem in der Nähe befindlichen Hydranten in den Teich hineingeleitet wird oder sonstwie Vorrichtungen geschaffen, damit der Teich von Zeit zu Zeit mit frischem Wasser gefüllt werden kann. Lieber würde ich es noch sehen, wenn man auch das alte Wasser einmal abführen

könnte. Da aber kein Kanal nach dem Franzjchen Felde zu liegt, scheint mir die Sache schwierig zu sein. Ich bitte, meinen Antrag zu unterstützen, um einer Gefahr vorzubeugen.

Der Antrag wird genügend unterstützt und vom Herrn Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

15. Anfrage Jasper, das Auftreten der Polizeibeamten am 7. August betr.

Vorsitzender: Die Anfrage des Herrn Stegmann ist wohl durch die Debatte als erledigt zu betrachten? (Zustimmung des Herrn Stegmann.) Sodann ist eine Anfrage des Herrn Dr. Jasper eingegangen.

Die Anfrage lautet: Was gedenkt der Stadtmagistrat zu tun, um einem künftigen Auftreten der Polizeibeamten wie am letzten Montage (7. August) entgegenzuwirken?

Herr Jasper (zur Begründung): Es wird Ihnen bekannt sein, daß am letzten Montage eine von meiner Partei einberufene Volksversammlung in den Gambirushallen stattgefunden hat, in der der Kandidat unserer Partei gesprochen hat. Als nach Schluß der Versammlung die Versammlungsteilnehmer ihren häuslichen Gefilden zustrebten und hauptsächlich durch die innere Stadt gehen mußten, um die südlichen und westlichen Stadtteile zu erreichen, hatten sie sich, wie das bei derartigen Fällen üblich geworden zu sein scheint, der besonderen Aufmerksamkeit der Polizeibeamten zu erfreuen. Es war von vornherein ein starkes Polizeiaufgebot vorgesehen; es waren nicht nur Polizeibeamte in Uniform, sondern auch eine sehr große Zahl von Polizeibeamten in Zivil vorhanden. Als nun die Menschenmassen auf dem Hagenmarke ankamen und naturgemäß nach verschiedenen Richtungen auseinandergehen mußten, fanden sie den Zugang zum Bohlweg und Casparistraße abgesperrt, so daß diejenigen, die südlich weitergehen oder den südwestlichen Stadtteil erreichen wollten, gezwungen waren, diese direkten Verkehrsstraßen zu umgehen. Dabei ist es nun zu Differenzen zwischen den Polizeibeamten und den von der Versammlung Heimkehrenden gekommen, aber auch zwischen Polizeibeamten und sonstigen Personen, die an der Versammlung nicht teilgenommen hatten. Die bürgerlichen Blätter berichten übereinstimmend, daß diese Absperrung im wesentlichen die Ursache der Konflikte gewesen ist. Ich erwähne die bürgerlichen Blätter, nicht, weil sie besonderen Glauben verdienen, sondern weil Ihnen, die Sie nicht Augenzeugen gewesen sind, dadurch diese Darstellung als wahr erscheinen möchte. Ich selber

habe Gelegenheit gehabt, zu beobachten und von einer ganzen Reihe von Augenzeugen zu hören, daß die Beamten in der rückichtslohesten Weise eingegriffen sind und auch auf solche Personen losgeschlagen haben, die nach ihrer eigenen Angabe und nach Angabe der Umstehenden und nach meiner Beobachtung nichts Unrechtes getan hatten. Sie hatten lediglich dagestanden, waren natürlich auch ungehalten darüber, daß sie ihren Weg nicht weitergehen konnten, und wurden nun in der auf dem Kasernenhof üblichen, weniger einem Bürger, der seine Steuern zahlt, angemessenen Weise angelassen. Da dieser Vorgang nicht vereinzelt dasteht, sondern augenblicklich einem System entspricht, das die neue Polizeiverwaltung hier durchführen will, so habe ich mir erlaubt, diese Anfrage an den Magistrat zu richten, denn für die Dauer kann ein derartiges Verhalten der Polizeibeamten den Bürgern der Stadt gegenüber nicht wohl ruhig angesehen werden. Bereits im vorigen Jahre, als im Januar auf dem Hagensharrn die großen Konflikte zwischen dem Publikum und den Polizeibeamten vorgekommen waren, hatte ich mir erlaubt, eine Anfrage ähnlichen Inhalts an den Magistrat zu richten. Die Antwort ist damals verschoben, weil die Vorgänge noch nicht genügend geklärt seien. Was für eine Schlußfolgerung inzwischen aber der Magistrat als ausführendes Organ unserer Verwaltung aus diesen Vorgängen gezogen hat, ist mir nicht bekannt geworden. Vielleicht nimmt der Stadtmagistrat Gelegenheit, auch hierauf zurückzukommen. Ich möchte meinen Standpunkt besonders dahin präzisieren, und auch bitten, im Magistrat zu berücksichtigen, daß doch die Straßen in erster Linie, wie das geflügelte Wort des Polizeipräsidenten von Jagow lautet, dem Verkehr zu dienen bestimmt sind, daß aber derartige Maßnahmen, wie hier von der Polizei beliebt werden, diesem Verkehrsinteresse und dem allgemeinen bürgerlichen Interesse kaum dienlich sein können. Es kommt hinzu, daß über die Art des Vorgehens der Polizeibeamten, die unmittelbar der städtischen Verwaltung leider nicht unterstehen, ein großer Schleier waltet. Als vor Jahresfrist der Weimelerprozeß und die Krawallprozesse vor dem Landgerichte schwebten, war es eine Überraschung für viele, wenn nicht die überwiegende Mehrzahl, ja fast sämtliche Anwesenden, einen Teil der Dienstankündigung der Polizeibeamten kennen zu lernen. Es wird den Herren erinnerlich sein, welch ein Geheimnis man über diese Dienstankündigung zu verbreiten versuchte, die doch nicht nur für die Beamten, sondern auch für das Publikum Vorschriften enthält. Beispielsweise war damals darin enthalten, wenn gepfiffen würde, sollte das Publikum zurückgehen, oder vorwärts, oder sonst etwas. Am Montag wurde auch gepfiffen, aber die Polizeibeamten verfahren diesmal anders. Anscheinend haben also die Polizeibeamten eine veränderte Instruktion bekommen. Es ist aber doch notwendig, daß, in solchen Zeitläuften zumal, die Dienstankündigung so geregelt wird, daß nicht der Polizeifäbel

oder, wie es modern geworden ist, der Gummiknüppel das einzige Regiment auf der Straße hat. Es scheint, als ob Herr Wobejer den Spuren des Herrn Jagows auch insofern nachzuwandeln beliebt, als jetzt gleich dreingeschlagen werden soll, denn so ist am Montag verfahren worden, daß sofort mit Gummiknüppeln geschlagen worden ist, ohne daß Tätlichkeiten irgendwie vorher stattgefunden hatten, so daß im schlimmsten Falle einige leichte Polizeiübertretungen vorlagen, von einem Grund zu einem derartigen rücksichtslosen Einschreiten aber keine Rede sein kann. Denn so weit ich unterrichtet bin, sind die Aufreizungen von den Polizeibeamten ausgegangen, indem sie in rücksichtsloser Weise vorgegangen sind und sich auch Ausdrücke bedient haben, wie sie an andern Stellen wohl am Platze sein mögen, aber nicht dem Publikum gegenüber. Festnahmen sind erfolgt, stundenlanges Festhalten auf der Polizei, obwohl die Personalien feststanden. Ich war selbst auf der Polizei; auf meine Bitte, einen Festgenommenen freizulassen, wurde mir erwidert: „Nein, der Hauptmann hat angeordnet, bis er zurückkomme, solle der Festgenommene hier bleiben.“ Das ist sicher kein sachgemäßes Vorgehen zu nennen, das läßt einen Rückschluß zu, wenn man in der Seele der Polizeigewaltigen zu lesen versteht und etwas die Polizeigeschichte der Orte kennt, woher den gegenwärtigen Herrn die Polizeiherrscher bezogen haben. In Berlin ist bekannt, daß Achtgroßenzungen, daß Spikel ihr Handwerk treiben, und in der Arbeiterschaft ist die Überzeugung gewurzelt, daß hier auch so gearbeitet werden soll, daß da Elemente am Werke sind, die lediglich die Arbeiterschaft von dem entschlossenen, zielbewußten Wege der Wahlbewegung, der ruhigen Demonstration ableiten soll, und hier Gelegenheit geben, um Putzche zu machen, wie es einem Napoleon Bonaparte und andern Polizeigewaltigen anstehen mag, aber nicht im Ziele der Sozialdemokratie liegt. Ich sehe darin, wenn derartige Anzeichen vorhanden sind und sich mehrten, wenn bei jeder Versammlung, auch denen, die irgendwie etwas mit Demonstrationszwecken nicht zu tun haben, ein derartiges außergewöhnliches Polizeiaufgebot zusammengezogen und angewiesen wird, bei jeder sich bietenden Gelegenheit rücksichtslos dreinzuschlagen und keine Schonung zu kennen, wenn die Absperungsmaßnahmen in dieser rücksichtslosen Weise durchgeführt werden, eine Gefahr für die Ruhe und Sicherheit der Stadt und würde es aus diesen Beweggründen für geboten halten, daß der Magistrat in Erwägung eintritt, ob nicht der Einfluß der Stadt in die Waagschale geworfen werden sollte, um derartigen allgemeinen Gefahren entgegenzuarbeiten und an die Polizei heranzutreten mit der Forderung, derartige Provokationen und Verkehrsstörungen zu unterlassen und Klarheit zu verbreiten über die Vorschriften, nach denen die Polizei im Verkehr mit dem Publikum, besonders bei derartigen Anlässen, verfahren soll, damit man weiß, woran man ist.

Herr Stadtrat W a g n e r: Der Magistrat kann auf die Anfrage antworten, daß über die Vorgänge, die hier geschildert sind, ihm nichts Genaueres bekannt ist, daß ihm auch Mittel nicht zu Gebote stehen, authentische Feststellungen über die Vorgänge, die von beteiligter Seite verschieden geschildert werden, zu schaffen. Denjenigen, die sich beschwert fühlen, ist nur zu raten, daß sie sich an die Stellen wenden, die der Polizei vorgesetzt sind, das ist die Herzogliche Polizeidirektion und die Herzogliche Landesregierung. Sind Übergriffe vorgekommen, so würden diese Stellen in der Lage und bereit sein, den Wünschen der Beschwerdeführer Rechnung zu tragen.

Herr Ohlendorf beantragt, in eine Besprechung der Anfrage einzutreten. Auf Anfrage des Herrn V o r s i z e n d e n unterstützen nur sieben Herren diesen Antrag. Die Besprechung kann deshalb nicht stattfinden.

16. Stromabgabe seitens des Lichtwerks an die Herzogliche Technische Hochschule.

Herr J a s p e r: Es ist den geehrten Herren bekannt, daß wir von der Einnahme des Lichtwerks der Straßeneisenbahn-Gesellschaft eine Abgabe erhalten von dem Bruttoumsatz und eine weitere Abgabe von dem Nettoumsatz. Das Lichtwerk liefert nun in steigendem Maße für die Lichtbildervorträge und für die Laboratorien in der Hochschule elektrischen Strom, und die Hochschule war mit dem Lichtwerk in Verhandlung getreten, ihr den für diese Bildungszwecke verwendeten elektrischen Strom billiger zur Verfügung zu stellen. Das Lichtwerk meint, den Wunsch der Hochschule mit Rücksicht auf die Abgabe an die Stadt nicht ohne weiteres gewähren zu können, und hat an die Stadtverwaltung das Ersuchen gerichtet, durch ein Entgegenkommen zu ermöglichen, daß auf den Wunsch der Technischen Hochschule eingegangen werden kann. Der Magistrat hat sich diesem Angehen gegenüber grundsätzlich wohlwollend verhalten, auch der technische Beirat der Stadt hat ein Entgegenkommen für zulässig gehalten, und nun tritt der Stadtmagistrat an uns heran mit dem Ersuchen, zuzustimmen, daß der Technischen Hochschule der Strom vom Lichtwerk unter den der hiesigen Stadt eingeräumten Bedingungen geliefert und auf Zahlung einer Abgabe an die Stadt von der betreffenden Bruttoeinnahme verzichtet wird. — Die Finanzkommission hat die Verhältnisse geprüft und ist der Ansicht, daß das Entgegenkommen durchaus zu billigen ist. Die Stadt soll also eine Einnahme von der Nettoeinnahme erhalten, aber auf die Abgabe für die Bruttoeinnahme verzichten. Es sind immerhin einige hundert Mark im Jahre, die für uns nicht so zu Buche schlagen wie für die Technische Hochschule.

Die Versammlung ist mit dem Abkommen einverstanden.

Vorsitzender: Die nächste Versammlung wird am ersten Donnerstag im September, also am 7. September, stattfinden, und von da an werde ich jedesmal am ersten und dritten Donnerstage im Monat die Stadtverordneten zusammenrufen. — Ich schließe die heutige Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4½ bis 6½ Uhr.

Berichtigung: Auf Seite 161, 1. Zeile (Bericht Nr. 4), ist als Redner angeführt: Herr Frühlings; es muß heißen: Herr Friede.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 7. September 1911.

Tagesordnung:

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Wegfall der Benzolverwendung bei Herstellung des Gases und Einführung von Gasautomaten | Seite 296 |
| 2. Antrag des Stadtverordneten Jasper auf Anberaumung regelmäßiger Stadtverordnetenitzungen | " 319 |
| 3. Aufhebung der Interessentenwege Nr. 127/128 | " 324 |
| 4. Abschluß eines Haftpflichtversicherungsvertrages | " 324 |
| 5. Abänderung des Ortsbauplans bezüglich der Straßen Nr. 508/509 | " 325 |
| 6. Erhöhung der städtischen Beihilfen für den Braunschweiger Frauenverein | " 326 |
| 7. Veteranenunterstützung betreffend | " 327 |
| 8. Ausbau der Gellerstraße zwischen Neustadtring und Landeseisenbahn | " 329 |
| 9. Aufnahme der Straße 559 in den Ortsbauplan und Ausbau derselben | " 330 |
| 10. Regelung der Gehaltsverhältnisse der Stadtgeistlichen | " 332 |

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Meyer, Stadtrat von Frankenberg, Stadtrat Wagner, als Magistratskommissar Herr Direktor von Feilich.

Entschuldigt die Herren Eckhardt, Fricke, Hartung, Henking, Kleinknecht, Löhnefinke, Ribbentrop, Schmidt, Wese-meier.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, teilt mit, daß folgende Schriftstücke eingegangen sind:

Eine Einladung zu dem 3. internationalen Kongreß für Wohnungshygiene in Dresden in der Zeit vom 2. bis 7. Oktober d. Js.

Ein Schreiben des Vorstandes der Klempner- und Installateur-Innung, in dem gebeten wird, die hiesigen ständigen Installateure mit der Herstellung der Gasleitungen usw. bei der Aufstellung von Gasautomaten zu beauftragen. Das Schreiben ist sämtlichen Stadtverordneten zugegangen.

Ein Schreiben der Bezirksgruppe Braunschweig des Verbandes deutscher Eisenwarenhändler, durch das gebeten wird, von der beabsichtigten Herleihung von Gaskochapparaten Abstand zu nehmen. Ein gleiches Schreiben ist an den Magistrat eingegangen; das vorliegende wird zu den Akten genommen.

Gedichte von Heinrich Brandes, Bildhauer und Lehrer a. D. an der Herzoglichen Baugewerkschule zu Holzminden, vaterländische Stoffe und Volkswohlfahrt behandelnd. Sie werden zur Einsicht auf den Tisch des Hauses niedergelegt.

Eine Einladung von der Drogistenakademie Braunschweig zur Besichtigung der am 17. September stattfindenden Ausstellung der von den abgehenden Besuchern der Akademie während ihres Studiums ausgeführten schriftlichen, praktischen und photographischen Arbeiten.

Eine Eingabe von der Turnerschaft des Arbeitervereins, vom Turnklub und der Turner-Brüderschaft wegen Überlassung eines von den drei Vereinen gemeinsam zu benutzenden Turn- und Spielplatzes durch die Stadt. Das Schreiben wird zu den Akten genommen, da ein gleiches an den Magistrat gerichtet ist.

1. Wegfall der Benzolverwendung bei Herstellung des Gases und Einführung von Gasautomaten.

Herr Leue: Die Vorlage liegt Ihnen allen gedruckt vor und ich kann mich wohl infolgedessen etwas kürzer fassen. Es handelt sich um zwei Punkte: 1. Um den Fortfall der Verwendung von Benzol bei der Herstellung unseres Gases und 2. um die Einführung von Gasautomaten. Was zunächst den ersten Punkt betrifft, so ist Ihnen bekannt, daß bisher zur Herstellung unseres Gases Benzol verwendet wurde, und zwar jährlich 150 000 kg im Werte von 25 000 Mark. Es hat sich herausgestellt, daß die Verwendung von Benzol nachteilige Wirkungen auf die Gasleitungen hat, insbesondere werden durch dieses Benzol die Innenwände der Gasrohre angegriffen, ebenso werden dadurch auch die Lederbälge in den Gasuhren unvorteilhaft beeinflusst. In der Lagerung großer Mengen von Benzol auf dem Gaswerke ist eine nicht unerhebliche Feuergefährdung zu erblicken. Diese Umstände haben die Deputation der Gas- und Wasserwerke und die Verwaltung der Gaswerke veranlaßt, darauf hinzu-

wirken, daß Benzol in Zukunft nicht mehr zur Gasbereitung benutzt werden möge. Es würde dadurch eine Ersparnis von etwa 30 000 Mark erzielt. Auf der anderen Seite würde allerdings das Gas in seiner Heizkraft beeinflusst werden, indem der Heizwert um 150 Kalorien sinkt, was einer Verminderung des Heizwertes um 3 Prozent gleichkommt. Man könnte das Gas noch etwas besser durch die sogenannte englische Cannellohle herstellen. Aber auch die Verwendung dieser Kohle ist von großen Nachteilen begleitet, so daß diese Kohle in Deutschland zur Gasbereitung nicht mehr benutzt wird. Selbst in England geht man dazu über, sie nicht mehr hierfür zu verwenden. Hauptsächlich kommt in Betracht, daß diese Kohle nicht mit maschinellen Einrichtungen, wie wir sie mit großem Kostenaufwande hergestellt haben, in die Retorten hincingebracht werden kann, sondern nur von Menschenhand, was einen Rückschritt gegen die jetzigen Verhältnisse bedeuten würde. Alles dieses hat dazu geführt, in Aussicht zu nehmen, den Benzolzusatz fortzulassen und eine Herabminderung des Heizwertes des Gases dabei in Kauf zu nehmen. Es wird nun vorgeschlagen, um den Konsumenten für diesen Minderwert des Gases einen Ausgleich zu bieten, in Zukunft die Erhebung einer Miete für die Gasmesser wegfällen zu lassen, sofern ein je nach der Größe des Gasmessers festgesetzter Mindestverbrauch stattfindet. Von denjenigen, die einen solchen Mindestverbrauch nicht haben, würde allerdings eine Gasmessermiete nach wie vor zu zahlen sein. Es ist hierbei zu bemerken, daß eine Verminderung der Leuchtkraft des Gases insofern stattfindet, daß eine offene Gasflamme in Zukunft nicht denselben Leuchtwert haben wird wie jetzt. Aber da offene Flammen wohl kaum noch irgendwo zu Leuchtzwecken benutzt werden, so würde dieser Umstand kaum Berücksichtigung verdienen. Denn bei fast allen Gasflammen werden Muer-Brenner oder ähnliche Einrichtungen verwendet, so daß die verminderte Leuchtkraft des Gases gar nicht in Frage kommt, nur die Heizkraft.

Nun ist in der Kommission auch gefragt, wie denn in anderen Städten die Herstellung stattfände. Wie schon bemerkt, wird in den deutschen Gaswerken Benzol zurzeit überhaupt nicht mehr verwendet, sondern nur noch in Braunschweig. Herr Direktor von Feilich, der in der Sitzung der Kommission zugegen war, hat mir soeben eine kleine Zusammenstellung gegeben über die Verhältnisse in den anderen Städten, die sehr interessant ist, und die ich deshalb wenigstens auszugsweise zur Kenntnis der Versammlung bringen möchte. Der Heizwert des Gases in Braunschweig beträgt 5400—5600 Kalorien, nach Fortfall des Benzolzusatzes würde er 5300 Kalorien betragen. In Bremen hat das Gas einen Heizwert von 5168 Kalorien, in Osnabrück einen solchen von 5071, in Kassel 5320, in Magdeburg 4912, in Göttingen 5375, in Halle a. d. Saale 5235, in Hannover sind es wahrscheinlich 5000 Kalorien. Sie ergeben daraus,

daß in diesen Städten durchweg der Heizwert geringer ist, als er nach Fortfall der Benzolverwendung hier sein wird, und nur ein paar Städte vorhanden sind, in denen er dem unsrigen gleich oder eine Kleinigkeit höher sein wird. Damit würde auch der Einheitspreis des Gases zu vergleichen sein, der in Braunschweig, nachdem wir den verschiedenen Preis für Leucht- und Heizgas haben fortfallen lassen, 14 Pfennig beträgt. Kassel erhebt 16 Pfennig im Winter und 14½ Pfennig im Sommer, Bremen 13½ Pfennig. Wo doppelte Preise sind, wie in Osnabrück, beträgt er 16 Pfennig für Leuchtgas und 13 Pfennig für Heizgas, also im Durchschnitt mehr als bei uns, in Hannover 16 und 12 Pfennig, in Magdeburg 18 und 12 Pfennig, in Göttingen und Halle 16 und 12 Pfennig. Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß wir bei Fortfall des Benzolzusatzes immerhin noch zu gleichem oder geringerem Preise bei höherem oder mindestens gleichem Heizwerte wie andere Städte das Gas liefern. — Die Finanzkommission hat sich mit der Vorlage eingehend beschäftigt und ist schließlich zu dem Ergebnis gekommen, Ihnen vorzuschlagen, dem Fortfall des Benzols zur Herstellung des Gases zuzustimmen, ebenso auch dem Fortfall der Miete für die Gasmesser. Es ist auch die Frage erörtert, ob nicht noch ein weiteres Entgegenkommen den Konsumenten gezeigt werden könne, indem man für die Verschlechterung des Gases, die allerdings ganz gering ist, noch eine Verbilligung des Preises stattfinden lasse. Ein bestimmter Beschluß in dieser Richtung ist aber nicht gefaßt und konnte nicht gefaßt werden, weil die nötigen Unterlagen dafür nicht vorhanden waren, wohl aber ist in der Kommission beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, neben unserer Zustimmung zu den Magistratsvorschlägen den Magistrat zu ersuchen, er möge in Erwägungen eintreten, ob nicht noch eine Verbilligung des Gases stattfinden kann. Eine solche Maßnahme würde selbstredend vorher noch weitergehende Erörterungen nötig machen, deshalb glaubt die Kommission nur mit diesem Ersuchen an den Magistrat herantreten zu sollen.

Was den zweiten Teil, die Aufstellung von Gasautomaten betrifft, so ist in der Vorlage ausführlich dargelegt, in welcher Weise eine solche geschehen solle, insbesondere ist dabei auch ausgesprochen, daß die Kosten für die Gasleitung von dem Steigrohr bis zum Automaten und vom Automaten bis an die einzelnen Verbrauchsstellen vom Abnehmer zu tragen sind. Vorteilhaft für die Stadt würde diese Einführung von Gasautomaten nur sein, wenn recht viele Abnehmer sich entschließen, die Automaten zu verwenden. Da der Automat gratis von der Stadt geliefert wird, so muß selbstverständlich der Gaspreis bei den Automaten etwas erhöht werden, denn der Wert dieser Apparate muß verzinst werden, und auch eine Amortisation des Anschaffungspreises ist ins Auge zu fassen. Deshalb ist vorgeschlagen, als Preis für das cbm Gas 17 Pfennig fest-

zusehen und einen Mindestverbrauch von 18 cbm monatlich vorzuschreiben. Wird der Mindestverbrauch von 216 cbm im Jahre nicht erreicht, so wird für jedes fehlende cbm der Betrag von 3 Pfennig nachzuzahlen sein. Anzunehmen ist aber, daß in den meisten Fällen ein Mehrverbrauch von Gas stattfinden wird. In der Vorlage ist ausdrücklich betont, daß es sich einstweilen nur um einen Versuch handelt. Die Kosten sollen aus den Mitteln des Rezerbefonds zur Verfügung gestellt werden.

Bei Beratung dieser Vorlage ist in der Kommission auch die Eingabe der Installateure zur Sprache gekommen, und ich glaube, die Eingabe hier gleich mit der vorliegenden Sache verquicken zu können. In der Eingabe, die allen Mitgliedern der Versammlung vorliegt, wird darum ersucht, daß die hier an-jässigen Installateure damit beauftragt werden, die Arbeiten für Herstellung der nötigen Gasleitungen bei Aufstellung von Gasautomaten zu angemessenen Preisen auf Kosten der Stadt auszuführen. Die Gesuchsteller sind keineswegs der Ansicht, daß die Kosten der Abnehmer des Gases tragen solle, sondern die Stadt möge in diesem Falle als Arbeitgeber für die Installateure auftreten. Die Kommission hat auch diese Frage eingehend in Erwägung gezogen. Es wurde ihr jedoch in jener Sitzung die Mitteilung gemacht, daß bereits zwischen der Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke und den Installateuren Verhandlungen im Gange seien. Die Kommission glaubte, im Hinblick auf diese schwebenden Verhandlungen von einem Beschlusse absehen zu sollen, und ist der Meinung, daß sich ein Weg finden lassen werde, auf dem auch den Wünschen der Installateure entgegengekommen werden könnte, wenn nicht in vollem Umfange, so doch vielleicht in der Weise, daß ein Teil dieser Arbeiten den Installateuren in gewünschter Weise übertragen wird. In wie weit das möglich ist, wird natürlich mit davon abhängen, wie groß die Bestellungen auf Gasautomaten sein werden und wie schnell sie auszuführen sind. — Die Kommission empfiehlt Ihnen also auch die Annahme des Punktes 2 der Vorlage: „Die zur Beschaffung und Anbringung von Gasautomateneinrichtungen erforderlichen Mittel je nach Bedarf zu Lasten des Rezerbefonds der städtischen Gaswerke zu verwilligen.“

Diese ganzen Einrichtungen, sowohl die Beseitigung des Benzolzusatzes alsdann auch die Aufstellung von Gasautomaten, hat zur Folge, daß die „Bedingungen für die Abgabe von Gas aus den städtischen Gaswerken“ in einzelnen Punkten geändert werden müssen. In dem Anhang der Magistratsvorlage finden Sie in dem Nachtrage für die Statuten die einzelnen Paragraphen aufgeführt, durch die der Änderung Rücksicht getragen ist.

Ich möchte den Herrn Vorsitzenden bitten, uns seine Ansicht mitzuteilen, ob wir erst im allgemeinen über die Sache abstimmen, und dann an die einzelnen Paragraphen herangehen sollen.

Vorsitzender: Ich hatte mir gedacht, die Sache so zu teilen, daß wir zunächst in Erwägung treten über Punkt 1 und die damit in Zusammenhang stehenden Paragraphen, die zu ändern sind, und nachher die Gasautomaten und wieder die dazugehörigen Paragraphen behandeln. Vielleicht ist es aber auch übersichtlich, so zu verfahren, wie der Herr Referent vorschlägt. Ich bin also einverstanden, formell die Sache so zu behandeln, daß wir zunächst über Punkt 1 der Magistratsvorlage verhandeln. Ich eröffne die Beratung hierüber.

Herr Wolters: Über die technische Seite der Frage wird wohl schwerlich unter den geehrten Herren eine Meinungsverschiedenheit herrschen. Die Notwendigkeit der Nichtverwendung von Benzol ist in der Vorlage so klar auseinandergelegt, daß wir wohl diesen Ausführungen ohne weiteres folgen können. Nur in der finanziellen Seite könnte vielleicht unter den geehrten Herren in einigen Punkten eine Meinungsverschiedenheit eintreten. Die Herren werden zustimmen, daß es notwendig ist, gegenüber der Verschlechterung des Gases in irgendeiner Form auch städtischerseits den Abnehmern ein Entgegenkommen in finanzieller Hinsicht zu zeigen. Es dreht sich nun darum, ob auch die Form der Gegenleistung, wie sie der Magistratsantrag vorschlägt, die richtige ist: Der Magistrat sagt: Es soll künftig nicht mehr ein Gasmessermietzins erhoben werden. Dadurch fällt eine Einnahme von 38 000 Mark weg und die Ersparnis von 30 000 Mark durch Nichtverwendung von Benzol wird hierdurch nicht allein wettgemacht, sondern es werden noch weitere 8000 Mark eingebüßt. Mit der Finanzkommission stehe ich auf dem Standpunkt, daß das Entgegenkommen in dieser Höhe durchaus richtig ist. Im ersten Augenblick hatte ich in der Finanzkommission einer Meinung Ausdruck gegeben, der nicht widersprochen ist, von der ich aber jetzt einsehe, daß sie nicht richtig ist. Ich hatte befürchtet, daß der Wegfall des Gasmessermietzins eine Wertverschiebung des Mietpreises der Wohnung eintreten lassen könnte. Es ist jetzt aber wohl allgemein der Fall, daß die Mieter nicht allein das Gas selbst und direkt bezahlen, sondern auch die Miete für den Gasmesser. Diese Maßregel, den Gasmessermietzins fallen zu lassen, bedeutet also nicht etwa eine Gegenleistung, die nur einem Teile der Bürgerschaft zugute kommt, und hat auf das Verhältnis zwischen Mieter und Hauseigentümer keinen Einfluß. Alle Abnehmer von Gas werden durch sie in gleicher Weise getroffen. Das Bedenken, welches ich früher hatte, ist also hinfällig geworden, und ich erkenne die Absicht und ihre Durchführung durch den Magistratsvorschlag als durchaus richtig an.

Als zweiten Punkt möchte ich erwähnen: Die Finanzkommission hat gebeten, zu erwägen, ob nicht eine Verbilligung des Gaspreises eintreten könnte. Das ist von der Finanzkommission wohl nur so gemeint, daß gebeten wird, man

möchte uns die Unterlagen dafür zustellen. Es ist damit nicht etwa beabsichtigt, daß die Versammlung jetzt in diesem Augenblick Stellung nehmen soll, und daraufhin der Magistrat unsern Beschluß mit in Rechnung ziehen müßte. Ich möchte nur auf folgendes hinweisen: Vor einigen Tagen sind uns die Rechnungsabschlüsse für 1910/11 zugestellt. Daraus ist zu ersehen, daß wir im vorigen Jahr, wenn wir den Gaspreis nur um einen halben Pfennig ermäßigt hätten, 32 000 — 33 000 Mark, bei einer Ermäßigung um 1 Pfennig 66 000 Mark an Einnahmen eingebüßt hätten. Es ist dies nur ein Teil der Unterlagen, die für die Beratung nötig sind. Ich möchte mich heute in keiner Weise für noch gegen die Verbilligung des Gaspreises aussprechen, möchte aber verhindern, daß eine positive Beschlußfassung ohne die nötigen Unterlagen hier heute erfolgt. In sofern möchte ich mir erlauben, die Ausführungen des Herrn Referenten zu ergänzen.

Vorjizender: Ich möchte bemerken, daß der Herr Referent auch gesagt hat: „Die Finanzkommission bittet uns, zu beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht eine Verbilligung des Gases stattfinden kann.“ Das ist die mildeste Form und alle sachlichen Vorschläge sind noch vorbehalten.

Herr Jasper: Herr Dr. Wolters hat nur zu einem Teile recht, wenn er meint, daß der Nutzen der vorgeschlagenen Neuerung in vollem Umfange den Verbrauchern des Gases zugute kommt. Er hat im allgemeinen recht, soweit die Gasmessermiete in Betracht kommt; soweit aber die Anlage der Steigerohre in Frage kommt, so werden Sie mir beipflichten, daß das bisher im allgemeinen Sache der Hauswirte gewesen ist, und daß dieser Vorteil nicht unmittelbar den Abnehmern des Gases, sondern überwiegend den Hauswirten zufällt, die nun den Mietern den Anschluß nicht mehr selber zur Verfügung stellen. Auch in der Vorberatung in der Finanzkommission ist zum Ausdruck gekommen, daß wohl die Miete für den Gasmesser dem Abnehmer erspart bleibt, aber die Anlagekosten dem Hauswirte. Wo Herr Dr. Wolters diesen Unterschied, den festzustellen er selber mit mir in der Kommission angeregt hat, wieder zur Sprache bringt, halte ich es für geboten, zur Richtigstellung zu betonen, daß jetzt keine Veranlassung dafür ist, daß die Hauswirte den Mietern gegenüber auftreten und sagen: „Wir liefern euch eine Wohnung mit Gaseinrichtung.“ Diese Gaseinrichtung wird nicht auf Kosten der Hauswirte hergestellt, auch nicht die Einrichtung der Gasautomaten. Es wird immer hervorgehoben, wenn die Hauswirte eine besondere Leistung machen. Sie haben vielleicht früher eine Auslage gehabt, aber schon seit einiger Zeit in weitem Umfang nicht mehr, und werden

es nach Annahme der Vorlage in weiterem Umfange nicht mehr zu tun haben, so daß sie dadurch eine Steigerung des Mietspreises der Wohnungen nicht herleiten können. — Sodann irrt Herr Wolters hinsichtlich der Tragweite des Beschlusses, den die Kommission faßte, in Erwägung zu ziehen, ob nicht eine Verbilligung des Gases herbeigeführt werden könnte. Der Tendenz nach soll durch den Beschluß der Mehrheit der Kommission — der Herr Dr. Wolters nicht angehörte; wenn ich mich recht erinnere, war er allein in der Minderheit, während ich den Beschluß anregte, — ausgedrückt sein, daß eine Verbilligung des Gaspreises an sich anzustreben sei. Wir haben des Langen und Breiten darüber verhandelt, daß die Benutzung des Gases zu Heizzwecken noch bei der letzten Änderung des Gaspreises nicht günstig abgeschnitten hat. Darnach mußten die Verbraucher des Gases zu Heizzwecken mehr bezahlen, ohne eine Gegenleistung zu erhalten, um die Einheit des Preises durchsetzen zu können und aus praktischen, technischen Gründen. Nun ist aus der Vorlage zu ersehen und vom Herrn Direktor von Feilich auch zugestanden, daß eine Verschlechterung des Gases zu Heizzwecken eintritt, und daß das vielleicht nicht ganz einen halben Pfennig an Wert des Gases beträgt, so daß die Ungunst der Entwicklung, die damals die Benutzer des Gases zu Heizzwecken getroffen hat, diese noch einmal trifft. Das war der Ausgangspunkt, von dem die Kommission dazu kam, in Erwägung einzutreten, ob nicht bei dieser neuen Veränderung der Gasproduktion und der Regelung der Preise für Gaskonsum es wünschenswert sei, eine Verbilligung des Gases im allgemeinen eintreten zu lassen. Teils war Meinung dafür vorhanden, daß man wieder getrennte Preise einführt. Das hat aber die Mehrheit, und meiner Auffassung nach mit Recht, abgelehnt. Daß aber bei dem Stande unseres Gaswerkes, das an sich erfreulicherweise gut rentiert und es fertig gebracht hat, die Erneuerungs- und Erweiterungsbauten ohne Anleihe durchzusetzen, es wünschenswert ist, im Interesse des Verbrauchs des Gases nicht eine indirekte Steuer durch Gaszoll zu erheben, das Gas so billig wie möglich, besonders für industrielle und Kochzwecke herzugeben, besonders auch gegenüber dem leider nicht städtischen Lichtwerk, das schien mir von der Mehrheit der Kommission anerkannt zu werden, und ich möchte deshalb Herrn Dr. Wolters gegenüber erklären, daß allerdings in der Resolution, die auf meine Anregung hin die Kommission angenommen hat, ausgedrückt liegen soll: Wenn es aus sonstigen Erwägungen heraus, technischer, finanzieller Art — die in erster Linie bestehen — angängig ist, ohne das Gedeihen des Gaswerkes zu gefährden, wird eine Verbilligung des Gases gewünscht.

Herr Fr ü h l i n g: Ich bin natürlich auch sehr einverstanden, daß der Zusatz von Benzol wegfällt, und schließe mich auch der Ansicht an, daß in Er-

wägung gezogen werden soll, die Gaspreise zu ermäßigen. Aber dabei ist doch in Aussicht zu nehmen, zu prüfen, ob es richtig war, daß die Preise für Heiz- und Leuchtgas gleichgerechnet werden. Ich bin damals der Meinung gewesen, daß dies verkehrt war, und bin heute erst recht der gleichen Meinung, namentlich wie die Verhältnisse bei uns liegen. Unser Streben geht dahin, den Gasverbrauch zu vermehren. Das können wir nur dadurch, daß wir das Heizgas verbilligen. Ich möchte empfehlen, den Zusatz zu unserm Beschlusse in dem Sinne zu erweitern, daß wir sagen: „Eine Neuregelung des Gaspreises zu erwägen.“ Dann würde in Frage kommen können, ob nicht das Heizgas wieder im Preise heruntergesetzt werden kann.

Nach dem Referat hatte es den Anschein, als wenn wir überhaupt mit unserem Gase bisher an der Spitze sämtlicher Städte marschierten und auch ungefähr an der Spitze bleiben würden. Das scheint aber bloß so, wenn man die Zahlen hört, wer aber selbst Gasverbraucher ist, kann diese Vorzüglichkeit nirgends empfinden, im Gegenteil, er sieht, daß wir nur sehr, sehr mangelhaft mit unserem Gase arbeiten können. Es kommt das weniger auf die Untersuchungen an, sondern auf das, was man auf seinem Kochherde vorfindet. Die Schuld liegt zum großen Teile daran, daß die Leitungen teilweise verschlammmt sind, und deshalb nicht der gehörige Druck in der Leitung vorhanden ist. Ich würde es für durchaus erforderlich halten, daß — damit der Gasverbrauch steige — diesem Übelstande nachgegangen und Mittel gesucht würden, um ihm wirksam abzuhelfen. Wenn jemand sich bei dem Gaswerk über schlechtes Brennen des Gases beschwert, so wird das Rohr ausgepumpt und gereinigt; aber die Besserung dauert vielleicht 1—2 Tage, dann ist die Verschlammung wieder da. Ich schicke gar nicht mehr hin, weil ich weiß, daß es doch nicht viel hilft. Die Klage ist allgemein, daß infolge mangelhaften Druckes nicht verwendbares Gas vorhanden ist. Übrigens haben auch die Zahlen, die uns der Herr Referent auf Grund der Angaben, die er eben bekommen hat, vorgetragen hat, mich mit Mißtrauen erfüllt. Es wird gesagt, der Heizwert des Gases betrage jetzt 5400 — 5600 Kalorien, und wenn die 300 Kalorien für Wegfall des Benzols abgerechnet würden, blieben noch 5300 Kalorien. In dem Bericht des städtischen Gaswerks, der über die Zeit bis zum 31. März gegeben ist, wird der Heizwert des Gases im oberen Durchschnitt nur zu 5360 Kalorien angegeben, statt zu 5600, und im unteren Durchschnitt zu 4830. Das ist doch ein ganz gewaltiger Unterschied. Das gibt einen gesamten mittleren Durchschnitt nicht von 5500, sondern von 5080. Zieht man davon noch 300 ab, so erhalten wir 4780 Kalorien. Wie lange jedoch der untere Heizwert in der Gasleitung vorhanden ist und wie lange der obere, das ist sehr zweifelhaft. Jedenfalls ist aus diesen Zahlen nicht die Überzeugung zu gewinnen, daß wir ein gutes Gas hätten, aber aus den Angaben der Ver-

braucher geht hervor, daß sie mit dem Gas nicht zufrieden sind. Wird eine Änderung des Gaspreises erwogen, so müßten auch Mittel gesucht werden, wodurch den Übelständen, die zweifellos vorhanden sind, abgeholfen wird. Deshalb nimmt der Gaskonsum nicht zu, weil das Gas an der Verwendungsstelle nichts taugt, wenn es auch an der Abgabestelle gut sein mag. Was geschehen muß, kann ich auch nicht gleich sagen. Es muß dem nachgegangen werden, es müssen Mittel gesucht werden, um die Leitungen wieder zu reinigen. Ich stele den Antrag, an Stelle des Zusatzes der Kommission folgenden Beschluß zu fassen:

den Magistrat zu ersuchen, eine Neuregelung der Gaspreise in Erwägung zu ziehen und auf Mittel zu sinnen, die Übelstände, die augenblicklich bei der Gasleitung vorliegen, abzustellen.

Herr Loeßigk: Wenn wir zurückdenken an die vorvorletzte Verbilligung des Gases, so werden Sie sich erinnern, daß uns entgegengehalten wurde — insbesondere vertrat der verstorbene Stadtrat Südel diese Ansicht —, wir würden gar keinen Überschuß aus dem Gaswerk mehr bekommen. Wie wir gesehen haben, ist dies nur ein Schreckgespenst gewesen, aber eine Verminderung in den Überschüssen des Gaswerks ist nicht eingetreten; wir haben bis zu einer halben Million Mark Überschuß aus dem Gaswerk bekommen. Nun hat Herr Dr. Wolters gesagt, wenn wir den Gaspreis um $\frac{1}{2}$ oder einen ganzen Pfennig heruntersetzen würden, so würden wir eine Mindereinnahme von 33 000 oder 66 000 Mark haben. Das stimmt nicht ganz. Da 8 500 000 cbm verbraucht sind, so würde die Mindereinnahme sogar 85 000 Mark betragen. Das soll uns aber nicht schrecken. Wir müssen vielmehr sehen, wie auch im Bericht gesagt ist, daß mehr Gas konsumiert wird. Wenn wir danach gehen, wie in den letzten 6 Jahren der Konsum gestiegen ist, dann werden wir meiner Ansicht nach bald dahin kommen, daß man nur den Preis für das Gas bezahlt, den es wert ist, und der Finanzeffekt für die Stadt wird nicht darunter leiden, denn durch den Mehrkonsum werden wir die Einbuße an dem einzelnen Kubikmeter wieder wettmachen. Ich nehme den Standpunkt ein, daß wir die Gaspreise ruhig heruntersetzen können, ohne den finanziellen Effekt für die Stadt zu schmälern.

Herr Meherhoff: Herr Dr. Jasper hat wieder den bösen Hausbesitzer ins Feld geführt: für den wird gesorgt, das ist der Tenor seiner Worte. Ich glaube, wenn Herr Dr. Jasper sich genau nach den Einrichtungen erkundigt hätte, so würde er wohl zu einer andern Ansicht gekommen sein. Es wird jedem Hausbesitzer nur das Steigerohr unentgeltlich gelegt, alle anderen Anlagen hat er selbst herzurichten. Die Gasmessermiete, das Setzen und Wegnehmen des

Gasmessers — das wird Herr Jasper wissen, denn er ist auch schon öfters umgezogen — hat schon immer der Mieter zu bezahlen gehabt, und er wird auch in der Folge den reinen Arbeitslohn zu bezahlen haben. Was bei diesen Verhältnissen für den Hausbesitzer herauspringen und ihm zugute kommen soll, mag ein anderer ausrechnen. Auf das übrige Thema will ich nicht weiter eingehen. Aus den Verhandlungen der Deputation kann ich Ihnen aber verraten, daß wir uns auch schon mit einer Verbilligung des Gases allgemein beschäftigt haben. Wie weit die Zahlen, die Herr Baurat Frühling angeschnitten hat, richtig sind, entzieht sich unserer Betrachtung. Heute mittag ist Herr Direktor von Feilich in Besitz der Zahlen gekommen, auch die Deputation hat die Nachweise von den übrigen Städten noch nicht zu sehen bekommen. Ich glaube, im Namen der Deputation sprechen zu können, wenn ich sage, daß die Wünsche, die erfüllbar sind, auch in Erfüllung gehen werden. Ganz besonders möchte ich noch darauf hinweisen, daß die in der Vorlage empfohlene Anlage von Gasautomaten auf Kosten der Stadt geschehen soll; ganz gleich, ob arm oder reich, dem Abnehmer sollen sie kostenlos geliefert werden, die Bevorzugung eines Standes, ob Hausbesitzer oder Mieter, findet nicht statt und hat nicht stattgefunden.

Herr Wolter: Die Vorlage des Magistrats und die Zustimmung der Finanzkommission erfährt Angriffe, als ob die Gegenleistung der Stadt nicht eine gleichmäßige sei. Das hat Herr Dr. Jasper damit begründet, daß er sagt, es würde die Installation der Gasbeleuchtung von seiten der Stadt kostenlos ausgeführt. Das ist ein Irrtum. Die Vorrichtungen, die die Stadt liefert, haben mit den Installationsanlagen überhaupt nichts zu tun. Wir haben vor 1½ oder 2 Jahren beschlossen, unabhängig von der jetzigen Frage, ob der Benzolzusatz wegfallen solle, daß die Steigeleitungen in den Häusern von der Stadt kostenlos hergestellt werden. Diese vor 1½ Jahren erledigte Frage hat mit den heutigen Maßregeln nichts zu tun. Ich vermute, daß Herrn Dr. Jasper eine Verwechslung mit dem 2. Punkt unterlaufen ist. Der zweite Einwand, der gegen den Antrag der Finanzkommission angeführt ist, besagt, es sollte nicht bloß eine Bitte an den Magistrat gerichtet werden, uns Zahlen und andere Unterlagen zu verschaffen, auf Grund deren wir beschließen könnten, sondern die Kommission hätte beabsichtigt, der Versammlung vorzuschlagen, im angeblichen Sinne der Finanzkommission eine Verbilligung des Gases zu beschließen, respektive dem Magistrat anheimzugeben, sich einem solchen Beschlusse anzupassen. So, glaube ich, hat Herr Dr. Jasper seine Meinung über den Finanzkommissionsbeschluß auseinandergelegt. Das ist meiner Meinung nach nicht richtig, und soweit ich von dem Herrn Referenten habe erfahren können, stimmt er meiner Ansicht zu. Wie die Ansicht des Herrn Loeschigk darüber ist,

weiß ich nicht. Ich habe dasselbe Motiv für meine Auffassung wie damals: Ich habe keine Unterlagen dafür, ob der Beschluß gerechtfertigt ist. Ich wiederhole: Ich bin weder für noch gegen eine Verbilligung des Gases, sondern behalte mir meine Meinung darüber offen. — Dem Herrn Baurat Frühling muß ich in bezug auf seinen Antrag in formeller Hinsicht recht geben. Wenn Sie in dem Sinne, wie er seinen Antrag begründet hat, den Kommissionsbeschluß fassen, so trifft er keine materielle, sondern eine formelle Behandlung der Frage, und die kann sehr wohl in den Antrag aufgenommen werden. Selbstverständlich enthalte ich mich auch hier einer positiven, materiellen Entscheidung.

Herr Stegmann: Wenn das Benzol in Fortfall kommen muß, wegen Verschlammung der Rohre, so ist dagegen nichts zu sagen, nur ist es bedauerlich, daß dadurch eine Verschlechterung des Gases herbeigeführt wird. Fälschlicherweise wird gesagt, es sei eine Verbesserung, in Wirklichkeit ist es eine Verschlechterung, denn es ist eine Verteuerung damit verbunden, wenn man den Heizwert des Gases in Betracht zieht. Aufgefallen ist mir; daß nur die Zahlen vorgelesen worden sind, nach denen Braunschweig an der Spitze der Städte steht. Ich glaube, daß es auch eine ganze Reihe von Städten gibt, wo das Gas besser und billiger ist, aber das hat man verschwiegen. Es wäre richtiger gewesen, wenn man einen Einblick bekommen soll, auch die Zahlen zu nennen. Was den Antrag der Finanzkommission betrifft, dem Magistrat eine Verbilligung des Gases anheimzugeben, so würde ich schon heute den Antrag stellen, das Gas um 1 oder 2 Pfennig pro Kubikmeter durchgehends zu verbilligen. Da dies aber hier nicht möglich ist und erst Unterlagen geschaffen werden müssen, so schließe ich mich dem Antrag Frühling an. Daß es nötig ist, eine Verbilligung des Gaspreises vorzunehmen, da besonders die kleinen Abnehmer durch die Erhöhung des Preises für Heizgas getroffen worden sind, hat schon Herr Dr. Jasper angeführt. Diejenigen, die nur einen Gaskocher haben und kein Leuchtgas brennen, sind ziemlich arme Leute, und sind diese bei der Einführung des Einheitspreises durch die Erhöhung des Heizgases um 2 Pfennig pro Kubikmeter getroffen worden, und auch diejenigen, die neben dem Gaskocher nur 1 oder 2 Gasflammen brennen, namentlich in den Sommermonaten. Nur die großen Abnehmer des Leuchtgases, wie die Restaurants, haben durch den Einheitspreis einen wesentlichen Nutzen. Wenn man den Gaskonsum erweitern wollte — und das beabsichtigen wir doch alle —, dann war es ein großer Fehler, daß man die Verteuerung des Kochgases seinerzeit eintreten ließ. Deswegen wäre es auch ein Fehler, wenn der jetzige Preis bestehen bliebe, nachdem eine Verschlechterung des Gases eintritt. Denn ich bezweifle, daß der Fortfall der Zählermiete soviel ausmacht, wie der Gaspreis im

Verhältnis zum Heizwert erhöht wird. Ich gebe gern zu, daß viele Herren jagen werden, wenn ein durchgreifender Antrag von der Kommission gestellt wäre: „Das geht nicht, unsere Finanzen werden dadurch verschlechtert und wir kommen in die Lage, unsere Steuern zu erhöhen.“ Aber wenn Sie den Konsum heben wollen, den Verbrauch von Gas gegen die Konkurrenz des elektrischen Lichts vermehren wollen, so bleibt nichts übrig, als den Preis zu erniedrigen. Richtiger wäre ja gewesen, wenn man vor Jahren dahin gestrebt hätte, daß das elektrische Lichtwerk nicht einem Kapitalisten-Konsortium zur Ausbeutung übergeben worden wäre, so daß wir jetzt selber einen entsprechenden Nutzen davon hätten. Was wir dann nicht am Gaspreis erzielen, das hätten wir auf der anderen Seite mit dem elektrischen Lichtwerk mehr herausgeholt. Jetzt sind wir auf Jahre hinaus gebunden. — Ich bitte Sie, den Antrag Frühling anzunehmen, eine Neuregelung der Gaspreise vorzunehmen, und nicht den Antrag der Finanzkommission.

Herr Direktor von Feilich: Ich wollte nur einiges richtig stellen. Herr Baurat Frühling hat den oberen und den unteren Heizwert des Gases zusammengeworfen und daraus das Mittel gezogen. Das ist nicht angängig. Der obere Heizwert wird im Kalorimeter ermittelt und ist von dem unteren Heizwert unterschiedlich um die Wärmemenge, die das Verbrennungswasser, das bei der Verbrennung des Wasserstoffs im Leuchtgas entsteht, durch Kondensation abgibt. Wird diese Wärme nicht ausgenutzt, entweicht das entstehende Wasser als Wasserdampf, so erhalten wir die unteren Heizwerte. Die Ihnen übergebene Zusammenstellung ist auf gleicher Grundlage basiert. Ich habe auf der Zusammenstellung angegeben bei 15° C und 760 mm Barometerstand. Wenn die Werte vergleichbar sein sollen, so müssen sie auf gleiche Temperatur und auf gleichen Barometerstand gebracht werden. Die im Jahresbericht angegebenen Heizwerte sind eher zu niedrig als zu hoch. Sie werden von Herrn Geheimrat Schöttler öfter kontrolliert, und er hat uns nie den Vorwurf machen können, daß die Angaben zu hoch gewesen sind. Diese kalorischen Bestimmungen werden nur auf einem der Gaswerke gemacht, da wir nur einen Apparat dafür besitzen.

Was die Verschmutzung des Rohrnetzes betrifft, so muß ich sagen, daß in letzter Zeit wieder eine Menge Klagen über schlechtes Brennen laut geworden sind, und das hat seinen Grund darin, daß wir bei der abnormen Temperatur dieses Sommers außerstande waren, unser Gas soweit herunterzukühlen, wie es für eine gute Reinigung erforderlich ist. Das Gas trat mit einer Temperatur von 30 und 35 Grad in das Rohrnetz ein und dort findet dann eine Kondensation statt. Es schlug sich Naphthalin nieder, das noch nicht wieder ganz aufgelöst

ist trotz der Gegenmittel, die wir angewandt haben. Daß auch die Rohrzuleitungen verschiedentlich zu eng sind, wissen wir auch. Wir sind bemüht, auch in dieser Hinsicht gründlich und energisch Wandel zu schaffen.

Herr Fr ü h l i n g: Es freut mich, von Herrn Direktor von Feilitzsch gehört zu haben, daß neuerdings wieder sehr viele Klagen eingetroffen sind, denn es ist das nur daselbe, was ich auch schon vorgebracht habe. Was die Zahlen betrifft, so erkenne ich an, daß die beiden Heizwerte auf verschiedener Grundlagen aufgestellt sind und nicht das Mittel gezogen werden kann. Aber daß die jetzige Angabe wesentlich höher ist als die vorherige, das bleibt bestehen. Uns sind hier 5500 bis 5600 Kalorien angegeben, während im Mittel nur 5360 zu rechnen sind. Das ist immer noch ein Unterschied von 140 Kalorien. Es kommt mir aber weniger auf diese Zahlen an, als darauf, daß bestätigt ist, daß wirklich zu vielen Klagen über die Gaslieferung Anlaß gegeben ist, daß in dem Rohrnetz durch die Kondensationen Verhältnisse vorliegen, denen die Schuld zu geben ist, und daß die Rohre teilweise nicht die nötige Weite haben. Daß in Aussicht genommen ist, sie zu erweitern, ist sehr erfreulich. Es betrifft das, was ich beantragt habe, den Verbrauchern das Gas in besserem Zustande zuzuführen. Es ist wesentlich, daß hierin eine Besserung eintritt.

Herr L e u e: Herr Stegmann meinte, es sei nicht recht, daß die günstigeren Verhältnisse aus anderen Städten verschwiegen wären und nur die Zahlen, die Braunschweig in ein günstiges Licht setzten, mitgeteilt wären. Nach Mitteilung des Herrn Direktors von Feilitzsch ist eine Umfrage angestellt, und die hier mitgeteilten Zahlen sind die eingegangenen Antworten. Ich bezweifle, daß Herr Direktor von Feilitzsch die übrigen Angaben verschwiegen hat; doch mag er sich gegen diesen Angriff selbst wehren. — Was den Antrag Frühling betrifft, so kommt es mir vor, als ob das weniger wäre, als was in der Kommission auf den Antrag des Herrn Dr. Jasper beschlossen ist. Wir haben gesagt: Wir bitten den Magistrat, in Erwägung zu ziehen, ob nicht eine Verbilligung des Gaspreises eintreten könnte, während der Antrag Frühling nur eine Neuregelung des Gaspreises wünscht. Das könnte auch eine Neuregelung nach oben hin sein. Daß das nicht gemeint ist, kann ich mir denken, aber dem Wortlaut nach könnte man daran denken. Erwähnen möchte ich noch, daß ich mit Herrn Dr. Jasper nicht einer Meinung bin, wenn er meint, daß die Kommissionsmitglieder alle der Ansicht waren, einer Verbilligung des Gaspreises sei zuzustimmen. Es ist ausdrücklich gesagt: Wir möchten hier freie Hand behalten, uns durch einen Antrag noch nicht binden, sondern die Angelegenheit nur dem Magistrat zur Erwägung stellen. Ob wir selbst Freund oder Feind der Verbilligung sind, hat einstweilen nichts damit zu tun. Das nur zur Richtigstellung.

Vorsitzender: Ich möchte die Abstimmung so vornehmen lassen, daß wir zunächst erklären: Wir sind einverstanden mit dem Fortfall des Benzolzusatzes und der Miete für den Gasmesser. — Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben.

Die Versammlung erklärt durch die Abstimmung ihr Einverständnis.

Der Herr Vorsitzende teilt noch einmal den Wortlaut des Zusatzantrages der Kommission und des Antrages Frühling mit. — Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Vorsitzender: Wir gehen über zu dem „Anhang zur Sammlung der Statuten der Stadt Braunschweig: Nachtrag zu den Bedingungen für die Abgabe von Gas aus den städtischen Gaswerken zu Braunschweig vom 1. Oktober 1909.“ Der Herr Referent hat keine Änderung vorgeschlagen. Wir können wohl en bloc darüber abstimmen? Es meldet sich keiner zum Wort!?

Herr Tolle: In dem Entwurf steht: Artikel I, 2: „§ 7 erhält folgende Fassung: Wird aus einer mit einem Gasmesser versehenen Anlage im Laufe eines Monats nicht wenigstens die nachstehend angegebene Gasmenge entnommen, so ist für den Gasmesser ein Mietzins zu entrichten. Die im Laufe eines Monats zu entrichtende Mindestgasmenge und der monatliche Mietzins betragen bei einem 3- oder 5flammigen Gasmesser 8 cbm = 0,25 *M*“ usw. Es steht dort aber nicht, wann eigentlich die Abrechnung hierüber stattfindet. Es könnte der Fall eintreten, daß eine Familie vielleicht auf zwei Monate verreist ist. Dann müßte sie, ohne daß an Gas etwas verbraucht ist, für zwei Monate Gasmessermiete bezahlen, ohne daß irgendwelche Gegenleistung der Stadt vorliegt, auch ganz gleichgültig, ob sie zu anderer Zeit ein ziemlich bedeutender Abnehmer ist. Es könnte vorkommen, daß jemand 4 Wochen verreist und die Zeit sich auf den halben Juni und den halben Juli verteilt. Dann wäre er genötigt, für beide Monate Gasmessermiete zu bezahlen, wenn er nur 11 cbm abgenommen hat, bei einem 10flammigen Gasmesser 80 Pfennig Miete und so fort. Ich glaube, das ist nicht gerechtfertigt. Es wäre richtiger, wenn eine Abrechnung am Schluß des Jahres stattfände; dann würde man doch einen gerechteren Ausgleich finden können. Ich möchte beantragen, daß dann erst Miete erhoben werden soll, wenn sich nach Schluß des Jahres herausstellt, daß ein Konsument beispielsweise mit einem 10flammigen Gasmesser noch nicht 12×12 Kubikmeter Gas verbraucht hat.

Herr Sander: Ich möchte zu Art. I, 5 sprechen. Es steht dort: „Im § 12 wird der letzte Satz gestrichen, und als Absatz 2 folgende Vorschrift eingefügt: Wird aus einer Leitung während der Dauer von drei unmittelbar aufeinander folgenden Kalendermonaten nicht soviel Gas entnommen, daß durchschnittlich auf jeden Monat wenigstens die im § 7 erwähnte Mindestgasmenge entfällt, so kann die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke die Lieferung von Gas einstellen und den Gasmesser auf Kosten des Abnehmers beseitigen. Will die Direktion von dieser Befugnis Gebrauch machen, so hat sie solches dem Abnehmer wenigstens 2 Wochen vor Einstellung der Gaslieferung anzuzeigen.“ Ich beantrage, diesen Passus zu streichen. Ich halte ihn in erster Linie für vollständig überflüssig. Wenn in § 7 gesagt wird, daß der betreffende Abnehmer Gasmessermiete zahlen muß, wenn nicht eine genügende Gasmenge verbraucht wird, so ist das schon genügend Ansporn, nicht die Sache zu vernachlässigen, sondern auch zu benutzen. Ich halte die vorgeschlagene Bestimmung unter Umständen sogar für verhängnisvoll. Man kann immer nicht wissen, wie die betreffende Direktion die Sache handhabt. Ich bin ja überzeugt, daß sachlich und nicht nach persönlichen Rücksichten vorgegangen wird. Es könnte aber auch einmal anders kommen und zu unangenehmen Weiterungen führen. Es gibt verschiedene Institute — das hat Kollege Tolle schon angeführt —, die in den Sommermonaten die angesetzten Gas Mengen nicht verbrauchen. Die Petrifirke beispielsweise hat im Sommer 2 oder 3 Monate hintereinander die vorgeschriebene Menge Gas nicht verbraucht. Nun könnte die Direktion sagen: „Wir nehmen einfach den Gasmesser weg.“ Das wäre denn doch wohl die Höhe. Die Möglichkeit aber liegt vor. Ich halte diesen Paragraphen also für nicht nötig und unter Umständen sogar für schädlich, und bitte, ihn zu streichen.

Herr Tolle: Auch ich habe mir bei diesem Paragraphen eine Anmerkung gemacht. Die Leute sind genötigt, wenn sie kein Gas verbrauchen, mindestens 25 Pfennig monatlich für Gasmessermiete zu bezahlen. Der Gasautomat hat einen Wert von 40 M. Wenn wir den Wert des Gasmessers in derselben Höhe in Rechnung stellen, so würde bei einer jährlichen Messermiete von 3 M eine Verzinsung von 7,5 Prozent herauskommen. Ich sehe also keinen Grund, warum wir den Leuten, die nicht die Mindestgasmenge abnehmen, den Gasmesser fortnehmen wollen. Herr Kollege Sander hat schon auf die Konsequenzen hingewiesen, die daraus entstehen können. Ich glaube nicht, daß die Bestimmungen dadurch verschlechtert werden, wenn wir Absatz 5 in § 7 einfach streichen.

Herr Bürgermeister Meyer: Es scheint etwas Wahres in den Ausführungen der Herren Vorredner zu liegen, doch wird es zu weitgehend sein, diesen

2. Absatz in § 12 ganz zu streichen, und zwar um deswillen, weil dann die Stadt Gefahr läuft, daß sie eine ganze Reihe von Monaten hindurch den betreffenden Stellen den Gasmesser liefert, ohne eine Vergütung für die Unkosten, die der Stadt aus der Wartung des Messers entstehen, zu erhalten. Die Miete, die für die Gasmesser für den Fall festgesetzt ist, daß kein ausreichender Gaskonsum stattfindet, deckt nur die Selbstkosten für die Aufstellung des Gasmessers und die Amortisation, aber nicht die Unkosten, die aus der Wartung entstehen. Die Stadt würde also tatsächlich in solchen Fällen zusehen. Das wird nicht die Absicht der geehrten Herren sein. Es müßte dann vielleicht eine Erhöhung der Miete eintreten, um das auszugleichen, was die Stadt durch die Nichtbenutzung verliert. Sofort eine Fassung vorzuschlagen, die das trifft, ist nicht leicht, jedenfalls ist eine vollständige Streichung nicht angezeigt.

Herr **W o l t e r s**: Ich stimme grundsätzlich den Ausführungen der Herren Tolle und Sander zu, möchte aber gewisse Einschränkungen dazu machen, insofern durch die Bestimmungen dieses Paragraphen die städtischen Interessen doch nicht verletzt werden dürften. Außer dem Fall, den der Herr Bürgermeister schon angeführt hat, könnte ich mir einen andern Fall denken, daß ein an das Gaswerk Angehöffener mehrere Monate hintereinander den Gasmesser nicht benutzt hat und nachher die Gasleitung aufgibt. Auch in solchem Falle würde die Stellung des Messers ohne jede angemessene Gegenleistung dem Betreffenden gewährt sein. Ich möchte Ihnen einen Vermittlungsvorschlag machen, der darauf hinausgeht, daß man eine Verrechnung der verbrauchten Gasmenge durch die Monate hindurch gewähren könnte. — Genaue Formulierung kann ja vorbehalten bleiben.

Herr **M e h e r h o f f**: Mit der ersten von Herrn Tolle angeregten Sache könnte man sich wohl einverstanden erklären, doch hat das auch seine schweren Bedenken, und ich weiß nicht, weshalb Herr Tolle hierauf nicht in der Deputation hingewiesen hat. In der Zeit, wo die Leute viel verreisen, Juli bis August, kommt es häufig vor, daß weniger Gas verbraucht wird, als die Mindestgasmenge beträgt, aber diese sind auch gerade die Monate, denen die folgen, in welchen so viel umgezogen wird, und daraus könnten sich Schwierigkeiten ergeben. Bei der Ziehlust der hiesigen Einwohner — (Widerspruch aus der Versammlung) tatsächlich herrscht in Braunschweig bei gewissen Leuten geradezu eine Lust, recht oft zu ziehen, wir wissen in der Deputation am besten, wie sich die Arbeiten zu jedem Quartalsersten aufgesummt haben, die infolge des Umzuges ausgeführt werden müssen. Da ist es mir zweifelhaft, von wo oder bis wohin will man das Pauschquantum berechnen. Der Direktion der Gaswerke ist es nicht

möglich zu erfahren, wenn jemand seine Wohnung aufgibt, und so könnte es sehr leicht kommen, daß die Anfangs- und Endtermine für Feststellung des Pauschquantums nicht festgesetzt werden könnten. Es kommt doch auch vor, daß Leute nur ein halbes Jahr lang eine Wohnung benutzen! Wenn ich auf den Antrag Sander zurückkomme, so möchte ich vor Streichung der Vorschrift, betreffend die Entziehung des Gases, warnen. Die Gasmesser müssen nachgesehen werden, denn die Direktion kann nicht wissen, ob der Abnehmer verreist ist. Es entstehen doch Kosten, wenn ein Kontrolleur am Tage seine bestimmte Zahl Gasmesser nachsieht, die Zahlen notiert, die Messer wieder auffüllt usw. Dafür sollte nun kein Entgelt gezahlt werden, wenn kein Gas gebraucht wird?

Herr Bürgermeister Meyer: Es will mir scheinen, als ob ein Ausweg bezüglich des § 12 dahin zu finden ist, daß man an Stelle der Frist von drei Monaten eine etwas längere Frist ansetzt. Der ganze Widerspruch gegen diesen Paragraphen gipfelt doch darin, daß befürchtet wird, es könnte der geringere Verbrauch gerade in den Sommermonaten eintreten. Wer im Winter nicht die Mindestgasmenge verbraucht, der wird sich fügen können, wenn ihm der Gasmesser entzogen wird. Der Magistrat wird einverstanden sein, wenn eine Frist von vielleicht 4 Monaten oder auch noch einem Monat länger festgesetzt wird. Ich halte aber auch dann die Gefahr vermieden, die darin liegt, daß die Stadt einen Schaden erleiden könnte wegen zu geringer Ausnutzung des Gasanschlusses.

Herr Frede: Auch ich hatte mir die beiden Paragraphen, die den Herren Sander und Tolle zu Ausfahrungen Anlaß gegeben haben, angestrichen, da ich auch für unrichtig halte, daß solche Bestimmungen getroffen werden. Wird das angenommen, was der Herr Bürgermeister angeregt hat, so bleibt immer noch der Fall, den Herr Sander angeführt hat, bestehen, denn die Kirchen werden länger als 4 Monate kein Gas verbrauchen. Mir wäre es das liebste, wenn summarisch vorgegangen würde und bestimmt, daß die Gasmessermiete überhaupt fortfällt. Das würde in Übereinstimmung stehen mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch, welches sagt, daß die Maße, welche zur Verabfolgung einer Masse dienen, vom Lieferanten zu beschaffen sind. Wenn man darauf nicht verzichten will, dann halte ich es für das richtigste, daß man bei der Bestimmung in § 2 die Fassung wählt, wie sie für die Gasautomaten in § 7 gelten sollen, daß also eine jährliche Abrechnung stattfindet. Herr Meherhoff meinte, die Bestimmung sei nicht gut anzuwenden für den Fall, daß die Leute umziehen. Es sind da zwei Fälle möglich: Wenn der Mieter in der neuen Wohnung wieder Gas braucht, dann kann der Konsum in den beiden Wohnungen summiert werden, wie das in § 7 festgesetzt ist; wenn aber der Mieter den Konsum nicht fortsetzt, dann

müßte allerdings eine Bestimmung getroffen werden. Das wäre das einzige. Es ist allerdings schwer, hier im Augenblick eine genau passende Bestimmung zu schaffen, das könnte ja aber der Kommission überlassen bleiben.

Herr Loeßigk: Die Bestimmungen kommen mir doch etwas kleinlich vor. Wieviel mal mögen denn solche Fälle vorkommen? Vielleicht im ganzen Jahre zwanzig- oder dreißigmal. Wenn der Paragraph bestehen bleiben soll, so möge man ihn einfach in der Form einschalten, daß gesagt wird: Wenn nach drei Monaten ein Abnehmer erklärt, daß er kein Gas mehr gebrauchen werde, dann ist die Direktion berechtigt, den Gasmesser wegzunehmen.

Herr Sander: Ich habe den Antrag auf Streichung dieses Passus gestellt, weil ich der Direktion das Recht nicht einräumen will, in solchen Fällen ohne weiteres den Gasmesser fortzunehmen. Wenn vom Herrn Bürgermeister gesagt wird: „Wir können uns mit der Gasmessermiete allein nicht zufrieden erklären, da die Wartung des Messers Zeit und Geld erfordert“, so muß ich sagen, daß das doch wohl sehr unbedeutend erscheint. In diesem Falle muß die Direktion der Gaswerke als Geschäftsmann betrachtet werden, und als solcher muß es Geschäftskosten in Kauf nehmen. Es verursacht nicht so viele Mühe, wenn ein Kontrolleur einmal in ein Haus vergebens hineingeht und gießt etwas Wasser auf den Messer. Die vermehrten Unkosten gehen doch in dem Allgemeinen auf. Ich bin noch immer dafür, daß dieser Passus gestrichen wird.

Herr Bunge: Der Antrag des Herrn Sander hat einen berechtigten Kern. Aber immerhin sage ich mir, daß es nicht nötig ist, ihn ganz zu streichen, wenn wir ihn in der Form, die Herr Loeßigk anführte, annehmen. Wir brauchen gar nicht erst auf die umziehenden Abnehmer von Gas hinzuweisen; denken sie nur an die Geschäftsleute. Daß so viele Leute umziehen, liegt übrigens nicht an der von Herrn Meyerhoff hervorgehobenen großen Ziehluft der Braunschweiger Einwohner. Die Leute werden vielmehr gezwungen, umzuziehen, damit die Hauswirte die Mieten höherschrauben können. Wie steht es nun aber mit den Geschäftsleuten? Um 8 Uhr ist Geschäftschluß, und in den Monaten Juli und August — wenn ich speziell von dem Geschäft spreche, dem ich angehöre — wird in der ganzen Woche an einem Tage, dem Sonnabend, Gaslicht gebraucht, vielleicht auch noch eine halbe Stunde lang am Mittwoch. Drei bis vier Sommermonate gehen hin, wo tatsächlich von einer wesentlichen Gasentnahme keine Rede sein kann. Aber sobald die kürzeren Tage kommen, gebrauchen wir mehr Gas, so daß wir im Dezember und Januar vielleicht den ganzen Tag Gas brennen müssen. Wenn da nach 3 Monaten im Sommer der Gasmesser weggenommen

und nachher wieder aufgestellt würde, dann wären die Kosten nicht gering und das Ganze wäre nur eine unnütze Trödelei. Ich meine, so ist denn doch der Paragraph nicht auszulegen. Immerhin ist es gut, daß Herr Tolle die Frage ange schnitten hat, so daß wir uns darüber verständigen können. Ich bitte, den Antrag Doeschigk anzunehmen.

Herr Meherhoff: Ich hätte etwas vorzuschlagen, wodurch wir vielleicht über Artikel I, 2 gut wegkommen. Ich stelle den Antrag, zu sagen: „Wird aus einer mit einem Gasmesser versehenen Anlage für das ganze Jahr berechnet, im Laufe eines Monats“ usw. Ich möchte Sie ersuchen, dem zuzustimmen. — Übrigens möchte ich noch bemerken, daß es wohl richtig ist, daß jemand, der ein Geschäft hat, auch mit Geschäftswegen rechnen muß. Wenn aber gemeint wird, die Revision der Gasmesser erfolge nur ab und zu, so bitte ich zu bedenken, daß sie alle Monat einmal vorgenommen werden muß.

Vorsitzender: Herr Dr. Wolters hat folgenden Antrag eingebracht: „Steht ein Gasmesser mindestens 12 Monat, so sollen die Monatsbezüge innerhalb dieser Monate gegeneinander verrechnet werden dürfen.“ Mit andern Worten: Kommen innerhalb dieses Jahres knappe oder Nullmonate vor, dann sollen sie mit den andern Monaten verrechnet werden. Damit ist dasselbe gesagt, was der Antrag Tolle will.

Herr Leue: So schön das klingt, so kann ich mich doch auch damit nicht einverstanden erklären. Ich glaube, es macht Schwierigkeiten, wenn der Durchschnitt des Jahres berechnet werden soll, denn das setzt voraus, daß für jeden Verbraucher ein Konto geführt wird, nicht nur für jede Gasuhr. Ich bin nicht so eingeweiht in die Buchführung, um zu wissen, ob das geschieht. (Wird bejaht.) Geschieht dies, so bin ich für den Antrag Wolters, andernfalls erblicke ich darin Schwierigkeiten.

Herr Direktor von Feilisch bestätigt, daß jeder Verbraucher sein eigenes Konto hat.

Herrn Meherhoff kann das Wort nicht erteilt werden, da er schon mehrmals zu der Angelegenheit gesprochen hat.

Herr Frede: Ich habe gegen den Antrag Wolters ein Bedenken. Bei dem Antrag Meherhoff und Tolle ist die Bedingung des Mindestverbrauchs an den Abnehmer geknüpft und bei dem Antrag Wolters an den Umstand, daß der Gas-

messer 12 Monate gebraucht ist. Wenn nun der Mieter innerhalb eines Jahres umzieht, so ist er gezwungen, wenn er die Vorteile des Antrags Wolters genießen will, den Gasmesser mitzunehmen. Es entstehen ihm dadurch also die Kosten der Neuinstallation.

Vorsitzender: Die Idee des Herrn Dr. Wolters geht dahin, die Vergünstigung nur eintreten zu lassen, wenn wirklich ein ganzes Jahr lang der Mann das Gas bezogen hat, nicht aber, wenn er nur 3 oder 4 Monate lang Gas entnommen hat. — Der Antrag Meyerhoff ist mir nicht verständlich. Der Antrag des Herrn Tolle wird meiner Meinung nach verständlicher, wenn wir die Worte Monat und Jahr ändern.

Herr Tolle: Ich ziehe meinen Antrag zugunsten des Antrages Wolters zurück.

Herr Meyerhoff: Ich möchte mit meinem Antrage auch denen entgegenkommen, die nicht das ganze Jahr Gas abnehmen. Nach meinem Antrage würden sie bei dreimonatigem Bestehen des Gasanschlusses Miete zu zahlen haben, wenn sie keine 24 cbm abgenommen haben, bei sechsmonatigem Bestehen 48 cbm usw. Die Abnehmer sollen nach Ablauf eines jeden Kalendervierteljahrs austreten können, sollen aber nur verpflichtet sein, für dieses viertel, halbe oder ganze Jahr das festgesetzte Quantum zu gebrauchen. Mein Antrag geht also weiter als der Antrag des Herrn Dr. Wolters.

Vorsitzender: Sollte der Antrag Meyerhoff in seiner weitgehenden Tendenz angenommen werden, so halte ich eine Zurückverweisung an die Kommission für notwendig.

Der Antrag der Kommission, der dahin geht, keine Änderung in Artikel I, 2 vorzunehmen, wird abgelehnt.

Herr Leue: Ist der Antrag Wolters so aufzufassen: Jemand wohnt 3 Monate in einem Hause und zieht um, und nach 3 Monaten zieht er noch einmal in ein anderes Haus und wohnt dort 6 Monate — soll dann der Konsum aus diesen 3 verschiedenen Wohnungen zusammengerechnet werden? — Das wollte auch Herr Frede geklärt wissen.

Herr Wolter: Meine Idee war die, daß eine Verrechnung nur eintreten soll nach ganzen Jahren, nicht nach Vierteljahren. Es setzt das voraus, daß jemand 12 Monate denselben Gasmesser benutzt.

Herr Sander: Vorhin hat Herr Direktor von Feilitzsch die Frage, ob jeder Konsument des Gaswerks bei der Direktion ein eigenes Konto besitze, mit ja beantwortet. Das Konto des Gaskonsumenten würde also aufgerechnet werden können, ob er umzieht oder nicht.

Vorsitzender: Dann könnten wir den Wortlaut des Antrags Wolters abändern: „Bezieht ein Abnehmer mindestens 12 Monate Gas, so sollen die Monatsbezüge innerhalb dieses Jahres miteinander verrechnet werden können.“ Das Wort Gasmesser ist also weggefallen, es ist nur die Person, an die der Bezug von Gas angeknüpft ist.

Herr Wolters erklärt seine Zustimmung zu der Abänderung.

Herr Meyerhoff zieht nach dieser Formulierung des Antrages Wolters seinen Antrag zurück.

Der Antrag Wolters wird in seiner letzten Fassung angenommen.

Vorsitzender: Zu Art. I, 5 liegt der Antrag Sander vor, den Passus zu streichen; und vom Herrn Bürgermeister ist ein Vermittlungsvorschlag gemacht, statt 3 Monate 4 oder 5 Monate zu sagen. Würde nicht einer der Herren den Antrag aufnehmen, damit wir darüber diskutieren können.

Die Herren Leue und Frede nehmen die Anregung des Herrn Bürgermeisters als Antrag auf.

Herr Tolle: Ich möchte bitten, den Passus einfach zu streichen. Wenn der Herr Bürgermeister sagt, daß kaum die Verzinsung dabei herauskäme, wenn die Einnahme der Stadt sich nur auf die Gasmessermiete beschränke, so muß ich erwidern: Die Gestellung des Gasmessers macht doch nicht solche Kosten, daß die Dividende des Gaswerks dadurch geschmälert würde. Ich hatte den Wert des Gasmessers mit 40 M angenommen, in Wirklichkeit ist er nicht so hoch, er kostet nur 30, ich glaube, sogar nur 25 M. Wenn ich auch wirklich 40 M annehme, so bleibt doch immerhin eine Verzinsung von 7,5 Prozent. Ich meine, ohne den Gebrauch zu beabsichtigen, wird doch keiner Gasmessermiete bezahlen. Denken Sie sich, jemand besitzt ein Gartenhaus, es ist ein schlechter Sommer, so daß er kaum nach seinem Garten herauskommt. Dann wird ihm plötzlich aufgegeben, ihm solle der Gasmesser weggeholt werden. Warum das? Er bezahlt doch seine Miete dafür! Lassen Sie ihn doch ruhig stehen! Wenn er nicht früher oder später Gelegenheit nehmen wollte, das Gas auch zu gebrauchen, dann würde er doch selbst den Antrag stellen, ihm den Messer wegzunehmen. Ich sehe für diese Bestimmung gar keinen ernstlichen Grund ein.

Herr Sander: Ich denke bei diesem Passus an das Verfahren der Postdirektion. Wenn jemand das Gestänge für die Fernsprechleitung auf seinem Hause hat und er sagt zur Postverwaltung: „Ich will wegen dieser oder jener Unzuträglichkeiten das Gestänge nicht mehr auf meinem Hause haben, dann antwortet ihm die Postverwaltung, falls er Fernsprechteilnehmer ist: „Gut, dann nehmen wir dir aber deinen Anschluß?“ Das ist schon verschiedentlich dagewesen. Ein ähnlicher Fall kann sich auch hier zutragen. Es kann jemand fortwährend über schlechtes Gas klagen; dann wäre die Direktion in der Lage, zu sagen: „Der Mann ist ein Querulant; es paßt sich gerade, ihm den Gasmesser wegzunehmen, weil er während einer bestimmten Zeit das durchschnittliche Mindestquantum nicht verbraucht hat.“ Solche Sachen können vorkommen. Ich nehme ja an, Sie kommen bei uns nicht vor, aber die Direktionen und die Leute, die darüber zu sagen haben, wechseln. Wenn der Paragraph wirklich noch einen Zweck hätte, würde ich nichts darüber sagen, so aber meine ich, er ist vollständig überflüssig.

Herr Direktor von Feilisch: Ich bitte, eine Erläuterung zu dem Paragraphen geben zu dürfen. Wir haben bei diesem Paragraphen an die Konsumenten gedacht, die nur ganz kurze Zeit die Gasanlage zu Reservezwecken gebrauchen, wie Sauggasmotorenbetriebe, die das Leuchtgas als Reserveranschluß haben. Solche Konsumenten benutzen unser Gaswerk nur sehr kurze Zeit im Jahre, aber die Stadt hat einen großen Anschluß auf ihre Kosten herzustellen, der sich sehr schlecht rentiert.

Vorjehender: Ich bin der unmaßgeblichen Ansicht, daß man auch den Leuten für diesen Notfall das Gas geben und lassen soll, wenn sie die Anlage bezahlen.

Herr Frühlings: Nach dieser Erklärung des Herrn Direktors von Feilisch bin ich entschieden dafür, daß der Passus gestrichen wird; er würde nur eine Handhabe sein, um mißliebigen Leuten das Gas zu nehmen.

Herr Loeschigk verzichtet auf das Wort.

Vorjehender: Der weitgehendste Antrag ist: Nr. 5 soll lauten: „In § 12 wird der letzte Absatz gestrichen.“ Die nun folgenden Worte fallen weg.

Dieser Antrag wird angenommen.

Vorjehender: Es steht jetzt Artikel II, der die Bestimmungen über die Abgabe von Gas unter Verwendung von Gasautomaten ergänzt, zur Debatte, und der Schluß der Vorlage; Artikel III.

Herr L e u e (als Kommissionsreferent): Ich habe nur zu § 6 zu erwähnen, daß der Zusatz, den die Kommission beantragt hat, den Magistrat zu ersuchen, eine Verbilligung des Gases in Erwägung zu ziehen, sich auch auf die Lieferung von Gas durch die Automaten bezieht.

Herr T o l l e: Der § 3 sagt, daß zwei Beleuchtungsgegenstände einfacher Art mit Pendeln oder Wandarmen für Gasglühlicht in gebrauchsfertigem Zustand, deren Verbrauch an Gas höchstens 60 Liter pro Lampe und Stunde beträgt, unentgeltlich geliefert werden sollen. Wenn wir einmal zu der Sache übergehen, den Abnehmern Beleuchtungskörper zu liefern, dann lassen Sie uns doch auch Brenner mit größerem Verbrauch liefern und nicht nur solche Biliputbrenner, denn die normalen Brenner verbrauchen 90 bis 100 Liter in der Stunde. Wenn die Leute größere Brenner haben wollten, müßten sie besonders einen Installateur kommen lassen. Ich glaube, daß wir die Bestimmung, daß der Verbrauch der Lampen 60 Liter per Stunde betragen soll, streichen können. Meiner Ansicht nach hat die Gasanstalt auch Interesse daran, daß viel Gas verbraucht wird. Deshalb möchte ich bitten, auch größere Brenner zuzulassen.

V o r s i t z e n d e r: Herr Tolle schlägt vor, die Worte „deren Verbrauch an Gas höchstens 60 Liter pro Lampe und Stunde beträgt“ zu streichen.

Herr Direktor v o n F e i l i c h: Ich kann der Versammlung mitteilen, daß kein sogenannter Biliputbrenner, sondern ein Normalbrenner verwendet werden soll, der mit einer kombinierten Düse ausgerüstet ist, die sowohl die Anbringung eines kleinen wie auch eines normalen Strumpfes zuläßt. Der Konjument kann also wählen, ob er mehr oder weniger Licht haben will.

Der Antrag Tolle wird abgelehnt und darauf Artikel II, §§ 1—11 und Artikel III angenommen.

Als hierauf der Herr V o r s i t z e n d e zu einem andern Punkte der Tagesordnung überzugehen im Begriff ist, bemerkt

Herr F r ü h l i n g: Die Frage der Einrichtung von Gasautomaten ist noch nicht zur Diskussion gestellt.

Herr D o e j i g k: Ich habe auch vorausgesetzt, daß wir noch auf des Pudels Kern zu sprechen kommen würden.

Vorsitzender: Ich habe mir erlaubt, die „Bestimmungen über die Abgabe von Gas unter Verwendung von Gasautomaten“ zur Beratung zu stellen, und rufe hierfür den Herrn Referenten zum Zeugen an. Wenn ich mich ungenau ausgedrückt habe, so will ich die Besprechung gern wieder eröffnen, falls Sie wünschen, daß die Sache noch einmal erörtert wird. — Die Paragraphen haben wir nun doch aber beschlossen!

Herr Loeschigk: Es mag formell richtig sein, was der Herr Vorsitzende gesagt hat. Ich bin aber doch der Ansicht, daß eine nähere Besprechung noch stattfinden sollte.

Herr Tolle: Ich nehme an, daß wir jetzt nicht mehr darüber sprechen können, ob es den Installateuren gestattet werden soll, die Anlagen für die Gasautomaten auszuführen, denn der Antrag ist wohl heute eingegangen, aber er steht nicht zur Besprechung. Es wird mir eben verdacht, daß ich die Sache nicht mit der Vorlage über die Gasautomaten verquickt habe.

Vorsitzender: Selbstverständlich konnte bei diesem Punkte die Eingabe erwähnt werden, formell aber konnten wir damit nicht anfangen, denn wir haben die Eingabe eben erst bekommen.

Herr Deue: Es ist so, wie der Herr Vorsitzende sagte. Ich habe über den Antrag 1 und 2 des Magistrats referiert und damit kurz die Eingabe der Installateure verquickt, habe darauf hingewiesen, es sei in der Kommission mitgeteilt, daß die Eingabe in der Deputation bereits zu einer Besprechung geführt hätte, daß uns aber Bestimmtes nicht hätte mitgeteilt werden können.

Vorsitzender: Wer von den Herren wünscht, daß die Beratungen wieder aufgenommen werden?

Es melden sich nur drei Herren, es folgt daher der nächste Punkt der Tagesordnung.

2. Antrag des Stadtverordneten Jasper auf Anberaumung regelmäßiger Stadtverordnetenversammlungen.

Herr Wolters: Herr Dr. Jasper hat in der Sitzung vom 24. Mai d. J. folgenden Antrag gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Herr Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung hat regelmäßig auf jeden ersten und dritten Donnerstag eines jeden Monats die Stadtverordnetenversammlung einzuberufen.“ Dieser Antrag ist in der Statuten-

kommissions-sitzung zum ersten Male Anfang oder Mitte Juni, zum zweiten Male in der letzten Sitzung dieser Kommission am vorigen Montag beraten Augenblicklich, wie den geehrten Herren bekannt ist, wird die Einberufung der Stadtverordnetenversammlung durch die Städteordnung bestimmt, deren § 55 lautet: „Der Vorsitzende hat die Stadtverordneten zu versammeln, so oft es das Bedürfnis erfordert, oder wenn der 6. Teil der Mitglieder der Versammlung, mindestens jedoch 3 Mitglieder solches unter Angabe des Gegenstandes der Tagesordnung es verlangen, oder auf Verlangen des Stadtmagistrats.“ Nach der bisherigen Ordnung hat also gewöhnlich allein der Vorsitzende nach seinem Ermessen zu bestimmen. Der Antrag des Herrn Dr. Jasper ist wohl hervorgegangen aus dem Gefühl, daß eine Anzahl von Sitzungen vor den Ferien sehr lange gedauert hat, über den normalen Zeitpunkt hinaus. In den beiden erwähnten Sitzungen der Statutenkommission ist sowohl für, als auch gegen den Antrag gesprochen worden. Die Freunde des Antrags haben ihn damit begründet, daß gesagt wurde: Eine Festsetzung in solch regelmäßiger Form ist deshalb sehr angebracht, weil ein jeder mit seinen Berufsgeschäften nach einem solchen festen Termin sich einrichten kann. Dann ist der Antrag von seinen Freunden auch deshalb unterstützt, weil es einer Anzahl Herren zu viel geworden ist, solch lange dauernden Sitzungen, wie sie vorgekommen, hier beizuwohnen. Die Gegner des Antrages sagten: es würde über kurz oder lang sich herausstellen, daß der Termin ein zu häufiger sei; es werde bald der Beratungsstoff fehlen. Ein anderes Motiv gegen den Antrag war, daß doch in der That die Anzahl der Sitzungen des Plenums wie die der Kommissionen ganz gewaltig anschwellen werde. Wir haben in dem letzten Steuerjahre 14 Sitzungen gehabt, darunter eine, die lediglich die Ehrung des Ehrenbürgers Wilhelm Raabe nach dessen Tode bezweckte; es haben also 13 ordentliche Sitzungen stattgefunden. Wenn jetzt nach diesem Antrage zweimal monatlich Sitzungen einberufen werden, und, wie jetzt üblich zu werden scheint, auch der Monat August zu den Sitzungen mit benutzt wird, so werden immerhin einige 20 Sitzungen im Laufe des Jahres herauskommen. Wenn man dazu die Kommissions-sitzungen rechnet, so würde durch das Mehr von 9 Plenarsitzungen und die zugehörigen Kommissions-sitzungen eine ganze Anzahl von Nachmittagen als Sitzungstage hinzukommen, die solchen Herren nicht angenehm sind, die in fester Stellung sich befinden, Gewerbetreibende oder Angehörige des Anwaltsstandes sind, die also nicht vollständig frei über ihre Zeit verfügen können. Die beiden verschiedenen Meinungen sind in beiden Sitzungen eingehend erörtert und man hat in der Statutenkommission versucht, ob man diese immerhin schwierige Frage nicht auf eine andere Weise zur Lösung bringen könnte. Wir haben wohl alle das Gefühl, daß im Plenum eine Anzahl von Sachen behandelt wird, die besser dort heraus-

gelassen werden, die aber die Zeit der Vollversammlung außerordentlich in Anspruch nehmen. Infolgedessen hat die Statutenkommission in ihrer ersten Sitzung vor den Ferien beschlossen, den Referenten zu beauftragen, er möchte Vorschläge machen, welche Beratungsstoffe aus der Plenarbehandlung ausscheiden könnten. In der zweiten Versammlung aber, nachdem der Referent zehn Wochen lang Zeit gehabt, über die Materie nachzudenken, mußte er erklären, daß die Schwierigkeit, solche Sachen zu bezeichnen, die ausgeschieden werden könnten, außerordentlich groß sei. Ja, schon der erste Versuch, einen geeigneten Stoff zu bezeichnen, rief Widerspruch hervor. Nun mag die Statutenkommission für ihr Bereich an sich sehr wohl kompetent sein, zu bestimmen oder vorzuschlagen, was ausscheiden kann; schwieriger aber wird die Frage, wenn sie bestimmen soll, wie es mit all den andern Sachen gehandhabt werden soll, die die Bau-, Schul- oder Finanzkommission zur Vorberatung erhält. Mit andern Worten: Die Statutenkommission glaubte, daß sie auf heftigen Widerstand stoßen würde, wenn sie gleich mit einem Vorschlage der Versammlung vor Augen treten würde; sie befürchtet, daß allein schon die Debatte über die Frage, was ausscheiden soll, den ganzen Zweck, der mit der Vorlage verbunden ist, vereiteln würde, indem darüber eine ganze Sitzung des Plenums hingehen würde. Deshalb hat die Statutenkommission einen Antrag, und zwar bis auf eine Stimme, einstimmig angenommen — auch die anwesenden Magistratsmitglieder, die nur für sich persönlich entscheiden, haben ebenfalls zugestimmt — der dahin geht: Es möchte der ganze Stoff als solcher allgemein auf eine breitere Grundlage gestellt werden und von den einzelnen Kommissionen vorbereitet werden. In diesen letzteren möchte die Materie geprüft und beschlossen werden, welche Sachen aus der Plenarbehandlung ausscheiden könnten. Darauf solle man eine besondere Kommission berufen, bestehend aus den vier Kommissionsvorsitzenden, und der Antragsteller solle als fünftes Mitglied zu dieser Kommission hinzugezogen werden. Nachdem diese Herren die Materie zusammen durchgearbeitet hätten, sollten sie dann ihre Beschlüsse im Plenum zur Vorlage bringen, so daß wenigstens eine gewisse Gewähr geboten wäre, daß hier im Plenum eine Einigkeit herbeigeführt werde. Zu den Kommissionen gehören 28 Herren aus der Versammlung, das ist bei weitem die Majorität. — Dann ging die Meinung weiter dahin, daß sich, nachdem in dieser Weise die Angelegenheit vorbereitet worden ist, eine Debatte darüber hier für die Öffentlichkeit verbiete. — Es geht also der Antrag der Statutenkommission dahin: Man möchte

1. nicht jetzt sofort in eine Beratung des Antrages Jasper eintreten, sondern den Antrag einstweilen in der Schwebe lassen, und
2. eine Kommission, zusammengesetzt aus den genannten Herren, berufen, die mit der Prüfung der ganzen Materie betraut werden.

Ob nun, nachdem die Kommission ihre Arbeit vollzogen hat, die Statutenkommission wieder hinzugezogen wird, oder die neue Kommission selbsttätig weiter vorgehen soll, das könnten Sie dieser Kommission oder der Statutenkommission überlassen. Ich empfehle Ihnen namens der Statutenkommission diesen Vorschlag zur Annahme.

Herr J a s p e r: Der Herr Berichterstatter hat Ihnen ausführlich den Entwicklungsgang der Beratung dieses Antrages dargelegt. Ich muß sagen: Von meinem Standpunkte aus fasse ich ihn als einen Leidensweg auf und bin im Ergebnis nicht davon befriedigt. Persönlich würde mir die Erklärung des Vorsitzenden genügen, daß es fortan so gehalten werden solle, wie ich durch meinen Antrag angeregt habe. Der Versuch ist besser als alle anderen Abmachungen. Nachdem aber die Verhandlungen in der Kommissionsberatung soweit gediehen waren, schien es schlechterdings unmöglich, meinen Antrag zurückzunehmen. Es läßt sich nicht leugnen, daß eine Ersparung in der Verwendung unserer Arbeitskraft auf dem vom Herrn Berichterstatter gekennzeichneten Wege möglich ist. Daß manche Gegenstände aus der Plenarberatung ausscheiden können, darüber werden wohl die meisten Herren mit dem Berichterstatter einig sein. Allerdings ist der Weg der Entscheidung darüber doch sehr dornenvoll. Es ist nicht so sehr einfach, das abzugrenzen, was ausgeschieden werden soll. Einmal ist deshalb die Sache bedenklich, weil die Kommissionen, die nun in beschränktem Umfange allein entscheiden sollen, nicht so zusammengesetzt sind, daß sie ein Spiegelbild im kleinen der Versammlung im großen geben. Wir haben ja nicht selten das Schauspiel erlebt, daß infolge der eigenartigen Zusammensetzung unserer Kommissionen die Mehrheit der Vollversammlung einen anderen Standpunkt eingenommen hat als die Kommission. Es fehlt für die Kommission der Rückhalt, daß ihre Mitglieder von größeren oder kleineren Gruppen von Parteifreunden delegiert sind. Meine Freunde und ich bedauern diesen Zustand, weil wir von einer Reihe von Deputationen und Kommissionen ausgeschlossen, in anderen nicht in der Stärke vertreten sind, wie sie unserer Zahl im Plenum entspricht. Wir sehen deshalb mit einigem Bedenken dem Resultate dieses Vorschlages des Herrn Berichterstatters entgegen. Es kommt hinzu, daß der Grundsatz der Öffentlichkeit der Verhandlungen der Stadtverordneten dadurch unter Umständen verletzt werden könnte. Die Allgemeinheit der Bürgerschaft hat ein gewisses Interesse, zu erfahren, wie ihre Anträge behandelt werden und anderes mehr. Es ist aber doch immerhin möglich, daß vielleicht in engen Grenzen eine Geschäftsverminderung für die Vollversammlung eintreten könnte, und mit dem Vorbehalt, die Ergebnisse der Beratungen zu prüfen, für Sicherungsmaßregeln für die Minderheiten in den Kommissionen zu wirken und mit dem Vorbehalte der Ablehnung

der Vorschläge, wenn der Weg sich als ungangbar erweist, habe ich in der Kommissionssitzung meine Zustimmung gegeben. Ich werde auch heute zustimmen trotz aller Bedenken, die ich dagegen habe, da alles der weiteren Entscheidung vorbehalten bleibt und Kautelen genug gegeben werden können, um die Macht der Kommissionen nicht unnötig zu erweitern. Ich würde beispielsweise eine Sicherungsmaßregel darin sehen, daß in solchen Fällen, wo eine Einigkeit innerhalb der zu betrauenden Kommission nicht erzielt würde, ein Appell an die Vollversammlung erfolgen könnte. Es wäre sehr wohl denkbar, daß keine Einmütigkeit in der Kommission erzielt wird und daß ein Mitglied der Kommission sagt: Ich halte die Sache für so wichtig, daß sie nicht im Schoße der Kommission entschieden wird. Dann muß der Minderheit das Recht gewahrt sein, daß die Vollversammlung, die nach der Städteordnung in erster Linie dazu berufen ist, ihr Wort in die Waagschale wirft. Auch würde zu prüfen sein, inwieweit eine materielle Abmachung überhaupt zulässig ist.

Herr Sander: Der Herr Berichterstatter hat eigentlich über den Antrag Jasper wenig oder gar nicht berichtet. Das konnte er auch nicht, denn der Antrag hat seine Erledigung dadurch gefunden, daß der Vorsitzende gesagt hat, er wolle zunächst erst einmal nach dem Antrage verfahren. Damit ist meiner Meinung nach der Antrag Jasper erledigt. In der Beratung der Statutenkommission war ich derjenige, der gegen den gefaßten Beschluß war. Ich meine, daß es nicht nötig ist, einen solch großen Apparat zusammenzuberufen, um dasjenige auszuscheiden, was uns hier unnötig aufhält. Ich gebe zu, es sind Sachen unter den Vorlagen, die von dem Magistrat entweder allein erledigt oder in einer Kommission begraben werden könnten, z. B. die Hundesteuererlaßgesuche und die Laternenaufrichtungen. Das sind aber auch die einzigen Sachen, die ich aus der Plenarverhandlung ausgeschlossen wissen möchte. In der Kommission sind noch verschiedene Sachen angeführt, wie die Verhandlung über Fluchtlinien. Da gibt es aber klein aussehende Vorlagen, die manchmal tief einschneidende Wirkungen haben, so daß es nicht recht wäre, sie in der Kommission zu erledigen. Wir haben hier häufig schon Sachen gehabt, die winzig aussahen und stundenlange Debatten hervorgerufen haben. Das ist ein Zeichen, daß Interesse für diese kleinen Sachen dagewesen ist. Schon von Herrn Dr. Jasper ist ausgeführt, daß die Bürger ein Recht daran haben, in öffentlicher Versammlung ihre Sachen besprochen zu wissen, damit sie auch sehen: wie denkt das Plenum über diese Sachen. Der Antrag hat so viele Schwierigkeiten in sich, daß nach meiner Meinung etwas Ersprießliches nicht herauskommen wird. Ich bin überzeugt, daß es genügt, wenn wir hier den Beschluß fassen: Hundesteuererlaßgesuche kann die Finanzkommission erledigen, ohne daß sie ins Plenum kommen, ebenso

Laternenaufstellungen usw. Es liegt auch schon ein dahingehender Antrag des Herrn Meyerhoff vor. Dadurch wäre schon eine Entlastung herbeigeführt. Den Antrag der Kommission aber bitte ich abzulehnen.

Herr Meyerhoff: In der Sitzung der Statutenkommission habe ich in dem Sinn, wie Herr Sander eben ausgeführt hat, gesprochen, habe aber nachher, um die Möglichkeit zu geben, zu prüfen, ob es nicht möglich ist, Sachen auszuscheiden, meinen Antrag zurückgezogen und für den Antrag des Herrn Dr. Wolters gestimmt. Ich möchte doch nicht so weit gehen, wie Herr Sander. Wenn wir den Antrag der Statutenkommission ablehnen, ist nicht einmal die Möglichkeit gegeben, einen dahingehenden Beschluß zu fassen. Ich möchte Sie bitten, sich dahin zu entscheiden, wie es gestern beschlossen ist.

Der Kommissionsantrag wird abgelehnt.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolters, übernimmt den Vorsitz.

3. Aufhebung der Interessentenwege Nr. 127/128.

Durch den jetzt nahezu vollendeten Ausbau der Huttenstraße und der Ratsbleiche werden die in unmittelbarer Nähe derselben gelegenen Interessentenwege 127 und 128 in Größe von 98 qm und 11,02 a entbehrlich. Nachdem auf eine bezügliche Bekanntmachung hin gegen die beabsichtigte Aufhebung dieser Wege Einsprachen nicht erhoben sind, gibt der Stadtmagistrat im Einverständnis mit dem Vorstand der zuständigen Feldmarksgemeinde Hagen der Stadtverordneten-Versammlung anheim, der Aufhebung der beiden Wegestrecken zuzustimmen.

Herr Tolle berichtet über die Vorlage und empfiehlt namens der Baukommission ihre Annahme.

Die Versammlung stimmt der Aufhebung der beiden Wegestrecken zu.

4. Abschluß eines Haftpflichtversicherungsvertrages.

Herr Sander: Am 24. Mai d. Js. haben die Stadtverordneten ihre Zustimmung dazu erteilt, daß die beim allgemeinen deutschen Versicherungsverein in Stuttgart vorläufig auf ein Jahr genomme Haftpflichtversicherung mit 100 Prozent Deckung zugunsten

- a) des Gaswerks an der Taubenstraße,
- b) des Gaswerks Bienroderweg,
- c) der Abwässerpumpstation,
- d) des Schlachthauses,
- e) der Neustadtmühle

auf 10 Jahre fest abgeschlossen würden. Hierfür war gemäß eines Angebots durch den hiesigen Generalagenten des genannten Vereins eine Jahresprämie von 306,68 Mark angenommen. Als jedoch der Magistrat den Vertrag abschließen wollte, hat sich herausgestellt, daß obiges Angebot zwar im Einverständnis mit der Subdirektion in Magdeburg, jedoch ohne Einwilligung der Generaldirektion in Stuttgart abgegeben worden ist und daß letztere nunmehr eine Jahresprämie von 322,48 Mark forderte. Wenn auch der Stadtmagistrat dem Generalagenten des Vereins gegenüber sein Befremden über dieses Vorkommnis ausgesprochen hat, so ist doch auch das jetzige Angebot des genannten Versicherungsvereins für die Stadt Braunschweig bei weitem das günstigste, insbesondere ist die Jahresprämie trotz ihrer Erhöhung weit geringer als die von den anderen Gesellschaften beanpruchte Prämie. Der Magistrat gibt deshalb den Stadtverordneten anheim, dem Abschluß der Versicherung auch unter Zugrundelegung einer Jahresprämie von 322,46 Mark zuzustimmen.

Die Statutenkommission hat die Sache beraten und ist derselben Meinung wie der Magistrat. Sie empfiehlt der Versammlung die Bewilligung dieser erhöhten Prämie.

Der Abschluß des Versicherungsvertrages wird genehmigt.

5. Abänderung des Ortsbauplans bezüglich der Straßen Nr. 508/509.

Herr P u ſ ch: Der Maurermeister August Decker hat von der Firma Gebr. Witte drei an der Petristraße gelegene Grundstücke erworben. Im Interesse einer nutzbringenden Bebauung des Eckgrundstückes an der Petristraße, für welches letzteres von den städtischen Behörden Vorgärten vorgesehen sind, wünscht er Beseitigung dieser Vorgärten. Dies ist nicht angängig, wohl aber haben wir in der Baukommission darüber beraten, ob es nicht möglich wäre, dem Genannten ein Entgegenkommen zu zeigen hinsichtlich der Breite der Straßen 508 und 509, und sind zu dem Entschluß gekommen, die Breite der Straße von 12 m auf 8 m herunterzusetzen, jedoch den Antragsteller zu verpflichten, an der Ost- und Südseite des Grundstückes einen 3 m breiten Vorgarten liegen zu lassen. Auf diese Weise wird ihm ein gewisser Vorteil erwachsen. Der Magistrat in Gemeinschaft mit der Baukommission empfiehlt Ihnen, in diesem Sinne der Änderung des Ortsbauplanes zuzustimmen.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich bin in den Beratungen der Kommission zugegen gewesen und habe den Beschluß so aufgefaßt, daß nicht nur die Bedingung gestellt ist, der Bauunternehmer solle diese 3 m als Vorgarten liegen lassen, sondern der Magistrat solle ersucht werden, hier Vorgärten anzuordnen. Da dies von Bedeutung ist, möchte ich Klarheit darüber herbeiführen. Der Magistrat war mit der Verschmälerung der Straße ohne die Anordnung der Vorgärten einverstanden, weil Herr Decker erklärt hatte, daß er einen drei Meter breiten Vorgarten halten wollte. Der Magistrat hielt es für ausreichend, wenn dieser Vorgarten durch Eintragung in das Grundbuch gesichert wurde. Im Gegensatz dazu hat die Kommission gemeint, es wäre richtiger, den Vorgarten anzuordnen. Das ist insofern von praktischer Bedeutung, als der Teil der Fläche, welcher bebaut werden darf, größer ist, wenn die Vorgärten nicht öffentlich angeordnet sind.

Herr Fröhling: Ich kann die Ansicht des Herrn Bürgermeisters nur bestätigen. Der Beschluß der Baukommission ist so zu verstehen, daß die Vorgärten von den städtischen Behörden angeordnet werden.

Dem Kommissionsantrage wird von der Versammlung zugestimmt.

6. Erhöhung der städtischen Beihilfen für den Braunschweiger Frauenverein.

Seit dem 1. April d. Js. wird aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen dem Braunschweiger Frauenverein neben der jährlich 600 M betragenden Beihilfe zu den Kosten der Abendfortbildungsschule des Vereins ein Jahreszuschuß von 700 M wegen der von ihm in der Schulküche auf der Reichstraße unterhaltenen Kochkurse für Frauen und Mädchen gewährt. Der Vereinsvorstand hat nun an den Magistrat die Bitte gerichtet, sowohl die Beihilfe für die Abendfortbildungsschule, als auch den Zuschuß für die Kochkurse unter Einräumung des Benutzungsrechts einer fernerer Schulküche zu erhöhen. Der fortgesetzt steigende Besuch seiner Unterrichtsveranstaltungen beweist, wie dringend das Bedürfnis ist, dem durch die planmäßige Unterweisung in den einfachsten Regeln und Handgriffen des Schneiderns, Flickens, Stopfens, Weißnähens, Plättens usw., sowie im Kochen und in der Wirtschaftsführung abgeholfen werden soll. Da eine Erhöhung des nur 1,50 M vierteljährlich betragenden Schulgeldes wegen der bescheidenen Verhältnisse der meisten Schülerinnen (Frauen kleinerer Angestellter und Arbeiter, Fabrikarbeiterinnen, kaufmännischer und

gewerblicher Gehilfinnen) ausgeschlossen ist, so hält der Stadtmagistrat nach Einsichtnahme in den vorgelegten Rechnungsabluß des Vereins den Antrag für gerechtfertigt. Die starke Inanspruchnahme der Kochkurse läßt für das Winterhalbjahr ein erhebliches Wachsen der Teilnehmerzahl erwarten. Der Verein glaubt für das Winterhalbjahr mit einer Erhöhung des städtischen Zuschusses um 350 *M* auskommen zu können, während er für das kommende Rechnungsjahr eine Verdoppelung der Beihilfe (auf 1400 *M*) erbittet.

Der Stadtmagistrat ersucht die Stadtverordneten zu Lasten der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen 1. der Erhöhung des Zuschusses an den Braunschweiger Frauenverein für die Abendfortbildungsschule von 600 *M* auf 1000 *M* jährlich vom 1. April d. Js. ab zuzustimmen, und 2. sich damit einverstanden zu erklären, daß demselben Verein wegen der von ihm veranstalteten Kochkurse für die Zeit vom 1. Oktober d. Js. bis 31. März f. Js. ein Mehrbetrag von 350 *M* (neben den hierfür schon bewilligten 700 *M*), für das künftige Rechnungsjahr aber bis auf weiteres ein Zuschuß von 1400 *M* gewährt werde.

Herr J a s p e r erstattete über die Vorlage Bericht und fügt hinzu: Die Finanzkommission hat sich dem Antrage des Magistrats angeschlossen, hält das Unternehmen für durchaus gedeihlich und der Unterstützung würdig und gibt anheim, der Erhöhung des Zuschusses zuzustimmen.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Es ist in Aussicht genommen, falls die geehrten Herren zustimmen, dem Vereine für seine segensreichen Kurse im kommenden Winter zunächst die Schulküche an der Leonhardstraße zur Verfügung zu stellen, dann aber im nächsten Sommer statt dieser Schulküche die in der Schule am Südklinte, weil deren Lage mit Rücksicht auf die Wohnung des größten Teils der Schülerinnen günstiger ist. Die Inanspruchnahme einer weiteren Schulküche ist, wenn die Tätigkeit des Vereins sich noch weiter ausbreitet, durchaus nicht ausgeschlossen.

Der Magistratsantrag gelangt zur Annahme.

7. Veteranenunterstützung betreffend.

Der Stadtmagistrat schreibt in seiner Vorlage vom 22. August 1911: „Wir erkennen es mit den Herren Stadtverordneten als eine Ehrenpflicht der Stadtgemeinde an, denjenigen Einwohnern, die einst Gut und Blut auf den Schlachtfeldern für Deutschlands Einheit und Größe eingesetzt haben, durch eine in angemessener Form und Höhe gehaltene Zuteilung zum Ausdruck zu bringen, daß die Bürgerschaft bereit ist, neben der in erster Reihe stehenden Ver-

pflichtung des Deutschen Reiches zur Fürsorge für unbemittelte Veteranen beizutragen und allen in den bescheidensten Verhältnissen lebenden würdigen alten Kriegern eine Beihilfe zu gewähren, wobei wir annehmen, daß auch die verhältnismäßig geringe Zahl solcher Veteranen berücksichtigt werden soll, die zwar nicht den Feldzug 1870/71, wohl aber einen der vorangegangenen Kriege (1848/49, 1864, 1866) mitgemacht haben.

Die hierdurch voraussichtlich entstehenden Aufwendungen sind nach einer ungefähren Schätzung zwar ziemlich bedeutend, wir glauben aber angesichts des vorliegenden, nicht ungünstigen Abchlusses für das verflossene Rechnungsjahr, daß die Kammereikasse den auf etwa 16—17 000 *M* zu veranschlagenden Mehraufwand wird tragen können.

Die Zahl der hier wohnenden alten Krieger ist unter Berücksichtigung der für das Reich vorliegenden Ermittlungen auf etwa 900—950 zu schätzen, von denen ungefähr 200—250 ein Einkommen über 1500 *M* versteuern werden, während etwa 435 über 600 bis 1500 *M* veranlagt und 270 steuerfrei gelassen sind.

Wegen der Höhe der Zuwendungen stimmen wir den Vorschlägen der geehrten Herren durchaus bei. Es würden daher, wenn alle Beteiligten sich melden und als würdig anerkannt werden sollten, an Mitteln erforderlich sein:

a) je 20 <i>M</i> für 435 steuerzahlende Veteranen mit Einkommen über 600 — 1500 <i>M</i> jährlich =	8 700 <i>M</i>
b) je 30 <i>M</i> für 270 steuerfreie Veteranen =	8 100 "
	<hr/> Summe 16 800 <i>M</i> .

Dieser Aufwendung der Kammereikasse würde eine Ersparnis der Wohlfahrtskasse für die bisher mit je 6 *M* bedachten 129 Veteranen gegenüberstehen (774 *M* jährlich), falls man nicht, wie wir vorgeschlagen, den Witwen von Veteranen künftig den Gesamtbetrag von 1000 *M* bei der Wohlfahrtskasse zur Verfügung stellen will, so daß bei rund 100 Witwen jede durchschnittlich auf 10 *M* (bisher 3 *M*) jährlich zu rechnen hätte."

Herr J a s p e r: Diese Frage hat uns bereits im Mai beschäftigt. Es ist seitens der Versammlung damals dem Grundsatz zugestimmt, eine Veteranenunterstützung eintreten zu lassen. Der Magistrat hat sich im wesentlichen unserem Antrage angeschlossen und ist lediglich in einem Punkte darüber hinausgegangen, und zwar insofern, als auch die Veteranenwitwen eine Dotation erhalten sollen. Die Finanzkommission empfiehlt Annahme der Vorlage mit der vorgeschlagenen Erweiterung.

Die Magistratsvorlage wird angenommen.

8. Ausbau der Cellerstraße zwischen Neustadttring und Landeseisenbahn.

Herr Frühlings: Der Ausbau der Cellerstraße auf der genannten Strecke hat die Herren schon einmal beschäftigt; sie wurde damals genehmigt und der Plan öffentlich ausgelegt. Die dagegen erhobenen Einsprüche sind in der vereinigten Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten beraten und als unbegründet zurückgewiesen, mit Ausnahme des einen, daß der Reitweg fortfallen solle. Der Magistrat wurde ersucht, einen anderen Plan über den Ausbau der Cellerstraße vorzulegen, in dem der Reitweg fortgelassen, und die Straßenbreite in einer andern Weise aufgeteilt wird. Die Beschwerdeführer sind von den von der vereinigten Versammlung gefaßten Beschlüssen in Kenntnis gesetzt. Die Änderung des Projektes ist genau so ausgeführt, wie damals beschlossen ist, und es wird nun an die Herren das Ersuchen gerichtet, den Kostenanschlag und die vorläufige Kostenverteilungsberechnung zu genehmigen und die Kosten zu Lasten des Extraordinariums zu verwilligen. Es ist also nur das zu genehmigen, was Sie früher schon beschlossen haben, daß es ausgeführt werden solle. Die Baukommission hat sich überzeugt, daß den Wünschen der Herren entsprochen ist, und empfiehlt Genehmigung der Vorlage.

Herr Doejhigk: Ich erlaube mir die Anfrage, ob die Anwohner der Cellerstraße sich nicht schon wieder mit Eingaben gegen das Projekt an den Magistrat gewandt haben.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Anlieger haben allerdings eine Eingabe gemacht, die der Magistrat aber einstweilen einfach zu den Akten genommen hat, weil sie in die zurzeit noch nicht genehmigte Vorlage nicht eingreifen kann. Es muß den Anliegern überlassen bleiben, erneut Einsprache zu erheben, nachdem das Projekt genehmigt ist. Ein anderer Weg ist nicht gangbar, denn daß der eine oder der andere oder auch die Gesamtheit der Anlieger einer Straße ihren Ausbau nicht wünschen, kann die Stadtgemeinde nicht bestimmen, den Ausbau einer Straße, den sie für nötig hält, zurückzustellen.

Herr Doejhigk: Da wir seinerzeit den Ausbau definitiv beschlossen haben, so ist ja nichts daran zu ändern. Wenn aber die Anlieger der Straße erklären, daß der Ausbau nicht nötig ist, dann verstehe ich nicht, daß ein so großes Interesse der Stadt daran vorliegen soll, die Straße mit so vielen Kosten auszubauen. Wir haben noch andere Straßen auszubauen als die Cellerstraße. Die Notwendigkeit des Ausbaus der Cellerstraße ist wohl nur eine Notwendigkeit im Interesse der Straßenbahn.

Herr Sander: Ich bin anderer Meinung als Herr Loeßhigt. Es sind wohl Anwohner der Cellerstraße vorhanden, die den Ausbau der Strecke wünschen. Auch aus der Stadtverordneten-Versammlung sind verschiedentlich Wünsche gekommen, den unteren Teil der Cellerstraße auszubauen. Herr Loeßhigt muß doch auch wissen, daß der Wunsch danach schon lange Jahre vorliegt. Als Anlieger der Cellerstraße, der den Ausbau wünscht, nenne ich beispielsweise das Herzogliche Krankenhaus. Seitdem das Krankenhaus dort gebaut ist, ist diese Straße eine so frequente, daß der Ausbau wirklich notwendig ist. Wenn Sie die Menschenzüge sehen, die zur Besuchszeit der Kranken hinauspilgern, dann werden Sie sagen, daß die Straße so viel benutzt wird, daß es eine Notwendigkeit ist, sie entsprechend auszubauen. Außerdem haben wir den Ausbau ja auch schon beschlossen.

Herr Bürgermeister Meyer: Im Interesse des öffentlichen Verkehrs ist der Ausbau wünschenswert und von der Versammlung beschlossen. Wie Herr Loeßhigt sagen kann, daß der Ausbau im Interesse der Straßenbahn geschehe, ist mir unverständlich. Nach meiner Kenntnis der Verhältnisse ist die Sache so gelaufen, daß die Stadt mit Rücksicht darauf, daß sie vorhatte, die Cellerstraße auszubauen, sich an die Straßenbahn gewandt hat, ob sie nicht bei der Gelegenheit ein zweites Gleis legen wollte. Also nicht die Straßenbahn ist an die Stadt herangetreten, sondern umgekehrt. Das Interesse an dem Ausbau ist lediglich ein städtisches.

Herr Frühlings: Ich kann nur noch einmal auf die formale Seite hinweisen. Den Ausbau dieses Teiles der Straße haben wir bereits früher beschlossen; es handelt sich nur darum, ob das frühere Projekt geändert und wie es geändert werden soll.

Herr Loeßhigt: Es ist das Recht der Versammlung, auch schon gefaßte Beschlüsse wieder aufzuheben; das haben wir schon mehrfach getan.

Dem vorgelegten Projekt wird von der Versammlung zugestimmt und die Kosten bewilligt.

9. Aufnahme der Straße 559 in den Ortsbauplan und Ausbau derselben.

Herr Frühlings: Die Bauproduktiven Genossenschaft hier hat den Wunsch, das ihr gehörige Grundstück an der Ecke der Eckert- und Kramerstraße weiter aufzuschließen und zu Kleinwohnungen zu verwenden, also für Wohnungen mit 3 Zimmern, Küche und Nebengelassen. Zu dem Zwecke will sie durch das Grund-

stück eine Straße durchführen und bebauen. Der Plan ist dort an der Wand ausgestellt. Die Straße soll 9 m breit werden und an der einen Seite sollen Vorgärten von 3 m Tiefe durch Ortsbaustatut, auf der andern Seite aber durch Vertrag ein 5 m breiter Vorgarten festgelegt werden. Es kann dies nicht gleichfalls durch Ortsbaustatut geschehen, weil wir nur berechtigt wären, 3 m dafür festzusetzen. Daß die 5 m vertraglich festgelegt werden, erfüllt denselben Zweck wie die Anordnung durch Ortsbaustatut. Der Magistrat richtet an die Herren das Ersuchen, sich einverstanden zu erklären, daß diese Straße in den Ortsbauplan aufgenommen und für die Frontlänge auf der einen Seite ein 3 m breiter Vorgarten festgelegt wird. Außerdem ersucht der Magistrat, dem mit der Bauproduktivgenossenschaft in üblicher Weise abgeschafften Vertrage zuzustimmen, der aber die Besonderheit zeigt, daß auf der andern Straßenseite ein 5 m breiter Vorgarten vertraglich festgelegt ist, und daß — während für gewöhnlich eine zehnjährige Unterhaltungslast für die Berechnung der Abfindungssumme angenommen wird, in den Fällen, wo kein öffentliches Interesse an der Erbauung der Straße vorliegt, sogar eine 25jährige — in diesem Falle nur eine 5jährige Unterhaltungslast der Berechnung dieser Abfindungssumme zugrunde gelegt wird. Das ist geschehen, da es an Kleinwohnungen ganz besonders fehlt und man der Bauproduktivgenossenschaft beim Bau von solchen entgegenkommen will. — Bei der Beratung in der Baukommission wurde Widerspruch laut, daß man einer einzelnen Baugenossenschaft in solcher Weise entgegenkommen wolle. Es wurde aber hervorgehoben, daß das deshalb geschehen sei, weil man das öffentliche Interesse und das Bedürfnis anerkennt. Das kann nicht anders als von Fall zu Fall geschehen. Die Baukommission hat deshalb ihre Bedenken fallen gelassen und das Projekt, sowie den Vertrag angenommen.

Herr *F r e d e*: Daß zugunsten der Schaffung von Arbeiterwohnungen von der üblichen Bestimmung Abstand genommen wird, eine 10- bis 25jährige Unterhaltungslast der Abfindungssumme zugrunde zu legen, können wir nur begrüßen. Nur erschienen mir die Worte am Schluß des Referats etwas unklar: daß das von Fall zu Fall zugebilligt werden müsse. Entscheidend soll das öffentliche Interesse sein. Das ist nicht immer klar festzulegen. Besser wäre es, deutlich auszusprechen, daß solche Vergünstigungen nicht nur großkapitalistischen Gesellschaften zuteil werden, sondern auch dem Privatunternehmer, falls er Kleinwohnungen schafft. Nur dadurch können wir den Mangel an Kleinwohnungen beheben, nicht durch nur gelegentliche Unterstützung.

Herr *R ü h l i n g*: In diesem Sinne hat sich auch die Baukommission ausgesprochen. Es handelt sich nur darum, ob man das ein für alle Mal festlegen

kann. Die Vergünstigung wird gewährt werden können, so lange das Bedürfnis nach derartigen Wohnungen vorliegt. Es soll also nicht beschränkt werden auf die Person, sondern auf das Bedürfnis.

Herr Bürgermeister Meyer: Eine Festlegung in der Art, wie sie Herr Stadtverordneter Frede wünscht, ist unmöglich, denn, ob ein öffentliches Interesse vorliegt, kann nicht im voraus auf Jahrzehnte festgelegt werden, sondern die Frage kann nur beantwortet werden, wenn wirkliche Fälle vorliegen, in denen eine Entscheidung getroffen werden muß. Ich möchte die Anfrage so beantwortet sehen, daß in diesem Falle nicht der Bauproduktivgenossenschaft als solcher der Vorzug gewährt ist, sondern dem Unternehmen, das bereit ist, Kleinwohnungen zu schaffen. Mit anderen Worten: Die Persönlichkeit spielt keine Rolle, sondern das, was mit dem Bau bezweckt wird.

Herr Frede: Ich bin durch die Erklärungen des Herrn Bürgermeisters und des Herrn Referenten befriedigt und möchte nur noch konstatieren, daß dadurch eine größere Klarheit als beim Bericht eingetreten ist.

Die Aufnahme der Straße in den Ortsbauplan und der mit der Genossenschaft geschlossene Vertrag werden genehmigt.

10. Regelung der Gehaltsverhältnisse der Stadtgeistlichen.

Vorjizender (Herr Wolters) als Referent der Finanzkommission: In der Vorlage des Magistrats wird darauf hingewiesen, daß durch das Kirchengesetz vom 27. März d. J. die Befoldung der Geistlichen im Lande folgendermaßen geregelt ist:

2700 M	1 × 400 M	6900 M
	1 × 500 "	
	3 × 600 "	
	3 × 500 "	

Das Anfangsgehalt betrug früher 2400 M, das Endgehalt 6000 M. Diesen Verhältnissen entsprechend wird beantragt, auch für die Stadtgeistlichen eine Änderung der Gehaltsverhältnisse eintreten zu lassen. Bisher sind folgende Sätze gewährt:

4100 M	1 × 300 M	6500 M
	3 × 500 "	
	2 × 300 "	

daneben freie Wohnung, und wo solche nicht gewährt wurde, 1200 *M* Wohnungsentschädigung. Jetzt wird folgendes vorge schlagen: Das Anfangsgehalt soll verbleiben, aber folgende Staffe lung eintreten:

$3 \times 600 \text{ M}$, $3 \times 500 \text{ M}$, Endgehalt 7400 *M*.

Die 6 Stufen bleiben also, aber die Höhe der einzelnen Stufen wird größer. Ferner wird eine wichtige Bestimmung eingefügt: daß die Stadtgeistlichen eine Anrechnung der in früheren Stellungen zugebrachten Dienstzeit erhalten können, wenn sie vor ihrer Berufung nach der Stadt wenigstens 6 Jahre eine Stellung als Geistliche außerhalb im Lande Braunschweig bekleidet haben. In diesem Falle sollen aber höchstens nur 4 Jahre angerechnet werden können. Damit soll ermöglicht werden, daß auch ältere Herren vom Lande mit reiferer Erfahrung sich nach der Stadt melden können, ohne daß sie eine Einbuße in ihren Gehaltsbezügen erfahren. Die Folge des früheren Zustandes war, daß bei Bewerbungen um freie Predigerstellen in der Stadt sich in der Regel Herren höheren Alters nicht gemeldet haben, sondern vielfach junge Herren ins Amt berufen worden sind.

Die Mehrausgabe, die der Gemeinekirchenkasse erwächst, würde zurzeit 15 600 *M* betragen, die das laufende Jahr hindurch ohne Erhöhung der Kirchensteuer gedeckt werden kann. Da diese Kasse aber dauernd belastet wird, so ist die Zustimmung der Stadtverordneten erforderlich, um die der Magistrat ersucht. Die Kompetenz der Stadtverordnetenversammlung ist deshalb gegeben, weil eine eventuelle Bewilligung der Kirchensteuer von Einfluß auf den Umfang und die Höhe der Gemeinde-Einkommensteuer ist. Wir haben an sich über die Verwendung der Kirchensteuer nicht mitzusprechen. Wir haben nur in dem Punkte mitzusprechen, daß wir etwa die Höhe der Kirchensteuer beanstanden, sofern uns die Erträgnisse der Gemeinde-Einkommensteuer gefährdet erscheinen. Dieses Verhältnis ist präzise geordnet durch die Kirchengemeindeordnung, und da würde vom 1. April nächsten Jahres überhaupt die Kompetenz der städtischen Behörden ausfallen. Über die Höhe der Kirchensteuer wird dann zunächst der Gemeinekirchenrat entscheiden, und erst dann, wenn die Kirchensteuer eine Höhe von 5 Prozent der Gemeinde-Einkommensteuer erreicht, würde die staatliche Aufsichtsbehörde eine weitere Genehmigung erteilen müssen. Wir haben daher nur für das laufende Jahr zu beschließen, in dem ohne eine Erhöhung der Kirchensteuer die Mehrausgabe aus der Gemeinekirchenkasse geleistet wird.

Aus dem der Vorlage beigegebenen Entwurf der neuen Gehaltsordnung ist zu erwähnen: In § 3 werden die Fristen, nach welchen die Alterszulagen eintreten sollen, ebenso geordnet, wie bei den städtischen Beamten: sie laufen stets vom 1. April an, und zwar, sofern die Einführung in das Stadtpredigtamt in den ersten 9 Monaten des Kalenderjahres stattgefunden hat, vom 1. April d. J.,

andernfalls vom 1. April des folgenden Jahres ab. — In § 5 wird bestimmt, daß die Gemeinekirchenkasse in ähnlicher Weise zu behandeln ist, wie der Pfarrerbefoldungsfonds für die Landgeistlichen. Wenn aus den Einkünften einer Pfarre auf dem Lande ein Überschuß entsteht, indem sie durch das Gehalt des Geistlichen nicht ganz in Anspruch genommen werden, so wird der Überschuß dem Pfarrerbefoldungsfonds zugeführt. Dementprechend soll auch in der Stadt, falls von den Einkünften der Pfarrstellen ein Überschuß vorhanden ist, dieser der Gemeinekirchenkasse zugeführt werden, andernfalls muß die Kirchenkasse zuschießen. — In § 6 wird geregelt, in welcher Weise die neuen Gehaltsätze für die schon im Amte befindlichen Geistlichen Anwendung finden sollen, ferner auch, wie die Anrechnungsfrage für diese Herren behandelt werden soll.

Eine kleine redaktionelle Änderung hat die Finanzkommission zu empfehlen, nämlich daß in § 6 statt: „Das Dienst Einkommen wird u n t e r A n w e n d u n g d e s § 4 berechnet“ gesetzt werden möchte „unter Anwendung der §§ 1 und 4“. Es könnte sonst das Mißverständnis entstehen, es solle nur der § 4 gelten, der die Anrechnungsfrage regelt, und nicht auch der § 1, der die Bestimmungen über die neuen Gehaltsätze trifft. In allen Punkten hat die Finanzkommission der Vorlage zugestimmt und empfiehlt Ihnen Genehmigung der Vorlage.

Die Versammlung ist mit der Gehaltsvorlage einverstanden.

V o r s i t z e n d e r: Es liegen noch eine Anzahl Anfragen vor, die ich verlesen werde. — Sind die Herren vielleicht der Meinung, daß wir heute noch einen Stoff aus der Tagesordnung verhandeln sollen? — Das ist nicht der Fall. Ich werde jetzt lediglich die eingereichten Anfragen verlesen und den Herren in der nächsten Sitzung Gelegenheit geben, die Anfragen zu begründen. Es liegt vor:

E i n e A n f r a g e des Herrn Stadtverordneten B u j c h: „Weshalb werden die erweiterten Gasrohre in der Adolfsstraße jetzt und weshalb sind sie nicht vorher gelegt, nachdem in den Monaten Juli bis August die Chausseierung so weit fertiggestellt ist, daß der Leermacadam-Überzug erfolgen konnte?“

S o d a n n 6 A n f r a g e n des Herrn Stadtverordneten L o e j c h i g t:

„1. Warum werden bei der enormen Hitze die öffentlichen Bedürfnisanstalten nicht intensiver gereinigt und desinfiziert?

2. Wann wird die Straßenbahnlinie Gliesmarode endlich, wie beschlossen, nach dem Westen durchgeführt?

3. Wie weit sind die Vorarbeiten für die Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen gediehen und wann kommen dieselben zur Ausführung?

4. Wann wird der Kleinhandel mit Fleisch usw. auf dem Schlachthause endlich aufgehoben und in die Markthalle verwiesen?

5. Wann wird endlich der jeinerzeit gewünschte Krankenwagen gestellt werden?

6. Wie steht es mit der jeinerzeit vom Stadtverordneten Herrn Dr. jur. Wolters in Aussicht gestellten Stelle eines Feldwebels für die Berufsfeuerwehr?"

Herr J a s p e r (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, nicht sofort in die vertrauliche Sitzung einzutreten, sondern zunächst die Anfragen in öffentlicher Sitzung vorweg zu behandeln.

V o r s i t z e n d e r: Sind die Herren der Meinung, daß — während das übrige Programm des heutigen Tages zurückgesetzt wird — die Anfragen heute noch behandelt werden, so bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschickt.) Das ist die Minderheit. — Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7¼ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 21. September 1911.

Tagesordnung:

1. Abänderung des Gasstatuts	Seite 338
2. Lohnübersicht für 1910/11	" 339
3. Gesuch der Anwohner der Stecherstraße wegen Regelung des Fuhrverkehrs dieselbst	" 360
4. Abrechnung über den Ausbau bezw. Instandsetzung verschiedener Straßen .	" 361
5. Bericht über die städtische Rechtsauskunftsstelle	" 361
6. Antrag verschiedener Einwohner auf Anlegung von Reitwegen	" 364
7. Rechnungsabchlüsse für 1910/11	" 366
8. Abnahme der städtischen Haushaltsrechnungen für 1908/09	" 370
9. Anfrage des Stadtverordneten Busch wegen der vorgenommenen Straßen- arbeiten auf der Abolstraße	" 371
10. Antrag des Stadtverordneten Henking auf bessere Säuberung der Haupt- verkehrsstraßen und Fußwege	" 372
11. Antrag des Stadtverordneten Frede auf Freigabe der Hauptwege im Bür- gerpark für den Radfahrverkehr	" 373
12. Einsprache gegen eine Änderung des Ortsbauplans (Straße 114)	" 374
13. Vermietung der ersten Etage des vorm. Hilbebrandschen Hauses	" 375
14. Nachverwilligung von Kosten zur Instandsetzung desselben Hauses	" 375

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketschmer,
Bürgermeister Meier, Stadträte Koenig und Wagner.

Entschuldigt die Herren Lange, Löhnefinke, Ribbentrop.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und macht Mitteilung über folgende Schriftstücke, die für die Versammlung eingegangen sind:

1. Ein Programm des 3. internationalen Kongresses für Wohnungshygiene 1911.

2. Ein Schreiben des Herrn Direktors Eichhof mit dem Wunsche, die Straßenbahnlinie 7 an eine andere Linie anzuschließen.

3. Ein Schreiben der Herren Justizrat Giesecke und C. Buschmann mit dem Antrage, dahin wirken zu wollen, daß die Fallerlebertorlinie der Straßeneisenbahn tunlichst bald bis zum Bahnhof fortgeführt werde.

Diese beiden Schreiben werden vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

4. Eine Eingabe von Anliegern der oberen Eichthalstraße, enthaltend die Bitte, diese Straße von der Celler- bis zur Kreuzkampfsstraße beim Ausbau der Cellerstraße mit instand zu setzen.

Der Vorsitzende überweist das Schriftstück der Baukommission zur Vorberatung.

1. Abänderung des Gasstatuts.

Herr Wolters: Wir hatten in der vorigen Sitzung beschlossen, daß in dem uns vorgelegten Statutenentwurf über die Bedingungen für die Abgabe von Gas in § 7 eine neue Einfügung dem Magistrate empfohlen werden möchte. Sie betrifft die Idee, die von Herrn Tolle angeregt war, daß man unter den einzelnen Monatsbezügen eine Verrechnung stattfinden lassen sollte. Die Versammlung hat die Fassung angenommen, es möchte unter dem Absätze „Privaten Zwecken dienende“ usw. eingefügt werden: „Bezieht ein Abnehmer 12 Monate hindurch Gas, so sollen die Monatsbezüge innerhalb dieses Zeitraumes gegeneinander aufgerechnet werden,“ — gemeint war: „verrechnet werden können“. Hierzu schreibt der Stadtmagistrat folgendes:

„Wir erklären uns mit der dieser Bestimmung zugrunde liegenden Tendenz einverstanden, tragen aber dem Wortlaute zuzustimmen um deswillen Bedenken, weil durch die danach am Schlusse jedes einzelnen Monats vorzunehmende, für 11 Monate des Jahres auf 2 Rechnungsjahre sich erstreckende Aufrechnung eine vermutlich von den geehrten Herren nicht beabsichtigte und unseres Erachtens wohl zu ersparende erhebliche Belastung der Verwaltung der Gaswerke herbeigeführt wird. Es dürfte sich deshalb empfehlen, eine Änderung vorzunehmen, und zwar schlagen wir vor, das in der Weise zu tun, daß gesagt wird: „Bezieht ein Abnehmer während des ganzen Rechnungsjahres Gas, so findet

nach Ablauf des Rechnungsjahres Durchschnittsberechnung statt.“ Es wird bei dieser Fassung für den Abnehmer im großen ganzen der gleiche Effekt erzielt und der Verwaltung erwächst die Unannehmlichkeit, daß sie nur einmal im Jahre, und zwar am Schlusse des Rechnungsjahres, die dann sehr einfache Berechnung zu machen braucht.“

Der Magistrat ersucht, dieser Änderung zuzustimmen, und die Finanzkommission empfiehlt das ebenfalls. Die Bestimmung ist allerdings gegen die von uns angenommene Fassung ein wenig in der Idee verschoben dadurch, daß erst am Schlusse eines Rechnungsjahres die Verrechnung auszuführen ist, aber es ist auch durchaus richtig, daß eine anderweitige Verrechnung dem Gaswerke viel Arbeit machen würde. Eins ist materiell geändert, indem gesagt werden soll: „während des ganzen Rechnungsjahres“, während wir bisher gesagt hatten „12 Monate hintereinander“, doch empfiehlt die Finanzkommission Annahme des Magistratsvorschlages.

Die vom Magistrat vorgeschlagene Änderung des Zusatzes wird angenommen.

2. Lohnübersicht für 1910/11.

Herr Wolters: Meine Herren! In den Lohnnachweisen, die uns für das Jahr 1910/11 vorliegen, sind gegenüber den Sätzen, die nach den Berichten der Vorjahre bezahlt sind, eine große Anzahl von Lohnerhöhungen festzustellen. Von diesen Lohnerhöhungen ist ein Teil in der Nachweisung direkt gekennzeichnet, ein anderer nicht, ist aber trotzdem eingetreten, in einem restlichen Teile sind Lohnerhöhungen nicht eingetreten. Lohnerhöhungen sind erfolgt in der Tiefbauabteilung, bei den Wegewärtern, in der Pumpstation bei allen dort beschäftigten Personen, desgleichen bei den Licht- und Wasserwerken, ebenso auch in der Neustadtmühle. Diese Erhöhungen treten in der Rechnungsablage ohne weiteres hervor. Ferner haben Lohnerhöhungen erhalten die Straßenreinigungsarbeiter und die bei der Kanalbauabteilung beschäftigten Personen. Keine Erhöhung der Lohnsätze ist erfolgt bei einer Anzahl Arbeiter der Tiefbauabteilung, bei der Hochbauabteilung, beim Mieselgute und bei dem Schlachthause.

Über die vorliegende Übersicht hat die Finanzkommission in zwei Sitzungen beraten, zuerst am 13. Juni, also noch vor den Ferien, und dann am letzten Dienstage. Die Beschlüsse der ersten Finanzkommissionssitzung sind folgende: Die Finanzkommission bittet den Magistrat, über eine Anzahl Fragen Aufklärung zu geben, die sich besonders auf die in dem Kapitel 12 der Berichte niedergelegten Auskünfte beziehen. Es war der Finanzkommission damals aufgefallen, daß bei diesen Nachweisen in Kapitel 12, die den Jahresverdienst kenn-

zeichnen sollen, verschiedene Grundlagen angenommen waren. Einmal waren die wirklich ausgezahlten Löhne zugrunde gelegt, in anderen Verwaltungszweigen nicht diese, sondern eine kalkulatorisch gefundene Zahl, und auch hier wieder auf verschiedenen Grundlagen. Einmal waren diejenigen Personen, die überhaupt nicht das ganze Jahr gearbeitet hatten, ganz weggelassen, in andern Verwaltungszweigen die Kranken nicht berücksichtigt. Genug, es gab große Verschiedenheiten in der Methode, wie die einzelnen städtischen Verwaltungszweige die Antworten in Kapitel 12 erteilt hatten. Deshalb beschloß die Finanzkommission, hier zu beantragen, man möchte den Magistrat bitten, bei den künftigen Lohnnachweisen in Kapitel 12 eine einheitliche Methode, gleichviel welcher Art, eintreten zu lassen, so daß die Verhältnisse zueinander klarer hervortreten und nachgeprüft werden können.

Ein zweiter formeller Beschluß ist der: Die Stadtverordneten-Versammlung möchte den Magistrat bitten, an Stelle dieses vorliegenden sehr umfangreichen Werkes eine solche Form zu wählen, die geschlossener und für den Überblick über die Lohnzahlungen in den einzelnen Verwaltungen geeigneter ist, mit anderen Worten: ein Schema, das die einzelnen Fragen für jede Verwaltung in sich einheitlich behandelt. Jetzt ist für jeden Verwaltungszweig jedes Kapitel für sich aufgeführt und dadurch das ganze Werk unübersichtlich und sehr umfangreich geworden.

Aber auch einige Beschlüsse sachlicher Art sind in der ersten Kommissionsitzung gefaßt: Zunächst wurde gebeten, der Magistrat möchte prüfen, ob für die Lohngruppen derjenigen vollwertigen ungelernten Arbeiter, die noch nicht 3 *M* als Tagelohn erhalten, als Mindestmaß bei der Anstellung dieser Satz von 3 *M* zugrunde zu legen ist. Zu diesen Gruppen gehörten die Straßenkehrer und die Arbeiter auf dem Schlachthause. Dieser Beschluß ist aber in der vorgestrigen Sitzung der Finanzkommission geändert.

Ferner ist in der ersten Sitzung beschlossen, man möchte dem Magistrat zur Erwägung anheimgeben, ob nicht für die bei den Gaswerken beschäftigten Ofenarbeiter eine kürzere Schichtdauer von nur 8 Stunden festgesetzt werden könnte.

Über diese Beschlüsse sollte in der Sitzung der Finanzkommission vom 15. August referiert werden. Am 14. August hatte die städtische Bauverwaltung auf die in der Finanzkommissionsitzung vom 13. Juni aufgestellten Fragen eine schriftliche Antwort erteilt — im wesentlichen betreffen sie den Punkt, nach welcher Methode die Berechnung des Jahresverdienstes in Kapitel 12 beruht — und mir als dem Referenten übergeben lassen. Diese Mitteilungen kamen jedoch in der Sitzung vom 15. August nicht zur Sprache, da die Tagesordnung jener Sitzung so reichhaltig war, daß der Punkt aufgeschoben werden mußte. In

dieser Sitzung vom 15. August hatte Herr Dr. Jasper eine Anzahl Anträge und Anfragen gestellt. Diese Anfragen deckten sich mit dem, was die Finanzkommission bereits beschlossen hatte; es war das Ersuchen an den Magistrat, in einzelnen tatsächlichen Fragen Auskunft zu erteilen, und war also nur gestellt, weil der Antragsteller diese Auskünfte noch nicht besaß.

Nach jener Sitzung war neues Material eingegangen, auf Grund dessen die Finanzkommission einen ihrer Beschlüsse ändern mußte. Es war uns mitgeteilt, daß die Verwaltungsdeputation der Straßenreinigung inzwischen andere Besoldungsätze eingeführt hatte. Es sollten laut Beschluß der genannten Deputation vom 7. Juli die Straßenkehrer, die bisher in 5 Lohnklassen zu 71, 80, 85 und 90 *M* eingeteilt waren, künftig in 2 Lohnklassen mit 85,50 *M* im ersten und mit 90 *M* vom zweiten Dienstjahre an eingeteilt werden, ferner den Vorarbeitern 95 *M* und schließlich allen Kleidung im Werte von 35 *M* jährlich, sowie Nachtkaffee im Werte von 2 *M* jährlich gewährt werden. Die Auflader, die bisher in 4 Lohnklassen zu 80, 85, 87,50 und 90 *M* eingeteilt waren, sollten nunmehr in 2 Lohnklassen zu 90 und 95 *M* getrennt werden, und ihnen dabei Kleidung im Werte von 46,75 *M* gewährt werden. Schließlich sind die Bezüge der Fahrer erhöht worden. Sie erhielten bisher in 4 Lohnklassen 85, 90, 95 und 100 *M* und sind nunmehr in 3 Lohnklassen zu 95, 100 und 105 *M* eingereiht. Daneben erhalten sie Kleidung im Werte von 71,25 *M* jährlich, sowie Morgenkaffee und Weißbrot im Werte von 13 *M* jährlich. Diese Erhöhung ist also inzwischen, gewissermaßen in Erledigung eines Antrages der Finanzkommission, erfolgt. Über die gleichzeitig von der Finanzkommission gegebene Anregung, auch für die am Schlachthause tätigen Arbeiter, die noch nicht 3 *M* täglich erhalten, eine Erhöhung des Lohnes eintreten zu lassen, ist in der Finanzkommission nicht bekannt geworden, ob ein Deputationsbeschluß herbeigeführt worden ist.

Die vorgestrige Finanzkommissionssitzung hat in formeller Hinsicht drei Beschlüsse gefaßt und auch drei Beschlüsse in materieller Hinsicht. Diese Beschlüsse umfassen sowohl die aus der Initiative der Versammlung hervorgegangenen Anträge, wie auch zum Teil die Erledigung der Anträge des Herrn Dr. Jasper; ich werde also in meinem Berichte über diese Beschlüsse eine Trennung zwischen dem, was von Herrn Dr. Jasper beantragt ist und was sonst aus der Versammlung heraus beantragt worden ist, nicht eintreten lassen, jedoch bei jedem Punkte hervorheben, wie weit sich beides deckt oder auseinandergeht.

Zunächst hält die Finanzkommission ihren alten Beschluß aufrecht, an den Magistrat die Bitte zu richten, daß für die demnächstigen Lohnnachweise der Norm nach ein Schema benutzt wird, ferner bleibt sie dabei, zu beantragen, die Bitte an den Magistrat zu richten, daß für die Nachweisung des Jahresver-

dienstes in Kapitel 12, eine einheitliche Grundlage gewählt wird. In beiden Punkten gehen hiermit überein die Anträge des Herrn Dr. Jasper, doch geht der Antrag des Herrn Dr. Jasper weiter, als die Finanzkommission glaubt folgen zu sollen, und zwar hat Herr Dr. Jasper beantragt, man möchte bei diesen Lohnnachweisen nicht bloß für die einzelnen Gruppen, sondern auch für jeden einzelnen Arbeiter einen Nachweis über seinen Jahresverdienst schaffen. Danach soll also eine Tabelle angefertigt werden, aus der ersichtlich ist, welche Arbeit jeder einzelne Arbeiter tatsächlich leistet, welchen Lohn er tatsächlich verdient, in welchem Umfange er Sonntagsarbeit, Nachtarbeit, Überstunden, Auffordarbeit geleistet hat, sowie welche Zeit und aus welchen Ursachen er bei der Arbeit fehlte. Der normale Arbeitsverdienst der ersten Tabelle spricht hier nicht mit, dieser ist von allen Betriebsverwaltungen tunlichst einheitlich zu berechnen. Über diesen Antrag Jasper ist wegen seiner weittragenden Bedeutung von der Finanzkommission lange beraten und die Kommissionsmitglieder haben sich darüber gründlich ausgesprochen. Es war von dem Herrn Antragsteller mit seinem Wunsche verknüpft gewesen, daß kenntlich gemacht werden sollte, in welcher Weise gewissermaßen sozialpolitisch gegenüber den Arbeitern vorgegangen würde, ob nicht bei einzelnen Leuten oder gar gruppenweise Vorzüge gewährt würden, während andere vernachlässigt würden. Zweck des Antragstellers war weniger, die Lohnhöhe festzustellen, als die Art der Behandlung der Arbeiter in den Betriebsverwaltungen dargestellt zu sehen. Die Finanzkommission hält es jedoch für ausreichend, daß die geehrten Herren auf Grund der Nachweise sich ein Bild darüber machen können, wie hoch die Lohnzahlung ist, ob wir die Leute ausreichend besolden, und daß die geehrten Herren für den Fall, daß ihnen die Besoldung nicht genügend erscheint, den Beschluß fassen können: die Betroffenen müssen höher besoldet werden. Sofern aber die Nachweise ein Bild davon geben sollen, wie die Verwaltung als solche gehandhabt wird, wie die Direktoren oder die Dezernenten die Arbeiter behandeln, da glaubt die Finanzkommission, es sei nicht Sache der Stadtverordneten, in die Betriebsverhältnisse einzugreifen. Ein fernerer Grund für die Ablehnung dieses Antrages des Herrn Dr. Jasper durch die Kommission ist der, daß mit dieser Nachweisung für jede einzelne Person eine ganz unaussprechlich große Arbeit verbunden ist, die, wenn sie genau sein soll, nicht das allein anführen muß, was Herr Dr. Jasper verlangte, sondern natürlich auch die Begründung dafür, weshalb ein Arbeiter Auffordarbeit, Überstunden oder Sonntagsarbeit erhalten hat, denn ohne diese kann man sich kein Bild davon machen, ob die Art und Weise der Betriebsführung gerechtfertigt ist oder nicht. Aber auch die rein statistische Arbeit allein schien so gewaltig zu sein, daß die Finanzkommission glaubt, dem Antrage Jasper nicht zustimmen zu können.

In sachlicher Beziehung hat zunächst die Finanzkommission in ihrer zweiten Sitzung den schon erwähnten Beschluß bestätigt, zu erwägen, ob nicht bei den Ofenarbeitern des Gaswerkes eine kürzere Schichtdauer von 8 Stunden festgesetzt werden könnte.

Der zweite sachliche Beschluß ist von sehr weittragender Bedeutung. Die Herzogliche Kreisdirektion hatte in der Zwischenzeit bestimmt, daß für vollwertige ungelernte Arbeiter in Braunschweig ein ortsüblicher Tageslohnsatz von 3,20 *M* gegen bisher 2,70 *M* als bestehend anerkannt werden sollte. Die geehrten Herren erinnern sich, daß wir vor einem halben Jahre hier auf Veranlassung der Kreisdirektion einen Beschluß über die Festsetzung der Höhe des ortsüblichen Tageslohnes gefaßt haben, und daß unsere Erklärung dahin ging, daß man 3 *M* als Satz für Braunschweig annehmen möchte. Jetzt hat die Herzogliche Kreisdirektion dieses unser Gutachten nicht für zutreffend anerkannt, vielmehr durch Vermittlung der Handelskammer bei den hiesigen Gewerbetreibenden anfragen lassen, und nach den ihr gewordenen Auskünften festgesetzt, daß als ortsüblicher Tageslohnsatz für vollwertige ungelernte Arbeiter 3,20 *M* als feststehend anerkannt würde. Der erneuten Entscheidung der Kreisdirektion mußte die Finanzkommission folgen und hat ihren Beschluß aus der ersten Sitzung in folgender Weise geändert: Dem Magistrat möge empfohlen werden, die vollwertigen ungelernten Arbeiter mit 3,20 *M* als Anfangslohn zu besolden. — Die Wirkung dieses Beschlusses, wenn Sie ihn annehmen und der Magistrat sich dem anschließt, würde eine außerordentlich weitgreifende sein.

Zum Schluß habe ich zu erwähnen, daß die Finanzkommission über 9 Anträge des Herrn Dr. Jasper Beschluß gefaßt hat, die sie zum Teil zur Berücksichtigung empfiehlt, zum Teil nicht. Diese Anträge sind auf zwei von Herrn Dr. Jasper eingereichten Antragslisten enthalten. Es heißt da:

„Die sämtlichen Deputationen werden ersucht, die Löhne, die in den ihnen unterstellten Betrieben gezahlt werden, nachzuprüfen, und dabei folgendes zu erwägen:

1. Ob, soweit verschiedene Löhne gezahlt werden und fortan auch gezahlt werden sollen, eine Einteilung nach Lohnklassen zweckmäßig sein würde.“

Die Finanzkommission hat beschlossen: Sie empfiehlt dem Magistrat, zu prüfen, ob dem Antrage 1 entsprochen werden soll oder nicht. Sachlich nimmt die Finanzkommission noch keine Stellung, und zwar aus dem Grunde, weil sie den einzelnen Deputationen nicht vorgreifen kann und will. Die Deputationen sind ermächtigt, die Lohnsätze festzusetzen, und unser Amt ist es, deren Festsetzung nachzuprüfen, resp. die Sätze zu erhöhen. Wir empfehlen nichtsdestoweniger in Übereinstimmung mit Herrn Dr. Jasper, daß der Magistrat die Frage prüft.

Herr Dr. Jasper fordert in seinem 2. Antrage, zu erwägen, ob bei dieser Klasseneinteilung der Grundsatz der Alterszulagen gleichmäßig durchgeführt werden kann, derart, daß den Arbeitern die Zulage nur auf besonderen Beschluß der Deputation aus besonders wichtigen Gründen vorenthalten werden darf. Hier hat die Finanzkommission zu bemerken, daß in dieser Weise in den verschiedenen Betrieben schon verfahren wird. Wohl ausnahmslos in allen Betrieben ist die Alterszulage bereits eingeführt und das Zurücklegen einer gewissen Anzahl Jahre innerhalb eines Verwaltungszweiges berechtigt den Arbeiter, den höheren Satz zu beanspruchen. Es ist das also nicht an die etwaige Zustimmung der Verwaltung oder der geehrten Herren gebunden. Damit dürfte Nr. 2 erledigt sein.

3. wünscht Herr Dr. Jasper, daß geprüft wird, ob die Zahl der Klassen verringert werden kann. Hier empfiehlt die Finanzkommission, die Prüfung abzulehnen. Für diesen und die nachfolgenden Beschlüsse ist derselbe Gesichtspunkt maßgebend gewesen: Wir wollen vor der Hand den Deputationen nicht vorgreifen.

Der 4. Punkt heißt: zu erwägen, ob ein schnelleres Aufsteigen in die oberen Klassen und damit ein zeitigeres Erlangen des Höchstlohnsatzes durchgeführt werden kann. — Auch hier empfiehlt die Finanzkommission, die Prüfung abzulehnen.

5. zu erwägen, ob als Anfangslohn den ungelernten Arbeitern ein Stundenlohn von 35 § , dem gelernten oder anderweitig qualifizierten Arbeitern ein Stundenlohn von 45 § mindestens gezahlt werden kann. In dieser Beziehung hat die Finanzkommission, wie schon vorhin gesagt, beschlossen, dem Magistrat zu empfehlen, die vollwertigen ungelernten Arbeiter mit 3,20 M zu besolden.

Den Antrag 6: Zu erwägen, ob die erste Dienstzulage spätestens mit Beginn des 2. Dienstjahres gewährt werden kann, empfiehlt die Finanzkommission aus vorgenannten Gründen abzulehnen, ebenso den Antrag 7: Zu erwägen, ob die 2. Dienstzulage mit Beginn des 4. Dienstjahres gewährt werden kann.

Punkt 8 heißt: Ob für Überstundenarbeit ein Aufschlag von 25 Prozent, mindestens aber von 10 § für jede Überstunde gewährt werden kann. Die Kommission empfiehlt hierzu, die Versammlung möge sich dahin entschließen, daß in eine Prüfung der Frage eingetreten wird. Erwähnt wurde in der Sitzung der Finanzkommission, daß die Versammlung in wiederholten Beschlüssen sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß eine Überstundenbezahlung nur dann am Platze ist, wenn ein Schichtarbeiter, der seine Schicht voll ausgenutzt hat, noch weiterarbeiten muß. Es wird also für eine höhere Bezahlung vorausgesetzt, daß die Arbeitskraft eines Mannes in stärkerer Weise beansprucht wird als in normalen Zeiten. Für solche Schichtarbeiter hat die Finanzkommission und auch

das Plenum schon früher empfohlen, eine bessere Bezahlung der Überstunden eintreten zu lassen. Dagegen war die Versammlung der Meinung, daß man nicht allgemein eine bessere Bezahlung eintreten lassen solle, wenn es sich lediglich darum handelt, daß der betreffende Arbeiter in einer größeren Anzahl von Stunden als die normale sich nur für die Arbeit bereit halten muß, am Platze sein muß, ohne zu arbeiten, oder gar in normaler zur Arbeit bestimmten Zeit nicht hatte arbeiten müssen. Einen Beschluß in dieser Beziehung hat die Finanzkommission nicht gefaßt, jedoch sich in der erwähnten Weise ausgesprochen, empfiehlt aber im übrigen, eine Prüfung dieser Frage dem Magistrat anheimzugeben.

9. hat Herr Dr. Jasper beantragt, zu erwägen, ob für außergewöhnliche Nacharbeit und für Sonntagsarbeit ein Aufschlag von 50 Prozent gewährt werden kann. — Auch hier ist seitens der Finanzkommission eine Prüfung empfohlen.

Vorsitzender: Ich schlage vor, die vorliegende Sache formell in der Weise zu behandeln, daß wir erst über die Anträge der Kommission und die Anträge des Herrn Dr. Jasper beschließen und daß ich darnach den einzelnen Herren, die zu einer besonderen Kategorie Fragen oder Anträge zu stellen wünschen, nach der Reihenfolge der Behandlung in den Nachweisen Gelegenheit dazu gebe.

Herr Oberbürgermeister K e t m e y e r: Ich möchte nur dem Berichte hinzufügen, daß nach den eingezogenen Erkundigungen auch die Schlachthaus-Deputation in der Zwischenzeit den Anfangslohn der vollwertigen ungelernten Arbeiter auf 3,20 M erhöht hat und daß sie beabsichtigt, in der nächsten Sitzung über weitere Aufbesserungen Beschluß zu fassen.

Vorsitzender: Es steht zunächst der 1. Antrag der Finanzkommission zur Beratung, der besagt: wir möchten den Magistrat ersuchen, ein übersichtliches Schema für die Nachweise zu wählen. Wir haben in der Finanzkommission unter Zugrundelegung des von Herrn Dr. Jasper vorgelegten Schemas uns darüber geeinigt, wie das Schema aussehen müßte. — Ich schließe die Beratung und bitte diejenigen Herren, die an den Magistrat das besprochene Ersuchen stellen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Versammlung hat so beschlossen.

Nach dem 2. Antrage soll der Magistrat ersucht werden, in den Nachweisen, besonders für Kap. 12 einheitliche Grundsätze einzuführen, so daß ein Nachrechnen und eine Vergleichung möglich ist. Ich eröffne die Beratung hierüber.

Herr Oberbürgermeister K e t m e y e r: Wie in der Kommission schon hervorgehoben ist, sind die einzelnen Verwaltungen bei der Berechnung des Jahres-

verdienstes in verschiedener Weise vorgegangen. Einige haben ausgerechnet, wieviel der Arbeiter bei normalen Verhältnissen verdienen kann und andere haben den tatsächlichen Verdienst ausgerechnet und dann (was aber dem Magistrat nicht bekannt geworden ist) bei verschiedenen Sätzen gleichartiger Arbeiter einen Durchschnitt gezogen. Die Herren müßten sich nun schlüssig machen, was in Zukunft vorgeschrieben werden soll. Bisher war das Formular so gefaßt, daß rein theoretisch ermittelt werden sollte: wieviel verdienen die Betroffenen im Jahre?

Herr Wolters: Für uns liegt nach meiner Meinung nur das Bedürfnis vor, zu wissen, wie stellt sich die Besoldungshöhe und ist sie ausreichend? Ich würde nicht empfehlen, daß in jedem einzelnen Falle das Mindestgehalt oder das tatsächlich Gezahlte festgestellt wird. Zu erfahren: „Der Mann ist ein halbes Jahr krank gewesen und hat deshalb nur 600 M verdient,“ hat für uns keinen Zweck. Wir brauchen nur zu wissen: Bekommt der Mann genügend Geld für seine Arbeit?

Vorsitzender: Nach den Beratungen der Finanzkommission soll die Frage gestellt werden: Was bekommt der Arbeiter, wenn er keinen Tag krank gewesen ist, denn Krankheitsfächer können uns hier nach der Meinung der Finanzkommission, nicht beschäftigen.

Herr Jasper: Daß Kap. 12 bisher unzureichend beantwortet war oder der Möglichkeit Raum gab, daß Mißverständnisse bei denjenigen, die diese Ziffern prüften, sehr leicht aufkommen konnten, ist von der Kommission und auch vom Herrn Oberbürgermeister anerkannt. Dieser Antrag regt an, eine neue Norm für die Nachweise zu schaffen, und da würde ich es — wenn ich teilweise auf den nächsten Punkt vorgreifen darf — doch für unzureichend halten, wenn lediglich ganz theoretisch ein Durchschnitt angegeben würde, den vielleicht niemand hat. Es würden bei dieser theoretischen Grundlage meines Erachtens doch wenigstens auch die Mindest- und Höchstsätze neben den Durchschnittssätzen anzugeben sein, damit man objektivere Anhaltspunkte hat als rein theoretisch-problematische Grundlagen. Vor allen Dingen müßte die Art und Weise, wie in jeder einzelnen Verwaltung der Arbeitsverdienst berechnet ist — und das war auch der Wunsch der Finanzkommission — kenntlich gemacht werden, sonst ist eine sachliche Nachprüfung gar nicht möglich.

Vorsitzender: Herr Dr. Wolters hat in der Finanzkommission ganz richtig die Sache in den beiden Punkten gipfeln lassen: Es soll kein Ist-Nachweis geliefert werden, sondern ein Soll-Nachweis, also nachgewiesen werden, was jeder Arbeiter, wenn er gesund ist, im Laufe des Jahres bekommt, nicht aber,

was an jeden einzelnen Arbeiter je nach seinem Kranksein und seinem sonstigen Fehlen tatsächlich an Lohn gezahlt worden ist. Wir waren in der Kommission der Ansicht, daß für uns als Stadtverordnete nur das erste von Bedeutung sein könnte. Selbstverständlich können alle die Nachweise, die Herr Dr. Jasper gewünscht hat, auch noch aufgeführt werden. Es kann beispielsweise gesagt werden: So und so viele sind krank gewesen usw. Von dem Lohn möchte aber nur das Soll für die ganzen vielleicht 310 Arbeitstage angegeben werden; wir würden sonst mit dem Krankengeld und andern Sachen auf eine schiefe Ebene kommen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

V o r s i t z e n d e r: Es liegt noch ein direkter Antrag des Herrn Dr. Jasper vor, der aufrecht erhalten wird. Herr Dr. Jasper wünscht einen auf die einzelne Person berechneten Nachweis, der also angibt, was jede einzelne Person im Laufe des Jahres wirklich erhalten hat unter Berücksichtigung seines Fehlens, sei es wegen Krankheit oder aus anderen Ursachen. Der Herr Referent hat namens der Finanzkommission gebeten, dies abzulehnen. Der Antrag steht zur Beratung.

Herr J a s p e r: Diese Frage, den konkreten Nachweis zu haben, berührt sich mit der soeben vom Herrn Oberbürgermeister angeschnittenen Frage, wie der Jahresverdienst berechnet werden soll. Wenn so verfahren wird, wie Sie eben beschlossen haben, daß lediglich in einer Tabelle angegeben wird, was je ein Mann der einzelnen Lohnklassen bei voller Arbeit verdient, so ist das etwas ganz Abstrakt-Theoretisches, und es kann vorkommen, daß kein einziger der in dieser Lohnklasse Stehenden diesen Lohn tatsächlich erhalten hat, daß vielleicht alle weit darunter bleiben oder der größte Teil bei weitem mehr verdient. Es können nicht nur Krankheitsstage in Betracht kommen, sondern auch Sonntags- oder Nachtarbeit, Überstundenarbeit, und vor allen Dingen wird in einer ganzen Reihe von Betrieben neben der gewöhnlichen Tagelohnarbeit Akkordarbeit geleistet, weniger nach dem Ermessen der Deputation als nach dem der betreffenden Meister, und es kann gerade infolge dieser in anderer Art gelohnter Arbeit ein ganz anderes rechnerisches Ergebnis für den Jahresverdienst zutage treten. Für die städtische Verwaltung und für uns ist es nicht belanglos, zu wissen, wie nach den theoretischen Lohnsätzen praktisch sich nun jeder einzelne Arbeiter stellt. Ebenso praktisch bedeutungsvoll würde es für uns sein, zu wissen, aus welchen Quellen er seinen tatsächlichen Arbeitsverdienst bezieht, ob er in dem üblichen normalen Betriebe gewonnen ist, in den üblichen Tagesstunden und zu dem üblichen Tageslohn oder dadurch, daß der Arbeiter Überstunden geleistet hat, ob er

Sonntags und Nachts herangezogen ist, ob er Affordarbeit in großem Umfange geleistet hat. Das ist deshalb von Bedeutung, weil alle diese Arbeiten mehr oder weniger erhöhte Aufwendungen von Körper- und Geisteskraft an die Arbeiter stellen. Deshalb ist es auch in der Industrie allgemein üblich, diese Arbeitsleistungen besonderer Art: Überstunden, außergewöhnliche Sonntagsarbeit, höher zu bezahlen, und ebenso pflegt der Affordsatz höher zu sein als gewöhnlicher Tagelohnsatz. Es ist sozialpolitisch von Bedeutung, über die Ist- und Sollsätze unterrichtet zu sein, um dadurch Gelegenheit zu gewinnen, die Betriebe, die unter der städtischen Verwaltung stehen, so einzurichten, daß sie Musterbetriebe sein können. Auf Grund der theoretischen Nachweisung können Sie die Verhältnisse gar nicht oder nur sehr unzureichend feststellen; sie ist nur etwas Halbes und nichts Vollkommenes, nicht geeignet, uns in die Lage zu versetzen, die Betriebe in der Weise beeinflussen zu können, wie es mir wünschenswert scheint. Der Einwand, daß man in dieser Beziehung nicht vorgehen könnte, weil das in erster Linie Sache der Verwaltung sei, ist für mich nicht stichhaltig. Auch ich bin der Ansicht, daß allerdings in erster Linie die Verwaltung, die Deputationen usw. berufen sind, die Einrichtungen des Betriebes zu regeln und auch ihr Augenmerk auf die Gesichtspunkte zu lenken, die ich eben vorgeführt habe. Das schließt aber gar nicht aus, daß darüber hinaus auch durch die städtische Verwaltung im allgemeinen, soweit sie durch den Magistrat und uns vertreten ist, eine Überwachung der Tätigkeit der Deputationen stattzufinden hat, daß ihnen ermöglicht wird, diese Nachprüfung durchzuführen. Wie gesagt, auf Grund der theoretischen Tabelle ist eine solche Nachprüfung meines Erachtens nur unzureichend möglich; deshalb scheint es mir notwendig zu sein, sie durch diese Tabelle auf den einzelnen Mann zu ergänzen. Um ein Beispiel hinsichtlich der Tragweite dieser Tabelle vorzuführen, habe ich in der Finanzkommission bereits erwähnt, daß mir in den städtischen Gaswerken sehr wichtig erscheinen würde, nachzuprüfen, wie die tägliche Arbeitszeit — bisher bestehen zwei Schichtwechsel — in sanitärer Beziehung für die Arbeiter wirkt. Wenn die Tabelle konkret auf den einzelnen Mann nach dem von mir angeregten Muster ausgeführt würde, so würde sie genau die Krankheitstage jedes einzelnen Mannes ergeben und wir dadurch schätzenswertes Material haben, um zu beurteilen, ob diese Betriebe besonders gesundheitsgefährlich sind. Es würde auch möglich sein, festzustellen, ob diese Gesundheitsgefährdung in den Betrieben noch dadurch erhöht würde, daß neben der recht langen Schicht noch Extraarbeiten geleistet werden und ob die Arbeiter dazu angehalten werden, weil vielleicht die Lohnsätze, die bisher gezahlt wurden, nicht ausreichend erscheinen. — Es ist weiter eingewandt, daß dieser konkrete Nachweis schlechterdings unmöglich sei oder mit überaus großer Arbeit verbunden sei, die nicht im Einklang stehe mit den Erfolgen, die dabei zutage

träten. Auch diesen Einwand halte ich nicht für stichhaltig. Der Herr Bericht-
 erstatter hat bereits hervorgehoben, daß dieser Nachweis ähnlich sein würde, wie
 ihn in der Privatindustrie die Berufsgenossenschaften erhalten. Dieser Vergleich
 ist vollkommen zutreffend, und ich sollte meinen: wenn die privaten Groß- und
 Kleinbetriebe durchführen können, eine solche Nachweisung aufzustellen, so würde
 das auch unserer städtischen Verwaltung möglich sein. Es sind doch die Lohn-
 bücher für jeden einzelnen Mann vorhanden; darin ist auch angegeben, wieviel
 Stunden am Tage und in der Woche er zu gewöhnlicher Zeit gearbeitet hat. Das
 läßt sich doch quartalsweise und für das ganze Jahr zusammenziehen. In den
 Lohnbüchern ist auch die Überstundenarbeit angegeben, es stehen dort die Afford-
 sätze, so daß es sich lediglich um eine schematische Zusammenstellung dieser Löhne
 handelt. Es müßte das gemacht werden, was eigentlich schon wegen der Über-
 sicht für die Rentabilität des Betriebes der Betriebsleiter machen müßte, um sich
 zu vergegenwärtigen, ob der rechte Mann an der rechten Stelle steht und die Ent-
 lohnung den Grundsätzen der Rentabilität des Betriebes entspricht. Es kommt
 hinzu, daß die Stadt über die Kräfte eines Privatunternehmers hinaus noch
 andere Kräfte zur Verfügung hat. Im Rathause sind genug rechnerisch geschulte
 Leute vorhanden; wir haben auch eine statistische Stelle, bei der eine Zusammen-
 stellung dieser Lohnnachweise erfolgen könnte. Erst dann hätte man ein Bild
 darüber, was an Lohnsätzen tatsächlich gezahlt ist, ob das Überstundenwesen bei
 den einzelnen Betrieben über das Normale hinausgeht, ob Affordarbeit geleistet
 werden muß, wie es vielleicht den sozialpolitischen Anforderungen nicht ent-
 spricht, ob ausreichender Lohn für den einzelnen Mann gezahlt wird oder nicht.
 Was nützt es dem Mann, wenn er eine bestimmte Summe verdienen kann, er sie
 aber tatsächlich doch nicht verdient, wenn er sie nur durch besondere Anstrengung,
 wie Nebenarbeit, verdienen kann. Eine Ausstellung hört man aus Arbeiter-
 kreisen immer wieder, wenn die bisherigen Lohnnachweise in das Land gelangen
 waren: „Die Sätze stimmen nicht; wir haben einen andern Verdienst!“ Und das
 ist als richtig anzunehmen, weil — ich will davon absehen, daß die Aufstellung
 zum guten Teil unzureichend war — weil sie einer Nachprüfung nicht stand-
 halten kann, weil sie ein Ding ist, das in der Luft schwebt. Wenn aber Nach-
 weisungen für den einzelnen Mann geachtet werden, und sie sich genau nach-
 prüfen lassen, dann läßt sich derartigen Redereien, die gewiß der städtischen Ver-
 waltung nicht angenehm sein können, von vornherein die Spitze abbrechen. Dann
 ist Gewähr gegeben, daß wirklich die Grundsätze, die die städtischen Verwaltungen
 miteinander vereinbart haben, auch angewandt und durchgeführt sind. Ich
 möchte bitten, es einmal zu versuchen, eine solche Tabelle aufzustellen. Die
 Tabelle, die ich in der Finanzkommission vorgelegt habe, enthält zu einem guten
 Teile nur das, was bisher in dem weitschichtigen Werke enthalten war; es bedarf

nur noch einiger Ergänzungen, die keine große Last verursachen werden, weil sie aus vorhandenen Büchern abgeschrieben werden können. Wenn man nur will, läßt sich das wohl durchführen.

Herr Wolters: Wie in der Kommissionsitzung, so hat auch jetzt noch einmal der Herr Antragsteller hingewiesen auf das Verhältnis bei den Lohnberechnungen und bei den Lohnnachweisen der einzelnen privaten Gewerbebetriebe. Bei diesen aber liegt doch die Sache wesentlich anders als bei den Betrieben der Stadt. Sie sind verpflichtet, den Berufsgenossenschaften Lohnnachweise zu überweisen lediglich zu dem Zweck, um danach die Umlage für die Unfallrente zu berechnen. Nun wird in den Gewerbebetrieben natürlich für jeden Arbeiter getrennt verzeichnet: Das ist für den normalen Betrieb, das für Überstunden u. dergl. Es erscheint aber in der Berufsgenossenschafts-Lohnnachweisung doch immer nur die für einen Arbeiter gezahlte Summe. Herr Dr. Jasper geht in seiner Forderung jedoch weiter: er wünscht, daß hier nicht nur die Gesamtsumme dargestellt wird, sondern auch die Überstunden, Sonntagsarbeit, Akkordarbeit und dergl. Die Stadt hat ihrerseits solche Lohnnachweise für eine Berufsgenossenschaft nicht anzufertigen, denn sie steht in Selbstversicherung; das ganze Material müßte neu angefertigt werden, und zwar in weitergehendem Maße als in den Privatbetrieben. Die Arbeit erscheint unendlich, und das vorzulegende Opus würde einen unglaublichen Umfang haben. Ich halte die Idee für undurchführbar.

Wenn weiter gesagt wird, es beständen zuweilen Zweifel darüber, ob das in den Nachweisen gesagte zutreffend sei, indem einige städtische Arbeiter sagten: „Wir bekommen nicht soviel, wie in dem Berichte steht!“ so ist auch diese Frage in der Kommission behandelt. Es liegt doch nahe, zu fordern, daß ein einziger solcher Fall hier einmal vorgetragen, untersucht und klargestellt wird. Wir alle miteinander sind mit Herrn Dr. Jasper selbstverständlich dafür, daß das, was hier beschlossen wird, auch durchgeführt werden soll, und ein jeder kann fest überzeugt sein, daß wir die Richtigkeit eines solchen Lohnnachweises uns auch angelegen sein lassen.

Der Herr Antragsteller hat gesagt, die Aufstellung im einzelnen sei nötig, um zu beurteilen, ob beispielsweise am Gas- und Wasserwerk mit der Verteilung der Arbeiten ganz korrekt verfahren sei. Wenn er das bezweckt, dann hätte der Herr Antragsteller einen ganz anders formulierten Antrag einreichen und vielleicht sagen müssen: „Wir bitten um Auskunfterteilung, nach welchen Grundsätzen in der und der bestimmten Verwaltung Sonntagsarbeit usw. geleistet wird.“ Das hat aber mit einer Lohnnachweisung nichts zu tun.

Im übrigen hat der Magistrat zu dem Antrage Jasper sich schon bereit erklärt, bei den künftigen Lohnnachweisen doch auch Details hervortreten zu lassen, wie etwa den Umstand, daß Lohnverringerungen eintreten könnten durch stadtseitiges zeitweiliges Aussetzen der Arbeit, ebenso, inwiefern durch Krankheitstage, Affordarbeit usw. diese Sätze verändert werden. Das ist in gewisser Weise ein Eingehen auf die Anträge 2 und 3 des Herrn Dr. Jasper, und die Finanzkommission hat diese Erklärung mit Freuden aufgenommen.

Herr Jasper: Auch durch die Erwiderung des Herrn Berichterstatters bin ich nicht überzeugt worden, daß die Arbeit unmöglich ist. Gerade durch den zuletzt angeführten Umstand, daß der Herr Oberbürgermeister selbst zu einem guten Teile ein Eingehen auf meine Wünsche zugesagt hat, ist dem zugestimmt, daß es möglich ist, diese Auskünfte zu geben. Ich erlaube mir, die geehrten Herren noch auf eins hinzuweisen. Die Neuerung, wie sie von dem Herrn Berichterstatter vorgeschlagen ist, bedeutet insofern eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustande, als das bisher in dem Bericht enthaltene Tatsächliche verschwinden wird und lediglich ein theoretisches Gebilde erhalten bleibt. (Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Das ist nicht richtig!) Ich gründe diese Behauptung darauf, daß hier in Frage 2 enthalten ist: die tägliche Arbeitsdauer, wie sie sein soll, in Frage 3: in welchem Umfange Sonntagsarbeit stattfindet, in Frage 7: Anzahl der tatsächlich geleisteten Überstunden. Und diese Fragen, die auf das Tatsächliche eingingen, waren bisher von einigen Betrieben in der Weise beantwortet, daß da stand: 1 Arbeiter so und so viel, 3 Arbeiter so und so viel, 2 Arbeiter so und so viel usw. Wenn Sie dem Vorschlage des Herrn Berichterstatters und der Finanzkommission folgen, dann werden Sie lediglich eine theoretische Tabelle haben des Inhalts, wie der Herr Vorsitzende sagte, was sein soll, wir werden aber nicht wissen, was gewesen ist, was in diesem Berichtsjahre an Nacharbeit, Überstunden, Sonntagsarbeit geleistet ist. Was ich in der zweiten Tabelle aufgeführt sehen möchte, ist lediglich dieses, was als tatsächlicher Bericht über das letzte Jahr anzusehen ist. Der Unterschied gegenüber dem bisherigen Bericht einiger Verwaltungen ist nur der, daß in der Tabelle nicht stehen soll: 2 Arbeiter, sondern: die Arbeiter Müller und Schulze, also der Name. Ich weiß nicht, ob dadurch eine so große Mehrarbeit geschaffen werden könnte! Dann würde in dem Schema folgen: die Lohnklasse, die tatsächliche Arbeitszeit, Affordarbeit, Sonntagsarbeit, Überstunden; hierauf kommt das Fehlen wegen Krankheit und sonstiger Umstände. Das sind auch die Fragen, deren Beantwortung der Herr Oberbürgermeister in der Kommission, wie der Herr Berichterstatter erwähnte, bereits zugestanden hat. Wenn Sie den Beschluß so lassen, wie wir ihn eben gefaßt haben, dann fällt alles Tatsächliche fort. Und gerade das ist

das Wesentliche, um der Unstimmigkeiten wegen, die der bisherige Bericht gehabt hat, der das Gewesene verquickte mit dem Theoretischen. Beides ist zu trennen: wie es sein soll, theoretisch, für den normalen Arbeiter, und das andere: wie nun diese Vorschriften in dem Berichtsjahre gewirkt haben. Wir haben genau dasselbe bei dem Haushaltsetat und dem Exekutionsetat. Da ist für jeden einzelnen Beamten angegeben, wie es sein soll und wieviel der einzelne Beamte tatsächlich erhalten hat. Nach den vorliegenden Nachweisen ist die Zahl der Arbeiter, deren Lohn nachgewiesen werden soll, ungefähr die gleiche wie die der Beamten und Lehrer, die von der Stadt beschäftigt werden, und deren Namen durch den Etat gehen. Ich verlange ja aber für diese Zusammenstellung gar nicht, daß sie durch den Etat gehen soll.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Die Einwendungen des Herrn Dr. Jasper sind mir nicht recht verständlich, und zwar aus folgenden Gründen: Ich habe in der Kommission ausdrücklich gesagt: Wenn wir ein neues Formular aufsetzen, wie jetzt gewünscht wird, dann werden wir gleichwohl dieselben Fragen, die in den bisherigen Nachweisen beantwortet sind, auch wieder aufnehmen. Herr Dr. Jasper kann sich danach sehr leicht ein ganz genaues Bild darüber machen, was die Gesamttheit der Arbeiter verdient hat und was danach auch der einzelne Arbeiter verdient, denn aus Frage 12 ergibt sich, was ein Mann, der das ganze Jahr arbeitet, verdient, wenn nicht etwa die Stadt wegen Mangels an Arbeit die Beschäftigung aussetzen muß. Er findet weiter in den übrigen Fragen, wieviel Nebenverdienst die einzelnen Leute erzielt haben. Aus alle dem kann er seine Schlüsse ziehen. Eins gebe ich wohl zu: Die Aufstellung in dieser Weise wird nicht übersichtlich, wie Herr Dr. Jasper eben gesagt hat, wenn Arbeiter zum großen Teil in Afford beschäftigt werden. Die Erträgnisse, die dabei herauskommen, und auch die Zeiten, innerhalb deren die Arbeiter den Lohn verdienen, sind dann so verschieden, daß man da schon die Leute einzeln aufführen müßte. Im allgemeinen aber wird stadtseitig den Arbeitern nicht zugemutet, in Afford zu arbeiten; die weitaus größte Zahl der Leute arbeitet im Tagelohn. Ich bin im Augenblick nicht genau orientiert, ich glaube aber, es sind nur die Klempner und einige andere Arbeiter bei dem Gaswerk, die in Afford arbeiten. Nun meint Herr Dr. Jasper, wir könnten im nächsten Bericht ebenfogut die einzelnen Namen vorführen. Daß das möglich ist, erkenne ich ohne weiteres an. Ich glaube, es sind 600 oder 700 Arbeiter. Wir müßten Ihnen also ein Buch zugehen lassen, aus dem ersichtlich ist, wieviel der einzelne Arbeiter verdient hat, wie sich der Betrag zusammensetzt, und weshalb der Arbeiter eventuell den theoretisch nach Frage 12 sich ergebenden Jahreslohn nicht verdient hat. Das ist tatsächlich eine umfang-

reiche Arbeit. Nun meint Herr Dr. Jasper, die Arbeit wäre nicht so umfangreich, weil mehr oder weniger schon jetzt die Sätze individualisiert wären. Das ist aber nur der Fall in den Betrieben, in denen eine große Zahl von Personen überstunden oder Akkordverdienst gehabt hat. Bei diesen Betrieben würde in einer Einzelaufstellung ungefähr dasselbe herauskommen, in den übrigen Betrieben aber, wo jetzt auf zwei Seiten eine große Zahl von Personen mit ein paar Worten abgefertigt ist, da würde es eine kolossale Arbeit machen, wenn sämtliche Personen aufgeführt werden sollen. In den bisherigen Berichten ist gesagt, wieviel im Jahre von den einzelnen Gruppen verdient wird. Wieviel der Einzelne verdient, das nachzuprüfen, hat doch für die städtische Verwaltung keine Bedeutung. Und soweit sind unsere Arbeiter denn doch, daß sie, wenn hier beschlossen wird: „Dieser bestimmte Betrag ist euch von den städtischen Behörden verwilligt,“ und es einem Arbeitgeber, sei es ein Aufseher oder ein anderer, einfallen sollte, ihnen nicht den vollen Lohn zu geben, ihre Ansprüche mit Erfolg geltend zu machen verstehen. Damit kann also die große Arbeit nicht motiviert werden. Die übrigen Sachen, z. B. die Krankheitsfälle und anderes, können ja aufgenommen werden, damit die Herren ein genaues Bild bekommen. Es gehört wohl nicht hinein, aber das ist unbedenklich, und ich glaube, der Magistrat wird es zugestehen.

Herr Riese: Ich lege auf eine genauere Zusammenstellung besonderen Wert. Wenn wir überhaupt in der heutigen Zeit eine brauchbare Statistik zu schätzen wissen, so ist sie auch bei den Arbeitern nötig, um daran nachzuweisen, wie sich die ganzen Lebensverhältnisse der Arbeiter entwickeln, und auch, ob die städtischen Betriebe in jeder Beziehung auch Musterbetriebe sind, was ich noch bezweifeln möchte. Denn wir haben ja an der Aufstellung gesehen, wie Braunschweig mit seinen Löhnen anderen Städten gegenüber abschneidet. Ich will mich jedoch nicht weiter darüber auslassen. Wenn auch unsere Betriebe nicht der Nachweisung an die Berufsgenossenschaften unterliegen und wir dafür die Nachweise nicht aufzustellen brauchen, so sind sie doch nötig, um die Ruhelöhne festzustellen. Wenn selbst bei der großen Zahl der Lehrer und Beamten die Krankheitstage heute schon festgestellt werden, warum wäre das nicht möglich bei den Arbeitern? Ich lege Wert darauf, daß wir hier bei dieser Frage nicht schweigen, damit wir nicht in den Verdacht kommen, mit zweierlei Maß zu messen, sondern möglichst rasch bereit sind, auch den Arbeitern, wenn sie es nötig haben, unter die Arme zu greifen und ihren Wünschen bei der allgemeinen Teuerung Rechnung zu tragen. Ich meine, solch eine horrende Arbeit kann die Aufstellung nicht machen. In einer Stelle des Nachweises ist für einen Maurer die Entlohnung von 4,60 M festgestellt, auf einer anderen Seite 5 M.

Warum dieser Unterschied? Ist dieser Maurer einer von anderer Art als jener? Man sollte nach Berufen die Entlohnung einheitlich festsetzen, die Dienstjahre sind ja bei allen ziemlich gleich. So haben wir eine Menge Dinge in den Nachweisen, die einfacher und übersichtlicher gestaltet werden könnten. Ich bin überzeugt, wenn die Bezahlung für jeden einzelnen aufgeführt würde, so würde sie übersichtlicher sein, mehr Verständnis daraus hervorleuchten und eine brauchbare Statistik für die Gesundheitschädlichkeit der Berufe sich ergeben.

Der Herr Referent verzichtet auf das Schlußwort und der Antrag Jasper wird von der Versammlung abgelehnt.

Vorjitzender: Wir kommen zu den sachlichen Vorschlägen der Kommission: 1. Der Magistrat soll gebeten werden, in Erwägung zu ziehen, ob nicht für die Ofenarbeiter des Gaswerks eine achttündige Schichtdauer festgesetzt werden könnte.

Herr K i e: Ich möchte hier erwähnen, daß eine ganze Reihe von Städten für diese Ofenarbeiter bereits eine achttündige Schicht eingeführt hat. Schon vor ein paar Jahren, als der Herr Stadtrat Südel noch lebte, hat die Versammlung sich mit der Sache beschäftigt, aber wir wurden damit hingetröstet, daß der Frage nähergetreten werden sollte, wenn das neue Gaswerk fertiggestellt sei. Jetzt ist das Gaswerk fertig, die mechanischen Einrichtungen sind verbessert, aber für die Gesundheit der Ofenarbeiter ist nichts geschehen, wenigstens nichts in Verkürzung der Arbeitszeit. Es sollte heute wirklich zu viel sein, noch Worte darüber zu verlieren; wir sollten heute einfach die achttündige Arbeitszeit für diese Arbeiter beschließen. Wir haben uns angesehen, wie die Beschäftigung dort stattfindet, ich selbst habe die Arbeit eine Zeitlang ausgeführt. Ich meine, die Einführung dieser Arbeitszeit sollte überhaupt keine Frage mehr sein, sondern einfach von uns sanktioniert werden. Ist es denn nötig, daß wir immer hinter andern Städten hinterdrein kommen und nicht auch einmal vorbildlich vorgehen? Ich bitte, die achttündige Arbeitszeit für diese Arbeiter zu beschließen.

Vorjitzender: Ich nehme an, daß dies ein Antrag des Herrn Kie ist, hier sofort zu beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die achttündige Arbeitszeit für die Ofenarbeiter einzuführen.

Herr W o l t e r s: Die Finanzkommission hat diese vorsichtige Form ihres Beschlusses — oder wie soll ich mich anders ausdrücken — gewählt, um die Deputationen nicht in ihren Machtbefugnissen zu beeinträchtigen. Die Mitglieder

der Finanzkommission sind nicht so vertraut mit den einschlägigen Verhältnissen, um über diese Frage sogleich ein abschließendes Urteil abgeben zu können, und meinen, wir müßten erst die Ansicht der Deputation und der Verwaltung des Gaswerks anhören, ehe wir darüber beschließen.

Herr D o e s i g f: Ich habe in der Finanzkommission gebeten, diesen Antrag nicht gleich hier einfach anzunehmen, sondern, wenn solche Anträge kommen sollten, wie Herr Riefe eben einen gestellt hat, sie erst einer Kommission zur Prüfung zu überweisen. Würde, wie in diesem Falle, die Genehmigung gleich über den Kopf der Verwaltung hinweg geschehen, so wäre das bedenklich; das hat selbst Herr Dr. Jasper in der Kommission anerkannt.

Herr S a n d e r und Herr F r i e d e verzichten auf das Wort.

Der Antrag, den Magistrat aufzufordern, bei den Ofenarbeitern eine achtstündige Schicht einzuführen (Antrag Riefe), wird abgelehnt, der Antrag der Kommission angenommen.

V o r s i t z e n d e r: Ich stelle nunmehr den Kommissionsantrag zur Besprechung, welcher eine Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns auf 3,20 M dem Magistrat empfiehlt.

Herr J a s p e r: Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, darauf hinzuweisen, daß erfreulicher Weise die Herzogliche Kreisdirektion nicht so zurückhaltend gewesen ist wie die städtischen Behörden. Ich erkenne das an, obwohl ich sonst gegenüber der Kreisdirektion nicht gerade sehr viel Zuneigung habe und den städtischen Behörden in dieser Sache mehr zugetraut habe. Es ist eigentlich tief beschämend für die Herren der Mehrheit, daß sie in dieser Sache so zurückhaltend gewesen sind. Ich glaube auch, daß die Kreisdirektion noch nicht den richtigen Satz getroffen hat, der den tatsächlichen Verhältnissen in solchen Betrieben, die auf eine gewisse Achtung Anspruch haben, entspricht. Es werden doch nach den Auskünften, die besonders die verschiedenen Arbeiterorganisationen dem Stadtmagistrat sowohl, wie auch der Kreisdirektion auf Antrag erteilt haben, den ungelernten Arbeitern tatsächlich Löhne gezahlt, die über 32 S Stundenlohn hinausgehen; mindestens 35 S dürften als Durchschnitt angesehen werden. Nun weiß ich nicht, ob es richtig ist, hier, der Not gehorchend, bei dem äußerst notwendig erscheinenden Satze zu bleiben, weil ihn die Kreisdirektion festgesetzt hat, sondern ob nicht darüber hinaus geprüft werden kann und muß, ob dieser Lohn=

§atz von 32 § , den auch die Kommission jetzt vorschlägt, der den gegenwärtigen Preisungsverhältnissen entsprechende Mindestlohn für ungelernte Arbeiter sein kann. Es ist die praktische Bedeutung dieses Beschlusses, daß ein Mindestlohn von 32 § gegeben wird. Können wir sagen, mit diesem Mindestlohn kann ein ungelernter Arbeiter unserer städtischen Betriebe aus, oder müssen wir sagen: das entspricht nicht den Preisungsverhältnissen, nicht der Billigkeit, nicht dem, was der Arbeiter in unseren Betrieben, wenn sie einigermaßen Musterbetriebe sein sollen, für seine Arbeit verlangen kann. Ich bitte die Frage so zu beantworten, daß 35 § hier als für angemessen gehalten werden. Es berührt sich das mit Punkt 5 der von dem Herrn Referenten an den Schluß der Beratung gestellten, meinerseits in der Kommission gegebenen Anregungen.

Vorjizender: Ich nehme an, dies ist ein Antrag: 3,50 M als Mindesttagelohn festzusetzen.

Herr Wolters: Es ist bemängelt, daß die städtischen Behörden, während die Kreisdirektion 3,20 M als Mindestlohn anerkannt hat, nur einen Satz von 3 M für richtig gehalten haben. Die Festsetzung der Kreisdirektion ist vor ein bis zwei Monaten erfolgt, die geehrten Herren haben die Unterlagen, auf denen ihr Beschluß ruht, Anfang dieses Jahres erhalten, im Januar. Zusammengestellt sind sie selbstverständlich in den Monaten vorher. Zwischen der Festsetzung der Kreisdirektion und der der städtischen Behörden liegt ein Zeitraum von einem Jahre, darauf mache ich aufmerksam. Hätten wir auf Grund der heutigen Unterlagen, die die Kreisdirektion durch die Handelskammer erhalten hat, unsern Beschluß gefaßt, so würde die Versammlung jedenfalls auch zu einem andern Resultat gekommen sein. Wenn nun Herr Dr. Jasper beantragt, den Lohnsatz auf 3,50 M festzusetzen, so weise ich darauf hin, daß wir damit übergehen würden zu einer Erhöhung um 80 § , denn vor unserer Beschlußfassung war der ortsübliche Tagelohn 2,70 M . Bei einer Festsetzung auf 3,20 M würde die Erhöhung 50 § betragen. Nochmals 30 § höher zu gehen, dafür würde wohl für den Augenblick keine Veranlassung vorliegen.

Der Antrag Jasper wird abgelehnt, der Kommissionsantrag angenommen.

Vorjizender: Die Kommission beantragt, dem Magistrat zur Prüfung zu empfehlen: ob, soweit verschiedene Löhne gezahlt werden und fortan gezahlt werden sollen, eine Einteilung nach Lohnklassen zweckmäßig sein würde. — Es ist dies der mit Nummer 1 bezeichnete, von Herrn Dr. Jasper eingebrachte Antrag.

Die Angelegenheit steht zur Beratung.

Eine Debatte über den Punkt findet nicht statt. Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Vorsitzender: über den 2. Antrag Jasper können wir weggehen (j. S. 343), er gilt als angenommen, da der beantragte Zustand schon besteht. In betreff des 3. Antrages: zu erwägen, ob die Zahl der Lohnklassen verringert werden kann, hat die Kommission abgelehnt, eine Prüfung zu empfehlen.

Herr Jasper: Wer sich mit der Lohnstatistik nicht näher befaßt hat, wie es bei einem Teile der geehrten Herren der Fall zu sein scheint, den wird mein Antrag befremdlich vorkommen. Der Antrag ist darauf zurückzuführen, daß tatsächlich die Klasseneinteilung bei den einzelnen Betriebsverwaltungen eine verschiedene ist. Beispielsweise gibt es bei den Feuerwehrleuten 6 Klassen, bei den Telegraphenmechanikern 5 Klassen, bei den Wächtern, Lehrern, Arbeitern auf dem Wasserwerke, Mühlenarbeitern nur 3 Klassen. Neuerdings haben die Lehrer, Auflader und Fahrer 2 Klassen. Im übrigen sind regelmäßig 4 Klassen eingerichtet. Nun frage ich mich: Weshalb diese Verschiedenheit? Verschiedenheit ist manchmal recht nett der Uniform gegenüber, aber sie ist dann für die Arbeiter wenig nett, wenn sie eine Schmälerung ihres Verdienstes bedeutet dadurch, daß sie eine lange Wartezeit durchzumachen haben, bis sie zu dem Höchstlohn gelangen. Nun ist wohl die Möglichkeit vorhanden, daß in den einzelnen Verwaltungen die Verschiedenheit in den Betrieben begründet wäre. Soweit ich aber die einzelnen Aweiae kenne, glaube ich nicht, daß eine solche Verschiedenheit notwendig ist. Die Klasseneinteilung ist doch nur darauf zurückzuführen, daß ein Arbeiter, der längere Zeit in einem Betriebe tätig ist, besser eingearbeitet ist und besseres Vertrauen im Betriebe genießt. Deshalb ist es auch allgemein in der Industrie üblich, daß nach kurzer Zeit der Beschäftigung eine Lohnzulage erfolgt. Hier ist aber die Lohnzulage überaus verschieden geregelt. Der Herr Vorsitzende gestattet wohl, daß ich gleich auf den folgenden Punkt eingehe, um mich nicht zu wiederholen. Die Lohnzulage erfolgt bald nach dem ersten Jahre, bald nach dem zweiten, bald nach dem vierten Jahre, bald erfolgt sie in dreijährigem Abstände, bald in zweijährigem, bald ist der Höchstlohnsatz in 5, bald in 7, 9, 11 Jahren erreicht. Ein solcher Unterschied scheint mir in dieser erheblichen Weise nicht nötig, einzig könnte man sagen, daß für technische Betriebe eine Notwendigkeit dazu gegeben ist. Da diese Verschiedenheit von Nachteil für diejenigen Arbeiter ist, die erst in späteren Jahren zu den Höchstlöhnen kommen, so bitte ich Sie, zuzustimmen, wie mein Antrag es will, bei den Deputationen eine Nachprüfung anzuregen, ob nicht eine Vereinheitlichung und eine Verkürzung der Wartezeit beliebt werden könnte. Erfreulicher Weise ist eine Ver-

waltung diesem Antrage schon zuvorgekommen, indem bei denkehrern, Fahrern und Aufladern, die 5 Klassen hatten, es jetzt plötzlich möglich ist, nur 2 Lohnklassen zu haben. Ich glaube, diese Regelung ließe sich auch ohne Schädigung des Betriebes und zum Vorteil der beschäftigten Arbeiter und zu deren Zufriedenheit in andern Betrieben einführen. Jedenfalls ist die Frage der Nachprüfung wert. Den Einwand, den der Herr Berichterstatter machen wird und schon früher gemacht hat, das müßte den einzelnen Betriebsverwaltungen und den Deputationen überlassen bleiben, ist für mich nicht stichhaltig insofern, als wir mindestens das Aufsichtsrecht haben und Richtlinien angeben können, wie die Verwaltung geführt werden soll, und auch deshalb nicht, weil nach den Mehrheitsbeschlüssen der geehrten Herren in diesen Deputationen wir, meine Freunde und ich, zu einem guten Teil nicht vertreten sind, also wir innerhalb der Deputationen diese Anregungen nicht geben können. Sie zwingen uns deshalb, außerhalb der Deputationen diese Anregungen zu geben. Wenn Sie nicht wollen, daß solche Sachen hier verhandelt werden, dann müßten Sie aus Billigkeitsgründen meine politischen Freunde in die Deputationen hineinwählen. Wenn Sie uns da ausschließen, so kommt das praktisch darauf hinaus: Wir machen dort, was uns paßt; die Vertretung der 3. Klasse hat dort nichts zu sagen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e r: Ich glaube, die Frage, die der Herr Dr. Jasper stellt: „Weshalb bestehen die verschiedenen Klassen?“ muß man damit beantworten, daß bisher einheitliche Grundsätze von den städtischen Behörden in bezug auf Bemessung der Altersklassen nicht erlassen sind und daß die städtischen Behörden verschiedene Personen an die Spitze der einzelnen Betriebe gestellt haben. Herr Dr. Jasper meinte eben, es würde vielleicht anders sein, wenn die Herren, die ihm politisch nahestehen, in allen Deputationen vertreten wären. Ich glaube kaum, daß das der Fall sein würde, da sie in verschiedenen Deputationen vertreten sind und dort den Grundsatz noch nicht aufgestellt haben, daß in allen Betrieben die gleichen Stufen für die Alterszulagen innegehalten werden sollen. Im übrigen hat Herr Dr. Jasper ganz richtig angegeben, daß es tatsächlich Unterschiede gibt. Wenn Sie jemand bei den Straßenkehrern anstellen, so braucht der sich nicht erst einzuarbeiten, er leistet sofort, was er überhaupt leisten kann; wenn Sie aber einen Monteur bei den städtischen Gas- und Wasserwerken einstellen, so liegt die Sache anders, und deshalb ist mir sehr zweifelhaft, ob der Grundsatz richtig ist, den Herr Dr. Jasper am liebsten durchführen möchte: Ein Jahr den Anfangslohn, und darauf sofort die Aufbesserung. Ich habe ja nichts dagegen, daß die Sache dem Magistrat zur Prüfung überwiesen wird; er wird die Sache prüfen, aber auch weiter die Frage: Was für Folgen hat es, wenn wir

der Anregung nachkommen? Sie können unmöglich für diejenigen Arbeiter, die jetzt in der ersten Klasse sich befinden, den Lohnsatz heruntersetzen; wenn Sie aber mit einem Male alle die, welche im 2. Jahre in Stellung sind, in die erste Klasse setzen, so ist das eine Aufbesserung, die ungerechtfertigt ist. Man kann derartige Verschiebungen wohl vornehmen, wenn damit eine Lohnaufbesserung für das ganze Personal verbunden ist. Das war jetzt bei den Straßenkehrern und Fahrern der Fall und deshalb ließ sich dort die Verschiebung der Grenzen sehr leicht vornehmen. Wenn man aber nicht eine allgemeine Lohnaufbesserung beabsichtigt, so ergibt es, wenn Sie dem Antrage Jasper folgen, eine Zulage mit einem Schlage, wie sie die Beamten nicht bekommen haben.

Der 3. Antrag Jasper wird abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

Vorsitzender: Der 4. Antrag des Herrn Dr. Jasper befürwortet ein schnelleres Aufsteigen in die oberen Klassen. Auch hier hat die Kommission abgelehnt, dem Magistrat zu empfehlen, in eine Prüfung einzutreten. Herr Dr. Jasper hält seinen Antrag aufrecht.

Bei der hierauf ohne weitere Debatte vorgenommenen Abstimmung wird der Antrag Jasper abgelehnt, der Kommissionsantrag angenommen.

Vorsitzender: Der Antrag 5 ist durch unsere Abstimmung von vornherein erledigt.

Antrag 6: Ob die erste Zulage spätestens mit dem Beginne des zweiten Dienstjahres gewährt werden kann?

Herr Jasper: Ich darf wohl gleich mit zu Antrag 7 sprechen: Ob die 2. Dienstzulage spätestens mit dem Beginne des 4. Dienstjahres gewährt werden kann? — Der gegenwärtige Zustand ist folgender: Es erhalten in den zumeist 4 Lohngruppen z. B. die Wegewärter die erste Zulage im 4. Jahre, die Wächter erst im 6. Jahre, und das scheint mir eine so lange Probezeit, daß man wirklich ernstlich nachprüfen könnte, ob nicht die erste Zulage mit dem 2. Dienstjahre erfolgen kann, da die erste Beschäftigungszeit wohl als Probezeit angesehen werden kann. Des finanziellen Effektes wegen würde es übereilt sein, die Änderung sogleich hier zu beschließen, aber eine Prüfung der Frage ist immerhin angemessen. Dieselbe Abweichung kehrt wieder hinsichtlich der zweiten Zulage; zum Teil wird sie im 6., 5., 7. Jahre gewährt und bei den Wächtern wiederum erst im 11. Jahre. Das sind doch sehr lange Zeiträume, die kaum objektiv gerechtfertigt sein können und hinsichtlich deren eine Änderung wohl geboten wäre. Ich bitte, wenigstens eine Prüfung zu ermöglichen.

Herr Wolters: Dem Wunsche des Herrn Antragstellers ist in manchen Verwaltungszweigen schon jetzt Folge gegeben. Ich erinnere an die Straßengelehrer, Monteure und Hilfsmonteure; in andern Verwaltungszweigen ist das nicht der Fall, weil andere Voraussetzungen vorliegen. Zum Teil ist also schon jetzt erfüllt, was Herr Dr. Jasper will. Deshalb glaubt die Finanzkommission, diesem Punkte nicht Folge geben zu können.

Vorsitzender: Wir können über die beiden Anträge wohl zusammen abstimmen. Sie gehen nur dahin, eine Prüfung der Frage anzuregen.

Die beiden Anträge 6 und 7 werden angenommen.

Vorsitzender: Betreffs der Anträge 8 und 9 (S. 344 u. 345) wünscht die Kommission, daß wir dem Magistrat eine Prüfung empfehlen.

Auch diese beiden Anträge werden angenommen.

Vorsitzender: Ich bitte diejenigen Herren, die zu den vorliegenden Nachweisen noch Anträge zu stellen haben, sich zum Wort zu melden. — Es meldet sich niemand. Wir haben also von den Nachweisen Kenntnis genommen. Die angenommenen Anträge werde ich an den Magistrat weitergeben.

3. Gesuch der Anwohner der Stecherstraße wegen Regelung des Fuhrverkehrs daselbst.

Herr Fröhling: Einige Anwohner der Stecherstraße haben an die Stadtverordneten das Gesuch gerichtet, beschließen zu wollen, daß die Stecherstraße nur vom Hagenmarkte aus befahren werden darf. Die Angelegenheit ist der Baukommission zur Beratung überwiesen worden. Diese kann mit Rücksicht darauf, daß die Stadtverordneten-Versammlung gar nicht zuständig ist, eine derartige Verordnung zu erlassen, ein solcher Beschluß vielmehr der Kompetenz der Herzoglichen Polizeidirektion und dem Magistrat unterliegt, der Stadtverordneten-Versammlung keine bestimmte Stellungnahme zu der Sache vorschlagen, sondern empfiehlt, die Eingabe dem Magistrate zur Erwägung zu überweisen. — Ich möchte noch bemerken, daß dieser Antrag von vier Anliegern der genannten Straße unterschrieben ist, daß mir aber inzwischen von einzelnen Anwohnern der Straße mitgeteilt ist, sie wüßten von dieser Eingabe überhaupt nichts, und daß deshalb jedenfalls noch eine nähere Untersuchung, wie weit die übrigen Anlieger mit diesem Antrage zufrieden sind, Platz greifen müßte.

Die Eingabe wird dem Magistrat zur Erwägung überwiesen.

4. Abrechnung über den Ausbau bzw. Zustandsetzung verschiedener Straßen.

Herr Fr ü h l i n g: In Befolgung der Vorschriften über die Ausführung der städtischen Bauarbeiten ist uns eine Nachweisung vorgelegt,

1. bezüglich der Waterloostraße zwischen Heinrich- und Karlstraße,
2. der Abelnkarre,
3. der Malertwete,
4. der Kaiserstraße,
5. der Voigts-Rhetzstraße zwischen Marienstraße und Kastanienallee,
6. der Glücksstraße.

Diese Straßenarbeiten waren zusammen zu 118 400 *M* veranschlagt; bei Ausführung der Arbeiten ist eine Summe von 11 800 *M* erspart worden. Sämtliche Arbeiten sind ohne Überschreitung, sogar jedesmal mit einer kleinen Ersparnis ausgeführt. Die Mitteilung darüber ist für uns durchaus zufriedenstellend, die Baukommission empfiehlt, sie ohne Bemerkung unsererseits zur Kenntnis zu nehmen.

Die Versammlung ist mit dem Antrage einverstanden.

5. Bericht über die städtische Rechtsauskunftsstelle.

Vorj i e n d e r: Es geht uns jedes Jahr ein Bericht der städtischen Rechtsauskunftsstelle zu. Es könnte nun sein, daß einer der Herren Wünsche hätte, die sich auf die Rechtsauskunftsstelle bezögen; solche könnten hier jetzt zum Ausdruck gebracht werden. Aus dem Grunde habe ich den Gegenstand auf die heutige Tagesordnung gestellt. Eine Vorberatung in einer Kommission hat selbstverständlich nicht stattgefunden.

Herr B u n g e: Der Bericht ist sehr umfangreich, und wer ihn durchsieht, wird gern zugeben, daß die dort Angestellten eine recht große Arbeitsleistung verrichten müssen. Wir sehen, daß die Auskünfte im vorigen Jahre die Zahl 6793 und im abgelaufenen Jahre 7381 erreicht haben. Außerdem haben die Beamten beim Gewerbegericht und beim Kaufmannsgericht Protokoll zu führen. Schon im vergangenen Jahre hatte ich darauf hingewiesen, daß sie außer diesen Sachen auch noch die Bearbeitung der Anträge auf Aufnahme in den braunschweigischen Staatsverband auszuführen haben, und daß vielfach die nötige Zeit dazu nicht vorhanden war, alle diese Gesuche prompt zu erledigen, wie es für die Einwohnererschaft Braunschweigs vonnöten wäre. Eine ganze Reihe von Gesuchen hat mindestens $\frac{1}{2}$ oder $\frac{3}{4}$ Jahr gelegen, ehe sie erledigt wurden, weil nach einem

Beschlüsse des Magistrats diese Gesuche nur, soweit die Zahl der Beamten dafür ausreichte, erledigt werden sollten. Das geht doch meines Erachtens nicht an, daß man die Gesuche von Einwohnern, die sich auf diese Einrichtung stützen, ein halbes Jahr liegen läßt und sie erst nach dieser langen Zeit in Besitz des Bürgerrechts kommen können. Wenn dort eine Hilfskraft angestellt würde, so könnte jedenfalls eine andere Arbeitsteilung eintreten, so daß dort, wo die Auskünfte erteilt werden und wo die Gesuche für Erwerbung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit angefertigt werden, auch zugleich die Eintragung in die Bürgerrolle geschehen könnte. Denn ich bin überzeugt, daß auf Zimmer 26, wo das letztere jetzt bearbeitet wird, es eine große Störung mit sich bringt, wenn sich die Personen den Bürgerbrief ausstellen lassen, und daß die Beamten dort durch die neue Einkommensteuergesetzgebung eine ziemliche Last bekommen werden. Während sonst die Berufungen gegen die Staatssteuer im Finanzgebäude aufgesetzt wurden, sind jetzt diese Einsprachen bis zur Höhe von 3000 M im Rat-
 hause zu Protokoll zu nehmen. Wo wir jetzt wieder vor den Landtagswahlen stehen und wohl jetzt Aussicht haben, ein besseres Wahlrecht zu bekommen, wird eine ganze Reihe von Einwohnern das Bürgerrecht zu erhalten wünschen, so daß in dem Bureau viele Arbeit zu verrichten sein wird, und das gerade in der Zeit, wo auch die Steuerfachen erledigt werden müssen. Herr Stadtrat Wagner wird mir wohl zu Gemüte führen, die Leute möchten frühzeitig genug ihren Antrag stellen, damit diese auch rechtzeitig erledigt werden könnten. Wenn das geschehen soll, dann müßten diejenigen, die zur nächsten Stadtverordnetenwahl das Bürgerrecht erlangen wollen, jetzt schon ihren Antrag stellen, dann wäre es möglich, daß sie bis dahin in den Besitz des Bürgerrechts kommen. Ich bin aber der Meinung: Wenn man derartige Stellen hat, und der Bürgerschaft sagt: Hier werden eure Sachen erledigt, dann müssen auch unter allen Umständen Einrichtungen getroffen werden, daß die eingebrachten Sachen auch erledigt werden. Die Beamten dort dürfen nicht überbürdet werden, es gehört dazu, daß sie mit einer gewissen Amtsfreudigkeit ihre Geschäfte führen. Ich möchte beantragen, den Magistrat zu ersuchen, eine weitere Hilfskraft anzustellen, und bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen.

V o r s i t z e n d e r: Ich halte es für richtig, daß wir einen derartigen Antrag erst in der Kommission vorberaten und nicht ohne weiteres hier annehmen.

Herr Stadtrat W a g n e r: Es ist schon in einer früheren Sitzung von Herrn Bunge dasjelbe vorgebracht, was er heute vorgetragen hat, und schon damals habe ich ihm im Namen des Magistrats erklärt, daß die beiden Beamten der Rechtsauskunftsstelle, wenn sie auch reichlich zu tun haben, da sie sich das Ver-

trauen des Publikums durchaus gewonnen haben, ihre laufenden Aufgaben vollkommen in der üblichen Geschäftszeit verrichten können, nachdem sie über die ersten Schwierigkeiten des Einarbeitens hinweggekommen sind. Es ist aber selbstverständlich: Wenn kurz vor den Wahlen diese Anträge auf Aufnahme in den braunschweigischen Staatsbürgerverband oder Anträge auf Erwerbung des Bürgerrechts sich häufen, so ist es unmöglich, daß die beiden Beamten das mit den laufenden Arbeiten zugleich erledigen. Ich kann nur wiederholt empfehlen, solche Sachen nicht bis kurz vor den Wahlen zu lassen und dann in Massen einzubringen. Es kann nicht wegen dieser kurzen Periode, wo die Belastung zu stark ist, ein dritter Beamter dauernd eingestellt werden, das wäre eine unwirtschaftliche Ausgabe. Wenn in einem Fabrikbetriebe in großen Zwischenräumen eine Anhäufung der Arbeit stattfindet, so wird auch nicht die ganze Fabrik erweitert und neue Maschinen angeschafft, die in der übrigen Zeit des Jahres brach liegen. Bei dieser Bürger- und Staatsbürgerfabrik geht es auch nicht anders. Ich möchte also anheimgeben, den Antrag Bunge abzulehnen.

Herr B u n g e: Ich verstehe nicht, daß der Magistrat nicht dazu übergehen will, wenn der Andrang ein zu großer geworden ist, Abhilfe zu schaffen. Wenn dort in der übrigen Zeit des Jahres nicht genügend Arbeit vorliegt, dann kann der betreffende Beamte zur Muthilfe bei andern Sachen mit herangezogen werden. Wenn man sich nur auf den verquälten Standpunkt stellt: Unter keinen Umständen gehen wir darauf ein, mögen sich auch die Sachen häufen, dann hat die ganze Einrichtung nicht den Zweck, den sie haben soll. Die Übernahme von Anträgen zur Erwerbung des Bürgerrechts ist an die Rechtsauskunftsstelle angegliedert, mit Freuden wenden sich viele Einwohner dorthin, um ihre Arbeiten da erledigen zu lassen. Wenn man die Einrichtung einmal geschaffen hat, dann muß man auch Vorkehrungen seitens der städtischen Verwaltung treffen, daß die Sachen auch erledigt werden können.

Herr A l m a n n: Herr Stadtrat Wagner hat davon gesprochen, daß die Staatsbürgerfabrik auch nicht anders arbeiten könne, wie jede andere Fabrik. Ich möchte aber zu bedenken geben, daß nicht jeder, der Bürger werden will, in der Lage ist, schon jetzt seinen Antrag einzureichen. Wer das Bürgerrecht erwerben will, muß erst einmal ein Jahr hier wohnhaft sein, mancher muß also warten bis kurz vor den Wahlen, und kann erst dann seinen Antrag stellen. Dann muß allerdings die Fabrik mit Hochdruck arbeiten, damit der neue Bürger noch zu rechter Zeit aufgenommen werden kann, wenn ihr daran liegt, daß das gesetlich ihm zustehende Recht ihm auch werden soll. Es sind Klagen über Fälle vorgebracht, die darauf hinausgehen, daß in der betreffenden Zeit die Staats-

bürgerfabrik nicht so gearbeitet hat, wie sie das im Interesse der neuen Bürger hätte tun sollen. Sind nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden, dann möchte auch ich bitten, entsprechend Hilfskräfte einzustellen.

Herr L e u e: Ich glaube, es liegt ein Mißverständnis zwischen Herrn Bunge und Herrn Stadtrat Wagner vor. Falls Herr Bunge beantragt, eine dauernde Hilfskraft anzustellen, so würde das allerdings durch die Ausführungen des Herrn Stadtrats als untunlich hingestellt sein, denn es wurde gesagt, daß die Kräfte im allgemeinen zur Bewältigung der Arbeit genügen. Aber wenn das Beispiel einer Fabrik angeführt wird, so ist es auch dort üblich, wenn außerordentlich viel gearbeitet werden muß, daß dort für kürzere Zeit Hilfskräfte angenommen werden. (Sehr richtig!) Warum sollten wir nicht in diesem Falle zu dem bestimmten Zwecke eine Hilfskraft annehmen? Ich würde, wenn der Antrag Bunge dahinginge, eine dauernde Hilfskraft anzunehmen, mich gegen den Antrag aussprechen. Bezweckt dagegen Herr Bunge, nur für solche Fälle, in denen die Arbeit sich häuft, eine Hilfskraft zeitweilig einzustellen, dann bin ich für den Antrag.

Herr B u n g e: Ich würde gern sehen, wenn in der Kommission diese Frage behandelt würde, denn ich sehe, daß auch verschiedene andere Herren meiner Meinung sind. Wenn wir uns in der Kommission noch einmal aussprechen, so werden wir vielleicht zu einem befriedigenden Resultat kommen.

Vorsitzender: Der Antrag Bunge geht augenblicklich dahin, eine dauernde Hilfskraft einzustellen. Wir können wohl aber hinzufügen: „respektive eine Hilfskraft vorübergehend einzustellen.“ — Der Antrag Bunge ist genügend unterstützt; ich überweise ihn der Statutenkommission zur Vorberatung.

6. Antrag verschiedener Einwohner auf Anlegung von Reitwegen.

Herr F r ü h l i n g: Einige 60 Einwohner der Stadt Braunschweig, Mitglieder des Reit- und Fahr-Vereins, haben sich an die Stadtverordneten gewandt mit der Bitte, für Anlegung von Reitwegen zu sorgen. Der Antrag war von dem Herrn Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen. Nach Lage der Sache können wir weiter nichts tun, als den Magistrat ersuchen, die Sache zu prüfen. Wir sind, bevor sich der Magistrat nicht über die Sache geäußert hat, nicht in der Lage, einen Beschluß zu fassen. Die Baukommission beantragt, das Gesuch dem Magistrat zur Prüfung zu überweisen.

Vorsitzender: Es ist mir ein langes anonymes Schreiben von einer „passionierten Reiterin“ zugegangen, das eine recht männliche Handschrift zeigt. Da das Schreiben anonym ist, muß es unberücksichtigt bleiben. Diejenigen, die sich an uns wenden, müssen das Vertrauen zu uns haben, daß wir ihre Namen nicht veröffentlichen, wenn sie es wünschen.

Herr Voetschigk: Ich möchte doch bitten, etwas weiterzugehen, als der Herr Referent sagte. Es ist für Radfahrwege, für Sport und Spiel und für alle möglichen Sachen gesorgt, weshalb sollen die Reiter zurückstehen? Ich bin dafür, daß wir doch mindestens in Betracht ziehen, daß auf dem neuen Sportplatz auf dem Franzischen Felde Vorkehrungen getroffen werden, daß auch diejenigen hiesigen Einwohner, die dem Reitsport huldigen, zu ihrem Rechte kommen.

Herr Meyerhoff: Was Herr Voetschigk anstrebt, ist bereits geschehen. Die Baukommission steht der Sache auch wohlwollend gegenüber, aber wie die Sache liegt, können wir keinen Beschluß fassen. Wenn Sie wünschen, könnten wir ja das Gesuch zur „wohlwollenden“ Erwägung übertweisen.

Herr Kieke: Wird die Sache zurückgestellt und dem Magistrate überwiesen, dann will ich heute nicht das Wort nehmen, sonst bitte ich um das Wort.

Herr Bähr: Ich meine, der Antrag der Kommission in der Fassung, wie sie der Herr Referent vorgetragen hat, ist ausreichend, gegen den Ausdruck „wohlwollend“ möchte ich Bedenken haben. Darüber, ob die Versammlung der Anlage dieser Reitwege wohlwollend gegenübersteht, könnte erst eine Debatte Klarheit schaffen.

Herr Henking: Ich möchte bitten, daß wir in unserm Beschluß etwas weitergehen, als der Herr Referent vorgeschlagen hat, und bitte zu sagen: Wir empfehlen das Gesuch zur Berücksichtigung. Es gilt auch hier das Wort: Was dem einen recht ist, das ist dem andern billig. Da wir Radfahrwege geschaffen haben, so halte ich es für in der Ordnung, daß wir auf den Wunsch der steuerkräftigen Kreise unserer Einwohnerschaft auch gebührend Rücksicht nehmen. Es kann uns nicht lieb sein, wenn derartige Kreise die Stadt meiden, weil diese ihren Wünschen nicht entgegenkommt. Ich bin dafür, daß wir uns zu einem Entgegenkommen bereit erklären und Reitwege schaffen, soweit in unseren Kräften steht.

Herr Eckhardt: In der Baukommission ist beschlossen, das Franzische Feld mit Reitwegen zu versehen und eine Verbindung nach der Glicsmaroderstraße zu schaffen. Soweit ich beurteilen kann, steht der Magistrat diesem Beschlusse wohlwollend gegenüber.

Herr Voge: Ob man Reitwege haben will oder nicht, darüber kann man streiten, aber wenn man einmal solche Wege einrichtet, dann ist es auch Pflicht, sie instand zu halten. Der Reitweg, der am Kleinen Exerzierplatz entlang führt, sieht an vielen Stellen wie ein Radfahrweg aus, so glatt ist er. Scheinbar ist dort kein Bedürfnis für solch einen solchen Weg vorhanden.

Herr Mohr: Ich möchte die Frage des Herrn Kiefe aufnehmen: Wollen wir die Sache heute beraten? Dann habe ich auch noch eine ganze Menge zu sagen gegen Reitwege für bestimmte Gegenden, z. B. gegen einen solchen im Bürgerpark, würde ich mich ganz entschieden aussprechen. Sonst stehe ich dem Reiterverein wohlwollend gegenüber, aber er mag in Querum reiten, nur nicht im Bürgerparke. Ich frage: Wollen wir in die Debatte treten oder die Sache dem Magistrat überweisen?

Vorsitzender: Der Antrag der Kommission geht dahin, daß wir die Sache durch den Magistrat gehen lassen sollen. Nun hat der Herr Referent einfach gesagt, wir möchten das Gesuch dem Magistrat zur Erwägung überweisen; ein anderer Vorschlag sagt: „zur wohlwollenden Erwägung“, ein dritter: „zur Berücksichtigung“. Diese feinen Differenzen werden beim Magistrat nicht sehr viel verschlagen, denn in der Hauptsache wird er sich mit der Sache beschäftigen und wir bekommen sie dann zurück. Uns heute in die Details einzulassen, würde zu weit führen. Ich schließe die Debatte. Die Herren, die dafür sind, die Petition dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Die Herren haben so beschlossen.

7. Rechnungsabschlüsse für 1910/11.

Herr Wolters: Die geehrten Herren finden auf Seite 22 und 23 der ihnen zugegangenen Rechnungsabschlüsse alles das zusammengefaßt, was hier zur näheren Erläuterung heranzuziehen ist. Daraus ist zu ersehen: Es ist eine Mehreinnahme von 5100 M entstanden, dagegen eine Minderausgabe von 139 500 M, mithin ein Überschuß von 144 600 M. Der etatmäßige Ausschlag belief sich auf einen Fehlbetrag von 152 000 M, so daß die tatsächliche

Ausführung des Haushaltsplans 1910/11 einen Überschuß von 296 000 *M* ergeben hat. Sie sehen auf Seite 22 auch, in welchen einzelnen Verwaltungsabteilungen Mehr- oder Minder-Einnahmen oder -Ausgaben entstanden sind. An Kammereivermögen sind 30 800 *M* mehr eingenommen, besonders deshalb, weil das Kiezelgut ganz besonders günstig abgeschlossen hat. Bei der Markthalle sind höhere Miet-Einnahmen zu verzeichnen gewesen; das Gesundheitswesen zeigt höhere Einnahmen durch das Desinfektions- und durch das Sanitäts-Wachwesen. Beim Feuerlöschwesen finden wir eine Minder-Einnahme, weil die staatliche Beihilfe noch nicht eingegangen war. In dem Kapitel Gemeinde-steuern sind deshalb besondere Mehreinnahmen zu verzeichnen gewesen, weil die Gemeinde-Einkommensteuer erheblich mehr ergeben hat als veranschlagt ist und dadurch, daß die Einnahmen von dem Elektrizitätswerk wesentlich höher gewesen sind. Ferner finden wir eine Minder-Einnahme, weil die Beträge des Staates für Erhebung der staatlichen Einkommensteuer bei Abschluß der Rechnung noch nicht voll abgeführt waren: nur 60 000 *M* gegen 69 000 *M*. Im Kapitel Insgemein ist eine Minder-Einnahme dadurch entstanden, daß der im Haushaltsplan vorgesehene Zuschuß des Ausgleichsfonds zur Deckung des Fehlbetrages der Kammereikasse nicht erforderlich gewesen ist. Auf Seite 23 finden wir eine Minder-Ausgabe von 27 600 *M* deswegen, weil infolge des bereits am 31. Mai erfolgten Abschlusses die an sich fälligen Zinscheine noch nicht sämtlich zur Einlösung gekommen sind. Für das Unterrichtswesen sind 73 000 *M* weniger ausgegeben, weil der Staat zum ersten Male einen um rund 80 000 *M* höheren Zuschuß an die Bürgerschulkasse gezahlt hat. Beim Kapitel Kunst und Wissenschaft sind die Kosten für die Heizung des Museums geringer gewesen. Die Armenpflege hat 36 000 *M* weniger erfordert, da eine höhere Rückerstattung von Unterstützungen an Ortsfremde geleistet worden ist. Für das Feuerlöschwesen sind 95 000 *M* mehr ausgegeben, veranlaßt durch die Umbauten im Feuerlöschgebäude. Das Kapitel Ortspolizei zeigte eine verringerte Ausgabe durch Wegfall der Schneeebeseitigung. Für Straßenbau ist weniger ausgegeben, da einzelne Straßen nicht ausgebaut sind (Kadeflint, Am neuen Petritor). Für Staatsbedürfnisse hat weniger ausgegeben zu werden brauchen, weil die Einquartierungskosten nicht so hoch gewesen sind, als im Anschlag aufgeführt. Es kommt insgesamt ein Überschuß von 144 615 *M* heraus und — wie schon erwähnt — ein Mehr in der Exekution von 296 815 *M*.

Dieser vorliegende Abschluß unterscheidet sich von allen früheren durch einen sehr wichtigen Punkt. Zum erstenmal wird uns ein Abschluß vorgelegt, der auf der Grundlage beruht, daß die Kammereikasse schon am 31. Mai, gegenüber früheren Jahren am 31. August, die Rechnung abgeschlossen hat. Das ist

von Bedeutung für die Übersicht als solche und auch für die Wirkung auf den laufenden Etat. Wie schon vorhin gesagt, sind eine Anzahl von Positionen im vorjährigen Etat durch den frühzeitigen Abschluß nicht zum Zuge gekommen; es ist das im besonderen folgendes: Es sind eine Menge Ausgaben erspart, und zwar in dem bedeutenden Betrage von 80 000 *M*, nämlich für nicht erhobene Zinscheine 28 000 *M* und 52 000 *M* für unterlassenen Straßenbau. Diese Posten würden ohne weiteres den laufenden Etat (1911/12) belasten, denn der Magistrat hat gemäß einem früher gefaßten Beschlusse das Recht, die einmal bewilligten Posten in den nächstjährigen Etat aufzunehmen. Nun ist 1911/12 etatmäßig abzuschließen mit 140 800 *M* Fehlbetrag; diese 80 000 *M* würden zu dem etatmäßigen Betrage hinzukommen und damit das laufende Jahr (vorausgesetzt, daß der Anschlag so ausgeführt wird, wie er gedacht ist) einen Fehlbetrag von rund 220 000 *M* ergeben. In der Tat wird nach menschlicher Voraussicht dieser Fehlbetrag nicht erreicht werden, besonders deshalb nicht, weil wir nach der überreichten Übersicht schon jetzt feststellen können, daß die Einnahmen aus der Gemeinde-Einkommensteuer wesentlich höher sind, als sie veranschlagt wurden. Insofern wird sich in der Ausführung der Etat 1911/12 günstiger gestalten, aber nicht in der Weise, daß aus dem vorigen Rechnungsabschluß heraus Mehr-Einnahmen kommen werden. Auf den ersten Blick könnte man dieser Meinung sein, und zwar aus folgenden Gründen: Es sind in der Tat in dem uns heute vorliegenden Rechnungsabschlusse eine Menge Einnahmen nicht mit enthalten, die auf 1911/12 kommen. Wir haben in dem laufenden Jahre noch zu erwarten die aus 1910/11 noch fehlenden 60 000 *M* Steuerrückstände. Da am 31. Mai schon abgeschlossen ist, konnten sie nicht aufgeführt werden. Dann wird aus dem vorigen Jahre der Betrag von 28 000 *M* staatliche Beiträge für das Feuerlöschwesen auch auf das laufende Jahr kommen, ebenso der fehlende Betrag des Staates für Vergütung der Einziehung der Staats-Einkommensteuer, desgleichen die Zuschüsse für die Fortbildungs- und Gewerbeschulen, die noch nicht verbucht sind. Ferner würde auch in diesem Jahre wieder eintreten die Minderausgabe für nicht eingelöste Zinscheine. In der Tat werden für dieses Jahr aus dem Rechnungsjahre 1910/11 Reste im Betrage von 150 000 *M* die Folge des frühzeitigen Abschlusses sein. Der Vorteil ist aber nur scheinbar, denn es ist anzunehmen, daß auch am 31. Mai 1912 diese Minder-Einnahme genau in derselben Weise wie in diesem Jahre sich gestalten wird: durch Steuerrückstände, noch ausstehende staatliche Beiträge usw. Der Staat wird mutmaßlich mit seinem Rechnungsabschluß auch künftig genau so langsam verfahren wie bisher. Er schließt seine Rechnungen zu Ende des Jahres, also nach 9 Monaten, wir am 31. Mai, also nach 2 Monaten, wie auch der Reichshaushalt. Wenn wir jetzt sagen: „Das

Jahr 1911/12 erhält eine Mehr-Einnahme von 150 000 *M.*," so wird der Betrag dadurch wettgemacht, daß mit der Exekution der etatmäßigen Posten von 1911/12 auch wieder derselbe Betrag ausfällt. Der Effekt ist also der, daß wir nur mit einem Minus aus 1910/11 von rund 80 000 *M.* rechnen müssen. Wie sich nun die Exekution gestalten wird, können wir aus den letzten drei Jahren sehen. Es sind da ungefähr um 300 000 — 400 000 *M.* günstigere Abschlüsse erzielt, als in den Anschlägen angenommen war, im letzten Jahre günstiger um $144\,600 + 152\,000 + 150\,000 = 446\,600$ *M.*

Ist es nun richtig, daß für den Rechnungsabschluß der 31. Mai statt des 31. August auch künftig angenommen wird? Zweifellos ist das richtig, schon aus dem Grunde, weil derselbe Abschluß, der im August gemacht wird, schon 3—4 Wochen nach Ablauf des Rechnungsjahres gemacht werden kann. Im wesentlichen kommt es nämlich auf rechtzeitige Ablieferung des Abschlusses der städtischen Bauverwaltung an. Deshalb ist der Beschluß des Stadtmagistrats, am 31. Mai abzuschließen, durchaus zu billigen. Aber wir müssen uns noch eins vergegenwärtigen: Mit jedem einzelnen Jahre jetzt und in der Zukunft wird nach Ablauf des Jahres eine im Abschlusse unsichtbare Forderung von 150 000 Mark bestehen bleiben, denn die Rechnung wird abgeschlossen, indem auf das nächstfolgende Jahr diese restierenden Posten übernommen werden, sie können aber wegen der Schwächen der kameralistischen Buchführung nicht als Aktiva angenommen werden. Die kameralistische Buchführung kann diese Außenstände nicht in sich aufnehmen, sie hat kein Bilanzkonto. Ein Kaufmann würde und müßte sie in diesem Augenblicke als Aktiva einsetzen. Das Gas- und Wasserwerk kann seine Debitoren in seinen Abschluß hineinsetzen, die Stadt Braunschweig ist aber nicht in der Lage, im Abschlusse zu verbuchen, was sie vom Staate zu fordern hat, wie groß die Summe der rückständigen, noch nicht erhobenen städtischen Steuern ist und dergleichen. Wir haben zu gewärtigen, daß wir in der Tat dauernd eine geheime Sparkasse von 150 000 *M.* haben. Nun, das ist ja nur gut für unsere Finanzen.

Ich erwähne noch, daß in der Vorlage des Magistrats auf Seite 4 und 5 davon gesprochen wird, daß beim Gas- und Wasserwerke die aus dem Verkauf von Nebenprodukten erzielten Einnahmen bisher im Nettobetrag aufgeführt waren, die Aufbereitungskosten aber in den einzelnen Rechnungen nicht in Erscheinung getreten sind, daß aber künftig darin eine Änderung eintreten werde. Ebenso wird künftig bei dem Privat-Einrichtungsgeschäft die Brutto-Einnahme und -Ausgabe zur Erscheinung kommen.

Zum Schluß wird in der Vorlage uns anheimgegeben, die vorgelegten Abschlüsse zu prüfen und die vorgekommenen Überschreitungen einzelner Ausgabe-

posten nachträglich genehmigen zu wollen. Im Begleit Schreiben ist nur die Überschreitung zu Kapitel 14 besonders erwähnt. Andere Überschreitungen sind noch vorgekommen, vielleicht haben auch die geehrten Herren einige gefunden. Die Finanzkommission empfiehlt den geehrten Herren, die Abschlüsse zu genehmigen und die vorgekommenen Überschreitungen gutheißen zu wollen.

Herr Oberbürgermeister *R e t e m e h e r*: Die interessanten Ausführungen des Herrn Referenten über kameralistische und kaufmännische Buchführung ließen befürchten, daß zum Schluß herauskam, uns die kaufmännische Buchführung für die Stadt überhaupt zu empfehlen. (Herr *W o l t e r s*: Nein, nein!) Das würde auch, wie ich meine, nicht richtig gewesen sein, denn was habe ich von Debitoren, die nicht zahlen — und das kommt vor! Dann muß ich nur wieder abschreiben! Ich bin mehr dafür, daß wir nur buchen, was wir wirklich haben. — Im übrigen habe ich das Wort ergriffen, um auf eins hinzuweisen: Der Herr Referent meint, es würde regelmäßig ein Sparkassenfonds von 150 000 *M* ungekehrt von einem Jahre ins andere übergehen. Das hoffe und glaube ich nicht. Zum Teil sind die mangelhaften Einnahmen dadurch veranlaßt, daß die Verwaltungen sich noch nicht an den frühen Abschluß haben gewöhnen können und infolgedessen der Magistrat nicht in der Lage war, rechtzeitig Anträge wegen der Staats-Zuschüsse zu stellen. In einigen Fällen hat es allerdings auch andere Gründe gehabt. Aber der Magistrat wird darauf halten, daß in Zukunft die Kassen, die Zuschüsse vom Staat bekommen, rechtzeitig abschließen, und so hoffe ich, daß die Sache sich etwas zu unsern Gunsten verschiebt. Steuerrückstände werden natürlich regelmäßig in jedem Jahre wiederkommen; aber das wird sich gleichbleiben, wenn man das eine Jahr gegen das andere hält, und hat auf den Etat keinen Einfluß. Nur der vorjährige Etat war der leidende Teil. — Außerdem muß ich sagen: Das günstige Bild, welches uns der Herr Berichterstatter entworfen hat, hätte er etwas dunkler färben können, wenn er, als er die Mehreinnahmen für das laufende Jahr anführte, auch die Mehr-Ausgaben berücksichtigt hätte, die durch die gewaltige Belastung der städtischen Finanzen infolge der Erhöhung der Gehälter und nunmehr auch der Arbeitslöhne entstehen werden. Die Genehmigung der eingereichten Statuten wird — wie ich durch Erkundigung festgestellt habe — in diesen Tagen erfolgen, und dann werden vom 1. April d. J. an 165 000 *M* an Gehalt jedes Jahr mehr gezahlt werden müssen. Also, einen solchen Überschuß, wie er diesmal vorgeführt ist, wird der Magistrat am Schlusse des laufenden Jahres schwerlich wieder vorführen können.

Die Rechnungsabschlüsse für 1910/11 werden von der Versammlung genehmigt, gleichzeitig auch die darin aufgeführten Überschreitungen einzelner Ausgabenposten.

8. Abnahme der städtischen Haushaltsrechnungen für 1908/09.

Herr M o h r: Der Finanzkommission sind die städtischen Haushaltsrechnungen vom 1. April 1908 bis zum 31. März 1909 zur Prüfung übergeben worden. Die Nachprüfung der Rechnungen habe ich im Auftrage der Finanzkommission in der üblichen Weise durch Stichproben vorgenommen. Die Prüfung hat zu Erinnerungen keine Veranlassung gegeben, und ich bitte die geehrten Herren, die nachgesuchte Entlastung zu erteilen.

Die Versammlung entspricht diesem Antrage.

9. Anfrage des Stadtverordneten Busch wegen der vorgenommenen Straßenarbeiten auf der Adolfsstraße.

Die Anfrage lautet: Weshalb werden die erweiterten Gasrohre in der Adolfsstraße jetzt und weshalb sind sie nicht vorher gelegt, nachdem in den Monaten Juli-August die Chausseierung so weit fertiggestellt ist, daß der Teermacadamüberzug erfolgen konnte.

Herr B u s c h (zur Begründung): Die Bewohner der Adolfsstraße waren freudig überrascht, daß endlich einmal die Straße zwischen Willier- und Campestraße instandgesetzt werden sollte. Es war geplant, nachdem die Straße chausseiert war, sie mit einem Teermacadamüberzug zu versehen. Die Vorarbeiten waren nach mehreren Wochen beendet und es lag dann die Arbeit bis Anfang August still. Zum allgemeinen Erstaunen wurde nun an etwa 30 bis 40 Stellen die eben fertiggestellte Chausseierung wieder aufgerissen, und zwar aus dem Grunde, weil weitere Gasrohre und einige Hausanschlüsse gelegt werden sollten. Dann wurde die Straße schön geglättet und man glaubte, daß damit die Aufreißerei ihr Ende erreicht hätte. Aber es war nicht so; es wurde an verschiedenen Stellen noch einmal so verfahren. Mit dem Teermacadamüberzug wird wohl demnächst begonnen werden, und das wäre sehr wünschenswert, nachdem in der Tat die Straße ein Vierteljahr lang in diesem Zustande sich befindet. — Sie sehen aus meiner Schilderung, daß irgendwo noch ein Krebschaden vorhanden sein muß, der daran liegt, daß verschiedene unserer Behörden nicht so engen Konnex miteinander haben, wie es wünschenswert wäre. In diesem Falle handelt es sich um die Tiefbauabteilung der städtischen Bauverwaltung und die Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke. Wenn zwischen den Behörden erst einmal angefragt wäre: Ist etwas auf der Straße zu arbeiten? so würden viele Kosten erspart geblieben sein. Ich glaube, der verehrte Magistrat würde sich den Dank aller Steuerzahler erwerben, wenn er hier einmal eingriffe, und ich bin über-

zeugt, daß es nur eines Hinweises seitens des Magistrats bedarf, dann werden derartige Mängel, wie ich eben gerügt habe, für die Folge sicher vermieden werden.

Herr Bürgermeister Meyer: Wenn die städtischen Behörden die Neuinstandsetzung einer Straße beschlossen haben, so macht die mit der Ausführung der Arbeit beauftragte Abteilung der städtischen Bauverwaltung Mitteilung darüber an die Direktion der Gas- und Wasserwerke, damit diese Gelegenheit nimmt, Reparaturarbeiten und unterirdische Anlagen zuvor auszuführen. Die Instandsetzung der Adolfsstraße war vor langer Zeit beschlossen und die städtische Bauverwaltung hat damals, als sie den Auftrag erhalten hatte, der Direktion der Gaswerke auch Mitteilung darüber gemacht. Nun hat sich aber leider die Instandsetzung der Adolfsstraße erheblich verzögert, so daß sie erst in diesem Sommer zur Ausführung kommen konnte. Dabei ist von der Bauverwaltung vor Beginn der Arbeiten die Direktion der Gaswerke nicht abermals benachrichtigt, sondern es ist angenommen, es wäre alles in Ordnung. Wie Sie wissen, ist von der Direktion der Gaswerke gerade im laufenden Sommer bei der großen Hitze die Erfahrung gemacht, daß das vorhandene Gasrohr reichlich verschnübelt ist und es sowohl im öffentlichen Interesse der Straßenlaternen, wie auch im Interesse der Anlieger wünschenswert wäre, eine Auswechslung der Gasrohre vorzunehmen. Diese Auswechslungsarbeiten sind mit den Instandsetzungsarbeiten in der Adolfsstraße zusammengetroffen, und ich freue mich, daß Herr Direktor von Heilisch, nachdem er das Übel erkannt hat, nicht erst gewartet hat, bis die Adolfsstraße wieder voll instandgesetzt war, sondern mitten in die Arbeit eingegriffen hat. Das werden auch Sie wahrscheinlich durchweg billigen. Bedauerlicher Weise ist dann noch einmal eine Verzögerung in den Straßenbauarbeiten eingetreten, weil der auswärts wohnende Unternehmer nicht rechtzeitig gekommen war. Er ist inzwischen eingetroffen, und jetzt ist mit den Arbeiten auf der Goslarischenstraße begonnen. Irgend eine Benachteiligung für die Adolfsstraße tritt nicht ein. Ich glaube, die Sache hat einen normalen Verlauf genommen und man kann der Behörde irgend einen Vorwurf nicht machen.

10. Antrag des Stadtverordneten Henking auf bessere Säuberung der Hauptverkehrsstraßen und Fußwege.

Der Antrag lautet: Der Magistrat wolle die jetzt aus zwei Mann bestehende Gruppe von Arbeitern, welche mit der Reinigung der inneren Verkehrsstraßen und Fußwege tagsüber betraut ist, entsprechend verstärken (etwa um das Drei-

fache), damit die Reinigung besonders der Fußwege gründlicher und öfter, als bisher gesehen, vorgenommen werden kann.

Herr Henking (zur Begründung): Ich kann mich kurz fassen, denn ich glaube, daß die meisten von Ihnen schon denselben Gedanken gehabt haben, dem ich eben Ausdruck geben will. Die Straßenreinigung bei uns ist im großen und ganzen gut, aber in mancher Richtung auch verbesserungsbedürftig. Es ist mir aufgefallen, daß in den Straßen der Innenstadt, deren Reinigung bekanntlich nachts erfolgt, tagsüber recht oft Unrat aller Art längere Zeit auf den Fußwegen liegen bleibt und die Passanten belästigt. Inzwischen habe ich erfahren, daß eine fliegende Kolonne, wie ich sie nennen möchte, von ganzen zwei Mann beauftragt ist, tagsüber die Hauptverkehrsstraßen von Papier und Unrat zu reinigen. Was will aber bei der großen Ausdehnung der Stadt und dem starken Verkehr eine Kolonne von zwei Mann bedeuten? Sie werden mit mir einverstanden sein, daß es wünschenswert ist, diese Gruppe, die mit entsprechenden Instrumenten, Karren usw. versehen sein müßte, etwa um das Dreifache vermehrt wird, damit nicht nur auf den Hauptverkehrsstraßen, sondern auch auf den Straßen und Plätzen, wo viele Kinder sich aufhalten, diese Reinigung gründlicher und besser erfolgen kann.

Der Antrag wird vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

11. Antrag des Stadtverordneten Frede auf Freigabe der Hauptwege im Bürgerpark für den Radfahrverkehr.

Der Antrag lautet: Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, das Fahrverbot für Radfahrer für den Bürgerpark auf den Hauptwegen aufzuheben, bezw. die Anlage eines Radfahrweges durch den Bürgerpark veranlassen zu wollen.

Herr Frede (zur Begründung): Wenn man an der Stelle, wo der Bruchtorwall mit dem Siegesplatz zusammentrifft, in den Bürgerpark gehen will, wird man durch ein großes Schild aufmerksam gemacht auf ein Verbot, das besagt, daß der Bürgerpark verboten ist für Fuhrwerk jeder Art und auch für Radfahrer. Es wird dann unten weiter ausgeführt, daß das Fahren im Bürgerpark gestattet ist für schweres Fuhrwerk (Lastfuhrwerk), daß nach dem Wasserturm oder nach dem Bürgerparkwirthshause fährt. Ferner ist das Fahren gestattet für Wagen, die Personen tragen. Hinzugefügt wird nur, daß für diese

Fuhrwerke ein langsames Tempo vorgeschrieben ist. Es schrumpft also das ganze Verbot zusammen auf ein Verbot für Radfahrer, und das halte ich nicht für gerechtfertigt. Ich habe mich sehr häufig im Laufe dieses Sommers davon überzeugt, daß Droschken dort nicht im Schritt, sondern im Trabe fahren, habe auch Reiter dort gesehen. Der Verkehr der betreffenden Lastfuhrwerke muß ja zugelassen werden, aber ich habe auch Autos auf den Wegen gesehen, und wenn man diese wohlriechenden Fahrzeuge mit dem unschuldigen Fahrrad vergleicht, so muß man sagen, diese Bevorzugung ist nicht gerecht. Wenigstens sollte es gestattet sein, die Badeanstalt oder das Parkhaus mit dem Rade zu erreichen. Man kann ja einwenden, daß die Wege nicht überall so eingerichtet sind, daß sie für solchen Verkehr ausreichen. Ich erkenne einen Mangel in der Ausgestaltung der Wege an; ich habe hierbei besonders den Teil des Bürgerparks im Auge, der zwischen den Bassins am Wasserturm und der Oker liegt. Es besteht da ein nicht allzubreiter Weg, von dem man nicht weiß, ob er Fahr- oder Fußweg ist, jedenfalls bewegt sich vorwiegend Publikum darauf. Ich habe in meinem Antrage Raum gelassen für eine Regelung in der Art, daß entweder ein Radfahrweg geschaffen wird (wozu übrigens, wie ich gehört habe, der Radfahrerschutverband gern etwas beitragen wird), oder in anderer Weise. — Ich bitte Sie, dem Antrage sympathisch gegenüberzustehen.

Der Herr Vorsitzende überweist den Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung.

12. Einsprache gegen eine Änderung des Ortsbauplans (Straße 114).

Herr Sander: Es handelt sich um die Straße 114, deren Verschiebung uns neulich beschäftigt hat. Es ist das die Fortsetzung der Ringstraße zwischen Bültentweg und Drafewigtwete. Das Projekt hat ausgelegen und es ist dagegen von der Firma Gebrüder Grahe Einsprache erhoben worden. Die Einsprache gründet sich im wesentlichen darauf, daß durch die Anlage der Ringstraße die Fabrik in ihrer Entwicklung gehemmt werde, indem ein Teil des Fabrikgrundstücks zur Straße genommen werden müßte und der Fabrik dadurch eine Erweiterung unmöglich gemacht wird. Die Firma stellt den Antrag, dies Ringstraßenprojekt im Interesse ihrer Fabrik ganz fallen zu lassen und ist der Meinung, daß die Durchführung der Ringstraße durch die Geysostraße in Verbindung mit der Nordstraße oder durch den Bültentweg geregelt werden könnte. Dieser Vorschlag ist meiner Meinung nach nicht diskutierbar. Wenn man mit der Weiterführung der Ringstraße durch die Nordstraße gehen würde, so würde man auf das Schlachthausgrundstück kommen. Das wäre dann keine Ring-

straße mehr, sondern ein Hin und Her, das nicht praktisch wäre. Ich muß noch hinzufügen, daß die frühere Lage der von uns neulich verschobenen Straße für die Fabrik viel ungünstiger war, weil dadurch das Grundstück direkt durchschnitten worden wäre. Nachdem der Inhaber der Firma erklärt hatte, er würde erhebliche Schadenersatzansprüche geltend machen, wenn die Straße durch sein Grundstück gelegt würde, hatte der Magistrat uns die Verlegung der Straße vorgeschlagen. Durch die beschlossene Verlegung der Straße wird das Grundstück viel weniger beschnitten und durchaus nicht so sehr in Mitleidenenschaft gezogen. Die Statutenkommission hat die Sache beraten und bittet die geehrte Versammlung, die Einsprache zu verwerfen.

Die Einsprache wird durch die Versammlung verworfen.

13. Vermietung der ersten Etage des vorm. Hildebrandschen Hauses.

14. Nachverwilligung von Kosten zur Instandsetzung desselben Hauses.

Herr H a r t u n g: Das vormals Hildebrandsche Haus an der Helmstedterstraße hat bisher nicht verkauft werden können. Nach dem Berichte des Magistrats haben wohl Verhandlungen stattgefunden, sie haben aber kein greifbares Resultat ergeben. Es ist deshalb zur Vermietung des Hauses geschritten. Die untere und die zweite Etage sind vermietet, es handelt sich nur um die Vermietung der sogenannten Beletage. Hierfür hat Herr Dr. Tägtmeyer von hier ein Gebot von 1050 *M* gemacht, das etwas höher ist als in Aussicht genommen war, jedoch unter der Bedingung, daß ihm die Wohnung auf 5 Jahre fest vermietet werde. Der Magistrat gibt anheim, dem zuzustimmen, indem er darauf hinweist, daß es keine Bedenken haben wird, sich auf 5 Jahre zu binden, selbst für den Fall nicht, daß ein Käufer für das Haus auftreten würde, da einem solchen das Erdgeschoß durch Kündigung freigemacht werden könnte. Die Statutenkommission hat die Angelegenheit beraten und empfiehlt Ihnen, dem Antrage des Magistrats zu entsprechen.

Gelegentlich dieses Antrages ist mir, als dem Referenten der Statutenkommission, vom Stadtmagistrat noch ein Bericht der städtischen Bauverwaltung übergeben und im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden dieser Kommission werde ich mir erlauben, in der Voraussetzung, daß nichts dagegen einzuwenden ist, über diesen Punkt mit zu berichten, wenn auch nicht als Vertreter der Statutenkommission. Es handelt sich darum, daß bei den Instandsetzungsarbeiten eine Überschreitung des Voranschlages eingetreten ist. Es wird eine voraussichtliche Mehrausgabe von 1500 *M* entstehen, und zwar im wesentlichen für Maurerarbeiten (1000 *M*) und für Tischler- und Schlosserarbeiten (500 *M*). Bei Aus-

führung der baulichen Veränderungen und Instandsetzung der Wohnungen haben sich Schäden ergeben, die eine Reparatur nötig machten und die vorher nicht zu übersehen gewesen sind. Es wird anzuerkennen sein, daß die angegebenen Beträge mäßig sind und vorher nicht zu übersehen waren. Der Magistrat bittet, nachträglich die 1500 *M* zu Lasten des Extraordinariums zur Verfügung zu stellen. Ich gebe persönlich anheim, auch nach diesem Antrage zu beschließen.

Die Versammlung stimmt der besprochenen Vermietung zu und genehmigt die nachträglich geforderten Kosten für Instandsetzung des Hauses.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 5. Oktober 1911.

Tagesordnung:

1. Begründung mehrerer Anfragen des Stadtverordneten Loeßhigk:	
a) Schutzvorrichtung an den Straßenbahnwagen	Seite 378
b) Kleinhandel mit Fleisch auf dem Schlachthause	" 380
c) Anschaffung eines Krankenwagens	" 381
2. Antrag Fricke: Verbindung des Teiches im Stadtpark mit der städtischen Wasserleitung betreffend	" 383
3. Zuwendungen an den Verkehrsverein	" 383
4. Anordnung von Vorgärten für die Straßen 508/509	" 384
5. Feuerhilfe und Hilfe bei Unfällen seitens der städtischen Berufsfeuerwehr im Prinz-Albrecht-Park	" 385
6. Antrag auf Durchführung der Straßenbahnlinie Fällerslebertor bis zum Hauptbahnhofe, und Antrag auf Herrichtung einer anderen Straßenbahnverbindung zwischen Wilhelmitor und Innenstadt	" 390
7. Antrag des Stadtverordneten Henking auf bessere Säuberung der Hauptverkehrsstraßen und Fußwege	" 395
8. Antrag des Stadtverordneten Bunge auf Einstellung einer weiteren Hilfskraft bei der städtischen Rechtsauskunftsstelle	" 400
9. Nachverwilligung von Kosten für den inneren Ausbau des Neustadtrathauses	" 401
10. Rechnungsabschlüsse der städtischen Gas- und Wasserwerke sowie der Neustadtmühle für 1910/11	" 402
11. Aufnahme einer Zusatzbestimmung in das Statut über die Befoldung der städtischen Beamten	" 412
12. Änderung des Nachtrages zur Dienstordnung für die Bürgereschullehrer	" 413
13. Ergänzung der Schützenordnung	" 417

14. Übernahme von Baukosten für Belegung der Straße Wendenwehr mit Gas- und Wasserrohren	Seite 417
15. Verlängerung des Wasserrohrs in der Frankfurterstraße	" 420
16. Antrag des Stadtverordneten Stegmann auf Anregung reichsgesetzlicher Maßnahmen wegen der Teuerung, sowie auf Beschaffung und Abgabe von Lebensmitteln durch die Stadtverwaltung	" 421
17. Antrag des Stadtverordneten Lange auf Errichtung von Wartehallen an den Haupt-Kreuzungspunkten der Straßenbahn	" 426
18. Antrag des Stadtverordneten Kiefe auf Förderung des Baues von Kleinwohnungen	" 427

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Meyer, Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Aßmann, Bähr, Frede, Löhnefinke, Wesemeier.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung.

1. Begründung mehrerer Anfragen des Stadtverordneten Loeschigk:

a) Schutzvorrichtung an den Straßenbahnwagen.

Die Anfrage lautet: Wie weit sind die Vorarbeiten der Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen gediehen und wann kommen dieselben zur Ausführung?

Herr Loeschigk (zur Begründung): Meine Herren! Wie Sie wissen, ist die Frage der Schutzvorrichtungen schon oft hier erörtert. Es wurde seinerzeit von Herrn Bürgermeister Meyer mitgeteilt, daß der Straßeneisenbahngesellschaft aufgegeben sei, Schutzvorrichtungen nach Altonaer System probeweise an einigen Wagen anzubringen. Wie ich nun festgestellt habe, sind an einem großen Teil der Anhängewagen die Räder geschützt und auf der Linie Olper wird jetzt mit Anhängewagen gefahren, bei denen an der Seite wo eingestiegen wird, Schutzvorrichtungen angebracht sind, die aus drei Bändern bestehen, welche durch Federn stramm gehalten werden. Die Hauptschutzvorrichtung aber, die von der Kommission damals schon für die Betriebswagen als dringend nötig erklärt wurde, habe ich noch an keinem einzigen Wagen gefunden. Es wäre jedenfalls am Platze, daß man die Anbringung zu beschleunigen suchte. Ich habe seinerzeit bei Begründung meines Antrages schon gesagt: Wenn wir Ge-

werbetreibenden von der Berufsgenossenschaft oder vom Gewerbeinspektor auf eine Kleinigkeit oder auch auf eine größere Neuanschaffung zum Schutze der Arbeiter aufmerksam gemacht werden, so bekommen wir bald darauf eine Auflage, in der wir mit Strafe bedroht werden, wenn die Sachen nicht bald angeschafft werden. Die Straßenbahn ist ein Institut, welches der allgemeinen Öffentlichkeit dient, und die Allgemeinheit sollte man so viel als möglich schützen. Ich wundere mich, daß die Gewerbebetriebsinspektoren hier nicht einschreiten oder nicht einschreiten können. Jedenfalls haben wir das Recht, zu fordern, daß die Anbringung der Schutzmaßregeln schneller erledigt wird. Darum habe ich mir erlaubt, die Frage zu stellen, wie weit diese Sache gediehen ist, und wann sie zur Ausführung kommt.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich muß anerkennen, daß die Ausführung dessen, was wir in dieser Beziehung gewünscht haben, reichlich lange verzögert ist, und daß es im allgemeinen Interesse wünschenswert gewesen wäre, wenn wir schon einen Schritt weiter wären, als wir heute sind. Ganz so schwarz aber, wie Herr Loeßig die Sache ansieht, kann ich sie nicht finden. Sie haben im Juni unserm Ersuchen, die von der Kommission empfohlene Altonaer Schutzvorrichtung zur Ausführung zu bringen, zugestimmt. Nun ist es aber mit der Durchführung dieses Beschlusses ein eigenes Ding, weil die hiesige Straßeneisenbahngesellschaft sich von vornherein auf den Standpunkt gestellt hat, daß sie jegliche Schutzvorrichtung für unnötig und einen möglichst langen Bremsweg und eine sicher wirkende Bremse für das beste Schutzmittel gegen Unfälle hält. Nachdem der Straßenbahn von der Heczoglichen Polizeidirektion aufgegeben war, die Altonaer Schutzvorrichtungen probeweise anzubringen, hat sich die erstere noch einmal mit Vorstellungen an die Polizeidirektion gewandt, des Inhalts, daß es eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustande bedeuten würde, wenn die Anbringung der verlangten Schutzvorrichtung erfolge. Es ist aber sowohl die Polizeidirektion wie auch der Magistrat bei dem stehengeblieben, was sie als richtig erkannt hatten, und nur insofern der Straßenbahn nachgegeben, als jetzt ein System endgültig zum Versuch zugelassen ist, welches eine Verbesserung des Altonaer Systems bedeuten soll. In der Stadt Kiel sind kleine Änderungen an der Schutzvorrichtung erprobt und die Straßeneisenbahngesellschaft hat sich nun mit der Anbringung dieser verbesserten Einrichtung einverstanden erklärt. Das ist ein großer Fortschritt, denn angenehm würde es nicht gewesen sein, wenn dauernd ein Gegensatz in diesem Punkte zwischen der Eisenbahngesellschaft und den Verwaltungsbehörden bestanden hätte. Bis zum 1. Oktober sollte die Gesellschaft die neuen Zeichnungen einreichen. Das ist geschehen und

nunmehr wird die Straßenbahn nach diesem Altona-Kieler System versuchsweise die Einrichtung an einigen Wagen treffen. Man darf hoffen, daß nach einer Reihe von Wochen die Wagen so hergestellt sein werden, daß wir eine Besichtigung vornehmen können.

b) Kleinhandel mit Fleisch auf dem Schlachthause.

Die Anfrage lautet: Wann wird der Kleinhandel mit Fleisch usw. auf dem Schlachthause endlich aufgehoben und in die Markthalle verwiesen?

Herr **Loeschigk** (zur Begründung): Auch mit diesem Punkte haben wir uns schon früher beschäftigt, als die Schlachthausdeputation gewählt wurde, und er ist bis heute noch nicht erledigt. Es war damals schon die Ansicht vertreten, daß dieser Handel mit Fleisch absolut nicht in das Schlachthaus gehöre. Wie ich mir aber habe sagen lassen und wie der Augenschein lehrt, hat sich dies Unwesen, wie ich es nennen muß, noch vergrößert. Ich habe noch heute Zuschriften bekommen, in denen gefordert wird, daß man solchen Handel dort überhaupt verbieten sollte. Der Handel, wie er hier getrieben wird, schädigt auch die Einnahmen der Stadt. Die Markthalle ist von uns mit kolossalen Unkosten gebaut. Sehen Sie sich einmal an, wieviel Fleischerstände leerstehen! Sie werden von den Fleischern, von den Tierärzten, auch von dem Dezernenten dieser Sache, Herrn Stadtrat von Frankenberg hören, daß die Markthalle jedenfalls besser besucht sein würde, wenn dieser Handel im Schlachthause aufhörte. Ganz abgesehen davon, daß der Markthalle eine Einnahme entgeht, stellt sich noch die andere Unannehmlichkeit ein, daß die Kontrolle über das Fleisch meiner Ansicht nach nicht so gehandhabt werden kann, wie man wünschen muß. Wie ich mir habe sagen lassen, wird das Fleisch sogar in kleinen Portionen im Schlachthause abgewogen und in die Stadt zu Gastwirten und sonstigen Abnehmern gebracht. Sie werden mir recht geben: dazu ist das Schlachthaus nicht da, um eine Verkaufsstelle zu sein. Seinerzeit wurde mir gesagt, daß die Interessen der Schlachter unter sich in dieser Beziehung kollidierten. Das muß ich anerkennen: Ein großer Teil der Schlachter ist gegen die Aufhebung des Fleischhandels auf dem Schlachthause, aber ebenso groß ist auch ihre Gegnerschaft, die also für Aufhebung des Fleischhandels dort ist. Da sich nun die Erledigung der Sache hingezögert hat und es im Interesse der Markthalle und auch des Schlachthauswesens läge, daß dieser Verkauf aufhörte, so erlaube ich mir anzufragen, wie weit die Schlachthausverwaltung mit ihren Maßregeln gekommen ist, um diesem Übel endlich zu steuern.

Herr **Stadtrat von Frankenberg**: Ich kann leider nicht in Aussicht stellen, daß dieser Wunsch des Herrn Loeschigk sehr bald in Erfüllung geht. Die

Gegnerſchaft der hieſigen ſchlächter gegen Aufhebung des Fleiſchhandels im ſchlächthauſe iſt in letzter Zeit erheblich ſtärker geworden, und vom Standpunkt des ſchlächthausauſchuſſes wie von dem der ſtädtiſchen Verwaltung aus ſcheint es mir in der heutigen Zeit, wo ſo viel über Teuerung der Lebensmittel geklagt wird, ſehr bedenklich, mit allzuſchroffen Maßregeln gegen den Handel mit Fleiſch, wie er ſich innerhalb des ſchlächthauſes entwickelt hat, vorzugehen. Wenn wir es auch gern ſehen würden, daß der Handel dort verſchwände und die Markthalle eine neue weſentliche Einnahme erſühre, ſo muß man doch befürchten, daß beim ſchroffen Durchgreifen für den Fleiſchhandel in Braunschweig ein neuer Grund gewonnen würde, um einen Aufſchlag auf die Fleiſchpreise zu machen, den auch die unbemittelte Bevölkerung der Stadt mit zu tragen hätte. Ich bin gern bereit, dem ſchlächthausauſchuſſe die Angelegenheit wieder zu unterbreiten. Gelingt es, der Schwierigkeiten Herr zu werden, ſo wird den geehrten Herren eine entſprechende Vorlage zugehen, ſolange es aber nicht gelingt, kann ich die Erfüllung der Wünſche des Herrn Loeſchigk nicht in Ausſicht ſtellen.

c) Anſchaffung eines Krankenwagens.

Die Anfrage lautet: Wann wird endlich der ſeinerzeit gewünschte Krankenwagen geſtellt?

Herr Loeſchigk (zur Begründung): Auch dieſe Frage haben wir ſchon öfter durchgeſprochen; ich weiſe nur zurück auf die Wiederaufnahme des Antrages durch Herrn Stadtverordneten Ribbentrop. Es iſt nun 1½ Jahre her, ſeitdem von ihm der Antrag geſtellt war, und ſchon im Jahre 1908 iſt darüber geredet worden. Damals ſagte der Herr Referent, daß 17 000 M in den nächſtjähri- gen Etat eingeleſt werden ſollten, um den Krankenwagen zu beſchaffen. Wir haben uns auch Krankenwagen angeſehen, aber angeſchafft iſt er nicht. Als Herr Major Ribbentrop noch einmal wegen des Krankenwagens angefragt hatte, wurde ihm erwidert, daß man ſich nicht entſcheiden könne, ob der Wagen mit Benzin oder mit Elektrizität getrieben werden ſolle. Ich bin der Meinung, man braucht nicht immer auf alles Neue zu warten, denn bei unſerer fortſchreitenden Zeit gibt es alle Tage etwas Neues und man würde bei ſolchem Warten zu nichts kommen. Denſelben Standpunkt habe ich auch eingenommen bei Anſchaffung von Schutzvorrichtungen an Straßenbahnwagen. Die Stadtverwaltung und ihr Reſſortchef entſchied ſich aber bei Anſchaffung des Krankenwagens dafür, daß man noch warten ſolle, wie die Verſuche mit den durch Elektrizität betriebenen Wagen ausfielen. Inzwiſchen haben ſich aber die Einrichtungen für das Transportweſen ſo verändert, daß man nicht durchaus auf

Elektrizität drücken sollte. Seit einem halben Jahre gibt es Benzinautomobile, die sehr ruhig fahren, und ich habe mir von Fachleuten sagen lassen, daß es im Interesse der Kranken nicht nötig sei, Elektrizität zu verwenden. Es wäre nun wahrhaftig an der Zeit, daß der Wagen schnell beschafft würde. Es soll ja kein fahrendes Krankenhaus sein, aber was vor einem Jahre Herr Major Ribbentrop über den andern Wagen gesagt hat, das kann ich heute erst recht wiederholen. Es ist selbst für die gesunden Leute, die den Transport leiten müssen, sehr anstrengend, den ganzen Tag in einem solchen Karren zu fahren. Und wenn man den Infektionswagen in Augenschein nimmt, so muß man sagen: er erinnert an die Karren, die man vor hundert Jahren bei der Revolution in Paris benutzt hat, um die Leute nach dem Hinrichtungsplatz zu fahren. (Oho! Heiterkeit.) Er hat weder Gummi noch Federn! Herr Major Ribbentrop hat mit dem andern Wagen sein Leiden durchgemacht. Ich stehe aber nicht auf dem Standpunkte, daß erst soundso viel Stadträte am eigenen Leibe erfahren mögen, wie schlecht der Wagen ist, und bitte um baldige Anschaffung eines besseren Transportwagens für Kranke.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Auf diese dritte Anfrage kann ich dem Herrn Antragsteller eine etwas hoffnungsreichere Zukunft in Aussicht stellen. Der Stadtmagistrat hat in den letzten Wochen den Kreisbranddirektor zur Internationalen Hygiene-Ausstellung nach Dresden geschickt, damit er sich dort die in reicher Anzahl vorhandenen Fahrzeuge für Krankentransport ansehen und darnach seinen Bericht einreichen möchte. Der Kreisbranddirektor war ein Freund von Benzinfahrzeugen, der Stadtmagistrat neigte der gegenteiligen Ansicht zu. Herr Loeschigk nahm früher denselben Standpunkt ein wie der Magistrat; heute hat er uns mitgeteilt, daß gerade in neuester Zeit in den Benzinwagen manche Verbesserungen vorgenommen sind. Ich sollte meinen, wenn die Anschaffung etwas auf sich hat warten lassen, so ist das in Rücksicht auf die letzte Mitteilung des Herrn Loeschigk kein großes Unglück. Der Magistrat hat sich also schon mit der Angelegenheit befaßt, so daß Sie in allernächster Zeit eine Vorlage über Anschaffung des Wagens bekommen werden.

Herr Loeschigk (zur Geschäftsordnung): Ich möchte nur zur Aufklärung bemerken, daß von meinen andern drei Anfragen die erste, betreffend die Bedürfnisanstalten in der Zwischenzeit erledigt ist, ebenso die zweite wegen des Feldwebels bei der Feuerwehr. Meine Anfrage wegen der Straßenbahnlinie Gliesmarode wird sich heute durch den auf der Tagesordnung stehenden Antrag erledigen.

Vorjehender: Es ist ein Antrag von Herrn Stadtverordneten Stegmann eingegangen. Ich werde nachher dem Antragsteller Gelegenheit geben, den Antrag zu begründen.

2. Antrag Fricke, Verbindung des Teiches im Stadtpark mit der städtischen Wasserleitung betreffend.

Herr R i e k e: Der Herr Stadtverordnete Fricke hat unter dem 10. August folgenden Antrag gestellt:

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Teich im Stadtpark mit der städtischen Wasserleitung in Verbindung zu bringen behufs Zuführung friichen Wassers.“

Nachdem Herr Fricke den Antrag begründet hatte und dargelegt, daß das schlammige Wasser des Teiches fast bis auf den Grund eingetrocknet war, ist wohl jeder von dem unhaltbaren Zustande dort überzeugt. Früher war an der Stelle eine Quelle und deshalb ist auch der Teich dort angelegt. Wie es scheint, ist die Quelle in diesem Sommer versiegt. Es ist wohl wieder Wasser hineingelassen, aber der Boden hat es aufgesogen und die Besserung hat nicht lange standgehalten. Die Baukommission hat die Angelegenheit geprüft und ist der Ansicht, daß unser Leitungswasser wohl so weit reichen würde, daß man damit bessere Zustände herbeiführen könnte. — Persönlich möchte ich die Anregung geben, daß es notwendig ist, einen Hydranten auch im Stadtpark selbst aufzustellen, um bei anhaltender Dürre auch den Rasen zu bewässern, denn jetzt ist auf dem Rasenplatze kein grünes Stück mehr zu sehen; er ist vollständig verdorrt.

Dem Antrage Fricke wird von der Versammlung zugestimmt.

3. Zuwendungen an den Verkehrsverein.

Herr L o e j i g k: Der Vorstand des hiesigen Verkehrsvereins hat sich an den Magistrat gewandt mit der Bitte um Beihilfe zum Neudruck von Führern. Er motiviert seine Bitte damit, daß in diesem Jahre so viele Kongresse und Versammlungen in Braunschweig getagt haben, daß der Vorrat von Führern nicht ausgereicht habe und der Verein auf seine Kosten schon 3000 Stück kleine Führer habe drucken lassen. Er bittet jetzt, zur Herstellung einer Auflage von 10 000 großen und 3000 kleinen Führern von Braunschweig, sowie zum Druck von 3000 Führern von Braunschweig in englischer Sprache, ihm eine Beihilfe von 3000 bis 3500 M zur Verfügung zu stellen. Durch Annoncen wird unge-

fähr die Hälfte der 7500 *M* betragenden Kosten gedeckt. Bei einem Zuschusse von 3500 *M* könnte auch das Kartenmaterial zweckmäßig gestaltet werden. Der Magistrat hat das Gesuch geprüft und ist zu der Ansicht gekommen: da der Verein sehr viel für Hebung des Fremdenverkehrs arbeite und seine bisherige Tätigkeit für eine zweckmäßige Verwendung der Führer bürge, solle man ihm diese Summe bewilligen, aber nicht auf einmal auszahlen, sondern nach Bedarf auf Liquidation bis zu 3500 *M*, und mit der Maßgabe, daß der Verein über die Verwendung der Führer den städtischen Behörden alljährlich eine Nachweisung einreicht. Die Erfolge des Vereins kommen insbesondere dem hiesigen Kleinhandel und Handwerk zugute, aus dem Grunde soll der Zuschuß aus den Erträgen der Umsatzsteuer bestritten werden. Die Finanzkommission hat die Sache geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Die Bewilligung unter den vorgetragenen Bedingungen wird ausgesprochen.

4. Anordnung von Vorgärten für die Straßen 508/509.

Herr Busch: Wie die Herren sich erinnern werden, hat die geehrte Versammlung am 7. September beschlossen, für die Südseite des Straßenzuges 508 und auf der Westseite der Straße 509 3 m breite Vorgärten anzuordnen. Einem Magistratsvorschlage zufolge soll auch die Ostseite der Straße 509 mit gleichen Vorgärten versehen werden. Aus dem aushängenden Plan ist das Nähere ersichtlich. Die Baukommission hat sich gestern mit der Frage beschäftigt und empfiehlt, dem Magistratsvorschlage zur Anordnung von Vorgärten auch auf der Ostseite der Straße 509 die Genehmigung zu erteilen.

Auf eine Anfrage des Herrn Vorstehenden bemerkt

Herr Bürgermeister Meyer: Die beiden Straßen liegen zueinander im rechten Winkel. Der Antrag des Magistrats richtet sich dahin, die Herren möchten zustimmen, daß an beiden Straßen Vorgärten angeordnet werden; auf der einen Straße nur auf der einen Seite und auf der andern auf beiden Seiten. —

Die Angelegenheit hat eine kleine Vorgeschichte. Es war ursprünglich ein Antrag auf Verschmälerung der Straße von einem Anlieger eingereicht. Diesen Antrag haben seinerzeit die Herren genehmigt unter der Bedingung, daß gleichzeitig Vorgärten angeordnet würden. Der Magistrat ist darauf eingegangen, nachdem er gehört hatte, daß der Antragsteller einverstanden war; Der Magistrat erklärt der Stadtverordneten-Versammlung nun: Wir sind bereit, den

Ortsbauplan zu ändern, und ersuchen, die Änderung des Ortsbauplanes zu genehmigen.

Die Änderung des Ortsbauplans durch Anordnung von Vorgärten für die genannten Straßen wird genehmigt.

5. Feuerhilfe und Hilfe bei Unfällen seitens der städtischen Berufsfeuerwehr im Prinz-Albrecht-Park.

Herr Sander: Die Herzogliche General-Hof-Intendantur hat an den Magistrat die Bitte gerichtet, den Feuerchutz durch unsere Pflichtfeuerwehr auf den Prinz-Albrecht-Park auszudehnen und motiviert diese Bitte damit, daß es schwer sein würde, bei einem Brande im Parke die Feuerwehr der Gemeinde Niddagshausen zur rechten Zeit herbeizurufen, und führt ferner aus, daß es nur eine Frage der Zeit sei, daß der Prinz-Albrecht-Park dem städtischen Gebiete einverleibt würde. Sie haben jedenfalls alle gelesen, daß bei der Dürre dieses Sommers im Parke zweimal ein „Waldbrand“ ausgebrochen ist. Bei dem ersten Brande ist der Kreisbranddirektor gebeten, Hilfe zu stellen, hat diese aber abgelehnt mit der Begründung, daß nach dem Gesetze von 1874, in welchem die Grenzen, bis wie weit die städtische Feuerwehr ihre Hilfe zu leisten hat, festgesetzt sind, Feuerhilfe durch die Berufsfeuerwehr in diesem außerstädtischen Bezirk nicht zu leisten sei. Es ist jedoch von ihm die freiwillige Feuerwehr alarmiert worden. Als später noch einmal in dem Parke Feuer ausgebrochen ist, traf die Meldung davon gerade ein, als eine Magistratsitzung stattfand, und der Magistrat hat angeordnet, daß an dem Tage die Feuerhilfe zu leisten sei. Der Stadtmagistrat steht auf dem Standpunkte, daß bei der Bedeutung, die der Prinz-Albrecht-Park und das danebenliegende ehemals Franzische Feld für unsere Stadt hat, es wünschenswert sei,

diese beiden Flächen in bezug auf Feuerhilfe und Hilfe bei Unfällen in den Tätigkeitsbereich der Berufsfeuerwehr einzubeziehen.

Die Statutenkommission hat die Sache geprüft und ist derselben Ansicht wie der Magistrat. Ich bitte namens der Statutenkommission um Genehmigung des Antrages.

Vorsitzender: Soll die Feuerhilfe dauernd gewährt werden oder bis auf weiteres?

Herr Friede: Ich habe nichts dagegen, wenn man in der Weise Schutz schaffen will, aber ich halte es nicht für richtig, daß man eine Ausnahme nur

für den Prinz-Albrecht-Park macht. Wir haben in der Nähe der Stadt Braunschweig verschiedene andere Gehölze und dürften, wenn wir die Vorlage annehmen, unsere Feuerwehr nicht nach dort hinauschieben, sondern nur hier nach dem Parke. Ich halte es für bedenklich, diese Ausnahme zu machen, und möchte, wenn unsere Feuerwehr so tatkräftig ist, den Antrag dahin erweitern, daß wir die Feuerhilfe auf die nächsten Ortschaften ausdehnen. Eine Ausnahme kann ich nicht machen und müßte in dem Falle den Antrag ablehnen.

Herr Loeßigk: Ich würde für eine dauernde Bewilligung nicht sein. Im vorigen Jahre brannte auf Rüninger Feldmark ein Haus und bei dem starken Feuer waren Menschen in Gefahr. Die Feuerwehr wurde von der Fabrikstraße aus alarmiert, geht ab und kommt in die unangenehme Lage, ob sie Feuerchutz leisten soll, wo das Gebäude ganz oben auf Rüninger Feldmark lag. Aber der Branddirektor ist einmal da, hat von der Fabrikstraße aus eine lange Schlauchlage herstellen lassen und dem Hause den Feuerchutz angebracht lassen. Und damit hat er meiner Meinung nach seine Schuldigkeit getan. Der Prinz-Albrecht-Park hat eine große Ausdehnung, so daß unter Umständen die Feuerwehr ziemlich weit vom Mittelpunkte der Stadt entfernt sich aufhalten müßte. Da muß ich die Frage ansprechen: Ist die Feuerwehr in der Lage, wenn auf der andern Seite der Stadt auch ein großes Feuer ausbricht, den Schutz der Stadt noch voll und ganz auszuüben? Das bezweifle ich mit Herrn Friede. Jedenfalls muß bei dieser Gelegenheit die Frage geregelt werden: Sollen wir bei Feuer in die Nachbargemeinde ausrücken lassen oder nicht? Wenn von der Stadtgrenze aus die Feuerwehr alarmiert ist, wie im vorigen Jahre, so würde es traurig sein, wenn sie pflichtgemäß an der Grenze Umkehr gehalten hätte und hätte das Haus brennen lassen, bis von Rüningen Hilfe kam. Das wollen wir doch alle nicht. Auch wenn es in der Nachbarschaft brennt, wollen wir unsere Hilfe gern leisten. Aber Klarheit muß hier geschaffen werden bei den eng an unsere Stadt anschließenden Verhältnissen der vorliegenden Dorfgemeinden. — Entschieden würde ich gegen die Vorlage sein, wenn der Feuerchutz ein dauernder sein soll; für vorübergehenden Schutz würde ich sein.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Frage, inwieweit die Stadt Braunschweig verpflichtet ist, mit ihrer Berufsfeuerwehr in den Nachbargemeinden Feuerhilfe zu leisten, ist — soweit ich orientiert bin, auch mit Zustimmung der Stadtverordneten — dahin geregelt, daß eine Verpflichtung der Stadt nicht anerkannt werden kann, und daß auch die Berufsfeuerwehr dementsprechend dahin orientiert ist, daß sie auf Anfordern ihre Hilfe zu verjagen hat. Es ist aber dem Leiter der Feuerwehr nach der allgemeinen Instruktion offen gelassen, wenn er

ausdrückt in der Annahme, daß der Brand vielleicht an der Peripherie der Stadt ausgebrochen ist und sich bei seiner Ankunft ergibt, daß der Brand dicht hinter der Grenze liegt, daß er für den Fall einzugreifen ermächtigt erscheint, wenn besondere Gefahr — vor allen für Personen — durch sein Nichteingreifen entstanden wäre. Bei der Gegenüberstellung dieser Regel und dem Antrage des Magistrats liegt es auf der Hand, daß es sich bei dem Prinz-Albrecht-Park um eine Ausnahme handelt, die der Magistrat damit begründet, daß äußerlich der Park als Zubehör der Stadt angesehen werden kann und die Braunschweiger Einwohner zumeist den Genuß des Parkes haben. Er liegt hart an der Stadtgrenze, und selbst die Gegner der Vorlage werden nicht bestreiten, daß die Stadt ein besonderes Interesse daran hat, daß der Park erhalten bleibt und nicht durch Brand zerstört wird. Deshalb glaubte der Magistrat es verantworten zu können, wenn er eine Ausnahme hier zugelassen hat. Irgendwelche nachteiligen Konsequenzen einer solchen Ausnahme, wenn sie mit Zustimmung der beiden städtischen Behörden zugelassen wird, kann ich nicht erkennen. Daß es sich nur um eine Maßregel „bis auf weiteres“ handelt, ist selbstverständlich. Der Magistrat wird sich das Recht vorbehalten müssen, seine Zusage aus irgend welchem Grunde wieder rückgängig zu machen. Jedenfalls wird der Magistrat durchaus einverstanden sein, wenn Sie hinzusetzen: bis auf weiteres.

Herr Jasper: Die Bedenken, die die Herren Fricke und Loeßhigt gegen den Antrag der Kommission vorgebracht haben, sind nicht völlig von der Hand zu weisen. Auch ich finde ein Bedenken darin, daß eine Ausnahmebestimmung geschaffen werden soll. Noch bedenklicher wäre es, wenn wir den Antrag Fricke annehmen wollten, den Feuerchutz allgemein auszudehnen. Wir haben die Einrichtung der Landesbrandkasse mit ihren ungünstigen Bestimmungen für die Stadt Braunschweig und waren uns früher darüber einig, daß wir Feuerhilfe über die gesetzliche Verpflichtung hinaus nicht gewähren wollen. Ein Anlaß dazu, diese Stellungnahme zu durchlöchern, scheint mir ohne weiteres nicht gegeben zu sein. Ich erkenne an, daß die Stadt ein großes Interesse an dem Parke hat und würde unbedingt für den Vorschlag der Kommission stimmen, wenn es sich um das Eigentum der Stadt handelte. Aber da die Stadt in dem Parke auch rein gar nichts zu sagen hat, so fällt dieser Grund weg. Man könnte nur aus dem Grunde nicht gegen den Vorschlag stimmen, weil die Bürgererschaft ein Interesse daran hat, daß der Park unverfehrt bleibt. Statt eine Ausnahme von unserer Regel zu machen, ließe sich ein anderer Ausweg finden, nämlich, daß man die von dem Herrn Kommissionsreferenten als eine Frage der Zeit angekündigte Eingemeindung des Bezirks etwas ernsthafter betreibt. Ich weiß nicht, in wie weit der Kommission Mitteilungen geworden sind über den Stand

der Verhandlungen, ob überhaupt von seiten des Magistrats oder von anderer Seite in Verhandlungen eingetreten ist. Mit der Feuergefährdung und mit der Verunglückungsgefährdung im Parke ist es nicht allein geschehen; es sind noch eine Reihe anderer Gefahrenquellen dort vorhanden. Wer die Tagesblätter aufmerksam verfolgt, wird öfter finden, daß von unsittlichen Attentaten auf ältere oder jüngere weibliche Personen im Prinz-Albrecht-Park geredet wird. Wenn auch manches von hysterischen Personen übertrieben sein mag, so scheint doch bei der Häufung der Fälle auch manches wahr zu sein. Ferner grenzt an den Park der Nußberg, der noch von der Militärverwaltung benutzt wird, und die Schießerei dort halte ich auch nicht für ganz gefahrlos für die Besucher des Parks. Es würde, glaube ich, im Interesse der Bürgerschaft liegen, wenn die Frage der Eingemeindung des Prinz-Albrecht-Parks mit größerem Nachdruck von seiten der Stadt behandelt würde. Sind der Prinzenpark und der Nußberg eingemeindet, dann ist ohne weiteres der Feuerlöschbezirk so weit ausgedehnt, und wir brauchen keine Ausnahme von unseren Grundsätzen zu machen; ebenso würde dann dort die Unfallhilfe zu leisten sein und wir würden auch in der Lage sein, die Gefährdung des Publikums in anderer Weise, wie ich sie geschildert habe, hintanzuhalten. Es scheint mir richtig zu sein, dem Vorschlage des Magistrats nicht zu widersprechen, aber gleichzeitig unsere Zustimmung mit dem Wunsche zu verbinden, die Eingemeindung des Bezirks in die Wege zu leiten.

Vorsitzender: Ich erlaube mir, den unmaßgeblichen Vorschlag zu machen, die Eingemeindung von unserer Seite nicht zu sehr zu betreiben. Sie werden zugeben, daß die Frage sich für uns vorteilhafter abschließen läßt, wenn wir von der andern Seite die dort ebenso brennende Frage an uns herankommen lassen.

Herr Sander: Bedenken sind in der Kommission allerdings auch laut geworden, aber wir sind doch aus den vom Herrn Bürgermeister angeführten Gründen einstimmig zu dem Beschlusse gekommen, daß wir hier den Feuerchutz gewähren sollen. Das Interesse der Stadt Braunschweig ist doch größer als das von Riddagshausen und der andern in der Nähe liegenden Dörfer. Über die Eingemeindungsfrage ist nicht in der Kommission gesprochen. Aus dem Schreiben der Hofhaltung liest man heraus, daß Verhandlungen im Gange sind. Ich persönlich halte es für richtiger, daß wir eine solche Auffassung an uns herankommen lassen, als daß wir die Eingemeindung forciert betreiben. Ich gestehe dem Herrn Frick zu, daß es wohl eine Ausnahme ist, die wir mit dem Prinz-Albrecht-Park machen, aber die andern Gehölze mit in den Feuerchutz hineinzunehmen, würde zu weit gehen und auch meiner Meinung nach unmöglich sein,

denn dann müßten wir unsere Feuerwehr verdoppeln. Das wäre eine Belastung für die Stadt, der keiner der geehrten Herren zustimmen würde. Ich bitte nochmals, den Antrag genehmigen zu wollen, und zwar in der Weise, daß wir die Worte „bis auf weiteres“ einschieben.

Herr W o l t e r s: Gerade so, wie Herr Bürgermeister Meher die Stellung des Magistrats gekennzeichnet hat, so ist auch die Stellung der Feuerlöschdeputation. Der Herr Kreisbranddirektor Lehmann hatte früher sehr bereitwillig Feuerhilfe außerhalb Braunschweigs gewährt, aber durch die Feuerlöschdeputation ist er angewiesen worden, die Feuerhilfe durch die Berufsfeuerwehr lediglich auf den Gemeindebezirk Braunschweig zu beschränken. Bis jetzt besteht nur eine einzige Ausnahme: Die Leistung der Feuerhilfe für das Rieseltgut. Sie sehen, daß diese Hilfe selbst bei unserm Eigentum nicht ohne weiteres gewährt ist. Mit der heutigen Vorlage ist auch die Feuerlöschdeputation aus den mehrfach gekennzeichneten Gesichtspunkten einverstanden gewesen. Die Stadt hat nicht nur ein wesentliches Interesse an Erhaltung des Parkes, sondern es ist auch zu befürchten, wenn der Feuerschutz abgelehnt würde, daß dann ohne weiteres Gegenmaßregeln getroffen werden könnten. Man weiß nichts von der Ursache des Feuers, jedenfalls aber ist es entstanden durch Besucher aus Braunschweig. Es liegt auch deshalb jedenfalls in unserem eigenen Interesse, Feuerhilfe zu gewähren.

Über die Eingemeindungsfrage möchte ich folgendes bemerken: Sie kann nach dem Landesgrundgesetz nur durch Gesetz erfolgen, und der Erlaß eines solchen Gesetzes läßt Monate und Jahre auf sich warten. Es ist nicht angebracht, diese Frage mit der Feuerhilfe zu verquicken. Was das Finanzielle anbetrifft, so möchte ich noch bemerken, daß die Eingemeindung uns irgendwelche Kosten nicht verursachen wird.

Herr D o e s c h i g k: Nach den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters werde ich der Sache zustimmen, kann aber das Bedenken nicht ganz zurückhalten, daß unser Hilfsbezirk für die Feuerwehr zu weit ausgedehnt wird. Vor drei Jahren hat der Magistrat selbst anerkannt, daß unsere Feuerwehr vergrößert werden müßte, und hat im Westen der Stadt eine neue Feuerwache in Aussicht gestellt. Ich möchte mir die Anfrage erlauben: Ist die Feuerwehr in der Lage, wenn der fragliche Bezirk in den Feuerschutz einbezogen wird, ohne Nachteile für die Stadt ihren Schutz auszuüben?

Herr Bürgermeister M e h e r: Der Magistrat hat diese Frage selbstverständlich geprüft, soweit er dazu in der Lage war, und ist, gestützt auf das Gut-

achten des Kreisbranddirektors zu der Ansicht gekommen, daß eine Gefährdung der Stadt wegen mangelnden Feuerchutzes nicht eintreten werde, sonst würde er ja auch die Vorlage nicht gemacht haben. Für den Einzelfall eine Garantie zu übernehmen, ist natürlich der Magistrat nicht in der Lage.

Herr Munte: Meine Wohnung befindet sich ganz in der Nähe des Prinz-Albrecht-Parkes. Daß die Hilfe der Feuerwehr für den Park oft in Anspruch genommen werden müßte, kann ich mir schlechterdings nicht denken. Ich habe mich deshalb wundern müssen, daß die Herren nicht ruhig die Vorlage angenommen haben und daß eine solch lange Debatte darüber zustande gekommen ist. Das heißt doch, mit Kanonen nach Spaken schießen. Ein Feuer im Prinz-Albrecht-Park kommt vielleicht in zehn Jahren einmal wieder vor, denn einen solch trockenen Sommer wie den vorigen werden wir so leicht nicht wieder bekommen, und im Winter, wenn Schnee liegt, wird es dort nicht brennen, und wenn es regnet, auch nicht. Ich möchte doch die geehrte Versammlung bitten, die Zusage der Feuerhilfe für den Park gutzuheißen, natürlich auf Widerruf; ich möchte auch nicht, daß wir uns auf etwas Dauerndes verpflichten.

Die Versammlung erklärt sich einverstanden, daß die beiden bezeichneten Flächen bis auf weiteres in den Tätigkeitsbereich der städtischen Berufsfeuerwehr einbezogen werden.

6. Antrag auf Durchführung der Straßenbahnlinie Fällerslebertor bis zum Hauptbahnhofe, und

Antrag auf Herrichtung einer anderen Straßenbahnverbindung zwischen Wilhelmitor und Innenstadt.

Herr Meyerhoff: In einer früheren Sitzung war der Magistrat ersucht, mit der Verwaltung der Straheneisenbahn in Verbindung zu treten, um die Fällerslebertorlinie nicht mehr, wie jetzt, auf dem Ruhfäutchenplatze endigen zu lassen, sondern über die Münzstraße zu führen und entweder beim Gieseler oder in dessen Nähe endigen zu lassen. Es liegt nun wieder ein Antrag von Anwohnern des Wilhelmitors vor, in dem um Herrichtung einer besseren Straßenbahn-Verbindung zwischen Wilhelmitor und Innenstadt gebeten wird, und ein Antrag von Anwohnern des Fällerslebertorbezirks, der die Durchführung der Straßenbahnlinie Fällerslebertor bis zum Hauptbahnhofe wünscht. In dieser letzten Eingabe wird gesagt, daß die Führung der Linie Kastanienallee nicht so wichtig wäre, als die der Fällerslebertorlinie. Nun kann die Baukommission nicht ohne weiteres wissen, ob die eine Linie mehr als die andere benutzt

wird, aber bei der Beratung wurden doch folgende Gesichtspunkte als wichtig hervorgehoben: Vor dem Wilhelmitore befinden sich viele Fabriken, die Folge davon ist ein großer Arbeiterverkehr, aber auch eine Menge der Beamten der Fabriken haben dort ihre Arbeitsstätte, ihre Anzahl wird auf über Tausend angegeben. Die Baukommission ist nun der Anregung einer Eingabe gefolgt, die vorgestern abend erst eingelaufen, aber von denselben Herren unterzeichnet ist, wie die erste Eingabe. Es wird darin der Vorschlag gemacht, die Kastanienalleelinie auf dem Kohlmarke endigen zu lassen und die Fallerzlebertorlinie bis zum Westbahnhof durchzuführen. Eine Prüfung hat ergeben, daß die Kastanienalleelinie wohl auch bis zur Hauptpost geführt werden kann. Dort ist eine Weiche vorhanden, so daß der Wagen sofort wieder auf das andere Gleis zur Rückfahrt übergeführt werden kann. Wenn für das aufgehobene Stück der Kastanienalleelinie die Endstrecke der Fallerzlebertorlinie, die dann auch bis zum Westbahnhofe führen würde, eingeschaltet wird, so wäre damit die ganze Sache erledigt. Die Baukommission empfiehlt Ihnen also:

den Magistrat zu ersuchen, seinen Einfluß bei der Direktion der Straßeneisenbahn geltend zu machen, damit die Straßenbahnlinie Fallerzlebertor über die Münzstraße bis zum Westbahnhof geführt wird,

und zwar die Sache zu beilegen, damit die Umänderung noch vor Eintritt der schlechten Jahreszeit ins Leben gerufen wird, denn es ist im Winter eine sehr unangenehme Sache, am Ruhfäutchenplate aussteigen und Anschluß am Ratshause suchen zu müssen. Im Namen der Baukommission empfehle ich Ihnen, den Antrag zu genehmigen.

Herr Jasper: Diese Frage hat uns wiederholt beschäftigt. Wenn ich nicht irre, haben wir uns in ähnlichem Sinne bereits schlüssig gemacht, daß die Durchführung der Gliesmaroder Linie durchaus wünschenswert wäre. Ich habe aber vom Herrn Kommissionsreferenten nicht gehört, welche Stellung der Magistrat zu diesem Beschlusse eingenommen hat, und habe hauptsächlich nicht gehört (da ich nicht bezweifle, daß der Magistrat sich im Sinne der Mehrheit der geehrten Herren entschlossen hat), auf welche Widerstände er außerhalb der städtischen Verwaltung gestoßen ist, ob der Widerstand liegt an der Straßenbahn oder ob es vielleicht der staatlichen Verwaltung zur Last fällt, daß dieser Mißstand noch nicht beseitigt ist. Mir ist gesagt worden, daß zum Teil die Verwaltung der Wallanlagen Einspruch dagegen erhoben hätte, daß auf dem Gieselerwall ein Standgleis eingerichtet würde. Es würde zur Klärung der Frage beitragen, wenn über diese Verhandlungen, die magistratsseitig gepflogen sind, sei es durch den Magistrat oder sei es durch die Kommission, Bericht erstattet würde. Mir

will es scheinen, als ob das ganze Glend darauf zurückzuführen sei, daß wir mit diesem Privatinstitut der Straßenbahngesellschaft zu verhandeln haben, die nach reinen Privatinteressen ihre Sache leitet und um die Meinung der Bürgerschaft und der Stadtverwaltung sich gar nicht kümmert. Ich habe schon seinerzeit gebeten, den Vertrag mit der Straßenbahngesellschaft nachzuprüfen, ob wir nicht irgendwelche Mittel und Wege haben, um der Direktion Daumenschrauben anzusetzen, damit das Verkehrsinteresse, das in erster Linie von uns gewahrt werden soll, nicht so mißhandelt wird, wie es jetzt geschieht.

Herr Bürgermeister Meyer: In diesem Falle ist die Direktion der Straßeneisenbahngesellschaft unschuldig. — Wir haben uns vor einem halben Jahre mit dieser Linienführung eingehend beschäftigt, und die Herren haben damals an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Gliesmaroder Linie bis zum Bahnhof oder bis zum Gieselerwall durchgeführt würde. Nun ist ein Widerstand lokaler Art vorhanden, der nicht in wenigen Wochen oder Monaten zu überwinden ist: das ist die Enge der langen Strecke am Kaltenwall. Der Fiskus hat schon in älteren Verhandlungen erklärt, daß er eine weitere Belastung durch ein zweites Gleis nicht zulassen würde, und ein solches würde notwendig sein, wenn man eine zweite Linie über die Straße führen wollte. Nun hat der Magistrat geprüft, ob der Kaltenwall nicht stadtseitig übernommen werden könnte, um ihn zu verbreitern und gleichzeitig ein zweites Gleis dort zu legen. Das Projekt hierfür ist vor wenig Wochen beim Stadtmagistrat eingegangen. Es ist ziemlich teuer in seiner Ausführung und der Magistrat hat es zurückgestellt in der Hoffnung, daß eine andere Lösung der Frage gefunden werden könnte, zwar nicht die, die jetzt in der Kommission angeregt ist, sondern daß man die Linie am Bahnhofe vorbei nach dem Augusttore führen könnte. Damit würde das Hauptinteresse der Fahrgäste der Gliesmaroder Linie erfüllt sein, denn sie wünschen weniger nach dem West-, als nach dem Hauptbahnhofe zu kommen. Sie wissen, daß die Änderung der Straßenbahnanlagen am Augusttore, wie wir sie wünschen, bislang nicht zur Ausführung gelangt ist. Sie erinnern sich wohl der Pläne, sie haben Ihnen vorgelegen und zeigen eine ziemlich umfangreiche Neuanlage. Der Staat hat zwar inzwischen seine Genehmigung zu den Neuanlagen ausgesprochen, es ist aber eine schwere Bedingung dazu gestellt: daß die Verlegung eines zweiten Gleises auf der Augusttorbrücke nur zugelassen werden würde, wenn die Brücke verbreitert und die Kosten — nun, sagen wir einmal — von der Straßenbahn getragen würden, jedenfalls nicht vom Staate. Diese Antwort ist der Straßeneisenbahngesellschaft übermittelt; sie hat sich uns gegenüber aber nicht geäußert, ob sie die Bedingungen, unter denen die staatliche Genehmigung erfolgt ist, erfüllen will oder

nicht. Ich vermute, wenn wir das Projekt, den Kalenwall zu verbreitern, weiter verfolgen wollten, so würde das der Anstoß dazu sein, daß diese Straße überhaupt übernommen werden müßte. Der Magistrat hat deshalb wegen der hohen Kosten, die durch die Überbrückung der Oker oder durch Herausbauen des Ufers entstehen würden, dieses Projekt nicht weiter verfolgt. Ich bitte auch Sie, nicht auf Weiterverfolgung dieses Projektes zu drängen, sondern sich mit dem zu begnügen, was die Kommission empfiehlt.

Herr Meyerhoff: Ich muß Herrn Dr. Jasper erwidern, daß ich im Anfang meiner Rede ausdrücklich gesagt habe, in einer früheren Sitzung sei beschlossen, die Linie über die Münzstraße zu führen und am Gieselerwall endigen zu lassen. Das hat sich durch die Einreden des Staates und der Bahnverwaltung nicht ermöglichen lassen, deshalb ist die Kommission gerade diesem Vorschlage, der keinerlei Umbau der Gleise erfordert, beigetreten. Diese Neueinrichtung auszuführen, ist noch vor Eintritt des Winters möglich. Wie es später einmal mit der Linie nach dem Augusttore wird — es ist das vorhin vom Herrn Bürgermeister Vorgetragene auch gestern in der Kommission mitgeteilt — darauf können wir nicht warten, denn die schlechte Jahreszeit drängt. Bei Schneetreiben oder Schlaferwetter ist die Entfernung für das Umsteigen auf dem Ruhfäutchenplatze zu weit. Deshalb bitte ich Sie nochmals im Namen der Baukommission, den Antrag anzunehmen.

Herr Loejigk: Ich freue mich, daß Herr Meyerhoff einen Ausweg vorschlägt, der ohne Kosten und in kurzer Zeit auszuführen ist. Was bezüglich des Anschlusses der Linie Kastanienallee an die Fallerselebortorlinie gesagt wurde, ist mir fraglich. Wenn man heute Anschluß an eine andere Linie haben will, so ist es bei den Entfernungen auch der besten Straßenbahn nicht möglich, dafür sorgen zu können, daß der Anschluß klappt. Ich habe gesehen, daß Frauen, die umsteigen wollten, weitergefahren sind, weil sie ihre Zeit einhalten mußten, oder solche, die nicht zur rechten Zeit den Platz erreichen konnten, wo sie umsteigen mußten. Das liegt an den unglücklichen Verhältnissen und nicht an der Straßenbahn. Darum begrüße ich den Antrag der Kommission mit Freuden. Ob sich allerdings die Umänderung so schnell erledigen läßt, müssen wir abwarten. Es sollte mich freuen, wenn das einmal ausnahmsweise stattfände. Viele Worte sind schon über die Sache geredet worden. Auch ich habe Zuschriften bekommen und aus den Fabriken von Luther, Amme, Giesecke & Koenigen Klagen gehört, daß die Wagen des Morgens zu spät fahren, daß ihre Beamten zu spät zu ihren Bureaus kommen können und daß die Intervalle von 12 Minuten zu lang sind. Auch aus dem Gros des Publikums werden Sie hören können, daß die

Anhängewagen, wo sie nötig sind, nur selten zu finden sind. Denken Sie nur an die Linie Cellerstraße, sie wird schon in Elper besetzt und die Leute am Weißen Hofe müssen warten, bis ein leerer Wagen kommt. In andern Städten wird mehr Rücksicht auf die Besucher von Krankenhäusern genommen, hier muß alles nach Schema F gehen. Mittags, wo mehrere Wagen zur Beförderung nötig sind, fährt nur ein Wagen, und wenn man nicht mitkommen kann, wird man vom Schaffner aufs Warten vertröstet. Wenn die Straßenbahn eine städtische wäre, so würde derartiges gewiß nicht gebilligt. Aber auch so haben wir ein Recht, Abhilfe zu fordern, denn die Konzession ist der Gesellschaft im Interesse der Allgemeinheit gegeben, und wir müssen dafür sorgen, daß mehr nach dem Interesse der Allgemeinheit verfahren wird.

Herr Hartung: Ich kann hier wohl erklären, daß die Anwohner eines ganzen Stadtteils dankbar dafür sein werden, daß die Kommission einen Gedanken aufgenommen hat, der, wie es scheint, eine einfache Lösung der Schwierigkeiten bietet. Es ist ja von dem in unserer Mitte sitzenden Herrn, der über die Stellung der Straßeneisenbahngesellschaft zu diesem Vorschlage eine sichere Auskunft geben könnte, keine Äußerung darüber erfolgt. Ich glaube aber, wenn dieser Gedanke hier in der Versammlung und auch vom Magistrat — wie das ja geschehen ist — gebilligt wird, so müßte er auch ausgeführt werden. Ich halte es für glücklich, wenn die Idee nicht mit anderen verquickt wird. Ob nach dem Augusttore gefahren werden soll, ob der Kalenwall verbreitert werden soll, das sind Sachen, die in weiter Zukunft liegen. Hier aber kann in kurzer Zeit die ganze Angelegenheit geregelt werden. Ich bitte, dem Antrage der Baukommission zuzustimmen.

Vorsitzender: Wenn der Herr Stadtverordnete Ribbentrop sich über die Angelegenheit nicht geäußert hat, so liegt das daran, weil er nach den Gepflogenheiten der Versammlung sich nicht darüber äußern darf.

Herr Eckhardt: Ich danke dem Herrn Meyerhoff für seine eingehenden Mitteilungen bezüglich der Linienführung der Straßenbahn und freue mich, daß die Linien Glesmarode — Westbahnhof, Nordbahnhof — Hauptbahnhof und Raftanienallee — Friedrich-Wilhelmsplatz vorgesehen sind. Auch ich gehöre zu den Leidtragenden, die in Wind und Wetter auf dem Friedrich-Wilhelmsplatze ausharren und auf den Anschluß nach dem Westbahnhofe warten müssen. Es liegt nun an der Direktion der Straßenbahn, diesen Vorschlag auszuführen und Ruhe im Publikum wiederherzustellen. Ich bin überzeugt, die Direktion der Straßenbahn darf sich des Dankes aller versichert halten.

Herr Lange: Im Verlauf der Debatte ist wiederholt betont, daß ein Straßenbahnwechsel auf dem Friedrich-Wilhelmsplatze nicht gerade zu den angenehmsten Notwendigkeiten gehöre. Ich glaube, daß es einem dringenden Wunsche entsprechen würde, wenn auf diesem Platze und bei dem zweitwichtigsten Kreuzungspunkte der Straßenbahn, dem Ruhfäutchenplatze, eine Warterhalle errichtet würde. Diese lassen sich ohne große Unkosten herstellen, und die Verjammung würde dadurch die Bürgerjchaft zu Dank verpflichten. Ich beantrage, Mittel zu bewilligen zur Errichtung einer in einfachen Formen ausgeführten Warterhalle auf dem Friedrich-Wilhelmsplatze.

Vorsitzender: Ich bitte, mir den Antrag schriftlich einzureichen. Wir können ihn bei dieser Gelegenheit nicht beraten, denn es ist eine Angelegenheit für sich.

Herr Aßenhausen: Es ist über diese Sache schon lange und viel geredet. Auch ich bin der Ansicht, daß der Antrag, der von der Kommission eingebracht ist, wirklich annehmbar erscheint, und da die Neueinrichtung mit gar keinen Kosten verbunden ist, sich leicht ausführen läßt. Ich möchte für den Kommissionsantrag eintreten.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

7. Antrag des Stadtverordneten Henking auf bessere Säuberung der Hauptverkehrsstraßen und Fußwege.

Herr Fröhling: Der Antrag lautet:

Die Stadtverwaltung wolle die (jetzt aus 2 Mann bestehende) Gruppe von Arbeitern, welche mit der Reinigung der inneren Verkehrsstraßen und Fußwege tagsüber vertraut ist, wesentlich verstärken (etwa um das Dreifache), damit die Reinigung besonders der Fußwege gründlicher und öfter als bisher geschieht vorgenommen werden kann.

Die Baukommission ist auch der Meinung, daß eine Erweiterung dieser Zwischenreinigung der Straßen wohl am Platze ist, und daß, wenn eine Vermehrung der bis jetzt vorhandenen zwei Leute auf sechs stattfindet, und die Arbeiter mit zweckmäßigen Geräten ausgerüstet werden, damit sie nicht in größeren Truppen ihren Gang abzumachen brauchen, eine wesentliche Verbesserung in der Reinigung der Straßen sich erzielen lasse. Sie glaubt aber ferner, daß diese Reinigung

nicht bloß auf die inneren Verkehrsstraßen zu bemessen sein würde, sondern auch die Hauptverkehrsstraßen der Außenstadt einbezogen werden müßten.

Sie empfiehlt demnach der Versammlung, dem Antrage beizustimmen und ihn in der angegebenen Richtung zu erweitern.

Herr Stegmann: Ich möchte den Antrag der Baukommission, der weitgehendster ist als der Antrag des Herrn Stadtverordneten Henking, unterstützen. Es ist noch viel Staub und Schmutz in den Straßen Braunschweigs vorhanden, und es ist nötig, daß zur besseren Sprengung unserer Straßen etwas geschieht. Ich mache in der Beziehung auf den Bruchtorwall aufmerksam. Wenn Sie den Staub auf dieser Promenade im letzten Sommer gesehen haben, und besonders Sonntags nachmittags bei dem lebhaften Verkehr, dann werden Sie mir beistimmen, daß man sich wundern muß, daß so etwas noch vorkommen kann. (Zuruf.) Es wird mir zugerufen, daß die Straße eine staatliche sei, Nun, so muß beim Staat dahin gewirkt werden, daß die Staubplage aufhört. Wenn man den Bürgerpark besuchen will, und muß sich vorher die Lunge voll Staub pumpen, so kann man das nicht als gesundheitlich bezeichnen. Auch noch in anderer Weise müßte Abhilfe geschaffen werden, ich meine unser häßliches Müllabfuhrsystem. Wenn man auf der einen Seite für bessere Straßenreinigung sorgt, was sehr notwendig ist, so läßt man auf der andern Seite unser schlechtes Müllabfuhrsystem weiter bestehen. Das hat zur Folge, daß bei stürmischem Wetter fortgesetzt Papier und Staub auf den Straßen umherfliegt, ja sogar in die Fenster hinein, ganz abgesehen von den Gerüchen, die wir bemerken können, wenn wir durch die Straßen gehen, in denen die Mülleimer stehen. Wenn soviel von Hygiene gesprochen wird in diesem Jahr, wo die Hygiene-Ausstellung in Dresden stattfindet, und wenn von hier aus sogar Deputationen dorthin geschickt worden sind, so sollte man doch nun auch endlich ernstlich Maßregeln treffen, daß dieses Schöppenstedtsche System, das uns schon außerhalb lächerlich gemacht hat, abgeschafft wird, damit unser Abfuhrwesen einer wirklichen Großstadt würdig wird.

Herr Henking: Ich bin sehr erfreut darüber, daß sich die Baukommission einstimmig für meinen Antrag entschieden hat, und daß sie sogar noch weiter gegangen ist. Ich habe deswegen nicht beantragt, auch die Außenstadt bei dieser Reinigung mit heranzuziehen, weil diese tagsüber gereinigt wird, und es mir deshalb nicht so notwendig schien, abgesehen von einigen Hauptverkehrsstraßen. Es war in der Kommission gefragt worden, ob es nicht möglich sei, mit den vorhandenen Straßenreinigungsarbeitern die Mehrarbeit leisten zu können.

Davor möchte ich aber warnen. Ich bin der Ansicht, daß die bisherige Art der Straßenreinigung nicht genügend gewesen ist. Wie sollen aber die verhältnismäßig wenigen Arbeiter es fertig bringen, eine bessere Reinigung zu erzielen. Wenn die Leute nachts gearbeitet haben, kann man nicht verlangen, daß sie tagsüber noch einige Stunden Überarbeit machen sollen, sondern es wird notwendig werden, eine Anzahl Arbeiter mehr einzustellen, ob 4, 6 oder 10 genügen, darüber muß selbstverständlich der betreffenden Deputation und dem Stadtmagistrat die Entscheidung überlassen bleiben. Lieb sollte es mir sein, wenn auch in den Räumen der Herzoglichen Baudirektion unsere Klagen gehört werden, daß auch die Reinigung der Wallanlagen viel zu wünschen übrig läßt. Vielleicht wird dann auch dort mehr Geld und Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden, damit die Reinigung der Wallanlagen häufiger als bisher erfolgen kann.

Herr Bürgermeister Meier: Wenn eine bessere Reinigung der Straßen gewünscht wird, so wird auch der Magistrat einverstanden sein. Schlecht ist sie auch heute nicht, das wird mir niemand bestreiten. Ich habe mich zum Wort gemeldet, um die Worte des Herrn Stadtverordneten Stegmann nicht unerwidert zu lassen. Was über den schlechten Zustand der Bruchtorpromenade gesagt ist, kann man wohl unterschreiben, zurückweisen muß ich aber den Vorwurf, daß die Stadt nicht für ausreichende Sprengung gesorgt hätte. Besonders der Zustand am Sonntag nachmittag ist dem Herrn Stegmann aufgefallen. Soweit sind wir in Braunschweig noch nicht gekommen, daß wir am Sonntag nachmittag die Straßen sprengen lassen. Ich weiß auch nicht, ob das richtig wäre, am Sonntag nachmittag die Leute mit dem Sprengewagen arbeiten zu lassen. Aber am Sonntag morgen ist gesprengt worden. Sie müssen damit rechnen, daß im vergangenen Sommer die Hitze außerordentlich groß war, Monate hindurch hat es nicht geregnet und eine völlige Durchweichung der oberen Schichten der Straßenbefestigung hat nicht stattfinden können. Infolgedessen ist die Staubeentwicklung verhältnismäßig stark gewesen. Daß das häßlich ist, erkenne ich an, aber nicht, daß die Schuld an ungenügender Straßensprengung liegt.

Was die Vorwürfe gegen die Müllabfuhr betrifft, so bin ich erstaunt, sie hier zu hören. Vor fünf Wochen hat sich die Versammlung mit einer Vorlage des Magistrats befaßt, in der ausgeführt war, daß der Magistrat sowohl wie die Straßenreinigungsdeputation sich mit einer Änderung der Müllabfuhr befaßt hätte, daß sie es aber für rätlich hielten, vor einer endgültigen Beschlußfassung die Hygieneausstellung in Dresden durch die Deputation besichtigen zu lassen. Die Versammlung hat dem zugestimmt. Die Besichtigungsreise ist vor acht Tagen ausgeführt, und wir sind sehr erfreut gewesen, dort ein Modell gefunden zu haben, von dem anzunehmen ist, daß es für unsere Stadt geeignet ist. Es wird

zu vermuten sein, daß in abzufehenden Wochen den Herren eine Vorlage wegen einer neuen Art der Müllabfuhr gemacht werden wird, wenn nicht der Magistrat es für richtig hält, dies mit dem nächstjährigen Etat zu verquiden. Die Verwaltung hat also nicht stille gelegen, sondern hat sich seit langem damit beschäftigt.

Herr Bunge: Unter allen Umständen unterliegt es keinem Zweifel, daß die Verunreinigung auf den Straßen der Innen- und Außenstadt durch die schlechte Müllabfuhr mit hervorgerufen wird. Es ist erfreulich, daß die Kommission sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß nicht nur für die Innenstadt, sondern auch für die Außenstadt eine Verbesserung der Straßenreinigung nötig ist. Es sind nicht genügend Arbeitskräfte für die Straßenreinigung angestellt. Man kann die Beobachtung machen, daß im Sommer verschiedene Straßenzüge bei der Reinigung nicht an die Reihe kommen, sondern immer einige Tage länger liegen bleiben müssen, und im Winter ist es mit der Reinigung besonders schlimm. Wenn dann auch Hilfsarbeiter eingestellt sind, so genügt das nicht im entferntesten. Ich möchte die geehrten Herren besonders auf eine Straße hinweisen, wo berechnigte Klagen der Bürgerschaft erhoben sind, und ich denke, daß der Herr Bürgermeister Gelegenheit nehmen wird, da Abhilfe zu schaffen. Das ist die Kreuzstraße. Am Ende dieser Straße wird der sämtliche Müll aus der Nachbarschaft auf einem großen Berge zusammengefahren, wie vor einigen Jahren in der Laffertstraße. Wenn dann eine halbe Stunde nach dem Regen vergangen ist, so ist das ganze gesammelte Papier vom Winde erfaßt, bis zur Sidonienstraße getrieben, und liegt dort vor den Eingängen der Häuser und in den Gärten. Die Anwohner haben schon viel Beschwerden darüber geführt, aber ich glaube nicht, daß sie an den Magistrat gegangen sind, sondern sich nur immer an den gewandt haben, der die Arbeit verrichtet. Ich nehme Gelegenheit, den Magistrat darauf hinzuweisen, daß es keine große Sache wäre, ein paar Bretter um den Müllhaufen aufzustellen, dann hört die Belästigung auf.

Herr Rieke: Ich habe mir die Verhältnisse in Dresden auch angesehen. Nicht zum erstenmal werden dort Verbesserungen des Müllabfuhrwesens vorgeführt, es war das in Dresden schon im Jahre 1903 beim deutschen Städtetage zu sehen. Damals sind eine ganze Menge Herren aus Braunschweig hingereist, auch acht Stadtverordnete, aber von niemandem habe ich gehört, daß er über diese Sache gesprochen hat, unsere Müllabfuhr ist noch genau so wie vorher. Dort wird die Reinigung anders vorgenommen. Jeder Arbeiter hat seinen Kübel, es werden gleich 8 × 4, also 32 Mann, vorgeschickt. Und am Tage noch zweimal hat eine Kolonne mit einem Karren, Kehrbloch und Bürste die Straßen

zu reinigen. Dasselbe habe ich in München gesehen. Die Reinigung in der Weise vorgenommen, kann ich mir den Zustand der Straßen als viel idealer denken als bei uns. Unser Müllabfuhrwesen ist noch ziemlich so, wie Oskar Fischer es vor 20 Jahren mit seinem Rätsel beschrieben hat: „Glockengeläute verkündet von ferne sein Nahen, die Jungfrauen bringen ihre Gaben dar, wolkenverhüllt zieht er von dannen.“

Herr Lange: Nach meinen Beobachtungen liegt die Verunreinigung der Straßen durch Müll weniger an der Organisation der Abfuhr als vielmehr an der Beschaffenheit der Kehrichteimer, die vor die Tür gesetzt werden. Soweit ich darüber orientiert bin, bestehen doch dafür besondere Vorschriften: sie sollen mit Deckeln versehen sein und bestimmte Formen haben. Ich glaube aber, daß in den wenigsten Häusern diese Vorschriften befolgt werden, und daß die Stadtverwaltung in dieser Beziehung nur rigoros vorzugehen braucht, um eine Besserung zu schaffen. Das ist unbedingt notwendig da, wo den Bewohnern die nötigen Mittel dafür zu Gebote stehen. Die Mißstände, die von Herrn Bunge gekennzeichnet sind, finden sich nicht nur in der Kreuzstraße, sondern in allen Straßen, wo die Kehrichteimer nicht durch Deckel verschlossen sind. Ich möchte empfehlen, daß in Zukunft die maßgebenden Behörden sich bemühen, diesen Mißstand abzustellen.

Herr Stegmann: Was ich bezüglich der Bruchtorpromenade gesagt habe, muß ich aufrecht erhalten. Selbst am Sonntag und selbst am Nachmittag hätten sich Arbeiter gefunden, die die Sprengung hätten vornehmen können. Einen solchen Zustand dürfen wir unter keinen Umständen hingehen lassen. Auch den Vorwurf wegen der Rückständigkeit unserer Müllabfuhr kann ich nicht zurücknehmen. Nun hören wir, daß eine Vorlage gemacht werden soll. Wenn es endlich zu einer Besserung kommen soll, so wäre ich erfreut darüber. Zu dem, was Herr Bunge bezüglich des Umherfliegens von Papier gesagt hat, möchte ich hinzufügen, daß ein gleiches auch in anderen Straßen der Fall ist, besonders dort, wo Schulen stehen. Das Papier wird zwar aufgeammelt, aber immerhin geschieht es nicht in genügendem Maße, denn oft stundenlang kann man das Papier in den Vorgärten und auf den Straßen liegen sehen. Ich möchte bitten, dafür zu sorgen, daß diese Reinigung der Straßen von Papierüberresten pünktlicher vorgenommen wird.

Der Antrag Henking mit der Erweiterung durch die Kommission wird angenommen.

8. Antrag des Stadtverordneten Bunge auf Einstellung einer weiteren Hilfskraft bei der städtischen Rechtsauskunftsstelle.

Herr Wolters: Herr Bunge hat beantragt: den Magistrat zu er-
suchen, in der städtischen Rechtsauskunftsstelle eine Hilfskraft einzustellen und
den Antrag bereits in der vorigen Sitzung begründet. Er hat darauf hinge-
wiesen, daß in den Zeiten vor den Wahlen die Gesuche um Erteilung des Bürger-
rechts so zahlreich einliefen, daß sie nicht schnell genug erledigt werden könnten.
Es wurde vom Magistrat geantwortet, daß für diese kurze Zeit die Anstellung
einer Hilfskraft nicht zu empfehlen wäre, weil eine solche für die übrige Zeit des
Jahres überflüssig sein würde. Der Antrag ist in der Statutenkommission be-
raten worden. Sie glaubt, einen Ausweg zwischen diesen beiden widerstreiten-
den Ansichten in der Weise zu finden, daß sie empfiehlt,

zu solchen Zeiten, wo die Anzahl der Gesuche sich häuft, provisorisch
eine Hilfskraft aus einem anderen Ressort in der Rechtsauskunfts-
stelle zu beschäftigen, jedoch nicht einen Beamten neu anzustellen.

Auf diese Weise würde es möglich sein, daß dem, wie es scheint, tatsächlich
vorhandenen Umstände, daß die Erledigung der Gesuche zu gewissen Zeiten nicht
mit ordnungsmäßiger Schnelligkeit vor sich gegangen ist, abgeholfen wird.

Herr Bunge: Ich stehe selbstverständlich auch nicht auf dem Standpunkt,
daß man nur Beamte anstellen soll, auch wenn man hinterher keine Arbeit für
sie hat, aber ich habe aus Erfahrung gesehen, daß in diesem Bureau eine Hilfs-
kraft fehlt und daß die vorhandenen Beamten die Sachen nicht bewältigen konn-
ten. Ich habe in der Kommission meine Zustimmung zu dem vorgeschlagenen
Ausweg gegeben. Hoffentlich wird sich herausstellen, daß mit der nächsten Zeit
eine Besserung eintritt.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wenn die Herren den Vorschlag
der Kommission annehmen, so dürfen sie sicher sein, daß ihn der Magistrat wohl-
wollend prüfen wird. Ich habe das Wort erbeten, um darauf hinzuweisen, daß
die Auffassung verbreitet scheint, wer bei der bevorstehenden Landtagswahl
noch mit wählen wolle, müsse jetzt schnell noch Bürger werden. Das ist derselbe
Irrtum, der vor einigen Jahren aufgetaucht war und durch den Spruch des
Verwaltungsgerichtshofs aufgeklärt ist. Es ist ja sehr erwünscht, wenn nicht
bis zur nächsten Stadtverordnetenwahl diese Anträge hinausgeschoben werden,
aber eine Dringlichkeit für die nächsten Wochen liegt nicht vor.

Herr J a s p e r: Es ist richtig, was der Herr Stadtrat erwähnte, daß ein Spruch des Verwaltungsgerichts zu der Beschaffenheit und Eintragung in die Listen Stellung genommen hat. Es würde aber, glaube ich, im Interesse der Öffentlichkeit liegen, zu erfahren, wann denn die Wahlen zum Landtag stattfinden werden und wie der Magistrat gedenkt, Nutzen zu ziehen von den Lehren, die der Spruch des Verwaltungsgerichts gegeben hat.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Der Zeitpunkt der Landtagswahlen wird von der Regierung festgesetzt; der Magistrat wird dann zu der Angelegenheit Stellung nehmen.

Der Antrag Bunge wird in der von der Statutenkommission vorgeschlagenen Form angenommen.

9. Nachverwilligung von Kosten für den inneren Ausbau des Neustadtrathauses.

Herr F r ü h l i n g: Wir haben vor längerer Zeit den Ausbau des Neustadtrathauses an der Küchenstraße zum Zwecke der Einrichtung eines Schulmuseums, von Vortragssälen und dergleichen bewilligt und unter Genehmigung des uns damals vorgelegten Planes eine Ausgabe von 49 600 *M* für diesen Ausbau ausgeworfen. Bei dem in Angriff genommenen Bau hat sich bald herausgestellt, daß manches in dem alten Gebäude schlechter war, als es unter der Farbe und dem Putz erschienen ist. So ist es der Fall in dem unteren langen Saal; er ist abgestützt und die eisernen Säulen sollten erhalten werden. Nun sind aber mehrere Balken der Decke gebrochen oder stark durchgebogen, andere durch Trockenfäule angegriffen und vom Wurm zerfressen. Die zur Unterstützung des Parkettfußbodens im oberen großen Saale dienenden Bohlen sind zum Teil morsch geworden. Deshalb soll diese Balkendecke entfernt und durch eine Massivdecke ersetzt werden. Die Decke des alten Sitzungsaales der Stadtverordneten ist mit Ton verfüllt gewesen; das hat sehr übel auf das Holzwerk der Decke gewirkt, es ist verstockt. Nun muß die Decke vorsichtig entlastet und neue Hölzer eingezogen werden. Gleichzeitig hat sich eine Änderung des Bauplans, die als eine wesentliche Verbesserung gegen früher erscheint, nunmehr als angängig herausgestellt. Man hatte beabsichtigt, den unteren Saal in drei Räume zu teilen, von denen zwei als Bibliothekszimmer und einer als Lesezimmer gedacht waren. Nachdem aber die Decke massiv hergestellt werden soll, bietet sich die Möglichkeit, diesen großen Raum im Erdgeschoß wieder in seiner alten Gestalt herzustellen. Die Unterbringung der Bibliothek des Lehrervereins

soll an der südöstlichen Ecke im Erdgeschoße bewerkstelligt werden und als Lesezimmer der mit einem Oberlicht zu versehenen äußere Hofraum verwandt werden. — Alle diese Änderungen hat die Baukommission als Verbesserung anerkannt, denn sie entsprechen dem, was früher in Anregung gebracht war, aber damals als nicht ausführbar erklärt wurde, weil andere Bedenken entgegneten.

Was die Mehrkosten anbetrifft, so betragen sie 37 500 *M.*, und sind allerdings sehr hoch geworden, so daß die gesamten Herstellungsarbeiten auf 87 100 *M.* gestiegen sind. Aber unter Anerkennung des Umstandes, daß es ohne weiteres nicht möglich war, im voraus die Kosten genau zu veranschlagen, daß es sich bei weitem zum größten Teil um Arbeiten handelt, deren Ausführung im Interesse der Erhaltung des Gebäudes erforderlich sind, und daß durch die massiv in Eisen und Beton ausgeführte Decke eine größere Feuericherheit des Gebäudes erreicht wird empfiehlt die Baukommission,

den Änderungen zuzustimmen und die nachträglich angeforderte Summe zu bewilligen.

Die Baukommission ist gleichzeitig noch sehr erfreut darüber gewesen, daß wir hier nicht erst nach Fertigstellung des Baues über diese Mehrkosten benachrichtigt sind, sondern daß die Stadtverordneten vorher befragt sind.

Die Änderung des Bauplans wird genehmigt und die nachträglich geforderten 37 500 *M.* bewilligt.

10. Rechnungsabschlüsse der städtischen Gas- und Wasserwerke sowie der Neustadtmühle für 1910/11.

a) Gaswerke.

Herr W o l t e r s: Sie finden auf Seite 6 des Ihnen zugegangenen Berichts die Angabe über die Menge des abgegebenen Gases. Der Privatverbrauch hat 6 591 000 cbm betragen und ist damit gegenüber dem Vorjahre um rund 90 000 cbm gestiegen. Wir hatten bereits im Vorjahre einen Zuwachs von 60 000 cbm zu verzeichnen gehabt. Dieses mehrfache Steigen ist um so erfreulicher, als wir in dem Berichtsjahr 1908/09 eine Verringerung der abgegebenen Gasmenge zu verzeichnen hatten; dieser Abfall ist nunmehr beinahe ausgeglichen. Dem Mehrabjaß entsprechend ist auch der Gewinn in den Grenzen der Vorjahre geblieben. Er entspricht einschließlich der Rückstellung ungefähr 500 000 *M.*

Es war in einer der früheren Sitzungen angeregt, ob etwa der Preis des Gases zu verbilligen sein würde. Sie können hier die Wirkung ermessen: Bei einer Ermäßigung um einen halben Pfennig würde die geringere Einnahme un-

gefähr 33 000 *M* betragen. Man darf hierbei natürlich nur den Privatverbrauch zur Berechnung nehmen, nicht etwa den Gesamtverbrauch.

Der Heizwert hat sich im allgemeinen in den Grenzen der Vorjahre gehalten. Bei den Beständen (§. 7) wird der Vorrat von 600 000 kg Cannel-Kohlen, das sind 60 Doppelladungen, als eine verhältnismäßig große Menge auffallen, aber diese dient als eiserner Bestand; der jährliche Bedarf daran beträgt nur 4 Doppelladungen. Der hohe Bestand ist in Rücksicht darauf vorhanden, daß die Kohle sehr schnell gutes Gas gibt. Wir würden also in solchen Fällen, wo eine außergewöhnliche Steigerung des Bedarfs eintritt, z. B. in der Weihnachtszeit, schnell in der Lage sein, ein gutes Gas zu erzeugen.

Die Kosten der Gaserzeugung betragen für 100 cbm 10,20 *M*, gegenüber 9,95 *M* im Vorjahre. In den Grenzen des Vorjahres hat sich der jetzige Preis auch gehalten. Unter den Gestehungskosten ist ein Betrag von 3,02 *M* für Rückstellungen einbegriffen. Ziehen wir diesen und den Erlös für Nebenprodukte (4,02 *M*) ab, so stellen sich die Gestehungskosten für 100 cbm Ruhgas auf nur 7,20 *M*. Wenn die Gestehungskosten in den früheren Jahren geringer waren, so ist die Ursache die, daß wir jetzt außerordentlich mehr zurückstellen als früher; in der Tat sind jetzt die Gestehungskosten innerhalb der letzten 5 bis 6 Jahre gestiegen.

Seite 13 sehen die geehrten Herren die Angaben über die Anlage- und Grundstücksbuchungen. Das Gaswerk steht jetzt mit 1 161 000 *M* zu Buche. Allein für den Erweiterungsbau des neuen Gaswerks an der Taubenstraße wurden rund eine Million Mark aufgewendet, also das gesamte Real und die Bauwerke sind fast für nichts gerechnet. Die Abschreibungen sind gewaltig hoch; drei Millionen Mark sind bis jetzt abgeschrieben. Daß die Verpflichtungen und Anleihen dauernd steigen (§. 14), kommt daher, weil unter dieser Zahl die Höhe des Reservefonds einbegriffen ist, der ständig wächst. Nur ist es auffällig, den Reservefonds unter die Verpflichtungen zu setzen. Ist der Reservefonds in natura da, so muß er auch auf der Aktivseite stehen. Das erstere ist hier der Fall, und deshalb ist es nicht ganz einwandfrei, ihn lediglich als Passivum zu behandeln. Die Finanzkommission empfiehlt,

man möchte künftig unter diesen Ausführungen die eigentlichen Verpflichtungen vom Reservefonds trennen, um auch das Wachsen des Reservefonds von Jahr zu Jahr auszudrücken.

Er hatte am 31. März dieses Betriebsjahres 94 000 *M* und hat sich jetzt wieder erhöht auf 253 000 *M*; vorher aber hatte er eine Höhe von 900 000 *M* gehabt. Er ist beinahe ganz erschöpft durch den Neubau.

Zu der Gewinn- und Verlustrechnung (S. 16—17) habe ich zu bemerken: Für Koks ist leider ein ziemlich hoher Ausfall in der Einnahme vorhanden, der zum Teil dadurch begründet ist, daß das Lager gegenüber dem Vorjahre sehr bedeutend ist. Dann werden auch die Verkaufspreise nicht ganz so günstig gewesen sein. Die Miete für Gasmesser hat 38 000 *M* gebracht, sie fällt künftig weg. Auf der Ausgabe Seite sind die Betriebslöhne wieder gesunken; 74 000 *M* im Vorjahre gegen noch nicht 70 000 *M* in diesem Rechnungsjahre. Das ist im wesentlichen eine Folge der neuen technischen Einrichtungen. Die Ausgabe für Hausanschlüsse und Steigleitungen, die beide jetzt bekanntlich auf Kosten der Stadt ausgeführt werden, ist mit 19 000 *M* neu eingestellt. Insgesamt beträgt der Gewinn und die Rückstellungen 505 370 *M*.

Die Finanzkommission hat zu beantragen, dem Magistratsantrag gemäß zu beschließen,

in den Reservefonds 240 000 *M* rückzustellen und von dem mit 265 370 *M* aufgeführten Gewinn $\frac{4}{5}$ dem Ausgleichsfonds und $\frac{1}{5}$ dem Ordinarium zu überweisen.

Zur Bilanz habe ich nichts zu bemerken.

Dem Antrag der Finanzkommission wird entsprochen.

b) Wasserwerke.

Herr W o l t e r s: Ganz so groß wie der Gewinn aus dem Betriebe der Gaswerke ist der Gewinn aus dem Wasserwerke nicht. Was aber in dem Bericht hieran fehlt, wird wieder wettgemacht durch die interessanten Aufschlüsse, die wieder über die Wasserwerke gegeben sind. Es handelt sich in dem Bericht nur um den Betrieb des Wasserwerkes am Bienröder Wege. Die gesamte Fördermenge und Wasserabgabe hat im ganzen Jahr 4 620 000 cbm betragen. Das ist wieder rund $\frac{1}{2}$ Million cbm mehr als im vorigen Jahr. Gegenüber dem Zeitpunkt der Eröffnung des Werkes, nämlich 1902, ist die Wasserabgabe um 50 Prozent gestiegen; sie betrug 1902/03 3 393 000 cbm. Das ist ein Beweis für die Ergiebigkeit des Wasserwerkes. Der größte Tagesverbrauch ist 20 265 Kubikmeter gewesen gegenüber 15 900 cbm im Vorjahre. Auch in dieser Beziehung sehen wir eine riesenhafte Steigerung. Ich kann aber gleich einfügen, daß selbst diese Zahl des Vorjahres im laufenden Jahr wiederum überschritten ist. An einem Sommertage dieses Jahres haben die Wasserwerke über 22 000 Kubikmeter Wasser abgegeben.

An der nun folgenden Stelle hatte der Bericht früher unter II die interessanten Mitteilungen über die Wasserstände im Sammelbrunnen gebracht; schon im vorigen Berichtsjahre ist die Auskunft nicht eingefügt, sie fehlt auch in diesem Jahre. Die Finanzkommission bittet, man möchte die höchst interessanten Zahlen im nächsten Jahre nicht fehlen lassen. Es ist übrigens vom Wasserwerke eine Anzahl Tabellen nachgeliefert, aus denen das Wichtigste hervorgeht. Durch übermäßige Beanspruchung des Wasserwerks ist die verfügbare Wassermenge im Sammelbrunnen sehr tief herabgesunken. Der Wasserstand im Sammelbrunnen ist ein Maßstab für die Ergiebigkeit des Wasserwerks; er zeigt uns, wie weit die Wasserpumpen dauernd zu saugen noch Reserve haben. Während im Jahre 1902/03 dauernd ein Reservewasserstand von 3 m vorhanden war, ist dieser im Laufe der nächsten Jahre herabgegangen, und auch im laufenden Betriebsjahre ist der Abfall wieder ganz bedeutend gewesen. Die Tabelle mit graphischer Darstellung gibt an, daß die verfügbare Höhe fast ganz erschöpft gewesen ist, man kann fast rechnen, daß die 7 m, die zu leisten die Pumpen imstande sind, dauernd beansprucht sind. Es ist also damit die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit des Werkes erreicht. Ich werde noch darauf zurückkommen.

Der Brennmaterialverbrauch ist wiederum heruntergegangen, eine erfreuliche Tatsache. Er beträgt für Pferdekraft und Stunde 1,55 kg, früher 1,59, 1,61 und mehr. Es ist also mit äußerster Ökonomie gearbeitet worden. Man darf aber eins nicht verkennen: so relativ gut er ist, so kann man ihn als absolut gut nicht betrachten. Gerade seit der Zeit der Erbauung des Wasserwerks (1900) bis jetzt sind Maschinen und Kessel so außerordentlich vervollkommenet, daß man sich mit einer Zahl von 1,55 bei weitem nicht mehr begnügt, sondern bei guten Kesseln mit hoher Spannung und überhitztem Dampf der Kohlenverbrauch ungefähr auf die Hälfte oder noch weiter herabgemindert würde. Mit anderen Worten: Während wir jetzt für die Kohlen des Wasserwerks 29 480 *M* ausgeben, würden wir bei modernen Kesseln und Maschinen etwa die Hälfte ausgeben.

Der Eisengehalt des Wassers ist ständig gestiegen, und zwar von 2 auf jetzt 7,5 lmg, innerhalb 3 Jahren auf die dreifache Menge. Das ist aber unbedenklich, das Reinwasser hat nur 0,05 lmg Eisen. Auch dies ist wieder ein Zeichen für die vorzügliche Arbeit der Filter. Im Abschnitt V Beschaffenheit des Wassers gibt nur der Chlorgehalt, der reichlich hoch ist, Anlaß zu Bemerkungen. Er ist im Laufe der Jahre mit der größeren Förderung des Wassers gestiegen, aber immer noch in statthaften Grenzen.

An Selbstkosten entfallen auf 1 cbm Wasser in diesem Berichtsjahre 8,14 *S*, das sind 0,98 *S* weniger als im Vorjahre. Auch hierin sind 2,6 *S* für Rückstellung einbegriffen. — Das Privateinrichtungsgeſchäft hat einen Gewinn von 43 000 *M* gebracht, er hält sich in den Grenzen des Vorjahres.

Der Reservefonds (S. 26) hat am Schlusse des Betriebsjahres 645 000 *M* betragen und ist nunmehr durch die Überweisungen rechnerisch auf eine hohe Summe gekommen, ist aber in der Tat im Laufe des Betriebsjahres recht erschöpft. Bis zum 31. März v. J. sind im ganzen 188 000 *M* für das neue Wasserwerk Rünigen ausgegeben. Die Mehrkosten des Werks sind erst nachher bezahlt mit der Wirkung, daß wir am Schluß des laufenden Geschäftsjahres (31. März 1912) den Reservefonds vollständig erschöpft haben werden.

In der Gewinn- und Verlustrechnung finden die geehrten Herren den Vorschlag, 100 000 *M* als Rückstellung für den Reservefonds festzustellen. Der Gewinn ist mit 137 150 *M* berechnet, von denen $\frac{4}{5}$ nach unserer Gepflogenheit dem Ausgleichsfonds und $\frac{1}{5}$ dem Ordinarium zufließen würde. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen nun, nicht allein — wie der Magistrat Ihnen vorschlägt — die 100 000 *M* dem Reservefonds zu überweisen, sondern auch die 137 000 *M*, mit andern Worten für diesmal den gesamten Rohgewinn des Wasserwerks in den Reservefonds überzuführen. Die Gründe hängen mit der Betriebsart des neuen Werkes am Bienröder Weg zusammen. Augenblicklich ist die Förderung des Wassers für die Stadt Braunschweig in folgender Weise geregelt. Das Werk in Rünigen arbeitet nur bei Tage und schafft tagsüber 5000 bis 6000 cbm. Das Bienröder Werk wird nur bei Nacht betrieben und schafft in der Zeit 7000 bis 8000 cbm. Es teilen sich also die beiden Werke in den Bedarf. Die chemische Zusammensetzung des Wassers in Rünigen unterscheidet sich nun etwas von der des Wassers vom Bienröder Wege. Im großen und ganzen ist der Eisengehalt derselbe den auch das Werk am Bienröder Wege zu Anfang hatte, zweifellos wird er auch in Rünigen steigen. Ganz erheblich aber — und das ist als dauernd bestehend zu betrachten — ist der Unterschied in der Härte: In Rünigen beträgt sie 14,55, während am Bienröder Wege eine Härte von 22,8 festgestellt ist. Das Wasser vom Bienröder Wege schmeckt also härter, und da gerade der Härtegehalt als Gradmesser für den Wohlgeschmack gilt, wird im allgemeinen gesagt, das Bienröder Wasser schmeckt besser. Es ist das ja nur scheinbar und die Differenz auch eine geringe. Im übrigen ist die Zusammensetzung des Wassers in Rünigen, wie sich nach den Untersuchungen vom 20. September herausgestellt hat, außerordentlich günstig. Salpetersäure ist nur in ganz geringen Mengen vorhanden, salpetrige Säure gar nicht, Chlor nur 22 gegenüber 142 am Bienröder Wege. Nun wird das Rüniger Werk auf die Dauer erheblich billiger arbeiten als das Werk am Bienröder Wege. Der Betrieb in diesem ersten halben Jahre ist ein nicht normaler, weil die Turbinen in Eisenbüttel nicht genug Wasser hatten, um regelrecht arbeiten zu können. Wird schon der Winterbetrieb einen Ausgleich herbeiführen, so wird das um so mehr in den nächstfolgenden Jahren der Fall sein, da in diesen

mutmaßlich normale Verhältnisse im Sommer eintreten werden. Daß der Betrieb in Müningen sich billiger gestalten wird, ist wiederum ein Grund für den Antrag, den ich nachher vortragen werde. — Die Baukosten des gesamten Werkes haben 735 000 *M* betragen. Hiervon gehen 50 000 *M* ab für Befestigung der Ufer in der Nähe von Eisenbüttel, so daß das Werk in Müningen 684 000 *M* (ohne die Brücken) kostet. Bis jetzt ist das gesamte Werk bezahlt, und zwar aus dem Reservefonds, es müssen nur noch 23 000 *M* bezahlt werden. Damit ist der Reservefonds erschöpft und es würden nur die 100 000 *M* darin bleiben, die wir nach dem Antrage des Magistrats ihm heute überweisen sollen. Wie schon gesagt, schlägt die Finanzkommission vor, auch den Gewinn von 137 000 *M* dem Reservefonds noch zu überweisen, und zwar aus folgenden Gründen: Es muß auf eine Erweiterung des neuen Werkes in Müningen Bedacht genommen werden. Wann dieser Zeitpunkt eintritt, sei dahingestellt, vor der Hand wird eine Erweiterung nicht nötig sein, doch schlägt die Finanzkommission vor, schon jetzt Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die im Plan bereits von 2 bis 3 Jahren vorgesehene Erweiterung des Werkes in Müningen stattfinden kann. Die Kosten dafür würden rund 400 000 *M* betragen und setzen sich aus folgenden Einzelposten zusammen:

Ausbau der dritten Wasserfassung	105 000 <i>M</i> ,
Aufstellung einer dritten Pumpe	6 000 „
Erweiterung der Enteisungsanlage	100 000 „
Ausbau des Kraftwerkes Eisenbüttel und	
Aufstellung von Dieselmotoren	100 000 „
Grunderwerb	39 000 „

Das Werk leistet jetzt 12 000 Tageskubikmeter und würde dann das Doppelte leisten können.

Es ist ja nicht anzunehmen, daß der Abfall des Wasserstandes am Bienröder Wege sich dauernd so verringern wird wie in den letzten acht Jahren, denn die Beanspruchung des Werkes ist außerordentlich viel geringer als vorher, es wird sich gewissermaßen wieder kräftigen, da es in Zukunft nur zur Hälfte des früher geleisteten Quantums in Anspruch genommen werden wird. Aber es drängt doch alles dahin, auf die Dauer den Schwerpunkt der Wasserförderungen auf das neue Werk in Müningen zu legen, da es wesentlich billiger arbeitet. Die Finanzkommission glaubt also, genügenden Grund zu haben, den Reservefonds so stark zu dotieren, daß die 400 000 *M* in den nächsten Jahren gedeckt sein können. Eine Rücküberweisung in späterer Zeit ist ja auch denkbar. Der Bericht über die Wasserwerke wird sich künftig folgendermaßen gestalten: Eine technische Auseinanderhaltung wird erfolgen, aber nicht eine finanzielle, da das zu umständlich wäre.

Ich kann meinen Vortrag nicht schließen, ohne noch auf eins hinzuweisen: Während wir früher zur Ausführung des Werkes am Bienröder Wege die Hilfe eines auswärtigen Fachmanns in Anspruch nehmen mußten, haben wir das gesamte neue Werk in Müningen ausschließlich gebaut auf Grund der Pläne von Herrn Direktor von Teiligsh. Es ist dies also lediglich der Tüchtigkeit unseres Wasserwerkdirektors zu verdanken. Soweit sich die jetzigen Betriebsverhältnisse beurteilen lassen, ist dieser Erfolg, der nicht allein den Geldbeutel der Stadt geschont hat, sondern auch den Wunsch nach ausreichendem Wasser erfüllt hat, eine Tatsache, die nicht nur auf die Anerkennung, sondern auch auf die Bewunderung der geehrten Herren zu rechnen hat. Es ist der Wunsch innerhalb der Finanzkommission laut geworden, die Herren möchten das neue Werk besichtigen, und da wird vorgeschlagen, die Rückkunft des Herrn Oberbürgermeisters abzuwarten — er wird Ende der nächsten Woche zurückkommen — und in der zweitfolgenden Woche einen Tag für diejenigen Herren bereit zu halten, die an der Besichtigung teilnehmen wollen. Herr Bürgermeister Meyer ist so freundlich gewesen, in Aussicht zu stellen, daß städtische Fuhrwerke, eventuell auch Hilfsfuhrwerke den Herren zur Verfügung stehen.

Ich habe also zu beantragen, es möchten die auf Seite 29 angeführten 137 150,39 *M* ebenfalls dem Reservefonds überführt werden. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, so zu beschließen.

Vorsitzender: Ich schlage den Herren als Tag der Besichtigung den Sonnabend, den 21. Oktober, vor; wir könnten uns nachmittags 3 Uhr hier im Rathhaus versammeln. Einen zweiten Versammlungsplatz könnten wir auch weiter nach dem Süden der Stadt verlegen.

Herr Riefe: Ich habe dem Bericht nichts Wesentliches hinzuzufügen. Daß eine Erweiterung des Wasserwerks in Müningen vorgenommen wird, damit bin ich vollständig einverstanden. In dem Werke am Bienröder Wege müssen Reparaturen in großem Maßstabe trotzdem vorgenommen werden. Eine dritte Wasserförderung ist dort bereits eingebaut, so daß an Brunnen nichts mehr eingerichtet zu werden braucht, aber die Umgebung der Brunnen muß geändert werden. In Müningen ist man in der Beziehung besser vorgegangen, weil man Erfahrungen gesammelt hatte. Man hat den grobkörnigen Elmfies um die Brunnen herum gebracht, so daß das Wasser besser ansickern kann und sich die Zugänge nicht so leicht verstopfen. Man kann auch behaupten, daß auch beim Bienröder Werke noch mehr Wasser vorhanden ist und das Wasser nur nicht herankommen kann. Nach meiner Überzeugung liegt das hauptsächlich daran, daß um die Brunnen herum eine Schicht von feinerem Sande liegt, aber keine grobe Kieselichten, und

daß dadurch die Brunnen, die 15 cm im Durchmesser haben und mit Sieben versehen sind, sich sehr leicht zujagen können. Da ist es notwendig, daß der Hauptverbrauch an Wasser von Rünigen bezogen wird und während der Zeit die Brunnenrohre und Siebe am Bienröder Wege gereinigt werden. Dann kann man genau ausprobieren, ob noch Wasser vorhanden ist, das nur nicht herankommen konnte. Auf diese Umstände ist es auch zurückzuführen, daß von Zeit zu Zeit gelbes und rostiges Wasser in die Rohre kommt, wodurch schon mancher Hausfrau die Wäsche verdorben ist, wie ich persönlich gesehen habe. — Auf der Jahnstraße ist heute der Wassermangel noch so groß, daß die Leute eine halbe Stunde warten müssen, ehe sie einen Eimer Wasser gefüllt erhalten. Ich führe das darauf zurück, daß die Rohrerweiterung noch nicht ausgeführt ist. — Wenn die Finanzkommission vorschlägt, jetzt schon auf den Einbau der dritten Wasserfassung in Rünigen Rücksicht zu nehmen, so finde ich das ganz in der Ordnung. Das ist besser, als wenn wir warten, bis eine Kalamität da ist. Daß Wasser in Hülle und Fülle in Rünigen vorhanden ist, davon habe ich mich als Mitglied der Quellwasserdeputation wiederholt überzeugt, nur die Turbinen konnten nicht die nötige Kraft hervorbringen. Es ist die Rede davon, sofort Dieselmotoren in Eisenbüttel einzubauen, und es wird wohl auch nichts weiter übrig bleiben.

Herr **Leinicht**: Es ist recht erfreulich, daß wir ein leistungsfähiges Wasserwerk haben. Nun haben wir gehört, daß auf dem Bienröder Wege der Wasserpiegel ganz erheblich gesunken ist, mir ist aber entgangen, ob der Herr Referent gesagt hat, daß während des Betriebes im Rüniger Werk auch der Wasserpiegel gesunken ist oder ob wir in der Beziehung nichts zu befürchten haben. Ich frage danach aus dem Grunde, weil ich in Erfahrung bringen möchte, ob es möglich wäre, mit den beiden Wasserwerken, ohne ein drittes zu errichten, oder ohne eine neue Anlage auf der Rüniger Feldmark eine Schwimmhalle mit dem nötigen Wasser zu versorgen. Unsere Bürgerchaft drängt immer mehr darauf hin, eine Schwimmhalle mit Winterschwimmbad zu erhalten. Ich bin wiederholt darauf angerebet worden und habe immer wieder antworten müssen: „Wir müssen erst abwarten, ob die vorhandene Wassermenge wohl ausreichen wird.“ Ich bitte den Herrn Referenten, sich darüber zu äußern.

Herr **Bürgermeister Meyer**: Ich kann nur den ersten Teil der Frage beantworten, betreffend die eventuelle Absenkung des Grundwasserstandes. Vor einer Reihe von Wochen, als während der großen Wärme Anlaß zu Beschwerden von der Frankfurterstraße her gegeben war, hat uns Herr Direktor von Feilich mitgeteilt, daß bei den Brunnen in Rünigen ein Sinken des Wasserpiegels

um insgesamt 20 cm zu konstatieren gewesen sei. Zum Teil ist das Sinken auf die allgemeine Trocknis zurückzuführen. Erklärlich ist es, daß eine stärkere Absenkung nicht stattgefunden hat dadurch, daß die Inanspruchnahme des Wasserwerks Rünningen verhältnismäßig gering gewesen ist. Es ist gebaut auf eine tägliche Wasserentnahme von 12 000 cbm, es sind bisher aber nur 6000 cbm pro Tag entnommen. Es wäre ein sehr, sehr schlechtes Zeichen gewesen, wenn diese verhältnismäßig geringe Wasserentnahme ein solches Sinken des Wasserspiegels herbeigeführt hätte, daß Bedenken wegen der Ergiebigkeit eintreten könnten. — Was die zweite Frage betrifft, ob die Wasserentnahme derartig gesteigert werden kann, daß ein Schwimmbad mit genügend Wasser versehen werden kann, so muß ich einstweilen Unkenntnis darüber vorzeichnen, daß ich nicht weiß, wie groß der Bedarf sein würde. Ich sollte aber meinen, wenn die Erweiterung des Rünninger Werkes eintritt, daß dann das Bad mit dem nötigen Wasser noch gespeist werden kann.

Herr *Wolters*: Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters nur anschließen. Beide Werke zusammen werden in Zukunft kaum auf die Hälfte ihrer Leistungsfähigkeit beansprucht werden. Wenn man 500 cbm als täglichen Verbrauch für ein Bad rechnen sollte, so spricht nichts dagegen, daß die beiden Wasserwerke vollständig ausreichen werden.

Herr *Meyerhoff*: Herr Bürgermeister Meyer hat schon ein gutes Teil dessen gesagt, was ich aus der Deputation für die Wasserwerke über diese Frage mitteilen wollte. Da der Herr Oberbürgermeister nicht anwesend ist, so möchte ich mitteilen, daß in der Deputation schon über die vorhandene Wassermenge gesprochen ist. Wir sind in der Lage, wenn wir das Rünninger Werk angestrengt arbeiten lassen, das Bienröder Werk ganz auszuschalten. Ich habe schon hier in einer früheren Sitzung mitgeteilt, daß wir einen viel bedeutenderen Druck in der Leitung haben, also vorsehen, und daß wir deshalb zur Erweiterung der Röhre an einzelnen Stellen haben schreiten müssen. In 3 bis 4 Stunden wurde bei einem Versuch trotz der Stilllegung des Wasserwerks am Bienröder Wege das sämtliche Wasser von Rünningen beschafft und auch das Hochreservoir gefüllt. Daraus geht hervor, daß wir genügend Wasser heranschaffen können. Was das Bad betrifft, so ist darüber in der Deputation nicht gesprochen worden. Sollte uns aber das Wasser zu teuer werden, so wird bei Anlegung eines Bades vielleicht in Aussicht genommen werden müssen, auf dem Badgrundstück selbst Brunnen anzulegen, die das nötige Wasser heraufpumpen. Nur muß ich bemerken, daß ein großes Volksbad mit 500 cbm Wasser tagsüber nicht ausreichen würde, vielleicht würde das Doppelte nötig sein. Wer den Bedarf in den ver-

schiedenen Städten angesehen hat, wo ein Männerbad und ein Frauenbad unterhalten werden und ein fortwährender Wasserzufluß stattfinden muß, der wird mir darin zustimmen. Ich fürchte aber auch nicht, selbst wenn 1000 cbm nötig werden, daß die beiden Wasserwerke das nicht ganz gut schaffen könnten, auch ohne Beanspruchung von besonderen Brunnen. Es ist uns von Herrn Direktor von Feilich die Versicherung erteilt, daß auch nicht der geringste Zweifel vorhanden ist, daß das Rünninger Werk voll ausreichen würde, auch wenn das Werk auf dem Bienröder Wege stillgelegt wird. Dadurch würde auch, wie der Herr Oberbürgermeister in der Deputation klarlegte, der Wasserspiegel auf dem Bienröder Wege wieder steigen und nach einem Vierteljahr wohl die normale Höhe wieder erreichen. Befürchtungen wegen Wassermangel brauchen also nicht vorzuliegen.

Herr R i e k e: Wenn ich auch weder Befürchtungen über die Wassermenge hege, noch Zweifel in die Ausführungen des Herrn Direktor von Feilich setze, so möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß alle Städte, die es sich haben angelegen sein lassen, ein Volksbad zu errichten, immer wieder auf die gleiche Kalamität gestoßen sind, daß es trotz der schönsten Verheißungen an Wasser fehlt. Aber die Technik hat andere Mittel ausfindig gemacht, indem man Flußwasser nimmt, Versickerungen anlegt und dadurch erreicht, daß das Flußwasser als gutes Trinkwasser wieder zutage kommt. Bekanntlich hat es Frankfurt so gemacht, und hat das Wasser aus dem Main nehmen müssen. Sollte also die Ausführung eines Volksbades daran zu scheitern drohen, daß das Wasserwerk nicht genug Wasser liefern könnte, dann wären noch andere technische Hilfsmittel vorhanden, um das zu erreichen, was in andern modernen Städten schon seit Jahrzehnten vorhanden ist.

Die Kommissionsanträge werden hierauf von der Versammlung angenommen.

c) Neustadtmühle.

Herr W o l t e r s: Die Neustadtmühle hat einen Gewinn von 43 000 M ergeben. Der Gewinn ist in den letzten Jahren ganz bedeutend gestiegen. Er betrug in den vorhergehenden Jahren 32 000, 15 000, 8000, 5000 M. Gegen das Jahr 1905/06 hat er sich um das Neunfache vermehrt. — Mit diesem Jahr sind die Erweiterungskosten für die Neustadtmühle beglichen, und vom nächsten Jahre ab wird der Gewinn in die Rämmereikasse fließen, für diesmal nur die Hälfte. Die Finanzkommission empfiehlt Zustimmung zu dem Abschlusse.

Die Versammlung beschließt auch diesem Kommissionsantrage gemäß.

11. Aufnahme einer Zusatzbestimmung in das Statut über die Befoldung der städtischen Beamten.

Herr Henking: Das von den städtischen Behörden im Vorjahre beschlossene Statut über die Befoldung der städtischen Beamten ist inzwischen von seiten des Herzoglichen Staatsministeriums genehmigt, aber unter der Bedingung, daß der § 2 einen Zusatz erhält. Es heißt in diesem Paragraphen: „Die Regelung der Gehaltsverhältnisse der in Anlage A nicht erwähnten städtischen Beamten, einerlei, ob dieselben auf Lebenszeit angestellt sind, oder nur in aufkündbarer Stellung gegen Vergütung beschäftigt werden, erfolgt, abgesehen von den Hilfschreibern und Maschinenschreiberinnen, auf Beschluß der Stadtbehörden durch Dienstverträge.“ Der Zusatz soll lauten: „Soweit nicht besondere statistarische Vorschriften erlassen sind.“ Der Magistrat gibt uns Zustimmung zu der Einfügung der Zusatzbestimmung anheim. Die Sache ist in der Statutenkommission einer kurzen Besprechung unterzogen und die Kommission empfiehlt Ihnen, dem Antrage des Stadtmagistrats entsprechend, den Zusatz zu § 2 zu genehmigen.

Herr Leue: Ich empfehle auch Zustimmung zu diesem Zusatz, schon aus dem Grunde, daß nun endlich dieses Statut unter Dach und Fach kommt und die Auszahlung der Gehaltsaufbesserungen endlich erfolgt. Wenn sich in den beteiligten Kreisen darüber, daß dies noch nicht geschehen ist, eine gewisse Unzufriedenheit einnistet, so kann das wohl berechtigt erscheinen. Es ist ja schon in einer der letzten Sitzungen gesagt, daß die späte Auszahlung nicht Schuld der städtischen Behörden ist, dennoch möchte ich bitten, daß der Magistrat jetzt Anlaß nimmt, nachdem die Genehmigung erteilt ist, dahin zu wirken, daß die Auszahlung nunmehr bald erfolgt.

Herr Frick: Wenn ich recht verstanden habe, so sind die Hilfsbeamten von einer Nachzahlung der bewilligten Gehaltserhöhung ausgeschlossen. Das würde ich für ungerechtfertigt halten, denn auch die Hilfslehrer bekommen die Nachzahlung. (Widerspruch.)

Herr Henking: Ich habe ja den ganzen Paragraphen verlesen. Selbstverständlich ist dadurch eine Nachzahlung der Gehaltserhöhung nicht ausgeschlossen.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich kann nur erklären, daß durch diesen Zusatz nichts von dem geändert ist, was Sie früher beschlossen haben.

Herr R i e f e: Ich kann mir wohl denken, daß, wenn eine Gehaltszulage beschlossen wird, diejenigen, die sie empfangen sollen, auch erwarten, bald in ihren Besitz zu kommen. In andern Städten ist die Zulage schon verzehrt, hier haben die Beamten noch nichts davon bekommen. Ebenfalls Klage ist darüber geführt in den Kreisen des nicht angestellten Personals, daß erklärt ist, für die Nichtangestellten gäbe es keine Nachzahlung. Das hat erst recht Erbitterung hervorgerufen. Es sind Leute dabei, die 12 Jahre im Dienste stehen und 35 Jahre alt sind. Wenn die ausgeschlossen werden sollen, so wäre das für sie ein bitteres Pulver. Es ist nun wirklich an der Zeit, wenn das Statut in Kraft getreten ist, daß die Leute auch etwas davon haben. Denn daß sie es notwendig haben, bezweifle ich keineswegs, besonders diese Beamten, die nicht fest angestellt sind.

Herr Bürgermeister M e y e r: Es ist nicht Schuld des Magistrats, daß sich die Auszahlungen der Gehaltserhöhungen so lange verzögert haben. Zunächst hat die Beratung hier viel Zeit erfordert, dann hat das Statut dem Ministerium längere Zeit vorgelegen. Die Genehmigung der Statuten ist jetzt unter bestimmtem Vorbehalt erfolgt. Sobald die geehrten Herren der Änderung zugestimmt haben, kann die Auszahlung, soweit ich orientiert bin, sofort erfolgen. Wenn und soweit bestimmte Gruppen der Beamten irgendwie sich benachteiligt finden sollten, so ist das nicht zu ändern; was zur Ausführung kommt, ist alles mit Zustimmung der geehrten Herren beschlossen. Nachträglich eine Änderung eintreten zu lassen, ist nicht möglich.

Die Versammlung nimmt die Zusatzbestimmung an.

12. Änderung des Nachtrages zur Dienstordnung für die Bürgereschullehrer.

Herr W o l t e r s: Die Sache, die eben vorgetragen ist, hätte keinen Grund zur Verzögerung der Auszahlung gegeben, denn es ist lediglich eine redaktionelle Notiz, und es ist wohl selbstverständlich, daß man nicht einen Vertrag schließen will, wenn statutarische Bestimmungen entgegenstehen. Bei dem jetzt zur Behandlung stehenden Punkte kommt eine andere Sache in Betracht, die freilich dem Staatsministerium Schwierigkeiten gemacht hat. In derselben Sitzung im Juni, die vorhin erwähnt wurde, haben die geehrten Herren beschlossen, zu einem Nachtrag zur Dienstordnung für die Bürgereschullehrer ihre Zustimmung zu erteilen. In dem Artikel IV ist dort geregelt, wie sich künftig die Rechtsverhältnisse der Sterbekasse stellen sollten gegenüber den neu einzustellenden Lehrern und bezüglich des Austritts der bereits angestellten Lehrer. Es war in Artikel IV gesagt: „Hilfslehrer, die sich weigern, der in § 5 der Dienstordnung vom

15. Dezember 1900 erwähnten Sterbekasse beizutreten, können auf feste Anstellung an den Bürger Schulen der Stadt Braunschweig nicht rechnen.“ Mit andern Worten, wenn ein Hilfslehrer angestellt werden sollte, so sollte er sich verpflichten, der Sterbekasse beizutreten, sonst soll er laut statutarischer Bestimmung nicht angestellt werden dürfen. Dieser Bestimmung in Absatz 1 des Artikels IV stimmt das Herzogliche Staatsministerium zu und sagt, es wäre den städtischen Behörden unbenommen, bei Ausübung ihres Patronatsrechts nur solche Kräfte zur Anstellung zu präsentieren, welche der Sterbekasse beigetreten sind oder beizutreten sich verpflichtet haben. Anders aber hat das Staatsministerium bezüglich des Artikels IV 2 entschieden. Dieser Artikel regelt folgende Verhältnisse: Es soll ein Lehrer nach erfolgter Anstellung ohne Genehmigung des Vorstandes der Sterbekasse aus dieser nicht austreten dürfen, sonst würde ihm das nach Artikel I gezahlte Gehalt um die jeweilig zur Hebung gelangenden Kassenbeiträge gekürzt und diese der Sterbekasse zugeführt werden. Es sollte also ein statutarischer Zwang auf dauernde Mitgliedschaft der Lehrer ausgeübt werden. Die städtischen Behörden hatten geglaubt, dem Wunsche der übergroßen Mehrzahl der Lehrer folgend, diese Bestimmung in das Statut aufnehmen zu sollen, und gemeint, daß einer solchen Aufnahme Hindernisse nicht entgegenständen. Der Magistrat hat seine Stellung dazu näher präzisiert und diese ist auch bei den Beratungen, die der Beschlußfassung im Juni vorangingen, zutage getreten. Er hat sehr wohl gewußt, daß eine reichsgesetzliche Vorschrift vielleicht im Wege stehen könnte, die dahin geht, daß bei einem Privatversicherungsverein den Mitgliedern ein jederzeitiges Austrittsrecht gewahrt ist. Man hat aber geglaubt, daß man einen Vertrag zugunsten eines Dritten rechtswirksam schließen könnte, so daß also der Dritte auf Zahlung klageberechtigt sein würde und hat auch geglaubt, daß solche statutarische Regel statthaft sei auf Grund des § 34 des Gesetzes über die Gemeindeschulen: „Die Festsetzung des Gehalts usw. kann durch Reglement erfolgen.“ Auf Grund dieser gesetzlichen Unterlagen war Absatz 2 vorgeschlagen und von den Stadtverordneten gutgeheißen. Diese Stellungnahme der städtischen Behörden wird vom Staatsministerium nicht geteilt. Das Ministerium hat entschieden: Es müßte grundsätzlich daran festgehalten werden, daß den Mitgliedern der Sterbekasse auf Grund des Reichsgesetzes über die Privatversicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 und auf Grund der Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches ein Austrittsrecht dauernd gewahrt werden müßte. Es wäre denkbar, daß dritte Personen, wie im vorliegenden Falle die städtischen Behörden, zugunsten des Vereins weitgehende Verpflichtungen durch Dienstvertrag vereinbaren können, und es könne, wie das Staatsministerium sagt, dahingestellt bleiben, ob eine derartige Vereinbarung als eine unzulässige Umgehung der Reichsgesetze zu betrachten sei. Jedenfalls müsse aber

von höheren Gesichtspunkten aus es als unzulässig erachtet werden, durch eine Dienstordnung derartige Vorschriften, welche sachlich mit bindenden Reichsgesetzen in Widerspruch stehen oder diese illusorisch machen würden, zu erlassen.

Das Ministerium lehnt also die Stellungnahme der städtischen Behörden ab, und hält daran fest, daß solcher Zwang auf Grund der reichsgesetzlichen Bestimmungen nicht im Statut vorgeschrieben werden kann. Ein formeller Grund gegen Artikel IV, 2 beruht ferner, wie das Ministerium sagt, in folgendem: Es wäre in §. 34 des Gesetzes über die Gemeindeschulen für die Stadt Braunschweig lediglich die Festsetzung des Gehalts oder sonstiger Bezüge der Lehrer einer besonderen reglementarischen Ordnung vorbehalten, aber im übrigen die Voraussetzungen und Folgen der Anstellung im Gemeindeschuldienste, wie insbesondere die disziplinaren Verhältnisse ausschließlich durch Gesetz geregelt und könnten sich nicht auf Statut oder andere Vorschriften stützen in der Art, daß man Gehaltsfragen darunter bringen sollte. Das Ministerium glaubt, daß die gesetzliche Unterlage für Aufnahme der Bestimmung in ein Statut nicht vorhanden sei, und verlangt den Absatz zu streichen. Demnach gibt der Magistrat anheim, daß dieser Absatz 2 von Artikel IV gestrichen wird und auch die Statutenkommission sieht ein, daß ganz abgesehen von der Rechtsfrage, bei dieser Auffassung des Staatsministeriums nichts weiter zu machen ist, als daß wir ihr Rechnung tragen und den Artikel streichen.

Herr Leue: In dem ersten Teile ist gesagt, daß die Lehrer bei ihrer Anstellung gezwungen werden sollen, der Kasse beizutreten. Nachdem aber der neue Absatz 2 in Artikel IV gestrichen ist, ist es den Lehrern nicht mehr verboten, aus der Kasse auszutreten. Dann will es mir scheinen, als ob die erste Bestimmung nur noch illusorisch wäre, denn der betreffende Lehrer, der mit der Kasse nicht einverstanden ist, und der Mitgliedschaft aus dem Wege gehen will, wird zunächst bei der Anstellung sagen können: Ich trete bei, und wenn er dann im Amte ist, könnte er bald wieder austreten, was man ihm nicht verwehren könnte. Dieser Widerspruch, der eigentlich die erste Maßnahme als problematisch hinstellt, läßt mir die ganze Sache noch recht unklar erscheinen. Vielleicht kann der Herr Referent Näheres darüber sagen.

Herr Wolters: Ich habe auch diese Sache in der Statutenkommission vorgetragen. Ich habe dasselbe gesagt, wie Herr Leue und empfohlen, man möchte den Absatz 1 als überflüssig streichen. Man würde allerdings durch die Bestimmung des 1. Absatzes den anzustellenden Lehrer zum Eintritt zwingen, er könne aber, da Absatz 2 gestrichen wird, bald wieder austreten. Es wurde mir seitens des Herrn Oberbürgermeisters erwidert, daß das zwar richtig sei,

aber daß ein formeller Grund uns dahin kommen lasse, den Absatz 1 bestehen zu lassen. Sollte auch dieser Absatz gestrichen werden, so müßte die ganze Ordnung wieder an das Konsistorium und das Staatsministerium gehen und würde erst nach Verlauf längerer Zeit wieder zurückkommen. Nur die Notwendigkeit, wieder an die beiden Behörden gehen zu müssen, hat uns bewogen, diese Anomalie bestehen zu lassen.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich möchte die Ausführungen noch um eine Kleinigkeit ergänzen. Sie wissen, daß die Einrichtung des Zwanges, dieser Kasse beizutreten, den Wünschen der Lehrerschaft entspricht. Der Magistrat hat die Überzeugung, daß, wenn diese Vorschrift in Absatz 1 bestehen bleibt, es die gute Wirkung haben wird, daß der größte Teil der Lehrer auch nach ihrer Anstellung Mitglieder der Kasse bleiben werden, und insofern wird es im Interesse der gegenwärtigen Mitglieder der Kasse liegen, wenn der Absatz 1 bestehen bleibt. Schaden kann er nicht anrichten, und so bin ich dafür, daß wir den Artikel IV, 1 so lassen, wie er jetzt ist.

Die Versammlung stimmt der Streichung des 2. Absatzes im Artikel IV zu.

Herr Wolters: Das Herzogliche Staatsministerium fordert auch, daß der 3. Absatz im Artikel IV gestrichen wird. Er heißt nach dem Beschluß des Plenums: „Die an den Bürgerschulen auf Lebenszeit angestellten Lehrerinnen und Fachlehrerinnen sind verpflichtet, der am 13. Februar 1901 von Herzoglicher Polizeidirektion genehmigten Sterbekasse der städtischen Lehrerinnen zu Braunschweig als Mitglieder beizutreten, und dürfen während des Bestehens ihres Dienstverhältnisses die Mitgliedschaft ohne Genehmigung des Kassenvorstandes nicht aufgeben. Zur Sicherung der Erfüllung dieser Verpflichtung kommen die Vorschriften der Absätze 1 und 2 zur sinngemäßen Anwendung.“ In Konsequenz des Beschlusses über Absatz 2 müßte auch der Absatz 3 fallen. Die Statutenkommission empfiehlt Ihnen, auch dem zuzustimmen, den von uns eingefügten Absatz 3 wieder zu streichen. Es bleibt dann folgendes zu Recht bestehen: Die Hilfslehrer, die angestellt werden sollen, müssen der Kasse beitreten, können freilich wieder austreten. Die Lehrerinnen brauchen der Sterbekasse bei ihrer Anstellung nicht beizutreten, respektive sich nicht dazu verpflichten. Der Gegenstand ist auch bisher schon gewesen. Es handelt sich nur um Aufrechterhaltung eines bestehenden Zustandes.

Die Streichung des Absatzes 3 des Artikels IV wird genehmigt.

13. Ergänzung der Schützenordnung.

Herr Meyerhoff: Nach § 2 der Schützenordnung vom 3. August 1876 wird die Schützengesellschaft in allen ihren Angelegenheiten durch einen aus 12 Mitgliedern bestehenden Vorstand vertreten. Infolge der großen Zahl der Mitglieder ist die Ausübung der Vertretung, vor allem, soweit es sich um eine solche nach außen, insbesondere vor Gericht handelt, ungemein erschwert und lästig. Zweckß Herbeiführung einer Vereinfachung beabsichtigt die Schützengesellschaft, dem § 2 der Schützenordnung folgenden Zusatz zu geben: „Die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der Schützengesellschaft mit Einschluß derjenigen Geschäfte und Rechtshandlungen, für welche nach den Gesetzen eine besondere Vollmacht erforderlich ist, wird vom Vorstand der Schafferei oder bei dessen Behinderung von seinem Stellvertreter, in Gemeinschaft mit einem Herrenschaffer wahrgenommen. Ihr Ausweis bei allen Rechtsgeschäften erfolgt durch die Bescheinigung des Stadtmagistrats, daß die darin bezeichneten Personen zurzeit die betreffenden Stellen in der Schafferei bekleiden.“ Der Magistrat hat gegen Aufnahme dieser Vorschrift keine Bedenken. Die Statutenkommission hat die Angelegenheit geprüft und gibt Ihnen, um der Schützengesellschaft eine Vereinfachung ihrer Geschäfte zu ermöglichen, Annahme dieses Zusatzes anheim.

Die Versammlung ist mit der vorgetragenen Ergänzung der Schützenordnung einverstanden.

14. Übernahme von Baukosten für Belegung der Straße Wendenwehr mit Gas- und Wasserrohren.

Herr Leue: Die Straße Wendenwehr, die neue Verbindungsstraße zwischen Hamburger- und Lampestraße, soll bei ihrer Befestigung mit Stampfasphalt versehen werden. Nun war ursprünglich für diese Straße nur die Legung eines Gasrohres und eines Wasserrohres, nämlich in der Mitte der Fahrbahn geplant. Man befürchtet aber, daß eine fortwährende Beschädigung des Stampfasphalts bei Reparaturen an den Rohren und bei neuen Anschlüssen stattfinden würde, und der Magistrat ist deshalb der Ansicht, daß es richtig wäre, auf jede Seite der Straße je ein Gas- und Wasserrohr unter den Fußweg zu legen. Hierdurch werden allerdings die Kosten um 880 M erhöht. Die Terrainbaugesellschaft, die als Unternehmerin bei dieser Straße in Betracht kommt, hat den Magistrat erjucht, daß die Stadt diese Mehrkosten übernehmen möge, da die Gesellschaft nicht habe voraussehen können, daß die Kosten sich höher stellen würden als sonst gewöhnlich. Der Magistrat schreibt dazu, daß

eine rechtliche Verpflichtung der Stadt, die Mehrkosten zu übernehmen, nicht vorliege, daß wohl aber Billigkeitsgründe dafür sprechen, dem Erjuden stattzugeben. Ich bemerke noch, daß es sich nur um vorläufige Zahlung handelt, da später eine Rückvergütung an die Gesellschaft eintritt, wenn die Straße von der Stadt übernommen wird. Die Mehrheit der Finanzkommission war bei der eingehenden Besprechung anderer Ansicht als der Magistrat und glaubt, daß es nicht richtig sei, diese 880 *M* stadtseitig zu übernehmen, sondern, daß man im Hinblick darauf, daß die Terrainbaugesellschaft nun einmal verpflichtet sei, und bei der Geringfügigkeit der Summe keinen Präcedenzfall schaffen solle, auf den sich andere Unternehmer berufen könnten. Die Mehrheit der Finanzkommission empfiehlt also,

die Vorlage nicht zu genehmigen, sondern zu beschließen, daß die überschießenden 880 *M* von dem Unternehmer getragen werden sollen.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Herr Referent hat ja im einzelnen schon ausgeführt, wie der Magistrat über die Sache denkt. Nur Billigkeitsrück-sichten haben ihn zu seinem Antrag bestimmt. Zur Unterstützung der Magistratsvorlage möchte ich nur einiges hervorheben. Es ist unzweifelhaft, daß die Stadt, wenn die Ausführung so vor sich geht, wie sie jetzt geplant ist, in Zukunft geringere Ausgaben haben wird, als wenn wir nur je ein Rohr verlegt hätten. Diese Ersparnis, die man rechnerisch heute nicht nachweisen kann, die aber vermutlich nicht unerheblich sein wird, spricht zugunsten der Antragsteller. Ich glaube beinahe, die Stadt hat eine Art moralischer Verpflichtung den Leuten gegenüber, da die Legung je zweier Rohre eine Abweichung ist von dem, was ursprünglich beabsichtigt war. Ich möchte deshalb noch einmal anheimstellen, ob die Herren nicht dieses Entgegenkommen zeigen wollen. Daß Berufungen kommen könnten, kann ich nicht anerkennen, denn die Unternehmerverträge lauten alle verschieden, wie das in der Natur der Sache liegt. Hier kommt in Betracht, daß die Belegung mit Asphalt für die Außenstadt etwas ganz Ausnahmisseiendes ist.

Herr Menckhoff: Ich stehe auf dem entgegengesetzten Standpunkte als die Kommission, und zwar aus folgenden Gründen: Einmal ist es ein großer Vorteil für die Stadt in betreff der späteren Anschlüsse und Reparaturen, wenn die Rohre im Fußwege verlegt werden, denn ein Rohrbruch in einer asphaltierten Straße kostet der Stadt ein ungeheures Geld. Ich bemerke, daß ich mit der Terrainbaugesellschaft nicht zu paktieren habe, ich habe nur einen oder zwei Namen davon gehört. Der Vorteil der Stadt, respektive der Gas- und Wasserwerke würde ein sehr großer sein, wogegen die 880 *M* nur ein Kinder-

spiel sind. Ich stehe nicht an, zu erklären: Wenn in der Folge mit Legung der Rohre ebenso verfahren werden sollte, so würde ich auch dafür sein, daß die Stadt die Mehrkosten trägt. Als Weiteres kommt hinzu: Die Rohrleitungen in der Gegend sollen erweitert werden, wie wir das genehmigt haben. Diese Erweiterung liegt im Interesse der Stadt, um eine größere Wassermenge den Abnehmern zuführen zu können. Vom Amtsgerichte ausgehend, soll eines von diesen Rohren durch die Straße Wendenwehr gelegt werden, um der Hamburgerstraße mehr Wasser zuzuführen. Wenn die Straße nur für ihren eigenen Bedarf Rohrleitungen nötig hätte, nicht zur Ergänzung unseres Wasserrohrnetzes auf der Hamburgerstraße, dann möchte der Standpunkt der Finanzkommission noch richtig sein. Ich bitte Sie aus allen diesen Gründen, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Vorsitzender: Es ist uns mitgeteilt, daß der Unternehmer eine bestimmte Summe für die Unterhaltung und die Reparaturen an der Straße beim Stadtmagistrat deponieren muß. Also nicht die Stadt trägt die Reparaturkosten der Straße, sondern auf eine bestimmte Zeit der Unternehmer, er würde auch den Vorteil haben, wenn die Reparaturen sich billig stellen.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Stadt hat nach dem Vertrage die Kosten der Unterhaltung zu tragen, weil der Unternehmer eine Abfindungssumme zahlt. Diese wird in ihrem ganzen Betrage an die Stadt abgeführt und die Stadt hat nachher für die Unterhaltung zu sorgen, ganz unabhängig davon, ob sie mit der Summe auskommt oder nicht. Es würde also bei weniger vorkommenden Reparaturen doch eine Ersparnis für die Stadt eintreten.

Herr Meyerhoff: Es wäre sehr zu bedauern, wenn die Verlegung der Gas- und Wasserrohre nicht in der Weise ausgeführt würde, wie zuletzt geplant ist, falls diese Vorlage abgelehnt würde.

Herr Bürgermeister Meyer: Ganz unabhängig davon, ob diese Vorlage angenommen wird oder nicht, wird die Verlegung der Rohre auf jeden Fall in den Fußwegen erfolgen.

Herr Wolter: Ich war in der Finanzkommission für den Antrag des Magistrats und bin in der Minderheit geblieben. Das ganze Streitobjekt dreht sich nur darum: Wer trägt einstweilen die Zinsen für die 880 M? also jährlich etwa 40 M, denn demnächst, wenn die Straße übernommen wird, wird das Kapital für die Legung der Rohre von der Stadt ersetzt. Mutmaßlich wird die

Straße in ein oder zwei Jahren übernommen; das ganze Objekt beträgt also 80 oder 120 *M.* Ich erkenne ja vollständig an, daß — wie seitens des Herrn Referenten vorgetragen ist — gewissermaßen einem Grundsatz zuwidergehandelt wird, dem wir bisher gehuldigt haben. Aber andererseits ist in diesem Falle mit Recht von Herrn Meyerhoff und auch von der Terrainbaugesellschaft darauf hingewiesen, daß die Stadt Braunschweig durch die Ausführung in der zuletzt vorgeschlagenen Weise einen erheblichen Nutzen hat. Wenn man sich stark ausdrücken will, so könnte man sagen, es sei eine ungerechtfertigte Bereicherung der Stadt. Schwächen Sie den Ausdruck so viel wie nötig ab! Man kann also aus Billigkeitsrücksichten dafür stimmen, der Terraingesellschaft diese Mehrkosten zu erlassen.

Herr Deue: Was der Herr Vorredner für den Magistratsantrag angeführt hat, das kann man auch dagegen anführen. Gerade weil der Betrag nur eine Bagatelle ist, so hat die Mehrheit der Kommission sich nicht entschließen können, deswegen einen bisher durchgeführten Grundsatz zu durchbrechen. Ich spreche noch einmal für den Kommissionsantrag.

Für den Antrag des Magistrats stimmen 13 Stadtverordnete, er ist damit abgelehnt; der Kommissionsantrag wird mit 14 Stimmen angenommen.

15. Verlängerung des Wasserrohrs in der Frankfurterstraße.

Herr Mohr: Zurzeit liegt das Wasserrohr auf der Frankfurterstraße bis zur Fabrikstraße, so daß die darüber hinaus Wohnenden, unter andern auch die Chemische Fabrik Eisenbüttel, lediglich auf Brunnenwasser angewiesen sind. Es sind jetzt Beschwerden an den Magistrat ergangen, wonach die Brunnen versiegt sein sollen, was dem Pumpwerk Rünningen in die Schuhe geschoben wird. Die Anwohner bitten dringend um baldige Abhilfe, eventuell um Anschluß an das städtische Leitungsnetz. Die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke, welcher die Angelegenheit zur Untersuchung überwiesen und gleichzeitig aufgegeben worden ist, einen Kostenanschlag für die Verlängerung des Wasserrohrs bis zur Chemischen Fabrik einzureichen, äußert sich dahin, daß allerdings das Sinken des Wasserstandes teilweise auf das neue Pumpwerk Rünningen, andererseits aber auch auf die anhaltende Dürre des letzten Sommers zurückzuführen sei. Die Kosten der Wasserrohrverlängerung betragen rund 13 000 *M.* Der Magistrat ist der Ansicht, daß es der Billigkeit entspricht, den Anliegern entgegenzukommen und den Anschluß zu gewähren. Es wird also empfohlen, das Wasserrohr bis zum Grundstück der Chemischen Fabrik Eisen-

büttel zu verlängern, zumal anzunehmen sei, daß wir höchstwahrscheinlich gezwungen werden könnten, den Anliegern dort Wasser zu liefern, wie das aus unserer Verhandlung vom Oktober 1909 hervorgehe. Die Kosten müßten zu Lasten des Reservefonds der Wasserwerke verwilligt werden. Die Finanzkommission ist der gleichen Ansicht wie der Magistrat und empfiehlt Ihnen durch mich Annahme dieser Vorlage.

Die Verlängerung des Wasserrohrs wird beschlossen und die erforderlichen 13 200 *M* bewilligt.

16. Antrag des Stadtverordneten Stegmann auf Anregung reichsgesetzlicher Maßnahmen wegen der Teuerung, sowie auf Beschaffung und Abgabe von Lebensmitteln durch die Stadtverwaltung.

Der Antrag lautet: Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Rücksicht auf die allgemeine Teuerung durch Vermittlung des Herzoglichen Staatsministeriums bei der Reichsregierung mit aller Entschiedenheit hinzuwirken auf

1. die sofortige Aufhebung aller Zölle auf Getreide, Vieh, Fleisch und Futtermittel,
2. die Beseitigung des Systems der Einfuhrscheine für Getreide,
3. die Beseitigung aller Verbote und Grenzsperrn gegen die Einföhrung von Vieh und Fleisch.

Weiter ersucht die Stadtverordneten-Versammlung den Magistrat, von seiten der Stadt Fleisch, Seefische und Kartoffeln zu beschaffen und zum Selbstkostenpreise an die Einwohnerschaft Braunschweigs abzugeben.

Herr Stegmann (zur Begründung): Obgleich der Antrag von weittragender Bedeutung ist, so glaube ich doch, daß es in diesem Kreise nicht nötig ist, eine ausführliche Begründung zu geben, denn daß eine Teuerung herrscht, ist so fühlbar, so allgemein bekannt, und braucht nicht erst bewiesen zu werden. Und wenn ein Weltfremder nichts davon wissen sollte, so werden die Hausfrauen ihn darüber belehren können — selbstverständlich solche ausgeschlossen, die über ein Haushaltsgeld von vielen Tausenden verfügen. Vor allem sind von der Teuerung Fleisch, Butter, Eier, Kartoffeln und Gemüse betroffen. Die Brotpreise sind ja durch die letzte Teuerung noch nicht gestiegen, zweifellos wird aber auch hier noch eine weitere Erhöhung des Preises eintreten,

denn in den Dampfmühlen sind die Aufträge jetzt schon knapp geworden. Übrigens sind die Brotpreise schon seit Jahren permanent gestiegen. Aber die agrarische und verwandte Presse setzt sich darüber hinweg; sie erklärt einfach: die abnormen Preisverhältnisse sind schuld und auch der Zwischenhandel. Damit kann sie nur Unwissende beruhigen, wer sich aber mit den einschlägigen Verhältnissen näher befaßt hat, der weiß wohl, daß die Dinge anders liegen. Deutschland ist doch keine Insel! Wir leben im Zeichen des Verkehrs und der Weltwirtschaft und es steht fest, daß genug von allen diesen Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Produkten vorhanden sind, nur können sie nicht in unser Land hinein infolge unserer unheilvollen agrarischen Zoll- und Wirtschaftspolitik. Sie wissen alle, wie die Sache gekommen ist. Angeblich zum Schutze der Landwirtschaft sind diese Zölle eingeführt worden, aber tatsächlich sind dadurch nur die geringe Zahl der Junker und Großgrundbesitzer geschützt, während die große Menge der kleinen Bauern nichts davon hat. Soweit sie kleine Vorräte haben, müssen sie sie durch Ankauf der durch die Zölle verteuerten Futtermittel und Industrieerzeugnisse dreifach wieder hingeben. Die Teuerung ist übrigens nicht von gestern, sondern herrscht schon seit langer Zeit. Seit Inkrafttreten des Zollwuchertarifs im Jahre 1902 haben fortgesetzt die Preise angezogen, namentlich aber in den letzten Jahren. Die Teuerung wird übrigens erst im Winter und im kommenden Frühjahr ihren Höhepunkt erreichen. Daneben ist noch das Seuchengesetz mit schuld daran, daß die Fleischereierzeugnisse ganz bedeutend im Preise gestiegen sind. Gewiß haben diese Seuchengesetze einen berechtigten Kern. Wir sind alle der Meinung, daß selbstverständlich die Gesundheit unseres deutschen Viehbestandes geschützt werden muß. Aber es ist schon seit Jahren bewiesen und bei früheren Debatten in den Parlamenten ausgesprochen, daß in Mitteldeutschland mehr Seuchen vorkommen als an den Grenzen. Die Seuchengefahr hat nur zum Vorwande gedient, um die Absperzung der Grenzen noch zu verschärfen. Durch schikanöse und verteuernde Maßnahmen, bestehend in einer langen Quarantäne des Viehes, wird die Einfuhr von Vieh fast völlig unterbunden. Dazu kommt das Verbot des amerikanischen Büchsenfleisches und des australischen Gefrierfleisches. So sind wir vom Auslande, was Fleisch- und Vieheinfuhr anbetrifft, fast vollständig abgesperrt.

Was das Getreide anbelangt, so werden die Preise dafür durch den Zolltarif in die Höhe geschraubt. Auf Roggen liegt ein Zoll von 5 *M* per Doppelzentner, auf Hafer von ebenfalls 5 *M*, auf Weizen von 5,50 *M*, und was der Zolltarif nicht bewirkt hat, ist durch das System der Einfuhrscheine nachgeholt worden. Ich kann nicht ausführlich darauf eingehen; es ist eine sehr komplizierte Einrichtung und hat eine sehr lange Vorgeschichte. Sie diente ursprünglich dem Durchgangsverkehr des Getreides. Für Korn z. B., das von Amerika nach der

Schweiz ging, wurde an den Grenzen kein Zoll erhoben und infolgedessen auch kein Zoll zurückgezahlt; es mußte aber dafür der Identitätsnachweis erbracht werden. Dieses System ist 1904 beseitigt worden, man hat aber dafür das System der Einfuhrscheine belassen, und dieses wirkt nun wie eine Ausfuhrprämie. Wer Roggen ausführt, bekommt für die Tonne Roggen einen Schein über 50 *M* und kann andere Waren, z. B. auch Kaffee, Petroleum, dafür steuerfrei wieder einführen. Selbstverständlich treiben nur Großhändler dieses Geschäft und führen guten Roggen aus, aber nicht wieder guten Roggen ein, sondern billige Futtergerste, auf der nur ein Zoll von 13 *M* lastet, so daß die Reichskasse ihnen 37 *M* bezahlen muß. So hat dies System dazu geführt, daß der deutsche Inlandsmarkt von Getreide entblößt wird, daß massenhaft Roggen zu billigem Preise aus Deutschland hinausgeworfen wird und das Ausland einen um den Zollsatz billigeren Roggen hat als wir. Alles das geschieht nur im Interesse der Großgrundbesitzer, und das Reich hat bedeutende Verluste, z. B. im Jahre 1910 mußten für 123,5 Millionen Mark Einfuhrscheine eingelöst werden. Die Agrarier haben also einen doppelten Nutzen: Der Inlandsmarkt wird bedeutend geschwächt, so daß das Angebot hinter der Nachfrage zurücksteht und die Preise in die Höhe schnellen, und andererseits haben sie noch den Vorteil, daß sie bei Einführung anderer Produkte den Ausfuhrzoll aus der Reichskasse zurückbekommen. Daß diese Ausfuhr bedeutend ist, können Sie aus den Ausfuhrzahlen für Getreide sehen.

(Redner teilt die betreffenden Zahlen mit und wird vom Vorsitzenden gebeten, in seinen Ausführungen nicht zu weit zu gehen.)

Dadurch ist eine künstliche Teuerung herbeigeführt. Man muß doch sagen: das ist eine unerhörte, geradezu verbrecherische Tätigkeit, daß diese Agrarier und Großhändler in der Zeit, wo so wie so Teuerung in Deutschland herrscht, das Land von Getreide entblößen und außerdem auch noch die Reichskasse dadurch schwächen. Aber die Regierung duldet das Treiben, denn es geschieht ja nur zum Wohle ihrer Lieblinge, der Junker, die an der Klinker der Gesetzgebung sitzen und für die Regierung maßgebend sind. Die deutsche Reichsregierung weiß sehr wohl, daß die Dinge schlimm stehen. Der letzte deutsche Städtetag, die heftigsten Handelskammern und zahlreiche Stadtverwaltungen haben sich bereits an die Regierung gewandt. Und weil sie weiß, daß die Not groß ist, so hat die Regierung getan, als ob sie helfen wollte und hat einige Frachtermäßigungen für Futtermittel eintreten lassen. Aber es wird den Leuten nur Sand in die Augen gestreut, denn wenn wirkliche Staatshilfe geschaffen werden soll, so ist das nur möglich in der Weise, wie es in meinem Antrage niedergelegt ist und von vielen Stadtverwaltungen auch bereits angenommen wurde. Wenn gründlich ver-

fahren werden sollte, müßte das ganze indirekte Steuersystem beseitigt werden; davon kann natürlich hier keine Rede sein. Wir können uns nur bemühen da zu helfen, wo es am dringendsten nötig ist, und zwar: 1. durch Beseitigung der Zölle auf Getreide, Vieh, Fleisch und Futtermittel — die Beseitigung der Futtermittelzölle ist besonders deshalb nötig, damit die kleinen Bauern nicht gezwungen sind, infolge Futtermangels ihr Vieh zu dezimieren, wodurch später die Not noch größer werden würde —; 2. durch Beseitigung des Systems der Einfuhrschieine und 3. durch Beseitigung der Grenzsperrren. Daß das geradezu verbrecherische Raubsystem der Junker und Agrarier aufhört, dafür muß jedermann eintreten, und jede Stadtverwaltung kann sich für die Beseitigung aussprechen, denn es ist tatsächlich nur dazu da, um die Taschen der Agrarier zu füllen.

Nun weiß ich sehr wohl, daß in früherer Zeit die hiesige Stadtverwaltung gesagt hat: Das gehört nicht zu unserer Kompetenz; wir haben uns mit solchen Dingen nicht zu befassen, wenn es sich darum handelt, auf die Regierung einen Druck auszuüben. Ich denke aber, bei solcher Deutung ist es Pflicht aller Gemeinden, daß sie mit allem Ernst einschreiten. Man darf sich nicht an bureaukratische Zwirnsfäden stoßen, wenn wirklich etwas erzielt werden soll. Sämtliche Städte, auch die Landstädte und die kleinen Leute auf dem Lande haben ein Interesse daran; mindestens aber müßten die sämtlichen Stadtverwaltungen vorgehen, dann müßte die Reichsregierung nachgeben. Charlottenburg, Zwickau, Grimmitzschau, Chemnitz, Zittau, Hamburg, Mittweida, Gotha, Hof sind in diesem und in mehr oder weniger ähnlichem Sinne vorgegangen. Ich bitte auch Sie, meine Herren, meinem Antrage Ihre Zustimmung zu erteilen, denn es hilft nichts, wenn wir etwas erzielen wollen, nur mit Scheinmaßregeln zu kommen. Die Agrarier haben etwas erreicht, weil sie sich auf den Standpunkt gestellt haben: Wir müssen schreien, schreien, bis es an den Stufen des Thrones widerhallt! Auch unsere Stadtverwaltungen haben im eigensten Interesse diesem Beispiele zu folgen, weil sonst die Armenverwaltungen ganz bedeutend in Anspruch genommen würden und die Not auch gesundheitlich nachwirken würde.

Weil nun aber die Regierung bei ihren Scheinmaßregeln auf die Anträge, die von den Stadtverwaltungen gestellt werden, nicht sofort eingehen, sondern erst in lange Erwägungen eintreten wird, so ist nötig, daß von den Städten selbst etwas getan wird, indem — wie es in dem zweiten Teile meines Antrages ausgesprochen wird, — Fleisch, Kartoffeln und Seefische direkt von seiten des Magistrats angeschafft und an die Bevölkerung zu Selbstkostenpreisen abgegeben wird. Ich sehe einige Herren lächeln; es scheint Ihnen ein solches Verfahren unbegreiflich zu sein. Da möchte ich daran erinnern, daß die Eisenbahndirektion Berlin in letzter Zeit mehrere Waggon Kartoffeln hat kommen lassen. In ähnlicher Weise ist in Charlottenburg vorgegangen und in Gotha sind in diesen

Tagen 5000 *M* für Anschaffung von Kartoffeln bewilligt worden. Daselbe hat Hof getan, und andere Städte werden folgen. Als Herr Loeßigk vorhin den Verkauf von Fleisch auf dem Schlachthause bejeitigt wissen wollte, wurde vom Magistratsstische angedeutet, daß das unangebracht sein würde gerade in der Zeit, wo die Teuerung so sehr zur Herrschaft gekommen ist. Auf dem Gebiete der Heranschaffung von Lebensmitteln für die städtische Bevölkerung müßte unbedingt vorgegangen werden. Es kämen außer den von mir genannten noch viele andere Dinge in Betracht, aber um die Sache nicht zu kompliziert zu machen, habe ich nur diese wichtigsten herausgegriffen, auch um die Stadt nicht in Konflikt mit den Händlern geraten zu lassen. Die Anschaffung von Kartoffeln wird die Gewerbetreibenden wenig schädigen, wenn aber durch meinen Antrag die Schlachter geschädigt würden, so sollte mich das nicht abhalten, denn es ist Tatsache, daß in diesem Herbst infolge des Futtermangels Schweine und Rinder zu einem großen Teile billiger losgeschlagen worden sind. Trotzdem sind aber die Fleischpreise nicht gefallen. Die Herren Schlachter benutzen die Gelegenheit, um ihren Gewinn zu machen. Deshalb sollte die Stadt auch keine Rücksicht nehmen, sondern einen Versuch damit machen, das Vieh selbst zu schlachten. — Die Beschaffung von Seefischen dürfte einfach sein. Ich habe mir die Sache so gedacht, daß eine gemischte Deputation von Stadtverordneten, Magistratsmitgliedern und Fachleuten eingesetzt wird, wie das in andern Städten auch geschehen ist.

Wenn noch Herren hier sein sollten, die an der Berechtigung meiner Worte zweifeln, so verweise ich auf einen Artikel in der gestrigen Landeszeitung, durch den die Hauptschuld an der Teuerung dem Großhandel zugehoben wird. Bis zu einem gewissen Grade mag das richtig sein. Dann wird darin ausgeführt, daß der preussische Handelsminister sich kürzlich an alle Regierungen mit einem Erlaß gewandt habe, in dem die Gemeinden aufgefordert werden, in dem Sinne, wie wir es wollen, Kartoffeln, Feldfrüchte, Fleisch und Seefische anzuschaffen und durch besondere Verkaufsstellen an das städtische Publikum abzugeben. Aber selbst, wenn es auch die Regierung nicht für angebracht hielte, sollten wir nicht darüber lachen, sondern ein solches Vorgehen ernstlich in Erwägung ziehen, ihm zustimmen und es zur Ausführung bringen.

Selbst die Kreuzzeitung hat den Stadtverwaltungen den Rat gegeben, in diesem Sinne vorzugehen. Selbstverständlich gibt die Kreuzzeitung nur deshalb diesen Rat, um die Schuld an der Teuerung von dem bestehenden Schutzollsystem abzuwälzen. Namentlich die Arbeiterbevölkerung ist von der Teuerung schwer getroffen, und die Verhältnisse werden schlimmer werden, wenn der Winter eintritt. Wenn die großen Dampfmühlen jetzt schon an Getreideknappheit leiden, so wird das zum Frühjahr ganz schlimm werden. Dem vorzubeugen

sind auch die Stadtverwaltungen verpflichtet. Sie gehören hier zum größten Teil den bürgerlichen Parteien an, und mancher von ihnen müßte sich sagen, daß er selber mit die Schuld an den jetzigen Steuerungsverhältnissen trägt, denn er hat die Leute gewählt, die diese Zollpolitik geschaffen haben. Also auch von ihrem Standpunkte aus müßten sie zustimmen. Ich bitte deshalb, meinen Antrag möglichst einstimmig anzunehmen.

Vorsitzender: Ihre Ausführungen deckten sich nicht vollständig mit dem Antrage, wie Sie ihn eingebracht haben. Nach Ihren Ausführungen hätten Sie den Antrag vielleicht derartig formulieren müssen: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine gemischte Kommission einzusetzen“ usw. Wie der Antrag hier vorliegt, würde ich ihn einer der bestehenden Kommissionen zur Vorberatung überweisen, Sie wollen eine besondere Kommission, um den Antrag zu beraten. Ich nehme vorerst an, daß Ihr schriftlich eingebrachter Antrag derjenige ist, der Ihnen der richtige erscheint.

Herr Stegmann: Selbstverständlich soll der Antrag zunächst einer der bestehenden Kommissionen überwiesen werden, und erst später würde eine gemischte Kommission einzusetzen sein.

Vorsitzender: Ich stelle die Unterstützungsfrage. Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich überweise ihn der Finanzkommission zur Vorberatung.

17. Antrag des Stadtverordneten Lange auf Errichtung von Wartehallen an den Haupt-Kreuzungspunkten der Straßenbahn.

Der Antrag lautet: Errichtung von geeigneten Wartehallen an den wichtigsten Punkten der Straßeneisenbahn, im besonderen dem Friedrich-Wilhelms-Platz.

Herr Lange (zur Begründung): Ich habe mich zu dem Antrage schon vorhin geäußert. Der Antrag spricht meiner Ansicht nach für sich selbst. Es wird jeder der Herren nach seinen eigenen Beobachtungen der Verhältnisse an den Kreuzungspunkten der Straßenbahn der Ansicht sein, daß die Errichtung derartiger Hallen notwendig ist. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen und füge hinzu, daß es nicht notwendig ist, schöne Gebäude zu errichten, die sich nachher als unzweckmäßig herausstellen. Es handelt sich einfach um eiserne Stellagen, vielleicht mit Verglasung, die dem Publikum bei Regen und Wind Schutz gewähren.

Herr Meinfacht: Soll die Errichtung auf Kosten der Stadt oder auf Kosten der Straßenbahn erfolgen?

Vorsitzender: Ich erlaube mir, den Antrag Lange folgendermaßen zu redigieren: Den Magistrat zu ersuchen, die Frage, ob nicht einige Wartehallen innerhalb der wichtigsten Kreuzungspunkte der Stadt gebaut werden könnten, in Erwägung zu ziehen.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Baukommission zur Beratung überwiesen.

18. Antrag des Stadtverordneten Rieke auf Förderung des Baues von Kleinwohnungen.

Der Antrag lautet: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Bau von kleinen Wohnungen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern, da der dauernde Mangel an Wohnungen für die Minderbesitzenden zu einer Gefahr für die gesamte Bevölkerung wird.

Herr Rieke (zur Begründung): Vielleicht vor einigen Monaten ist derselbe Antrag von mir gestellt, aber es scheint, als ob in der Beziehung kein Wandel geschaffen wird. Veranlaßt durch den letzten Wohnungswechsel bringe ich heute den Antrag ein. Es ist tatsächlich so: Wenn es so weiter geht, und keine besseren Verhältnisse geschaffen werden, wenn die Stadt nicht eingreift, dann werden die Zustände zu einer öffentlichen Gefahr. Damals wurde mir entgegnet, am 1. Oktober würden soviel Wohnungen frei sein, daß Überfluß vorhanden wäre. Das mag richtig sein für teure Wohnungen. Wenn die Leute solche Wohnungen in die Welt hineinbauen, so ist das ihre Sache, das kümmert mich nicht. Ich meine die Wohnungen, die diejenigen Leute, die selbst in städtischen Diensten stehen und 800 bis 1000 M im Jahre verdienen, bezahlen können. Andere Städte sind in der Beziehung vorgegangen. Bei dem in voriger Woche stattgefundenen Hygieniker-Kongreß für Wohnungsfürsorge hat man sich auch damit beschäftigt, und der sächsische Minister hat warm empfohlen, Wohnungen für Arbeiter von seiten der Stadt zu bauen. Das tun sie an anderer Stelle auch. Die Verhältnisse sind so kraß, daß 1909, als in einem Artikel der „Wohnungsreform“ geschrieben wurde von Professor Hans von Delbrück, daß infolge der staatlichen Gesetzgebung das wirtschaftliche Elend verschwunden sei, Professor Oberstadt sich dagegen äußerte. Und ich wundere mich, daß der Artikel Aufnahme fand. Er ließ sich aus über die elenden Wohnungsverhältnisse in Spandau.

Wenn einigermaßen den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen werden soll, so müßten ganze Stadtviertel abgerissen werden. Nicht mit Unrecht

wurde geltend gemacht, daß mehr und mehr die Bevölkerung zusammengepfercht wird, daß durch die ungesunden Wohnungen Verhältnisse eintreten könnten, die Krankheiten begünstigen, wie die Cholera damals in Hamburg. Ich habe hier in der Reichsstraße eine Wohnung gesehen: es war eine Dachkammer, auch nicht 1 cm daran gerade, die nur 2 m breit war, und in der 5 Personen haufen, schlafen, kochen und waschen mußten. Das sind Verhältnisse, wie sie nicht krasser aufzutreten brauchen. Die allergrößten Mißstände sind ja durch das Eingreifen des städtischen Bauamtes beseitigt. Dennoch habe ich eine Wohnung gefunden, wo ein 52jähriger Mann mit seiner 18jährigen Tochter in einem Bettgestell auf Lumpen die Nacht zubringen mußte. Das ist doch schlimm genug, und wenn es auch Galizier oder Böhmen oder Kroaten sind, so sind es doch auch Menschen, und es sollte nicht gestattet werden, daß in solchen Löchern, die nicht einmal eine gerade Decke und nur ein Fenster haben, die Leute haufen dürfen. Man wartet auf ein neues Reichsgesetz für Wohnungswesen. Es mag ja gut gemeint sein, aber ich bin doch skeptisch, daß man schematisch für alle Provinzen ein solches Gesetz schaffen will. Sitten und Gebräuche sind doch auf dem einen Ende Deutschlands anders als auf dem andern. Aus diesem Grunde bezeichnet eine bestimmte Persönlichkeit, die auch dem Magistrat bekannt sein wird, der Stadtrat Felsche in Frankfurt, der seit 20 Jahren im Dienste ist, an der Spitze der Wohnungsreform steht und nicht etwa ein Gegner dieses Gesetzes ist, das Hineinregieren der städtischen Behörden als unzumutbar, geschweige denn von den Landräten zu reden. Das kommt mir so vor, als wenn ich ein Bauwerk aufgeführt hätte in Gießmarode, das der Kreisdirektion untersteht, und es käme ein Gendarm und wollte den Bau abnehmen. Ein anderer, den ich nicht nennen will, hätte das Bauwerk mit demselben Verständnis angesehen.

Wenn in der Errichtung von Wohnungen für die kleinen Leute in andern Städten, z. B. in Charlottenburg, vorgegangen wird, so wäre es auch Pflicht der städtischen Behörden in Braunschweig, den Wohnungsbau in die Hand zu nehmen. Ich bin fest überzeugt, daß die Stadt ebenso preiswerte Wohnungen bauen kann wie die Baugenossenschaft. Nachgerade werden die schlimmen Verhältnisse hier chronisch; auch die Obdachlosigkeit scheint chronisch zu werden. Ein gewisser Teil der Hausagrarien hat die Mieten in die Höhe geschraubt, da ist es nicht möglich, daß die Leute Wohnung erhalten können. Die Behörden haben die Verpflichtung mit demselben Interesse an jene Bevölkerungsklassen heranzutreten und ihre Wünsche zu erfüllen wie an die großen Steuerzahler. Alles, was bisher die Stadt unternommen hat, waren nur Palliativmittel, sie haben nicht dazu geführt, Abhilfe zu schaffen. Wenn sie erst einmal für die einige hundert Angestellten, die bei der Straßenreinigung tätig sind, Wohnungen schaffen, dann kämen diese von der Menge der Wohnungssuchenden ab und die

Nachfrage würde sich verringern. Man sollte die Sache nicht so leicht ansehen. In den ungesunden Wohnungen degeneriert die Bevölkerung und übt einen unheilvollen Einfluß auf das öffentliche Leben aus. Deshalb möchte ich dringend ersuchen, meinen Antrag anzunehmen. Wenn die Leute Rat auf dem Rathaus suchen, so wird ihnen gesagt: „Wir können nichts für Sie tun, Sie müssen mehr Geld anlegen.“ Ja, woher nehmen und nicht stehlen? Solch eine Auskunft ist nicht dazu angetan, um Wandel zu schaffen. Es wäre am Platze, jetzt mit allen verfügbaren Mitteln den Bau von Wohnungen in die Hand zu nehmen. Es wird so viel anderwärts getan dadurch, daß man die Straßenbaukosten vermindert, daß man billigeres Terrain zur Verfügung stellt usw. Es sollte mich wundern, wenn die Stadt nicht ihre Rechnung dabei fände. Falls man solche Häuser baute, und würde anständige Leute hineinsetzen, so würde man auch die nötige Verzinsung erhalten. Wenn man auch minderwertigen Subjekten sein warmes Herz zukehrt, dann soll man sich auch hier nicht verschließen, wo wahre Not vorhanden ist. Ich kenne eine rechtliche Frau, die diesen Oktober zum erstenmal keine Wohnung finden konnte und mir was vorgeweint hat. Jetzt ist sie in einer Dachkammer in der Weberstraße untergebracht. Wenn weiter keine Mittel zur Verfügung stehen, als die Herberge und das Pflegehaus, so wäre die Stadt verpflichtet, in anderer Weise zu helfen. Aber der gute Wille sollte da sein. Wo der gute Wille ist, da ist auch ein Weg.

Der Vorsitzende überweist den Antrag der Finanzkommission zur Vorberatung und schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7¾ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 19. Oktober 1911.

Tagesordnung:

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Antrag des Stadtverordneten F r e d e auf Freigabe der Hauptwege im Bürgerpark für den Radfahrverkehr | Seite 432 |
| 2. Auswechslung von Wasserhauptrohren in der Helmstedter- und Hamburgerstraße | " 444 |
| 3. Antrag des Stadtverordneten S t e g m a n n auf Anregung reichsgesetzlicher Maßnahmen wegen der Teuerung, sowie auf Beschaffung und Abgabe von Lebensmitteln durch die Stadtverwaltung | " 444 |
| 4. Antrag des Stadtverordneten L a n g e auf Errichtung von Wartehallen an den Hauptkrenzungspunkten der Straßenbahn | " 478 |
| 5. Verwendung von weiblichen Hilfskräften bei der Straßeneisenbahn im Falle einer Mobilmachung | " 479 |
| 6. Erklärung der Eisenbättelerstraße zur Ortsstraße | " 480 |
| 7. Anfrage B u n g e wegen der Wahlzeiten für die Landtagswahlmänner | " 481 |

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister K e t e m e y e r,
Bürgermeister M e h e r , die Stadträte v o n F r a n k e n b e r g und W a g n e r.

Entschuldigt die Herren G e h a r d t , G ö c k e , W e s e m e i e r.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Meine hochverehrten Herren! Sie werden gelesen haben, daß die allgemeinen Wahlen für den Landtag auf den 21. November festgesetzt

sind. Es ist gesetzliche Vorschrift, daß dieser Wahl die Urwahlen vorausgehen. In den 36 Urwahlbezirken der Stadt kann nur ein Stadtverordneter oder ein Mitglied des Stadtmagistrats Wahlvorsteher sein. Ich darf wohl an die Herren, soweit das noch nicht geschehen ist, die herzliche Bitte richten, das Amt eines Wahlvorstehers anzunehmen. Ich habe mir erlaubt, ein Rundschreiben in Umlauf zu setzen, und bitte die Herren, ihre Namen darin einzuzeichnen.

Vorsitzender: Es ist eine Anfrage von Herrn Stadtverordneten Hartung eingegangen; sie lautet:

„Hat der Magistrat Vorkehrungen getroffen, daß die neue Modelbahn auf dem Franzischen Felde im kommenden Winter in Betrieb gesetzt werden kann, und wenn das nicht der Fall, daß die früheren Übelstände auf der alten Bahn vermieden werden?“

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Ich möchte hier gleich erklären, daß durch den Magistrat heute morgen eine Vorlage, die Modelbahn und das Franzische Feld betreffend, fertiggestellt ist, sie wird den Herren demnächst zugehen.

1. Antrag des Stadtverordneten Frede auf Freigabe der Hauptwege im Bürgerpark für den Radfahrverkehr.

Herr W o l t e r s: In der Sitzung vom 21. September hat der Herr Stadtverordnete Frede folgenden Antrag gestellt:

„Die Versammlung wolle den Magistrat erjuchen, das Fahrverbot für Radfahrer für den Bürgerpark auf den Hauptwegen aufzuheben, beziehungsweise die Anlage eines Radfahrweges durch den Bürgerpark veranlassen zu wollen.“

Es ist Ihnen bekannt, daß das Radfahrverbot seit einigen Jahren, und zwar auf Grund des letzten Radfahrgesetzes erlassen ist. Veranlassung zu diesem Verbot ist gewesen, daß früher mehrfach Zusammenstöße zwischen Radfahrern und Fußgängern sich ereignet haben. Die Statutenkommission hat zunächst grundsätzlich anerkannt, daß heute die Befürchtungen in jenem Maße wie sie damals vor Jahren vorgelegen haben, nicht mehr zutreffen. Die allgemeine Gewöhnung der Radfahrer in der Benutzung der Wege, also der heilsame Einfluß des Gesetzes, lassen es heute wohl als angängig erscheinen, das allgemeine Verbot für den Bürgerpark nicht mehr als gerechtfertigt zu erkennen. Nun hat sich der Herr Antragsteller darauf beschränkt, zu wünschen, daß das Fahrverbot für Rad-

fahrer auf den Hauptwegen aufgehoben wird, und hat nicht näher bezeichnet, welches diese Hauptwege sein sollen. Als die beiden Wege, die hier in Betracht kommen könnten, meint die Statutenkommission zwei bezeichnen zu sollen; sie geht also über die Einschränkung durch den Antragsteller noch weiter hinaus. Sie will nicht im allgemeinen sämtliche Hauptwege freigeben, sondern nur beantragen, zwei Wege künftig freizugeben.

Die Statutenkommission erkennt an, daß ein Bedürfnis vorliegt, eine Radfahrverbindung zuzulassen von der Wolfenbüttelerstraße in der Verlängerung der Elmstraße von Osten nach Westen, mit andern Worten die Verbindungsstrecke Wolfenbüttelerstraße — Hoheworth. Der Grund hierfür ist, daß man die Verbindung der Stadtteile auch für Radfahrer nicht hindern soll. Da viele Personen genötigt sind, aus diesem einen Stadtteil nach dem andern hinüberzugehen oder hinüberzufahren, so ist die Zulassung des Radfahrverkehrs gerade für diese Strecke sehr dringend und besonders auch für die Arbeiterschaft, welche den dortigen Verbindungsweg benutzt, sehr wertvoll. Auch für die Besucher des Bürgerparkes war es notwendig, diese Strecke freizugeben, es war auch Rücksicht zu nehmen auf das Tennishaus im Bürgerpark, wenn auch die Entfernung desselben von der Wolfenbüttelerstraße aus nicht allzuweit ist.

Auch noch ein zweiter Weg, der vielleicht noch wichtiger ist, erscheint der Statutenkommission für die Freigabe geeignet zu sein: das ist der Weg zur Erreichung der Badeanstalten für das männliche wie für das weibliche Geschlecht, sowohl von Norden, also vom Bruchtorwall aus, als auch von Süden, wo das Tennishaus liegt. Man hat für notwendig erachtet, eine schnellere Erreichung der Badeanstalten zu ermöglichen, weil gerade die Strecke in beiden Richtungen ziemlich lang ist. Das würde nach Meinung der Statutenkommission am besten auf folgenden Wegen zu erreichen sein 1. von Süden aus: abzweigend von jenem Verbindungsweg zwischen Hoheworth und Wolfenbüttelerstraße würde ein Weg nahe der Oker zu nehmen sein, jedenfalls westlich der neuen Tennisplätze, der über die sogenannte Drachenbrücke nach der Badeanstalt für das männliche Geschlecht führt, 2. von Norden her an der Oker entlang.

Nun ist bezüglich des ersten Weges die Sach- und Rechtslage eine etwas andere als die bezüglich des letzten Weges. Der erste, zwischen Wolfenbüttelerstraße und Hoheworth ist sowohl als Fahr- wie auch als Fußweg deutlich abgegrenzt, es liegen freilich an diesem Wege noch keine Bordsteine, indessen ist durch Gestaltung des Niveaus der Fahrweg deutlich unterschieden. Für diesen Verbindungsweg würde die Statutenkommission ihren Antrag in die Form kleiden,

man möge dem Magistrat empfehlen, dahin zu wirken, daß das Radfahrverbot für diesen Fahrweg aufgehoben werde.

Es wäre an sich zulässig, daß auf allen Fahrwegen auch der Radfahrer fährt, eine Ausnahme aber kann durch die Landespolizei herbeigeführt werden, und das ist bezüglich dieses Fahrweges geschehen.

Etwas anders liegt die Sache bezüglich des Weges zur Erreichung der beiden Badeanstalten. Der Weg, der vom Bruchtorwall abzweigt, ist in seinem ersten Anfange bis in die Nähe des Wasserturmes Fahr- und Fußweg in derselben unterschiedlichen Weise wie der zuerst erwähnte Verbindungsweg und ist auch durch Bordsteine abgegrenzt. Für diese Strecke würde es sich nur um Aufhebung des Verbotes für Radfahrer handeln. Aber in der weiteren Fortsetzung bis zu den beiden Badeanstalten wird der Weg einfacher, es ist der Fußweg vom Fahrweg nicht mehr abgeschieden, sondern ist für Fußgänger und Fuhrwerke zusammen benutzbar. Dasselbe ist auch der Fall bezüglich des Weges, den die Statutenkommission vom Süden des Bürgerparks aus freizugeben empfiehlt. Für solche Wege, die zugleich Fuß- und Fahrwege sind, ist der Radfahrverkehr von Hause aus verboten. Es bedarf also hier, um seine Zulassung zu ermöglichen, einer besonderen Verfügung der betreffenden Wegepolizei. Es lauten demnach die Anträge der Statutenkommission:

Den Magistrat zu bitten,

1. dahin zu wirken, daß das Radfahrverbot für den Verbindungsweg zwischen Wolfenbüttelerstraße — Hoheworth und auf dem vom Bruchtorwall abzweigenden Wege aufgehoben wird,
2. bezüglich des Weges zu den Badeanstalten dahin zu wirken, daß er für den Radfahrverkehr freigelassen wird.

Die Statutenkommission hat sich ausdrücklich darauf beschränkt, diese beiden Verbindungswege für den Radfahrverkehr öffnen zu lassen, weil man die Wege im Parke, seien es Haupt- oder seien es Fußwege, für den Fußgängerverkehr bewahren möchte. Eine allgemeine Zulassung des Radfahrverkehrs für den Bürgerpark ist in Rücksicht auf die Personen, die dort ihre Erholung suchen, und in Rücksicht auf die Wegeanlagen, die keineswegs für den erstgenannten Zweck aünftig und glücklich ist, nicht zuzulassen. Es wäre besonders durchaus verkehrt, wenn man in allen den Fußwegen, die jetzt oft im rechten Winkel sich aneinanderreihen, den Radfahrverkehr zulassen wollte, besonders kommt das in Betracht für die Wege, die um die alten Tennisplätze führen. Alle diese nimmt also die Statutenkommission für den Radfahrverkehr aus.

Herr Bunge: Ich bin ein grundsätzlicher Gegner des Antrages des Herrn Frede. Selbst die Einschränkung, die die Kommission gemacht hat, kann mich nicht bewegen, jetzt für den Antrag der Kommission zu stimmen. Herr Wolters

hat in seinen letzten Ausführungen gesagt, daß der Park dem erholungsbedürftigen Publikum erhalten bleiben soll. Schon jetzt wird in dem Parke herumkajoliert mit Rutschen und Automobilen, und wenn der Radfahrverkehr noch hinzukommt, so ist es mit der Ruhe im Parke vorbei. Sie können sich dessen vergewissern halten, daß von den Radfahrern nicht mehr darnach gefragt werden wird, ob die von ihnen benutzten Wege auch Radfahrwege sind, es werden viele auf Abwegen fahren, und wer mit der Familie sich im Parke ergehen will, wird stets und ständig in Gefahr kommen, überfahren zu werden. Ich möchte Sie bitten, den Antrag der Kommission nicht anzunehmen, sondern den Zustand so bestehen zu lassen, wie er bis jetzt gewesen ist. Der Bürgerpark ist viel zu klein, um derartigen Sport dort treiben zu können. Und wenn hier vom Referenten gesagt wird, daß auf dem Verbindungswege zur Hoheworth die Arbeiter schneller zu ihrer Arbeitsstätte gelangen könnten, so ist das nur nebensächlich gesagt, aber in Wirklichkeit spielt doch der Tennisplatz die Hauptrolle. Meine Freunde und ich können uns nicht zu dem Antrag verstehen und bitten, ihn abzulehnen.

Herr Mohr: Es ist mir nicht recht verständlich, weshalb heute dieses Verbot aufgehoben werden soll. Früher hatten wir die Kontrollnummern an den Rädern, heute aber sind sie weggefallen und dem Komdntum der Radfahrer ist Tür und Tor geöffnet. Ich gehöre auch dem Radfahrtschutzverbande an und habe selbst ein großes Interesse daran, daß recht viele Radfahrwege hergestellt werden, aber in den Bürgerpark gehören sie meiner Ansicht nach nicht hinein. Bedenken Sie, daß der Weg vom Bruchtorwall nach der Badeanstalt sich im Bürgerpark am früheren Maschinenhaus bis auf 5 m verengt und der ganze Verkehr der vom Stadtfinnern nach dem Bruchtorwall zu sich bewegt, durch den Bürgerpark geht. Wenn Sie Gelegenheit nehmen, mittags und abends oder auch morgens früh sich den Verkehr anzusehen, so werden Sie sagen, daß es eine Unmöglichkeit ist, daß dort auch noch Radfahrer verkehren können. Dasselbe würde auch zu bedenken sein bei der Öffnung der Straße für den Radfahrverkehr von der Stadtseite her. Eins möchte ich allerdings zugestehen: daß ein Verkehrsweg von der Wolfenbüttelerstraße nach der Hoheworth hin über kurz oder lang hergerichtet werden muß, denn das ist ein Weg der einzelne Stadtteile mit einander verbindet, und der muß offengehalten werden. Dann ist es aber auch nötig, daß an beiden Seiten dieses Weges ein erhöhter Fußweg mit Bordsteinen angelegt wird. Sie sagen, der Weg zu den Badeanstalten sei recht lang. Wenn der Radfahrer auf der Wolfenbüttelerstraße bis an die Badetwete fährt, so geht er ca. 400 m bis zur Badeanstalt. Ich muß sagen: Es ist für den Radfahrer viel angenehmer, diesen Weg zu Fuß zu machen, als daß er sich sagen muß, er belästige das Publikum, denn der Verkehr gerade in dieser Gegend des Bürgerparkes ist

kolossal. Was bieten wir denn heute noch unsern Fußgängern? Der Bürgerpark soll doch ein Aufenthaltssort für Leute sein, denen es nicht vergönnt ist, große Reisen zu machen oder die ihres Alters wegen nicht weit gehen können. Weshalb wollen Sie denen das Leben schwer machen durch Anlegung von Radfahrwegen, denen später vielleicht noch Reitwege folgen würden. Lassen Sie diesen Leuten doch diesen kleinen Zufluchtsort, es ist ja kein Wildpark wie in Berlin der Tiergarten. Es sind nur 82 Morgen und soviel Teiche und Spielplätze sind angelegt, ich will von den Tennisplätzen gar nicht reden, denn es mag eine gute Unterhaltung sein, den Spielern zuzusehen. Über anderen Sport auch noch hineinzubringen, sollten wir unterlassen, denn es ist kein Bürgerpark, sondern soll ein Bürgerpark bleiben.

Herr Loeßigk: Vor 15 oder 18 Jahren, als das Verbot der Benutzung des Bürgerparks für Radfahrer erlassen wurde, da hatten wir die Kontrolle für diejenigen, die gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen, und trotzdem ist anerkannt, daß das Verbot erlassen werden mußte. Nun bin ich aber wohl für das, was Herr Frede fordert, wenn besondere Radfahrwege angelegt werden, aber nicht, wenn beide Arten Verkehr auf demselben Wege stattfinden müssen. Es gibt auch Rowdies unter den Automobilisten und unter den Radfahrern. Sehen Sie sich den öffentlichen Verkehr unserer Radfahrer in der Stadt an. Für jeden, der einen Übergang über belebte Straßen nehmen muß, bleibt die Gefahr nicht aus. Ich wundere mich, daß die Polizei da noch nicht eingeschritten ist. In unvernünftiger Weise sausen die Leute um die Ecke, fahen auf der verkehrten Straßenseite, und wer nicht ganz vorsichtig aufpaßt, kommt in die Gefahr, unter die Räder zu kommen. Denken Sie sich, wir geben den Verkehr frei, und ich will auch voraussetzen, daß die Leute, die zur Badeanstalt fahren, zu den anständigen Radfahrern gehören, aber das Rowdytum können Sie von den anständigen Radfahrern nicht ohne weiteres unterscheiden und ausschließen. Wir hätten dann daselbe wie vor 15 Jahren, wo wir sagen mußten: So geht es nicht weiter! Darum möchte ich bitten, im Interesse des Parkes den Antrag abzulehnen. Wer radfahren will, den kommt es auf $\frac{1}{2}$ km nicht an. Die meisten, die zu ihrer Erholung radfahren wollen, fahren nach dem Querumer Holze. Ich habe zwar den Radfahrerschutzverband mit gegründet und bin dem Radfahren wohl hold, muß aber doch sagen: Alles, wo es hingehört!

Herr Hennig: Ich stehe auf einem andern Standpunkt als meine beiden Herren Vorredner. Ich habe bedauert, daß auf dem genannten Wege Droschken und sogar Automobile fahren dürfen, Radfahrer aber nicht. Das ist ein Widerspruch, und des Widerspruches wegen und auch im Interesse der Leute, denen

darin liegt, schnell zu ihrem Ziele zu kommen, möchte ich bitten, den Kommissionsantrag anzunehmen. Ich bin besonders verwundert, daß dem von Herrn Bunge widersprochen wird. Ich sollte denken, daß es gerade von den Anhängern seiner Partei mit Freuden begrüßt würde, wenn ihnen Gelegenheit geboten wird, schneller zu den Badeanstalten und zurück, schneller zu ihren Arbeitsstätten und nach Haus zu kommen. Ich glaube, daß dieses für die Arbeiter nicht bedeutungslos ist, und bitte, den Widerspruch fallen zu lassen und dem Antrage der Statutenkommission, der mit großer Majorität gefaßt ist, im Sinne des Herrn Referenten zuzustimmen.

Herr Frede: Ich möchte auch die Herren Stadtverordneten Bunge und Mohr bitten, einer Forderung der Gerechtigkeit nicht so zu widersprechen, wie sie es getan haben. Ich meine: Wenn man jedem anderen Fuhrwerke die Hauptwege freigibt, so müßte man sie auch dem Radfahrer freigeben. Ich habe, wie ich schon bei der Begründung des Antrages sagte, Automobile im Bürgerparke gesehen, Reitergruppen und Droschken im Trabe. Wenn das Publikum diesen Reitergruppen ausweichen will, so muß es bei der jetzigen Beschaffenheit der Wege einfach auf den Rasen treten; der Radler belästigt lange nicht in dem Maße. Nun haben die Herren vor allen Dingen sich dem Radsport im Bürgerpark entgegengewendet. Das begreife ich nicht. Ich habe mit keinem Worte gesagt, daß dort im Bürgerpark Radsport getrieben werden soll, und denke nicht im entferntesten daran. Es handelt sich lediglich um ein Bedürfnis, zu den Badeanstalten kommen zu können, nicht etwa für diejenigen, die Zeit genug haben, dahin zu gehen oder einen weiten Umweg zu machen, sondern im Interesse derjenigen, welche mittags nur kurze Zeit zur Verfügung haben. Ich denke auch an die weiblichen Arbeitskräfte. Auch im Interesse derjenigen habe ich gesprochen, die mit Hilfe des Rades abends die Badeanstalten noch besuchen können, für die es aber ohne das Rad zu einer Hekerei wird. Also von Pflege des Sports ist gar keine Rede. Zuzugeben ist, wie der Herr Kommissionsreferent schon gesagt hat, daß die Wege allerdings keine ideale Beschaffenheit haben. Es ist ein böses Versehen, daß man von verschiedenen Wegen nicht weiß, ob sie Fahr- oder Fußwege sind. Es handelt sich besonders um den einen Weg, der die Fortsetzung des Fahrweges bildet, der von der Bruchtorpromenade abgeht. Dieser müßte wohl verbreitert werden, es handelt sich aber nur um eine geringe Strecke, und die Verbreiterung würde mit Leichtigkeit zu erreichen sein. Weiterhin über die erste Osterbrücke hinaus sind so viele Wege für das Publikum, daß da kaum eine Karambolage stattfinden würde. Mir würde es auch lieber sein, wie Herr Loeschigk schon hervorgehoben hat, wenn ein besonderer Radfahrweg durch den Park hindurchgeführt würde, denn damit wäre die Frage gelöst. Aber in der

Kommission schien es, daß das nicht gut ausführbar wäre, deshalb hat man sich auf die von der Statutenkommission vorgeschlagene Führung des Weges beschränkt, die freizugeben wirklich keinem schwer fallen sollte. Ich bitte Sie, das alles zu berücksichtigen und meinem Antrage nicht ablehnend gegenüberzustehen.

Herr O h l e n d o r f: Wenn es sich um den Weg handelt, der von der Elm- oder Wolfenbüttelerstraße nach dem Eisenbüttelerwege führt, so kann ich wohl dafür sein, da fahren auch schon die Automobile, und deshalb ist auch in Arbeiterkreisen die Meinung vorhanden, daß dort der Radfahrverkehr gestattet sein müsse. Dies ist ein breiter Weg und alle anderen Besucher des Parkes würden nicht belästigt werden. Aber damit muß es ein Ende haben. Den Grund, den Herr Stadtverordneter Frede anführte, daß der Weg für diejenigen Radfahrer nötig sei, die zur Badeanstalt wollten, ist nicht stichhaltig. Herr Mohr hat schon mit Recht gesagt: Es ist ganz gleich, ob man von der Hennebergstraße oder von der Badetwete aus oder von sonstwo nach einer der Badeanstalten herankommt, man hat nur einige Meter zu Fuß zu gehen. Deshalb halte ich es für nicht richtig, irgendwelche Wege des Parkes für den Radfahrverkehr freizugeben, denn der Park ist eben zu klein. Wir würden nicht dagegen sein, wenn der Park fünfmal so groß wäre. Schon seit Jahren ist eine Agitation im Gange, daß nicht nur Fahrwege, sondern auch Reitwege im Park geschaffen werden sollen. Wie man das fertigbringen will, weiß ich nicht. Aber auch hierfür werden sich Befürworter finden, wie sie sich hier für den Radfahrweg gefunden haben. Das entspricht nicht dem eigentlichen Zwecke des Parkes. Daß die Wege dort im Parke jetzt als nicht richtig angelegt moniert werden, macht den Eindruck, als ob man dem betreffenden Herrn, der die Anlage geschaffen hat, eins auswichen will. Damals, als der Park angelegt wurde, hat man nicht daran gedacht, Radfahr- oder Reitwege zu schaffen, sondern man hat für Spaziergänger etwas schaffen wollen, und dafür sind die Wege, soweit ich als Laie darüber urteilen kann, richtig angelegt; für Radfahrer- und Reitwege, das gebe ich zu, passen sie nicht. Wenn die Radfahrer vom Siegesplatze in den Park hineinkommen, wohin sollen dann die Spaziergänger gehen? Der Weg hat ja nur eine Breite von wenigen Metern! Herr Frede sagt, daß es ein Hehen für die Badegäste wäre, wenn der Radfahrverkehr dort nicht freigegeben würde, ich muß aber sagen: es wäre geradezu ein Hehen für das Publikum, wenn man dem Antrage stattgäbe. Ich möchte bitten, nicht weiter zu gehen, als im allerhöchsten Falle den Weg bis zur Hoheworth, der schon als Automobilweg benutzt wird, für den Radfahrverkehr freizugeben.

Herr B u n g e: Herr Frede hat an unjer Gerechtigkeitsgefühl appelliert und auch Herr Sanitätsrat Henking führt aus, es dürften auf den Wegen schon

Automobile und Droschken fahren. Ich glaube nicht, daß ein einziger Wagen, der da gefahren ist, Erlaubnis dazu hatte. Mir wenigstens ist nichts davon bekannt geworden. Infolgedessen kann man von Gerechtigkeit nicht sprechen, denn diejenigen, die mit derartigen Vehikeln dort gefahren sind, haben nur versucht, dort zu fahren, ohne eine Erlaubnis zu haben. Wenn Herr Stadtverordneter Henking sagt, er verstehe meinen Standpunkt nicht, so erwidere ich: Mein Standpunkt ist der: Wenn jemand meint, davon einen Vorteil zu haben, daß er sein Rad benutzt, so kann er die paar Schritte wohl sein Rad an den Kopf nehmen, und er wird doch noch ein beträchtliches Teil früher zu seinem Ziele kommen, als ein anderer ohne Rad. Ich bin der Ansicht, es handelt sich darum, einem bestimmten Teile der Gesellschaft Vorteile zu verschaffen, und um die Arbeiter sichert man sich wenig.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Ausführungen des Herrn Bunge veranlassen mich, einige Worte zu der Sache zu sagen. Es ist schon angeführt, daß vor einer langen Reihe von Jahren das Radfahren im Bürgerparke erlaubt gewesen ist, daß aber Unzuträglichkeiten dahin geführt haben, ein Radfahrverbot zu erlassen. Im Laufe der letzten Jahre sind wiederholt Anträge an die Parkdeputation und an den Magistrat herangekommen, daß man das Verbot aufheben möchte. Es ist darauf hingewiesen, daß das Verbot dem Besuch der Badeanstalten und auch der Tennisanlagen hinderlich sei. Der Magistrat hat aber bisher an seinem früher eingenommenen Standpunkt festgehalten und sich von den Gesichtspunkten leiten lassen, die zugunsten der Ablehnung des Antrages Frede angeführt sind. Der Magistrat steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß der Bürgerpark in erster Linie da ist, um den Bürgern, welche als Fußgänger ihn besuchen wollen, Erholung zu gewähren. Es gehen eine Menge Menschen dahin, die wegen körperlicher Leiden bei Ausführung ihrer Spaziergänge der Schonung bedürfen, und wir haben die Beobachtung gemacht, daß, wenn nicht in ihrem Interesse das Radfahren im Bürgerparke verboten ist, eine gewisse Gefahr für ihr Wohlergehen besteht. Wir halten es deshalb nicht für richtig, daß Wege, die nicht durch besondere Fußwege abgegrenzt sind, für Radfahrer freigegeben werden. Es kommt als Radfahrweg nur der eine Weg in Betracht, der von der Elmstraße nach der Hoheworthbrücke führt. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß, wenn die Herren es wünschen sollten, ihn für den Radfahrverkehr zuzulassen, der Magistrat den Wünschen entgegenkommen wird. Das wäre wohl früher schon geschehen, wenn die Sache wegen der vielen Schilder nicht so umständlich wäre. Es ließe sich aber einrichten, wenn der Fußweg, der neben dem Fahrwege herläuft, bis zu der Brücke hin noch weiter ausgebaut wird. Es ist bisher magistratsseitig gestattet worden, daß die sogenannten Fahrwege

in diesem Wege von leichteren Fuhrwerken und auch von Reitern benutzt werden dürfen, wenigstens ist es nicht verboten. Wir haben uns in erster Linie von den gleichen Gesichtspunkten dazu bestimmen lassen, die für die Fußgänger im Bürgerparke angeführt sind. Es gibt eine Menge Menschen, die körperlich so leidend sind, daß sie nur im Wagen ins Freie hinausgehen können, und warum sollten wir solchen Leuten den Besuch des Parkes unmöglich machen. Es kommt dazu, daß Anweisung erteilt ist, daß nur im Schritt gefahren werden soll, und Übertretungen dieser Anweisung sind bisher nicht beobachtet. Eine Ausnahme von allen Wegen macht der Weg, der nach dem Parkhause führt, wo es nicht nur zulässig, sondern auch geboten ist, daß Bierwagen und Wagen mit anderem Materiale fahren dürfen. Ähnlich ist es für den Fahrweg von der Elmstraße nach dem Tennisgrundstück. Nun ist wiederholt erwähnt, daß Automobile im Parke führen. Das ist nur richtig bezüglich des Weges von der Elmstraße her bis zum Tennishause hin. Auf der Strecke haben wir nicht für nötig gehalten, das Fahren der Automobile zu verbieten, weil den ganzen Tag über dieser Fahrweg von anderen großen Fuhrwerken, insbesondere von den städtischen Müllwagen, befahren wurde. Wenn das Fahren für solche Lastfuhrwerke erlaubt ist, dann wird es auch kein Unglück sein, wenn diese Strecke mit Automobilen befahren wird. Im übrigen möchte ich mich dahin aussprechen, daß ein Bedürfnis, selbst in dem Umfange, wie es die Kommission empfiehlt, die Wege für den Radfahrverkehr freizugeben, nicht vorliegt. Wir haben den Plan des Bürgerparkes aushängen lassen, sehen Sie sich ihn an! Ist es ein großer Umweg, wenn jemand, der vom Friedrich-Wilhelmsplatze her zur Badeanstalt oder zum Tennishause will, anstatt durch den Eingang zum Park am Bruchtorwall über den Siegesplatz und die Augusttorbrücke fährt? Es mag eine Differenz von 200 m sein. Eine solche Entfernung kommt für Radfahrer gar nicht in Betracht, es ist also von einem Bedürfnis nicht zu sprechen. Wenn man sonst den Wunsch als berechtigt anerkennen mag, einen Richtweg innezuhalten, so kann ich doch gerade für Radfahrer diesen Wunsch nicht für so begründet halten, daß man deshalb die Wege im Bürgerpark freigeben müßte.

Herr Fr ü h l i n g: Ich kann nicht darüber hinwegkommen, daß eine große Ungerechtigkeit darin liegt, daß man den Park für Radfahrer ganz sperrt, wenn Wege für Fuhrwerke, Reiter und auch Automobile freigegeben sind. Das ist jedenfalls eine Anordnung, die schwer verständlich ist. Sie ist natürlicherweise dadurch entstanden, daß seinerzeit Radfahrer und Fußgänger miteinander in Kollision geraten sind. Gewiß, die Fußgänger müssen geschützt werden; ob es aber eine glückliche Lösung dieses Konfliktes ist, daß man den einen Teil aus dem Parke ganz verbannt, scheint mir doch zweifelhaft zu sein. Es hätte auch

eine andere Lösung gegeben dadurch, daß man die Wege trennt, und die Radfahrer auf bestimmte Wege verweist. Wenn auf diese Weise der jetzt ausgeschlossene Teil die Vorzüge des Parkes mit genießen könnte, so würde das nur eine Erweiterung der Wohltaten dieses Parkes für die Stadt sein. Daß es möglich gewesen wäre, Wege für Radfahrer aufzuschließen, sieht man daran, daß nicht eine Stelle da ist, wo nicht in der gleichen Richtung zwei Wege parallel laufen; es würde nur die Herrichtung dieses oder jenes Weges geändert werden müssen. Es handelt sich bei dem Antrage der Kommission nicht um weitgehende Sachen, nicht darum, daß den Radfahrern ein besonderes Recht eingeräumt werden soll, sondern nur darum, ausgleichende Gerechtigkeit zu üben, indem man die Radfahrer nicht schlechter behandelt als die Wagen und Reiter, denn die Radfahrer nehmen hier eine Ausnahmestelle allen anderen gegenüber ein. Deshalb glaube ich, daß wir diesem sehr mäßigen Antrag der Kommission wohl entsprechen können.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich kann durchaus nicht anerkennen, daß es irgendwie eine Frage der Gerechtigkeit wäre, um die es sich hier handelt. Ich brauche wohl nicht weiter auszuführen, daß ein Unterschied zwischen Fahrrädern und Fuhrwerken besteht. Es ist nicht nötig gewesen, für das Rutschfuhrwesen ein besonderes Gesetz zu erlassen, wohl aber hat man es für nötig gehalten, ein Radfahrergesetz zu erlassen, und zwar weil diese Fahrzeuge eine besondere Gruppe bilden, die gewisse Gefahren für Fußgänger mit sich bringt. Wegen derselben Gefahr halte ich es für nötig, daß das Radfahren im Parke beschränkt wird. Wenn die Herren so weit gehen, daß sie eine Gleichstellung wünschen, dann sollten wir lieber den wenigen Rutschen das Fahren im Parke verbieten, denn die Fußgänger im Parke sollten ein Vorrecht haben.

Herr Leue: Ich bin ein entschiedener Gegner der Zulassung des Radfahrens im Parke. Es ist schon davon gesprochen, daß Radfahrer und Fußgänger auf den Wegen im Parke in Kollision geraten könnten. Hinzu kommt aber noch, daß sehr oft Wege rechtwinklig in andere Wege münden, so daß derjenige, der diese Stellen kreuzen will, vorher gar nicht den Radfahrer sehen kann, und umgekehrt der Radfahrer auch nicht den Fußgänger. Darin erblicke ich eine große Gefahr. Ich gehe noch weiter als Herr Stadtverordneter Frühling, und wünsche auch nicht, daß besondere Radfahrwege angelegt werden. Ich möchte dem Bürgerparke seine Ruhe wahren und die Besucher vor dem fortwährenden Aufpassen und vor dem Klingeln der Radfahrer bewahren. Der Bürgerpark soll eine Erholungsstätte sein, aber nicht eine Stätte, wo die Radfahrer umherfahren. Wenn ein Radfahrer Erholung sucht, so ist es ihm ein leichtes, etwas

weiter in ein Gehölz zu radeln und dort Erholung zu finden. Ich bitte, den Antrag der Kommission abzulehnen.

Herr Mohr: Ich möchte den Antragsteller fragen, wie er sich den Vorteil für den Radfahrer gedacht hat, der von dem Bruchtorwall aus zum Baden will. An der sogenannten Heubücke muß der Radfahrer doch absteigen, denn das ist eine Bogenbrücke. Ich sehe die Notwendigkeit nicht ein, daß der Badegast das Bad bis in seine Zelle hinein zu Rade muß erreichen können. Wenn von einer ausgleichenden Gerechtigkeit gesprochen wird, so muß ich fragen: Haben Sie schon viele Droschken im Bürgerparke gesehen? Ich bin oft im Parke, habe aber nur ein- oder zweimal solche Fuhrwerke und dann langsamen Schrittes fahren gesehen. Das macht den Kohl doch nicht fett, wenn ein alter Herr sich einmal dort hinfahren läßt. Anders liegt die Sache mit den Automobilen. Ich habe mich gewundert, daß die Autos für die Sportherren bis zum Tennishause fahren dürfen. Der Herr Bürgermeister sagt, es sei das bis auf Widerruf gestattet. Ich würde sofort dafür stimmen, wenn solches Fahren verboten werden soll. Die Herren können die paar Schritte bis zum Tennishause wohl zu Fuße gehen. Von einer ausgleichenden Gerechtigkeit kann also keine Rede sein. Ich stelle jetzt folgenden Antrag:

Der Magistrat wird ersucht, zu veranlassen, daß das Verbot auf der Strecke Wolfenbüttelerstraße—Hoheworth aufgehoben und gleichzeitig der Ausbau dieses Weges für Fußgänger und Fuhrwerke ausgeführt wird.

Vorsitzender: Ich hatte beabsichtigt, über den Kommissionsantrag, in zwei Teilen abstimmen zu lassen. Es wird dabei dasselbe herauskommen, was Herr Stadtverordneter Mohr mit seinem Antrage bezweckt.

Herr Frede: Herr Stadtverordneter Ohlendorf meinte, es sei an den Wegen nichts zu mäkeln, denn früher habe man an Radfahrer im Bürgerpark nicht gedacht. Das ist nicht richtig; man hatte früher sogar eine Sportbahn im Bürgerparke vorgesehen, die ja aber nicht zur Ausführung gekommen ist. Im übrigen könnte man sagen: Wenn bei Anlage der Wege auch nicht an Radfahrverkehr gedacht ist, so hat man doch an den übrigen Fuhrverkehr gedacht, wie aus dem Inhalte der Tafel am Eingange des Parkes hervorgeht. — Herr Bunge hat bezweifelt, daß andere Fuhrwerke im Bürgerparke fahren dürfen; das hat der Herr Bürgermeister schon richtiggestellt. Herr Mohr hat wiederum bezweifelt, daß Kutschen im Trabe dort fahren. Das habe ich selbst gesehen, so daß man der Behauptung wohl Glauben schenken kann. Sodann hat Herr Mohr die

Frage an mich gerichtet, wie ich mir vorstelle, daß mit Vorteil ein Radfahrer, wenn der Kommissionsantrag angenommen wird, nach der Badeanstalt käme. Das ist doch sehr leicht zu sagen: Der Radfahrer, der vom Hohentor über die Wolfenbüttelerstraße fährt, muß die ganze Strecke bis zur Badetwete fahren und dort absteigen, während nach Annahme des Kommissionsantrages der Radfahrer bis zur Drachenbrücke fährt und die paar Schritte bis zur Badeanstalt zu Fuß geht. Das ist doch ein bedeutender Unterschied. — Der Herr Bürgermeister sagt, daß Automobile wohl nur auf dem Wege verkehrt hätten, der die Verlängerung der Elmstraße darstellt. Ich kann den Beweis dafür antreten, daß Automobile auch auf der Drachenbrücke gefahren sind.

Herr Ribbentrop: Ich habe den Antrag Mohr nicht vollständig verstanden und möchte deshalb, falls es nicht dasselbe besagt wie der Antrag Mohr, den Antrag einbringen, daß der Weg von der Elmstraße nach der Hoheworth für den Radfahrverkehr freigegeben wird, daß es aber im übrigen beim alten bleibt.

Vorsitzender: Ich werde über den Kommissionsantrag in zwei Teilen abstimmen lassen; dadurch wird dasselbe erreicht, was durch Ihren Antrag beabsichtigt wird.

Herr Sander: Ich bin nicht im unklaren über das Schicksal dieses Antrages und will nicht mehr dafür oder dagegen sprechen. Ich würde es aber sehr bedauern, wenn der Antrag nur das zeitigen würde, daß das Fahren der Droschken im Parke verboten würde. Ich meine, das ist kein Fahren wie auf den übrigen Straßen, sondern es fahren dort Rekonvaleszenten, die nicht gehen können. Ich möchte bitten, zu verhüten, daß der Antrag einen solchen ungewollten Erfolg zeitigt.

Vorsitzender: Es liegt, glaube ich, in Ihrer aller Wünschen, daß wir über den Kommissionsantrag in zwei Teilen abstimmen. Im ersten Teile des Antrages wird der Magistrat ersucht, die Strecke des Parkes von der Wolfenbüttelerstraße nach der Hoheworthbrücke für den Radfahrverkehr freizugeben und es wird gewünscht, hinzuzufügen: Den Weg durch Legung von Bordsteinen usw. für diesen Verkehr instand zu setzen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Herr Wolters: Ich sehe das Schicksal des zweiten Teiles des Kommissionsantrages voraus und möchte deshalb noch eine Anregung bringen, die

ich in der Kommission als meine persönliche Ansicht geäußert habe, mit der ich aber in der Minderheit geblieben bin. Ich möchte aus dem Antrage wenigstens noch die Freigabe des Weges vom Bruchtorwall bis zur Heubridge retten. Alle diejenigen Bedenken, die wegen der Störung der Spaziergänger im Bürgerparke vorgebracht sind, würden für diese Strecke nicht zutreffen, es würde aber für die Besucher der Badeanstalt der Vorteil entstehen, daß der große Umweg über die Augusttorbrücke vermieden wird.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich möchte, weil das für die eventuelle Fassung des Antrages von Bedeutung sein kann, noch bemerken, daß der größte Teil dieser Wegstrecke nicht in der Verwaltung der Stadt, sondern der Herzöglichen Baudirektion steht. Es würde also ein Ersuchen dahin zu richten sein. Aufmerksam darauf mache ich auch, daß von der Stelle an, wo der Weg in die Verwaltung der Stadt übergeht, ein Fußweg fehlt, daß also für diese Strecke alle die Bedenken zutreffen, die schon geltend gemacht sind.

Der Antrag der Statutenkommission wird abgelehnt, ebenso der Antrag Wolters.

2. Auswechslung von Wasserhauptrohren in der Helmstedter- und Hamburgerstraße.

Herr Lechigk: Es handelt sich um die Beseitigung der Wasserkalamität, die uns schon früher beschäftigt hat. Der Magistrat hat die Sachlage durch die Direktion der Wasserwerke prüfen lassen und empfiehlt für die Helmstedterstraße die Verlängerung des 250 mm weiten Wasserrohres bis zur Reuterstraße und für die Hamburgerstraße die Weiterführung der vorjährigen Verlängerung des 250 mm weiten Wasserrohres auf der Hamburgerstraße bis zum Schützenplatze und bittet für die Helmstedterstraße 8300 *M* und für die Hamburgerstraße 9400 *M* zu bewilligen. Die Finanzkommission hat die Vorlage geprüft und gibt durch mich Genehmigung anheim.

Dem Magistratsantrage wird zugestimmt und die geforderten Kosten bewilligt.

3. Antrag des Stadtverordneten Stegmann auf Anregung reichsgesetzlicher Maßnahmen wegen der Teuerung, sowie auf Beschaffung und Abgabe von Lebensmitteln durch die Stadtverwaltung.

Herr Leue: Der Antrag des Herrn Stadtverordneten Stegmann lautet: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen,

in Rücksicht auf die allgemeine Teuerung durch Vermittlung des Herzoglichen Staatsministeriums bei der Reichsregierung mit aller Entschiedenheit hinzuwirken auf:

1. die sofortige Aufhebung aller Zölle auf Getreide, Vieh, Fleisch und Futtermittel,
2. die Beseitigung des Systems der Einfuhrscheine auf Getreide,
3. die Beseitigung aller Verbote und Grenzsperrren gegen die Einführung von Vieh und Fleisch.

Weiter ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, von seiten der Stadt Fleisch, Seefische und Kartoffeln zu beschaffen und zum Selbstkostenpreise an die Einwohnerschaft Braunschweigs abzugeben.

Der Antrag zerfällt in zwei Teile. Der erste Teil wünscht, daß ein Ersuchen an den Magistrat gerichtet werden soll, auf die Gesetzgebung einzuwirken, der zweite geht dahin, billige Lebensmittel für die Einwohner der Stadt zu beschaffen. — In der Finanzkommission ist man zuerst an die Erörterung der Frage gegangen, ob dieser Antrag überhaupt zur Verhandlung in der Stadtverordnetenversammlung geeignet sei. Man ist nach längerer Besprechung einstimmig zu der Ansicht gekommen, daß der Antrag nicht als ein rein politischer anzusehen sei, sondern als ein wirtschaftlicher, und daß er demnach für die Beratung hier geeignet sei.

Bei der Beratung des Antrages wurde punktweise vorgegangen, und ich möchte das auch heute in meinem Referate tun. Es wird zuerst gefordert: die sofortige Aufhebung aller Zölle auf Getreide, Fisch, Fleisch und Futtermittel. Es wurde dem Herrn Antragsteller, der in der Kommission zugegen war, zunächst anheimgegeben, eine etwas mildere Fassung dieses Punktes zu schaffen, da die sofortige Aufhebung von Getreidezöllen usw. doch so in das Wirtschaftsleben eingriffe, daß man kaum erwarten könne, daß die Geneigtheit zu einem solchen Vorgehen seitens der Regierung vorhanden sei. Es wurde noch besonders darauf hingewiesen, wie eine sofortige Aufhebung der Getreidezölle für Hunderte und Tausende von Geschäftsfirmen geradezu verderblich sein würde, da derartige Geschäfte nicht von heute auf morgen, sondern auf längere Zeit abgeschlossen werden. Der Antragsteller glaubte, diesem Einwande sich nicht anschließen zu können, dennoch ist die Kommission zu der Überzeugung gelangt, daß eine sofortige Aufhebung aller Zölle auf Getreide unzweckmäßig und zum Teil unausführbar sei. Die Mehrheit der Kommission hat aber keineswegs verkannt, daß unsere Zollgesetzgebung bezüglich des Getreides in dieser oder jener Richtung geändert werden sollte, damit Getreide, Futtermittel usw. billiger werden und der Teuerung, deren Bestehen nicht geleugnet wurde, abgeholfen werde. Betont

wurde jedoch, daß zurzeit von einer eigentlichen Notlage noch nicht gesprochen werden könne, sondern zunächst nur eine Teuerung vorhanden sei. Die Erörterung verdichtete sich schließlich dahin, daß die Finanzkommission diesem Antrage des Herrn Stegmann in einer anderen Form zustimmte, indem sie der Versammlung vorschlägt zu beschließen,

den Magistrat zu ersuchen, in Rücksicht auf die allgemeine Teuerung durch Vermittlung des Herzoglichen Staatsministeriums bei der Reichsregierung mit aller Entschiedenheit hinzuwirken auf

1. Maßnahmen zur Verbilligung von Fleisch, Getreide, Gemüse und Futtermittel, etwa durch Aufhebung oder Herabsetzung der Zölle auf diese Artikel und durch weitere Herabsetzung der Eisenbahntarife für diese Lebensmittel.

Es ist wohl die Ansicht der Kommission gewesen, daß von einer Herabsetzung oder Aufhebung der Zölle eine Besserung erwartet werden darf, die Kommission kann sich aber nicht dazu verstehen, ein Ersuchen um sofortige Aufhebung der Zölle an die Regierung zu richten. Hinzugefügt in diesem Abschnitte wurde noch seitens der Kommission: „durch weitere Herabsetzung der Eisenbahntarife für diese Lebensmittel.“ Zum Teil sind allerdings die Eisenbahntarife zurzeit schon herabgesetzt, beispielsweise ist der Frachtsatz für Kartoffeln auf die Hälfte ermäßigt. Ich möchte dabei einschalten, daß eine solche Ermäßigung durchaus nicht immer dem Konsumenten zugute kommt, sondern daß die Erfahrung gelehrt hat, daß sehr häufig nur der Zwischenhandel einen Vorteil davon hat. Die Herabsetzung der Eisenbahntarife ist nicht immer ein geeignetes Mittel, den betreffenden Artikel billiger auf den Markt zu bringen; trotzdem wird durch die Kommission die Ansicht vertreten, daß dieses Mittel versucht werden könnte.

Der zweite Punkt des Antrages Stegmann wünscht „Beseitigung des Systems der Einfuhrscheine für Getreide“. Wie Sie wissen, besteht in Deutschland bezüglich des Getreides ein besonderes Zollsystem in der Weise, daß derjenige, welcher Getreide ausführt, einen Gutschein über den Zoll erhält, den er bei Einfuhr für anderes Getreide benutzen kann. Nachher ist das Verfahren geändert; man kann diesen Schein jetzt auch benutzen, nicht nur um Getreide ins Land zu bringen, sondern auch Petroleum, Kakao und andere Sachen. Darin liegt eine Gefahr, daß Getreide aus Deutschland ausgeführt, aber nicht in derselben Menge wieder eingeführt wird. Ein vollständiges Ausfuhrverbot ist nicht angängig, denn der Hauptproduzent an Getreide sind die östlichen preussischen Provinzen, und diese sind auf Ausfuhr von Getreide angewiesen, da das dort produzierte Getreide nicht in vollem Umfange in diesen Provinzen konsumiert werden kann. Es kann aber auch nicht mit Nutzen nach dem Westen Deutsch-

lands verschickt werden, weil die Fracht, die auf dem Getreide ruht, zu hoch ist. Würde nun für das ausgeführte Getreide wieder ebenso gutes Getreide eingeführt, so wäre damit die Kalamität beseitigt. Das ist aber nicht der Fall. Man war sich in der Kommission einig, daß die jetzige Gesetzgebung in bezug auf diese Getreideeinfuhrscheine für unsere wirtschaftliche Lage nicht günstig ist. Die Kommission schlägt aber eine andere Fassung zu diesem Punkt 2 vor. Sie lautet: „hinzuwirken auf Revision des Einfuhrsystems bei Getreide in der Weise, daß die Einfuhrprämien auf Getreide fortfallen.“

In der Sache trifft es dasselbe, was der Herr Stadtverordnete Stegmann will und er hat sich auch bezüglich dieses Punktes 2 mit der Fassung, wie sie die Kommission vorschlägt, einverstanden erklärt.

Der dritte Punkt des Antrages Stegmann lautet: „Beseitigung aller Verbote und Grenzsperrn gegen Einfuhr von Vieh und Fleisch.“ — Auch da war die Kommission der Ansicht, daß durch eine vermehrte Einfuhr von Vieh in unserem Lande wohl eine Herabsetzung der Fleischpreise möglich sei. Sie erkennt aber auch keineswegs die Gefahr, die bei einer vollständigen Freizügigkeit des Viehes durch die leicht in Frage kommende Einschleppung von Seuchen entsteht. Während der Antragsteller hiervon gar nichts sagt, sondern unbedingt die Beseitigung aller Verbote und Grenzsperrn gegen die Einfuhr von Vieh fordert, glaubt die Kommission doch, diese sanitären Verhältnisse nicht ganz unberücksichtigt lassen zu sollen und schlägt deshalb vor zu sagen:

„Gestattung der Zufuhr von lebendem Vieh und von Fleisch aus allen in Betracht kommenden Ländern, wie Frankreich, Holland, Belgien usw., wobei nur diejenigen Beschränkungen zulässig sind, die durch sanitäre Verhältnisse unbedingt geboten sind.“

Es wurde dem Herrn Antragsteller anheimgegeben, ob er sich mit dieser Fassung einverstanden erklären wolle, er hat das aber abgelehnt, indem er sagt, wenn diese Beschränkungen wegen der sanitären Verhältnisse hinzugefügt würden, so könne das leicht dazu führen, daß man sich dahinter verstecke und vorgebe, die sanitären Verhältnisse machen es notwendig, die Zufuhr zu verbieten. Aus diesem Grunde glaubt der Antragsteller, der sonst mit der Tendenz der Kommissionsfassung einverstanden war, diesen Zusatz nicht billigen zu können.

Die Kommission beantragt also, den Antrag 1, 2 und 3 in der Form, wie ihn der Herr Antragsteller gestellt hat, abzulehnen, dagegen die Anträge in der Form, wie ich sie verlesen habe, anzunehmen. Sie glaubt damit dasselbe zu erreichen, was der Herr Antragsteller bezweckt.

Der zweite Teil des Antrages Stegmann ersucht die Stadtverwaltung, Fleisch, Seefische und Kartoffeln anzuschaffen und zum Selbstkostenpreise an die

Einwohnerschaft Braunschweigs abzugeben. Im Prinzip war die Mehrheit der Kommission wohl dafür, daß man in dieser oder jener Richtung auf den Antrag eingehen könnte. Es fanden aber nachher bei der näheren Erörterung der Frage sich viele Schwierigkeiten in der Ausführung, so daß schließlich die Kommission zu dem Beschlusse gekommen ist, Ihnen Ablehnung dieses Theiles des Antrages anheimzugeben.

Was zunächst die Anschaffung von Kartoffeln anlangt, so wurde in der Kommission ausgeführt, 1. es sei schon reichlich spät zu einer solchen Maßnahme, da ein großer, wenn nicht der größte Teil der Bevölkerung sich schon mit dem Wintervorrat an Kartoffeln versorgt hätte. 2. Hätten namhafte Etablissements, wie die Mühlenbauanstalt von Amme, Gieseler & Koenen und andere, die viele Hunderte von Arbeitern beschäftigen, schon Fürsorge für billigen Bezug von Kartoffeln getroffen. Ferner wurde die Schwierigkeit betont, die darin liegt, daß die Qualität der Kartoffeln nicht so ausfallen könnte, wie die einzelnen Abnehmer wünschten, und daß auch Schwierigkeiten in der Abgabe der Kartoffeln erwachsen würden. Es soll bei einem hiesigen Etablissement vorgekommen sein, daß die betreffenden wohl billige Kartoffeln bekommen haben, aber auch lebhafteste Klage über die Güte der Kartoffeln führen. Des weiteren wurde auch in Erwägung gezogen, daß die Preise der Kartoffeln — wie zugegeben wurde — zurzeit recht hoch sind, daß dies aber vielleicht doch nicht lediglich auf eine Mißernte zurückzuführen sei, sondern auf die Spekulation und vor allen Dingen darauf, daß schon frühzeitig, noch ehe die Kartoffeln geerntet waren, in den Zeitungen außerordentlich geklagt wurde über die zu erwartende schlechte Ernte und die sicherlich einsehenden teuren Preise. Das haben sich die Produzenten zunutze gemacht, und so ist es tatsächlich gekommen, daß die Kartoffeln teurer bezahlt werden mußten, als es notwendig war. Es hat sich auch schon gezeigt, daß diejenigen, die mit dem Einkauf zurückgehalten haben, die Klügeren gewesen sind, denn es ist ein erhebliches Sinken der Preise bemerkbar. In der Kommission wurde sogar die Ansicht laut, die Kartoffeln würden noch billiger werden, und sehr drastische Beispiele wurden dafür angeführt. Zu bedenken ist noch das eine: Wenn die Stadt als Käufer auftritt, so wird sie sich an große Güter wenden müssen, und diese werden keineswegs ihre Kartoffeln der Stadtverwaltung billig abgeben, sondern eher eine Kleinigkeit mehr fordern als von Privaten. Aus allen diesen Gründen war die Kommission der Meinung, daß von der Anschaffung von Kartoffeln Abstand zu nehmen sei.

Mit dem Bezuge von Fleisch sind von anderen Städten Verjuche angestellt, die durchweg ungünstig verlaufen sind. Die Behandlung des Fleisches ist eine so eigenartige, daß dazu Sachleute zugezogen werden müssen, vor allen Dingen aber ist es der Einkauf des Viehes, der die größten Schwierigkeiten bereitet.

Wenn auch unter den Mitgliedern des Magistrats oder einer Deputation, die zu wählen wäre, sich hier und da ein Sachverständiger finden würde, der einen guten Ochsen zu beurteilen weiß, so ist es fraglich, ob der Ankauf von Vieh glatt vonstatten gehen würde. Im allgemeinen würden doch auch hier die Viehkommissionäre in Anspruch genommen werden müssen, denn der Kauf direkt vom Bauern würde sich schwerlich durchführen lassen. — Von einer Seite wurde angeregt, so gut wie man gefrorenes Fleisch von Argentinien herbeiführt, könnte man, um die Gefahr des Verderbens beim Aufbewahren des Fleisches, das nicht verkauft wird, zu verhüten, auch hier das Fleisch gefrieren lassen und dann später zum Verkauf bringen. Dem wurde entgegengehalten: Wenn das einfach zu machen wäre, so würden wahrscheinlich unsere Schlächter hier das schon getan haben; diese Mittel würden also ohne weiteres nicht zur Anwendung gelangen können. Gerade so wie andere Städte bezüglich der Selbstbeschaffung von Fleisch schlechte Erfahrungen gemacht haben, ist es, wenn ich nicht irre, auch der hiesigen Stadt vor einigen Jahren ergangen, als sie einmal selbst Schlachtungen von Vieh hat vornehmen lassen.

Es bliebe nun übrig: die Beschaffung von Seefischen. Es war Neigung vorhanden, mit diesem Artikel einen Versuch zu machen. Sie wissen, wie nicht nur durch die hiesige Bevölkerung selbst Seefische als nahrhafte und billige Kost anerkannt werden, sondern wie auch namhafte Vereine, z. B. der Verein für öffentliche Gesundheitspflege, sich der Sache angenommen und auf den Nutzen der stärkeren Verwendung dieses Nahrungsmittels hingewiesen haben. Es sind zum Zwecke der Förderung des Genusses von Seefischen ja auch Kochkurse abgehalten worden. In der Kommission wurde zunächst festgestellt, daß ein Vertrieb von Seefischen durch die Stadt nur dann von Vorteil sei, wenn diese Seefische in großen Massen eingeführt werden können, denn bei kleineren Bezügen ruht zu viel Kraft auf der Ware und eine wesentliche Ersparnis wird nicht erzielt. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß verschiedene Städte einen Versuch in dieser Richtung unternommen haben, insbesondere Charlottenburg und auch Berlin. Die Berichte aus Berlin lauten nicht ungünstig, und es wurde in der Kommission darauf hingewiesen, daß, was Berlin möglich sei, auch hier in Braunschweig geschehen könnte. Erwähnt wurde aber auch, daß die Verhältnisse in Berlin wesentlich günstigere sind als bei uns. Zunächst stehen der Stadt Berlin eine Menge Verkaufslöfale zur Verfügung, 7 oder 8 Markthallen. Dann handelt es sich in Berlin um Mengen, die nicht nur Ladungen, sondern ganze Fischzüge sind, wodurch eine wesentliche Verbilligung eintritt. Für Braunschweig könnte nur die Markthalle als Verkaufslöfal in Frage kommen, und wenn eine Doppelladung von 20 000 Pfund bezogen würde, so müßten ca. 5000 Familien in Braunschweig Fisch essen. Es wurde bezweifelt, daß das zu erreichen wäre.

Wenn auch zugegeben werden mußte, daß wohl bei einem ersten Versuche eine Menge Neugierige kommen würden, so wurde doch bezweifelt, daß die Nachfrage längere Zeit anhalten würde. Auch wurde nicht unerwähnt gelassen, daß unsere Einwohnerschaft durchaus nicht so an die Fischnahrung gewöhnt ist, wie die Leute an der Wasserfronte. Wenn die Braunschweiger ein- oder zweimal wöchentlich Seefische gegessen haben, so werden die meisten, mögen sie den oberen oder unteren Ständen angehören, sagen: „Nächste Woche wollen wir aber einmal überschlagen.“

Schließlich — und das wurde nicht bloß bei den Seefischen, sondern auch bei den anderen Artikeln hervorgehoben — ist zu bemerken, daß eine Schädigung des hiesigen Zwischenhandels mit dem stadtseitigen Bezuge von Nahrungsmitteln verbunden sei. Es befinden sich darunter sehr viele kleine Leute, auch Frauen, die in der Markthalle ihren Stand haben, die in ihrem Erwerbe geschädigt würden. Allerdings wurde auch geltend gemacht, daß man diesen Schaden in Kauf nehmen müßte, wenn es zugunsten der großen Allgemeinheit geschehe. Es wurde auch schließlich angeregt, einen Versuch mit dem Bezuge von Seefischen zu machen, aber selbst derjenige, der diesen Versuchsvorschlag machte, mußte zugeben, daß er jedenfalls nicht günstig ausfallen würde. Es wurde auch aufmerksam darauf gemacht, daß ein fester Preis für die Fische im voraus nicht bekanntgegeben werden könnte, da feste Preise für Fische nicht bestehen. Der Preis ist abhängig von den Verhältnissen in den Gewässern, wo der Fischfang betrieben wird. Tritt Sturm ein, so steigt der Preis, dagegen bei günstigem Wetter kann er auch gewaltig fallen, so daß die großen Fischhandlungen in Geestemünde und Bremerhaven ihre Angebote nur freibleibend geben. Es wurde gesagt: Bei der großen Ausdehnung unserer Stadt und nur einem Verkaufsorte müßten die entfernt Wohnenden eine Stunde auf den Weg zubringen, und bei dem zu erwartenden Andränge vielleicht noch eine halbe Stunde auf Abfertigung warten. Dann wäre der Zeitverlust größer als der Gewinn der wenigen Pfennige durch den billigeren Einkauf. Es wurde dabei auch auf den im allgemeinen billigen Preis der Seefische bei uns hingewiesen. —

Alle diese Betrachtungen haben die Kommission dahin geführt, daß sie in ihrer Mehrheit beschloß, Ihnen die Ablehnung des zweiten Theiles des Antrages Stegmann zu empfehlen.

Herr Wolters: Es ist nicht zu verkennen, daß durch die außerordentlich traurigen Ernteverhältnisse sowohl die ländliche, als auch die städtische Bevölkerung in eine Noth geraten ist. Die außerordentliche Futternoth bringt besonders die Kleinbauern in große Bedrängnis, und es ist zu erwarten, daß die Landwirtschaft des Herzogthums Braunschweig wie auch die der anderen Bundesstaaten

die richtigen Schritte einleiten wird, um die Not der Kleinbauern zu vermindern. Ich bin der Ansicht, daß die schlechte Ernte wohl dahin führen wird, zu versuchen, um Futtermittel zu beschaffen, Zollerleichterungen für Einfuhr von Futtergerste und vielleicht von Mais zu erreichen. So sehr man der Landwirtschaft in ihrem Interesse zugestehen muß, die Not ihrer eigenen Kreise zu lindern, so haben wir in derselben Weise die Verpflichtung, die für die städtische Bevölkerung vorhandene Not nach Möglichkeit zu mindern. Die beiden Mittel, die der Herr Antragsteller ins Feld geführt hat, sind zweierlei Art: Einmal will er Maßnahmen getroffen sehen, die das Reichszollwesen betreffen, und andererseits verlangt er Lebensmittelbeschaffung durch die Stadtverwaltung. Den zweiten Punkt, Lebensmittelbeschaffung durch die Stadt, lehnt die Kommission ab, in dem anderen Punkte ist die Kommission zum Teile viel weiter gegangen als der Antragsteller selbst. In einigen Punkten stimmt sie dem Herrn Antragsteller grundsätzlich zu, in einem wichtigen Punkte aber widerspricht die Kommission dem Antrage aufs äußerste. Es kommt zweierlei in Betracht: 1. daß, um die Not zu lindern, vorhandene Güter möglichst billig und bequem verteilt werden; das betrifft im wesentlichen die Eisenbahntarifpolitik, die der Herr Antragsteller vollständig bei seinem Antrage herausgelassen hat, 2. eine genügende Gütermenge herbeizuschaffen, also die Zufuhr zu vermehren; das sind Maßnahmen, die das Zollwesen betreffen. Bezüglich der Eisenbahntarifpolitik kommen zwei Punkte zur Erwägung: zunächst, daß die bestehenden Tarife im Eisenbahnwesen für Lebensmittel ermäßigt werden, dann aber auch, daß die bestehende Ausfuhr für Lebensmittel, insbesondere Getreide, verringert wird. Die Möglichkeit zu beiden ist sehr wohl vorhanden. In dem Tarifwesen der Eisenbahn ist Spielraum nach oben und unten gelassen, es kann die preußische Eisenbahnverwaltung die Tariffähigkeit nach eigenem Ermessen ändern, ohne die Gesetzgebung zu Hilfe zu nehmen. Es ist von Wichtigkeit, nicht wegzulassen, daß man in betreff des Eisenbahntarifwesens wünscht, es möchten die bestehenden Tarife ermäßigt werden und es möchten die Einfuhrtarife für Getreide geändert, d. h. beseitigt werden. Das Mittel dazu ist leicht vorhanden, soweit man grundsätzlich an zuständiger Stelle eine Änderung für richtig erachtet. Eine andere Seite ist die Erleichterung im Zollwesen. Da hat der Herr Antragsteller zunächst gesagt, daß eine sofortige Aufhebung aller Zölle auf Getreide, Vieh, Fleisch und Futtermittel stattfinden möge. Dieser Wunsch des Herrn Antragstellers ist, wie auch die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder und wohl auch der geehrten Herren hier annimmt, völlig undiskutierbar. Was würde die Folge sein, wenn diesem Ersuchen entsprochen würde? Von den Einnahmen des Reichs zu ungefähr $2\frac{3}{4}$ Milliarden betragen die Zölle über 638 000 000 M., und davon ist ein großer Teil Zoll auf Getreide und Lebensmittel. Wenn der Herr Antragsteller wünscht, daß alle diese Zölle

mit einem Schlage sofort aufgehoben würden, so verlangt man doch von ihm Angabe eines Ersatzes, um dem Reichshaushalte diesen Verlust wieder zuzuführen, und dieser Vorschlag fehlt. Dieses ist aber noch nicht die Hauptsache. Der Hauptpunkt ist, daß ein solcher Wunsch, wie er zeitlich in bezug auf die gegenwärtige Not gestellt ist, unwirksam sein würde. Der Antrag läuft im wesentlichen darauf hinaus: Übergang vom Schutz Zoll zum Freihandel. Das ist nicht von einem Jahr zum andern, nicht einmal von einem Reichstage zum andern zu machen, kaum von einem Ministerium zum andern. Denn in dem Augenblicke, in dem man selbst die Grenzen für die Einfuhr von Getreide öffnet, müssen auch Kompensationen gegeben werden gegenüber den Nachbarländern auch für die Einfuhr, und wie schwierig die Handelsvertragsverhandlungen sind, das haben wir vor 3 Jahren erlebt. Auch die Herabsetzung des ganzen Zollsystems würde nur Austreiben des einen Notstandes mit dem andern sein. Einem Teile würden wir vielleicht helfen, aber denjenigen Händler und Kaufmann schädigen, der sich mit diesen Artikeln befaßt. Also in zeitlicher wie in finanzpolitischer Hinsicht ist der Antrag unerörterbar.

In anderer Weise ist der Antrag Stegmann durchaus beachtenswert, und zwar in der Beziehung auf diejenigen Punkte, die nicht die Gesetzgebung erfordern, sondern die lediglich die Verwaltungsvorschriften betreffen, die Verordnungen auf Beschluß des Bundesrats, und das trifft im wesentlichen der dritte Punkt. Solche Verordnungen können formell bekanntlich leichter herbeigeführt werden, sofern nur die zuständigen Instanzen den Willen dazu haben. Zwei Punkte kommen in Frage: 1. Das Hineinlassen des Viehes, das augenblicklich aus sanitären Rücksichten verboten ist. Die Kommission, und ich schließe mich dieser Ansicht an, will absoluten Schutz in sanitärer Beziehung, glaubt aber, daß durch Vermehrung der Zulassung von außen die Not etwas aufgehoben werden kann. Der 2. Punkt betrifft das System der Getreideeinfuhrscheine. Es wird jetzt eine Menge Getreide nach dem Auslande geführt und darauf eine Zollvergütung gewährt. Die Zollvergütung ist derart, daß mit oder ohne Identitätsnachweis der betreffende Exporteur berechtigt ist, wieder Waren einzuführen. Es ist der Wunsch des Antragstellers, daß das System der Einfuhrscheine aufhören möchte. Man will erreichen, daß nicht so viel Getreide hinausgeführt wird und auf Grund der Einfuhrscheine andere gleichwertige Güter ohne Zoll eingeführt werden. Diese beiden Punkte des Antrages Stegmann unterstützt die Kommission nach jeder Richtung.

Bezüglich des zweiten Teiles des Antrages, Beschaffung von Lebensmitteln durch die Stadt, hat der Herr Referent schon eingehend begründet, weshalb die Kommission ihn ablehnt. In erster Linie wünscht der Antrag Einfuhr von frischem Fleische. Es ist interessant zu sehen, was der frühere Oberbürgermeister

Geheimer Regierungsrat Richard Witting darüber schreibt. (Liest vor.) Der frühere Oberbürgermeister steht auf dem Standpunkte, daß in der Tat einer Stadtverwaltung das Experiment, frisches Fleisch zu beschaffen und Vieh zu schlachten, möglich sei. Meine Herren! über diese Stellungnahme des betreffenden Schriftstellers ist zu schließen, daß er vollständig geschäftsunkundig sei; er scheint in der Art und Weise, wie Vieh gekauft und wie die Schlachtereien betrieben wird, gänzlich unerfahren zu sein. Es ist in letzter Zeit das Mittel gewählt, daß höhere Regierungsbeamte in kaufmännische Geschäfte sich begeben, um den Betrieb zu lernen. Ich hätte gewünscht, daß Herr Geheimrat Witting eine kurze Zeit in einer Schlachtereien sich umgesehen hätte, um einzusehen, daß solche Mittel, wie er vorschlägt, kaufmännisch undurchführbar sind. Wenn die Stadt ein solches Unternehmen in die Wege leiten würde, so würde es keineswegs billiger sein können, als die bestehenden Ladengeschäfte. Sie kann sich nur auf Lebensmittelbeschaffung einlassen, wenn sie diese Sachen billiger liefern könnte, als die Bürger der Stadt in den Ladengeschäften kaufen. Ich muß aber bestreiten, daß dies der Fall ist, denn billiger als zum Selbstkostenpreise würde die Stadt auch nicht verkaufen können. Würde die Stadt in großem Betriebe sich darauf einlassen, Vieh zu kaufen, so würde sie es nicht billiger bekommen als die Schlachter, und andererseits würden auch die Vertriebskosten nicht billiger sein als in den Schlachtereien. Die Stadt würde nicht in der Lage sein, noch dazu bei der Beschränkung der örtlichen Verhältnisse, beim Verkauf einen greifbaren Vorteil für die städtische Bevölkerung herauszuschlagen. Nicht anders liegt es bezüglich der Kartoffeln. Für die Beschaffung derselben kann ja nur der Großhandel in Frage kommen. Die Großexporteure in unserer Nachbarschaft, in Hannover, in der Altmark, in Sachsen, würden sich selbstverständlich sofort in ein Lieferungs-geschäft mit Braunschweig in Eisenbahnladungen einlassen. Es ist aber ein schwerer Irrtum, zu glauben, daß die Stadt billiger kaufen würde. Im Gegenteil, mit dem Steigen der Nachfrage ist auch ein höherer Preis zu erwarten. Auch hier kommt als Abgabestelle für die Einwohnerschaft wiederum nur die Markthalle in Frage. Auch bei einem solchen Experimente mit Kartoffeln würde kein Vorteil für die städtischen Bewohner zu erreichen sein. Hieran, sowie an der Schwierigkeit der Art des Betriebes scheitert auch diese Frage.

Endlich kam noch in Frage, was auch in anderen Städten schon versucht worden ist, gefrorenes argentinisches Fleisch einzuführen oder Seefische zu beschaffen. Bezüglich des argentinischen Fleisches würde ich gern einmal hören, wie Herr Sanitätsrat Henking darüber denkt; ich glaube, daß vom Standpunkte der Volkshygiene der Einführung widersprochen werden muß. Ich kann mir nicht denken, daß die dortigen Verhältnisse bei der Konservierung und der Art des Transportes es zulassen, gefrorenes Fleisch auf so weite Entfernung hin

gut und genießbar zu erhalten. Jedenfalls sind die Einrichtungen und die Ausführung von dort keinesfalls derart, daß man im großen Maßstabe auf ein solches System sich einlassen sollte.

Was den Bezug von Seefischen anbetrifft, so bin ich derselben Meinung wie der Herr Referent ausgeführt hat. Die Verhältnisse von Berlin sind nicht nach Braunschweig übertragbar. Berlin kann ganze Fischzüge kommen lassen, hat bessere Vertriebsmöglichkeit durch seine große Anzahl von Markthallen. Der Versuch würde bei uns jedenfalls scheitern.

(Der Redner wird vom Herrn Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß er bereits länger als 10 Minuten gesprochen hat.)

Nur noch eins möchte ich erwähnen: Wenn der Magistrat sich auf denselben Standpunkt stellt, den die Finanzkommission eingenommen hat, so würde unser Gesuch an das Herzogliche Staatsministerium als die dafür zuständige Stelle gerichtet werden müssen. Ich glaube, der Herr Antragsteller würde gut tun, wenn er den unausführbaren Teil seiner Forderungen, die sofortige Aufhebung aller Zölle, fallen ließe. Im übrigen möchte ich aber doch wünschen, daß ein solches Gesuch nicht den Weg nimmt, den ein anderes Gesuch bezüglich der Gleichtsteuerung vor mehreren Jahren genommen hat. Soweit die Tarife in Frage kommen, ist der Einwand, daß das eine preußische Angelegenheit sei, nicht geltend zu machen, denn die Festsetzung der Tarife untersteht der Kontrolle des Reiches, es hat also Gelegenheit, hier einzugreifen. Damit dem Gesuche also auch Folge gegeben werden kann, möchte ich im Interesse der Sache den Herrn Antragsteller bitten, daß er die bezeichnete Forderung fallen lassen möchte.

Herr Stegmann: Dem Wunsche des Herrn Stadtverordneten Wolters kann ich leider nicht nachkommen.

Was zunächst die Kompetenzfrage betrifft, so freue ich mich, daß sie nicht wie früher bestritten worden ist. Nachdem zahlreiche Stadtverwaltungen die Frage behandelt haben, wäre es ja auch eigenartig gewesen, wenn in Braunschweig die Kompetenzfrage verneint worden wäre. Ich glaube, es wird wohl eine große Zahl von Städten herauskommen, die sich mit der Frage befaßt und zum Teil sie durch Selbsthilfe zu lösen versucht haben.

Es ist in der Kommission gesagt, von einer eigentlichen Notlage könne nicht geredet werden, wenn auch ein Steuerungsverhältnis bestände. Ich meine, es ist da doch ein großer Unterschied: Wer über Zehntausende verfügt, der mag wohl die Not nicht fühlen, die ärmeren Volksschichten empfinden aber die Steuerungsverhältnisse als eine große Notlage. Ganz abgesehen von den höheren Preisen von Kaffee, Zucker, Streichhölzern und von allen Kolonialwaren, sind es

vor allem die Fleisch- und Brotpreise, die seit Jahren angezogen haben: Dazu kommen in diesem Jahre die Teuerungspreise für Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Sauerkraut, Butter, Speck. Obst und Gemüse haben derartig hohe Preise erreicht, daß sie der arme Mann überhaupt nicht erschwingen kann. Also eine große Notlage besteht tatsächlich, und wenn man diesen außergewöhnlichen Zuständen abhelfen will, dann können nur die Hilfsmittel in Frage kommen, die ich aufgeführt habe.

Die Kommission will bezüglich des ersten Punktes, sofortige Aufhebung aller Zölle auf Getreide, Vieh, Fleisch und Futtermittel, nicht so weit gehen wie mein Antrag, sondern sie wünscht nur eine etwaige Aufhebung oder Herabsetzung dieser Zölle. Ich glaube, wenn man von der Reichsregierung etwas erreichen will, dann ist es nötig, daß man nicht zimperlich vorgeht, sondern auf das Ganze geht. Wenn Sie eine Herabsetzung der Zölle verlangen, so würden günstigenfalls nur minimale Abstriche gemacht werden, und was die Herabsetzung der Frachtsätze betrifft, so wird dieses wenig nützen, wie ja die Herabsetzung der Frachttarife für Futtermittel bewiesen hat. Übrigens besteht die Möglichkeit, das in großen Quantitäten im Osten vorhandene Getreide mit Hilfe der die Fracht verbilligenden Staffeltarife nach dem Westen Deutschlands zu bringen, schon lange. Das hat die Agrarier aber nicht abgehalten, ihr Getreide ins Ausland zu schaffen. Eine Herabsetzung der Tarife würde nur geringe Vorteile bieten, es würde ein Palliativmittel sein und der größte Teil des Vorteils würde bei den Spekulanten hängen bleiben. Wenn Deutschland außerstande ist, sich selbst ständig mit Getreide zu versorgen, dann darf nicht deutsches Getreide an das Ausland geliefert werden, sondern ausländisches Getreide muß hereingelassen werden. Das kann nicht, wie hier gewünscht wird, durch Tarifiermäßigungen geschehen, sondern nur durch vollständige Beseitigung der Zollmauer, die uns vom Auslande trennt. Es wurde eben gesagt: Es wäre ein Unglück, wenn das geschehen würde. Tausende würden ihrem Ruine entgegengehen. Ich meine aber, wenn es sich darum handelt: Was steht uns denn höher, die Existenz vieler Millionen Einwohner oder der Profit einer geringen Anzahl von Großgrundbesitzern und Spekulanten, dann dürfte es keine Frage geben, sondern das Wohl der Millionen müßte vorgehen, wenn auch sonst Schwierigkeiten entstünden. Dann ist gesagt worden, es wäre nicht leicht, die Zölle von einem Jahre zum andern aufzugeben und Herr Dr. Wolters hält es für unmöglich, sie mit einem Schlage aufzuheben. Das muß ich bezweifeln. Namhafte Politiker nicht nur der sozialdemokratischen, sondern auch anderer Parteien haben in letzter Zeit die sofortige Aufhebung der Zölle beantragt, und solche Leute verstehen doch auch etwas von Zollpolitik. Außerdem erinnere ich daran, daß vor einigen Tagen die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft, die doch vertrauenswürdige Männer sind, unter ande-

rem eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet haben, die sich in ähnlichem Sinne, wie hier verhandelt wird, bewegt und auch eine sofortige Aufhebung der Futtermittelzölle verlangt. (Zuruf: Das ist etwas anderes!) Wenn das bei den Futtermittelzöllen möglich ist, warum soll es nicht möglich sein bei den Zöllen für das andere Getreide, das die Menschen zu ihrem eigenen Lebensunterhalte notwendig gebrauchen. Daß mehr Getreide nach Deutschland hereinkommt, ist nur zu erreichen durch eine Beseitigung der Zölle. Die städtische Bevölkerung, die unter dem Bestehen der Zölle leidet, ist bei weitem der größte Teil der Bewohner Deutschlands. Nach der gewerblichen Zählung von 1907 umfaßt die landwirtschaftliche gewerbetreibende Bevölkerung nur 27,42 Prozent der erwerbstätigen Einwohnererschaft Deutschlands. Als ich das vor 14 Tagen gesagt habe, wurde es bestritten. Ich habe noch einmal nachgesehen und meine Angabe bestätigt gefunden. Jetzt sind seit der Zählung 4 Jahre verstrichen, so daß wahrscheinlich nur noch etwa 25 Prozent, also ein Viertel der Bevölkerung, der Landwirtschaft angehören. Dabei kommt noch in Betracht, daß nicht schlechtweg die ganze ländliche Bevölkerung ein Interesse an dem Zollsystem hat, sondern tatsächlich nur die Großgrundbesitzer. Die mittleren Bauern erzielen nur einen solchen Ertrag an Getreide, wie sie zu ihrem eigenen Bedarfe nötig haben und die kleineren sind zum größten Teil gezwungen, selbst noch Getreide oder Futtermittel für ihr Vieh zuzukaufen. Es ist nur ein ganz kleiner Prozentsatz von Grundbesitzern, der über 100 Hektar Land besitzt. Und nur diese haben ein Interesse an dem Bestehen der Zölle, aber mindestens $\frac{3}{4}$ der Landbevölkerung und die gesamte städtische Bevölkerung nicht. Deshalb muß man, wenn man etwas erzielen will, radikal vorgehen und die sofortige Beseitigung verlangen.

Wenn gesagt wurde, daß mit Aufhebung der Getreidezölle alles auf den Kopf gestellt würde, und ein großes Unglück über diejenigen hereinbrechen würde, die bisher Getreidehandel getrieben haben, so glaube ich nicht, daß das so schlimm kommen würde. Allerdings die Getreidespekulanten und die Großgrundbesitzer, die bisher das Getreide in das Ausland hinausgeworfen haben, die werden schwer geschädigt werden. Es kann aber nicht unsere Aufgabe sein, den Profit dieser Herren, der zu Unrecht aus den Taschen des arbeitenden Volkes herausgeholt ist, noch weiter zu sanktionieren. Wenn sie so lange ihr Schäfchen haben scheren können, dann ist es im Interesse des Volkes nötig, die ungerechten Zollgesetze, die sie zu Unrecht ausgenutzt haben, zu beseitigen. Ich habe in den Zeitungen gelesen: Wenn das Einfuhrsystem beseitigt werden sollte, dann müßten die Besitzer von solchen Scheinen entschädigt werden. Dieselbe Frage könnte man ja auch bei der Abschaffung des Getreidezollsystems aufwerfen. Es liegt doch aber kein Grund vor, diese Leute zu entschädigen, die auf Kosten des deutschen Volkes bisher ihren Vorteil gehabt haben; höchstens könnten solche Leute, wie die

Mühlenbesitzer in Betracht kommen, die man nicht als Spekulanten bezeichnen kann und die durch Innehaltung ihrer Lieferungsverträge geschädigt würden. Darüber aber brauchen wir uns nicht den Kopf zu zerbrechen, diese Frage können wir getrost der Reichsregierung überlassen.

Meine Ansicht über die Einfuhrscheine habe ich in der vorigen Sitzung hier vorgetragen. Ich habe mich in der Kommissionssitzung mit der Veränderung der Nummer 2 meines Antrages einverstanden erklärt, weil ich glaube, daß dadurch mein Antrag gerettet wird, und weil ich mir sage: Wenn die Revision darin bestehen soll, daß auf ausgegebene Einfuhrscheine nur Getreide wieder eingeführt werden kann, so kann dadurch kein Schaden geschehen, dann können die Scheine nicht an der Börse verhandelt oder zur Einfuhr von Kaffee und Petroleum verwandt werden. Wenn die Händler dieselbe Getreideart in derselben Menge einführen müssen, wie sie ausgeführt haben, dann würde keine Schädigung des Volkes entstehen, und für die Händler läge kein Grund vor, Getreide aus Deutschland hinauszuerfenden. — Es wurde gesagt, die Einfuhrscheine hätten eine gewisse Berechtigung, denn das Getreide könne nicht mit Nutzen nach dem Westen geschafft werden. Da muß ich sagen: Das kann wohl geschehen, denn es bestehen noch immer die Staffeltarife. Wenn Sie wünschen, daß bei der Reichsregierung dahin gewirkt wird, daß eine weitere Ermäßigung der Frachttarife für Korn eintritt, so bin ich damit einverstanden, auch wenn die Reichsregierung etwas bei den Frachten zulegen müßte. Damit werden aber die Großgrundbesitzer nicht zufrieden sein, weil sie damit nicht den großen Gewinn erzielen können, wie durch die Einfuhrscheine.

Dann hat Herr Dr. Wolters erklärt, es sei unbegreiflich, wie man solche Anträge stellen könne, das ganze Getreidezollsystem zu beseitigen, wodurch dem Reich über 600 Millionen Mark Einnahmen weggenommen würden. Das kann der geringste Grund sein, uns davon Abstand nehmen zu lassen. Die Sozialdemokratie und teilweise auch die freisinnige Partei stehen auf dem Standpunkte, daß das ganze indirekte Steuersystem ein ungerechtes ist und daß an deren Stelle eine progressiv steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer eingeführt werden sollte. Das Deutsche Reich mag unsern dahingehenden Anträgen, die wiederholt im Reichstage gestellt sind, nachkommen, dann wird mehr dabei herauspringen, ohne daß die Besitzenden in eine Notlage kommen.

Was das Verbot der Grenzperren betrifft, so habe ich meinen Antrag aufrecht erhalten. Wenn man erst einmal den kleinen Finger gibt, und Beschränkungen aus sanitären Rücksichten eintreten lassen will, so wird bei der Änderung wenig herauskommen. Es wird fortgefahren werden, die Agrarier zu begünstigen, wie es bisher geschehen ist. Die Verwerflichkeit des Systems haben Sie

ja anerkannt. Es ist eine Tatsache, daß der Grund des ganzen Abperrungssystems darin zu suchen ist, daß man lediglich die Viehzufuhr von Deutschland fernhalten will, um die Preise in Deutschland in die Höhe zu drücken; die Seuchengefahr spielt dabei eine nebensächliche Rolle. Wir sehen doch, daß das ausländische Fleisch in anderen Ländern konsumiert wird. Die englische Bevölkerung geht nicht daran zugrunde und schwere Krankheiten sind auch nicht dadurch gekommen. Wir haben früher erlebt, daß in der deutschen Marine das amerikanische Büchsenfleisch verzehrt wurde. (Zuruf: Heute noch!) Wenn unsere Marine nicht daran zugrunde geht, warum sollen wir dieses Fleisch nicht auch der ganzen deutschen Bevölkerung zugänglich machen. Uebrigens waren die Gefahren bezüglich der Einfuhr amerikanischen Viehes gewaltig übertrieben. In Amerika herrscht, wie ich gelesen habe, ein guter Gesundheitszustand unter dem Vieh; es wird dort viel mehr dafür getan als bei uns in Deutschland. Als dort im Vorjahre die Maul- und Klauenseuche auftrat, sind 240 Tierärzte tätig gewesen und alle erdenklichen Mittel wurden angewandt, um die Seuche zu unterdrücken. Alles Vieh, das nicht einwandfrei war, ist getötet und verscharrt worden, und nur das Vieh, welches nur wenig von der Seuche zu leiden gehabt hatte, ist in Beobachtungsstationen gegeben worden. Der Staat hat für diese Abschachtungen viele Millionen Dollar bezahlt.

(Der Redner wird vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß er jetzt 15 Minuten lang geredet habe.)

Ich bitte, mir das Wort noch zu lassen; mein Herr Vorredner hat auch lange geredet.

Ich bin überzeugt, daß kein Grund vorliegt, die Seuchengesetzgebung in der Weise für die Agrarier auszunutzen. Ubrigens geben das die Agrarier selbst zu. Die „Agrarpolitische Korrespondenz“ schreibt:

„Die neugeplanten „klinischen Untersuchungen“ sollen also scheinbar so zu verstehen sein, daß mehr Vieh als bisher nach Deutschland hereinkommen kann! Das ist nach Lage der Sache ein mehr als bedauerlicher Beschluß. . .“

Das glaube ich den Herren. Da können Sie lesen, daß es nicht darauf ankommt, das fremde Vieh wegen der Krankheit fern zu halten, sondern damit die hohen Fleischpreise aufrecht erhalten werden können. Ich will mich kurz fassen: Ich möchte Sie bitten, den Beschlüssen der Finanzkommission nicht zu folgen, sondern wenn Sie wirklich Abhilfe schaffen wollen, meine Anregungen anzunehmen, wie sie in meinem Antrage stehen, und den Magistrat zu bitten, seinen ganzen Einfluß beim Ministerium geltend zu machen.

Was nun die Selbsthilfe durch die Stadt betrifft, so muß ich bedauern, daß sich die Finanzkommission auf einen völlig ablehnenden Standpunkt gestellt hat. Die angeführten Gründe halte ich nicht für stichhaltig. Ich gebe ja zu, daß mancherlei Unannehmlichkeiten mit der Ausführung verbunden sein werden, aber die müssen mit in Kauf genommen werden.

Die Anschaffung von Kartoffeln erscheint dringend nötig, denn die Kartoffelpreise sind gegenüber den Preisen vor zwei Jahren um ein Drittel gestiegen. Der Zentner *Magnum bonum* wird mit 4,50 *M* und die besseren Salatkartoffeln mit 5,50 *M* bezahlt. In früheren Jahren kosteten die teuersten 3,50 *M*, also ganz bedeutende Aufschläge sind erfolgt. Das hat bewirkt, daß die ärmeren Arbeiter, die nicht in der Lage sind, so hohe Preise anzulegen, auch jetzt noch keine Kartoffeln haben. Es wird gesagt, es sei jetzt für die Maßregel zu spät, nachdem der Allgemeine Konsumverein Einkäufe in Kartoffeln gemacht und eine große Firma für 5000 *M* Kartoffeln an ihre Arbeiter abgegeben hat. Trotzdem gibt es aber noch Tausende von Arbeitern, die ihren Bedarf noch nicht gedeckt haben. Deshalb glaube ich, daß es noch nicht zu spät, sondern dringend wünschenswert ist, daß hierin etwas geschieht. Daß es schwierig sein sollte, sich mit Gutsverwaltungen wegen der Kartoffellieferungen in Verbindung zu setzen und größere Abschlüsse zu vollziehen, kann ich nicht einsehen. Ich will ja nicht, daß der Herr Oberbürgermeister persönlich einkaufen soll, aber es gibt doch Sachverständige, die im Auftrage des Magistrats den Einkauf ausführen können. In der Finanzkommission wurde befürchtet, es würde leicht Unzufriedenheit über die gelieferten Kartoffeln eintreten können, wie das schon bei der Firma geschehen sei, die Kartoffeln für ihre Arbeiter gekauft habe. Ich glaube nicht, daß dergartiges zu erwarten ist. Wenn die Stadtverwaltung gute Kartoffeln verlangt, warum sollte sie sie nicht bekommen können, wenn sie den Ankauf Sachverständigen in die Hand gibt und die Lieferanten gleich bares Geld bekommen. Daß die Preise jetzt noch so tief sinken würden, wie von einigen Herren angegeben wird, möchte ich bezweifeln. Es mag ja richtig sein, daß durch das Tamtam der Zeitungen die Preise in die Höhe getrieben worden sind, es mag auch sein, daß die Preise noch fallen, aber so schnell wird das nicht gehen. Die Produzenten und Händler werden schon darnach sehen, daß sie ihre gesetzten Preise herausbekommen; sie werden ihre Vorräte an sich halten, um die Preise hochzuhalten. Aus diesem Grunde ist es nötig, daß von seiten der Stadt etwas geschieht.

Die Schlachtung von Vieh wird als außerordentlich schwierig hingestellt, und doch hat man in verschiedenen Städten schon Versuche damit gemacht. Warum sollte es nicht auch hier möglich sein. Wenn allerdings Unkundige die Sache in die Hand nehmen, und die Vieheinkäufe vornehmen wollten, so würde

wohl auch nicht viel dabei herauskommen. Ich meine aber die Schlachthausverwaltung sollte doch wohl in der Lage sein, tüchtige Schlachter ausfindig zu machen und Mittelspersonen zu finden, die den Viehaufkauf zu übernehmen imstande sind. Wenn ein privater Schlachter für sich die Sache besorgen kann, warum sollte das nicht ebenfогut gehen, wenn der Magistrat die Sache in die Hand nimmt? Ich glaube nicht, daß die Schwierigkeit so groß sein wird.

Auch auf die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Seefischen ist hingewiesen worden. Beinahe wäre ja in der Finanzkommission der Versuch mit Seefischen beschlossen worden. Aber die Herren glaubten, die Braunschweiger würden sich nicht an den Genuß der Seefische gewöhnen und es würde ein großer Teil der Fische unverkauft bleiben. Nun dann bestellt man nicht gleich Tausende von Zentnern, sondern fanat erst mit einem kleineren Quantum an. Man sieht gleich nach dem ersten Male schon, wieviel man gebrauchen kann. Ich glaube, daß unsere ärmere Bevölkerung sicherlich gern von dem Anabote Gebrauch machen würde. Warum werden denn im Allgemeinen Konsumverein fortgesetzt bedeutende Quantitäten von Seefischen verkauft? Doch nur, weil die Fische wesentlich billiger abgegeben werden als im Ladenverkehr. Und wenn gesagt wird, es komme nicht viel dabei heraus, die Abnehmer würden so gut wie keinen Gewinn davon haben, so frage ich: Wobon leben denn die Händler mit Fischen? Wenn sie nur einen oder zwei Zentner einkaufen, so müssen sie doch einen höheren Preis bezahlen, wenn aber die Stadt hundert Zentner bezieht, so wird sie bedeutend ermäßigte Preise bekommen. Durchschnittlich kauft der Konsumverein das Pfund Schellfisch für 7 bis 10 Pfennig ein, wofür sie selbstverständlich die kleinen Händler nicht bekommen. Es kommt hinzu, daß die Kleinhändler verhältnismäßig bedeutende Spesen haben, daß dagegen die auf einen größeren Bezug zu verrechnenden Unkosten minimal erscheinen. Für die Abnehmer würde ein bedeutender Gewinn herauskommen auch deshalb, weil die Stadt kein Geschäft machen will, und deshalb die Fische zu bedeutend ermäßigten Preisen abgegeben werden können.

Zum Schluß möchte ich noch einmal hinweisen auf den Erlaß, den der preußische Handelsminister vor einiger Zeit herausgegeben hat. Nebenfalls ist dieser Erlaß der Anstoß dazu gewesen, daß so viele Stadtverwaltungen in der Sache etwas getan haben. Kartoffeln sind von vielen Städten beschafft, ebenso Seefische, der Bezug von Fleisch ist weniger in die Hand genommen. Andererseits sind die Stadtverwaltungen insofern vorgegangen, als sie sich mit den Schlachter-Zünften, ebenso auch mit den Fischhändlern in Verbindung gesetzt und auf diese Weise Einfluß auszuüben gesucht haben, um die Preise im

Interesse ihrer Einwohnerschaft herabzumindern. Hier aber geschah in der Richtung bis jetzt gar nichts.

Der preußische Handelsminister jagt: „Es wird sich im wesentlichen darum handeln, daß — zweckmäßiger Weise durch besonders zu bildende Ausschüsse — mit den Fleischern über eine den Viehpreisen angemessene Festsetzung der Fleischpreise verhandelt wird. Sollten diese Erörterungen keinen Erfolg haben und die Behörden zu der Überzeugung gelangen, daß die Fleischpreise zu hoch sind, so muß dringend empfohlen werden, die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch durch von den Städten einzurichtende Verkaufsstellen in Angriff zu nehmen, wie solches während der vor zwei Jahren herrschenden Fleischsteuerung mehrfach mit Erfolg geschehen ist. Des weiteren käme die Frage der billigeren Beschaffung von Seefischen und ihre Abgabe an die Bevölkerung auf besonders einzurichtenden städtischen Fischmärkten in Betracht. Eine Reihe von Städten ist bekanntlich schon in dieser Richtung mit Erfolg tätig gewesen. Endlich würde noch zu prüfen sein, ob nicht durch den regelmäßigen Bezug von anderen Nahrungsmitteln des Massenverbrauchs, beispielsweise von Kartoffeln und Hülsenfrüchten, Kohllarten, eine Verbilligung der täglichen Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung erreicht werden kann. Um eine solche Wirksamkeit zu erleichtern, hat das Staatsministerium in seiner Sitzung vom 16. September bereits beschlossen, Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen, die Lebensmittel dieser Art zu oder unter den Selbstkosten verteilen, bei dem Bezuge besondere Frachtermäßigungen zu gewähren. Auf diese Sondervergünstigung ist besonders aufmerksam zu machen.“

Vorsitzender: Herr Stadtverordneter Stegmann, Sie haben jetzt 25 Minuten lang gesprochen. § 13 der Geschäftsordnung bestimmt, daß mit Ausnahme des Berichterstatters die Rededauer der Stadtverordneten auf 10 Minuten beschränkt sein soll. Es ist mir immer ein peinliches Gefühl, wenn ich die Herren unterbrechen muß.

Herr Stegmann: Ich werde sogleich schließen.

Sie sehen, der preußische Handelsminister hat in diesem Erlaß dringend an die Stadtverwaltungen appelliert, entweder einen Druck auf die Händler auszuüben oder selbst die Verteilung der Lebensmittel in die Hand zu nehmen, und eine große Anzahl von Stadtverwaltungen haben denselben Standpunkt eingenommen wie der Minister. Auch bei uns ist es noch nicht zu spät dazu. Ich habe schon in der vorigen Sitzung ausgeführt, daß die Steuerung sich im nächsten Frühjahr erst recht fühlbar machen würde, namentlich in puncto Fleischpreise, da das Vieh jetzt wegen der Futternot für billigen Preis von den kleinen Bauern

losgeschlagen werden muß. Man sollte unbedingt in Braunschweig nicht hinter den andern Städten zurückstehen. Es wäre geradezu beschämend für Braunschweig, wenn es für seine ärmere Bevölkerung nichts tun wollte.

Vorsitzender: Der § 13 der Geschäftsordnung legt mir das unangenehme Amt auf, die Herren in ihren Reden zu unterbrechen, wenn die vorgesehene Rededauer überschritten wird. Ich bitte die Herren, diesen Paragraphen zu beachten und mich nicht in die Lage zu versetzen, entweder diesen Paragraphen zu übergehen oder den Redner unterbrechen zu müssen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wenn die geehrten Herren den ersten Teil des Antrags Stegmann in der Fassung, wie er in der Kommission abgeschwächt ist, annehmen sollten, so würde selbstverständlich der Magistrat zu der Frage Stellung nehmen. Obwohl der deutsche Städtetag in der wichtigen Fleischverorgungsfrage einen Beschluß gefaßt hat, der ziemlich wörtlich auf dasselbe hinausgeht, was die Finanzkommission empfiehlt, so wird es doch gewiß erwägenswert sein, ob es gerade in Braunschweig angesichts seiner blühenden Wurst- und Fleischwaren-Industrie zweckmäßig ist, mit dem Antrage an das Ministerium heranzutreten, und auch seitens des Ministeriums wird die Frage der Aufrechterhaltung der Grenzsperrn einer sorgfältigen Nachprüfung zu unterziehen sein. Was über den zweiten Teil des Antrages, die Versorgung der hiesigen Einwohnerschaft durch Ein- und Verkauf seitens der Stadt betrifft, so darf ich auch im Einvernehmen mit allen meinen Herren Kollegen im Stadtmagistrat dringend bitten, auf einen derartigen Vorschlag nicht einzugehen. Zunächst muß festgestellt werden, daß ein zwingender Grund zu einer derartigen, vollkommen ungewöhnlichen Maßregel nicht vorliegt, daß im besonderen — wie ich in der Kommission ausführlicher dargelegt habe, als es hier nötig sein wird — die Preise für Seefische in unserer Stadt sich keineswegs auf der Höhe halten, wie z. B. in Berlin. Das hängt zum Teil mit den Frachtverhältnissen, zum Teil mit andern Umständen zusammen. Auch darauf möchte ich hinweisen, daß ein Nachlassen der Preise für Kartoffeln bemerkbar ist, wie ich Gelegenheit hatte, als Vorsitzender der Pflegehausdeputation im Laufe der letzten Wochen zu beobachten. Vor allem möchte ich aber auf das höchst Bedenkliche einer Maßregel, wie es der Einkauf von Fischen und Verkauf zum Selbstkostenpreise sein wird, hier aufmerksam machen. Wenn ein unbilliger Vorteil dem Zwischenhandel erwüchse, würde man wohl sagen können, daß es an der Zeit wäre, in dieser Frage mit Entschiedenheit vorzugehen, auch wenn es sich um ungewöhnliche Maßregeln handelt. Ich habe nun einmal feststellen lassen, wie es in Braunschweig mit dem Fischhandel bestellt ist, und glaube nach den mir gewordenen Zahlen sagen zu

müssen, daß damit nicht viel Seide gesponnen wird, wenn man von einigen Geschäften absehen will. Es bestehen 38 Fischhandlungen in Braunschweig. Von diesen sind 5 steuerfrei, 12 haben nur ein Einkommen bis zu 1000 *M* und 5 bis zu 1500 *M*. Es halten sich also 22 von den 38 Handlungen in den höchst bescheidenen Einkommengrenzen bis zu 1500 *M*. Geht man nach der Veranlagung zur Gewerbesteuer, so kommt man zu einem ähnlichen Ergebnisse. 8 Handlungen bezahlen 2 *M*, 4 4 *M* 6 9 *M*, 3 12 *M*, also 21 von diesen 38 Geschäften nur bis zu 12 *M*, die übrigen bis zu 18 *M*. Zwei Drittel dieser Geschäfte gehören zu den Kleinsten der Kleinen, und im höchsten Grade wäre es bedenklich, wegen eines Zustandes, der, soweit es sich um Seefische handelt, keineswegs als Notlage bezeichnet werden darf, hier jetzt einzugreifen und Veränderungen zu treffen, die ganz unabsehbare Folgen haben könnten. Ich bin fest überzeugt, daß Sie als Vertreter der Bürgerschaft sich dessen bewußt sein werden, daß es sich hier um Mitbürger handelt, die Anspruch auf einen gewissen Schutz haben und darauf, daß nicht die Grundlage der ganzen Verhältnisse ihres mit bescheidenem Gewinn betriebenen Handels verschoben wird.

Was von den Fischhandlungen gesagt ist, das gilt auch — wie ich mir von jemand, der in dieser Beziehung sachverständiger ist als ich, habe sagen lassen — von den Gemüsehandlungen. Es sind das hier etwas über hundert und dazu gehören eine große Anzahl von Witwen oder Frauen von Arbeitern in bescheidenen Verhältnissen, die sich eine kleine Einnahme hierdurch geschaffen haben. Alle Achtung vor denjenigen, die sich auf diese Weise durchs Leben zu schlagen versuchen. Man soll darauf Rücksicht nehmen und ihnen nicht die Butter vom Brote nehmen. Deshalb empfehle ich, auf einen derartigen Antrag nicht einzugehen. Abgesehen von der Schwierigkeit, die in Betracht kommt — die Mühe würden wir nicht scheuen, wenn wir überzeugt wären, daß es sich lohnt — glaube ich nachgemessen zu haben, daß die vorgeschlagenen Maßregeln nicht zweckmäßig, sondern geradezu schädlich sind.

Herr S e n k i n g: Herr Stegmann hat eine Bemerkung gemacht, die mich unangenehm berührt hat: daß die Seuchengesetzgebung nur im Interesse der Großgrundbesitzer gemacht wäre. Ich begreife nicht, wie jemand solch eine kühne Behauptung aufzustellen vermag! Was für eine kolossale Gefahr entsteht nicht nur für den Viehbestand selbst, sondern auch für die Konsumenten, wenn Seuchen eingeschleppt werden, wie z. B. Brustseuche, Milzbrand und andere. Herr Stegmann weiß doch, was für Gefahren durch die Tuberkulose der Rinder und derartige Krankheiten für die Bevölkerung entstehen. Man braucht gar nicht von den Agrariern und von den Viehzüchtern zu sprechen, sondern nur auf die Konsumenten hinzuweisen.

Herr Dr. Wolters hat an mich als Arzt die spezielle Frage gerichtet, ob es für uns empfehlenswert sei, wenn gefrorenes Fleisch bei der nicht zu verkennenden Fleischteuerung eingeführt würde. Da möchte ich — soweit mir das aus dem Studium der Literatur bekannt ist — vor einem derartigen Bezuge warnen. Fleisch wird von Australien und Argentinien in gefrorenem Zustande massenhaft versandt, aber es ist charakteristisch, daß bei dem gefrorenem Fleisch, wenn es in den Haushalt kommt und auftaut, sofort eine intensive Veresung eintritt. Ist es denn aber notwendig, daß wir bei unsern Gewohnheiten verbleiben und beim Fleischgenuß in der Ausdehnung verharren, wie er solche nun einmal angenommen hat? Würde der Herr Antragsteller und seine Freunde nicht besser tun, wenn sie in ihren Kreisen für weitere Aufklärung bezüglich der Ernährung des Menschen Sorge trügen? Es gibt eine Menge Erjatzmittel für Fleisचेitweiß, z. B. in den Hülsenfrüchten, wie ja den Herren bekannt sein wird. Es ist schon früher hier von den Japanern die Rede gewesen, die wenig Fleisch genießen, sich mehr an Reismahrung halten und dabei tüchtige Leistungen zeigen. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß man seine Lebensgewohnheiten und seinen Haushalt natürlich etwas ändern muß, wenn eine solche enorme Steigerung der Preise eintritt.

Im ganzen bin ich sehr mit dem einverstanden, was die Kommission vorgeschlagen hat.

Herr Altmann: Gerade die letzten Ausführungen des Herrn Vorredners veranlassen mich, das Wort zu nehmen. Der Herr Vorredner hat unter anderm die Behauptung aufgestellt, daß es unrichtig wäre, wenn Herr Stegmann gesagt hätte, daß die Grenzsperrren und diverse andere Maßregeln — er hat das auf die Untersuchung von geschlachteten Tieren bezogen — lediglich zugunsten der Landwirtschaft getroffen wären. Wer die Reichstagsverhandlungen und die Berichte der Zeitungen, die ungeschminkt darüber berichten, liest, wird sehen, daß da unumwunden zugegeben ist, daß diese Art der Grenzsperrungen lediglich zugunsten der großen Landwirtschaft eingeführt sind. Wer das bestreitet, muß zweifellos die Bemerkungen der Regierungsvertreter nicht verfolgt haben. Es ist immer bei diesen Maßregeln hervorgehoben, daß es sich lediglich um die notleidende Landwirtschaft handelt und zu hundert Malen ist festgestellt, wenn Vieh von auswärts eingeführt ist, daß alles andere, bloß das nicht zugetroffen ist, daß unser Vieh im allgemeinen seuchenfreier und das vom Auslande verpestet wäre. Im speziellen ist an der Grenze von Dänemark festgestellt, wieviel Tiere dort krank waren und wieviel in den Bezirken des Deutschen Reiches. Daß ohne weiteres zutrifft, daß unser deutsches Volk mit schlechterer Fleischkost versorgt würde, wenn man die Grenzen weniger absperrt, kann man nicht behaupten, es widerspricht dem, was in aller Öffentlichkeit festgestellt ist.

Was die Getreidezölle betrifft, so ist hier schon von Herrn Stegmann darauf hingewiesen, daß nicht einmal 25 Prozent der Bevölkerung Deutschlands von den hohen Zöllen Nutzen haben. Daß die hohen Getreidezölle unsere Getreidepreise erhöhen, ist zu hundert Malen anerkannt. Es ist richtig, daß unser Getreide verteuert wird, wenn ein Teil davon über die Grenze geschafft wird, und die es über die Grenze schaffen, wissen, was sie dabei haben. Wenn das Getreide um 50 *M* per Tonne billiger wird, das möchte die Landwirtschaft sehr ärgern, ich aber bin der Meinung, daß außerordentliche Zeitläufte auch außerordentliche Maßnahmen erfordern. Es wird nicht bestritten, daß eine Teuerung besteht, nur wird behauptet, daß die Teuerung noch nicht so schlimm wäre, daß solche außerordentlichen Maßnahmen erforderlich sind, wie sie hier vorgeschlagen werden. Das ist doch aber von anderen Städteverwaltungen anerkannt.

Über den Fischhandel ist manches Richtige, aber auch manches Unrichtige gesagt. Ich weiß nicht, warum es Berlin besser soll bewerkstelligen können, Seefische im großen zu beziehen. Ob von Geestemünde nach Berlin ein ganzer Zug mit Fischen fährt von vielleicht 50 Waggons oder nach hier nur ein Wagen, ist ganz ohne Bedeutung. Der eine Wagen kommt in denselben Fischzug wie 10 andere Waggons, die nach Leipzig oder Dresden fahren. Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg sagt, es sei hart für die hiesigen Fischhändler, wenn sie durch einen stadtseitigen großen Fischbezug geschädigt würden, da sie nur kleine Einkommen hätten, so beweist das nur, daß wir es hier nur mit einem so kleinen Fischhandel zu tun haben, daß dadurch ein notwendiges Lebensmittel verteuert wird. Denn kleine Firmen verteuern nur unnötig die Fische und es würde in solcher Zeit der Lebensmittelnöte angebracht sein, daß von seiten der Kommune eingeschritten würde, um Seefische, die einen guten Ersatz für Fleischnahrung bieten, billig zu beschaffen.

Was der Herr Vorredner speziell von dem gefrorenen Fleische vorgetragen hat, dürfte kaum zutreffen. Ich weise darauf hin, daß viele Tausende von Gänsen in gefrorenem Zustande bei uns eingeführt werden und keiner von uns wird wahrgenommen haben, daß sofort die Fäulnis des Fleisches eingetreten ist, wenn der Frost aus dem Vogel gewichen war. Allerlei dergleichen Dinge werden immer aufgetischt und dem Volke vorgehalten, um die Meinung hervorzurufen, als ob man die Grenzen nur abschöpfe, um das Volk vor Schaden zu schützen.

Der Herr Kommissionsreferent hat noch angeführt, daß die ostpreussischen Provinzen gar nicht in der Lage wären, Getreide mit Nutzen nach hier auszuführen. Warum das nicht sein kann, weiß ich nicht. Wegen des bißchen Fracht? Aus Posen werden viele Dinge nach hier transportiert, warum nicht auch Getreide? (Herr Leue: Die Einfuhr nach dem Westen Deutschlands ist gemeint.)

Wenn das Getreide bis hierher transportiert würde, so würde das auch mitwirken zur Herabsetzung der Getreidepreise. Und bis Berlin hin haben wir ja Wasserstraßen, auf denen die Fracht billig ist. Durch die hohe Fracht also würde die Unmöglichkeit, Abhilfe der hohen Preise zu schaffen, sich nicht ergeben. Wenn das Getreide jetzt auf 185 *M* steht, so würde es im Osten mit 135 *M* abgegeben werden können, und wenn auch ein paar Mark Fracht darauf kämen, so würde das deutsche Volk durch die Überführung nach dem Westen noch immer billigeres Getreide haben als heute. Es ist nicht richtig, daß wir in dem Sinne des Wortes eine Teuerung zu haben brauchten, denn der Osten Deutschlands hat in Getreide eine vortreffliche Ernte gehabt und hier bei uns ist die Ernte immer noch relativ gut zu nennen gewesen. Es ist geradezu eine Sucht, die Preise in die Höhe zu schrauben. In Gemüse und dergleichen ist allerdings eine Mißernte gewesen, auch der Preis der Hülsenfrüchte ist in die Höhe gegangen. Nebenbei wurde erwähnt, die Arbeiter könnten sich an Reisknahrung halten, aber auch der Preis dafür ist höher geworden. Und wenn das auch geschähe, wenn auch die Lebensgewohnheiten geändert würden, so würde noch immer eine bedeutende Teuerung bestehen, denn die erhöhten Preise für fast alle Lebensmittel kommen hier in Betracht.

Die ganze Materie kann ich in der Kürze der Zeit nicht besprechen, und da im allgemeinen auch Unlust vorliegt, weiteres zu hören, so will ich mich nicht weiter verbreiten, sondern nur noch empfehlen, den Antrag Stegmann anzunehmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: So kühn war ich nicht, daß ich geglaubt hätte, die Herren Stegmann und Ahmann mit meinen Ausführungen zu überzeugen. Handelt es sich um Großgrundbesitz, so können wir von den Herren hören, daß er sich die Taschen füllt, und daß es richtig wäre, wenn ihm einmal die Zähne gezeigt würden. Handelt es sich um kleine Existenzen, wie die, deren Verhältnisse ich vorhin dargelegt habe, dann sagen die Herren leichten Herzens: Das sind nicht leistungsfähige Leute, es ist weiter kein Unglück, wenn ihnen in diesem Falle die Möglichkeit zum Erwerbe genommen wird. Mit einer derartigen Volkswirtschaft will, glaube ich, die Mehrheit der geehrten Herren nichts zu tun haben.

Herr Stegmann: Herr Stadtrat von Frankenberg sagte vorhin, es läge kein zwingender Grund vor, daß die Stadt mit solch ungewöhnlichen Maßnahmen vorgehe. Wenn jetzt noch kein zwingender Grund vorliegt, nachdem der Städtetag, zahlreiche Stadtverwaltungen und viele Handelskammern dies Vorgehen empfohlen haben, wann soll er denn vorliegen? Doch nicht erst dann,

wenn die Bevölkerung auf der Straße verhungert? Der Herr Stadtrat hat sein warmes Herz für die kleinen Kartoffel- und Fischhändler bekundet. Mehr wert wäre es gewesen, wenn er sein warmes Herz für die große Masse der Bevölkerung entdeckt hätte, und wenn er dafür eingetreten wäre. Ich bin der Meinung, daß wir keinen Kleinhandel mit Kartoffeln anfangen und sie vierstückerweise abgeben sollen, sondern daß wir große Bezüge machen und sie in Quantitäten von etwa einem Zentner ab an die kleinen Leute abgeben. Was die Fischhändler betrifft, so könnte eine Schädigung derselben wohl eintreten, aber daß eine große Schädigung bewirkt würde, bezweifle ich. Ein großer Teil des Bürgertums würde sich an dem Kauf nicht beteiligen, manchem paßt es nicht, in das Gedränge zu gehen und zu nehmen, was dort gerade zu bekommen ist, denn eine Auswahl zu treffen, würde wohl nicht möglich sein. Es handelt sich darum, einen Ersatz für die teure Fleischnahrung zu schaffen, und die Bevölkerung hätte einen Vorteil davon. Sein gutes Herz soll man der Allgemeinheit entgegenbringen und nicht nur einer kleinen Anzahl der Einwohner.

Von Herrn Dr. Henking wird behauptet, daß die Seuchengesetze nicht nur im Interesse der Agrarier beständen. Ich bedauere, daß Herr Dr. Henking so naiv ist, zu glauben, daß sie im Interesse des deutschen Volkes bestehen. Wer das heute nicht begriffen hat, dem ist nicht zu helfen. Wenn das Vieh aus Dänemark zehn bis vierzehn Tage in Quarantäne liegen muß, was an die 50 *M* Kosten verursacht, und wenn dann noch der hohe Zoll bezahlt werden muß, so ist das einem vollständigen Verbote der Einfuhr gleichzuachten. Und wenn nur ganze Tierkörper mit Lunge und Herz eingeführt werden dürfen, so weiß jeder, daß das ein Unding ist, denn mit diesen Weichteilen geht leicht der ganze Tierkörper in Verwesung über. Sodann sagte Herr Dr. Henking, es wäre besser, wenn wir für Unterricht in der Ernährung in unseren Volkskreisen sorgten. Wir tun, was durch die Partei und die Gewerkschaft zur Erziehung des Volkes möglich ist. Gerade in der organisierten Arbeiterschaft ist die Kenntnis über eine vernunftgemäße Ernährung gut vorwärts gegangen. Aber daß wir sagen sollen: „Eßt kein Fleisch, ernährt euch von Hülsenfrüchten!“ das werden wir nicht tun. Damit wird sich der Herr an eine andere Adresse richten müssen, an die Kreise, wo zu viel Fleisch gegessen wird. Die arbeitende Bevölkerung bekommt viel zu wenig Fleisch zu essen. Außerdem kommt in Betracht, daß der Teil der Bevölkerung in den Großstädten, der keine schwere Arbeit zu verrichten hat, die Hülsenfrüchte überhaupt schwer verdauen kann. Für die ist es dringend nötig, daß sie leicht verdauliche Fleischnahrung bekommen.

Herr Jasper: Der Herr Stadtrat hat meinen Freunden und vielleicht auch mir den Vorwurf gemacht, daß wir leichten Herzens wären. Leichten

Herzens zu sein ist gut, wenn man ein Brockenfest begeht (Bewegung), aber hier scheint mir doch bei dem Magistrat und bei der Mehrheit der Versammlung ein leichtes Herz wenig angebracht zu sein, wenn Sie hier ganz platonisch davon reden: Wir wollen mit der Kommission wenigstens etwas petitionieren. Sie wollen den Magistrat ersuchen, durch das Ministerium Ihren Wünschen an die Reichsregierung in einer etwas abgemilderten Form Rechnung zu tragen, die auf Beseitigung dessen gehen, was Sie und Ihre Parteifreunde früher geschaffen haben, die auch die berühmten Ein- oder Ausfuhrscheine zustande gebracht haben. Ich glaube, das kann man leichtes Herzens nennen, wenn man solch eine platonische Liebe, diesmal in der Kommission, hatte, aber beim Handeln doch vollkommen versagt. In dem Artikel, dessen Verfasser Herr Dr. Wolters als vollkommen sachunkundig bezeichnet, in dem Artikel des Herrn Oberbürgermeisters von Bosen, ist ganz richtig ausgedrückt, daß derartige platonische Wünsche sehr wenig der Bevölkerung helfen, sondern daß vielmehr praktische Maßnahmen Platz greifen müssen. Nun wundere ich mich, daß Herr Dr. Henking, wie es nach seinen Worten den Anschein hat, die Teuerung und die Not bestreiten will, obwohl sie doch von Herrn Dr. Wolters und von dem Herrn Kommissionsreferenten zugegeben ist. Ich weiß nicht, wie man dazu kommen kann, die Teuerung zu bestreiten, und wie man mit derartigen Ratschlägen ihr begegnen will, wie man mit Rezepten noch kommen will, die jetzt schon in den Schulen genügend verbreitet werden. Ich weiß nicht, ob Herr Dr. Henking das Kochbuch von Inspektor Oppermann und seiner Freundin, die daran mitgearbeitet hat, kennt, in dem angegeben ist, wie für 8 Pfennig eine schmackhafte und nahrhafte Suppe für 5 Personen gekocht werden soll. Ich verstehe nicht soviel vom Haushalt wie Herr Dr. Henking, aber ich habe verschiedenen Hausfrauen das Rezept vorgelegt, und es wurde mir gesagt: Da müßte in der Schule doch noch etwas anderes sein, oder es müßte noch ein anderes Wasserwerk gebaut werden, wenn nach dem Rezept verfahren werden sollte. Nach diesem Rezept scheint der Vorsitzende des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege den Arbeiterhaushalt einrichten zu wollen. Man redet so viel, gerade von ärztlicher Seite, gegen die Unterernährung des Volkes; mit derartigen Sachen zu kommen, das geht doch zu weit. Im Gegensatz zu Herrn Dr. Wolters halte ich den Artikel von Witting für beachtlich und halte es ebenso für beachtlich, daß zu gleicher Zeit in den beiden bürgerlichen Organen, die hier die weiteste Verbreitung haben, gleichartige Stimmen laut werden. In der Landeszeitung sowohl wie in den neuesten Nachrichten wurde die Teuerung anerkannt und Artikel veröffentlicht, nach denen auch vom Standpunkte der hinter diesen Blättern stehenden Parteien dringend wünschenswert erscheint, daß von seiten der städtischen Organe etwas gegen die Teuerung geschehe; hier sieht man darüber hinweg. Wenn Sie unsere

Anträge bekämpfen, weil sie von unserer Seite kommen, so sollten Ihnen doch diese Stimmen beachtlich erscheinen. Sie sehen, wir vertreten die große Mehrheit der Bevölkerung viel besser, als Sie meinen. Die Not läßt sich nicht leugnen, und außergewöhnliche Zustände erheischen außergewöhnliche Mittel. Das hat die Regierung anerkannt; nur macht es die Regierung, wie es die Kommissionsmehrheit zu machen beliebt. Die Regierung sagt: Wir wollen den Eisenbahntarif etwas ändern, kleine Maßnahmen treffen, im übrigen empfehlen wir, Notstandsmaßregeln zu treffen, den Gemeinden. Von der preussischen Regierung ist hierauf besonders hingewiesen. Nun kommen wir als Mitwirkende im Gemeinderate und sagen: Bitte Gemeinde, tue etwas! Dann wieder wird das ein undankbarer Weg geheißen, man kommt mit leichtem Herzen, wie Herr Stadtrat von Frankenberg äußerte, und sagt: „Wir wollen Brosamen vom Tische des reichen Herrn geben.“ Gewiß, das mag gut gemeint sein, ich glaube aber, daß gerade wegen der außergewöhnlichen Umstände das auf keinen Fall ausreichend ist und daß das Ziel, welches die Herren sich dabei gesteckt haben, nicht erreicht werden wird. Zum mindesten müßten dann hierfür ganz andere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es müßte die Anregung befolgt werden, die Herr Mohr in der Kommission gegeben hat, daß ein besonderer Dispositionsfonds in namhafter Summe für diesen Zweck zur Verfügung gestellt würde, damit die notwendigsten Nahrungsmittel abgegeben werden können, wo es nottut.

Der Haupteinwand aber richtet sich gegen die Durchführbarkeit dieses Vorschlages, und da glaube ich, kann nur der Versuch dafür ausschlaggebend sein, ob dieser von uns vorgeschlagene Weg zum Ziele führt. Geschehen muß etwas. Wer etwas Besseres weiß, mag es vorschlagen; wir sind gern bereit, es zu erwägen. Auch damit schlägt uns der Herr Stadtrat nicht, daß er nun ein hohes Lied auf die armen Händler anstimmt, die überaus geschädigt würden, wenn der Vorschlag hinsichtlich des gemeinschaftlichen Seefisch-Ein- und -Verkaufs zur Wahrheit gemacht würde. Auch der Verkauf der Seefische bedarf rühriger Hände. Herr Stadtrat von Frankenberg wird kaum die Seefische selber verkaufen wollen; dazu werden Fachleute notwendig sein, und man könnte sehr wohl das Beispiel Berlins befolgen, daß die Händler zum Verkaufe mit herangezogen werden, natürlich nicht umsonst aus Bürgerpflicht oder als Freiwillige Feuerwehr, sondern gegen Lohn, und die kleinsten der kleinen Händler würden sich bei der Tätigkeit, die sie dann betreiben, besser stehen als jetzt in ihrem kümmerlichen Dasein.

Die Ursache der Teuerung liegt im übrigen wohl zu einem guten Teile an den Händlern, aber nicht an den Fischhändlern, für die der Herr Stadtrat so warm gesprochen hat, sondern sie ist zu suchen bei den Korn- und Viehhändlern,

bei einem Teile der Fleischer, sie ist zu suchen in der ganzen Organisationslosigkeit unserer ganzen Volkswirtschaft. Darauf wird in ganz netter Weise, wie man das gar nicht gewohnt ist, von rechts aus hingewiesen. Jetzt, wo die Not da ist, sieht man ein, daß eine Fehlerquelle vorhanden ist, und da ist es jetzt, wo die andern Instanzen versagen und diese Not beseitigt werden muß, an der Zeit, daß von der Gemeinde aus sofort etwas geschieht. Ghe wir uns an Chinesen-nahrung gewöhnen, wollen wir lieber von städtischer Seite aus versuchen, ob nicht in den altbewährten Bahnen unserer Kost etwas Besseres für die notleidende Bevölkerung geschaffen werden kann.

Herr Hartung: In gewissem Sinne hat der Herr Vorredner ausgeführt, worauf ich aufmerksam machen wollte. Ich glaube, daß es wohl eines Versuches wert ist, entsprechende Nahrung durch die Stadt herbeizuschaffen. Allerdings die Beschaffung von frischem Fleisch ist bei uns untunlich. Hätten wir hier einen Viehmarkt, so würde wohl auch das gehen. Aber wie nun einmal in hiesiger Gegend der Vieheinkauf sich vollzieht, ist es ausgeschlossen, daß die städtische Verwaltung im kleinen stückweise das Vieh zusammenholen läßt. Das kann eine Behörde nicht und wenn ihr auch wirklich sachverständige Leute vom Rieselgut zur Verfügung ständen. Dagegen sehe ich nicht ein, warum unsere Gemeinde nicht einmal einen Versuch mit dem Bezug von Seefischen machen soll. Ich verkenne nicht, daß die Bedenken, die in der Kommission zur Sprache gebracht sind, durchaus nicht leichten Herzens abzuweisen sind, aber daß sie durchschlagend sind, daß die Sache undurchführbar sei, vermag ich nicht anzuerkennen. Auch für den Bezug von Kartoffeln glaube ich, daß sich Leute finden würden, die dem Magistrat zur Seite stehen könnten, und daß wir einen Versuch machen könnten. Was die kleinen Fischhändler betrifft, so würde man den Leuten damit helfen können, daß man sie beim Fischhandel mit beschäftigt. Es ist auch nicht gesagt, daß mit dem Bezuge von Seefischen der Fischhandel den Leuten ohne weiteres vollständig aus der Hand genommen würde. Ferner glaube ich, wenn wir dem Kommissionsantrage einmütig zustimmen, wird es nicht wesentlich sein, ob der Antrag diese oder jene Fassung hat. Die Hauptsache ist, daß unsere Gemeinde ihre Stimme erhebt und sagt: Es liegt Veranlassung vor, daß die Reichsregierung bei den außerordentlichen Verhältnissen derartige Fragen in Erwägung nimmt, daß wir zu erkennen geben, daß unsere große Gemeinde Interesse daran hat, diese Frage in Gang zu bringen. Ich bin also in der Beziehung einverstanden mit dem Antrage wie ihn die Kommission vorge schlagen hat. In Rücksicht auf den zweiten Teil des Antrages möchte ich anheimgeben, den Magistrat zu bitten, einen Versuch mit dem Bezuge von Kartoffeln und von Seefischen zu machen. Sollte es wirklich eintreten, daß eine solche Doppelladung Seefische nicht abge-

setzt wird, so würde das ein so beträchtlicher Schaden für die städtische Kasse nicht sein; es wäre immer noch die Möglichkeit, durch Herabsetzung der Preise die Fische zu verkaufen und ein Verderben der Ware zu vermeiden.

Herr S e n k i n g: Herr Dr. Jasper hat gesagt, ich hätte die Teuerung geleugnet. Ich wüßte nicht, daß ein derartiger Ausdruck von mir gebraucht ist. Ich habe nur behauptet, es sei keine Fleischnot vorhanden. Mir ist gesagt, in Vieh sei noch ein so großes Angebot, daß die Besitzer ihr Vieh nicht los werden könnten. Wenn das der Fall ist, so spreche ich nicht von einer Fleischnot, sondern von einer Fleischteuerung.

Meine Auffassung über den Ersatz des Fleisches habe ich den Herren mit kurzen Worten dargelegt. Es liegt nicht darin ausgesprochen, daß man kein Fleisch zu essen brauche; ich muß zurückweisen, daß man mir derartiges in den Mund legt. Aber das habe ich gesagt, daß man den Fleischgenuß einschränken kann, und zwar mit gutem Erfolge. Denken Sie an unsere Väter und Großväter und was die geleistet haben. Es ist nicht richtig, wenn man von Unterernährung wegen zu geringer Fleischkost spricht.

Was den Seefischbezug anbetrifft, so tut es mir leid, daß Herr Dr. Jasper die Bestrebungen des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, die ich angeregt habe, ins Lächerliche gezogen hat. Das ist eine billige Methode. Er hat es scheinbar nicht der Mühe wert geachtet, sich bei den Kursen umzusehen, sonst würde er wissen, welche freundige Zustimmung diese Bestrebungen gefunden haben und wie groß der Dank ist, den wir aus einfachen Kreisen gefunden haben. Wir haben es ja nicht des Dankes wegen getan, sondern der Sache wegen, in dem Bestreben, den Seefischgenuß zu heben.

Wie Herr Dr. Jasper dazu kommt, dem Inspektor Oppermann lächerliche Motive unterzuschieben, verstehe ich nicht. Wenn er erwähnt, daß man mit 8 S ein Mittagbrot soll herstellen können, so finde ich das kleinlich. Es steht in dem Buche, wie eine billige Suppe aus Fischresten hergestellt werden kann. Richtig ist, daß vieles in den Mülleimer wandert, was man noch ausnützen kann, und für solche Winke sollte man dankbar sein, aber nicht sie ins Lächerliche ziehen.

Dem Vorschlage des Herrn Stadtverordneten Hartung möchte ich auch beipflichten, gerade bezüglich der Seefische. Ich halte es sehr wohl für ausführbar, daß eine Wagenladung Seefische bestellt und verteilt werden kann. Schwierig ist ja allerdings, wie die Sache gehandhabt werden soll, es wird so einfach nicht sein. Doch würde ich mehr dafür sein, daß die Stadt als Arbeitgeber den Bezug für

ihre eigenen Arbeiter ausführt, gerade so wie z. B. die Fabrik von Ronegen für ihre Angestellten Bezüge gemacht hat.

Herr Kleinflecht: Mit dem ersten Teile des Kommissionsantrages bin ich vollständig einverstanden und im wesentlichen wird wohl auch der Herr Antragsteller die Gründe billigen, die von seiten der Kommission dafür angeführt sind, wenn er auch glaubt, daß von den städtischen Behörden weitergegangen werden könne. Mit der Erledigung des zweiten Teiles des Antrages durch die Kommission kann ich mich aber nicht recht einverstanden erklären. Wir tut leid, daß aus diesen gesunden Anregungen nichts herausgekommen ist, und ich glaube, daß doch etwas geschehen mußte, wenn auch nicht ganz in der Weise, wie es sich der Herr Antragsteller gedacht hat. Ich vertenne nicht die großen Unannehmlichkeiten, die die Stadtverwaltung hat oder haben kann, wenn sie große Einkäufe macht und vielleicht nicht das Richtige erreicht, wenn vielleicht, wie das bei den hiesigen großen Firmen vorgekommen sein soll, die Käufer über Mangelhaftigkeit der Ware sich beklagen würden. Ich vertenne auch nicht, daß es eine unangenehme Sache ist, die Klein Händler auf diese Weise zu schädigen, und das ist für mich wohl der wichtigste Grund, der dagegen sprechen könnte. Es ist unsere Pflicht, den Kleinhandlern beizustehen und nicht zugunsten einer größeren Menge, die etwas Vorteil hat, die Existenz dieser kleinen Leute vollständig aufs Spiel zu setzen. Aber wäre es nicht möglich, auf irgendeine andere Weise Hilfe zu schaffen? Es ist verschiedentlich gesagt, daß der Zwischenhandel insbesondere bei den Kartoffeln große Vorteile einheimst. Wäre es nicht möglich, daß von der Stadtverwaltung ein Druck ausgeübt würde? Wie das geschehen soll, kann ich noch nicht sagen. Es müßte vielleicht eine Verbindung mit den Leuten angeknüpft und ihnen gesagt werden: Ihr müßt so und so verkaufen; ihr könnt gemeinsam in großen Mengen einkaufen. Es könnte die Markthallengebühr und die Gebühr für die Stände auf dem Altstadtmarkte verringert werden. Sympathisch erscheint mir auch, was Herr Dr. Jasper anregte, daß man die kleinen Händler bei dem Verkaufe der Kartoffeln und der Seefische mit berücksichtige und ihnen damit den entgangenen Verdienst ersetze. Es ließe sich doch einmal darüber sprechen, aber daß gar nichts bei dem Antrage herauskommt, ist mir nicht sympathisch. Gerade einen Versuch mit dem Verkauf der Seefische halte ich für besonders wünschenswert. Wir haben durch den Verein für öffentliche Gesundheitspflege nicht nur deshalb Seefischkochkurse eingerichtet, um den Leuten ein billiges Nahrungsmittel zu zeigen, sondern auch, um sie darauf hinzuweisen, daß Seefische eine vorzügliche, schmackhafte und nahrhafte Kost sind. Daß das mit der Anfuhr eines Waggons Seefische noch einmal allen Leuten

demonstriert wird, ist auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus zu wünschen. Ich möchte den Magistrat bitten, zu erwägen, auf welche Weise der Versuch einmal angestellt werden könnte. Gelingt er nicht, dann hat man wenigstens den Versuch gemacht.

Herr W o l t e r s: Ich muß bekennen, daß ich der Meinung, die von den Herren Stadtverordneten Hartung und Kleinfnecht bezüglich eines Versuches mit den Seefischen geäußert ist, anfänglich sympathisch gegenüberstand, ich bin aber durch die Verhandlungen in der Kommission anderer Meinung geworden. Ich bin in der Lage, Zahlen beibringen zu können über den Verkauf von Seefischen durch andere Städte. Es ist bekannt, daß Berlin-Wilmersdorf und Schönebeck Seefische in ganzen Fischzügen bezogen haben und daß diese Fische in 7 oder 8 Markthallen verkauft worden sind. Die Preise sind mir zu Händen und ich habe sie in der Kommission vorgetragen. Herr Stadtrat von Frankenberg hatte die Güte, die hiesigen Fischpreise damit in Vergleich zu stellen. Das Resultat ist, daß die hiesigen Händlerpreise keineswegs teurer sind als die aus dem Seefischzuge bezahlten Preise, im Gegenteil, die Berliner Preise stellten sich sogar höher als die hiesigen Händlerpreise. Wünschen Sie die einzelnen Zahlen, so bin ich bereit, sie vorzulesen. Diese Tatsache deckt sich mit der Meinung, die in der Kommission vertreten war, daß in Wirklichkeit die Möglichkeit, bei direkten Bezügen durch die Stadtverwaltung billiger zu verkaufen als die Händler, nicht vorhanden ist.

Herr M a n n: Die Art, wie der Herr Stadtrat von Frankenberg zu antworten beliebte, hat deswegen auf mich keinen Eindruck gemacht, weil es mir so vorkam, als wenn er nur schildern wollte, daß ich für die Bekämpfung des Mittelstandes eintrete. Mir klang das nach Sozialistenrichterei. Daß ich gesagt habe, die 38 Klein Händler seien mir gleichgültig, davon kann keine Rede sein. Ich habe darauf hingewiesen, wie schlecht wir gestellt wären, wenn wir auf die unglücklichen Existenzen Rücksicht nehmen und damit die ganze große arbeitende Bevölkerung leiden lassen wollten. Das halte ich durchaus für sozialpolitisch und richtig. Ich befinde mich damit in guter Gesellschaft, so daß ich glaube, kein einziger außer dem Herrn Stadtrat wird einsehen, daß ich damit einen wirtschaftlichen Verrat begangen habe. Nicht mit Unrecht hat Herr Dr. Jasper darauf hingewiesen, daß diese Leute gerade beim Fischverkaufe beschäftigt und dadurch einzelnen bessere Beschäftigung und Zahlung gegeben werden könnte, als sie bis jetzt gehabt haben. Im übrigen bin ich überzeugt, daß auch diese Händler nicht einmal darunter zu leiden brauchten, wenn der Verbrauch von Fischen durch

diese Fischverkäufe mehr als bisher angeregt würde, wenn ich auch nicht der Ansicht des Herrn Dr. Henking bin, daß man aus den Resten, die sonst in den Müllkästen wandern, noch Gerichte zusammenstellen kann. Wer so etwas sagt, muß schlecht darüber orientiert sein, was bei den Arbeitern in den Müllkästen wandert. Wenn Sie die Debatte auf ein so hohes Niveau legen, dann kann es zu Auseinandersetzungen kommen, die nicht angenehm sind. Es ist auch von Herrn Dr. Henking davon gesprochen, daß auch aus den Knochen noch Nährstoffe zu ziehen sind. Es scheint ihm nicht bekannt zu sein, wie die Arbeiterbevölkerung um den Kauf von Knochen bemüht ist, wie die kleinen Leute um den Verkauf bei der Freibank sich drängen. Da muß man wohl glauben, daß die Verschwendung unter den Arbeitern nicht so groß sein dürfte. Was an Belehrung in dieser Beziehung geschehen kann, das geschieht auch von unserer Seite. — Was die Fischpreise in Berlin betrifft, die auch mir vorgezeigt sind, so muß ich offen sagen, ich bin erstaunt über die Preise, die man in Berlin bei dem städtischen Verkauf erzielt hat und halte sie für zu hoch. Wenn das mit den Händlerpreisen verglichen wird, so ist das kein Maßstab. Ich würde hier das hohe Lied vom Allgemeinen Konsumverein singen können; Herrn Stadtrat von Frankenberg ist jede Woche Gelegenheit gegeben, seine Fischpreise kennen zu lernen. Bei Kartoffeln werden zu den Einkaufspreisen nur die Kosten für die Abfuhr an die Mitglieder von uns berechnet, nicht einen Pfennig Unkosten haben wir auf den Kartoffelpreis aufgeschlagen. Ich wollte damit nur sagen: Wir wissen sehr wohl, was wir dem Arbeitervolke, den kleinen Existenzen schuldig sind. Ich will damit nicht re-nommieren, sondern nur sagen: Ich bin kein Mittelstandsfresser, wie ich hingestellt werde. Ich will nicht, daß die 38 Händler unter den vorgeschlagenen Maßregeln zugrunde gehen, daß aber tausend andere dafür leiden sollen, halte ich auch nicht für die rechte Sozialpolitik.

Herr Frede: Für einen Versuch der stadtseitigen Beschaffung von Seefischen möchte ich mich auch aussprechen. Gelingt der Versuch, so haben wir alle Ursache, uns darüber zu freuen; gelingt er nicht, dann kann die städtische Verwaltung später immer auf dieses Beispiel hinweisen. Ich fürchte vor allem die Konkurrenz des Allgemeinen Konsumvereins. Ich glaube, daß die Stadt nicht in der Lage ist, den Verein zu übertreffen. Der Verein hat überall in der Stadt soviel Verkaufsstellen, wie sie die Stadt nicht schaffen kann, und wenn der Verein jetzt ohne Nutzen arbeitet, dann wird die Stadt die Fische auch nicht billiger liefern können. Ein Versuch ist aber doch angebracht. Ich möchte bitten, daß über diesen Versuch mit den Seefischen besonders abgestimmt wird. Ich glaube, daß Aussicht vorhanden ist, daß die Abstimmung hierüber anders ausfällt als in der Kommission.

Herr Sander: Ich nehme denselben Standpunkt ein wie der Herr Vordredner, und bin auch der Meinung, daß wir einen Versuch ganz gut machen können. Wenn wir davon überzeugt sind, daß eine verhältnismäßig hohe Teuerung in den Lebensmittelpreisen vorhanden ist, dann ist es unsere Pflicht, so weit es an uns liegt, die Verhältnisse für die ärmere Bevölkerung zu mildern. Der Versuch fordert zudem von uns kein großes Opfer. Wir haben den Versuch seinerzeit mit dem Schlachten gemacht, er ist fehlgeschlagen, aber wir haben doch unsere Schuldigkeit getan, und ich möchte die Stadtverwaltung einem Vorwurf in dieser Hinsicht nicht gern aussetzen.

Was den Kartoffelverkauf betrifft, so kann die Stadt ebenso gut wie der Großhändler Kartoffeln aus Posen beziehen und auf dem Nordbahnhofe können sie vom Wagen herab verkauft werden. Die Konsumenten müßten sie sich dann selbst wegholen. Wir haben auch Personal in unserem Fuhrparke, wir haben Arbeiter genug, die die Sache machen können. Eine Ladung Fische kann nach der Markthalle geschafft und zum Verkaufe ausgesetzt werden, genügend Leute dafür haben wir zur Hand, und wir würden auch Fachleute finden, die sich dazu hergeben. Es ist durchaus ratsam, mit diesen beiden Nahrungsmitteln den Versuch einmal zu machen. Ich bitte auch um getrennte Abstimmung über die letzten Punkte.

Herr Leue: Zunächst möchte ich bedauern, daß die Debatte zum Teil eine persönliche Färbung erhalten hat. Auf eins möchte ich noch eingehen. Ich hatte als Referent in der Kommission schon vorgeschlagen, einen Versuch mit der Beschaffung von Seefischen zu machen, und fügte hinzu, daß ich mir von einem solchen Versuche allerdings nicht viel Erfolgs verspreche. Ich versprach mich sogar und sagte: „Ich bin überzeugt, daß er keinen Erfolg hat“, verbesserte mich aber dahin, daß ich vermute, er würde keinen Erfolg haben. Ich riet aber doch dazu und in der Kommission fand sich auch schon eine Mehrheit dafür. Darauf erklärte der Magistrat: „Sie werden uns nicht verübeln können, daß wir zu einem Versuche, von dem Sie selbst saßen, daß der Erfolg sehr zweifelhaft ist, keine Neigung haben.“ — Ferner wurde meinem Vorschlage gegenüber erklärt, daß ein einmaliger Versuch keineswegs genüge, es müsse mehr als zwei oder drei Mal der Versuch ausgeführt werden. Diese Erörterung führte dazu, daß die Mehrheit, die vorher vorhanden war, wieder hinfällig wurde und ich mit meinem Vorschlage in der Minderheit blieb. Also: Entgegen meinem Vorschlage, den ich als Referent vorbringen muß, die Beschaffung von Seefischen abzulehnen, bin ich persönlich für den Vorschlag, einen Versuch zu machen.

Zum Schluß noch eine Richtigstellung: Herr Stadtverordneter Almann meinte, das Getreide aus dem Osten könne auch nach hier und nach dem Westen

noch mit gutem Nutzen verfrachtet werden. Ich habe ausdrücklich gesagt: nach dem Westen Deutschlands, und Herr Ahmann faßte das nur als die Richtung des Versands auf; es sollten aber die westlichen Provinzen darunter verstanden werden.

Im übrigen empfehle ich als Referent die Vorschläge der Kommission, möchte aber auch, daß den verschiedenen Anregungen Folge gegeben würde, über Beschaffung der Seefische getrennt abzustimmen.

Es erfolgt zunächst Abstimmung über den ersten Teil des Antrages Stegmann. Die Fassung, wie sie der Antragsteller vorschlägt, wird von der Versammlung abgelehnt, der Kommissionsantrag in seinem ersten Teile angenommen.

Der Antrag auf Beschaffung und Abgabe von Fleisch durch die Stadt wird abgelehnt, der auf Seefische bezügliche Antrag angenommen, der auf Kartoffeln bezügliche abgelehnt.

Vorsitzender: Da die Versammlung an den Magistrat den Antrag gestellt hat, er möge Seefische in größerer Menge beschaffen und zum Selbstkostenpreise an die Einwohnerschaft Braunschweigs abgeben, so halte ich es doch für wünschenswert, daß wir dem Magistrate entweder einen Kredit eröffnen oder eine Kommission zu wählen, die mit dem Magistrate zusammen den Auftrag ausführen soll. Denn einfach den Antrag zu stellen, und es dem Magistrate zu überlassen, selbst Mittel und Wege für die Ausführung zu finden, halte ich für unbillig.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich weiß nicht, wie der Magistrat sich zu dem Vorschlage eines Versuches stellt. Wenn man den Versuch machen will, würde es meiner Ansicht nach möglich sein, daß man den Marktausschuß, in dem ein Magistratsmitglied und vier Sachverständige beieinander sind, damit betraute, in Verbindung mit dem Magistrate die Sache in die Hand zu nehmen.

Vorsitzender: Ich halte es für wünschenswert, daß Herr Stegmann oder Herr Ahmann mit in die Kommission treten, um dem Magistrate zur Seite zu stehen, denn mit dem einfachen Erfuchen kommen wir nicht weiter.

Herr Boejckigk: Ich schlage vor, Herrn Ahmann in die Kommission zu wählen, und zwar aus folgenden Gründen. Es wird keiner von uns sich erdreisten wollen, zu behaupten, daß er darüber orientiert ist, wie die Einkaufsverhältnisse beim Fischhandel liegen. Herr Ahmann ist der einzige, der darin

Beiseid weiß, da er der Leiter des Allgemeinen Konsumvereins ist. Er ist der einzige Kompetente und ich bitte ihn, daß er das Amt auch annimmt.

Vorsitzender: Ich erlaube mir den Vorschlag, dem Magistrate in unserem Rückschreiben zu sagen: Wir sind bereit, im Falle der Magistral der Sache näherzutreten will, aus unserer Mitte Herren auszusuchen, die uns passend dünken, um das Projekt zu verwirklichen.

Herr Loeßigk: Ich möchte vorschlagen: Lassen Sie uns den Marktausschuß wählen und dazu noch Herrn Ahmann als Sachverständigen zuziehen.

Herr Meyerhoff: Ich erkenne an, daß Herr Ahmann als der einzige mit dem Bezuge der Fische Vertraute anzusehen ist. Wie würde es aber mit dem Verkaufe werden? Herr Dr. Kleinfnecht hat sich für die Sache erwärmt, dergleichen mein Nachbar zur Rechten, Herr Justizrat Hartung, ebenso der Herr Referent. Ich schlage vor, diese Herren mögen neben Herrn Ahmann den Verkauf regeln. Sie sind in bezug auf unsere Gesundheit besorgt, sie können aufpassen, was für Ware sie bekommen und den Verkauf leiten. Ich glaube, wir haben uns mit diesem Beschlusse etwas aufgeladen, bei dem etlichen noch die Haare zu Berge stehen werden.

Herr Kleinfnecht: Ich möchte fragen, ob die Anregung des Herrn Stadtrats nicht als richtig zu befolgen ist. Einige Herren könnten zur Marktdeputation ja noch zugewählt werden, z. B. Herr Dr. Henking, der uns im Verein für öffentliche Gesundheitspflege die Seefische hat kommen lassen, und tatsächlich als Sachverständiger anzusehen ist. Auch durch seinen Bruder hat er die beste Gelegenheit, die Sache in Gang zu bringen.

Herr Leue: Die Art und Weise, wie Herr Meyerhoff die Sache zu dechselfeln gedenkt, gefällt mir nicht. Es ist nicht richtig, wenn er diejenigen für die Kommission festnageln will, die für den Bezug von Seefischen gesprochen haben. Ich war der Referent der Kommission und habe deshalb die Sache gründlich behandeln müssen. So gern ich Arbeit für das allgemeine Wohl übernehme, so bedauere ich, dieses Amt aus beruflichen Gründen nicht annehmen zu können.

Die Versammlung wählt in die Kommission die Mitglieder der Marktdeputation sowie die Herren Ahmann, Henking und Hartung, und eröffnet ihr auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden einen unbeschränkten Kredit für Beschaffung von Seefischen.

4. Antrag des Stadtverordneten Lange auf Errichtung von Wartehallen an den Hauptkreuzungspunkten der Straßenbahn.

Herr F r i e d r i c h: Der Antrag Lange lautet: Errichtung von geeigneten Wartehallen an den wichtigsten Kreuzungspunkten der Straßeneisenbahn, im besonderen am Friedrich-Wilhelmsplatze.

Die Baukommission hat sich mit diejem Antrage beschäftigt und schlägt den geehrten Herren vor, wie ich gleich vorweg bemerken will, den Antrag in der eingebrachten Form abzulehnen. Es geschieht das aus folgenden Gründen: Die Kommission steht dem Antrage sympathisch gegenüber, sie hält es aber nicht für möglich, daß der Antrag, wie er gestellt ist, zur Ausführung kommen kann. Zunächst haben wir auf den Plätzen, wo die Wartehallen errichtet werden müssen, sehr wenig Platz. Speziell der Friedrich-Wilhelmsplatz ist durch alle die Kreuzungen der Schienen schon schwer belastet, so daß es nicht möglich erscheint, hier noch eine Wartehalle zu errichten, abgesehen davon, daß der Platz dadurch verunziert würde. Es kommt hinzu, daß wahrscheinlich in diejem Jahrhundert noch die Eisenbahnfrage einmal erledigt werden könnte. Sollten wir das noch erleben und jetzt beschließen, eine Wartehalle zu errichten, so müßte die über kurz oder lang wieder entfernt werden und der Bau wäre für die Straßenbahn eine unnütze Ausgabe gewesen. Wenn auch die Direktion der Straßeneisenbahn in liebenswürdiger Weise ein Entgegenkommen zugesagt hat, so kann sich die Kommission trotzdem nicht dafür entscheiden, Ihnen einen Vorschlag zu machen. Ich weise noch auf die Halle auf dem Kohlmarke hin. Es wird keiner sagen können, daß das Häuschen dort, so schön es gebaut sein mag, dem Platze zur Zierde gereicht. Wir wüßten nicht, wo auf dem Ruhfäutchenplatze oder am Rathause eine Wartehalle hingestellt werden könnte. Aber einen guten Zweck hat dieser Antrag von Herrn Lange doch gehabt, und zwar den: Es wird uns dadurch eine Anregung gegeben, zu versuchen, den Straßenverkehr der Fuhrwerke in bessere Bahn zu lenken. Der Fuhrwerkverkehr auf unseren Straßen bewegt sich rechts und links ohne jede Direktion und es wäre angebracht, daß die Stadtverordnetenversammlung ihren Wunsch dahin ausdrücke, daß die Polizeidirektion von ihrem Rechte Gebrauch mache, den Fuhrverkehr in die rechte Bahn zu lenken; dann wären Wartehallen nicht so nötig. Heute ist es unmöglich, ohne Lebensgefahr einen belebten Platz in der Stadt zu überschreiten. Ich erinnere an Steinweg, Rathaus, Kohlmarkt, Friedrich-Wilhelmsplatz. Die Kommission schlägt Ihnen also vor, den Antrag Lange, wie er gestellt ist, abzulehnen, erklärt aber, daß sie dem Antrage sympathisch gegenüberstehe und wünschen müsse, daß dort, wo es die Verhältnisse ermöglichen, beispielsweise am Augusttore, Wartehallen errichtet

würden. Aber das wäre auch der einzige Fleck, den sie für Errichtung von Wartehallen empfehlen könnte.

Vorsitzender: Die Kommission beantragt, von dem Langejchen Antrage nur anzunehmen, daß die Stadtverordnetenversammlung den Wunsch an den Magistrat äußert, eine Warthalle am Augusttore gebaut zu sehen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

5. Verwendung von weiblichen Hilfskräften bei der Straßeneisenbahn im Falle einer Mobilmachung.

Herr Mehrhoff: Von der Straßeneisenbahngesellschaft ist an den Magistrat folgendes Schreiben gerichtet:

„Die augenblicklichen gespannten politischen Verhältnisse veranlassen uns, den Antrag zu stellen, daß der Straßenbahn prinzipiell gestattet wird, bei eintretender Mobilmachung jetzt oder demnächst an Stelle der männlichen Straßenbahnschaffner weibliche einzustellen.

Mit dem Ausbruch einer Mobilmachung wird der Straßenbahnverkehr durch höhere Gewalt erheblich gestört werden. Wenn die Direktion auch darauf bedacht ist, vorwiegend solche Leute einzustellen, welche dem Landsturm angehören oder die bei einer Mobilmachung nicht eingezogen werden, so ist dieses doch nur bis zu einem gewissen Grade möglich gewesen.

Wollte die Straßeneisenbahngesellschaft diesen Antrag erst bei einer Mobilmachung einbringen, so würde eine erhebliche Störung des Straßenbahnbetriebes für längere Zeit eintreten, denn bei Einstellung weiblichen Schaffnerpersonals müßte die Herzogliche Polizeidirektion und die Stadtverordnetenversammlung zuvor gehört werden.

Bei Annahme des weiblichen Schaffnerpersonals würden selbstverständlich in erster Linie die Frauen der zur Fahne einberufenen Einwohner Braunschweigs berücksichtigt werden.“

Die Herzogliche Polizeidirektion ist mit diesem Antrage der Straßeneisenbahn einverstanden, ebenso der Stadtmagistrat, und die Statutenkommission hat einstimmig beschlossen, Ihnen den Antrag zur Annahme zu empfehlen.

Herr Busch: Ich möchte die Direktion der Straßeneisenbahn fragen, wie sie sich die Einstellung von Frauen in einem solchen Falle gedacht hat. Wenn

eine Mobilmachung eintritt, so können die neueingestellten Frauen doch nicht ohne weiteres den Dienst als Schaffner versehen, sie müssen erst den Betrieb kennen lernen und eingeeignet werden. Wenn also eine größere Zahl aus dem männlichen Personal zum Kriegsdienste eingezogen wird, so würde die Betriebsstörung doch erst einmal eintreten.

Herr Bürgermeister Meyer: Über diese interne Angelegenheit hat uns die Straßeneisenbahn keine Mitteilung gemacht, ich glaube aber, daß bei der Umsicht der Leitung es nicht allzu schwierig sein würde, wenn überhaupt in absehbarer Zeit der gedachte Fall eintreten sollte, die Frauen in kurzer Zeit so zu instruieren, daß sie den ihnen im Straßenbahnbetriebe gestellten Aufgaben gewachsen sind.

Die Versammlung ist mit dem Antrage der Straßeneisenbahn einverstanden.

6. Erklärung der Eisenbüttelerstraße zur Ortsstraße.

Herr Tolle: Der Magistrat schreibt an die Stadtverordneten: „Die von den geehrten Herren schon früher gutgeheißene Überweisung der Eisenbüttelerstraße vom Staate auf die Stadt wird im Laufe dieses Monats zur Ausführung kommen. Eine Folge des Überganges der Straße an die Stadt ist, daß sie ihrer Eigenschaft als Staatsstraße entkleidet und in eine städtische Straße umgewandelt werden muß, eine Änderung, welche nach § 3 der Wegeordnung durch eine Verordnung zu erfolgen hat. Bezüglich des Charakters, welchen die Straße später haben soll, würde es das einfachste sein, die Straße gleich zur Ortsstraße im Sinne des Straßenbaustatuts zu erklären, doch scheint es nicht ausgeschlossen, daß gegen eine derartige Umwandlung das Herzogliche Staatsministerium um deswillen Bedenken haben könnte, weil die Wegeordnung Ortsstraßen in dem obengenannten Sinne nicht kennt. Sollten diese Bedenken vorliegen, empfiehlt es sich, die Straße zunächst in eine städtische Straße im Sinne der Wegeordnung umwandeln zu lassen, sie darnach aber sogleich stadtseitig zu einer Ortsstraße zu erklären.“

Der Magistrat ersucht uns, dem zuzustimmen. Die Baukommission schließt sich den Ansichten des Magistrats an und empfiehlt Ihnen Annahme der Vorlage.

Herr Oberbürgermeister Reitemeyer: Wenn ich mich recht erinnere, so umfaßt der Antrag des Magistrats, der Ihnen vor einiger Zeit über die Überweisung dieser Straßen unterbreitet ist, die ganze Verbindungsstraße zwischen Frankfurterstraße und Wolfenbütteler- oder Leipzigerstraße. Es würde also auch

die Fabrikstraße mit in diesen Straßenzug fallen. Es wird sich deshalb empfehlen, daß auch die Fabrikstraße mit zur Ortsstraße erklärt wird.

Die Versammlung stimmt den Vorschlägen des Magistrats zu und schließt in diesen Beschluß auch die Fabrikstraße mit ein.

Vorsitzender: Die Anfrage des Herrn Stadtverordneten Hartung hat durch die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters seine Erledigung gefunden.

Eingegangen ist eine Eingabe des Bezirksvereins Braunschweig des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands. Er verlangt von uns, einen Beschluß zu fassen, betreffend das Ortsstatut über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und bittet, wir sollen das sofort tun. Ich halte das für gänzlich unmöglich und überweise die Eingabe der Statutenkommission zur Vorberatung.

Der Schriftführer des Bürgervorsteherkollegiums der Stadt Göttingen teilt uns in einem liebenswürdigen Briefe mit, daß in Göttingen seit 6 Jahren ein städtisches Badehaus eingerichtet ist, daß im abgelaufenen Jahre 170 000 Badekarten ausgegeben sind, daß der ganze Zuschuß der Stadt sich nur auf ca. 11 000 Mark belaufen hat, und spricht die Hoffnung aus, einmal Gelegenheit zu haben, uns dieses Schwimmbad in Göttingen zu zeigen. Der Herr hat dazu auch eine Abbildung des Bades geschickt. Ich habe den Brief mit großem Interesse gelesen. Es könnte gut sein, daß wir uns an diese in der Nähe liegende Stadt wenden, um zu hören, welche Erfahrungen man dort mit dem Schwimmbade gemacht hat.

Von dem Verbande deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig ist ein Schreiben eingegangen, das Maßnahmen gegen die Verteuerung betrifft. Da ein gleiches Schreiben beim Magistrat eingegangen ist, nehmen wir das vorliegende zu den Akten.

7. Anfrage Bunge wegen der Wahlzeiten für die Landtagswahlmänner.

Vorsitzender: Herr Bunge hat eine Anfrage gestellt, die folgendermaßen lautet: „Sollen die Wahlzeiten, die auf den Einzeichnungslisten für die einzelnen Wählerklassen bei den Urwahlen vorgesehen waren, ohne weiteres maßgebend sein? oder ist der Magistrat oder die Mehrheit der Wahlvorsteher bereit, die Wahlzeiten wie folgt zu regeln:

1. Klasse 12—1 Uhr,
2. Klasse 3—4 Uhr,
3. Klasse 5—8 Uhr.

Herr Bunge (zur Begründung): Im Anfange der Sitzung hat Herr Stadtrat von Frankenberg darauf hingewiesen, daß die Stadtverordneten sich bereit erklären möchten, bei den Urwahlen für die Landtagswahl als Wahlvorsteher zu fungieren. Aus der Einzeichnungsliste habe ich ersehen, daß noch keine Festsetzung der Zeiten für die Wahlen der verschiedenen Klassen erfolgt ist. Nach § 33 der Städteordnung hat jeder Wahlvorsteher die Wahltermine festzusetzen. Ich bin nun der Meinung, daß die Regelung einheitlich vor sich gehen müßte, und habe den Wunsch, den ich auch vor zwei Jahren schon zum Ausdruck gebracht habe, daß man den Arbeitern ermöglicht, ihr Wahlrecht nach Schluß der Arbeitszeit auszuüben. Durch die gegen früher veränderte Arbeitszeit werden die Arbeiter in den Großbetrieben jetzt fast allgemein in den Mittagsstunden beschäftigt und es würde sich doch als praktisch erweisen, die Leute nicht aus ihrer Arbeit herauszureißen. Im 3. Wahlbezirk ist bereits bei der letzten Wahl ein Versuch damit gemacht, die Urwähler der 3. Klasse auf nachmittags von 4—6 Uhr zusammenzuberufen. Ich glaube, daß sich das als praktisch erwiesen hat. Auch die Leute, die auswärts arbeiten, können bis zu der Zeit nach Braunschweig kommen und so ohne Versäumnis ihrer Arbeitszeit ihr Wahlrecht ausüben. Ich möchte also bitten, daß die Wahlvorsteher sich verständigten, daß die Wahlzeiten in der Weise festgesetzt würden, daß die 1. Klasse von 12—1 Uhr, die 2. Klasse von 3—4 Uhr, die 3. Klasse von 5—8 Uhr wählt. Da nach der englischen Arbeitszeit die Fabriken um 4.20 Uhr geschlossen werden, so wird für die 3. Klasse die Zeit nach 4 Uhr am passendsten sein. Ich bitte, diesem Wunsche möglichst nachzukommen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Herr Bunge ist durchaus auf dem richtigen Wege, wenn er sagt, daß nach der Städteordnung jeder Wahlvorsteher an und für sich befugt ist, selbständig den Wahlort und die Wahlzeit zu bestimmen. Auf der anderen Seite liegt es in der Natur der Sache, daß es angebracht ist, daß man sich über diese Frage vorher verständigt, da es durchaus erwünscht ist, daß in der ganzen Stadt zu derselben Zeit gewählt wird. Auf diese Weise wird jeder, der als Irrläufer nach einem falschen Bezirke kommt, an den rechten Ort gewiesen werden können. In der Hoffnung, daß es möglich sein wird, darüber eine Vereinbarung zu erzielen, habe ich mir heute morgen erlaubt, nach den Erfahrungen der letzten Jahre als Vorschlag für die Wahlvorsteher zu empfehlen:

von 11—2 Uhr Wahlen der 3. Klasse,
„ 4—5 „ „ 2. „
„ 6—7 „ „ 1. „

Ich habe bei denjenigen Gelegenheiten, wo ich als Wahlvorsteher der 3. Klasse die Wahlmännerwahl geleitet habe, die Beobachtung gemacht, daß die Wahlbeteiligung in dieser Zeit recht stark war. Es besteht ja auch die Bestimmung, daß ein in diesem Falle nötiger Urlaub nicht verweigert werden kann, und der Lohn trotz der Unterbrechung weitergezahlt wird. Ich glaube, daß es ohne Schwierigkeiten möglich sein wird, auf dieser Grundlage vorzugehen. Sollte der eine oder der andere Herr Wahlvorsteher selbständig in anderer Weise vorgehen, so haben wir allerdings nicht die Befugnis, ihn daran zu hindern.

Herr Stadtverordneter Ohlendorf schlägt eine Besprechung der Anfrage vor. Es sind 9 Herren aus der Versammlung dafür, die Besprechung ist demnach beschloffen.

Herr Ohlendorf: Ich glaube, wir tun recht daran, wenn wir den Wählern zur Ausübung ihres Wahlrechtes eine geeignete Zeit geben, in der sie ohne Schaden an ihrer Arbeitszeit wählen können. Das wird auch Herr Stadtrat von Frankenberg im Auge gehabt haben, indem er geglaubt hat, für die Arbeiter sei die Mittagszeit die richtige. Das war früher auch der Fall, hat sich aber durch die englische Arbeitszeit geändert. Dadurch, daß die Wahlbeteiligung in den früheren Jahren eine gute gewesen ist, wird nicht bewiesen, daß die Zeit auch jetzt noch die richtige ist. Sicher ist, daß die Abendstunden für die Arbeiter günstiger liegen, und ich weiß keinen Grund, der den Magistrat oder uns abhalten sollte, diese Zeit festzusetzen. Es ist nur ein kleines Entgegenkommen gegen die arbeitende Bevölkerung, wenn diese Zeiten, die Herr Bunge angeregt hat, für die Wahl festgelegt werden.

Herr Ribbentrop: Ich kann den Vorschlag nur als praktisch anerkennen, und möchte auch wünschen, daß, wenn es noch möglich wäre, die Wahlzeit für die 3. Klasse so festgesetzt wird, wie von Herrn Bunge vorgeschlagen ist.

Herr Jasper: Ich freue mich, daß wir ausnahmsweise mit Herrn Stadtverordneten Ribbentrop einer Meinung sind. Im übrigen möchte auch ich bitten, da wir einen Mehrheitsbeschluß formell nicht fassen können, unserem Wunsche, den wir als Vertreter der 3. Klasse, die die Verhältnisse eingehend kennen, hier Rechnung zu tragen und zu berücksichtigen, daß die 3. Klasse wünscht, in den Abendstunden zu wählen. Ich glaube auch, daß der Vorschlag, den wir gemacht haben, praktisch sein wird.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Nachdem in erfreulicher Weise fast sämtliche Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sich bereit erklärt haben,

als Wahlvorsteher tätig zu sein, und da es zweckmäßig sein wird, falls die Mehrheit die vorgeschlagenen Zeiten wünscht, daß die Minderheit sich diesem Wunsche unterordnet, so trage ich kein Bedenken, zu empfehlen, daß über die von Herrn Bunge vorgeschlagenen Zeitpunkte für die Wahl hier eine Entscheidung getroffen wird. Der Herr Vorsitzende hat vielleicht die Güte, eine Abstimmung darüber herbeizuführen. Ich kann meinerseits erklären, daß ich als Wahlvorsteher auch die Termine ansetzen würde, die die Mehrheit hier beschließt.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Stadtverordneter **W o l t e r s**, übernimmt den Vorsitz.

Herr **S a r t u n g**: Ich möchte bitten, die Wahlzeit für die 3. Klasse auf 6—8 Uhr festzusetzen, da doch auch auf die Wahlvorsteher Rücksicht genommen werden müßte, die auch von 3—4 Uhr beschäftigt sind.

Herr **A d e n h a u s e n**: Ich bitte zu bedenken, daß die Zeit von 6—8 Uhr zu kurz ist. Wir müssen jedenfalls schon um 5 Uhr mit der 3. Klasse anfangen. Ich habe die Wahl schon verschiedene Male als Wahlvorsteher mitgemacht und muß sagen, daß sie in zwei Stunden kaum zu erledigen ist.

Herr **M e h e r h o f f**: Ich bitte, den Antrag **Sartung** anzunehmen, damit dem Wahlvorsteher eine Ruhepause gewährt würde.

Herr **T o l l e**: Es wäre wünschenswert, daß die 2. Klasse von 4—5 Uhr wählen könnte.

Herr **P u s c h**: Ich möchte den Antrag stellen, daß wir den Morgen ausschalten und die Stunden von 2—3 Uhr für die 1. Klasse, von 3—4 Uhr für die 2. Klasse, und von 5—8 Uhr für die 3. Klasse bestimmen.

Herr Stadtrat von **F r a n k e n b e r g**: Der Vorschlag des Herrn Stadtverordneten **Pusch** würde gut sein, wenn es nicht nötig wäre, mit dem Glockenschlage die Wahlhandlung zu schließen, darnach das Ergebnis festzustellen, das Wahlprotokoll abzuschließen, und zugleich auch mit dem Glockenschlage die neue Wahlhandlung vor der neuen Wählerschaft zu eröffnen. Wir haben allen Anlaß, mit Erfüllung der vorgeschriebenen Form vorsichtig zu sein, damit nicht Ursache gegeben ist, die Wahl anzufechten. Ein Zwischenraum von $\frac{1}{2}$ Stunde ist das mindeste, was gefordert werden muß.

Herr F r e d e: Aus den angeführten Gründen möchte ich wünschen, daß die 1. Klasse von 11—12 Uhr wählt, damit für die Mittagspause, die die längste Zeit beansprucht, die meiste Zeit vorhanden ist.

Herr B ä h r: Ich möchte anfragen, ob die Wahlzeit für die 3. Klasse nicht von 5—8 Uhr, sondern, falls die Wahlhandlung sich in zwei Stunden erledigen ließe, von 5—7 Uhr angesetzt werden könnte. Es muß das Wahlresultat festgestellt werden und es wird dann reichlich spät, wenn wir um 8 Uhr die Wahl schließen. Ich möchte eine Verschiebung sämtlicher Klassen nach vorn empfehlen.

Herr L e u e: Ich bitte, einfach den Antrag Bunge anzunehmen.

Über die Wahlzeiten der einzelnen Klassen wird getrennt abgestimmt und die Anträge des Herrn Bunge angenommen.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Ich darf wohl annehmen, daß die geehrten Herren, soweit sie eine abweichende Ansicht vertreten haben, den Magistrat ermächtigen, die Wahl einheitlich so auszusprechen, wie eben angenommen ist. — Ich stelle fest, daß sich kein Widerspruch erhoben hat.

Der V o r s i t z e n d e schließt die Versammlung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8.10 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 2. November 1911.

Tagesordnung:

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Antrag des Stadtverordneten Rieße auf Förderung des Baues von Kleinwohnungen | Seite 488 |
| 2. Ergänzung der Lieferungsbedingungen für das Lichtwerk | " 502 |
| 3. Stadtseitige Übernahme des Interessenten-Brunnens auf dem Abgibienmarkte | " 503 |
| 4. Bauliche Änderungen im Ratskeller | " 504 |
| 5. Unterstützung des Römisch-Germanischen Central-Museums in Mainz | " 504 |
| 6. Eingabe des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Braunschweig, betreffend Ortsstatut über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe | " 505 |
| 7. Erhöhung der Löhne der städtischen Heizer | " 505 |
| 8. Zulegung einer Fläche zum früheren Franzischen Felde und Wahl von Deputationsmitgliedern | " 507 |
| 9. Beitritt der Stadt zum Verbands der Hilfsschulen Deutschlands | " 510 |
| 10. Errichtung einer Einfriedigungsmauer auf dem Schulgrundstücke am Hohensteige | " 511 |
| 11. Ankauf eines Grundstücks in der Kleinen Burg | " 511 |
| 12. Flächenaustausch zwischen der Stadt und der Königl. Eisenbahndirektion Magdeburg | " 513 |
| 13. Erwerb von Flächen am Rattreppekn | " 513 |
| 14. Verlegung eines Rückleitungskabels seitens der Straßenbahngesellschaft | " 513 |
| 15. Anfrage Hesse, den jetzigen Stand der Bahnhofsangelegenheit betreffend | " 515 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketschmer, Bürgermeister Meyer, Stadtrat von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Eckhardt, Lange, Wesemeier.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß die Kopie einer an den Stadtmagistrat gerichteten Eingabe des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Sitz in Hamburg, eingegangen ist. Die Kopie wird zu den Akten genommen.

1. Antrag des Stadtverordneten Rieke auf Förderung des Baues von Kleinwohnungen.

Herr Jasper: Meine Herren! Vor vier Wochen hat Herr Kollege Rieke beantragt:

„Die Stadtverordneten = Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Bau von Kleinwohnungen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern, da der dauernde Mangel an Wohnungen für die Minderbesitzenden zu einer Gefahr für die gesamte Bevölkerung wird.“

Die Finanzkommission, für die ich zu berichten habe, hat diesen Antrag vorberaten und sich dabei zunächst die Frage vorgelegt, ob ein fühlbarer Mangel an Kleinwohnungen gegenwärtig anzuerkennen wäre oder ob der Herr Antragsteller von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist, sie hat ferner die Frage geprüft, ob dieser Mangel eine ganz vorübergehende Erscheinung sei oder schon länger dauere, und wenn der Mangel als schon länger vorherrschend anzuerkennen sei, ob eine wirkliche Gefahr für die Allgemeinheit aus diesen bestehenden Verhältnissen abzuleiten sei. Diese sämtlichen Fragen sind von der Mehrheit der Finanzkommission als in bejahendem Sinne zu beantworten anerkannt, sowohl daß gegenwärtig Kleinwohnungen in nicht genügendem Maße vorhanden seien, als auch, daß aus dem Grunde, daß dieser Mangel schon seit längerer Zeit bestehe, unter Umständen Gefahren für das Gemeinwohl der Stadt entstehen könnten. Aus diesen Betrachtungen heraus hat die Finanzkommission in ihrer Mehrheit auch gefolgert, daß eine Verpflichtung der Stadt bestände, um der Gefahr beizukommen zu steuern, ihrerseits Schritte zu tun, um den Mangel an Kleinwohnungen zu beseitigen. Über die Art und Weise, wie das geschehen könnte, waren allerdings die Meinungen in der Finanzkommission erheblich verschieden. Die Mehrheit der Finanzkommission hat sich jedoch darauf geeinigt, daß zunächst in dreifacher Weise ein Versuch gemacht wer-

den könnte, diesem Mangel entgegenzuwirken. Einmal schlägt Ihnen die Finanzkommission vor, versuchsweise in eigener Regie der Stadt den Bau von Kleinwohnungen zu veranlassen und diese Wohnungen den städtischen Arbeitern, sowie den unteren und mittleren Beamten zur Verfügung zu stellen, und zwar zu einem Mietziens, der lediglich den Gestehungskosten und ihrer Verzinsung entspricht, ferner auch dauernd diese Häuser stadtsseitig zu verwalten. Die Finanzkommission war sich darüber klar, daß durch diesen Vorschlag zwar nicht unmittelbar diejenigen Kreise betroffen werden würden, die unter der Wohnungsnot gegenwärtig am meisten zu leiden haben, aber sie glaubt doch, in erster Linie diesen Vorschlag der Versammlung unterbreiten zu sollen, weil durch ein derartiges Vorgehen immerhin eine Entlastung des Wohnungsmarktes im Interesse der Wohnungssuchenden herbeigeführt werden würde, so daß dadurch der Wohnungsmarkt für die Mieter, also für diejenigen, denen stadtsseitig geholfen werden soll, günstiger gestaltet werden würde. Sie glaubt auch um so mehr diesen Vorschlag machen zu können, als bei den Mieterkreisen, an welche die Stadt sich zunächst wendet, eine verhältnismäßig größere Gewähr für eine ordnungsmäßige Erhaltung der Wohnräume vorhanden sein würde, als dann, wenn man weitere Versuche in der Allgemeinheit machen würde. Auch die Erwägung war für manche Mitglieder der Finanzkommission mit bestimmend, daß die Stadt sehr gut ebenso vorgehen könnte, wie manche Unternehmer, die auch für ihre Angestellten in erster Linie Wohnungen beschaffen, und zwar gerade dann, wenn die bei ihnen Arbeitenden nicht in der Lage sind, sich zu angemessenem Preise Wohnungen selber beschaffen zu können. Dabei wurde von verschiedenen Seiten zum Ausdruck gebracht, daß es nicht wünschenswert sei, große zusammenliegende, kasernenartige Häuserkomplexe zu errichten, sondern daß sowohl wegen der Verteilung des Grundbesitzes der Stadt, der in den verschiedenen Stadtbezirken liegt, wie auch der verschiedenen Betriebszweige der Stadt in den verschiedenen Stadtgegenden wegen, es angebracht sei, bald hier und bald dort eine städtische Wohnung zu errichten.

Daneben glaubt die Finanzkommission, daß die Stadtverwaltung noch in zweierlei Weise den Versuch machen kann, der Wohnungsnot zu begegnen. Sie ging von der Erwägung aus, daß die Errichtung von Kleinwohnungen dadurch erschwert wird, daß unter Umständen die Unternehmer von neu aufzuschließenden Straßen nicht gerade günstig gestellt sind, weil die Stadt nach ihren Grundsätzen die Anlagekosten der Straßen, auch die Anlagekosten für Gas- und Wasserzuführung von vornherein von den Unternehmern sich bezahlen und hinterlegen läßt. Das wird manchen Unternehmer, der einem derartigen Projekte näher tritt, hindern, das Projekt durchzuführen, wenn er nicht über größere

Geldmittel verfügt. Die Finanzkommission glaubt, empfehlen zu sollen, von dem sonst für richtig befundenen Grundsatz abzuweichen, wenn ein besonderes sozialpolitisches Interesse vorliegt, wie etwa hier, dem Mangel an Kleinwohnungen zu steuern. Sie ersucht deshalb die geehrten Herren, dem Magistrate vorzuschlagen, dann von diesem Grundsatz der vorgängigen Bezahlung oder Hinterlegung der genannten Kosten abzuweichen, sie zu stunden oder unter Umständen sogar nach Lage des Falls zu erlassen, wenn der Unternehmer Gewähr dafür bietet, daß nur überwiegend Kleinwohnungen zu angemessenem Preise an der zu erschließenden Straße geschaffen werden sollen und der Unternehmer eine gewisse Verpflichtung hierfür übernimmt. Es ist auch darüber gesprochen, in welcher Weise die Verpflichtung als dingliche Last eingetragen werden soll; ein Beschluß darüber ist jedoch nicht gezeitigt, da das Ganze lediglich eine Anregung sein soll.

Aus derselben Erwägung heraus, daß die Erbauung von Kleinwohnungen verhältnismäßig teuer wird, und daß deshalb ein Mangel daran vorhanden ist, weil die Unternehmer nicht in der Lage sind, sie billig herzustellen, hat die Finanzkommission dann weiter den Beschluß gefaßt, beim Magistrate anzuregen, ob nicht unter Umständen von dem Straßenbaustatut abweichende Bestimmungen Platz greifen könnten. Es wird von den Unternehmern nach Ansicht der Mehrheit der Finanzkommission nicht mit Unrecht geklagt, daß die Straßenbaukosten auch deshalb unverhältnismäßig hoch seien, weil die Straßen übermäßig breit angelegt würden, wie es den Anforderungen des Verkehrs in den neu aufzuschließenden Gegenden nicht entspricht. Sowohl die Breite der Fußwege, wie besonders auch die Breite der Fahrstraßen verteuern erheblich die Anlagekosten, und wenn, abweichend von den Normen des Straßenbaustatuts Erleichterungen geschaffen werden könnten in der Weise, daß neben den notwendigen Verkehrsstraßen durch eine andere Bauweise besondere Wohnstraßen gebaut werden, so glaubt die Finanzkommission in ihrer Mehrheit, damit auf eine Verbilligung des Baues und damit auch auf die Möglichkeit, Kleinwohnungen zu errichten, hinzuwirken. Nun ist aber von vorherein die Anlage von Wohnstraßen nicht so gedacht, daß auf besonders schmalen Straßen Haus an Haus gebaut werden solle, daß sie auf dunkle Höfe hinausgehen sollten, so daß Licht und Luft nicht genügend hineinkommen können, sondern es wird Wert darauf gelegt, daß ähnlich wie in den Gartenstädten vorgegangen wird, daß Vorgärten angelegt und freiliegende Gelände vorgesehen werden, nur daß die Kosten der Anlage der Straßen selber durch die geringere Breite und durch die Befestigungsart nicht so teuer gestaltet wird, wie es sonst nach dem Straßenbaustatut notwendig ist und wie es an verkehrreichen Straßen geschehen muß.

Durch diese beiden letzten Vorschläge glaubt die Finanzkommission indirekt die Unternehmer anzuregen, mehr als bisher den Versuch zu machen, auch den Kleinwohnungsbau zu betreiben.

Weitere Vorschläge hat Ihnen die Finanzkommission diesmal nicht zu unterbreiten. Es sind allerdings noch eine Reihe anderer Fragen erörtert, auch Anregungen nach dieser oder jener Richtung gegeben. Es ist auch geschichtlich zurückgegriffen worden und angeführt, was für Versuche die Stadt bereits in dieser Richtung gemacht hat. Es wurde auch von einer Seite angeregt, ob es nicht richtig sei, statt dessen, daß die Stadt selber baue, die Unternehmer oder solche Unternehmer, die sich genossenschaftlich zusammengeschlossen haben, durch Hingabe von billigen Darlehen zu finanzieren und so in die Lage zu setzen, den Kleinwohnungsbau zu fördern. Die Mehrheit hat jedoch diesen Gedanken vorläufig verworfen. Es wurde von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß eine dauernde Gewähr nicht gegeben wäre, daß die gebotenen Vorteile der Allgemeinheit dauernd erhalten blieben und nicht schließlich einzelnen zufielen. Namens der Finanzkommission habe ich deshalb folgenden Beschluß, der nicht formell zur Abstimmung gekommen, sondern von mir hinterher zusammengestellt ist, zur Befürwortung vorzutragen:

„Die Stadtverordneten-Versammlung erkennt an, daß ein bedauerlicher Mangel an Kleinwohnungen besteht und betrachtet es als eine Aufgabe der Stadtverwaltung, diesem Mangel abzuhelpfen.

1. Sie ersucht den Stadtmagistrat, versuchsweise in eigener Regie Kleinwohnungen für die städtischen Arbeiter und Unterbeamten zu bauen und stadtseitig zu verwalten.
2. Sie ersucht ferner den Stadtmagistrat, den Bau von Kleinwohnungen dadurch zu fördern, daß
 - a) bei dem Bau von neuen Straßen die Kosten der Straßenanlage, sowie der Anlage von Gas und Wasser stadtseitig übernommen oder gestundet werde, soweit die Unternehmer Sicherheit dafür geben, daß Kleinwohnungen errichtet werden,
 - b) besondere Wohnstraßen geschaffen werden.“

Ich bitte im Namen der Finanzkommission, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu erteilen.

Herr Meherhoff: Ich freue mich über den Beschluß der Finanzkommission, der sachlich gehalten ist, und möchte nur über eins sprechen. Der Herr

Antragsteller jagt in seinem Antrage, daß es anerkannt ist, daß ein Wohnungsmangel besteht. Ich bin nicht informiert, in wie weit ein Wohnungsmangel als solcher existiert und vermissе jeden Nachweis darüber. Deshalb halte ich es für gewagt, daß wir dem Antrage einfach zustimmen.

Ich glaube doch, daß auch der Herr Antragsteller nicht nur die Wohnungen zu 120—150 *M* als Kleinwohnungen betrachtet, sondern auch alle, deren Miete 200—250 *M* beträgt. In der vorigen Woche haben wir die neu aufgeführten Gebäude zur Grundsteuer eingeschätzt. Dabei ist zutage getreten, daß in dem letzten Vierteljahre über 50 von solchen Kleinwohnungen entstanden sind. Von Herrn Riefe wurde damals behauptet, als die Sache der Baukommission zur Beratung überwiesen wurde, daß ein Wohnungsmangel bestände, und ich habe schon damals gesagt, nach dem 1. Oktober würden wir uns wieder sprechen. Die Zahl 50 für neuentstandene Wohnungen reicht meiner Ansicht nach nicht aus, es sind wohl hundert davon entstanden. Deshalb kann ich mich nicht dafür erwärmen, daß wir aussprechen, der Wohnungsmangel als solcher ist anerkannt. Die Baukommission hat seinerzeit auch für Bauerleichterungen sich ausgesprochen, und ich habe nichts dagegen, daß die Stadtverwaltung einen Versuch in der Beziehung macht. Sie werden ja sehen, wie weit es möglich ist, billige Wohnungen zu schaffen. Noch eins möchte ich erwähnen. Der Herr Referent sagte: Die Wohnungsmiete in den städtischen Häusern für die städtischen Arbeiter und Angestellten sollte sich nach der Verzinsung für die Herstellungskosten richten. Damit kann man doch aber kein Haus erhalten, es muß doch auch die Amortisation mit inbegriffen sein. Also auch in dieser Hinsicht kann ich mich nicht mit dem Vorschlage des Herrn Referenten einverstanden erklären. Ich erkenne das Gute an, was der Antrag bringt, aber ich kann mich nicht dazu entschließen, ihn glatt anzunehmen. Bei seiner einfachen Annahme würde in der ganzen Welt ausposaunt werden: In Braunschweig herrscht Wohnungsmangel, und das kann ich, soweit ich informiert bin, nicht anerkennen.

Vorjizender: In dem Antrage steht nur: „kein bedauerlicher Mangel an Kleinwohnungen“. Die Finanzkommission rechnet dazu die Wohnungen im Preise von 150—250 *M*. Von einem Wohnungsmangel gemeinhein ist nicht die Rede.

Herr Henking: Ich freue mich, daß die Finanzkommission zu diesem Beschlusse gekommen ist, und kann die Äußerungen des Herrn Vorredners nicht als zutreffend anerkennen. Soweit ich die Verhältnisse gerade der kleinsten Wohnungen früher als Armenarzt kennen gelernt habe, muß ich zugeben, daß es hier eine Menge Wohnungen gibt, die nicht als gesundheitsgemäß an-

erkannt werden können und bei denen Abhilfe dringend nötig ist. Herr Meyerhoff wird nicht leugnen können, daß es den Leuten, die bis zu 300 *M* Miete bezahlen, nicht leicht wird, eine Wohnung zu finden, zumal, wenn sie eine größere Anzahl Kinder haben. Das weiß Herr Meyerhoff so gut, wie alle Herren hier im Saale. Mit Freuden begrüße ich, daß nach dem Antrage der Finanzkommission dem Magistrate empfohlen werden soll, eine Anzahl von Wohnungen selbst bauen zu lassen. Ich tue das nicht, weil ich auf dem Standpunkte stehe, als hätte die Leitung des Gemeinwesens die Verpflichtung, für die Wohnungen der Einwohner zu sorgen, sondern deshalb, weil ich glaube, daß die Gemeinde als Arbeitsgeberin gewissermaßen moralisch verpflichtet ist, für die von ihr Beschäftigten zweckmäßig und gesundheitlich eingerichtete Wohnungen zu schaffen. Ich möchte noch daran erinnern, daß eine große Anzahl Gesellschaften und Genossenschaften bestehen, die ein ähnliches Bestreben haben, besonders die jüngste dieser Bestrebungen möchte ich erwähnen, die Rentenhaus-Baugenossenschaft, deren Bestrebungen sehr beherzigenswert sind. Ich weiß nicht, ob die Herren Gelegenheit genommen haben, diese kleinen Häuser auf Broitzemer Feldmark zu sehen, die zum 1. Oktober bezogen worden sind. Ich will nur bemerken, daß die Wohnungen dort leider zu teuer ausgefallen sind. Die Häuser kosten 7500—8000 *M*. (Zwischenruf des Herrn Meyerhoff: Aha!) Wir müssen dahin streben, billigere Wohnungen zu bauen, und ich glaube, das wird möglich sein. Erleichtert wird uns ein billigeres Bauen, wenn das geschieht, was der Herr Referent betont hat, nämlich, wenn eine Verbilligung des Straßenbaues eintritt. Es ist meines Erachtens ein Fehler in unserer Bauordnung, daß nicht Wohnstraßen von den Verkehrsstraßen unterschieden werden. Unser Bestreben muß dahin gehen, Wohnhäuser bis zum Preise von 5000 *M* zu bauen, wie das in Städten wie Güstrow, Neumünster, Straßburg und einer ganzen Anzahl anderer noch geschehen ist. Die Leute dort sind allerdings in ihren Ansprüchen auch genügsamer, als bei uns im allgemeinen der kleine Mann ist. Ich habe neulich bei einer Verhandlung gehört, daß jemand nicht zufrieden war, daß er eine Stube und zwei bis drei Kammern erhalten sollte, er wollte zwei Stuben und drei Kammern haben und nicht mehr bezahlen als 300 *M*. Wenn solche Ansprüche gestellt werden, so sind sie natürlich unerfüllbar. Dem Beschlusse der Finanzkommission stimme ich gern zu.

Herr Rieck: Wenn ich der Ansicht des Herrn Stadtverordneten Meyerhoff wäre, dann würde es Torheit von mir gewesen sei, den Antrag zu stellen. Ich bin von anderen Erwägungen ausgegangen. Herr Meyerhoff sagte seinerzeit, nach dem 1. Oktober würden eine Menge freie Wohnungen vorhanden sein. Da bin ich der Meinung, daß es jetzt und vielleicht auch später noch viel mehr

Wohnungen geben wird, die überflüssig sind, die aber dem von mir bezeichneten Mangel keineswegs aufhelfen. Ich habe meinen Antrag aus der Erwägung heraus gestellt, daß die heute tätigen Baugenossenschaften, die man aber doch wohl unterstützen soll, und auch die privaten Bauherren dem Zwecke, Kleinwohnungen zu schaffen, nicht genügen. Deshalb ist es moralisch eine Pflicht der Stadt, in dieser Hinsicht einzugreifen und erst einmal für die Wohnungen ihrer 600—700 eigenen Arbeiter zu sorgen. Das wird den Wohnungsmarkt entlasten, die Nachfrage wird nicht mehr so groß sein, und dadurch kann die Stadt als Preisregulator den Hausbesitzern gegenüber auftreten, die herauszihinden, was sie können. Ich kann duzendweise Fälle anführen, daß Leute, die bei Fiedel arbeiten, in Wolfenbüttel Zimmer mieten. Daß Herr Meyerhoff den Wohnungsmangel nicht anerkennen will, verstehe ich nicht. Ich kenne andere, die in Stöckheim wohnen, selbstredend nicht aus Vergnügen. Sie würden viel lieber eine Wohnung in Braunschweig mieten und sich hier dauernd festhaken machen, als daß sie sich wie Zigeuner herumstecken lassen müssen. Im schlimmsten Falle sorgt ja das Pflegehaus dafür, daß die Obdachlosen für eine Nacht aufgenommen werden. Das ist aber keine dauernde Abhilfe, da müßte man schon ein Obdachloshaus bauen.

Mein Antrag hat auch, soweit ich mich überzeugt habe, nicht einzig in der Kommission allein, sondern auch seitens des Magistrats eine gewisse Berücksichtigung gefunden. Selbstredend wird mit dem Bauen nicht morgen schon angefangen werden. Der Magistrat wird die Sache prüfen müssen, und muß erst eine Vorlage ausarbeiten. Nach meiner Überzeugung ist es durchaus kein Unding, wenn man 8 m breite Straßen als Wohnstraßen mit 3 m breiten Vorgärten an jeder Seite bauen würde, so daß Licht und Luft nicht beschränkt wird. Sollten dann solche Straßen zu einer Verkehrsstraße sich ausleben, dann wäre immerhin noch eine Straße von 14 m Breite vorhanden, die man für diesen Zweck ausbauen könnte. — Was mir vorschwebte, war, auf dem Grundstücke der Zuckerraffinerie Brunonia, welches 5000 bis 6000 qm Flächeninhalt hat und auf dem das Rathhaus mit allem Zubehör zweimal stehen kann, einen Versuch mit dem Bau von Kleinwohnungen zu machen. Dort wäre vielleicht das Terrain dazu, aber an anderen Stellen wohl auch; ich will mich auch nicht darauf versteifen. Es ist vielleicht noch leichter, an den Stellen, wo die Ringstraße durchgeführt wird und wo von selber Nebenstraßen entstehen werden, hier und dort eine Gruppe zu bauen; dann kommt es nicht auf das Kasernenmäßige hinaus, sondern wird etwas, was es nach meinen Grundsätzen sein soll. Wenn bei uns in dieser Weise vorgegangen wird, so sind wir noch lange nicht vorbildlich anderen Städten gegenüber; und wenn wir das wären, so schadet es auch nichts. Wir brauchen ja nicht immer nachzuhinken, denn ich brauche doch

nicht anzunehmen, daß der Magistrat hier rückständiger wäre als andermwärts. Wenn in der von mir geschilderten Weise vorgegangen wird, dann bin ich überzeugt, daß dauernd Wandel geschaffen werden wird.

Mit den Beschlüssen der Finanzkommission bin ich einverstanden und hoffe, daß nicht allein für die städtischen Arbeiter, sondern auch für diejenigen, die diese Wohnungen so sehr nötig haben, Hilfe geschaffen wird, und daß auch die Privatunternehmer, die solche Wohnungen bauen, stadtseitig unterstützt werden.

Herr Sander: Ich bin mit dem Vorschlage der Finanzkommission auch sehr einverstanden, begrüße ihn sogar mit Freuden, bin aber der Meinung, daß wir auch durchaus keinen Schritt weitergehen sollen als vorgeschlagen ist. Wenn erstens der Bau von Kleinwohnungen für die städtischen Arbeiter und Beamten vorgeschlagen wird, so fasse ich das als einen Versuch auf. Was an zweiter und dritter Stelle angeregt wird, ist hier schon öfter als richtig bezeichnet worden. Bei den heutigen Verhältnissen ist es allerdings unmöglich, daß jemand ein Haus mit Wohnungen von 150—200 *M* bauen kann, das ergibt schon ein kleines Rechenexempel. Ein zweistöckiges Haus mit einer bebauten Grundfläche von ca. 160 qm und mit drei Wohnungen in der Etage von je einer Stube, zwei Kammern, Küche und kleinem Vorplatz würde, der Bauplatz mit 5000 *M* und die Straßenunkosten mit 2000 *M* gerechnet, bei den heutigen Löhnen nicht unter 26- bis 28000 *M* herzustellen sein und würde die nötige Verzinsung nicht bringen. Es ist nur möglich, den Bau derartiger Wohnungen zu fördern, wenn Erleichterungen eintreten, wie sie von dem Referenten vorgeschlagen werden. Sie sind auch schon recht weittragend. Vor allen Dingen empfehle ich, daß bei Übernahme der Straße seitens der Stadt die sogenannte Abfindungssumme fallengelassen wird. Wenn derartige Erleichterungen eintreten, so werden sich auch Unternehmer finden, die bereit sind, mit Hilfe der hier bestehenden Kassen, z. B. der der Invalidenversicherung, von denen billiges Kapital zur Verfügung steht, billige Häuser mit geringem Nutzen zu bauen. Ganz ohne Nutzen zu bauen, können wir keinem zumuten, und dazu wird sich auch keiner finden. Ich bin überzeugt, daß wir zu einem günstigen Resultate kommen, wenn wir den vorgeschlagenen Weg beschreiten.

Wenn ich noch einmal auf den ersten Punkt zurückkomme, so kann ich nicht anerkennen, daß eine Wohnungsnot vorhanden ist, wohl aber ein Wohnungsmangel. Das ist ein großer Unterschied. Wenn Sie natürlich den Ausdruck Wohnungsnot auf kleine Wohnungen im Preise von 150—200 *M* beziehen, so will ich wohl zugestehen, daß eine Wohnungsnot herrscht, aber nicht für Kleinwohnungen im allgemeinen. Ich verstehe darunter solche im Preise bis zu

250 *M.* Wenn man rechnet, daß jemand den 5. Teil seiner Einnahme für Miete ausgeben muß, so ist das wohl der Preis, den der Arbeiter anlegen kann, denn 1200 bis 1350 *M.* verdient doch wohl jeder verheiratete Arbeiter. Nur für solche, die weniger verdienen und ganz kleine Wohnungen suchen, kann ich zugestehen, daß ein Mangel an solchen Wohnungen vorhanden ist. Ich empfehle auch den geehrten Herren, das anzunehmen, was die Finanzkommission vorge schlagen hat.

Herr *F r i e*: Daß ein Mangel an Kleinwohnungen bei uns besteht, läßt sich nicht weglegen, darum ist mir auch der Beschluß der Finanzkommission sehr sympathisch. Nur eins möchte ich noch befürworten. Ich halte es für gefährlich, wenn wir in dieser Richtung gleich so gewaltig ins Geschirre gehen wollten, und möchte darum bitten, wenn der Vorschlag der Finanzkommission zum Beschluß erhoben wird, den Magistrat zu eruchen, erst einmal einen Versuch zu machen, indem zwei bis vier Häuser in verschiedenen Stadtteilen gebaut werden. Wenn dieser Versuch gelingt, können wir wieder darauf zurückkommen und uns weiter darüber unterhalten und weiter bauen. Außerdem stehe ich auch auf dem Standpunkte, daß es vermieden werden muß, solche Häuser mit Kleinwohnungen in einer Reihe aufzuführen, wie das der Herr Referent auch bemerkt hat, sondern, daß sie in verschiedene Stadtteile verlegt werden müssen. Auch mir ist es aus der Seele gesprochen, wenn gesagt ist, daß wir eine Ausnahme in bezug auf die Straßenbaukosten machen sollen und eine Ausnahme von dem, was unser Baustatut vorschreibt, so daß eine Erleichterung des Baus von Kleinwohnungen erreicht wird. Im großen ganzen stimme ich dem Vorschlage der Finanzkommission zu.

Vor s i e n d e r: Ich bemerke, daß auch der Antrag der Finanzkommission dahin lautet, daß der stadtseitige Bau von Kleinwohnungen „versuchsweise“ vorgenommen werden soll.

Herr *M a n n*: Zwei der Herren Vorredner haben bezweifelt, daß eine Wohnungsnot hier bei uns in Braunschweig herrscht. Sie werden daher gestatten, daß ich aus der neuesten Nummer der Deutschen Bauarbeitgeber-Zeitung hier einige Zahlen mitteile. Ich nehme an, daß diese Zeitung auch den Herren bekannt sein wird. Es wird da zunächst ausgeführt, wieviel Zugang an Wohnungen für je 10 000 Einwohner in den verschiedensten Städten Deutschlands zu rechnen ist. Darnach ist der niedrigste Zugang in Kassel, Braunschweig und Danzig mit 0,4 bis 0,3 auf 10 000 Einwohner.

„Auch in Magdeburg ist der Zugang an Wohngebäuden mit 1,12 auf 10 000 Einwohner als gering zu bezeichnen. Interessant erscheint ein Vergleich der Zahlen der durch die Bautätigkeit neuerschaffenen Wohnungen mit dem Angebot der leer stehenden Wohnungen. Keineswegs wirkt immer ein Mangel an Wohnungen anregend auf die Bautätigkeit, oder ein Überangebot hemmend. So besteht z. B. in Braunschweig seit langem die drückendste Wohnungsnot, die letzte Zählung hatte nur einen Prozentjah von 0,7 leer stehenden Wohnungen ergeben (3 Prozent gelten als normal), und dennoch hat im Berichtsquartal die Zahl der Wohnungen (infolge der Abbrüche) abgenommen statt zugenommen (um 11).“

Wenn wir uns diese Zahlen vor Augen halten, dann dürften auch wohl die entschiedensten Gegner einer Bautätigkeit überzeugt sein, daß hier etwas geschehen muß. Selbst wenn man auf dem Standpunkte des letzten Herrn Voredners steht, daß man nur vorsichtig vorgehen soll und keine Überstürzung eintreten dürfte, so muß man doch ohne weiteres sagen, daß es an der Zeit und dringend nötig ist, hier helfend einzuschreiten. Es ist mit ganz besonderem Nachdruck entgegengenommen, als Herr Sanitätsrat Henking mitteilte, daß die Rentenhäuser in Borkum 7500—8000 M gekostet hätten. Kann das einen Sachverständigen noch groß wundernehmen? Das sind Häuser, die mit allen Bequemlichkeiten ausgestattet sind, die auch ein Gärtchen haben. Im übrigen muß man begreifen, daß es mehr kostet, wenn man die Häuschen alleinstehend baut, als wenn man eine große Anzahl zusammenbaut. Das sollte man berücksichtigen, wenn man die Erfolge der Rentenhaus-Gesellschaft zu verkleinern sucht. Diese Häuser sind auch kaum für die kleinen Leute berechnet, denn dazu würden sie zu teuer werden. Was wir hier anstreben, ist wiederholt von uns gesagt. Jeder kann sehen, wenn heute Geschäftshäuser gebaut werden, daß doppelt so viel kleine Wohnungen damit ausgeschaltet werden, als neue wieder entstehen. Die Wohnungen müssen des teuren Grund und Bodens wegen teurer und größer gebaut werden. Da ist von dem Herrn Referenten mit Recht angeführt, daß unsere Bautätigkeit künstlich lahmgelegt wurde; seit Jahren war es Absicht, die Bautätigkeit in Braunschweig nicht zu fördern, sondern sie einzuschränken. Das ist das Verdienst des Herrn Meyerhoff, der wiederholt darüber klagte, daß hier zu viel Wohnungen sein sollten und daß man die Bautätigkeit einschränken müsse. Dem hat sich die aufsichtführende Behörde zu sehr angeschlossen. Ich halte es für dringend nötig, daß die Vorschläge der Kommission angenommen werden, und an den zuständigen Stellen nach der Richtung hin mehr Rücksicht geübt wird, damit das Bauen mehr gefördert als zurückgehalten wird.

Herr *R a s c h e*: Auch in der Baukommission ist die Angelegenheit eingehend erörtert und wir haben uns auch dafür erwärmt, daß ein Versuch gemacht werden möge. Ich möchte nur noch kurz darauf aufmerksam machen, daß es nicht allein die Straßenbaukosten sind, die ermäßigt werden müßten, um billige Wohnungen bauen zu können, auch Dispensationen von dem städtischen Baustatut würden dabei in Frage kommen. Abweichungen von der Landesbauordnung sind nicht erforderlich.

Herr *M e y e r h o f f*: Meine Herren! Es wurde hier gesagt, es sollen Wohnungen gebaut werden, gerade für diejenigen, die nur 120 oder 150 bis 200 *M* dafür ausgeben können. Ich habe nichts dagegen, und wenn der Magistrat das tun will, so heiße ich es willkommen. Einen Wohnungsmangel aber kann ich nicht anerkennen und wenn die Herren noch so sehr mit dem Kopfe schütteln oder sonstige Bewegungen machen. Der letzte Herr Redner sagte, ich sei schuld daran, daß die Bautätigkeit in Braunschweig erlahmt ist. Wenn ich schuld daran wäre, dann würde ich es gern von diesen Stellen aus vertreten. Die Sache lag aber doch anders: Es kam das ganze Gemeinwohl in Frage. Gerade so wie die Ziffer der leerstehenden Wohnungen jetzt heruntergegangen ist, ebenso war sie damals ganz entsehrlich in die Höhe geschneht und von den 3 Prozent waren wir auf 7 bis 8 Prozent gekommen. Aus diesem Grunde ist die Bautätigkeit eingeschränkt und ähnlich so wird sich das wieder abwickeln. Augenblicklich herrscht rege Bautätigkeit und aus diesem Grunde kann ich keinen Mangel an Wohnungen anerkennen. (Zuruf: Mangel an kleinen Wohnungen.) Wenn Sie sagen, wir wollen den Versuch machen, so will ich nicht dagegen sein, aber er wird nicht gelingen.

Herr Dr. *H e n f i n g* redete von den vielen schlechten Wohnungen in der Stadt. Da möchte ich auf einen Vortrag aufmerksam machen, den der Baurat Schünemann in Dresden gehalten hat, in dem er Fingerzeige gab, wie sich solche Wohnungen gut wiederherstellen lassen. Die Hygiene irrt sich oftmals ganz gewaltig. Das kann ich Herrn Dr. Henfing zeigen an einem Beispiel: Früher behauptete die Hygiene, die Kindersterblichkeit rühre von den ungejunden unterirdischen Wohnungen her. Und was wird jetzt behauptet: Die Kellerwohnungen, die kühlen Wohnungen sind das gesündeste für die Säuglinge, denn da findet man den Mindestsatz der Sterblichkeit. Das ist gerade das entgegengesetzte wie vor kurzer Zeit. Ferner wird behauptet: Die Kinder, die Muttermilch genießen, sind widerstandsfähiger als die Kinder, die mit der Flasche aufgezogen werden. Ja, warum werden denn die Kinder aufgebuddelt, wenn sie doch Muttermilch genießen sollen. (Geiterkeit.) Wenn die Hygiene immer mit

solchen Geschichten kommt, und Sachen anführt, von denen sie den Beweis nicht bringt, dann darf es mir Herr Dr. Henking auch nicht übelnehmen, wenn ich sage, den Beweis für die ungesunden menschlichen Wohnungen muß er mir schuldig bleiben. Wenn die Wohnungen nicht überfüllt werden und werden rein gehalten, dann ist auch die kleinste Wohnung noch hygienisch gut, dann brauchen nicht auf jeden Bewohner 20 cbm Lustraum gerechnet zu werden. Deshalb gebe ich auf das, was diese Herren schreiben, fürchtbar wenig, die Ansichten sind jeden Tag anzusehen.

Herr Rieke gesteht zu, auch die jetzigen Baugenossenschaften seien nicht in der Lage, solche Kleinwohnungen zu bauen. Meine Herren! Wenn die Baugenossenschaften schon, die auf keinen Profit rechnen, dazu nicht in der Lage sind, wer soll es denn. Herr Rieke schlägt vor, sie müßten unterstützt werden. Da stimme ich mit ihm überein. Jeder, der sich für das gemeine Wohl opfert, soll eine Unterstützung haben. Ich werde nicht unterlassen, infolge der heutigen Debatte, Ihnen mit dem Antrage zu kommen: Die Stadt Braunschweig hat gleich der Stadt Dresden eine Anleihe aufzunehmen, und soundso viel davon aufzumenden, um zweite Hypotheken zu geben, damit die Bauten gefördert werden. Wenn Sie damit einverstanden sind, dann stimme ich heute auch mit Ihnen überein. Sie sollen aber einmal sehen, wo die Herren bleiben, wenn es heißt, den Stadtsäckel ziehen. Auf die angeregte Weise bekommen Sie die Wohnungsnot nicht weg, wir werden sie nur wegbringen durch eine gewisse Wohltätigkeit, mögen Sie das nun machen durch billige Hypotheken, oder durch Bauunterstützungen oder durch sonst etwas. Wie Herr Rasche schon sagte, haben wir uns in der Baukommission, in der auch Herr Rieke sitzt, vollständig einverstanden erklärt damit, daß leichtere Bedingungen geschaffen werden, um billige Wohnungen bauen zu können. Die Hygieniker und andere schreiben über den englischen Wohnungsbau und haben doch keine Idee davon, was eine englische Arbeiterwohnung ist. Über die englischen Arbeiterwohnungen gesteht ein englischer Bischof unbedingt zu, daß der deutsche Arbeiter besser als die englischen Arbeiter wohnten. Man verlangt billige Wohnungen, und bedenkt nicht die fremden Verhältnisse, daß in England Wände mit $\frac{1}{2}$ Stein Stärke gebaut werden und die billigen Wohnungen keinen Keller unter dem Hause haben. Sie haben ein ganz kleines Loch unter der Küche, das ist dort der Keller, nicht wie hier bei uns ein trocken gelegter Raum. Gewähren Sie doch auch solche Bau-erleichterungen, erlauben Sie doch, daß das Fundament nicht bis in die Unendlichkeit hinuntergeführt werden muß, gestatten Sie $\frac{1}{2}$ Stein starke Wände, dann wird es gelingen, billigere Häuser zu bauen. Bei unserer heutigen Bauordnung wird der ganze Versuch ein Schlag ins Wasser. Zustimmung kann ich

nur nicht, daß hier ein Wohnungsmangel herrscht, so lange noch Überfluß an Wohnungen vorhanden ist.

Vorsitzender: Mir scheint, es wird zumeist über Sachen gesprochen, die gar nicht in dem Antrage der Finanzkommission enthalten sind. (Sehr richtig!)

Nur eine Frage möchte ich mir noch gestatten. Wie kommt diese Vorlage überhaupt in die Baukommission, ich habe sie doch der Finanzkommission überwiesen? (Zuruf: Sie ist der Baukommission aus einem früheren Antrage her überwiesen worden.) Ich glaube, in der Sache sind wir alle einig, und möchte, ohne den Herren vorgreifen zu wollen, der Meinung Ausdruck geben, daß wir uns kürzer fassen könnten.

Herr Boejohigk: Herr Meyerhoff hat anerkannt, daß ein Mangel an kleinen Wohnungen in Braunschweig herrscht; da kann ich nicht verstehen, daß er von Sachen spricht, die gar nicht hierher gehören. Wir haben in der Finanzkommission den Beweis bekommen, daß entschieden zu wenig von diesen Wohnungen in der Stadt vorhanden sind, und daß es im Interesse der Unterbringung des anständigen Arbeiters und seiner Familie liegt, daß Wandel geschaffen wird. Es ist doch schlimm, wenn anständige Arbeiter mit Kindern bis zu den letzten acht Tagen vor dem Umzugstermine noch keine Wohnung haben bekommen können. Wenn die Hausbesitzer nur von dem Standpunkte sich leiten lassen, ob sie gute oder schlechte Mieter bekommen, so muß man doch auch sagen, daß es auch gute und schlechte Hauswirte gibt. Was nützen uns alle die Vorträge! Es ist nicht mehr als in der Ordnung, daß die Stadt dem Mangel abzuhelpen sucht, und das kann nur geschehen, wenn sie selbst einmal für ihre städtischen Arbeiter Wohnungen baut, auch auf die Gefahr hin, daß sie freibleiben. Das ist das ganze, was die Stadt nach dem Antrage unternehmen soll. Ob wir damit einen Schlag ins Wasser tun, weiß Herr Meyerhoff auch nicht. Ich wünsche, daß es kein Schlag ins Wasser werden wird.

Herr Stegmann: Ich begreife sehr wohl, daß der Herr Vorsitzende die Debatte abkürzen möchte, aber wenn nun, nachdem die Finanzkommission anerkannt hat, daß ein Mangel an Kleinwohnungen besteht, dies direkt geleugnet wird, so ist begreiflich, daß dagegen gesprochen wird. Ich war erstaunt, als Herr Meyerhoff sagte, er freue sich, über den Beschluß der Kommission, und dachte gleich, daß der Pferdefuß sich noch zeigen werde. Und wirklich, er kam auch, indem Herr Meyerhoff bestritt, daß ein Wohnungsmangel herrsche. Später hat

er sich verbessert und den Mangel als auf die ganz kleinen Wohnungen beschränkt bezeichnet. Ich muß Herrn Meyerhoff noch sagen, daß nicht nur die ganz kleinen Wohnungen zu 150 bis 200 *M* fehlen, sondern daß auch ein Mangel in Wohnungen zu 250 bis 300 *M* besteht. Das kann ich aus eigenen Erfahrungen bestätigen. Ich verstehe nicht, wie man noch sagen kann, es bestehe kein Wohnungsmangel und man möchte ja recht vorsichtig mit dem Bau von Kleinwohnungen vorgehen. Wo haben denn die Herren, die den Wohnungsmangel bestreiten, eigentlich gelebt? Sehen Sie sich beim Ziehtermin um, wo Familien mit Kind und Kegel auf der Straße kampieren müssen und froh sein können, wenn sie von der Polizei untergebracht werden. Der Vorsitzende des Grundbesitzervereins, Herr Meyerhoff, jagt: Ich bin leider nicht darüber orientiert. Das muß man doch verlangen, daß jemand, der darüber reden will, orientiert ist. Wenn die Finanzkommission den Antrag angenommen hat, so hat gewiß mit dazu beigetragen, daß auch das Stadtbauamt die Erfahrung gemacht hat, daß ein Mangel an kleinen Wohnungen vorhanden ist, denn es weiß, daß Mieter wiederholt mit Anträgen gekommen sind, zu gestatten, daß alte Wohnungen wieder restauriert werden durften, und das Stadtbauamt ist dem auch, soweit es den gesetzlichen Bestimmungen nicht widerspricht, nachgekommen.

Zum Schluß möchte ich noch auf das erwidern, was Herr Meyerhoff über Hygiene gesagt hat. Herr Meyerhoff wird vielleicht darüber von den Ärzten, die hier in der Versammlung sind, beraten werden können; seine Antwort von der Versammlung hat er durch die Heiterkeit der Versammlung schon bekommen. Diese Ausführungen über hygienische Ansichten richten sich selbst. Ich kann nur dringend bitten, den Antrag der Kommission anzunehmen und den Magistrat zu ersuchen, möglichst bald eine Vorlage zu machen.

Herr R i e f e: Wenn man Herrn Meyerhoff überzeugen will, so muß man schon den Stier bei den Hörnern fassen. Wer das herrschende Wohnungselend kennen lernen will, der braucht nur im Sichter in Räume zu kommen, wo man in schrägen Dachzimmern, zwei Meter lang und zwei Meter breit, die nur ein Giebel Fenster haben, viele Menschen hausen, kochen, schlafen und waschen sehen kann. Wenn das kein unleidlicher Zustand ist, dann mag ich keine anderen kennen lernen. Wenn wir unsere soziale Pflicht voll tun wollten, dann hätten wir noch ganz andere Aufgaben zu erfüllen, als hier vorgeschlagen werden. Seinerzeit hatte der Magistrat projektiert, von der Kaiserstraße bis nach dem Gausdenkmale hin eine Straße zu bauen. Dadurch wären die ungeeigneten Wohnungen auf dem Nickelnfusse und der Kaiserstraße verschwunden. Leider hat aber das Ministerium den Straßenbau abgelehnt. Wenn da Stadt und

Staat Hand in Hand gegangen wären, wenn da den Anwohnern gesagt wäre: „Die Wohnungen entsprechen nicht den heutigen Anforderungen, reiß dein Haus nieder, dann bekommst du ein Drittel oder die Hälfte aus der Brandkasse“, so hätten die Grundbesitzer selber ein Interesse daran gehabt, ihre Häuser modern aufzubauen und wir hätten bessere bauliche Zustände als andere Städte. Die Stadt hätte sich nicht so erweitert, aber es wäre innen Wandel geschaffen. Jetzt müssen wir die Sünden von unseren Vorfahren büßen.

Wenn jetzt der Moment gekommen ist, daß die größte Mehrzahl der Versammlung bereit ist, Abhilfe zu schaffen, dann verstehe ich nicht, wie man dem entgegentreten kann. Herr Meyerhoff war stets derjenige, der den jährlichen Zuschuß der Stadt von 1000 M an die Baugenossenschaft bekämpft hat. Aus den heutigen Ausführungen des Herrn Meyerhoff zu dieser Frage spricht der krasse Hausbesitzerpajcha. Das ist kein Standpunkt, für einen Stadtverordneten, der die Allgemeinheit vertreten soll, sondern der Standpunkt eines Mannes, der Sonderinteressen vertritt.

Vorsitzender: Herr Niese, Sie dürfen keinem hier im Saale vorwerfen, daß er Sonderinteressen vertritt. Das ist unstatthaft.

Ich schließe die Debatte und bitte die Herren, die den Antrag der Finanzkommission annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschlacht.) Ich konstatiere, daß der Antrag, trotz der vielen Debatten, einstimmig angenommen ist.

2. Ergänzung der Lieferungsbedingungen für das Lichtwerk.

Herr Hartung: Die Strassenbahn-Gesellschaft ist an den Magistrat mit dem Antrage herantreten, ihr zu gestatten, eine Ergänzung zu den Stromlieferungsbedingungen des Lichtwerks herauszugeben, wonach künftig auf Wunsch der elektrische Strom auch durch Münzzähler oder Automaten abgegeben werden kann. Die vorgeschlagenen Bedingungen sind Ihnen bekannt. Der Stadtmagistrat hat empfohlen, diese Vorschriften so wie sie von der Strassenbahn-Gesellschaft vorgeschlagen sind, zu genehmigen. Die Statutenkommission ist auch mit dem Antrage einverstanden bis auf einen Punkt. Unter Nr. 7 heißt es: „Alle Instandsetzungsarbeiten und Änderungen an den dem Elektrizitätswerke gehörenden und dem Stromabnehmer zur zeitweisen Benutzung überlassenen Gegenständen dürfen nur durch Beauftragte des Elektrizitätswerks ausgeführt werden. Die Kosten hierfür sowie die Lampensteuer hat der Stromabnehmer gesondert zu tragen. Ausgenommen sind die Kosten für solche Arbeiten und Lieferungen, welche nach Entscheidung des Elektrizitäts-

werkes" infolge fehlerhaften Materials oder mangelhafter Arbeit ohne Verschulden des Stromabnehmers oder Dritter oder durch natürliche Abnutzung (Lampen) erforderlich geworden sind." Mit anderen Worten: Reparaturen sollen unter den angegebenen Umständen nicht dem Abnehmer belastet, sondern von der Straßeneisenbahn-Gesellschaft getragen werden. Es ist nur das Heikle bei der Bestimmung, daß die Straßeneisenbahn-Gesellschaft die Frage, ob die Reparaturen ohne Verschulden des Abnehmers entstanden sind, selbst entscheiden will. Das kann von der Statutenkommission nicht gebilligt werden, weil im Ernstfalle die Bestimmung auch vom Gericht nicht respektiert werden würde, denn sie widerspricht dem Grundsatz, daß niemand in seiner eigenen Sache Richter sein darf. Die Statutenkommission beantragt daher, den Passus zu ändern und die Worte: „nach Entscheidung des Elektrizitätswerks" zu streichen und hinter den Worten „erforderlich geworden sind" einzufügen: „vorüber im Streitfalle die ordentlichen Gerichte zu entscheiden haben". Ich bitte, dem zustimmen zu wollen.

Vorsitzender: Ich stelle die Angelegenheit zur Beratung. Der Entwurf für die neuen Bestimmungen ist allen Herren schriftlich zugegangen; eine Besprechung der einzelnen Punkte der Ergänzungen, die alle einfach sind und für die die Kommission Genehmigung vor schlägt, wird nicht beliebt.

Es werden zunächst die Bestimmungen unter 1 bis 6 und 8, darauf die Bestimmungen unter 7 mit der von der Statutenkommission vorgeschlagenen Änderung angenommen.

3. Stadtseitige Übernahme des Interessenten-Brunnens auf dem Agidienmarkte.

Herr Buch: Vor einiger Zeit erschien im Rathause der Rechnungsführer des Interessentenbrunnens auf dem Agidienmarkte und teilte mit, daß er gedrängt werde, die Instandsetzung des Brunnens in die Wege zu leiten, da der Brunnen infolge des beschädigten Pumpwerks kein Wasser gebe. Er bezweifle jedoch, daß er mit den geringen zur Verfügung stehenden Mitteln diese Reparatur ausführen lassen könne und beantrage deshalb stadtseitige Übernahme des Brunnens. Es wurde ihm aufgegeben, er solle nochmals die Interessenten zusammenrufen und ihnen die Kosten der Reparatur mitteilen. Bei seinem Wiedererscheinen auf dem Rathause mußte der Rechnungsführer des Brunnens wiederum beantragen, den Brunnen stadtseitig zu übernehmen, da die Inter-

effenten keine Neigung hätten, die Kosten für die Reparatur aufzubringen. Eine definitive Versammlung am 4. Oktober hatte beschlossen, die Interessentenschaft aufzulösen, der Stadt den vorhandenen Kassenbestand von 39,81 *M* zur Verfügung zu stellen und die Stadt zu bitten, den Brunnen zu übernehmen. Der Magistrat gibt den Stadtverordneten anheim, sich mit diesem Vorschlage einverstanden zu erklären, den bisherigen Interessentenbrunnen instandsetzen zu lassen und die von der städtischen Bauverwaltung auf 100 *M* geschätzten Kosten dafür zu Lasten des Kap. X des ordentlichen Etats zu verwilligen. Die Baukommission, die sich mit der Angelegenheit vor kurzem befaßt hat, empfiehlt Ihnen Annahme dieses Vorschlages.

Die Versammlung beschließt dem Antrage des Magistrats gemäß.

4. Bauliche Änderungen im Ratskeller.

Herr *Rajche*: Der Wirt des Ratskellers hat an den Magistrat den Antrag gestellt, daß in einem Kellerraum der Wirtschaft, wo auch schon der Kühlschrank steht, ein Fischbehälter zur Aufbewahrung lebender Fische gebaut werde. Er begründet das damit, daß ein solcher für seine Wirtschaft erforderlich sei, um eine erstklassige Küche führen zu können. Der Magistrat hat dem Antrage zugestimmt und auch die Baukommission empfiehlt ihn zur Annahme. Die Kosten für das Bassin mit dem nötigen Wasserzu- und -abfuhrleitungen betragen nach Angabe der städtischen Bauverwaltung 250 *M*. Der Wirt hat sich auch bereit erklärt, nötigenfalls diese Summe zu verzinsen, er bittet aber, von dieser Forderung Abstand nehmen zu wollen. Auch die Baukommission empfiehlt, die Summe zu bewilligen und von einer besonderen Verzinsung der Anlage durch den Wirt abzusehen.

Der Antrag der Baukommission gelangt zur Annahme.

5. Unterstützung des Römisch-Germanischen Zentral-Museums in Mainz.

Herr *Wolters*: Es liegt ein Gesuch des Römisch-Germanischen Zentralmuseums in Mainz vor um Unterstützung auf Jahre hinaus, also bis auf weiteres. In dem Gesuche wird seitens des Ortsausschusses für das Museum ausgeführt, es sei dieses Museum im Jahre 1852 zugleich mit dem Germania-Nationalmuseum in Nürnberg von den deutschen Geschichts- und Altertumsvereinen errichtet mit dem Zwecke, der deutschen Altertumsforschung eine Zentralstelle zu schaffen. Wie das Nationalmuseum in Nürnberg die wich-

tigsten Denkmäler deutscher Kultur des Mittelalters und der neueren Zeit vereinigen sollte, so sollte es Aufgabe des Zentralmuseums in Mainz sein, die Denkmäler aller älteren Kulturen, die auf deutschem Boden geblüht haben, und im besonderen die der Germanen aus ganz Europa in übersichtlicher Weise, namentlich in Kopien, zu sammeln und den Zwecken der Wissenschaft und Volksbelehrung zugänglich zu machen. Das Mainzer Museum ist in finanzieller Hinsicht von Anfang an in schwierigen Verhältnissen gewesen, die sich in letzter Zeit noch gesteigert haben. Deshalb ist nun eine Anzahl deutscher Städte mit der Bitte, um Unterstützung angegangen worden und unter anderen Städten haben Berlin 500 *M*, Frankfurt a. M. 300 *M* jährlich zu spenden versprochen. Der zum Bericht aufgeforderte Direktor unseres Museums empfiehlt sehr, dieses Museum zu unterstützen und bemerkt, daß das Studium der Sammlungen für jeden Prähistoriker unerlässlich sei. Das Museum hätte durch seine periodischen Publikationen Bedeutendes geleistet und würde sich auch für solche Private und Sammler, die kein eigenes Laboratorium halten können, in liberalster Weise für Untersuchungen, Restaurationen und Abformungen zur Verfügung stellen. Der Magistrat beantragt, bis auf weiteres das Museum durch einen jährlichen Beitrag von 50 *M*, zu zahlen aus der Kammereinkasse, zu unterstützen und die Finanzkommission empfiehlt Zustimmung dazu.

Die Unterstützung wird bewilligt.

6. Eingabe des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Braunschweig, betreffend Ortsstatut über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Herr Wolters: Diese Eingabe ist noch nicht vorberaten. Eine gleiche Eingabe wie an die Stadtverordneten ist von dem Verbands an den Magistrat gerichtet und dieser bearbeitet gegenwärtig die Sache. Unter diesen Umständen hat die Statutenkommission keinen Beschluß fassen können, vielmehr muß die Angelegenheit zurückgestellt werden.

7. Erhöhung der Löhne der städtischen Heizer.

Herr Wolters: Am 31. März d. J. haben die an den städtischen Bürgerschulen beschäftigten Heizer ein Gesuch um Erhöhung ihrer Arbeitslöhne eingereicht. Die städtische Bauverwaltung ist zum Bericht aufgefordert worden und es wird darnach empfohlen, Erhöhungen in den Lohnzahlungen für die gesamten städtischen Heizer eintreten zu lassen. Aus den folgenden Zahlen werden die

geehrten Herren sehen, daß sich sowohl die Erhöhungen als auch die Zahlungen an die Heizer untereinander unterscheiden. Der Grund ist im wesentlichen der Umfang der Tätigkeit, denn ein Teil dieser Heizer hat mehr Arbeit zu leisten als die anderen.

Für das Rathaus kommen in Frage der erste und zweite Hilfsheizer, die bisher im Monate 90 *M* erhalten haben und nunmehr 105 *M* erhalten sollen.

Der Heizer am städtischen Museum bezog bis jetzt monatlich 100 *M* und soll künftig 105 *M* bekommen,

der Heizer der städtischen Gewerbeschule bisher 105 *M*, künftig 115 *M*. Es ist hier darauf aufmerksam zu machen, daß dieser Heizer sehr viel beschäftigt ist und daher in seiner Lohnhöhe die übrigen überragt.

Der Heizer der Oberrealschule erhielt bisher 90 *M* und soll künftig 100 *M* bekommen, ebenso

der Heizer in der städtischen höheren Mädchenschule.

Für den Heizer in der Übungsschule stellen sich die Sätze auf 85 *M* bisher, 95 *M* künftig, für die städtische Mädchen-Mittelschule auf 90 *M* bisher, 100 *M* künftig.

Ein Teil der Heizer an den Bürgerschulen bezog bisher 85 *M*, ein anderer Teil 95 *M*. Beiden soll ein Zuschlag von 10 *M* gewährt werden.

Die Finanzkommission empfiehlt Zustimmung zu den Vorschlägen in allen Fällen.

Herr R i e f e: Ich möchte bei dieser Gelegenheit beantragen, alle diese Heizer einheitlich zu honorieren. Sie haben an allen den Stellen mehr oder weniger Zentralheizung zu bedienen, und da sind die Unterschiede in der Arbeitsleistung nicht groß. Außerdem besteht noch immer eine Sonderstellung für einzelne Heizer, denen eine Wohnung angewiesen ist, die bei der Befoldung nicht angerechnet wird. Der Heizer an der Diefsterwegschule hat wohl 31 Klassen zu heizen, und der an der Sandwegschule weniger, dafür hat er aber die Turnhalle zu heizen. Wenn der eine Heizer einen Zeichenaal oder eine Turnhalle besonders zu heizen hat, so hat der andere dafür andere Arbeiten mehr oder die Arbeit ist umständlicher. Darum würde ich es für besser halten, wenn die Erhöhung der Gehälter einheitlich erfolgte. Das würde auch in anderer Beziehung mehr dem Unfrieden steuern. Ich möchte ersuchen, diesen Vorschlag zu erwägen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h r: Diese Erwägung hat der Magistrat bereits angestellt, ist aber doch zu dem Entschlusse gekommen, an den Vorschlägen nicht zu rütteln. Es ist nicht richtig, daß die Zahl der Klassen eines Gebäudes maßgebend für die Höhe der Befoldung des Heizers ist. Es sprechen

da auch andere Gründe mit, z. B. bei der Gewerbeschule der Umstand, daß sie regelmäßig Sonntags benutzt wird, während die übrigen Gebäude, abgesehen vom Rathaus, Sonntags nicht geheizt zu werden brauchen. Dann kommt hauptsächlich in Betracht, daß die Heizungs-systeme verschieden sind, daß die Heizer zu verschiedenen Tageszeiten mit ihrer Arbeit beginnen müssen. Ich habe gehört, daß bei Winterskälte einige Heizer um 4 oder gar um 2 Uhr mit dem Heizen beginnen müssen, andere vielleicht erst um 6 Uhr. Nach allen diesen Rücksichten hat die städtische Bauverwaltung die Lohnsätze bemessen. Ob sie in jedem Falle zutreffend sind, ist für uns schwer nachzuprüfen. Ich meine, wir müßten uns in der Beziehung auf die städtische Bauverwaltung verlassen können.

Die in der Magistratsvorlage enthaltenen Lohnsätze werden angenommen.

8. Zulegung einer Fläche zum früheren Franzischen Felde und Wahl von Deputationsmitgliedern.

Herr Frühlings: Nachdem wir angenommen haben, daß das Franzische Feld in einen Spiel- und Sportplatz umgewandelt wird, hat der Magistrat mit der Herzoglichen Kammer wegen Ermietung derjenigen Grundfläche Verhandlungen eingeleitet, die zur Schaffung einer brauchbaren Rodelbahn erforderlich ist. Dabei hat sich herausgestellt, daß der an der Ostseite des Platzes hinziehende Weg, der Eigentum der Gemeinde Glicsmarode ist, im Laufe der Jahre nach Osten zu verschoben ist, so daß die Stadt jetzt einen erheblich größeren Platz bekommt, als früher angenommen ist. Das kommt uns sehr zustatten, da es für die Anlage der Rodelbahn wünschenswert wäre, diesen Weg noch weiter nach Osten zu verschieben, und die dadurch 98,2 a große Fläche dem Spielplatz zuzulegen. Die Herzogliche Kammer ist bereit, diese Fläche zu demselben Preise wie die gesamte Fläche, nämlich 20 *M* für 25 a, bis zum Jahre 1930 zu vermieten. Es würden also im ganzen noch 80 *M* pro Jahr zu zahlen sein. Es ist versucht worden, die Miete noch herunterzudrücken, eine Ermäßigung des Mietpreises ist aber von der Herzoglichen Kammer abgelehnt. Der Stadtmagistrat stellt an uns das Ersuchen, der Ermietung dieser Fläche zuzustimmen und die Baukommission empfiehlt Ihnen das gleiche.

Sodann jagt der Magistrat in seinem Anschreiben: „In der Sitzung vom 15. Juni haben die Stadtverordneten ferner beschlossen, zur Erlangung von Projekten zur Ausgestaltung des Platzes und zur Verwaltung dieses und der übrigen Spielplätze eine Deputation einzusetzen und mit entsprechender Vollmacht zu versehen, außerdem wurde erklärt, daß es zweckmäßig sei, die Zahl der Mitglieder auf 5 festzusetzen, von denen unsererseits 2 zu ernennen seien. Wir

sind mit diesen Vorschlägen einverstanden und beabsichtigen unsererseits, außer einem Magistratsmitgliede dem Schuldirektor Professor Dr. Rehfuß das Amt eines Mitgliedes dieser Deputation zu übertragen.“ Der Magistrat gibt nun anheim, die übrigen drei Deputationsmitglieder wählen zu wollen. Die Baukommission empfiehlt, auch dem zuzustimmen.

Endlich hat sich die Baukommission mit der Personenfrage beschäftigt und hat die Sache ähnlich so behandelt wie andere, bei denen von der Kommission Vorschläge gemacht sind, also ohne dadurch die freie Entschliebung der geehrten Versammlung beschränken zu wollen. Zunächst ist in Frage gekommen, ob es zweckmäßig ist, Persönlichkeiten, die mit Spiel und Sport besonders vertraut sind, in die Deputation zu wählen. Es wurde darauf hingewiesen, daß es sich in dem vorliegenden Falle darum handelt, daß der Platz erst einmal ausgebaut werden solle, daß für den späteren Spielbetrieb sehr wohl noch die betreffenden fachverständigen Persönlichkeiten von der Deputation hinzugezogen werden könnten, und daß mit Rücksicht darauf, daß es sich um die Bewilligung größerer Summen handelt und um die technische Ausbildung des Platzes, es wünschenswert sein möchte, Herren aus der Stadtverordnetenversammlung zu wählen. Außerdem ging die Meinung der Kommission dahin, daß man mit Rücksicht auf die im wesentlichen hautechnischen Fragen Herren wählen möchte, die mit derartigen Fragen vertraut wären. Ich bin beauftragt, einige Namen zu nennen und empfehle Ihnen im Namen der Kommission die Herren Rasche, meine Wenzigkeit, Munte, Lange, Kleinfnecht, Bunge, von denen drei Herren durch die Versammlung auszusuchen sein würden, ohne daß ausgenommen ist, auch andere Herren zu wählen.

Hinzufügen möchte ich noch, daß in der Baukommission die Mitteilung gemacht worden ist, für den Fall, daß heute die Vorschläge des Magistrats angenommen werden, könne sofort die Ausführung der Rodelbahn in Angriff genommen werden, so daß sie noch möglichst in diesem Jahre zur Benutzung zur Verfügung gestellt werden kann.

Herr Mohr: Ich bin anderer Ansicht als die Baukommission und möchte empfehlen, daß in die Kommission für den Sport- und Spielplatz ein Fachmann hineinkommt, wie beispielsweise der Turnlehrer Runge. Es ist nach meiner Auffassung bei Anlage des Platzes sowohl der technische Gesichtspunkt mit zu berücksichtigen, als auch die sportliche Seite derartiger Plätze. Ein Herr, der viele derartige Anlagen gesehen hat, wie Herr Runge, würde jedenfalls mit seinem Räte den übrigen Herren gut zur Seite stehen können.

Herr Fröhling: Herr Mohr hat den Namen Runge genannt, das ist auch in der Kommission geschehen, auch der Name Somburg ist genannt worden.

Die Baukommission hat aber gerade nach den Erläuterungen des Magistrats davon abgesehen, Herrn Runge, Somburg oder sonst einen Sportsachverständigen für die Deputation vorzuschlagen, weil es sich nicht direkt um Spiel und Sport handelt, sondern um die Ausgestaltung des Platzes, und es in der Möglichkeit liegt und auch erwartet wird, daß die Deputation die beiden Herren um ihre Meinung fragt. Es wurde außerdem angeführt, daß wir auch, was das Turnen der Schulen betrifft, einen Sachverständigen in der Deputation haben werden, indem der Magistrat mitteilte, er würde Herrn Schuldirektor Professor Dr. Rehfuß in die Deputation hineinwählen. Aus diesen Gründen ist von seiten der Baukommission Abstand genommen, dieser auch von uns zuerst aufgenommenen Erwägung Folge zu geben.

Herr Henking: Ich möchte doch empfehlen, nicht die Spielsachverständigen nur gelegentlich hinzuzuziehen, sondern von vornherein mit Sitz und Stimme in der Deputation zu betrauen. Es ist ein Unterschied, ob man solcher Deputation das Recht gibt, Sachverständige nach ihrem Belieben hinzuzuwählen oder ob die Sachverständigen vollberechtigte Mitglieder der Kommission sind. Ich glaube, daß gerade bei Herrichtung dieses großen Feldes es wünschenswert wäre, diese Spielsachverständigen — in erster Linie Herrn Runge — zu hören.

Herr Mohr: Würde die Versammlung sich nicht dazu verstehen, eine Verstärkung der Deputation um zwei Mitglieder eintreten zu lassen. Ich habe das Gefühl, als ob die Baukommission sich gesagt habe: bei den Herren Somburg und Runge wird uns die Wahl schwer. Wir sind beiden Herren gegenüber etwas verpflichtet und möchten nicht den einen vor den Kopf stoßen. Wenn wir beide Herren hineinwählen, so würde damit die Sache gehoben sein.

Herr Oberbürgermeister Kettmeyer: Ich glaube, wenn die Herren darauf Wert legen, daß der Ausschuß aus 7 Mitgliedern bestehen soll, würde der Magistrat nichts dagegen haben, obgleich das Stimmverhältnis zwischen den vom Magistrat entsandten Mitgliedern und den von Ihnen gewählten dadurch ein ganz anderes wird. Wir legen im Magistrat Wert darauf, daß auch einige von den Herren Stadtverordneten in dieser Deputation sind, und zwar wesentlich deshalb, weil sie zunächst sehr schwerwiegende Aufgaben zu erfüllen haben wird durch Begutachtung der Vorschläge über die Bebauung dieses Platzes. Es ist unter anderm in Aussicht genommen, zwei Tribünen auf dem Platz zu erbauen; das wird eine Menge Geld kosten. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß man den Herren Sport- und Spielleuten nicht allzuviel Einfluß einräumen soll, darum möchten wir drei Stadtverordnete in den Ausschuß haben. Es

Kommt hinzu, daß noch andere Fragen erörtert werden sollen, z. B. die Frage der Aufbewahrung der Kleidungsstücke auf den Spielplätzen überhaupt. Diese Frage ist ohne Zweifel dringend; deshalb haben wir heute morgen schon beschlossen, in den nächstjährigen Etat Mittel dafür einzustellen. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß die beiden Herren, die hier genannt sind und gegen deren Wahl ich mich absolut nicht aussprechen will, Beamte der Stadt sind, wenn auch nicht Beamte im engeren Sinne, sie sind beide Lehrer. Wir haben es immer so gehalten, daß die städtischen Beamten ohne weiteres zu solchen Ämtern verpflichtet sind. Ich glaube auch nicht, daß sie sich weigern würden, wenn ihr Rat und Gutachten erwünscht erscheint, an den Deputationsitzungen teilzunehmen, bei denen sie nur nicht mit abzustimmen hätten. Die Entscheidung muß ich Ihnen überlassen, und erwähne nur noch, daß ein häufiges Zusammenkommen der Deputation erschwert wird, wenn die Zahl der Mitglieder eine große wird.

Herr Ribbentrop: Ich möchte auch davor warnen, den Ausschuß zu groß zu machen; er wird dadurch schwerfällig. Ich halte drei Mitglieder aus der Zahl der Stadtverordneten für genügend und erlaube mir den Vorschlag, die Herren Rasche, Frühling und Munte zu wählen.

Herr Rieke: In der Baukommission war maßgebend für den Beschluß, daß es nicht nötig wäre, daß die Mitglieder der Kommission auf das Fußballspiel einbezogert sein müßten. Wenn Spielsachverständige nötig sind, so können sie immer noch hinzugezogen werden.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß in die Deputation drei Mitglieder von Seiten der Stadtverordneten entsandt werden, wählt in schriftlicher Abstimmung die Herren Frühling, Rasche und Munte als Deputationsmitglieder und stimmt der Hinzupachtung der erwähnten Teilfläche zu.

9. Beitritt der Stadt zum Verbands der Hilfsschulen Deutschlands.

Herr Mohr: Der Schulinsektor Kielhorn hat an den Schuldirektor Professor Dr. Rehfus das Ersuchen gerichtet, beim Magistrat vorstellig zu werden, daß die Stadt dem Verbands der Hilfsschulen Deutschlands beitrifft, dessen Vorstand Herr Inspektor Kielhorn angehört. Der Stadtmagistrat hat dem Verband schon Zuwendungen im Betrage von 50 M gemacht, und der Herr Schuldirektor ist der Ansicht, daß der Verband der Hilfsschulen Deutschlands für die

Ausgestaltung des Hilfschulwesens bisher Ausgezeichnetes geleistet habe und daß es im Interesse der Sache zu wünschen sein würde, den Verband durch einen jährlichen Beitrag zu unterstützen. Herr Direktor Rehfuß empfiehlt, den Beitrag auf vielleicht 25 *M* pro Jahr zu bemessen. Die Finanzkommission glaubt, daß die Stadt diesen Betrag für den guten Zweck wohl opfern könne, und gibt deshalb nach dem Magistratsvorschlage anheim, die 25 *M* zu bewilligen.

Der Beitritt der Stadt zu dem Verbande mit einem Jahresbeitrage von 25 *M* wird beschlossen.

10. Errichtung einer Einfriedigungsmauer auf dem Schulgrundstücke am Hohenstiege.

Herr R i e c k: Das Nachbargrundstück der städtischen Schule am Hohenstiege gehört der katholischen Gemeinde. Die Gebäude auf diesem Grundstücke werden abgerissen und das freiwerdende Terrain soll nicht wieder bebaut werden. Deshalb ist es notwendig, stadtfseitig an der etwa 35 m langen Grenze eine Mauer aufzuführen. Sie soll aus roten Handbarnsteinen, der Sockel aus Kalksteinquädern bestehen und die Mauer soll mit aus Zementbeton hergestellten Abdeckplatten versehen werden. Die Vorlage und der Kostenanschlag ist in der Baukommission besprochen worden. Die Kosten betragen 2100 *M* und sollen nach dem Magistratsvorschlage aus dem Ausgleichsfonds bewilligt werden. Das erscheint deshalb gerechtfertigt, weil eine Ergänzung des ursprünglichen Bauprojekts in Frage steht. Zu einer von der städtischen Bauverwaltung angeregten Begradigung der Grenze liegt wohl kein Grund vor. Es handelt sich dabei nur um 0,35 qm, und um deswillen ein großes Regulierungsverfahren einzuleiten, lehnt auch die Baukommission ab. Die Vorlage wird jetzt eingebracht, weil die städtische Bauverwaltung der Meinung ist, daß es zweckmäßig wäre, noch in diesem Herbst die Auführung der Mauer in Angriff zu nehmen. Die Baukommission gibt durch mich Genehmigung der Vorlage anheim.

Die Versammlung ist mit der Vorlage einverstanden.

11. Ankauf eines Grundstückes in der Kleinen Burg.

Herr R a j c h e: Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats ist vor einigen Jahren bei Gelegenheit des Umbaues des Stadtkassen-Grundstückes mit dem inzwischen verstorbenen Mechaniker Nautenfranz wegen des stadtfseitigen Er-

werbes seines Grundstücks Kleine Burg Nr. 2 verhandelt, doch haben sich die Verhandlungen wegen des zu hohen Kaufpreises zerklagen. Jetzt ist von den Erben das Grundstück der Stadt zum Kauf angeboten und der Magistrat hat vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordneten sich mit den Erben dahin geeinigt, das Grundstück zu einem Preise von 30 000 *M* für die Stadt zu erwerben. Für das nur 224 qm große Grundstück ist das eine verhältnismäßig hohe Summe, aber der Magistrat motiviert den Ankauf damit, daß über kurz oder lang doch einige Bureaus aus dem Rathause verlegt werden müssen und es deshalb angebracht sei, nicht die Gelegenheit vorübergehen zu lassen, dies Haus zu erwerben. Die Kosten ersucht der Magistrat in der Form zu bewilligen, daß die eine Hälfte des Kaufpreises zu Lasten des Extraordinariums, die andere zu Lasten des Ausgleichsfonds gerechnet wird. Die Baukommission hat dem Ankaufe zugestimmt, und bittet auch die geehrten Herren, die Vorlage in der angegebenen Weise zu genehmigen.

Herr R i e f e: Gegen die Vorlage habe ich nichts einzuwenden und schließe mich dem Antrage der Baukommission an. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit den Magistrat erjuchen, in einer andern Sache auf der Kleinen Burg Wandel zu schaffen. Das besprochene Grundstück grenzt an das Stadtkassengrundstück an. Dort, wo die städtischen Straßenreiniger und Laternenanstecher sich versammeln, kommen täglich 60 Personen zusammen und der Raum dafür ist eng begrenzt. Es ist auch nur ein Kiosett dort vorhanden. Ich möchte bitten, daß bei dieser Gelegenheit der Magistrat versuchen möge, dort eine Besserung zu schaffen.

Herr Bürgermeister M e y e r: Die wenig günstigen Verhältnisse in jenen Räumen sind uns bekannt; auch hat Herr Riefe schon vor einer Reihe von Monaten angeregt, etwas zu ihrer Besserung zu tun. Die städtische Bauverwaltung hat denn auch schon mehrere Projekte eingereicht, aber die Lösung der Frage wird, wie Herr Riefe anerkannt hat, dadurch erschwert, daß die Lage des Grundstücks ungemein beengt ist. Auch nach der Seite des Agidienstifts hin können wir ein Haus nicht bauen, weil dort Fenster bestehen, die wir ohne weiteres nicht zubauen möchten. Ich hoffe aber, daß der Magistrat in nicht allzulanger Zeit eine Vorlage machen kann, durch welche die Verhältnisse günstiger gestaltet werden.

Der Ankauf des Hauses wird beschlossen und der vorgeschlagenen Berechnung des Kaufpreises des Hauses zugestimmt.

12. Flächenaustausch zwischen der Stadt und der Königlichen Eisenbahndirektion Magdeburg.

Herr Friede: Es hat sich herausgestellt, daß bei dem Wasserwerk Rüningen die Grundfläche an der Stelle, wo unsere Brunnen liegen, begradigt werden muß und der Magistrat hat deswegen mit der Königlichen Eisenbahndirektion Magdeburg verhandelt. Diese ist damit einverstanden, daß zu dem Zwecke der Begradigung mehrere Flächen ausgetauscht werden. Es handelt sich auf beiden Seiten um den Austausch von 176 qm, so daß Kosten mit dem Austausch nicht verknüpft sind. Es müssen nur die Vertragskosten zur Hälfte von beiden Teilen getragen werden. Der Magistrat beantragt, daß wir uns mit dem Austausch dieser Flächen einverstanden erklären und den Abschluß eines bezüglichen Vertrages ihm überlassen. Sie werden aus der Zeichnung ersehen, daß der Austausch ein Leichtes ist, das er aber auch für uns notwendig erscheint, weil auf dem Terrain, welches wir hinzubekommen, unsere Brunnen liegen. Die Baukommission hat die Sachlage geprüft und schließt sich dem Antrage des Magistrats an.

Die Versammlung stimmt dem Austausch der in Frage stehenden Flächen zu.

13. Erwerb von Flächen am Rattreppeln.

Herr Meyerhoff: Der Zuckerwarenfabrikant Hermann errichtet im Rattreppeln ein neues Wohngebäude und muß nach dem Lageplan auf der westlichen Ecke mit der Front des Hauses zurückrücken. Im ganzen würden der Straße 3 qm zuzuschlagen sein. Der Herr hat diese Fläche der Stadt zum Kaufpreise von 400 M angeboten, das bringt auf das Quadratmeter 133⅓ M. Es mag das in Ansehung der Lage des Hauses etwas zu hoch erscheinen, aber in Ansehung des Grundstückes selber, welches sowieso keine große Tiefe hat und überhaupt in seiner Ausdehnung beschränkt ist, hat der Magistrat den Kauf empfohlen. Die Kosten würde die Stadt tragen, der notarielle Vertrag liegt vor. Die Baukommission hat die Angelegenheit geprüft und namens der Baukommission gebe ich Genehmigung des Erwerbes dieser Grundfläche anheim.

Der Erwerb der Fläche zum Preise von 400 M wird genehmigt.

14. Verlegung eines Rückleitungskabels seitens der Straßenbahngesellschaft.

Herr Frühlings: Die Zuleitung des elektrischen Stromes für unsere Straßenbahn geschieht durch die Oberleitung, die Rückleitung vermittelt der

Schienen. Der Zustand bringt in sofern Nachteile mit sich, als Teile des rücklaufenden Stromes gern in benachbarte Eigentteile übergehen und auch durch die Gas- und Wasserrohre ihren Weg nehmen. Das würde an und für sich nicht schlimm sein, wenn nicht diese vagabondierenden Ströme den Nachteil hätten, daß sie elektrolytische Angriffe auf die Rohre ausüben und so die Rohre beständig gefährden. Es bilden sich durch die Einwirkung des elektrischen Stromes Löcher in den Rohren, wodurch Wasser und Gas austreten können. Das ist nicht nur bei uns in Braunschweig der Fall, sondern überall, wo gleichartige Verhältnisse vorliegen. Ganz besonders schwer wirkt der Umstand, daß bei uns das Kraftwerk keine zentrale Lage hat, die Anlagen sich unregelmäßig verzweigen und in einer geringen Verzweigung nach dem Hauptwerke zurückführen. Deshalb haben sich speziell auf der Wolfenbüttelerstraße solche Übelstände herausgestellt. Nun ist über diese Sache schon verschiedene Jahre verhandelt. Die Sache ist hochinteressant für die hierbei in Frage kommenden Vereine der Gas- und Wasserfachmänner, der Straßen- und Kleinbahnverwaltungen usw. Infolgedessen haben sich diese Vereine zusammengetan und eine besondere Kommission gebildet, die sogenannte Erdstromkommission, die die Aufgabe hat, die einschlagenden Verhältnisse zu erforschen. Diese Kommission ist auch hier bei uns zugezogen und hat ein großes Guthaben abgestattet, das in diesem Aktenstück enthalten ist, von dem es wohl genügt, wenn ich es vorzeige, namentlich mit Rücksicht auf seinen großen Umfang. Es hat sich darnach herausgestellt, daß eine Abhilfe wünschenswert und notwendig ist, und die Straßeneisenbahngesellschaft hat sich erboten, ein besonderes Rückleitungskabel zu legen, wodurch die vagabondierenden Ströme beseitigt werden sollen. Nun soll das Kabel auf einem möglichst kurzen Wege zurückgeführt werden und als der geeignetste Weg dafür ist der Bürgerpark in Aussicht genommen. Es soll gelegt werden, wie auf dem ausgestellten Plane eingezeichnet ist. Die Straßeneisenbahn hat sich auch mit der Parkdeputation in Verbindung gesetzt und mit dem Promenadeninspektor Kreiß. Nach dem Wunsche der letztgenannten Deputation soll das Kabel so gelegt werden, daß für den Bestand und die Einrichtungen des Parkes kein Nachteil entsteht, es wird tunlichst in die Rasenflächen eingelassen. Die Parkdeputation hat sich mit der Legung des Kabels einverstanden erklärt unter der Bedingung, daß sich die Straßeneisenbahn verpflichtet, alle durch Verlegung des Kabels und seine Erhaltung entstehenden Schäden zu ersetzen. Der Magistrat bringt uns nun die Sache zur Kenntnis und ersucht, unter dem von der Parkdeputation gemachten Vorbehalte der Legung des Kabels zuzustimmen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß eine Schädigung des Bürgerparkes nicht eintritt, daß auf andere Weise die Verlegung des Kabels kaum in zweckmäßiger Weise ausgeführt werden könnte und daß es unbedenk-

lich erscheint, zu gestatten, daß die Verlegung durch den Bürgerpark geschieht. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, dem Antrage zuzustimmen.

Die Versammlung ist mit Verlegung des Kabels durch den Bürgerpark einverstanden.

15. Anfrage Hesse, den jetzigen Stand der Bahnhofsangelegenheit betreffend.

Voritzender: Es liegt eine Anfrage seitens des Stadtverordneten Hesse vor:

„Ist der Magistrat bereit und in der Lage, Auskunft über den jetzigen Stand der Bahnhofsfrage zu geben?“

Herr H e s s e (zur Begründung): Ich glaube, ich brauche diese Anfrage nicht näher zu begründen. Überall, wo man hinkommt — das wird den übrigen Herren auch so gegangen sein —, wird man gefragt, wie es denn eigentlich mit der Bahnhofsfrage stehe. In den Zeitungen, in den Versammlungsberichten liest man über die Bahnhofsfrage, wir aber wissen nichts zu antworten. Es tauchen die wunderlichsten Gerüchte auf, eins davon sagt sogar, daß der neue Bahnhof auf den Hagenmarkt gebaut werden soll. Ich habe das natürlich für Ironie gehalten, aber doch für eine angebrachte. Ich erinnere mich, als wir seinerzeit über die Bahnhofsfrage beraten und einen definitiven Beschluß gefaßt hatten, daß da die Frage auftauchte: Wie stellt sich die Versammlung zu einem Kopfbahnhofprojekt? Und daß dann die Frage aufgeworfen wurde: Was wird geschehen, wenn wegen der hohen Kosten das Kopfbahnhofprojekt nicht zur Ausführung gelangen könnte. Es sind die verschiedensten Wünsche ausgesprochen, auch sollen neuerdings wieder neue Projekte aufgetaucht sein. Man weiß nicht, was aus dem Bahnhofsbau noch werden soll. Es scheint, als ob die endliche Erledigung der Bahnhofsfrage immer wieder hinausgeschoben wird. Es ist doch endlich an der Zeit, daß wir erfahren, wie weit eigentlich die Bahnhofsangelegenheit gediehen ist.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Es kommen ab und zu hier aus der Versammlung Anfragen: „Will der Stadtmagistrat Auskunft geben über die Bahnhofsangelegenheit?“ aber wie schon früher, kann ich auch heute nur erklären: Uns ist über die Angelegenheit nichts bekannt geworden. Ich habe mich erkundigt, auch bei dem Herzoglichen Eisenbahnkommissariat ist kein Schreiben vom Eisenbahnminister eingegangen. Wenn Herr Hesse meint, daß noch ein

neues Projekt aufgetaucht wäre, so ist mir die Nachricht neu. Der Abschluß der Verhandlungen ist doch der gewesen, daß die Stadtverordneten der Verlegung des Bahnhofes nach draußen zugestimmt haben. Inzwischen war aber ein neues Projekt von den Stadtbaumeistern Gebensleben und Menadier ausgearbeitet, das wesentliche Vorzüge hat, und wir hielten uns für verpflichtet, dem preussischen Eisenbahnminister auch dieses Projekt vorzulegen und ihn dringend zu ersuchen, es zu berücksichtigen. Wir haben nun unter der Hand erfahren, daß dieses Projekt die Billigung des Eisenbahnministers gefunden haben soll, aber wie weit das wahr ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Eine Antwort ist uns bisher noch nicht zugegangen.

Herr Wolters beantragt eine Beiprechung der Anfrage. Der Antrag findet genügende Unterstützung.

Herr Wolters: Es liegt ein Beschluß der Handelskammer über die Bahnhofsanlegenheit vor, der lautet, es möchte das Herzog. Staatsministerium ersucht werden, darauf zu dringen, daß eine baldige Antwort erteilt wird. Es wurde bei der Beratung in der Handelskammer darauf hingewiesen, daß die augenblicklichen Verhältnisse bei unserm Güterbahnhof sehr traurig wären und daß entschieden etwas zu ihrer Besserung geschehen müßte. Ich möchte diesen Beschluß hier nur zur Kenntnis bringen, weil er noch nicht bekannt ist.

Herr Jasper: Ich würde es für ganz zweckmäßig halten, wenn die Stadtverwaltung aus dieser passiven Stellung herausträte. Ich verstehe ja gewiß die Diplomatie, die darin liegen soll, daß man eine zurückhaltende Stellung einnimmt, aber schließlich muß doch der Fuchs aus e i n e m Loch heraus, und eine Antwort kann man doch verlangen. Wenn das Staatsministerium sich ebenso diplomatisch wie die Handelskammer ausdrückt, so würde die Stadt keinen Schaden leiden. Was aus den Verhandlungen der Handelskammer durch die Blätter bekanntgeworden ist, bestätigt nur die Beobachtung, die man im einzelnen machen kann, wie unzulänglich die Verhältnisse im Güterbahnhofe hier sind. Ferner sind die Verhältnisse des Südschen Werkes in der breitesten Öffentlichkeit wiederholt erörtert worden: daß es genötigt sein soll, von Erweiterungsbauten abzusehen und die ganze Fabrik zu verlegen. Es ist weiter über Anfragen von neuen Industrien, die hierher verlegt werden sollten, bekanntgeworden, daß man denen keine Auskunft hat geben können, wo sie ein Anschlußgleis hinlegen könnten. Das alles zwingt uns dazu, endlich Klarheit darüber zu schaffen, was geschehen soll. Eine Ungewißheit ist das ungesundeste für die Stadt, was es geben kann. Ich möchte anregen, daß die Stadt in derselben Weise vorgeht, wie die Handelskammer.

Herr Hejje: Als das Menadierische Projekt auftauchte, daß doch darauf beruht, den Bürgerpark zu schneiden, da habe ich mich einigermaßen gewundert, als ich die Bemerkung hörte, die der Herzog-Regent gemacht haben soll und die etwa lautet: „Macht, was ihr wollt, aber bleibt mir aus dem Parke!“ Wenn der Bahnhof um 800 m näher gelegt werden soll, so müßte die Bahn doch durch den Bürgerpark gelegt werden. Das wird uns nach dieser Äußerung Seiner Hoheit nicht gelingen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Man erfährt hier mitunter ganz neue Sachen. Von dieser Erklärung Seiner Hoheit ist mir nichts bekannt, und nach dem, was ich darüber erfahren habe, wie Seine Hoheit sich überhaupt zu der Bahnhoffrage stellt, glaube ich nicht, daß er ein solches Wort jemals sprechen würde. Die Lage des Bahnhofes ist für die Interessen der Stadt so wichtig, daß es kein Hindernis sein kann, wenn der Bürgerpark durch die Umänderung der Bahnanlagen berührt werden muß. Die Durchführung der Bahn durch den Bürgerpark ließe sich auch erreichen, ohne daß ein häßliches Landschaftsbild entsteht; in Berlin geht die Bahn doch auch durch den Tiergarten.

Was den Antrag des Herrn Dr. Jasper betrifft, so erkenne ich an, daß es wünschenswert wäre, daß wir allmählich eine Antwort auf unsere Anfrage bekämen. Ich will aber gleich bemerken, daß es mir nach alle dem, was ich im Laufe der Zeit erfahren habe, sehr zweifelhaft erscheint, ob eine erneute Anfrage irgendwelchen Erfolg haben wird. Die Herren in Berlin und auch in Magdeburg prüfen, wie wir gemerkt haben, sehr gründlich und besonders kommt die Geldfrage bei der ganzen Angelegenheit sehr wesentlich in Betracht.

Im übrigen will ich bemerken, daß ich die Ansicht des Herrn Dr. Jasper über die Erschwerung der Eröffnung neuer gewerblicher Etablissements durchaus teile. Auch der Magistrat steht auf demselben Standpunkte und hat deshalb kürzlich einen Antrag der Südel'schen Fabrik, für sie einzutreten, daß sie Terrain erhält, um erforderliche Erweiterungsbauten vornehmen zu können, beim Ministerium warm befürwortet. Wir haben uns geradezu dahin ausgesprochen, daß eine staatliche Nebenanlage, die bei dem Südel'schen Werke vorgesehen ist und den Erweiterungsbau erschwert, durchaus nicht von der Bedeutung wäre, daß man dem Werke sagen könnte: Es tut uns leid, ihr müßt sehen, wie ihr einstweilen fertig werdet. Der Magistrat stehe auf dem Standpunkte, daß er die Verpflichtung habe, mit allen Kräften ein solches Werk der Stadt zu erhalten, und der Staat möge ruhig seinem Steinlagerplatz eine andere Stelle anweisen und von der Kammerländerei dem Südel'schen Werke das nötige Terrain überweisen. — Ich bezweifle nicht, daß unserer Anregung Folge gegeben und dem Südel'schen Antrage entsprochen wird.

Herr Frühl ing: Ich kann allerdings dem, was der Herr Oberbürgermeister über die Beantwortung einer abermaligen Anfrage gesagt hat, zustimmen, halte es aber doch nicht für gut, wenn wir ganz still sitzen und gar nichts tun. Diese Frage ist so ungemein wichtig für die ganze Stadt Braunschweig, daß wir auf das dringendste darauf hinarbeiten müssen, daß die Frage endlich gelöst wird. Ich mache den Vorschlag, bei dem Herzoglichen Staatsministerium vorstellig zu werden, daß es seinerseits wiederum in Berlin die Sache in Fluß bringt, damit sie zu Ende geführt wird und wir wissen, woran wir sind.

Herr Klei n e c h t: Ich möchte ebenfalls den Magistrat bitten, der Sache näherzutreten. Ich weiß nicht, ob es nicht möglich ist, direkt an das preussische Eisenbahnministerium zu gehen und mit Vorbringung von Gründen um baldige Antwort zu bitten oder anzufragen, wann wir auf Antwort zu rechnen hätten. Das ist nicht zuviel gesagt und kann der Stadt keineswegs verderblich werden.

Vor s i e n d e r: Sollte es nicht richtig sein, da wir in 14 Tagen wieder eine Sitzung haben, die Form unseres Vorgehens in einer Kommission zu überlegen. Ich glaube, wir kommen damit weiter, als wenn hier — wenn auch in bester Absicht — von allen Seiten Ratschläge gegeben werden. (Zustimmung.) Ich bitte die Statutenkommission, auf diesen Antrag des Herrn Frühl ing hinsichtlich mit der Frage zu beschäftigen und uns in 14 Tagen darüber zu berichten.

Ich schließe die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 6½ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 16. November 1911.

Tagesordnung:

1. Wahl einer Kommission zur Besichtigung von auswärtigen Schwimmbädern und Verwilligung der erforderlichen Mittel	Seite 520
2. Stadtseitiger Terrainwerb an der Korfesstraße	" 524
3. Beschlußfassung über die in der Bahnhofsanlage zu unternehmenden Schritte	" 525
4. Annahme eines Diplom-Elektrotechnikers	" 526
5. Annahme eines Diplom-Ingenieurs.	" 530
6. Vermehrung der Fernsprechstellen im Rathaus	" 532
7. Aufnahme der Straße Nr. 568 in den Ortsbauplan und Genehmigung eines Unternehmervertrages	" 535
8. Gewährung einer Beihilfe für die Lößbeckische Erziehungsanstalt für weibliche Diensthöten	" 536
9. Aenderweite Ordnung des Desinfektionswesens	" 537
10. Herrichtung einer Verbindungsstraße zwischen Geller- und Roßstraße	" 544
11. Terrainwerb an der Bachhofstraße.	" 553
12. Verwilligung eines Jahresbeitrages für den hiesigen Zweigverein des Allgemeinen deutschen Sprachvereins	" 553
13. Ausbau der Straße Nr. 535a	" 554
14. Anfrage Friede, die militärischen Übungen auf dem vormals Französischen Felde und die Schießstände im Nußberge betreffend.	" 554
15. Antrag Friede wegen des Fahrweges auf einem Teile der Bertramstraße	" 557
16. Antrag Stegmann wegen der Desinfektionsgebührenordnung	" 557

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister K e t e m e y e r, Bürgermeister M e y e r und Stadträte von F r a n k e n b e r g und W a g n e r.

Entschuldigt fehlen die Herren L o e s c h i g t, P r o b s t, W e s e m e i e r, außerdem fehlen die Herren G ö c k e und H a r t u n g, später erscheint Herr B o g e.

Der V o r s i z e n d e, Herr H a u s w a l d t, eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß an die Stadtverordnetenversammlung eingegangen seien:

Eine Einladung von dem Männerturnverein zu dem Schauturnen am Sonntag, dem 26. November, nachmittags 4 Uhr, und der am Abend desselben Tages stattfindenden Feier aus Anlaß des 51jährigen Bestehens des Vereins.

Eine Eingabe des Niedersächsischen Schutzverbandes für Handel und Gewerbe, die sich auf die Eingabe des Zentral-Verbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen bezieht. — Sie wird für die späteren Verhandlungen zu den Akten genommen.

Eine Eingabe des Herrn W. Meyer, in der die Versammlung gebeten wird, dahin wirken zu wollen, daß die Kosten für Instandsetzung des Verbindungsweges, der von der Eisenbüttelerstraße über die hölzerne Brücke nach dem Bürgerpark führt, von der Stadt übernommen werden. — Der Herr Vorsitzende überweist die Eingabe der Finanzkommission zur Vorberatung.

1. Wahl einer Kommission zur Besichtigung von auswärtigen Schwimmbädern und Verwilligung der erforderlichen Mittel.

Herr M o h r: Der Stadtmagistrat teilt uns mit, daß dem Wunsche der Stadtverordneten vom 30. März d. J., betreffend die Erbauung eines Schwimmbades, dessen Benutzung zu jeder Jahreszeit erfolgen kann, nähergetreten werden soll, obgleich magistratsseitig noch keine Beschlüsse hinsichtlich der Bau- und Betriebskosten gefaßt seien. Um aber zunächst über die letzteren zuverlässige Auskunft zu erhalten, empfiehlt der Magistrat, eine Deputation zu ernennen, welche die Bäder in verschiedenen benachbarten Städten, z. B. in Hannover, Halberstadt, Göttingen, besichtigt. Der Magistrat schlägt vor, diese Deputation aus einem Mitgliede des Stadtmagistrats, einem Vertreter der städtischen Badeverwaltung und vier von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Herren bestehen zu lassen. Die Auswahl der zu besuchenden Städte soll der Deputation vorbehalten bleiben. Der Magistrat gibt anheim, seinem Vorschlage zuzustimmen, die erforderlichen Wahlen vorzunehmen und die durch die Reise entstehenden Kosten, deren Höhe im voraus nicht zu bestimmen ist, zu Lasten des Dispositionsfonds der städtischen Behörden verwilligen zu wollen.

Der Wunsch, eine Winterbadeanstalt zu besitzen, scheiterte wohl bislang an den hohen Kosten des Baues, an der Unmöglichkeit, die Rentabilität nachzuweisen, und an dem bis jetzt bestehenden Wassermangel. Da jetzt der Magistrat die Sache anschnidet, so ist anzunehmen, daß die Wasserfrage ihre Erledigung gefunden hat, und was die Kostenfrage anlangt, so wird wohl eine Nachhilfe seitens der Füdelschen Stiftung zu erwarten sein. Die heutige Aufforderung des Magistrats ist als der erste Schritt zur Verwirklichung des Baues eines solchen Schwimmbades anzusehen und mit Freuden zu begrüßen. Die Finanzkommission stand der Anregung des Magistrates sehr sympathisch gegenüber und empfiehlt Ihnen durch mich, dem Magistratsantrage Folge zu geben. Als Mitglieder der Deputation schlägt die Finanzkommission die Herren Hauswaldt, Wolters, Frühling und Rasche vor.

Herr B u n g e: Meine Herren. Ich bin über die Vorschläge, die die Finanzkommission gemacht hat, verwundert. Wir haben doch eine Deputation für unsere städtischen Bäder, und ich stehe auf dem Standpunkte, daß diejenigen, die sich dort mit jener Frage schon beschäftigt haben und bei den Einrichtungen hier am Orte schon gearbeitet haben, in die Deputation gewählt werden sollten, damit tatsächlich etwas Ersprößliches bei der Besichtigungsreise herauskommt. Da keiner der Herren der bestehenden Deputation in Vorschlag gebracht ist, so bitte ich, bei der Wahl auf sie Rücksicht zu nehmen.

V o r s i t z e n d e r: Wir sind davon ausgegangen, daß wir in die Deputation zwei Baufachverständige, nämlich einen Bautechniker und einen Baufachkenner, und zwei Finanzmänner wählen sollten. Nach diesen Gesichtspunkten muß die Badfrage geklärt werden, während sie mit den Douchebädern, die hier bestehen, nichts zu tun hat. Sollten die Herren anderer Ansicht sein, so bitte ich, Vorschläge zu machen.

Herr S a n d e r: Ich bitte um Auskunft, welche Herren der Badedeputation angehören.

V o r s i t z e n d e r: Es sind die Herren Maurermeister Beckmann und die Herren Stadtverordneten Henking, Tolle und Ohlendorf.

Herr S a n d e r: Ich kann es sehr wohl verstehen, daß der Herr Vorredner es vermißt, daß von diesen Herren auch nicht einmal einer in die zu entsendende Kommission vorgeschlagen ist, und halte das gewissermaßen auch für eine Zurücksetzung. Die Herren sind doch im Laufe der Jahre mit den Gewohnheiten und

Ansprüchen der Badenden vertraut geworden, und sie haben auch gewiß die Unterschiede zwischen Brause- und Schwimmbädern studiert. Wenn ich mich recht erinnere, sind auch aus dieser Deputation zuerst die Anträge zur Errichtung des Schwimmbades gekommen. Ich möchte mich dem Vorschlage anschließen, in diesem Falle auch einige der Herren mit in diese Deputation zu entsenden, in erster Linie Herrn Tolle, den man auch als Fachmann betrachten kann, denn er hat in seiner früheren Tätigkeit als Geschäftsmann auch Installationen für Wasserleitungen und Bäder ausgeführt. Jedenfalls steht er der Sache nicht fremd gegenüber wie die übrigen vorgeschlagenen Herren. Die beiden Herren Frühling und Rasche sind wohl Baufachverständige, aber doch keine Wassertechniker, auch der Herr Baurat Frühling nicht. (Widerpruch.) Ich bin ja nicht genau orientiert darüber; ich denke, Herr Baurat Frühling baut Eisenbahnen usw. (Widerpruch.) Nun, dann lasse ich mich belehren. Jedenfalls bitte ich darum, daß einer der Herren aus der Badedeputation zur Besichtigung mit entsendet wird, in erster Linie Herr Tolle.

Herr L e u e: Zunächst glaube ich, daß vier Personen reichlich viel sind und daß wohl drei Herren genügen würden. Ich möchte, dem Wunsche des Herrn Bunge entsprechend, daß ein Mitglied aus der Badedeputation gewählt werde, den Arzt aus dieser Deputation, Herrn Dr. Henking, vorschlagen und halte es für richtig, dazu einen Baufachverständigen und einen anderen Herrn zu entsenden. Ich schlage demnach vor die Herren Henking, Frühling und Wolters.

Herr B u n g e: Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, die Badedeputation in ihrer Gesamtheit zu wählen.

Herr R i b b e n t r o p: Ich stelle den Antrag, die Herren zu wählen, die von der Finanzkommission vorgeschlagen sind, und noch zwei Herren dazu. (Zuruf: Dann werden es ja sechs.) Das schadet doch nichts! Ich schlage vor, noch die Herren Tolle und Ohlendorf dazuzunehmen.

Herr M e h e r h o f f: Ich habe mit Herrn Beckmann zusammen in der Kommission für die Grundsteuerabschätzung gearbeitet und kann aus persönlicher Ueberzeugung mitteilen: Sie tun Herrn Beckmann einen Gefallen, wenn Sie ihn nicht wählen, da er ungern Reisen unternimmt. Ich möchte auch entgegen dem Antrage des Herrn Leue vorschlagen, lieber einen mehr zu wählen. Soweit ich orientiert bin, kommen nur die Orte in der Nähe von Braunschweig in Betracht, in denen in neuerer Zeit Bäder errichtet sind: Göttingen, Gildesheim, Hannover, vielleicht auch Bremen. Große Kosten werden uns jedenfalls nicht erwachsen.

Ich möchte vorschlagen, in die Deputation die Herren Tolle, Rasche, Frühling, Henking und den Herrn Vorsitzenden zu wählen.

Vorsitzender: Es kommen außer den hier zu wählenden Herren noch zwei Herren in die Deputation, der Stadtbaumeister und ein Herr vom Magistrat. Die Finanzkommission war der Ansicht, daß die Deputation nicht zu groß werden dürfe. Die Geldfrage würde aber nicht entscheidend mitsprechen, die wird klein sein. Als den weitestgehenden Antrag sehe ich an, die jetzt in der Deputation befindlichen Herren zu wählen. Ich glaube, diesen Antrag können wir vorweg erledigen, und bitte, diejenigen Herren, die für den Antrag Ohlendorf sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Das ist die Minorität.

Die Versammlung entscheidet sich durch einfache Abstimmung dafür, vier Mitglieder in die zu entsendende Deputation zu wählen.

Herr Mohr: Ich möchte bitten, vorerst noch über den vorliegenden Antrag der Finanzkommission abstimmen zu lassen.

Vorsitzender: Es ist bei uns immer gebräuchlich gewesen, wenn Vorschläge über einzelne Personen abweichend vom Kommissionsantrage gemacht sind, nicht über den Kommissionsantrag als solchen abstimmen zu lassen, sondern durch Stimmzettel zu wählen.

In der Stimmzettelswahl werden die Herren Wolters und Frühling mit absoluter Majorität (17 Stimmen) gewählt, die nächstmeisten Stimmen entfallen auf die Herren Hauswaldt (15 Stimmen), Rasche (14), Ohlendorf (11).

Herr Meherhoff: Herr Dr. Boge ist jetzt eben hinzugekommen, nachdem diese Wahl beendet ist. Darf er mitwählen?

Vorsitzender: Es steht in unseren Wahlbestimmungen, daß, wenn die erste Wahl nicht zu einem vollen Resultate geführt hat, sie wiederholt werden soll, erst darnach kann von einer Stichwahl die Rede sein. Die Wahl der beiden anderen Herren ist also als neue anzusehen.

In der darauf vorgenommenen Zettelswahl erhalten die Herren Hauswaldt 15, Rasche 14, Ohlendorf 9, Henking 8, Tolle 7 Stimmen, die übrigen Stimmen sind zerplittert.

Herr Frede: Können wir keinen Beschluß darüber fassen, daß die gewählt sind, die die meisten Stimmen erhalten haben?

Vorsitzender: Ich bin der Ansicht, daß zuerst Stichwahl stattzufinden hat zwischen den beiden, die die meisten Stimmen erhalten haben, und sodann in die Stichwahl der Dritte hineingezogen wird. Ich gebe anheim, um Zeit zu sparen, gleich von den drei Herren zwei auf einmal zu wählen.

Herr Ribbentrop: Ich möchte vorlesen, was in § 70 der Städteordnung über die Wahlen bestimmt ist:

„Ist Stimmenmehrheit nicht sofort vorhanden, so wird die Wahl wiederholt. Wenn auch bei der zweiten Wahl niemand die volle Stimmenmehrheit erhalten hat, so werden diejenigen beiden Personen, welche in der ersten und zweiten Wahl zusammen die meisten Stimmen gehabt haben, auf eine engere Wahl gebracht.“

Vorsitzender: Wir haben für die Art der Wahl bei den Deputationen keine direkten Bestimmungen.

Herr Wolters: Ich halte es für richtig, daß die Wahl zweimal für je eine Person ausgeführt wird. Wenn jetzt einem anderen Vorschlage gemäß drei Personen zur Wahl gestellt werden, so könnte es kommen, daß der zuerst mit den meisten Stimmen Bedachte ausfällt und der zweite und dritte gewählt werden. Ein solches Resultat scheint mir nicht gewollt. Um das auszuschließen, halte ich es für richtig, daß in zwei Malen gewählt wird.

Vorsitzender: Es wird nötig sein, daß in der neuen Städteordnung auch dieses Wahlverfahren geordnet wird, da es unendlich viel Zeit in Anspruch nimmt.

In der Stichwahl zwischen den Herren Hauswaldt und Rasche wird Herr Hauswaldt gewählt und in der Stichwahl zwischen den Herren Rasche und Ohlendorf Herr Rasche.

Die Versammlung stimmt schließlich auch der Bewilligung eines unbestimmten Kredits zu Lasten des Dispositionsfonds der städtischen Behörden für Ausfuhrung der Reisen zu.

2. Stadtseitiger Terrainerwerb an der Korfessstraße.

Herr Buch: Anlässlich der im Jahre 1906 erfolgten Verlegung eines städtischen Kanals im Zuge der projektierten Straße Nr. 33 ist das an der Korfessstraße belegene Grundstück des Bauunternehmers Uhde mit einer Servitut belastet worden dahin, daß das Grundstück die Verfassung des Kanals zu dulden habe. Dem Herrn Uhde ist jetzt ein Neubau auf seinem Grundstück genehmigt,

und er hat den Wunsch geäußert, daß ihm der Teil des Grundstücks, der nicht zu der projektierten Straße herangezogen wird, aus der Servitut befreit wird. Der Magistrat ist im Prinzipie damit einverstanden, hat aber diesen Anlaß benutzt, um mit Herrn Uhde wegen der für den genannten Straßenzug zu erwerbenden Teilfläche des Grundstücks von 219 qm einen Kaufvertrag zu schließen. Für diese Fläche soll für das Quadratmeter ein Kaufpreis gezahlt werden, welcher demnächst für das nördlich des verkauften Teilstücks belegene Grundstück angerechnet wird. Der Kaufpreis soll demnächst mit den Straßenbaukosten verrechnet werden. Dem Verkäufer wird gestattet, bis das Grundstück vollständig bebaut ist, die der Stadt abzutretende Fläche zu benutzen, ebenso hat auch die Stadt das Recht, schon jetzt auf dieser Teilfläche notwendige Bauten, Gas- und Wasseranlagen vornehmen zu lassen. Die Baukommission hat sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dieser Angelegenheit befaßt und empfiehlt der geehrten Versammlung, dem Antrage des Magistrats und damit dem mit Vorbehalt der Stadtverordnetenversammlung abgeschlossenen notariellen Vertrage zuzustimmen.

Der Terrainerwerb unter den vorgetragenen Bedingungen wird genehmigt.

3. Beschlußfassung über die in der Bahnhofsangelegenheit zu unternehmenden Schritte.

Herr Wolters: In der Debatte, die sich in der vorigen Sitzung an die Anfrage des Herrn Stadtverordneten Hesse über den gegenwärtigen Stand der Bahnhofsfraße knüpfte, wurde von allen Rednern der Wunsch ausgesprochen, daß die Bürgerchaft möglichst bald eine Auskunft über die Bahnhofsfraße erhalte, ferner wurde auch von einigen Rednern angeregt, es möchten die städtischen Behörden entweder selbst oder durch Vermittlung des Herzoglichen Staatsministeriums wegen möglichstster Beschleunigung und Erledigung der ganzen Bahnhofsfraße vorstellig werden. In beiden Richtungen haben sich auch die Wünsche der Mitglieder der Statutenkommission bewegt. Dennoch ist aber die Statutenkommission zu der Überzeugung gelangt, daß es im Interesse der Stadt Braunschweig liege, gegenwärtig keinerlei Schritte zu unternehmen, daß also weder die städtischen Behörden selbst bei der preußischen Eisenbahnverwaltung vorstellig werden, noch auch das Herzogliche Staatsministerium um seine Vermittlung bitten. Zu diesem Resultate ist die Statutenkommission gelangt durch Auskunftserteilungen, die innerhalb der Kommission gegeben wurden, die aber größtenteils vertraulicher Natur sind und sich nicht für eine öffentliche Erörterung eignen. Nur folgendes zu erklären bin ich beauftragt: Wenn bisher von der preußischen Eisenbahnverwaltung keinerlei Mitteilungen an uns gelangt

sind, so findet das seinen Grund nicht etwa darin, daß die Arbeiten dort geruht haben oder lässig betrieben sind, vielmehr haben sowohl für das alte als auch für das von der Stadt Braunschweig zuletzt zur Prüfung eingereichte Menadier-Gebenslebenische Projekt aufs neue Schätzungen von Grund und Boden, der für beide Projekte nötig ist, ausgeführt werden müssen. Es sind auch ganz besonders für eine etwaige Ausführung des Menadier-Gebenslebenischen Projektes Kostenschätzungen ausgearbeitet, die außerordentlich umfangreich und schwierig waren. Dem Vernehmen nach sind diese Arbeiten aber entweder schon vollendet oder wenigstens der Vollendung nahe, und es ist zu erwarten, daß in absehbarer Zeit — ich will mich vorsichtig ausdrücken — von der preußischen Eisenbahnverwaltung uns bezüglich der beiden Projekte eine nähere Mitteilung zugehen wird. Bei dem gegenwärtigen Stande der Sache, wie sie auf Grund der Auskunftserteilung in der Statutenkommission vorgestellt ist, scheint es nach Meinung der Statutenkommission nicht im Interesse der Stadt Braunschweig zu liegen, jetzt weitere Schritte zu unternehmen. Sollten sich die Erwartungen der Statutenkommission in absehbarer Zeit nicht erfüllen, so glaubt allerdings auch die Statutenkommission auf den Inhalt der Ausführungen der Redner in der vorigen Sitzung zurückkommen zu müssen.

Der Gegenstand der Tagesordnung wird ohne Debatte verlassen.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr W o l t e r s , übernimmt den Vorsitz.

4. Annahme eines Diplom-Elektrotechnikers.

Herr S e n k i n g: Die Herren haben in der Sitzung vom März d. J. gelegentlich der Statsberatung den Wunsch geäußert, es möge der Magistrat in Erwägung ziehen, ob es sich nicht empfehlen dürfte, für die Prüfung elektrischer Lichtanlagen einen besonderen Beamten anzustellen. Der Stadtmagistrat hat inzwischen diesem Wunsche Folge gegeben und das Stadtbauamt zu einem Gutachten aufgefordert. Aus diesem Gutachten geht hervor, daß für eine derartige Kraft, die nicht nur elektrotechnisch vorgebildet sein dürfte, sondern auch im Maschinenbau eine gewisse Erfahrung besitzen soll, eine große Menge von Arbeiten vorliegen. Es gehören dazu 1. Anlage neuer und sachverständige Prüfung vorhandener Blitzableiter städtischer Gebäude usw. 2. Überwachung der Turmuhren und deren elektrischer Stell- und Aufzugsvorrichtungen. 3. Einrichtung und Überwachung elektrotechnischer Anlagen in den städtischen Gebäuden, wie von Elektromotoren, Beleuchtungsanlagen, Fernsprechern, Klingelleitungen usw. 4. Die Herstellung von Entwürfen zu Heiz- und Lüftungsanlagen für städtische Gebäude, Mitwirkung bei deren Ausführung und Überwachung bestehender An-

lagen. 5. Überwachung der Einrichtung und des Betriebes maschinenmäßiger Anlagen in städtischen Gebäuden, sofern nicht aus besonderen Rücksichten die Vorstände anderer Verwaltungszweige mehr dazu berufen erscheinen. 6. Erstattung von Gutachten in allen elektrotechnischen Fragen oder zu Verhandlungen, die der Stadtmagistrat mit der Strassenbahn-Gesellschaft wegen des Betriebes, der Erweiterung oder der Übernahme des Lichtwerks zu führen hat. Es ist dem Berichte noch die Bemerkung hinzugefügt, daß im Laufe der letzten Jahre, in denen die elektrischen Anlagen, seien es Licht- oder Kraftanlagen, eine große Ausdehnung in der Stadt angenommen haben, für Prüfung der Anträge auf Genehmigung derartiger Anlagen an den vereidigten Sachverständigen des Braunschweiger Dampfkesselvereins in dem Rechnungsjahre 1907/08 2180 *M*, 1908/09 2640 *M*, 1909/10 3260 *M*, 1910/11 3870 *M* gezahlt sind. Die Herren sehen daraus, daß die Ausgaben hierfür immer gestiegen sind und die Stadt durchschnittlich 3000 *M* oder noch mehr schon jetzt hat bezahlen müssen. Das hat den Wunsch aufkommen lassen, einen eigenen städtischen Beamten anzustellen, und der Magistrat richtet das Ersuchen an die Stadtverordneten, sich mit der Annahme eines Diplom-Elektrotechnikers zum 1. April einverstanden zu erklären, sowie zuzustimmen, daß derselbe entsprechend den Gehaltsbestimmungen für geprüfte Baumeister, nämlich mit 3600 *M* bis zu 6000 *M* besoldet wird. Die Statutenkommission hat die Angelegenheit durchgesprochen und empfiehlt den Herren, dem Antrage zuzustimmen.

Herr Frühl ing: Ich nehme nach den Ausführungen des Herrn Referenten über das Arbeitsfeld und über die Besoldung des neuen Beamten an, daß es sich um einen Ingenieur handelt, der Hochschulbildung hat. Es soll also nicht ein Diplom-Elektrotechniker, sondern ein Diplom-Ingenieur sein, denn die Hochschule erteilt keine Diplome für Elektrotechniker, dagegen gibt es Mittelschulen, die Diplome für Elektrotechniker ausgeben. Selbstverständlich kann es hier nicht die Meinung sein, einen derartigen Herrn zu engagieren. Deshalb müßten wir wohl sagen: Wir verlangen einen Elektrotechniker, der die Prüfung als Diplom-Ingenieur gemacht hat.

Herr Schmidt: Ich bin gegen diesen Antrag der Kommission. Ich kann bestimmt versichern, daß wir mit einem Beamten nicht auskommen werden und wir in Zukunft wesentlich höhere Kosten haben werden, wenn wir die Untersuchung der elektrischen Leitungen in eigene Regie nehmen. Dagegen hat der Dampfkesselüberwachungsverein die nötigen Beamten zur Hand, wenn schnelle Untersuchungen vorgenommen werden müssen, während sonst die Arbeiten zurückgeschoben werden müßten. Wir haben auch keine Kontrolle für diese Per-

jonen, ich müßte wenigstens nicht, wie sie geschehen soll. (Widerspruch.) Ob der neue Beamte ein Diplom-Ingenieur oder ein anderer Ingenieur ist, das wird ganz gleich sein; das ist ein Titel und davon hängt nichts ab. Ich möchte doch darum bitten, von der Anstellung abzugehen und die Prüfung in den bewährten Händen zu lassen. Der Dampfkesselverein wird auch ferner der Stadt zur Verfügung stehen. Hinzufügen möchte ich noch, daß die Mitglieder des Dampfkesselüberwachungsvereins mit dem Vereine das Abkommen getroffen haben, daß die elektrischen Anlagen vom Verein mit den Dampfkesseln zusammen untersucht werden. Wenn nun diese Untersuchung erst einmal vom Dampfkesselverein und auch noch von dem städtischen Lichtwerke ausgeführt wird, dann kann es doch unmöglich richtig sein, diese Anlagen noch einmal von einer dritten Stelle, durch die Stadt, untersuchen zu lassen: Drei Sachverständige dafür, das wäre doch ein bißchen viel.

Herr A h m a n n: Ich möchte bitten, der Anregung des Herrn Vorredners nicht Folge zu geben, sondern der Vorlage zuzustimmen. Die Ausführungen des Herrn Vorredners, daß man durch die Anstellung des städtischen Ingenieurs gezwungen werden könnte, seine Anlage dreimal untersuchen zu lassen, treffen nicht zu. Die Herren werden sich alle noch der Debatte über die Anlage von elektrischen Kraft- und Lichtanlagen gelegentlich der Beratung der neuen Bauordnung entsinnen. Es ging daraus hervor, daß anerkannt wurde, daß es zweifellos notwendig ist, daß die Stadt im Laufe der Zeit für ihre Betriebe selbst einen technisch-geschulten Beamten hat, der die Anlagen prüfen kann und dem Magistrat mit Rat und Tat zur Seite steht, und andererseits wird es auch zweckmäßig sein, daß die Prüfungen für Neuanlagen durch einen Beamten des Magistrats vorgenommen werden. Ich kann nicht begreifen, wie der Herr Vorredner dafür eintreten kann, daß der Magistrat sich von einer Privatgesellschaft abhängig machen soll. Wenn ich das auch für das Übergangsstadium für angebracht halte, so ist doch aber jetzt, nachdem festgestellt ist, daß die Kosten für die Untersuchungen so hoch angewachsen sind, daß die Stadt einen eigenen Beamten, wenn nicht ganz, so doch zum größten Teile, davon bezahlen kann, eine Änderung am Platze. Ich bitte, den Kommissionsantrag anzunehmen.

Herr Bürgermeister M e h e r: Wenn es nach dem Wunsche des Magistrats gegangen wäre, dann würde der Elektrotechniker schon angestellt sein, als die städtischen Behörden bei der Genehmigung des Ortsbaustatuts die Überwachung der elektrischen Anlagen durch das Stadtbauamt beschlossen. Es ist aber davon abgesehen, derzeit schon eine entsprechende Vorlage zu machen, weil nicht bekannt war, ob der Beamte volle Beschäftigung haben würde. Diese Frage ist jetzt ge-

klärt; mit den Aufgaben, die der Herr von dem Stadtbauamte überwiesen bekommt, wird er voll beschäftigt sein. Das gegenwärtige Verfahren ist nur ein Nothbehelf gewesen, und das Stadtbauamt hat schon die Erfahrung machen müssen, daß Herren, denen die Wissenschaft höher stand als die technische Beschäftigung, es vorgezogen haben, ihr Amt als Sachverständige niederzulegen; und ein Wechsel in der Person ist bei Behörden, die ein Aufsichtsrecht auszuüben haben, nicht angenehm. Auch das spricht dafür, eine amtliche Stelle für einen Elektrotechniker einzurichten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei fortgesetzt starker Belastung, wie sie zurzeit für den Posten vorhanden ist, dieser eine Herr nicht die gesamten Geschäfte bewältigen kann und noch andere Herren, die nicht von der Stadt angestellt sind, sondern nur gegen Remuneration diese Tätigkeit ausüben, auch in Zukunft daneben tätig sein müssen. Ich möchte auch bitten, dem Vorschlage des Magistrats zu folgen.

Herr Fr ü h l i n g: Herr Stadtverordneter Schmidt scheint mich falsch verstanden zu haben. Ich will nicht eine Kraft zweiter Güte, sondern unter allen Umständen eine Kraft erster Güte haben. Wenn wir darin sicher gehen wollen, so dürfen wir nicht den Ausdruck wählen: einen Diplom-Elektrotechniker, weil das kein Titel ist, der denjenigen zugesprochen wird, die akademische Bildung haben. Mein Antrag bezweckt nur, festzulegen, daß wir einen für Elektrotechnik geprüften Diplom-Ingenieur haben wollen. Es ist das allerdings nur eine andere Form für dieselbe vom Magistrat gewünschte Sache. Im übrigen möchte ich bitten, dem Magistratsantrage zuzustimmen. Ich glaube auch nicht, daß dieser eine Herr sämtliche Arbeiten bewältigen kann, bin aber der Ansicht, daß es wünschenswert ist, daß wir in der Stadtverwaltung einen erfahrenen Elektrotechniker haben, der der Stadt Gutachten abgeben und dem Magistrate mit sachverständigem Räte beistehen kann. Wenn er mit seinen Arbeiten nicht allein fertig werden kann, wird es besser sein, dafür auch ferner die privaten Ingenieure heranzuziehen, als noch ein großes Bureau anzulegen, das sich in unabhängerbarer Weise auswachsen würde. Ich empfehle, den Magistratsantrag mit der geringen formellen Änderung anzunehmen.

Vor s i e n d e r: Wie Herr Frühling die Stelle charakterisiert hat, ist das jedenfalls auch vom Magistrate und von der Statutenkommission gemeint; redaktionell ist die Ausdrucksweise des Herrn Frühling wohl gutzuheissen.

Herr S c h m i d t: Herr Frühling geht von verkehrten Anschauungen aus, wenn er meint, wir könnten auch nachher ebenso wie jetzt mit Privatingenieuren

verfehren. Es sind amtliche Handlungen, die vorzunehmen sind, und da können nicht private Ingenieure hinzugezogen werden. Wenn Sie die Einrichtung einmal schaffen, dann müssen Sie auch genügend Beamte haben, die die Tätigkeit, die erforderlich wird, ausführen können. Die Sache liegt so, daß der Dampfkesselverein nicht, wie der Herr Vorredner annimmt, eine Erwerbsgenossenschaft oder eine private Genossenschaft ist, sondern sie ist eine vom Staate konzeßionierte Gesellschaft, und sämtliche Dampfkessel bekommt er zur Überwachung überwiesen. Selbst Preußen hat die Überwachung der Dampfkessel diesen Kesselvereinen übergeben, weil keine Personen vorhanden waren, die sonst die Sache ausführen konnten. Die Industrie war gezwungen, die Vereine zur Überwachung selber zu gründen, und weil sie sich bewährt hatten, nahm der Staat sie an und stellte sie unter halbamtliche Kontrolle, so daß sie über ihre Tätigkeit Bericht erstatten müssen. Der Staat Preußen wie Braunschweig hat den Vereinen auch die Überwachung der Aufzüge und Fahrstühle übertragen, weil er weiß, daß die Vereine sich bewährt haben. Von einer privaten Tätigkeit kann hier also nicht die Rede sein. Die Stadt hat dieselbe Sicherheit, wenn sie die Überwachung der elektrischen Anlagen dem Vereine überträgt, als wenn sie diese selbst ausführt. Wir werden nicht in der Lage sein, dieses Institut mit ein e m Beamten halten zu können, ich bin überzeugt, daß wir d r e i dafür nötig haben.

Herr A h m a n n: Wenn ich auch dem vollständig zustimme, was Herr Schmidt über die Überwachungsvereine gesagt hat, so kann mich das nicht hindern, für die Anstellung eines städtischen Elektrotechnikers zu stimmen, wenn die Stadt ihn nötig hat. Die Stadt sollte auch nicht von einem halbamtlichen Institut abhängig sein. Daß die städtische Verwaltung ein solches Institut um Prüfung oder Auskunft angehen sollte, halte ich nicht für zweckmäßig. Die Stadt kann diesen Beamten gebrauchen, und man wird recht daran tun, auch mehrere anzustellen, wenn dies in Zukunft im Interesse der Stadt notwendig ist.

Der Antrag der Statutenkommission wird mit der vom Herrn Stadtverordneten Fröhling vorgeschlagenen redaktionellen Änderung angenommen.

5. Annahme eines Diplom-Ingenieurs.

Herr H e n f i n g: Die Anwendung des Eisenbetonbaues hat in den letzten Jahren im Hochbauwesen einen solchen Umfang angenommen, daß die Prüfung der statischen Berechnungen durch die Stadtbauverwaltung, die sowohl für die städtischen Bauten, als auch für die zu genehmigenden Privatbauten vorgenommen werden muß, nicht nur eine große Sachkenntnis erfordert, sondern häufig auch viel Zeit in Anspruch nimmt. Schon im Oktober vorigen Jahres war von

der städtischen Baubewertung gewünscht, es möge hierfür eine besondere Kraft, und zwar ein Diplom-Ingenieur, Anstellung finden. Es ist aber damals abgelehnt worden, einen solchen Beamten etatmäßig anzustellen, und man hat versucht, mit einem der angestellten Techniker auszukommen und bei schwierigen Sachen das Gutachten des betreffenden Stadtbaumeisters einzuholen. Das hat sich nicht durchführen lassen, und die städtische Baubewertung hat erneut das Gesuch an den Stadtmagistrat gerichtet, da das vorhandene Personal nicht mehr ausreiche, einen Diplom-Ingenieur anzunehmen, der hauptsächlich mit der Nachprüfung der statischen Berechnungen betraut werden soll. Erwähnen möchte ich noch, daß der Stadtmagistrat auch erwogen hat, ob es nicht möglich sei, die Ausgabe dadurch zu ersparen, daß die Bauenden gezwungen werden, ihrerseits die Berechnungen durch eine zuverlässige Person nachprüfen zu lassen und das Resultat dieser Prüfung vorzulegen. Aber der Stadtmagistrat ist darüber im Zweifel, ob eine derartige in das Ortsbaustatut aufzunehmende Vorschrift die Billigung des Herzoglichen Staatsministeriums finden würde, und außerdem sei es gewiß, daß durch solch eine Vorschrift dem bauenden Publikum sehr erhebliche Ausgaben erwachsen würden. Der Architekt Kraak z. B. hat bei Erbauung der Jakobikirche für die fragliche Berechnung an einen Berliner Ingenieur die Summe von 1500 *M* zahlen müssen. Der Magistrat ist demnach zu der Ansicht gekommen, daß die Schaffung der fraglichen Stelle nicht zu vermeiden ist, und beantragt, zuzustimmen, daß in den nächsten jährigen Voranschlag die Summe von 3600 *M* dafür eingestellt werde. Auch der Statutenkommission scheint es notwendig, daß mit dem neuen Jahre ein derartiger Beamter Anstellung findet. Sie schließt sich also dem Antrage des Magistrats an.

Herr Fr ü h l i n g: Ich kann den Antrag nur unterstützen. Die Ingenieurwissenschaften haben sich in den letzten Jahren so entwickelt, und es ist eine solche Ausdehnung in der Verwendung des Eisenbetons eingetreten, daß es unbedingt nötig ist, daß die Stadtverwaltung in ihrer Mitte eine Persönlichkeit hat, die dieses Gebiet beherrscht und ein sachverständiges Gutachten abgeben kann. Wie sich die Prüfung der Bauprojekte dadurch gestalten wird, ob dieser Herr allein genügt oder in einzelnen Fällen auch Privatingenieure zugezogen werden müssen, braucht heute nicht erörtert zu werden; das würde der späteren Entwicklung vorbehalten bleiben. Ich setze voraus, daß die Besoldungsverhältnisse dieses Herrn seiner Vorbildung und seiner Tätigkeit entsprechen, also die sind, die für Baumeister vorgesehen sind. (Zustimmung des Herrn Oberbürgermeisters.)

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Magistrats zu.

6. Vermehrung der Fernsprechstellen im Rathause.

Herr J a s p e r: Die im Rathause unterhaltenen Fernsprechstellen genügen dem Bedürfnisse nicht mehr und sollen auf zirka 17 Stück vermehrt werden in der Weise, daß 4 Hauptleitungen mit höchstens 20 Nebenan Anschlüssen in das Rathaus eingeführt werden. Die Leitungen sollen so eingerichtet werden, daß eine Verbindung der einzelnen Zimmer untereinander stattfinden kann und die einzelnen Stellen auch von Außenstehenden unmittelbar angerufen werden können. Es sind auch Kostenanschläge von verschiedenen Gewerbetreibenden eingefordert, aber es hat sich herausgestellt, daß es praktisch ist, die Anlage vom Telegraphenamt ausführen und auch dauernd unterhalten zu lassen, schon mit Rücksicht darauf, daß dadurch eine stete Überwachung der Anlage und die Einführung aller technischen Neuerungen besser und dauernd gewahrt ist. Die Kosten der Einrichtung sind nicht gering. Es ist zu bezahlen für die Hauptanschlüsse je 160 *M* jährlich und für die Nebenan Anschlüsse 20 *M*, außerdem ist ein Zuschlag zu leisten für Leitungen, die die Länge von 100 m überschreiten (in 4 Fällen je 5 *M*), wie das den Satzungen der Telegraphenverwaltung entspricht. Im ganzen wird die Unterhaltung jährlich 1060 *M* erfordern. Die Finanzkommission hielt diese Summe gegenüber dem praktischen Nutzen, der dadurch erzielt werden kann, für angemessen. Wenn die Anlage durch einen Privatunternehmer erfolgen soll, so würde sie sich weit teurer stellen. Für die Umschaltvorrichtung an der Zentralstelle ist eine besondere Bedienung erforderlich. Es ist das so gedacht, daß einige der Damen, die mit Maschinenschreiben im Rathaus beschäftigt sind und in demselben Zimmer, wo die Zentrale aufgestellt wird, tätig sein werden, die Umschaltung bewirken. Ihre Inanspruchnahme dadurch wird sich auf wenige Stunden beschränken, so daß ihre sonstige Tätigkeit nicht zu sehr beeinträchtigt werden wird. Es ist das nur erst ein Versuch, der jederzeit, wenn das Bedürfnis sich erweitern sollte, geändert werden kann. Die Finanzkommission begrüßt den Vorschlag des Magistrats mit Freuden und gibt anheim, der Herrichtung und Unterhaltung dieser Anlage zustimmen zu wollen, besonders dem jährlichen Aufwande von 1060 *M*.

In besonderer Liebenswürdigkeit hat der Magistrat auch den Stadtverordneten einen besonderen Anschluß im Garderoberraum zur Verfügung gestellt.

Herr T o l l e: Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, diese Arbeiten durch die Postverwaltung ausführen zu lassen. Ich meine, wir sollten uns doch nicht ein derartiges Armutszugnis ausstellen, daß wir in der Stadt nicht Geschäftsleute hätten, die in der Lage wären, eine solch einfache Anlage zu machen. Wenn hier gesagt wird, daß es mit Freuden zu begrüßen ist, daß wir einen so geringen

Preis von jährlich 1060 *M* aufzuwenden hätten, um diese Anlage im Stande zu erhalten, so muß ich darauf erwidern, daß ich das für eine enorm hohe Summe halte. Ich bin überzeugt, daß nicht der vierte Teil des Geldes nötig wäre, wenn die Anlage von vornherein gut ausgeführt ist. Handelt es sich allerdings um eine Anlage, die die Straße überschreiten muß, so daß eine Fernleitung entsteht, so ist das etwas anderes. Wie ich aber von dem Herrn Referenten verstanden habe, handelt es sich hier um eine Verbindung innerhalb der Räume des Rathauses. Wenn man die aufzuwendenden 1060 *M* kapitalisiert, so kommt für die Anlage eine horrende Summe heraus. Ich möchte bitten, bei hiesigen Geschäftsleuten anzufragen, was eine derartige Anlage kostet; ich bin gegen die Übertragung an die Postverwaltung.

Herr *A l m a n n*: Wer kennt, was es heißt, eine größere Anzahl von Telephonanschlüssen zu haben, dürfte kaum darüber so urteilen wie der verehrte Herr Vorredner. Wir können nicht von dem Standpunkte ausgehen, daß unser Beschluß sagen soll: Es gibt hier keine privaten Geschäfte, die solche Anlagen herstellen können. Daran denken wir gar nicht. Aber wenn sich später Reparaturen bei solchen Zentralstationen mit vielen Anschlüssen zeigen, so macht es Schwierigkeiten, da die Post die Hauptvermittlerin ist, wenn durch Privatgeschäfte die Instandsetzung wieder vorgenommen werden soll. Ich kenne das aus Erfahrung, denn die Post hat diese Anschlüsse früher nicht hergestellt, wie sie es jetzt in dankenswerter Weise tut. Bei der Herstellung der Anlage durch die Post haben wir die Gewähr, wenn einmal Mängel auftreten, daß diese schnell und gründlich beseitigt werden. Ich muß dringend bitten, davon Abstand zu nehmen, erst etliche tausend Mark durch die private Anlage zu verbauen — es würde nachher doch zur Verbindung mit der Post übergegangen werden. Soweit ich verstanden habe, sollen 4 Hauptleitungen angelegt werden und die einzelnen Zimmer so angeschlossen werden, daß die Beamten auch mit der Außenwelt sprechen können. Das ist auch für ein so großes Institut, wie es die städtische Verwaltung ist, ein dringendes Bedürfnis. Ich habe mich oft gewundert, daß die Herren noch immer von einem Zimmer zum andern laufen müssen und eine Telephonanlage hier nicht längst schon gemacht ist. Ich bitte, die Vorlage anzunehmen und sich nicht von solchen Rücksichtnahmen leiten zu lassen, wie Herr Tolle vorbringt, als ob wir den Privatleuten geschäftliche Hindernisse bereiten wollten. Daran denkt kein einziger, sondern es wird jeder von uns der privaten Industrie gern seine Unterstützung zukommen lassen.

Herr *E h a r d t*: Man hat in andern Städten auch die Postverwaltung bei Anlegung von Telephonen bei Großbetrieben bevorzugt, weil die Post bei Stö-

rungen schneller zur Hand war und stets darauf bedacht ist, mit den bewährtesten Apparaten anzutreten. Da nun hier im Stadthause fleißig gearbeitet wird und Zeit Geld ist, sollte man nicht säumen, die Beamten durch technische Errungenschaften der Neuzeit dieser Art zu unterstützen. Der in Frage stehende Betrag steht in gar keinem Verhältnisse zu der Arbeitserleichterung und prompten Erledigung der Arbeiten.

Herr J a s p e r: Herr Altmann hat mich richtig verstanden, während Herr Tolle meine Ausführungen nicht richtig aufgenommen zu haben scheint oder ich mich nicht richtig ausgedrückt haben muß. Wenn wir die Anlage durch ein Privatgeschäft ausführen lassen, so kommen auch die Anlagekosten in Betracht. Die sind nicht etwa mit den 1060 *M* gemeint, sondern sie sind auf über 6000 *M* zu bewerten und würden verzinst und amortisiert werden müssen, wenn man einen Vergleich der Gestehungskosten der Einrichtung durch ein Privatgeschäft gegenüber den Kosten bei Bezug von der Post machen will. Die Postgebühren kommen auch bei einer privaten Anlage noch in Betracht, nur daß sie für die Nebenan Anschlüsse geringer sind (nicht 20 *M*, sondern 10 *M*). Die Bauverwaltung hat aber ausgerechnet, daß bei Hinzurechnung von Verzinsung und Amortisation eines Anlagekapitals von 6000 *M* die Kosten annähernd die gleichen sind, daß aber der Vorteil, mit der Post dauernd arbeiten zu können — was auch die Herren Eckhardt und Altmann zugunsten der Vorlage ausgesprochen haben — in erster Linie ausschlaggebend ist. Es können Störungen im Betriebe eintreten, bei denen nicht ohne weiteres festzustellen ist, ob sie in dem Teile liegen, der unter Regie der Postverwaltung oder unter der des angeschlossenen Teilnehmers selbst hergestellt ist. Die Möglichkeit von Differenzen wegen Störungen ist bei zwei Verwaltungen immer größer, als wenn nur der Post allein die Instandhaltung obliegt. Deshalb ist es zweckmäßiger, von einem Anschluß durch ein Privatgeschäft abzugehen und die Arbeiten der Post anzuvertrauen, die nach allgemeiner Erfahrung doch gut arbeitet.

Herr K l e i n k n e c h t: Ich möchte bitten, das Telephon für die Stadtverordneten so zu legen, daß wir nicht nur jederzeit selber sprechen, sondern auch angerufen werden können, daß also ein Stadtdiener in dem Garderoberraum sich aufhält. Der jetzige Zustand, daß bei den einzelnen Telephonen im Rathause niemand anwesend ist, hat wiederholt zu Unannehmlichkeiten geführt.

V o r j i e n d e r: Ein anderer Antrag als der Kommissionsantrag ist nicht gestellt. Ich bitte die Herren, die gemäß dem Antrage der Finanzkommission der Vermehrung der Fernsprechstellen im Rathause zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

7. Aufnahme der Straße Nr. 568 in den Ortsbauplan und Genehmigung eines Unternehmervertrages.

Herr F r i e: Der Maurermeister Gröpler, hier, beabsichtigt, eine neue Straße zwischen Rußberg- und Comeniusstraße zu schaffen. Er besitzt dort einen größeren Komplex, will einen Teil davon bebauen und bittet, ihn als Unternehmer für den Ausbau des Straßenzuges Nummer 568 zuzulassen. Der Magistrat schreibt zu dem Antrage: „Da Bedenken einer Erfüllung des Antrages nach unserm Dafürhalten nicht entgegenstehen, so haben wir vorbehaltlich der Zustimmung der geehrten Herren mit p. Gröpler einen Unternehmervertrag abgeschlossen. Der Berechnung der darin stipulierten Abfindungssumme von 2000 M, welche von dem Unternehmer der Stadt für Übernahme der Unterhaltung der Straße zu zahlen ist, liegt die Annahme zugrunde, daß der Genannte die Unterhaltungslast 5 Jahre lang zu tragen hätte. Den Unternehmer völlig von den Kosten der Unterhaltung zu befreien, dürfte um so weniger Veranlassung vorliegen, als es sich um den Ausbau einer lediglich zum Nutzen des Unternehmers angelegten, bislang gar nicht im Ortsbauplan enthaltenen Straße handelt und als der Unternehmer so schon sich zur Übernahme der Verpflichtung hat bereit finden lassen, in den an der Straße zu erbauenden Wohnhäusern ausschließlich Dreizimmerwohnungen einzurichten.“ Der Magistrat ersucht die Versammlung, sich mit der Aufnahme des bezeichneten Straßenzuges in den Ortsbauplan einverstanden zu erklären und dem Abschlusse des beigefügten notariellen Vertrages zuzustimmen.

Die Baukommission hat über die Vorlage beraten und war nicht ganz so mit ihr einverstanden, wie sie eingebracht ist, und zwar aus dem Grunde nicht, weil ihr zu wenig Licht in dem Baukomplex enthalten zu sein schien. Mit dem Unternehmer ist noch am heutigen Tage unterhandelt, und er hat sich einverstanden erklärt, daß nur $\frac{7}{12}$ des Terrains von ihm bebaut werden und $\frac{5}{12}$ für Luft und Licht offen gelassen werden. Das hat die Baukommission einstimmig angenommen, und ich habe nun die Bitte vorzutragen, den Vertrag in der Weise zu genehmigen.

Die Straße wird 14 m breit und mit Gas- und Wasserrohren belegt, alles auf Kosten des Unternehmers. Im übrigen ist der notarielle Vertrag abgefaßt, wie immer üblich gewesen ist. Der Baukommission war die Anlage der Straße sehr sympathisch, weil gerade Dreizimmerwohnungen dort erbaut werden sollen. Sie beantragt, die Straße in den Ortsbauplan aufzunehmen und sie zugleich zur Ortsstraße zu erklären.

Die Anträge der Baukommission gelangen zur Annahme.

8. Gewährung einer Beihilfe für die Löbbedeische Erziehungsanstalt für weibliche Dienstboten.

Herr Mohr: Der Rechnungsführer der Löbbedeischen Erziehungsanstalt für weibliche Dienstboten, Herr Pastor Schulze, richtet an den Magistrat die Bitte, die der Anstalt gewährte Unterstützung von jährlich 600 *M* auf 2750 *M* zu erhöhen, und begründet dieses Gesuch damit, daß die Anstalt bislang wegen der mangelnden Mittel nur 20 Zöglinge aufnehmen konnte, während Raum für 30 vorhanden ist. Nach einer detaillierten Aufstellung betragen die Ausgaben bei 20 Zöglingen rund 5300 *M*, denen Einnahmen ungefähr in gleicher Höhe gegenüberstehen. Auf den Kopf berechnet betragen die Unkosten 265 *M* jährlich. Da die Generalunkosten, insbesondere die Kosten, welche für das Grundstück selbst ausgegeben werden müssen, sich im großen ganzen wenig verändern, gleichviel, ob 20 oder 30 Zöglinge in der Anstalt gehalten werden, so glaubt Herr Pastor Schulze mit einer verhältnismäßig geringen Vermehrung der Einnahmen die Zahl der Insassen vergrößern, resp. die ganze Einrichtung besser ausnützen zu können. Die Mehrkosten würden bei Erhöhung des Bestandes um 10 Köpfe $10 \times 265 \text{ M} = 2650 \text{ M}$, denen an Lohneinnahmen ungefähr 500 *M* gegenüberstehen würden, so daß ein Defizit von 2150 *M* entstehen würde. Dieses zu decken, wird die Stadt erjucht. Der Stadtmagistrat steht dem Gesuche wohlwollend gegenüber. Die Anstalt ist mit durch den Ende der 90er Jahre notwendig gewordenen Neubau, der zirka 81 000 *M* gekostet hat, in die jetzige ungünstige wirtschaftliche Lage versetzt worden. In voller Würdigung der Gemeinnützigkeit der Anstalt, ferner des Umstandes, daß die Nachfrage nach durch die Anstalt ausgebildeten Dienstmädchen ungemein groß ist, auch die Zahl der sich um die Aufnahme in die Anstalt bewerbenden jungen Mädchen stetig wächst (es liegen gegenwärtig 80 Anmeldungen vor), hält der Magistrat es für geboten, den Zuschuß bis auf weiteres in angeforderter Höhe zu bewilligen, und zwar aus den Mitteln der Luise-Ottmer-Stiftung. Der Antrag des Magistrats geht dahin: die Stadtverordneten werden erjucht, sich damit einverstanden zu erklären,

„daß der bezeichneten Anstalt vom laufenden Jahre ab bis auf weiteres, und zwar gegenwärtig unter Anrechnung, vom nächsten Jahre an aber unter Fortfall des aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen gewährten Zuschusses von 600 *M*, eine Beihilfe von 2750 *M* jährlich gezahlt werde (aus den Mitteln der Luise-Ottmer-Stiftung, Abteilung: Gemeinnützige Einrichtungen).“

In der Finanzkommission ist die Angelegenheit eingehend erörtert. Sie gibt Ihnen durch mich anheim, dem Vorschlag des Magistrats nachzukommen.

Die Versammlung erklärt sich für Gewährung der Beihilfe in der vorgeschlagenen Weise.

9. Aderweite Ordnung des Desinfektionswesens.

Herr Löhnefink: Die Magistratsvorlage enthält in ihrem ersten Teile einen Hinweis auf den jetzigen Stand des in unserer Stadt seit 19 Jahren bestehenden und in dieser Zeit weiter ausgebauten Desinfektionswesens. Daran schließen sich einige vom Stadtmagistrate im Einvernehmen mit dem Stadtphysikus und der Polizeidirektion ausgearbeitete Vorschläge für Ausdehnung und Verbesserung der Einrichtung. Die Leitung des Desinfektionsbetriebes ruhte seither nebenamtlich in der Hand des Kreisbranddirektors. An Personal stehen diesem Herrn zur Verfügung: 3 Hauptdesinfektoren, 4 Desinfektoren und 5 Hilfsdesinfektoren. Außerdem werden je nach Bedarf an ihren freien Tagen noch etwa 12 Feuerwehrleute beschäftigt, und das ganze Personal nach der bisherigen Gepflogenheit stundenweise entlohnt. Die Desinfektionsapparate und die Materialien für die Desinfektion befinden sich in der Aufbewahrung der Feuerwehr, welche ihrerseits die Instandhaltung und Kontrolle der Apparate und des Materials besorgt, sowie ferner auch noch den ganzen inneren Dienst, als Bürodienst usw., versieht. Es wird nun seitens des Stadtmagistrats mit der nach Ansicht der Finanzkommission vollständig zutreffenden Begründung, daß sich in Ansehung der ständigen Zunahme der Beanspruchung des Desinfektionswesens, die sich im Falle des Auftretens von Epidemien selbstverständlich noch ganz enorm steigern würde, leicht allerlei Unzuträglichkeiten herausstellen könnten, und mit Rücksicht darauf, daß die schon so wie so stark in Anspruch genommene Feuerwehr bei einer erweiterten Beanspruchung ihrer Tätigkeit nicht mehr in der Lage sein dürfte, diesen Anforderungen in wünschenswertem Maße zu genügen, folgendes in Vorschlag gebracht:

1. Die Geschäfte des Desinfektionswesens werden unter der Oheraufsicht des Kreisbranddirektors von einem Inspektor besorgt, der nach Ablauf einer Probezeit fest anzustellen und den Aufsehern im Gehalt gleichzustellen ist (Abteilung XXIX Nr. 1 der Gehaltsbestimmungen: 1600 *M* Anfangssatz, 3×150 *M*, 1×50 *M* Zulage bis 2100 *M*). Ihm liegt die Entgegennahme der Anmeldungen, die Verteilung der Arbeit auf die Desinfektoren, die Bearbeitung der polizeilichen Anträge, das Bureau- und Kassentwesen usw. ob. Sein Dienstzimmer befindet sich auf der Hauptfeuerwache.

Bei Beratung dieses Vorschlages wurde von einer Seite in der Finanzkommission angeregt, ob man nicht auf die in Vorschlag gebrachte Probezeit verzichten sollte. Diese habe sich in manchen Fällen als vollständig überflüssig er-

wiesen und in andern Fällen — ich bemerke jedoch dabei, daß ich nur im ganz allgemeinen spreche, nicht unter Bezugnahme auf im städtischen Betriebe gemachte Beobachtungen — sollen sich auf Probe genommene Beamte während dieser Probezeit recht gut geführt haben und ihre Führung später in das Gegenteil umgeschlagen sein; man habe dann die Herren auf der Lajche gehabt und sie nur unter Opfern oder gar nicht ausschalten können. Diese Bedenken wurden aber wieder zurückgezogen, und die Kommission war, wenn ich nicht irre, einstimmig der Meinung, Ihnen die Beibehaltung der bisherigen Gepflogenheit, gewisse Beamte auf Probe anzustellen, zu empfehlen. Ein zweites Bedenken gipfelte darin, ob das Maß der bisher nebenamtlich vom Kreisbranddirektor bewältigten Arbeiten ausreicht, um einen besonderen Beamten für diese Tätigkeiten anzustellen. Die Finanzkommission hat sich der Erwägung des Umstandes nicht verschließen können, daß die Stadt Braunschweig in beständigem Wachsen begriffen ist und dadurch auch eine Erhöhung der Zahl der Krankheitsfälle bedingt ist. Es ist immerhin in Betracht zu ziehen, daß selbst beim besten Willen der Herr Kreisbranddirektor nicht in der Lage sein könnte, die ihm obliegende Kontrolle des Desinfektionswesens in ausreichender Weise vorzunehmen. Es wurde auch seitens des Stadtmagistrats noch besonders darauf hingewiesen, daß die aus der Kontrolle des Desinfektionswesens dem Kreisbranddirektor erwachsende Arbeit seine Kraft und Zeit schon mehr in Anspruch nehme als das seiner Leitung in erster Linie unterstellte Feuerlöschwesen. Es drängt alles darauf hin, diesen Herrn zu entlasten und eine neue Stellung zu schaffen, und zwar die Stellung eines Inspektors des Desinfektionswesens. Die Kommission schlägt Ihnen deshalb durch mich die Zustimmung zu Punkt 1 der Magistratsvorlage vor.

Es geschieht nun von allen Seiten das menschenmögliche, um eine wirksame Schutzwehr aufzurichten gegen das Umsichgreifen von ansteckenden Krankheiten. Aber trotz alledem bleibt immer noch die Möglichkeit des plötzlichen Auftretens einer Epidemie bestehen, selbstverständlich auch für die Stadt Braunschweig, und es dürfte daher wohl angebracht sein, daß wir, was in unserer Kraft steht, dazu beitragen, daß auch in unserer Stadt die Entstehung und Verbreitung von ansteckenden Krankheiten tunlichst verhindert wird. Wenn wir nun geeignete Vorkehrungen gegen solche Gefahren überhaupt treffen wollen, so dürfen wir in der Abgrenzung der Bemessung derselben nicht kleinlich oder engherzig verfahren, und aus dieser Erwägung ist der zweite Vorschlag des Magistrats geboren worden. Es heißt da:

2. Mit der Vertretung des Inspektors, mit der unmittelbaren Aufsicht über die Desinfektoren bei ihrer Tätigkeit in den Wohnungen, bei den Sachenbeförderungen und dergl., sowie mit der Vorbesichtigung der Wohnungen vor Aus-

führung von Desinfektionen, mit der Aufsicht über die Dampfdesinfektionsanstalt und der Überwachung des gesamten Außendienstes wird ein Oberdesinfektor betraut, der als Vergütung 1500 *M*, von drei zu drei Jahren um je 100 *M* steigend bis 1800 *M* jährlich erhält und dessen Dienstzimmer sich auf der Dampfdesinfektionsanstalt befindet.

Sollte das Unglück es wollen, daß unsere Stadt von einer Epidemie heimgesucht würde, so wäre immerhin die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, daß der mit der Oberleitung beauftragte Inspektor ebenfalls davon ergriffen würde oder sonstwie erkrankte und wir keinen ausgebildeten Sachverständigen mehr in leitender Stellung hätten. Deshalb dürfte es sich wohl empfehlen, zumal wenn man berücksichtigt, daß bei Epidemien doch die Arbeitsleistung der Desinfektoren überhaupt einen ungeheuren Umfang annehmen würde, daß man beizeiten dafür sorgt, daß auch bei Erkrankung des Hauptleiters ein Stellvertreter vorhanden ist. Aus dieser Erwägung heraus glaubt die Finanzkommission auch die Schaffung der Stelle eines Stellvertreters des Inspektors empfehlen zu sollen.

Der Punkt 3 des Magistratsvorschlages lautet:

3. Die Hauptdesinfektoren werden nicht (wie bisher regelmäßig) stundenweise bezahlt, sondern in festem Lohne angenommen und je nach Bedarf zur Arbeit auf der Dampfdesinfektionsanstalt, bei der Sachenbeförderung, bei der Überführung ansteckend Erkrankter ins Krankenhaus, bei der Ausgabe der Desinfektionsmittel und bei Ausführung von Wohnungsdesinfektionen verwendet, wobei die Überstunden besonders vergütet werden. In festem Lohne werden zunächst 9 Hauptdesinfektoren angenommen, von denen regelmäßig (wie bisher) vier für die Dampfdesinfektionsanstalt beschäftigt werden: je einer im Kesselhause, auf der unreinen Seite, auf der reinen Seite und zugleich als Begleitmann für Kranke, endlich für Hin- und Rückbeförderung von Gegenständen sowie als Begleitmann für Kranke und zur Unterstützung des Desinfektors auf der Hauptfeuerwache. Fünf Hauptdesinfektoren werden mit den Wohnungsdesinfektionen betraut: einer davon mit der Ausgabe der Desinfektionsmittel, mit dem Umfüllen der Flüssigkeiten, dem Reinigen der Apparate, der Nachprüfung der zurückgelieferten Desinfektionsmittel und Flüssigkeiten und der Hin- und Rückbeförderung der Apparate und Materialien; die vier anderen mit der Ausführung der Wohnungsdesinfektionen. Nach Bedarf werden die Desinfektoren auch in anderen Zweigen des Desinfektionsbetriebes verwendet. Ihr Anfangslohn beträgt 1100 *M*, von drei zu drei Jahren steigend um je 100 *M* bis zu 1500 *M* jährlich.

Bei diesem Vorschlage dürfte der Hauptpunkt darin liegen, daß die Hauptdesinfektoren nicht mehr wie bisher stundenweise entlohnt werden, sondern gegen

festen Vergütung angenommen werden. Dieser Vorschlag erscheint uns besonders zweckmäßig; die städtischen Behörden kommen dadurch in die Lage, mit Leichtigkeit geeignetes Personal für diese Stellen zu finden, denn sie können den Bewerbern etwas Festes in wirtschaftlicher Hinsicht bieten. Ich darf dazu bemerken, daß man in Preußen, wie ich aus einem Erlaß des preussischen Ministers für das Medizinalwesen uvm. ersehen habe, bestrebt ist, in ähnlicher oder gleicher Weise zu verfahren. Allgemein werden in Preußen die Desinfektoren mit festen Bezügen angestellt, und was für Preußen sich als zweckmäßig bewährt hat, dürfte wohl auch für uns in Betracht zu ziehen sein. Ich empfehle namens der Finanzkommission, auch dem Punkte 3 Ihre Genehmigung erteilen zu wollen.

Punkt 4 lautet: „Nach Bedarf werden etwa 20 Hilfsdesinfektoren ausgebildet und der Reihenfolge nach zur Ausführung von Wohnungsdesinfektionen gegen Stundenlohn von 50 § wie bisher herangezogen.“

Zu diesem Punkte, glaube ich, wird es kaum besonderer Ausführungen bedürfen, denn es liegt auf der Hand, daß es zweckmäßig ist, für den Bedarfsfall Ersatzpersonal heranzubilden. — Auch Punkt 4 wird von der Kommission zur Genehmigung empfohlen, ebenso Punkt 5, welcher lautet: „Die Berufsfeuerwehr stellt für die Beförderung der Apparate und Hilfsmittel bei Wohnungsdesinfektionen den Kraftwagenführer und leistet die nötigen Ausbesserungsarbeiten, soweit diese nicht von den Desinfektoren ausgeführt werden können.“

Von besonderem Interesse dürfte die finanzielle Tragweite der Vorschläge sein. Dazu möchte ich bemerken, daß im laufenden Jahre an Lohn für Wohnungs- und Mobiliendesinfektion der Betrag von rund 10 000 M ausgeworfen ist. Diese Summe dürfte genügen zur Bestreitung der Anfangsbezüge der neun Hauptdesinfektoren, die sich auf $9 \times 1100 \text{ M}$ belaufen. Späterhin, sobald die erste Erhöhung der Staffelbezüge eintritt, würde sich von drei zu drei Jahren wiederkehrend eine Überschreitung um je 900 M ergeben. Einen bestimmten Anhaltspunkt für die Höhe derjenigen Summe, die für die Entlohnung der Hilfsdesinfektoren aufzubringen ist, kann man wohl schwerlich heute schon geben, aber ich glaube annehmen zu dürfen, daß diese Summe keinen sehr hohen Betrag ausmachen, sondern sich in sehr mäßigen Grenzen bewegen wird. Es blieben in der Hauptsache an Ausgaben zu bewilligen die Gehälter für den Inspektor und seinen Stellvertreter, und zwar zunächst die Anfangsgehälter, 1600 und 1500 M = 3100 M . Auch diese Gehälter werden in Zeiträumen von drei zu drei Jahren sich allmählich erhöhen. Wenn ich diese Erhöhungen zusammenrechne mit der Erhöhung der Bezüge für die Hauptdesinfektoren, so ergibt sich eine Summe, die über die jetzt im Etat ausgeworfenen 10 000 M um rund 4250 M hinausgehen dürfte, nämlich 3100 M für die Gehälter des Inspektors

und dessen Stellvertreter's, und ferner die nach drei Jahren eintretende Erhöhung um 100, resp. 150 *M.*, in Summa 1150 *M.* Die Entlohnung der Hilfsdesinfektoren schon jetzt zahlenmäßig ausdrücken zu können, ist niemand imstande.

Es sind allerdings Tausende von Mark, die in Betracht kommen, aber die Finanzkommission ist einhellig der Meinung, daß es eine sehr wichtige Aufgabe der gewissenhaften Leitung eines städtischen Gemeinwesens ist, die Einwohner-schaft vor Epidemien zu bewahren. Da dürfen einige tausend Mark keine Rolle spielen, und die Finanzkommission läßt Ihnen durch mich die Genehmigung der Magistratsvorlage anheimgeben.

Herr Henking: Ich freue mich, daß uns der Stadtmagistrat diese Vorlage gebracht hat. Der Herr Referent hat schon gesagt, welche große Bedeutung für die Bekämpfung der Infektionskrankheiten besonders die Verhütung ihrer Ausbreitung hat. Nur der eine Punkt in der Vorlage gefällt mir nicht: daß man einen Mann, der auf dem Bureau tätig ist, der die Entgegennahme der Anmeldungen, die Verteilung der Arbeit, die Bearbeitung der polizeilichen Anträge, das Bureau- und Klassenwesen zu verstehen hat, der also mit der Desinfektion als solcher nichts zu tun hat, den Desinfektionsinspektor nennen will. Das ist doch einfach ein Hilfsbeamter auf dem Bureau! Ich möchte empfehlen, diesen Ausdruck Inspektor zu vermeiden. Wenn überhaupt eine Bezeichnung nötig ist, wird der Magistrat schon einen Ausdruck dafür finden. Die Haupttätigkeit liegt doch dem Oberdesinfektor und den Hauptdesinfektoren ob!

Dann habe ich noch einen Wunsch, obgleich ich mit der ganzen Vorlage sehr zufrieden bin: Daß den Hauptdesinfektoren ein etwas höherer Lohn gewährt wird. Sie sollen 1100 bis 1500 *M.* bekommen. Die Leute müssen kerngesund sein und sehr gewissenhaft arbeiten; da erscheint mir ein Anfangslohn von 1100 *M.* etwas gering. Ich möchte bitten, mindestens 1200 bis 1600 *M.* festzusetzen. Die Leute können unter Umständen viel Anheil anrichten; einen kleinen Vorge-schmack haben wir im letzten Jahre schon durch den Ihnen bekannten Haftpflichtprozeß bekommen. Wenn wir gewissenhafte Arbeiter bekommen, so können die 100 *M.* mehr keine Rolle spielen. Ich bitte, meinem Antrage zuzustimmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich kann dem Herrn Vorredner nur dankbar sein für die im allgemeinen sehr wohlwollende Stellungnahme, die er vom ärztlichen Standpunkte aus unserer Vorlage hat ange-deihen lassen. Was die beiden Punkte betrifft, die ihm zur Beanstandung Anlaß gegeben haben, so möchte ich doch bitten, sich der Auffassung des verehrten Herrn Vorredners nicht anzuschließen. Der Begriff Inspektor ist der Stadtverwaltung nicht fremd, wir

haben einen Marktinspektor, einen Inspektor des Pflegehauses, und der Ausdruck hat sich in der ganzen Bevölkerung als außerordentlich geläufig, gerade so wie der Ausdruck Doktor eingebürgert. Obgleich ich ein eifriges Mitglied des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins bin, so glaube ich doch, daß wir der deutschen Sprache kein Unrecht zufügen, wenn wir dem Namen auch hier Aufnahme gewähren. Es wird schwer sein, einen Ausdruck zu finden, der in ähnlich knapper, treffender Weise bezeichnet, was im gewöhnlichen Leben unter dieser Bezeichnung verstanden wird. Der Mann wird mit einer ganzen Reihe von Leuten aus dem städtischen Dienste zu tun haben, er wird viel mit der Bevölkerung in Berührung kommen, und es wird den Leuten angenehm sein, zu wissen, wie sie ihn nennen sollen, ohne ihn mit seinem persönlichen Namen anzureden. Ich bitte, es bei dem kleinen Schönheitsfehler, den diese Bezeichnung haben soll, ruhig bewenden zu lassen. Wir haben uns in andern Städten erkundigt; dort ist derselbe Ausdruck gebräuchlich. Es war auch der Name Kontrolleur zu finden; da halte ich es aber mehr mit dem Worte Inspektor.

Was den andern Wunsch des verehrten Herrn Vorredners betrifft, der sich auf eine bessere Bezahlung der Hauptdesinfektoren richtet, so habe ich lebhaftes Bedenken, ob es richtig wäre, diese Gruppe in der von Herrn Stadtverordneten Henking vorgeschlagenen Weise, und nicht, wie es der Magistratsvorlage entspricht, zu bezahlen. Ich bitte die Herren, zu bedenken, daß wir zu gewärtigen haben, daß jede Verschiebung der Besoldungssätze einer einzelnen Gruppe gewisse Folgen nach sich ziehen kann hinsichtlich der andern Gruppen. Ich erinnere daran, daß die Feuerwehreute, deren Tätigkeit viel mehr das Einsetzen ihrer vollen Tatkraft bei Tag und Nacht erfordert, mit 1200 bis 1800 *M* bezahlt werden. Darnach geht es nicht an, dasselbe Anfangsgehalt den Hauptdesinfektoren zu geben, sondern es wird richtig sein, sie darin etwas zurückstehen zu lassen. Eine andere Gruppe, die nicht in gesundheitlicher, aber sicherheitspolizeilicher Hinsicht in Vergleich mit den Desinfektoren gesetzt werden kann, ist die Gruppe der städtischen Wächter. Der Stadtmagistrat hat heute morgen eine Vorlage beschloffen, die Ihnen in den nächsten Tagen zugehen wird, wonach diese Gruppe aufgebessert werden soll, und zwar so, daß sie eine Zulage von 60 *M* jährlich erhält und mit 1080 *M* beginnt. Auf diese Weise würden die städtischen Wächter und die Desinfektoren fast genau gleichstehen. Ich glaube, daß die beiden Gruppen in der That sehr viel Vergleichenswertes miteinander haben, und daß es bei den Wächtern Unzufriedenheit hervorrufen würde, wenn wir den Desinfektoren allein das Gehalt erhöhten. Wir bekommen so viele Anträge von passenden Persönlichkeiten, die Desinfektoren werden wollen, daß ich glaube, der Bedarf wird bei einem Anfangsgehalt von 1100 *M* vollständig gedeckt werden.

Herr Stegmann: Wenn das Desinfektionswesen im Laufe der Jahre im Interesse der Gesundheit der hiesigen Einwohner wesentlich ausgebaut worden ist, so ist das nur mit Freuden zu begrüßen, und wenn fernerhin infolgedessen die Zahl der angestellten Personen vergrößert werden muß, so habe ich dagegen nichts zu sagen. Wenn die Frage aufgeworfen werden soll: Soll der erste Beamte Inspektor oder sonstwie heißen, so möchte ich fragen: Desinfektor ist doch wohl auch ein fremder Ausdruck. Im übrigen ist uns die Bezeichnung nicht so wesentlich. Entschieden möchte ich mich aber gegen die Ausführungen des Herrn Stadtrats von Frankenberg wenden, die er in bezug auf die Entlohnung der Hauptdesinfektoren gemacht hat. Ich möchte den Antrag Henking unterstützen, den Anfangslohn auf 1200 *M* festzusetzen und ihn zu steigern bis auf 1600 *M*. Wenn gesagt wurde, es trete eine Verschiebung gegenüber den anderen Gruppen ein, so glaube ich doch, daß es genügt, wenn der Oberdesinfektor auf 1800 *M* steigt, mithin 200 *M* mehr erhält als die andern, die die Arbeit machen müssen. Man muß es berücksichtigen, daß diese Arbeit oft recht unangenehm, sogar ekelhaft ist, und daß die Entlohnung deshalb gering zu nennen ist. Ich bitte, das zu bewilligen, was Herr Dr. Henking beantragt hat.

Wenn ich es nun auch für erfreulich halte, daß wir auf dem Gebiete der Desinfektion Fortschritte gemacht haben, so hätte ich doch gern gewünscht, daß man in einer Beziehung noch weiter gegangen wäre, als es der Fall ist, nämlich bezüglich der Gebühren für die Desinfektion. Wenn ich recht unterrichtet bin, kann die Desinfektion auf Antrag gratis gewährt werden, vorausgesetzt, daß der Antragsteller nicht über 1500 *M* Einkommen hat. Berücksichtigt man, daß der Geldwert in den letzten 20 Jahren erheblich gesunken ist, so werden Sie zugeben müssen, daß 1500 *M* wenig ist. Zieht man ferner in Betracht, daß die Leute, die die Desinfektionsanstalt nötig haben, vorher schwere Krankheiten durchzumachen gehabt haben und womöglich Todesfälle eingetreten waren, so sind sie finanziell ohnehin zurückgekommen und werden durch die Desinfektionskosten doppelt schwer getroffen. Ich würde es für richtig halten, die Gebühren bei einem Einkommen bis zu 1500 *M* ohne Antrag vollständig zu erlassen, und würde auch insofern noch weiter gehen, daß man die Grenze, bei der auf Antrag die Gebühr nicht erhoben wird, höher steckt, vielleicht auf 2000 *M*. Ein solcher Antrag kann ja wohl bei dieser Gelegenheit kaum besprochen werden, ich bin wenigstens im Zweifel, ob ich jetzt einen bezüglichen Antrag stellen kann. Wenn das nicht der Fall ist, so werde ich mir erlauben, es in der nächsten Zeit zu tun. Es wird zwar gesagt werden: Durch die Gehaltsfestsetzungen und durch die Anstellung von zwei Beamten mehr wird schon eine bedeutende Summe erfordert werden. Ich denke aber: Im Interesse der gesundheitlichen Verhältnisse in Braunschweig sollte noch

mehr getan werden. Die Finanzkommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß wir in dieser Beziehung nicht engherzig sein dürften. Ich meine auch, daß wir, wenn wir die Gesundheitsverhältnisse bessern wollen, noch größere Opfer bringen müßten.

Vorsitzender: Es steht dem nichts im Wege, daß Sie einen Antrag einbringen. Ich bitte, ihn mir schriftlich zu geben; natürlich muß er vorberaten werden.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Zur Vergleichung möchte ich noch darauf hinweisen, daß nach der vor kurzem in Kraft getretenen Gehaltsordnung die Schuldiener, die ich auch für eine dienstlich etwas höher stehende Klasse als die Desinfektoren halte, mit 1200 bis 1600 *M* angestellt sind. Wenn wir hier 1100 bis 1500 *M* festsetzen, so bleibt das durchaus in den Grenzen, die durch die Verhältnisse geboten sind.

Die Punkte 1 und 2 der Magistratsvorlage werden angenommen, der Antrag Henking zu Nr. 3 abgelehnt, die Punkte 3 bis 5. angenommen und darauf der ganzen Magistratsvorlage zugestimmt.

10. Herrichtung einer Verbindungsstraße zwischen Celler- und Roßstraße.

Herr Rieße: Durch wiederholte Vorstellungen der Direktion der Braunschweigischen Landeseisenbahn und auch von anderen Interessenten ist verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die Passanten, die von der Roßstraße nach der Cellerstraße hinübergehen und umgekehrt, das Terrain, welches in der Landeseisenbahn entlangzieht und als Ladestelle gebraucht wird, als Durchgangsweg benutzen. Damit ist eine gewisse Gefahr für die Passanten verbunden, und der Magistrat hat das Bedürfnis eines Verbindungsweges anerkannt. Er hat im Februar d. J. uns eine Vorlage zugehen lassen, die dahin geht, einen 3 m breiten Fußweg als Verbindungsweg zwischen der Roß- und Cellerstraße einzurichten, und dazu die Kosten mit 20 100 *M* zu verwilligen. Sie setzen sich zusammen aus 1. den Grunderwerbskosten zu 9200 *M*, 2. den Baukosten zu 8500 *M* und den Kosten für das Gasrohr und die Aufstellung von Laternen zu 2300 *M*. Auf Antrag des Herrn Meyerhoff war in der Versammlung vom 23. Februar beschlossen, den Magistratsantrag einstweilen zurückzustellen und den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob dort nicht in

unmittelbarer Nähe eine Fahrstraße hergerichtet werden könne. Der Magistrat schreibt dazu: „Wir haben diesem Wunsche entsprochen und legen den geehrten Herren anbei den Entwurf eines Teilortsbauplans für das unlängst dem Stadtgebiete zugelegte vormalig Elpersche Gelände vor. Wir ersuchen, diesen Teilortsbauplan zu genehmigen und weisen gleichzeitig darauf hin, daß der darin enthaltene Straßenzug 587—588—589 derjenige sein würde, durch dessen Ausbau die Anlage des von uns gewünschten Fußweges überflüssig werden würde. Wir wollen indessen nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß nach einer überschläglichen Ermittlung der städtischen Bauverwaltung der Ausbau jener Straße 208 000 M kosten würde und daß wir wegen dieses hohen Betrages den sofortigen Ausbau zu empfehlen Bedenken tragen, und zwar um so mehr, als von uns ein Bedürfnis zur Schaffung einer zum Fahren geeigneten Verbindungsstraße zwischen Roß- und Cellerstraße zurzeit nicht anerkannt werden kann. Wir lassen deshalb den geehrten Herren die Vorlage vom 12. Februar d. J. hieneben mit dem Ersuchen wieder zugehen, die Zustimmung zu derselben erteilen zu wollen. Es muß natürlich darauf gerechnet werden, daß nach einer Reihe von Jahren infolge Ausbaues des Straßenzuges 587—589 die empfohlene Fußweganlage überflüssig werden wird. Gleichwohl wird die Stadt bei Ausführung der letzteren einen finanziellen Schaden voraussichtlich nicht erleiden, zum Teil nicht, weil das zu dem Fußsteige zu erwerbende, fast die Hälfte der Kosten verursachende Terrain später, womöglich mit Nutzen, wird wieder verkauft werden können, zum Teil nicht, weil den Kosten bei Vergleich mit den für die Fahrstraße zu machenden Aufwendungen eine nicht unerhebliche Zinssparnis gegenübersteht.“ Diese Vorlage hat in der letzten Sitzung der Baukommission zur Beratung vorgelegen, ebenso die Kaufkontrakte. Die Kommission in ihrer Mehrheit empfiehlt durch mich Annahme der Vorlage.

Herr Meherhoff: Ich stehe noch auf demselben Standpunkte wie im Februar d. J. und habe meine Gründe dafür in der Baukommission unumwunden ausgesprochen. Ich halte die Anlage eines Fußweges nicht für richtig. Die Vorlage scheiterte seinerzeit hauptsächlich daran, daß für diese der Stadt von Elper zugelegten Ländereien kein Ortsbauplan vorgelegt werden konnte. Dieser liegt jetzt vor. Die Zukunftsstraßen sind jetzt eingezeichnet und ihre Kosten sollen sich auf 208 000 M, also, das gestehe ich offen zu, auf das Zehnfache belaufen. Das kann mich aber nicht hindern, für die Erbauung der Fahrstraße einzutreten. Vom „Weißen Roß“ bis nach Elper hin führt keine direkte Verbindung nach der Roßstraße. Es gibt wohl da hinten noch einen Weg am Schweineanger vorbei, aber das ist keine Straße im Sinne des Gesetzes, das ist ein Feldweg. Ferner kommt hinzu, daß gerade in der Gegend der Bau von

Kleinwohnungen sehr erwünscht ist. Sehen Sie sich die Verhältnisse auf der Diesterwegstraße an. Die Bauunternehmer gehen auf dieser Straße schon weiter hinaus und bauen eine Zukunftsstraße. Hier wäre mit einem Schlage ein großes Bauterrain aufgeschlossen und der Bautätigkeit Gelegenheit geboten. Wenn auch die Straße 200 000 *M* kosten würde, so würden wir die Ausgabe längstens drei Jahre verzinsen müssen, denn so schwarz sehe ich nicht, daß ich nicht glauben sollte, es würden sich nicht bald Unternehmer finden und die Baupläze ankaufen. Die ganze Straße liegt gegenüber der Mühlenbauanstalt von Amme, Giesecke & Konegen, so daß wohl Leute da sind, die hier Wohnungen gebrauchen können. Wenn auch die Straße etwas weiter von der Stadt entfernt liegt als dieser Weg am Bahnhofsterrain, so meine ich, wenn die Fußgänger einen geordneten Weg nach der Cellerstraße haben, werden sie sich hüten, über das Bahnhofsterrain zu gehen, denn dort schlagen sie ihr eigenes Leben in die Schanze. Ich bin unterschieden der Meinung, daß die im Ortsbauplan vorgezeichnete Straße von uns genehmigt werden sollte. Die Kosten kommen wieder ein. Wir haben für andere Straßen, die schon lange liegen, Gelder aufwenden müssen und müssen auch das tragen. Eine einzige Straße wird den Kohl auch nicht fett machen.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Stellungnahme des Herrn Stadtverordneten Meyerhoff ist mir nicht verständlich. Er hat in seinen Ausführungen den Nachweis fehlen lassen, daß augenblicklich ein Bedürfnis für den Ausbau der Straße vorliegt. Der Magistrat hat ja in der Vorlage gesagt, daß vermutlich in absehbarer Zeit das Bedürfnis einer Fahrstraße in dieser Richtung hervortreten wird, aber es ist nicht nur vom Magistrat, sondern auch von den Herren in der Kommission anerkannt, daß gegenwärtig das Bedürfnis nicht vorliegt. Es kommen wohl einzelne Fälle vor, wo der Verbindungsweg wünschenswert ist. Ich erinnere mich, daß in der Sitzung, in der wir über dieselbe Sache sprachen, Herr Dr. Kleinfnecht sagte, er hätte schon mehrmals den Wunsch gehabt, der schnelleren Durchführung seiner Krankenbesuche wegen, mit dem Wagen dort verkehren zu können. Das ist aber ein Ausnahmefall; der Verkehr hängt nicht allein davon ab, ob ein Arzt den Weg einmal am Tage nötig hat, Umwege bringt das Verkehrsnetz immer mit sich. Wir müssen mit der Anlegung einer kürzeren Verbindungsstraße für den Fahrverkehr warten, bis die Bautätigkeit in umfangreicherem Maße in der Gegend hervortreten wird. Wir haben noch manche Stellen in der äußeren Peripherie der Stadt, wo eine kürzere Verbindung nötig ist. Die Anwohner des Westens der Stadt haben schon mehrmals den Wunsch vorgebracht, eine Verkehrsstraße zwischen Broikemerstraße und Mandamentweg zu haben. Da ist auch Bauterrain für Arbeiterwohnungen, und auch da finden Sie Leute für die Wohnungen. Die Gegend an und für sich würde ich

als besonders geeignet dafür ansehen, so daß dort, wie ich glaube, eine schnellere Bebauung eintreten würde als hier. Der Magistrat steht der Anlage der Fahrstraße durchaus nicht ablehnend gegenüber. Er hält es zurzeit jedoch nur für zweckmäßig, die Straße nur dann auszubauen, wenn sich ein Unternehmer dafür findet. Das Bessere ist des Guten Feind. Das Bessere ist vielleicht der Bau der im Ortsbauplan vorgesehenen Straße, das Gute ist der Fußweg, den der Magistrat wünscht und für den ein Bedürfnis vorliegt. Letzteres beweist die Differenz mit der Landeseisenbahn, deren Verwaltung sich wiederholt darüber beklagt hat, daß der Verbindungsweg nicht geschaffen wird. Der Fußweg ist leicht durchzuführen, und ich weiß nicht, weshalb das nicht geschehen soll, da finanzielle Nachteile nicht zu erwarten sind. Finanzielle Nachteile entstehen jedoch, wenn Sie für 208 000 *M* die Fahrstraße bauen. Ich kann es nur als Vorteil ansehen, wenn Sie den Bau des Fußweges genehmigen.

Herr Sander: Ich stehe auch noch auf dem Standpunkte, den ich eingenommen habe, als wir seinerzeit den Fußweg genehmigen sollten. Ich halte die Anlage für so unvollkommen, daß ich nicht in der Lage bin, 20 000 *M* dafür zu bewilligen. Wenn der Magistrat eine von den beiden Straßen ausbauen würde, so würde er einmal Gelegenheit haben, die Grundsätze anzuwenden, die wir zur Erleichterung des Baues von Kleinwohnungen in der letzten Versammlung gewünscht haben. Lassen Sie sich nicht abschrecken durch die 208 000 *M*, die Straße wird nicht die Hälfte kosten, wenn Sie die zweite nach Norden zu gelegene Straße bauen lassen. Ich füge hinzu, daß ich die Anlagen für Gas und Wasser nicht zu den Straßenbaukosten rechne, denn sobald sich die Anlagen zu 5 Prozent verzinsen, bekommen wir die Kosten so wie so zurück. Ich habe soeben bei der städtischen Bauverwaltung Erkundigungen eingezogen, was der oberirdische Straßenausbau bei einer Breite von 14 m kosten würde, und es wurde mir geantwortet, daß für das laufende Meter zirka 90 *M* zu rechnen seien. Diese Straße ist 400 m lang, das würden also 36 000 *M* Baukosten sein. Für den Erwerb des Terrains können wir höchstens einen Preis von 8 *M* für das Quadratmeter zugrunde legen. Ich bin fest überzeugt, daß wir das Quadratmeter mit 6 *M* bekommen, wie auch das Vegeterrain mit 6 *M* angerechnet ist. Einer der Besitzer hat sein Terrain schon mit 6 *M* angeboten. Wenn ich nun noch annehme, daß die Elper Pfarre ihr Terrain mit 6 *M* abgeben wird — das wird sie sicher tun; wo es sich um den Bau von Kleinwohnungen handelt, wird sie nicht den höchsten Preis nehmen. (Heiterkeit.) Wenn Sie nun auch 8 *M* für das Quadratmeter der Berechnung zugrunde legen und wenn die Straße etwas nach links verschoben wird, so daß nur ein Stallgebäude wegzubrechen ist, so würde die ganze Straße vielleicht 105 000 *M* kosten. Diese Zahlen kann die städtische

Bauverwaltung nachprüfen. Ich kann nicht ausrechnen, wie 208 000 *M* herauskommen sollen.

Es ist eben von Herrn Bürgermeister angeführt, das Terrain an der Broikemerstraße wäre viel eher zum Bau von Kleinwohnungen geeignet. Dagegen muß ich sagen: In unmittelbarer Nähe der von mir vorgeschlagenen Straße liegt die große Mühlenbauanstalt, die zirka 3000 Arbeiter beschäftigt. Deshalb habe ich keinen Zweifel, daß an dieser Stelle der günstigste Platz für den Bau von Kleinwohnungen ist. Auch die Zuteppinnerei, wird mir eben zugeflüstert, ist in der Nähe; die vielen Arbeiter der Spinnerei werden sich freuen, gute Kleinwohnungen zu bekommen. Wenn nun die Stadt diese 20 100 *M*, die sie für den Bau des vollständig unvollkommenen Weges ausgeben will, auf die Kosten dieser Straße den eventuellen Bauunternehmern zugute rechnen wollte, so würden sich leicht Unternehmer finden, die diese Straße ausbauen, und die Stadt würde in einem oder in zwei Jahren die Straßenbaukosten wieder zurück-erstattet bekommen, so daß sie einen finanziellen Verlust durch diese Straße überhaupt nicht erlitte. Ich möchte noch einmal darum bitten, nicht das Unvollkommene zu schaffen, sondern hier einmal etwas ganz und wirklich Passendes. Herr Meyerhoff hat schon darauf hingewiesen, daß von dem „Weißen Roß“ an bis nach Olper hin keine Verbindungsstraße auf dem ganzen Terrain liegt. Da braucht man die Bedürfnisfrage nicht erst noch anzuschneiden; es ist selbstverständlich, daß ein so großes Terrain zwischen den Landstraßen aufgeschlossen werden muß.

Es spricht noch etwas für Anlage dieser Straße: In nächster Zeit soll die obere Cellerstraße ausgebaut werden. Ich weiß nicht, wie es möglich sein wird, den kolossalen Verkehr einzudämmen, ohne ihn zu beeinträchtigen. Es ist unmöglich, den Verkehr abzuleiten. Ich wohne auf der Cellerstraße und kann deshalb beurteilen, daß sie eine der frequentesten Heerstraßen ist, die wir haben. Die h a l b e Straße wird den Verkehr nicht durchlassen können. Wenn erst diese Verbindungsstraße ausgebaut würde, dann wäre Gelegenheit geschaffen, daß die vielen Fuhrwerke über die Roßstraße ihren Weg nähmen.

Aus allen diesen Gesichtspunkten, aber besonders aus dem, daß hier Gelegenheit zum Bau von Kleinwohnungen geschaffen ist, wo die Bauunternehmer auch wirklich billige Wohnungen herstellen können, möchte ich bitten, die Vorlage des Magistrats abzulehnen und den Magistrat heute zu ersuchen, eine Fahrstraße dort anzulegen.

Herr Bürgermeister M e y e r: Ich kann nach den Worten der beiden Herren Vorredner das Empfinden nicht unterdrücken, als ob die Bedürfnisfrage etwas verschoben werden solle. Der Magistrat hat sich von vornherein auf den

Standpunkt gestellt und nimmt ihn auch heute noch ein, daß er das Bedürfnis zur Schaffung eines Fußweges als vorliegend erachtet, und daß er das Bedürfnis zur Schaffung einer Fahrstraße bestreitet.

Daß erst eine neue Fahrstraße geschaffen werden müßte, ehe an den Ausbau der Cellerstraße herangegangen werden könne, kann ich nicht anerkennen. Die Cellerstraße bekommt eine Breite von 22 m, sie wird nicht gleich in voller Breite ausgebaut, sondern erst auf der einen Seite und dann auf der andern. Das haben wir immer so gehalten und wird sich auch hier durchführen lassen, ohne daß der öffentliche Verkehr beschränkt wird.

Sodann hat Herr Sander gesagt, das Projekt würde sich billiger gestalten, wenn nicht die erste, sondern die zweite Verbindungsstraße zwischen Celler- und Roßstraße hergestellt würde. Geschieht das, so wird dem Bedürfnis, das vorliegt, überhaupt nicht Rechnung getragen. Es dreht sich bei dieser Frage doch um einen Verbindungsweg möglichst nahe dem Verladungsplatze der Landeseseisenbahn, denn über den geht heutzutage der Verkehr. Wenn Sie dort jetzt eine Straße bauen, wo Herr Sander sie hinhaben will, dann kommt sie 80 m weiter nach Norden. Glauben Sie denn, daß die Fußgänger erst die 80 m auf der Roßstraße weiter hinausgehen werden und dann auf der Cellerstraße wieder zurück? Da benutzen sie doch auch später nach demselben unrechtmäßigen Weg, den sie heute begehen, und das ist der Zustand, den wir nicht dulden dürfen und dem abzuhelpfen wir bemüht sein müssen.

Es scheint nach den Ausführungen des Herrn Sander so, als ob hier eine große Nachfrage nach Bauplätzen für Kleinwohnungen vorhanden wäre. Nun, dann kommt vielleicht auch bald der Bauunternehmer; er wird bei uns Entgegenkommen finden. Daß man aber sagen soll: „Dies ist von Haus aus ein besonders geeignetes Gelände, das aufgeschlossen werden muß“, kann ich nicht anerkennen, wenn ich auch nicht bestreiten will, daß die Bauplätze alsbald ausgenutzt werden würden und die Stadt ihre Kosten zu einem Teil ersetzt erhalten würde.

Es liegt auch noch ein allgemeiner Grund vor, nicht auf diese Einrede der Herren Vorredner einzugehen. Dieses Gelände ist der Stadt vor wenigen Monaten erst einverleibt, und da sollen wir den uns bis dahin fremden Anliegern sofort das Terrain aufschließen? Da läge es uns näher, wenn überhaupt das Bedürfnis anerkannt ist, der alten Einwohnerschaft entgegenzukommen.

Herr F r i c k e: Auch ich stehe noch auf demselben Standpunkte wie im Februar und bin entgegengesetzter Meinung wie die Herren Meyerhoff und Sander, die der Ansicht sind, daß die 208 000 M schon jetzt angelegt werden müssen. Die Notwendigkeit, eine Verbindung zwischen Roß- und Cellerstraße herzustellen,

erkennen wir alle an, aber ich meine, der Nothwendigkeit wird auch zur Genüge entsprochen sein, wenn ein 3 m breiter Fußweg angelegt wird, und der ist notwendiger als die Fahrstraße aus dem Grunde, weil der Fußweg näher der Eisenbahn und der Fabrik von Amme, Giesecke & Konegen liegt. Wenn die Feierabendzeit kommt, können Sie sehen, wie viel Arbeiter an der nicht begehbaren Strecke an der Landeseisenbahn herunter ihren Weg nehmen. Das ist sehr gefährlich, namentlich wenn es dunkel ist. Nun schlägt der Magistrat vor, die Leute aus der Gefahr zu bringen, und die Herren, die den Bezirk vertreten, jagen jetzt, es wäre angenehmer, wenn man mit einem Frachtwagen durchfahren könnte. Ich meine, es genügt vollständig, wenn der Fußweg angelegt wird. Außerdem hat die Stadt die Verpflichtung, einen Fußweg dort anzulegen. (Widerspruch.) Gewiß hat die Stadt die Verpflichtung, die Arbeiter, die dort täglich verkehren, nicht in Gefahr zu bringen. Deshalb bitte ich, die Fahrstraße abzulehnen und den Fußweg anlegen zu lassen. Die Berechnung des Magistrats halte ich für vollständig richtig. Die Hauptsache aber ist, daß wir einen Verkehrsweg dort haben, und daß wir die Arbeiter und das Publikum vor Gefahr schützen.

Herr Leue: Ich bin für den Antrag der Baukommission. Wenn Herr Sander seine Ansicht damit begründet, daß das Gelände besonders für Kleinwohnungen geeignet sei, so muß ich mich dagegen wenden. Eine Straße, die so unmittelbar an der Bahn heruntergeführt wird, eignet sich besonders zu Geschäftshäusern, Kohlenhandlungen usw., die Bahnanschluß gebrauchen. Für Verwendung zu Kleinwohnungen halte ich diesen Platz durchaus nicht geeignet.

Herr Rieck: Ich bitte, mich nicht mißzuverstehen, wenn ich im Auftrage der Baukommission diese Vorlage vertrete. Die Sache liegt so: Es soll dem Bedürfnis genügt werden, und dies geschieht durch Schaffung des Fußweges. Es steht dem aber nichts im Wege, wenn auch der Fußweg fertig ist, wenn Anlieger oder Bauunternehmer kommen und den Ausbau der Fahrstraße fordern, dem nachzugeben. Hier wird erst einmal die Bedürfnisfrage erledigt. Anderwärts ist auch noch Terrain für den Bau von Kleinwohnungen, der so notwendig ist. Es gibt Plätze, wo noch billiger gebaut werden kann als hier. Wenn auch das Terrain wohl billig ist, so schlagen doch die 208 000 M. Straßenbaukosten so gewaltig zu Buche, daß es noch fraglich ist, ob man hier billige Wohnungen schaffen kann. Was mich noch dazu treibt, für die Vorlage zu sprechen, ist das Folgende: Wenn wir jeinerzeit die Vorlage vom 12. Februar angenommen hätten, dann wäre der Fußweg längst fertig. Hier finden sich bei den Akten verschiedene Bemerkungen: „Erinnerung an die Baubewertung 17. Juni, abermalige Erinne-

rung 21. Juli, nochmalige Erinnerung 25. August.“ Ich will der Bauverwaltung keinen Vorwurf damit machen, nur möchte ich daran erinnern, wie langweilig die Sache werden kann, wenn sie heute wieder verschoben wird. Ich bin nicht gegen die Förderung des Baues von Kleinwohnungen, sondern im Gegenteil sehr für Förderung der Sache. Aber wo die 208 000 *M* Straßenbaukosten den Unternehmern erst einmal aufgedrückt werden müssen und die Niederlegung eines Hauses noch hinzukommt, da bin ich doch der Meinung, daß die Sache zu kostspielig wird. Aus diesen Gründen bin ich für Annahme des Magistratsantrages.

Herr Sander: Die 208 000 *M* Straßenbaukosten, die hier angegeben werden, verwirren das ganze Bild. Ich habe schon ausgeführt, daß ich, trotzdem ich nicht Sachverständiger bin, behaupte, die zweite Straße ist für die Hälfte von 208 000 *M* auszubauen. Wenn Sie die von mir bezeichnete Straße bauen und die 20 000 *M* dem Bauunternehmer, der die Sache übernehmen würde, im Interesse des Baues von Kleinwohnungen zuschießen würden, dann kommt ein ganz anderes Bild heraus.

Herr Bürgermeister Meyer meinte, es wäre dort keine starke Nachfrage nach Bauplätzen. Das will ich nicht sagen. Wenn Terrain aufgeschloffen wird, dann wird auch die Nachfrage nach Bauplätzen für Kleinwohnungen eine rege sein, da so viele Arbeiter in den benachbarten Betrieben beschäftigt sind. Gegen die Ansicht des Herrn Bürgermeisters, daß man erst das Gelände, das schon immer der Stadt zugehört habe, zu solchen Bauzwecken aufschließen möge, kann ich nichts sagen. Ich habe nichts weniger im Sinne, als den Leuten, die das in unserm Bezirk liegende Terrain besitzen, Vorteile zu schaffen, sondern nur Rücksicht darauf genommen, daß hier billige Wohnungen gebaut werden können.

Wenn Herr Leue sagt, die Straße würde sich mehr für Geschäftshäuser eignen, so bemerke ich, daß die Straße, die ich ins Auge gefaßt habe, 80 bis 100 m von den Bahngleisen entfernt liegt. Deshalb werden sich dort niemals Speicher oder sonstige gewerbliche Etablissements ausbreiten können; es ist noch genügend Platz zwischen dieser Straße und den Gleisen, um das herzustellen zu können. Die Ausführungen der Herren Vorredner haben mich also keineswegs in meiner Ansicht erschüttert.

Herr Kleinnecht: Es scheint mir, als ob die Herren alle auf dem Standpunkte stehen geblieben sind, den sie im Februar eingenommen hatten. Auch ich muß sagen, daß ich noch auf demselben Standpunkte stehe. Ein Bedürfnis für den Fahrverkehr in der besprochenen Richtung ist schwer zu beweisen. Wenn aber diejenigen, die täglich in die Gegend kommen, das Bedürfnis aner-

kennen, so sollte man ihrem Urteile mehr trauen als dem derjenigen, die nur ausnahmsweise dorthin kommen. Herr Sander und ich kommen täglich in diese Straßen, und ich muß mit Herrn Sander das Bedürfnis anerkennen, nicht allein für mich, denn ich habe verschiedene Leute gesprochen, die eine Fahrstraße herbeiführen. Es läßt sich ja aber darüber streiten.

Wenn gesagt ist, daß wir den Leuten, die dort ihre Grundstücke haben, nicht eher entgegenzukommen brauchten als denen in anderer Gegend, so muß ich dem entgegenhalten, daß wir doch nicht den Unternehmern entgegenkommen, sondern allen den Leuten, die in der Nähe beschäftigt sind, damit sie sich Kleinwohnungen bauen können. Es ist schon angeführt, welche große Anzahl von industriellen Etablissements in der Nähe liegen. Wenn ich nur die Fabrik von Amme, Giesecke & Konegen anführe, die 3000 Personen beschäftigt, so ergibt sich, daß in der Gegend mehr Leute ihre Beschäftigung finden als in anderen Gegenden, und daß hier ein Bedürfnis für Kleinwohnungen vorhanden ist. Ich bin der Ansicht, daß es besser ist, die Fahrstraße auszubauen als den Fußweg anzulegen. Wenn wir das letztere tun, wird es noch eine lange Weile dauern, ehe es zum Ausbau der Fahrstraße kommt.

Vorsitzender: Es ist Schluß der Debatte beantragt; auf der Rednerliste stehen noch zwei Redner.

Herr Meyerhoff (zur Geschäftsordnung): Ich weiß nicht, von wem der Schluß der Debatte beantragt worden ist, aber ich meine doch, die Sache ist wirklich der Erörterung wert, als daß einem mit einem Male das Wort abgeschnitten werden soll. Wenn ich auch nicht viel Neues mehr zu der Sache beibringen kann, so habe ich doch ganz bestimmte Gründe, die mich bewegen, noch einmal um das Wort zu bitten.

Der Schluß der Debatte wird beschlossen und darauf der Antrag der Baukommission mit 17 von 27 Stimmen angenommen.

11. Terrainwerb an der Badhofstraße.

Herr Meyerhoff: Die Sattlermeister Karl und Ernst Weiß sind Besitzer der Häuser Nummer 7 und 8 in der Badhofstraße. Sie beabsichtigen, auf diesem Terrain einen Neubau zu errichten, und das neue Haus muß infolge der festgesetzten Baufluchtlinie um 2 m hinter die jetzige Fluchtlinie eingerückt werden. Die Herren haben darnach 20,1 und 13,3 qm Fläche an die Stadt abzutreten. In dem notariellen Vertrage ist den Herren ein Kaufpreis von 250 M für das

Quadratmeter zugebilligt. Der Preis möchte vielleicht einigen von Ihnen hoch erscheinen; es sind aber in der Gegend schon bedeutend höhere Preise gezahlt, so daß sich der Magistrat mit den Eigentümern schließlich auf diesen Preis geeinigt hat. Die Verkäufer des Terrains wünschen, den Platz, der vor ihren Häusern liegenbleiben würde, soweit er nicht über die Ecken der benachbarten Grundstücke vorspringt, bis dahin zu einem Schaufenstervorbau benutzen zu dürfen, bis die Bebauung auch eines der benachbarten Grundstücke in der durch den Ortsbauplan vorgeschriebenen neuen Fluchtlinie erfolgt. Man sieht das an dem analogen Falle auf dem Bohlwege. Dafür sollen die Nutznießer eine Anerkennungsgebühr von jährlich 1 *M* zahlen. Ich habe im Namen der Baukommission, die sich die Vorlage zu eigen gemacht hat, zu ersuchen, den festgelegten Betrag zu bewilligen, ferner den Herren zu gestatten, das freiverdende Terrain gegen diese Anerkennungsgebühr wieder zu benutzen. Der notarielle Vertrag liegt vor, es ist nichts dagegen einzuwenden.

Die Versammlung beschließt dem Antrage der Baukommission entsprechend.

12. Bewilligung eines Jahresbeitrages für den hiesigen Zweigverein des Allgemeinen deutschen Sprachvereins.

Herr J a s p e r: Der Allgemeine deutsche Sprachverein, dessen Bestrebungen allgemein bekannt sein werden, hat den Zweck, den echten Geist und das eigentümliche Wesen der deutschen Sprache zu pflegen, Liebe und Verständnis für die Muttersprache zu wecken, den Sinn für ihre Reinheit, Richtigkeit, Deutlichkeit und Schönheit zu beleben, demgemäß insbesondere ihre Reinigung von unnötigen fremden Bestandteilen zu fördern und auf diese Weise das deutsche Volksbewußtsein zu kräftigen. Bei Verfolgung dieser Vereinszwecke ist jedes Verfahren ausgeschlossen, das irgendwie mit staatlichen, kirchlichen oder gesellschaftlichen Parteibestrebungen zusammenhängt. Der Allgemeine deutsche Sprachverein ist in seiner Entstehung mit auf eine Anregung eines Braunschweigers, des Professors Hermann Riegel, zurückzuführen. Er unterhält auch eine Ortsgruppe hier in Braunschweig, die finanziell nicht gerade zum besten gestellt ist. Diese Ortsgruppe hat sich an den Magistrat mit dem Ersuchen gewandt, ihr einen größeren Jahresbeitrag zu gewähren und dadurch die Bestrebungen des Vereins zu fördern. Die Ziele des Vereins erschienen auch der Mehrheit der Finanzkommission durchaus anerkennenswert, auch aus dem Schoße der Versammlung ist schon bei verschiedenen Gelegenheiten Anregung in der Hinsicht gegeben, daß auch unsere städtischen Behörden die Ziele und Grundsätze des Sprachvereins durch die Tat fördern sollen, und aus dieser Erwägung heraus empfiehlt die Finanzkommission, dem Vorschlage des Magistrats beizutreten und

dem Sprachverein bis auf weiteres einen jährlichen Beitrag von 30 *M* zu gewähren.

Der Jahresbeitrag wird bewilligt.

13. Ausbau der Straße Nr. 535a.

Herr T o l l e: Die Straße 535 a ist die Verbindungsstraße zwischen Helmstedter- und Hochstraße. Die Herren haben bereits früher den Ausbau dieser Straße beschlossen, und zwar in einer Breite von 14 m. Seitens der Bauverwaltung liegt jetzt die Kostenberechnung für diese Straße vor. Auf die Fahrbahn entfallen 8 m, die beiderseitigen Fußwege werden 3 m breit werden. Die Fußwege sollen in einer Breite von 1,80 m mit Zementplatten belegt werden und daneben eine Befestigung aus Ziegelbrocken mit Grand hergestellt werden, für die Teerung vorgesehen ist. Ferner soll die Straße mit 10 schwachwüchsigen Laubbäumen bepflanzt werden. Die Bauverwaltung hat die Gesamtkosten auf 10 700 *M* ermittelt, und der Magistrat gibt anheim, diese Summe zu Lasten des Extraordinariums zu verwilligen. Die Bauverwaltung empfiehlt Ihnen, dem Antrage des Magistrats gemäß zu beschließen.

Die Kosten für den Ausbau der Straße werden bewilligt.

14. Anfrage F r i e d e, die militärischen Übungen auf dem vormaligen Französischen Felde und die Schießstände im Rußberge betreffend.

Die Anfrage lautet: „Was gedenkt der Magistrat zu tun, um zu verhindern, daß die militärischen Übungen und die dadurch stattfindenden Belästigungen auf dem Französischen Felde und dessen Umgebung aufhören?“

Was gedenkt ferner der Magistrat zu tun, daß die Schießstände aus dem Rußberge entfernt werden?“

Herr F r i e d e (zur Begründung): Ich nehme an und hoffe, daß die Herren wohl alle mit dieser Anfrage einverstanden sein werden. Wenn die Herren nach dem Prinz-Albrecht-Park kommen und sehen, in welcher Weise das Französische Feld, für dessen Benutzung wir Pacht bezahlen, von den Soldaten benutzt wird, dann werden Sie sich wundern. Ich habe Gelegenheit genommen, mir das verschiedentlich anzusehen und habe bemerkt, daß Störungen des Publikums dadurch stattfinden. Beispielsweise habe ich gesehen, daß morgens die Tambouren, ehe sie nach dem Rußberge gingen, wo sie ihren Höllenspektakel den ganzen Tag zur Freude der sämtlichen Anwohner machen, durch das Französische Feld manövierten und mit Hurrarufen und vollem Sang und Klang in den Rußberg einmarschierten. Der geniale Schöpfer des Prinz-Albrecht-Parks hat sicher in

der Absicht gehabt, daß in dem schönen Parke die Einwohner Braunschweigs, namentlich ältere Leute und Konvalleszenten zu ihrer Erholung und Kräftigung sich ergehen sollen. Diese aber werden gestört durch das Treiben, das durch die Soldaten vorgenommen wird. Es werden Scheiben aufgestellt, und die Leute erhalten Zielunterricht. Solche Sachen gehören nicht hierher. Dazu haben die Soldaten ihren schönen, großen Exerzierplatz. Sie haben selbst an dem Eingange ihres Platzes ein Schild angebracht, durch das dem Publikum der Zutritt zum Exerzierplatze verboten wird. Unser Magistrat hat auf dem Franzischen Felde ebenfalls ein Schild angebracht und verbietet den Zutritt, wenigstens vorläufig. Es sind eine Menge Leute, die sich selbst einen Weg über das Feld gebahnt haben, polizeilich zur Anzeige gebracht und haben Strafmandate bekommen, aber die Soldaten üben trotzdem dort, und ihnen werden keine Strafmandate zugeschiekt. Das sind ganz unhaltbare Zustände geworden. Gestern abend haben sie gewiß auch in den „Neuesten Nachrichten“ gelesen, daß sich Herr Notar Dähne schwer darüber beklagt; mir sind vom Publikum schon Hunderte von Beschwerden zugetragen mit der Aufforderung, daß Abhilfe geschaffen werde. Darum erlaube ich mir, heute hier die Anfrage zu stellen.

Durch meine zweite Anfrage möchte ich den Magistrat bitten, ob er uns keine Auskunft darüber geben kann, inwieweit die Verhandlungen gediehen sind, die eine Entfernung der Schießstände aus dem Rußberge bezwecken. Das Schießen im Rußberge ist für die Umgegend geradezu gefährlich. Daß bei unsern heutigen weittragenden Gewehren noch kein größeres Unglück durch das Schießen vorgekommen ist, muß als ein Wunder bezeichnet werden. Die Schießstände im Rußberge werden zwar abgesperrt, aber wie leicht ist es möglich, daß ein Gewehr beim Abfeuern zur Seite geht und bei dem starken Verkehr im Rußberge ein Unglück geschieht. Es steht einzig in Deutschland da, daß die militärischen Schießplätze so dicht bei der Stadt sich befinden wie hier. Ich wollte noch nichts davon sagen, daß hier die Schießplätze eingerichtet sind, wenn die Soldaten keine andere Stätte dafür hätten; aber sie haben ja die schöne Buchhorst, wo sie sämtliche Distanzen schießen können. Warum wird dort nicht hingegangen? Die Benutzung der Schießplätze im Rußberge beruht vielleicht auf einer gewissen Bequemlichkeit der unteren Militärinstanzen; der Regimentskommandeur ist vielleicht nicht einmal daran schuld. Es ist eine allgemein anerkannte Tatsache, daß das Schießen im Rußberge zu Unzuträglichkeiten führt und daß die Schießstände dort abgeschafft werden müssen. Wir haben alle Ursache, mit allen Mitteln dafür zu sorgen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e n e r: Was die erste Anfrage betrifft, so kann ich nur meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß Herr Fricke, dem

von Hunderten von Personen solche Anzeigen gemacht sind, uns nicht davon Mitteilung gemacht hat. Ich habe die Überzeugung, wenn Herr Fricke nur eine derartige Anzeige an den Magistrat gerichtet hätte, so würde dieser sofort an den Regimentskommandeur geschrieben haben, um unsere Rechte zu wahren. Auf jede Mitteilung in der Presse sofort zu reagieren und sich womöglich einen Refus zu holen, ist bisher nicht unsere Gepflogenheit gewesen, denn manches steht in der Tagespresse, was hinterher widerrufen werden muß. Nachdem aber heute Herr Fricke diese positiven Behauptungen vorgebracht hat, an deren Richtigkeit nicht zu zweifeln ist, bin ich fest überzeugt, daß der Magistrat sofort Veranlassung nehmen wird, an den Regimentskommandeur ein entsprechendes Schreiben zu richten, und ich hoffe, daß die Sache damit aus der Welt geschafft ist.

Das Verbot der Benutzung des Franzischen Feldes ist lediglich veranlaßt durch den Umstand, daß die eben hergestellte Grasnarbe nicht gedeihen kann, wenn der Platz dem Verkehr freigegeben wird. Wir haben mit der Freigabe so lange warten müssen, weil der Sommer für den Graswuchs ein zu trockenes Wetter gebracht hat, sonst hätten wir den Platz schon freigegeben.

Die zweite Frage des Herrn Fricke, die Schießstände im Nußberge betreffend, ist leichter gestellt als beantwortet. Herr Fricke kann sich einmal ansehen, was über die Schießplätze schon zusammengeschrieben worden ist; es ist ein dickes Altknast geworden. Der Magistrat ist dazu gekommen, sich zu dieser Frage zu äußern, weil mit uns Verhandlungen wegen Zulegung des Prinz-Albrecht-Parkes zum Stadtgebiet eingeleitet worden sind. Dabei hat der Magistrat den Standpunkt eingenommen, daß er seinerseits zu Opfern bereit wäre, wenn bei der Übernahme des Parkes durch die Stadt zugleich die Schießstände aus dem Nußberge entfernt würden. Der Nußberg würde sozusagen erst der Abschluß dieser reizvollen Anlage sein. Er kann durchaus schön instand gesetzt werden und insbesondere müßte eine Verbesserung der Verhältnisse bei der dortigen Restauration eintreten. Sie liegt in einem Kessel, wo eine ordnungsmäßige Entwässerung nicht möglich ist. In solcher Stelle ist ein stark frequentiertes Restaurant überhaupt unzulässig. Es können Unzuverlässigkeiten nach allen Richtungen daraus entstehen. Wir haben bei den Verhandlungen darauf hingewiesen, daß auch die Stadtverordneten bereit sein würden, Opfer zu bringen, wenn es gelingen sollte, die Schießstände aus dem Nußberge zu entfernen. Wenn letzteres aber nicht der Fall sein würde, so müßten wir auch die Geneigtheit der Stadtverordneten bezweifeln. Es haben dann noch weitere Verhandlungen stattgefunden, über die Auskunft zu geben ich jedoch nicht in der Lage bin.

15. Antrag Friede wegen des Fahrweges auf einem Teile der Vertramstraße.

Der Antrag lautet: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Fahrweg auf der Vertramstraße von der Leonhardstraße bis Helmstedterstraße mit Nechaussierung zu versehen.“

Herr Friede (zur Begründung): Es ist Ihnen wohl erinnerlich, daß wir im vergangenen Jahre einen Teil der Vertramstraße neu instand gesetzt haben. Die Besserung des Fahrweges auf dem genannten Teile der Straße wurde auch schon damals als notwendig anerkannt, hat sich aber dadurch verzögert, weil das Cauffesche Haus so weit in die Fußsteige hineinragt und der Ankauf dieses Hauses notwendig gewesen wäre, um die Straße instand zu setzen. Das würde aber im Verhältnis zu dem Verkehr der Straße zu viel Kosten verursacht haben und wurde infolgedessen abgelehnt. Inzwischen ist der Fahrweg von der Leonhardstraße bis zur Helmstedterstraße in so schlechten Zustand gekommen, daß es notwendig ist, die Befestigung zu erneuern. Die Fußwege sind ja in Ordnung gebracht, aber auf dem Fahrwege sammeln sich bei Regenwetter große Pfützen, so daß die Straße schwer zu passieren ist. Das hat mich veranlaßt, einem Wunsche der Anwohner zu entsprechen und den Antrag zu stellen, daß die Chausseierung des Fahrweges neu hergestellt wird. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

Der Antrag wird genügend unterstützt und vom Herrn Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

16. Antrag Stegmann wegen der Desinfektionsgebührenordnung.

Der Antrag lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Desinfektionsgebührenordnung dahin zu ändern, daß die Desinfektion für alle Einwohner mit einem Einkommen bis 1500 *M* frei, und mit einem Einkommen bis 2000 *M* auf Antrag frei gewährt wird.“

Vorsitzender: Die Begründung ist schon vorhin von Herrn Stegmann bei den Verhandlungen gegeben. Ich stelle die Unterstützungsfrage. — Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich überweise ihn der Statutenkommission zur Vorberatung und schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7¼ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 7. Dezember 1911.

Tagesordnung:

1. Antrag eines Einwohners auf Instandsetzung des Weges von der Eisenbühlertstraße über die hölzerne Brücke in den Bürgerpark Seite 560
2. Beschaffung eines Raumes für die Akkumulatoren im Dachgeschoße des Feuerlöschgebäudes " 569
3. Erhöhung der Vergütungen für die Nachtwächter " 569
4. Antrag des Stadtverordneten Fricke auf Instandsetzung der Vertramstraße zwischen Helmstedter- und Leonhardstraße " 570
5. Verwilligung von Mitteln für die Vertretung des Schuldirektors der städtischen Bürgerschulen " 574
6. Aufstellung eines Apparats im Gaswerke an der Taubenstraße " 582
7. Verwertung des früheren Brunonia-Grundstücks " 583
8. Änderung der Wasserleitungsanlage auf dem Brunonia-Grundstücke " 584
9. Verlegung des Gashauptrohrs in der Hermannstraße und Aufstellung von drei Laternen daselbst " 584
10. Einsprache gegen das Projekt, den Ausbau der Straßen 508/509 betr. " 585
11. Verwilligung einer Beihilfe aus der Fiedel-Stiftung für die Volkshalle " 586
12. Beschaffung neuer Unterrichtsräume für die städtische Mädchenschule (Mädchen-Mittelschule) " 588
13. Gewährung eines Beitrages an den Verband deutscher Architekten und Ingenieure zur Herausgabe eines Werkes " 589
14. Ankauf von Ackerflächen am Domesee " 590
15. Ausbau der Schillerstraße zwischen Korfes- und Raabestraße " 590
16. Wahl von Mitgliedern der Schulvorstände der städtischen Oberreal- und Realschule, der städtischen höheren Mädchenschule und der städtischen Mädchenschule " 591

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Metemeyer, Bürgermeister Meyer, Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Munte und Wejemeier; Herr Meyerhoff erscheint später.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß eine Eingabe vom Vorstande der Vereinigung geprüfter Heilgehilfen und Masseure Braunschweigs eingegangen ist. Sie betrifft die Beschäftigung der Mitglieder dieses Vereins durch die hiesigen Ortskrankenkassen. Der Vorsitzende überweist die Eingabe der Statutenkommission zur Vorberatung.

1. Antrag eines Einwohners auf Instandsetzung des Weges von der Eisenbüttelerstraße über die hölzerne Brücke in den Bürgerpark.

Herr Wolters: Es handelt sich um die Instandsetzung des Verbindungsweges vom Bürgerparke nach der Eisenbüttelerstraße hin. Dieser Weg schließt unmittelbar an die hölzerne Brücke an, die vor mehreren Jahren von der städtischen Badeanstalt her an diese Stelle verlegt wurde. Die Bedingungen, unter denen die Verlegung der Brücke geschehen ist, waren folgende: Die Brücke verbleibt im Eigentum der Stadt und wird dem uneingeschränkten Fußgängerverkehr übergeben. Die Kosten der Verlegung der Brücke tragen die Antragsteller, das waren die Anlieger des Eisenbütteler Weges. Die Kosten sind vor Ausführung der Arbeiten hinterlegt und haben 3000 M betragen. Der an diese Brücke schließende Weg ist insgesamt 300 m lang. Der größere Teil des Weges ist Privatweg, der kleinere, nach Westen zu gelegene, ist Interessententweg. Der Weg befindet sich also im Eigentum der Anlieger. Es sind dies der Zimmermeister Munte und einige andere Herren. Die Grundstücke an dem Privatwege sind verpachtet und werden meist als Schrebergärten ausgenutzt. Schon in früherer Zeit wurde von Anwohnern der Eisenbüttelerstraße und anderen Benutzern dieses Weges, also nicht von den Anliegern dieses Weges, die Bitte ausgesprochen, man möchte ihn besser instand setzen, da er besonders im Winter fast vollständig unpassierbar sei. Diese an den Magistrat gerichteten Eingaben sind von ihm abgelehnt, es ist aber doch ein gewisses Entgegenkommen insofern gezeigt, als der Magistrat durch seine Antwort vom 15. Juli 1909 sich bereit erklärt hat, den Weg durch die städtische Bauverwaltung, aber auf Kosten der Antragsteller, instand setzen zu lassen. Es waren damals schon drei Möglichkeiten erwähnt, wie der Weg instand gesetzt werden könnte, 1. durch Neuauffrierung, wodurch etwa 720 M Kosten erwachsen würden, 2. durch Verwendung von altem

Schottermaterial, wobei ca. 480 *M* Kosten entstehen würden, und 3. durch einfaches Auftragen von Bockasche, womit nur etwa 360 *M* Kosten verbunden sein würden. Auf diese Antwort des Magistrats ist von den Antragstellern weiter nichts erfolgt, die Sache hat also einige Zeit geruht. Nunmehr haben durch eine Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung vom 10. vor. Monats eine große Anzahl Herren den alten Antrag wieder aufgenommen. Es sind das insbesondere die Beamten und Arbeiter der Firma Baeje & Meyer, Leerproduktfabrik, der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt, der Dampfkessel- und Gasometerfabrik, vormals Wilke & Co., der Firma Verloff & Co., Grebe und Kunze, Karges & Hammer und der Mühlenbauanstalt G. Luther. Es wird auch in dieser Eingabe wieder darauf hingewiesen, daß die beiden in Frage kommenden Wege oder der ganze Weg von 300 m Länge bei Regen und Laubwetter zeitweise nicht zu begehen sei. Er werde täglich von Hunderten von Personen benutzt, und es wird als dringendes Bedürfnis bezeichnet, diesen Weg instand zu setzen. Abgesehen von dieser Eingabe sind noch eine Anzahl weiterer Eingaben dieser Firmen besonders eingereicht, die im großen und ganzen dieselbe Begründung haben. Es wird von seiten der Direktionen der Fabriken daselbe bestätigt, was in der ersten Eingabe von einem Herrn als Wortführer aller Interessenten schon ausgeführt ist.

In der Finanzkommission hat sich bei Behandlung dieser Anträge die Mehrheit auf den Standpunkt gestellt, daß der Antrag abzulehnen sei, eine Minderheit in der Kommission dagegen hat die angeführten Gründe anerkannt. Die Mehrheit glaubt diesem Antrage aus folgenden Gründen nicht stattgeben zu können: Zunächst sei zu befürchten, daß dieser Weg, da er ein Privatweg ist, also auf ihm nicht eine Wegegerechtigkeit ruht, jederzeit, auch nach einer etwaigen Instandsetzung, wieder gesperrt werden könnte. Es würden demnach Mittel aufgewandt werden, die unter Umständen direkt weggeworfen wären. Ferner wurde von der Mehrheit darauf hingewiesen, daß es inkonsequent sein würde, in diesem Falle Kosten für einen Privatweg auszugeben, während in vielen anderen Fällen ein solcher Antrag abgelehnt sei. Im besonderen wurde darauf hingewiesen, daß dieser Weg, wie er augenblicklich existiert, keineswegs mit Sicherheit in seiner Lage bleiben würde, wenn etwa nach Vollendung des Bahnhofsumbaus eine Verbindung zwischen der Elmstraße und dem Bahnhofsgelände geschaffen werden würde, vielmehr würde er jedenfalls verlegt werden müssen.

Die Minderheit der Kommission war der Meinung, daß wegen der Sperrung des Weges eine Befürchtung kaum zutreffen könnte, weil doch die Anlieger, von denen die Sperrung ausgehen könnte, an dasselbe Interesse geknüpft sind, wie die Antragsteller. Die bessere Zugänglichkeit ihrer Grundstücke durch den Weg

ermögliche ihnen eine bessere Verwertung ihres eigenen Grund und Bodens. Auch der an zweiter Stelle gegen den Antrag aufgeführte Punkt wäre nicht zu treffend, da hier nur ein außerordentlich kleiner Betrag in Frage kommen könnte, der nötigenfalls wegen des allgemeinen Interesses wohl geopfert werden könnte. Schließlich meinte die Minderheit, auch die Bahnhofssfrage nicht von Bedeutung sein zu lassen, weil nur ein kleiner Betrag in Frage komme. Ich möchte noch besonders darauf hinweisen, daß die eigentlichen Antragsteller kein eigennütziges pekuniäres Interesse verfolgen, sondern mit dem Interesse, das für sie vorliegt, ein öffentliches Interesse für die ganze Bürgerschaft verbunden ist. Trotzdem war die Mehrheit der Finanzkommission der Ansicht, man sollte dem Antrage nicht stattgeben; ich habe daher namens der Finanzkommission zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Herr F r i e: Ich stehe auf dem Standpunkte der Minderheit der Finanzkommission. Wenn ein Betrag von vielleicht 20 000 *M* in Frage käme bei einem Wege, der uns nicht gehört, so ließe sich damit allerdings eine Ablehnung motivieren. Ich habe mir die Verhältnisse des Weges angesehen. Der Weg bringt für die vielen Beamten und Arbeiter der angeführten Fabriken wirklich großen Nutzen, indem ihr Weg dadurch bedeutend kürzer wird, als wenn sie über die Eisenbütteler Chaussee gehen müssen. So, wie der Weg jetzt ist, ist er bei schlechtem Wetter nicht passierbar. Ich meine, wir geben so viele tausend Mark für andere Sachen aus, daß wir uns bei diesen paar hundert Mark nicht weigern sollten. Wir brauchen ja nicht die Höchstsumme für Instandsetzung des Weges zu bewilligen, sondern ihn nur durch Vorkasse wenigstens so instand setzen zu lassen, daß er passierbar ist. Hinzu kommt noch, daß die Brücke uns gehört und wir so gewissermaßen eine moralische Verpflichtung haben, für den Weg zu sorgen. Ich bitte, sich dem Antrage der Minderheit anzuschließen und die Genehmigung auszusprechen, daß die geringste der angeführten Summen für Instandsetzung des Weges aufgewandt werden soll.

Herr F r ü h l i n g: Die Gründe, die die Mehrheit der Kommission bestimmt haben, die Instandsetzung des Weges abzulehnen, sind prinzipieller Natur und wohl nicht angreifbar. Wenn man aber bedenkt, daß es sich um 360 *M* handelt, so braucht man sich nicht lediglich auf den prinzipiellen Standpunkt zu stellen und kann auch einmal Nützlichkeits- und Zweckmäßigkeitsgründe maßgebend sein lassen. Es ist richtig: Der Weg ist ein Interessentenweg, und wir würden die 360 *M* nicht auf eigenen Grund und Boden verwenden, sondern auf fremden. Es wird sich aber wohl, wenn man das tut, eine Weise finden lassen, wodurch man die Interessenten verpflichtet, den Weg nicht zu schließen,

wenigstens auf die bestimmte Zeit nicht, wo die Befestigung des Weges ausreicht. Jedenfalls erscheint es mir angebracht, da hier nachgewiesen und von keiner Seite bestritten ist, daß ein Bedürfnis vorliegt, den Weg über Eisenbüttel abzukürzen, daß wir diesem Bedürfnis entsprechen und die Uebelstände beseitigen. Ich möchte vorschlagen, dem Magistrate zu empfehlen, 360 *M* für die Instandsetzung dieses Weges zu bewilligen.

Vorsitzender: Sie wünschen die Bewilligung an die Bedingung geknüpft, daß der Weg für bestimmte Zeit erhalten bleibt.

Herr Fröhling: Ich bitte um die Bewilligung auch ohne diese Bedingung. Das Nähere können wir dem Magistrate überlassen. Wir wissen ja noch nicht, wie sich die Verhältnisse in der Zukunft dort gestalten werden. Jedenfalls können wir dem Magistrate überlassen, einen Ausweg zu finden, daß diese 360 *M* nicht zwecklos verwandt werden.

Herr Pusch: Auch ich bin von verschiedenen Seiten angegangen, dafür einzutreten, daß dieser Weg passierbar gemacht wird, und in Rücksicht auf die Verhältnisse wird sich, wie ich glaube, die Versammlung der Minderheit der Kommission anschließen können. Ich gehe noch einen Schritt weiter als die Minderheit. Wenn wir den Weg instand setzen, so müssen wir meiner Ansicht nach auch für die Beleuchtung etwas tun. Am Abend kann man auf der Brücke leicht zu Fall kommen, so daß es häufig lebensgefährlich ist, sie zu begehen. Ich möchte bitten, wenn es möglich ist, eine Laterne auf der Brücke aufzustellen, und wenn es keine Gaslaterne sein kann, wenigstens durch eine Petroleumlampe für Beleuchtung zu sorgen. Ich glaube, daß das keine große Ausgabe sein wird. Ich beantrage, eine solche Beleuchtung bei Bewilligung des Postens mit in Ansatz zu bringen.

Herr Bunge: Ich erinnere mich, daß schon vor 6—7 Jahren die dortigen Anwohner den Wunsch hatten, den Weg instand gesetzt zu sehen, ihre Anträge sind aber stets unberücksichtigt geblieben. Heute, wo der Bürgerpark in gewisser Weise ausgestaltet ist, hat die Sache noch ein anderes Ansehen, denn wir müssen nicht nur Rücksicht nehmen auf die Anwohner, sondern auch auf diejenigen, die den Bürgerpark besuchen. Wer gesehen hat, wie schon so manches Jahr lang der Weg in einem solchen Zustande gewesen ist, daß man kaum durchkommen konnte, wird sich der Ansicht der Minderheit der Kommission anschließen und den Wünschen der Antragsteller stattgeben. Wenn man aber einmal den Weg in Ordnung bringen will, so möchte ich gern, daß etwas Ordentliches geschieht

und nicht nur Bodasche auf den Weg geschüttet wird, an dem sich die Leute die Schuhsohlen entzweitreten. Ich bin dafür, daß ein besserer Weg zurechtgemacht wird, und halte es auch, wie Herr Busch, für angebracht, daß dort für Beleuchtung gesorgt wird, und zwar nicht durch eine dunkle Öllaterne, sondern durch eine elektrische Anlage. Das würde auch in unseren Bürgerpark besser passen. Ich möchte bitten, sich dem Antrage der Anwohner anzuschließen und den kleinen Betrag aufzuwenden.

Vorjigender: Der Antrag auf Beleuchtung ist dahin ausgedehnt, statt der Petroleumbeleuchtung eine elektrische Beleuchtung anzulegen.

Herr Stegmann verzichtet auf das Wort.

Herr Löhnefink: Es scheint schon ausreichende Aussicht vorhanden zu sein, daß der Antrag der Kommission fällt, und ich freue mich darüber. Wäre ich bei der Beratung des Gegenstandes in der Kommission zugegen gewesen, so würde ich mich auf den Standpunkt der Minderheit gestellt haben, vielleicht wäre dadurch die Abstimmung anders ausgefallen. Was die Sache selbst anbelangt, so meine ich, daß wir in Ansehung des geringfügigen Betrages und des allgemeinen Interesses diesem Wunsche Folge geben sollten und den Weg in der angegebenen Weise verbessern lassen.

Herr Loeschigk: Herr Bunge geht meiner Ansicht nach zu weit. Ich gehöre zu der Majorität der Finanzkommission, und unsere Gründe sind sachlicher Art gewesen. Wir sollen Geld verwenden an einen Weg, der uns gar nicht gehört; selbst die Besitzer des Weges haben sich nicht einmal an uns gewandt. Es handelt sich einfach um einen durch zufällige Benutzung ausgetretenen Weg, und der soll nun auf Kosten der Stadt instand gesetzt werden. Da haben wir an anderer Stelle noch einzugreifen. Sehen Sie sich die Verbindungsstraße zwischen Kastanienallee und Landstraße an, die schon 10 Jahre ungeordnet liegt und für die eine Instandsetzung schon oft hier beantragt ist. Wenn alle diese Sachen auf solche Weise erledigt werden sollen auf Straßen, wo wir nicht Herr im Hause sind, wohin würden wir dann kommen? Ich erkenne die Gründe für Instandsetzung und auch für die Beleuchtung an, aber wo wir etwas schaffen sollen, müssen wir auch Rechte haben. Anders ist es, wenn eine neue Straße ausgebaut und mit Wasser und Gas versorgt wird, dann haben wir eine Straße, über die wir Herr sind. Aber das Bedürfnis anzuerkennen, einen Weg auszubauen, der uns nicht gehört, das ist, solange ich der Stadtverordneten-Versammlung angehöre, noch nicht vorgekommen.

Herr Sander: Auch hier hat es sich gezeigt: Der Appetit kommt mit dem Essen. Der eine der Herren Vorredner wünscht zu der Instandsetzung noch eine Beleuchtung mit Petroleum, der andere elektrisches Licht und der dritte womöglich eine ausgebauten Straße. Ich bin der Ansicht, daß wir hier einen Weg beschreiten wollen, den wir bisher noch nicht beschritten haben: wir sollen auf fremden Grundstücken eine Straße herrichten. Ich will die Bedürfnisfrage nicht bestreiten, aber wenn die Fabriken, die hier genannt sind, ein so großes Interesse an der Instandsetzung haben und wir uns mit einer Bodaschelage begnügen wollen, warum fahren dann diese Fabriken nicht einfach ihre Bodasche dorthin und schaffen dadurch einen gangbaren Weg für ihre Arbeiter und Beamten? Daß die Stadt dazu da ist, diesen Weg derart herzustellen, wie gewünscht wird, kann ich nicht anerkennen. Wenn das Objekt auch ein kleines ist, so muß ich aus prinzipiellen Gründen dagegen sprechen.

Herr Probst: Ich stehe auch auf dem Standpunkte der Minderheit, möchte aber den Antrag des Herrn Fricke dahin erweitern, nicht gerade die geringste Summe zu bewilligen, denn ich denke mir, daß dann der Weg recht wenig gut wird. Wenn uns auch von Herrn Sander vorgeworfen wird, der Appetit komme mit dem Essen, so kann ich mich doch nicht dazu entschließen, gerade das Allerjchlechteste herauszugreifen. Ich möchte beantragen, es dem Magistrate zu überlassen, ob er 360 oder 480 // für die Besserung des Weges aufwenden will.

Herr Stegmann: Herr Voetschigk sagt: Die Besitzer haben sich nicht an uns gewandt, folglich haben wir keine Veranlassung, von unserm Prinzip abzugehen und einen derartigen Weg instand zu setzen. Ich meine, dieser Umstand spricht doch gerade für Instandsetzung des Weges. Weil die Besitzer sich nicht an uns gewandt haben, so liegt das Interesse nicht bei ihnen, sondern es liegt ein allgemeines, öffentliches Interesse vor. Ich bin auch der Meinung des Herrn Probst, daß wir nicht bei der geringsten Summe stehen bleiben, und stelle den Antrag, die zweite Summe zu nehmen. Eine Befestigung mit Bodasche ist im Winter wenig haltbar, wenn bei Laubwetter Wagen auf solchen Wegen fahren, sind stets Sümpfe vorhanden. Auf diese paar Mark kann es nicht ankommen. Richtig ist ja, daß die Fabriken etwas tun könnten, aber wir können sie nicht dazu zwingen. Da nun der tägliche Verkehr es verlangt, so muß die Stadt eingreifen.

Herr Leue: Ich gehöre zur Mehrheit der Kommission. Es sind nicht Bedenken gewesen über die Höhe des Betrages, der hier bewilligt werden soll,

sondern prinzipielle Bedenken haben uns bestimmt. Es wurde in der Kommission das Beispiel angeführt, daß zwei Straßen durch einen Privatweg verbunden werden, oder daß sich Passanten über fremdes Eigentum einen Weg treten. Dann kann doch nicht an die Stadt das Verlangen gestellt werden, den Weg ordnungsmäßig herzurichten! Es wurde ferner in der Kommission hervorgehoben, daß mit dem Augenblicke, wo der Weg hergestellt ist, der Preis der anliegenden Grundstücke wächst und wir sie vielleicht später zu einem teureren Preise als sonst erwerben müssen. Ich habe in der Kommission schon gesagt, ich würde mich zu der Bewilligung einer solchen Summe bereit erklären, wenn uns irgendwelche Garantien gegeben würden, daß der Weg nicht in kurzer Zeit gesperrt wird. Die Situation der Stadt ist keine schöne, wenn sie heute einen Weg fix und fertig herstellt, und übermorgen sagt der Eigentümer: „Hier hat kein Mensch zu gehen!“ Das wäre geradezu ein Artikel für ein illustriertes Witzblatt. Ich bin grundsätzlich dagegen, auf Privatgrundstücken auf Kosten der Steuerzahler einen Weg anzulegen. Sollten Sie aber doch dazu kommen, die Instandsetzung zu genehmigen, dann bewilligen Sie doch lieber die größere Summe.

Herr Wolters: Es ist das Recht des Berichtstatters, auch seiner eigenen Ansicht Ausdruck zu geben. Ich freue mich, daß die Mehrzahl der Redner die Ansicht der Minorität unterstützt, denn ich halte es für richtig, in diesem Falle eine Ausnahme zu machen. Dem Herrn Vorredner möchte ich auf seine Bedenken erwidern: Er fürchtet, daß nach der Herstellung des Weges der Preis der Grundstücke gesteigert werde. Eine Wegegerechtigkeit ist nicht vorhanden, aber eine gewisse Belastung liegt auch schon augenblicklich vor. Wie dadurch eine Preissteigerung verursacht werden könnte, vermag ich nicht zu erkennen. Nur in dem Falle wäre möglich, daß eine Wertsteigerung der Grundstücke eintreten könnte, wenn feststände, daß die Verlängerung der Elmstraße gerade diesen Weg nehmen würde. Das Tiefbauamt hat sich wiederholt darüber ausgesprochen, daß dies keineswegs feststehe. Eine Garantie gegen die Schließung des Weges von den Anliegern zu verlangen, wird nicht nötig sein, weil mit einer solchen Maßnahme die Anlieger sich in ihr eigenes Fleisch schneiden würden. Da die Mehrzahl ihre Grundstücke zu Schrebergärten verpachtet haben, so würden sie keineswegs eine so gute Ausnutzung des eigenen Geländes haben, wenn sie die Passage sperrten. Ich glaube auch, daß in diesem Falle der Magistrat einmal eine Ausnahme von dem bisherigen Verfahren machen kann. Wenn ich auch nicht dem Grundsatz folgen will: Wer schweigt, stimmt zu, so glaube ich doch, daß die Stellung des Magistrats in dieser Frage nicht so sehr hartherzig sein wird. Ich habe die Verammlung davor bewahrt, die vielen Schriftstücke vorzu-

lesen, aber es geht daraus hervor, daß kein eigennütziges Interesse vorliegt, sondern wirklich ein Bedürfnis für die Öffentlichkeit.

Vorjickender: Ich muß von mir sagen, daß ich zu der Majorität gehört habe. Ich halte es nicht für richtig, in einem privaten Grundstücke, das nur gekauft ist, um Gewinn damit zu erzielen, öffentliche Gelder anzulegen.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Magistrat hat allerdings schon während der Kommissionsberatung Gelegenheit gehabt, sich zu der Angelegenheit zu äußern, und hat dabei auch seine ältere Stellungnahme motiviert. Die Ansichten des Magistrats sind von der Majorität der Finanzkommission auch akzeptiert, und ich glaube kaum, daß hinreichend Veranlassung für den Magistrat vorliegt, seine Stellung jetzt zu ändern. Es ist unzweifelhaft nicht unbedenklich, wenn wir auf privaten Grundstücken städtischerseits Arbeiten ausführen lassen und Mittel verausgaben, bei deren Anwendung nicht ein Erfolg gesichert ist. Nach meinen Beobachtungen ist es auch nicht die längere, nach der Brücke zu gelegene Strecke des Weges, die der Besserung bedarf, sondern der nach der andern Seite, nach Eisenbüttel zu liegende Teil des Weges. Diese Strecke ist von einem offenen Graben begleitet und ist um deswillen nicht in gutem Zustande, weil sie von Wagen befahren wird. Es liegt hier ein Grundstück, in dem sich ein Gewerbebetrieb (ich glaube, eine Kohlenhandlung) befindet. Man müßte deshalb, um den Klagen zu begegnen, diesen Fahrweg instand setzen. Auf die prinzipiellen Bedenken ist schon hingewiesen, so daß es genügen wird, wenn ich unterstreiche, was darüber hier schon gesagt ist. Ich glaube auch, daß es noch um deswillen bedenklich ist, den Weg instand setzen zu lassen, weil es keineswegs feststeht, daß dieser Weg einmal als Sträßenzug in den Ortsbauplan aufgenommen wird. Nach der Gestaltung, die für den Staatsbahnhof als wahrscheinlich angenommen werden muß, wird der Verbindungsweg mehr nach der Stadt zu gelegen eingerichtet werden müssen, ob in größerer oder geringerer Entfernung von dieser Brücke, ist allerdings heute noch nicht zu sagen. Insofern ist es vielleicht weggeworfenes Geld, wenn heute größere Mittel für die Instandsetzung aufgewendet werden. Ich glaube kaum, daß der Magistrat das Entgegenkommen zeigen wird, das scheinbar die Majorität der Stadtverordnetenversammlung wünscht.

Vorjickender: Unsere Abstimmung würde in sehr viele Teile zerfallen. Ich erlaube mir zu skizzieren: Wenn den Wünschen der Minorität der Finanzkommission Rechnung getragen wird, so würde der Antrag so lauten: Den Magistrat zu ersuchen, dem Antrage der Petenten stattzugeben mit Aufwendung ent-

weder von etwa 360 *M* oder etwa 480 *M*, dabei eine Beleuchtung des Weges und der Brücke ins Auge zu fassen.

Herr Wolters: Ich bitte, die beiden Anträge Instandsetzung und Beleuchtung zu trennen. Für die Beleuchtungsfrage liegen nach meiner Ansicht gewisse Bedenken vor.

Vorsitzender: Ich habe schon gesagt, unsere Abstimmung würde in viele Teile zerfallen. Wir würden zuerst abstimmen über die prinzipielle Stellung zu dem Antrage, dann über die in Betracht kommenden Kosten.

Herr Fröhling: Es waren mehrere bestimmte Anträge gestellt: 1. zuzustimmen, daß dieser Weg mit Aufwendung von 360 *M* instand gesetzt wird, 2. von Herrn Probst: Instandsetzung des Weges mit 480 *M*, 3. der Antrag, den Weg mit Laternen zu beleuchten, 4. ihn mit elektrischem Licht zu beleuchten. Diese Anträge dürfen nicht in eins zusammengefaßt werden, sondern müssen einzeln zur Abstimmung kommen, sonst leidet das Recht der Herren, welche diese Anträge gestellt haben.

Vorsitzender: Ich habe eben schon auseinandergelegt, daß wir diese interessante Sache in kleine Teile zerlegen müßten, um jedem gerecht zu werden..

Der Antrag der Kommissionmehrheit wird abgelehnt.

Vorsitzender: Wer dafür ist, dem Antrage der Petenten stattzugeben mit Aufwendung von etwa 480 *M*, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Es melden sich 15 Stadtverordnete.) Das ist gerade die Hälfte, wir sind jetzt 30. Ich stimme dagegen; der Antrag ist abgelehnt.

Für Instandsetzung des Weges mit Aufwendung von etwa 360 *M* stimmt die Mehrheit der Versammlung.

Vorsitzender: Nun bitte ich diejenigen Herren, die in dem Rückschreiben an den Magistrat fortfahren wollen: „eine Beleuchtung des Weges und der Brücke ins Auge zu fassen“, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Majorität. Wer wünscht vor das Wort Beleuchtung „elektrische“ eingefügt zu sehen? — Das ist die Minorität.

2. Beschaffung eines Raumes für die Akkumulatoren im Dachgeschoße des Feuerlöschgebäudes.

Herr Loejigk: Die Feuerlöschdeputation hat seinerzeit auf Antrag der Feuerwehrleute den Stehposten in der Durchfahrt des Feuerlöschgebäudes eingezogen und ihn in einem heizbaren Raume untergebracht, so daß er wohl als Portierposten bezeichnet werden kann. Dem Posten ist ein Raum im Treppenaufgange nach den Bureauräumen der Branddirektion angewiesen. Es war früher vorgesehen, in diesem Raume die Akkumulatoren unterzubringen. Die neue Anordnung macht nun die anderweitige Unterbringung der Akkumulatoren in einem geschlossenen Raume im Dachgeschoße des Feuerlöschgebäudes erforderlich. Der Magistrat ersucht, für die baulichen Veränderungen 450 M zu Lasten des Feuerlöschetats zu bewilligen. Die Finanzkommission hat die Sache geprüft und empfiehlt, die Genehmigung auszusprechen.

Die Versammlung stimmt der Vorlage zu.

3. Erhöhung der Vergütungen für die Nachtwächter.

Seit dem 1. April 1909 sind die Vergütungen für die hiesigen städtischen Wächter folgendermaßen geregelt:

1. Vom 1. bis zum vollendeten 5. Dienstjahre 85 M monatlich = 1020 M jährlich,
2. vom 6. bis zum vollendeten 10. Dienstjahre 90 M monatlich = 1080 M jährlich,
3. vom 11. bis zum vollendeten 15. Dienstjahre 95 M monatlich = 1140 M jährlich,
4. vom 16. bis zum vollendeten 20. Dienstjahre 100 M monatlich = 1200 M jährlich,
5. nach dem vollendeten 20. Dienstjahre 105 M monatlich = 1200 M jährlich.

Daneben wird Dienstkleidung nach den kürzlich neu festgelegten Grundsätzen geliefert. Die 10 Kontrollwächter erhalten 150 M jährlich als Stellenzulage.

Die städtischen Wächter haben Anfang November an den Magistrat ein von Herzoglicher Polizeidirektion befürwortetes Gesuch um Aufbesserung ihrer Dienstbezüge eingereicht.

Nachdem von Herzogl. Kreisdirection der ortsübliche Tagelohn erwachsener Arbeiter mit Wirkung vom 1. Januar 1912 hier auf 3,20 M festgesetzt ist, hält es der Magistrat für angemessen, dafür zu sorgen, daß die Wächtervergütung keinesfalls hinter diesem Satze zurückbleibt, wenn auch damit gerechnet werden

dürfe, daß die meisten Wächter durch Haltung und Führung von Diensthunden, durch besondere Bezahlung von Wachdiensten bei den Messen, durch häusliche Beschäftigung und dergleichen noch Nebenverdienst haben.

Da die Wächter etwa jede 11. Nacht dienstfrei sind, so würde bei 332 jährlichen Dienstnächten und bei der jetzigen Mindestvergütung von 1020 *M* sich die Bezahlung auf 3,07 *M* täglich stellen. Unter Zugrundelegung eines ortsüblichen Tagelohnes von 3,20 *M* würden dagegen bei 332 Arbeitstagen 1062,40 Mark jährlich zu zahlen sein. Rundet man diese Zahlung in Anlehnung an die bisherigen Vergütungssätze nach oben ab, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß die Mindestvergütung auf 1080 *M* zu erhöhen sei. Dem Magistrat erscheint es angezeigt, auch die übrigen Lohnstufen entsprechend aufzubessern und einen neuen Höchstlohnsatz von 1320 *M* einzuführen. Die hierdurch verursachten Mehraufwendungen betragen für die 89 Wächter jährlich 5340 *M*.

Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, sich damit einverstanden zu erklären, daß vom 1. Januar 1912 ab zu Lasten des Kap. IX der ordentlichen Ausgabe der Kämmererkasse (Ortspolizei) die Wächtervergütungen um je 5 *M* monatlich aufgebessert werden. — Die Vergütungen für die 5 Klassen würden demnach fortan betragen: 1080 *M*, 1140 *M*, 1200 *M*, 1260 *M* und 1320 *M*.

Herr Wolters berichtet über die Vorlage des Magistrats und empfiehlt namens der Finanzkommission Annahme derselben.

Die Versammlung stimmt der Erhöhung der Lohnsätze zu.

4. Antrag des Stadtverordneten Fricke auf Instandsetzung der Bertramstraße zwischen Helmstedter- und Leonhardstraße.

Herr Rieke: Herr Fricke hat in der vorigen Sitzung folgenden Antrag gestellt: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Fahrweg auf der Bertramstraße von der Leonhardstraße bis Helmstedterstraße mit Neuausspflasterung zu versehen.“ Die Angelegenheit hat der Baukommission vorgelegen. Sie wissen, daß die Bertramstraße von der Campestraße bis zur Leonhardstraße bereits mit einer Neubepflasterung versehen ist, und daß damals die Neuinstandsetzung des Straßenzuges bis zur Helmstedterstraße ausgesetzt wurde, weil an der einen Seite der Straße ein Haus und auf der andern Seite 4—5 Häuser in die Fluchtlinie der Straße hineinragen. Ich habe mir den Zustand der Straße jetzt persönlich angesehen. Die Chausseierung ist durch die Benützung, das Wetter und durch verschiedene Anschlüsse von Gas- und Wasserrohren in ziemlich schlechtem Zustande. Gerade dieser Teil der Straße ist auch niedrig gelegen, weil nach der Helmstedterstraße hin der Weg ansteigt. Be-

sonders in der Gegend, wo die Körnerstraße einmündet und das Haus Nr. 7 vorsteht, ist die Straße ausgefahren. Wenn auch die Bürgersteige gut sind, so ist der Fahrweg in ziemlich schlechtem Zustande. Wenn nun auch heute an Belegung der Straße mit Kleinpflaster aus verschiedenen Gründen nicht gedacht werden kann, wie es zuerst meine Ansicht war, so würde es sich doch immerhin empfehlen, daß verschiedene Übergänge gepflastert werden, damit man trockenen Fußes von einer Seite der Straße zur andern gelangen kann. Auf diesen Standpunkt hat sich auch die Baukommission gestellt. Sie beantragt:

Dem Magistrate den Antrag *Fricke* in der Weise zur Berücksichtigung zu empfehlen, daß die Chausfierung ausgebessert wird und einzelne Übergänge, die notwendig sind, hergestellt werden.

Herr *Mohr*: Ich möchte doch empfehlen, wenn der Weg einmal instand gesetzt wird, mindestens bei Einmündung der Körnerstraße in die Bertramstraße Bordsteine zur Anwendung zu bringen. Wenn Herr *Riese* die Straße angesehen hat, so wird er sich überzeugt haben, daß dort der Fußweg vollständig zerfahren ist, weil er nicht genau abgegrenzt ist. Die Wagen fahren an der Stelle über den Fußweg und ruinieren die dort liegenden Steinplatten. Die Legung von Bordsteinen bis zum vorspringenden Hause in der Bertramstraße hin ist unbedingt erforderlich, wenn wir einen sicheren Verkehrsweg für das Publikum haben wollen.

Herr *Stegmann*: Was der Herr Vorredner bezüglich der Instandsetzung der Straße vorgeschlagen hat, genügt nach meinem Erachten nicht, denn die Notwendigkeit der Erneuerung dieser Straße liegt tatsächlich vor. Wenn nur wieder eine Chausfierung der Straße vorgenommen wird, so wird das nur eine Flickerei bedeuten. Wie ich höre, ist schon in der Baukommission darüber gesprochen, daß es nicht möglich ist, jetzt die Straße mit Kleinpflaster zu belegen, weil bei einer ordnungsmäßigen Instandsetzung der Straße auch die vorstehenden Gebäude erworben werden müßten. Wie lange soll denn aber noch dieser Zustand bestehen? Es können noch Jahrzehnte darüber hingehen, ehe diese Häuser verschwinden. Es wäre doch dringend nötig, daß auch dieses Stück der Bertramstraße, wie es bereits mit der Strecke zwischen Leonhard- und Villierstraße geschehen ist, gepflastert wird. Erfreulicherweise verschwindet in den Straßen der Außenstadt die Chausfierung immer mehr und mehr. Die Kosten für Kleinpflaster sind wohl höher, aber es wird dadurch auch etwas Ordentliches geschaffen. Ich weiß nicht, ob ohne Schaden der Stadt hier auf der Bertramstraße diese Pflasterung vorgenommen werden kann. Wenn es möglich sein sollte, daß hierfür ein Weg gefunden würde, so möchte ich bitten,

von der Chauffierung abzu sehen und auch dieses Stück der Straße ebenfalls zu pflastern.

Herr R i e k e: Alle diese Dinge sind in der Kommission schon zur Sprache gekommen. Ich kann Herrn Mohr erwidern, daß ich den Zustand an der Einmündung der Körnerstraße sehr wohl gesehen habe und es auch gerügt habe, daß hier wie an der andern Seite die Bordsteine fehlen. Was den völligen Ausbau der Straße betrifft, so würden die Erwerbungen an Grund und Boden, die dafür nötig sind, die Stadt ungeheuer belasten. Es ist eine ziemlich lange Strecke, wo die Häuser in die Straßenfront hineinragen, und das Zahnsche Haus an der Ecke muß auch erworben werden. Wenn aber heute die Stadt Bordsteine setzt und ähnliches für die Instandsetzung tut, so werden nachher, wenn die Straße ausgebaut werden soll, die Anlieger nicht mehr beitragspflichtig zu den Kosten sein, und die Stadt müßte dann auf eigene Rechnung den Ausbau ausführen. Das hat mich davon Abstand nehmen lassen, eine weitergehende Besserung zu verfolgen, und aus dem Grunde habe ich dem zugestimmt, dem Magistrat den Antrag in der Weise zu überweisen, daß die Straße so hergestellt wird, daß sie zu passieren ist.

Herr M o h r: Ich komme nicht darum weg: Die Körnerstraße ist, soviel ich weiß, bis ziemlich dicht an die Vertramstraße mit Bordsteinen versehen. Ich wünsche nichts weiter, als daß der Bogen bei Einmündung der Körnerstraße mit Bordsteinen begrenzt wird, um zu vermeiden, daß — wie ich selbst gesehen habe — Fuhrwerke mit den Fußgängern karambolieren oder mit dem Staket der anliegenden Grundstücke an der Ecke in Kollision kommen. Ich weiß, daß verschiedentlich derartige kleine Unfälle und Sachbeschädigungen vorgekommen sind. Ich gebe Herrn Rieke recht, daß es schwer sein wird, das Ganze zu bewilligen und den Anliegern das nötige Straßenterrain abzukaufen. Aber gerade dieser Bogen von der verhältnismäßig nicht breiten Körnerstraße nach der Vertramstraße hin müßte schärfer abgegrenzt werden. Das wird ja noch zu erschwingen sein.

Herr H e n f i n g: Ich möchte mich für das von Herrn Mohr Befürwortete aussprechen. Ich komme über diesen Teil der Straße fast jeden Tag und weiß, daß der jetzige Zustand sehr unangenehm werden kann. Ich bitte, nicht nur die von der Baukommission beantragte Befestigung durch Chauffierung, sondern auch die Bordsteine zu bewilligen, und glaube, daß sich das mit nicht viel Kosten machen läßt. Sollte die Straße später ausgebaut werden, so lassen sich die verwandten Bordsteine nach Jahren immer noch verwenden.

V o r s i e n d e r: Ich bitte, mir den Antrag schriftlich einzureichen.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Zustand der Vertramstraße hat wiederholt zu Klagen Veranlassung gegeben, und der Magistrat hat sich auch schon früher eingehend damit beschäftigt, wie den an sich berechtigten Wünschen entgegenzukommen sei, hat aber aus den Bedenken, wie sie schon von Herrn Rieke angeführt sind, davon abgesehen, so einschneidende Maßnahmen zu treffen, wie sie im Interesse der Straße wünschenswert wären. Das Normale und Richtige würde sein, die Straße auszubauen und zur Ortsstraße zu erklären, wenn wir nicht Bedenken tragen müßten, daß die nötigen Mittel allzu hoch würden. Die Voraussetzung für den Ausbau würde sein, daß fünf Häuser beseitigt würden, und es ist deshalb mit Sicherheit anzunehmen, daß der Ausbau dieser Strecke 2—300 000 M kosten würde. Ein so großes Verkehrsbedürfnis, das diese Ausgaben rechtfertigen könnte, liegt nicht vor. Wir müssen uns schon damit behelfen, dem bestehenden Bedürfnis zu genügen und Fahrbahn und Fußwege so instand zu halten, daß die Straße einigermaßen zu passieren ist. Das ist bis jetzt geschehen, und seitdem vor 4—5 Jahren besonders an den Fußwegen gebessert ist, sind Klagen der Anlieger nicht laut geworden. Der Fußsteig auf der Westseite der Straße ist jetzt schon mit Bordsteinen eingefast. In der Richtung noch weiterzugehen ist nicht unbedenklich, weil unter Umständen der Schluß gezogen werden könnte, daß die Stadt den Ausbau der Straße auf diesem Traktus vollendet hätte und die Anlieger bei einem endgültigen Ausbau der Straße einwenden könnten, daß sie zu den Straßenbaukosten nicht herangezogen werden dürften. Ich glaube aber, wenn Sie den Wunsch haben, daß noch etwas zur Besserung geschehen soll, daß Ihnen der Magistrat entgegenkommen wird.

Herr Fricke: Der Herr Bürgermeister hat schon gesagt, was ich aussprechen wollte. Ich bin zu dem Antrage gekommen, weil der Zustand des unteren Teiles der Vertramstraße, wie auch der Herr Referent ausgeführt hat, recht schlecht ist. Ich habe aber der hohen Kosten wegen Abstand davon genommen, zu beantragen, die ganze Straße instand zu setzen, was ja auch bei Instandsetzung des andern Teiles der Straße besprochen ist. Es handelt sich um die 4—5 Häuser. Der Verkehr ist wohl der Lage der Straße angemessen, steht aber in keinem Verhältnis zu den Riesenkosten, welche ein völliger Ausbau verursachen würde. Darum genügt es mir, wenn die Fahrbahn in der Weise, wie der Herr Referent ausgeführt hat, instand gesetzt wird. Ich bitte darum, dieses zu genehmigen.

Vorsitzender: Der Antrag der Herren Mohr und Henking lautet: „Bei der Instandsetzung der Vertramstraße die in der Körnerstraße bereits vorhandenen Bordsteine auf eine kurze Strecke in die Vertramstraße hinein zu verlängern.“

Es ist das eine Einzelheit, die selbstverständlich der Magistrat auch ohne diesen Antrag ausführen könnte, wenn wir den Antrag der Baukommission annehmen.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen, ebenso der Zusatzantrag der Herren Mohr und Henking.

5. Verwilligung von Mitteln für die Vertretung des Schuldirektors der städtischen Bürgerschulen.

Herr Kleinknecht: Der Schuldirektor Professor Dr. Rehfuß hält es für eine seiner wichtigsten Aufgaben, in regelmäßigen Zeitabständen die Schulen zu besuchen, Revisionen des gesamten Schulbetriebs vorzunehmen, dort mit den Lehrkörpern Rücksprache zu nehmen und auf einheitliche Gestaltung des gesamten Schulunterrichts in den Bürgerschulen hinzuwirken. Zu diesen regelmäßigen Besuchen ist er nicht in der Lage, weil er täglich von 11—1 Uhr im Rathause Sprechstunden abhalten muß. In andern Städten hat man, um regelmäßige Besuche der Schulinspektoren zu ermöglichen, dem Schuldirektor einen Stadtschulinspektor zur Seite gestellt, damit ersterer von gewissen Tätigkeiten entlastet wird; in noch anderen Städten sind Mittel- und Unterbeamte angestellt, die auch eine Entlastung des Schulleiters zur Folge haben. Herr Direktor Rehfuß wünscht aber, selbst den Verwaltungsapparat in der Hand zu behalten, und bittet nur darum, daß ihm an den Tagen, wo er Schulbesuche macht, ein Schulinspektor zur Seite gestellt wird, der während dieser Zeit die Sprechstunden im Rathause abhält und die Verwaltungsgeschäfte, soweit sie den Schulbetrieb in den hiesigen Schulen betreffen, erledigt. Der Schulvorstand ist mit dieser Vertretung einverstanden. Der Herr Schuldirektor hat ausgerechnet, wieviel für diese Vertretung zu zahlen sein würde. Er hält es für angemessen, daß der betreffende Schulinspektor für etwa 1—2 Stunden Vertretung in der Sprechstunde eine Vergütung von 6 *M* erhält. Für die 60 Tage, die der Schuldirektor für seine Schulbesuche nötig zu haben glaubt, würde das einen Betrag von 360 *M* ausmachen. Da er aber auch in den großen Ferien und teilweise in den Herbstferien vertreten werden müßte, wenn er auf Urlaub ist, so schlägt er die gesamten Kosten auf 400—500 *M* an. Auch mit der Bestreitung der Kosten durch die Stadt ist der Schulvorstand einverstanden, er wünscht aber, diese Vertretung von Fall zu Fall zu regeln, und ferner, daß nicht jedesmal derselbe Schulinspektor mit der Vertretung beauftragt werden soll. Der Magistrat ist auch mit dem Vorschlage einverstanden und gibt den Stadtverordneten anheim, der Einstellung von 500 *M* in den nächstjährigen Voranschlag zur Bestreitung der erwähnten Kosten zuzustimmen.

Die Schulkommission ist einstimmig der Ansicht, daß diese Vertretung des Schuldirektors wünschenswert ist, damit er für die Visitationen in den Schulen die nötige Zeit hat. Sie ist in ihrer überwiegenden Mehrzahl auch der Ansicht, daß diese Vertretung in der Sprechstunde von dem betreffenden Schulinspektor sowohl während der Schulzeit als auch während der Ferien nicht umsonst verlangt werden kann, da es eine Tätigkeit ist, die über den Rahmen der vorgeschriebenen Tätigkeit hinausgeht. Sie ist deshalb der Ansicht, daß diese 500 M dafür aufgewandt werden müssen. Im Namen der Schulkommission bitte ich die Herren, die 500 M zu bewilligen.

Vorsitzender: Herr Referent, finden Sie es nicht bedenklich, daß eine Arbeit, die in schon von der Stadt bezahlter Zeit geleistet wird, von neuem bezahlt wird? Ich glaubte, wir wollten mit dieser schlechten Eigentümlichkeit früherer Zeiten brechen. Ich habe die Sache der Schulkommission überwiesen, bin aber der Ansicht, wenn sie der Finanzkommission überwiesen wäre, so würde diese doch Bedenken getragen haben, die Annahme zu empfehlen.

Herr Kleinfnecht: Da diese Sache von dem Herrn Vorsitzenden erwähnt wird, so möchte ich mitteilen, daß wir auch darüber in der Schulkommission gesprochen haben, daß aber die Mehrheit der Schulkommission zu dem von mir mitgeteilten Vorschlage gekommen ist, und zwar aus dem Grunde, weil wir uns gesagt haben, daß wir weder von einem Schulinspektor, noch von einem Schullehrer, noch schließlich von einem anderen Beamten verlangen können, daß er eine Arbeit leistet, die ihm nicht durch Statut oder Ordnung vorgeschrieben ist. Wenn von einem Schulinspektor verlangt wird, daß er von 11 bis 1 Uhr hierher kommen und Arbeit leisten soll, so muß er natürlicherweise die Arbeit, die er in dieser Zeit sonst zu Hause oder in der Schule geleistet hätte, auf eine andere Zeit verlegen, in seiner freien Zeit diese Arbeit leisten. Ebenjowenig können wir verlangen, daß einer der Herren in den Ferien diese Arbeit leistet, denn die Ferien sind sowohl für die Lehrer als für die Schüler da. Wir würden ganz gewiß auf Widerstand stoßen, wenn wir zu einem Schulinspektor oder Lehrer sagen würden: „Bleib während der Ferien zu Hause, du mußt Sprechstunde abhalten!“ Es ist auch erwähnt worden, die Schulinspektoren hätten so viel Zeit, daß sie diese Arbeit noch nebenbei machen könnten. Wir haben aber diese Ansicht nicht für richtig gehalten. Für seine Tätigkeit in der bestimmten Zeit, die vom Schulvorstande festgesetzt ist, ist ein bestimmtes Gehalt in Aussicht genommen. Wir können nicht nachträglich noch sagen: „Das Gehalt ist so groß, daß die Herren auch diese Arbeit noch leisten können.“ Das würde sich kein Beamter gefallen lassen. Wir halten es für richtig, dies Geld zu bewilligen.

Herr Fricke: Ich wollte eigentlich das Wort nicht ergreifen, weil wir gestern in der Schulkommission schon eine ziemlich erregte Debatte über diesen Punkt gehabt haben. Ich gehörte zu der Minderheit, welche die geforderten Mittel nicht bewilligen wollte aus denselben Gründen, die unser Herr Vorsitzender schon anführte. Wir können die Tätigkeit eines Beamten nicht zweimal bezahlen. Ich schicke voraus, daß ich es für sehr notwendig halte, daß der Schuldirektor vertreten wird und die Schulen inspiziert, aber gegen die Bewilligung der 500 M habe ich mich mit Hand und Fuß gestraußt, wie mir der Herr Oberbürgermeister bezeugen kann, weil ich mir sagte: Der Schulinspektor bekommt sein Gehalt, und wenn er von 11 bis 1 Uhr hier sitzt, Auskünfte erteilt und Anträge entgegennimmt, so wird das nicht remunerationsbedürftig sein. Ich glaube, wenn wir fragen würden, ob die Herren Inspektoren zur Vertretung bereit sind, so würden alle da sein, ohne eine Remuneration zu verlangen. Ich halte es für widersinnig, wenn die Arbeit zweimal bezahlt wird. Wenn der Schulinspektor hier sitzt, braucht er nicht zu unterrichten. Soviel ich weiß, haben die Herren nicht so viel Unterricht, daß sie nicht diese beiden Stunden entbehren könnten, namentlich wenn die Vertretung abwechselnd geschehen soll.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich freue mich, daß Sie wohl alle der Ansicht sind, daß eine Vertretung des Schuldirektors für die fragliche Zeit erforderlich ist, um den Schuldirektor zu entlasten. Da Herr Fricke so freundlich war, mich in die Debatte zu ziehen, so muß ich nun auch erklären, daß Herr Fricke selber auf meine Frage sagte, es wäre weniger fraglich, ob er dafür gestimmt hätte, wenn der Magistrat den Antrag eingebracht hätte, die Anstellung eines zweiten Schuldirektors zu bewilligen, aber für die 500 M werde er nicht stimmen. Es ist doch eine bedenkliche Sache, wenn Sie so rasch in die Tasche greifen wollen. Viele Städte haben einen ständigen Stellvertreter für den Schuldirektor; das kostet natürlich erheblich mehr Geld. Es dreht sich lediglich um die Frage: Sind die Schulinspektoren verpflichtet, auf Beschluß des Schulvorstandes diese Arbeit zu leisten? Da kann ich nur den Ausführungen des Herrn Referenten beipflichten, der sagt: sie sind es nicht. Die Frage, ob sich nicht gleichwohl die Schulinspektoren, indem sie die Vertretung als Ehrenpflicht ansehen, zur Vertretung bereit erklären, brauchen wir hier nicht zu erörtern. Wenn wir etwas verordnen, dann muß das Dekret Hand und Fuß haben. Über die Tätigkeit der einzelnen Schulbeamten sind ganz bestimmte Vorschriften erlassen. Finden Sie unter diesen Vorschriften auch die, daß jeder Schulinspektor nach Beschluß des Schulvorstandes verpflichtet ist, den Schuldirektor zu vertreten? Es handelt sich wesentlich um eine Verwaltungstätigkeit. Nun will ich anerkennen, daß sich die Schulinspektoren alle nicht weigern würden, auf einen Wunsch hin die Ver-

vertretung zu übernehmen. Dann würde es nur auf die Frage ankommen: Können sie nicht billigerweise doch eine Entschädigung verlangen? Die Sache liegt so: Entweder die Schulinspektoren sind voll beschäftigt, dann können Sie, meine geehrten Herren, nicht sagen: sie sollen noch voller beschäftigt werden; das wäre ein Widerspruch. Richtig ist allerdings, daß die Tätigkeit der Schulinspektoren nicht so bemessen ist, wie bei den Lehrern, wo es sich um eine ganz bestimmte Zahl von Stunden in der Woche handelt. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Man muß dem Schulleiter Glauben schenken, wenn er jagt: Dieser Schulinspektor kann mit Rücksicht auf die Größe der Schule noch soundso viel Unterrichtsstunden erteilen. Es muß doch festgehalten werden, daß der Schulvorstand nach bestem Ermessen diese Festsetzung vornimmt. Wiederum ist richtig, daß die Tätigkeit einzelner Beamten in der Stadt zu verschiedenen Zeiten eine verschiedene ist. Wenn ich an unsere Tätigkeit als Magistratsmitglieder denke, so geht das auch im Jahre auf und ab, also ganz genau kann man die Arbeitsmenge nicht abmessen. Würden Sie gleichwohl daran festhalten, daß den Inspektoren diese Arbeit ohne Entschädigung auferlegt werden kann, dann würde ich, da ich die Vertretung des Direktors für durchaus erforderlich halte, im Schulvorstande den Antrag stellen müssen, daß den Schulinspektoren, die diese Tätigkeit ausüben, eine entsprechende Entlastung bei ihren sonstigen Amtsgeschäften zugerechnet wird. Ich mache darauf aufmerksam: seine laufenden Verwaltungsgeschäfte können Sie nicht ermäßigen, die müssen erledigt werden, und wenn er bis spät hin arbeiten soll. Was bleibt übrig? Er muß durch Hilfslehrer ersetzt werden in der Zeit, wo er Unterricht zu erteilen hat. Das ist jedoch im Interesse der Schule nicht wünschenswert, und der Hilfslehrer muß auch bezahlt werden. Wir können nicht sagen, daß die Zahl der Hilfslehrer feststeht. Wenn fortwährend neue Anforderungen entstehen, so kommt das auf eine Vermehrung der Hilfslehrer hinaus. Ob damit wirklich das Prinzip gewahrt wird, daß die Stadt sparen soll, scheint mir nicht der Fall zu sein. Jedes Ding kann man von zwei Seiten betrachten; je nachdem, wie Sie sich entscheiden, wird der Schulvorstand verfahren. Nur möchte ich, daß anerkannt wird, daß die Vertretung wünschenswert ist, und das ist wohl geschehen.

Herr Probst: Ich glaube auch, die Vertretung des Schuldirektors wird erforderlich sein, aber für die Bewilligung der 500 M kann ich mich nicht begeistern. Ich erinnere daran, daß seinerzeit, als wir die Gehälter für die Volksschullehrer erhöhten, gesagt wurde: Wir bewilligen die Erhöhung, aber dafür müssen die Volksschullehrer auch einige Stunden mehr geben. Ich weiß nicht, was damals über die Schulinspektoren bestimmt ist. (Zuruf: Deren Stunden sind auch vermehrt!) Das ist möglich. Wenn wir bedenken, daß diese paar

Stunden, die vertreten werden sollen, noch verteilt werden auf die einzelnen Schulinspektoren, so ist die Mehrbelastung eine so geringe, daß ich glaube, die Schulinspektoren werden diese Arbeit wohl noch leisten können. Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt: „Wir sind nicht dazu berechtigt.“ Dann möchte ich beantragen, wenn ein neuer Schulinspektor ernannt wird, diesem die Verpflichtung zur Vertretung aufzuerlegen. Soviel ich weiß, werden auch die Schulinspektoren von den einzelnen Lehrern vertreten, eine Vergütung an die Lehrer findet aber nicht statt. Es mag sein, daß das in ihren Verpflichtungen liegt, so daß sie eine solche nicht beanspruchen können; wahrscheinlich aber hat bis jetzt kein Mensch daran gedacht, den Lehrer dafür extra zu besolden. Ich bitte, die 500 M abzulehnen.

Herr Mann: Ich habe in der Erinnerung, daß damals, als die neue Gehaltsregulierung Jahr und Tag beraten wurde, allgemein bemängelt wurde, daß so viele Nebenbezahlungen stattfänden, und daß man allgemein wünschte, daß diese abgelöst würden und die Gehälter so bemessen, daß alle Nebenämter, die von den einzelnen Beamten übernommen werden, in die Gehälter einbegriffen sein sollten. Das war allgemein der Wunsch des Magistrats und der Stadtverordneten, und das ist auch, soweit mir erinnerlich, bei der Beratung allgemein in Betracht gezogen, und nach diesen Grundsätzen ist die Angelegenheit erledigt worden. Nun kommt schon wieder in Frage, eine Stellvertretung besonders zu bezahlen. Daß die Vertretung zweckmäßig und notwendig ist, wird jeder anerkennen. Wenn Sprechstunden anberaumt sind, sollen sie nicht ausfallen, die Leute sollen nicht vergeblich herkommen. Andererseits möchte ich mir die Frage erlauben, ob denn während der Ferien die Sprechstunden regelmäßig gehalten werden? Herr Friede nickt mit dem Kopfe, es muß also wohl der Fall sein. Ob es notwendig ist, kann der Schulvorstand besser beurteilen als ich. Wenn ein Bedürfnis vorliegt, dann stelle ich mich auf den Standpunkt, daß es zweckmäßig erscheint, solche Nebenarbeit zu bezahlen. Wenn die Frage angeregt ist, ob die Inspektoren verpflichtet sind, die Vertretung zu übernehmen, so sehe ich so viel Idealismus bei den Schulinspektoren voraus und, soweit ich sie kenne, wird ihr Pflichtgefühl sie treiben, die Vertretung zu übernehmen. Es ist hier von Überschreitung der Amtstätigkeit und von Überanstrengung der Inspektoren die Rede gewesen. Der Herr Oberbürgermeister hat selbst darauf hingewiesen, daß bei den Magistratsmitgliedern auch nicht eine genaue Abgrenzung der Arbeitslast möglich sei wie bei den Lohnarbeitern und bei den Bureauschreibern. Wir müssen die Arbeit in geistiger Hinsicht, die sich nicht nach Stunden einteilen läßt, darnach beurteilen, wie die Erledigung der Arbeit erfolgt, und müssen erwarten, daß voll und ganz erledigt wird, was festgesetzt ist. Ich bin der Meinung, daß die In-

Inspektoren die am ersten Geeigneten und moralisch Verpflichteten sind, den Direktor zu vertreten. Von diesem Gesichtspunkte aus sollte es keine Schwierigkeit bedeuten, die Inspektoren zu Vertretungen heranzuziehen. Ich glaube auch, sie werden schon aus Idealismus sich dazu bereit erklären und werden es gern tun, denn mehr oder weniger ist es doch ein Ehrenamt. Daß sie durch die Vertretung mit Arbeit überhäuft werden, kann ich nicht annehmen; es soll deswegen ja auch ein Wechsel in der Vertretung stattfinden. Wenn 60 Tage bei 15 Inspektoren in Betracht kommen, dann sind es für jeden nur 4 Tage. Ich glaube heute schon bestimmt annehmen zu können, daß die Herren Inspektoren keinen Anspruch auf eine Entschädigung machen und sich nicht dem aussetzen werden, des Materialismus bezichtigt zu werden. Ich kann mich für eine Extrabehaltung nicht entscheiden.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Die letzten Redewendungen des Herrn Vorredners veranlassen mich zu erklären, daß, soviel ich weiß, von den Inspektoren irgend ein Antrag, ihnen für die Vertretung eine Entschädigung zu gewähren, nicht gestellt ist; die Sache geht lediglich von dem Bürgerschulldirektor aus.

Wenn Herr Ahmann meint, die Inspektoren sollten alle der Reihe nach zur Vertretung herangezogen werden, so habe ich schon in der Kommission erklärt, es wäre nicht die Absicht, einen der Schulinspektoren ein für allemal damit zu betrauen. Aber wenn jemand Verwaltungssachen erledigen soll, so muß er Erfahrung haben. Würde es einen Zweck haben, der Reihenfolge nach Tag für Tag mit der Vertretung zu wechseln? Dann erreichten wir mit der Sache nichts und würden besser tun, das Amtszimmer des Direktors zu schließen und den Leuten zu sagen: Kommt wieder, wenn der Direktor hier ist. Es handelt sich wesentlich um reine Verwaltungsarbeiten, um Auskunfterteilung an Lehrer und Publikum. Dazu ist es wünschenswert, daß hier in dem im Rathause befindlichen Sprechzimmer des Direktors zu der bestimmten Zeit jemand anwesend ist.

Über die Ferien sind die Herren Gegner unseres Vorchlages so leicht weggeschlüpft. Sind die Herren der Ansicht, daß wir während der Ferien einen der Herren Schulinspektoren zurückbehalten sollen? Sollen die Herren vom Harze herunterkommen und hier Sprechstunden halten? Das können Sie unmöglich verlangen. Auf die Frage des Herrn Ahmann erwidere ich, daß es in den Ferien wohl nicht nötig ist, daß fortwährend ein Vertreter anwesend ist, aber wenn die Herren meinen, daß die Geschäfte des Schulvorstandes in den Ferien ruhen, so irren sie. Es sind fortwährend Sachen zu erledigen, z. B. die Bausachen müssen doch ordnungsmäßig erledigt werden. Wir können nicht einfach sagen: Wir verpflichten die Inspektoren dazu. Dann müßten Sie den Antrag stellen, die

Dienstordnung für die Schulinspektoren zu ergänzen. Dann möchte ich lieber vorschlagen: Übertragen Sie einem Inspektor allein die Vertretung und ermäßigen ihm die Schulstunden, damit er nicht den andern Inspektoren gegenüber zu stark belastet ist. Auch d e r Weg ist gangbar.

Herr L e u e: Was zunächst die wechselnde Vertretung von Woche zu Woche betrifft, so muß ich dem Herrn Oberbürgermeister recht geben, daß das nicht an-
gänglich ist. Ich hatte auch geglaubt, daß sie jährlich oder halbjährlich wechseln sollte, doch ist das eine verwaltungstechnische Frage. Über die Frage der Vertretung selbst sind wir alle einig, sie muß stattfinden. Ob diese Sprechstunden aber in den Ferien abgehalten werden müssen, möchte ich dahingestellt sein lassen. Während die Verwaltungsangelegenheiten selbstverständlich während der Ferien nicht ruhen können, so glaube ich doch, daß die Sprechstunden vielleicht erheblich eingeschränkt werden könnten. — Über eine andere Frage möchte ich noch um Aufklärung bitten. Der betreffende Schulinspektor, der die Vertretung zu leisten hat, hat doch auch noch andere Arbeiten, die durch Statut oder Ordnung festgelegt sind. Wenn der betreffende Herr von 11 bis 12 Uhr Schulstunde zu geben hat, kann er sie an dem Tage nicht abhalten, und ein Lehrer muß dafür einspringen. Dann tut also jemand die Arbeit, der nicht dafür bezahlt wird, und der Schulinspektor würde die Bezahlung erhalten. Ich bitte darüber um Aufklärung, ob das vorausgesehen ist.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Das wäre ein starkes Stück, wenn der Schulvorstand so vorgehen wollte. Wir haben uns die Vertretung so gedacht, daß in der Zeit, wo der Schulinspektor im Rathause Dienst versehen soll, er keinen Unterricht zu erteilen hat. Seine Unterrichtsstunden werden so gelegt, daß die Zahl seiner Stunden dieselbe bleibt, aber in der Zeit, in der er sonst dienstfrei sein würde, hat er hier im Rathause zu sein. Er kann zu der Zeit auch nicht seine Sprechstunden in der eigenen Schule abhalten und wird genötigt sein, eine Verlegung vorzunehmen und des Nachmittags in der Schule zu sein. Sie sehen daraus, eine Mehrbelastung der Schulinspektoren kommt jedenfalls heraus. Während der Ferien brauchen die täglichen Sprechstunden im Rathause nicht gehalten zu werden. Aber schriftliche Anfragen des Schulvorstandes oder des Magistrats gehen auch während der Ferien an den Leiter der Bürgerschulen; solche Sachen können nicht liegen bleiben. Wenn der Schuldirektor auf Reisen gegangen ist, muß jemand da sein, an den wir uns wenden können. Bis jetzt ist ein Schulinspektor während der Abwesenheit des Direktors in den Ferien im Rathause gewesen, ohne eine Entschädigung zu beanspruchen. Das schien uns nicht gerechtfertigt, deshalb sind wir mit der Vorlage gekommen.

Herr Wolters und Herr Voge verzichten auf das Wort.

Herr Meyerhoff: Ich wollte mir einen Vermittlungsvorschlag erlauben. Ich halte es für selbstverständlich, daß der Herr in der Ferienzeit entschädigt werden muß, und möchte bitten, den Beschluß dahin zu fassen: Die Vertretung, die in der Ferienzeit geleistet wird, wird nach den vorgeschlagenen Sätzen entschädigt. Ich glaube, daß das Ihren Ansichten entspricht.

Herr Kleinflecht: Ich möchte mich gegen den Vorschlag wenden. Wenn wir erst einmal für die Vertretung während der Ferien bezahlen und dann in der Schulzeit auch noch den Hilfslehrer bezahlen müssen, so wäre das eine doppelte Portion. Eine Mehrbelastung durch die Vertretung tritt ein, darüber kommen wir nicht weg. Und ich glaube, wenn ich die einzelnen Herren hier fragte, ob sie alle paar Tage zwei Stunden mehr arbeiten wollen, so wird ihnen das nicht recht sein. Es ist von Idealismus gesprochen; ich gebe zu, die Herren würden sich nicht weigern, aber verlangen können wir die Dienste nicht. Wenn der Schulvorstand sagt: „Ihr sollt in den nächsten Wochen den Direktor vertreten!“ und der Schulinspektor weigert sich, dann weiß der Schulvorstand nicht, was er tun soll. Die Bewilligung einer Entschädigung ist gerechtfertigt. Ich bitte nochmals, dem zuzustimmen.

Herr Eckhardt: In der gestrigen Schulkommmissionsitzung gingen die Wogen hoch und nieder, man einigte sich aber schließlich für Bewilligung dieser Summe einstimmig.

Wenn man nun in Betracht zieht, wie angenehm es für den Magistrat ist, einen Schulmann während der Abwesenheit des Herrn Schuldirektors hier im Rathause zu haben, um über irgend welche notwendig gewordene Angelegenheiten Aufschluß zu bekommen, zumal während der Ferien, wo die Verwaltungsarbeiten im Rathause doch nicht ruhen, dann ist diese kleine Summe von ca. 500 M doch wohl gern dafür zu bewilligen. Ich bitte Sie deshalb, meine Herren, bewilligen Sie die Summe.

Herr Wolters: Der Herr Berichterstatter meinte, auch wenn wir die Vertretungskosten nicht bewilligten, würde es doch auf eine Bezahlung herauskommen. Das würde erst geschehen, wenn durch Zuweisung dieser Vertretungsstunden die Höchstzahl der in den Statuten vorgeschriebenen Stunden der Inspektoren, auf das ganze Jahr berechnet, überschritten wird. Ob das der Fall ist, wissen wir nicht. Sofern eine Überschreitung eintreten sollte, würde ich für eine Bezahlung sein, sonst aber nicht.

Vorsitzender: Ich habe ja damit angefangen, der Vorlage zu widersprechen; es ist mir aber eine Zuzahlung an einzelne Beamte für besondere Dienste im Grunde meines Herzens zuwider. Man weiß dann nie, was sie eigentlich an Gehalt beziehen.

Wir sind wohl alle darüber einig, daß eine Vertretung des Schuldirektors geschaffen werden muß. Deshalb werde ich an den Magistrat zurückschreiben: „Die Stadtverordneten erkennen an, daß eine Vertretung des Schuldirektors notwendig ist.“ Dann gipfeln die beiden verschiedenen Meinungen in folgendem: Der eine Teil der Herren wünscht zu antworten: „(Die Stadtverordneten) halten jedoch eine Verwilligung von Geldmitteln nicht für notwendig.“ Es würde dem Schulvorstande überlassen bleiben, durch Entlastung des betreffenden Schulinspektors, wenn es notwendig ist, ihm die freie Zeit zu schaffen. Eins möchte ich noch sagen: Wenn ein Schulinspektor voll beschäftigt ist, dann kann er auch nicht mit 60 *M* Zulage noch mehr beschäftigt werden, als er schon ist. — Sollte der Beschluß anders ausfallen, so müßte fortgefahren werden: „und bewilligen dafür im ganzen etwa 500 *M*.“

Die Versammlung entschließt sich zu den vom Herrn Vorsitzenden zuerst vorge schlagenen beiden Sätzen.

6. Aufstellung eines Apparats im Gaswerke an der Taubenstraße.

Herr Wolters: Von der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke ist an den Magistrat folgendes berichtet: „Im vergangenen Sommer war es bei dem langanhaltenden warmen Wetter nicht möglich, mit den vorhandenen Betriebseinrichtungen des Gaswerks an der Taubenstraße das Gas zu seiner Reinigung so weit zu führen, daß das bei der Gaserzeugung unvermeidliche Naphthalin durch die vorhandenen Wascher ausgechieden werden konnte. Die Naphthalindämpfe kristallisierten vielmehr in den Hauptleitungen des Stadtrohrnetzes aus und verursachten Verstopfungen der Zuleitungen und Messer. Zur Auflösung der Naphthalinkristalle wurde Ayloldampf dem Gase beigemischt. Um die Wiederkehr dieser Übelstände zu vermeiden, hat die Verwaltungsdeputation der Licht- und Wasserwerke beschlossen, den städtischen Behörden die Aufstellung eines Wasserkühlers vor den Teerscheidern zu empfehlen. Der Platz und die Anschlußrohre sind bereits früher bei der Aufstellung des Projekts für das neue Apparatsystem für 25 000 Kubikmeter Tages-Leistungsfähigkeit vorgesehen worden.“

Die Kosten der Anlage werden zu 10 000 *M* veranschlagt.

Die Finanzkommission hat diesem Antrage zugestimmt. Sie ist sehr erfreut, daß seitens der Direktion nunmehr ein Mittel vorgeschlagen wird, daß den bisherigen unliebsamen Erscheinungen im Rohrnetze abhelfen soll. Es ist nicht zu verkennen, daß in den letzten Jahren und Monaten viele berechnete Klagen über die Beschaffenheit des Gases und der Leitungen vorgekommen sind. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen demnach, diese 10 000 *M* aus dem Reservefonds der Gaswerke zu bewilligen.

Der Aufstellung des genannten Apparates wird zugestimmt und die für denselben angeforderten 10 000 *M* werden bewilligt.

7. Verwertung des früheren Brunonia-Grundstücks.

Herr Rasche: Über die Verwertung des Grundstücks der ehemaligen Zuckerraffinerie Brunonia teilt uns der Magistrat mit, daß er zu der Überzeugung gelangt sei, daß es sich nicht empfehle, einen Teil des Grundstücks wieder zu veräußern. Über die künftige Benutzung macht er uns einstweilen folgende Vorschläge:

1. Die auf dem im Saale ausgehängten Plane mit E, F, D bezeichneten, an der Oker liegenden, sehr minderwertigen Gebäude und ebenso die nicht weiter brauchbaren Anbauten des Flügels A zu beseitigen.

2. Das zum Lagern von Heu, Stroh und dergleichen geeignete massive Lagerhaus (oben links auf dem Plane) und den östlichen Grundstückteil sowie den Garten neben dem Direktorhause dem Pflegehause zu überweisen.

3. Den großen Lagerschuppen K an der Nordseite des Grundstücks bis auf weiteres der Berufsfeuerwehr zur Abhaltung von Übungen der Mitglieder der freiwilligen Wehren und zur Unterbringung von Geräten zu überweisen.

Es sind zu den gedachten Zwecken einige Umbauten und kleinere Reparaturen erforderlich, für die eine Summe von 2200 *M* gefordert wird, und die zu bewilligen der Magistrat uns ersucht. Ferner wird ersucht, uns mit den Vorschlägen unter 1—3 einverstanden zu erklären.

Die Baukommission hat sich mit der Sache eingehend beschäftigt und ist auch zu der Überzeugung gekommen, daß es augenblicklich das beste ist, wenn wir den Vorschlägen des Magistrats folgen, im besonderen herrschte einstimmig die Ansicht, daß es empfehlenswert sei, sich heute noch nicht weiter über die künftigen Veränderungen des Hauptgebäudes und die weitere Verwendung des Verwaltungsgebäudes zu entscheiden, sondern erst dann weitere Vorschläge zu machen, wenn die genannten Gebäude niedergelegt sind. Die Baukommission empfiehlt

also die Annahme der Vorschläge des Magistrats und auch Bewilligung der 2200 *M.*

Den Magistratsanträgen wird von der Versammlung entsprochen.

8. Änderung der Wasserleitungsanlage auf dem Brunonia-Grundstücke.

Herr L ö h n e f i n k e: Wir haben eben über die Verwertung des früheren Brunonia-Grundstückes beschlossen, insbesondere über die teilweise Zuteilung dieses Grundstückes an die Feuerwehr. Da ist es denn selbstverständlich, daß nun auch für die erforderliche Wasserleitung Sorge getragen werden muß. Der Magistrat hat die städtische Bauverwaltung zum Bericht darüber aufgefordert, ob es angezeigt erscheint, Änderungen an der Wasserversorgung des Grundstücks vorzunehmen. Die städtische Bauverwaltung berichtet zurück, daß für das an den Direktor Panzer vermietete Wohnhaus statt des vorhandenen schon ein kleinerer Wassermesser eingebaut ist. Bei dieser Gelegenheit sei die in die Fabrik führende große Leitung vollständig ausgeschaltet. Die Neuanlage eines Wasseranschlusses empfehle sich für denjenigen Teil des Grundstückes, welcher der freiwilligen Feuerwehr überwiesen werden soll; insbesondere soll für Übungszwecke ein Ober- und ein Unterflurhydrant angelegt werden. Von dieser großen Leitung würde eine kleinere abzuzweigen sein für die von der Feuerwehr zu benutzenden Kiosetts, wie auch zur Anlage einer Wasserzapfstelle. — Es ist wohl selbstverständlich, daß derartige Anlagen eingerichtet werden müssen. Die Art der Anlagen hält die Finanzkommission für zweckmäßig und glaubt keine Bedenken tragen zu sollen, Ihnen die Herstellung der Anlagen zu empfehlen. Was die Kosten betrifft, so sind für Anlage der beiden Hydranten nebst Zuleitung etwa 600 *M.* und für Herstellung der kleinen Wasserleitung usw. etwa 300 *M.* angesetzt. Namens der Finanzkommission empfehle ich Ihnen, diese 900 *M.* zu Lasten des Feuerlöschetats zu bewilligen.

Die empfohlene Änderung der Wasserleitungsanlage wird beschlossen und 900 *M.* dafür bewilligt.

9. Verlegung des Gashauptrohrs in der Hermannstraße und Aufstellung von drei Laternen daselbst.

Herr L o e s c h i g k: Es hat sich ergeben, daß der Gasdruck in den auf den Rudolfsplatz auslaufenden Straßen gegen Abend schwankend und ungenügend ist. Der Grund dafür liegt in den zu engen Gaszuführungsleitungen in jenem Stadtgebiete. So liegt in der Pflegehausstraße nur ein Rohr von 80 mm Durchmesser, ebenso in der Petristraße; in der Hildesheimerstraße ein solches

von 100 mm, während das in der Roßstraße 200 mm weit ist. Die Direktion der Licht- und Wasserwerke will nun Abhilfe des genannten Uebelstandes dadurch erzielen, daß sie durch die Hermannstraße an der Diefterwegstraße vorbei ein Gasrohr von 200 mm Durchmesser legen läßt. Sie hofft, dadurch den Druck auf die normale Höhe zu bringen. Es müssen dafür 5200 *M* aufgewandt werden.

Gleichzeitig wird beauftragt, auf der ausgebauten Hermannstraße auf der Strecke von der Kreuzung der Straße mit der Diefterwegstraße bis zur Roßstraße hin drei Laternen aufzustellen und dafür 336 *M* zu bewilligen. Ferner werden die Herren ersucht, für Inbetriebnahme der Laternen die Summe von jährlich 210 *M* zu bewilligen. Die zuerst genannten Kosten kommen auf den Reservefonds des Gaswerks, die Betriebskosten für die Laternen hat die Kammereikasse zu übernehmen. — Die Sache ist in der Finanzkommission geprüft, die nun durch mich Genehmigung anheimgibt.

Die beiden besprochenen Sachen und die beantragten Geldmittel werden von der Versammlung verwilligt.

10. Einsprache gegen das Projekt, den Ausbau der Straßen 508/509 betr.

Herr Busch: Die städtischen Behörden haben in ihrer Sitzung vom 5. Oktober beschlossen:

a) eine Verjümlerung der im Zuge der alten Klosterstraße bezw. Glückstraße geplanten Straße 508/509 des Ortsbauplans von 12 m auf 8 m,

b) einen 3 m tiefen Vorgarten an der Nordseite der demnächst die Bezeichnung Straße 508 a führenden Straße 508 und an beiden Seiten der demnächst die Bezeichnung 509 a führenden Straße 509 anzuordnen.

Der Ortsbauplan war ausgelegt, und es hat gegen die getroffenen Anordnungen Frau Busse, geb. Lindenberg, Einsprache erhoben. Sie motiviert ihre Einsprache damit, daß in der Straße 508 ein lebhafter Wagen- und Durchgangsverkehr herrsche und bei der Enge der Straße leicht Unfälle entstehen könnten. Die städtische Bauverwaltung hat die Sache geprüft und ist zu einem andern Ergebnis gekommen. Der Verkehr in jener Straße sei einstweilen nicht lebhaft, und für absehbare Zeit sei nicht zu erwarten, daß eine Breite der Straße von 8 m nicht vollständig genügen würde. Der Magistrat empfiehlt Verwerfung der Einsprache. In der Baukommission haben wir uns gestern eingehend mit der Sache befaßt und sind einstimmig zu dem Beschluß gekommen, den Magistratsbeschluß auch zu dem unsrigen zu machen. Ich möchte der geehrten Versammlung auch empfehlen, der Verwerfung der Einsprache zuzustimmen.

Die Einsprache wird von der Versammlung verworfen.

11. Verwilligung einer Beihilfe aus der Jüdel-Stiftung für die Volkslesehalle.

Herr Löhnefink: Es liegt ein vom Vorstande des Vereins Volkslesehalle an den Vorstand der Jüdel-Stiftung gerichtetes Gesuch vor, welches eine widerrufliche Verwilligung von jährlich 500 *M* als Unterstützung bezweckt. Der Vorstand der Jüdel-Stiftung hat dieses Gesuch zur weiteren Entschliebung an den Magistrat weitergegeben, der seinerseits den geehrten Herren die Verwilligung einer einmaligen Unterstützung von 3000 *M* empfiehlt.

Die Bestrebungen des Vereins Volkslesehalle, allen Schichten der Bevölkerung eine gute, belehrende und bildende Lektüre zu bieten und dadurch mit in den Kampf gegen die in allen Kreisen anzutreffende Schundliteratur einzutreten, sind Ihnen zur Genüge bekannt, als daß ich mich nochmals eingehend darüber zu äußern brauchte. Sie haben des öfteren durch ihre Beschlüsse gezeigt, wie hoch Sie diese auf Hebung der Volksbildung und des guten Geschmacks gerichteten Bestrebungen einschätzen und wie sehr Sie dieselben zu fördern gewillt sind. Wir besitzen in der Volkslesehalle ein Institut, welches sich ausweislich seines letzten Berichts einer sehr großen Beliebtheit und einer sehr starken Inanspruchnahme zu erfreuen hat. Die Übersicht der Benutzung der Bücherei und der Lesehalle für die Zeit vom Februar 1910 bis März 1911 ergibt eine Besucherzahl von 100 312 Personen; ausgeliehen wurden 139 465 Bücher. Vorhanden sind etwa 10 000 Exemplare; es ergibt sich also eine durchschnittliche 13—14malige Benutzung eines jeden Bandes. Manche Bände sind natürlich nur selten zur Ausgabe gelangt, andere öfter. So habe ich z. B. aus dem Bericht gesehen, daß manche Bücher 40mal und darüber ausgeliehen sind. Damit geht natürlich eine starke Abnutzung der Bände Hand in Hand. Der Vorstand der Lesehalle hat diesem Umstande bei Aufstellung des Jahresetats für 1912/13 Rechnung getragen, indem er unter den Ausgaben einen Posten von 2500 *M* hierfür ausgeworfen hat. Ferner sind namhafte Beträge dafür erforderlich, um auf allen Gebieten der Wissenschaft und der allgemein-belehrenden Unterhaltungsliteratur die Neuerscheinungen dem Publikum zugänglich zu machen. Auch hierfür sind 5000 *M* im Etat ausgeworfen worden. Der Voranschlag hat, wie ich offen sagen will, auf mich zunächst den Eindruck gemacht, als wenn bei Bemessung der Einnahmen reichlich vorsichtig, ja ängstlich, bei Bemessung der Ausgabenposten aber reichlich weitgehend verfahren wäre. Ich habe mir aber den Etat daraufhin noch einmal genau angesehen und gefunden, daß, wenn auch die Einnahmeposten wohl steigerungsfähig sein würden, eine Bibliothek, die auf der Höhe bleiben will, mit weniger als den vorgesehenen Ausgabenposten nicht auszukommen vermag. Der Etat zeigt in Summa eine Einnahme von 20 500 *M*. Davon gehen

für gänzlich unvermeidliche Ausgaben, als für Gehälter, Miete, Heizung, Beleuchtung und Verschiedenes rund 16 000 *M* ab. Es bleiben 4500 *M* verfügbar. Mit dieser Summe sind die andern Ausgabeposten nicht zu decken, die auch schließlich als notwendig anzusehen sind: Reserve für starke Abnutzung, Einrichtungsanschaffungen, Buchbinder = 5100 *M*. Wenn nun auch diese letzten Posten etwas herabgemindert werden könnten, so würde doch in diesem Falle auch nicht das Geringste übrigbleiben, um der eigentlichen Aufgabe der Bibliothek: Beschaffung von Büchern und Zeitschriften, gerecht zu werden. Der Etat schließt mit einem Fehlbetrage von 8970 *M*.

Vom Vorstande der Volkslesehalle wird sehr schmerzlich empfunden, daß die bisherigen reichen Zuwendungen aus der Hand des verstorbenen Herrn Kommerzienrats Fiedel nicht mehr in die Kasse des Vereins fließen; er bittet daher um Zuwendung einer Summe von 5000 *M* aus der dritten Abteilung der Fiedel-Stiftung. Es darf nicht wundernehmen, daß gerade die Fiedel-Stiftung für diesen Zweck in Anspruch genommen wird, denn es ist allgemein bekannt, daß die Volkslesehalle dem Begründer der Fiedel-Stiftung ganz besonders nahestand. Was nun die Höhe des erbetenen Zuschusses anlangt, so hätte ich und wohl auch die Mehrheit der Finanzkommission nichts gegen die Verwilligung der vollen Summe einzuwenden. Die Finanzkommission stellt sich jedoch dennoch auf den Standpunkt des Magistrats und jagt, die 3000 *M* dürften wohl vorläufig genügen. Es ist zu berücksichtigen, daß die in der dritten Abteilung der Fiedel-Stiftung zur Verfügung stehenden Geldmittel ein gewisses haushälterisches Umgehen damit zur Pflicht machen, denn es sind aus ihr verschiedene Ausgaben für soziale Einrichtungen erforderlich. Ich habe z. B. gehört, daß mit Hilfe dieser Mittel Kinderkrippen in Hahnenklee gebaut werden sollen, damit den in die Ferienkolonien entsandten Kindern, die bisher auf Strohsäcken geschlafen haben, Betten zur Verfügung gestellt werden können. Dann ist nicht außer acht zu lassen, daß für die im Hintergrund stehende Schwimmhalle namhafte Beträge aufzuwenden und zu reservieren sind. Die Finanzkommission ist daher der Meinung, daß eine einmalige Zuwendung von 3000 *M* aus der Abteilung 3 der Fiedel-Stiftung am Platze sein dürfte, und ich habe seitens der Kommission die Verwilligung dieser Summe in Vorschlag zu bringen.

Vorsitzender: Ich möchte dem hinzufügen, daß zu Bewilligungen aus Abteilung 3 der Fiedel-Stiftung die Zustimmung der städtischen Behörden zu den Vorschlägen des Vorstandes der Fiedel-Stiftung notwendig ist, während aus Abteilung 1 und 2 der Stiftung der Vorstand allein Bewilligungen vornehmen kann.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e y e r: Es ist die erste Bewilligung, die aus den Mitteln der Abteilung 3 der Jüdel-Stiftung vorgenommen wird. Ich muß gegenüber den Ausführungen des Herrn Referenten ausdrücklich darauf hinweisen, daß die städtischen Behörden zu den Aufwendungen aus der Abteilung 3 wohl ihre Genehmigung zu erteilen haben, daß aber die Bewilligung ausschließlich beim Vorstande der Stiftung liegt. Der Herr Referent drückte sich so aus: „Ich würde geneigt gewesen sein, auch mehr zu bewilligen.“ Es tut mir leid, dazu sagen zu müssen: Wir haben gar nichts zu bewilligen; die Bewilligung geht lediglich vom Vorstande der Jüdel-Stiftung aus.

Die Versammlung genehmigt die Bewilligung der 3000 M.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr W o l t e r s, übernimmt den Vorsitz.

12. Beschaffung neuer Unterrichtsräume für die städtische Mädchenschule, (Mädchen-Mittelschule).

Herr F r ü h l i n g: Die städtische Mädchenschule ist mit ihrer Umwandlung in eine Mittelschule von einer Stufigen Anstalt auf eine Ostufige emporgehoben. Es ist nun notwendig, für die hinzukommenden Klassen neue Klassenzimmer zu schaffen. Außerdem ist das Bedürfnis vorhanden, für den neu einzuführenden Haushaltsunterricht eine Küche mit den erforderlichen Nebenräumen anzufügen. Für den Zweck liegt uns das dort ausgehängte Vorprojekt zur Beratung vor. Die neuen Klassenzimmer sollen durch einen Anbau an den Turnsaal geschaffen werden. In anderer Weise ließ sich der Raum nicht gewinnen, weil das Gebäude überall durch Nachbarbauten begrenzt wird und ein Ankauf von Grundstücken schwer möglich ist. Da die Anstalt bereits eine Doppelschule ist, so würde auch eine spätere nochmalige Erweiterung nicht zweckmäßig sein; es würde sich für den Fall, daß noch neue Klassen eingerichtet werden müßten, mehr empfehlen, in einer andern Stadtgegend eine neue Schule zu errichten. Der Spielplatz der Schule an der Heidenstraße bietet auch Raum genug, so daß der Platz für den Anbau unbedenklich abgetrennt werden kann. Die Kosten für diesen dreigeschossigen, unterkellerten Anbau mit zwei Klassenzimmern, einer Schulküche, Nebenräumen und einer Niederdruckdampfheizung sind zu 49 000 M. veranschlagt. Die neben dem Neubau liegende Turnhalle, die bisher mit Öfen geheizt wurde, soll an die neue Dampfheizung angeschlossen werden. Für diefe sind 3000 M. ausgeworfen. Die Gesamtkosten einschließlich der Beschaffung der Einrichtungsgegenstände würden 60 000 M. ausmachen. Die Baukommission hat das Vorprojekt geprüft, sich damit einverstanden erklärt und empfiehlt

Ihnen, dem Vorprojekt zuzustimmen. Das definitive Projekt wird danach ausgearbeitet und uns nochmals vorgelegt werden.

Herr K i e f e: Ich habe in der Baukommission nicht für das Projekt gestimmt, denn ich sage mir: Für drei Zimmer je 20 000 *M* aufzuwenden, ist zu viel. Ich kann mir nicht erklären, wie man in dieser Weise bauen kann. Wenn man nicht darauf rechnen könnte, daß bei dem endgültigen Kostenantrag, der uns noch vorgelegt werden soll, Ersparnisse erzielt werden, so müßte man beantragen, den Voranschlag abzulehnen.

Herr F r ü h l i n g: Herr Kiefe hat mit seinen Bedenken in der Baukommission nicht allein gestanden. Auch ich würde gern den Betrag ermäßigt sehen. Da aber die Sache so liegt, daß uns der definitive Kostenantrag noch vorgelegt wird und nach den von uns getroffenen Bestimmungen über die Vergabung der Arbeiten bei der Ausführung eine Verbilligung zu erwarten steht, so glaube ich, daß wir von einer Herunterziehung des Betrages des Vorantrages heute Abstand nehmen können, zumal wir diesen Punkt bei der Vorlage des definitiven Projekts in besserer Weise als heute beurteilen können. Aus dem Grunde haben wir in der Baukommission, trotzdem wir auch Bedenken wegen der Höhe des Betrages hatten, dem Vorprojekt zugestimmt und empfehlen Ihnen das gleiche.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e y e r: Ich muß der Ansicht des Herrn Kiefe entgegentreten. Wenn er sagt, die drei Zimmer zu bauen kostete 60 000 *M*, so ist das nicht richtig. Er hat das Untergeschoß weggelassen, das eine Menge Geld kostet, auch das Dach kostet etwas, ganz abgesehen davon, daß in diesen 60 000 *M* die Kosten für die innere Einrichtung enthalten sind. Die Schulfläche muß mit Herden, die Klasse mit Geräten versehen werden, außerdem soll auch eine neue Heizung eingebaut werden. Das eigentliche Gebäude ist mit 49 000 *M* überschlagen. Auch das ist ja reichlich viel, und ich hoffe, daß die Summe bei dem endgültigen Kostenantrag zurückgeht.

Das Vorprojekt wird genehmigt.

13. Gewährung eines Beitrages an den Verband deutscher Architekten und Ingenieure zur Herausgabe eines Werkes.

Herr J a s p e r: Der genannte Verband beabsichtigt, unter dem Namen „Das deutsche Bürgerhaus“ ein größeres Werk herauszugeben, das dazu bestimmt ist, die immer mehr verschwindenden mittelalterlichen Bauwerke besonders im Bilde der Nachwelt zu erhalten. Das Werk wird mit Recht als eine

bauliche Urkunde allerersten Ranges bezeichnet. Das Ersuchen des Verbandes, ihn bei Ausführung seines Vorgehens zu unterstützen, hat nicht den Erfolg gehabt, der erwartet wurde. Der Verein hatte gehofft, durch den Verkauf die erwachsenden Kosten zu decken, aber es hat sich herausgestellt, daß diese Einnahmen nicht dazu ausreichen. Der Verband hat daher gebeten, ihn durch Beiträge zu unterstützen. Da der Magistrat der Ansicht ist, daß das Werk auch im Interesse unserer Stadt Förderung verdient, so hat er beantragt, dem Verein einen jährlichen Beitrag von 200 *M* für das laufende und das nächste Rechnungsjahr zuzusichern. Die Finanzkommission hat die Sache geprüft, ist mit dem Magistrat der Ansicht, daß das Werk durchaus der Förderung würdig sei, und befürwortet durch mich, diese Summe von je 200 *M* auf die Dauer von 5 Jahren zu bewilligen.

Die Versammlung ist mit der Gewährung des Beitrages einverstanden.

14. Aukauf von Ackerflächen am Dowejee.

Die fraglichen, zu 42,87 a und 39,11 a vermessenen, in der Nähe des Dowejees gelegenen Flächen sind der Stadt zum Kauf angeboten. Wenn die Stadt auch für die Grundstücke zurzeit eine besondere Verwendung nicht hat, so glaubt der Magistrat doch mit Rücksicht darauf, daß die Flächen auf drei Seiten von städtischem Besitz umschlossen sind und unzweifelhaft das städtische Dowejeegrundstück in wünschenswerter Weise abrunden und ergänzen, sich dem Angebote gegenüber nicht ablehnend verhalten zu sollen, und zwar um so weniger, als der von der Eigentümerin geforderte Preis von 7250 *M* ihm durchaus angemessen erschien. Der Magistrat hat deshalb mit der Eigentümerin einen Kaufvertrag abgeschlossen, welcher der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vorliegt.

Herr *Menerhoff* erstattet über die Vorlage Bericht und bemerkt dazu: Die Angelegenheit hat der Baukommission vorgelegen. Sie ist durchaus damit einverstanden, daß das Grundstück, durch welches das städtische Dowejeegrundstück weiter arrondiert wird, von der Stadt erworben wird. Der Preis beträgt noch nicht einmal 1 *M* für das Quadratmeter. Der Kaufkontrakt ist geprüft, es ist nichts dagegen einzuwenden. Ich bitte, den Vertrag zu genehmigen.

Die Versammlung stimmt dem Kaufkontrakte zu.

15. Ausbau der Schillerstraße zwischen Korfes- und Raabestraße.

Herr *Fricke*: Der Maurermeister Dorl hat den Antrag gestellt, ihn als Unternehmer für den Ausbau der Schillerstraße zwischen Korfes- und Raabe-

straße zuzulassen. Der Magistrat hat gegen den Antrag kein Bedenken und hat mit dem Unternehmer einen Vertrag abgeschlossen, der gestern in der Baukommission zur Beratung stand. Herr Dorl muß 3,91 a, 2,92 a und 6,84 a von seinem Terrain der Stadt kostenfrei für die Straße überlassen und hat im übrigen den ganzen Ausbau der Straße zu tragen. Der Kontrakt ist abgefaßt, wie immer üblich. Nachdem die Baukommission den Vertrag geprüft, hat sie sich damit einverstanden erklärt und bittet auch die geehrten Herren, den Kontrakt, wie er vorliegt, zu genehmigen.

Die Genehmigung wird ausgesprochen.

16. Wahl von Mitgliedern der Schulvorstände der städtischen Oberreal- und Realschule, der städtischen höheren Mädchenschule und der städtischen Mädchenschule.

Herr Mohr: In den neuen Statuten über die gehobenen Schulen ist vorgeschrieben, daß jedem Schulvorstande vier Stadtverordnete als Mitglieder angehören sollen. Der Stadtmagistrat weist nun darauf hin, daß er es, ohne den Entschließungen der Stadtverordneten vorgehen zu wollen, für empfehlenswert halte, wenn mit der Verwaltung der städtischen Schulen eine von den städtischen Behörden gewählte Deputation betraut würde, und daß es daher, solange dieser Weg der entgegenstehenden gesetzlichen Vorschriften über die Zusammensetzung des Schulvorstandes der Bürgerschulen wegen nicht angängig ist, zweckmäßig sein würde, wenn wenigstens nicht verschiedene Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in die drei Schulvorstände gewählt würden.

Die Schulkommission ist auch der Ansicht des Magistrats und empfiehlt, vier Stadtverordnete zu wählen, die allen drei Schulvorständen angehören. Bevor ich die Namen derjenigen Herren nenne, welche von der Schulkommission vorgeschlagen werden, möchte ich bitten, die Frage zur Abstimmung bringen zu lassen, ob die Versammlung diesem ersten Kommissionsbeschlusse zustimmt.

Herr Sander: Ich möchte mir Auskunft darüber erbitten, ob die Zusammensetzung der Schulvorstände in der bisherigen Art und Weise auf besondere Schwierigkeiten gestoßen ist, oder welche Gründe vorliegen, eine Vereinfachung vorzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Retsmeyer: Die Sache ist folgendermaßen verlaufen: Zur Regelung der Verhältnisse der Schulen sind neue Statuten erlassen. In diesen ist auf Ihren Wunsch hin bestimmt, daß in Zukunft eine größere Zahl von Stadtverordneten als bisher in den Schulvorstand zu ent-

jenden ist. Die erforderlichen Wahlen hätten schon stattfinden können, nachdem die neuen Statuten veröffentlicht waren, sind aber bis jetzt nicht vorgenommen. Es ist selbstverständlich, daß die aus den Stadtverordneten zu entnehmenden Schulvorstandsmitglieder neu zu wählen sind; das schlägt Ihnen auch die Schulkommission vor. Wenn Sie jetzt in diese drei Schulvorstände jedesmal vier andere Mitglieder entsenden, so daß zwölf verschiedene Stadtverordnete in Funktion treten, so ist das zwar Ihr volles Recht, aber für praktisch hält das der Magistrat nicht. Mehr oder weniger sind die Verhältnisse in den Schulen ähnlich, so daß es zweckmäßig ist, daß die gewählten Herren tunlichst allen drei Schulvorständen angehören. Wir hielten es ja für richtig, wenn es durchführbar wäre, einen einheitlichen Schulvorstand oder eine Deputation für die ganzen städtischen Schulen einzurichten. Das ist aber augenblicklich nicht möglich, wie der Herr Referent schon gesagt hat, weil der Schulvorstand der Bürgerschulen nach dem Landesgesetz anders zusammenzusetzen ist. Unser Wunsch geht also dahin, daß nur vier Herren in alle drei Schulvorstände entsandt werden. Wenn Sie aber anderer Ansicht sind, haben wir auch nichts dagegen einzutenden.

Die Versammlung stimmt dafür, die Schulvorstandsmitglieder für die drei Schulen einheitlich zu wählen.

Herr Mohr: Wir würden nun zu der Wahl selber kommen. Die Schulkommission schlägt Ihnen vor, zunächst die in den Schulvorständen tätig gewesen Herren wiederzuwählen. Es sind das: Herr Baurat Frühling, der in sämtlichen Schulvorständen gewesen ist, Herr Major Ribbentrop, der in dem Schulvorstande für die städtische Oberreal- und Realschule gewesen ist, und Herr Probst, der dem Schulvorstande für die höhere Mädchenschule und für die städtische Mädchenschule angehört hat. Betreffs des vierten Mitgliedes ist sich die Schulkommission schlüssig geworden, daß es ratsam wäre, ein Mitglied der Schulkommission hinzuzuwählen. Es würde das für das Zusammenarbeiten der Schulkommission mit den Vorständen der Schulen zweckmäßig sein. Die Schulkommission schlägt Ihnen deshalb vor, zu den genannten Herren noch Herrn Fricke hinzuzuwählen.

Vorsitzender: Ich schlage vor, wenn keine Einwendungen erhoben werden, die drei Herren, die bereits Schulvorstandsmitglieder gewesen sind, durch Zuruf wiederzuwählen.

Die drei zuerst vorgeschlagenen Herren werden durch Zuruf wiedergewählt.

Herr Stegmann: Als viertes Mitglied für den Schulvorstand möchte ich Herrn Hesse in Vorschlag bringen.

Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel; Herr Gricke wird gewählt.

Vorsitzender: Liegt noch irgend etwas für die öffentliche Sitzung vor?
— Dann schließe ich die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 6¾ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 11. Januar 1912.

Tagesordnung:

- | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Errichtung und Unterhaltung einer Feuerbestattungshalle auf dem Zentralfriedhofe | Seite 599 |
| 2. Erbauung einer Knabenmittelschule am Siegesplatze | " 615 |
| 3. Antrag des Stadtverordneten Stegmann wegen der Desinfektionsgebührenordnung | " 620 |
| 4. Bewilligung eines Zuschusses aus dem Ausgleichsfonds für kirchliche Bauten | " 621 |
| 5. Nachbewilligung von Kosten für den Bau der St. Jakobikirche | " 622 |
| 6. Gewährung von Tagegeldern an die Mitglieder der Kommission für Einschätzung zur Gewerbesteuer | " 625 |
| 7. Aufgabe des Nutzungsrechtes an dem zur Aufbewahrung von Feuerlöschgeräten benutzten Schuppen an der Westseite der Agidienhalle | " 626 |
| 8. Antrag der Vereinigung der geprüften Heilgehilfen und Masseure auf gleichmäßige Verteilung der von den hiesigen Ortskrankenkassen zu vergebenden Aufträge | " 627 |
| 9. Befreiung der Nischen in dem Verbindungsgänge zwischen Museum und Archiv | " 627 |
| 10. Erhöhung des Mietpreises für eine Fläche des früher Franziskaner Feldes | " 628 |
| 11. Änderung und Erweiterung der Beleuchtung der Stecherstraße | " 629 |
| 12. Aufstellung und Befestigung von Laternen auf der Hildesheimerstraße, Roßstraße, Schillstraße und Fabrikstraße | " 629 |
| 13. Antrag verschiedener Einwohner auf Beleuchtung eines Teiles der Frankfurterstraße und der Fabrikstraße | " 629 |
| 14. Zwangse enteignung verschiedener Flächen an der Schunterstraße | " 631 |
| 15. Baulichkeiten auf dem Grundstücke Kleine Burg 9 | " 632 |

- | | |
|------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 16. Erklärung der Eisenbütte'er- und der Fabrikstraße zu Kommunalwegen . . . | Seite 633 |
| 17. Stiftung eines Ehrenpreises zum 15. deutschen Bundesfesten | " 633 |
| 18. Antrag des Stadtverordneten Ußmann, betreffend die Plätze für die Be- | |
| richterstatter der Presse | " 634 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister K e t e m e y e r, Bürger-
meister M e h e r und Stadträte von Frankenberg, Ronnen, Lord
und Wagner.

Entschuldigt die Herren Jasper, Kiefe, Stegmann und Weje-
meier.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt: Ich eröffne die erste Sitzung
im Jahre 1912 und nehme Gelegenheit, den Herren ein frohes neues Jahr zu
wünschen und den Wunsch daran zu knüpfen, daß unsere Arbeiten auch im neuen
Jahre in der bisherigen sachlichen Weise geführt werden und zum Wohle unserer
lieben Vaterstadt dienen mögen. — Vor Eintritt in die Tagesordnung hat Herr
Oberbürgermeister Ketemeyer das Wort.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Meine geehrten Herren! Bei der
Gratulationscour, die zu Neujahr im Schlosse stattgefunden hat, hat mich Se.
Hoheit der Herzog beauftragt, der Stadtverwaltung seine besten Wünsche für das
Gedeihen unserer Vaterstadt zu übermitteln und insbesondere dem Wunsche
Seiner Hoheit Ausdruck zu verleihen, daß im neuen Jahre das Bahnhofprojekt
gefördert werden möge. Ich will mich dieses Auftrags hiermit entledigt haben.
Meine Herren! Ich darf wohl sagen, daß unsere Stadt unter dem Zeichen des
neuen Bahnhofs in das neue Jahr eingetreten ist, und es ist deshalb erklärlich,
wenn Sie den Wunsch haben, daß der Magistrat Ihnen von den neuesten Ver-
handlungen Kenntnis gibt. Die Angelegenheit ist bekanntlich so verlaufen, daß
am 30. September 1910 von Ihnen das Durchgangprojekt im Prinzip gut-
geheißen wurde, daß aber sehr bald nachher von den Herren Baurat Menadier
und Stadtbaumeister Gebensleben nochmals ein neues Projekt eingereicht ist,
das der Magistrat Ihnen hier in vertraulicher Sitzung vorgelegt hat. Eine Be-
schlußfassung darüber ist, soweit ich mich erinnere, nicht erfolgt, war auch bei Lage
der Umstände kaum möglich. Der Magistrat war der Ansicht, daß das neue
Projekt entschieden den Vorzug vor dem Projekte der preußischen Eisenbahn-
verwaltung verdiene, und hat deshalb den preußischen Eisenbahnminister ersucht,
auch dieses neueste Projekt einer Prüfung zu unterziehen. Wir stießen dabei
zunächst auf Schwierigkeiten, hinterher ist aber die Prüfung erfolgt, und jetzt ist

die Antwort des preußischen Eisenbahnministers eingegangen. Es wird darin gesagt:

„Ich habe einen neuen Entwurf für die Umgestaltung der Bahnanlagen in Braunschweig mit einem Durchgangsbahnhof für den Personenverkehr aufstellen lassen, der den Wünschen des Stadtmagistrats im Sinne des gefälligen Schreibens vom 13. Dezember 1909 Rechnung trägt, d. h. in dem das Empfangsgebäude 650 Meter näher bei der Stadt liegt als bei dem Entwurfe für einen Durchgangsbahnhof vom Jahre 1906. Der Entwurf ist beigelegt und in den Anlagen mit D bezeichnet. Seine Kosten sind erheblich höher als die des Entwurfs von 1906, da wertvolleres Gelände in Anspruch genommen wird, für Wegübergänge und Brücken größere Beträge aufgewendet werden müssen und bei der Ausführung umfangreichere vorübergehende Anlagen notwendig werden. Die Kosten sind zu 22 264 000 *M* veranschlagt. Ferner ist der Wert des frei werdenden Geländes wesentlich niedriger. Unter Zugrundelegung der beigelegten Bebauungspläne ist der Wert von Sachverständigen zu 5 165 000 *M* geschätzt worden. Nach Abzug dieser Summe betragen demnach die Aufwendungen 17 099 000 Mark.

Um einen zutreffenden Vergleich mit dem Entwurf aus dem Jahre 1906 (Entwurf B) zu haben, hat auch dieser neu veranschlagt werden müssen, und es ist, da die Grundwerte sich mittlerweile geändert haben, auch eine neue Abschätzung der Grundstücke erforderlich geworden. Hiernach belaufen sich die Kosten für den Entwurf B auf 20 132 000 *M* und nach Abzug des Wertes des frei werdenden Geländes mit 5 754 000 *M* auf 14 378 000 *M*.

Die Mehraufwendungen bei der Ausführung des Entwurfs D betragen demnach $17\,099\,000\text{ M} - 14\,378\,000\text{ M} = 2\,721\,000\text{ M}$.

Was die Frage betrifft, wie die Baukosten für den Entwurf D aufzubringen wären, so dürfte es sich nicht empfehlen, fernerhin die Kostenbeteiligung der Stadt mit der Beschaffung des für den Neubau erforderlichen Geländes in Verbindung zu bringen, da die früheren Verhandlungen gezeigt haben, daß eine Einigung auf dieser Grundlage schwer zu erzielen sein würde.

Trotzdem der Entwurf D in überragendem Maße den Interessen der Stadt zugute kommt, während er für die Eisenbahnverwaltung eine Erschwerung des Betriebes mit sich bringt, bin ich, um diese jetzt schon so lange schwebende Angelegenheit zum Abschluß zu bringen, mit Zustimmung des Herrn Finanzministers bereit, der Ausführung des Ent-

murfes D näher zu treten, wenn sich die Stadt verpflichtet, die Hälfte des Mehraufwandes gegenüber dem Entwurf B, also $\frac{1}{2}$ von 2 721 000 Mark, rund 1 360 000 *M* zu den Kosten beizutragen und die Herstellung einer direkten Zufahrtstraße zum neuen Empfangsgebäude unter Verzicht auf Kostenersatzung durch die Anlieger zu übernehmen. Außerdem müßte vor dem Vertragsabschluß Einverständnis über den Bebauungsplan für das freiverdende Gelände erzielt werden. Den Stadtmagistrat darf ich ergebenst ersuchen, zu diesem Vorschlage Stellung zu nehmen.“

Der Magistrat hat sofort Anlaß genommen, den zur Prüfung des Bahnhofsjprojektes eingesetzten Ausschuß zu hören. Nun ist es klar, daß so ganz einfach und schnell die ganze Sache noch nicht gehen wird; Verhandlungen müssen selbstverständlich noch gepflogen werden, ich habe aber die Überzeugung, daß auf dieser Grundlage eine Einigung zustande kommt, und, meine Herren, ich glaube versichert sein zu können, daß, wenn Se. Hoheit der Herzog geäußert hat, seinen Wünschen würde es entsprechen, wenn diese Angelegenheit im neuen Jahre geordnet würde, dieser Wunsch von der ganzen Einwohnerschaft geteilt wird. Die endgültige Entscheidung über die Zulassung des Bahnhofs an der geplanten Stelle hängt von unserer Landesregierung ab, und da wäre es allerdings nicht angenehm, wenn, nachdem die Verhandlungen im Schoße der städtischen Behörden geführt sind, schließlich die Landesregierung das Projekt verwerfen sollte. Die Erklärung, die Herr Hesse hier vor einiger Zeit abgegeben hat, daß Se. Hoheit ein entschiedener Gegner des Projekts wäre, hat mich veranlaßt, an Se. Hoheit den Herzog bei der Neujahrscur die Frage zu richten, ob er gegen das letzte Projekt wäre. Der Herzog erwiderte darauf, er hätte diese Erklärung allerdings abgegeben, aber er hätte sich, nachdem er erfahren hätte, daß die Einwohnerschaft Braunschweigs durchweg mit dem neuen Projekt einverstanden und insbesondere eventuell bereit sei, selbst einen Teil des Bürgerparks dafür zu opfern, in seiner Ansicht reformiert; er nähme das Recht für sich in Anspruch, auch seine Ansicht zu ändern, wenn er sich überzeugt habe, daß seine frühere Ansicht nicht richtig gewesen wäre. Se. Hoheit erklärte, daß er jetzt für die Durchquerung des Bürgerparks wäre, wenn die städtischen Behörden sie wünschen. Unter diesen Umständen können wir allseitig hoffen, daß das Bahnhofsjprojekt in diesem Jahre wesentlich gefördert werden wird. Was an uns liegt, soll geschehen, um diesen Wunsch der Einwohnerschaft zu erfüllen. (Beifall.)

Vorsitzender: Dann möchte ich feststellen, welches der Wunsch der Versammlung ist, wie es mit der Anberaumung der Sitzungen gehalten werden soll. Sie werden mir bezeugen: Ich habe Wort gehalten und im letzten Vierteljahr

jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat eine Sitzung berufen, ganz gleich, wieviel Punkte der Tagesordnung vorlagen. Sie haben nun selbst ausprobieren können, wie sich das bewährt. Von vielen Seiten sind mir Wünsche vorgetragen, wieder zu der alten Gepflogenheit zurückzukehren und Versammlungen nur anzuüberaumen, wenn genügend Stoff vorliegt, besonders haben diesen Wunsch die Herren gehabt, die neben diesem Ehrenamte ein Geschäft haben oder in Amt und Stellung sind und haushälterisch mit ihrer Zeit umgehen müssen. Ich bitte Sie, über die Frage einfach abzustimmen, ich werde mich danach richten, was der Wunsch der Majorität ist. Ich bitte diejenigen Herren, die wünschen, zu der alten Gepflogenheit zurückzukehren, also nicht absolut für jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat eine Sitzung einberufen zu sehen wünschen, sondern es dem Vorsitzenden überlassen wollen, wann er es für nötig hält, eine Sitzung anzuüberaumen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist bei weitem die große Mehrheit. Ich werde also zu der alten Gepflogenheit zurückkehren, werde allerdings versuchen, die langen Tagesordnungen zu vermeiden. Aber Sie wissen selbst, daß das nicht immer in der Macht des Vorsitzenden liegt, da viele Sachen noch im letzten Augenblicke hinzukommen. — Für heute bin ich von vielen Herren darum gebeten, die Sitzung frühzeitig zu schließen. Ich denke, daß wir unsere Beratungen heute nicht bis über 7 Uhr ausdehnen.

Sodann bitte ich, mir zu erlauben, von der Tagesordnung in der Weise abzuweichen, daß wir mit den beiden Punkten, die durchaus erledigt werden sollen, das Krematorium und die Mittelschule, anfangen und die übrigen Punkte so weit erledigen, wie es möglich ist. Mit Ihrer Zustimmung behandeln wir zunächst: „Die Errichtung und Unterhaltung einer Feuerbestattungshalle auf dem Zentralfriedhofe.“ Ich bitte Herrn Dr. Wolters, den Vorsitz zu übernehmen, weil ich der Referent für die finanzielle Seite der Frage bin. Herr Frühling wird über die bautechnische Seite referieren.

Herr Wolters übernimmt den Vorsitz.

1. Errichtung und Unterhaltung einer Feuerbestattungshalle auf dem Zentralfriedhofe.

In der allen Stadtverordneten in autographierten Abzügen zugegangenen Vorlage gibt der Magistrat zum Schluß anheim:

1. den vorgelegten Entwurf, sowie den Terrainaustausch genehmigen und die Kosten mit insgesamt 229 030 M mit der Maßgabe bewilligen zu wollen, daß der das Fudelsche Vermächtnis übersteigende Betrag dem Extraordinarium zur Last gelegt, diesem aber die betreffende Summe vom 1. April 1913 an aus

dem Ausgleichsfonds in jährlichen Teilbeträgen von wenigstens 20 000 *M* allmählich wieder zugeführt wird;

2. den vorgelegten Teilortsbauplan genehmigen zu wollen;

3. der Wahl einer gemischten Deputation, der die Vergebung der Arbeiten usw. zugewiesen werden soll, zustimmen, eventuell auch die Wahl vornehmen zu wollen;

4. zu den von den kirchlichen Behörden beschlossenen Vorschriften über die Beisetzung von Aschenurnen und die Anlegung und Unterhaltung von Urnengräbern auf dem Zentralfriedhofe, und ebenso

5. zu den in der Vorlage unter V erörterten Fragen Stellung nehmen zu wollen.

Herr Fr ü h l i n g: Diese Angelegenheit ist in der vereinigten Bau- und Finanzkommission vorberaten. In Beziehung auf die bautechnische Seite der Frage habe ich zunächst darauf hinzuweisen, daß bereits in einer früheren Sitzung der Beschluß gefaßt war, das Krematorium auf dieser bestimmten Stelle zu errichten, und daß ferner schon durch den damals genehmigten Entwurf festgesetzt war, wie der Bau im ganzen gestaltet werden sollte. Es waren also jetzt die Grenzen für die Vorberatung sehr eng gezogen. Wir haben uns hauptsächlich darauf beschränken müssen, in dieser Beziehung festzustellen, ob das jetzige Projekt dem entspricht, was damals beschlossen war. Wir haben konstatieren können, daß Abweichungen von dem genehmigten Projekte nur insofern stattgefunden haben, als das Projekt reifer geworden ist, daß namentlich die unschönen beiden Schornsteine verschwunden sind und die Rauchabführung durch die Mitte des Kreuzturmes erfolgt. Darnach blieb uns weiter nichts übrig, als zu erklären, daß wir mit dieser Änderung einverstanden sind und Ihnen die Annahme so empfehlen können.

Unangenehm ist, daß die Baukosten wieder gestiegen sind, sie sollen jetzt 170 000 *M* betragen, das ist eine ganz bedeutende Steigerung gegen die früher in Aussicht genommenen 96 000 *M*. Hinzu kommen noch die Kosten für innere Einrichtung und Nebenanlagen, so daß im ganzen 201 800 *M* erforderlich werden. Das Terrain, auf dem das Krematorium errichtet werden soll, geht in den Besitz der Stadt über, und es muß nun für dieses Terrain, das bisher der Friedhofsverwaltung gehörte, Ersatz geschaffen werden. Er ist gefunden in einem Stücke, das dem Waisenhause gehört und an die Friedhofsgärtnerei grenzt und ungefähr in gleicher Größe dem Friedhofe überlassen werden soll. Eine bessere Lösung für diese Frage hat nach unserer Meinung nicht gefunden werden können, und so befürwortet die vereinigte Kommission, auch dieses zu genehmigen.

Es hat sich dann noch als notwendig herausgestellt, einen vorhandenen Weg (wie das auf dem ausgehängten, mittleren Plane dargestellt ist) etwas zu verlegen, damit bei dieser Terrainverteilung eine bessere Ausnutzung der übrigbleibenden Fläche erfolgen kann. Auch das hat die Kommission bewilligt. Die für den Erwerb der Erjagländerei aufzuwendenden Kosten betragen, bei 7 *M* pro Quadratmeter, im ganzen 27 230 *M*, so daß für die gesamte Anlage der Feuerbestattungshalle 229 030 *M* verausgabt werden. Was die Aufbringung dieser Mittel betrifft, so wird das mein Herr Korreferent erörtern. Im Namen der vereinigten Kommission empfehle ich Ihnen Annahme des Punktes 1 in dem Ersuchen des Magistrats.

Es bleibt mir noch übrig, auf eins zurückzugreifen. Es ist in der Öffentlichkeit vielfach darüber gesprochen und auch aus Sachverständigenkreisen an mich die Frage gerichtet worden, wie es komme, daß bei einer so hochwichtigen Angelegenheit, wie die Herstellung eines künstlerisch so bedeutenden Bauwerkes, nicht auch weitere künstlerische Kräfte zur Bearbeitung dieser Pläne herangezogen und nutzbar gemacht seien. Es würde dadurch, wie die Herren ausführten, eine weit bessere Klärung der Sache gewonnen worden sein, indem man die Bearbeitungen von verschiedenen Gesichtspunkten miteinander hätte vergleichen können und eine weit bessere Übersicht dessen gefunden haben würde, was hätte erreicht werden können. Es würde dabei auch möglich gewesen sein, an Stelle eines einzigen Entwurfes eine Auswahl von verschiedenen Entwürfen zu haben. Das würde von Vorteil sein, denn bei diesem einen Entwurfe sind wir immer gezwungen, ihn anzunehmen, oder es geht die ganze Sache von vorne an, indem wir das Projekt zurückweisen oder Ausstellungen machen, die in ihrer Abstellung zweifelhaft sind. Weiter wurde angeführt, daß dem Übelstande, daß die Kosten jetzt bei weiteren Bearbeitungen ständig steigen und wir zum Schluß nie vor großen Überschreitungen sicher sind, vorgebeugt werden könnte dadurch, daß bei einer Konkurrenz von vornherein die Bau Summe festgestellt würde. Endlich wurde noch hinzugefügt, daß die Heranziehung weiterer künstlerischer Kräfte die geistige Regsamkeit in der Stadt wesentlich anspornen und wohlthätige Folgen auf das künstlerische Leben, auf Kunst und Kunsthandwerk ausüben würde. Daran wurde die Frage geknüpft, warum die Baukommission nicht dafür gesorgt habe, daß derartige Gesichtspunkte zur Geltung kämen, zumal ein Projekt, wie das vorgelegte, mit seinen romanischen Formen einem Krematorium nicht entspräche? Darauf ist meine Antwort eine sehr einfache. Die Grenzen waren uns in der Baukommission vollständig gezogen, und diese Fragen überschreiten die uns gegebenen Grenzlinien. Wir hatten dieses Projekt zu begutachten und überdies auf das Vorprojekt Rücksicht zu nehmen. Es war nur möglich, auf das Projekt einzugehen, wenn man nicht im andern Falle ganz von vorn wieder an-

fangen wollte. Dazu ist niemand in der Baukommission und wohl auch niemand hier im Saal bereit gewesen, und so ist diese Frage gar nicht angeschnitten worden. Ich möchte allerdings meine persönliche Meinung noch dahin aussprechen, daß ähnliche Fragen bei anderen Bauten immer wieder auftreten und wohl ernste Berücksichtigung verdienen. Die Baukommission und einzelne Personen können selbstverständlich nicht anregen, daß in solcher Weise weitere künstlerische Kräfte für städtische Bauten nutzbar gemacht werden möchten. Soll das geschehen, so kann das nur der Initiative des Magistrats entspringen oder auch der städtischen Bauverwaltung. Wenn die städtische Bauverwaltung sich solchen Gründen anschließen und eine dankenswerte Selbstbeschränkung üben wollte, indem sie dem Magistrat mit entsprechenden Vorschlägen gleich bei Inangriffnahme derartiger Sachen an die Hand ginge, bevor das Projekt fertig ist und an uns herankommt, dann würde damit gewiß Gutes zu erreichen sein. Diese Anregung möchte ich für die Zukunft hier nebenbei von meiner Seite gegeben haben.

Über Punkt 2 des Ertrahens des Magistrats, der sich auf Änderung des Ortsbauplanes bezieht, habe ich schon gesprochen. Wir empfehlen, auch dem zuzustimmen.

Punkt 3 spricht von der Wahl einer gemischten Deputation. Diese soll dafür eingesetzt werden, daß man wegen kleiner Änderungen in dem Projekte nicht an die Versammlung zu gehen braucht, sie soll befugt sein, derartigen Änderungen zuzustimmen. Gegen Einsetzung einer solchen Kommission sind an sich keine Bedenken vorhanden, nur muß darauf hingewiesen werden, daß ein großer Segen für die Sache selbst davon nicht zu erwarten ist. Das Projekt liegt fertig vor, die Deputation wird weiter nichts tun können, als dafür sorgen, daß die Arbeiten nach den Vorschriften, die für die städtischen Bauten bestehen, ausgeführt werden, und das würde so wie so geschehen. Wenn jemand sich einbildete, daß die Deputation auf die äußere Ausgestaltung des Projekts noch wirksam werden könnte, so würde das ein Irrtum sein, ebenso wenn jemand glaubte, daß die Deputation imstande wäre, Kostenüberschreitungen zu verhindern. Wenn Sie die Ausführung des Projekts einmal bewilligt haben und es ist im Bau und kostet nachher mehr, als vorausgesehen war, so kann die Deputation und der Magistrat wohl sagen: „Das tut uns leid,“ wir werden aber mit dem Bau nicht aufhören können, sondern ihn fertigstellen und die Mehrkosten bewilligen müssen, aber verantwortlich etwa für Einhaltung des Kostenanschlages kann die Deputation nicht gemacht werden. Die vereinigte Bau- und Finanzkommission empfiehlt Ihnen, dem Magistratsantrage auf Wahl einer gemischten Deputation zu entsprechen, hält aber eine besondere Deputation nicht

für notwendig, sondern schlägt dafür die Mitglieder der bestehenden Deputation für Ausführung städtischer Bauarbeiten vor und stellt Ihnen anheim, sie durch zwei besonders interessierte oder befähigte Mitglieder zu ergänzen. Es werden dafür die Herren Rasche und Mohr vorgeschlagen.

Vorsitzender: Über die geschäftliche Behandlung möchte ich Ihnen vorschlagen, sie so vorzunehmen, wie es in den vereinigten Kommissionen geschehen ist: Zunächst Punkt 1—3 zu behandeln — abgesehen von dem finanziellen Teil dieses Punktes — und darnach über die beiden letzten Punkte 4 und 5 zu beraten. Ich nehme Ihr Einverständnis an, wenn sich kein Widerspruch erhebt. — Dann eröffne ich die Beratung über Punkt 1—3. — Es meldet sich niemand zum Wort. Ich bitte Herrn Hauswaldt, über die beiden letzten Punkte zu referieren.

Herr Hauswaldt: Ich bin seit langen Jahren Mitglied der Deputation für den Zentralfriedhof und habe infolgedessen das Referat übernommen, um einem unglücklichen anderen Referenten die Mühe abzunehmen, sich in die verschmitzten Bestimmungen des Friedhofs- und Begräbniswesens hineinzuarbeiten, die mir als Mitglied der Deputation bekannt sind.

Um die Sache beurteilen zu können, müssen sich die geehrten Herren gegenwärtigen, wie die augenblickliche Lage des Begräbniswesens ist. Die alten Friedhöfe, welche die einzelnen Kirchengemeinden besaßen, waren streng konfessionell, und auch unser heutiger Zentralfriedhof als solcher ist konfessionell. Sie wissen, daß die Stadt für den Zentralfriedhof 300 000 M à fonds perdu hergegeben hat, weil sie gezwungen ist, den Kirchen den Begräbnisplatz kostenfrei zu Verfügung zu stellen. Die späteren Kosten sind dann von der Kirchengemeinschaft selbst getragen, und die politische Gemeinde hat nicht mehr nötig gehabt, zu den Kosten beizusteuern. Die Verwaltung des Zentralfriedhofes ist einer sogenannten gemischten Deputation übertragen, die aus zwei Geistlichen, dem Herrn Oberbürgermeister, meiner Person und dem Friedhofsinspektor besteht. Es liegt im Interesse unserer politischen Gemeinde, daß dafür Sorge getragen wird, daß auch in Zukunft der Zentralfriedhof von einer derartigen gemischten Deputation, wo auch die Bürger mitzureden haben, verwaltet wird. Daß die Geistlichen in der Deputation uns keine Schwierigkeiten gemacht haben, brauche ich nicht anzuführen, das ist in Braunschweig selbstverständlich.

Nun liegt in Zukunft die Sache so: Der Zentralfriedhof ist eine konfessionelle Anlage, unser Krematorium mit dem Gelände, auf dem es steht, wird eine rein bürgerliche Anlage, wo die Kirche als solche nichts zu sagen hat. Es wird nun zu prüfen sein, ob es möglich ist und im Interesse der beiden Organe, der

politischen Gemeinde und der Kirchengemeinde, liegt, diese beiden an und für sich getrennten Anlagen zusammenarbeiten zu lassen, und da scheint es mir, wie man im Kirchenkonvent, im Kirchenkastenkollegium und auch in der Deputation für den Zentralfriedhof überall einer Meinung war, daß es im Interesse aller läge, wenn das neue Krematorium an unser bisheriges Begräbnißwesen angegliedert würde, vorausgesetzt, daß in diesem Krematorium wir als bürgerliche Gemeinde absolut allein Bestimmungen zu treffen hätten. Ich sehe darin einen Schritt zu dem von mir immer als wünschenswert anerkannten Ziele der Verbürgerlichung des Friedhofswesens und der schließlichen In-die-Hand-nahme des Begräbnißwesens von seiten der bürgerlichen Gemeinde. Wenn man dieses Zusammenarbeiten nicht herbeiführte, so müßte die politische Gemeinde sich einen Bauplatz sichern, sagen wir einmal jenseits des Zentralfriedhofes, sie müßte dort das Krematorium bauen, Wohnung für die ganze Bedienung besorgen, und es würde das Unangenehme bestehen, daß wir in den langen Jahren, bis einmal einheitlich alle Toten verbrannt würden, — wenn es dahin kommen sollte — die einzelnen Familienglieder, die erdbestattet wurden, und die anderen, die sich verbrennen ließen, auf getrennten Friedhöfen zur Ruhe bringen müßten. Es liegt doch im Interesse jedes einzelnen, in dessen Familie Trauerfälle vorkommen, daß er an der einen Stelle sowohl die erdbestatteten als die verbrannten Angehörigen beisetzen lassen kann, um sie dort zusammenzuhaben und pietätvoll für ihre Reste zu sorgen.

Bei der Frage, wie die einzelnen Interessen der Kirche und der bürgerlichen Gemeinde, soweit sie auseinandergehen, miteinander zu vereinigen sind, muß man sich vor Augen halten, daß die Kirchengemeinde das Begräbnißwesen seit Hunderten von Jahren als eine Einnahmequelle benutzt hat, man könnte sagen, die Kirchengemeinde hat von den Toten gelebt. Sie hat allerdings die allerbilligsten und einfachsten Begräbnißplätze im Preise so gehalten, daß nicht viel mehr erhoben wird als die eigenen Unkosten betragen, aber durch eine komplizierte Steigerung der Kosten, die einige von Ihnen gewiß auch schon das Unglück gehabt haben kennen zu lernen, durch Einteilung in Klassen und anderes, hat sie eine Stufenfolge für die Gebühren geschaffen und in sehr feiner Weise sogar noch auf den Transport der Verstorbenen ausgedehnt. Sie wissen, daß es nicht halb so viel kostet, wenn ein Leichentransport mit zwei Pferden ausgeführt wird, als ein solcher mit vier Pferden, daß auch sämtliche Nebenkosten und Sporteln steigen, sobald das Begräbniß nicht ganz schlicht ist. In der letzten Zeit ist man so weit gegangen, daß man kostbare Denkmäler auf dem Friedhofe mit 10 Prozent ihres Wertes besteuert hat. Alle derartigen Sachen sind darauf zugeschnitten, daß der wohlhabende Mann, der Luxus mit dem

Begräbnis treibt, hohe Kosten bezahlt und der wenig bemittelte das Begräbnis billig hat. Ich habe das immer für eine glückliche Idee gehalten, und sie hat sich finanziell bewährt.

Nun liegt die Sache mit dem Krematorium aber anders. Wenn die politische Gemeinde das Begräbnis ordnet, so kann sie diese Art finanzielle Rücksicht nicht haben. Wir können nicht ein Geschäft mit der Art und Weise machen, wie die Aschenurnen beigelegt werden, und wie das ganze Beisetzungsweisen der Verbrannten geordnet wird. Wir hatten also das entgegengesetzte Interesse wie die Kirche, denn die Vertreter der Bürgerschaft haben immer darauf gehalten, die Kosten für die Beisetzung herunterzudrücken, und ich will gleich sagen, daß uns von seiten der kirchlichen Organe nicht die geringste Schwierigkeit gemacht ist, sondern daß sie uns entgegengekommen sind. Wenn Sie den Tarif ansehen, werden Sie mir recht geben: es sind nur die allerminimalsten Sätze genommen, die kaum die Selbstkosten decken. Es hat allerdings bei der einen Art etwas mehr genommen werden müssen, weil bei der andern die Kosten ganz gestrichen sind. So wird für die Beförderung einer Urne zu einem Reihengrabe nichts berechnet, dagegen für die Beförderung zu einem eigenen oder Familiengrabe 3 M., denn auch diese Beförderung muß in pietätvoller Weise geschehen; der Tod ist eine Majestät, wenn auch düster und schmerzenvoll, so muß denn alles mit Geschmack und Würde ausgeführt werden. — Es haben nun zunächst die Friedhofsdeputation und dann die anderen kirchlichen Organe, wie das Kirchenfassenkollegium, die Neuordnung beraten. Durch alle diese Organe ist die Neuordnung bewilligt. Wenn Sie der Sache zustimmen, so wäre sie damit erledigt. Es würde aber eine schwierige Sache sein, wenn Sie — wie ja vollkommen Ihr Recht ist — Änderungen vornehmen und die ganze Angelegenheit zurückgehen müßte und auch die kirchlichen Organe noch einmal gehört werden müßten.

Die Grundgedanken, die der ganzen Neuordnung zugrunde gelegen haben, möchte ich in ein paar Punkten folgendermaßen skizzieren. Es ist zunächst die Idee verfolgt, es müßte dafür gesorgt werden, daß die Aschenreste unserer Verstorbenen nach einer gewissen Zeit in der Erde verschwinden, daß es wünschenswert wäre, daß die aus einer gewissen Pietät, aus einer über das Grab hinausreichenden Liebe zu den Verstorbenen entspringende Fürsorge, die sterblichen Überreste aufzubewahren, nicht auf die Asche ausgedehnt würde. Denn wenn die Leichen schließlich auch von selbst verschwinden, allerdings nicht in gerade angenehmer Weise, so ist die Sache bei den Aschenüberresten noch viel komplizierter. Ein solcher Aschenüberrest, der sich in einem Gefäß von Marmor oder Zement befindet, würde nach 25 Jahren noch genau so aussehen, wie er augenblicklich in die Erde gerodet wird, und die Verschonzeit, die vorgesehen ist, würde

keinen Zweck haben. Wenn auch die Asche unserer durch Feuer bestatteten Mitbürger eine Zeitlang in der Erde ruhen soll, so muß doch schließlich der Zeitpunkt eintreten, wo die Asche verschwindet.

Sodann haben wir festgestellt, daß auch bei Aschenüberresten dieselbe Pietät gewahrt werden müßte wie bei Leichenbegräbnissen, und haben ferner den Gedanken festgehalten, daß mit derartigen Grabstätten für Urnen, die sich noch mehr für alle möglichen ästhetischen Spielereien eignen als ein einfaches Grab, sich nicht etwa das Geschäft aufmachen dürfte und auf den Gedanken kommen, ein Terrain zu kaufen, herzurichten und zu höherem Preise für die Aschenurnen herzugeben.

Weiter ist darauf zu sehen, daß jedes Urnengrab auch nachweisbar sein muß; durch die Bücher muß sich feststellen lassen, an diesem Orte liegt die Asche von dem und dem begraben. Auf dem jetzigen Friedhofe ist dies auch scheinbar sehr genau durchgeführt, ein Wissender aber wie ich kann Ihnen sagen, daß alle Jahre auf einem alten kirchlichen Friedhofe eine Feier an einem Grabe veranstaltet wird, von dem ich fest voraussetze, daß der betreffende, dem die Feier gilt, dort nicht liegt. Bei Aschenüberresten würde es noch schwieriger sein festzustellen, wo der einzelne begraben liegt, wenn der Platz nicht genau bezeichnet wäre. —

Auf die langen Jahre des Übergangs hin, wo einzelne Familien, die zur Feuerbestattung übergehen, doch noch eine Reihe von Erdbegräbnissen haben und pflegen, muß Vorkehrung getroffen werden, daß in den Begräbnisstätten, wo Särge beigesetzt sind, auch Aschenurnen beigesetzt werden können, selbstverständlich mit Ehrfurcht vor dem Erdbegräbnis. — Dann mußte geordnet werden, daß, wer ein Erdbegräbnis gekauft und nicht belegt hat, in der Lage sein muß, dieses gekaufte Terrain zum Begräbnis von Aschenurnen zu verwenden.

Aus allen diesen Gesichtspunkten heraus ist nun ein „Nachtrag zur neuen Friedhofs- und Begräbnisordnung für die Stadtgemeinden zu Braunschweig“ hervorgegangen, der Ihnen in dieser Druckschrift Nummer 13 400 vorliegt, und in dem die vorgetragenen einzelnen Punkte klassifiziert sind. Sie würden zum Verständnis des Ganzen die Friedhofs- und Begräbnisordnung für die Gemeinde Braunschweig vom Jahre 1887 in die Hand zu nehmen haben. In diese hineingearbeitet ist diese neue Art der Begräbnisordnung, denn wir haben festgehalten: Wir wollen den ganzen Friedhof, wie er ist, auch zu Aschenbegräbnissen freistellen, so daß es nicht etwa heißen kann, wie es in manchen Kreisen der Fall ist, daß die Feuerbestattung ein Begräbnis zweiter Klasse nach sich zieht. Es werden durch den Friedhofsverwalter Heumann große Pläne vom ganzen Friedhof angefertigt werden, in denen die einzelnen kleinen Gelände für die

Aschenbestattung rot schraffiert werden. Diese Pläne werden dem Leidtragenden, der das Grab für den eingäscherten Freund zu besorgen hat, zur Auswahl des Platzes vorgelegt. Die Punkte sind durch den ganzen Friedhof hin zerstreut, so daß eine vollkommene Gleichstellung zwischen dem Aschenbegräbnis und dem Erdbegräbnis stattfindet. Allein das ästhetische Gefühl soll für die Wahl der Begräbnisart maßgebend sein.

Ich möchte nun vorschlagen, die Sache folgendermaßen zu erledigen: erst das Statut durchzugehen und zu prüfen (wo noch Fragen zu stellen sind, werde ich Auskunft geben können), sodann die auf Seite 8 der Vorlage unter V angegebenen allgemeinen Gesichtspunkte zu besprechen, die der Magistrat von Ihnen gutgeheißen wünscht, hierauf die finanzielle Seite zu besprechen und schließlich die Punkte 1—4 noch einmal im ganzen gutzuheißen.

Vorsitzender: Ich darf wegen der geschäftlichen Behandlung folgendes sagen: Ich fasse die bisherigen Bemerkungen als zur allgemeinen Beratung gehörig auf. Ehe wir in die besondere Beratung eintreten, würde es erforderlich sein, daß wir über den baulichen Teil abstimmen. Dann könnten wir später zur Abstimmung über die einzelnen Punkte schreiten.

Herr Hauswaldt: In der Kommission haben wir die Abstimmung ausgeübt, bis das Statut erledigt war. Wir können es zwar auch anders machen, aber es würde jede vorherige Abstimmung hinfällig werden, wenn später an dem Statut Änderungen getroffen werden.

Vorsitzender: Dann bitte ich den Herrn Referenten fortzufahren.

Artikel I.

Herr Hauswaldt: In Artikel I wird gesagt, daß die kirchlichen Organe die Leichenhalle zu absolut freiem Gebrauche für jede Leiche, die verbrannt werden soll, zur Verfügung stellen; es wird kein Unterschied gemacht, ob ein Erdbegräbnis oder eine Feuerbestattung gewünscht wird. Ich möchte dazu noch sagen: Leider wird so ungeheuer wenig Gebrauch von der Leichenhalle gemacht und die Verstorbenen lieber in engen Kammern aufbewahrt. Ich möchte noch hervorheben, daß die Gebühren so gering sind: eine Einzelkammer kostet 2 *M* pro Tag, eine Aufstellung im Saale erster Klasse 1 *M* und sonst 50 Pfennig. Im Kellergechoß ist es ganz frei. Auch diese große Annehmlichkeit hygienischer und ästhetischer Natur würde denen, die ihre Verstorbenen verbrennen lassen wollen, zur Verfügung stehen.

Vorsitzender: Wenn sich niemand zum Worte meldet, so nehme ich an, daß Sie mit dem vorgetragenen Paragraphen einverstanden sind. — (Es meldet sich niemand zum Worte.)

Artikel II.

(Der Herr Referent gibt bei jedem Abschnitt kurz den Inhalt an.)

§§ 1, 2 und 3 werden ohne weitere Bemerkungen und Debatten erledigt.

Zu § 4, 1.

Herr Hauswaldt: In § 4 finden Sie die Grundsätze für die Erwerbung der Urnengräber. Nach Punkt 1 wird unterschieden zwischen Reihengräbern, eigenen Urnengräbern und Familien-Urnengräbern. Wir haben uns bei der Einteilung nicht auf so viele Unterschiede eingelassen, wie bei dem Erdbegräbnis stattfinden. Aber eine gewisse Abstufung muß eingehalten werden, sonst würde der Nachtrag nicht zu der alten Friedhofsordnung passen. Um die Reihengräber so billig hergeben zu können, war es nötig, die eigenen und Familien-Urnengräber etwas teurer zu halten.

Zu § 4, 4.

Herr Hauswaldt: Für die kleinen Urnengräber, in denen eine einzelne Urne für sich allein aufbewahrt wird, würde sich von selbst ein Grabhügel verbieten. Wir waren aber auch der Ansicht, daß überhaupt ein Fortschritt darin gesehen werden müßte, daß die häßlichen Grabhügel, die bei den Reihengräbern so abschreckend wirken, verschwinden, um zu dem Waldfriedhof überzugehen. Selbstverständlich ist es nicht ausgeschlossen, daß jemand, der ein größeres Terrain für Versenkung von Urnen kauft, darüber eine Erhöhung anlegen kann, um zu kennzeichnen, daß an der bestimmten Stelle das Grab ist. Nur die Aufschüttung von Grabhügeln ist verboten.

Zu § 4, 9.

Herr Hauswaldt: Sie wissen, daß jetzt ausgemauerte Grüste zwar sehr teuer, aber doch zugelassen sind. Wenn Sie aber hören, zu welcher unsagbar schrecklichen Verhältnissen es geführt hat, wenn derartige Grüste vernachlässigt werden und Wasser und Schnee eindringen, so daß der Verfall in den Gräbern zu einer Scheußlichkeit wird, dann werden Sie empfinden, daß es wünschenswert ist, daß solche Grüste von den Kirchhöfen verschwinden. Die nun einmal existieren, können wir nicht verschwinden lassen; insofern haben wir auch zugelassen, daß diejenigen, die solche Grüste besitzen, hier Urnen niederlegen

können. Von neuem aber derartige Grüfte zuzulassen, halten wir nicht für wünschenswert.

Zu § 4, 10.

Herr Hauswaldt: Selbstverständlich ist nichts dagegen zu sagen, wenn die Familie die Urne nach der Feuerbestattung selbst an sich nehmen will, bei sich aufbewahren, die Asche ins Wasser schütten oder in die Luft zerstreuen will. Nur solange die Urne in der Verwaltung des Friedhofes ist, muß in würdiger Weise der Transport vor sich gehen.

Zu § 4, 11.

Herr Hauswaldt: Es ist die Bestimmung getroffen, daß nur Familienangehörige zusammen in Urnengräbern bestattet werden sollen, aber es ist auch die Möglichkeit zugelassen, dort einen Freund beizusetzen, nur muß die Genehmigung der Friedhofsdeputation hierzu eingeholt werden. Das ist bestimmt, um geschäftlichen Manipulationen die Spitze abzubreaken.

Nach § 4, 13 ergreift das Wort

Herr Altmann: Der Herr Referent hat darauf hingewiesen, daß der große Unterschied, der auf unserem Zentralfriedhofe in der Klassifizierung und Spezialisierung der verschiedenen Preise vorhanden ist, hier nicht gemacht werden soll, und ich erkenne das wohl an. Er führt jetzt bei § 4 unter 1 an, daß es nicht anders möglich gewesen wäre, als für die Preise der Reihe-Urnengräber, der eigenen Urnengräber und der Familien-Urnengräber einen Unterschied zu machen, damit die Stadt auf ihre Kosten komme. Ich meine, die Begründung des Herrn Referenten zu diesem Punkte nicht anerkennen zu können, und möchte dringend bitten, die Klassifizierung hier wenigstens, wo die Stadt sowieso schon gegenüber den früheren kirchlichen Begräbnissen entgegengekommen ist, nicht vorzunehmen. Ich habe auch in den Bestimmungen gefunden, daß bei Reihengräbern Denkmäler und Denksteine nicht gestattet sein sollen. Ich halte das für eine Zurücksetzung und möchte den praktischen Grund hören, warum das nicht sein soll. Man kann wohl den Fall annehmen, daß jemand in einem Reihengrabe die Asche eines Angehörigen beisetzen läßt und später die Verhältnisse der Familie sich bessern, oder daß ein Verwandter ein Denkmal setzen lassen will. Das soll dann nicht zulässig sein! Ich möchte doch bitten, davon Abstand zu nehmen und die einzelnen Gräber gleichmäßig zu behandeln. Ich weiß nicht, ob in der Kommission das Vorgetragene erörtert ist, denn ich habe nicht Gelegenheit gehabt, einen der Herren aus der Kommission darüber zu sprechen.

Herr Hauswaldt: Zunächst wünscht Herr Altmann die absolut gleichmäßige Behandlung der Reihen- und Familien-Urnengräber. In § 10 finden Sie die Gebühren aufgeführt. Es wird für Zulassung einer Urne in einem Reihengrabe 1 *M* verlangt, für die in eigenem Grabe 10 *M* und bei Familiengräbern 30 *M*. Wenn die Stadt nun bei einer gleichmäßigen Behandlung aller Gräber auf ihre Kosten kommen will, so müßte sie selbstverständlich von diesen drei verschiedenen Gräbern den Durchschnittssatz nehmen und die Kosten des billigen Reihengrabes ungeheuer erhöhen. Das liegt nicht im Interesse des Unbemittelten; weshalb sollte der Unbemittelte 12 *M* statt 1 *M* bezahlen und der Wohlhabende dafür um so weniger? Die Abschnitte, welche von der Friedhofsverwaltung für Urnenbegräbnisse zur Verfügung gestellt werden, sind natürlich verschieden an Wert. Bis jetzt hat sich die Gebühr darnach gerichtet, ob die Begräbnisstätten an einem Hauptwege lagen oder nicht. Dadurch klassifizieren sich die Begräbnisstätten von selbst, und daß man sie verschiedenartig bezahlen läßt, finde ich als im Interesse des Unbemittelten liegend. Es würde auch nicht zu der alten Begräbnisordnung passen, wenn man bei der Urnenbeisetzung alles gleichmachen wollte.

Die zweite Frage des Herrn Altmann bezog sich auf den Schmutz des Reihengrabes. Schon jetzt kann auf einem Reihengrabe ein Denkmal nicht gesetzt werden, denn die einzelnen Gräber sind so schmal bemessen, daß auf dem Platze nur ein Verstorbener zu begraben ist, und die Verschonungszeit ist so gering, daß es nicht angebracht ist, große Postamente und Denkmäler hier aufzustellen. Wer sich einen Luxus auf dem Friedhofe erlauben will, muß auch für das Grab als solches tiefer in denbeutel greifen, und er kann das auch. Auf einem Reihen-Urnengrabe, welches nur 60 × 80 cm groß ist, würde ein Denkmal überhaupt nicht möglich sein. Und Denkmäler, die ohne jede Untermauerung in den Sand gesetzt werden, bilden das Schrecklichste, was man auf alten Friedhöfen sehen kann. Sie stehen nach wenig Jahren durch Regen und Auswaschung des Bodens schief und krumm, fallen um, man muß sie schließlich herunternehmen, weil sie lebensgefährlich geworden sind. — Ein derartiger Fall, wie ihn Herr Altmann anführt, würde folgendermaßen erledigt und wird in Braunschweig in dieser Weise jede Woche erledigt: Wenn die Verhältnisse der Familie sich bessern, und der Sohn oder die Witwe einen Antrag stellen, so wird die Leiche exhumiert und in das neue Grab, das eine längere Verschonungszeit hat und dessen Platz von dem Betreffenden gekauft ist, aufs neue bestattet, und nun kann das Denkmal gesetzt werden. Das dürfen wir nicht vergessen: Jemand, der Luxus beim Tode treiben will, braucht nicht das allerbilligste Grab zu nehmen. — Ich bitte, aus allen diesen Gründen es bei der vorgeschlagenen Bestimmung zu lassen.

Herr A h m a n n: Vom Standpunkte des Herrn Referenten aus betrachtet, wenn die Klassifizierung des Menschen auch nach seinem Tode noch nach seinem Vermögen vorgenommen werden soll, mag es richtig erscheinen, was zur Begründung vorgebracht wird. Wenn man aber sagt, daß nach dem Tode alle Menschen gleich sind, wie das schon oft betont ist, dann sollte man dazu übergehen, das Begräbniswesen als ein unentgeltliches zu gestalten und die Kosten dafür der Gemeinde aufzuerlegen. Nicht nur von meinen politischen Freunden allein wird das gewünscht. Nach dem Tode soll doch jeder Reiche seinem Mitmenschen gleich sein, dann dürfen Sie auch die Klassifizierung nicht mehr vornehmen. — Was nun das betrifft, was der Herr Referent in bezug auf Denkmäler und Denksteine anführte, so denke ich nicht an hohe Denkmäler auf diesen kleinen Plätzen von 60 × 80 cm, sondern an einfache Denksteine oder Tafeln. Aber auch die erscheinen mir nach der Vorlage vollständig verboten. (Zuruf: Die sind erlaubt.) Dann würde dieses eine Moment wegfallen. Ich möchte Sie aber doch noch einmal bitten, in der neuen Vorlage, die tatsächlich aus dem allgemeinen Gesichtspunkte hervorgegangen ist, das Begräbniswesen mehr von Toleranz begleitet zu gestalten, als es bei dem kirchlichen Begräbnis der Fall ist, diesen Punkt noch einmal zu beraten. Ich schlage erneut vor, eine Änderung in der Richtung zu machen, daß die Preise gleich sein sollen. Der Herr Referent hat gesagt, daß die Festsetzung auf 1, 10 und 30 *M* notwendig sei, um die Kosten decken zu können. Das erscheint richtig, wenn die Kosten auf alle Fälle von den Nachbleibenden bezahlt werden müssen. Wenn man sich aber auf den Standpunkt stellt, auf dem ich stehe, dann muß man der Meinung sein, daß die Kosten von der Allgemeinheit getragen werden sollen, und dann muß man die Einnahmen der Kommune anders gestalten, als sie heute gestaltet sind.

Vor s i ß e n d e r: Wünsche, die Höhe der Gebühren betreffend, würden zu § 10 gehören.

Herr A h m a n n: Es deckt sich allerdings der § 10 in dieser Hinsicht mit dem § 4; es müßten dann beide Paragraphen zurückverwiesen werden.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e n e r: Zunächst möchte ich Herrn Ahmann darauf hinweisen, daß die städtischen Behörden selbstverständlich nicht in der Lage sind, diese Vorschriften zu ändern. Die Sache liegt so: Die Kirchen sind verpflichtet, die Aschenurnen auf ihren Friedhöfen aufzunehmen, die Bedingungen aber, unter denen die Aufnahme der Aschenurnen erfolgen soll, stellen die kirchlichen Behörden fest. Wenn nun die städtischen Behörden mit den Bedingungen, die die kirchlichen Behörden aufgestellt haben, und die wir Ihnen

hier zur Kenntnissnahme vorlegen, nicht zufrieden sind, dann können die städtischen Behörden nicht sagen: „Wir dekretieren Änderung der Bedingungen!“ — das steht uns nicht zu — sondern sie können nur sagen: „Wir vermeiden den Zentralfriedhof und bauen uns einen eigenen Friedhof.“ Ob nun die angeregte Frage von der Bedeutung ist, um deswegen einen eigenen Urnenfriedhof anzulegen, möchte ich dahingestellt sein lassen. Darin pflichte ich Herrn Altmann bei: Nach dem Tode sind wir alle gleich. Aber wenn wir hier dieser Idee folgen und sagen wollten: „Die Plätze auf dem Friedhofe werden ohne Ansehen der Person vergeben“, so möchte ich einmal sehen, wer es fertigbringt, die Vergabung so auszuführen, daß er allseitig Anklang findet. Sie mögen machen, was Sie wollen, die Plätze werden von dem, der sie haben will, immer verschieden bewertet werden. Es wird ewig so bleiben, daß ein Platz an hervorragender Stelle gesuchter ist als ein solcher, der hinter den Leuten liegt. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, jeden Platz an eine hervorragende Stelle zu legen. Wer sollte darüber entscheiden, wo wir beiden, Herr Altmann und ich, um bei unserer Person zu bleiben, beigelegt werden, wenn wir, beziehungsweise unsere Angehörigen, den Platz nicht bezahlen? Es würde sogleich Streit entstehen. Wollen Sie die Plätze etwa verlosen? Das fände ich unwürdig. Es bleibt nichts übrig, als daß der Wert des Platzes als solcher entscheidet.

Nun bedauert Herr Altmann, daß überhaupt noch Gebühren für Begräbnisse erhoben werden. Ich habe versucht, in der Vorlage klarzulegen, daß der Luxus bei Begräbnissen immer bleiben wird, und wenn man sieht, welcher Luxus heutzutage bei manchen Begräbnissen getrieben wird, und wie unangemessenerweise häufig die Kosten bei den Begräbnissen gegenüber den Verhältnissen der Leute aufgebauht werden, dann muß man sagen: Es ist durchaus gerechtfertigt, wenn die Kirche ihr Scherflein dabei beansprucht. Ich habe die Überzeugung, wenn auch die Kirche die Begräbnisse vollständig unentgeltlich gestalten würde, so würde der Luxus nur noch größer werden, und das wäre nicht gerechtfertigt.

Lassen Sie uns einfach fragen: „Sind wir im allgemeinen mit den Bedingungen, welche die kirchlichen Behörden aufgestellt haben, zufrieden und können wir auf Schaffung eines eigenen Urnenfriedhofes verzichten?“ Ist das der Fall, dann sollen wir dahin streben, daß der Begräbnisplatz für beide Bestattungsarten ein gemeinsamer wird — wie der Herr Referent schon hervorgehoben hat — und unsererseits zustimmen.

Herr Hauswaldt: Ich möchte hierzu noch den § 24, Nr. 5 der Friedhofordnung verlesen, wozu dieser Anhang eine Ergänzung ist. Er lautet: „Auf solchen Reibegräbern dürfen sogenannte Kissensteine oder hölzerne Kreuze

aufgelegt und hölzerne Gitter bis zu 1 m Höhe, auch niedrige Grottensteine angebracht werden. Eine hierüber hinausgehende, jedoch in den Grenzen der Ausschmückung von Gräbern 2. Klasse sich haltende Verzierung eines Reihengrabes ist gegen Erlegung einer besonderen Verleihungsgebühr gestattet.“

Das wird natürlich auch für Reihen-Urnengräber gelten.

Herr *Altmann* möchte ich noch erwidern: Wir haben über alle diese Sachen in der Kommission eingehend gesprochen. Ich gebe zu: In der Theorie hat es etwas Verlockendes, zu sagen: „Da alle nach dem Tode gleich sind, so muß auch das Begräbniß für alle gleichartig gestaltet werden.“ Das bleibt aber, wie so vieles im Leben, nur Theorie. Bestände für unseren jetzigen Zentralfriedhof das Verbot, den einen auch nur im geringsten anders zu bestatten, als den andern, so würde der Friedhof eine Wüstenei sein und würde aussehen, wie alle die unglücklichen Parzellen der Reihengräber, die schon nach wenigen Wochen vergessen werden. Allerdings ist der eine Tote dem andern gleich, aber solange wir noch den Klassenstaat haben — darin werden Sie mir recht geben — wird es dem einzelnen Hinterbliebenen überlassen bleiben, wie er seine Toten ehrt. Ich würde es entsetzlich finden, wenn der geringste Prunk oder Luxus bei meinem Begräbniß gemacht wird. Der Tod ist eine so ernste Sache, daß mir jeder Luxus dabei verhaßt ist. Aber manche Leute denken anders darüber.

Vorsitzender: Wie schon mehrfach hervorgehoben, ist der Nachtrag von den kirchlichen Behörden beschloffen und uns nur zur Stellungnahme überwiesen. Sollte jemand der Herren irgend welche Wünsche dazu äußern wollen, so bitte ich sie mir schriftlich aus. — Da das nicht geschieht, nehme ich an, daß die Mehrheit irgend welche Erinnerungen zu § 4 nicht zu machen hat.

Zu § 10.

Herr *Hauswaldt*: Bei diesem Paragraphen möchte von Interesse sein, sich über die Kosten eines Erdbegräbnisses und einer Feuerbestattung klar zu werden. Wenn ich von den Kosten, welche die Verbrennung selbst macht, absehe, so stellt sich die Sache folgendermaßen: Die geringsten Kosten für eine Urnenbeisetzung in einem Reihengrab würden 4 *M* betragen, die jetzigen Kosten bei einem Erdbegräbniß 9 *M*; die Kosten für eine Urnenbeisetzung im eigenen Grab 20 *M*, jetzt 70 *M*; die Kosten für ein Familien-Urnengrab sind 100 *M*, jetzt 400 *M*. Sie sehen, daß das Begräbniß selber sich bedeutend verbilligt. Daß, wenn man schließlich die Verbrennungskosten mitrechnet, die Feuerbestattung auf absehbare Zeit immer noch teurer sein wird als die Erdbestattung, unterliegt natürlich für uns alle, die wir uns damit befaßt haben, keinem Zweifel.

Artikel III und IV werden ohne Debatte erledigt.

Vorsitzender: Nachdem aus unserer Versammlung zu sämtlichen Punkten des Nachtrages keinerlei Wünsche mehr eingegangen sind, nehme ich als Beschluß der Versammlung an, daß zu dem gesamten Nachtrage die Versammlung irgend welche Wünsche nicht zu äußern hat.

Es folgt die Beratung der unter V der Magistratsvorlage aufgeführten Fragen.

Herr Hauswaldt: Unter V ist auseinandergelegt, wie für die Übergangszeit die Sache gedacht ist. Es wäre fehlerhaft, wenn wir nicht das Angebot annehmen wollten, daß ein Beamter des Zentralfriedhofs, solange es angeht, die Aufsicht im Krematorium führen soll. Später werden die städtischen Behörden ein Statut über die Kosten der Verbrennung und die Einzelheiten der Einschäferung selbst erlassen müssen. Der Magistrat legt Wert darauf, schon jetzt die Ansichten der Versammlung über die einstweilige Verwaltung kennen zu lernen. Ich bitte Sie im Namen der vereinigten Kommission, zu erklären, daß Sie mit den unter V aufgeführten Grundätzen einverstanden sind.

Vorsitzender: Ich nehme als Beschluß der Versammlung an, daß die unter V dargelegten Gesichtspunkte als maßgebend anerkannt werden sollen.

Finanzielle Seite der Frage.

Herr Hauswaldt: Meine Herren! Sie sehen aus der Vorlage, daß die Feuerbestattungsanlage recht viel Geld kosten wird, im ganzen 229 030 M. Das Züdel'sche Vermächtnis mit 50 000 M. würde ja von den Kosten heruntergehen. Die hierdurch nicht gedeckten Kosten sollen einstweilen dem Extraordinarium der Kämmererkasse zur Last gelegt werden; diesem aber sollen die entnommenen Mittel vom 1. April 1913 an aus dem Ausgleichsfonds in jährlichen Teilbeträgen von 20 000 M. wieder zugeführt werden, mit anderen Worten, die Kosten sollen aus dem Ausgleichsfonds aufgebracht werden. Das hielten wir in der Finanzkommission für eine glückliche Lösung, denn wenn aus dem Extraordinarium die Kosten dauernd bestritten werden müßten, so müßten auch noch Amortisation und Zinsen bezahlt werden, und die Verwaltungskosten würden teurer aussehen als auf die vorgeschlagene Weise. Ich habe namens der Finanzkommission vorzuschlagen, dem Punkte 1 des Magistratsantrages und, soweit sich Punkt 3 finanziell auffassen läßt, auch diesem zuzustimmen. — Über den Terraineustausch hat mein verehrter Herr Korreferent schon gesprochen.

Vorsitzender: Ich stelle nunmehr den ersten Magistratsantrag zur Abstimmung. (Verliest den Antrag.) Ich bitte diejenigen Herren, die diesem

Vorschläge zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Die Zustimmung ist erfolgt.

Der Nummer 2 des Magistratsantrages stimmt die Versammlung gleichfalls zu.

Vorsitzender: Zu Nummer 3 ist vorgeschlagen, außer der Deputation für Ausführung der städtischen Bauarbeiten noch die Herren Mohr und Rajche zu wählen. Ich bitte die Herren, die mit dieser Zusammenfassung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Die Versammlung ist damit einverstanden.

Nummer 4 und 5 gilt als durch unsere Verhandlungen von vorhin erledigt. Nun bitte ich noch, über die ganze Vorlage abzustimmen. Wer für Annahme der ganzen Vorlage ist, möge die Hand erheben. (Geschicht.) Die Versammlung ist dafür.

Damit ist dieser Punkt unserer Tagesordnung erledigt.

Herr Hauswaldt übernimmt den Vorsitz wieder.

2. Erbauung einer Knabenmittelschule am Siegesplatze.

Herr Frühling: Die Knabenmittelschule hat die Herren schon früher beschäftigt. Im Februar vorigen Jahres ist beschlossen, diese Schule zu errichten, und zwar zunächst mit zwei Klassen, so daß Ostern 1913 Räume für 6 Klassen nötig werden. In der Zwischenzeit ist seitens der städtischen Bauverwaltung das hier ausgehängte Projekt für die Mittelschule am Siegesplatze ausgearbeitet.

Es kommt zunächst die Platzwahl in Frage. Diese ist vielfach angefochten. Es ist hervorgehoben, daß es zweckmäßig wäre, den Platz am Siegesplatze für die in Aussicht stehende Badeanstalt zu reservieren. Die städtische Bauverwaltung hat den Platz daraufhin untersucht, und es hat sich ergeben, daß er für diese Einrichtung zu klein ist; es müßten dazu noch Gebäudekomplexe nach der Mönchstraße zu angekauft werden. Außerdem würde die Erbauung einer Badeanstalt auf diesem Platze nicht besonders empfehlenswert sein, weil sie hier mit ihren Fronten nach allen Seiten freistehen und dadurch erheblich mehr Kosten erfordern würde, als wenn sie auf einem Grundstücke mit weitem Hinterland erbaut würde. Außerdem steht noch nicht fest, wieviel Gelände die Bedürfnisse der Badeanstalt verlangen. Jedenfalls würden hier kaum die Kessel der Anlage errichtet werden können. Es ist in der vereinigten Schul- und Bau-

kommission weiter erörtert, auf welche Plätze der inneren Stadt die Mittelschule sonst wohl gebaut werden könnte. Es sind mehrere Projekte vorgelegt, aber nicht genehmigt worden. Vielmehr ist die Platzfrage dahin entschieden, daß die vereinigte Schul- und Baukommission nach dem Vorschlage der städtischen Bauverwaltung sich einstimmig dafür entschieden hat, das Schulgebäude auf diesen Platz zu legen. Es sind auch Bedenken gegen die Erbauung der Schule auf diesem Platze seitens der Anlieger laut geworden. Es ist dem entgegnet, daß jeder Anlieger einer Schule einige Unannehmlichkeiten mit in Kauf nehmen müsse, und daß die Anlieger hier nicht härter getroffen würden, als wenn die Schule anderswohin komme.

Gegen das links hier im Saale ausgehängte erste Vorprojekt war in der Kommission angeführt worden, daß das Gebäude in seiner äußeren Gestalt nicht dem Platze angemessen sei, und auch Bedenken gegen den Grundriß wurden geäußert. Dies hat der städtischen Bauverwaltung Anlaß gegeben, das zweite, mehr rechts ausgehängte Projekt auszuarbeiten. Dieses entspricht den geäußerten Wünschen, und die Baukommission ist zu der Ansicht gekommen, daß mit der Lösung der Grundrißfrage ein durchaus empfehlenswerter Vorschlag für die Mittelschule gegeben ist.

Was die äußere Gestaltung des Baues anbetrifft, so sind auch darüber Bedenken laut geworden; es ist aber Abstand genommen, darauf näher einzugehen, weil die Sache dringlich ist, denn im Jahre 1913 soll die Schule schon fertig sein. Wenn wir aber anfangen würden, das Projekt nach dieser Richtung hin umzuarbeiten, so würde noch geraume Zeit vergehen und der Termin für die Fertigstellung nicht eingehalten werden können. Die Kommission hat sich demgemäß entschlossen, Ihnen dieses Projekt zu empfehlen. Wenn es gewünscht wird, kann ich den Grundriß noch einmal erläutern. Anscheinend aber haben sich die Herren wohl schon darüber orientiert, so daß ich auf die Erläuterung verzichten und mich darauf beschränken kann, Ihnen im Namen der Baukommission die Annahme des Vorprojektes 2, dem auch der Magistrat den Vorzug gibt, zu empfehlen.

Herr Mohr: Der Herr Referent jagte, das Projekt wäre einstimmig von der vereinigten Bau- und Schulkommission angenommen. So ganz einig sind wir uns aber darüber nicht gewesen, denn Herr Fricke und ich haben dagegen gestimmt. Ich bin entschieden gegen den Bau der Schule auf diesem Platz. Wer in der Nähe einer Schule gewohnt hat, wird wissen, daß sie alle sehr viel Unruhe verursachen, nicht nur in den Pausen, sondern auch, wenn die Schule geschlossen wird. Sehen Sie es sich einmal an, wenn diese Jünglinge fortgelassen werden und in die nächste Umgebung kommen. Ich denke daran, wie die Hausflächen so schön bemalt werden, und was aus den Anlagen unseres Siegesplatzes werden

würde. Die werden ganz gewiß sehr darunter zu leiden haben, wenn die Jungen erst einmal dazwischen kommen. (Widerspruch.) Jedenfalls bin ich der Überzeugung, daß die Grundstücke, die an der Augusttorpromenade und auch am Leffingplatz liegen, bedeutend entwertet würden. Ich spreche hier nicht im Interesse der Anlieger, wenn ich auch allerdings gestern eine kleine Eingabe in diesem Sinne bekommen habe; ich habe schon in der Kommission mich dagegen ausgesprochen. Wenn der Besitz des Platzes auch der Stadt schon Zinsverluste gebracht hat, wenn es auch wünschenswert wäre, daß er bebaut würde, und wenn auch die Anlieger hieran ein Interesse haben, so glaube ich doch, daß es für Letztere bedeutend unangenehmer sein würde, wenn die Schule hierher gelegt würde, als wenn der Platz leer bleibt. Für den Platz wird sich schon eine Verwendung finden; lassen Sie ihn nur noch weiter Zinsen fressen, so schlimm wird die Sache nicht werden.

Es ist angeregt worden, die Mittelschule nach dem Schulwege zu legen. Für diesen Vorschlag könnte ich mich erwärmen, wenn auch vorläufig dort 6 Klassen übrigbleiben. Es wurde ja gesagt, daß der Andrang zu der Schule bedeutend gewesen wäre, und daß die Schule dreireihig aufgebaut werden könnte. Wenn nun am Schulwege noch eine Turnhalle und sonst etwas fehlen sollte, so würde sich das schließlich noch finden. Die Herren werden sich daran erinnern, daß vor einigen Jahren die Rede davon gewesen ist, daß im Osten unserer Stadt eine untere Bürgerschule zu bauen nötig wäre, da gerade der Osten in den letzten Jahren an Bevölkerung zugenommen hat. Da wäre es wünschenswert, wenn die Mädchenschule nach draußen verlegt würde und die Mittelschule hierher an den Sandweg käme. Es ist gesagt worden, daß eine derartige Schule, die aus der ganzen Stadt besucht wird, mehr im Zentrum der Stadt liegen müsse. Es handelt sich doch aber um neunjährige Jungen. Wenn ich daran denke, welche weiten Wege die Mädchen von den gehobenen Schulen laufen müssen, bis nach der Heidenstraße von allen Gegenden der Stadt her, dann muß ich sagen: Die sechsjährigen Mädchen werden es schlechter haben als die neunjährigen Jungen. Die Lage am Sandwege würde also für mich kein Hindernis sein. Was die Kostenfrage betrifft, so wird gesagt, daß wir am Augustplatz 330 000 *M* auszugeben hätten, im Osten 390 000 *M*. Dabei ist aber der Preis für Grund und Boden nicht zugerechnet. Nehmen wir den Wert hierfür, nicht mit Zins auf Zins berechnet, sondern, wie in der Vorlage geschehen, mit 148 000 *M* an, so würde das Gebäude mit Bauplatz 486 000 *M* kosten. Die Schule, die im Osten der Stadt gebaut werden könnte, ist einschließlich Wegebaukosten und Bauplatz mit 475 000 *M* veranschlagt, so daß wir damit auch noch um 11 000 *M* billiger wegkommen. Ich bitte Sie dringend: Lehnen Sie die Vorlage ab, und weisen Sie die Sache an den Magistrat mit dem Ersuchen zurück, die Verlegung der

Mittelschule nach dem Schulwege und den Bau einer neuen unteren Mädchenschule im Osten der Stadt in Erwägung zu ziehen.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e y e r: Gegenüber den Wünschen der Stadtverordneten ist der Magistrat immer höflich und entgegenkommend. Wenn aber eine Frage wie diese, die Herr Mohr eben angeschnitten hat, so eingehend beraten und nicht allein vom Magistrat, sondern auch von einem großen Teile der geehrten Herren, nämlich vom Schulvorstand, von der Bau- und Schulkommission in gemeinsamer Sitzung und nachher wieder von der Baukommission in entgegengesetztem Sinne, wie Herr Mohr es will, entschieden ist, dann hat eine Zurückverweisung der Vorlage an den Magistrat absolut keinen Wert mehr. Neues hat Herr Mohr nicht angeführt, nur daß er uns ein Exempel vorgerechnet hat, das ich nicht als richtig anerkennen kann. Was Herr Mohr sagt, ist an sich nicht unrichtig, aber der große Unterschied in der Auffassung liegt darin, daß Herr Mohr leichten Herzens diesen Platz am Augusttore weiter Zinsen fressen lassen will. Damit ist der Magistrat nicht einverstanden, und was der Platz uns zu Anfang gekostet hat, 148 000 M., bekommen wir heute aus ihm nicht wieder heraus. Insofern stimmt das Exempel des Herrn Mohr nicht ganz, abgesehen davon, was der Platz heute wert ist. Ich frage Sie: Was wollen Sie denn schließlich mit diesem Platze machen? Es kommt mir immer so vor, als wenn dieser Platz ein *Noli me tangere* wäre, an den kein Stadtverordneter und kein Magistrat herankommen kann, weil einige Leute in seiner Umgebung jagen: Wir wollen hier keine Schule haben. Das halte ich nicht für richtig. Wir haben zu fragen: „Was erfordert das Wohl der Stadt?“ Ich freue mich, daß die Stadtverordneten früher eine Veräußerung des Platzes abgelehnt haben, weil wir nun für diesen verhältnismäßig teuren Bau keinen neuen Bauplatz zu finden brauchen. Ich frage Herrn Mohr: „Was kann er in Zukunft als bessere Bewertung dieses Platzes in Aussicht stellen?“ Herr Mohr sagt, einstweilen sollten wir ihn ruhig noch Zinsen fressen lassen. Hoffentlich soll das nicht allzulange dauern; einmal müssen Sie den Platz doch auch anderweitig verwerten wollen. Spielplatz kann er unmöglich dauernd bleiben, dazu ist er ungeeignet. Ich wüßte nicht, was als geeigneterer Zweck für diesen Platz gefunden werden könnte, als auf ihm die Jugend zu bilden. Die Nähe einer solchen Schule ist nicht so ungeheuerlich, wenn man bedenkt, daß da neunjährige und ältere Jungen zusammenkommen sollen. Ist denn anzunehmen, daß dadurch die Anlagen des Sieges- und Lessingplatzes leiden? Das wäre eine jammervolle Schulzucht, wenn die Jungen nicht so weit in Ordnung gehalten würden, daß sie derartigen Unfug unterlassen. Wir haben doch am Löwenwall und auch an anderen Stellen Anlagen in der Nähe von Schulen! Hat man je gehört, daß die Schuljugend so roh wäre,

daß sie die Anlagen zerstört, wenn in der Nähe eine Schule liegt? Ich halte die ganze Theorie der Anlieger für durchaus unzutreffend und bitte Sie, der Vorlage zuzustimmen, wenigstens aber einen Beschluß zu fassen. Die Angelegenheit nochmals an uns zur Beratung zurückzuverweisen, hat keinen Zweck. Die Gründe, die uns bewogen haben, Ihnen den Platz für die Errichtung der Schule zu empfehlen, haben wir Ihnen dargelegt; es sind, glaube ich, sechs. Es wäre möglich, daß der Magistrat noch einen siebenten findet; weiter würden Sie nichts erreichen.

Herr B ä h r: Der Herr Referent hatte in seinen Ausführungen gesagt, daß die vereinigte Bau- und Schulkommission die Magistratsvorlage einstimmig angenommen hätte. Ich möchte nur bemerken, daß eine Abstimmung in dieser Sitzung nicht erfolgt ist; wir sind nur zur Klärung unserer Ansichten zusammenberufen.

Herr F r e d e: Der Platz am Augusttore ist der Stadt im Laufe der Jahre so teuer geworden, daß es dringend wünschenswert erscheint, ihn endlich in Benutzung zu nehmen, damit er nicht noch teurer wird. Die Ausführungen des Herrn Kollegen Mohr haben sich wesentlich darauf gestützt, daß durch den Bau der Schule an dieser Stelle eine Belästigung der Anlieger erfolgen würde und möglicherweise die Anlagen darunter litten. Ich glaube, die Rücksicht auf die Anlieger ist für Herrn Mohr die Hauptsache. Die Anlagen werden bestimmt nicht gefährdet durch 9- bis 15jährige Schüler, die sicherlich durchschnittlich sich gut führen werden, denn die Mittelschule sucht unter den Bürgerjünglern aus, es ist also ein gutes Material, das dorthin kommt. Daß die Anlagen auch selbst von den Kindern der unteren Bürgerjulen nicht gefährdet sind, erweist sich dadurch, daß die Garnisonsschule, die unmittelbar am Lessingplatze liegt, sich nicht in dieser Weise bemerkbar gemacht hat, und da auch über die Schüler von der Leopoldstraße, die auch diesen Weg zum Teil zu gehen haben, eine solche Klage bis heute nicht verlautet ist, so möchte diese Befürchtung als hinjällig erscheinen. — Herr Mohr kann sich mehr befremden mit der Verlegung der Mittelschule nach dem Schulwege und meint, daß eine untere Bürgerjule im Osten dringend wünschenswert sei. Nur ist ihm dabei das Malheur passiert, daß er nicht beachtet hat, daß die jetzige Sandwegschule nicht eine untere, sondern eine mittlere Mädchenschule ist. Eine untere Bürgerjule im Osten haben wir auf der Leonhardstraße, und soweit ich weiß, ist das Bedürfnis nach noch einer anderen hier nicht hervorgetreten. Der Platz am Augusttore muß doch endlich einmal benutzt werden, und andererseits wird mit einer Verlegung der Mittelschule nach dem Sandwege eine Vermehrung der Kosten um 100 000 M platzgreifen. Ich

kann nicht einsehen, welch ein Äquivalent dafür geboten werden könnte. Ich bin ganz dafür, daß ausgeführt wird, was beantragt ist.

Herr Eckhardt: Die Bedenken, welche Herr Mohr geäußert hat, kann ich nicht teilen. Ich bin dafür, daß die Schule recht prompt auf dem Siegesplatze gebaut wird, und zwar dem schönen Platze entsprechend in schöner Weise, indem man die Schule mehr der Mönchstraße zu herrichtet, ja selbst in Aussicht nimmt, Terrain an der Mönchstraße noch zu erwerben. Die Anlieger der Mönchstraße, welche jetzt noch der Meinung sind, daß die Stadt zur Erbauung der Schule noch weiteres Terrain nötig hat, werden einsehen, daß dem nicht so ist, und werden vielleicht Angebote machen. Wenn dies geschieht, möchte ich empfehlen, die Schule mehr nach der Mönchstraße zurückzustellen und vor der Vorderfront der Schule nach dem Siegesplatze zu gärtnerische Anlagen einzurichten, wodurch man den Anliegern des Siegesplatzes, welche die Schule an dieser Stelle nicht zu haben wünschen, entgegenkommt.

Der Antrag des Magistrats: „Der Erbauung einer Knabenmittelschule auf dem Bauplatze am Siegesplatze, sowie der Ausarbeitung eines endgültigen Projekts nach Maßgabe des vorgelegten Vorprojekts und der eines genauen Kostenanschlages zuzustimmen“ wird angenommen.

3. Antrag des Stadtverordneten Stegmann wegen der Desinfektionsgebührenordnung.

Herr Mann: Es ist Ihnen bekannt, daß in der Stadtverordneten-sitzung vom 16. November 1911 gelegentlich der Beratung der anderweitigen Ordnung des Desinfektionswesens der Stadtverordnete Stegmann den Antrag stellte:

„den Magistrat zu ersuchen, die Desinfektionsgebührenordnung dahin zu ändern, daß die Desinfektion für alle Einwohner mit einem Einkommen bis zu 1500 M frei, und mit einem Einkommen bis 2000 M auf Antrag frei gewährt wird.“

Bei der ersten Beratung dieses Antrages in der Statutenkommission wurde von dem Herrn Magistratsvertreter darauf hingewiesen, daß man heute schon sich nicht generell daran hielte, nur denjenigen, die bis zu 1500 M jährlich verdienten, die Desinfektionsgebühren zu erlassen, sondern daß auch schon bisher bei Anträgen von Leuten, die höhere Einkommen versteuerten, die Verhältnisse nachgeprüft seien und in manchen Fällen mit dem Erlaß weiter gegangen wäre, als es die Ordnung vorschreibe, und daß nach dem Gesetze Nr. 53 vom 26. Juni 1904 die Herzogliche Polizeidirektion stets mitbeschließen müsse, ob die Hälfte dieser

Kosten durch den Staat übernommen werden soll. Darauf beschloß die Statutenkommission, den Magistrat zu ersuchen, sich zunächst mit Herzogl. Polizeidirektion in Verbindung zu setzen, ob sie nicht geneigt wäre, dem Antrage zu entsprechen, bis zu einem Einkommen von 2000 *M* die Desinfektionsgebühren zu erlassen. Der Magistratsvertreter hat das getan, und es ist von Herzoglicher Polizeidirektion in Aussicht gestellt, daß eine anderweitige gesetzliche Regelung in aller kürzester Zeit vorgenommen werden würde, jedenfalls der nächste Landtag sich schon damit beschäftigen würde. Es schien danach geraten, bis dahin auf die Erledigung des Antrages zu verzichten, und der Herr Antragsteller hat sich damit einverstanden erklärt. Da, soviel mir sinnlich, alle Kommissionsmitglieder und auch der Magistratsvertreter mit dem Antrage sonst sich einverstanden erklärt haben, so ist zu hoffen, daß in dieser Richtung hin eine Besserung eintreten wird. Der Antrag ist also zurückgezogen.

4. Bewilligung eines Zuschusses aus dem Ausgleichsfonds für kirchliche Bauten.

Herr Wolters: Es sollen aus dem Ausgleichsfonds 50 000 *M* dem Kirchenfassenverbande bewilligt werden. Die Begründung ist folgende: Zur Beschaffung der kirchlichen Gebäude zu St. Jakobi sollte ursprünglich eine Anleihe von 420 000 *M* aufgenommen werden und zur Instandsetzung der Türme der Andreaskirche 200 000 *M*, im ganzen 640 000 *M*. Wie die geehrten Herren aus der vervielfältigten, Ihnen zugegangenen Vorlage ersehen, sind die Kosten in beiden Fällen überschritten worden. Aus dem folgenden Punkte der Tagesordnung geht hervor, daß für die kirchlichen Gebäude zu St. Jakobi insgesamt für Baukosten und zugehörige Kosten 56 000 *M* Mehrausgaben als vorausgesehen entstanden sind. Für Instandsetzung der Andreastürme sind rund 60 000 *M* Mehrkosten erwachsen oder werden bis zu dieser Höhe noch entstehen. Der Magistrat sagt in seiner Vorlage, es hätte in diesem Falle gegen die Bewilligung eines Zuschusses aus städtischen Mitteln an den Stadtkirchenverband kein Bedenken erhoben werden können, da an der Erhaltung des Bauwerks, dessen hoher Turm als altherwürdiges Wahrzeichen der Stadt kein Braunschweiger missen möchte, ein allgemeines städtisches Interesse vorliege. Aus diesem Gesichtspunkte heraus hält es der Magistrat für zulässig, Gelder der politischen Gemeinde für kirchliche Zwecke zur Verfügung zu stellen. Dieser Erwägung hat sich auch die Finanzkommission angeschlossen und für richtig erachtet, wenn auch vielleicht von der einen oder anderen Seite der Gedanke gekommen ist, daß ein solches Vorgehen die Wünsche der Mitglieder anderer Konfessionen nach sich ziehen könnte. Sollte in einem solchen Falle ein allgemeines öffentliches Interesse, wie in diesem

Fälle, vorliegen, so würde auch in späteren Fällen irgend ein Bedenken gegen eine Zuschußleistung nicht entstehen können. Ich habe namens der Finanzkommission Ihnen Bewilligung des Zuschusses anheimzugeben.

Noch eins möchte ich bemerken. Auch die Zahlung einer einmaligen Summe aus dem Ausgleichsfonds könnte gewisse Bedenken hervorrufen, weil sich dieser zusammensetzt zum Teil aus den Überschüssen der Jahresrechnung und zum Teil aus den Überschüssen der Licht- und Wasserwerke. Wenn man nun auch annimmt, daß aus den Überschüssen der Jahresrechnung ein bestimmter Teil, sagen wir 25 000 *M*, zu dem gedachten Zwecke genommen wird, so könnte jemand auf den Gedanken kommen, daß dadurch die Steuern eines Jahres verwandt werden für eine Jahrzehnte dauernde Verschönerung der Stadt. Die Finanzkommission hat jedoch keinen Anlaß genommen, aus diesem Grunde Bedenken auszusprechen.

Die Versammlung ist mit der Bewilligung des Zuschusses einverstanden.

5. Nachverwilligung von Kosten für den Bau der St. Jakobikirche.

Der Magistrat beantragt:

a) die Gesamtaufkosten für die kirchlichen Gebäude zu St. Jakobi nachträglich in Höhe von 403 349,65 *M* verwilligen zu wollen, wobei als Überschreitung des Kostenanschlages bezw. der Verdingungssumme nur der Betrag von 9764,71 *M* (Überschreitung der Baukosten im engeren Sinne) + 11 883,90 *M* (für Bauleitung) = 21 648,61 *M* in Frage kommen dürfte;

b) den (in der den Stadtverordneten zugegangenen autographierten Vorlage) unter II erwähnten beiderseitigen Erwerbungen bezw. Veräußerungen von Grundflächen gefl. zustimmen zu wollen;

c) zustimmen zu wollen, daß die Mittel zur Bestreitung der gesamten für die Jakobikirche aufgewendeten bezw. noch erwachsenden Kosten, ferner der Kosten für Sicherung der Kirchen gegen Feuergefähr, der Kosten für Instandsetzung der Türme der Andreaskirche und endlich der Kosten für Erweiterung des Zentralfriedhofes demnächst durch eine Anleihe beschafft werden, soweit diese Kosten nicht durch die im Jahre 1909 bewilligte Anleihe von 640 000 *M* bezw. durch anderweite Mittel der Gemeinde-Kirchenkasse gedeckt werden.

Herr W o l t e r s: Die gesamten Baukosten der Jakobikirche sind ursprünglich zu 420 000 *M* veranschlagt. Es stellt sich jetzt heraus, daß sie um 56 000 *M* überschritten werden. Zu Punkt a kommen lediglich die Baukosten als solche in Frage. Wie die geehrten Herren aus der Vorlage sehen, sind ursprünglich 350 000 *M* für die Errichtung der kirchlichen Gebäude von St. Jakobi durch den

Architekten Kraaz (Schöneberg) in Aussicht genommen. In diesen Betrag sind nicht mit eingeschlossen das Architektenhonorar (20 000 *M*), ebenso nicht die Nebenkosten für Einfriedigungen und dergleichen (11 701,04 *M*). Wenn die gesamten Baukosten sich nun auf 403 349,65 *M* belaufen, so ist die Überschreitung folgendermaßen entstanden: Es hatte kurz nach Inangriffnahme des Baues eine Meinungsverschiedenheit zwischen den städtischen Behörden und dem Architekten Kraaz platzgegriffen, ob die Kosten der Bauleitung (11 883,90 *M*) in den 350 000 *M* einbegriffen seien oder nicht. Diese Meinungsverschiedenheit ist durch ein Übereinkommen aus der Welt geschafft, das dahin ging: Wenn die Kosten für Bauleitung infolge erzielter Ersparnisse an einzelnen Positionen von den 350 000 *M* mit bestritten werden könnten, wollte man keine Einwendung dagegen erheben, während andernfalls eine Entschädigung der städtischen Behörden darüber herbeigeführt werden solle, ob etwa aus Billigkeitsgründen die fraglichen Kosten ohne Kürzung des Architektenhonorars über die Summe von 350 000 *M* hinaus zu verwilligen seien. Nunmehr sollen sich die geehrten Herren entscheiden, ob sie die Überschreitung bewilligen oder nicht. Die Baudeputation und jetzt auch die Finanzkommission schlagen Ihnen die Bewilligung vor. Herr Architekt Kraaz hat sich zu bedeutenden Mehrleistungen verstanden, für die eine besondere Berechnung nicht erfolgt ist. Diese Mehrleistungen entsprechen einem Betrage von 23 270 *M*, während die Kosten der Bauleitung ca. 11 000 *M* betragen. Wenn hiermit ein Ausgleich von Herrn Kraaz selbst vorge schlagen wird, so macht die Stadt Braunschweig dabei zweifellos kein schlechtes Geschäft. Die Finanzkommission, die nach allgemeiner Anerkennung (auch der Magistrat wird das zubilligen) außerordentlich kritisch veranlagt ist, muß in diesem Punkte die Segel vollständig streichen; sie erkennt nicht allein die volle Begründung der Magistratsvorlage an, sondern geht noch weiter und erkennt in dem Vorschlage eine hervorragende Leistung des Herrn Kraaz. Es ist wohl am Platze, hier Veranlassung zu nehmen, dem Herrn, der ja bekanntlich durch eine öffentliche Auszeichnung geehrt worden ist, auch unsern Dank abzustatten und unsern Dank auch auszudrücken für die Arbeit, die unsere eigene Baudeputation geleistet hat.

Ich empfehle namens der Finanzkommission, dem Punkte a zuzustimmen.

In dem Punkte b handelt es sich lediglich um Grenzberichtigungen auf dem für den Bau der Kirche und der anliegenden Straßen in Betracht kommenden Gelände. Ich habe nichts dazu zu bemerken und empfehle ohne weiteres, Ihre Zustimmung dazu auszusprechen.

Punkt c enthält die Anleihefrage. Am 1. April dieses Jahres tritt die neue Kirchengemeindeordnung in Kraft. Wir haben jetzt noch die Anleihe zu bewilligen, und damit würde am 1. April die Anleihe ohne weiteres auf Rechnung

des Stadtkirchenverbandes übergehen. Ursprünglich haben wir nur 640 000 *M* für die Anleihe bewilligt; aus folgenden Ursachen müssen wir darüber hinausgehen: Zunächst ist die Gesamtbausumme um rund 56 000 *M* überschritten. Hierzu kommen die Mehrkosten für die Instandsetzung der Andreastürme mit 60 000 *M*, ferner die Ausgaben für Erhöhung der Feuericherheit der Kirchen mit 37 000 *M*, und für Erweiterung des Friedhofs sind 39 600 *M* Kosten erwachsen. Die eben angeführten Summen belaufen sich auf 802 000 *M*, der Unterschied ist demnach 162 000 *M*. Da nun aber, wie die geehrten Herren eben beschlossen haben, ein Zuschuß von 50 000 *M* aus dem Ausgleichsfonds zur Verfügung gestellt wird und der Staat 25 000 *M* zuschießen will, so würde es sich nur noch um 87 000 *M* handeln. Der Magistrat hat die Summe nicht genau aufgeführt, sondern jagt nur: „die noch erforderlichen Mittel“; ich habe versucht, sie zu fixieren. — Auch bezüglich des Punktes c habe ich namens der Finanzkommission zu beantragen, dem Magistratsvorschlage zuzustimmen.

Vorsitzender: Es handelt sich nur um eine formelle Sache, denn es sind nicht unsere Gelder, über die wir beschließen.

Herr Frühlings: Da ich der Kirchenbaudeputation angehört und mich von Anfang an für die Sache interessiert habe, möchte ich heute, wo die Sache zum letzten Male vorliegt, das Resultat der ganzen Angelegenheit gezogen wird und die Baudeputation Abschied nimmt, noch ein paar Worte zu der Angelegenheit sagen.

Der Auftrag, den Sie der Kirchenbau-Deputation seinerzeit gegeben haben, ging darauf hin, für den Betrag von 350 000 *M* die Kirche, das Pfarrhaus, die beiden Konfirmandensäle und die Kirchendienertwohnung herzurichten. Es war die Hauptsache, daß mit dieser Summe ausgekommen und doch würdige Bauwerke geschaffen wurden. Die Kirchenbau-Deputation hat diese Aufgabe, das kann ich wohl sagen, erfüllt, denn wenn diese Summe von 350 000 *M* um 9000 *M* überschritten ist oder, wenn man die 11 000 *M* für Bauleitung noch hinzurechnet, um 20 000 *M*, so stehen doch diesen wieder 23 000 *M* gegenüber, die eigentlich ausgegeben sind für Sachen, die nicht in diese 350 000 *M* eingeschlossen waren. Man kann also sagen: Die Kirchenbau-Deputation hat ihre Aufgabe, was das Pefuniäre betrifft, erfüllt. Es ist das eine sehr wichtige Sache, denn wenn wir bei dieser Kirche wieder 150 000—200 000 *M* Überschreitung gehabt hätten, so würde die Kirchengemeinde dadurch wieder mit einer Verzinsungssumme von 6000 bis 8000 *M* mehr belastet sein. Das repräsentiert schon das Gehalt eines 2. oder 3. Predigers, oder es kann das Geld für Gemeindegewerke oder Notleidende gute Verwendung finden.

Desgleichen hat die Kirchenbau-Deputation auch insofern ihre Aufgabe erfüllt, als sie würdige und zweckmäßige Gebäude hergestellt hat. Die Besorgnisse, daß der festgesetzte Preis nicht ausreichen und die Kirche vielleicht keinen Turm bekommen würde, sind glücklicherweise hingefallen; es ist ein sehr achtbarer Turm geworden, und es wird auch die Überzeugung der meisten Braunschweiger sein, daß er der gesamten Stadt zur Zierde gereicht. Hoffen wir, daß er noch recht lange als solche Zierde erhalten bleibt. Allerdings wird auch mancher anderer Ansicht sein, aber über die Schönheit läßt sich ja nicht streiten. Mancher wird sich erst an die neuen Formen gewöhnen müssen; der eine wird dies, der andere jenes auszusehen haben, manchem vielleicht die ganze Sache nicht gefallen. Das ist überall so; es hat noch keinen Baumeister gegeben, der es allen recht gemacht hätte. In solchem Falle wird sich auch die Baudeputation damit trösten müssen, daß sie die Zustimmung von sehr berufenen Sachverständigen in hohem Maße gefunden hat und in weiten Kreisen der Kirchenbau Freude hervorgerufen und Liebe erworben hat, und daß sie sich berufen kann auf den Spruch: Wer will bauen an der Gassen, muß die Leute reden lassen.

Wenn solches nun erreicht ist, so ist das zum wenigsten Teile das Verdienst der Kirchenbau-Deputation, obgleich der Herr Referent in freundlicher Weise dieser gedacht hat. Dank und Anerkennung gebührt vor allem dem Architekten Kraaz, den für diesen Bau zu gewinnen der Stadt gelungen ist. Ich habe mich gefreut, daß die Anerkennung hier öffentlich ausgesprochen ist, möchte mich ihr hierdurch anschließen und glaube, daß ich auch im Sinne der Kirchenbau-Deputation spreche. Ich habe während der ganzen Bauausführung die Überzeugung gewonnen, daß der Verkehr mit dem Herrn Architekten Kraaz ein sehr angenehmer ist — eine Differenz ist während der ganzen Bauausführung nicht vorgekommen. Daß wir uns der öffentlichen Anerkennung aus ganzem Herzen anschließen, das glaubte ich in dem Momente, wo die Kirchenbau-Deputation von Ihnen scheidet, aussprechen zu müssen.

V o r j i e n d e r: Ich schließe mich als Mitglied der Kirchenbau-Deputation dem, was Herr Baurat Frühling gesagt hat, voll und ganz an. Es war ein Vergnügen, mit Herrn Kraaz zu arbeiten.

Die Versammlung stimmt den drei Anträgen des Magistrats zu.

6. Gewährung von Tagegeldern an die Mitglieder der Kommission für Einschätzung zur Gewerbesteuer.

Herr M e n e r h o f f: Es hat sich herausgestellt, daß die Ortskommission, welche die Gewerbesteuer einzuschätzen hat, sehr viel Arbeit und Mühe davon hat.

Ich hatte einmal Anlauf genommen, im Landtage für diese Herren in der Weise zu sorgen, daß ihnen von der Regierung Tagegelder bewilligt würden. Der Herr Staatsminister aber lehnte meinen Antrag ab unter der Motivierung, daß der Staat nur noch ein Viertel der ganzen Steuer einnehme. Jetzt ist eine Vorlage des Magistrats an uns gekommen des Inhalts, daß den acht Herren, die ehrenamtlich diese Arbeit ausführen, ebenjogut wie denen, die in der Gemeindesteuer-
veranlagungs-Kommission sitzen, Tagegelder in Höhe von 5 *M* für jede Sitzung, an der sie teilnehmen, gewährt werden. Es würde hierzu ein jährlicher Betrag von 480 *M* nötig sein. Ich bitte im Namen der Statutenkommission, den Antrag anzunehmen.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Ich möchte zur Ergänzung der Ausführungen des Herrn Referenten hinzufügen, daß der Antrag auch auf das laufende Jahr, also auch auf die hinter uns liegende Abkühlungszeit, sich beziehen soll.

Der Magistratsvorlage wird zugestimmt.

7. Aufgabe des Nutzungsrechtes an dem zur Aufbewahrung von Feuerlöschgeräten benutzten Schuppen an der Westseite der Agidienhalle.

Herr S a n d e r: Die Verwaltung des Vaterländischen Museums hat an den Stadtmagistrat die Bitte gerichtet, auf das Nutzungsrecht an dem sogenannten Spritzenhause des Augusttorbezirks, das westlich an der Agidienhalle liegt, zu verzichten. Das genannte Museum hat in den letzten Jahren erheblichen Zuwachs bekommen, und die Verwaltung hat oftmals nicht den genügenden Platz, um die ankommenden Sachen unterzubringen. Hierfür soll nun demnächst das Spritzenhaus gebraucht werden. Da uns in diesem Jahre durch den Erwerb des Grundstücks der früheren Zuckerraffinerie Brunonia Gelegenheit geboten wird, die Geräte der freiwilligen Feuerwehr, die bisher in dem Schuppen an der Agidienhalle untergebracht waren, in dem Schuppen des neu erworbenen Grundstücks unterzubringen, so meint der Magistrat, dies bisherige Nutzungsrecht entbehren zu können, und gibt anheim, gegen eine Entschädigungssumme von 300 *M* darauf zu verzichten. Das Herzogliche Staatsministerium hat sich bereit erklärt, diese Entschädigungssumme zu zahlen. — Die Statutenkommission hat die Sache beraten und gibt durch mich Genehmigung anheim.

Die Genehmigung wird durch die Versammlung ausgesprochen.

8. Antrag der Vereinigung der geprüften Heilgehilfen und Masseure auf gleichmäßige Verteilung der von den hiesigen Ortskrankenkassen zu vergebenden Aufträge.

Herr H e n k i n g: Seitens des Vorstandes der Vereinigung der geprüften Heilgehilfen und Masseure zu Braunschweig ist eine Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung gesandt, worin die Herren sich über die einseitige Verteilung der Beschäftigung ihrer Mitglieder durch die Ortskrankenkassen der Stadt Braunschweig beklagen. Die Aufträge würden hauptsächlich nur einem Heilgehilfen zugewiesen, während die übrigen neun den Verein bildenden Heilgehilfen gar nicht oder nur wenig beschäftigt würden; das Verhältnis stelle sich wie 10 : 1. Ich weiß aus Eingaben an den Ärztlichen Kreisverein, die wiederholt eingegangen sind, daß es den Heilgehilfen ziemlich traurig ergehen muß, und kann wohl verstehen, daß sie versuchen, ihre Lage, wenn irgend möglich, zu verbessern. Die Herren wünschen zu erfahren, welches der Grund sein mag, aus dem die übrigen neun Mitglieder nicht so viel Beschäftigung von der Ortskrankenkasse bekommen, wie ihnen erwünscht wäre, und warum der eine vorgezogen wird. Ja, meine Herren, unsere Versammlung hier ist wohl nicht in der Lage, den Herren in der Weise entgegenzukommen, wie sie es wünschen: wir können keine Untersuchung veranlassen, woran die Schuld liegt. Wir haben in der Statutenkommission die Sache durchgesprochen und sind der Ansicht, daß, wenn irgend welche Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften oder gegen die gute Sitte vorgekommen sein sollten, der Verein sich an die der Ortskrankenkasse vorgesetzte Behörde wenden muß, an den Stadtmagistrat, daß aber wir als Stadtverordnete nicht in der Lage sind, in diese Verhältnisse einzugreifen. Wie ich inzwischen erfahren habe, ist auch eine ähnliche oder dieselbe Eingabe an den Stadtmagistrat eingeschickt worden. Aus diesem Grunde empfiehlt die Statutenkommission Übergang zur Tagesordnung.

V o r s i t z e n d e r: Wir haben es immer so gehalten, daß wir eine Eingabe nicht beraten haben, die gleichzeitig dem Stadtmagistrate eingegangen ist. Ich habe nicht gewußt, daß dies geschehen ist, sonst würde ich den Antrag nicht herausgegeben haben. Ich kann mich wohl Ihrer Zustimmung versichert halten, wenn wir die Sache übergehen.

Die Versammlung stimmt dem zu.

9. Bekleidung der Nischen in dem Verbindungsgange zwischen Museum und Archiv.

Herr R a s c h e: Herr Museumsdirektor Fuhje hat beim Magistrat den Antrag gestellt, daß die Nischen, welche sich unter den Fenstern in dem Verbindungs-

bau zwischen Museums- und Archivgebäude befinden, besser verschlossen werden. Der betreffende Raum soll jetzt zur Aufhängung von Kunstwerken benutzt werden und stellt es sich heraus, daß die Öffnungen der Nischen, welche nur mit Asbestplatten abgeschlossen sind, durch die anschließenden Fugen zuviel Kälte durchlassen. Auf Vorschlag der städtischen Bauverwaltung soll nun an der ganzen unteren Wandfläche bis zur Höhe der Fenster eine Holzbekleidung angebracht werden. Der Betrag für diese Bekleidung wird sich nach dem Vorschlage der Bauverwaltung auf 385 *M* belaufen. Die Baukommission hat sich mit der Anbringung dieser Holzbekleidung einverstanden erklärt und bittet die geehrten Herren, den Betrag hierfür anzulegen. Die Kosten sollen aus dem außerordentlichen Etat Kap. 4 entnommen werden.

Die Ausführung der Arbeit wird genehmigt und die 385 *M* bewilligt.

10. Erhöhung des Mietpreises für eine Fläche des früher Franzischen Feldes.

Herr F r ü h l i n g: Die Herren haben am 2. November v. J. zugestimmt, daß ein Stück Land in Größe von 98,2 a zum jährlichen Preise von 20 *M* für 25 a von Herzoglicher Kammer gemietet und dem Franzischen Felde zugelegt wird. Der darüber abzuschließende Vertrag hat nicht die Genehmigung des Ministeriums gefunden. Es verlangt, daß für diesen Platz vom 1. Oktober 1917 ab, ebenso wie für den übrigen ermieteten Platz ein Mietpreis nicht von 20, sondern von 30 *M* für 25 a gezahlt werde. Der Forderung müssen wir uns fügen. Der Vertrag ist dementsprechend aufgestellt, und der Magistrat empfiehlt, ihm zuzustimmen. Die Baukommission schließt sich dem Antrage an.

Herr S a n d e r: Ich möchte bei der Gelegenheit die Anfrage an den Magistrat richten, ob er dem Gesuche der Turner-Brüderschaft, des Handwerker-Turnvereins und des Turnklubs um Überlassung eines Teiles des Franzischen Feldes zum Spielplatz entsprechen wird.

Herr Bürgermeister M e y e r: Die nähere Regelung der Angelegenheit ist der gewählten städtischen Deputation für das Franzische Feld übertragen. Ob sie schon Beschluß gefaßt hat, kann ich nicht sagen; im Magistrat ist über diese Sache, seitdem die Deputation eingesetzt ist, nicht mehr die Rede gewesen.

Die Erhöhung des Mietpreises vom 1. Oktober 1917 ab wird genehmigt.

11. Änderung und Erweiterung der Beleuchtung der Stecherstraße.

12. Aufstellung und Veretzung von Laternen auf der Hildesheimerstraße, Roßstraße, Schillstraße und Fabrikstraße.

13. Antrag verschiedener Einwohner auf Beleuchtung eines Teiles der Frankfurterstraße und der Fabrikstraße.

(Auf Wunsch des Herrn Vorsitzenden werden diese drei Punkte zusammengefaßt.)

Herr Loeßigk: Die Anwohner der Stecherstraße haben sich an den Magistrat gewandt mit der Bitte, auf Kosten der Stadt die genannte Straße heller beleuchten zu lassen. Die Deputation der Gas- und Wasserwerke hat den Wunsch als berechtigt anerkannt, und der Magistrat bittet die Stadtverordneten, zu genehmigen, daß für die zwei dortigen Wandlaternen versuchsweise drei einsflam-mige Laternen mit hängendem Gasglühlicht an Straßenüberspannungen angebracht werden, und die Kosten dafür mit 440 *M.*, sowie 70 *M.* für jährliche Unterhaltungskosten zu bewilligen. Die Sache ist vorgeprüft, und die Finanzkommission gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Die Genehmigung wird ausgesprochen.

Herr Loeßigk: Es sind verschiedene Wünsche von den betreffenden Anliegern und von der Polizeibehörde wegen Straßenbeleuchtung an den Magistrat gekommen, und die Deputation für die Licht- und Wasserwerke hat beschlossen, folgende Erweiterungen vorzuschlagen:

auf der Hildesheimerstraße einen Kandelaber aufzustellen, wodurch 112 *M.* Kosten erwachsen;

auf der Roßstraße 5 Kandelaber aufzustellen, auch jeder 112 *M.* = 560 *M.*, ferner 6 vorhandene Kandelaber umzustellen, je 30 *M.* = 180 *M.*;

in der Villierstraße 1 Kandelaber aufzustellen = 112 *M.*, 1 vorhandenen Kandelaber umzusetzen = 30 *M.*;

in der Schillstraße 2 Petroleumlaternen aufzustellen, je 60 *M.* = 120 *M.*, 2 Petroleumlaternen umzusetzen = 20 *M.*;

in der Fabrikstraße 1 Petroleumlaterne aufzustellen = 60 *M.*, 2 vorhandene Petroleumlaternen umzusetzen = 20 *M.*

Zu Summa betragen die Kosten 1214 *M.*

Die Finanzkommission hat auch diese Sachen geprüft und gibt Genehmigung anheim.

Vorsitzender: Ist Punkt 13 der Tagesordnung schon in ihren Bericht eingeschlossen?

Herr D o e s i g k: Eine Anzahl von Einwohnern hat sich an den Magistrat gewandt mit dem Ersuchen, die Frankfurterstraße von Luthers Maschinenfabrik bis zur Fabrikstraße und ganz besonders die letztere besser zu beleuchten. Positive Vorschläge sind nicht gemacht. Ich halte es im Interesse der Sache für wünschenswert, wenn die Herren beschließen würden, dieses Gesuch dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen, damit die Sache durch die Gas- und Wasserwerkdirektion geprüft wird und der Magistrat mit Vorschlägen herauskommt.

Herr F r i e: Da wir einmal bei der Verwilligung von Gaslaternen sind, halte ich den Augenblick für gekommen, auch Wünsche auszusprechen, die ich hier nicht berücksichtigt gefunden habe. Es betrifft das die Beleuchtung einiger öffentlichen Plätze. Der Platz an der Burgkirche beispielsweise sieht abends geradezu kümmerlich aus, außerdem der Altstadtmarkt, auch der Kohlmarkt. Ich will ja nicht, daß unnötige Kosten verursacht werden sollen, aber diese Sachen dürfen wir nicht mehr so lassen. Wenn man abends vom Bahnhof kommt, so herrscht an diesen Stellen tatsächlich eine fast ägyptische Finsternis; als wenn man in eine Totenstadt kommt, so sehen diese drei Plätze aus. Außer der Zeit Anträge hierfür zu stellen, paßt sich sonst schlecht, ich müßte warten bis zur Staatsberatung. Da aber diese Anträge hierfür vorliegen, ergreife ich die Gelegenheit, den Magistrat zu bitten, wenn möglich, diese Plätze schon jetzt für eine bessere Beleuchtung in Aussicht zu nehmen. Einen bestimmten Antrag will ich nicht stellen, da ich weiß, daß der Magistrat schon damit kommen wird, wenn er eine Anregung hat.

Herr H a r t u n g: Herr Fricke hat verschiedene Wünsche vorgebracht; da glaube ich auch die Gelegenheit benutzen zu dürfen, auf die Kreuzung der Fallersleberstraße mit dem Theaterwall aufmerksam zu machen. Dadurch, daß die Laternen zum Teil zwischen den Bäumen stehen, ist ein Zustand zu konstatieren, der nicht befriedigend ist; schön ist er keineswegs. Da nun gerade jetzt auf der Promenade ein bedeutender Verkehr mit Automobilen stattfindet, so ist es an der Zeit, daß Abhilfe geschaffen wird. Ich will mir kein Urteil darüber erlauben, wie da zu helfen ist; vielleicht wird durch eine Versetzung der Laternen schon Besserung erreicht.

Herr M a n n: Ich höre, daß Petroleumlaternen auf der Fabrikstraße aufgestellt werden sollen. Es mutet mich immer unheimlich an, wenn man Petroleumlaternen in Braunschweig aufstellen will. Wenn ich auch der Berech-

nung, die einem immer vorgetragen wird, daß elektrisches Licht ebenso billig wie Gas und Petroleum sei, nicht zustimme, so muß ich doch sagen, daß die Anlage von Laternen mit elektrischem Lichte nicht so kostspielig sein kann. Ich möchte bitten, Petroleumlaternen in solchen Fällen wegzulassen und dafür, wo es möglich ist, elektrische Beleuchtung zu schaffen. Wenn wirklich der elektrische Strom teurer sein sollte, so muß man doch auch die Wartung der Petroleumlampen und ihre Unzulänglichkeit in Betracht ziehen.

Herr Loeßigk: Das Gesuch der Herren ist auch in dem Sinne gehalten, wie Herr Nymann angeregt hat. Bei dem kolossalen Verkehr an der Eisenbahn ist die Petroleum-Beleuchtung als absolut nicht zureichend anzuerkennen. Ich hoffe, daß der Magistrat auch zu einem andern Standpunkte kommt, als hier vorgesehen ist.

Außerdem möchte ich noch fragen, wozu an der Brücke am Bahnhofe an der Nordseite die beiden Laternen stehen, die nie angesteckt werden. An der Südseite befindet sich eine kleine Laterne, die aber für den Fußgängerverkehr nicht ausreicht. Wer vom Bahnhof kommt, kann, ehe er um die Ecke kommt, „abgemurkst“ werden; ich glaube, es merkt keiner. (Heiterkeit.)

Vorsitzender: Es ist immer Sitte gewesen, bei solcher Gelegenheit, wie diese, Wünsche zu äußern. Ich nehme an, daß der Magistrat so liebenswürdig ist, die Sachen zu prüfen.

Die von Herrn Loeßigk vorgetragenen Aufstellungen und Umänderungen von Laternen werden angenommen und 1214 *M* dafür bewilligt.

Das Gesuch, betreffend die bessere Beleuchtung eines Teiles der Frankfurterstraße und der Fabrikstraße wird von der Versammlung dem Stadtmagistrat zur Berücksichtigung empfohlen.

14. Zwangsenteignung verschiedener Flächen an der Schunterstraße.

Herr Tolle: Zum Ausbau der Schunterstraße ist es erforderlich, Terrain von mehreren Anliegern zu erwerben. Der Preis für das Quadratmeter ist auf 13 *M* veranschlagt. Mit diesem Preise sind die meisten Anlieger zufrieden, aber drei Herren wünschen etwas mehr herauszuschlagen. Einer wünscht 22 *M* für das Quadratmeter, zwei wünschen je 18 *M*. Der erstere will dafür aber keine weiteren Ansprüche auf den Wert der Anpflanzungen, die er gemacht hat, erheben, die aber nur in einer Höhe von 135 *M* von den Sachverständigen bewertet werden. Der Magistrat kann natürlich auf diesen Wunsch nicht eingehen, weil die gesamten Straßenbaukosten von den Anliegern wieder getragen werden

müssen. Würden einzelne einen höheren Preis erzielen, so würde Unzufriedenheit bei den andern zutage treten. Der Magistrat bittet daher, daß die Stadtverordneten ihre Zustimmung dazu erteilen, daß wegen Erwerb der fraglichen Flächen die Verleihung des Zwangsenteignungsrechts beim Staate beantragt wird. Die Baukommission hat sich dieser Ansicht des Magistrats vollkommen angeschlossen und bittet Sie, dem Antrage zu entsprechen.

Herr Henking: Ich möchte anfragen, wie breit die Straße geplant ist, ob in der Breite von 15 m, wie üblich, oder schmaler, so daß billige Wohnungen dort zu bauen wären. Was für Art von Wohnungen sind geplant?

Herr Tolle: Die Straße ist in einer Breite von 16 m geplant und 3 m breite Vorgärten vorgesehen. Der Magistrat hat allerdings in letzter Zeit mehrfach den Wünschen Rechnung getragen, zum Bau von Arbeiterhäusern Straßen zu begünstigen, die nur in einer Breite von 8 m vorgesehen sind, dafür aber breite Vorgärten angeordnet. Die Anlegung dieser Straße in einer Breite von 16 m ist meines Wissens schon in einer früheren Sitzung hier beschlossen, so daß wir heute nicht mehr darüber zu beschließen haben.

Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.

15. Baulichkeiten auf dem Grundstücke Kleine Burg 9.

Herr Rasche: Auf dem Grundstücke Kleine Burg 9 (der Plan ist ausgehängt) befindet sich eine Bedürfnisanstalt für die dort verkehrenden 53 Straßenkehrer und 14 Kanalreiniger. Es hat sich erwiesen, daß sie viel zu klein ist, ebenso die Waschgelegenheit. Es befindet sich in den beiden Geschossen nur je ein Waschbecken für die gesamten Leute. Um diesem Zustande Abhilfe zu schaffen, bittet der Magistrat, zu genehmigen,

1. daß nach dem Vorschlage der städtischen Bauverwaltung zwischen das Mannschaftsgebäude und das angrenzende Grundstück des Stiftes St. Agidii für die im Erdgeschoß des Mannschaftsgebäudes verkehrenden Straßenreiniger ein einstöckiger Bau gesetzt wird, der mit zwei Aborten, einem Bissoir und acht Waschbecken ausgestattet ist;

2. daß die vorhandene Bedürfnisseinrichtung den Kanalreinigern zur ausschließlichen Benutzung überwiesen wird, und

3. für letztere eine Wascheinrichtung im Obergeschoß angelegt wird.

Die Kosten für diese Anlagen sind von der Bauverwaltung mit 3800 M veranschlagt. Hinzuzurechnen sein würde noch ein Betrag von 150 M für ein Oberlicht und eine Lüftungsanlage für den bezeichneten Raum im Obergeschoß,

so daß ein Betrag von 3950 *M* herauskommt. Der Magistrat erucht, die Kosten zu Lasten des Kap. XIV, 3 des außerordentlichen Etats zu bewilligen. Die Baukommission empfiehlt Ihnen Annahme dieser Vorschläge. Ich möchte noch hinzufügen, daß wohl die Summe sehr hoch erscheint, daß aber die Anlage dem Preise entspricht, so sind Torfit-Anlagen und Kippbecken vorgesehen.

Die Ausführung der Anlage, wie vorge schlagen, und die geforderte Summe dafür werden bewilligt.

16. Erklärung der Eisenbütteler- und der Fabrikstraße zu Kommunalwegen.

Herr Buch: Unter dem 20. Oktober v. Js. hat die Versammlung einem Magistratsantrage zugestimmt, daß die Eisenbütteler- und die Fabrikstraße anläßlich ihres Überganges an die Stadt bei ihrer Aufhebung als Staatsstraße zunächst zu einer städtischen Straße und darnach zu einer Ortsstraße erklärt würden. Das Herzogliche Staatsministerium hat gegen dieses Vorgehen Bedenken geltend gemacht und hält es für richtig, diese Straßenzüge bei Entkleidung ihres Charakters als Staatsstraßen einstweilen zu Kommunalwegen im Sinne des Statuts vom 5. November 1851 zu erklären. Die Baukommission hat sich gestern mit der Sache befaßt und ist zu der Überzeugung gekommen, daß es sich nur um eine Formfrage handle, da über kurz oder lang diese Kommunalwege doch in eine städtische Straße umgewandelt werden würden. Ich möchte namens der Kommission beantragen, diese beiden Straßen zu Kommunalstraßen zu erklären.

Die Versammlung entspricht diesem Antrage.

17. Stiftung eines Ehrenpreises zum 15. deutschen Bundesfeste.

Herr Leue: In den Tagen vom 6.—12. Juni d. Js. findet hier das 15. deutsche Bundesfest statt. Sie haben dazu schon die Bereitstellung des Platzes am Eisenbütteler Wege beschlossen. Es wendet sich jetzt der Verband Braunschweiger Regelflubs an den Magistrat und bittet, die Stadt möchte einen ersten Ehrenpreis im Werte von 1000—1200 *M* zu diesem Bundesfeste stiften. Der Magistrat sagt in seinem Anschreiben an uns, daß zwar der hohe Betrag, um den gebeten wird, zu Bedenken Anlaß geben könnte, daß aber im Hinblick auf den starken Fremdenzufluß, der bei dem deutschen Bundesfeste nach den Erfahrungen anderer Städte stattfindet, es angebracht sei, in diesem Falle einen Preis von 1000 *M* zu bewilligen. Es ist festgestellt, daß in Kiel 3000 Personen am Feste teilgenommen haben, ebenso sind in Dresden 3000 Festteilnehmer,

abgegeben von deren Damen, gezählt worden und 600—700 Preise im Werte von insgesamt 50 000 *M* beschafft, die der Gepflogenheit nach gewöhnlich in der Stadt gekauft werden, wo das Bundesfest stattfindet, so daß die hiesigen Kaufleute und Gewerbetreibenden einen nicht unerheblichen Nutzen durch Abhaltung des Festes in unserer Stadt haben werden. Ferner werden die fremden Regelbrüder hier eine Menge Geld verzehren, was wiederum der Stadt zugute kommt. Alle diese Erwägungen haben den Magistrat veranlaßt, das Ersuchen an uns zu richten, der Bewilligung von 1000 *M* aus den Erträgnissen der Umsatzsteuer zur Beschaffung des ersten Ehrenpreises unter der Bedingung zuzustimmen, daß der Preis am hiesigen Orte angekauft wird. Die Finanzkommission hat sich mit dieser Frage beschäftigt, schließt sich der Ansicht des Magistrats an und gibt Ihnen durch mich anheim, der Stiftung des Ehrenpreises zuzustimmen.

Die Versammlung erklärt sich mit der Stiftung des Ehrenpreises einverstanden.

18. Antrag des Stadtverordneten *Altmann*, betreffend die Plätze für die Berichterstatter der Presse.

Der Antrag lautet:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für die Herren Berichterstatter der Presse erhöhte Plätze zu schaffen, um den Herren die Möglichkeit zu geben, den Verhandlungen besser folgen zu können.

Herr *Altmann* (zur Begründung): Diejenigen der geehrten Herren, welche der Inbesitznahme dieses Saales durch die Stadtverordneten-Versammlung beigewohnt haben, wissen, daß ganz kurze Zeit darnach in den beiden letzten Reihen der Stadtverordneten die Klage sich bemerkbar machte, daß die Herren nicht den Beratungen folgen könnten, weil oftmals die Redner nicht zu verstehen waren. Seitens des Magistrats ist dem Ersuchen der Stadtverordneten um Besserung bereitwillig nachgegeben, und die Plätze in der hinteren Reihe sind erhöht. Dadurch ist es zweifellos gekommen, daß die Berichterstatter der Presse, die anfänglich auf der Galerie Platz nehmen mußten, und denen auf ihr Ersuchen hier unten Plätze eingeräumt wurden, den Verhandlungen noch schlechter folgen können als früher. Es wird jeder von uns die Möglichkeit haben, zu konstatieren, daß er den Ausführungen derjenigen Herren im Saale, die nicht gewöhnt sind, laut zu sprechen, immer noch schlecht folgen kann. Noch mehr empfinden das natürlich die Herren, die da hinten sitzen. Einer Anregung,

weitergehende Änderungen in der Gestaltung des ganzen Saales vorzunehmen, würden Sie doch nicht zustimmen wollen. Soviel ich aber glaube, würde eine Besserung für die Herren Berichtersteller leicht dadurch zu erreichen sein, daß man ihre Plätze in ähnlicher Weise wie die der hinteren Reihe erhöht, so daß die Klagen aufhören, daß sie uns nicht recht verstehen können. Ich möchte die Herren Stadtverordneten bitten, meinen Antrag zu unterstützen, und bitte auch den Magistrat um eine wohlwollende Prüfung.

Vorjizender: Wird der Antrag unterstützt? — Die Unterstützung reicht aus; ich überweise den Antrag der Baukommission zur Vorberatung und schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4 $\frac{1}{4}$ bis 6 $\frac{3}{4}$ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 1. Februar 1912.

Tagesordnung:

1. Zuschuß zur Unterhaltung der Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten	Seite 638
2. Erhebung einer Feststellungsklage gegen den Staat	" 639
3. Erteilung einer Zusicherung an das Lichtwerk	" 647
4. Verrechnung von Kosten für den Brückenbau in Eisenbüttel, sowie der vom Staate gezahlten Abfindungssumme	" 648
5. Hilfeleistung der Berufsfeuerwehr bei Feuer und Unfällen im neuen Wasser- werke Rünningen	" 649
6. Vermietung von Kellerräumen im Neustadtrathause	" 650
7. Ausbau der Straße 559	" 651
8. Errichtung einer städtischen Studienanstalt	" 651
9. Abänderung des Ortsbauplans bezüglich des zwischen der Koffstraße, Hilbes- heimerstraße und Landesisenbahn belegenen Geländes	" 665
10. Anderweitige Vermietung des Grundstückes Mittelweg 17	" 666
11. Regelung der Müllabfuhr aus den städtischen Straßen benachbarten Gebäuden	" 667
12. Einsprachen gegen den Ortsbauplan für das eingemeindete früher Elpersche Gebiet	" 669
13. Ankauf eines Grundstückes an der Karlstraße	" 671
14. Anfrage des Stadtverordneten Fricke über die Verteilung der Ehrengabe an Veteranen	" 672

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister N e t e m e h e r, Bürgermeister M e h e r, Stadträte von Frankenberg, Seele, Wagner, sowie als Magistratsdegenerent Herr Schuldirektor Professor Krüger.

Entschuldigt die Herren Bähr, Frühling, Meyerhoff, Buch, Ribbentrop, Wejemeier.

Vorsitzender, Herr Hauswaldt: Ich eröffne die Sitzung.

Es ist ein Antrag des Bauunternehmers Johannes Sommer, hier, an uns eingegangen über Erlaubniserteilung zur Errichtung eines Neubaus am Hasenwinkel. Ich überweise ihn der Baukommission zur Vorberatung.

Von Herrn Stadtverordneten Fricke ist eine Anfrage eingereicht. Sie lautet: „Kann der Magistrat Auskunft geben, ob und wie die vom Magistrat und von den Stadtverordneten bewilligten Ehrengelder für Veteranen zur Verteilung gekommen sind?“ Ich werde nach Erledigung unserer Tagesordnung Herrn Fricke Gelegenheit geben, seine Anfrage zu begründen.

Ferner ist ein Schreiben von Herrn Dampewolf, dem Vorsitzenden des Deutschen Reglerbundes, eingegangen, worin der Dank ausgesprochen wird für die in voriger Sitzung bewilligte Summe für den ersten Ehrenpreis zum Deutschen Bundesregeln.

Wir treten nummehr in die Tagesordnung ein.

1. Zuschuß zur Unterhaltung der Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten.

Herr Jasper: Seit dem 1. Dezember 1904 besteht am Herzoglichen Krankenhause die Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten, in welcher notwendige Untersuchungen zum Teil unentgeltlich vorgenommen werden. Die Stadt hat 2000 M zu den Einrichtungskosten beigetragen, und seit dem Bestehen hat diese Stelle jährlich die Hälfte der sachlichen und persönlichen Unkosten getragen. Mit Rücksicht darauf, daß der Umfang der Verbreitung der ansteckenden Krankheiten in den einzelnen Jahren sehr verschieden war, sind die Unkosten schwankend gewesen. Sie sind im allgemeinen gestiegen und haben zuletzt die Höhe von ca. 3000 M erreicht. Die erhebliche Steigerung des städtischen Zuschusses hat den Magistrat veranlaßt, das Abkommen zu kündigen und mit dem Staate eine neue Vereinbarung dahin zu treffen, daß fortan nicht mehr die Hälfte der schwankenden jährlichen Ausgaben zugezahlt werden soll, sondern

zunächst für die Zeit vom 1. April 1912 bis 31. März 1916 ein fester Zuschuß von jährlich 2000 M gezahlt werden soll, wogegen der Staat die Verpflichtung übernimmt, die Tätigkeit der Untersuchungsstelle bei den nicht gebührenpflichtigen Untersuchungen aus dem hiesigen Stadtbezirk zur Verfügung zu stellen.

Über die Zweckmäßigkeit, sogar Notwendigkeit der Einrichtung war in der Finanzkommission nur eine Meinung vertreten. Sie empfiehlt, diesem Vorschlage des Magistrats beizutreten und die Mittel aus Kap. VI Dg der ordentlichen Ausgabe der Kammereikasse zu bewilligen.

Herr Senfing: Um den Herren klarzulegen, welcher Unterschied in der Zahl der Untersuchungen für die genannte Stelle im Laufe der Jahre eingetreten ist, möchte ich mir erlauben, die Zahl der Untersuchungen bei Diphtherie Ihnen mitzuteilen, denn hauptsächlich die Vermehrung der Diphtheriefälle hat zur Erhöhung der Arbeitslast der Untersuchungsstelle beigetragen. In der Stadt Braunschweig gab es 1908 296 Fälle, 1909 414 Fälle, 1910 1112 Fälle, im abgelaufenen Jahre 1510 Fälle von Diphtherie. Ich möchte noch die Gelegenheit wahrnehmen, die Herren zu bitten, auch in Ihren Kreisen dazu beizutragen, daß möglichst bei allen verdächtigen Fällen von Halsentzündung die Untersuchungsstelle in Benutzung gezogen wird, da eine solche Untersuchung sehr wichtig ist. Wir finden unter Umständen Bazillenträger in Fällen, wo die Angehörigen nicht denken, daß sie gefährlich sind, und tatsächlich sind es oft die Leichtfranken, die andere in große Gefahr bringen. Da, wie schon der Herr Berichterstatter erwähnte, die Untersuchung für Minderbemittelte gratis geschieht, so wird keine Schwierigkeit vorliegen, die Untersuchung zu veranlassen, und die Müheverwaltung, das Material auf Anordnung des Arztes nach dem Krankenhause zu schicken, ist keine große. Ich empfehle also, die geforderte Summe zu bewilligen.

Die Versammlung erklärt sich mit der vorgeschlagenen Bemessung des Zuschusses einverstanden.

2. Erhebung einer Feststellungsklage gegen den Staat.

Herr Wolters: Der Staat hat bisher zu den städtischen Feuerlöschkosten einen bestimmten Beitrag gezahlt und weigert sich jetzt, diesen Beitrag in dem bisherigen Umfange weiterzuzahlen. Der Magistrat besteht auf dem Rechte der Stadt und wünscht, daß eine Feststellungsklage erhoben werde dahin, daß der Staat auch künftig verpflichtet sei, den Beitrag in bisherigem Umfange weiterzuzahlen.

Des näheren sagt die Magistratsvorlage folgendes: Nach Artikel 7 des zwischen dem Staate und der Stadt getroffenen Vertrages vom August 1858 sei der Staat neben einem Fixum von jährlich 308 Taler 8 Gutegroßchen mit einem Achtel des gesamten Betrages der Feuerpolizei belastet. Bisher sei dieser Staatszuschuß stets unbeanstandet bezahlt, auch kein Unterschied zwischen Außen- und Innenstadt gemacht. Nun habe aber die Herzogliche Polizeidirektion im März vorigen Jahres folgendes dem Magistrat mitgeteilt: „Das Herzogliche Staatsministerium hält eine anderweitige Berechnung des vom Staat auf Grund des Artikels 7 des Vertrages von 1858 zu leistenden Achtels der Kosten des Feuerpolizeiwesens für erforderlich, und zwar auf der Grundlage, daß von diesen Kosten nach Abzug der vorweg abzusehenden Posten künftig derjenige Teil abgerechnet werden soll, der als für die Feuer Sicherheit der Außenstadt aufgewandt anzusehen ist. Da die richtige Bemessung dieses Teiles erhebliche Schwierigkeiten bereiten werde, so werde er einstweilen und unter Vorbehalt einer späteren anderweitigen Berechnung vom Herzoglichen Staatsministerium auf $\frac{1}{3}$ veranschlagt, womit er jedenfalls nach Ansicht des Ministeriums nicht zu hoch bemessen ist.“

Der Magistrat hat den Standpunkt der Stadt gewahrt und darauf geantwortet: Wie Herzoglicher Polizeidirektion bekannt, sei der Staatszuschuß von Anfang an unbeanstandet zu den Gesamtkosten des Feuerlöschwesens geleistet, ohne daß ein Unterschied zwischen Innenstadt und Außenstadt gemacht sei. Einen solchen Unterschied kenne der Vertrag von 1858 nicht, und der Magistrat sei nicht in der Lage, der plötzlichen Ermäßigung des Staatszuschusses auf ein Achtel von zwei Dritteln der Gesamtkosten zuzustimmen.

Die Polizeidirektion habe aber auf Anweisung des Herzoglichen Staatsministeriums den zuerst eingenommenen Standpunkt behauptet und schreibe am 13. November vorigen Jahres: „Gemäß meinem Schreiben vom 25. März wird eine andere Berechnung des vom Staat zu leistenden Zuschusses insofern erfolgen, als die für die Feuer Sicherheit der Außenstadt aufzuwendenden Kosten nach den in meinem vorgenannten Schreiben dargelegten Grundsätzen berücksichtigt werden sollen. Der Abjah wird zum ersten Male gelegentlich der Leistung des Zuschusses zu den Kosten des laufenden Rechnungsjahres 1911/12 erfolgen.“

Der Magistrat begründet seine Haltung in der Vorlage folgendermaßen: Der Standpunkt der Staatsbehörde sei nicht für richtig zu halten. Die Gründe hierfür seien: Der Vertrag von 1858 setze die Beitragspflicht des Staates zu den Kosten schlechthin fest, irgend ein Unterschied zwischen Innen- und Außenstadt sei nicht gemacht; man könne auch nicht in den Vertrag eine nachträgliche Unterscheidung hineinbringen. Ein Gutachten des städtischen Archivars, Professors

Dr. Maack bejahe, daß in der That die früheren Feuerlöschordnungen eine allgemeine, auch auf die Außenstadt auszudehnende Feuerhilfe vorsehen, wie denn tatsächlich jahrhundertlang die Feuerhilfe auch nach außen hin geleistet sei. So sage die Feuerordnung von 1550, die älteste, die existiere, es sei schon damals der Rat angehalten, die Siedlungen vor dem Petritor an dem Kreuzkloster, am Kennelberge, und ebenso die vor dem Hohen Tore, den sogenannten Steinweg, mit Feuerhilfe zu versehen. Das gleiche sagen auch die Feuerordnungen aus den Jahren 1586, 1590 und 1647. Besonders sage aber die von Herzog Rudolf August 1677 erlassene Feuerordnung, daß die Feuerhilfe nach der Außenstadt ausgedehnt werden müsse. Auch die tatsächliche Leistung von Hilfe bei ausgebrochenem Feuer sei in vielen Fällen nachweisbar. So sei im Jahre 1794 nach der in der Außenstadt belegenen Bleibtrenschens Zichorienfabrik vor dem Wendentore Feuerhilfe geleistet und im Jahre 1806 vor dem „Steintore“ ebenfalls in einer Zichoriendarre und schließlich im Jahre 1829 bei einem Brande auf dem Zuckerberge.

Der Magistrat bemerkt weiter in seiner Vorlage, daß auch vor dem Vertragsabschluß in den vorhandenen Feuerlöschordnungen, so aus dem Jahre 1852 und 1855, die Außenstadt ganz gleich der Innenstadt behandelt sei. Als letzten Grund gibt die Magistratsvorlage an, der Staatszuschuß sei bislang stets unbeanstandet von den Gesamtkosten geleistet, und empfiehlt die Erhebung einer Feststellungsklage gegen den Staat dahin:

daß der Staat verpflichtet sei, das in dem Artikel 7 des Vertrages von 1858 gedachte Uchtel von den Gesamtkosten der hiesigen Feuerpolizei, einschließlich der Kosten, welche für die Feuerhilfe für die Außenstadt entfallen, zu entrichten.

Der Magistrat bittet um Zustimmung zur Anstellung dieses Prozesses.

Im Auftrag der Statutenkommission habe ich hierzu folgendes zu berichten:

Was zunächst das Objekt des anzustellenden Prozesses betrifft, so beträgt im laufenden Jahr das Uchtel 15 944 *M.* Wenn der Staat nunmehr den dritten Teil davon abzieht, so handelt es sich um einen Abzug von 5314 *M.* Diese Ausgabe mache ich allerdings nur nach dem Voranschlage, es steht noch nicht fest, wie die Exekution ausfallen wird. Es ist anzunehmen, daß auch für die Zukunft die Kosten des städtischen Feuerlöschwesens nicht geringer werden, eher sich noch steigern. Wenn man den strittigen Betrag von 5314 *M.* kapitalisiert, was man tun muß, um den Wert des Streitobjekts herauszubringen, so würde insgesamt ein Betrag von 132 800 *M.* in Frage stehen.

Bei der Beurteilung des Falles dreht es sich darum: Ist es statthaft, wie der Staat wünscht, diese lokale Trennung zwischen Außen- und Innenstadt für

die Beitragskosten vorzunehmen? Einig sind Staat und Stadt in einem Punkte: Allein maßgebend ist der Vertrag von 1858. Die Herzogliche Polizeidirektion schreibt im März d. J., es solle eine anderweitige Berechnung des Zuschusses, aber auf Grund des Artikels 7 des Vertrages von 1858 erfolgen. Daß der Staat als Grundlage seiner Verpflichtung den Vertrag von 1858 anerkennt, geht ferner daraus hervor, daß das Herzogliche Staatsministerium in einem Schreiben vom 8. April 1909 folgendes verfügt hat: „Die Ausführungen der Herzoglichen Polizeidirektion über die Rechtsbeständigkeit des Artikels 7 des zwischen Herzoglicher Landesregierung und der Stadt im Jahre 1858 abgeschlossenen Vertrages vermögen wir nicht zu teilen, vielmehr halten wir, ohne daß es eines näheren Eingehens für die betreffenden Ausführungen bedürfte, dafür, daß der Staat auch nach wie vor an die in Artikel 7 übernommene Verpflichtung gebunden sei.“ Damit ist als Grundlage zur Beurteilung der angechnittenen Frage der Vertrag von 1858 allgemein anerkannt. Es ist deshalb müßig, zwei weitere Fragen zu stellen, die sonst auftauchen könnten: Ob der Vertrag von 1858, der auch neben seiner Eigenschaft als Vertrag Gesetzeskraft erlangt hat, durch ein späteres Gesetz aufgehoben sei? Es kommt da in Frage das Gesetz von 1874 über das Feuerlöschwesen, das an sich den Gemeinden ja alle Kosten für die Feuerlöschhilfe auferlegt. Wäre die Grundlage nicht schon durch das Staatsministerium anerkannt, so könnte man sagen: Das spätere Gesetz hebt das frühere auf. Aus dem eben angegebenen Grunde braucht man auch nicht die zweite Frage zu beantworten, ob es möglich ist, daß ein Vertrag, der freilich auch dadurch, daß er in den Landtagsabschied von 1858 aufgenommen ist, ein Gesetz geworden ist, später durch ein anderes Gesetz gegen den Willen einer Partei aufgehoben werden kann? Daß dieser Vertrag damals tatsächlich Gesetz geworden ist, ist in Wissenschaft und Praxis unbestritten. Rhamm vertritt in seinem Werke: „Die Verfassungsgesetze des Herzogtums Braunschweig“ ausdrücklich die Meinung, daß ein Landtagsabschied, der auf die Zustimmung der Landesvertretung Bezug nimmt und mit der Sanktion des Landesfürsten versehen ist, Gesetzeskraft hat. Dasselbe geht auch hervor aus einem Beschluß des Oberlandesgerichtes vom Jahre 1892 und einem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtes vom Jahre 1908. Diese beiden Fragen, die bedenklich hätten werden können, fallen zweifellos weg durch das Anerkenntnis des Herzoglichen Staatsministeriums, daß lediglich der Vertrag von 1858 die Grundlage für die Beurteilung bilden soll.

Nun der Inhalt des Vertrages von 1858. Er ist ein Ausgleich für vermögensrechtliche Streigkeiten zwischen Staat und Stadt, die fast 200 Jahre bestanden haben. Im Jahre 1671 hat der Herzog Rudolf August die Stadt

Braunschweig, die sich bisher der Herrschaft der Herzöge entzogen hatte, erobert, und mit dem damaligen Rechte des Siegers hat er sich auch in vermögensrechtlicher Beziehung für die Kosten seiner Kriegsführung sehr gut schadlos gehalten. Viele Güter der Stadt, die außerhalb lagen, städtische Gebäude und Gerechtsame hat der Staat an sich genommen, er hat auch einige Verpflichtungen der Stadt bestritten, im ganzen aber ein gutes Geschäft gemacht. Die entstandenen vermögensrechtlichen Streitigkeiten sind durch den Vertrag von 1852 beglichen, und zwar durch das Verdienst des Staatsdirektors Bode. Rhamm sagt darüber folgendes: „Das Interimistikum, dessen Verlautbarung Bode zu danken ist, bezweckte, ein altes Unrecht wieder gutzumachen, indem es einen vorläufigen Ausgleich darbot für die vermögensrechtlichen Folgen der Vergewaltigung, welche die Stadt Braunschweig nach ihrer Unterwerfung unter die Landeshoheit 1671 über sich hat ergehen lassen müssen.“ Nach diesem vorläufigen Vertrage ist es zu einem endgültigen Vertrage gekommen im Jahre 1858, und da hat die Stadt alle ihre Güter und Rechte hingeben müssen. Auch damals schon galt der Grundsatz: Wenn der Staat erst einmal etwas in den Fingern hat, so gibt er es so leicht nicht wieder heraus. Freilich hat die Stadt damals gewisse kleine Gegenrechte erlangt, aber sie hat alle außerhalb der Stadt liegenden Güter hergeben müssen: das Gut Wendhausen, den Wendhäuser Forst, die Besitzungen und Gefälle aus dem vormaligen Amte Eich, die Besitzungen in Schandelah, das Gut Beckelde, die Meßgewölbe, die städtischen Gebäude im Gewandhofe, die zum Bachhof gehörigen Gebäude, die Alte Wage usw. Ferner hat die Stadt auf alle Rechte verzichtet, die ihr als Schadenersatzansprüche gegen den Staat noch hätten zustehen können. Aber einiges hat sie dafür auch eingenommen. Der Staat hat sich bereit gefunden, das zu leisten, was wir in den Staatshaushaltsplänen finden: Die Erhaltung der Okerbrücken, der Wallpromenaden, die Okerbefestigungen und dergleichen, und dazu eins, was uns heute besonders interessiert, das ist der Beitrag zu den Kosten der Feuerpolizei, und da lautet Artikel 7 dieses Vertrags von 1858 folgendermaßen: „Zu den Kosten der Feuerpolizei, welche sich nach dem von der Stadtverwaltung unter Mitwirkung der Herzoglichen Polizeidirektion zu ermessenden Bedürfnisse fixieren, wird der Staat ferner, wie bisher, ein Fixum von 308 Taler 8 Gutegroschen jährlich und außerdem ein Achtel des Gesamtbetrages an die Stadtkasse zahlen.“

Dieser Wortlaut läßt keineswegs darauf schließen, daß an eine geographische oder lokale Trennung des Stadtgebiets gedacht ist, aber der Staat hat es doch fertiggebracht, seinerseits diesem Vertrage eine Auslegung, wie vorgetragen, zu geben. Nun sind, wie die Eingabe des Oberbürgermeisters Caspari an das Staatsministerium im Jahre 1852 wenigstens als Meinung der Stadt erkennen läßt, jetzt Stadt und Staat, wie ich auch eine Stellungnahme ver-

mute, in einem Punkte einig: Für das Beitragsverhältnis von 1 : 8 ist im Vertrage von 1858 der Wert maßgebend gewesen, den ursprünglich einmal die fiskalischen Gebäude gegenüber den städtischen Gebäuden gehabt haben. In den Jahren 1816 und 1817 ist auf dieser Grundlage die Schätzung auf 1 : 12 getroffen und einstweilen beibehalten, später auf 1 : 8 geändert worden. Nun sagt der Staat: Als 1858 dieser Vertrag geschlossen ist, haben die fiskalischen Gebäude ausschließlich oder fast ausschließlich in der Innenstadt sich befunden. Hieraus nimmt der Staat seinerseits das Recht in Anspruch, auch dauernd die Wertbemessung auf die Innenstadt zu beschränken.

Anders die Stadt. Sie hat bisher allgemein die Verpflichtung der Feuerhilfe im ganzen Stadtbezirk übernommen. Jahrhundertlang ist diese Feuerhilfe auch außerhalb gewährt worden, selbstverständlich hält sich die Stadt bis zum heutigen Tage verpflichtet, die Feuerhilfe auch ferner außerhalb zu gewähren. Nun ist nach dem Jahre 1858 auch eine ganze Reihe fiskalischer Gebäude in der Außenstadt errichtet, z. B. das Herzogliche Krankenhaus, die Technische Hochschule, das Wilhelm-Gymnasium u. a. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Stadt sich verpflichtet hält, auch dort Feuerhilfe zu gewähren, und daß der Staat diese Feuerhilfe beansprucht. Mit Recht würde eine große Enttäuschung aufkommen, wenn sich die Stadt weigerte, bei einem Brande in der Hochschule oder im Wilhelm-Gymnasium die Feuerhilfe zu gewähren. Da ist es offenbar ein Widerspruch, wenn der Staat sagt: „Ich verlange auch für die außerhalb der Innenstadt liegenden fiskalischen Gebäude Feuerhilfe, will aber für Berechnung des Wertverhältnisses mich jetzt allein auf die Innenstadt beschränken.“ Es liegt auf der Hand, daß diese Ansicht unhaltbar sein muß. Sollte man überhaupt an eine Änderung des Vertrages herangehen wollen, so würde es vielleicht logisch sein, wenn etwa der Staat beanspruchen würde: Wir wollen eine allgemeine neue Wertbemessung zwischen fiskalischen und städtischen Gebäuden vornehmen und allgemein durch die ganze Stadt durchführen. Aber selbstverständlich kann die Stadt Braunschweig sich auf irgend eine Lockerung des Vertrages von 1858 überhaupt nicht einlassen. Logisch wäre eine Forderung des Staates, wie ich sie andeutete, möglich, keinesfalls ist aber eine lokale Trennung zwischen den Beitragskosten für Außen- und Innenstadt, wie der Staat sie wünscht, berechtigt.

Wenn der Staat für seinen Standpunkt irgend einen Rechtsgrund nicht anführen kann, so kann die Stadt für den ihrigen einen starken Willigkeitsgrund anführen. Die Frage der Wertbemessung des Beitrags zu den städtischen Feuerlöschkosten für Staat und Stadt hängt innig zusammen mit den Beiträgen zur Braunschweigischen Landesbrandversicherungsanstalt. Im Jahre 1837 ist eine Änderung in der alten Organisation

der 1753 gegründeten Brandversicherungsanstalt eingetreten. Kurz vorher, 1817, hatte die Werthbemessung der fiskalischen Gebäude in Braunschweig stattgefunden. Nach der neuen Organisation wurde insofern ein Versicherungszwang für die Stadt eingeführt, als die städtischen Gebäude bei einer fremden Gesellschaft nicht versichern durften oder in Strafe verfielen. Dadurch fühlte sich Braunschweig damals stark benachtheiligt gegenüber den Landgemeinden, und diese neue Organisation der Landesbrandversicherungsanstalt ist auch die Ursache gewesen, daß eine Änderung in dem ursprünglichen Beitragsverhältnis von $\frac{1}{12}$ auf $\frac{1}{8}$ herbeigeführt wurde. Die Änderung ist schon in den 40er Jahren vor sich gegangen. Als das Interimistikum von 1832 in einen endgültigen Vertrag übergeführt werden sollte und im Jahre 1852 der damalige Oberbürgermeister Caspari deswegen eine Eingabe an das Staatsministerium richtete, hat er diesen Punkt bereits hervorgehoben und gesagt, eine Beibehaltung des inzwischen auf ein Achtel erhöhten Staatszuschusses erscheine billig schon in Rücksicht auf die hohen Brandversicherungsbeiträge, die der Stadt Braunschweig im Verhältnis zu denen der übrigen Städte und der Landgemeinden auferlegt seien. Hat man damals schon die Beiträge der Stadt Braunschweig zu der Landesbrandversicherung gegenüber denen der übrigen Städte und Landgemeinden als ungemein drückend empfunden, so erhebt sich die Frage: Wie ist heute das Verhältnis? Nach der neuesten Rechnungslegung, die den Landesabgeordneten von der Regierung über die Landesbrandversicherungsanstalt übermacht ist, verhalten sich die Beitragsmengen folgendermaßen: Die Stadt Braunschweig, die schon seit langen Jahren sehr viel mehr zuzahlt, als sie Entschädigung erhält, hat im letzten Jahre 176 000 *M* mehr bezahlt als erhalten. Erhalten hat sie 31 400 *M* Brandentschädigungsgelder und 208 000 *M* Beiträge gezahlt. (Hört! hört!) Die übrigen Städte haben 35 000 *M* mehr Entschädigung erhalten als sie Beiträge gezahlt haben, und die Landgemeinden 231 000 *M* mehr Brandentschädigung erhalten als sie für die Landesbrandversicherungsanstalt beigetragen haben. (Hört! hört!) Da muß man doch sagen: Es spricht doch offenbar ein Billigkeitsgrund dafür, daß man schon in Rücksicht auf dieses für die Stadt so lästig gewordene Verhältnis an dem Vertrage von 1858 nicht rütteln darf. Sind der Stadt schon 1852 vor dem Vertragsabschlusse die Verhältnisse als zu drückend erschienen, in welchem enormen Maße ist das Verhältnis inzwischen gestiegen! Es ist die Meinung der Statutenkommission, daß auch Billigkeitsrücksichten nur dahin führen können, den bisher bestehenden Zustand aufrechtzuerhalten.

Ich habe namens der Statutenkommission den geehrten Herren zu empfehlen, die Vorlage des Magistrats zu genehmigen, und zuzustimmen, daß gegen

den Staat eine Klage auf Feststellung zu richten ist dahin, daß er den Beitrag in dem bisherigen Umfange auch künftig zahlt.

Vorjizender: Ich möchte dem Herrn Referenten, wie ich annehme auch in Ihrer aller Namen, unsern Dank aussprechen für die außerordentlich genaue Berichterstattung. — Die Angelegenheit steht zur Beratung.

Herr Oberbürgermeister Kete Meyer: Selbstverständlich sind wir alle dem Herrn Referenten für sein eingehendes Referat dankbar. Ich halte mich aber doch verpflichtet, den Bericht in einem Punkte zu ergänzen, in dem der Magistrat dem Herrn Referenten nicht beipflichten kann. Der Herr Referent sagte, der Staat und die Stadt wären einig darüber, daß der Vertrag von 1858 bei Bemessung des Staatszuschusses von einem Achtel den damaligen staatlichen und städtischen Grundbesitz zugrunde gelegt hätte. Es ist mir bekannt, daß manche Herren von der Gegenseite darauf ihre Ansicht stützen; es ist mir auch nicht unbekannt, daß ein Protokoll vorhanden ist, in dem das erwähnt ist. Aber ob schließlich beim Abschlusse des Vertrages die Größe des beiderseitigen Grundbesitzes wirklich der Maßstab für die Beitragsleistung des Staates gewesen ist, das ist nirgend bewiesen. Wenn übrigens das erwähnte Verhältnis damals auch wirklich das Motiv der vertragsschließenden Teile gewesen sein sollte, so kann man auch recht gut sagen: Die Herren Vertreter des Staates mußten doch bedenken, daß sich dieses Verhältnis zwischen staatlichem und städtischem Besitz über kurz oder lang wesentlich nach der einen oder andern Seite verschieben konnte, und mußten für den Fall eine Bestimmung treffen, daß der Beitrag nach der Größe des beiderseitigen Grundbesitzes bemessen werden solle. Das ist nicht geschehen. Deshalb ist mir zweifelhaft, ob schließlich das Motiv für die Festsetzung die Größe des Grundbesitzes gewesen ist. Im Magistrat erkennen wir nicht an, daß bei Abschluß des Vertrages hierüber beiderseitige Übereinstimmung geherrscht hat.

Vorjizender: Es ist nicht bekannt, aus welchen Motiven plötzlich diese Stellungnahme gegen die Stadt von seiten des Staates geschehen ist. Es muß ausgesprochen werden, daß es einen wunderlichen Eindruck macht, wenn die Stadt länger als ein halbes Jahrhundert unter einem Vertrage gelebt hat, und es fällt einem Beamten plötzlich ein, daß dann gegen die Stadt derartig vorgegangen wird. Auf mich persönlich hat es einen recht unerfreulichen Eindruck gemacht, daß immer von neuem versucht wird, sozusagen der Stadt das Fell über die Ohren zu ziehen. (Sehr richtig!)

Herr Wolters: In dem ganzen Schriftstücke der Herzoglichen Polizeidirektion ist nichts über die Begründung der dortseitigen Stellungnahme geäußert. Man mag dieses für einen Kunstgriff halten; der Staat mag denken: die Stadt wird hierüber schon das Nötige erfahren, wenn es zum Prozeß kommt.

Ich habe ursprünglich auch die Meinung gehabt, man möchte die nähere Begründung der staatlichen Stellungnahme einholen, aber ich bekenne ganz offen, daß das doch nicht richtig gewesen wäre. Wenn jemand mit dieser enormen Energie plötzlich angegriffen wird, dann soll er nicht lange fragen: Weshalb schlägst du mich?, sondern er soll sich zur Wehr setzen. In der Kommission sind wir zu dem Entschluß gekommen, diesen Mangel einer näheren Begründung nicht durch eine Anfrage nachträglich auszugleichen. Wie der Staat deduziert, kann man leider nur mutmaßen, und zwar nur nach der Richtung hin, wie ich mich heute geäußert habe. Hätte er sich klar darüber geäußert, ob er das Wertverhältnis zwischen fiskalischen und städtischen Gebäuden, das im Interimistikum von 1832 das Vertragsverhältnis des Staates bestimmt hat, auch als Grundlage für den Vertrag von 1858 behauptet oder verwirft, so wäre man imstande, darauf seine Antwort zu basieren. Die Stellungnahme des Staates ist aber fraglich, darum bin ich nicht imstande, näher darauf einzugehen.

Herr *F r e d e*: Ich halte es für angezeigt, daß auch aus der Versammlung heraus auf einen Punkt nochmals hingewiesen wird, den der Herr Referent zuletzt erörterte. Das ist das arge Mißverhältnis, in welchem die Beiträge der Braunschweiger Hausbesitzer an die Landesbrandkasse zu den Entschädigungen stehen, die sie zurückerhalten.

Der Herr Referent hat schon ausgeführt, daß im letzten Jahre von den Braunschweiger Hausbesitzern 176 000 *M* mehr bezahlt sind, als sie zurück- erhalten haben, und aus den weiteren Darlegungen war zu ersehen, daß durch diese Mehrzahlungen die Landesbrandkasse überhaupt ihr Dasein gefristet hat. Es ist noch besonders hervorzuheben, daß dieses Mißverhältnis sich nicht nur im letzten Jahre gezeigt hat, sondern schon seit langer Zeit. Wir haben einmal eine Statistik darüber aufgestellt; ich wüßte in dieser nicht ein Jahr, in welchem das Umgekehrte der Fall gewesen wäre. Mit Rücksicht hierauf erscheint das Vorgehen des Staates besonders unbillig. — Wenn der Herr Vorsitzende gefragt hat, welche besonderen Gründe vorliegen, daß der Staat jetzt gerade an eine Änderung denkt, so liegt die Begründung dafür sehr nahe. Neue Bejen fehren gut! Wir haben einen neuen Finanzminister bekommen, und dadurch wird wahrscheinlich die Sache zu erklären sein. (Heiterkeit.)

Die Genehmigung zur Erhebung der Feststellungsflage wird von der Versammlung einstimmig erteilt.

3. Erteilung einer Zusicherung an das Lichtwerk.

Herr *J a s p e r*: Die Straßeneisenbahn-Gesellschaft hat es für nötig gehalten, infolge der fortwährend steigenden Belastung des Lichtwerks eine Reserve

für dieses Werk in der Weise zu schaffen, daß dem Kabel des Lichtwerks Strom von den Maschinen der Straßeneisenbahn an der Eisenbüttelerstraße zugeführt wird. Dazu war es notwendig, das Kabel auf der Wolfenbüttelerstraße zu verstärken, auf dem Hagenmarkte einen Anschluß des Kabelnetzes der Straßeneisenbahn an die Lichtwerkzentrale herbeizuführen und in der letzteren einen Umformer aufzustellen. Die Verstärkung des Kabels hat stattgefunden, die beiden andern Arbeiten waren im Dezember vorigen Jahres noch nicht fertiggestellt. Das Lichtwerk hat nun die Stadt ersucht, die Reserveanlage zu genehmigen und der Übernahme der Kosten hierfür in Höhe von 253 000 *M* auf die Anlagekosten des Lichtwerks zuzustimmen, also zu erklären, daß mit diesen Kosten bei Übernahme des Lichtwerks durch die Stadt genau so verfahren werde wie mit den übrigen Anlagekosten des Lichtwerks. Der Magistrat hat darauf erwidert, es sei nicht jetzt schon abzusehen, ob zu der Zeit, wenn einmal der Übergang eintrete, noch Nutzen von dieser Anlage für die Stadt vorhanden sein werde, und ob später überhaupt die dauernde Benutzung dieser Reserve gewährleistet sei. Darüber sind Verhandlungen hin und her gepflogen, und man hat sich schließlich dahin geeinigt, was der Magistrat jetzt vorschlägt, nämlich die Entscheidung darüber, ob die Stadt dauernd Nutzen von der Anlage haben werde und sie die Reserveanlage übernehmen wolle oder nicht, erst dann zu treffen, wenn der Übergang einmal stattfinden solle, und daß lediglich das eine dem Lichtwerke zugesichert werden solle, daß für den Fall der Übernahme des Lichtwerks durch die Stadt auch die Reserveanlage mit übernommen werden solle, wenn sie sich als dauernd vorteilhaft erweist. Sie werden mit der Finanzkommission der Meinung sein, daß diese Zusicherung die Interessen der Stadt in vollem Umfange wahrt. Die schwierige Entscheidung, wie künftig eine Anlage wirken wird, soll zurückgestellt und erst dann entschieden werden, wenn sich die Verhältnisse klar und deutlich übersehen lassen. Die Entscheidung wird später nur von sachlichen Erwägungen abhängig sein. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen deshalb durch mich, diesem Vorschlage zuzustimmen.

Dem Antrage wird zugestimmt.

4. Berechnung von Kosten für den Brückenbau in Eisenbüttel, sowie der vom Staate gezahlten Abfindungssumme.

Herr Wolters: Es handelt sich um eine Berechnungsfrage. Der Staat hat der Stadt Braunschweig für Übernahme der Unterhaltungs- und Neubaulast der drei Schützbrücken bei Eisenbüttel eine Ablösungssumme von 36 000 *M* gezahlt. Die Gesamtkosten für die ausgeführten Brücken- und Straßenbauten belaufen sich auf 55 827 *M*. Es dreht sich nun darum, wie diese staatliche Abfin-

dungssumme von der Stadt verrechnet werden soll. Die Magistratsvorlage sagt, daß diese 55 827 *M* wohl dem Extraordinarium zur Last fallen müßten, nicht etwa dem Reservefonds der Wasserwerke. Der Anlaß zu den Bauten sei wohl im Ausbau der Eisenbütteler Mühle zu sehen, im allgemeinen sei aber die Ausführung der Wege- und Brückenbauten eine städtische Angelegenheit, deshalb müsse sie aus dem Extraordinarium getragen werden. Die 36 000 *M* decken also nicht vollständig die tatsächlichen Kosten für den Ausbau. Der Magistrat schlägt nun vor, die 55 000 *M* dem Extraordinarium zu belasten und andererseits die 36 000 *M* dem Extraordinarium zuzuführen. Die Finanzkommission hat aber — vorsichtig, wie sie ist — beschlossen, sie möchte doch empfehlen, diese 36 000 *M* nicht dem Extraordinarium zuzuführen, denn es wäre möglich, daß in Zukunft diese selbe Summe nicht dauernd aufrechterhalten werden könnte und im Passivum noch einmal aus dem Ordinarium bezahlt werden müßte. Deshalb möchte man empfehlen, diese 36 000 *M* dem Stammvermögen zuzuschreiben. Mit dieser Zuschreibung ist, wie aus einer nachträglichen Erklärung des Magistrats hervorgeht, dieser einverstanden. Ich empfehle namens der Finanzkommission, in dieser Weise die Verrechnung geschehen zu lassen.

Der Verrechnung der beiden Posten nach dem Antrage der Finanzkommission stimmt die Versammlung zu.

5. Hilfeleistung der Berufsfeuerwehr bei Feuer und Unfällen im neuen Wasserwerk Rünningen.

Herr Sander: Die Verwaltungsdeputation der Wasserwerke hat sich an den Magistrat gewandt mit dem Ersuchen, die Feuerhilfe auch auf das neue Wasserwerk Rünningen ausdehnen zu wollen. Das Ersuchen wird damit begründet, daß bei Ausbruch eines Feuers auf dem Wasserwerke, welches nur von einem Manne bedient wird, der Dachstuhl und die Decke des Maschinenhauses vom Feuer zerstört und die Maschinen und elektrischen Apparate unbrauchbar gemacht werden könnten. Da das Werk zeitweilig allein die Versorgung unserer Stadt mit Wasser übernommen hat, so würde in diesem Falle die Stadt in eine arge Bedrängnis kommen. Die Deputation dehnt ihr Ersuchen noch dahin aus, daß bei Unfällen, die bei der Bedienung der elektrischen Hochspannungsanlage immerhin möglich sind, der Unfallwagen zum Transport der Kranken hinausgeschickt wird, damit schnell ärztliche Hilfe geleistet werden kann. Der Magistrat ist mit den beiden Vorschlägen einverstanden, und auch die Statutenkommission nimmt denselben Standpunkt ein. Ich habe im Namen der Statutenkommission Sie zu bitten, dem Antrage entsprechend zu beschließen.

Die Versammlung ist mit den vorge schlagenen Maßnahmen einverstanden.

6. Vermietung von Kellerräumen im Neustadtrathause.

Herr M o h r: Die Firma Pappée & Büschhoff hatte bis zum April 1903 die unter dem Neustadtrathause liegenden Keller für einen Preis von jährlich 450 *M* gemietet. Der Vertrag mit der Firma mußte gekündigt werden, da nach einem Gutachten der städtischen Bauverwaltung diese Benutzung der Keller eine Feuergefährdung für die oberhalb derselben befindlichen, wertvollen Bestände des Archivs und der Bibliothek in sich schloß. Nachdem nun Archiv und Bibliothek in den Neubau verlegt worden sind und teilweise die alte Holzdecke der Keller beseitigt ist, sind die Keller für die Vermietung wieder frei geworden, und die Firma Pappée & Büschhoff hat den Wunsch ausgesprochen, ihr die nicht andern Zwecken dienenden Räume des Kellers für einen Mietpreis von jährlich 400 *M* wieder zu überlassen. Der Magistrat ist damit einverstanden, und die Finanzkommission, der die Angelegenheit zur Beratung vorgelegen hat, empfiehlt Ihnen, die Vermietung zu genehmigen.

Herr Eckhardt: Ich halte den angegebenen Mietpreis für einen derartigen Keller für viel zu niedrig. Wieviel Quadratmeter Grundfläche enthalten die Keller? Man rechnet in der Regel 3 *M* für das Quadratmeter. Ich glaube, daß bei dem Preise mehr für die Keller herauskommen müßte.

Herr M o h r: Ich möchte Herrn Eckhardt erwidern, daß die Keller, soviel ich weiß, nicht mehr in derselben Größe zur Verfügung stehen wie vordem. Außerdem bin ich der Meinung, daß wir nicht darüber feilschen sollten, ob wir vielleicht 50 *M* mehr bekommen können. Ich bitte, es bei dem vorgenannten Mietpreise zu belassen.

Herr B o r j e n d e r: Ich glaube nicht, daß wir so nobel sein dürfen. Es sind doch städtische Gelder, über die wir mit zu bestimmen haben.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Ich möchte darauf hinweisen, daß ein großer Keller in der Schule an der Echternstraße seit langer Zeit leer steht, da die Stadt keinen Mieter hierfür bekommen kann. Auch unter der Markthalle sind Keller in großem Umfange angelegt, und wir haben keine Abnehmer dafür. Es wäre vielleicht nicht unmöglich, daß die Firma Pappée & Büschhoff zu bestimmen ist, da die Keller in der Nähe ihres Geschäfts liegen, noch etwas an dem Preise zuzulegen. Die städtische Bauverwaltung hat aber nicht ausgesprochen, daß ein höherer Mietpreis angemessen wäre. Daß früher für die Keller mehr gegeben wurde, ist richtig. Wir wollten aber einige von den Kellerräumen als

Lagerraum für das einzurichtende Schulmuseum benutzen, daher ist der zu vermietende Raum kleiner als früher. Die Entscheidung darüber aber, was die Keller wert sind, müssen wir Ihnen überlassen.

Vorsitzender: Die gegebene Anregung wird genügen, um den Magistrat und die städtische Bauverwaltung, in deren Händen die Vermietung liegt, nochmals auf die Erzielung eines höheren Preises aufmerksam zu machen. Im übrigen können wir aber ruhig über die Vermietung abstimmen.

Die Mehrzahl der Stadtverordneten ist mit der Vermietung zu den angegebenen Bedingungen einverstanden.

7. Ausbau der Straße 559.

Herr Tolle: Die hiesige Bauproduktivgenossenschaft hat an der Kramerstraße ein größeres Terrain, welches sie besser ausnützen möchte, und wünscht deshalb, daß die projektierte Straße 559 ausgebaut wird. Die Herren haben früher schon diese Straße in den Ortschauplan aufgenommen, und es liegt nunmehr ein Kostenanschlag seitens der städtischen Bauverwaltung dafür vor. Der obere Ausbau der Straße ist in einer Gesamtbreite von 9 m gedacht; 6 m davon entfallen auf die Fahrbahn, auf den einen Fußweg eine Breite von 2 m und auf den andern eine solche von 1 m. Der Fußweg soll mit Zementplatten belegt, die Fahrbahn in Teermafadam ausgeführt werden. Der obere Ausbau ist mit 13 200 *M* veranschlagt, die Kosten der Kanalisation betragen 2900 *M*. Für Erwerb von Terrain ist kein Wert angelegt, da die gesamten Kosten von der Bauproduktivgenossenschaft getragen werden müssen. Der Magistrat empfiehlt Ihnen die Annahme dieses Gesuches, und die Baukommission schließt sich dem Antrage an. Die Gesamtlänge der Straße ist 150 m. Sie ist eine Seitenstraße der Ebertstraße. Nach ca. 50 m bildet sie einen rechten Winkel, läuft parallel mit der Ebertstraße und geht auf die Kramerstraße aus. Die Kosten sollen zu Lasten des Extraordinariums bewilligt werden. Ich bitte namens der Baukommission um Annahme der Vorlage.

Der Ausbau der Straße 559 wird beschlossen.

8. Errichtung einer städtischen Studienanstalt.

Herr Friede: Die Vorlage über die Errichtung einer städtischen Studienanstalt ist Ihnen allen in autographischerervielfältigung zugegangen. Sie werden sich schon damit beschäftigt und Ihr Urteil darüber gebildet haben.

Sie wissen, die Frauenbewegung führt dazu, daß die Zahl der jungen Mädchen, die dem Universitätsstudium sich widmen möchten, fortwährend gestiegen ist. Die jungen Mädchen wenden sich vorwiegend dem Lehrerinnenberufe zu, aber auch anderen, die den Besuch einer Universität voraussetzen. Nun läßt sich die Vorbereitung zum Universitätsstudium momentan in Braunschweig wohl erreichen, aber doch nicht in vorteilhafter Weise. Dem soll die neue Studienanstalt abhelfen. Es sind verschiedene Vorschläge gemacht, wie die Studienanstalt errichtet werden könnte; das könnte wohl geschehen 1. so, daß sie als vollständig selbständige Anstalt errichtet würde, 2. in der Weise, daß wir die jungen Damen den beiden Oberrealschulen als Schülerinnen mit überweisen. Der Schulvorstand der Höheren Mädchenschule und der Magistrat sind aber der Ansicht, daß beides nicht am Platze, sondern zu verwerfen ist, und schlägt Ihnen vor, die Studienanstalt an unser Lehrerinnenseminar und die Höhere Töchterschule anzugliedern, und zwar so, daß die unteren acht Klassen in der Höheren Töchterschule absolviert werden und die Zahl der Klassen der Studienanstalt auf 5 bemessen wird, von denen die oberen 3 Klassen mit den Klassen des Lehrerinnenseminars verschmolzen werden. Dadurch würde derselbe Zweck erreicht, aber die Einrichtung sich billiger gestalten. Für die Studienanstalt sind dieselben Lehrziele festzusetzen, wie sie für die Oberrealschulen festgelegt sind. Die empfohlene, „auch in Preußen für zulässig erklärte Verschmelzung dürfte auch hier zulässig sein, weil die Lehrziele und die Stoffverteilung bei der Studienanstalt und beim Seminar in Religion, Deutsch, Französisch, Englisch, Geschichte und den technischen Fächern die gleichen sind, und daher nur in Mathematik und Naturwissenschaft ein getrennter Unterricht um deswillen nicht zu vermeiden ist, weil in diesen Fächern das Lehrziel der Studienanstalt über dasjenige des Seminars hinausgeht.“

Wenn diese Einrichtung von der geehrten Versammlung angenommen würde, so würde das folgende Vorteile haben: Wir würden an einmaligen Ausgaben nur eine solche von 12 000 M haben, die sich aber über 3 Jahre verteilen würde, für Beschaffung von Lehrmitteln, besonders für den naturwissenschaftlichen Unterricht. Ferner würde diese Ostern und Ostern 1916 je eine neue Lehrerstelle zu schaffen sein, die mit Oberlehrerinnen oder Oberlehrern für Mathematik und Naturwissenschaft zu besetzen sein würde. Damit würden die Lehrkörper ausreichend besetzt sein.

Ein Statut für die Schule zu erlassen, wird vorläufig aus dem Grunde nicht angestrebt, weil erst Erfahrungen gesammelt werden sollen, wie stark die Schule besucht wird, und wie überhaupt der Betrieb und die Erfolge der Schule sich gestalten.

Als Schulgeld ist für jede der 5 Klassen der Studienanstalt 150 *M* pro Jahr vorgeschlagen, wie das auch bei den Oberrealschulen der Fall ist.

Der Magistrat beantragt demnach, der Errichtung einer städtischen Studienanstalt nach Maßgabe der in der Vorlage enthaltenen Darlegungen und insbesondere unter Billigung der Ihnen in einer Anlage zugegangenen „Grundsätze“ zustimmen und genehmigen zu wollen, daß die durch Einrichtung und Unterhaltung der Anstalt erwachsenden Kosten, vorbehaltlich ihrer Nachweisung und endgültigen Verwilligung, auf die Kämmereikasse übernommen werden.

Vorsitzender: Ich hatte mir gedacht, die Beratung und Abstimmung in einzelne Teile zu zerlegen, da sonst die Sache schwer zu übersehen ist. Wir müßten uns zunächst aussprechen über die allgemeinen Gesichtspunkte, die auf Seite 2 der Vorlage unter a, b und c aufgeführt sind, sodann uns über die Kostenfrage und die Anstellung der beiden Lehrer einigen, ferner darüber, was aus der Übungsschule werden soll und schließlich auch über das Schulgeld Beschluß fassen. Ich bin selbstverständlich auch einverstanden, wenn alles in eins besprochen werden soll. — Ich schlage vor, erst einmal über die Grundsätze, die unter a auf Seite 2 der Vorlage stehen, uns auszusprechen.

Herr Deu e: Es wird wohl nicht ganz möglich sein, die Fragen genau so zu trennen, wie der Herr Vorsitzende gemeint hat, und ich bitte schon im voraus um Nachsicht, wenn ich unwillkürlich einmal in eine andere Frage übergreifen sollte. — Vor allem möchte ich in den Vordergrund die Frage stellen: Liegt für Errichtung einer solchen Studienanstalt in unserer Stadt ein Bedürfnis vor? Ich halte das für die Kardinalfrage, die zuerst beantwortet werden muß. Ich bekenne mich zunächst als grundsätzlichen Freund einer solchen Anstalt. Wenn aber in einer Stadt von 140 000 Einwohnern eine solche Anstalt errichtet werden soll und vielleicht nur 20 Schülerinnen in Frage kommen würden, so wäre das, wie ich die Sache auffasse, zu wenig. Ich weiß nicht, ob bei Aufstellung dieser Vorlage schon Erörterungen angestellt sind, in welcher Anzahl wohl ein Besuch dieser Schule zu erwarten ist. Es muß doch bei Errichtung einer solchen Anstalt Rücksicht darauf genommen werden, daß wir dadurch zwar Einrichtungen schaffen, die geeignet sind, kapitalkräftige Leute nach hier zu ziehen, was ja auch in der Vorlage zum Ausdruck gebracht ist, andererseits darf aber nicht unberücksichtigt gelassen werden, daß durch die immer vermehrten Ausgaben unsere Anforderungen an die Steuerzahler größer werden. Dadurch könnte es auch leicht kommen, daß wir die Steuern erhöhen müßten und ein Abschwimmen kapitalkräftiger Einwohner erzielt würde. Die einmalige Ausgabe, die durch die Errichtung einer solchen Anstalt entsteht, würde mich nicht schrecken, wohl aber die

laufenden Ausgaben. Wenn ich sehe, daß außer zwei Lehrkräften noch eine Lehrkraft für Mathematikunterricht erforderlich sein wird, so läßt sich das Exempel aufstellen, daß mit den sonstigen Nebenkosten rund 20 000 *M* jährlich als Betriebskosten dieser Anstalt aufgewendet werden müssen. Nimmt man dagegen einen Besuch durch 40 Schülerinnen an, so würde das eine Einnahme von 6000 *M* ergeben, so daß wir mit einer Mehrausgabe von 14 000 *M* zu rechnen hätten. Ich glaube ja nun, daß wir vor einer solchen Ausgabe nicht zurückzusehen brauchen; ob aber dieser Besuch, den ich mit 40 Schülerinnen angenommen habe, eintreten wird, bezweifle ich einstweilen noch, denn die Zahl derjenigen, die ihren Töchtern eine akademische Bildung geben lassen wollen, ist immerhin nicht so sehr groß. Ich möchte einmal wissen, ob vielleicht vom Magistrat oder von anderer Seite uns gesagt werden kann, ob man schon irgendwie Fühlung genommen hat und sagen kann, wie groß der Besuch dieser Anstalt sein wird. Es ist ja schwer, darüber etwas im Voraus zu sagen, aber immerhin ist es doch wünschenswert, daß wir sehen: Es soll nicht eine Anstalt geschaffen werden, die nur von zehn Mädchen besucht wird.

Die von mir beregte Frage ist allerdings nur eine Vorfrage, die ich aber gern ventilirt haben möchte. Ich wiederhole jedoch, daß ich ein Freund der Anstalt bin, falls sich das Bedürfnis danach geltend gemacht hat.

Herr F r e d e: Um auf die Frage einzugehen, ob die Errichtung der Anstalt hier in Braunschweig wünschenswert ist, möchte ich bitten, darüber Auskunft zu geben, in welchem Umfange Anfragen aus dem Publikum nach der Anstalt eingegangen sind. Daraus läßt sich wohl schließen, auf welche Beteiligung zu hoffen ist.

Herr Schuldirektor Professor R ü g e r (als Magistratsdezerent): Die gestellte Frage ist schwer zu beantworten. Soweit ich die Sache übersehen kann, wird die Beteiligung zunächst jedenfalls eine sehr rege sein. Auch der Bezug von Auswärtigen wird, glaube ich, stark zunehmen, denn ich bekomme jedes Jahr mehrfach Anfragen, die dahin gehen, ob hier eine derartige Anstalt besteht oder errichtet werden soll. Wie weit aber diese eventuell zuziehenden Herrschaften steuerkräftig sind, kann ich nicht unterscheiden. Ich glaube, daß die Anstalt lebenskräftig sein wird, genaue Zahlen kann ich beim besten Willen nicht angeben.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e r: Ich glaube, wenn wir eine Umfrage veranstaltet hätten, so würde uns das auch nicht viel genügt haben. Es ist

von uns schon bei Einbringung des Antrages darauf hingewiesen, daß in anderen Orten die Erfahrung gemacht ist, daß der Andrang zu einer solchen Anstalt zunächst sehr groß ist, daß aber später, wenn die jungen Mädchen sehen, welche gewaltigen Ansprüche nicht bloß an ihre geistigen, sondern auch an ihre körperlichen Kräfte gestellt werden, die Schulen hier und da in den oberen Klassen weniger gut besucht sind. Das ist für uns der Grund gewesen, von der Errichtung eines Statuts Abstand zu nehmen. Ich mache darauf aufmerksam: Wenn ein Statut erlassen wird, das der Genehmigung des Ministeriums bedarf, so ist die Stadt später nicht in der Lage, das Statut ohne Genehmigung des Ministeriums aufzuheben. Das wollten wir verhüten und haben deshalb die Anstalt einstweilen lediglich als einen Versuch geplant. Wenn eine derartige Anstalt nicht lebensfähig ist, kann es uns kein Mensch verdenken, wenn wir sie wieder aufheben. Es könnten Schwierigkeiten nur daraus entstehen, daß Lehrkräfte angestellt sind, doch handelt es sich nur um zwei Lehrkräfte, die bis 1916 neu angenommen werden sollen. In den Schulen ist aber der Verbrauch an Lehrkräften ein unausgesetzter, und deshalb ist die Unterbringung von zwei Lehrkräften nicht schwierig. Ich sollte meinen, daß diese Rücksicht die Herren, die das Bedürfnis nicht als dringlich anerkennen können, dazu bringen müßte, zu sagen: Einen Versuch können wir wohl machen.

Herr Frede: Ich bin der Meinung, daß der Versuch gelingen wird, und kann die Befürchtung des Herrn Leue nicht teilen, daß in einer Stadt wie Braunschweig die Beteiligung nicht stark genug sein würde. Als Unterlage für meine Ansicht nehme ich die Bewegung, wie ich sie in Preußen verfolgt habe, und kann auch noch verweisen auf die Versammlung, die gestern hier bei Rüd stattgefunden hat. Es ist für die Versammlung keine Propaganda gemacht, und man kann auch nicht sagen, daß die Zahl der Teilnehmer in der Versammlung einen Maßstab geben kann für die Gesamtbeteiligung der Schülerinnen an der neuen Anstalt. Ich glaube im Gegenteil, daß nur einem kleinen Kreise durch die Annonce in der Zeitung die Versammlung bekannt geworden ist, und doch waren 30 Personen dazu erschienen. Von diesen wurde der Sache ein sehr großes Interesse entgegengebracht, und es konnte festgestellt werden, daß für die verschiedenen Klassen von den Anwesenden 20 Schülerinnen gleich angemeldet werden würden. Ich glaube, daß die Anstalt lebensfähig sein wird, nicht allein mit Rücksicht auf die Vorgänge in Preußen, sondern auch auf die Erscheinung, daß am hiesigen Realgymnasium häufig Anträge auf Zulassung von jungen Mädchen zum Unterricht lediglich wegen Mangel an Raum abgewiesen sind. Daß der Magistrat die Sache als Versuch auffaßt, erst einmal Erfahrungen sammeln und die Studienanstalt mit dem Seminar verknüpfen will, halte ich für sehr angebracht.

Was nun die auf Seite 2 der Vorlage aufgeführten Grundsätze für Errichtung der Anstalt anbelangt, so halte ich das für den Kernpunkt der ganzen Frage. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, und meine Meinung weicht von dem dort Ausgeführten ab. Die Versammlung wird ersucht, für die Anstalt dieselben Lehrziele festzusetzen, wie sie für die Oberrealschulen festgelegt sind. Meine Herren! Wenn man die vielen Berechtigungen, die den von der Oberrealschule Abgehenden erteilt sind, in Betracht zieht, klingt es verführerisch, daß auch die jungen Mädchen aus der Studienanstalt diese haben sollen. Es ist aber zu bedenken, daß bei näherer Betrachtung die Zahl der Berechtigungen sehr zusammenschrumpft. Die Abiturientinnen werden vor allen Dingen keinesfalls dem Polytechnikum sich zuwenden, außer vielleicht weiblichen Apothekern; es werden aber aus der Schule keine weiblichen Baubeflissenen und keine weiblichen Elektroingenieure, Maschineningenieure usw. hervorgehen. Nach dem Ausscheiden des Polytechnikums bleibt übrig die Berechtigung zur Neu-Philologie, zu Mathematik und Naturwissenschaft. Sie werden mir recht geben, daß Mathematik und Naturwissenschaft für junge Mädchen nicht besonders anziehend sein können, es wird also nur das Studium der Neu-Philologie übrigbleiben, und das macht eine Grundlage in Latein sehr wünschenswert, und darum wünschte ich, daß selbst hier, wo es nicht unbedingt erforderlich ist, doch Latein ins Auge gefaßt wird. Man könnte sagen: Das ist geschehen; fakultativ soll Unterricht in Latein erteilt werden. Darauf ist zu entgegnen, daß der fakultative Unterricht den obligatorischen nicht vollständig ersetzt. Der obligatorische Unterricht baut sich von Klasse zu Klasse auf, der fakultative ist ein Nebenkursus. Es muß auch darauf verwiesen werden, daß der fakultative Unterricht eine neue Belastung der Schülerinnen darstellt. Es ist nicht angängig, daß die jungen Mädchen, die Latein treiben, in andern Fächern entlastet werden, sondern es wird genau so wie in der Oberrealschule werden: Diejenigen, die Latein haben, müssen den Unterricht besuchen, den die übrigen bekommen, und das Latein obendrein lernen. Das ist für die jungen Mädchen in der Entwicklungszeit sehr bedenklich. Ich glaube, es ist besser, wenn das Latein, methodisch aufgebaut, klassenweise auftritt. Das dadurch erreichte Ziel genügt offenbar für junge Mädchen in der Universität. Bei Festlegung der Lehrziele wie für die Oberrealschule würde man dazu kommen, die jungen Mädchen zu einem Studium zu zwingen, das ihren Neigungen vielleicht nicht zusagt; man würde so viele Neuphilologinnen bekommen, daß man die Straße damit pflastern könnte. Das Studium von Deutsch und Geschichte würde für die jungen Damen auch sehr angezeigt erscheinen, auch das Studium von Medizin. Da ist wiederum Latein unerlässlich, und bei dem Studium der alten Geschichte ist sogar Griechisch erforderlich. Das könnte ja aber wegbleiben. Aus alle diesen Gründen komme ich

dazu, zu wünschen, daß als Ziel für die Studienanstalt nicht aufgestellt werden die Forderungen der Oberrealschule, sondern die des Realgymnasiums. Es würde das wahrscheinlich mit sich bringen, daß noch eine Klasse mehr geschaffen wird, denn die Gabelung dürfte dann wahrscheinlich nicht nach dem Verlassen der 3., sondern der 4. Klasse eintreten; es müßten also 6 Stufen eingerichtet werden. Wenn man sich aber dafür entscheidet, daß es wichtig ist, den jungen Mädchen einen größeren Wirkungskreis anzuweisen, der ihrer Begabung und ihren Neigungen entspricht, dann darf man diese eine Klasse nicht als Grund annehmen, um die ganze Einrichtung scheitern zu lassen. Ich möchte mich für diesen Standpunkt aussprechen, und das ist auch der Standpunkt der Damen und Herren gestern abend gewesen, daß also das Latein als obligatorisch angesehen wird und nicht, wie es unter a heißt, die Ziele der Oberrealschule, sondern die des Reform-Realgymnasiums als erstrebenswert hingestellt werden. Ich beziehe mich auch auf die Anstalten in Preußen. Auch dort haben wir meistens realgymnasiale Studienanstalten und wenig reale und sehr wenig humanistische.

Wenn man sich dazu entschließen könnte, die Ziele, wie ich vorgeschlagen habe, festzusetzen, so würde für die Übergangszeit die vorläufige Verknüpfung mit dem Lehrerinnenseminar beibehalten werden können, aber auf die Dauer wird sich das nicht machen lassen, es müßte wohl eine selbständige Anstalt entstehen.

Als dringender Wunsch ist noch gestern abend geäußert worden, daß die Anstalt nicht in der Weise ins Leben gerufen werden möchte, daß — wie es nach der Vorlage den Anschein hat — man jetzt erst die unterste Klasse einrichtet und im nächsten Jahr die folgende, sondern es möchte Fürsorge getroffen werden, daß diejenigen Schülerinnen, welche eine hinreichende Vorbildung in Latein, Mathematik und Naturwissenschaft haben, die aber auf dem Realgymnasium nicht mit den jungen Leuten zusammen sein oder auch nicht eine Privatvorbereitungsanstalt besuchen möchten, jedenfalls aber diejenigen, welche die Höhere Mädchenschule nach Absolvierung der 1. Klasse verlassen oder verlassen haben, aufgenommen werden können. Wie ein in der Versammlung anwesender Oberlehrer mitteilte, der einen Verwandten in Cassel hat, der in einer Studienanstalt unterrichtet, würde sich das unschwer einrichten lassen, indem ein Sonderkursus eingerichtet wird, in dem Mathematik und Naturwissenschaft besonders gelehrt wird. Für die Übergangszeit könnte das auch in Latein in der Weise ausgeführt werden.

Ich resümiere mich dahin, daß ich beantragen möchte: 1. daß als Ziel aufgestellt werden möchte statt des unter a Gezagten: die Ziele des Reform-Realgymnasiums, 2. daß, wenn irgend möglich, den Schülerinnen, welche hinreichend vorbereitet oder von der 1. Klasse der Höheren Mädchenschule abgegangen sind,

die Möglichkeit gewährt wird, in die Studienanstalt einzutreten, indem durch einen Sonderkursus die Lücken ausgefüllt und so die Leute hier gehalten und nicht gezwungen werden, nach anderen Städten zu gehen.

Herr Direktor Professor R ü g e r: Meine Herren! Die Frage: Was ist besser, Oberrealschulkursus oder Realgymnasialkursus? ist meiner Meinung nach nicht ohne weiteres in bestimmter Weise zu beantworten. Die Oberrealschulkurse haben den Vorzug, daß bei ihnen viel mehr als bei anderen Kursen das Deutsche den Mittelpunkt des Unterrichts bildet, daß überhaupt bei ihnen die moderne Kultur mehr betont werden kann, und ich meine doch: Wir wollen deutsche Mädchen erziehen, Mädchen, die einen hellen Blick haben für die Fragen, die die Gegenwart bewegen. Außerdem hat den Magistrat veranlaßt, eine derartige Vorlage zu machen, der Umstand, daß es zweifelhaft ist, ob die Anstalt überhaupt sich als lebenskräftig erweist. Wenn ein Realgymnasialkursus eingerichtet werden soll, so ist ein Zusammenarbeiten mit dem Seminar ganz ausgeschlossen, da die Stundenzahl und die Ziele einer solchen Anstalt mit dem Seminar nicht zusammenpassen. Wir müssen bei einem Realgymnasialkursus nicht nur eine Klasse mehr einrichten, sondern eine völlig selbständige Anstalt aufbauen.

Außerdem ist nicht ganz richtig, wenn Herr Frede sagte, daß die Oberrealschule nur beschränkte Berechtigungen gewährt. Die jungen Mädchen können von der geplanten Studienanstalt unter gewissen Vorbedingungen alles studieren. Hinzu kommt, daß das Latein in der Anstalt auch stufenweise aufgebaut werden wird. Wir denken, die jungen Mädchen bis zu der Stufe der Unterprima eines Reformrealgymnasiums zu bringen, und auch auf der Universität sind Einrichtungen getroffen, wodurch sie ihr Wissen vervollständigen können. Wenn sie Deutsch und Englisch studieren wollen, dann brauchen sie kein Latein, ebenso in Naturwissenschaft und Mathematik, und es gibt eine ganze Menge junge Mädchen, die diese Fächer wählen. Sie brauchen Latein nur, wenn sie Französisch und Geschichte studieren wollen, und so viel Latein können sie in den wahlfreien Kursen lernen, um auf der Universität den Vorlesungen folgen zu können.

Was nun die Frage anbelangt, ob es möglich wäre, gleich alle Klassen einzurichten, vielleicht durch Nebenkurs, so muß ich darauf erwidern, daß dies ausgeschlossen ist. Dazu fehlen uns die Einrichtungen, die Lehrkräfte und die Lehrmittel. Es wäre aber vielleicht denkbar, Ostern 1913 eine höhere Klasse zu schaffen, wenn genügende Beteiligung vorhanden ist. Einstweilen jedoch halte ich es für ausgeschlossen, daß dem Antrage entsprochen werden kann.

Herr Henking: Die Frage, ob für Errichtung einer Studienanstalt in Braunschweig ein Bedürfnis vorliegt, läßt sich, wie wir gehört haben, heute nicht sicher beantworten. Eine andere Frage, die auch nicht sicher beantwortet werden kann, sollte uns aber bestimmen, zu bedenken, ob es rätlich ist, jetzt hier eine derartige Anstalt einzurichten: Das ist die Bedürfnisfrage für das ganze Reich. Ist es nötig, daß wir noch mehr studierte Kräfte bekommen? Ich habe heute zufällig den neuesten Bericht erhalten, der nachweist, wie seit 1906 die Medizinstudierenden zugenommen haben. Ihre Zahl ist in diesen 5 Jahren von 7098 auf 12 000 gestiegen, die der Philologie und Philosophie Studierenden auf 16 000, die der Mathematik Studierenden auf 8500. Das Frauenstudium haben zurzeit erwählt in Philologie 1563 (im Vorjahre 1373), in Mathematik und Naturwissenschaften 504 (im Vorjahre 356), in Medizin 582 (im Vorjahre 527). Wir sehen aus diesen Zahlen die gewaltige Zunahme der Studierenden Kreise auch unter den Frauen. Da wird man doch etwas stutzig, ob es wirklich möglich sein wird, später alle die vielen Kräfte, die sich betätigen wollen, zu beschäftigen. Wir schaffen damit Unzufriedenheit, wenn die Menschen nicht in dem, was sie gelernt haben, ihre Beschäftigung und ihr Brot finden. Ich bin dafür, daß jedem, der die Befähigung hat, auch Gelegenheit zum Studium geboten wird. Aber für diejenigen jungen Damen, die Befähigung besitzen, findet sich heute schon ein Weg zum Studium. Wenn es der Fall wäre, daß das Realgymnasium mehrfach in der Lage war, junge Mädchen wegen Raummangel abzuweisen, so könnte mich das bedenklich machen. (Zuruf: Das ist eine Tatsache!) Immerhin kann mich das noch nicht dazu bestimmen, so weit zu gehen, daß wir hier den Beschluß fassen müßten, von der Stadt aus eine Studienanstalt zu schaffen. Wir haben so viele andere Ausgaben für die nächste Zeit: Kleinwohnungsbau, Schwimmbad, Bahnhofsumbau und anderes. Diese Dinge sind meines Erachtens für die nächsten Jahre wichtiger, als daß wir den Etat von neuem mit Ausgaben belasten dürften. Ich möchte deswegen nochmals zu bedenken geben, ob es notwendig ist, jetzt eine derartige Anstalt in Braunschweig zu begründen.

Herr Loejzigk: Ich stehe auf einem anderen Standpunkte als der Herr Vorredner. Als ich die Vorlage bekam, sagte ich mir: Das wird uns vielleicht viel Geld kosten. Nach den Ausführungen des Magistrats in der Vorlage aber werden die Ausgaben nicht so sehr groß sein. Wer Bildung sucht, dem sollen wir Gelegenheit geben, sie zu erwerben, und da die Stadt Braunschweig für die Volksschulen und alle anderen Anstalten so viel Geld aufgebracht hat und im Durchschnitt die höheren Lehranstalten nicht so viel kosten als die unteren Bürgerschulen, so sage ich mir: Wir wollen den Versuch ruhig machen. Ich glaube, das Geld, welches wir hierfür ausgeben, ist sehr nutzbringend ange-

legt, und meine nicht, daß wir die Bremse anlegen müssen, weil schon so viele studiert haben, sondern daß man den Leuten, welche wirklich Trieb und Intelligenz haben, voll und ganz Gelegenheit geben soll, ihr Wissen zu erweitern. Was von Herrn Dr. Henking ausgeführt ist, hat mich befremdet. Ich bin ja kein Fachmann, aber ich meine: So gut wie den übrigen Kindern Gelegenheit gegeben ist, sollen wir auch den Kindern aus höheren Kreisen, die weiterstreben wollen, Gelegenheit geben, sich fortzubilden. Wir können uns nur freuen, wenn die Welt fortchreitet. Ich bin entschieden dafür, daß wir einen Versuch mit der Errichtung der Schule machen.

Herr Kleinfnecht: Es ist nach meiner Auffassung heute hier nicht die Frage zu entscheiden, ob wir überhaupt die Frauenbewegung, wie sie jetzt eingesetzt hat, begünstigen oder zurückdämmen wollen, sondern ob wir in Braunschweig eine Studienanstalt errichten wollen. Wenn wir auch hier davon absehen wollten, so werden die jungen Mädchen zum Studium nach Preußen gehen und ein Teil der Familien, die hierher ziehen wollten, werden nicht kommen und andere werden fortziehen. Das ist meiner Ansicht nach der springende Punkt, wie auch in der Vorlage auseinandergelegt ist. Ob die Frauenbewegung überhaupt richtig ist, das ist eine andere Frage, die uns nicht zu beschäftigen braucht. Im Prinzip bin ich einverstanden, daß den jungen Mädchen ausreichend Gelegenheit gegeben wird, sich hier zum Universitätsstudium vorzubereiten, deshalb stehe ich der Magistratsvorlage sympathisch gegenüber.

Was die unter a, b und c aufgeführten Grundsätze anlangt, so hat mir Herr Direktor Krüger schon teilweise vorweggenommen, was ich zu sagen habe. Herr Frede hielt es nicht für richtig, daß für die Studienanstalt dieselben Lehrziele festgelegt werden wie für die Oberrealschule. Soviel ich jedoch weiß, ist das Ziel der Höheren Töchter Schule im wesentlichen auch dem Lehrplan der Oberrealschule entsprechend festgelegt. Ich habe mir heute auch den Plan des neuen Reform-Realgymnasiums geben lassen und habe gesehen, daß es nicht möglich ist, wenn man die neue Studienanstalt an die Höhere Töchter Schule angliedert, den Lehrplan des Reformrealgymnasiums anzunehmen. Es müßte dann, wie Herr Direktor Krüger schon gesagt hat, eine ganz neue Anstalt gegründet werden. Das Latein fängt auf dem Reform-Realgymnasium schon in Untertertia an, das würde der 3. Klasse der Höheren Töchter Schule entsprechen, also müßte eine Klasse mehr errichtet werden, und die Kinder müßten schon nach der 4. Klasse in die Studienanstalt übergehen. Das würde die Kosten verteuern. Das Englische fängt in der Höheren Mädchenschule in der 4. Klasse an und auf dem Reform-Realgymnasium in Untersekunda. Diese letztere entspricht der 1. Klasse der Höheren Mädchenschule. Die beiden Anstalten würden also gar nicht mitein-

ander übereinstimmen, und da auch der Unterricht im Französischen nicht passen würde, so würde es ganz ausgeschlossen sein, die Angliederung der Studienanstalt an das Seminar vorzunehmen, wenn der Plan des Reform-Realgymnasiums zugrunde gelegt wird. Daß die Angliederung im Interesse unseres Geldbeutels wünschenswert ist, ist klar. Ferner ist sie auch wünschenswert, damit die Mädchen allmählich dazu kommen, die Studienanstalt zu besuchen, denn wenn wir die Studienanstalt für sich mit einem Male errichten würden, dann würden die Lehrer in einigen Klassen vielleicht 5 oder 6 Kinder zu unterrichten haben und in anderen Klassen gar keine. Wenn aber von unten aufgebaut wird, so werden die Eltern sagen: Versuchen wir es doch einmal! Und wenn die eine Klasse gut überstanden ist, gehen die Kinder in die höhere Klasse weiter. Auf diese Weise wird die Studienanstalt lebensfähig, während wir ein Fiasko erleben würden, wenn die Anstalt plötzlich voll eingerichtet würde.

Dann jagte Herr Frede, es sei deshalb wünschenswert, die Lehrziele des Realgymnasiums für die Studienanstalt festzulegen, weil die Mädchen sonst nicht genügende Berechtigungen erwerben würden. Dagegen ist zu sagen: Die Berechtigungen der Oberrealschule sind genau dieselben wie die des Gymnasiums und Realgymnasiums, mit der Ausnahme, daß vielleicht Theologie und alte Sprachen für die Oberrealschüler nicht passen. Sie können aber Medizin und Jura studieren, wenn sie ein Examen in Latein nachmachen. Die Vorbereitung dazu kann auf der Universität geschehen, und auch schon auf der Schule kann das Latein erlernt werden. Jedenfalls habe ich mir sagen lassen, daß das Nachmachen des Examens in Lateinisch für den Mediziner und Juristen ein Kinderspiel ist. Deshalb sehe ich nicht ein, daß wir für die Studienanstalt das Ziel des Realgymnasiums maßgebend sein lassen sollten.

Im Anschluß an die Worte des Herrn Schuldirektors Professors Krüger möchte ich mir noch eine Anfrage gestatten. Es ist eine Abzweigung zu der Studienanstalt nach beendigter 3. Klasse unserer hiesigen Höheren Töchterchule vorgesehen. Nun möchte ich gern den Unterschied wissen zwischen dem Lehrplan der 1. und 2. Höheren Töchterchulklasse einerseits und der Untersekunda und Obertertia der Studienanstalt andererseits. Liegt der Unterschied nur in Mathematik und Naturwissenschaften oder auch in anderen Sachen? Wenn die zwei Klassen übersprungen sind, dann kommen die Mädchen ja wieder auf dem Seminar zusammen und der Lehrplan würde derselbe sein, nur daß die Schülerinnen der Studienanstalt in Mathematik und Naturwissenschaft noch besonders unterrichtet werden. Die Anforderungen an die Schülerinnen auf der Höheren Töchterchule sind jetzt ganz erheblich, und ich habe Klagen gehört, daß es den jungen Mädchen schwer fällt, die Sachen zu fassen. Das ist aber auf anderen Schulen auch so. Wozu man das alles lernt, weiß man in der Jugend noch nicht.

Herr Direktor Professor Krüger: Es ist in der That so, wie Herr Dr. Kleinfnecht vermutet. Die Lehrziele sind in der 2. und 1. Klasse der Höheren Mädchenschule, abgesehen von Erdkunde, Mathematik und Naturwissenschaft, dieselben wie auf der Studienanstalt in Obertertia und Untersekunda.

Herr Eckhardt: Ich halte die in der Vorlage niedergelegten Grundzüge für sehr akzeptabel, auch bin ich dafür, daß die Schule nicht auf einmal ins Leben gerufen wird, sondern daß sie sich allmählich von Stufe zu Stufe entwickelt. Allein schon aus praktischen Gründen halte ich die Entwicklung und den Aufbau der Schule von Jahr zu Jahr für sehr vorteilhaft, denn was wollten 12 000 M., womit diese Schule jetzt ins Leben gerufen wird, sagen, wollte man es anders machen; dann würde dieses Sandkörnchen an Unkosten bald verschwinden, und man müßte eine große Summe bewilligen.

Die Vorlage ist mit so viel Fleiß und Liebe durchgearbeitet, daß es sich wohl verlohnt, dieselbe ohne jede Änderung anzunehmen.

Auch den andern Punkt, das Reisezeugnis, betreffend, ist es nötig, daß die Schule genau nach den in Preußen bestehenden Schulgesetzen eingerichtet wird, damit wir eine gleichwertige Studienanstalt bekommen.

Ich bitte Sie deshalb, nehmen Sie die Vorlage so, wie sie ist, an.

Herr Hartung: Die Sache ist schon von allen Seiten so weit beleuchtet, daß ich glaube, mich kurz fassen zu können. Der einzige wirklich erhebliche Einwand, der vorgebracht ist, ist von Herrn Frede ausgesprochen: Es wäre zu erwägen, ob die Schule nicht besser auf die Form des Realgymnasiums gestellt werden sollte. Ich glaube aber, nach dem, was vom Herrn Oberbürgermeister ausgeführt ist, mich auf den Standpunkt des Magistrats stellen zu müssen: Daß wir einen Versuch machen, der in engen Grenzen gehalten ist und wenig Kosten mit sich bringt. Wenn man auch wird zugeben müssen, daß die Ansichten, ob die Ziele der Oberrealschule oder des Realgymnasiums für die Studienanstalt die richtigen sind, als schwankend bezeichnet werden dürfen, so haben wir doch von Herrn Direktor Krüger gehört, daß er im großen und ganzen auf dem Standpunkte steht, daß die Einrichtung als Oberrealschule die richtigere ist. Es kommt auch noch hinzu, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Regierung nicht Veranlassung nehmen wird, in Folge der Einrichtung unserer Anstalt die Erlaubnis für die jungen Mädchen, auf das Realgymnasium weiter aufgenommen zu werden, zurückzuziehen. Es wird also denjenigen, die speziell Wert darauf legen, ihren Töchtern von vorn herein regulären Lateinunterricht geben zu lassen, nach wie vor Gelegenheit dazu geboten sein. Wir in Braunschweig können uns der allgemeinen Bewegung nicht verschließen, mögen wir der Ansicht sein, daß es

wünschenswert ist, daß die jungen Mädchen einrücken in das Universitätsstudium oder nicht. Unsere Stadt hinkt mit der Einrichtung der Anstalt so wie so schon etwas nach. Jedenfalls ist es mit Freude zu begrüßen, daß der Magistrat einen Weg gefunden hat, der uns ohne übergroße finanzielle Opfer zum Ziele führt. Ich bitte, der Vorlage bedingungslos zuzustimmen.

Herr F r e d e: Herrn Dr. Henking möchte ich in ähnlicher Weise erwidern, wie Herr Dr. Kleinfnecht schon getan hat: Wir hatten die Bewegung nicht auf. Wenn wir keine Gelegenheit zur Vorbereitung zur Universität für die jungen Mädchen schaffen, werden wir die Interessenten nur verlieren. — Nachdem Herr Professor Krüger hier erklärt hat, daß ein Aufbau in realgymnasialer Weise nicht möglich ist, es sei denn, daß eine neue Anstalt, unabhängig von der Höheren Töchterchule, gegründet wird, und nachdem ich mich überzeugt habe, daß mit Rücksicht auf die Kosten die Gründung einer solchen besonderen Anstalt keine Aussicht auf Genehmigung hat, ziehe ich meinen Antrag zurück und erkläre mich mit der Vorlage einverstanden. (Beifall.)

Ich bin im übrigen aber nicht überzeugt, daß die Sache so besser ist als von mir vorgeschlagen. Es ist mehrfach von den Berechtigungen die Rede gewesen. Die Oberrealschule hat allerdings Berechtigungen bekommen bis auf Theologie, Deutsch und Geschichte, aber immer unter der Voraussetzung, daß Latein nachgewiesen wird. Zum Studium der Jurisprudenz genügt nicht einmal das Latein vom Realgymnasium, sondern die Juristen müssen vor dem Referendar-examen noch eine Ergänzungsprüfung ablegen. Daß bei einem klassenweis aufgebauten obligatorischen Unterricht Latein besser übermittelt wird als bei einem Sonderkursus, unterliegt wohl keiner Frage.

Herr L ö h n e f i n k e: Von anderer Seite ist unter Hinweis auf das starke Anwachsen der studierenden Kreise einer gewissen Befürchtung Ausdruck verliehen worden, die vom Standpunkte des vorsichtigen Mannes aus betrachtet ganz verständlich ist. Ich glaube aber, von einem derartigen Gesichtspunkte dürfen wir bei Beurteilung der zur Beratung stehenden Frage uns nicht bestimmen lassen. Ich erblicke darin eine gewisse stadtväterliche Bevormundung unserer ortseingeheften Kreise, die sich vielleicht der eine oder der andere widerspruchlos gefallen lassen, aber manchen veranlassen würde, von hier abzuwandern, weil ihm die Gelegenheit nicht in wünschenswerter Weise zu Gebote steht, seine Kinder weiterbilden zu können. Die Bevormundung des einzelnen Individuums von der Stadt ist heutzutage nicht mehr am Platze. Ich bin vielmehr der Meinung, daß eine Stadt von der Bedeutung Braunschweigs, die in puncto ihrer

Schuleinrichtungen auf hoher Warte steht, jedem intelligenten Menschen, auch weiblichen Geschlechts, durch Schaffung derartiger Einrichtungen Gelegenheit bieten soll, im freien Spiel der Kräfte seine Intelligenz entfalten zu können. Ich spreche mich damit schon als Freund der Vorlage aus, das brauche ich nicht besonders zu betonen. Ich habe die Vorlage in der Fassung, wie sie uns vorliegt, mit Freuden begrüßt und gar keine Bedenken, in jeder Beziehung mich der Vorlage anzuschließen. Ich freue mich besonders, daß Herr Frede seine vorhin geäußerten Bedenken zurückgezogen hat, und würde empfehlen, die Magistratsvorlage in der vorliegenden Form anzunehmen.

Herr Stegmann: Unser heutiges Schulsystem entspricht nicht den Anforderungen, die ich und meine Parteifreunde stellen müssen. Wir halten es für ungerecht und verkehrt, denn viele, die wohl Talent haben, können nicht weiterstreben, weil für die Erreichung von Wissen und Bildung der Geldbeutel des Vaters maßgebend ist. Ich will darauf nicht weiter eingehen und möchte nur zurückweisen, was Herr Voetschigk sagte: daß für die Volksschüler mehr Geld ausgegeben wird als für die Schüler der höheren Schulen. Wenn Sie allerdings die Gesamtheit des Betrages für die ganzen Volksschulen zum Vergleich heranziehen, dann mögen Sie recht haben, aber verhältnismäßig wird für die Schüler der höheren Schulen ein höherer Zuschuß geleistet. Das müßte doch Herr Voetschigk wissen! Wenn nun auch dieses System unserer Anschauung nicht entspricht, so würden wir es doch für verkehrt halten, wenn wir uns dem Fortschritte entgegenstellen wollten. Wir würden gegen die Anforderungen der heutigen Zeit unsere Augen verschließen, wenn wir die Forderung ablehnten, denn das Bedürfnis liegt sehr wohl vor. Da eine Anzahl junger Damen das Realgymnasium besuchen, andere Privatanstalten und 20 Anmeldungen aus der gestrigen Versammlung vorliegen, so ist eine Befürchtung wegen schwachen Besuches nicht zu hegen. Was Herr Dr. Henking vorgebracht hat, noch doch zu sehr nach Angst vor der Konkurrenz. (Heiterkeit.)

Mich interessiert noch besonders Punkt 3 in der Vorlage, wo es heißt, daß die Übungsschule aufgelöst werden solle und eine der unteren Bürger Schulen an die Stelle dieser Schule treten soll. Ich möchte die Frage aufwerfen, wie das gemacht werden soll. Sind in den übrigen Schulen so viel leere Klassen vorhanden, daß die 6 Übungsschulklassen dahin verlegt werden können? Sind die Klassen so schwach frequentiert, daß eine Verteilung stattfinden kann, oder soll eine allgemeine Überfüllung der Klassen stattfinden? Wenn danach die Auflösung der Übungsschule eine Überfüllung der übrigen Schulen verursachen würde, dann möchte ich mich ganz entschieden dagegen erklären, und das werden nicht nur meine Freunde und ich, sondern auch viele von Ihnen tun. Unser

Streben geht dahin, die Frequenz zu erniedrigen, aber nicht zu erhöhen. Ich bitte hierüber um Aufklärung.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e r: Darauf kann ich nur erklären, daß der Schuldirektor Professor Rehfuß die gleiche, von mir gestellte Frage dahin beantwortet hat, daß bei der Abnahme der Schülerinnen in den Bürgerschulen (sie haben in den letzten Jahren um überhaupt 1000 Schüler nachgelassen) die Unterbringung dieser 6 Klassen unbedenklich in der Weise vor sich gehen könnte, daß die Schülerinnen auf andere Schulen verteilt werden. Es werden natürlich Verschiebungen in bezug auf die Schulwege vorkommen, aber selbstverständlich wird darauf Rücksicht genommen werden, daß zu weite Schulwege vermieden werden.

Vorj i g e n d e r: Nachdem Herr Frede seinen Antrag zurückgezogen hat, hat die Besprechung weiter keinen Widerspruch gezeigt. Wir kommen zur Beschlußfassung. Auf Seite 8 ist der Antrag des Magistrats formuliert. Wir erklären uns mit der Errichtung einer städtischen Studienanstalt zu Ostern dieses Jahres unter Billigung der in der Anlage aufgestellten Grundsätze einverstanden und genehmigen die erwachsenden Kosten und die Höhe des Schulgeldes. — Ich bitte diejenigen Herren, die mit dieser Beschlußfassung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geht.) Die Herren haben so beschlossen.

9. Abänderung des Ortsbauplans bezüglich des zwischen der Roßstraße, Hildesheimerstraße und Landesbahn belegenen Geländes.

Herr R a s c h e: Der Rentner Fülst hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, die beiden kurzen Straßenzüge bei der Roßstraße Nr. 306 und 309 bis zu dem Kommunikationswege 209 auszudehnen. Er motiviert sein Gesuch damit, daß er 10 Bauplätze in der Nähe der Roßstraße besitze, die sich für Kleinwohnungen eignen, und er beabsichtige, solche Kleinwohnungen hier zu errichten. Um zu dem Platz Nr. 1 und 2 zu gelangen (der Plan ist im Saale ausgehängt), ist es erforderlich, einen Zugang von Straße 306 anzulegen und einen Wendepreis in dem Zugangswege vorzusehen. Die Bauverwaltung hat sich dahin geäußert, daß es nicht empfehlenswert sei, diese beiden Straßenzüge bis zu dem Feldwege 209 durchzuführen, wenn nicht die Wittekindstraße ebenfalls mit ausgebaut würde. Außerdem empfiehlt sie, nicht der Anlage des 4 m breiten Zufahrtsweges zuzustimmen, da dadurch, sowie vor allen Dingen durch Anlage der Sadgasse Unannehmlichkeiten herbeigeführt werden. Um diese Unannehmlichkeiten zu vermeiden, schlägt die Bauverwaltung vor, daß die Witte-

Kindstraße dem Feldwege nachgehend angelegt werde, so daß sie direkt an das Grundstück des Rentners Jülst herangerückt wird. Weiter schlägt die Bauverwaltung vor, auf dem städtischen Schulgrundstücke von der Straße 206 aus eine kleine Verbindungsstraße anzulegen. Diese Vorschläge der Bauverwaltung sind in jeder Beziehung wirtschaftlich und in bezug auf die Lage der Grundstücke als eine Verbesserung des bestehenden Ortsbauplans zu bezeichnen; namentlich muß hervorgehoben werden, daß sehr viel Rücksicht auf die wirtschaftliche Ausnutzung der dort liegenden Grundstücke genommen ist. Es wird durch diese Anlage auch das Grundstück der Schule an der Diefterwegstraße nicht durchschnitten, sondern die Straße grenzt an das Schulgrundstück. Der Magistrat empfiehlt Annahme dieser Änderung des Ortsbauplans und ersucht die Stadtverordneten, ihr zustimmen zu wollen. Die Baukommission hat die Sache beraten und empfiehlt einstimmig Annahme dieser Änderung.

Die Versammlung spricht ihr Einvernehmen mit der Änderung aus.

10. Anderweitige Vermietung des Grundstückes Mittelweg 17.

Herr Fricke: Das vor einigen Jahren stadtheilig übernommene Grundstück des Herrn Weber am Mittelweg 17 war an den städtischen Wegewärter Mönnich vermietet. Dieser hatte es zu dem Mietpreise von 300 *M* und unter der Bedingung übernommen, daß er Reparaturen am Hause in Dach und Fach selbst besorgen mußte. Der Mieter ist im November verstorben, und es hat sich nun eine Beschädigung der Außenwände des Hauses gezeigt, deren Instandsetzung dem Verstorbenen obgelegen hätte, die er aber wohl wegen seiner letzten Erkrankung unterlassen hat. Nun möchte die Witwe Mönnich gern das Grundstück behalten, ist aber nicht in der Lage, den von ihrem Manne übernommenen Verpflichtungen bezüglich der Reparaturen nachzukommen. Der Magistrat steht auf dem Standpunkte, daß es hart erscheinen würde, die Ausbesserung noch jetzt von der Witwe zu verlangen, und ersucht, daß wir uns damit einverstanden erklären, daß die Kosten dafür zu Lasten des Kap. I des ordentlichen Stats übernommen werden, und ferner zuzustimmen, das Haus an die Witwe Mönnich zum Preise von 380 *M* wieder zu vermieten. Die Witwe möchte von den Kosten für größere Reparaturen befreit sein und nur kleine Ausbesserungen, die den Betrag von 3 *M* nicht übersteigen, übernehmen. Die Baukommission hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und gibt den geehrten Herren Genehmigung dieser Anträge anheim.

Die Versammlung stimmt den Anträgen des Magistrats zu.

11. Regelung der Müllabfuhr aus den städtischen Straßen benachbarten Gebäuden.

Herr Hartung: Die allgemeine Überschrift in der Tagesordnung „Regelung der Müllabfuhr“ hat zu einem Irrtum Veranlassung gegeben. Man hatte geglaubt, daß schon heute die große Reform der Müllabfuhr an die Reihe käme. Es handelt sich aber nur um einen nebensächlichen Punkt.

Es ist Ihnen bekannt, daß an der Ecke von neuprojektirten Straßen von der Baubehörde gestattet wird, daß nicht nur das Eckhaus, welches ja an einer öffentlichen Straße liegt, sondern auch ein zweites Gebäude, welches an die demnächst zu bauende Straße zu liegen kommt, gebaut wird, so daß es einen Zugang zu der öffentlichen Straße hat. So ist es auch an der Ecke der Bode- und Allerstraße der Fall. An der Ecke der Bodestraße ist das Haus Nr. 7803 erbaut zusammen mit einem zweiten Nr. 7891. Dies letztere liegt an der demnächstigen Allerstraße und bekommt die Straßennummer 15. Augenblicklich ist es durch einen privaten Zugang mit der Bodestraße verbunden. Die Müllabfuhr aus diesem Grundstück ist in diesem Falle ebenso gehandhabt, wie in anderen Fällen, nämlich daß die Fuhrleute den Müll aus dem Grundstück Allerstraße 15 mit abgefahren haben, wenn die Bewohner des Hauses die Müllgefäße an die öffentliche Straße gebracht haben. Der Besitzer des Hauses Allerstraße 15 hat jetzt aber die Forderung gestellt, daß die Gefäße auch dann, wenn er sie vor sein Haus, also auf den privaten Zugang stellt, abgeholt werden, sei es nun, daß der Wagen dorthin fährt oder die Fuhrleute von der Bodestraße aus sich zu seinem Grundstück hinbegeben, die Gefäße abholen und wieder zurückbringen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß diese Forderung unberechtigt ist.

Historisch ist die Sache so darzulegen: Im Jahre 1887 ist von den städtischen Behörden beschlossen worden, daß die Abfuhr des Hauskehrichts „nicht allein aus den Häusern der Innenstadt, sondern auch aus den in der Reihenfolge bebauten äußeren Stadtteilen“ erfolgen sollte. Eine Definition dessen, was unter „in der Reihenfolge bebaut“ anzusehen sei, ist weder in dem Beschlusse, noch in dem nebenher gepflogenen Verhandlungen gegeben. Der Magistrat ersucht nun die Stadtverordneten, sich damit einverstanden zu erklären, daß dieser Beschluß von 1887 dahin ergänzt wird,

daß die städtische Müllabfuhr auf die Grundstücke beschränkt wird, welche an einer Staatsstraße, an den Wallpromenaden, an einer Ortsstraße, an einer Straße aus dem Gebiete des ehemaligen allgemeinen Pflasterfonds oder an einem Kommunalwege gelegen sind,

mithin überhaupt an einer Straße, die als öffentliche zu bezeichnen ist, im Gegensatz zu privaten Zugangswegen, wie er in vorliegendem Falle in Frage kommt.

Die Statutenkommission hat sich mit der Sache beschäftigt und hat den Standpunkt des Magistrats durchaus gebilligt. Es ist doch schon ein gewisses Entgegenkommen, daß derartige Häuser zu bauen gestattet wird, obgleich sie nicht an einer Straße liegen, das sich nur aus dem Grunde rechtfertigt, daß sie einstweilen als Anhang zu dem Eckhause angesehen werden und deswegen behandelt werden, als gehörten sie mit zu der öffentlichen Straße. Würde man diese Häuser so behandeln, wie von dem Besitzer des Hauses Allerstraße 15 gewünscht wird, so würde man sie günstiger stellen, als Hinterhäuser an öffentlichen Straßen, die weit in den Garten hineingebaut sind. Auch dort werden selbstverständlich die Mülleimer nicht von der Tür des Hinterhauses abgeholt; es ist selbstverständlich, daß die Bewohner ihre Gefäße an die öffentliche Straße bringen müssen. Die Statutenkommission empfiehlt daher, dem Antrage des Magistrats entsprechend sich zu äußern, daß die Müllabfuhr in der vorgeschlagenen Weise beschränkt wird.

Herr Mann: Wem wäre es nicht, als er die Ankündigung „Regelung der Müllabfuhr“ las, so gegangen, wie dem Herrn Referenten! Wem von den Braunschweiger Einwohnern hätte da nicht das Herz vor Freude gehüpft! Aber leider liegt die Sache anders, wie wir aus dem ausführlichen Referat gehört haben. Ich möchte aber die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, nochmals anzufragen, wie wir schon wiederholt getan haben, ob der Magistrat in Aussicht stellen kann, daß die Regelung der Müllabfuhr in dem Sinne, wie es hier schon viel besprochen ist, bald erfolgen wird? Ich habe schon früher erwähnt, daß Probefästen dafür wiederholt in den Kommissionsitzungen zur Besichtigung gestanden haben. Ich möchte bitten, uns zu sagen, ob nun bald etwas in der Angelegenheit zu erwarten ist. Ein dringendes Bedürfnis für die Regelung der Frage scheint doch vorzuliegen.

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist den geehrten Herren erinnerlich, daß die von den städtischen Behörden gewählte Deputation in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres nach Dresden gefahren ist, um Studien zu machen über die Wagen und die Gefäße, die für die Müllabfuhr in Gebrauch sind. Die Deputation hat sich für ein bestimmtes System entschieden und sich zwecks weiterer Verhandlungen in erster Linie mit der Firma in Verbindung gesetzt, von der die in Frage kommenden Wagen und Gefäße angefertigt werden, auch mit einer Stadt verhandelt, die bisher die einzige gewesen ist, die dieses System

akzeptiert hat. Daneben sind von Konkurrenzfirmen aus Deutschland bestimmte Modelle eingereicht und Vorschläge gemacht, und schließlich ist es die Meinung der Deputation gewesen, daß diese letzteren nicht ohne weiteres beiseite geschoben werden könnten. Die Verhandlungen haben sich in jüngster Zeit dahin zugeipst, daß von zwei Firmen in den nächsten Wochen Modell-Wagen und -Gefäße nach Braunschweig geliefert werden, und wir hatten uns vorgenommen, der Stadtverordneten-Versammlung davon Mitteilung zu machen, wann diese Sachen angesehen werden können, damit die Herren ihre Ansicht der Deputation und dem Magistrat zu erkennen geben, welches von diesen Systemen sie als das zweckmäßigste ansehen. Ich hoffe, wenn uns die Firmen nicht im Stiche lassen, daß wir in spätestens 4 Wochen die Sachen in Braunschweig sehen werden. (Beifall.)

Die Beschränkung der Müllabfuhr in der vom Magistrat vorgeschlagenen Weise wird beschlossen.

12. Einsprachen gegen den Ortsbauplan für das eingemeindete früher Ölperische Gebiet.

Herr Fr i e: Es sind gegen den Ortsbauplan auf den von uns erworbenen Grundflächen, die früher zum Ölperischen Gebiet gehörten, fünf Einsprachen erhoben.

Die erste ist von dem Tischler Hermann Kahlert eingegangen, welcher bittet, den Straßenzug Nr. 587 nicht, wie jetzt vorgezeichnet und genehmigt ist, mit einer Krümmung auszuführen, sondern die Straße gerade durchgehen zu lassen. Er motiviert das damit, daß der Bebauungsplan seines Grundstückes sich besser rentieren würde und auch für die Stadt sich die Straße praktischer gestalten würde. Die Sache ist von dem Stadtbauamt untersucht, und dieses schlägt vor, der Einsprache Folge zu geben. Der Plan über die Straße hängt dort im Saale aus. Die Baukommission hat sich mit der Sache beschäftigt und gibt Genehmigung der Einsprache anheim.

Anschließend an diese erste Einsprache hat das Pastorat in Ölper auch Einsprache erhoben. Sie bezieht sich auf dieselbe Straße und ist damit begründet, daß das Pfarrland durch die Legung der Straße zum Teil entwertet würde, wenn, wie Kahlert meint, die Straße um 2 m schmaler gebaut würde. Dieser Vorschlag ist jedoch vom Stadtbauamt verworfen, dagegen der auch vom Herrn Pastor Scheller-befürworteten Geradelegung der Straße 587 zugestimmt. Demgemäß schlägt Ihnen die Baukommission vor, den beiden Einsprachen von Kahlert und Pastor Scheller Folge zu geben.

Die Versammlung beschließt, den beiden Einsprachen in der auf dem ausgehängten Plane eingezeichneten Weise Folge zu geben.

Herr Fricke: Die dritte Einsprache hat der Bauaufseher Ostmann eingereicht. Er beantragt, die Fluchtlinie der Straße 592 mit der Südgrenze des an der Roßstraße gelegenen Grundstücks 3807 zusammenfallen zu lassen. Er motiviert seinen Einspruch damit, daß das bezeichnete Grundstück nicht wegzufallen brauchte, wenn seiner Einsprache Folge gegeben wird. Die neue Fluchtlinie ist auf dem ausgehängten Plane angegeben. Die Baukommission hat auch diesen Einspruch geprüft und für recht befunden, dem Herrn in der gewünschten Weise entgegenzukommen. Auch die Baukommission bittet Sie durch mich, diesem Einspruch Folge zu geben.

Herr Sander: Nach dem Plane liegt die Sache doch etwas anders als es vom Herrn Referenten dargelegt wird. Wenn es so ausgeführt werden sollte, wie der Herr Referent sagte, müßte die Straße etwas nach dem Patelschen Holze zu verschoben werden. In dem Plane ist die Straße aber so gezeichnet, daß sie nur erweitert wird. Der Wegfall des zweiten Gebäudes wird dadurch keineswegs aufgehoben werden.

Herr Bürgermeister Meyer: Herr Sander hat die Sache in ganz richtigem Sinne aufgefaßt. Herr Ostmann hat nach Einblick in den Ortsbauplan gesehen, daß, wenn die Straße so ausgeführt wird, wie bisher geplant wurde, von seinem Grundstück ein verhältnismäßig kleiner Teil übrigbleibt, den selbständig zu verwerten er nicht in der Lage wäre. Wir haben uns gesagt: Die Sache wird der Stadt vermutlich gleichviel kosten, einerlei ob die Straße so ausgeführt wird, wie sie früher beschlossen ist, oder ob der kleine Streifen mit zur Straße genommen wird, da dieser Restzipfel Herrn Ostmann auf jeden Fall abgenommen werden müßte. Deshalb empfiehlt die Bauverwaltung, daß die Straße um dieses Stückchen verbreitert wird, und das ist auch vom Stadtmagistrat als die beste Lösung angesehen. Es wird also vorgeschlagen, auch von der Baukommission, daß der Bebauungsplan so geändert wird, daß dieser Schnippel der Straße 592 noch zugelegt wird. Damit ist der Wunsch des Herrn Ostmann berücksichtigt.

Die Versammlung ist dafür, daß die Einsprache des Bauaufsehers Ostmann berücksichtigt wird.

Herr Fricke: Herr Oppermann aus Olper hat ein Grundstück nahe dem projektierten Wege 607. Er hat seiner Eingabe einen Plan beigelegt und

bittet: Den Interessentenweg von der Cellerstraße bis zur projektierten Straße 607 durchführen zu wollen, damit er in der Bebauung seines Grundstücks nicht behindert werde. Durch Anlegung eines Vorgartens an der Südseite seines Grundstücks wäre er dann in der Lage, auch diese Seite bebauen zu können.

Die Baukommission hat sich auch mit dieser Eingabe beschäftigt, kann aber nicht den Eindruck gewinnen, daß ihr Folge gegeben werden müßte. Der Plan des Besitzers Oppermann wird nicht geschädigt, wenn der Weg so bleibt, wie er ist, er kann ihn von beiden Seiten bebauen. Ich bitte namens der Baukommission, diese Einsprache abzulehnen.

Die Einsprache wird verworfen.

Herr Friede: Die fünfte Eingabe ist von Herrn Jülst. Er schreibt: „Mein Grundstück am Schweineanger 2 enthält seit langen Jahren einen Windbetrieb, der selbstverständlich von jeder Umgebung abhängig ist, und welcher durch deren Bebauung vollständig lahmgelegt werden würde, wodurch mir große Verluste erwachsen. Die Windmühle an und für sich würde für mich so ziemlich wertlos . . . Ich müßte die Stadt für alle mir entstehenden Schäden in Anspruch nehmen.“ Der Herr behauptet also, daß durch den Bebauungsplan sein Grundstück entwertet würde. Auch mit dieser Einsprache hat sich die Baukommission beschäftigt, im Anschluß an die Ansicht der Bauverwaltung hat sie sich aber nicht entschließen können, dem Wunsche des Herrn Jülst Folge zu geben und den Ortsbauplan zu ändern. Durch Erhaltung der betreffenden Windmühle würde wahrscheinlich ein malerisches Bild bewahrt werden können. Es muß aber als zweifelhaft erachtet werden, daß der Mühlenbesitzer im Interesse der Aufrechterhaltung des Mühlenbetriebes die Freihaltung aller umliegenden Grundstücke von Baulichkeiten beanspruchen kann. Die Baukommission schlägt vor, die Einsprache abzulehnen.

Auch diese Einsprache wird verworfen.

13. Ankauf eines Grundstückes an der Karlstraße.

Herr Niese: Vom Stadtmagistrat ist den Stadtverordneten folgende Vorlage zugegangen:

Die Erben des verstorbenen Kreisrichters Mehring haben das zum Nachlasse des Genannten gehörige Grundstück Karlstraße 8 der Stadt zum Kauf angeboten. Das Grundstück liegt im Zuge des Hagenrings und wird bei dessen nördlicher Verlängerung von der Stadt erworben werden müssen. Der Stadt-

magistrat hält es für angebracht, den Wünschen nach Anschluß des nordöstlichen Stadtteiles an die Ringstraße durch vorbereitende Schritte entgegenzukommen. Dazu würde auch der Ankauf des bezeichneten Grundstücks gehören. Der Magistrat empfiehlt diesen Ankauf um so mehr, als sich die Eigentümer nach langen Verhandlungen dazu verstanden haben, das Grundstück zu dem von der städtischen Bauverwaltung geschätzten Kaufwerte von 31 775 *M* der Stadt zu überlassen. Der jetzige Mietpreis der drei Wohnungen des Hauses beträgt 460, 372 und 255 *M*, doch ist der Preis für die 1. Etage mit 372 *M* so gering bemessen, daß er unschwer auf vielleicht 500 *M* wird erhöht werden können. Der Magistrat ersucht unter Vorlegung eines Vertrages, den Ankauf des Hauses zu genehmigen. Die Baukommission hat mich ermächtigt, Ihnen diesen zu empfehlen.

Der Ankauf des Hauses wird beschlossen.

14. Anfrage des Stadtverordneten Fricke über die Verteilung der Ehrengabe an Veteranen.

Die Anfrage lautet: „Kann der Magistrat Auskunft geben, ob und wie die vom Magistrat und Stadtverordneten bewilligten Ehrengelder für Veteranen zur Verteilung gekommen sind?“

Herr Fricke (zur Begründung): Nachdem wir im alten Jahre noch die Bewilligung zur Auszahlung eines Ehrensoldes an die Veteranen ausgesprochen haben, halte ich es für angezeigt, daß wir einmal hören: wie ist die Summe verteilt? Auf andere Weise als durch eine Anfrage hier kann man das nicht erfahren, und deshalb habe ich mir erlaubt, die Anfrage beim Magistrat zu stellen. Daß die Gelder jedenfalls von großem Nutzen gewesen sind, davon bin ich überzeugt, und habe es auch von verschiedenen Stellen gehört. Ich möchte aber im großen ganzen einmal hören, wer sie bekommen hat, unter welchen Prinzipien sie verteilt sind und wie sie gewirkt haben. Ich glaube annehmen zu können, daß die Verteilung in bester Weise vorgenommen und die Gabe, wie wir es gewollt haben, erfolgreich gewesen ist. Ich bitte den Magistrat, wenn möglich Antwort zu geben.

Herr Stadtrat von Franken berg: Ich kann sehr wohl verstehen, daß Herr Fricke, der selbst ein alter Veteran ist, Auskunft haben möchte, wie der

Beschlus, den die geehrten Herren im vorigen Sommer gefaßt haben, zur Ausführung gebracht ist. Ich kann darüber folgendes mitteilen:

Es haben sich nicht weniger als 536 Feldzugsteilnehmer um die Ehrengabe beworben. Wir haben von diesen Veteranen mit einer Ehrengabe von je 20 *M* 309 Krieger berücksichtigen können und 176 mit einer solchen von je 30 *M*, so daß insgesamt 11 460 *M* am 18. Januar oder in den benachbarten Tagen zur Verteilung gekommen sind. Ursprünglich hatten wir — die Schätzung war sehr vorsichtig erfolgt — mit einer größeren Zahl von Bewerbern gerechnet, so daß eine Ausgabe von 16 800 *M* vermutet wurde. Es sind also nur $\frac{3}{4}$ dieses Betrages zur Verausgabung gelangt.

Bei Feststellung der Voraussetzungen für den Empfang der Ehrengabe haben wir uns zunächst der Hilfe der hiesigen Kriegervereine bedient, die in sehr dankenswerter Weise geleistet wurde. Auch durch eine öffentliche Bekanntmachung haben wir zur Bewerbung aufgefordert, so daß ganz unabhängig davon, ob der Bewerber Mitglied eines Kriegervereins ist oder nicht, die Verteilung erfolgen konnte. Sodann ist unter Mitwirkung der Polizeidirektion die Würdigkeit der Bewerber festgestellt. Hierbei wurde aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß politische Verhältnisse vollständig ausgeschlossen sein sollten. Die Auskunftserteilung der Polizeidirektion hat sich also darauf beschränkt, mitzuteilen, welche der Bewerber Strafen erlitten hatten. Beiläufig möchte ich noch bemerken, daß ich der Auffassung des „Volksfreundes“ entgegentreten muß, als ob die Polizeidirektion eine ausschlaggebende Stimme bei der Prüfung der Würdigkeit abzugeben gehabt hätte. Sie hat uns lediglich sachgemäß etwaige Vorstrafen mitgeteilt, und der Magistrat hat daraus seine Schlüsse gezogen und in leichteren Fällen gleichwohl die Ehrengabe verteilt. In anderen Fällen war der Magistrat nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, Leuten mit Zuchthausstrafen und solchen, die unter Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte gestanden haben, die Ehrengabe nicht zu gewähren. Ich glaube, wir waren es den Kriegern schuldig, daß wir sie nicht in solche Gesellschaft hineinbrachten.

Neben dieser Ehrengabe sind, gleichfalls dem Beschlusse der geehrten Herren entsprechend, 177 Witwen von alten Kriegern berücksichtigt, und zwar haben wir unter diese einen der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen entnommenen Betrag von 1000 *M* gleichmäßig verteilt, so daß auf jede Witwe rund 5,50 *M* entfielen, während früher jede Witwe nur 3 *M* erhielt.

Es sind dem Magistrate von den mit Ehrengaben Bedachten zahlreiche Dankschreiben zugegangen, wovon ich hier um so lieber Mitteilung mache, als

auf den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung die Verteilung des Ehrensolbes zurückzuführen ist.

Herr J a s p e r beantragt eine Besprechung der Anfrage.

V o r s i t z e n d e r: Ich frage an, ob der Wunsch zur Besprechung der Anfrage von 9 Herren geteilt wird, und bitte, in diesem Falle die Hand zu erheben.
— Das ist nicht der Fall. Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von $4\frac{1}{4}$ — $6\frac{1}{2}$ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 22. Februar 1912.

Tagesordnung:

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Antrag des Stadtverordneten Altmann , betreffend die Plätze für die Bericht-
erstatter der Presse | Seite 676 |
| 2. Antrag eines Einwohners auf Erteilung der Genehmigung zur Errichtung
eines Neubaus am Hasenwinkel | " 678 |
| 3. Änderung des Ortsbauplans bezüglich der Einmündung der Eichthalstraße
in die Cellerstraße | " 678 |
| 4. Gewährung eines Jahresbeitrages an die Zentralstelle zur Bekämpfung der
Schundliteratur | " 679 |
| 5. Vermietung des Grundstücks Kleine Burg Nr. 2 | " 680 |
| 6. Ausbau der Schillerstraße zwischen Korfes- und Raabestraße | " 681 |
| 7. Gewährung einer Beihilfe an den Evangelischen Männer- und Jünglingsverein
" | " 683 |
| 8. Antrag verschiedener Einwohner auf bessere Beleuchtung des südlichen Teiles
der Frankfurterstraße, sowie der Fabrikstraße | " 691 |
| 9. Vermietung einer Wohnung in dem städtischen Grundstücke an der Leopoldstraße
" | " 691 |
| 10. Statut über die Errichtung und Unterhaltung einer Feuerbestattungshalle. | " 695 |
| 11. Erklärung der Odastraße zur Ortsstraße | " 706 |
| 12. Verpachtung der städtischen Fischerei in der Oster | " 707 |
| 13. Jahresabrechnung des Verkehrsvereins | " 712 |
| 14. Vorkaufsrecht des Staates bezüglich des alten Stadthauses | " 713 |
| 15. Antrag Stegmann , betreffend den Bau einer Fußgängerbrücke vom süd-
lichen Ende des Markplatzes aus | " 713 |
| 16. Antrag Altmann , betreffend magistratsseitige Mitteilungen über das neue
Bahnhofprojekt | " 714 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Metemeyer, Bürgermeister Meyer, Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt Herr Eckhardt; Herr Loeschigk erscheint später.

Vorsitzender, Herr Hauswaldt: Ich eröffne die Sitzung.

Eingegangen ist ein Schreiben des Herrn Heinrich Küster, der Einsprache erhebt gegen die Verschiebung der projektierten Verbindungsstraße zwischen Geller- und Roßstraße. Da dasselbe Schreiben an den Magistrat gegangen ist, nehmen wir es vorläufig zu den Akten.

Der Vorstand des Vaterländischen Museums bedankt sich in einem Schreiben dafür, daß die städtischen Behörden auf die Benutzung des Schuppens an der Westseite der Agidienhalle verzichtet haben.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Antrag des Stadtverordneten Alßmann, betreffend die Plätze für die Berichterstatter der Presse.

Herr Rasche: Meine Herren! Auf Veranlassung des Antrages Stegmann hat sich die Baukommission damit beschäftigt, „für die Herren Berichterstatter der Presse erhöhte Plätze zu schaffen, um den Herren die Möglichkeit zu geben, den Verhandlungen besser folgen zu können“. Bei dieser Gelegenheit wurde in der Kommission besprochen, ob nicht eine andere Aufstellung des Gestühls für die Stadtverordneten stattfinden könnte. Die Umstellung ist vorgenommen und soll nur eine Probe sein, damit man erkennt, ob die neue Aufstellung einen Vorzug gegen die frühere hat. Bei dieser Aufstellung ist zu bedenken, daß der Magistratsstisch seitlich hat untergebracht werden müssen und der Teil der Mitglieder des Magistrats, der vor dem Tische Platz nimmt, der Versammlung den Rücken zudreht. Es ist daher der Wunsch in der Kommission laut geworden, man möchte die Plätze der Stadtverordneten in Hufeisenform aufstellen, so daß der Magistratsstisch vor dem Tische des Vorsitzenden bleiben könnte. Bei der nächsten Versammlung soll ein Versuch mit einer derartigen Aufstellung gemacht werden. Ich hoffe, daß die Herren sich damit einverstanden erklären, daß noch ein neuer Versuch gemacht wird, ehe eine Entscheidung erfolgt.

Vorsitzender: Die Angelegenheit steht zur Besprechung. Ich muß leider sagen, daß von meinem Platze aus bei der jetzigen Anordnung die Blendung durch die Fenster so stark ist, daß ich die Herren nur sehr schlecht sehen kann.

Sollte es bei dieser Aufstellung bleiben, so müßten jedenfalls die Fenster abgeblendet und die letzte Sitzreihe erhöht werden. Ich muß heute die Herren bitten, die Meldung zum Wort recht deutlich vorzunehmen. Auf einen Versuch wird es ja hinauskommen, bis wir eine Aufstellung gefunden haben, die auch den Herren von der Presse es ermöglicht, den Verhandlungen besser folgen zu können.

Herr Ribbentrop: Die ganzen schlechten Verhältnisse liegen in der Hauptsache an der mangelhaften Akustik des Saales. Ich habe zum Beispiel wohl alles gehört, was Herr Rasche gesprochen hat, aber kaum etwas davon verstehen können, obgleich Herr Rasche absolut deutlich sprach. Es wird also wohl Sache der Baumeister sein, hier eine Änderung zu treffen.

Herr Mohr: Ich halte die jetzige Aufstellung für recht unglücklich. Da viele der Herren hinter den Rednern sitzen, so wird man die Worte nie deutlich verstehen können. Das war bei der früheren Aufstellung für uns bei den Reden des Herrn Bürgermeisters der Fall, von dem wir selten verstanden haben, was er gesagt hat.

Vorsitzender: Es wird wohl dabei bleiben müssen, daß wir der Baukommission überlassen, noch ein anderes Arrangement zu treffen, bis schließlich eine Änderung gefunden ist, die uns zusagt. Die Herren sind damit einverstanden, daß wir jetzt diesen Punkt verlassen? (Zustimmung.)

Eingegangen sind zwei Anträge. Ein Antrag, unterzeichnet von Herrn Stegmann, der lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Stadtverordneten eine Vorlage zu unterbreiten, betreffend den Bau einer Fußgängerbrücke, die das südliche Ende des Marktplatzes mit der Pestalozzistraße verbindet.“

Ferner ein Antrag von Herrn Ahmann:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, über das neue Bahnhofersprojekt den Stadtverordneten detaillierte Mitteilungen zu machen, die es ermöglichen, neben der finanziellen Seite auch die Lage der Straßenzüge, welche die Stadtviertel vor dem Wilhelmtore und Augusttore verbinden sollen, zu prüfen.“

Ich werde beiden Herren Gelegenheit geben, am Schluß unserer Tagesordnung ihre Anträge zu begründen.

2. Antrag eines Einwohners auf Erteilung der Genehmigung zur Errichtung eines Neubaus am Hafenwinkel.

Herr N a j e: Vom Bauunternehmer Hans Sommer liegt uns ein Gesuch an die Stadtverordneten-Versammlung vor, zu gestatten, daß er auf der nördlichen Seite seines Grundstückes Am Hafenwinkel, welche Straße noch keine richtig ausgebaute Ortsstraße ist, ein Wohngebäude errichten darf. Herr Sommer begründet seine Bitte damit, daß er Kleinwohnungen bauen will, und legt einen Grundriß zu dem Neubau vor. Die Baukommission hat sich mit der Sache beschäftigt. Der eingereichte Grundriß zeigt jedoch solche Mängel, daß man nicht annehmen kann, daß wirklich Kleinwohnungen geschaffen werden. Ferner wurde in der Baukommission betont, daß schon früher einmal ein gleicher Antrag des Herrn Sommer abgelehnt worden ist, namentlich deshalb, weil die Höhenlage der Straße Hafenwinkel noch nicht festgelegt ist, insbesondere nicht an dem Punkte, wo das Haus errichtet werden soll. Es beantragt daher die Baukommission Ablehnung des Antrages.

Der Antrag wird abgelehnt.

3. Änderung des Ortsbauplans bezüglich der Einmündung der Gichtalstraße in die Cellerstraße.

Herr M e n e r h o f f: Von Anliegern des in die Cellerstraße einmündenden Teiles der Gichtalstraße ist wiederholt der Wunsch ausgesprochen, den genannten Straßenzug auszubauen. Es war nun nach dem Ortsbauplan die Breite der Straße schon früher zu 20 m festgelegt, da sie als Zufuhrstraße für eine Hafenanlage anläßlich des Projekts des Elbe-Wefer-Kanals dienen sollte. Da aber die Herstellung des Kanals und auch des Hafens im Schoße der Zeit noch einige Jahre schlummern wird, macht der Stadtmagistrat den Vorschlag, die Gichtalstraße auf dieser Strecke auf 14 m zu verengern, aber dafür an beiden Seiten der Straße je 3 m breite Vorgärten vorzusehen, um es zu ermöglichen, späterhin, wenn einmal die Hafenanlage gebaut werden sollte, die Straße wieder auf 20 m Breite zu bringen.

Wie Sie aus dem ausgehängten Lageplan ersehen, beabsichtigt der Magistrat, hiermit zugleich eine Verschiebung des nördlichen Teiles der Straße zu verbinden. Durch die neue Feststellung der Fluchtlinie soll erreicht werden, daß das Haus Nr. ass. 4546 außerhalb des Straßenterrains zu liegen kommt, also stehen bleiben kann. Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und gibt anheim, die beiden Anträge des Magistrats zu genehmigen.

Vorjizender: Was Sie vorgetragen haben, bezieht sich doch nicht bloß auf die Einmündung der Eichtalstraße, sondern auf die ganze Eichtalstraße.

Herr Meyerhoff: Sowohl, wie auf dem Plan eingezeichnet ist.

Herr Bürgermeister Meyer: Es dreht sich in der Vorlage um Änderung des Ortsbauplans nicht bloß für die Eichtalstraße, sondern auch um Abänderung der Form des bei der Einmündung der Eichtalstraße in die Cellerstraße vorgesehenen Platzes. Wie der Herr Referent ausgeführt hat, ist die Straße augenblicklich in der vorgesehenen Breite von 20 m nicht notwendig. Gleichwohl hält der Magistrat den Ausbau der Eichtalstraße für wünschenswert und schlägt, um sie zu ermöglichen, eine Verschmälerung der Straße vor. Dazu ist notwendig, daß eine Änderung des Ortsbauplans stattfindet, durch welche die Breite der Straße auf 14 m festgelegt wird. Als zweiter Antrag ist die Verschiebung der Straße und die Änderung der Form des Platzes eingebracht.

Herr Sander: Es ist der Ausbau dieses vorderen Teiles der Straße erwähnt. Soll auch dieser Ausbau heute beschlossen werden?

Herr Meyerhoff: Der Ausbau der Straße ist vorgesehen, sobald der Ortsbauplan in der vorgeschlagenen Weise festgelegt ist.

Vorjizender: Wir beschließen also heute noch nicht den Ausbau, sondern bekommen darüber noch eine neue Vorlage. (Herr Bürgermeister Meyer stimmt zu.) Ich bitte die Herren, die Hand zu erheben, die mit der Änderung des Ortsbauplanes, wie aufgezeichnet, einverstanden sind. — Die Änderung ist beschlossen.

4. Gewährung eines Jahresbeitrages an die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schundliteratur.

Herr Leue: Meine Herren! Es ist Ihnen bekannt, daß zur Bekämpfung der Schundliteratur, die so verderblich auf unsere Jugend wirkt, sich Vereinigungen gebildet haben, und daß man erfreulicherweise feststellen kann, daß die politischen Parteien aller Richtungen in der Verfolgung dieses Zieles einig sind. Es gehen aber bis jetzt diese Vereinigungen in der Verfolgung ihres Zweckes verschieden vor, und deshalb hat es sich als wünschenswert herausgestellt, daß diese Tätigkeit in einem Punkte zusammenläuft, wo die bisher erzielten Erfolge und Erfahrungen aus den verschiedenen Städten gesammelt werden und so den

einzelnen wieder zugute kommen. Nun hat sich eine solche Zentralstelle für die Bekämpfung der Schundliteratur in Berlin gebildet, die also ganz dasselbe verfolgt, was wir schon früher bei anderen Gelegenheiten hier sympathisch begrüßt haben. Diese Zentralstelle hat nun an die Gemeinden, auch an unseren Magistrat, das Ersuchen gerichtet, sich ihr in der Weise anzuschließen, daß sie unter Zahlung eines jährlichen Beitrages von 20 *M* Mitglied werden. Der Stadtmagistrat hat dieses Gesuch dem Schuldirektor Professor Dr. Rehkuh zur Begutachtung übergeben, und dieser hat sich dafür ausgesprochen. Der Magistrat gibt uns nun anheim, zustimmen zu wollen, daß die hiesige Stadt der Zentralstelle unter Zahlung des genannten Jahresbeitrages als Mitglied beitrifft. Die Finanzkommission ist in ihrer Beratung schnell darüber schlüssig geworden. Man war sich einig in der Meinung, daß der Zweck ein guter und Ihnen die Annahme des Antrages zu empfehlen sei.

Der Beitritt der Stadt zu der „Zentralstelle“ wurde beschlossen und der Jahresbeitrag von 20 *M* bewilligt.

5. Vermietung des Grundstücks Kleine Burg Nr. 2.

Herr Löhnefink: Die Stadtverordneten-Versammlung hat in der Sitzung vom 2. November vorigen Jahres der magistratsseitig vorge schlagenen Erwerbung des ehemals Rautenfrank'schen Grundstückes Kleine Burg Nr. 2 zum Preise von 30 000 *M* und der Vermietung desselben bis zu einer anderweitigen Benutzung zugestimmt. Der Magistrat hat mit den Rautenfrank'schen Erben wegen des Zeitpunktes der Übergabe des Grundstückes und der etwaigen Vermietung desselben Fühlung genommen. Dabei haben die Rautenfrank'schen Erben als Zeitpunkt der Übergabe den 1. Oktober festgesetzt und die Bitte geäußert, daß das Grundstück in seinem ganzen Umfange der Miterbin Fräulein Margarete Rautenfrank zum Mietpreise von 1000 *M* überlassen werden möge. Dabei ist auch dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß eine beiderseitige halbjährige Kündigung vereinbart werden möge. Dies hat jedoch der Magistrat, und nach Ansicht der Finanzkommission mit Recht, abgelehnt, da unter Umständen die anderweitige Benutzung dieses Grundstückes einmal dringlich werden könnte und der Magistrat sich für einen solchen Fall nicht auf längere Zeit binden darf. Es sind zwischen den Parteien, vorbehaltlich der Genehmigung der geehrten Herren, folgende Vereinbarungen getroffen: Der Mietpreis beträgt jährlich 1000 *M*. Die Kündigung kann beiderseits nur zum 1. April oder 1. Oktober unter Innehaltung einer Frist von 3 Monaten erfolgen. Die Instandhaltung des ganzen Grundstückes übernimmt die Mieterin, das Reinigen und Bestreuen des Fußweges vor dem Grundstück ist Sache der Mieterin. Wasser- und

Schornsteinfegergeld hat die Mieterin zu entrichten, dagegen trägt die Stadtgemeinde die öffentlichen Lasten, wie Grundsteuer, Kanalabgaben und Brandkassenbeiträge. Für den Fall, daß der eine oder andere der geehrten Herren über den Preis von 1000 *M* in Anbetracht des Kaufpreises von 30 000 *M* vielleicht erstaunt sein sollte, erlaube ich mir zu erwähnen, daß ich aus den Akten feststellen konnte, daß schon in der Stadtverordneten-Versammlung nach der Vorlage des Magistrats darauf Bezug genommen wurde, daß dieses Grundstück jedenfalls nur einen geringen Mietertrag aufbringen würde, und daß die geehrte Versammlung unter Berücksichtigung dieses Punktes damals die Erwerbung dieses Grundstücks genehmigt hat. Die Bedingungen für die Vermietung erscheinen der Finanzkommission durchaus angemessen, und die Finanzkommission gibt Ihnen durch mich Genehmigung des Magistratsantrages anheim, welcher dahin geht, der Vermietung des Grundstücks unter den mitgeteilten Bedingungen an Fräulein Rautenfrank zustimmen zu wollen.

Die Versammlung ist mit der vorgeschlagenen Vermietung einverstanden.

6. Ausbau der Schillerstraße zwischen Korfes- und Raabestraße.

Herr *F r i e d e*: Der vorgeschlagene oberirdische Ausbau der Schillerstraße zwischen Korfes- und Raabestraße soll folgendermaßen bewerkstelligt werden: Die Straße soll eine Breite von 16 m erhalten. 6 m davon entfallen auf die Fahrstraße und je 5 m auf die Fußwege. Die Fußsteige selbst sollen mit Platten in einer Breite von 2,40 m belegt werden. Zu dem Plattenbelag und der in einer Breite von 40 cm neben den Bordquadrern vorgesehenen Chausseierung sollen Rasenstreifen von 2 m Breite angelegt werden. Innerhalb des Rasenstreifens soll je eine Reihe Laubbäume angepflanzt werden. Ferner ist vorgesehen, die Fahrbahn mit Teermafadamdecke auf chausseierter Unterlage zu versehen. Der Ausbau der Straße würde sich auf 16 000 *M* belaufen, und die Kosten sollen dem Extraordinarium überwiesen werden. Die Sache ist gestern in der Baukommission besprochen, und wir sind dort in einer Hinsicht zu einem von der Vorlage abweichenden Beschluß gekommen. Ich soll hier beantragen, dem Magistrat freie Hand zu lassen, falls sich das Bedürfnis herausstellt, eine andere Pflasterung als mit Teermafadam vorzunehmen. Auf diese Weise braucht die Vorlage nicht noch einmal an uns zu kommen, falls der Magistrat glaubt, daß eine andere Pflasterung geeigneter sei. In diesem Sinne bitte ich namens der Baukommission, die Vorlage zu genehmigen.

Herr *N i e f e*: Darüber, wie der Beschluß der Baukommission zustande gekommen ist, möchte ich folgendes bemerken: Wer dieses Mafadamteerpfaster

auf der Adolfsstraße und am Wendenringe gesehen hat, und dabei den Preisunterschied zwischen diesem und Kleinsteinpflaster beachtet, wird zugeben, daß ersteres nur gewählt ist, nicht, weil es billiger, sondern, weil es geräuschlos sein sollte. Ich bin aber überzeugt, daß auch das Kleinsteinpflaster ein ziemlich geräuschloses Pflaster ist. Ich möchte ersuchen, davon Abstand zu nehmen, die Straße mit Teermafadam zu belegen, und jetzt zu beschließen, die Straße mit Kleinsteinpflaster herzurichten; dann haben wir etwas Gediegenes, und der Preis ist eher billiger als teurer. Es hat sich ja nicht feststellen lassen, daß es an irgendwelchem Verschulden gelegen hat, daß der Versuch mit dem Teermafadam nicht gelungen ist; in England soll es ja ausgezeichnet gelungen sein. Aber es haben auch Leute von hier, die in Berlin gewesen sind, die Überzeugung, daß auch die Ausführung des Teerpflasters in Berlin zu wünschen übrigläßt. Was sollen wir noch lange probieren, da wir das schöne Pflastermaterial aus unserm Sarz zur Verfügung haben?

Herr Fr ü h l i n g: Die Baukommission hat Ihnen keinen bestimmten Vorschlag gemacht, weil sich heute nicht übersehen läßt, ob der erste Versuch mit dem Teermafadam mißlungen ist, oder ob dies nur an der Ausführung liegt, denn von anderer Seite ist viel Empfehlendes über diese Bauweise gesagt, und sie hat sich auch teilweise bewährt. Deshalb hat die Baukommission in ihrer Mehrheit gemeint, es solle erst einmal die Untersuchung abgewartet werden, um festzustellen, ob Mängel in der ersten Ausführung vorliegen. Erst wenn es sich zeigt, daß dieses Pflaster wirklich nicht brauchbar ist, soll der Magistrat freie Hand haben, ein anderes Pflaster ausführen zu lassen. Jedenfalls kann man nicht ohne weiteres sagen, diese Art der Straßenbefestigung ist für uns nicht geeignet, sondern man muß erst abwarten, wie die Untersuchung, die über die Sache eingeleitet ist, ausfallen wird. Deshalb kann ich den Antrag des Herrn Riefe nicht empfehlen und bitte, den Antrag der Baukommission anzunehmen.

Herr Bürgermeister M e y e r: Ich möchte Sie bitten, dem Vorschlage der Baukommission zuzustimmen. Der Magistrat hat es selbst für erforderlich gehalten, der Baukommission Mitteilung zu machen über die Ergebnisse, die sich bisher mit dieser Art Pflaster gezeigt haben. Es ist anzuerkennen, daß sie nicht so überaus ermutigend sind. Deshalb hat der Magistrat gern dem Vorschlage der Baukommission zugestimmt, dem Magistrate zur Erwägung zu verstellen, eventl. ein anderes Pflaster zu nehmen.

Meine Herren! Die Anregung des Herrn Riefe, daß wir beim Kleinpflaster bleiben sollten, was sich ja bewährt habe, und dessen Material wir in

der Nähe hätten, kann als überzeugend nicht angesehen werden, da das Steinmaterial, welches nach der Vorlage verwandt werden soll, gleichfalls aus dem Herzogthume stammt. Es dreht sich nur darum, daß zu diesem heimischen Material noch ein Zusatz in Form von Teer gekommen wird. Eine Schwäche der Befestigung liegt darin, daß dieser Zusatz nicht so ist, daß er befriedigt, jedenfalls ist die Mischung nicht so fest, daß sie allen äußeren Angriffen durch die Witterung und durch das Befahren Widerstand leistet. Nun ist es der Deputation, welche die Lieferung zu vergeben gehabt hat, leider nicht möglich gewesen, von dem Unternehmer eine Garantie für das Pflaster zu erhalten. Zu unserm Bedauern ist der Versuch nun nicht einwandfrei ausgefallen, und der Unternehmer hat bisher, verhindert durch die Witterungsverhältnisse, sein Urtheil noch nicht abgeben können. Er hat gesagt, er könne erst darüber befinden, wenn der Frost aus der Erde heraus sei. Das spricht dafür, daß der Antrag der Baukommission angenommen wird. Außer diesem Unternehmer ist noch eine zweite Firma für ein englisches Verfahren tätig. Man darf annehmen, daß nach dem, was über die Leistungen dieser Firma verlautet, diese sicherer arbeitet, und ich glaube auch, in Aussicht stellen zu können, daß es der Kommission zur Vergebung der Bauarbeiten gelingen wird, künftig eine Garantie von dem Unternehmer zu erlangen. Ich meine, Sie werden unbedenklich dem Magistrate das Vertrauen schenken können, darüber zu entscheiden, welches Pflaster er zur Verwendung bringen will.

Der Antrag der Kommission gelangt zur Annahme, der Antrag des Herrn Kiefe ist damit gefallen.

7. Gewährung einer Beihilfe an den Evangelischen Männer- und Jünglingsverein.

Herr M o h r: Der Evangelische Männer- und Jünglingsverein zusammen mit dem Dürer-Bunde, dem Prüfungsausschusse für Jugendschriften und dem Verein für Volkskunst will eine Ausstellung von Konfirmandengeschenken in den Räumen der Gewerbeschule veranstalten. In Verbindung damit soll das vom Dürer-Bunde herausgegebene Heftchen „Hör mich auf“ mit zur Verteilung gelangen und außerdem durch Vermittlung der Schule eine Einladung verteilt werden. Da die Vereine aber mittellos sind und die Kosten dieses Heftchens „Hör mich auf“ und die des Einladungsschreibens sich auf 200—300 M belaufen werden, so bitten diese Vereine, ihnen bis zu 200 M Unterstützung zu gewähren. Herr Schuldirektor Professor Dr. Kefkuh, der in dieser Sache gefragt

worden ist, spricht sich sehr sympathisch für diese Sache aus und hebt hervor, daß gerade bei der Beschenkung der Konfirmanden sehr viele Mißgriffe vorkommen, und empfiehlt dem Magistrat, dem Gesuche Folge zu geben. Der Stadtmagistrat befürwortet ebenfalls das Gesuch und bittet die Herren, den Betrag von 200 *M* zu bewilligen. Die Finanzkommission hat sich sehr eingehend mit dieser Sache befaßt. Ein Kommissionsmitglied äußerte sich dahin, daß die Vorlage nach seiner Ansicht einen etwas zu sehr religiösen Anstrich habe, und daß anscheinend der Dürer-Bund gewissermaßen nur den Deckmantel hergeben muß; die Stadtverwaltung solle aber nach seiner Ansicht zu Veranstaltungen, welche auf einseitigen religiösen Grundlagen beruhten, keine Zuschüsse bewilligen. Allenfalls könnte sich der Betreffende wohl dazu verstehen, den Zuschuß zu bewilligen für den Fall, daß der Dürer-Bund als solcher den Antrag stelle. Magistratsseitig wurde dazu Stellung genommen und entschieden Verwahrung dagegen eingelegt, als wenn derselbe sich durch den Dürer-Bund, der mit hineingeschoben sei, gewissermaßen dupleiren lasse. Was den Magistrat veranlaßt habe, zuzustimmen, sei der Umstand, daß die Jugendfürsorge immer weiter ausgebaut werden müsse, wozu auch die in der Vorlage angeführten Bestrebungen des Evangelischen Männer- und Jünglingsvereins ihr Teil beitragen. Von anderer Seite wurde hervorgehoben, daß in einer Stadt wie Braunschweig, welche ausschließlich oder zum größten Teil evangelische Einwohner hätte, es nichts verschlage, wenn Vereine, die selbst auf evangelischer Grundlage beruhen, stadtseitig eine Unterstützung erhielten, denn insbesondere bei der der Schulzucht entwachsenen Jugend sei zurzeit eine derartige Verrohung eingetreten, daß nach des Betreffenden Ansicht eine solche religiöse Anregung unbedingt erforderlich wäre, da eine Entfremdung zwischen Volk und Kirche eingetreten sei. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder äußerte sich dahin, daß dem Gesuche nach ihrer Ansicht jede ausgeprägte religiöse Grundlage fehle; es handle sich lediglich darum, die nun einmal in Braunschweig bestehende Sitte, oder besser gesagt Unsitte, kostspielige Geschenke zur Konfirmation zu machen, nach Möglichkeit einzudämmen. Die Mehrheit der Finanzkommission schloß sich den letzteren Ausführungen an und empfiehlt Ihnen durch mich, bis zu 200 *M* für den besagten Zweck zu verwilligen.

Herr Jasper: Meine Herren! Die Minderheit der Kommission bin ich, und ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Das, was der Herr Berichterstatter hinsichtlich der Verrohung der Jugend angeführt hat, ist vielleicht eine Sache, über die man streiten kann, und für deren Bekämpfung man auch verschiedene Mittel für zweckmäßig halten darf; aber kaum kann die angebliche Verrohung der Jugend durch eine Ausstellung für gute Konfirmationsgeschenke

wirksam bekämpft werden. Ich glaube, daß in diesem Falle weniger ein Wenden an die Jugend am Platze ist, als ein Wenden an die Eltern, die schenken wollen oder schenken müssen, damit sie sinngemäße Geschenke auswählen und dabei einen besseren Geschmack entwickeln, als es bisher leider häufig der Fall gewesen ist. Ich erkenne an, daß an sich eine solche Ausstellung Gutes haben könnte, soweit sie ausschließlich dazu bestimmt wäre, die Geschmacksrichtung zu bilden, ästhetisch-künstlerisch erzieherisch zu wirken. Aber dies scheint mir nicht der Hauptzweck des Unternehmens zu sein, und zudem scheint mir durch die Träger dieser Veranstaltung nicht Gewähr geboten zu sein, daß dieser Zweck der alleinige ist. Träger der Ausstellung ist der Evangelische Männer- und Jünglingsverein, ein Verein, der doch nicht die Geschmacksbildung in irgendeiner Richtung in erster Linie beeinflussen will, sondern der in erster Linie religiöse Bildung hervorrufen will, der die Religion in einer bestimmten Richtung fördern will. Da kann ich es nicht als Aufgabe der Stadtverwaltung, die in ihren Bürgerkreisen nicht nur die Anhänger einer bestimmten religiösen Richtung, sondern die verschiedensten Religionsbekenntnisse umfaßt, ansehen, daß sie eine bestimmte Richtung hier unterstützt. Es ist nicht Aufgabe der politischen Gemeinde, die religiösen Bestrebungen in einer oder der anderen Art zu fördern, und ich war auch mit dieser Auffassung mit einem Teile der Kommissionsmitglieder einig, daß konfessionell-pietistische Bestrebungen zu fördern, nicht Aufgabe der Gemeinde sei, und sobald solches hervortreten würde, dieses Unternehmen von Stadtseiten nicht weiter zu unterstützen sein würde. Da nach dem bekannten Verhalten des Jünglingsvereins schon von vornherein gegeben ist, daß in dieser Weise die Ausstellung wirken soll und wird, so ist das einer der Gründe, aus denen ich Sie bitte, diese Vorlage abzulehnen.

Ich hatte natürlich zu Anfang nur gewisse Verdachtsmomente in dieser Beziehung, daß weniger die Geschmacksrichtung als die religiöse Bildung gefördert werden sollte; durch die Verhandlungen in der Kommission ist mir dieser Verdacht zur Gewißheit geworden, denn mehrere Herren erklärten ausdrücklich als ihren Wunsch und Zweck, die Religion zu fördern, wie es auch aus den Worten des Herrn Referenten zum Teil durchgeklungen ist. Das zu tun, hat die politische Gemeinde keine Veranlassung.

Es kommt hinzu, daß mit dieser Veranstaltung eine andere Tendenz verknüpft wird. Der Herr Berichterstatter hat gesagt, daß in den Schulen das Büchlein „Heb mich auf“ zu diesem selben Zwecke verbreitet wird. Es soll nun dies Büchlein den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden und einen besonderen Anhang erhalten, der einen Hinweis auf die vereinigten Jugendbestrebungen enthalten soll, und zwar, wie das von den Herren in den Kom-

missionsverhandlungen zugegeben ist, soll damit eine Förderung der sogenannten bürgerlichen Jugendbewegung bezweckt werden, die sich im Gegensatz zu der aus Arbeiterkreisen hervorgegangenen freien Jugendbewegung gebildet hat. Eine Vereinigung soll also unterstützt werden, die im Kampfe innerhalb der Angehörigen der Gemeinde steht, und da glaube ich nicht, daß es Sache der politischen Gemeinde ist, in der einen oder anderen Hinsicht fördernd einzuwirken, die eine oder andere Seite zu unterstützen. Genau so wie wohl die Mehrheit der geehrten Herren es ablehnen würde, wenn die freie Jugend Braunschweigs 200 M verlangen würde zum Zwecke, das Büchlein „Heb mich auf“ zu verbreiten, mit dem Hinweis auf die verschiedenen Organisationen der Arbeiterchaft: die freie Jugend, die Turnvereine, die Sportvereine und wie die derartigen Bestrebungen heißen, so glaube ich auch, bitten zu dürfen, aus demselben Grunde die Sache abzulehnen, wenn von anderer im Kampfe um die Jugend befindlicher Seite ein derartiges Ersuchen an Sie herantritt. Daß hier planmäßig, zielbewußt gegenüber der freien Jugendorganisation gehandelt wird, ging für mich aus dem geplanten Anhange hervor. Der Vertreter des Stadtmagistrats sowohl wie verschiedene Kommissionsmitglieder haben ausdrücklich erklärt, daß nicht nur Förderung der religiösen Bildung Zweck und Aufgabe dieser Unterstützung sein sollte, sondern die Erhaltung, Pflege und das Großziehen der sogenannten vaterländischen Gesinnung. Darüber, was vaterländische Gesinnung ist, wird man verschiedener Meinung sein können, und ich glaube nicht, daß ich mit der Mehrheit der geehrten Herren darüber einig bin. (Bewegung.) Was Sie darunter verstehen, ist lediglich ein Aushang für ganz bestimmte Bestrebungen, die von seiten der Arbeiterchaft und deshalb auch von seiten der Gemeinde nicht unterstützt werden können. Es sind das dieselben Bestrebungen, die Sie zusammenführen im Reichsverbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, wo Sie ja auch die Fahne der Nation, die Fahne des Vaterlandes in erster Linie herausstecken und sachlich eigentlich ganz etwas anderes tun, treiben und fördern, als gerade das Vaterländische, unter dem Sie jedenfalls etwas anderes verstehen, als von der Mehrheit der Volksgenossen darunter verstanden wird. Ich glaube nicht, wenn Sie vaterländische Gesinnung pflegen wollen, daß das nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen für die städtischen Verhältnisse hier zutrifft. Es sollen durch diese Veranstaltungen religiöse und politische Bestrebungen bürgerlicher Art unterstützt werden, und deshalb bitte ich, aus Gründen der Unparteilichkeit und der Parität den verschiedenen Glaubensbekenntnissen gegenüber diese Vorlage abzulehnen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich kann mir unmöglich denken, daß die Bedenken, die der Herr Vorredner geltend gemacht hat, ein Echo bei der

Mehrheit der geehrten Versammlung finden werden, nehme aber gern die Veranlassung wahr, einige Worte zur Erläuterung zu sagen. Ich habe inzwischen noch einmal mit Herrn Direktor Professor Dr. Rehkuf, dem nach seiner ganzen bisherigen Stellungnahme niemand pietistische Gesinnung nachsagen wird, Rücksprache über die Angelegenheit genommen und zu meiner Freude aus seinem Munde erfahren, daß dasjenige, was Herrn Dr. Jasper besonders ein Dorn im Auge zu sein scheint, dieser Hinweis auf die hiesigen Veranstaltungen der Jugendpflege und Jugendfürsorge, in der Hauptsache aus des Herrn Direktors Rehkuf Feder geflossen ist und so, wie er es dem Evangelischen Männer- und Jünglingsverein mitgeteilt hat, bei der Einladung zum Ausdruck kommen wird. Die Schrift enthält eine in alphabetischer Folge gehaltene Übersicht der Jugendpflegevereine, die für die jungen Leute in Betracht kommen. Das ist nach meiner Meinung unversänglich, und nur für denjenigen, der überhaupt in kirchlicher Beziehung sich nicht mehr neutral, sondern einseitig verhält, als anstößig zu betrachten. Nun kommt weiter hinzu, daß die Tätigkeit des Evangelischen Männer- und Jünglingsvereins in diesem Falle hauptsächlich die Rolle eines Vermittlers ist. Der Verein will hinweisen auf die verschiedenen Veranstaltungen für die Jugend, und wenn gerade den Konfirmanden — nicht bloß ihren Eltern, sondern ihnen selbst, also jungen Leuten, deren Herzen empfänglich sind für das Religiöse, Edle und Schöne — durch diese Ausstellung gute Lesestoffe vor Augen gestellt werden, so kann ich mir unmöglich vorstellen, daß darin etwas Arges zu erblicken wäre.

Im übrigen hat die geehrte Versammlung durch ihr bisheriges Verhalten bekundet, daß sie keineswegs auf diesem religiös ablehnenden Standpunkte des Herrn Dr. Jasper sich befindet. Ich darf darauf hinweisen, daß seit langen Jahren eine erhebliche Anzahl religiöser Vereinigungen aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen durch die Stadt unterstützt werden, so die Herberge zur Heimat, die in durchaus christlichem Geiste geleitet wird, die jüdische Wohltätigkeitsanstalt Ez Chajim, ferner die Mädchenhorte, insbesondere der Evangelische Verein und seine Volksbibliothek, der katholische Elisabeth-Verein ufw. Also, meine Herren, Sie haben schon längst den Grundsatz befolgt, das Gute da zu unterstützen, wo Sie es der Unterstützung wert halten. Das ist auch hier der Fall. Sie leisten unserer Jugend, unseren Konfirmanden einen wesentlichen Dienst, und wenn Sie dabei ihre vaterländische und zugleich ihre religiöse Gesinnung fördern, so ist das nicht übel, sondern wohlgetan. (Beifall.)

Herr Jasper: Die Person des Herrn Direktor Professor Dr. Rehkuf bietet mir keine Gewähr dafür, daß ich irgendwie meine Meinung ändern kann, denn Herr Direktor Rehkuf, so sehr ich ihn vielleicht auch als Schulmann an-

erkenne (Zurufe: Vielleicht!), ist mit zu den christlichen Treibern zu rechnen, die die Bekämpfung der freien Jugend sich zur Aufgabe gemacht haben. In einem Rundschreiben, das unter der Mitwirkung des Herrn Direktors Rehfuß entstanden sein dürfte, und das an den verschiedensten Schulen verbreitet ist, wird dies ausdrücklich, wenn man lesen kann, hervorgehoben. Ich bedauere, daß dieser Kampf von der leitenden Stelle im Schulwesen in die Schule hineingetragen wird, in die Schule, die doch ganz gewiß keinen Gegensatz zwischen dem Elternhause und der Schule aufkommen lassen will. Die Schule stellt sich immer auf den Standpunkt, daß sie beansprucht, daß umgekehrt das Elternhaus den Bestrebungen der Schule Rechnung tragen soll. Wenn jetzt ein Vorstoß von seiten der Schule in den oberen Klassen und besonders auch in der Fortbildungsschule, also unter Mitwirkung des Schuldirektors Rehfuß, gegen die Wünsche des Elternhauses und der Arbeiterfamilien beliebt wird, so ist das doch nur Parteinehmen in dem Kampfe um die Jugend. Das nun auch in dieser Weise mit Geldmitteln zu fördern, ist doch entschieden kaum am Platze.

Die Anführung des Herrn Stadtrat von Frankenberg, daß wir von Stadtseiten auch sonst Bestrebungen religiöser Art unterstützen, ist nicht durchschlagend. Es geht nicht an, bei jeder Gelegenheit unseren gegenteiligen Standpunkt gegen eine ganze Reihe von diesen Vereinen hervorzuheben, und Sie werden das auch im Interesse einer sachgemäßen Verhandlung angebracht finden. Daraus, daß wir nicht jedesmal betonen, dieses oder jenes wollen wir nicht mehr unterstützen, läßt sich irgend eine Folgerung gegen uns nicht herleiten.

Bei den Kommissionsberatungen wurde gesagt, daß auch der Männer-Turnverein zur Pflege der vaterländischen Gesinnung unterstützt würde. Ich halte mich für verpflichtet, dies in der Öffentlichkeit zu wiederholen, damit dem Märchen begegnet werde, daß der Männer-Turnverein durch die Stadt unterstützt werde zum Zwecke der Ausbildung der Turnlehrer. Nicht das ist der wesentliche Grund, sondern nach der Erklärung des Herrn Stadtrats von Frankenberg ist es die Unterstützung und Pflege der vaterländischen Gesinnung. Weil dort die vaterländische Gesinnung unterstützt würde, müßte es auch hier geschehen. Da sieht man, in welcher Weise Gelder der Allgemeinheit in bestimmter tendenziöser Weise verwendet werden. Es wird das ein Grund mehr sein, bei dieser Unterstützung eine Nachprüfung eintreten zu lassen. Bezüglich der vorliegenden Sache könnte mich der Herr Stadtrat von Frankenberg nur dann eines anderen belehren, wenn in dem Hefchen bei dem alphabetischen Hinweis auf die Jugendvereinigungen auch ein Hinweis auf die Jugendvereine der Klassenbewußten Arbeiterschaft enthalten sein würde, wenn also auch die freie Jugend Braunschweigs mit empfohlen würde. Dann wäre es ein unparteiisches Ding. Wenn man aber nicht Gewähr übernimmt, daß auch auf diese freie Ver-

einigung hingewiesen wird, dann ist mein Urtheil gerecht, daß das vorgeschlagene ein parteiisches Buch ist.

Vorsitzender: Ich möchte feststellen, daß ich es für unrichtig halte und wir es immer für unrichtig gehalten haben, einzelne Ausdrücke einzelner Personen aus den Kommissionsverhandlungen hier in öffentlicher Sitzung vorzubringen. Es würde die Verhandlungen in den Kommissionen erschweren, zum Teil unmöglich machen und für die Stadt geradezu schädlich sein, wenn jeder Ausdruck der freien Aussprache in den Kommissionen hier in die Öffentlichkeit getragen wird. — In diesem Falle muß ich als Vorsitzender der Finanzkommission Herrn Jasper gegenüber feststellen, daß Herr Stadtrat von Frankenberg das, was Herr Jasper hier vorgetragen hat, nicht gesagt hat. Herr Stadtrat von Frankenberg hat sich nicht dahin geäußert, die vaterländische Gesinnung des Turnvereins wäre der Grund für die ihm gewährte Beihilfe, sondern hat nur nebenbei erwähnt, daß auch der Männer-Turnverein die vaterländischen Bestrebungen unterstütze (Sehr richtig), aber einen Gegensatz, wie der Herr Vorredner ihn konstruiert hat, hat der Herr Stadtrat in der Kommissionsitzung nicht angeführt. Ich möchte dies zur Wahrung unserer sachgemäßen Verhandlungen feststellen.

Herr Bähr: Meine Herren! Der Herr Stadtverordnete Jasper hat in seinen Ausführungen mehrfach von den Schulen geredet und hat in Verbindung damit an den Namen des Leiters der Schulen, soviel ich verstanden habe, gewisse Neigungen angegliedert, als ob von dieser Persönlichkeit eine einseitige Bewegung in unsere Schulen gebracht werden sollte, die vielleicht auf politischem oder anderem Gebiete bedenklich sein könnte. Mir persönlich ist davon nichts bekannt. Ich unterrichte seit vielen Jahren in einer Oberklasse, habe aber von derartigen einseitigen Beeinflussungen weder früher noch jetzt jemals etwas gespürt. Wenn also Herr Stadtverordneter Dr. Jasper die Bürgerschulen meint, so möchte ich diesen Hinweis zurückweisen. Was die Bestrebungen des Evangelischen Männer- und Jünglingsvereins anbelangt, so kenne ich diese aus eigener Anschauung nicht, möchte aber doch, da von diesem Büchlein „Heb mich auf“ die Rede ist, bemerken: Herr Dr. Jasper wird beim besten Willen aus dem Heftchen auch nicht irgend etwas entnehmen können, was irgendwie in einseitiger Richtung geht. Als das Büchlein zum ersten Male erschien, habe ich es selbst meinen Mädchen empfohlen. Man kann das Buch unbedenklich jedem in die Hand geben, mag er einer Richtung angehören, welcher er wolle.

Herr Frede: Es wird Herrn Dr. Jasper nicht gelingen, auch nur aus einem Worte eines etwaigen Erlasses des Schuldirektors Professor Dr. Rehfus

zu beweisen, daß eine solche Deutung gerechtfertigt ist, wie er sie beliebt hat. Mein Kollege Bähr hat eine erste Mädchenklasse, und die Erfahrungen, die er machte, sollten durch einen Zwischenruf des Herrn Dr. Jasper abgeschwächt werden, indem er fragte: Sie haben wohl eine Mädchenklasse? Wenn damit gemeint war, daß Herr Bähr deswegen darüber nicht urteilen könne, so bemerke ich, daß ich eine Knabenklasse führe, in der ausschließlich Konfirmanden sind. Mir ist von einem solchen Anschreiben des Herrn Direktors Rehfuß, die Kinder in dieser Weise zu beeinflussen, nichts bekannt, und es müßte mir bekannt sein, wenn es erlassen worden wäre. Ich habe der Versammlung im Preussischen Hofe beigewohnt, in welcher Herr Direktor Rehfuß einen Vortrag hielt zu dem Zwecke der Zentralisation der verschiedenen Vereine, die zu diesem Zwecke im Laufe der Zeit gegründet sind. Ich kann aus eigener Wahrnehmung bezeugen, daß nicht nur nicht eine einzige Bemerkung gefallen ist, die irgendwie so gedeutet werden könnte, wie Herr Dr. Jasper meint, sondern daß Herr Direktor Rehfuß ausdrücklich im Verlaufe der Debatte, die sich an den Vortrag anschloß, es von sich gewiesen hat, daß die Jugendpflege in dieser Richtung aufzufassen sei, daß sie also gerichtet sei gegen die sozialdemokratische Jugendpflege. Ich möchte nochmals ausdrücklich für mein Teil erklären, daß Herr Direktor Rehfuß über solchen Verdacht erhaben dasteht. (Beifall.)

Die Gewährung einer Beihilfe bis zu 200 M an den Evangelischen Männer- und Jünglingsverein wird von der Versammlung beschloffen.

Herr Jasper (zu einer persönlichen Bemerkung): Herrn Bähr gegenüber erkläre ich, daß er mich falsch verstanden hat. Ich habe das Büchlein „Geh mich auf“ nicht getadelt, sondern anerkannt, daß es an sich wohl verteilt werden könnte, ich habe mich lediglich gegen den Anhang gewendet.

Dem Herrn Vorsitzenden gegenüber habe ich zu bemerken, daß nach meiner Auffassung — und dabei muß ich bleiben — Herr Stadtrat von Frankenberga ausdrücklich die vaterländische Gesinnung des Männer-Turnvereins als förderungswert und von uns gefördert erklärt hat, und das habe ich auch nur gesagt.

Den Widerspruch des Herrn Frede betreffend, bemerke ich, daß mir aus dem Munde zahlreicher Eltern, die ihre Kinder in den Oberklassen verschiedener Schulen haben, erklärt ist, daß auf diese Jugendvereinsbestrebungen in der Klasse durch die Schule hingewiesen ist. In Übereinstimmung . . .

Vorsitzender: Dies ist keine persönliche Bemerkung mehr.

8. Antrag verschiedener Einwohner auf bessere Beleuchtung des südlichen Teiles der Frankfurterstraße, sowie der Fabrikstraße.

Herr Loeßigk: Wie Sie wissen, haben sich fast die ganzen Anwohner der Fabrikstraße und des südlichen Teiles der Frankfurterstraße wegen besserer Beleuchtung dieser Straßen an den Stadtmagistrat gewandt. Die Eingabe ist geprüft, und die Gas- und Wasserwerksdeputation, sowie der Magistrat geben anheim, die Straße mit Gas zu beleuchten. Es soll ein 50 mm weites Mannesmannrohr gelegt und zwei Petroleumlampen auf der Fabrikstraße und vier solche auf der Frankfurterstraße für Gaslicht umgewandelt werden. Die Kosten betragen 2630 M. Die Finanzkommission hat den Voranschlag geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung der Anlagen anheim. Ich bemerke dazu, daß diese Eingabe der Anwohner sehr berechtigt war, und daß ich bedauere, daß sie nicht schon früher in besseres Licht gesetzt wurden.

Gleichzeitig möchte ich persönlich noch die Bitte aussprechen, daß die Direktion der Gas- und Wasserwerke dafür sorgen möchte, daß während der Heizzeit der Gasdruck besser wird, als er jetzt ist. Wir bezahlen das Gas mit teurem Gelde, und es wäre angebracht, daß dafür gesorgt wird, daß wir es auch verbrauchen können. Bei dem Druck, mit dem es jetzt geliefert wird, ist es nur mangelhaft zum Kochen zu gebrauchen.

Die Anlagen werden genehmigt und die Kosten bewilligt.

9. Vermietung einer Wohnung in dem städtischen Grundstücke an der Leopoldstraße.

Herr Loeßigk: Das straßenseitig belegene städtische Grundstück Leopoldstraße 32 ist jetzt umgebaut und in ihm eine Wohnung zum Beziehen fertig. Sie ist von der Bauverwaltung zu einem Mietwerte von 220 M eingeschätzt. Der Magistrat schlägt vor, diese Wohnung inklusive der Lieferung von Wasser und Feuerung im Interesse der Räume, die zur Bürgerschule an der Leopoldstraße gehören, an den Maurer Heinrich Claus für jährlich 100 M zu vermieten. Es hatte sich auch noch ein anderer Bewerber für die Wohnung gefunden, die Bauverwaltung schlägt aber vor, diesen zurückzustellen und den Maurer Claus vorzuziehen, weil er schon Heizer an einer anderen Schule ist und als Maurer und Heizer schon mit den Funktionen, die ihm im Anschluß an die Überlassung der Wohnung übertragen werden sollen, bekannt ist. Er soll die Heizung der neuen Schulräume versehen und überwachen und nebenbei noch verschiedene andere Funktionen versehen, wie Reinigen der Straße, Streuen bei Glätteis usw., so daß ich auf dem Standpunkte stehe, daß der Preis von 100 M jährlich

noch ziemlich hoch bemessen ist bei der Arbeit, die der Mann leisten soll. Ich will aber keinen Antrag stellen und habe das auch in der Finanzkommission nicht getan. In der Finanzkommission ist die Vorlage geprüft, und die Finanzkommission bittet durch mich um Genehmigung, daß dem Maurer Claus die Wohnung zu den angegebenen Bedingungen vermietet werde.

Herr Bähr: Ich höre von dem Herrn Referenten, daß der Preis der Wohnung etwas hoch gehalten ist. Dann möchte ich den Antrag stellen, da ich annehme, daß die Wohnung tatsächlich nicht geräumig ist, daß sie etwas billiger vermietet wird. (Zuruf: Noch billiger?) Wenn der Herr Referent selbst sagt, er hält den Preis für etwas hoch, dann muß man doch zu dieser Ansicht kommen. Der Stadtverwaltung ist ja damit gedient, wenn diese Wohnung durch einen Inhaber eingenommen wird, wie er sich gemeldet hat. Er ist seit 12 Jahren Heizer in einer Schule und wird sich für die Wohnung interessieren.

Vorsitzender: Der Herr Referent hat nicht nur das Resultat der Beratung der Finanzkommission mitgeteilt, sondern auch darüber referiert, was er selber meint. Die Finanzkommission ist der Meinung, daß die Wohnung für den Mann billig wäre. Er hat freies Wasser und freie Feuerung! Wenn auch schon in der Finanzkommission der Herr Referent der Ansicht war, daß 100 M in diesem Falle etwas viel sei, so hat sich doch die große Mehrheit der Finanzkommission dafür ausgesprochen, daß der Preis niedrig bemessen wäre. Wenn die Herren gegenüber dem Beschlusse der Finanzkommission anderer Ansicht sind, so müßte ein Antrag gestellt werden.

Herr Voßhage: Ich habe vollständig im Sinne der Finanzkommission referiert und habe nur bemerkt, es wäre meine persönliche Ansicht, daß der Preis immerhin noch zu hoch bemessen wäre im Hinblick auf die Leistungen, die der Mann zu erfüllen hätte. Ich gebe anheim, den Beschluß der Finanzkommission, den ich vorgetragen habe, zu genehmigen.

Herr Nieke: Ich will nicht über die Höhe des Preises für die Wohnung sprechen, auch nicht über die Eigenkümlichkeit des Herrn Referenten. Ich will nur daran erinnern, daß bei diesem Hause, das zu kaufen und umzubauen wohl vor 21½ Jahren hier beschlossen ist, keine Verzinsung im Interesse der Stadt herauskommt. Deshalb möchte ich davor warnen, daß solche Geschichten nicht mehr gemacht werden, denn die Stadt baut sich bankrott dabei. Wenn die Stadt zu einem solchen Bau mir ihr Personal zur Verfügung stellt, Herrn Stadtbaumeister Osterloh, und den Stadtfädel, dann will ich auch solchen Bau herstellen,

sonst aber würde jeder dabei zugrunde gehen. Ich habe seinerzeit die Erwerbung des Grundstücks kritisiert und empfohlen, das Nachbargrundstück mit zu erwerben, so daß die Turnhalle nicht hinter den Leuten zu liegen kommt. Ich möchte eine Wette machen: Wenn ein Privatmann diesen Umbau ausgeführt hätte, so würde es geheißen haben: Der Umbau ist einem Neubau gleichzuachten. Einem Privaten wäre der Umbau nicht erlaubt. Mir kommt es so vor, als wenn ein Zigarrenkistendeckel geliefert wäre und darauf ein ganzes Haus aufgerichtet, denn alles an dem Hause ist neu. Zu Anfang hatte man noch ein großes massives Treppenhaus für 3000 // hineinprojektiert; das haben wir ja damals abgelehnt. Aber immerhin bin ich dafür, daß wir niemals wieder solche Küsteleien mitmachen dürfen. Wenn es sich auch nur um ein kleines Objekt handelt, so ist es doch nicht am Platze, in der Weise vorzugehen. Auf der Wilhelmstraße wird dasselbe Kunststück gemacht und erhalten, was schon morsch ist, statt daß man das Ganze herunterreißt und etwas hinstellt, was auf die Dauer verwertet werden kann und eine bessere Verzinsung bringt, als wenn es nur mit dem Zwecke verbunden sein soll, den Schulpedell unterzubringen. Das hätte man auch noch können, wenn man rationell gebaut hätte. Seinerzeit hatte der Herr Oberbürgermeister keine Bedenken gegen den Umbau auf der Leopoldstraße und meinte, wenn es fertig wäre und ich würde es mir ansehen, dann würde auch ich sagen, es wäre schön. Nun, wenn man vorbeigeht, dann sieht es ja auch sehr schön aus, dagegen habe ich nichts, aber was den Kostenpunkt betrifft und das Finanzielle im Interesse der Stadt, da muß ich ein für allemal von diesen Dingen abraten. Ich werde auch einmal Gelegenheit nehmen, in das Haus hineinzugehen und zu sehen, ob sich ein paar Spaken darin halgen können. Es wird wohl genau dieselbe Geschichte sein, wie am Langenhofe. Wenn da jemand sich mit dem Kopf hinten an die Wand legt, dann weiß er die Kükke nicht zu lassen, es muß sonst ein ganz kleiner Kerl sein. Ich möchte bitten, dergleichen nicht weiter zu pouffieren; bauen wir lieber etwas Ordentliches und lassen die Nase von solchen alten Sachen.

Herr Oberbürgermeister *Actemeyer*: Meine Herren! Sie wissen aus den früheren Verhandlungen, daß Herr Riefe kein Freund dieser ganzen Sache gewesen ist. Als er sich heute zum Wort meldete, da habe ich mir gesagt: Jetzt wird Herr Riefe anerkennen, das Häuschen ist ganz niedlich geworden. Aber er bleibt bei seiner Ansicht. Darüber läßt sich streiten, ob wir solche alten Häuser noch erhalten sollen oder nicht. Ich sollte meinen, wer das Haus ansieht, wird zu der Überzeugung kommen, daß es sich für eine kleine Familie recht angemessen und gesund in diesen Räumen wohnen läßt.

Weshalb ich aber das Wort ergriffen habe, das ist die Bemerkung des Herrn Riefe: „Wenn ich das Haus hätte bauen wollen, dann wäre mir das nicht gestattet worden.“ Das klingt so, als ob der Magistrat das Gesetz gebeugt oder sich über das Gesetz hinweggesetzt hätte. Das muß ich aufs entschiedenste bestreiten. Ich gebe aber zu, daß über die Auslegung der Gesetze verschiedene Ansichten herrschen können, daß man versuchen muß, die richtige Auslegung zu finden und eventl. den Behörden, die über die Gesetze zu wachen haben, nachzuweisen, daß sie eine Ansicht vertreten, die nicht mit dem Gesetze übereinstimmt. Mir ist es auch schon so gegangen, daß ich eine bestimmte Ansicht über eine Sache hatte, und ein Bürger wies mir nach, daß ich mich im Irrtum befände. Warum soll man eine gegenteilige Ansicht nicht anerkennen, wenn sie doch berechtigt ist! Es dreht sich hier um die Frage, wie weit bei einem vorhandenen alten Gebäude die Vorschriften der Bauordnung zur Anwendung kommen, die sich im allgemeinen nur auf Neubauten beziehen. Die Grenzen sind flüchtig, wo der Umbau aufhört und der Neubau anfängt, und die Entscheidung muß von Fall zu Fall erfolgen. Ich habe die feste Überzeugung, daß die Stadt lediglich nach Maßgabe des Gesetzes verfahren ist. Ein Vorwurf, wie er in den Worten des Herrn Riefe liegen könnte, ist durchaus unbegründet. Sollte ein Bürger auch so bauen wollen, wie wir es getan haben, und Opposition finden, so würde ich bereit sein, falls es meine Zeit erlaubte, in gleichem Sinne für ihn einzutreten, wie ich hier für die Stadt eingetreten bin. (Beifall.)

Herr Riefe: Es ist gut, daß ich gehört habe, was der Herr Oberbürgermeister eben sagte, da ich sehr oft in die Lage komme, solche kleinen Wohnungen einzurichten, wo mir manchmal bedeutende Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Ich werde ja trotzdem mit den Herren fertig. Aber wenn wieder ein solcher Fall vorliegt, dann werde ich einmal von den Worten des Herrn Oberbürgermeisters Gebrauch machen und werde die Klagen und gerechten Ansprüche einzelner Bürger bei dem Herrn Oberbürgermeister einmal anbringen. Wenn der Herr Oberbürgermeister meint, er müßte den Vorwurf zurückweisen, so bemerke ich, daß der Vorwurf nicht an ihn gerichtet ist. Aber auch hier ist es doch in der Sache so: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Ich richte nur an Sie die Anfrage: Hat das alte Demmerische Haus etwa die Stagenhöhe, die es haben muß? Das ist keineswegs der Fall! Da ist ebenso verfahren, wie beim Umbau auf der Leopoldstraße und in verschiedenen anderen Fällen auch. Es heißt einfach: In alten Häusern ist der Umbau genehmigungspflichtig, wenn die Stagenhöhe nicht 8 Fuß oder 2,30 m ist. Dort ist die Höhe noch keine 2 m. Ich könnte noch weiter gehen und über die Bestimmungen für Aufstellung von Öfen sprechen; man weiß nicht, wo sie anfangen und aufhören. Es sind eigen-

mächtige Dinge, die erschweren, kleinere Wohnungen auszubauen. Auch wo keine Feuergefährlichkeit nachgewiesen werden kann, ist schon die Aufstellung von Öfen in kleinen Wohnungen inhibiert. Ich verstehe wohl, daß man der Unterhaltung alter Häuser Rechnung tragen soll, und ich bin kein Barbar oder Vandal, der alles niederreißen möchte, was des Erhaltens wert ist. Aber bei dem Hause auf der Leopoldstraße kann keine Rede davon sein, es war da keine Schönheit zu erhalten und keine geschnitzten Balkenköpfe. Meine Kritik halte ich für gerechtfertigt, die darauf hinauslaufen soll, davor zu warnen, mit solchen Lüfteleien weiter fortzufahren, sondern lieber solche alten Häuser niederzureißen und neuzubauen.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Die Aufstellung des Demmer'schen Hauses auf dem Burgplatze ist als Neubau zu behandeln. Wenn, wie in diesem Falle, ein Haus vollständig heruntergerissen wird und beim Wiederaufbau das alte Material verwendet wird, so liegt ein Neubau im Sinne des Gesetzes vor. Selbstverständlich hätte bei diesem Neubau des Demmer'schen Hauses die Vorschrift der Landesbauordnung angewendet werden müssen. Die Stadt hat aber mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten an Herzogliches Staatsministerium das Ersuchen gerichtet, mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung dieses alten Hauses in diesem Falle Dispensation von den Vorschriften zu erteilen. Wenn wir noch mehr solche alten Häuser hätten, so würde die Einwohnerschaft Braunschweigs es mit Freuden begrüßen, wenn sie unter Dispensation von strengen Bauvorschriften erhalten werden könnten. (Sehr richtig!)

Herr D o e j g i t: Ich möchte nur bemerken, daß die Wohnung auf der Leopoldstraße aus einer Stube, zwei Kammern, Küche, Speisekammer und sonstigem Zubehör besteht, die Wohnung an sich also sehr schön sein muß.

V o r s i t z e n d e r: Ich schließe die Debatte und bitte die Herren, die diese prachtvolle Wohnung unter den angegebenen Bedingungen zu 100 M vermietet sehen wollen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Die Herren haben so beschlossen.

10. Statut über die Errichtung und Unterhaltung einer Feuerbestattungshalle.

Herr H a r t u n g: Der Magistrat hat uns den Entwurf eines Statuts über die Errichtung und Unterhaltung einer Feuerbestattungshalle zugehen lassen. Die Sache hat der Statutenkommission vorgelegen und ist von dieser beraten worden. Vorausschicken kann ich, daß die Statutenkommission in Anerkennung dessen, daß das ganze Statut in liberalem Sinne ausgearbeitet ist

und darauf angelegt, möglichst wenig Schwierigkeiten, Weitläufigkeiten und Kosten zu machen, den Entwurf — mit einer kleinen redaktionellen Änderung (§ 13, 4) — durchweg genehmigt hat.

Vorsitzender: Bei den Paragraphen, bei denen der Herr Referent keine Änderungen vorzuschlagen hat, oder wo nicht aus der Versammlung Ausstellungen gemacht werden, nehme ich an, daß sie genehmigt sind.

Herr Henking: Ich möchte fragen, ob es die Ansicht der Versammlung ist, daß der Ausdruck „Feuerbestattungshalle“ brauchbar ist für eine derartige Anlage, die nicht aus einer Halle oder einem großen architektonisch schön eingerichteten Räume besteht, sondern ein Bau ist, der aus verschiedenen Räumlichkeiten, sogar verschiedenen Geschossen bestehen wird. Ich glaube, daß es der deutschen Sprache Gewalt antun heißt, dieses alles „Halle“ zu nennen, und frage an, ob es nicht angebracht wäre, zu sagen: Feuerbestattungsanlage. Das müßte dann auch schon in der Überschrift berücksichtigt werden.

Herr Hartung: Ich weise darauf hin, daß schon einmal über diese Frage verhandelt ist, und daß von mir damals im Namen des Feuerbestattungsvereins der Wunsch ausgesprochen ist, diesen Ausdruck zu wählen, weil er uns gut erschien und ganz besonders dem farblosen Ausdruck „Anlage“ vorzuziehen ist. Die Bedenken des Herrn Vorredners sind nicht übermäßig schwer zu nehmen. Ich möchte auf ähnliche Fälle hinweisen: Viele Städte haben eine Stadthalle. Wenn das Bedenken auftaucht, daß auch noch Nebenräume mit aufgebaut werden, so brauchen wir in den Fällen, wo es sich um die Fortbildung der deutschen Sprache handelt, nicht ängstlich darauf zu sehen, ob auch alles mit bezeichnet ist, was zu der Anlage gehört. Wenn nur der neue Ausdruck für die Allgemeinheit gut verständlich ist, so sollte man über solche Bedenken hinweggehen.

Herr Friede: Der Name „Feuerbestattungshalle“ ist recht umständlich; man bricht sich fast die Zunge dabei ab. Sollte man hier nicht einmal eine Ausnahme machen und das Fremdwort „Krematorium“ beibehalten? (Widerspruch.) Ich kann nicht finden, daß das Wort so undeutlich ist. (Widerspruch.)

Herr Henking: Der einer Fremdsprache entnommene Ausdruck Krematorium würde mir nicht behagen. Ich sehe nicht ein, warum wir nicht den umfassenderen Ausdruck „Anlage“ einführen wollen. Im Gesetz vom 19. Dezember 1910 heißt es in § 9: „Das Grundstück der Verbrennungsanlage muß mit einer angemessenen Leichenhalle versehen und so eingerichtet sein, daß die Aschen-

reife auf ihm entweder in einer Urnenhalle beziehungsweise in einem Urnenhaine oder in der Erde beigesetzt werden können.“ Darin liegt schon, daß ein umfassenderer Ausdruck als Halle gewählt werden muß. Ich will mich aber auf eine andere Benennung nicht versteifen, wenn Sie meinen, daß unter Feuerbestattungshalle auch eine Zusammenfassung verschiedener Räume zu verstehen sein kann.

Herr Meyerhoff: Wenn Sie aus diesem Dilemma nicht herauskommen können und auch das Fremdwort Ihnen nicht gefällt, so lassen Sie uns doch einfach „Verbrennungshalle“ sagen. Dann ist ja der Streit vorbei.

Vorsitzender: Ein Antrag ist nicht gestellt. Ich meine, wir können diesen Punkt übergehen; es scheint, daß der Wunsch nach einer anderen Benennung von der Majorität nicht geteilt wird.

Zu § 1.

Herr Hartung (gibt bei diesem und den folgenden Paragraphen jedesmal kurz den Inhalt an).

Herr Leue: Ich nehme die Gelegenheit wahr, wieder für die Schönheit und Reinheit der deutschen Sprache eine Lanze einzulegen, und bitte, das Wort „belegen“ zu streichen und einfach zu sagen: „auf dem von ihr zu diesem Zweck erworbenen Grundstücke an der Helmstedterstraße“.

Vorsitzender: Wir brauchen wohl über diese Änderung nicht abzustimmen; die Herren sind mit dieser redaktionellen Änderung einverstanden.

Zu § 2.

Herr Leue: Ich bitte, statt „beziehungsweise“ „oder“ zu sagen. Das Wort sagt dasselbe und ist schöner. Um nicht weiter zu stören, bitte ich gleich jetzt, das überall in dem Entwurf so zu machen; es kommt noch öfter vor.

Vorsitzender: Wir erheben zum Beschluß, den Ausdruck „beziehungsweise“, wo er in dem Entwurf vorkommen sollte, in „oder“ umzuwandeln.

Herr Oberbürgermeister Kettmeyer: Das ist bedenklich. Soll der Ausdruck ersetzt werden, so müssen wir erst prüfen, ob der Sinn nicht geändert wird.

Zu § 3.

Herr Hartung: Ich will bemerken, daß in der Kommission die Frage angeregt ist, ob unter „Bürger“ verstanden sein sollte, daß Stadtverordnete in das Feuerbestattungsamt nicht gewählt werden sollen. Es ist jedoch von dem Magistrat hervorgehoben, daß unter „Bürgern“ auch Stadtverordnete verstanden sein sollen, nur sollen die Mitglieder des Feuerbestattungsamtes nicht gerade Stadtverordnete sein müssen.

Herr Fricke: Wenn die Ausdrücke in dem Statut deutsch gewählt sein sollen, dann möchte ich beantragen, den Namen „Deputation“ zu streichen und den Paragraphen folgendermaßen zu fassen: „Die Verwaltung der Feuerbestattungshalle liegt dem städtischen Feuerbestattungsamte ob, welches aus einem Mitgliede des Magistrats und zwei von den Stadtverordneten gewählten Bürgern besteht.“ Wir verlieren dadurch das Wort Deputation, und der Sinn ist meiner Meinung nach kürzer gefaßt als jetzt.

Herr Oberbürgermeister Rethemeyer: Ich erkenne an, daß die Fassung zulässig ist, daß sie sogar schöner ist als die unrigre. Wir haben das Wort „Deputation“ aber mit voller Absicht gewählt. Die Städteordnung kennt Deputationen und hat für den Geschäftsgang dieser Deputationen ganz bestimmte Vorschriften erlassen. Es ist insbesondere die Frage geordnet, wohin Beschwerden gegen die Beschlüsse der Deputationen gerichtet werden sollen. Wenn man hier schreibt „Deputation“, dann folgt aus der Städteordnung ohne weiteres, daß die Vorschriften der Städteordnung auch auf diese Deputation zutreffen. Nehmen Sie die von Herrn Fricke vorgeschlagene Fassung an, dann könnten Zweifel entstehen, ob diese neue Behörde, die geschaffen werden soll, den Vorschriften für die Deputationen unterstellt sein soll. Man könnte darauf kommen, daß sie allmächtig sei und Beschwerden gegen sie nicht zulässig seien. Deshalb halten wir es, solange die Städteordnung den Ausdruck noch enthält, für richtig, wenn eine Deputation geschaffen werden soll, sie auch als solche zu bezeichnen.

Herr Fricke: Würde das Wort Deputation nicht zu ersehen sein durch Ausschluß? Verbietet die Städteordnung den Ersatz dieses Wortes?

Herr Oberbürgermeister Rethemeyer: Die Städteordnung spricht von Deputationen. Selbstverständlich ist kein Verbot ergangen, das Wort durch Ausschluß zu ersetzen; aber die Zweifel, die ich vorhin ausgesprochen habe, sind dadurch nicht beseitigt.

Herr L e u e: Ich bin ein großer Freund der Vermeidung von Fremdwörtern; aber die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters sind hierbei doch ausschlaggebend. Wir dürfen den Ausdruck nicht vermeiden, weil er in anderen Bestimmungen vorkommt, die für die Auslegung dieses Statuts maßgebend sind.

Herr F r i c k e: Nach der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters ziehe ich meinen Antrag zurück.

Zu § 5.

Herr F r i c k e: Ich glaube, hier können wir den letzten Satz streichen. Es braucht nicht besonders gesagt zu werden, daß gegen Vorbringung amtlich beglaubigter Abschriften oder Auszüge die überreichten Urkunden auf Antrag zurückgegeben werden. Das ist meiner Meinung nach selbstverständlich.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e h e r: Herr Fricke irrt, wenn er annimmt, daß der Magistrat alle Urkunden, die eingereicht werden, schlangweg wieder herausgibt. Im allgemeinen muß man doch den Behörden für ihre Beschlüsse Unterlagen geben. So sehr auch zu bedauern ist, daß dadurch die Akten im Rathaus anschwellen, so geben wir doch für gewöhnlich die Urkunden nicht wieder heraus. Es können sich aber Fälle ergeben, wo den Leuten daran gelegen ist, die Urkunden wiederzubekommen. Wir haben dabei an Testamente gedacht, in denen die Einäscherung festgesetzt ist. Der Antragsteller kann die Urkunde hier überreichen und später das ganze Testament zurückfordern, wenn eine beglaubigte Abschrift des betreffenden Passus aus dem Testamente angefertigt ist.

Zu § 7.

Herr F r i c k e: Ich bitte, dem § 7 eine andere Fassung zu geben, und zwar an Stelle des letzten Satzes zu sagen: „die Gebühren sind bei der Anmeldung zu entrichten, spätestens am Tage vor der Feuerbestattung.“ Ich glaube, es wäre richtig, das mit aufzunehmen. Ich denke daran, daß eine Leiche von außerhalb zur Verbrennung kommt. Die Leiche steht dann draußen vor der Halle und muß erst wieder übergeführt werden, bis alles in Ordnung ist.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e h e r: Ich halte es für bedenklich, eine derartige Vorschrift allgemein aufzunehmen. Sie geben damit dem Publikum das Recht, zu verlangen, daß zunächst die Leiche in die Feuerbestattungshalle

aufgenommen wird, auch wenn die Gebühren nicht bezahlt werden. Nun nehmen Sie den Fall, es habe jemand die Absicht zu bezahlen, kann aber die Gebühren nicht aufbringen. Was soll da werden? Richtiger ist in solchem Falle, die Leiche einstweilen in die Leichenhalle des Zentralfriedhofes zu bringen, wo die Armenleichen sowieso unentgeltlich aufgenommen werden; danach kann immer noch die Aufnahme in die Feuerbestattungshalle erfolgen. Hier, wo nur einige Kammern zur Aufbewahrung der Särge eingerichtet werden sollen, jedem ein Recht einzuräumen, aufgenommen zu werden, obgleich die Bezahlung noch nicht erfolgt ist, halte ich für im höchsten Grade bedenklich.

Vorjizender: Der Antrag ist zurückgezogen. Der Paragraph ist genehmigt.

Zu § 8.

Herr R i e k e: Hier steht: „Zinksärge sind mit weichem Holz so zu versteifen, daß ein Durchbiegen oder Auseinanderbrechen des Sarges verhütet wird.“ Ich habe Leichenverbrennungen auch in Zinksärgen gesehen; daß aber das Zink noch angesteift werden soll, das verstehe ich nicht. (Zuruf: Inwendig!) Von außen halte ich das auch für unnötig.

Zu § 9.

Herr L e u e: Ich bitte „stattfindenden“ zu streichen und zu fügen: „bei den Trauerfeierlichkeiten in der Feuerbestattungshalle.“ Daß sie stattfinden sollen, ist selbstverständlich.

Herr R i e k e: Dieser Paragraph kommt mir noch polizeilicher als die Polizei selbst vor. Bekanntlich sind wir schon fast so weit, daß wir auf der Polizei anmelden müssen, wann wir zu Mittag essen wollen. Zu der Bestimmung, daß Ansprachen in der Feuerbestattungshalle noch abhängig gemacht werden sollen von den Geistlichen, haben wir doch keinen Anlaß. Wenn man aus der Friedhofsordnung des Konsistoriums das ohne weiteres übernehmen will, so möchte ich mich dagegen verwahren. Dazu haben wir weder ein Recht noch Veranlassung. (Zuruf: Das ist ein Mißverständnis!) Man soll doch erst von der Feuerbestattungsbehörde eine Genehmigung einholen. (Zuruf: Aber nicht von den Geistlichen!) Ich habe Verbrennungen mehrfach beige- wohnt, aber wie die Verbrennung ausgestaltet werden sollte, ob Kränze oder Bäume zur Dekoration aufgestellt werden sollten, wer die Grabrede halten sollte, das hing lediglich von den Leidtragenden ab; auch ob ein Gesangsverein ein

kurzes Lied vortragen sollte, währenddem sich der Katafalk öffnete und die Leiche dem Verbrennungssofen überwiesen wird. Wenn ich hier einen Kranz niederlegen wollte und dabei sagen: „Dies als Widmung von Deinen Berufsgenossen“, so würde erst darüber zu befinden sein, ob das eine Grabrede sei, ob sie zu lang oder zu kurz ist. Das hätte doch keinen Wert, und das sollte man vermeiden. Man sollte vollständig frei lassen, ob da jemand ein paar Worte widmen will oder nicht, und das nicht erst von einer Genehmigung abhängig machen. Ich weiß aus Gotha, als unser Gefinnungsgenosse, der in der bayerischen Kammer vom Herzschlag getroffen war, verbrannt wurde, daß man dort nicht erst um Erlaubnis zu fragen brauchte. Da wurde von den Leidtragenden übernommen, die Halle auszumäulen, ein Kollege hielt eine kurze Ansprache, ein erhebender Gesang wurde dargebracht, aber bei keiner Behörde brauchte man erst vorstellig zu werden. So ist es auch in Hamburg und anderwärts. Ich sehe nicht ein, daß dadurch Mißbräuche entstehen können. Eine Festrede wird niemand halten und eine politische Rede auch nicht; es wird dabei bleiben, was zu dem ernstesten Akte gehört. Ich bitte, diesen Paragraphen zu streichen.

Herr Oberbürgermeister Kete meyer: Wir sind dazu gekommen, die Geistlichen ohne weiteres zu Ansprachen als berechtigt anzusehen, weil doch in der Mehrzahl der Fälle auch bei der Feuerbestattung es üblich sein wird, daß ein Geistlicher hinzugezogen wird. Herr Riese irrt sich jedoch: Nicht in einer vom Konsistorium erlassenen, sondern in der vom Magistrat nach Anhörung der Stadtverordneten erlassenen Friedhofs- und Begräbnisordnung ist die Bestimmung enthalten, daß mit Zustimmung des Geistlichen oder des Stadtsuperintendenten auch andere Personen auf dem Friedhofe Ansprachen halten dürfen. Diese Ordnung regelt die Sache nicht im allgemeinen. Wir haben auch nicht die Absicht gehabt, hier irgend wie dem Feuerbestattungsamte ein Recht der Prüfung einräumen zu wollen, wir haben die Bestimmung nur aufgenommen im Interesse der Ordnung. Wenn wir das nicht machten und es würden mehrere Leute die Absicht haben, Reden bei der Feier zu halten, so muß doch jemand da sein, der für Ordnung sorgt. Wir haben uns gedacht, die Reden werden angemeldet, und wollen mehrere reden, so müssen sie sich darüber verständigen. Aber wenn die Herren meinen, daß wir dadurch Reden hätten abschneiden wollen, so ist das vollständig ausgeschlossen. Im übrigen haben Sie es in der Hand: Wählen Sie doch zuverlässige Herren in das Feuerbestattungsamt hinein, dann werden die Mitglieder des Magistrats schon nachgeben müssen, wenn die beiden Stadtverordneten miteinander einverstanden sind. Wenn aber jemand die Gelegenheit wahrnehmen sollte, die Feier durch seine Ansprache zu stören, dann würden wir es auch für gerechtfertigt halten, ihm das nächste Mal

nicht wieder das Wort zu geben. Im übrigen werden wir aber nicht darauf Bedacht nehmen, etwa uns die Reden vorher vorlegen zu lassen, um zu prüfen, was gesagt werden soll, sondern glauben, daß wir darin nicht so ängstlich zu sein brauchen. Sollten Sie es aber für richtig halten, überhaupt eine Genehmigung auszusprechen, dann mag jeder reden, was er will, und die Sache laufen, wie sie will.

Vorsitzender: Herr Referent, ich hatte mir bei dem Paragraphen bemerkt: Gehört nicht auch in den § 9 hinein: Es ist erlaubt, daß ein Gesangsverein Lieder singt oder daß Musik spielt?

Herr Hartung: Wir haben das für selbstverständlich gehalten.

Herr Oberbürgermeister Kettmeyer: Wir haben auch in der Friedhofs- und Begräbnisordnung nicht ausdrücklich gesagt, daß Lieder vorgetragen werden dürfen, aber ich möchte doch die Friedhofsdeputation sehen, die das für unangemessen hält! Man braucht nicht zu ängstlich zu sein, daß das Feuerbestattungsamt eine allzu bureaukratische Behörde wird.

Vorsitzender: Herr Riefe, wollen Sie den Antrag stellen, den § 9 zu streichen?

Herr Bunge: Ich würde nicht dafür sein, daß der Paragraph gestrichen würde, sondern möchte den Antrag Riefe so weit befürworten, daß man sagt: „Bei den Trauerfeierlichkeiten in der Feuerbestattungshalle dürfen ohne weiteres Ansprachen gehalten werden.“

Herr Stegmann: Ich wollte dasselbe sagen, nur können die Worte „ohne weiteres“ wegfallen. Ich sehe nicht ein, warum wir den Leidtragenden noch Scherereien machen sollten, denn Laufereien und Geschäfte sind bei einem Todesfall schon so viele vorhanden. Eine Verständigung zwischen den Leidtragenden wird leicht vorzunehmen sein, es werden, wie ich glaube, darüber keine großen Konkurrenzkämpfe ausbrechen, wer reden will. Auf den Kirchhöfen dürfen Ansprachen nicht gehalten werden, selbst gegen das, was über wenige Worte hinausging, wurde Einspruch erhoben. Befürchtungen, daß auch bei Ansprachen in der Feuerbestattungshalle Einspruch erhoben werden könnte, halte ich für ausgeschlossen, weil sie in einem geschlossenen Raume gehalten werden und nur ein enger Kreis von Verwandten und Freunden anwesend sein wird, Mißbräuche also nicht entstehen werden. Ich glaube, die von mir vorgeschlagene Fassung können die Herren unbedenklich annehmen.

Zunächst gelangt der Antrag Bunge (abgeändert durch Herrn Stegmann) zur Abstimmung. Es meldet sich dafür die Minderheit der Versammlung. Darauf wird die Fassung des Paragraphen nach der Magistratsvorlage mit der von Herrn Leue vorgeschlagenen redaktionellen Änderung angenommen.

Zu § 13.

Herr Hartung: Zu Nr. 4 dieses Paragraphen beantragt die Statutenkommission die Umstellung einiger Worte. Sie schlägt vor, den letzten Satz im ersten Absatz lauten zu lassen: „Im Falle der Beisetzung auf einem hiesigen Friedhofe sind sie (die Aschenbehälter) unmittelbar vor der Beisetzung dem Friedhofsbeamten in der Feuerbestattungshalle zu übergeben.“ Bei der alten Fassung könnte man auf die Idee kommen, die Beisetzung in der Feuerbestattungshalle sei gemeint. Abgesehen von dieser redaktionellen Änderung hat die Statutenkommission nichts einzutenden.

Herr Leue: Ich habe wieder etwas in Hinblick auf Schönheit und Richtigkeit der Sprache zu erwähnen. Ich bitte, im letzten Satze der Nummer 2 nicht zu sagen: „Nach erfolgter Schließung“, sondern einfach „nach dem Schließen“. Ebenso in Nummer 4, 2. Absatz nicht „nach erfolgter Einäscherung“, sondern einfach „nach der Einäscherung“. Daß sie erfolgt ist, ist selbstverständlich.

Vorsitzender: Der § 13 gilt als mit dieser Änderung genehmigt.

Zu § 14.

Herr Hartung: Die Kommission hat nichts gegen diesen Paragraphen einzutenden. Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß inzwischen auch bei der Feuerbestattung mit Ölheizung Versuche gemacht sind, die gute Erfolge gehabt haben sollen. Ich weiß nichts Genaueres davon, glaube aber, daß es unbedenklich ist, diesen Paragraphen so zu fassen, denn er enthält nur instruktionelle Vorschriften, und wenn sich herausstellen sollte, daß noch günstigere Materialien verwendbar sind, so ist es wohl selbstverständlich, daß auch die angewandt werden. Es soll wohl nur in dem Paragraphen gesagt werden, daß Steinkohlen und Braunkohlen wegen des Rußens nicht verwendet werden sollen.

Vorsitzender: Ich möchte an den Herrn Referenten die Anfrage richten, warum in § 14 überhaupt der erste Passus hineingebracht ist? Warum überläßt man nicht der Verwaltung, solche Bestimmungen zu treffen? Der

Paragraph beschränkt die Verwaltung, wenn später die Sache einmal anders gemacht werden soll. In dem Falle müßte dann erst das ganze Statut geändert werden. Wenn kein besonderer Grund vorliegt, möchte ich anheimgen, den ersten Absatz zu streichen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Dagegen liegt kein Bedenken vor.

Herr F r e d e: Mit dieser Anregung des Herrn Vorsitzenden wäre die Sache erledigt. Der Herr Referent hat auf die Ölheizung in Jena verwiesen, und es ist mir von einem Herrn, der sich in Hamburg umgesehen hat, wo auch früher Koks gebraucht wurde, mitgeteilt, daß man auch da zur Ölheizung übergegangen ist. Ich bin der Meinung, daß diese Bestimmung nicht so angenommen werden kann, wie sie vorgeschlagen ist, da wir uns doch damit binden. Es ist am besten, wenn sie gestrichen wird.

Herr L a n g e: Ich möchte bemerken, daß prinzipiell dem nichts entgegensteht, den ersten Absatz anzunehmen, in dem gesagt wird, daß nur Koks und Gas zum Beheizen verwandt werden soll, denn Öl als solches kann zum Beheizen nicht verwandt werden, es muß erst vergast werden. Es wäre in dem ersten Absatz also alles Nötige gesagt.

V o r s i t z e n d e r: Ich glaube, wir begegnen allen Schwierigkeiten, wenn wir den ersten Passus streichen. Eine Notwendigkeit, ihn in dieses Statut einzufügen, sehe ich nicht, und der Magistrat ist mit der Streichung einverstanden.

Die Versammlung erklärt sich mit Streichung des ersten Absatzes einverstanden und genehmigt darauf den § 14 ohne den ersten Absatz.

Zu § 15.

Herr B u n g e: Sie haben den § 9 angenommen, nach dem das Halten von Ansprachen der Genehmigung des Feuerbestattungsamtes unterliegt. Hier steht nun, daß Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über das Halten von Ansprachen mit Geldstrafen bis zu 60 M oder mit Haft bestraft werden sollen. Es wäre jetzt festzustellen, was man unter Ansprachen versteht, denn es kommt sehr häufig vor, daß von irgend welchen Korporationen Beauftragte zu der Einäscherung gesandt werden, um an dem Sarge einen Kranz niederzulegen. Es ist vorgekommen, daß für die paar Worte: „Im Auftrage der sozialdemokratischen Partei lege ich diesen Kranz nieder; lebe wohl, teurer Freund, Ehre seinem Andenken.“ -- wie ich sie auch schon in anderen Fällen gesprochen habe -- ein

Freund von mir in Helmstedt mit 30 *M* bestraft wurde und vom Oberlandesgericht diese Verurteilung bestätigt ist. Ich halte doch dafür, daß das eine Ansjprache, wie sie bestraft werden soll, nicht sein kann. Ich möchte um Auskunft bitten, wie die Kommission sich diese Sache gedacht hat, und ob eine Ansjprache mit einigen Worten schon unter Strafe fallen wird.

Herr Hartung: In der Kommission ist diese Frage besprochen worden und allgemein erklärt, daß man eine derartige Äußerung, eine einfache Niederlegung eines Kranzes mit entsprechender Erklärung, nicht als Ansjprache auffassen wolle, daß man aber der Rechtsprechung überlassen könne, darüber im einzelnen Falle zu entscheiden. Es wurde auch vom Herrn Oberbürgermeister ein Fall angeführt, bei dem ein Strafverfahren eingeleitet war, das jedoch zur Freisprechung geführt hat. Bei diesem Paragraphen ist an Ansjprachen gedacht, die an das Publikum und an die Leidtragenden gerichtet sind.

Herr Jasper: Wenn das der Standpunkt des Magistrats und der Kommission sein sollte, so würde es der eigenartigen Rechtsprechung des Oberlandesgerichts gegenüber angebracht sein, nicht nur protokollarisch — wie das geichehen wird —, sondern auch ausdrücklich in den Sitzungen zu verlautbaren, daß derartige Begleitworte nicht als Ansjprache aufzufassen sind und keiner Genehmigung bedürfen. Ob das hier in § 15 oder in § 9 zu geichehen hat, ist eine redaktionelle Frage.

Herr Leue: Ich glaube nicht, daß durch eine Erklärung, was als Ansjprache anzusehen sein soll und was nicht, den Wünschen des Herrn Dr. Jasper gedient sein würde. Man kann bei Niederlegung eines Kranzes alles mögliche sagen, was nicht gesagt werden soll. Damit wäre der Interpretation noch immer der Weg offen.

Vorsitzender: Ich teile die Ansicht des Herrn Dr. Jasper, daß die Niederlegung eines Kranzes mit ein paar begleitenden Worten nicht als Ansjprache angesehen werden kann. Wir sind auch dagegen geschlüssigt, daß eine Ansjprache erhoben wird, denn diese müßte doch erst durch die zwei Herren, die Sie hier wählen, formuliert werden. (Widerspruch.) Wenn das von Amts wegen geschieht, so ist es etwas anderes.

Herr Jasper: Vielleicht ist der Weg gangbar, den der Herr Vorsitzende zeigte. Falls die Erklärung über die Ansjprachen nicht beliebt werden sollte, könnte in den Paragraphen eingefügt werden: „auf Antrag des Feuerbestat-

tungsamtes“, so daß von Fall zu Fall das Amt zu prüfen hat, ob etwas Straf-
würdiges vorliegt.

Herr Hartung: Ich glaube, daß gegen den Vorschlag des Herrn Dr. Jasper nichts einzumenden ist. Ich sehe nicht ein, warum wir nicht in der Lage sein sollten, die Feststellung, wann eine Übertretung der gegebenen Vorschriften stattgefunden hat, von dem Antrage des Feuerbestattungsamtes abhängig zu machen. Ich glaube, auch der Magistrat hat dagegen keine Einwendung.

Vorsitzender: Es würde demnach in den Paragraphen eingefügt „auf Antrag des Feuerbestattungsamtes“, oder als Nachtrag gesagt: „Die Bestrafung erfolgt auf Antrag des Feuerbestattungsamtes.“

Der Paragraph wird mit dieser Änderung angenommen.

Herr Leue: Ich möchte bitten, im letzten Passus des ganzen Statuts statt „daselbe“ zu setzen „es“.

Herr Fricke: Ich möchte mir erlauben, anzufragen, ob schon Bestimmungen über die Besichtigung der Feuerbestattungshalle in diesem Statute mit gegeben sind. Wenn das nicht der Fall ist, so möchte ich mir erlauben, noch einen diesbezüglichen Anhang vorzuschlagen. Es wird oft vorkommen, daß Fremde zur Besichtigung sich einfänden. Ich mache darauf aufmerksam, daß, wenn die Besichtigung freigegeben wird, wir eine Menge Geld daraus erzielen könnten. Mir ist gesagt, daß in manchen Städten bis zu 3000 M damit aufgenommen sind.

Vorsitzender: Eine solche Bestimmung gehört doch nicht in das Statut. Es wird ein einfacher Beschluß der Versammlung genügen, den wir noch fassen können, wenn die Halle fertig ist.

Das ganze Statut, wie es von der Versammlung abgeändert ist, wird hierauf in der Gesamtabstimmung genehmigt.

11. Erklärung der Odastraße zur Ortsstraße.

Herr Dölle: In der letzten Stadtverordnetenversammlung haben die Herren auf Antrag der Baukommission beschlossen, eine neue Straße, die parallel zur Ekbertstraße zieht, in den Ortsbauplan aufzunehmen. Der Stadtmagistrat hat zum Andenken an die Gemahlin des letzten Brunonen Ekbert

dieser Straße den Namen Dirastraße gegeben und ersucht nun, sie zur Ortsstraße zu erklären. Ich habe im Namen der Baukommission Ihnen Genehmigung anheimzugeben.

Die Versammlung ist mit der Erklärung dieser Straße zur Ortsstraße einverstanden.

12. Verpachtung der städtischen Fischerei in der Oker.

Herr Wolters: Auf den beiden Okerfireden, auf denen die Fischerei der Stadt zusteht, soll letztere aufs neue verpachtet werden. Die erste Strecke von den beiden Wehren am Petri- und Wendentore bis zum Münzberge hin war bisher an die Zuckerfabrik Eichthal zum Preise von 300 *M* verpachtet. Die Pächterin hat um eine Verlängerung des Pachtvertrages unter den alten Bedingungen auf weitere 6 Jahre gebeten, und der Magistrat beantragt, dem zuzustimmen. Für die andere Strecke, die von Eisenbüttel bis zu den beiden Wehren am Petri- und Wendentor reicht, sind zwei Bewerbungen eingegangen, die eine von dem hiesigen Einwohner Hugo Behrens, der 160 *M* Pacht bietet, die andere von der Zuckerfabrik Thiede, die 500 *M* jährlich geboten hat. Der Antrag des Magistrats geht dahin, für diese Strecke der Zuckerfabrik Thiede den Zuschlag zu erteilen. Die Finanzkommission empfiehlt, diesen Pachtverträgen zuzustimmen.

Herr Sander: Wenn ich recht verstanden habe, — man kann den Herrn Referenten hier sehr schlecht verstehen — soll die Fischerei auf der oberen Strecke an die Zuckerfabrik Thiede verpachtet werden. Ich bin der Überzeugung, daß die Zuckerfabrik keinen Fischhandel anfangen wird, sondern daß sie gewissermaßen nur einer Entschädigungsklage vorbeugen will, und das wäre sehr bedenklich für den Fischbestand in der Oker. Ich nehme an, daß die Zuckerfabrik ihre Abwässer in die Oker leiten will, und daß sie, wenn dadurch ein Fischsterben verursacht wird, nicht von dem Fischereipächter um Schadenersatz verklagt sein will. Wir erzielen bei der Verpachtung an die Zuckerfabrik ja 500 *M*, die durch die Fischerei keiner herauschlagen kann, aber wir fördern auch die Vernichtung der Fische in der Oker. Wer gesehen hat, wie die Fische bei dem verdorbenen Wasser auf der Oberfläche schwimmen, der muß sagen: Es ist ein Jammer und eine Schande. Aus dem Grunde muß ich mich dagegen aussprechen, daß wir gerade der Zuckerfabrik für 500 *M* diesen Freibrief ausstellen, ihre verderbbringenden Einflüsse in die Oker hineinzulassen.

Herr Wolters: Diese Bedenken sind auch in der Kommission zur Sprache gekommen, aber auch hervorgehoben, daß die Zuckerfabriken nicht so wesentlich

auf die Reinheit der Oker einwirken können, da leider Gottes schon von den oberhalb Eienbüttels gelegenen Fabriken, besonders von dem Kaliverke, derartige Einflüsse in die Oker hineingelassen werden, so daß von einer wesentlichen Hebung der Fischei in der Oker nicht die Rede sein kann. Aus diesem Grunde hat die Kommission kein Bedenken gefunden zuzustimmen, daß der Zuckerfabrik die Fischei verpachtet wird.

Herr Bürgermeister Meyer: Auch in der Magistratsitzung sind die hier geäußerten Bedenken zur Sprache gekommen, und der Magistrat würde ihnen bei der Verpachtung der Fischei mehr Rechnung getragen haben, wenn der Fischei in der Oker eine größere wirtschaftliche Bedeutung beizumessen wäre. Nach den bisherigen Erfahrungen aber ist der Magistrat zu dem Resultate gekommen, daß die Fischei in der Oker nicht so bedeutend sei, daß sie für die Volksernährung mit in Betracht gezogen werden könnte. Schon seit langen Jahren ist diese Fischei von untergeordneter Bedeutung, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß die Fabriken per nefas ihre Abwässer in die Oker lassen. Es ist damit zu rechnen, daß der Fischbestand in der Oker unabhängig davon ist, wer der Pächter der Fischei sein wird. In den letzten Jahren haben wir als Pachtsumme für die obere Okerstrecke 270 *M* erzielt; das war schon ein Rückgang gegen früher. Wie der Herr Referent mitgeteilt hat, sind von dem anderen Bewerber als Pacht nur 160 *M* geboten, das sind wieder über 100 *M* weniger, als in den letzten 6 Jahren bezahlt sind. Das ist charakteristisch dafür, daß dieser Pächter mehr ein Liebhaber der Fischei ist als jemand, der wirtschaftlichen Nutzen aus dem Fischereibetriebe haben möchte. Wir haben uns weiter gesagt: Wenn sowieso nicht viel zu verderben ist, so können wir die Fischei auch an eine Zuckerfabrik verpachten, besonders dann, wenn sie einen angemessenen Pachtpreis zahlt. Sie hatte ursprünglich nur geboten, was bisher gezahlt wäre. Das hat der Magistrat abgelehnt und 500 *M* verlangt. Wenn durch die Verpachtung wirklich noch eine Verschlechterung der Fischverhältnisse eintreten sollte, dann hat die Fabrik wenigstens so viel zu zahlen, daß wir durch den Pachtgewinn in die Lage kommen, den Fischbestand nach Ablauf der Pacht wieder zu heben. Ich glaube, das ist ein gesunder wirtschaftlicher Standpunkt, und ich möchte empfehlen, dem Pachtvertrage zuzustimmen.

Hinzufügen möchte ich noch, daß die Herren vor 6 Jahren auch der Verpachtung der unteren Strecke an eine Zuckerfabrik zugestimmt haben. Auch die Zuckerfabrik Eichthal, die wieder als Pächterin aufgetreten ist, wird aus dem gleichen Gesichtspunkte handeln, wie die Zuckerfabrik Ihiede; auch sie will ausschließlich, daß sie auf eine Klage wegen Einführung giftiger Stoffe in die Oker Schadenersatz leisten müßte. Ich erkenne an, daß die Verpachtung an die

Zuckerfabriken für die Fischerei selbst nicht nützlich sein wird, aber für die Stadt wird sie auch nicht schädlich sein, wenn diese durch eine entsprechend höhere Einnahme ein Äquivalent erhält.

Herr Lange: Ich glaube empfehlen zu sollen, der Verpachtung an die Zuckerfabriken zuzustimmen. Ich meine, die Bedenken sind nicht so wesentlich, wie hier zum Ausdruck gebracht wird. Eine so große Verunreinigung der Oker wird nicht stattfinden, namentlich nicht, nachdem von seiten der Gewerbeinspektion außerordentlich scharfe Vorschriften gegen das Einleiten der Abwässer von Zuckerfabriken in die Flußläufe erlassen worden sind. Diese außerordentlich schweren Vorschriften haben den Zuckerfabriken schon viel Kopfschmerzen bereitet, da hierdurch von den Zuckerfabriken recht hohe Ausgaben für Reinigung der Abwässer verlangt werden. Durch die besonders scharfe Kontrolle der Aufsichtsbehörden ist es dahin gebracht, daß man heute keine Bedenken gegen die Einleitung von Abwässern seitens der Zuckerfabriken in die Flußläufe zu hegen braucht. Ich glaube, daß Sie ohne Bedenken der Verpachtung an die Zuckerfabriken nach der Vorlage zustimmen können.

Herr Sander: Die Worte des Herrn Oberbürgermeisters wie die des Herrn Vorredners haben mich durchaus nicht überzeugt. Ich halte dafür, daß es ein Unrecht wäre, um der paar hundert Mark den Fischbestand der Oker auszurotten zu helfen. Wenn der Herr Vorredner sagt, daß die Kontrolle durch die Gewerbeinspektoren eine sehr scharfe wäre, so muß ich ihm widersprechen. Sie können ganz genau sehen, wenn der weiße Schaum auf der Oker schwimmt, wie Tausende und Abertausende von Fischen eingehen. Daß dies nicht von den Kaliwerken herkommt, geht daraus hervor, daß der Zustand nur ein zeitweiliger ist; immer nur dann, wenn die Zuckerfabriken ihren Betrieb beginnen, tritt diese Erscheinung hervor, während die Kaliwerke ihre Abwässer regelmäßig hineinlassen. Ich bitte, nicht um der paar hundert Mark willen die Fischerei an die Zuckerfabriken zu verpachten, sondern an freie Bewerber, die sportlich die Fischerei betreiben.

Herr Ribbentrop: Wenn die Zuckerfabrik Thiede die Fischerei in der Oker von Eienbüttel bis zu den Wehren pachtet, so erhält sie damit keinen Freibrief, ihre Abwässer in die Oker zu lassen, denn zwischen Eienbüttel und Thiede liegen noch andere Fischereipächter, und ich kann die feste Versicherung geben, daß sich diese die Verunreinigung nicht gefallen lassen würden. Geben Sie also ruhig die Verpachtung an Thiede.

Herr F r e d e: Ich teile die Bedenken des Herrn Sander. Weßhalb die beiden Zuckerfabriken ein lebhaftes Interesse daran haben, die Fischerei zu pachten, liegt auf der Hand: Sie sind beide verklagt gewesen, haben beide den Prozeß verloren und wollen sich nun schützen gegen Einsprache und gegen Erhebung von Schadenersatzanspruch. An der Erhaltung der Fischzucht haben sie kein Interesse, und man kann nicht wissen, wohin solche Verpachtungen führen, besonders, wenn Thiede die Fischerei pachtet. Die andere Strecke interessiert uns ja nicht in dem Maße, weil sie unterhalb Braunshweig liegt. Wenn die Fabriken nicht mehr zu befürchten haben, daß jemand bei Verunreinigungen der Flüsse gegen sie auftritt, so wird leicht der Fall eintreten, daß auch andere Fabriken, die dann auch nichts zu befürchten haben, Verunreinigungen vornehmen. Wenn gesagt wurde, die Gewerbeinspektion passe auf, so kommt es noch sehr darauf an, den Übeltäter herauszufinden. Am Wilhelmitore haben verschiedene Fabriken einen gemeinschaftlichen Abfluß. Da müßte die Gewerbeinspektion erst nachprüfen, welche Fabrik es ist, wenn übelriechendes Öl in die Oker gelassen ist, und das ist schwer festzustellen. Ich würde es auch bedauern, wenn sehr unangenehme Zustände durch die Verpachtung der Fischerei an diese beiden Interessenten eintreten sollten. Ich will nicht so weit gehen wie Herr Sander und empfehlen, die Verpachtung an sie überhaupt nicht vorzunehmen, aber ich kann mich nicht für eine 6jährige Frist erklären, wenn nicht durch Bestimmungen, die uns in dieser Beziehung sicherstellen, eine Bürgschaft geschaffen wird. Geht dies nicht, dann möchte ich dafür eintreten, daß ein kurzfristiger Vertrag eingegangen wird, so daß uns mindestens das Recht zusteht, ihn alle Jahre aufzuheben. Eine Verpachtung auf 6 Jahre einzugehen, erscheint mir zu gewagt.

Herr P r o b s t: Die Bedenken, die Herr Sander geäußert hat, sind wohl berechtigt. Er sagt, die Verunreinigung der Oker geschieht in der Hauptsache durch die Zuckerfabriken, aber ich möchte doch zu bedenken geben, daß die Verunreinigung immer stattgefunden hat. Daß sie in größerem Maße stattfinden wird, wenn die Fischerei an die Zuckerfabrik Thiede verpachtet wird, kann ich nicht einsehen. Sie wird ruhig weiter stattfinden, auch wenn die Verpachtung, wie bisher, an einen Privatmann geschieht. Das kann also kein Grund sein, sie nicht an die Zuckerfabrik zu verpachten. Da wir also eine Verhinderung der Verunreinigung der Oker auch nicht erzielen, wenn wir an eine Privatperson verpachten, so kann die Verpachtung auch an die Zuckerfabrik Thiede geschehen.

Herr Bürgermeister M e n e r: Die Zuckerfabriken haben ja wohl die Flüßläufe auch schon früher verunreinigt, wenn sich aber die Zuckerfabrik Thiede

verleiten lassen wollte, als Pächterin der Okerfischerei eine stärkere Verunreinigung des Flusses vorzunehmen, so bin ich überzeugt, daß andere Leute, die ein Interesse an der Reinheit des Okerwassers haben, auftreten und der Zuckersfabrik schon das Handwerk legen werden. Ich denke da besonders an die Herren, die als Badegäste die Oker benutzen, auch an eine ganze Reihe Industrien, die Wert darauf legen müssen, reines Wasser in der Oker zu haben. Ich glaube also nicht befürchten zu müssen, daß eine stärkere Verunreinigung der Oker eintritt. Wenn Herr Frede sagt, wir sollten einen kurzfristigen Pachtvertrag abschließen, so muß ich bemerken, daß wir darauf nicht eingehen können, weil durch das Fischereigesetz die Pachtdauer auf mindestens 6 Jahre festgesetzt ist; eine Abweichung davon ist deshalb nicht möglich, es sei denn, daß eine Dispensation von dem Gesetz erteilt wird. Das halte ich aber nicht für nötig. Zwischen der Verpachtung des oberen und unteren Teiles der Oker besteht ein Unterschied meines Erachtens nicht. Wenn es für richtig gehalten wird, den unteren Teil an eine Zuckersfabrik zu verpachten, so sehe ich keinen Grund ein, bei dem oberen Teile davon abzuweichen. Es dreht sich doch nur um die Frage: Haben wir ein besonderes Interesse daran, die Fischerei in der Oker selbst wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung hochzuhalten? Ich bin der Ansicht, daß bei der Fischerei in wirtschaftlicher Beziehung nicht viel herauskommt. Wir erhalten jährlich 800 M für die Verpachtung. Das wird ausreichen, die nötigen Mittel für Hebung der Fischerei aufzuwenden, wenn nach Ablauf der Pachtzeit die Herren der Meinung sein sollten, daß die Stadt ein Interesse daran hat, die Fischerei in Rücksicht auf die Volksernährung stärker auszunutzen. Ich gebe nochmals anheim, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Herr Loeßigk: Wenn ich an meine Jugend denke, so kann ich mich erinnern, daß damals die Oker noch fischreicher war. Wo die Mühlen standen, befanden sich große Reke und Fischsenken. Damals ging aber auch noch das ganze Kanalkwasser in die Oker hinein, und die Fische hatten dadurch Nahrung. Das ist jetzt anders, wo wir alle Abwässer aus dem Haushalt nach dem Steinhof schicken. Sie lachen darüber, aber ich weiß, daß vor dem großen Abflußkanal, der vom Bankplatz herunterkam und in die Oker einmündete, eine Menae Fische saßen, speziell bei Regenwetter, weil sie nach Futter gingen. Wer gibt heute den Fischen Futter? Ich habe von dem Pächter gehört: „Ich habe Fische ausgefetzt, aber es wird nichts daraus.“ Die Abwässer, die heute von den Fabriken eingelassen werden, würden den Fischen nicht so viel Schaden tun, wenn sie heute noch Nahrung erhalten würden aus den Küchenabfällen, die früher in die Oker gegangen sind. Da wir also heute nicht mehr auf Fischreichtum rechnen

können, so sehe ich nicht ein, warum wir nicht die Pacht annehmen sollen, die uns geboten ist.

Herr F r e d e: Herr Probst meint, ob die Oker an die beiden Zuckersfabriken verpachtet wird oder nicht, die Wirkung werde dieselbe sein. Das ist nicht richtig. Ich habe die Beobachtung gemacht, daß in der Zeit, in der die Prozesse geführt wurden, keine Verunreinigung des Wassers vorgekommen ist, während sonst die Oker zur Zeit der Kampagne der Zuckersfabriken stets mit dickem Schäume bedeckt war. Da habe ich mir gesagt: Daran ist der Prozeß schuld; die Leute können die Reinigung vornehmen, nur ist sie mit großen Kosten verbunden, und denen wollen sie entgehen. Wenn also eine Änderung des Vertrages auf eine kurze Zeit, wie der Herr Bürgermeister sagt, nicht vorgenommen werden kann, dann bin ich für den Antrag Sander.

Herr W o l t e r s: Ich würde an sich den geäußerten Bedenken keine Berechtigung zuerkennen können, gebe allerdings zu, daß die Stadt ein Interesse daran hat, einer fortgesetzten Verunreinigung nicht einfach zuzusehen. In einem solchen Falle könnte der Fischereiberechtigte, in diesem Falle die Zuckersfabrik Thiede, nach Ablauf von 6 Jahren die Fischerei in schlechter Verfassung seinem Nachfolger überlassen. Aber ich glaube, und der Herr Bürgermeister wird mir zustimmen, daß trotz des Fischereigezeuges bei mißbräuchlicher Benutzung der Fischereigerechtsame eine Lösung des Pachtvertrages eintreten wird. Die Bedenken des Herrn Frede sind dadurch behoben.

Herr S a n d e r: Ich beantrage, die Pachtverträge abzulehnen.

Über die Verpachtung der beiden Strecken wird in eins abgestimmt. Die Mehrheit der Versammlung erklärt sich für die vorgeschlagene Verpachtung an die beiden Zuckersfabriken.

13. Jahresabrechnung des Verkehrsvereins.

V o r s i t z e n d e r: Den städtischen Behörden steht das Recht zu, von dem Verkehrsverein Mitteilung des Jahresabchlusses zu verlangen. Der Jahresbericht des Vereins ist in Ihrer aller Händen. Der Berichterstatter, Herr Leue, verzichtet auf das Wort. Ich habe den Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, um Ihnen Gelegenheit zu geben, etwaige Wünsche hier vorzubringen. Wir haben den Abluß in der Finanzkommission besprochen und keine Veranlassung gefunden, Anträge zu stellen.

Der Punkt wird ohne weitere Aussprache verlassen.

14. Vorkaufsrecht des Staates bezüglich des alten Stadthauses.

Herr Fr ü h l i n g: Im Jahre 1907 ist mit dem Herzoglichen Staatsministerium ein Vertrag abgeschlossen über die Verpachtung des alten Stadthauses für Zwecke der Justizverwaltung. Er war auf 10 Jahre geschlossen und in ihn die Bedingung aufgenommen, daß innerhalb 5 Jahren das Herzogliche Staatsministerium das Recht haben soll, dieses Haus für 135 000 M anzukaufen. Dieses Recht erlischt mit dem 1. April 1912. Nun hat das Staatsministerium den Antrag gestellt, diese Frist zu verlängern. Das Staatsministerium schreibt, daß es beabsichtige, den Ankauf beim Landtage zu beantragen; es ist ihm aber zweifelhaft, ob diese Angelegenheit bis zum 1. April d. J. wird erledigt werden können. Zunächst hat das Staatsministerium die Verlängerung des Vorkaufsrechts um 5 Jahre gewünscht, der Stadtmagistrat hat aber geglaubt, nicht darauf eingehen zu können, ist jedoch bereit, dieses Recht auf ein Jahr, also bis zum 1. April 1913 zu verlängern. Gleichzeitig hat der Magistrat gewünscht, daß bei Zusicherung dieser Verlängerung ein Abkommen mit dem Staate dahin getroffen werde, daß, wenn die Freitreppe vor dem Hause wegen Um- oder Neubaus wegfällt, das freierwerdende Terrain unentgeltlich als Straßenterrain an die Stadt übergeht. Das Staatsministerium ist bereit, dies zu genehmigen. Der Magistrat beantragt, der Verlängerung der Vorkaufsfrist bis 1. April 1913 unter der erwähnten Bedingung zuzustimmen, und die Baukommission schließt sich dem Antrage an.

Die gewünschte Zustimmung wird erteilt.

15. Antrag Stegmann, betreffend den Bau einer Fußgängerbrücke vom südlichen Ende des Majchplatzes aus.

Der Antrag lautet: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Stadtverordneten eine Vorlage zu unterbreiten, betreffend den Bau einer Fußgängerbrücke, die das südliche Ende des Majchplatzes mit der Pestalozzistraße verbindet.

Herr Stegmann (zur Begründung): Von den Anwohnern der Majchstraße, Pestalozzistraße und den angrenzenden Straßen wird es als ein Übelstand empfunden, daß keine direkte Verbindung zwischen dem Majchplatz und der Pestalozzistraße vorhanden ist. Wer vom Majchplatz kommt, muß erst nach dem Wendenringe gehen und noch ein Stück des Wendenringes und der Pestalozzistraße entlang, ehe er an die Stelle kommt, die unmittelbar vor ihm lag. Im Jahre 1904 ist hier schon über einen gleichen Antrag verhandelt worden. Die Baukommission gab auch zu, daß die Brücke wünschenswert sei, aber

eine Notwendigkeit liege nicht vor. Die Stadtverordnetenversammlung schloß sich dem an, und gab den Antrag zur wohlvollenden Erwägung an den Magistrat weiter. Dabei ist es geblieben. Seitdem ist die Stadtgegend wesentlich ausgebaut worden, und jetzt ist der Verkehr dort so lebhaft, daß es notwendig ist, dort bessere Verkehrsverhältnisse zu schaffen. Wenn man auch jetzt noch sagen würde, es sei keine dringende Notwendigkeit vorhanden, sondern die Verbindung nur wünschenswert, so meine ich doch, man müßte den Wünschen der zahlreichen Anwohner jener Gegend etwas entgegenkommen. Es kommt noch hinzu, daß es sich nicht um eine teure Steinbrücke, sondern nur um eine billige Fußgängerbrücke, die aus Holz hergestellt werden kann, handelt. Man kann sich nicht auf den Standpunkt stellen, nur das müsse hergestellt werden, was absolut notwendig ist, sondern die Verkehrsverhältnisse müssen auch dann berücksichtigt werden, wenn eine dringende Notwendigkeit nicht vorliegt. Ich möchte wünschen, daß der Antrag diesmal Annahme findet und der Magistrat es nicht bei einer wohlvollenden Erwägung beläßt, sondern den Wunsch in die Wirklichkeit umsetzt.

Der Antrag wird genügend unterstützt und vom Herrn Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

16. Antrag Mßmann, betreffend magistratsseitige Mitteilungen über das neue Bahnhofprojekt.

Der Antrag lautet: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, über das neue Bahnhofprojekt den Stadtverordneten detaillierte Mitteilungen zu machen, die es ermöglichen, neben der finanziellen Seite auch die Lage der Straßenzüge, welche die Stadtwiertel vor dem Wilhelmtore und Augusttore verbinden sollen, zu prüfen.

Herr Mßmann: Es ist Ihnen bekannt, daß am 30. September 1909 mit knapper Majorität beschlossen war, das Projekt des Preussischen Eisenbahnministeriums zu genehmigen, und daß dann in der darauffolgenden Sitzung Herr Oberbürgermeister Ketemeyer vor Eintritt in die Tagesordnung die Erklärung abgab, daß ihm von den Stadtbaumeistern Menadier und Gebensleben eine verbesserte Vorlage des Projekts B versprochen sei. Er habe sich damit einverstanden erklärt, daß das Projekt ausgearbeitet werde, da es doch wohl im Interesse der Einwohner Braunschweigs läge, wenn der Bahnhof 650 m näher an der Stadt zu liegen komme. Ich glaube auch vernommen zu haben, wie der Herr Oberbürgermeister damals versicherte, daß das Projekt nicht teurer werden sollte, als das Projekt B der preussischen Regierung. Er er-

klärte dann in der Sitzung vom 21. Oktober 1909, daß er sich hierin leider geirrt habe, es hätte sich in Wirklichkeit um das Kopfbahnhofprojekt gehandelt, welches die beiden Baumeister ihm empfohlen hätten, er hätte aber trotzdem vom Magistrat die Zustimmung bekommen, daß die Herren das neue Projekt ausarbeiten sollten. In der Sitzung war der Herr Baumeister Gebensleben anwesend und erläuterte das Projekt. Eine Diskussion wurde nicht beliebt, weil, wie der Herr Oberbürgermeister sagte, es nicht zweckmäßig erschiene, jetzt schon darüber zu diskutieren, da ein Kostenschlag nicht vorläge und auch eine genaue Ausarbeitung nicht vorhanden sei. Ich erinnere dann daran, daß das Projekt vom 29. Juni 1907 damals vom Stadtmagistrat nicht günstig beurteilt war, weil das Gleimische Projekt, welches auch in dieser Weise ausgearbeitet war, vom preussischen Minister für öffentliche Arbeiten am 28. Mai 1904 verworfen war, da es nicht nur betriebliche Nachteile im Gefolge habe, sondern auch 5 bis 6 Millionen Mark Mehrkosten verursachen würde. Damals wurde das Projekt vom Magistrat selbst verworfen. Nun ist das Projekt D so hineingekommen in die Beratung, daß eigentlich eine gründliche Vorlage darüber uns bis dato nicht zugegangen ist. Die Deputation war eingesetzt und hat das Projekt wohl beraten; die Zeitungen berichteten schon vor dem 11. Januar dieses Jahres darüber, daß die Deputation das neu eingegangene Projekt D jetzt einstimmig angenommen hätte. Herr Oberbürgermeister Ketemeyer hat dann in der Sitzung vom 11. Januar d. J. uns mitgeteilt, daß das preussische Eisenbahnministerium einverstanden wäre, daß dieses Projekt D zur Ausführung komme. Er hat uns dabei Zahlen vorgetragen, die uns einen näheren Einblick in die Sache gaben. Es würden Mehrkosten von 2721 000 M entstehen, und der preussische Finanzminister habe zugestimmt, daß hiervon 1 360 000 M von der Stadt Braunschweig zu tragen seien. Es wurde bei dieser Gelegenheit vom Herrn Oberbürgermeister auch betont, daß er bei der Gratulationscour zu Neujahr den Herzog-Regenten gefragt hätte, wie sich dieser zu der Sache verhalte, da er nicht freundlich dazu stehen sollte, und daß vom Herzog-Regenten erklärt wäre, er hätte sich davon überzeugt, daß die Einwohnerschaft mit dem neuen Projekte einverstanden sei, und sei bereit zuzustimmen, daß die Bahn durch den Bürgerpark gelegt werde.

Meine Herren! Ich sagte, daß im allgemeinen bei uns verhältnismäßig wenig Kenntnis über die näheren Zahlen und über das, was beabsichtigt ist, vorhanden ist. Was mich veranlaßt hat, meinen heutigen Antrag zu stellen, den Magistrat zu ersuchen mitzuwirken, daß Klarheit über die Vorlage entsteht, ist, daß wir zweifellos alle wünschen, daß eine gute Verbindung zwischen dem Wilhelmi- und Augusttorbezirk eingerichtet wird, wenn der neue Bahnhof gebaut wird. Wenn der Bahnhof bei Eisenbüttel gebaut würde, wie das Projekt B

jeinerzeit plante, so würde es nach meinem Dafürhalten leicht und bequem sein, durch eine Ringstraße vor dem Bahnhofe vorbei die beiden Stadtteile zu verbinden. Wenn dies bei dem Projekte D gemacht werden soll, muß die Ringstraße durch den Bürgerpark gehen. Es würden nicht allein Aufschüttungen und Viadukte im Parke angelegt werden, auch die Ringstraße würde durch den Park geführt werden müssen. Das würde nach meinem Dafürhalten der Stadt auch etliche hunderttausend Mark Ausgaben bereiten. Eine solche Summe spricht zweifellos dafür, daß die Verhältnisse erörtert werden müssen. Wie weit das schon in der Bahnhofsdeputation geschehen ist, weiß ich nicht. Jedenfalls habe ich nirgend etwas finden können darüber, daß uns Zahlen zur Verfügung gestellt sind oder die Projekte vorgelegt sind; ich glaube auch, es ist ein Irrtum, wenn behauptet wird, daß schon eine vertrauliche Sitzung darüber stattgefunden hat. Wenn man einen Bahnhof haben will, der die günstige Entwicklung der Stadt Braunschweig fördert, dann muß er auch von allen Seiten leicht und bequem zu erreichen sein. Wenn aber alle diese Straßen nach dem Bahnhofe durch den Park gebaut werden müssen, dann würde damit zweifellos eins unserer Ideale, einen schönen Park dicht bei der Stadt zu haben, zugrunde gehen. Ich erinnere daran, daß wir schon früher beschlossen haben, daß eine Straße vom Bohlwege nach dem Parke zu angelegt werden soll. Wenn dann auch diese Straße durch den Park nach dem Bahnhofe geführt wird und die Ringstraße selbst auch noch, dann würde mehr, als heute vermutet wird, von dem Parke verloren gehen. Diese Frage beschäftigt nicht nur uns, sondern auch die ganze Bürgerschaft. Es ist nicht nur das Zahlenmäßige allein, was uns erregen kann. Wenn der Bahnhof 650 m näher nach der Stadt gelegt werden kann, so würde das zweifellos eine angenehme Sache sein; ich denke nicht daran, daß auch nur einer aus der Einwohnerschaft erfreut darüber sein könnte, wenn der Bahnhof weit hinausgelegt würde. Wenn aber so große Opfer der Stadt in finanzieller und dazu noch in hygienischer Beziehung auferlegt werden sollen, wenn die Parkanlage zum Opfer gebracht werden soll, dann bezweifle ich sehr, daß die große Mehrheit der Einwohner mit dem Projekt einverstanden sein wird, wie das hier gesagt wurde. Darum halte ich es nicht für unbillig, wenn ich Sie bitte, meinen Antrag einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen und ihm Ihre Zustimmung zu geben.

Nach meinem Dafürhalten liegt die Sache so: Wenn das Projekt D ausgeführt wird und Viadukte und Aufschüttungen für den Personenverkehr durch den Park ziehen, ferner die Gütergleise bei Eichenbüttel weitergeführt werden, so würde zwischen diesen beiden Dammaufschüttungen ein toter Stadtteil entstehen und eine Entwertung von Grund und Boden stattfinden. Sie werden sagen: Es ist das Grundstück des Eisenbahnfiskus, welches darunter leidet, aber

mehr oder weniger wird bei dem ganzen Bahnhofsbau diese Frage in die Erscheinung treten. Wenn davon geredet wird, daß der Bahnhof außerhalb der Stadt zu liegen käme, so ist das ein Irrtum. Indessen will ich hier nicht alles zur Erörterung bringen. Wir werden in der Kommission und bei der Beratung des Antrages in der Stadtverordnetenversammlung jedenfalls eingehend auf die Sachen zurückzukommen haben. Deswegen möchte ich bitten, meinen Antrag zu unterstützen, damit er zur Debatte und Beratung gestellt wird.

Vorsitzender: Selbstverständlich muß der Antrag, wenn er von 6 Herren unterstützt wird, der Kommission übergeben werden. Ich glaube aber, wenn der Herr Oberbürgermeister uns darüber berichtet, wie die Sache jetzt liegt, so würde der Kommission die ganze Arbeit der Beratung erspart. Da der Oberbürgermeister nach der Städteordnung jederzeit das Recht hat, das Wort zu nehmen, so glaube ich, wir kürzen die Sache ab, wenn ich dem Herrn Oberbürgermeister jetzt das Wort gebe. Sollte nach den Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters der Herr Antragsteller seinen Antrag aufrechterhalten und der Antrag von 6 Herren unterstützt werden, so werde ich ihn der Baukommission zur Vorberatung überweisen. Der Herr Antragsteller wird hiermit einverstanden sein.

Herr Oberbürgermeister Nettemeyer: Ich bin im Augenblick zweifelhaft darüber, was Herrn Ahmann zu diesem Antrage bestimmt hat. Ich bin schließlich zu der Vermutung gekommen, daß er inzwischen ein Gegner dieses allerneuesten Projekts geworden ist. (Zwischenruf des Herrn Ahmann: Ich bin noch nie ein Anhänger dieses Projekts gewesen.) Dann bitte ich um Entschuldigung; ich hatte geglaubt, Herr Ahmann hätte sich auch darüber gefreut, daß es dem Magistrat nach langen Mühen gelungen ist, den Bahnhof um 650 m näher an die Stadt heranzubringen. Im übrigen liegt die Sache so (ein Irrtum von mir, wie Herr Ahmann meinte, liegt nicht vor), daß der Magistrat Ihnen von diesem Projekt, das die Herren Baumeister Gebensleben und Menadier ausgearbeitet hatten, in der vertraulichen Sitzung nach Annahme des Durchgangsprojekts Mitteilung gemacht hat. Der Plan war hier ausgehängt, und ich habe die Überzeugung gehabt, sämtliche Herren wären der Ansicht, daß ein derartiges Näherrücken des Bahnhofes nur mit Freuden zu begrüßen sein würde. Ich sehe, es schüttelt einer der Herren den Kopf, dann muß ich diesen Herrn ausnehmen. Nun ist der Magistrat in der bekannten Weise vorgegangen. Er hat an den preußischen Eisenbahnminister berichtet: „Das Durchgangsprojekt ist mit einer Stimme Mehrheit genehmigt; wir glauben nicht, daß irgend eine Mehrheit zu finden ist, die für das Durchgangsprojekt beim Kennel große Mittel aus dem Stadtsäckel bewilligen wird. Wir machen Eure Excellenz darauf aufmerk-

sam, daß inzwischen ein neues Projekt eingegangen ist und wir im Magistrat die Überzeugung haben, daß für dieses Projekt Opfer zu bringen die städtischen Behörden bereit sein würden.“ Ich gebe zu, daß dies vorläufig nur die Ansicht des Magistrats war, denn wir hatten in der Beziehung noch kein Mandat von Ihnen. Nun konnte der preussische Minister dieses Projekt prüfen und kommt jetzt mit der Erklärung: „Ich bin mit diesem Projekte einverstanden; es kostet zwar soundso viel mehr, ich will aber das Grundstücksgeſchäft machen und ver-lange eine Zubeuße.“ Davon haben wir Ihnen ja Mitteilung gemacht. Nun geht die Sache ihren Gang. Das alte Projekt steht fest; sollte die Berjamm-lung, wenn es demnächst zur Entscheidung kommt, das neueste Projekt ver-werfen, dann werden wir zurückzuschreiben haben: „Wir greifen auf das alte Projekt zurück und geben nunmehr der Preussischen Regierung anheim, es aus-zubauen.“ Ob dann zu diesem weiter hinausliegenden Bahnhofsbau die Stadt einen Zuschuß zahlt, kommt erst in zweiter Linie. Die Annahme des neuesten Projekts setzt voraus, daß zunächst eine genaue Prüfung vorgenommen wird, und diese hat der Magistrat eingeleitet. Er wird, da der Magistrat nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß das neueste Projekt den Vorzug verdient, und daß es wenigstens wünschenswert ist, so schleunig wie möglich eins von den beiden Projekten auszuführen, jetzt alle Fragen erörtern, die nötig sind, um die Angelegenheit zur Klarheit zu bringen. Dazu wird selbstverständlich der Bahn-hofsausschuß zu befragen sein, denn es ist ganz klar, daß der Magistrat nicht einseitig mit solchen Projekten operieren kann; er hat die Pflicht, das neueste Projekt vorzulegen und dabei alle die einzelnen Fragen, die Herr Nymann angechnitten hat, seinerseits zu erörtern, durch das Projekt selbst anschaulich zu machen und schließlich zu fragen: „Was für Opfer will die Stadt bringen, um dies Projekt Menadier-Gebensleben zur Durchführung zu brin-gen?“ Ich verstehe nicht recht, was jetzt der Antrag Nymann soll. Er geht in der Richtung, daß der Magistrat verpflichtet werden soll, detaillierte Mitteilun-gen zu machen. Das ist doch so selbstverständlich, daß es meiner Ansicht nach dieser Anregung nicht bedarf; ich wüßte nicht, wie der Magistrat anders vor-gehen sollte.

Vorsitzender: Ich möchte noch persönlich hinzufügen: Herr Nymann ist doch selbst Geschäftsmann, und ich brauche ihn nicht darauf aufmerksam zu machen, daß es nicht klug ist, während solche Vorbesprechungen mit verschiede-nen Personen im Gange sind, die Sache in die Öffentlichkeit zu tragen. Ich glaube, es wäre im Interesse der Stadt sehr unpraktisch, wenn wir die Ange-legenheit hier anschnitten. Ich gebe Herrn Nymann nochmals das Wort und bitte ihn, zu erklären, ob er seinen Antrag aufrechterhalten will oder nicht.

Herr *Ußmann*: Was der Herr Vorsitzende über die Veröffentlichung von Geheimnissen sagte, trifft nicht zu. Wir haben die ganzen früheren Vorlagen hier gehabt, und das ist auch kein Verrat von Geheimnissen gewesen. Ich will ja auch gar nicht das Interne wissen; dafür haben wir ja die Kommission. Aber ich bin von vornherein ein Anhänger des Projektes B gewesen, weil ich glaube, daß es unmöglich wäre, durch ein anderes die Entwicklung der Stadt in richtiger Weise zu fördern. In der Sitzung vom 21. Oktober 1909 haben die Pläne hier ausgehängen, und Herr Baumeister Gebensleben hat das Projekt erklärt. Was ich wünsche, nämlich die Straßenanlagen zu sehen, das ist doch kein Geheimnis und kann nicht dazu beitragen, daß wir irgendwie Geschäftsgeheimnisse verraten. Das letztere wünsche und verlange ich von der Stadt absolut nicht. Ich muß meinen Antrag aufrechterhalten, da ich einen Grund dagegen nicht sehen kann.

Herr Oberbürgermeister *Kettemeyer*: Was soll denn der Magistrat machen? Soll er in diesem Augenblicke Ihnen die Projekte mit den Plänen vorlegen? Dann will ich erklären, daß Sie damit nichts machen können, der Magistrat auch nicht, denn die einzelnen Projekte sind noch nicht eingezeichnet. Was der Herr Preußische Minister augenblicklich als Straßenzüge angedeutet hat, das werden wir nicht ohne weiteres akzeptieren; das müssen wir uns erst überlegen. Aus den Ausführungen des Herrn *Ußmann* habe ich aber gesehen: Wenn etwas unpraktisch ist, so ist es das, eine Sache, die im Werden begriffen ist, die sich erst klären soll, hier in einer so großen Versammlung zu erörtern. Das halte ich für ganz unausführbar und auch taktisch nicht für richtig. Wir sind jetzt aufgefordert, uns bereit zu erklären, bestimmte Leistungen zu übernehmen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß zu diesen Leistungen die Stadt sich verstehen wird, wenn man uns in bezug auf unsere Wünsche, deren Erfüllung wir für gerechtfertigt halten, entgegenkommt. Das ist, was zunächst versucht werden muß, und dabei bitte ich, uns gewähren zu lassen und nicht die Sache Ihrerseits in die Hand zu nehmen. Es ist möglich, daß der Magistrat nachher den Vorwurf hört, er hätte es nicht gut gemacht. Das müssen wir in Kauf nehmen; wir wollen es so gut machen, wie wir können, und die von Ihnen erwählte Deputation zu Rate ziehen, sooft es ratjam erscheint. Aber in dieser Öffentlichkeit die Sache zu Ende zu führen, halte ich für ausgeschlossen.

Der Antrag wird genügend unterstützt und von dem Herrn Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen. Hierauf wird die öffentliche Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis kurz nach 7¼ Uhr.

B e r i c h t
über die
Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 21. März 1912.

Tagesordnung:

1. Ergänzung der Gehaltsordnung für die Stadtgeistlichen	Seite 722
2. Erklärung der Schillerstraße zur Ortsstraße	" 724
3. Verwilligung von Mitteln zur Herausgabe des Verwaltungsberichts	" 725
4. Verkauf des früher Howaldtschen Gießereigebäudes	" 727
5. Erbauung eines Ferienheims in Hahnenklee	" 731
6. Beratung des Stadthaushaltsplans für 1912/13	" 736
7. Festsetzung der Gemeindefkirchensteuer	" 775
8. Abänderung des Projekts für Instandsetzung der Algidienstraße.	" 776

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister K e t t e m e n e r, Bürgermeister M e n e r, Stadträte von F r a n k e n b e r g und W a g n e r.

Entschuldigt die Herren S c h m i d t, T i e m a n n und L o e j c h i g k; Herr B ä h r er scheint später.

V o r s i t z e n d e r, Herr H a u s w a l d t: Die Sitzung ist eröffnet.

Eingegangen ist ein Schreiben des „Ausichusses für Jugendfürjorge“, gezeichnet von F r a n k e n b e r g, in dem die Herren, die sich dafür interessieren, eingeladen werden, dem von dem Ausichusse veranstalteten Vortrage des Herrn

Pastor Steigertahl am Donnerstag, dem 28. d. Mts., abends 8 Uhr, im großen Saale des städtischen Kinderheims, Pflegehausstraße, beizumohnen, was ich hiermit bekanntgebe.

Die heutige Anordnung der Plätze ist nur als eine provisorische anzusehen. Ich glaube, es wird richtig sein, die Baukommission zu bitten, die Pulte noch etwas zusammenzurücken und erst, nachdem wir auch dies noch ausprobiert haben, zu einer endgültigen Entscheidung zu kommen. Daß die letzte Sitzreihe noch erhöht werden muß, ist ja selbstverständlich.

Ich bitte die Herren, sich gleich von vornherein damit vertraut zu machen, daß wir heute über acht Tage noch einmal eine Sitzung haben. Verschiedene Sachen müssen noch im März erledigt werden, und in der Stillen Woche und in der Osterwoche wird es den Herren nicht passen. Wir werden ja sehen, wie weit wir heute kommen. Ich werde mir heute erlauben, die Punkte vortwegzunehmen, die absolut vor Ende dieses Monats erledigt werden müssen.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Ergänzung der Gehaltsordnung für die Stadtgeistlichen.

Herr Wolters: In der Sitzung vom 7. September v. J. ist von den Stadtverordneten eine Neuordnung der Gehaltsordnung für die Stadtgeistlichen genehmigt. Es sind jetzt einzelne Änderungen in dieser Gehaltsordnung von seiten des Magistrats für erforderlich erachtet. Sie betreffen zunächst die Beseitigung eines Zweifels, der in der Auslegung von § 4 der alten Gehaltsordnung möglich war. Danach soll der Fall geregelt werden, daß für einen Geistlichen, der von außerhalb als Stadtgeistlicher nach Braunschweig kommt, auch in dem Falle eine Anrechnung seiner bisherigen Dienstzeit erfolgen soll, wenn er die vorhergehende Zeit nicht im geistlichen Amte, sondern in anderer, ähnlicher Stellung zugebracht hat. Schließlich betrifft die Vorlage des Magistrats auch die Angelegenheit, daß die Geistlichen hinsichtlich der Benützung ihrer Dienstwohnung einigen bestimmten Vorschriften nunmehr unterworfen werden sollen.

Der erste Punkt, nämlich die Frage der Anrechnung der vorangegangenen Dienstjahre, ist neu geordnet in der jetzt vorgelegten Gehaltsordnung § 5. Es heißt dort: „Bei der Bemessung des Anfangsgehaltes und bei der Feststellung der für die Gewährung der Alterszulagen maßgebenden Fristen kommt diejenige Zeit, während deren der Stadtgeistliche vor Einführung in das Stadtpredigtamt in anderen Stellen als Geistlicher“ (und nunmehr die Änderung) „oder nach erlangter Anstellungsfähigkeit für das geistliche Amt im Schuldienste des Herzogtums in pensionsberechtigter

Stellung tätig gewesen ist, in dem Falle teilweise zur Anrechnung, daß diese Tätigkeit länger als 6 Jahre gedauert hat."

Es haben sich Zweifel ergeben, von welchem Zeitpunkt ab diese Anrechnung in Kraft treten würde, und in dieser Beziehung sagt § 5 ferner:

„1. Bei der Berechnung dieses Zeitraums bleiben Zeitabschnitte, während deren der Geistliche weder als solcher, noch in einem Schulamte des Staates oder in einer Gemeinde des Herzogtums Braunschweig angestellt war, unberücksichtigt. Als Anfang des erwähnten Zeitraumes beziehungsweise der einzelnen Abschnitte desselben gilt der erste Tag des Monats, in dem der Stadtgeistliche im Herzogtum in ein ihm verliehenes Pfarramt oder eine Pfarrkollaboratur eingeführt oder in dem ihm nach erlangter Aufstellungsfähigkeit für das geistliche Amt eine pensionsberechtigte Stelle im Schuldienste des Staates oder einer Gemeinde des Herzogtums verliehen worden, oder in dem er im Dienste einer nicht braunschweigischen evangelischen Landeskirche des Deutschen Reiches fest angestellt worden ist.

2. Zur Anrechnung kommt nur die nach Ablauf von 6 Dienstjahren verflossene Zeit, und zwar im Höchstbetrage von 4 Jahren; umfaßt jedoch die anzurechnende, d. h. nach Ablauf von vollen 6 Dienstjahren verflossene Zeit ein angefangenes Jahr, so soll dies, wenn es zur Zeit der Einführung in das Stadtpredigtamt wenigstens zur Hälfte abgelaufen war, für ein volles gerechnet werden, wogegen geringe Bruchteile eines Jahres unberücksichtigt bleiben.

3. Ob bei der Berechnung der unter 1 und 2 erwähnten Zeitabschnitte auch die Zeit angerechnet werden soll, während deren der Stadtgeistliche vor Einführung in das Stadtpredigtamt in anderen Stellungen (innerhalb oder außerhalb des Deutschen Reiches) als Geistlicher gewirkt hat, wird im Einzelfalle vom Kirchenkassenkollegium und nach Inkrafttreten der Kirchengemeindeordnung vom Stadtkirchenausschuß entschieden."

Wir ersehen aus der Änderung, wie die einzelnen Zeitabschnitte, in denen der Geistliche auch in einem anderen Amte in Stellung gewesen ist, anzurechnen sind.

Nun kommt eine Regelung über die Frage der Benutzung der Wohnung, und in dieser Beziehung ist in § 1 aufs neue gesagt:

„1. Neben dem Dienstefinkommen wird freie Dienstwohnung unter den nachstehend aufgeführten, beziehungsweise im Einzelfalle daneben festzusetzenden Bedingungen, und wo die Dienstwohnung fehlt, ein Wohnungsgeld in Höhe von jährlich 1200 M. gewährt.

2. Dem Inhaber der Dienstwohnung fallen die nachstehend aufgeführten Kosten und Leistungen zur Last:

a) die Heizungskosten, die Kosten für Beleuchtung des Grundstückes, das Wassergeld, soweit dies den Mindestbetrag übersteigt, und der Schornsteinfegerlohn,

b) das Bestreuen der Fußwege zur Beseitigung der Winterglätte und die Reinigung der Fußwege, soweit dazu die Grundbesitzer verpflichtet sind,

c) die Kosten für das Anstreichen der gefirnigten Fußböden in den Zimmern und Korridoren, sofern nicht etwa die betreffenden Räume überhaupt instandgesetzt werden,

d) die Kosten des Ersatzes zerbrochener Fenster Scheiben, sofern nicht etwa die Zerstörung durch Hagelschlag bewirkt ist,

e) alle kleineren Ausbesserungen in der Wohnung und dem Pfarrgarten, deren Kosten im einzelnen weniger als 3 *M* betragen.“

Meine Herren! Es ist in der Finanzkommission erwähnt, weshalb wir jetzt kurz vor dem Zeitpunkte, wo die neue Kirchengemeindeordnung in Kraft tritt, noch mit der Angelegenheit betraut werden. Der Grund dafür ist, daß vom 1. April 1912 an mit rückwirkender Kraft die in Frage kommenden Geistlichen eine Gehaltserhöhung bekommen sollen. Wir müssen uns darüber äußern; es ist eine kirchliche Angelegenheit, die uns gewissermaßen zur Kenntnismahme mitgeteilt wird.

Ich habe namens der Finanzkommission zu beantragen, irgendwelche Einwendungen nicht vorzunehmen.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage der Finanzkommission.

2. Erklärung der Schillerstraße zur Ortsstraße.

Herr Buich: Die geehrten Herren haben sich vor kurzem damit einverstanden erklärt, daß die Schillerstraße auf der Strecke Korfesstraße—Naabestraße auf Kosten des Maurermeisters Dorl ausgebaut wird. Der Magistrat richtet nun das Ersuchen an uns, die Zustimmung dazu zu erteilen, daß der fragliche Straßenzug zur Ortsstraße erklärt wird. In der Baukommission ist dieser Antrag geprüft. Es handelt sich eigentlich nur um eine formelle Angelegenheit, und ich möchte namens der Kommission bitten, dem Magistratsvorschlage zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt, den fraglichen Straßenzug zur Ortsstraße zu erklären.

3. Verwilligung von Mitteln zur Herausgabe des Verwaltungsberichts.

Herr Mohr: Über die Zeit vom 1. April 1906 bis zum 31. März 1911 beabsichtigt der Magistrat, wieder einen Verwaltungsbericht herauszugeben, ähnlich wie der über die Zeit von 1901 bis 1906; teilweise sind die Sachen schon in Druck gegeben. Der Magistrat empfiehlt nun, die bisherige Auflage von 1200 Exemplaren auf 1500 zu erhöhen. Wenn die dadurch entstehenden Mehrkosten an sich auch nicht bedeutend sind, so würde doch der bisherige Preis für den Druck nicht innegehalten werden, weil die Krampeische Buchdruckerei einen Aufschlag von 20 Prozent beansprucht, teilweise wegen der höheren Arbeitslöhne und teilweise auch wegen der höheren Preise des Materials. Es würden deswegen 7500 *M* dafür in Frage kommen. Nun wünscht aber der Magistrat, diejem Verwaltungsbericht, ähnlich wie andere Städte, sowohl Pläne als auch Photographien einiger in den Verwaltungsjahren errichteter, hervorragender Gebäude beizulegen, wodurch weitere Kosten von 700 *M* verursacht werden. Ich habe hier einige Proben von solchen Abbildungen, die mir zugegangen sind, ausgestellt, ebenso auch einen Bericht der Hochbauverwaltung der Stadt Leipzig mit ähnlichen Plänen. Der Magistrat beantragt nun, dieser Ausstattung und der Erhöhung der Auflage auf 1500 Stück zustimmen zu wollen.

Der Finanzkommission hat diese Sache vorgelegen. Es wurde von einer Seite der Einwand gemacht, daß es wohl als Luxus zu bezeichnen wäre, diese bildlichen Darstellungen beizulegen, von anderer Seite aber hervorgehoben, daß man, wenn der Bericht seinen Zweck wirklich erfüllen solle, auch die Pläne und Fassaden-Ansichten beifügen müßte. Es wurde dies schließlich auch in der Kommission genehmigt, aus Sparamkeitsrücksichten aber beantragt, die Erhöhung der Auflage auf 1300 Exemplare herabzusetzen. Ferner wurde beschlossen, daß, nachdem die Gratisverteilung an die hiesigen Ortseinswohner, insbesondere diejenigen Herren, die der städtischen Verwaltung durch Übernahme freiwilliger Ämter näher stehen, sowie auch die Verteilung an die betreffenden Städte, mit denen Braunschweig im Austausch steht, vorgenommen ist, die Restexemplare nicht, wie bisher, an die Einwohner der Stadt gratis abzugeben, sondern sie entweder durch den Buchhandel oder hier im Rathaus selbst durch irgendein Bureau gegen ein billiges Entgelt, vielleicht zu 1½ Mark, zu verkaufen. Der Antrag der Finanzkommission würde dementsprechend lauten:

„Dem Antrage des Stadtmagistrats, dem Verwaltungsberichte Pläne und Photographien neuer, hervorragender Bauwerke beizulegen, wird zugestimmt, die gewünschte Auflage von 1500 Exemplaren wird auf 1300 herabgesetzt. Die nach der üblichen Gratisverteilung an Städte und verschiedene Einwohner der

hiesigen Stadt übrigbleibenden Exemplare werden dem allgemeinen Publikum für einen mäßigen Preis zugänglich gemacht."

Die Festsetzung des Preises soll nach Beschluß der Finanzkommission dem Magistrat anheimgegeben werden. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen Annahme der Vorlage in der Weise, wie ich eben verlesen habe.

Herr Jasper: Ich möchte anregen, daß die Stadtverwaltung über den Vorschlag der Kommission und den eigentlichen Antrag des Magistrats in Zukunft hinausginge und auch in Erwägung zöge, die jetzt geltenden Satzungen und die Verträge, welche die Stadt mit den verschiedensten Personen und Körperschaften geschlossen hat, beispielsweise dem Lichtwerk hier, in eine Sammlung aufzunehmen. Ich habe das bereits in der Kommission angeregt. Der Herr Oberbürgermeister war der Ansicht, daß das nicht ginge, weil diese Satzungen in stetigem Fluß sich befänden; es kämen fortwährend neue Satzungen hinzu, und es wären ja jetzt schon in der neuen Sammlung die jetzt geltenden in chronologischer Folge vorhanden. Ich glaube, daß diese Bedenken nicht durchschlagen, denn wenn auch Änderungen immer unausbleiblich sein werden, so sind doch mit der Zeit so viel Änderungen eingetreten, daß eine Art Kontraktion, eine Zusammenstellung, die eine Übersicht bringt, schon um eine wirksame Mitarbeit an den städtischen Aufgaben zu ermöglichen, sowohl für die Stadtverwaltung selber, als auch für die Bürgerschaft wünschenswert ist. Wie der Herr Oberbürgermeister auch in der Kommission zugeb, sind auch andere Städte, besonders rheinisch-westfälische in ähnlicher Weise vorgegangen; sie haben sogenannte Bürgerbücher herausgegeben, in denen besonders sonst unauffindbare alte Satzungen enthalten sind, und auch die verschiedenen Abmachungen, die mit größeren Werken getroffen und für unser städtisches Wesen von großer Bedeutung sind. Wenn man die alten Satzungen, die uns beim Eintritt in diese Versammlung übermittelt werden, durchgeht, so wird man sehr viele Satzungen finden, die heute gar keine Gültigkeit mehr haben, und es wird nicht immer eine sehr leichte Arbeit sein, festzustellen, was heute noch gilt. Ich möchte auch hier diesen Vorschlag zur Sprache bringen, damit auch über den Rahmen der Finanzkommission hinaus sich Zustimmung dazu äußern kann und die Anregung nicht einseitig von mir ausgeht.

Herr Wolters: Diese Anregung ist gestern schon in der Finanzkommission behandelt, und außer dem Herrn Vertreter des Magistrats haben sich mehrere Mitglieder der Finanzkommission gegen einen solchen Antrag ausgesprochen. Den einen Punkt hat der Herr Vorredner bereits erwähnt, nämlich, daß die Statuten und die Anhänge zu den Statuten ständig im Fluß sind, sich

stetig neu ergänzen. Das ist aber nur der eine Punkt. Ein zweiter Punkt, der sehr zu berücksichtigen ist, ist der, daß es mit einer einfachen Zusammenstellung der Statuten nicht geschehen ist, sondern es würde eine formelle Bearbeitung und Aufstellung des gesamten geltenden Stadtrechts werden, und das wäre eine bedeutende Arbeit und ein Gegenstand, der der Beschlußfassung der städtischen Behörden unterliegen müßte. Es würde ein ganz bedeutender Gegenstand der Diskussion werden, wenn das gesamte Stadtrecht vorgetragen würde, und vor einer solchen Debatte möchte ich die geehrten Herren denn doch bewahren. Ich glaube, es würde besser sein, wir bleiben bei dem bisherigen Verfahren stehen und ergänzen nach wie vor unsere Statuten in der bisherigen Weise.

Vorjitzender: Ich schließe die Beratung. Ein Antrag liegt nicht vor, Herr Dr. Jasper hat nur eine Anregung gegeben, die geltenden Statuten künftig in einer Sammlung zusammenzufassen.

Der Antrag der Finanzkommission wird angenommen.

4. Verkauf des früher Howaldtschen Gießereigebäudes.

Herr Rick: Durch den Durchbruch der Straße von der Helmstedterstraße nach der Hochstraße hin ist die Stadt, wie Ihnen bekannt, Eigentümer des Howaldtschen Grundstücks geworden. Das dazugehörige Wohnhaus nach der neuen Straße hin ist schon verkauft, und der Magistrat hat nun das frühere Gießereigebäude zum Verkauf ausgeschrieben. Es haben sich auch mehrere Bewerber gemeldet, und unter diesen hat der Verein Schlaraffia-Brunsviga mit 19 000 M das höchste Gebot abgegeben. Das ganze Grundstück hat eine Größe von 5 a 53 qm, und das darauf stehende Gebäude einen Brandfassenwert von 22 200 M, aber für die meisten der Reflektanten besitzt das Haus lediglich einen Abbruchswert, da sie das Grundstück als Bauplatz gebrauchen wollen. Die Schlaraffia will das vorhandene Gebäude im wesentlichen erhalten und unter Aufwendung nicht unerheblicher Mittel einem ihren Zwecken entsprechenden Umbau unterziehen. Der angebotene Preis würde bei Außerachtlassung des Gebäudewertes einem Einheitspreise von etwas mehr als 34 M für das Quadratmeter gleichkommen. Nun hat die Stadt selbst 50 000 M für das Howaldtsche Grundstück gegeben, bereits verkauft ist der schon genannte Teil desselben mit 21 200 M. Würde jetzt die Gießerei mit 19 000 M fortgegeben, so kosten der Stadt die zu Straßenzwecken zu behaltenden 365 qm 9800 M oder rund 27 M pro Quadratmeter. Der Magistrat hält diesen Abschluß für die Straßenbaukosten für nicht ungünstig und ist deshalb der Ansicht, daß trotz des höheren Brandfassenwertes das Gießereigebäude zum angebotenen Preise abzulassen sei. Er überreicht uns

den vorläufig abgeschlossenen notariellen Vertrag und ersucht, ihn genehmigen zu wollen.

Bei der Beratung des Antrages in der Baukommission ist auch die Möglichkeit in Erwägung gezogen, auf dem Grundstücke zur Erbauung von billigen Arbeiterwohnungen zu schreiten. Man hat sich aber auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt, weil der Grund und Boden hier für solche Kleinhäuser viel zu teuer sei und die Gegend auch dafür nicht passen würde. Auch würde ein vierstöckiger Neubau nicht dort hinpassen. Der von der Schlaraffia angebotene Preis ist der Beschaffenheit des Hauses nach als angemessen zu bezeichnen, da noch mancherlei bauliche Veränderungen zu treffen sind. Die Baukommission empfiehlt demnach, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Herr K i e f e: Es soll hier ein Grundstück veräußert werden, das der Stadt gehört. Es ist ja nun wohl zu begrüßen, daß dort nicht wieder eine hohe Mietskaserne hingestellt werden soll, und ich möchte auch nicht den Antrag einbringen, an dieser Stelle Kleinwohnungen zu bauen. Aber es kommt doch immer wieder vor, daß die Stadt in die Lage kommt, hier und da Grundstücke erwerben zu müssen, wo sie teure Preise zahlen muß; will aber die Stadt einmal einen Streifen verkaufen, dann will niemand etwas Rechtes dafür geben. In Rücksicht auf den Brandkassenwert ist der Preis sicher zu gering. Ich bin dafür, daß die Stadt das Grundstück behält, eine Verwendung dafür wird sich schon finden. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir das Grundstück am Augusttore lange Zeit im Besitz gehabt haben und schließlich sich doch eine Verwendung dafür gefunden hat. Aus dem Grunde bin ich dagegen, daß wir das heute in Frage kommende Grundstück veräußern.

Herr S a n d e r: Anscheinend ist der Preis von 19 000 M., wenn man in Betracht zieht, daß ein Areal von 550 qm und ein Gebäude mit über 22 000 M. Brandkassenwert in Frage kommt, zu gering. Wenn man aber das Objekt selbst ansieht, muß man dem Verkaufe zustimmen. Das Objekt ist ein einfacher Schuppen, der sonst überhaupt nicht zu verwerten ist, selbst wenn er von der Stadt ausgebaut wird. Aus diesem Grunde bin ich dafür, daß wir das Haus verkaufen.

Herr M a j e: Ich stimme um deswillen dem Verkaufe zu, weil das fragliche Gebäude doch nur als eine Scheune anzusehen ist. Der angegebene Brandkassenwert von 22 000 M. ist gar nicht vorhanden, das Gebäude ist viel zu hoch eingeschätzt. Wenn man nach dem Brandkassenwert sich richtete, müßte man denken, einen wundervollen Bau dort zu sehen, das ist aber nicht der Fall. Wenn

wir das Haus behalten, müßte sofort eine neue Dachrinne an dem Hause angebracht werden, denn wer dort vorbeigeht, bekommt bei Regenwetter die ganze Traufe auf den Rücken, auch das Dach ist sehr reparaturbedürftig. Die Rücksicht auf den wirklichen Wert des Gebäudes bestimmt mich, für den Verkauf zu stimmen.

Herr Sander: Meines Wissens soll das Gebäude auf Vorschlag des Magistrats eine andere Fassade bekommen. Davon hat der Herr Referent nichts gesagt. Es wäre doch wichtig, wenn die Versammlung auch das wüßte.

Herr Bürgermeister Meyer: Es war in Aussicht genommen, das Gebäude nach verschiedenen Seiten hin in seinem Äußern zu ändern. Vor allem ist in dem Vertrage ausbedungen, daß die südwestliche Ecke des Gebäudes, die nach der neuen Straße hin vorspringt, beseitigt werden muß, und es darf nach den Verhandlungen angenommen werden, daß im Anschluß hieran die Restaurierung des Giebels, der nach dem Lenzischen Grundstücke zu steht, vorgenommen wird und daß das Haus eine zweite Etage aufgesetzt bekommt.

Da ich das Wort habe, möchte ich sogleich noch einiges auf den Vorschlag des Herrn Stadtverordneten Riefe erwidern. Es ist von dem Herrn Referenten schon gesagt, daß der Einheitspreis des Baugrundes für das Quadratmeter über 34 M beträgt. Wenn die Stadt Bauten von Kleinwohnungen ausführen will, wie sie von Herrn Riefe gewünscht werden, so muß das auf einem billigeren Baugrunde geschehen, als dieser hier ist. Es kommt weiter hinzu, daß der Käufer, der sich gemeldet hat, den Kaufpreis der Stadt sofort bezahlt. Wir machen also tatsächlich bei dem Verkaufe ein ausgezeichnetes Geschäft. Ich bitte die Herren, dem Vertrage zuzustimmen.

Herr Henning: Mir ist es auch nicht sympatisch, daß das Haus jetzt von der Stadt abgegeben werden soll, freilich wird es mir durch die letzten Bemerkungen des Herrn Bürgermeisters leichter werden, dem Vertrage zuzustimmen. Wie die Straße jetzt aussieht, mit dem vorspringenden Winkel des Gebäudes, wird das Auge beleidigt; das soll ja aber, wie wir gehört haben, geändert werden. Immerhin stehe ich auf dem Standpunkte, die Stadt soll lieber sich neue Areale anschaffen, als in ihrem Besitz befindliche verkaufen. Aus dem Grunde würde ich mich nicht für den Verkauf dieses Grundstücks entschließen können und würde lieber sehen, daß die Stadt das Gebäude eine Reihe von Jahren an diese Gesellschaft vermietet, aber nicht verkauft, so daß wir die Grundbesitzer bleiben. Ich möchte fragen, ob darüber in der Kommission schon gesprochen ist.

Herr Bürgermeister Meyer: Das Gebäude ist zurzeit an Herrn Kämpfer zu jährlich 600 *M* vermietet. Das ist nach unserm Dafürhalten eine geringe Pacht, wenn wir den Wert des Objekts in Betracht ziehen; deshalb haben wir auch im Magistrat beschlossen, das Haus an die Schlaraffia abzugeben. Das Grundstück bei dem niedrigen Mietpreise liegen zu lassen, bloß um es später zu verwerten, das scheint uns nicht angebracht, um so weniger, als das Areal wegen seiner Kleinheit zur Errichtung eines städtischen Gebäudes auch später nicht ausgenutzt werden könnte. Wir haben im Magistrat erwogen, ob nicht irgend ein städtischer Zweck mit dem Grundstück erfüllt werden könnte; wenn solch ein Zweck vorläge, dann wäre es ja angebracht, es zu behalten. Wir wissen aber keine Verwendung, und es ist anzunehmen, daß auch in absehbarer Zeit keine gefunden wird. Auch die städtische Bauverwaltung war nicht in der Lage, etwas Passendes anzugeben.

In betreff dessen, was von Herrn Sanitätsrat Henking gesagt ist, muß ich bemerken, daß von der Schlaraffia ein Pachtgebot nicht zu erwarten ist, weil sie das Grundstück für ihre Zwecke erst umgestalten will und dabei mit Aufwendungen von 10 000 bis 20 000 *M* rechnen muß. Sie will eine kleine Wohnung für einen Hausmann einbauen, einen großen selbständigen Saal schaffen und daneben noch Garderobenräume und was dazugehört. Wenn nun noch die Fassade ausgebaut werden soll, dann kostet das eine Menge Geld, und das wird bei pachtweiser Abgabe des Hauses an die Gesellschaft von ihr nicht ausgegeben werden. Ein Bedenken, dem Antrage stattzugeben, wird nicht vorliegen; ich bitte deshalb, dem Verkauf zuzustimmen. Ich wäre auch in der Lage, ein vorläufiges Projekt für die Umänderung des Hauses zu zeigen. Es ist das aber noch nicht genehmigt, und deshalb hat es keine große Bedeutung.

Herr Meyerhoff: Ich werde in den Verkauf einwilligen, weil ich hoffe, daß es für die Stadt ein gutes Geschäft ist. Wollten wir das Grundstück einem Bauunternehmer überlassen, so hat sich bis jetzt noch keiner gefunden, der den von der Gesellschaft gebotenen Preis zahlen will, und gesetzt den Fall, es käme einer, so wird er das alte Gebäude nicht stehen lassen können; er wird uns eine doppelte Mietkaserne mit vier Stockwerken dahinsetzen. Vergewärtigen Sie sich die Situation: Links am Eingang der Straße von der Helmstedterstraße aus liegt das Hildebrandtsche Grundstück, das sich anständig präsentiert, weil ein Garten dabei ist, rechts das kleine Haus. Wenn nun hinter das kleine Haus eine vierstöckige Mietkaserne hingebaut würde, wie würde das wirken? Diese Gründe sind für uns in der Baukommission maßgebend gewesen, daß wir uns entschlossen haben, zuzustimmen, der Schlaraffia das Haus zu verkaufen, noch

dazu, da sie das Gebäude so ausschmücken wird, daß es in die Umgebung hineinpaßt. Ich möchte die Herren bitten, ihre Bedenken fallen zu lassen.

Herr Jasper: Die Ansicht des Herrn Meyerhoff, daß der Verkauf ein gutes Geschäft für die Stadt wäre, kann ich nicht teilen, denn es ist niemals ein gutes Geschäft für die Stadt, Grundstücke zu verkaufen. Abgesehen davon, daß das Verkaufen gegen diesen Grundsatz verstößt, würde es diesmal ein ungünstiges Geschäft werden, weil der Wert des Grundstücks, soweit die Brandkassensumme in Betracht kommt, höher ist als der Verkaufspreis. Wir verkaufen unter dem Brandkassenwerte, ohne daß der Grund und Boden berücksichtigt wird. Es kommt dann weiter hinzu, daß wir nicht unbedeutende Straßenbaukosten aufgewendet haben, die nach der Angrenzung der Front dieses Grundstück belasten würden. Da wir sie nicht den Anliegern zur Last legen können, müssen wir sie aus eigener Tasche bezahlen und müssen den normalen Verkaufspreis um diese Straßenbaukosten noch kürzen, so daß der Verkaufspreis nicht der reine Gewinn ist, den wir vor uns haben. Es wird gesagt: Die Schlaraffia wird das Haus so und so ausstatten. Das mag die Absicht sein, wir haben aber nicht gehört, daß in diesem Punkte irgendeine vertragliche Bindung vorhanden ist. Wenn die Schlaraffia sich anders besinnt, kann sie dasselbe mit dem Grundstück machen, wie jeder andere Käufer. Die Unregung des Herrn Stadtverordneten Henking, die Vermietung oder jedenfalls nicht eine endgültige Aufgabe des Grundstücks gutzubeißen, veranlaßt mich, anzuregen, ob nicht ein Mittelweg gangbar wäre, nämlich das Haus in Erbbaurecht abzugeben, d. h. uns das Eigentum auf längere Zeit zu wahren und der Schlaraffia durch eine längere Dauer ihres Besitztums zu ermöglichen, größere Aufwendungen zu machen. Ich weiß nicht, ob diese Mietweise von der Kommission überlegt ist, und möchte anheingeben, wenn man dem Gedanken nicht abgeneigt ist, die Sache an die Kommission zurückzuverweisen und zu überlegen, ob das im Interesse der Stadt gelegen ist.

In der darauf vorgenommenen Abstimmung erklärt sich die Versammlung mit dem vorgeschlagenen Verkaufe des Hauses einverstanden.

5. Erbauung eines Ferienheims in Hahnenflee.

Vorsitzender: Der Ferienkolonieverein hat sich an die Züdel-Stiftung gewandt mit der Bitte, Mittel für verschiedene Zwecke des Vereins zur Verfügung zu stellen: zuerst zur Beschaffung von Betten. Bisher lagen die Ferienkoloniekinder an der Erde auf Strohhäcken, die allerdings immer neu gefüllt werden. Solange keine Geldmittel für einen besseren Zustand vorhanden

waren, haben wir uns — ich bin selbst Mitglied des Vorstandes des Vereins — damit begnügen müssen. Nun haben wir uns an die Züdel-Stiftung gewandt, damit für die Kinder Matragen und Bettstellen angeschafft werden können, und der Vorstand der Züdel-Stiftung hat sich bereit erklärt, 1250 M dem Ferienkolonieverein zu diesem Zwecke zu überweisen.

Im Anschluß hieran ist die Idee aufgekommen, ob man nicht für die Ferienkolonisten in Wildemann und Hahnenflee eigene Häuser bauen könnte. Ich habe an der Ostsee derartige Häuser gesehen, die die Städte Lübeck und Rostock gebaut haben und mit ihren kleinen Gästen belegen, und habe gefunden, daß ein solches Vorgehen in jeder Hinsicht dem heutigen Zustande vorzuziehen ist. Bisher haben wir die Kinder in Wirtshäusern unterbringen müssen. Sie können sich denken, daß der Raum dort beschränkt ist. Die Schlafzimmer sind eng, und besonders müssen die Kinder in hohen Etagen schlafen. Als wir das in Wildemann sahen, wo es sonst so nett ist und die Kinder im „Deutschen Kaiser“ sehr gut gepflegt sind, ging uns ein Gruseln an, als wir bedachten, wie schwer es wäre, die 20, 30 Kinder herunterzubekommen, wenn einmal ein Feuer ausbräche. Deshalb hat der Vorstand ein Grundstück am Walde in Hahnenflee für 3000 M angekauft, das als sehr billig bezeichnet werden muß, und will dort ein Haus errichten. Nun hat das Kuratorium der Züdel-Stiftung wohl eingewilligt, das Geld dafür herzugeben, will aber die Sache in der Hand behalten, damit es nicht einen Bestand des Vermögens einfach hergegeben hätte, falls der Ferienkolonieverein einmal aufhören sollte. Das Kuratorium ist also bereit, 1250 M für Anschaffung der Betten und rund 24 500 M für das Haus in Hahnenflee herzugeben. Das Projekt ist im Saale ausgehängt, es ist nicht Rücksicht auf ein billiges Gebäude genommen, sondern ein stilvolles Projekt für das Haus entworfen. Es kostet dadurch wohl einige tausend Mark mehr, aber das haben wir wohl für unsere Kolonisten über, und Sie werden zugeben, daß das Haus hübsch und wohnlich aussieht. Wie Sie wissen, unterliegt die Verwendung der Mittel aus der Abteilung III der Züdel-Stiftung „Für soziale Zwecke“ der Zustimmung der städtischen Behörden. Deshalb wendet sich der Magistrat an die Versammlung mit der Bitte, die Zustimmung geben zu wollen, daß

- a) 1250 M für die Anschaffung von Betten,
- b) rund 24 500 M für Herrichtung eines Ferienheims in Hahnenflee,
- c) die laufenden Kosten für Unterhaltung des Heims

aus den Mitteln der Züdel-Stiftung Abteilung III verwilligt werden.

Das Kuratorium wird, solange diese Ferienkolonien bestehen, dieses Haus der Kolonie zur Verfügung stellen. Es war das so gedacht, daß nicht nur während der Sommerferien, sondern auch 4 Wochen vorher und nachher kranke

Kinder dorthin geschickt werden. Sollte sich die Einrichtung bewähren, so würde man auch in anderen Orten in gleicher Weise vorgehen. — Ich bitte Sie, die Zustimmung auszusprechen zu wollen.

Herr *Trice*: Ich stehe der Sache selbstverständlich sehr sympathisch gegenüber und begrüße die Einrichtung eines eigenen Heims mit großer Freude. Nur hätte ich gern gesehen, wenn wir damit nicht ins Ausland gegangen wären. Wir haben im Harze auch sehr schöne braunschweigische Orte, wo der Platz auch nicht teurer gewesen wäre. Und so schön Hahnenflee auch ist, so macht doch die Hin- und Herbeförderung der Kinder Umstände. Es muß mit dem Auto gefahren werden, denn die Bahn geht nicht dahin. Wenn der Platz aber gekauft ist und das Kuratorium der Stiftung sich einverstanden erklärt hat, so habe ich nichts weiter darüber zu sagen. Ich möchte nur anregen, wenn etwas Gleiches vorkommt, nur unter der Bedingung die Bewilligung auszusprechen, daß auf unser eigenes Land Rücksicht genommen wird. Ich denke da z. B. an Wolfshagen oder an Langelshelm.

Herr Oberbürgermeister *Kettemeyer*: Der Grund, weshalb Hahnenflee vorgezogen ist, liegt darin, daß bereits seit einer Reihe von Jahren die Kinder in Hahnenflee untergebracht worden sind und sie sich dort immer sehr wohl gefühlt haben, insbesondere ist die Verpflegung in dem Wirtshause neben dem Grundstücke für die Kinder eine zuträglichke und angemessene gewesen. Deshalb war es der Wunsch des Vereins, die Kinder auch weiter in Hahnenflee unterzubringen. Ich persönlich bin der Meinung, daß wir mit dieser Sache noch nicht am Ende sind. Die Sache ist so sehr der Förderung wert, daß ich glaube, wir könnten die Mittel der Züdel-Stiftung noch weiter für den Zweck mobil machen, und dann würde in erster Linie Bedacht genommen werden, braunschweigische Orte auszuwählen.

In bezug auf das gekaufte Grundstück möchte ich bemerken, daß im Vorstand der Züdel-Stiftung die Ansicht vorherrscht, daß man unter Umständen auch zugreifen müßte, ohne die Genehmigung der städtischen Behörden vorher eingeholt zu haben. Es wäre heute nicht mehr möglich, für 3000 M an dieser Stelle 1½ Morgen Baugrund zu erwerben. Es ist auch bereits von dem bisherigen Eigentümer an den Vorstand der Züdel-Stiftung der Antrag gerichtet, einen Teil des Grundstücks wieder zurückzugeben, und es liegt ein derartig hohes Gebot für ein dicht daneben liegendes Grundstück vor, daß die Stiftung als solche, falls die Herren etwa die Genehmigung versagen sollten, kein schlechtes Geschäft beim Ankauf gemacht hat. Insofern bitte ich, das etwas eigenmächtige Vorgehen des Vorstandes der Züdel-Stiftung zu entschuldigen.

Zum übrigen möchte ich bitten, da die Gründe, die der Vorstand des Vereins angeführt hat, doch ohne Frage zutreffen, in diesem Falle Ihre Zustimmung zu erteilen. Die gesunde Lage des Ortes wird allgemein anerkannt, und ich bin zweifelhaft, ob die tiefer gelegenen Orte in der Beziehung mit Hahnenflee gleichzustellen sind, jedenfalls sind für manche Kinder höher gelegene Orte vorzuziehen. Doch gebe ich zu, daß es auch im Gebiete des Herzogtums Braunschweig höher gelegene Orte, die hierfür geeignet sind, gibt und kann nur erklären: Wenn weitere Häuser gebaut werden, soll auf das Herzogtum Braunschweig Rücksicht genommen werden.

Herr Z a s p e r: Die Bedenken, die Herr Stadtverordneter Frické geltend gemacht hat, sind, glaube ich, nicht stichhaltig. Dann muß ich sagen, daß es doch befremdend ist, aus dem Munde eines nationalliberalen Herrn, der ja sonst immer auf die Einheit Deutschlands Wert legt, Wildemann als Ausland bezeichnet zu hören. Das klang so, als wenn man einen Bayern hörte, der da sagt: „Da drüben in Preußen ist einer gestorben,“ und als ob die Kinder die Luft in Wildemann nicht atmen könnten, weil sie preussisch ist.

Ich hatte mich aber zum Wort gemeldet, weil es sich um eine Zustimmung zur Verwendung von Mitteln aus dieser Abteilung III der Zündel-Stiftung handelt. Ich wollte anregen, ob es nicht an der Zeit wäre, in die Verwendung der Mittel der Abteilung III ein gewisses System zu bringen. Es war auch, glaube ich, ursprünglich geplant, daß uns, genau so wie für die städtischen An gelegenheiten im Etat, außerhalb des Stats ein gewisser Plan für die Abteilung III der Zündel-Stiftung vorgelegt werden sollte, wie die laufenden Mittel des einen Jahres verwandt werden sollen. Es würde das zweckmäßig sein, damit nicht von Fall zu Fall, wie gerade die Vorschläge kommen, hier von uns Zustimmung gegeben wird, sondern uns eine Übersicht gegeben ist, wie die Mittel verwandt werden. Es wäre Gelegenheit, hier das anzuregen.

Herr K l e i n k n e c h t: Ich begrüße mit Freuden, daß ein eigenes Heim für die Ferienkolonie gebaut werden soll, und namentlich begrüße ich mit Freuden die Anregung des Herrn Oberbürgermeisters und die Aussicht, daß auch in anderen Orten gleiche Häuser gebaut werden sollen, ob in Braunschweig oder in Preußen, das ist mir egal. Hahnenflee ist deshalb vorge schlagen, weil die Ver pflegung eine sehr gute ist und es immer eine schwierige Sache ist, eine gute Ver pflegung für die Kinder zu bekommen. Wir haben im Ausschuß für Jugendfürsorge wiederholt darüber gesprochen, daß nicht nur für unbemittelte Kinder, sondern auch für die Kinder bemittelterer Eltern, also aus den mittleren Bürger schulen, etwas Derartiges gegründet werden sollte, und da ist immer die Frage

gekommen: „Wo können wir hingehen, damit sie gut gepflegt werden?“ Deshalb ist es dankenswert, daß Hahnenklee beibehalten ist.

Nun ist es in dieser kurzen Zeit nicht möglich, aus dem Grundriß die ganze Einrichtung des Hauses kennen zu lernen. Ich möchte mir nur die Frage erlauben, ob das Haus so eingerichtet ist, daß es später auch für den Winter benutzt werden kann. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ferien allein und ein Monat vorher und nachher später dem Zwecke des Hauses nicht genügen werden, wir müssen die ganzen 5 Sommermonate zu Hilfe nehmen, und es wird nicht lange dauern, so wird man auch den Winter zu Hilfe nehmen. Das wohlhabende Publikum geht schon jetzt im Winter mehr aus den Städten als im Sommer. Es sind ja zwei Schornsteine auf dem Hause gezeichnet, ich möchte aber doch ganz besonders bitten, beim Bau auch für die Benutzung im Winter Rücksicht zu nehmen.

Dann möchte ich noch etwas erwähnen, auf das mich der Herr Stadtverordnet: Frede aufmerksam gemacht hat. Die Front des Hauses ist, wie ich glaube, nach Süden gerichtet und ein Giebel nach Osten, und hier ist eine kleine Veranda angebracht. Aber die Giebelseite des Hauses ist sehr klein. Ich möchte fragen, ob es nicht möglich wäre, auch nach Süden eine große Veranda anzubringen. Das Haus ist doch nicht nur bestimmt zum Schlafen und Essen, sondern auch zum Aufenthalt bei schlechtem Wetter. Wenn nun nach vorn eine Bedachung hergerichtet wird, so würden die Kinder dort auch bei schlechtem Wetter und wenn es kühl ist — es wird dort oben schon im August empfindlich kühl —, an einer geschützten Stelle sich am Tage aufhalten können.

Herr Oberbürgermeister K e t m e y e r: Das ausgestellte Projekt ist das zweite. Das erste sah vor, die Veranda an der Langseite des Schlafsaals anzubringen. Dagegen war seitens der städtischen Bauverwaltung das Bedenken erhoben, es sei besser, die Fenster des Schlafsaals frei zu lassen. Nun gebe ich zu, daß die Veranda nicht groß ist, aber es würde doch möglich sein, die Kinder sämtlich unter der Veranda unterzubringen. Wir haben uns aber damit nicht begnügt und haben in Aussicht genommen, den Boden zum Aufenthalt geeignet zu machen, so daß er bei schlechtem Wetter benutzt werden kann. Es sollen deshalb die Streben beseitigt und ein frei-gewölbtes Dach gebaut werden. Dieser Raum wird bei schlechtem Wetter nach Ansicht der Bauverwaltung geeignet sein, zum Aufenthalt und Spielplatz zu dienen, bei gutem Wetter werden ja die Kinder immer den ganzen Tag im Freien sein.

Die Frage, ob man das Haus vollständig heizbar machen solle, ist bisher nicht erwogen. Es ist vorgesehen, den Saal zu beheizen, das daneben liegende Zimmer kann geheizt werden, auch eine kleine Küche ist vorgesehen. Ich will an-

erkennen, daß es angebracht sein könnte, noch einen oder zwei Schornsteine aufzuführen. Wir müßten dann erwarten, daß uns die Herren Indemnität erteilen, wenn die Kosten dadurch überschritten werden.

Herr *Fricke*: Ich möchte Herrn Dr. Jasper erwidern, daß ich nicht aus politischen Rücksichten meine Anfrage gestellt habe, denn Politik treiben wir in der Stadtverordnetenversammlung nicht. Ich habe es aus Rücksicht darauf getan, daß unsere braunschweigischen Handwerker und Kaufleute, die bei dem Bau beteiligt sind, davon Einkommen haben sollen. Ob ich nationalliberal bin oder einer anderen Partei angehöre, ist dabei gleichgültig. Ich für meine Person lasse mich in der Stadtverordnetenversammlung niemals von politischen Gründen leiten.

Herr *Frühling*: Ich habe mir eben die Zeichnungen für das Grundstück auch angesehen. Dabei ist mir auch aufgefallen, daß kein Lagerraum für die Kinder vorgesehen ist. Es hat das ja aber durch die Worte des Herrn Oberbürgermeisters seine Erklärung gefunden. Ich würde es auch nicht für angängig halten, daß man für 24 000 M im wesentlichen weiter nichts baut als einen großen Schlafsaal und eine Bodentreppe. Der Herr Oberbürgermeister hat aber schon gesagt, daß der Bodenraum als Lagerraum ausgebaut wird. Das halte ich für sehr zweckmäßig und leicht durchführbar und möchte es dringend empfehlen. Denn dagegen, dieses Projekt ohne Lagerraum auszuführen, hätte ich mich entschieden wenden müssen und würde vorge schlagen haben, die Angelegenheit durch eine Konkurrenz erst mehr zu klären und ein allseitig befriedigendes Projekt zu beschaffen.

Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung zu den Bewilligungen aus der Jüdel-Stiftung.

6. Beratung des Stadthaushaltsplans für 1912/13.

Herr *Wolters*: Es ist bei früheren Staatsberatungen Sitte gewesen, daß seitens des Referenten über die allgemeine Finanzlage berichtet wurde. Ich glaube, am heutigen Tage kann ich davon absehen in Rücksicht darauf, daß schon im Begleit Schreiben die finanzielle Lage der Stadt Braunschweig sehr ausführlich in den Vorbemerkungen behandelt ist. Ein fernerer Grund, die einleitenden Worte abzukürzen, ist der, daß der Etat als solcher schon viel Anlaß zu Sonderbemerkungen geben wird. Nur ein einziger Punkt, und zwar der Hauptpunkt, ist wohl voranzuschicken.

Der gegenwärtige Etat 1912/13 schließt ab mit einem Fehlbetrage von 208 300 *M.* In Rücksicht darauf schlägt der Magistrat vor: Er nimmt Abstand, eine besondere Steuererhöhung vorzuschlagen, es sollen die 101½ Steuereinheiten Einkommensteuer auch in dem nächstfolgenden Steuerjahre erhoben werden. Der Magistrat sieht aber folgende Maßregel vor, die zum Schutze wegen des mutmaßlichen Fehlbetrages im bevorstehenden Steuerjahre gedacht ist: Von der Beschlußfassung des jetzt noch laufenden Steuerjahres: „von den Erträgen der Gas- und Wasserwerke 1911/12 je 100 000 *M.* abzutrennen und dem Reservefonds der Werke zuzuführen,“ will der Magistrat absehen und statt dessen je 100 000 *M.* der Überführung 1911/12 ablösen und sie in den Ausgleichsfonds fließen lassen.

Dieser Vorschlag des Magistrats ist von der Finanzkommission angenommen, wenngleich auch einige Bemerkungen über diese Maßregel gefallen sind. Es wurde darauf hingewiesen, es sei im vorigen Jahre gelegentlich der Gehaltserhöhung der städtischen Beamten und Lehrer beschlossen, daß im Notfalle die Erträge der Gas- und Wasserwerke zu Hilfe genommen werden müßten. Die Erhöhung der Gehaltsätze sei eingetreten auf Grund der Beschlußfassung, im Bedarfsfalle die Erträge der technischen Werke heranzuziehen, um eine Steuererhöhung zu vermeiden. Wenn nunmehr der Ausgleichsfonds diese 200 000 *M.* aus dem Reservefonds erhalte, so könne der Ausgleichsfonds die zum Schutze gegen Fehlbeträge des Ordinariums überwiesene Summe anderweitig verausgaben, so daß im Notfalle die Absicht der städtischen Behörden, das Ordinarium zu stärken, nicht ausführbar sein würde, und zwar aus dem Grunde, weil die vielen humanitären und sonstigen Zwecke den Fonds und die 200 000 *M.* inzwischen aufgezehrt hätten. Diese Ansicht ist aber überwunden, und man will dem Magistrate zustimmen. Es ist auch mein Vorschlag nicht befolgt, der dahin ging: Man könnte abwarten, wie sich der Exekutionsetat 1911/12 gestalten würde, dessen Ausgang natürlich die finanzielle Aufmachung von 1912/13 beeinflussen würde. Wenn der gedachte Fehlbetrag von 1911/12 mit 180 000 *M.* nicht eintrete, sei auch die nötige Ertragssumme im Ausgleichsfonds, nämlich 200 000 *M.*, entbehrlich. Auch ein anderer Vorschlag, jetzt 200 000 *M.* dem Ausgleichsfonds zu überweisen, sie aber bei dem Hervortreten eines Bedürfnisses den technischen Werken zurückzuzahlen, fand nicht beifällige Aufnahme. Man begnügte sich vielmehr damit, dem Magistratsvorschlage in finanzieller Beziehung zu folgen.

Allerdings sollte grundsätzlich doch wohl nach der Meinung der Finanzkommission eins nicht außer acht gelassen werden: Wenn im vorigen Jahre die Gehaltserhöhungen beschlossen sind auf der Grundlage, nötigenfalls die technischen Werke in ihrem Ertrage heranzuziehen, so darf dieser Gesichtspunkt für die Zukunft nicht fallen gelassen werden. Es war hierüber von dem Magistrate gesagt auf Seite 6 des Begleit Schreibens: „Zum Schluß aber weisen wir aus-

drücklich darauf hin, daß zwar eine stärkere Inanspruchnahme der Erträge derwerbenden Unternehmungen zur Deckung der ordentlichen Ausgaben, sei es direkt durch Abführung an die Kammereikasse oder indirekt durch Deckung etwaiger Fehlbeträge dieser aus dem Ausgleichsfonds, von uns nicht für unzulässig erachtet wird, daß aber die Vermehrung der schon reichlich hoch angewachsenen Schuldenlast der Stadt ganz unvermeidlich sein würde, wenn der Ausgleichsfonds nicht in einem dem Stadthaushalte entsprechenden Umfange erhalten werden könnte“, nämlich durch Subventionierung aus den technischen Werken. Die Grundlage, die im vorigen Jahre beschlossen ist, darf nach Meinung der Finanzkommission nicht außer acht gelassen werden. Ich erwähne aber dabei: Es war Voraussetzung bei der vorjährigen Beschlußfassung: Vermeidung etwaiger neuer Steuern. Erst wenn künftig wieder die Frage einer etwaigen Steuererhöhung hervortritt, dann müßte zurückgegriffen werden auf die vorjährige gemeinsame Verabredung zwischen Stadtmagistrat und Stadtverordneten, daß keine Steuererhöhung, sondern eine Subventionierung der Kammereikasse aus den technischen Betrieben eintreten müsse.

Das ist der Hauptpunkt, der heute hervorzuheben ist.

Vorsitzender: Ich möchte vorschlagen, nicht in eine Generaldebatte einzutreten, da ja alles bei den einzelnen Sachen zur Abstimmung kommt.

Herr Jasper: Ich möchte diesem Vorschlage widersprechen, weil hier die einzige Stelle ist, um zu der Gesamtheit der städtischen Verwaltung Stellung zu nehmen, ob das gesamte Geschäftsgebahren richtig erscheint; sonst könnte der Herr Vorsitzende mit Recht sagen, wenn man darauf zu sprechen kommt, es gehöre nicht zu dem einzelnen Punkte. Nicht jeder einzelne Punkt eignet sich zu einem Antrage, während die Kritik doch statthaft sein muß.

Vorsitzender: Der Herr Referent hat eben über den Kernpunkt der ganzen finanziellen Lage gesprochen. Ich stelle diese Sache jetzt zur Beratung.

Herr Jasper: Den Vorschlag, von dem der Herr Referent berichtet hat, daß er in der Finanzkommission abgelehnt sei, will ich nicht wieder aufnehmen, sondern will dem beipflichten, daß wir sachlich so verfahren können, wie die Mehrheit der Finanzkommission beschlossen hat, da nur in einem nicht eintretenden Falle es nicht zu einem sachlichen Unterschiede, sondern nur zu einem Buchungsunterschiede führt. Ich habe doch gebeten, eine Generaldebatte zu eröffnen, damit ich an sich über den ganzen Etat mich äußern könnte und die anderen Herren auch ihre Meinung dazu sagen.

Der ganze Etat ist aufgemacht nach dem Grundsatz: Wie vermeiden wir höhere Steuern, und es ist deshalb die größte Sparsamkeit bei den einzelnen Anschlägen walten gelassen, ein Vorgehen, das an sich vielleicht ganz billigenwert erscheint, aber dahin führen kann, daß am unrechten Plage gespart wird, nicht nur nützliche Ausgaben vermieden werden, sondern auch notwendige. Es ist nicht immer die beste Verwaltung die, die am sparsamsten wirtschaftet, sondern die, die das Geld der Steuerzahler am besten verwendet, unter Umständen auch eine höhere Leistung von dem einzelnen Mitgliede der Organisation beansprucht, aber auf der anderen Seite auch ihrerseits den Bürgern und der ganzen Gemeinschaft mehr bieten kann. Da will mir scheinen, daß der Etat doch in mancher Beziehung zu sparsam gewirtschaftet hat, und daß in mancher Beziehung großzügiger, mit mehr Wagemut vorgegangen werden könnte.

Wenn ich nur, um eins herauszugreifen, den Voranschlag hinsichtlich der Kleinwohnungen sehe, der mit 80 000 M vorsehen ist, so ist das ein Tropfen auf den heißen Stein, ein ganz kleiner Versuch, der an sich zu begrüßen ist, aber von nachhaltiger Wirkung kaum sein kann. Die Art und Weise, wie die Frage des Abfuhrwesens seit Jahren hingezogen wird und noch immer keine Lösung gefunden hat, wie es jetzt wieder in dieser einen Spalte angedeutet ist: Der Magistrat ist immer noch in der Erwartung einer Neuregelung des Abfuhrwesens, ist doch unserm Gemeinwesen nicht dienlich. Es sind auch eine ganze Reihe anderer Wünsche laut geworden, von denen man sagen kann, ihre Erfüllung wäre notwendig, wenigstens vom hygienischen Standpunkte aus. Die Badeanstalt, die doch einmal kommen muß, hat auch hier irgendwie noch keinen Schritt weiter getan. Auch der Umstand, daß wir in unserem ganzen Finanzgebahren angewiesen sind auf Einnahmen aus technischen Werken, ist für den reinen Finanzmann vielleicht sehr angenehm, aber er hat auch eine Rehrseite: Man muß auch betrachten, wie diese Werte aus den technischen Werken gewonnen werden, und ob dieser Gewinn vielleicht nicht ganz einwandfrei genannt werden kann deshalb, weil von seiten der technischen Werke den Verbrauchern von Gas etwas geboten wird, was nicht mit den Aufwendungen, die für das Gas gemacht werden müssen, im Einklang steht, daß der Preis zu hoch ist und genommen wird, lediglich um den Etat zu balancieren, daß auf der anderen Seite auch die in diesem Werke tätigen Leute nicht so gelohnt werden und nicht so beschäftigt werden, nicht in einem solchen Arbeitsverhältnisse stehen, wie es dem in diesem Werke erzielten großen Mehrwerte entspricht. Wenn es ein Privatunternehmen wäre, würde man auf die übergroße Dividende hinweisen können, die hier bei uns im Etat erscheint, und man würde beanspruchen können, daß bei dieser großen Profitrate bessere Arbeitsverhältnisse eingerichtet werden könnten.

Der Etat sieht vor die von uns beschlossene Erhöhung der Gehälter für die Beamten und Lehrer. In einigen Punkten sind auch einzelne Kategorien der Arbeiterschaft im Lohne etwas erhöht; daß aber die Löhne in der Weise erhöht wären, wie es den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen entspricht, kann man ganz und gar nicht behaupten. Es ist auch hier eine große Zurückhaltung, eine große Sparjamkeit von seiten des Bearbeiters des Stats beliebt worden, auch in dem, wie sonst die Mittel aufgebracht sind.

Zu Kapitel 11 ließe sich wohl manches sagen. Beispielsweise hat man lange Verhandlungen darüber gepflogen, welche Besteuerung des Grundbesitzes nach dem bestehenden staatlichen Gesetze wohl für unsere städtische Gemeinde die richtige wäre, und wenn ich mich recht erinnere, so war man wohl in der Mehrheit zu der Erkenntnis gekommen, daß die gegenwärtige Grundsteuer nicht die angenehmste für unser Gemeinwesen sei, sondern daß es sich empfehlen dürfte, besonders aus sozialen Gründen, die Grundsteuer nach gemeinem Werte einzuführen, besonders um eine Entlastung des kleinen Grundbesitzes herbeizuführen. Diese Verhandlungen sind vor Jahren gewesen, aber irgendwie zu einem greifbaren Vorschlage verdichtete sich diese Debatte nicht, obwohl ziemliche Einheitlichkeit darüber erzielt wurde. Wenn man auf der Suche ist, ein Defizit zu vermeiden und andere Mittel flüssig zu machen, so könnte man auch daran denken, die Ziffer 9 des Kapitels 11 (Wertzuwachssteuer) weiter auszubauen. Wir haben mit dieser Steuer ein eigentümliches Schicksal gehabt. Kaum angenommen, wurde sie uns durch Reichsgesetz wieder genommen, und nun becheiden wir uns damit, das zu nehmen, was von Reichs wegen vorgegeben ist. Es läßt aber auch das Reichsgesetz offen, diese Steuer auszubauen, örtliche Zuschläge zu erheben. Dies ist besonders in der gegenwärtigen Situation sehr notwendig, zum mindesten aber doch zweckmäßig, wenn wir an die großen Pläne und Umwälzungen denken, die das Bahnhofprojekt doch wohl herbeiführen wird, wo ein Wertzuwachs eintreten wird, auf der andern Seite vielleicht auch eine Wertminderung, und wo diese Steuer im Interesse des Gemeinwesens sehr gut wirken könnte. Es wird auch zweckmäßig sein, wenn wir für die Zukunft ein Defizit vermeiden wollen, und wenn wir nicht die Einkommensteuer noch mehr anziehen wollen, auf andere Mittel zu sinnen, um derartige nützliche, nach meiner Meinung notwendige Pläne zu fördern. Von allen diesen Vorschlägen enthält der Etat nichts.

Ich kann deshalb nicht mit dem Urteil zurückhalten, daß es zwar recht gut sein mag, daß der Etat keine Einkommensteuererhöhung hat, daß es aber hart an der Grenze ist, daß man sagen kann: Es ist eine falsche Sparjamkeit, eine Zurückhaltung, die, wenn sie in dieser Weise geübt wird, dem Gemeinwesen nicht förderlich ist, sondern dahin führen wird, daß wir hinter den Leuten zurück-

bleiben und nicht gleichen Schritt halten können mit emporblühenden anderen Gemeinwesen, was wir doch alle wünschen.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e y e r: Es mögen das ganz interessante Ausführungen sein, die Herr Dr. Jasper eben gegeben hat, aber ich möchte an Herrn Dr. Jasper die Frage richten, ob er, wenn er der Vorsitzende des Stadtmagistrats wäre, es wirklich wagen würde, der Stadtverordnetenversammlung einen Etat vorzulegen, der auf den Grundjagen aufgebaut ist, wie er sie eben aufgestellt hat, und die dahin gehen, alle möglichen Neuerungen auf dem Gebiete der Besteuerung durch den Etat vorzuschlagen, also den Herren Stadtverordneten die Änderung der bisherigen Steuersysteme, die Einführung neuer Steuern durch den Etat zu empfehlen, und in der selbstverständlichen Erwartung, daß die Stadtverordnetenversammlung allen seinen Plänen ohne weiteres zustimmen würde, darauf den Etat aufzubauen? Ich muß offen gestehen, eine derartige Aufstellung gibt es in der ganzen Welt nicht. Es muß doch das Recht der Stadtverordnetenversammlung sein, derartige wichtige Änderungen in bezug auf die Besteuerung einer eingehenden Beratung und Prüfung zu unterziehen, und das kann nicht bei Gelegenheit der Statsberatung abgemacht werden. Da müssen eingehende Vorschläge der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet werden, so ohne weiteres können wir die Sache nicht machen.

Um auf die Ausführungen des Herrn Dr. Jasper im besonderen noch einiges zu erwidern, möchte ich bemerken, daß die Summe für die Kleinwohnungen auf 80 000 M bemessen ist, weil die Stadtverordnetenversammlung uns ausdrücklich gesagt hatte, sie wünsche, daß ein V e r s u c h gemacht würde. Es ist nicht beschloffen, daß die Stadtverwaltung sich in große Spekulationen stürzen und gewaltige Unternehmungen ins Leben rufen solle, um Kleinwohnungen zu schaffen. Da haben wir uns gesagt: Kleinwohnungen werden für 7—8000 M zu beschaffen sein, so daß der Versuch — es wurde von 10 Häusern gesprochen — mit den eingestellten Mitteln zu machen ist. Sollte sich der Versuch bewähren, so können wir später noch mehr Mittel aufwenden. Ich will dazu bemerken, daß bereits eingehende Verhandlungen gepflogen und Projekte ausgearbeitet sind. Wir sind aber dabei auf solche Schwierigkeiten gestoßen, daß wir den Wunsch haben, diese Sache zunächst mit den Mitgliedern der Finanz- und Baukommission — es handelt sich um Finanz- und Baufragen — gemeinsam zu erörtern, und wenn nicht Widerspruch erfolgt, werden wir uns erlauben, die Mitglieder der Finanz- und Baukommission demnächst zu einer Beratung einzuladen.

Herr Dr. Jasper vermißt eine Aufbesserung der Löhne bei den Gas- und Wasserwerken. Wie sollen wir das denn machen? Wir haben uns immer auf den Standpunkt gestellt, daß wir uns im Magistrate um die Erhöhung der Löhne

überhaupt nicht kümmern wollen, sondern das in die Hände der Deputationen legen, die Sie mit der Verwaltung dieser Werke betraut haben. So ist auch bisher verfahren, und diese Deputationen, das kann ich offen erklären, kümmern sich um den Etat überhaupt nicht bei dieser Frage. Ich bin selber in dieser Deputation, aber wir sehen gar nicht darnach hin, wieviel Mittel für Löhne ausgeworfen sind, und haben die feste Überzeugung, wenn eine Überschreitung erfolgt, so wird kein einziger gegen diese Überschreitung Einwendungen erheben. Die Herren wissen ganz genau, daß wir wiederholt beschlossen haben, die Löhne zu erhöhen, ohne erst zu fragen: Reichen auch die Mittel des Etats dafür aus? Aber magistratsseitig die Deputationen darauf hinzuweisen: „Ihr müßt höhere Löhne zahlen und zu dem Zwecke stellen wir höhere Mittel in den Etat ein“, das halte ich für unrichtig, denn auch bei den Lohnzahlungen muß die Stadt sich immer nach den allgemeinen Löhnen richten, weil wir sonst ohne Frage die übrigen Gewerbetreibenden in der Stadt in eine böse Lage bringen würden.

Was die Besteuerung des Grundbesitzes in anderer Weise betrifft, so sind das Fragen, die man hier nicht nebenher erörtern kann, und dasselbe ist der Fall mit der Wertzuwachssteuer. Das gebe ich freilich zu, daß die Wertzuwachssteuer auf einen genialen Gedanken zurückzuführen ist. Daß sie aber nicht bloß den einzelnen Grundbesitz unter Umständen sehr erheblich belastet, sondern daß sie auch, wenn die Steuerichraube zu stark angezogen wird, dazu führen kann, den Grundstücksmarkt in einer sehr unliebamen Weise zu beeinflussen, davon bin ich allerdings überzeugt. Wenn man die Säge etwas näher ansieht, die das Reichsgezet für die Bemessung dieser Steuer jetzt vorgeesehen hat, dann könnte man sich, wie ich meine, mit diesen Sägen begnügen. Ich habe die Überzeugung, der Grundbesitz wird durch dieses Gezet schon reichlich belastet (Sehr richtig!), denn die Steuer geht weit über das hinaus, was die Stadtverordnetenversammlung damals in unserm Statut festgesetzt hatte.

Wenn Herr Dr. Jasper dem Magistrate weiter keine Vorwürfe machen kann, als die, welche wir eben gehört haben, dann können wir bei der Etatsberatung ruhig Ihrem Urteil entgegensehen.

Herr Wolters: Nur einige Worte: Herr Dr. Jasper meint, aus der Charakterisierung des ganzen Etats wäre zu ersehen, daß eine übergroße Sparsamkeit gewaltet hätte. Ich möchte das Gegenteil sagen und weise Sie bloß auf Seite 138 und 139 des Etats hin, woraus hervorgeht, welche bedeutenden Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahre vorgeesehen sind. Aus der einfachen Tatsache, daß wir in keiner Weise höhere Einnahmen durch Steuern haben und dennoch uns entschließen, 208 000 M. mehr auszugeben, ergibt sich, daß in den zu beziehenden Ausgaben nicht geknauert ist. Der Etat ist ebenso wie früher mit

Berücksichtigung der nötigen Bedürfnisse aufgestellt. Man braucht bloß die Zahlen des Vorjahres zu betrachten, um zu sagen: Es ist mehr ausgegeben als früher. Herr Dr. Jasper sagt, daß die Verwendung der Gewinne der technischen Werke nicht einwandfrei erfolge. Wir haben diese Verwendung der Gewinne darin gefunden, daß wir sie zum Teil direkt in das Ordinarium haben aufgehen lassen; wir haben sie nicht einmal erst dem Schulhausbaufonds überwiesen. Nun möchte ich wohl sagen: Wir haben jahrelang mit einem richtigen Prinzip gearbeitet, und es ist nichts dagegen einzutwenden, daß zur Bestreitung der laufenden Ausgaben auch die Überschüsse der technischen Werke verwendet werden, wie das im vorigen Jahre gedacht ist. Dagegen ist auch nichts von der Mehrheit der Versammlung eingewandt.

Die Versammlung tritt sodann in die spezielle Beratung ein. Der Referent der Finanzkommission, Herr Wolters, gibt bei den einzelnen Punkten kurze Erläuterungen.

1. Voranschlag der Kämmereikasse.

A. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben.

Herr Wolters, zu Seite 10: Hier finden Sie zum ersten Male Bruttoeinnahmen und Brutttausgaben gesondert aufgeführt, früher war nur der Nettobetrag in den Etat eingesetzt.

Zu Seite 24: Das sind die schönen Renten, die wir vom Staate empfangen. Öffentlich wird nicht wahr, was in der Landesversammlung angekündigt wurde, daß eine Revision unseres Vertrages von 1858 vorgenommen werden soll. Mindestens wollen wir unser Recht behaupten, so daß wir die alten Einkünfte auch ferner noch haben.

Zu Seite 38: Unter c und d sind Darlehen der Kreis kommunalkasse an die Kämmereikasse aufgeführt. Seitdem beide Kassen miteinander verschmolzen sind, besteht keine Einnahme und Ausgabe von den Zinsen mehr.

Zu Seite 52: Ein Punkt, der früher Anlaß zu Anfragen gegeben hat, ist die Aufführung der Tilgungsbeträge B a auf die aus dem Vorratsvermögen der Kämmereikasse gewährten Darlehen. Inzwischen ist die Aufklärung erfolgt, die gestern noch nicht in voller Weise geschehen konnte. Die einzelnen Beträge sind die Amortisationsbeträge auf Teile des Vorratsvermögens der Kämmereikasse. Ich hatte die Ausgabe vermißt in der Annahme, daß diese Beträge wieder angestammelt werden müßten. Die Lösung ist die: Es handelt sich nicht um ein

Stammvermögen, sondern um ein Verwaltungsvermögen, das nicht wieder ansammlungspflichtig ist, sondern ohne weiteres verausgabt werden kann.

Herr B u n g e: In der Eile des Durchblätterns war mir etwas entfallen, was auf Seite 14 unter dd steht: Für Vermietung eines Markthallenkellers ist nichts eingestellt; im vorigen Jahre waren 250 M veranschlagt. Ich möchte den Herrn Vorsitzenden der Finanzkommission oder den Herrn Referenten fragen, wie es kommt, daß der Keller nicht vermietet ist?

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ein Teil des Kellers unter der Markthalle ist vermietet an einzelne Leute, die in der Markthalle ausstellen. Die Einnahme finden Sie unter I c. Ein anderer Teil, der an ein Weingeschäft vermietet war, ist zurzeit unvermietet. Es wird hoffentlich gelingen, ihn wieder zu vermieten; solange das nicht der Fall ist, muß der Posten als erledigt betrachtet werden.

Herr S t e g m a n n: Ich möchte den Herrn Vorsitzenden bitten, den Herrn Referenten zu veranlassen, etwas weniger schnell zu lesen. Es hat den Anschein, als ob es das Bestreben des Herrn Referenten wäre, möglichst schnell über die Punkte hinwegzugehen, damit keine Debatte stattfindet.

V o r s i z e n d e r: Ich muß zurückweisen, was der Herr Stadtverordnete Stegmann eben über den Referenten gesagt hat. Es ist durchaus ungehörig, so etwas zu behaupten; ich muß das entschieden rügen. Jeder aus unserer Versammlung wird den Etat vorher gelesen und sich Bemerkungen gemacht haben. Durch die Schnelligkeit des Durchgehens des Etats soll durchaus nicht das Recht jedes einzelnen Herrn, Anträge zu stellen, beeinträchtigt werden.

Herr W o l t e r s: Im übrigen möchte ich bemerken: Wenn die geehrten Herren unserer Einladung gefolgt wären und an der gestrigen Sitzung der Finanzkommission teilgenommen hätten, so würde das die Beratung heute vereinfacht haben.

Zu Seite 5: Hier ist ein Druckfehler zu berichtigen. Im Voranschlag für 1911/12 zu I 1 muß es nicht heißen 4350, sondern 4250.

Zu Seite 19: Die Herren finden unter 5 die Weglassung der einzelnen Posten. Es sind zur Abtragung der Restschuld, die noch 20 000 M beträgt, früher jährlich 5000 M gezahlt. Wir haben jetzt davon abgesehen, diese Zahlung

zu leisten, weil die Restschuld nur noch klein und in den letzten Jahren viel davon amortisiert ist. Im laufenden Jahre (1911/12) werden die Unkosten des Umbaus endgültig getilgt sein.

Zu Seite 35: II a ist das Kapitel der sogenannten „kleinen Darlehen“, das sich auf 1 600 000 *M* beziffert. Nach dem Begleitschreiben wird es sich zum 1. April mutmaßlich auf 1 894 050 *M* stellen, also etwas höher. Für das nächste Jahr (1912/13) ist eine weitere Aufnahme von ungefähr 80 000 *M* Darlehen vorgesehen.

Zu Seite 45: Sie finden unter a den Abtrag für die Anleihe zum ersten Male aufgeführt.

Zu Seite 47: Hier finden Sie zum ersten Male die Addition A IV. Es erhöht das ganz bedeutend die Übersichtlichkeit des Stats, der sich in der vorliegenden Form vorteilhaft vom vorigen unterscheidet.

Zu Seite 51: Unter a steht als zweiter Abtrag 60 000 *M*.

Zu Seite 61: über die Löhne des Arbeitspersonals gibt das Begleitschreiben sorgfältige Auskunft.

Zu Seite 63: Die Anzahl der Arbeiter ist von 53 auf 57 erhöht.

Herr W o g e, zu Seite 67: Ich vermissе in dem Begleitschreiben eine Äußerung darüber, daß Automobilsprengwagen angeschafft werden sollen. Der Herr Bürgermeister hat am 11. August gesagt, daß er bezüglich dieses Punktes mit der Firma Büssing unterhandelt hätte. Ferner vermissе ich eine Erklärung darüber, welche Vorkehrungen getroffen werden sollen, damit eventuell, wenn bei einem langen heißen Sommer, wie im vorigen Jahre, Wassermangel eintritt, in besserer Weise Wasser beschafft werden soll, zumal damals der Herr Bürgermeister erklärt hatte, daß die Entnahme von Wasser zu Sprengzwecken aus der Wasserleitung zu kostspielig sein würde.

Herr Bürgermeister M e y e r: Die Straßenreinigungsdeputation hat bei Bearbeitung des Stats es für angezeigt gehalten, bei dem Stadtmagistrat zu beantragen, die nötige Summe aufzunehmen, um Automobilsprengwagen anzuschaffen. Der Magistrat hat auch zunächst Entgegenkommen gezeigt und in den ersten Statsentwurf einen angemessenen Betrag aufgenommen. Als sich

dann aber der große Fehlbetrag herausstellte, hat der Magistrat Bedenken getragen, jene Summe stehen zu lassen, und ist nachträglich zu deren Streichung gekommen, weil das vorliegende Bedürfnis als so zwingend nicht anerkannt werden konnte, daß dafür 20 000 *M* ausgegeben werden müßten. Es ist richtig, daß sehr energische Wünsche auf eine umfangreiche Bepflanzung der Straßen im vergangenen Sommer laut geworden sind. Es ist aber doch beim Magistrat der Finanzpunkt ausschlaggebend gewesen, und so werden wir uns bescheiden müssen, mit den vorhandenen Mitteln zu operieren.

Ich will hier gleich bemerken, daß die Versuchswagen, die wir für Abführung des Hausmülls von einer auswärtigen Firma in Aussicht gestellt bekommen hatten, eingetroffen sind, und daß der erste Wagen seit 8 Tagen tätig ist und der zweite Wagen morgen zum ersten Male gebraucht werden wird, und zwar in der Adolfsstraße. Soweit die Herren Interesse daran haben, diesen Versuchen beizuwohnen, möchte ich bitten, sich 9¼ Uhr auf dieser Straße einzufinden. Sie werden Gelegenheit haben, die Bedienung des Wagens zu beobachten und sich ein Bild zu machen, ob Sie die Wagen für praktisch halten. Nach dem Dafürhalten der Deputation sind die beiden Systeme, die hier vorgeführt werden sollen — es sollen kleinere Müllgefäße auf den Grundstücken selbst aufgestellt werden — die besten, die gegenwärtig in Deutschland zur Anwendung kommen.

Bei der Gelegenheit möchte ich zurückgreifen auf das, was Herr Dr. Jasper in dem Etat vermißte: Daß für Umgestaltung der Müllabfuhr keine Summe im Etat ausgeworfen ist. Auch das ist angeregt gewesen. Die Sache lag nur so, daß man sich über das System noch nicht schlüssig machen konnte. Deshalb ist nichts im Etat angesetzt und beschlossen, die Anforderung einer Summe aufzuschieben bis dahin, daß man sich über das System selbst schlüssig gemacht hätte und in der Lage wäre, der Stadtverordnetenversammlung eine bestimmte Vorlage zu machen. Es ist mit dem Fehlen eines Etatsantrages nicht gesagt, daß die Änderung in diesem Jahre nicht zur Ausführung kommen soll.

Herr *F r e d e*: Im Anschluß an die Erklärungen des Herrn Bürgermeisters möchte ich bitten, daß die neuen Wagen auch da verkehren, wo der Hausmüll am Nachmittage abgefahren wird, damit diejenigen Herren, die sich dafür interessieren und sich das morgens nicht ansehen können, auch Gelegenheit finden, die Praxis zu beobachten.

Herr Bürgermeister *M e y e r*: Es wird diesem Wunsche vielleicht in späterer Zeit stattgegeben werden können. Die Wagen erfordern eine ganz bestimmte Art von Müllgefäßen, die zu den Wagen passen, und diese Müllgefäße sind nur

in beschränkter Zahl geliefert, für den einen 80 und für den anderen 100 Stück. Die Gefäße sind verteilt, und wir können sie nicht beliebig aus den Haushalten wieder wegnehmen und anderen geben, ehe nicht eine Reihe von Wochen vergangen ist. Ich möchte Herrn Frede empfehlen, wenn er in der Schulzeit behindert ist, daß er die Ferien, die ja vor der Tür stehen, wahrnimmt, um seine Beobachtungen zu machen. Ich will übrigens noch bemerken, daß es nicht ratsam ist, daß die Herren schon morgen oder nächsten Dienstag zu der Besichtigung gehen. Es scheint wünschenswert, daß das Begleitpersonal der Wagen erst eine gewisse Übung hat. Ich möchte deshalb empfehlen, daß die Herren wenigstens ihr endgültiges Urteil über das System noch zurückhalten, bis sie die Handhabung in zwei oder drei Wochen einmal gesehen haben.

Herr W o l t e r s , zu Seite 69: Unter 7 der ordentlichen Ausgaben für das Straßenreinigungsinstitut ist aufgeführt: Pachtgeld für Ländereien beim Grundwasserwerk zur Futtergewinnung = 500 *M*, während bei der Einnahme der Wasserwerke hierfür 800 *M* angegeben sind. Das ist so zu erklären: Die Wasserwerke haben ihren Etat früher aufgestellt als das Straßenreinigungsinstitut. Nun hat das Straßenreinigungsinstitut nur 500 *M* geboten, und infolgedessen steht hier die kleinere Summe. Wie sich der Streit lösen wird, wollen wir abwarten.

Zu Seite 71: Die Gruppen Einnahme und Ausgabe stehen hier jetzt gesondert verzeichnet, während sie früher nur in einem Nettobetrag auf der Ausgabenseite standen. Diese Trennung hat zum ersten Male zur Folge, daß das gesamte Bild des städtischen Stats, die gesamten Einnahmen und Ausgaben, um einen bedeutenden Betrag — fast um eine Million — höher sind als früher. Erwähnenswert ist auch, wenn auch nicht in dem Maße zutreffend wie in dem Staatshaushaltsetat, daß immer die Einnahmen aus den Ausgaben gesondert vorgezogen und im Etat gewertet stehen. Beim Staatshaushalt kommt mitunter der Fall vor, daß bei einer größeren Einnahme, als sie veranschlagt war, auch die gesamte Ausgabe unberechtigterweise gegen den Voranschlag größer werden kann, indem es da heißt: Nachdem die Einnahme größer ist, können wir auch größere Ausgaben machen. Deshalb hat der Staatshaushalt auf Wunsch der Landesversammlung eine Trennung eingeführt. Natürlich kommt für uns eine solche Rücksicht nicht in Frage, aber es ist doch ganz gut, wenn Einnahme und Ausgabe, wie es geschehen ist, gesondert durchgeführt sind.

Zu Seite 75: Es war in der Finanzkommission eine längere Debatte darüber, ob für den Aufzug 2800 *M* (II 2 b aa) in der Tat ausgegeben werden

sollen oder nicht. Man hatte geglaubt, er wäre wohl entbehrlich, aber es wurde seitens der Sachverständigen und seitens des Magistrats darauf hingewiesen, daß die augenblickliche Benutzung der Bibliothek zu wünschen übriglasse und der Grund dafür der sei, daß die Herbeischaffung der einzelnen Bücher nicht so prompt geschehen könne, als das besuchende Publikum es haben möchte, denn es müßte auf den folgenden Tag vertröstet werden. Wenn nunmehr ein Bücheraufzug angelegt wird, so wird es möglich sein, den Wünschen des Publikums sofort zu entsprechen, und damit hofft man, eine fleißigere Benutzung der Bibliothek zu fördern. Diesen Gründen hat sich die Finanzkommission angeschlossen und empfiehlt, den Posten stehen zu lassen.

Herr Stegmann, zu Seite 80: Vor etwa zwei Monaten habe ich einen Antrag gestellt, betreffend den Erlaß der Desinfektionskosten. Der Antrag ging dahin, die Desinfektionsgebührenordnung dahin zu ändern, daß die Desinfektion für alle Einwohner mit einem Einkommen bis zu 1500 *M* frei und mit einem Einkommen bis 2000 *M* auf Antrag frei gewährt werde. Die Verhandlungen über die Erledigung dieses Antrages wurden in der Kommission abgebrochen, weil befürchtet wurde, daß, wenn die Stadt einseitig beschließen würde, die Gewährung des Staatszuschusses in Frage käme. Herr Stadtrat von Frankenberg stellte außerdem in Aussicht, daß die Sache in der nächsten Zeit geßlich geregelt werden würde. Ich erlaube mir nun, bei dieser Gelegenheit anzufragen, wie die Sache jetzt steht.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Soweit mir bekannt ist, wird die Angelegenheit den Landtag in nächster Zeit (Zuruf: Morgen!) beschäftigen. Insbesondere hat Herr Sanitätsrat Roth dieser Sache sehr große Aufmerksamkeit zugewendet. Der Herr Oberbürgermeister bestätigt mir, daß sich der Landtag morgen damit beschäftigen wird. Ich empfehle also Herrn Stadtverordneten Stegmann das Studium der Landtagsverhandlungen.

Herr Fröhling, zu Seite 87: Ich habe zu meiner Freude in der Zeitung gelesen, daß der Landtag 25 000 *M* zur Erbauung eines Schwesternhauses für das Rote Kreuz bewilligt hat. Wie den Herren allen bekannt ist, handelt es sich dabei darum, ein Wohnhaus für die Schwestern anzubauen, nicht etwa um eine Erweiterung des Krankenhauses. Die Schwestern sind jetzt in unzweifelhaft wenig günstiger und unzureichender Weise in dem alten Krankenhause untergebracht, teilweise schlafen sie in größerer Anzahl zusammen in einem Raume, der eigentlich als Krankenjaal gedacht ist. Über die Verhältnisse ist der Magistrat zweifellos informiert, da eines seiner Mitglieder dem Vorstande des Roten

Kreuzes angehört. Die Schwestern haben einen schweren Beruf und haben für ihre ruhige Zeit ein angemessenes Heim nötig, wo sie sich erholen und stärken können. Der Vorstand des Roten Kreuzes hat deshalb diesen Bau für durchaus notwendig befunden, aber ihm fehlen die dazu nötigen Mittel. Wie Sie wissen, ist die ganze Anstalt durch freiwillige Mittel entstanden, und solche stehen jetzt nicht mehr zur Verfügung. Da die Zahl der Schwestern sich stetig vergrößert, so sollen und müssen jetzt Räume für wenigstens 50 Schwestern geschaffen werden. Ich möchte daran erinnern, welchen großen Segen die Schwesternpflege in der Stadt und ihrer Umgebung bildet, an die vielen Familien, in denen die Schwestern in schweren Stunden Hilfe und Trost gebracht haben. Es ist wohl eine Pflicht der Stadt und aller derer, die diese Hilfe und diesen Trost genossen haben, auch helfend einzugreifen. Wenn nun der Landtag in hochherziger Weise 25 000 *M* bewilligt hat, so ist es auch Pflicht der Stadt, auch ihrerseits einen angemessenen Zuschuß der Anstalt zur Verfügung zu stellen. Da es sich um eine so große Zahl von Schwestern handelt, so ist mit 25 000 *M* nicht viel zu machen, unter 75 000 *M* kann das Haus gar nicht gebaut werden, denn es wird beinahe ein kleines Hotel werden müssen. Ich möchte nun anfragen, wie der Magistrat sich dazu stellt, hierzu einen Zuschuß dem Roten Kreuz zu gewähren. Ich habe darnach im Etat gesucht, aber nichts gefunden; es ist ja möglich, daß ich mich irre und der Posten sich noch an anderer Stelle findet. Sollte das aber nicht der Fall sein, so möchte ich anfragen, ob der Magistrat eventuell die Absicht hat, einem an ihn herantretenden Wunsche des Vorstandes des Roten Kreuzes durch Bereitstellung der Mittel zu entsprechen. Anderenfalls möchte ich beantragen, an dieser Stelle noch einen Zuschuß für das Schwesternhaus in Höhe von 50 000 *M* zu bewilligen; ob aus dem Ausgleichsfonds oder aus dem Ordinarium, ist unwesentlich. Ich würde vorschlagen, die Beihilfe aus dem Ausgleichsfonds zu entnehmen.

Herr Oberbürgermeister K e t t e n e r: Ich glaube, ich kann namens des Magistrats ohne weiteres erklären, daß er, wie er ja schon bisher das Schwesternhaus vom Roten Kreuz durch ein einmaliges Darlehen und eine laufende Summe alle Jahre kräftig unterstützt, wenn das Bedürfnis sich herausstellt, für die Schwestern ein Unterkunftshaus zu erbauen, seinerseits bereit sein wird, nach Kräften zu helfen. Aber ohne weiteres die Summe hier einzustellen, dazu kann ich nicht raten. Es dürfte doch, wie ich meine, Aufgabe des Vorstandes sein, uns das Bedürfnis klarzumachen, d. h. ein Gesuch an uns zu richten und uns zu sagen, was er zu bauen beabsichtigt. Was erreichen Sie denn damit, wenn Sie jetzt in den Etat gegen den Willen des Magistrats 25 000 *M* einstellen? Wir im Magistrat können doch nicht ohne weiteres bewilligen, was wir gar nicht kennen. Daß eine solche Summe, die sich in ähnlicher Höhe, wie der Staatszuschuß be-

läuft, nicht zu hoch ist, will ich für meine Person ohne weiteres anerkennen. Auch wenn der Ausgleichsfonds infolge der starken Belastung für Schulbauten erheblich zurückgegangen ist und noch mehr aus dem Grunde, weil wir ihm nicht viel zuführen konnten wegen der Bauten für die Gas- und Wasserwerke, so können wir doch jetzt erwarten, daß der Ausgleichsfonds in nächster Zeit wieder recht anständig wachsen wird, und dann spielen 25 000 *M* gar keine Rolle. Mir persönlich würde es sogar recht sein, wenn wir mehr verwilligten. Ich möchte anheimgeben, die Sachen nicht mit dem Etat zu verquicken; der Herr Vorredner kann überzeugt sein, daß das keine hinterhältige Finesse sein soll. Man könnte für diesen Zweck auch die Mittel der Füdels-Stiftung sehr gut heranziehen, denn solche Sachen hat der verstorbene Kommerzienrat Füdel von Herzen gern unterstützt. Ich glaube, wenn alle Kräfte zusammenwirken, so kann das Haus binnen aller kürzester Zeit erbaut sein.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Da ich Mitglied des Magistrats und mit Herrn Baurat Frühling zusammen auch Mitglied des Vorstandes des Schwesternhauses zum Roten Kreuz bin, so nimmt Herr Baurat Frühling gewiß auch von mir gern die Zusicherung entgegen, daß ich nach Kräften für jede Besserstellung der Wohnungsverhältnisse der Schwestern eintreten werde, ebenso wie wir im Verein mit den geehrten Herren bemüht sind, für diejenigen Schwestern vom Roten Kreuz, die im städtischen Krankenhause ihr Zimmer haben, eine bessere Unterkunft zu schaffen. Es wird in nächster Zeit eine Vorlage gemacht werden können, daß auf dem Brunonia-Grundstück hierfür Räume zur Verfügung gestellt werden.

Herr F r ü h l i n g: Die Erklärung des Magistrats genügt mir vollkommen und da sich, wie ich hoffe, aus der Versammlung kein Widerspruch gegen die Sache erheben wird, glaube ich konstatieren zu können, daß auch die Versammlung auf dem gleichen Standpunkte steht, und daß es dem Magistrat deshalb leicht gemacht wird, in nächster Zeit die gewünschte Summe zu bewilligen. Ich bemerke aber, um einen Irrtum zu vermeiden, daß ich nicht von 25 000, sondern von 50 000 *M* gesprochen hatte. (Seiterkeit.)

Herr N a j c h e, zu Seite 92: Es ist mir von gut unterrichteter Seite mitgeteilt worden, daß die Staatsbahnverwaltung in größeren Städten, in denen eine gut organisierte Feuerwehr besteht, zu dieser große Zuschüsse gibt, und ich möchte anregen, ob es nicht möglich ist, daß der Magistrat bei der Staatsbahnverwaltung vorstellig wird, um hier für uns einen Zuschuß zur Feuerwehr zu erwirken.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e y e r: Ich möchte Herrn Stadtverordneten Rasche bitten, mir einmal Unterlagen für solch einen Antrag zu geben. Vorläufig kann ich mir kein Bild davon machen, daß die Staatsbahnverwaltung dazu bereit ist. Wenn das aber in anderen Städten der Fall ist, bin ich gern dazu bereit, auch hier Schritte in dieser Richtung zu unternehmen.

Herr E c k h a r d t: Die Eisenbahnverwaltung unterhält hier eine eigene Feuerwehr. Deshalb wird ein solcher Antrag zwecklos sein.

Herr W o l t e r s, zu Kap. VIII 4: Tatsächlich wird vom Staate nicht nur im laufenden Jahre 1911/12, sondern auch bis auf weiteres die Zuzahlung des Achtels hintangehalten. Es ist den Herren bekannt, daß darüber ein Prozeß im Gange ist. Tatsächlich wird der zurückgehaltene Betrag einen Ausfall im Ordinarium bedeuten. Von dem Achtel des Betrages von 142 496 M = 17 812 M werden $\frac{2}{3}$ gezahlt werden, aber $\frac{1}{3}$ wird abgezogen werden, so daß uns eine Differenz von 6000 M entsteht.

Zu Seite 93: Der Lohnsatz für die Oberfeuerwehrmänner ist von 1600 M auf 1700 M erhöht, wie den Herren bekannt ist. Über die Lohnsätze ist im Beigleitschreiben Seite 13 ausführlich berichtet.

Zu Seite 99: Es ist in der Kommission darüber verhandelt, ob man den Posten von 4000 M für Auswechslung von 20 Unterflurhydranten gegen Oberflurhydranten entbehren könnte. Es ist schon früher beschlossen, daß die sämtlichen noch bestehenden Unterflurhydranten im Laufe der Jahre ausgewechselt werden möchten, und zwar in Rücksicht darauf, daß im Winter bei Frost und Schnee diese Unterflurhydranten nicht schnell genug zu öffnen sind. Man hatte aber diesen Posten früher nicht in den Etat gestellt, und es sind bis jetzt einmal außerordentlich für 1909/10 6000 M dafür bewilligt. Ich glaube, es ist richtig, diesen Posten bestehen zu lassen, da er uns für die Zukunft nicht erspart bleiben kann. Die Anzahl der Unterflurhydranten ist noch recht groß, und wir haben für die Umänderung noch einen ziemlichen Geldaufwand zu leisten. Einer Anregung, für jetzt einen Aufschub stattfinden zu lassen, ist nicht stattgegeben, dagegen einem Antrage, die 360 M für die Schreibmaschine zu streichen. Aber die Herren, die dafür waren, meinten, das Plenum würde doch wohl wieder den Posten einstellen. In Rücksicht darauf verzichtete auch die Finanzkommission darauf, diesen bedeutenden Posten zu streichen.

Herr F r i e d e, zu Seite 101: Ich möchte bei dieser Position wieder in Anregung bringen, daß Bedürfnisanstalten für die Frauen eingerichtet werden,

denn wir sind in Braunschweig nur recht schwach damit versehen, und man hört darüber allgemeine Klagen durchklingen, wenn die Frauen es auch persönlich nicht sagen, daß es ihnen unangenehm ist, daß nicht mehr davon vorhanden sind. Ich möchte den Magistrat bitten, in Aussicht zu nehmen, uns Vorschläge darüber zu machen. Es braucht nicht in jedem Bezirke eine solche Anstalt errichtet zu werden, aber wir haben nur zwei oder drei davon, und das ist für Braunschweig wirklich zu wenig.

Herr W o l t e r s, zu Seite 107: Für Instandsetzung verschiedener Straßen des vormaligen allgemeinen Pflasterfonds ist nur die Summe von 46 000 M ausgelegt gegen 60 000 M im Vorjahre und 53 000 M wirkliche Ausgaben für 1910/11. Das ist geschehen in Rücksicht auf die gespannten Verhältnisse des Etats.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Anregung geben, daß für Vergebung der Bauarbeiten sowohl hier wie im Extraordinarium demnächst die bestehende Deputation zur Vergebung von Bauarbeiten eifrig herangezogen werden möge.

V o r s i t z e n d e r: Die auf Seite 107 aufgeführten 46 200 M für Instandsetzung verschiedener Straßen sind mit Annahme des Etats nicht endgültig bewilligt, sondern stehen zur Verfügung der städtischen Behörden.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e h e r: Das ist nicht richtig. Die laufenden Unterhaltungskosten sind uns immer bewilligt, für die anderen aufgeführten Instandsetzungsarbeiten wird der Magistrat Ihnen Projekte vorlegen.

Herr F r ü h l i n g: Zu der Bemerkung des Referenten, bezüglich der Heranziehung der Deputation für Vergebung der Bauarbeiten möchte ich bemerken: Ich kann dem nur zustimmen, daß die Deputation nicht sehr häufig in Anspruch genommen wird. Ich habe mich gewundert, daß wir uns in der Deputation seit sehr langer Zeit überhaupt nicht mehr zu sehen bekommen haben. Wegen Hochbauten bekommen wir höchst selten eine Vorlage. Die Arbeiten müssen also wohl in sehr kleinen Stücken vergeben werden, was mit unseren Bestimmungen nicht ganz in Einklang zu bringen ist, ebenso bekommen wir auch keine Abrechnung über diese Arbeiten. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir in der Deputation mehr in Anspruch genommen würden.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e n e r: Die Frage, die der Herr Vorredner angeschnitten hat, ist nicht einfach zu beantworten. Die Grundsätze für Heranziehung der Deputation sind von Ihnen ausgegangen, speziell von Herrn

Stadtverordneten Frühling. Sie haben darin aufgenommen, daß Posten bis zu 5000 *M* von der städtischen Bauverwaltung allein vergeben werden könnten. Wenn nun die Kostenanschläge aus den verschiedensten Positionen bestehen, dann kann das dahin führen, daß schließlich auch bei größeren Sachen nichts durch die Deputation vergeben wird. Wenn das anders gemacht werden soll, so müssen Sie beantragen, daß die Grundsätze für Vergabung der Bauarbeiten geändert werden. Man kann aber unmöglich sagen: Der Bau als solcher kostet ja und so viel, und nun wird die Sache in eins vergeben. Das ist technisch nicht auszuführen. Man vergibt zuerst die Maurerarbeiten, dann die Zimmerarbeiten usw. Wollte man alles auf einmal vergeben, so bezweifle ich, daß das praktisch ausführbar sein würde. Wenn Sie die Summe von 5000 *M* heruntersetzen wollen, so habe ich nichts dagegen. Ich bezweifle aber, daß die städtische Bauverwaltung irgendeinen Posten allein vergeben hat, dessen Betrag höher als 5000 *M* ist; darin sieht sie sich schon vor. Die Abrechnungen gehen den Herren Stadtverordneten zu. Daß in letzter Zeit keine Abrechnungen fertig geworden sind, liegt daran, daß wir in den letzten Jahren in bezug auf Bauten ein langsameres Tempo eingeschlagen haben. Große Bauten hat die Hochbauverwaltung überhaupt nicht ausführen lassen, wenigstens ist mir im Augenblick kein solcher bekannt. Die städtische Bauverwaltung hat sich im wesentlichen beschränkt auf die Instandsetzung der Schulen, und die übrigen Bauten sind noch nicht abgerechnet, weil sie noch nicht vollständig abgeschlossen sind.

Herr Riecke: Gelegentlich eines Antrages, der hier gestellt wurde, das Kieselsteinpflaster zwischen dem Landschaftlichen Hause und der Martinikirche zu beiseitigen, erklärte der Herr Oberbürgermeister, das Pflaster sei immer noch gut, und wer da nicht gehen möge, solle wegbleiben. Ich bin auch dafür, daß erst die Verkehrsstraßen gepflastert werden, und nenne als Beispiel dafür die Schöppenstedterstraße. Die finde ich hier nicht aufgeführt, trotzdem sie ein schlechtes Pflaster hat. Ich möchte deshalb beantragen, die Sparjamkeit nicht so weit zu treiben, daß Sie die Pflasterung dieser Straße weglassen, auch schon in Rücksicht darauf, daß die städtischen Arbeiter im Hause sitzen und keine Arbeit haben. Es ist ihnen erklärt, es wäre kein Geld für solche Arbeiten vorhanden. Ich glaube nicht daran, auch wenn die Reichstagswahlen 1912 anders ausgefallen sind, als man es wohl gewünscht hat, daß Sie deshalb im Jahre 1912/13 keine Arbeit mehr haben, denn ich schätze unsere Behörden nicht dahin ein, daß sie sich auf einen solchen Standpunkt stellen. Immerhin ist es bemerkenswert, daß jetzt keine Arbeitsgelegenheit da ist. Wenn keine Arbeitsgelegenheit geschafft wird, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß von 50 Arbeitern 15 fasten müssen.

Herr Fr ü h l i n g: Ich habe auch nicht geglaubt, daß die städtische Bauverwaltung direkt gegen die Bestimmungen gehandelt hätte, sondern bin auch überzeugt davon, daß die großen Bauten einfach in genügend viele kleine Teile geteilt sind. Es ist aber durchaus nicht im Sinne der damaligen Bestimmungen, daß zusammenhängende Bauten in so viel einzelne Teile zerlegt werden, daß die Teile unter dem Betrage von 5000 M bleiben und auf diese Weise von der städtischen Bauverwaltung allein verdungen werden können. Das ist auch seinerzeit bei der Beratung dieses Punktes hervorgehoben; dieser Fall wäre wohl möglich, aber er wird nicht vorkommen, wurde damals gesagt. Eine Herunterziehung der Summe würde auch nichts nützen, es würde dann eben weiter geteilt werden. Dagegen muß der Sinn der Verordnung festgehalten werden, daß eine solche Zerteilung von zusammenhängenden Bauten in einzelne Teile, die dann der Zustimmung der Deputation nicht unterliegen, nicht stattfinden soll. Wenn eine Erläuterung der Bestimmungen dahin ergeht, daß die größeren Bauten, die zusammen 5000 M überschreiten, nach diesen Bestimmungen behandelt werden sollen, dann ist nach meiner Meinung eine Herunterziehung des Betrages nicht nötig.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e n e r: Wie es scheint, habe ich mich nicht ganz deutlich ausgedrückt. Ich habe nicht etwa sagen wollen, daß die städtische Bauverwaltung das Manöver gemacht habe, daß sie Schlosserarbeiten, die zu vielleicht 6000 M veranschlagt waren, in zwei Lose zerlegt hätte und zunächst Arbeiten für 3000 M und hinterher noch einmal Arbeiten für 3000 M ausgeschrieben habe. Das ist mir nicht in den Sinn gekommen. Die Sache liegt so: Wenn die Maurer-, Zimmerer-, Schlosser- und andere Arbeiten vielleicht 20 000 M ausmachten und auf jede Kategorie von Arbeiten weniger als 5000 M entfielen, dann bin ich allerdings überzeugt, daß die städtische Bauverwaltung berechtigt war, nach ihrem Belieben die Arbeiten zu vergeben. Ich wüßte nicht, wie wir es anders machen sollten, wenn wir nicht die Einzelsummen unter 5000 M herunterziehen.

Herr W o l t e r s: Die Herabziehung des Betrages, die seitens des Herrn Oberbürgermeisters in Erwägung gezogen wird, würde ich nicht empfehlen. Es würde damit der Sinn, der damals bei Abfassung dieses Statuts gemeint ist, nicht getroffen werden. Es liegt eine Herabziehung des Betrages nicht in unserem Interesse, und es würde dadurch eine kolossale Inanspruchnahme der Herren, die der Deputation angehören, herbeigeführt werden. Sofern die Bestimmungen in der Weise gehandhabt werden, daß gewerkweise verfahren wird, und wenn man bedenkt, daß in einem Etatsjahre für $\frac{1}{2}$ Million Bauten ausgeführt werden, so müßte man annehmen, daß die Benutzung der Deputation häufiger ein-

treffen müßte. Denn ich kann mir nicht denken, daß diese vielen einzelnen Bauten, ja allein die Maurer- und Erdarbeiten bei diesen vielen Hochbauten, wie auch die Lieferungen für die Straßenbauten, besonders für Asphaltstraßen, die Summe von 5000 *M* nicht überschreiten. Ich glaube, daß dies doch sehr häufig der Fall ist, und nur für die Zukunft — ich will gar nicht von der Vergangenheit sprechen — möchte ich anregen, daß nach diesen Gesichtspunkten verfahren werden müsse.

Herr Bürgermeister Meyer: Soweit die Straßenbauten in Betracht kommen, muß ich annehmen, daß immer korrekt verfahren ist. Der Hauptwert, der bei den Straßenbauten in Frage kommt, liegt in dem zu verwendenden Material, und die Herren wissen, daß bei Beginn des Etatsjahres die Deputation zur Vergebung der Bauarbeiten zusammentritt, um über die Beschaffung dieses Materials sich schlüssig zu werden. Es werden die Proben der Steine vorgelegt und dann die Steine für das ganze Jahr nach dem, was auf Grund des Etats an Arbeiten zu erwarten ist, bestellt. Wenn nachher die Arbeiten zur Ausführung kommen, sind hohe Aufwendungen nicht nötig, weil das ganze Material schon beschafft ist.

Was die Anregung des Herrn Niese anlangt, die Pflasterung der Schöppenstedterstraße betreffend, so kann ich mitteilen, daß noch eine ganze Reihe von Straßen anfänglich für die Neupflasterung in Aussicht genommen war, daß sie jedoch später abgesetzt sind, weil wir glaubten, dafür keine Mittel zu haben. Daß zufällig der Wohlweg und der Hagenicharrn bevorzugt sind, das hängt ausschließlich damit zusammen, daß an diesen Straßen das Behördenhaus gebaut ist und nach Abbruch der Gerüste die Neubefestigung der Fußwege und der Fahrbahn notwendig wird. Es wird eine andere Einteilung im Querschnitt der Straßen erforderlich werden, und das bedingt die Zustandsetzung derelben.

Herr Frühlings: Ich kann mich nur den Ausführungen des Herrn Dr. Wolters anschließen. Ich bin auf die Sache nur eingegangen, weil der Herr Referent vorgeschlagen hat, in Zukunft die Deputation mehr heranzuziehen. Auch ich beabsichtige nicht, die Prüfung rückwirkend zu machen oder, wie Herr Bürgermeister Meyer meint, der Bauverwaltung irgendeinen Vorwurf zu machen, daß sie nicht korrekt vorgegangen wäre. Ich glaube vielmehr, daß es an der Zerteilung liegt, und befinde mich in dieser Hinsicht in Übereinstimmung mit dem Herrn Oberbürgermeister und mit dem Herrn Referenten. Ich bin der Meinung, daß die Auffassung dieser Paragraphen so gewesen ist, wie ich hier heute ausführte. Ich habe den Wortlaut allerdings nicht hier, es kommt auch darauf nicht an. Ich will in keiner Weise einen separaten Standpunkt einnehmen. Es wird genügen, nachdem die Sache hier in Anregung gebracht ist, wenn der Magistrat eine Verfügung über die Handhabung dieser Bestimmung

gen an die Bauverwaltung erläßt, die dem entspricht, was mit der Bestimmung beabsichtigt ist. Dem wird auch die Verjämmlung zustimmen.

Herr W o l t e r s , zu Seite 127: Hier sind die beiden Diplomingenieure neu eingefügt.

Zu Seite 135: Es ist in der Kommission angeregt, ob es nicht durch irgendwelche Vereinbarung möglich ist, diese Summe 1, 9000 *M* für Reinigung der Diensträume des Rathauses, ohne der Sauberkeit im Hause Eintrag zu tun, zu ermäßigen. Es ist nicht zu verkennen, daß dieser Betrag doch recht hoch ist.

Zu Seite 138/39: Hier haben Sie die Zusammenstellung. Die gesamten Einnahmen betragen 6 350 700 *M* gegen 5 178 500 *M* im Voranschlag 1911/12, die Ausgaben 6 559 000 *M* gegenüber 5 319 300 *M* im vorjährigen Etat. Diese Differenz ist so zu erklären, daß eine Anzahl Kapitel — besonders sind es das Rieselgut Steinhof und das Unterrichtsweisen — nunmehr die Einnahme und Ausgabe getrennt buchen. Aber wenn dies auch nicht berücksichtigt wäre, so würde immerhin die Ausgabenmenge noch größer sein als im vorigen Jahre.

B. Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben.

Herr W o l t e r s , zu Seite 149: Die Verfügungssumme zum Ankauf von kleineren Grundflächen behufs Regulierung von älteren Straßen wird sich erheblich verringern (ebenso war es auch im Exekutionsetat 1910/11). Das wird zumal geschehen, da beschlossen ist, grundsätzlich diese Begradigung der Straßenaufsucht nicht mehr in früherer Weise vorzunehmen, sondern mehr die ungleichen Linien, die architektonisch reizvoll sind, bestehen zu lassen.

Herr S a n d e r , zu Seite 151: Hier steht: Durchbruchstraße zwischen Lange-straße und Hintern Brüdern 10 400 *M*. Darnach soll diese Straße endgültig ausgebaut werden. Ich möchte auf den jetzigen Zustand der Straße hinweisen. Ich halte den Ausbau dieser Straße, wenn der Zustand der anliegenden Häuser so bleibt, wie er heute ist, für unnötig. Ehe hierfür nicht etwas geschehen ist, braucht die Straße wirklich nicht in besserer Weise ausgebaut zu werden. Ich möchte bei der Gelegenheit die Frage an den Magistrat richten, ob sich niemand gemeldet hat, der Bauten hier ausführen will. Es ist doch den betreffenden Unternehmern versprochen, ihnen entgegenzukommen.

Herr Bürgermeister M e y e r : Wir werden unterscheiden müssen zwischen Unternehmer und Anlieger. Ein Unternehmer ist überhaupt noch nicht dage-

weisen, obgleich es bekannt geworden ist, daß die städtischen Behörden wünschen, daß eine Neubebauung eintritt. Wohl aber habe ich wiederholt mit fast sämtlichen Anliegern, die in Betracht kommen, verhandelt, insbesondere mit den zwei Anliegern der Langenstraße. Diese sind grundsätzlich gern bereit, Neubauten aufzuführen, aber es sind schwierige wirtschaftliche Verhältnisse zu überwinden, die es nicht ermöglichen, den Bau so auszuführen, wie es im Interesse der Stadt wohl nötig wäre. Ich sehe keinen Weg, der zu einem Ziele führen könnte. Es ist seinerzeit aus der Stadtverordnetenversammlung heraus der Wunsch laut geworden, es sollte eine gewisse einheitliche Bebauung angestrebt werden, aber ich weiß nicht, wie wir der Lösung in dieser Weise näher kommen könnten, wenn nicht von Seiten der Stadt direkt Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden.

Herr Stegmann, zu Seite 150: Obgleich der Herr Oberbürgermeister als Erwiderung auf die Anregung des Herrn Dr. Jasper darauf hingewiesen hat, daß der Bau von Kleinwohnungen seitens der Stadt nur ein Versuch sein sollte, möchte ich doch noch einige Worte dazu sagen. Ich halte es für viel zu gering, daß man mit 80 000 M die ersten Versuche macht. Ich gebe zu, daß man mit einem Versuche vorsichtig sein muß, aber dieser Betrag steht doch in keinem Verhältnisse zu der bei uns herrschenden Wohnungsnot. Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Große Wohnungen werden in Menge gebaut, aber Wohnungen unter 300 M werden verhältnismäßig wenig geschaffen. Wo sollen da die Mieter der kleinen Wohnungen bleiben? Statistisch läßt sich die Zahl der Leute, die kleine Wohnungen suchen, nicht feststellen, aber wenn Sie sich beim bevorstehenden Umzuge erkundigen, werden Sie erfahren, daß wieder zahlreiche Familien auf der Straße liegen werden, die gerade solche Kleinwohnungen haben müssen. Ich möchte, da in Aussicht gestellt ist, daß die Bau- und Finanzkommission in Kürze zusammentreten soll, dringend anheimgeben, diesen Mißstand zu berücksichtigen und etwas mehr für Kleinwohnungsbau auszugeben. Andererseits möchte ich erwähnen, daß bei dem Antrage Kiefe wegen des Baues solcher Wohnungen durch die Stadt nicht daran gedacht war, daß nur städtische Beamte und Arbeiter in diesen Wohnungen untergebracht werden sollen. Herr Kiefe hat sich ja schließlich damit einverstanden erklärt, aber es wäre erwünscht, daß man in dieser Hinsicht weitergeht, und daß man im allgemeinen kleine Wohnungen herstellt. Es kommt ja in gewisser Weise auf dasselbe hinaus, wenn man zunächst für die städtischen Arbeiter Wohnungen schafft, da andere Wohnungen dadurch frei werden. Aber wenn man bei den Industriewerken fragt, die Wohnungen für ihre Arbeiter gebaut haben, welche Erfahrungen mit den Wohnungen gemacht sind, so wird man hören, daß immer eine gewisse Abhängigkeit für

die Arbeiter damit verbunden ist, die hier von uns vermieden werden könnte. Ich möchte die Kommission bitten, dies in Erwägung zu ziehen.

Herr Sander: Die Auskunft des Herrn Bürgermeisters betreffs der Durchbruchstraße ist bedauerlich. Der Zustand kann unmöglich so fortbestehen, wie er augenblicklich ist. Sehen Sie sich diese Baracken an, die dort stehen. Es ist wohl schon um etwas besser geworden, nachdem ein Anlieger der Langenstraße eine Wand mit Ziegeln hat abdecken lassen. Aber Hintern Brüdern ist bei dem Stiftsgebäude ein Brandgiebel, der halb in das andere Haus hineingebaut ist, und das sieht fürchterlich aus. Eine Mauer ist halb eingefallen und nur notdürftig repariert. Es muß auf alle Fälle hier etwas geschehen. Der rechte Wert der Durchbruchstraße wird meiner Ansicht nach allerdings erst kommen, wenn der Durchbruch weiter fortgesetzt ist. Ich möchte bitten, das im Auge zu behalten.

Herr Bürgermeister Meyer: Es tut mir leid, in dieser Hinsicht nichts in Aussicht stellen zu können. Der Werdegang der Angelegenheit ist doch so gewesen: Der Magistrat hatte Ihnen eine Vorlage unterbreitet, die Durchbruchstraße in ganz bestimmter Lage in den Ortsbauplan aufzunehmen. Das haben die Stadtverordneten abgelehnt. Sie wollten erst abwarten, ob aus einer möglichen Bebauung sich eine andere Lage der Straße ergebe, und wenn ein günstiges Resultat sich erreichen ließe, so sollte darnach die Festlegung der Straße erfolgen. Deshalb besteht noch bis heute kein Ortsbauplan für die Straße. Es wäre möglich, daß die Straße hart an das jetzige Haus kommt. Wer kann das heute wissen? Sie können unmöglich dem Anlieger zumuten, daß er mit Rücksicht auf diese völlig unklare Zukunft schon irgendwelche Mittel aufwendet.

Herr Wolters: Wenn hier im Etat steht, daß zur Beschaffung billiger Wohnungen für städtische Arbeiter und Beamte 80 000 M aufgewendet werden sollen, so entspricht dies nur dem gemeinschaftlichen Beschluß der städtischen Behörden. Allerdings ist der Antrag Riefe ursprünglich weiter gegangen. Herr Riefe hatte allgemein auf den Bau billiger Wohnungen seinen Antrag bezogen wissen wollen, aber in seinem vollen Umfange hat ihn die Versammlung nicht anerkannt und sich darauf beschränkt, zunächst den Versuch zu machen mit den Wohnungen für städtische Arbeiter. Das ist die Stellungnahme der Versammlung gewesen. Wenn hier gesagt wird, daß 80 000 M eine zu geringe Summe sei, so erinnere ich daran, daß dies nur ein Griff ist, und daß der Etat nur mit annähernden Summen operieren kann. Es ist zum Teil aus dem Extraordinarium, zum Teil aus dem Ausgleichsfonds ein Zuschuß in Aussicht ge-

nommen, das lehre in Rücksicht dessen, daß mutmaßlich keine Rente von dem vollen Werte zu erwarten ist und daher das Extraordinarium nicht allein belastet werden kann. Es steht nichts im Wege, daß selbst im Laufe des Etatsjahres nach Ausgabe dieser 80 000 M weitere Bauten errichtet werden. Es steht ferner nichts im Wege, daß bei günstigen Erfahrungen die Versammlung auch für andere Einwohner solche Wohnungen schafft. Aber das in den Etat zu stellen, möchte ich nicht empfehlen.

Herr Frühl ing: Bezüglich des Durchbruchs der Langenstraße stelle ich mich ganz auf den Standpunkt des Herrn Sander, daß es keinen Zweck haben wird, die Straße auszubauen, wenn sie in dem Zustande bleibt, wie sie jetzt ist. Aber andererseits bin ich auch der Ansicht, daß es Zeit ist, daß der Zustand jetzt beseitigt wird. Das Warten und Warten kann nicht helfen. Es muß unter allen Umständen ein Weg gefunden werden, sei es durch einen Unternehmer, oder sei es durch Eingreifen der Stadt. Die Gegend eignet sich für kleine Wohnungen eventl. müssen wir sehen, Terrain hinzuzukaufen, und die Straße dann selbst ausbauen. Wenn wir die 10 400 M jetzt bewilligen, erhalten wir keine Vorlage wieder. Deshalb bin ich für Streichung dieser 10 400 M, damit uns eine Vorlage gemacht wird mit einem weiter gehenden Vortrage. Aufgehoben wird dann allerdings die Instandsetzung der Straße, aber es empfiehlt sich dies statt den jetzigen Zustand zu verewigen.

Herr Riecke: Es ist sehr bedauerlich, daß damals der Antrag, der das weiter gehende Projekt befürwortete, eine Straße zu bauen, die bis zur Kupferzwete hingehen sollte, abgelehnt wurde. Es schien, als wenn das der Behörde zu viel war, 100 000 M à fonds perdu zuzuschießen. Wenn ich mir vergegenwärtige, was andere Städte bewilligen, um Luft und Licht in enge Viertel zu bringen, und daß wir die Maßnahmen für das Gesundheitswesen im allgemeinen und mit Recht so hoch schätzen, da wäre es auch hier am Platze gewesen, die Mittel auszugeben. So, wie die Straße heute liegt, kann sie auch nicht bleiben, und man muß sich wundern, daß sich nicht jemand bequemen will, die alte Baracke abzureißen und ein schönes Haus dem Stifte gegenüberzustellen. Dann würde auch die Straße so werden, wie sie sein müßte. Ich möchte wieder darauf zurückkommen, daß im Ortsbaustatut festzustellen ist, die Straße weiterzuführen und zu wünschen, daß die Stadt weitere Mittel dafür aufwendet.

Zu dem Betrage von 80 000 M für die Kleinwohnungen bemerke ich: Es ist richtig, ich habe den Antrag in weiter gehender Form gestellt, und ihn damit begründet: Wenn die Stadt nur erst ihre Pflicht so weit erfüllt, daß sie für ihre Bauten Wohnungen schaffen würde, dann würde die Wohnungsnot in etwas er-

ledigt, so daß die Leute Wohnungen bekommen können. Wenn hier noch so schön geredet wird und es stehen nur 80 000 *M* im Etat, so kommen wir nicht weiter mit denjenigen, die heute noch im Elend hocken, und beim Umzug werden wohl hundert Familien ohne Wohnung bleiben. Sie mögen nur den Baurat Röttcher fragen. Der wird Ihnen bestätigen: Es waren fünf Frauen da, ordentlich angezogen, die alle Männer haben, die wohl Miete bezahlen können und wollen, aber die Hausbesitzer wollten, sie sollten keine Kinder haben. Nur deshalb sollten sie 450 *M* für eine Wohnung auf der Gördelingerstraße aufwenden. Es ist ihnen weiter kein Rat erteilt, als sie sollten eine Notlüge gebrauchen und sagen: „Wir haben keine Kinder.“ Damit hilft man niemand auf. Ich glaube, das nächste Abkommen wäre das gewesen, daß man mit der Baugenossenschaft, die mit Geldern der Invaliditätsversicherung arbeitet, ein Abkommen getroffen hätte. Diese Genossenschaft baut die billigsten Kleinwohnungen, das steht fest. Daß die Stadt selber bauen soll, darauf bin ich nicht gekommen. Ich denke an den Bau auf der Leopoldstraße, wie teuer uns der gekommen ist. Wenn ein Abkommen mit der Baugenossenschaft getroffen wäre, dann könnte die Sache heute schon im Gange sein, der Boden schon ausgehoben und zu bauen angefangen sein. Dann konnte der Magistrat eine Probe machen. Was plant man denn? Wenn man auch im Hopfengarten Einfamilienhäuser bauen will — dafür ist auch Bedarf vorhanden, und es ist ein idealer Standpunkt —, so schaffen Sie damit die Wohnungsnot nicht ab. Geredet haben wir nun genug darüber, es wäre nun die höchste Zeit, daß wir anfangen, die Not zu beseitigen. Ich möchte eine Wette machen, wenn wir mit dem Bahnhofsbau zu Stuhle kämen und Arbeiter herkämen, so müßten wir Baracke über Baracke aufstellen, damit diese Arbeiter Wohnung bekämen. So sieht die Sache heute aus. Trotzdem der Wegzug aus der Stadt größer ist als der Zuzug, trotzdem haben wir Wohnungsmangel. Dazu müßte endlich Stellung genommen werden, damit die Sache Hand und Fuß hat und endlich dem Mangel abgeholfen wird. Ich will nichts verlangen, was unbillig wäre, aber das wäre denn doch die Pflicht der Stadt.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e r: Was zunächst die 10 400 *M* betrifft, deren Streichung Herr Baurat Frühling beantragt hat, so möchte ich anheingeben, die Sache dadurch zu erledigen, daß der Zusatz gemacht wird: „Zur Verfügung der städtischen Behörden.“

Den Antrag des Herrn Nieke betreffend, kann ich verraten, daß der Magistrat seinerzeit in Aussicht genommen hat, bei dieser gemeinschaftlichen Beratung der Kommissionen die Frage zur Erörterung zu bringen, ob es richtig ist, die Baugenossenschaft kräftiger als bisher mit Kapital zu unterstützen. Weiter wird

die Stadt nichts tun können. Wenn insbesondere Herr Kiefe auf den Bahnhofsbau hinweist und meint, mit Rücksicht auf die größeren Arbeitermassen, die hier hergezogen würden, sollte die Stadt für weitere Wohnungen sorgen, so halte ich das für ein gefährliches Experiment, denn dadurch würden wir wahrscheinlich die fremden Arbeiter hier festhaft machen, und das Heer der Arbeiter, von dem einer der Herren sprach, die nichts zu tun hätten, würde dadurch vermehrt werden. Wenn die hiesigen Arbeiter nicht ausreichen sollten, um die großen Arbeiten auszuführen, und es nötig werden sollte, fremde Arbeiter zuzuziehen, dann meine ich allerdings, daß Baracken durchaus am Platze sind, um die hiesigen Arbeiter nicht zu schädigen.

Herr Meyerhoff: Ich möchte nur über die Durchbruchstraße jagen: Wenn die Stadt nicht tief in den Säckel greift, wenn sie nicht die Leute unterstützt, die Anlieger sind, für sie nicht Kapitalien billig hergibt und sie von den Straßenbaukosten befreit, so ist, wie ich die Situation kenne, nichts zu erwarten. Ich habe mir auch einmal, um die Sache in Fluß zu bringen, alle Mühe gegeben, einen Anlieger zum Bauen zu bewegen. Aber ich habe eingesehen, der Mann kann einfach nicht bauen, weil er nachher viel weniger Erlös aus seinem Grundstücke haben wird, als heute. Es wäre richtig, die 80 000 M. ausgeworfener Gelder für die Kleinwohnungen hier zu verwilligen, es wäre vielleicht auch mit der Hälfte geschehen. Die Leute, die hier bauen wollen, wollen auch nur solche Kleinwohnungen bauen. Wenn wir auf Privatleute warten, so ist eine Änderung des Zustandes eine reine Unmöglichkeit. Das wäre für die Anlieger beinahe ebenso, wenn sie anfangen zu bauen, als wenn man sie von Haus und Hof jagte. Deshalb möchte ich bitten, der Frage näher zu treten, wie es möglich wäre, daß die Leute unterstützt werden.

Herr Wolters: Der Anregung des Magistrats entsprechend möchte ich beantragen, zu beschließen, daß die 10 400 M. nur zur Verfügung der städtischen Behörden gestellt werden. Mit anderen Worten: Es wird uns über die Verwendung der Summe erst eine Vorlage kommen.

Herr Frühlings zieht seinen Antrag zugunsten dieses Antrages zurück. Die Versammlung ist mit dem Antrage des Herrn Wolters einverstanden.

Herr Sander, zu Seite 152: Es steht hier unter B b: Instandsetzung des Bienröderweges zwischen Wasserwerkgrundstück und den Schunterwiejen. Einen Ausbau dieser Straße hinter dem Wasserwerke halte ich nicht für notwendig. Es wäre vielleicht notwendiger, daß man die Schöppenstedterstraße ausbaute.

Wir werden niemals in die Lage kommen, von diesem entlegenen Gebiet Straßenbaukosten einzuziehen.

Voranschläge der mit der Kammereikasse durch Zuschuß oder Überchuß in Verbindung stehenden Kassen.

I. Kieselgut Steinhof.

Herr Wolters, zu Seite 164: Es hat sich jetzt auch die Größe der Landverpachtung vermehrt; wie die geehrten Herren sehen, sind wir auf 222 Hektar gekommen, das ist gegenüber dem Jahre 1901/02 mehr als das Doppelte, denn damals waren 104 ha verpachtet. Aus den einzelnen Ergebnissen sehen die Herren, daß der Wechsel in der Bewirtschaftung, der seit einer Reihe von Jahren eingetreten ist, sehr vorteilhaft gewesen ist. Es ist finanziell vorteilhafter gewesen, zu verpachten, als eigene Wirtschaft zu treiben. — Zurückkommend auf eine Anfrage wegen des Einspruches, der seitens des Landratsamts Jfenhagen gegen die Verieselung des preußischen Gebiets erhoben ist, möchte ich bemerken, daß eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen ist.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Eine Entscheidung über die Angelegenheit steht noch aus, ist aber von solcher Wichtigkeit, daß der Magistrat Ihnen den ganzen Schriftwechsel nahezu wörtlich im Verwaltungsbericht vorführen wird.

Herr Wolters, zu Seite 166: Die Stelle des Verwalters ist nicht wieder in den Etat eingesetzt, sie soll eingespарт werden. Vielleicht ist es möglich, in Zukunft das Personal noch weiter zu vermindern.

Zu Seite 167: Es wurde in der Finanzkommission gemeint, daß das Kieselgut nicht neue Pferde anschaffen sollte, sondern seinen Bedarf an Pferden aus abgängigen Pferden des Straßenreinigungsinstituts beziehen möchte. Das ist allerdings nicht schön für die Herren, die damit wirtschaften müssen, denn es ist feiner, neue Pferde zu kaufen; aber für die Kasse ist es angenehm. Die Herren, die genötigt sind, einen großen Pferdebestand zu halten, werden wissen, daß kleinere Landwirte abgängige Pferde aus der Stadt, die pflastermüde sind, mit großer Freude ankaufen. Diese Tiere sind ja nicht mehr, wie der Kaufmann sagt, primum, aber sie können auf dem Lande noch recht gut arbeiten. Wenn wir 1910/11 3 145 M für neue Pferde ausgegeben haben, so ist es berechtigt, zu sagen, daß diese Ausgabe ermäßigt werden müßte.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e n e r: Ich möchte hierzu bemerken, daß Herr Dr. Wolters als Besitzer von über hundert Pferden ganz genau weiß, daß sich beim Pferdekauf mit 1200 M nicht viel machen läßt, deshalb haben wir auch schon den Weg beschritten, den Herr Dr. Wolters angibt. Wenn Sie nach dem Nieselgute herauskommen wollen, so werden Sie lauter bekannte Gänge wiederfinden, die voll und ganz ihre Schuldigkeit tun und sogar noch vor dem Kutschwagen gehen. Es sind alte Pferde darunter, die noch von Herrn Kommerzienrat Züdel angekauft sind. Es wird also in der Beziehung kein Luxus getrieben. Nur in einer Beziehung allerdings haben wir Luxus getrieben, und dadurch kommt der hohe Posten von 1910/11 heraus. Wir haben in der Deputation den Wunsch gehabt, und ihn auch durchgeführt, eine kleine Pferdezucht anzulegen, und ich kann wohl sagen, mit dem besten Erfolge. Allerdings war dazu nötig, eine gute Zuchstute zu kaufen. Die Deputation hat das einstimmig angenommen, und ich bin überzeugt, daß sich bei dem reichlichen Futtervorrat und den schönen Wiesen mit großartigen Paddocks mit der Zeit auch Vorteile aus dieser Pferdezucht erzielen lassen. Wenn die Herren einmal herauskämen, würden sie an den Fülln ihre helle Freude haben.

Herr W o l t e r s: Nach dieser Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters ist wohl zu erwarten, daß in Zukunft auch „für Pferdezucht“ ein Einnahmeposten zu erwarten ist. (Heiterkeit.)

Zu Seite 168: Wenn hier steht: Überschuß 43 000 M , so ist doch kein Überschuß aus dem Nieselgute vorhanden, denn es sind in die Ausgaben nicht eingerechnet:

1. Die Zinsen für das Anlagekapital. Die Zusammenstellung vom 6. September 1909 gibt dieses auf 2 775 920 M an, und wenn 4 Prozent Zinsen gerechnet werden, so sind das allein über 100 000 M ,
2. die Anlagekosten der Hauptdruckrohrleitung mit 370 000 M ,
3. die Anlagekosten der Pumpstation mit 523 000 M ,
4. die jährlichen Betriebskosten der Pumpstation mit rund 35 000 M .

Es ist also aufs deutlichste zu betonen, daß wir einen Überschuß aus der Bewirtschaftung des Nieselguts nicht haben.

Voranschläge für die städtischen Schulen.

Herr W o l t e r s, zu Seite 171: Es ist darauf verzichtet worden, hier anzuführen, was in den letzten Jahren angegeben ist: Was kostet der Stadt Braunschweig ein jeder Schüler? Diese Aufgabe ist im allgemeinen eine rechnerische.

Sollte Wert darauf gelegt werden, diese Zahlen zu erhalten, so würde der Referent über den Etat es ausarbeiten müssen, oder es würden mit Unterstützung der städtischen Bureaus diese Zahlen ermittelt werden. Das letztere würde wohl das Richtigere sein. Die Zahlen könnten in das Begleitichreiben aufgenommen werden.

Zu Seite 183: Unter 14 finden Sie eine Summe als Vergütung für bestimmte Leistungen, ebenso unter 22, ebenso sind auch in den nachfolgenden Etats an einigen Schulen Vergütungen an Lehrer der Hilfsschule und an Schulinspektoren bezahlt. Diese Frage ist im Landtage in bezug auf die staatlichen Beamten behandelt, und man ist übereingekommen, daß dies Vergütungsweisen nicht aufrechterhalten werden dürfe. Wenn ein Beamter seinen Posten im Hauptamt ausfüllt, so ist er eigentlich nicht imstande, noch weitere Arbeiten zu übernehmen, ohne Schaden an seiner Gesundheit zu haben. Sollte er aber in seinem Hauptamte nicht voll beschäftigt sein, so ist eine Vergütung nicht am Platze. Es trifft dies hier ja nicht in der Weise zu, wie es in den im Landtage zur Sprache gekommenen Fällen in Frage gekommen ist, denn im großen und ganzen sind dort Vergütungen zur Sprache gekommen, die innerhalb des Hauptberufs liegen. Unsere Schulinspektoren erhalten nur deshalb eine besondere Vergütung, weil sie gegenwärtig nicht verpflichtet sind, an der Gewerbe- und Handelsschule Unterricht zu erteilen. Wenn man überhaupt städtischerseits an eine Änderung dieses Vergütungsweises herangehen wollte, so könnte also erst später, bei allgemeinen Gehaltsregelungen, darauf Rücksicht genommen werden. Augenblicklich hat es keinen Zweck, diese Frage zu behandeln. Ich möchte Sie aber wenigstens angeregt haben.

Zu Seite 196: Im Begleitichreiben ist schon gesagt, daß die Besuchszahl wesentlich zurückgegangen ist, seit drei Jahren ist ein Rückgang von fast 1000 eingetreten. Er ist hervorgerufen durch das Gesetz vom 28. Juli 1910 über den Beginn der Schulpflicht, in dem es heißt: „Die Verpflichtung zum Besuche der Gemeindeschule beginnt mit dem Anfang des Schuljahres für alle Kinder, welche das 6. Lebensjahr entweder alsdann vollendet haben oder bis zum 30. Juni einschließlich vollenden werden.“

Zu Seite 197: Der frühere Staatszuschuß betrug 117 000 M. Die Mehrauswendungen gegenüber 1898 betragen 130 769,23 M.; davon trägt der Staat 65 Prozent = 85 000 M., daher erscheint als gesamter Betrag 202 000 M.

Zu Seite 202: Das Begleitichreiben sagt über die Anzahl der beschäftigten Lehrer folgendes: Als im vorigen Jahre die Gehaltserhöhung beschlossen wurde,

ist zugleich auch an eine Verringerung der Anzahl der Lehrkräfte gedacht. Man glaubte 14 Lehrerstellen durch Vermehrung der Pflichtstundenzahl der Lehrer zu ersparen. Eine solche Einsparung wird auch im Laufe der Zeit kommen, aber bis jetzt hat eine Sparung an den eigentlichen Lehrerstellen noch nicht eingeführt werden können, weil eine Menge Hilfslehrer direkt vor der Anstellung stehen. Man konnte ihnen die Anstellung nicht verweigern, deshalb wird die Anzahl der Lehrer dieselbe bleiben und wahrscheinlich auch im nächsten und nächstfolgenden Jahre noch nicht kleiner werden. Dagegen wird in den nächsten Jahren eine größere Anzahl von Hilfslehrern nicht angestellt werden, und so besteht die Ersparnis einstweilen so: Es wird nur eine Differenz für nicht eingestellte Hilfslehrer erspart, und der eigentliche Effekt unseres Beschlusses wird erst nach einigen Jahren eintreten, wenn sämtliche 14 Lehrerstellen erspart sind.

Herr Stegmann: Wie der Herr Referent ausgeführt hat, ist mit der Gehaltserhöhung der Lehrer im vorigen Jahre eine Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Lehrer verbunden, wodurch 14 Lehrkräfte erspart und 42 000 // erübrigt werden sollen. So wünschenswert die Ersparnis im Interesse unserer Finanzen ist, so glaube ich, daß sie hier am unrechten Flecke gemacht werden soll. Unser Bestreben muß dahin gehen, die Schulverhältnisse nach Möglichkeit zu verbessern, nicht nur in den Lehrzielen, sondern auch nach der Klassenfrequenz hin. Da meine ich, es wäre jetzt eine Gelegenheit gewesen, die Frequenz der Schulklassen herabzusetzen. Es wird mir eingewendet werden: Die Schülerzahl gehe schon seit einigen Jahren zurück und sei schon seit Ostern 1909 um 970 zurückgegangen, und dadurch sei schon eine wesentliche Verringerung der Schülerzahl in den Klassen eingetreten. Aber trotzdem gibt es nach dem letzten Schulbericht noch eine Anzahl Klassen, in denen über 50 Schüler vorhanden sind. In den unteren Bürgerichulen befinden sich durchschnittlich in den 5. Klassen 50 Schüler, in den 4. 52, in den unteren Mädchenichulen beträgt der Durchschnitt in den 4. Klassen 49, in den mittleren Knabenichulen in den 6. und 5. Klassen 49, in den 4. Klassen 55. Wenn man dann andererseits berücksichtigt, daß eine Anzahl Klassen mit 39 — 49 Schülern vorhanden sind, so daß die Durchschnittszahl etwa 44 ist, so sollte es nicht vorkommen, daß eine Anzahl Klassen mit über 50 Schülern vorhanden sind. Wir können nicht sagen: Rein rechnerisch beträgt die Pflichtstundenzahl soundso viel, deshalb können einige Stellen eingehen, sondern man müßte eine Anzahl Klassen neu schaffen, um diejenigen Klassen, die eine höhere Frequenz haben, in dieser herabzusetzen. Selbstverständlich kann hier nicht ausführlich darauf eingegangen werden, und ich möchte nur eine Anregung geben und bitten, daß die in Betracht kom-

menden Instanzen sich damit beschäftigen, damit eine Änderung vorgenommen wird. Wie gesagt: Sparbarkeit ist gut, aber nicht am unrichtigen Orte.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Durch Erhöhung der Schülerzahl Lehrer einzusparen, wäre auch nach meiner Ansicht verkehrt. Der Schulvorstand hat im allgemeinen als Höchstzahl 50 Schüler festzusetzen beschlossen. Das läßt sich natürlich nicht ganz streng durchführen, denn es würde nur dann möglich sein, wenn an der betreffenden Schule noch Klassenzimmer frei sind. Wenn die Sache aber so liegt, daß in der betreffenden Schule kein Klassenraum mehr frei ist und man vor die Frage gestellt wird: „Soll man in einer Klasse zeitweilig ein paar Schüler mehr als 50 zulassen?“ dann wird man es tun, wenn eine wesentliche Verschiebung mit einem weiteren Schulwege für die Kinder verbunden sein würde. Im übrigen hat der Schulvorstand beschlossen, an der Normalzahl von 50 festzuhalten.

Herr W o l t e r s, zu Seite 213: Im vorigen Jahre hatte die geehrte Versammlung einen Antrag der Finanzkommission angenommen, der dahin lautet: „Die Finanzkommission bittet den Magistrat, zu erwägen, ob nicht durch Unterstützung der Schulbüchereien die Schundliteratur bekämpft werden könnte, eventl. eine Vorlage zu machen.“ Heute ist näheres aus dem Etat nicht zu ersehen. Die Finanzkommission bittet nur, daß die Versammlung den Antrag aufrechterhält.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Der Bericht darüber ist heute von dem Herrn Schuldirektor eingegangen. Der Schulvorstand wird sich in seiner nächsten Sitzung damit beschäftigen, und der Stadtverordnetenversammlung wird eventl. demnächst eine besondere Vorlage darüber zugehen.

Herr F r e d e, zu Seite 216: Unter a ist hier die Rede von der Beschaffung eines neuen Trinkbrunnens für den Schulhof in der Mädchenbürgerschule an der Eßternstraße. Es wird sich da handeln um einen Trinkbrunnen nach dem Dortmund's System, wie ich ihn auf der Hygiene-Ausstellung in Dresden gesehen habe. Der Brunnen ist so beschaffen, daß aus einem Becken in schräger Richtung nach oben ein Wasserstrahl hervorspringt. Der Wasserstrahl bricht sich oben, der Schüler hält seinen Mund darüber und fängt den Strahl auf, er bedarf also zu seiner Erquickung keines Trinkbeckers. Es steht auch in dem Begleit Schreiben, daß sich die in dieser Ausführung in den Schulen an der Reichstraße und am Südklente im vorigen Jahre hergerichteten Trinkbrunnen in jeder Beziehung bewährt haben. Diese Brunnen haben bedeutende Vorzüge gegenüber den bis jetzt bestehenden, bei denen die Leitung mit mehreren Hähnen

versehen ist. Die Kinder haben in den Klassen der unteren Bürgerschulen 3 bis 4 Trinkbecher, die gemeinsam benutzt werden müssen, und das ist vom hygienischen Standpunkte aus durchaus nicht gutzuheißen. Zudem sind die Trinkbecher in kurzer Zeit abgängig, sie sind verrostet, verbeult, und die Kinder trinken dann in der Weise, daß sie den Mund an den Leitungshahn legen. Das kann man natürlich noch viel weniger gutheißen. Ich möchte die Bitte aussprechen — einen Antrag möchte ich nicht stellen —, daß mit der weiteren Einführung dieser neuen Trinkbrunnen möglichst schnell vorwärtsgesgangen würde, so daß in kürzester Zeit womöglich alle Schulen damit versorgt werden.

Herr Wolters, zu Seite 222: Die Aufwendungen für die Gebäude sind in diesem Jahre recht ausgiebig vorgeesehen. Ich verweise auf das im Begleitschreiben hierzu Gesagte. Der Magistrat behält sich vor, im Laufe des Rechnungsjahres größere Beträge für die Instandsetzung der Schulhöfe zu fordern.

Zu Seite 229: Auch auf die Gebrauchs- und Einrichtungsgegenstände soll eine erheblich höhere Summe verwendet werden als im Vorjahre.

Zu Seite 232: Den Voranschlag der städtischen Fortbildungsschule können wir übergehen, die bezügliche Vorlage ist noch bei der Finanzkommission in der Vorberatung.

Zu Seite 237: Betreffend das Gehalt des Schuldirektors Professors Leizen hat das Landgericht zu Ungunsten, das Oberlandesgericht dagegen zu Gunsten der Stadt Braunschweig entschieden. Der Prozeß hat sich darum gedreht, ob dem Direktor Leizen das Höchstgehalt oder nur ein Gehalt von 8500 M gebührt.

Herr Hartung, zu Seite 241: Bei Kap. I B 1 a ist aufgeführt: „20 Stunden wöchentlich an drei Lehrer (Buchführung, Rechnen, Deutsch) 2000 M“. Zu dieser Position möchte ich bemerken: Es ergibt eine rechnerische Nachprüfung, daß für die Lehrer an der städtischen Mädchenfortbildungsschule pro wöchentliche Stunde eine Jahresentschädigung von 100 M gewährt wird. Ein Vergleich mit den Entschädigungen der Lehrer an der Knabenfortbildungsschule ist aus dem Etat nicht ohne weiteres möglich. Es liegt aber, wenn ich recht berichtet bin, die Sache so: Die Lehrer an der Knabenfortbildungsschule bekommen anfangs pro Wochenstunde 75 M, nach 4 Jahren erhöht sich der Betrag auf 90 M, nach weiteren 4 Jahren auf 105 und nach fernerem 4 Jahren auf 120 M. Es ist nun Tatsache, daß die drei Lehrer an der Mädchenfortbildungsschule zum Teil viel länger tätig sind, als nötig wäre, damit sie den höchsten Satz von 120 M erhalten, dennoch haben sie ständig weniger erhalten als die

Lehrer an der Knabenfortbildungsschule. Sie haben auch mehrfach um Erhöhung der Entschädigung gebeten, sind aber im wesentlichen darauf verwiesen, daß bei der Regelung der Entschädigung für den Unterricht an der Knabenfortbildungsschule auf ihr Gehalt zurückgekommen werden sollte. Der Magistrat steht also auf dem Standpunkte, diese Herren etwas anders zu behandeln als die Lehrer der Knabenfortbildungsschule, und es ist erklärlich, daß die Betreffenden eine gewisse Zurücksetzung darin sehen. Der Gegenstand des Unterrichts ist doch derselbe, es handelt sich um Buchführung, Rechnen und Deutsch in beiden Schulen, und es wird nicht gesagt werden können, daß etwa der Unterricht an sich hier leichter wäre, als in der Knabenfortbildungsschule. Es mag sein, daß auf manche Ausschreitungen weniger zu rechnen ist, schließlich haben doch aber die angehenden jungen Damen auch manche Zerstreuungen, die der Aufmerksamkeit in der Schule schädlich sind. Man wird also nicht einsehen können, weshalb diese Lehrer an der Mädchenfortbildungsschule ungünstiger in ihrer Vergütung gestellt werden sollen, als die übrigen Lehrer. Ich möchte den Antrag stellen, um eine Ausglei chung zu erhalten, den Posten B a von 2000 M auf 2400 M zu erhöhen und den Magistrat zu ersuchen, diese Lehrer den an der Knabenfortbildungsschule gleichzustellen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich glaube, die wohlwollende Absicht, die aus den Worten des Herrn Vorredners spricht, wird hinreichend berücksichtigt werden, wenn ich hier verspreche, daß ich die Sache gern in der nächsten Sitzung des Schulvorstandes der städtischen Mädchenfortbildungsschule, dem auch Herren aus der Versammlung angehören, vorbringen werde. Die Erhöhung in der Weise, wie der Herr Vorredner vorgeschlagen hat, würde die betreffenden Herren doch nicht zu dem ersehnten Ziele führen. Beschließt nachher der Schulvorstand der Mädchenfortbildungsschule eine derartige Erhöhung nicht, so werden sich die Herren immer noch an den Magistrat und die Stadtverordneten wenden und die Herren hier immer noch über die Sache beschließen können.

Da mir gerade in dieser Angelegenheit das Wort zu steht, so nehme ich gerne die Gelegenheit wahr, die Herren freundlichst einzuladen, am nächsten Sonntage in der Zeit von 12—1 Uhr in der Bürger Schule an der Wilhelmstraße die Schülerarbeiten aus der Mädchenfortbildungsschule anzusehen. Wir haben mit Zustimmung der geehrten Herren den Haushaltungsunterricht wesentlich erweitert, und die Herren werden vielleicht ihre Freude haben, wenn sie die aufgestellten Sachen ansehen.

Herr Hartung: Nach der Äußerung des Herrn Stadtrat von Frankenberg halte ich meinen Antrag nicht aufrecht.

Voranschlag der Armenkassa.

Herr *Wolters*, zu Seite 256: Betreffs der Aufwendungen für die Gebäude ist in der Finanzkommission ein Wunsch geäußert, wie er im vorigen Jahre schon ähnlich ausgesprochen wurde. Er war hervorgegangen aus dem Gefühl, daß man die Aufwendungen, soweit es mit der Ausgestaltung des Instituts als solchen vereinbar ist, in mäßigen Grenzen halten möchte. Man hat nicht etwa die Absicht, etwas von den aufgeführten Posten zu streichen, aber man glaubt, durch eine Behandlung, wie sie im vorigen Jahre gedacht ist, Vorteile zu erzielen. Die Finanzkommission beantragt also, von diesen Posten für das alte und neue Krankenhaus diejenigen, die 1000 *M* übersteigen, einer Beschlußfassung der Baukommission in Gemeinschaft mit dem Magistrate zu überlassen.

Herr *Stadtrat von Frankenberg*: Ich habe von dieser Anregung der Finanzkommission dem Magistrate Mitteilung gemacht, und der Magistrat hat seinerseits keine Bedenken dagegen, daß so verfahren wird. Persönlich möchte ich zur Erwägung stellen, den ersten Punkt: „Erneuerung des Anstriches der Wand- und Deckenflächen in den Flurgängen und den beiden Treppenhäusern“ nicht auch in derselben Weise zu behandeln. Ich möchte annehmen, daß auch der bewährte Rat der Kommission schwerlich an der Sache etwas ändern könnte.

Vorsitzender: Ich möchte doch bitten, daß wir einen generellen Beschluß fassen und keine Ausnahme machen, daß wir also sagen: alle Posten über 1000 *M* werden noch einmal der Baukommission vorgetragen und gelten dann als genehmigt.

Herr *Henking*: Wenn damit ein weiteres Hinausschieben der notwendigen Arbeiten verbunden sein sollte, so möchte ich mich entschieden dagegen aussprechen. Ich habe gestern Gelegenheit genommen, mit dem Oberarmenarzt im städtischen Krankenhaus die betreffenden Baulichkeiten und Veränderungen anzusehen, und meine, daß sie dringend notwendig sind. Ich schließe mich ganz den Wünschen der Herren Ärzte an, daß endlich Ruhe ins Haus kommt, denn die baulichen Veränderungen sind schon seit langer Zeit im Gange. Deshalb bitte ich: Lassen Sie uns diesmal Abstand von dem Antrage der Finanzkommission nehmen und die im Etat ausgeworfenen Summen sogleich bewilligen.

Herr *Wolters*: Der geehrte Herr Vorredner wird in der Beziehung ohne Sorge sein können. Es wird weder in der Absicht der Baukommission liegen,

etwas zu streichen, noch wird durch die Vorlegung der Entwürfe eine Verzögerung eintreten. Außerdem müssen auch Vorlagen und Zeichnungen noch angefertigt werden. Es bedarf nur einer Berufung der Baukommission, um eine sofortige Erledigung zu erreichen.

Herr Henning: Unter dieser Voraussetzung will ich keinen Antrag stellen, wenn ich die Sicherheit habe, daß die notwendigen Änderungen ohne Unterbrechung beendet werden. Es ist allerdings eine dringend notwendige Sache, daß die Krankenzimmer endlich in Ordnung gebracht werden.

Der Beschluß der Versammlung wird entsprechend dem Antrage der Finanzkommission gefaßt.

3. Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushalts für 1912/13.

Herr Wolters: Ich bitte jetzt zurückzugehen auf Seite 112. Die geehrten Herren sehen hier einige auffallende Veränderungen. Z. B. betragen die Reste aus dem Vorjahre 55 000 M gegen 15 000 M des Vorjahres. Dies ist dadurch hervorgerufen, daß wir in diesem Jahre bereits am 31. Mai die Staatshauptkasse abschließen. Infolgedessen ist die Summe der Reste größer als nach den früheren Abschlüssen vom 31. August. Es ist heute im Landtage Veranlassung genommen, die hier in der Versammlung mehrfach geäußerte Bitte an die Regierung auszusprechen, daß die Zuschüsse des Staates an die Stadt möglichst rechtzeitig zur Ablieferung kämen, und daß ferner möglichst der Abschluß des Stadthaushalts früher als bisher fertiggestellt werden möge. Bestimmte Erklärungen darüber liegen nicht vor. Die Herren wissen, daß die Erfüllung dieser beiden Bitten, um einen klareren Überblick über das städtische Rechnungswesen zu gewinnen, recht wünschenswert ist. Wir können selbstverständlich den Etat auch heute berechnen, wenn wir uns die Mühe geben, bei der Exekution alle Posten, die dadurch noch fehlen, daß der Staat später abschließt, sorgfältig und mühselig zusammenzuziehen, aber das finanzielle Bild wäre doch klarer für jeden, der sich diese Mühe nicht machen kann, wenn uns die vertraglich zustehenden Leistungen des Staates zur rechten Zeit gezahlt werden.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich benutze die Gelegenheit zur Mitteilung an die geehrten Herren, daß die neuen Steueraussschreiben eine weitere Vereinfachung zeigen werden, darin, daß für Staats- und Gemeindegroßsteuer ein zusammengezogenes, einheitliches Ausschreiben erfolgen wird, und daß bei den Steueraussschreiben, auf denen die Einkommensteuer und die damit zusammenhängenden Steuern vorhanden sind, besondere Vordrucke sich finden werden,

um die Vierteljahrsquittung zu erteilen. Die einzelnen Beträge sind schon durch das Steuerbureau mit Zuhilfenahme einiger Überstunden ausgerechnet. Ich hoffe, mit dieser Mitteilung die Herren angenehm überraschen zu können.

Herr Wolters: Der Anschlag für die Gemeindeeinkommensteuer mit 2 750 000 *M* wird jedenfalls überschritten werden.

Hier finden Sie auch zum ersten Male einen Posten für den Anteil am Reinertrage des Elektrizitätswerkes. Er tritt ein, wenn die Dividende 6 Prozent überschreitet.

Der Antrag auf Seite 33 des Begleitschreibens geht dahin:

den vorgelegten und im vorstehenden begründeten und erläuterten Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1912/13 festzustellen und die Zustimmung dazu zu erteilen, daß im kommenden Jahre

an Gemeindeeinkommensteuer 10½ Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle,

an Gemeindegrundsteuer 7,5 Prozent vom Grundsteuerkapitale und

an Gewerbesteuer 75 Prozent der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuer ausgeschrieben werden.

Es sind dieselben Sätze wie bisher. Die Finanzkommission beantragt Zustimmung hierzu.

Die Versammlung stimmt dem Magistratsantrage zu.

Voranschlag der städtischen Gaswerke.

Herr Wolters: Wir haben im Zeitraum von 6 Jahren die Produktion um rund 1 Million Kubikmeter erhöht. Das finanzielle Ergebnis des laufenden Jahres bewegt sich in den Grenzen des Vorjahres. Es ist also trotz der höheren Gasabgabe nicht ein höherer Gewinn eingetreten. Gechägt wird der Gewinn einschließlich der Rückstellungen auf 500 000 *M*, gegenüber den vorjährigen von 505 000, 527 000, 513 000, 506 000, 541 000 und 480 000 *M*. Wenn der Gewinn trotz der höheren Gasabgabe nicht so hoch in die Erscheinung tritt, so ist das teilweise begründet darin, daß wir für Hausleitungen Kosten ausgegeben haben, die nicht eriezt werden. Da aber für die Zukunft solche großen Ausgaben nicht wiederkehren, so ist bei Aufrechterhaltung der jetzigen Produktion auf einen höheren Gewinn als 500 000 *M* mit aller Wahrscheinlichkeit zu rechnen. Im übrigen möchte ich bemerken, daß trotz der Mehrproduktion die Kohlenkosten nicht erheblich höher gewesen sind. Sie betragen 560 000 *M* gegenüber 556 000 *M* des Vorjahres.

Über die Seiten 266—269 ist allgemein zu sagen, daß auch hier wieder die gesonderte Buchführung eingetreten ist, also Einnahme und Ausgabe gesondert geführt sind.

Die Betriebslöhne sind auf 116 000 *M* (gegen 165 000 *M* im Vorjahre) veranschlagt.

Zu Seite 271: „Chemiker N. N. 3 600 *M*“ ist in der Finanzkommission angeregt, man möge der endgültigen Anstellung dieses Chemikers nähertreten. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß durch fortlaufende Analyse der Kohlen eine Kontrolle ermöglicht wird über die Kohlenlieferungen, die zwischen 5- bis 600 000 *M* im Jahr betragen. Auf diese Weise sind mindertwertige Lieferungen leicht festzustellen und eventl. Kürzungen vom Kaufpreise zu erreichen. Der Chemiker findet auch in anderer Beziehung eine ausreichende Verwendung, so bei den Untersuchungen des Wassers auf den Wasserwerken.

Herr Stegmann: Ich möchte die Gelegenheit benutzen, einige Worte über die jetzige Beschaffenheit unseres Gases zu sprechen. Als wir im vorigen Jahre darüber berieten, den Zusatz zur Gasbereitung abzuschaffen, wurde bemerkt, daß dadurch allerdings die Heizkraft des Gases etwas vermindert würde, dafür sollte aber die Messermiete abgekauft werden. Es war schon damals die Befürchtung ausgesprochen, daß hierbei die Konsumenten schlecht fahren würden, denn wahrscheinlich würde die Herabminderung der Heizkraft nicht nur einige Prozente betragen, sondern recht groß sein. Diese Befürchtung ist nun zur Wahrheit geworden, denn die Leucht- und Heizkraft des Gases ist in letzter Zeit wesentlich verschlechtert worden, wie jeder Verbraucher konstatieren kann. Einen zahlenmäßigen Nachweis dafür kann ich natürlich nicht erbringen; aber was die Heizkraft des Kochgases betrifft, so wird Ihnen jede Hausfrau bestätigen, daß sie jetzt mehr Gas gebraucht, um beispielsweise ein bestimmtes Quantum Wasser zum Kochen zu bringen. Dementisprechend sind auch die Rechnungen für verbrauchtes Gas größer geworden. Ich will ja nun heute nicht einen Antrag stellen, eine Ermäßigung des Gaspreises vorzunehmen, aber ich möchte doch darauf verweisen, daß es angebracht wäre, entweder eine Ermäßigung des Gaspreises oder eine Verbesserung des Gases eintreten zu lassen. Schon als der Einheitspreis für die beiden Verwendungszwecke des Gases eingeführt wurde, ist das Kochgas verteuert worden, so daß die Kochgaskonsumenten, besonders die kleinen Leute unter diesen, schwer davon betroffen sind. Ich gebe ohne weiteres zu, daß die Einnahmen aus dem Gaswerke für unseren städtischen Etat ganz bedeutend zu Buche schlagen, und daß sie ein Grundstein unserer Finanzen sind. Ich glaube aber andererseits, daß wir auch mehr Konsumenten bekommen würden, wenn das Gas besser und

billiger wäre. Wir dürfen uns nicht auf den Standpunkt stellen: Wir haben einmal das Monopol und können nun den Preis diktieren. Wie jeder andere Geschäftsmann muß auch die Stadt Rücksicht auf ihre Kunden nehmen, wenn sie den Konsum mehren will. Es gibt viele Leute, die heute noch Grubenherde haben; sie würden zweifellos zu dem reinlicheren Gaskochen übergehen, wenn der Preis für das Gas billiger wäre. Das wird Ihnen auf Erkundigungen überall gesagt werden, und vielleicht haben Sie die Erfahrung auch schon selbst gemacht.

Voranschlag der städtischen Wasserwerke.

Herr Wolters, zu Seite 277: In der Einnahme ist eine Trennung beider Werke nicht vorgenommen, wohl aber in der Ausgabe, soweit dies möglich ist.

Die Einnahme aus dem Privateinrichtungsgeßchäft beträgt 200 000 M gegenüber 40 000 M im Vorjahre. Das ist daraus zu erklären, daß in diesem Jahre Einnahme und Ausgabe getrennt gehalten werden.

Zu Seite 280: Der Gewinn des Wasserwerkes hat sich im Rahmen des Vorjahres gehalten, er beträgt 208 000 M für 1911/12, 205 000 M für 1910/11. Soweit sich bis jetzt ein Betriebsergebnis beider Werke zusammenfassend aufführen läßt, hat dieser doppelte Betrieb ein finanziell schlechteres Resultat nicht ergeben. Es hat sich vielmehr der Gewinn auf bisheriger Höhe gehalten; eine bedeutame Tatsache!

Voranschlag des Ausgleichsfonds.

Herr Wolters: Freunde der Leiehalle werden den bisher aufgeführten Posten von 60 000 M vermissen. Es entspricht die Weglassung allerdings einem Beschlusse der Versammlung.

Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß in dem Ausgleichsfonds 179 000 M zur Deckung des anschlagsmäßigen Fehlbetrages des Voranschlages für 1911/12 stehen. Es ist wohl die Hoffnung begründet, daß der Fehlbetrag sich als sehr viel geringer herausstellen, vielleicht ganz verschwinden wird.

Ich nehme an, es braucht hier nicht besonders beschlossen zu werden, daß wir mit der Sache einverstanden sind.

Voranschlag der Umsatzsteuer.

Herr Wolters: Die Einnahme aus der Umsatzsteuer zeigt einen erfreulichen stetigen Rückgang. Anfänglich betrug sie (1905/06) 85 795 M, für 1912/13 ist sie mit 51 000 M angeßetzt. So betrüblich das auch für unsere Finan-

zen ist, so ist es doch erfreulich in bezug auf die Verhältnisse der mittleren Gewerbetreibenden.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich darf bitten, wie alljährlich auch in diesem Jahre die Finanzkommission wieder zu ermächtigen, im Verein mit dem Magistrat die Umsatzsteuer festzustellen, damit wir der Herzoglichen Kreisdirektion Vorschläge machen können.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

Voranschlag der Kanalbaukässe.

Herr Wolters: Im Begleitschreiben ist auseinandergesetzt, daß für das nächstfolgende Jahr die Kanalbeiträge die entstehenden Kosten kaum decken werden und vielleicht schon mit einem Fehlbetrage im Jahre 1911/12 gearbeitet werde. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, daß vor der Hand von einer Erhöhung der Kanalsteuer hat abgesehen werden können, stellt aber die Möglichkeit in Aussicht, daß eine solche Erhöhung eintreten muß. Augenblicklich brauchen wir uns also mit dieser Materie nicht zu beschäftigen.

Es ist der Wunsch ausgedrückt, daß in der Nähe der alten Tennisplätze in Bürgerparke solche Kanaldeckel verwendet werden, die Ausdünstungen nicht durchlassen. Es wäre angebracht, hier solche eine Austauschung vorzunehmen. Überall kann das nicht geschehen, da an irgendwelcher Stelle die Kanäle ausdünsten müssen.

Voranschlag des städtischen Schlachthauses.

Herr Wolters: Ich habe veräumt, mich in der Finanzkommission zu orientieren über die Zinseneinnahmen aus dem Reservefonds des Schlachthauses. Ich kann Zinseneinnahme im Etat nicht finden.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich würde auch ohne die Frage des verehrten Herrn Berichtstatters auf die Frage eingegangen sein. Die Zinsen sind für diesmal wie in den früheren Jahren mit enthalten in III 4: Sonstige Einnahmen. Der Stadtmagistrat ist aber der Ansicht, daß es zweckmäßig sein würde, in Zukunft beim Schlachthause, ähnlich wie bei den übrigen selbstständigen Kassen der Stadtverwaltung, die Rücklagen oder den Reservefonds zahlenmäßig aufzuführen und damit zu rechnen, daß ein bescheidener Überschuß jährlich zu der Rücklage abgeführt wird. Bisher haben wir rechnungsmäßig die Posten so verteilt, daß Einnahme und Ausgabe sich ausglich, um später zu erleben, daß die Einnahmen erheblich über die Ausgaben hinausgegangen waren. Wir

werden also bei dem nächstjährigen Haushaltsplane die Rücklage aufführen. Sie beträgt zurzeit ungefähr 135 000 *M*.

Herr Wolters: Das könnte man schon einen Rezervefonds nennen und ist sehr erfreulich zu hören.

Voranschlag der Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen.

(Ohne weitere Bemerkungen.)

Herr Wolters: Der Magistrat beantragt:

1. Die Voranschläge der ebengedachten Kassen nach Maßgabe des Entwurfs feststellen und gleichzeitig die Zustimmung dazu erteilen zu wollen, daß die Kanalabgabe wiederum auf den diesjährigen Betrag von 2,5 Prozent des Grundsteuerkapitals festgestellt werde,

2. genehmigen zu wollen, daß im laufenden Jahre dem Rezervefonds der Gaswerke nicht — wie vorgehen — 140 000 *M*, sondern nur 40 000 *M* und dem Rezervefonds der Wasserwerke nicht — wie vorgehen — 200 000 *M*, sondern nur 100 000 *M* zugeführt werden.

(Die danach freiwerdenden 200 000 *M* würden alsdann für 1911/12 in den Ausgleichsfonds fließen.)

Die Finanzkommission empfiehlt Zustimmung dazu.

Die Versammlung stimmt den Anträgen zu.

Vorsitzender: Wir danken dem Herrn Referenten für seine eingehende Berichterstattung. Wir gehen nunmehr über zur Festsetzung der Gemeindefkirchensteuer, die wir heute zum letzten Male beschließen.

7. Festsetzung der Gemeindefkirchensteuer.

Herr Leue: Der Stadtmagistrat legt der Stadtverordnetenversammlung den vom Kirchensassenkonvent aufgestellten Voranschlag für 1912/13 der Kasse des Stadtkirchenverbandes vor. Wir brauchen hier auf die Einzelheiten nicht einzugehen, da das nicht unseres Amtes ist. Aus dem Voranschlage ist zu ersehen, daß ein Fehlbetrag von 184 000 *M* vorhanden ist, der durch die Gemeindefkirchensteuer aufzubringen sein würde. Bislang sind 7½ Prozent der Gemeindefeinkommensteuer als Kirchensteuer ausgeschrieben. Bei gleicher Höhe der Auschreibung würde das Ergebnis der Steuer 155 000 *M* sein, und es würde demnach eine Fehlsomme von 29 000 *M* verbleiben. Um diese Fehlsomme auszugleichen, ist eine Erhöhung der Kirchensteuer notwendig. Der Magistrat

schlägt vor, die Kirchensteuer in Höhe von 9 Prozent auszu schreiben, und ersucht die Herren, ihre Zustimmung zur Bemessung der Steuer in dieser Höhe zu geben.

Die Finanzkommission hat sich mit der Angelegenheit befaßt und gibt Ihnen durch mich anheim, die gewünschte Zustimmung zu erteilen.

Die Versammlung ist mit Festsetzung der Gemeindefirchensteuer in der vorgeschlagenen Höhe einverstanden.

8. Abänderung des Projekts für Zustandsetzung der Agidienstraße.

Herr Tolle: Es wird Ihnen wohl bekannt sein, daß die Arbeiten für Zustandsetzung der Agidienstraße in Angriff genommen sind. Bei diesen Instandsetzungsarbeiten hat sich herausgestellt, daß das Niveau in der ursprünglich genommenen Höhe nicht gut durchführbar ist, ohne das Gebäude der apostolischen Gemeinde in ziemlich erheblicher Weise zu beeinträchtigen. Deshalb dürfte es sich empfehlen, von dieser Art der Ausführung Abstand zu nehmen und die Fahrbahn der platzartigen Erweiterung vor dem Gebäude der apostolischen Gemeinde mit einseitigem Gefälle in Anlehnung an die Höhenlage des Gebäudes herzustellen, die Ausführung der endgültigen Fahrbahnhöhe aber bis zur Niederlegung dieses Gebäudes oder bis zur Durchführung der Straße 548 zu verschieben. Es ist nicht abzusehen, daß innerhalb einiger Jahre diese Straße bereits ausgebaut wird. Die städtische Bauverwaltung ist um so mehr dieser Ansicht, das bisherige Straßenniveau einstweilen in der jetzigen Höhe zu belassen, weil die Aufsführung der zuerst in Aussicht genommenen Futtermauer einen Betrag von 820 M beanspruchen würde, während die Kosten der demnächstigen Höherlegung des Platzes nur rund 500 M betragen würden. Wir würden also, wenn wir später einmal die Straße ausbauen wollten, um 300 M billiger wegkommen, als wenn wir heute die Futtermauer ziehen.

Die Baukommission ist ohne weiteres der gleichen Ansicht wie der Magistrat gewesen, und ich möchte Sie in folgedessen bitten, Ihre Zustimmung zu geben, daß das Straßenniveau geändert wird. Der Plan hängt aus, die Kosten sind bereits früher bewilligt.

Die Versammlung spricht ihre Zustimmung zu der vorgeschlagenen Änderung in der Ausführung der Instandsetzungsarbeiten aus.

Der Herr Vorsitzende schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4 $\frac{1}{4}$ —8 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 28. März 1912.

Tagesordnung:

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Antrag des Stadtverordneten Frede auf Einführung einer Filialumschlagsteuer | Seite 779 |
| 2. Geschenke des Regentenpaares an das städtische Museum | " 779 |
| 3. Aufstellung zweier Laternen in der Agidienstraße | " 780 |
| 4. Abänderung des Ortsbauplanes bezüglich der Straße 472a | " 780 |
| 5. Antrag des Stadtverordneten Stegmann, betreffend den Bau einer Fußgängerbrücke zwischen Maschplatz und Pestalozzistraße | " 781 |
| 6. Einrichtung eines Kaufgeldrestes | " 786 |
| 7. Änderung des Ortsbauplanes bezüglich der Straßen 32 und 33 | " 787 |
| 8. Beitrag für den Blindenfürsorgeverein | " 788 |
| 9. Ablehnung einer Haftpflichtforderung | " 789 |
| 10. Vertrag wegen der Verlegung eines Wasserrohres in dem staatlichem Teile der Frankfurterstraße | " 790 |
| 11. Anderweitige Befestigung von Spielplätzen | " 792 |
| 12. Flächenaustausch an der Ecke der Friedrich-Wilhelmstraße und Leopoldstraße | " 801 |
| 13. Ausbau der Alalienstraße und Erklärung derselben zur Ortsstraße | " 803 |
| 14. Antrag des Stadtverordneten Ahmann, betreffend magistratsseitige Mitteilungen über das neue Bahnhofprojekt | " 804 |
| 15. Einsprache gegen die Änderung des Ortskauplanes für das vormalige Elpersche Gebiet | " 815 |
| 16. Stiftung eines Ehrenpreises zum 29. Bundesfeste des Deutschen Radfahrerbundes | " 816 |
| 17. Aufstellung einer Gasglühlichtlaterne und Inbetriebsetzung einer vorhandenen Gaslaterne auf dem Schloßgrundstücke | " 819 |
| 18. Verkauf des an der Wolfenbüttelerstraße gelegenen, zur Markworthschen Familienstiftung gehörigen Hauses | " 821 |

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 19. Antrag des Stadtverordneten Voelchigk: Verbreiterung des Fußsteiges vor dem „Steru“ | 825 |
| 20. Grundsätzliche Beschlufsfassung über die Gründung einer städtischen Studienanstalt. | 825 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Kettemeyer, Bürgermeister Meyer, Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Gölke, Schmidt, Liemann.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt: Ich eröffne die Sitzung und teile mit, daß an mich, als den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, eine Beschwerdechrift von Herrn Georg Bauermeister, betreffend ein Hundesteuererlaßgesuch, eingegangen ist. Es hätte gerichtet werden müssen an die vereinigte Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten. Ich überreiche es dem Magistrate, damit dieser es der vereinigten Versammlung zuführt. — Ghe wir in die Tagesordnung eintreten, wünscht Herr Rasche das Wort.

Herr Rasche: Meine Herren! Ich habe mir erlaubt, die Sitzplätze der Stadtverordnetenversammlung noch einmal anders aufzustellen, und bin dabei davon ausgegangen, daß es möglich sein sollte, daß jeder der Herren den sprechenden Stadtverordneten sehen kann, und dafür gibt diese Anordnung die einzige Möglichkeit. Der Nachteil, den die vorige Aufstellung hatte, war, daß die Herren, die den Fenstern gegenüber saßen, durch die Fenster geblendet wurden. Diesen Nachteil hat jetzt der Magistrat. (Heiterkeit.) Es würde sich doch empfehlen, die Fenster mit Vorhängen zu versehen. Natürlich kann ich da nicht eingreifen und möchte auch nicht, daß ohne Zustimmung des Herren Scheimen Baurats Winter etwas in der Form geschieht. Würde man sich zu der Aufstellung von vor acht Tagen entschließen, bei der der Magistratsstisch in der Mitte des Saales stand, dann würde nicht nur eine Erhöhung der letzten, sondern beider Sitzreihen nötig sein. Bei der heutigen Aufstellung ist nur die Erhöhung der letzten Sitzreihe wünschenswert, damit die Herren über die vor ihnen Sitzenden hinwegsehen können.

Vorsitzender: Ich glaube, es wird richtig sein, einen Beschluß erst zu fassen, nachdem wir die Aufstellung praktisch ausprobiert haben.

Ich erteile zunächst das Wort Herrn Stadtverordneten Frede zur Begründung seines in der vorigen Sitzung eingereichten Antrages.

1. Antrag des Stadtverordneten Frede auf Einführung einer Filialumsatzsteuer.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Einführung einer Filialumsatzsteuer für auswärtige Geschäfte näherzutreten.“

Herr Frede (zur Begründung): Meine Herren! Wie Sie aus dem Wortlaut entnehmen werden, handelt es sich nur um die Filialen auswärtiger Geschäfte; ich hebe das besonders hervor, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen. Die Gründe für meinen Antrag liegen in den Erfahrungen, die ich in der Einschätzungskommission gemacht habe. Ich kann hier selbstverständlich nicht näher darauf eingehen, das wird in der Kommissionsberatung geschehen müssen. Nur so viel erlaube ich mir zu sagen, daß es eine Anzahl auswärtiger Geschäfte gibt, welche hier am Orte seit Jahren Filialen haben, die nicht zur Einkommensteuer heranzuziehen sind, weil diese Filialen behaupten, schon jahrelang ohne jeden Verdienst, ja selbst mit Verlust gearbeitet zu haben. Man kann diese Geschäfte nicht anders als durch eine Umsatzsteuer belangen. Es wird den Herren wohl erinnerlich sein, daß in einer der letzten Sitzungen des Landtages die Rede davon gewesen ist, daß auch in anderen Städten des Herzogtums ein gleicher Übelstand sich geltend gemacht hat, und daß der Herr Minister darauf verwiesen hat, daß die Regelung dieser Materie den Gemeinden überwiesen sei. Ich denke also, wir machen Gebrauch davon.

Vorjizender: Der Antrag ist schriftlich genügend unterstützt, ich überweise ihn der Statutenkommission zur gefälligen Vorberatung.

2. Geschenke des Regentenpaares an das städtische Museum.

Herr Loeßigk: Unser Herzog-Regent hat von seiner Reise nach Siam, China und Japan eine ziemlich große Sammlung von ethnographischen und anderen Gegenständen aus diesen Gebieten mitgebracht, die er in hochherziger Weise dem städtischen Museum als Geschenk überwiesen hat. Diese Schenkung zerfällt in zwei Teile, wovon der eine Teil von Seiner Hoheit dem Herzog und der andere Teil von Ihrer Hoheit der Herzogin herrührt. Zur Berechnung der Stempelsteuer für diese Schenkungen ist der Wert der Geschenke ermittelt. Der Wert der Geschenke Seiner Hoheit des Herzog-Regenten beläuft sich auf 12 000 M., während der Wert der Geschenke Ihrer Hoheit der Herzogin auf

2500 *M* festgestellt ist. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, sich mit der Annahme der Geschenke einverstanden zu erklären, sowie die auf Grund des Erbschaftssteuergesetzes voraussichtlich 600 *M* betragende Abgabe zu Lasten des Kap. VI des ordentlichen Etats zu verwilligen.

Die Finanzkommission hat den Antrag geprüft und gibt durch mich Genehmigung anheim.

Die Versammlung stimmt den beiden Anträgen zu.

3. Aufstellung zweier Laternen in der Agidienstraße.

Herr Doering: Die Straße Hinter Agidien hat bis jetzt noch nicht das Glück gehabt, städtisch beleuchtet zu werden. Es sind zwar an dem Teile der Straße, wo sie auf die platzartige Erweiterung ausläuft, zwei Glühlichtlaternen vorhanden, auch in der Nähe der Eingänge zu den Straßen, aber auf der Straße selbst nicht. Es ist nun von den Anwohnern gebeten, die Straße besser zu beleuchten. Die Angelegenheit ist von der Deputation der Gas- und Wasserverwerke geprüft und als notwendig befunden; der Magistrat gibt deshalb anheim, zwei neue Glühlichtlaternen aufzustellen. Es würde sich im ganzen handeln um Aufwendung von 170 *M* für Aufstellung von zwei Wandlaternen, und ferner um 70 *M* jährliche Betriebskosten für jede Laterne = 140 *M*, die erstere Ausgabe zu Lasten des Reservefonds der Gaswerke, die letztere zu Lasten der Kämmererkasse.

Auch diese Sache ist in der Finanzkommission geprüft, und gibt auch in diesem Falle die Kommission Genehmigung anheim.

Herr Stegmann: Ich habe zu dieser Sache selbst nichts zu sagen, möchte bei der Gelegenheit nur darauf hinweisen, daß es schon lange wünschenswert ist, den Platz vor dem Magnitore, wo fünf Straßen zusammentreffen, besser zu beleuchten. Wenn Sie einmal abends den Platz ansehen, so werden Sie anerkennen, daß er sehr im Dunkeln liegt.

Die Kosten für Aufstellung und Inbetriebnahme der beiden Laternen werden verwilligt.

4. Abänderung des Ortsbauplanes bezüglich der Straße 472 a.

Herr Tolle: In der Sitzung vom 11. Januar haben die städtischen Behörden beschlossen, die in den Ortsbauplan eingetragene Straße 472 aufzuheben und dieser Straße eine andere Führung zu geben. Man hat diese neue Straße 472 a genannt; sie stellt eine Verbindung zwischen der Helmstedter-

Straße und dem Rautheimer Wege dar. Gegen die Führung dieser Straße haben zwei Anlieger Einsprache erhoben. Die städtische Bauverwaltung hat diese Einsprache geprüft, hat sie für berechtigt gefunden und daraufhin die Einrichtung der Straße um etwas geändert, wie es der dort ausgehängte Plan zeigt. Der Magistrat schließt sich der Ansicht der städtischen Bauverwaltung an und ebenso die Baukommission. Ich empfehle Ihnen im Namen der Baukommission, dem Vorschlage des Magistrats zuzustimmen und die Straße in der angegebenen Richtung etwas zu verlegen.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

5. Antrag des Stadtverordneten Stegmann, betreffend den Bau einer Fußgängerbrücke zwischen Maschplatz und Pestalozzistraße.

Herr Meyerhoff: Der Antrag des Herrn Stadtverordneten Stegmann vom 2. Februar lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Stadtverordneten eine Vorlage zu unterbreiten, betreffend den Bau einer Fußgängerbrücke, die das südliche Ende des Maschplatzes mit der Pestalozzistraße verbindet.“

Ein fast gleichlautender Antrag des Herrn Stadtverordneten Stegmann liegt vor unter dem 8. Dezember 1904. Aus dem Aktenmaterial ergibt sich, daß diese Frage seit der Umarbeitung des Maschplatzes zu einer Straße nicht zur Ruhe gekommen ist. Es lag dort aber immer ein Grundstück im Wege, denn es war nur möglich, die Brücke an der Stelle, wo sie wünschenswert ist, zu errichten, wenn man dieses Grundstück oder Teile desselben ankauft. Das ist bis jetzt an der Höhe der Grundstückskosten gescheitert, teils hat aber auch der Magistrat die Kosten für die Brücke selbst gescheut, da nach den Erklärungen des Herrn Baurats Menadier immerhin Kosten im Betrage von 50—60 000 M entstehen würden. Deshalb hat der Magistrat sich in Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse der Stadt nicht bewogen gefühlt, der Sache näherzutreten. Die Angelegenheit hat sich ja nun heute insofern etwas verschoben, als die Pestalozzistraße im Jahre 1904, in dem der Antrag zum ersten Male gestellt wurde, nicht in der Art ausgebaut war, wie heute. Jetzt sind auch die Verlängerungen der Bammelsburgerstraße und die Nebenstraße dazu ausgebaut, so daß durch diese stärkere Inanspruchnahme der Wohnungen nach der Seite der Pestalozzistraße hin es wünschenswert erscheint, die Brücke jetzt zu errichten. Aus diesem Grunde hat die Baukommission beschlossen, Ihnen zu empfehlen, die Anlage einer solchen Fußgängerbrücke dem Magistrat zur wohlwollenden Erwägung anheimzugeben. Im Namen der Baukommission erjuche ich Sie, sich dem Antrage anzuschließen.

Herr Stegmann: Nachdem die Sache schon wiederholt zur Sprache gekommen ist, war es selbstredend, daß mindestens der Antrag seitens der Baukommission gestellt wurde, die Errichtung der Brücke dem Magistrat zur wohlwollenden Erwägung zu überweisen. Ich hätte es lieber gesehen und halte es für richtiger, wenn die Versammlung den Antrag selbst, wie er vorliegt, annimmt. Wenn Sie allerdings die Summe von 60 000 *M* nennen hören, so wird mancher von Ihnen doch Bedenken tragen, dem zuzustimmen, und das finde ich begreiflich. Man muß jedoch die Sache so betrachten, wie sie wirklich liegt. Die Kosten der Brücke selbst betragen nicht etwa 50 000 *M*, sondern nach dem Anschlage des Herrn Baurats Menadier ca. 20 000 *M*, wenn die Brücke 4 m breit wird, und ich bin der Meinung, daß selbst an diesen Kosten noch etwas gespart werden könnte, dadurch, daß die Brücke nur 3 m breit wird. Das Haupthindernis gegen die Annahme meines Antrages ist, daß das Grundstück erworben werden muß. Ich habe die Empfindung, daß die Baukommission, wenn es sich nur um die Brücke handelte, die Anlage ohne weiteres angenommen hätte. Nun bin ich aber der Meinung, daß die Kosten durch den Zugang zu der Brücke so schlimm nicht werden, indem entweder die Stadt nur einen Streifen von dem Henneischen Grundstücke zu erwerben braucht — es wird sich um höchstens 50 qm handeln — oder, wenn das nicht möglich sein sollte und die Stadt das ganze Grundstück erwerben müßte, die vorhandenen Wohnungen von der Stadt vermietet werden könnten. Dann wäre die Ausgabe für das Grundstück auch kein weggeworfenes Geld. Man will doch Kleinwohnungen bauen, so daß die Übernahme des Hauses so etwas Ungeheuerliches nicht wäre. Wenn man das auch nicht wollte, so könnte man das Haus mit dem Reste des Gartens wieder verkaufen, so daß im ungünstigen Falle einige tausend Mark für Grundstückserwerb nötig sein würden. Dazu kämen selbstverständlich die Baukosten der Brücke selbst. Das eine steht fest, daß alle Anwohner an der Maich, sowie an der Pestalozzistraße und den Straßen, die dort noch gebaut werden sollen, es als dringendes Bedürfnis empfinden, daß die Brücke gebaut wird. Es ist nicht nur im Interesse der dort Wohnenden notwendig, sondern auch im allgemeinen Verkehrsinteresse, so daß man schon in Rücksicht hierauf in den sauren Apfel beißen müßte, wenn ich so sagen darf. Wenn man die Errichtung der Brücke verschiebt, so würde der jetzige oder spätere Besitzer des im Wege stehenden Hauses auch in Zukunft noch Schwierigkeiten machen können, und das Bedürfnis würde vielleicht in 50 Jahren noch nicht befriedigt werden. Ich weiß nicht, ob bei Lage der Verhältnisse es nach den bestehenden Bestimmungen möglich sein wird, daß, wenn sich der betreffende Eigentümer auf die Hinterbeine stellt und keinen Streifen von seinem Grundstücke abgeben will oder unerhörte Forderungen stellt, ihm auf dem Wege der Expropriation ein Streifen genommen werden

könnte. Jedenfalls bitte ich Sie dringend, meinem Antrage zuzustimmen. Es liegt das im Interesse des allgemeinen Verkehrs.

Herr Meyerhoff: Herr Stadtverordneter Stegmann war in der Sitzung der Baukommission gegenwärtig und hat alle die Einwendungen gehört, die von berufenen Seiten gegen das Projekt angeführt sind, zunächst die Sachen, die wohl ins Bauprojekt hineingehören, dann auch diejenigen, die die Zufahrt zu der Brücke betreffen. Es sind dort zwei Pläne für die Brücke ausgehängt. Die Maschstraße muß an der Stelle, wo die Brücke beginnt, bedeutend erhöht werden, um die Brückenhöhe zu erreichen, da das nördliche Ufer höher liegt als das südliche. Dann aber würde, da zwei Häuser an den demnächstigen Weg zur Brücke angrenzen würden, der Ausbau dieser Strecke nötig sein, und drittens ist es damit nicht gemacht, daß man einen Streifen von dem Henneſchen Grundstück wegnimmt, denn das Haus selbst ist minderwertig, und selbst wenn es die Stadt in die Hände bekäme und ausbaute, so würde das eine Rechnung werden, daß es besser wäre, daß man das Haus abrisse und werfe es auf den Vorrats Hof. Was dann von dem Henneſchen Grundstück übrigbleibt, ist nicht zu bebauen. Die Kosten des Henneſchen Grundstückes würden also unbedingt zu den Kosten der Brücke hinzukommen. Es ist richtig, die Brücke allein ist auf 20 000 M zu schätzen. Das Grundstück hat 1904 30 000 M kosten sollen, was es heute kostet, entzieht sich meiner Kenntnis. Wenn man die Kosten für die Zufahrtswege usw. noch hinzurechnet, so ist die Summe mit 50—60 000 M nicht zu hoch angegeben. So konnte die Baukommission zu keinem anderen Entschluß kommen, als den Antrag zu wohlwollender Erwägung dem Magistrat anheimzustellen. Wir sind doch sowieso nicht in der Lage, das Geld anstandslos zu bewilligen oder der Versammlung zu empfehlen: Wir wollen 50= oder 60 000 M bewilligen, um die Brücke zu bauen. Das müßte wohl dem Magistrat überlassen bleiben. Aus diesen Erwägungen ist der Entschluß der Kommission zustande gekommen. Nach alle dem Vorgetragenen bitte ich, schließen Sie sich dem Vorschlage der Baukommission an.

Herr Stegmann: Ich glaube trotz alledem nicht, daß es nötig sein wird, die Straße unbedingt auszubauen. Es wird genügen, wenn von der Maschstraße her ein Fußweg angelegt wird. Die Straße liegt weiter südlich, und es kann daher alles bis auf die Aufschüttung des Weges zur Brücke so bleiben. Auf diese Weise stellt sich die Sache wesentlich günstiger dar.

Herr Loeschigk: Der Antrag Stegmann spricht schon allein für sich, denn die alten Braunschweiger hätten, wie die Herren wissen, die Fähre früher

nicht gebraucht, wenn sie den nächsten Weg vom Marktplatz nach dem Wendentore benutzen wollten. Ich will auf den finanziellen Punkt nicht eingehen, aber ich hätte gern gesehen, wenn aus den Ausführungen des Herrn Referenten deutlich zu ersehen gewesen wäre, ob es sich nur um einen Voranschlag handelt, und dann wäre ich doch dafür gewesen, den Magistrat zu bitten, ein Projekt vorzulegen, wie es am billigsten möglich wäre, durch Erwerb des Grundstückes einen Brückenbau herzurichten. Es ist nicht wegzuleugnen, daß der Verkehr bedeutend werden wird, und daß die Leute heute einen kolossalen Umweg über den Ring oder die ganze Markstraße und über die Wehrbrücke nehmen müssen. Wenn hier ein Übergang geschaffen würde, so läge das nur im Interesse unserer Mitbürger. Daß ein bedeutender Verkehr vorhanden ist, kann ich als ganz gewiß bezeugen, denn ich wohne lange Jahre dort und weiß, welchen weiten Umweg die Leute machen müssen, um zu ihren Wohnungen zu kommen.

Herr Sander: Ich bin nicht nur von der Nützlichkeit dieser Brücke überzeugt, sondern auch von der Notwendigkeit. Ich stimme Herrn Loeschigk, der dort wohnt, bei: Wer tagsüber die Passanten sieht, der wird zugeben, daß eine Notwendigkeit für die Brücke vorhanden ist. Eine Brücke zum Fuhrwerkverkehr halte ich ja nicht für nötig, denn in dieser Hinsicht kommen nur Schlachterwagen in Frage, die nach dem Schlachthaus fahren. Es würde ja allerdings auch für diese von Nutzen sein, wenn sie den Weg abkürzen könnten, aber für den Fußgängerverkehr halte ich die Brücke geradezu für notwendig. Ich hatte auch die Absicht, an demselben Tage den gleichen Antrag wie Herr Stegmann einzubringen. Auch im Bezirksverein des Petri- und Wendentores ist die Notwendigkeit dieser Brücke als dringend hingestellt, und so möchte ich dringend bitten, wenigstens eine Fußgängerbrücke an dieser Stelle über die Oker herrichten zu lassen, zumal das mit vielen Kosten nicht verknüpft ist. Terrain braucht eigentlich gar nicht erworben zu werden oder nur sehr wenig. Das Haus braucht meiner Ansicht nach nicht zu fallen, sondern neben der Ratsbleiche kann die Brücke im Zuge der Pestalozzistraße eingeführt werden. Ich bitte die geehrte Versammlung nochmals, beizupflichten, daß wenigstens eine Fußgängerbrücke hergerichtet wird.

Herr Vogt: Auch an mich sind wiederholt Wünsche aus der Bürgererschaft herangefommen, daß eine derartige Brücke eingerichtet würde. Wenn wir den Antrag des Herrn Stegmann annehmen, so tun wir damit, glaube ich, durchaus nicht zu viel. Wenn unsererits gegenüber dem Magistrat der Wunsch geäußert wird, den Bau einer Brücke in wohlwollende Erwägung zu ziehen, so ist das lange nicht das, als wenn wir annehmen, uns eine Vorlage zu machen. Darin liegt noch nicht der endgültige Beschluß, die Brücke zu schaffen. Wenn der

Magistrat nicht einmal den direkten Beschluß der Versammlung bekommt, eine Vorlage zu machen, dann weiß ich nicht, wie die Sache wirklich gefördert werden soll. Das wäre meiner Ansicht nach das mindeste, was nach den Ausführungen der sämtlichen heutigen Redner geschehen müßte. Ich bitte, den Antrag Stegmann anzunehmen.

Vorsitzender: Ich sehe noch keinen Unterschied zwischen dem Antrage der Kommission und dem Antrage Stegmann. Wenn wir dem Magistrat etwas zur wohlwollenden Erwägung unterbreiteten, so sind wir gewohnt, daß der Magistrat in bereitwilliger Weise darauf eingegangen ist. Ob wir dem Magistrat den Antrag so oder so unterbreiten, das ist doch nur eine façon de parler und nichts weiter.

Herr Riefe: Wohlwollende Berücksichtigung ist ja ein gutes Wort, aber wann sie in Kraft tritt, das ist etwas anderes. Ich erinnere daran, daß dort in der Gegend die Majchstraßenchule und auch die Schule an der Pestalozzistraße sich befindet und außerdem das ganze Viertel ausgebaut wird. Da ist es doch nötig, daß die Brücke gebaut wird. Herr Baurat Menadier hat eine Hochbrücke, wenn Sie sich dafür entschließen sollten, zu höchsten 10 000 M. taxiert. Ich will nun aber keiner Hochbrücke das Wort reden, es ist mir lieber, daß eine Eisenbetonbrücke gebaut wird. Wenn Aussicht vorhanden wäre, daß der Magistrat auf andere Weise Wandel schaffen könnte, wenn er glaubt, er müsse sparen und dergleichen mehr, dann könnte ich mich wohl damit einverstanden erklären. Aber der Antrag wird nicht zur Ruhe kommen und sich immer wiederholen. Deshalb meine ich: Wir lassen uns nicht weiter anrempeln und beschließen einfach im Interesse der Stadt, daß die Brücke gebaut wird und erjuchen den Magistrat, in allernächster Zeit uns eine Vorlage mit Kostenanschlag zu geben.

Vorsitzender: Auf die Worte des Herrn Riefe habe ich zu bemerken, daß gar keine Rede davon sein kann, daß wir uns von jemand anrempeln lassen. — Wenn wir den Antrag der Kommission annehmen, so könnten wir ihn vielleicht noch vervollkommen dadurch, daß wir hinzufügen:

„und bitten, der Versammlung möglichst bald ein Projekt zu unterbreiten.“

Herr Stegmann (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, daß über meinen Antrag, als den weitestgehenden, zuerst abgestimmt wird.

In der Abstimmung wird der Antrag Stegmann angenommen, der Kommissionsantrag ist damit gefallen.

6. Entrichtung eines Kaufgeldrestes.

Herr Löhnefink: Meine Herren! Es ist Ihnen bekannt, daß vor längerer Zeit das Grundstück Langestraße 26 durch die städtischen Behörden angekauft wurde, um eine Durchbruchstraße von der Langenstraße nach der Straße Hintern Brüdern zu schaffen. Der Kaufpreis dieses Grundstücks ist seinerzeit nicht bar bezahlt worden, sondern zum Teil dadurch gedeckt worden, daß eine auf dem Kaufobjekt ruhende Hypothek städtischerseits übernommen wurde, zum Teil dadurch, daß die Verkäuferin den Betrag von 13 600 *M* gegen Eintragung einer weiteren bis zum 1. Januar 1914 unkündbaren Hypothek gestundet hat. Nun sind auf diese Hypothek im Jahre 1909 infolge der Niederlegung der Baulichkeiten auf dem Grundstück 7600 *M* abbezahlt, so daß die Stadt jetzt noch 6000 *M* der Vorbesitzerin schuldet. Die Gläubigerin stellt nun aus wirtschaftlichen Rücksichten die Bitte, die Stadt möge diese 6000 *M* ihr schon jetzt bezahlen und damit nicht bis zum 1. Januar 1914 warten. Der Magistrat ist bereit, dieser Bitte zu entsprechen. Ebenso ist auch die Finanzkommission, die die Sache geprüft hat, der Meinung, daß kein Grund vorliege, der Vorbesitzerin des Grundstücks die Erfüllung ihrer Bitte auf frühere Zahlung der 6000 *M* zu verweigern. Ich habe Ihnen deshalb namens der Finanzkommission vorzuschlagen, sich damit einverstanden erklären zu wollen, daß diese 6000 *M* zum 1. April zu Lasten des Extraordinariums gezahlt werden.

Vorsitzender: Waren diese Kaufgelder nicht gezahlt zu Lasten des Ausgleichsfonds?

Herr Löhnefink: Nein. Der Herr Vorsitzende hatte auf dieser Akte den Vorschlag, die Gelder aus dem Extraordinarium zu verwilligen, mit einem Fragezeichen versehen und das Wort „Ausgleichsfonds“ dazu geschrieben. Es ist aber in der Finanzkommission beschlossen worden, die 6000 *M* zu Lasten des Extraordinariums zu zahlen.

Vorsitzender: Diesen Durchbruch haben wir doch zu Lasten des Ausgleichsfonds geschaffen!

Herr Bürgermeister Meyer: Die Bemerkung des Herrn Vorsitzenden ist nicht unrichtig. Die Verwilligung zu Lasten des Extraordinariums in der Finanzkommission ist auf besonderen Antrag des Magistrats erfolgt. Die Kosten der Durchbruchstraße sind dem Ausgleichsfonds zur Last zu legen, gleichwohl hat aber der Magistrat beschlossen, bei der weiteren Zahlung das Extraordinarium

zu belasten, weil die Kosten des Ausbaues von Straßen im allgemeinen zu Lasten des Extraordinariums erfolgen.

Vorsitzender: Wir ändern damit unsern ursprünglichen Beschluß.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Antrage der Finanzkommission einverstanden.

7. Änderung des Ortsbauplanes bezüglich der Straßen 32 und 38.

Herr Rieke: Der Magistrat schreibt an die Stadtverordnetenversammlung:

„Nachdem der Ausbau der Korfessstraße beendet ist, erscheint es uns zulässig und angezeigt, wiederholt gestellten Anträgen des Bauunternehmers Uhde und des Privatmanns Schade hier selbst auf Ausbau der von dem genannten Straßenzuge abzweigenden projektierten Straßen 32 und 38 entgegenkommen zu zeigen. Diese beiden Straßen werden auf der einen Seite von dem im Ortsbauplan vorgesehenen öffentlichen Plaze Nr. 38 begrenzt. Infolge dieser Lage sind die von den auf der andern Seite der Straßen gelegenen Grundstücken zu tragenden Straßenbaukosten verhältnismäßig hoch und besonders hoch für das westlich der Straße 32 gelegene städtische Grundstück, da dieses bei seiner geringen Tiefe einen sehr ungünstigen Bauplatz bildet. Wir sind deshalb in eine Prüfung der Frage eingetreten, ob nicht zur Erzielung geringerer Straßenkosten eine Verschmälerung beider Straßen möglich sei und zwecks Herbeiführung einer besseren Behauungsmöglichkeit des bezeichneten städtischen Bauplatzes gleichzeitig eine östliche Verschiebung der Straße Nr. 32 vorgenommen werden könne. Wir sind mit der städtischen Bauverwaltung der Ansicht, daß die in den Lageplan eingetragenen Änderungen durchaus unbedenklich seien.“

Der Plan ist dort ausgehängt. Darnach soll die Straße 32 um etwas nach Osten verschoben und ihre Breite von 14 m auf 12 m verringert werden, die Straße 38 von 16 m auf 14 m Breite verschmälert werden und für das nördlich der letztgenannten Straße gelegene Grundstück gleichzeitig ein 2 m tiefer Vorgarten angeordnet werden. Die Vorlage eines Projekts über den Ausbau der bezeichneten Straße behält sich der Magistrat einstweilen noch vor.

Die Angelegenheit hat die Baukommission beschäftigt, und sie gibt durch mich Genehmigung anheim.

Der Änderung des Ortsbauplanes für die bezeichneten Straßen wird zugestimmt.

8. Beitrag für den Blindenfürsorgeverein.

Herr Deue: Es bestehen schon seit Jahrzehnten in den verschiedenen Landesteilen unseres deutschen Vaterlandes Blindenfürsorgevereine, die den Zweck verfolgen, den armen Blinden Gelegenheit zu geben, irgendeine Erwerbsmöglichkeit sich zu verschaffen und sie in ihrer Notlage zu unterstützen. Auch hier im Herzogtum hat sich ein solcher Blindenfürsorgeverein gebildet und hat nun an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, ihn in seinen Bestrebungen zu unterstützen dadurch, daß die Stadt als Mitglied diesem Blindenfürsorgeverein beitreten möge. Der Magistrat hat die Absicht, dem Ersuchen zu entsprechen, und zwar mit einem Mitgliedsbeitrage von 30 *M.* Er wendet sich an uns, die Zustimmung hierzu zu erteilen. In der Finanzkommission haben wir diese Gelegenheit besprochen. Es herrschte Einstimmigkeit darin, daß es wohl angebracht sei, derartige Bestrebungen, die den Armsten unter denen, die nicht im Vollbesitz ihrer Körper- und Sinneskräfte sind, zugute kommen, zu unterstützen. Ich bitte demnach um Ihre Zustimmung, daß die Stadt dem Blindenfürsorgeverein als Mitglied mit einem Jahresbeitrage von 30 *M.* zu Lasten des Ordinariums, beitritt.

Herr Eckhardt: Ich möchte empfehlen, diesen Beitrag wesentlich zu erhöhen. 30 *M.* für einen derartigen milden Zweck sind viel zu wenig. Ich schlage vor, 300 *M.* zu bewilligen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die städtischen Behörden haben, wie Ihnen vielleicht erinnerlich sein wird, bis zum vorigen Jahre eine ähnliche Vereinigung, den hiesigen Blindenverein, mit 50 *M.* aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen unterstützt und haben auch eine ganze Reihe Vereine, die ähnliche Zwecke verfolgen, mit Beträgen etwa in der Höhe, wie von dem Magistrat und von der Finanzkommission vorgeschlagen wird, also mit 30 *M.* jährlich, gefördert. Es kommt bei diesem Betrage in der That nicht, wie der verehrte Herr Vorredner mit seinem guten Herzen anzunehmen scheint, auf eine möglichst hohe Summe der Unterstützung an, sondern vor allem auf die Bedeutung, die darin liegt, daß auch die städtischen Behörden der Vereinigung beitreten und irgendeinen Beitrag zur Verfügung stellen. Ich bitte, weiter zu berücksichtigen, daß die Stadt sowohl durch die Armenverwaltung, wie auch durch Stiftungsmittel ausgiebig Gelegenheit hat, ähnliche Bestrebungen zu fördern, ohne daß man den Vereinen selber die Mittel in die Hand gibt. Es würden solche Vorschläge schließlich wohl dahin führen, daß die zur Verfügung stehenden Mittel für die Wohltätigkeit sich zersplitterten. Aus alle den Gründen bitte ich, es bei dem vorgeschlagenen Betrage bewenden zu lassen.

Herr Sander: Die Worte des Herrn Stadtrats veranlassen mich, auch für die Erhöhung des Beitrages zu stimmen. Wenn ich recht gehört habe, hat der Herr Stadtrat erklärt, daß einem anderen Blindenverein 50 *M* jährlich bewilligt seien. (Zuruf: Früher!) Soweit mir aus der Zeitung Erinnerung ist, liegen diese beiden Vereine in Fehde, und wenn man dem einen eine etwas höhere Unterstützung zuteil werden läßt, so wäre das ein Grund zu erneuter Fehde. Wenn also dem einen Verein 50 *M* bewilligt sind, so wäre ich dafür, auch dem anderen 50 *M* zu bewilligen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Verhältnisse liegen so, daß dem Blindenverein nach dem Stadthaushaltsplan, den Sie vor 8 Tagen genehmigt haben, keine Beihilfe aus städtischen Mitteln mehr gewährt wird, daß dagegen der Magistrat jetzt dem Blindenfürsorgeverein diese Beihilfe zu gewähren beabsichtigt. Übrigens liegen diese beiden Vereine nicht gerade in Fehde. Der Blindenfürsorgeverein hat andere Aufgaben als der Blindenverein und hat in den erfolgten Veröffentlichungen auch erklärt, daß er sich dem Blindenverein nicht feindlich gegenüberstellen wolle; tatsächlich ist die Sache so, daß im Blindenfürsorgeverein, dessen Unterstützung wir empfehlen, auch eine Reihe von Freunden der Blinden und von Augenärzten beteiligt sind, durch deren Mitwirkung eine befriedigende Wirkung des Vereins gewährleistet erscheint. Deshalb möchte ich nochmals die Gewährung der Unterstützung empfehlen.

Der Antrag Eckhardt wird abgelehnt und der Antrag der Finanzkommission angenommen.

9. Ablehnung einer Haftpflichtforderung.

Herr Voge: Vor dem Hause des Tischlermeisters Hermann Knoche, der Altemwieking 38 wohnt, befindet sich an den Bordsteinen ein Kanalloch, dessen Schacht durch einen Deckel geschlossen ist. Am 12. Mai 1910 ist dem Sohne des Tischlermeisters Knoche, als er diesen Deckel öffnete, um einen in den Schacht hineingefallenen Spielball herauszuholen, das Unglück passiert, daß der Deckel zugefallen ist und dem Knaben das erste Glied des rechten Daumens abgequetscht hat. Es hat sich nicht mehr feststellen lassen, ob der Deckel an und für sich verschließbar ist, ob er im vorliegenden Falle verschlossen gewesen ist, ob der Deckel nach der letzten, seitens der Stadt vorgenommenen Reinigung verschlossen worden ist und ob er später von unberufener Hand geöffnet gewesen ist oder nicht. Die Angelegenheit hat eine Zeitlang geruht, aber jetzt tritt der Vater des verunglückten Knaben an den Magistrat heran und verlangt von der Stadt die Erstattung der ärztlichen Kosten im Betrage von 231,50 *M*, indem er behauptet,

daß der Deckel nicht verschlossen gewesen wäre, und daß darin ein Verschulden, mindestens eine Fahrlässigkeit der Stadt liege, sie daher für den entstandenen Schaden zu haften habe. Die Statutenkommission ist der Ansicht, daß es ganz einerlei sei, ob der Deckel verschlossen gewesen ist oder nicht, ob er verschließbar sei oder nicht, daß kein Verschulden und auch keine Fahrlässigkeit der Stadt darin liege, daß es möglich sei, den Deckel zu öffnen. Er muß natürlich aufgemacht werden können, denn dazu ist er da, aber das weiß jeder Mensch, auch schon ein 10jähriger Knabe, daß er den Deckel nicht zu öffnen hat. Die Statutenkommission befindet sich im Einverständnis mit dem Stadtmagistrate, indem sie der Versammlung empfiehlt, es abzulehnen, diesen Betrag zu bezahlen, da sonst sehr leicht in andern Fällen Berufungen auf diese Bewilligung eintreten könnten. Die Statutenkommission ist sich bei dieser Beschlussfassung auch klar darüber, daß, wenn es zur Klage kommen würde, diese womöglich ein weit höheres Objekt darstellen könnte, als die jetzt geforderten 231,50 *M.*, denn der Vater des verletzten Knaben wird eventuell mit der Forderung einer Rente kommen dafür, daß sein Sohn durch Abquetschung des einen Gliedes in seiner Erwerbsfähigkeit gemindert ist. Aber mit Rücksicht darauf, daß der Fall sich wiederholen könnte, ist auch bei Beachtung dieses Punktes die Kommission und der Magistrat der Meinung, den Antrag abzulehnen. Der Magistrat wünscht wegen der drohenden Prozeßgefahr, bevor er einen endgültigen Bescheid gibt, sich hierüber mit der Stadtverordnetenversammlung ins Einvernehmen zu setzen, und beantragt daher, daß die Zahlung der vorgelegten Rechnung abgelehnt wird. Die Kommission schließt sich dem an.

Die Versammlung beschließt dem Antrage des Magistrats gemäß.

10. Vertrag wegen der Verlegung eines Wasserrohres in dem staatlichen Teile der Frankfurterstraße.

Herr Löhnert: Auf die Bitte einiger Anlieger der Frankfurterstraße, welche darüber Klage führten, daß infolge der Dürre des vorigen Sommers und des Betriebes des Wasserwerks Rünningen der Wasserstand ihrer Brunnen derartig gesunken sei, daß ihnen das nötige Trink- und Gebrauchswasser mangle, haben die städtischen Behörden im Oktober vorigen Jahres die Verlegung eines Wasserrohres in der Frankfurterstraße, und zwar auf der Strecke von der Fabrikstraße ab bis zur Chemischen Fabrik Eisenbüttel beschlossen. Da die Frankfurterstraße eine Staatsstraße ist, so ist die Gestattung der Rohrverlegung von der Annahme gewisser Bedingungen abhängig gemacht, welche die Herzogliche Straßen- und Wasserbauinspektion aufgestellt hat. Diese Bedingungen, welche uns hier vorliegen, sind vom Magistrat genehmigt, um die

Rohrverlegung in der gedachten Weise zu ermöglichen. Der Magistrat sagt in seinem Schreiben an uns allerdings, daß einige von diesen Bedingungen beanstandet werden könnten, daß aber ihre Annahme als unbedenklich zu erachten wäre, weil die stadtseitige Übernahme der fraglichen Straßenstrecke doch über kurz oder lang erfolgen würde. Um die Fortführung der Rohrverlängerung, welche inzwischen bis zur Stadtgrenze ausgeführt war, zu ermöglichen, hat der Stadtmagistrat den Bedingungen zugestimmt und gibt anheim, die Bedingungen des Vertrages nachträglich zu genehmigen. Falls die Herren wünschen, daß ich die Bedingungen verlese, so habe ich sie zur Hand. Die Finanzkommission war der Meinung, man könne die Genehmigung dem Stadtmagistrate aussprechen, da es sich um rein verwaltungstechnische Angelegenheiten handle und die Übernahme der Straßenstrecke bald erfolgen würde. Ich habe also den Herren namens der Finanzkommission zu empfehlen, diese Bedingungen der Herzoglichen Straßen- und Wasserbauinspektion auch ihrerseits zu genehmigen.

Auf Veranlassung des Herrn Vorsitzenden verliest der Referent, Herr Löhnert, die Bedingungen, die in 11 Punkten formuliert sind.

Vorsitzender: Punkt 8 der Bedingungen erscheint mir allerdings einigermaßen merkwürdig, aber in Anbetracht dessen, daß wir es mit einer staatlichen Behörde zu tun haben, die uns wohl ohne zwingenden Grund nicht aufzuerfordern wird, eine Abänderung oder gänzliche Beseitigung der Leitungsanlage oder einzelner Teile vorzunehmen, können wir wohl das Risiko tragen.

Herr Ribbentrop: In den Vertrag ist aufgenommen, daß die Stadt zur Zahlung einer Gebühr für die Verlängerung des Wasserrohres verpflichtet werden soll. Das ist neu und bisher in keinem anderen Vertrag aufgenommen. Ich möchte um Aufklärung bitten.

Herr Oberbürgermeister Nettemeyer: Es handelt sich um eine Staatsstraße, und es ist möglich, daß das Vorgehen des Staates veranlaßt ist durch das ähnliche Vorgehen des Magistrats. Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten, wenn auf unsern Grundstücken irgendwelche Vorrichtungen von anderen getroffen werden sollten, eine sogenannte Anerkennungsgebühr verlangt. Der Staat scheint jetzt daselbe tun zu wollen, und ich glaube, es läßt sich nichts dagegen machen. Ich bin allerdings der Ansicht, daß alle die vorgelegten Bedingungen keine große Bedeutung haben, denn ich bin fest überzeugt, es wird nicht lange dauern, daß diese Strecke bis zur Eisenbahn von der Stadt übernommen wird; denn es sind schon jetzt teilweise Verhältnisse entstanden, die nicht gerade

angenehm sind. Das gleiche ergibt sich überall da, wo Staatsstraßen auf der einen Seite von städtischem und auf der zweiten von anderem Gemeindegebiet begrenzt werden. Wir erreichen eine Besserung am leichtesten dadurch, daß die Straße von der Stadt übernommen wird.

Die nachträgliche Genehmigung der Bedingungen wird ausgesprochen.

11. Anderweitige Befestigung von Spielplätzen.

Herr Rasche: Es hat sich herausgestellt, daß die Oberflächenteerung des Amalienplatzes und der Wege auf dem Leonhardplatz und dem Kleinen Exerzierplatz für die Spielenden eine große Gefahr bildet. Von den Direktoren der hiesigen höheren Lehranstalten und dem Direktor der städtischen Bürgerschulen ist ein Schreiben an den Magistrat gerichtet, in welchem hierauf hingewiesen und alsbaldige Beseitigung der Teerung empfohlen wird. Es liegt auch eine Statistik über die Unfälle bei, wonach beispielsweise im verflossenen Sommer und Herbst allein durch Fallen auf den Wegen bei den Knaben der städtischen Realschule am Löwenwall 71 Zeugverletzungen und 59 Körperverletzungen vorgekommen sind. Der Magistrat hält es für geboten, daß diese Spielplätze verbessert werden, indem die Teerung entfernt wird, kann sich aber nicht dem anschließen, daß man — wie die Direktoren und der Spielplatzauschuß wünschen — die Wege vollständig bezeitigt. Die Kosten für Beseitigung der Teerung würden sich auf ca. 400 M stellen.

Ferner ist vom Magistrat in Aussicht genommen, daß der Amalienplatz und auch die anderen Spielplätze mit einer Grasnarbe versehen werden sollen. Es ist schon früher von seiten der Stadtverwaltung ein Betrag dafür bewilligt worden, es wurde aber von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt, Gelder für eine Einfriedigung der neubezogenen Flächen zu beschaffen. Der Magistrat macht jetzt den Vorschlag, um in der Sache weiterzukommen, den Versuch auf eine wesentlich kleinere Fläche, auf vielleicht 600 qm, zu beschränken und hierfür 200 M zu bewilligen. Dabei ist eine Einfriedigung der Versuchsfäche mit Draht vorgesehen.

Die Baukommission, welche sich mit den beiden Anträgen beschäftigt hat, schließt sich dem Antrage des Magistrats im ersten Punkte (Beseitigung der Teerung) an, ist auch mit dem zweiten Punkte (Aufstellung eines Versuchs mit der Grasnarbe) einverstanden, schlägt aber vor, daß eine feste Einfriedigung beschafft werde, die leicht versetzt und auch für die nächsten Versuchsfächen wieder benutzt werden kann, ähnlich wie die Einfriedigung der Eisbahn am Kleinen Exerzierplatz. Ich bitte, den erweiterten Vorschlag der Baukommission anzunehmen, damit der Rasen in seinem Entstehen nicht gehindert wird und eine

gute Grasnarbe sich entwickeln kann. Anders erscheint es ausgeschlossen, eine gute Rasenfläche zu erzielen. Die Kosten zu 1 bittet der Magistrat zu Kap. I des ordentlichen Stats, die zu 2 zu Kap. X des ordentlichen Stats zu verwilligen.

Herr Mohr: Ich muß sagen, daß diese Wege, die mit dem Leerüberzug versehen sind, allerdings für die Spielenden sehr gefährlich sind. Ich habe das auf dem Leonhardplatz selbst beobachtet und muß auch befürworten, daß gerade dieser Weg, der den schönen Spielplatz quer durchschneidet, beseitigt wird und an der Seite der beiden Kirchhöfe (Magni- und Domfriedhof) herunter gelegt wird. Es ist das kein großer Umweg für den, der über den Platz gehen will, und außerdem bietet das Ballspiel, besonders am Sonntag, für die Passanten, die niemals ganz von einem Wege fortzutreiben sind, eine gewisse Gefahr. An der Seite des Platzes kann er aber in der Weise wiederhergestellt werden, wie er jetzt hergerichtet ist. Man muß sich den Weg über den Platz einmal ansehen; anfangs war er $1\frac{1}{2}$ m breit, jetzt hat er eine Breite von 3 bis 4 m, so daß der Platz tatsächlich für die Ballspiele unbrauchbar geworden ist.

Was die Einfriedigung der Plätze anlangt, so kann ich mich dafür nicht erwärmen, ein Staket dort hinzusetzen, wie es die Eisbahn hat, denn ein derartiges Staket bietet wenig Sicherheit, mindestens nicht mehr Sicherheit, als wenn diese neuangelegten Rasenflächen mit Dornen belegt werden. Wir haben gesehen, wie die Sache am Leonhardplatz gemacht ist. Er war in einem niederträchtigen Zustande; da hat man die Erde von den Chaussees angesammelt, sie aufgetragen, und nachdem der Platz mit Gras übersät war, hat man ihn mit Dornen belegt. Das hat sich sehr gut bewährt, und die Grasnarbe hat sich ganz brillant entwickeln können. Ich möchte bitten, die Einfriedigung wegzulassen; sie kostet eine Menge Geld und erfüllt ihren Zweck nicht. Daß eine solche Einfriedigung später zu anderen Zwecken gebraucht werden könnte, darauf will ich nicht zuschlagen. Vor allen Dingen aber möchte ich bitten, daß der Weg quer über den Platz entfernt und seitwärts gelegt wird.

Vorsitzender: Das ist ein ganz selbständiger Antrag. Ich möchte bitten, den Antrag, der nicht hier hineingehört, extra zu stellen.

Herr Leue: Für gänzliche Beseitigung der Wege könnte ich mich nicht erwärmen, wohl aber dafür, daß die Wege in ihrer bisherigen Art und Weise nicht wieder hergerichtet werden. Ich habe auf dem Kleinen Exerzierplatz wiederholt Gelegenheit gehabt, zu sehen, wie die Spielenden durch die harten und glatten Wege beim Spielen gestört sind.

Was die Bepflanzung dieser Spielplätze anlangt, so habe ich meine großen Bedenken, ob das gelingen wird. Ich bin fest überzeugt, daß auf dem Kleinen

Exerzierplätze wenigstens eine Verfassung überhaupt nicht durchzuführen ist. Ein Platz, der so stark benutzt wird, wie der Kleine Exerzierplatz, wird, selbst wenn es gelingen sollte, eine Grasnarbe zu erzielen, binnen kurzer Zeit wieder das alte Aussehen haben. Vor allem ist aber die Erzielung einer Grasnarbe auf dem Kleinen Exerzierplätze um deswillen mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft, weil auf dem westlichen Teile der Eisbahnverein jedes Jahr seine Eisbahn errichtet und später der Zirkus an der Stelle aufgebaut wird. Wenn man das in Betracht zieht, so wird man sagen können, daß da eine Grasnarbe heranzubilden nicht möglich sein wird. Auf dem östlichen Teile wird der Platz noch vom Militär benutzt, und ich bezweifle, daß auch da die Herstellung einer Grasnarbe gelingen wird.

Ob die Schwierigkeiten auf dem Amalienplätze die gleichgroßen sind, wie auf dem Kleinen Exerzierplätze, entzieht sich meiner Beurteilung. Sollten die Verhältnisse dort ähnlich sein wie auf dem Kleinen Exerzierplätze, so wird die Aufwendung auch da fortgeworfenes Geld sein.

Herr Sander: Es freut mich, daß wir eine Vorlage bekommen haben, durch die der Amalienplatz in eine andere Verfassung kommen soll, denn jetzt sieht er fürchterlich aus. Der Leerüberzug ist an manchen Stellen hochgefroren, und es haben sich große Löcher und Senkungen gebildet. Ich stehe freilich auf demselben Standpunkte wie Herr Leue und befürchte, daß die Grasnarbe von den Spielenden in wenigen Jahren wieder getötet sein wird. Aber trotzdem bin ich dafür, daß wir einen Versuch machen. Ich habe beispielsweise in Schöneberg auf dem Fußballspielfeld gesehen, daß der Rasen vorzüglich erhalten war. Es wurde mir von dem Wegewärter gesagt, die Erdoberfläche sei erst fest eingewalzt, so daß ein vollständig fester Untergrund erzielt wurde. Dann sei guter Boden aufgetragen, nochmals festgewalzt und dadurch eine gute Grasnarbe erzielt. Es spielten dort wohl mehrere hundert Personen und wurde mir versichert, daß täglich jeden Nachmittag dort gespielt würde. Auf einen Versuch kommt es auch hier an. — Wenn ich den Herrn Referenten recht verstanden habe, so handelt es sich nur um eine provisorische Einfriedigung, die nur zum Schutze des Rasens aufgestellt wird. In der Hinsicht stehe ich auf dem Standpunkte des Herrn Mohr, daß gar kein Wert darin zu erblicken ist. Sie können die Einfriedigung so hoch machen, wie Sie wollen, die Jungen werden doch darüber hinwegklettern; viel richtiger halte ich es, die Versuchsfläche mit Dornen zu belegen, so daß weder die Kinder noch die Hunde darauf herumtrampeln können. Dann wird sich der Rasen in gedeihlicher Weise entwickeln können. Ich bitte, die Einfriedigung wegzulassen.

Herr Bürgermeister M e h e r: Die Vorlage zerfällt in zwei Teile. Einmal bezieht sie sich auf die Entteerung der bezeichneten Fußwege, die in diagonalen Richtung die Spielplätze kreuzen, und dann auf die Einstellung von Mitteln für die Verasung des Amalienplatzes.

Was den ersten Punkt betrifft, so bitte ich, der Anregung des Herrn Mohr keine Folge zu geben. Es ist richtig, daß der Weg auch nach der Entteerung für die Spieler noch ein gewisses Hindernis bieten wird. Aber wir sind der Ansicht, daß dieser Zustand noch dem vorzuziehen sein wird, der eintreten würde nach der vollständigen Beseitigung der Wege. Das Publikum wird auch später noch den kürzesten Weg suchen, der heute durch die Wege angedeutet ist. Das Publikum wird nicht dazu zu bringen sein, selbst wenn Spieler auf dem Platz sind, um den Platz herumzugehen. Derselbe Streifen, der heute ordnungsmäßig befestigt ist, würde festgetreten werden, es würden sich auf ihm bei Regenwetter Sümpfe bilden. Das wäre vom Standpunkte der Spieler aus unangenehmer und mindestens ebenso gefährlich, als wenn der ordnungsmäßig befestigte Weg vorhanden bleibt. Wir erkennen alle an, daß die Beteerung durch ihre Glätte und ihre Härte für die Spieler erheblich gefahrvoll ist, und möchten deshalb zunächst, daß die Entteerung vor sich geht. Sollten später noch begründete Vorwürfe gegen die Belassung der Wege erhoben werden, so können sie immer noch entfernt werden. Ich bitte also, es einstweilen dabei zu belassen.

Was den Versuch der Verasung des Amalienplatzes anlangt, so kommen wir schon zum dritten Male mit derselben Bitte an die Stadtverordneten. Es sind auch schon einmal Mittel dafür zur Verfügung gestellt, aber einem weitergehenden Antrage, Mittel zu einer Einfriedigung zur Verfügung zu stellen, hat die Stadtverordnetenversammlung nicht stattgegeben. Der Magistrat sieht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß, wenn das Versuchsfeld nicht eingefriedigt wird, der Versuch keinen Erfolg haben wird. Ich lege dem Schutze des Rasens durch Belegung mit Dornen gar keinen Wert bei. Ich würde mir das gefallen lassen, wenn der Versuch vier Wochen dauern sollte; er soll sich aber auf zwei Jahre erstrecken. Wenn die Grasnarbe so werden soll, daß sie widerstandsfähig gegen das Betreten ist, dann muß sie so fest sein, daß sie eine feste Decke bildet, und dazu ist ein dauernder Schutz nötig. Deshalb muß die Einfriedigung während der ganzen Zeit, sagen wir: zwei Jahre hindurch, stehen bleiben. Gewähren Sie die Mittel hierfür nicht, dann ist nach meinem persönlichen Dafürhalten die ganze Ausgabe vergeblich.

In der Vorlage ist gesagt, wir hätten nur um Bewilligung von 200 M, weil es sich um eine kleinere Versuchsfeld handelt, und wir auch nur eine Draht-einfriedigung vorgeesehen hatten. Zu unserer Freude ist die Baukommission darüber hinausgegangen und hat angenommen, daß es wünschenswert

wäre, eine wirklich Schutz gewährende Einfriedigung zu beschließen. Wenn die Herren das tun wollen, so bin ich überzeugt, daß der Magistrat dankbar darauf eingehen wird, denn dann ist zu hoffen, daß aus der ganzen Sache etwas wird. Ich will erwähnen, daß dieser Versuch sowieso schon etwas schwieriger ist, als früher einmal geplant war, daß eine Aushebung des vorhandenen Sandbodens auf 30 cm Tiefe vorgenommen und guter Mutterboden eingebracht werden sollte. Um aber Kosten zu ersparen, ist die Sache jetzt so gedacht, daß auf den Sandboden eine 30 cm hohe Schicht Mutterboden aufgefahren wird, um darauf eine Grasnarbe entwickeln zu können. Mit Rücksicht auf die Trockenheit, unter der dann das Gras zu leiden hat (denn Sandboden ist nun einmal trocken), bin ich allerdings der Ansicht, daß es besser wäre, wenn man den Sandboden noch ausheben könnte. (Sehr richtig!) Dafür ist als Einheitsfuß für das Quadratmeter 1 *M* festgestellt. Wenn also der Versuch mit einer Fläche in der Größe, wie wir sie jetzt in Aussicht genommen haben, vorgenommen wird, so würden 600 *M* erforderlich sein. Dazu würden die Einfriedigungskosten kommen, die ich, da die Front nach der Größe von 600 qm nicht ohne weiteres angegeben werden kann, für das laufende Meter mit 8 *M* angenommen habe. Wenn Sie uns die Mittel hierfür nach dem Umfang der gesamten Front zur Verfügung stellen wollten, dann bin ich überzeugt, daß wir den Versuch so anstellen können, daß man ein greifbares Resultat hat. Wenn Sie der Anregung der Baukommission Folge geben wollen, dann muß ich Sie bitten, auch diese Mittel zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender: Der Antrag des Herrn Mohr steht mit zur Beratung. Ich werde zum Schluß auch über diesen Antrag mit abstimmen lassen.

Herr Kleinfnecht: Ich möchte nur zum Amalienplatze ein paar Worte sagen. Ich freue mich, daß der Herr Bürgermeister geäußert hat, daß er lieber eine größere Summe verwenden möchte, um gründlich Wandel zu schaffen, denn wir haben schon viele Versuche mit dem Grasplatze gemacht, die immer fehlgeschlagen sind. So, wie er ist, kann der Amalienplatz nicht bleiben. Wenn der Versuch mit der kleineren Fläche gemacht werden soll, dann möchte ich dringend bitten, daß dem Magistrat mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, um eine Ausbringung des alten Bodens und eine Einbringung von gutem Boden möglich zu machen. Der Herr Bürgermeister hat gesagt, der Versuch wäre schon im vorigen Jahre unternommen, wenn nicht die Mittel für die Einfriedigung gefallen wären. Ich würde für gründliche Erneuerung des Bodens und eine möglichst einfache Einfriedigung sein; jedenfalls würde es mit einer Drahtseinfriedigung gehen. Ich möchte bitten, dem Wunsche des Herrn Bürgermeisters nachzugeben und etwas mehr Geld zu bewilligen.

Vorsitzender: Es wäre formell richtig, daß einer der Herren den Wunsch des Magistrats aufnimmt, die Mittel zur Wegnahme des Sandbodens und Einbringung eines guten Mutterbodens mit 600 *M* zu bewilligen, und wenn die Herren eine feste Einfriedigung haben wollen, daß auch dafür per laufendes Meter 8 *M* bewilligt werden. Dann könnten wir darüber abstimmen.

Herr Meyerhoff: Ich begreife das eine nicht, daß die Herren gegen eine Einfriedigung sind, und gebe zu bedenken, daß eine Einfriedigung nicht nur gegen das Betreten durch das Publikum und die Kinder dienen soll. Sehen Sie sich doch einmal an, wie der Rasen leidet, wenn die großen Hunde auf einem Rasenplätze wirtschaften. Sie können doch auch nicht den ganzen Platz mit Dornen belegen, denn er muß doch gemäht und gewalzt werden, wenn er sich in den zwei Jahren fest bewurzeln soll. Es ist unmöglich, da nur einen Drahtzaun zu ziehen und es dann werden zu lassen, wie es will. Dann kommt derselbe traurige Zustand wie vorher. Aus diesem Grunde hat die Baukommission vorgeschlagen, eine dauerhafte Einfriedigung anzubringen. Der letzte Herr Redner glaubt doch wohl nicht, daß wir ein Luxusstaket hinsetzen wollten; Gott behüte! Nur ein Staket in der Höhe, daß die Hunde nicht darüber hinwegkönnen und die Kinder nicht darüber klettern, so daß das Ruinieren für die nächsten 2 Jahre ausgeschlossen ist. Wenn der Rasen zwei Jahre lang richtig behandelt wird, dann werden Sie sehen, daß wir etwas Gutes daran haben. Dann läßt sich dasselbe Staket weitersetzen, auf die andere Seite des Almalienplatzes bringen, und ein anderer Teil kann in Ordnung gebracht werden. Sie haben von dem Herrn Bürgermeister gehört, daß die Frage des Besamens immer an der Einfriedigungsfrage geknüpft ist, jetzt wird sie dadurch womöglich wieder zu Falle gebracht.

Es wurde von dem Herrn Vorsitzenden gesagt, daß auch der Antrag Mohr mit zur Beratung stände. Gegen diesen Antrag möchte ich mich noch wenden. Jeder, der mich kennt, weiß, daß ich ein Freund der Turnerschaft und der Jugendspiele bin, aber unseren Einwohnern nur aus Freude an den Jugendspielen das Recht zu nehmen, sich einen kürzeren Weg zu suchen, dazu werde ich nie die Hand bieten. Ich denke dabei an unseren früheren Kleinen Exercierplatz. Der ganze Platz stand früher dem Publikum zu Gebote, nicht nur den Schulen. Heute soll das Publikum um ihn herumgehen, das kann ich nicht gut heißen. Mögen Sie den Weg so herrichten, daß die Spieler nicht darauf ausrutschen, mögen Sie die Beteuerung beseitigen, aber dem Publikum das Betreten des Platzes zu verwehren, das halte ich für einen Eingriff in die Rechte des einzelnen. Ich fürchte auch nicht, wenn der Exercierplatz vom Zirkus frei sein wird, daß sich keine Besamung auf dem Sandboden herstellen lassen wird, wenn

sie nur unter vernünftigen Einrichtungen ausgeführt wird, wie das auf dem Amalienplatze geschehen soll. Die Herren werden sich erinnern können, daß wir früher auf dem Exerzierplatze wohl einen guten Graswuchs zu verzeichnen hatten, und daß sogar die Schafe zur Weide darüber getrieben wurden. Wo des Soldaten Fuß hintritt, da kann kein Gras gedeihen, da ist am besten Kies. Wo es aber einen Kinderspielplatz herzurichten gibt, da ist Rasen das allerbeste. Es heißt doch immer: Rasenspiele, jetzt sind es aber alles Staubspiele geworden. Nun soll der erste Versuch gemacht werden, um den Rasen wiederherzustellen, aber eine Einfriedigung wollen Sie nicht bewilligen.

Um nun zu dem St. Leonhardplatz zu kommen, so liegt bei diesem die Sache vielleicht etwas günstiger. Ich glaube auch nicht, daß ein Weg quer über den Platz geht. (Zuruf: In der Diagonale!) Ja, in der Diagonale, aber nicht quer! Doch davon ganz abgesehen: Bewilligen Sie dem Magistrat, wie der Herr Bürgermeister vorgetragen hat, die Mittel zur guten Verasung, zur Einbringung eines möglichst guten Bodens, und bewilligen Sie die Einstellung eines Stafets. Das Geld für das letztere ist doch wirklich unverloren. Es ist eine einmalige Bewilligung und kann nach zwei Jahren wieder ausgehoben und an eine andere Stelle gesetzt werden und kann da noch 10 Jahre stehen.

Herr Henking: Wenn etwas Gutes geschaffen werden soll, dann muß man es m. E. so machen, wie es vom Herrn Bürgermeister gesagt ist. Es muß ein Ausheben des betreffenden Platzes vorgenommen werden, die Herstellung eines guten Mutterbodens und eine Schonung erfolgen, wie ja Herr Meherhoff auch schon gesagt hat, dadurch, daß man ein genügend hohes festes Staket für längere Zeit herstellt. Ich stelle hiermit den Antrag, daß dem Magistrat die Mittel bewilligt werden, um den Platz mit einem guten Mutterboden zu versehen und mit einem Staket zu umgeben. Wenn wir das nicht tun, dann wird es gerade so, wie es in den letzten Jahren auf dem Leonhardplatz gewesen ist; wir erreichen gar nichts. Die Wege müssen fallen, darin stimme ich Herrn Mohr zu. Wenn die Leute über den Platz hinweglaufen, dann wird die schöne Grasnarbe bald zerstört werden. Für die Spielzeit soll das Publikum gebeten werden, nicht über den Platz zu gehen. Aber während der Spielzeiten wird vom Publikum gern so viel Rücksicht genommen werden, daß es den kleinen Umweg macht. Das geschieht wohl auch schon jetzt, soweit ich gesehen habe. Ich bin für den Antrag Mohr und für Erweiterung des Kommissionsantrages in dem von mir ausgesprochenen Sinne.

Herr Ribbentrop: Ich möchte nur hervorheben, daß die Frage, einen dauerhaften Rasen zu schaffen, bereits gelöst ist. Die Herren brauchen nur den

Platz bei Richmond anzusehen, der jahrelang stillgelegen hat, wie er mit einer festen Grasnarbe versehen ist, die nichts zerstören kann. Es wird Tag für Tag dort gespielt, und zwar Spiele, die den Rasen vollständig ruinieren müßten, wenn sie ausgeübt werden. Aber nichts ist imstande, diese Grasnarbe, die der Herr Promenadeninspektor Kreiß in hervorragend künstlerischer Weise geschaffen hat, zu verderben. Ich bin dafür, daß die Summe in vollem Maße verwandt wird, und möchte anregen, ob nicht gleich mit der Bepflanzung des ganzen Amalienplatzes begonnen werden soll.

Herr S a n d e r: Die Befürchtung des Herrn Meyerhoff, daß die ganze Gelegenheit wieder in den Brunnen fällt, scheint sich nicht zu bestätigen. Ich freue mich darüber und bin auch dafür, daß mehr bewilligt wird, als der Magistrat jetzt verlangt hat, denn wenn die Sache so gemacht wird, wie es vorge schlagen ist, wird sie nicht von langer Dauer sein; es würde das nur weg geworfenes Geld bedeuten. Wenn wir etwas anfangen, müssen wir es ordentlich machen. Ich habe mich jetzt auch belehren lassen wegen der Einfriedigung. Der Herr Bürgermeister sagt, daß es die Absicht gewesen ist, die Einfriedigung so lange bestehen zu lassen, bis der Rasen spielfähig geworden ist. Darüber sind alle Gegner der Einfriedigung im Irrtum gewesen und haben nur um dess willen dagegen gestimmt, weil sie keine Einfriedigung für später beim Spielen haben wollten. Nur durch diesen Irrtum ist die Bewilligung der Einfriedigung früher gefallen. Heute werden wir alle für eine Einfriedigung sein. Man muß zugestehen, wenn die Dornen jahrelang liegen sollen, so wird das auch keinen genügenden Schutz gewähren. Ich bin dafür, daß wir den größeren Kredit gewähren.

Herr R o e j a g t: Auch ich bin dafür, daß wir die Sache ordentlich machen sollen und nicht den Antrag Meyerhoff annehmen, sondern uns der Ansicht des Herrn Bürgermeisters anschließen. Ich bin dafür, daß der Weg über den Platz verboten wird, sonst wird es keine vier Wochen dauern, so ist ein Weg in kolossaler Breite über den Spielplatz hinweg von der Amalienstraße nach dem Weißen Hof angelegt und das Gras vollständig zertreten, mag der Weg nun quer oder schräg über den Platz gehen, das ist egal, früher sind auf den Plätzen die Schafe gehütet, aber er ist weniger betreten. Da gab es eine gute Rasenfläche, denn sie wurde auch zu gleicher Zeit gedüngt. Ich möchte wünschen, daß wir das noch machen könnten. Wenn wir nicht eine gute Grasnarbe herstellen, werden wir nie einen dauerhaften Rasenspielplatz bekommen.

Herr L e u e: Meine Bedenken gegen die Bildung einer Grasnarbe will ich nicht fallen lassen, sie aber zugunsten eines Versuchs gern zurückstellen. Wenn

aber der Versuch gemacht werden soll, dann bin ich dafür, wie Herr Sanitätsrat Henking beantragt hat, das Weitestgehende anzunehmen und etwas mehr zur Verfügung zu stellen. Was die Wege anbetrifft, so bin ich ein entschiedener Gegner des Antrages Mohr. Der Herr Bürgermeister hat schon ausgeführt, daß doch alle Leute über den Platz laufen würden, wenn wir auch die Wege wegfallen lassen, und dann tritt ein, was für die Spielenden von besonderem Nachteil ist: Die Leute bahnen sich hier und da kleine Fußsteige, während sie sonst wenigstens auf dem richtigen Wege bleiben. Ich halte es für im Interesse der Spielenden, wenn wir die Wege belassen, allerdings ungeeignet, und sperren den Platz nicht ab.

Herr Eckhardt: Der weitestgehende Antrag in dieser Angelegenheit ist der des Herrn Major Ribbentrop, der dahin geht, einen größeren Versuch zu machen. Ich bin auch dafür und möchte den ganzen Amalienplatz in der Weise hergestellt sehen, daß auf ihm eine gute Grasnarbe sich bildet und der Platz mit einer vollständigen Umfriedigung versehen wird. Ich schlage vor, die Umfriedigung nicht aus Holz zu nehmen, sondern aus Eisenpfählen, zu welchen eine Staketerie aus Draht kommt. Das wird das billigste sein, denn es sind nur Grundpfähle von 30 bis 40 cm Tiefe in Zement einzulassen. Die sind leicht einzufügen, und bald wieder herausgehoben. Auf diese Weise würde die ganze Anlage vielfach benutzt werden können. Holz würde nur kurze Zeit halten; dies aber würde eine Staketerie für die Ewigkeit geben, mit welcher die Bauverwaltung schon fertig werden wird.

Herr Meyerhoff: Ich muß bemerken, daß ich genau dasselbe gesagt habe, was der Herr Bürgermeister gesagt hat; ich befinde mich gar nicht im Widerspruch damit.

Herr Hartung: Ich bin auch für den Antrag der Baukommission. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, an den Magistrat die Anfrage zu richten, ob für die halbfertig hergestellte Modelbahn bis zum Herbst nichts mehr geschehen soll. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß der jetzige Zustand schaurig ist.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich gehöre zwar der Deputation für das früher Französisch Geld nicht an, bin aber durch Mitteilungen im Magistrat darüber orientiert. Es ist beschlossen worden, daß die Anlage erweitert werden soll. Es soll nicht die Zahl der Modelbahnen vermehrt werden, sondern die einzelnen

Bahnen sollen verbreitert und Hindernisse angelegt werden; jedenfalls soll die Sache weiter ausgestaltet werden.

In der Abstimmung bewilligt die Versammlung

1. die 400 *M* zur Beseitigung der Leerung der Wege.

Vor der Abstimmung über Punkt 2 bemerkt auf eine Anfrage des Herrn Vorstehenden

Herr Bürgermeister M e h e r: In den 200 *M* sind enthalten die Bodenbewegungen, die nach der Magistratsvorlage vorgesehen sind. Es soll darnach der gute Boden auf die vorhandene Sandfläche ohne vorangegangene Umgestaltung der letzteren aufgeschüttet werden. Nun erscheint es ja wünschenswert, nicht nur den guten Boden aufzuschütten, sondern vorher die Sandfläche bis zu einer Tiefe von 30 cm zu entfernen. Dann kostet das Quadratmeter instand zu setzen 1 *M*; es würden darnach 600 *M* notwendig, um diesen Versuch durchzuführen.

Die Versammlung bewilligt darauf

2. 600 *M* zur Instandsetzung der Versuchsfläche auf dem Amalienplatz in der vom Herrn Bürgermeister angegebenen Weise, und

3. pro laufendes Meter 8 *M* für Herstellung einer dauerhaften Einfriedigung.

4. Der Antrag Mohr auf Aufhebung der Querwege wird abgelehnt.

12. Flächenaustausch an der Ecke der Friedrich-Wilhelmstraße und Leopoldstraße.

Herr Meherschhoff: Bei dem Bau des „Ganjahauses“ durch die Herren Gebr. Levin hat sich herausgestellt, daß dem Grundstück von der früheren Straßenfläche 0,2 qm zugeschlagen sind, dahingegen ist von dem Grundstück abgetreten 0,3 qm, 0,6 qm und 0,3 qm, zusammen 1,2 qm. Außerdem haben die Herren Gebr. Levin beantragt, ihnen auch die Fläche, die an der Ecke der Leopold- und Friedrich-Wilhelmstraße durch Abrundung der Ecke unbebaut gelassen ist (2,5 qm) abzunehmen. Es haben nun Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Herren Gebr. Levin stattgefunden, und es liegt ein einstweiliger notarieller Vertrag vor, wonach die Herren Gebr. Levin die überschüssenden

3,5 qm für den Preis von 500 *M* an die Stadt abtreten. Es hat jedoch seine Schattenseiten, wenn wir auf den Vertrag eingehen. Wenn die Herren den Bau mit der runden Ecke herstellten, so haben sie es größtenteils in ihrem eigenen Interesse getan, um eine bessere Herausbildung des Gebäudes zu erzielen. Die Baukommission meint, wenn wir bei diesem Hause eine Entschädigung zubilligten, so würde dadurch leicht ein Präjudiz geschaffen sein, und andere würden mit Nachforderungen hinterherkommen. Wir haben noch mehrere Gebäude an Straßenecken, bei denen Terrain durch Coupierung der Ecke liegen geblieben und in städtischen Besitz übergegangen ist, und die betreffenden Herren sind nicht entschädigt. Die Baukommission sieht sich also nicht in der Lage, dem Vorschlage zuzustimmen, empfiehlt Ihnen vielmehr, diese Übereinkunft mit den Herren Gebr. Levin abzulehnen, gibt aber dem Magistrat anheim, wegen der übrigen Flächen, die abgetreten sind, in weitere Verhandlungen einzutreten. Der in der Kommission anwesende Magistratsvertreter war mit diesem Vorschlage einverstanden. Namens der Baukommission habe ich Ihnen also zu unterbreiten, den Vertrag nicht zu genehmigen.

Herr Sander: Ich möchte mir eine Frage erlauben: Ist die Fluchtlinie im Ortsbauplan so festgelegt, daß diese coupierete Ecke vorgesehen war, oder ist die Coupierung auf Antrag der Firma Levin entstanden?

Herr Meyerhoff: Soweit mir bekannt, ist die Coupierung durch Antrag der Gebr. Levin entstanden. Ich glaube, wir sind nicht dazu gezwungen, das Terrain zu bezahlen.

Herr Bürgermeister Meyer: Was Herr Sander berührte, ist der springende Punkt bei der Frage. Durch den Ortsbauplan ist eine Begradung der Grenze nur vorgesehen, soweit es sich um die Fluchtlinie an der Leopoldstraße handelt. Die Fluchtlinien der Ecke bilden nach dem Ortsbauplan heute noch eine Spitze, so daß eine Verpflichtung der Stadt zur Abnahme dieser Fläche nicht vorliegt. Das ist auch für die Baukommission bestimmend gewesen, zu empfehlen, die Fläche nicht abzunehmen, zu deren Abnahme nach dem Ortsbauplan wir nicht gehalten sind. Das hat dahin geführt, den Vertrag zu verwerfen, um Verurteilungen zu vermeiden.

Dem Antrage der Baukommission entsprechend wird dem Vertrage die Zustimmung nicht erteilt.

13. Ausbau der Amalienstraße und Erklärung derselben zur Ortsstraße.

Herr Busch: Der Magistrat teilt uns mit, daß seitens der Seberinschen Erben an ihn die Bitte ausgesprochen ist, zu gestatten, daß sie den Ausbau der westlichen Teilstrecke der Amalienstraße zwischen Celler- und Gartenstraße als Unternehmer ausführen, wogegen andererseits der Ausbau der östlichen Teilstrecke zwischen Gartenstraße und Hinter der Mäsch stadtheitig auszuführen wäre. Wer die Zustände dort kennt, wird zugeben müssen, daß es sowohl im Interesse der Amalienstraße, als auch der angrenzenden Straßenzüge sehr wünschenswert erscheint, wenn eine Änderung eintritt. Von diesem Gesichtspunkte geleitet, hat der Magistrat geglaubt, vorbehaltlich der Genehmigung der Versammlung mit den Seberinschen Erben einen entsprechenden Vertrag abschließen zu sollen. Dieser Vertrag, der in der üblichen Weise zur Ausführung gelangt ist, enthält unter anderem als wesentlichen Punkt, daß der beiderseitige Flächenaustausch unentgeltlich erfolgt, wohingegen bei der bei Abschluß des Vertrages an die Straße abzugebenden Teilfläche des Amalienplatzes ein Preis von 10 *M* zugrunde gelegt ist, der seitens der Unternehmer zu begleichen sein würde. Außerdem ist für hinreichende Kaution gesorgt, die sich insgesamt auf ca. 50 000 *M* beläuft.

Der Magistrat hat nun die Bauverwaltung beauftragt, einen Kostenschlag zunächst über die Strecke der Amalienstraße zwischen Gartenstraße und Cellerstraße auszuführen. Die Gesamtsumme beträgt 37 000 *M*, und die Anlieger würden bei einer Länge von 174 laufenden Metern mit 197,50 *M* zu den Straßenbaukosten heranzuziehen sein, während der Kostenschlag für die Strecke zwischen Gartenstraße und Spinnerstraße sich auf etwa 29 200 *M* beläuft und die Anlieger bei einer Länge von 206 m mit 141,50 *M* per laufendes Meter in Mitteleidenschaft gezogen würden. Der Magistrat richtet nun an uns das Ersuchen, unter gleichzeitiger Erklärung der Amalienstraße zur Ortsstraße diese Projekte zu genehmigen, die Zustimmung zu dem vorliegenden Vertrage auszusprechen und die Kosten zu Lasten des Extraordinariums zu verwilligen.

In der gestrigen Sitzung der Baukommission haben wir uns eingehend mit der Angelegenheit befaßt und den Magistratsbeschuß zu dem unsrigen gemacht. Ich möchte die geehrte Versammlung bitten, gleichfalls dem Magistratsbeschuß die Genehmigung zu erteilen.

Dem Antrage der Baukommission wird entsprochen.

14. Antrag des Stadtverordneten **Alßmann**, betreffend magistratsseitige Mitteilungen über das neue Bahnhofprojekt.

Herr **M e h e r h o f f**: Der Antrag des Herrn Stadtverordneten **Alßmann** lautet folgendermaßen: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, über das neue Bahnhofprojekt den Stadtverordneten detaillierte Mitteilungen zu machen, die es ermöglichen, neben der finanziellen Seite auch die Lage der Straßenzüge, welche die Stadtviertel vor dem Wilhelmitore und Augusttore verbinden sollen, zu prüfen.“

Meine Herren! Der Herr Antragsteller hat der Sitzung der Baukommission mit beigewohnt; von Seiten des Magistrats war der Herr Oberbürgermeister zur Stelle. Nach den Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters, die in sehr ausgedehntem Maße erfolgten, ist die Baukommission zu der Überzeugung gekommen, den Antrag **Alßmann** als zurzeit für eine Beratung nicht zweckdienlich erscheinen zu lassen. Ich stelle im Namen der Baukommission den Antrag, den Antrag **Alßmann** abzulehnen.

Herr **Alßmann**: Ich bedaure die Entschließung der Kommission. Ich habe ja dem, was ich schon in der vorletzten Versammlung sagte, nicht viel hinzuzufügen. Wenn ich recht die Situation übersehe, dann begreife ich nicht, was an dem Antrage Ungewöhnliches sein soll. Wie es schon in der vorletzten Sitzung vom Herrn Vorsitzenden gesagt wurde, und wie es auch weiter in der Kommission ausgesprochen ist, soll der Antrag etwas Außergewöhnliches sein. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß die ganze Situation, wie sie geschaffen ist, eine ungewöhnliche ist. Es ist Ihnen bekannt: Die Stadtverordnetenversammlung hatte am 30. September 1909 mit einer Stimme Majorität dem Antrage des Stadtmagistrats entsprochen und beschlossen, daß das Fernbahnhofprojekt der preussischen Eisenbahnverwaltung akzeptiert werden solle. In der darauf folgenden Sitzung erklärte der Herr Oberbürgermeister, daß inzwischen die Herren Menadier und Gebensleben ihn eines anderen belehrt hätten. Sie sollten ein verbessertes Projekt D vorlegen, und in der betreffenden Versammlung wurde auch das Projekt von Herrn Baumeister Gebensleben detailliert vorgetragen. Eine Diskussion darüber wurde aber nicht beliebt. Es wurde vielmehr erklärt: Es ist nicht zweckmäßig, heute darüber zu debattieren, weil es nur ein vorläufiges Projekt ist. Dann ist der Herr Oberbürgermeister am 11. Januar d. J. noch einmal auf das Projekt zurückgekommen und hat erklärt, die preussische Regierung hätte gegen das Projekt nichts einzumenden, daß wir aber für Mehrkosten 1 360 000 M beizusteuern hätten. Die ganze Situation ist ungewöhnlich, wenn wir uns vor Augen halten, daß über die anderen Bahnhofprojekte, wie sie sonst

vorliegen, eingehend hier diskutiert wurde, daß die Pläne vorgelegt wurden und uns die ganze Situation klargemacht wurde. Ich erinnere daran, daß am 27. Februar 1908 der Beschluß gefaßt war, daß von den vorliegenden vier Zwischenprojekten Abstand genommen werden sollte und ein Antrag Jasper-Riefe abgelehnt wurde, daß ohne weiteres gegenüber dem Kopfbahnhofsprojekt dasjenige der preußischen Regierung akzeptiert werden sollte. In der betreffenden Versammlung ist auch beschlossen worden, das Kopfbahnhofsprojekt sollte noch einmal geprüft werden und mit der preußischen Regierung in Verbindung getreten werden. Als die Antwort zurückkam, hieß es von seiten des Magistrats: Es bleibt nichts übrig, als das preußische Projekt anzunehmen, und die Versammlung beschloß also am 30. September 1909 mit einer Stimme Majorität, das Projekt anzunehmen. Wenn ich nun die ganze Folge, die gleich darauf eintrat, betrachte, daß der Magistrat in der nächsten Sitzung kam und erklärte, daß aus der Sache zunächst nichts werden solle, weil das verbesserte Projekt D Menadier-Gebensleben erst geprüft werden solle, so ist das mindestens ungewöhnlich. Nun kam das neue Projekt, und es sind etliche Jahre vergangen. Wenn ich mir das vorhalte, dann scheint es mir, als wenn bei diesem doch etwas mitgewirkt hat, was seinerzeit der Herr Professor Lübke als Stadtverordneter sagte: daß ihm immer bedenklich erscheine, wenn der Herr Oberbürgermeister mit Herrn Riefe Hand in Hand gehe. Da die Majorität ziemlich klein war, und meine Freunde und ich mit dazu beigetragen hatten, daß die Majorität zustande kam, erscheint es mir bald so, als ob das mit beigetragen hätte, daß man glaubte, der Einwohnerchaft gegenüber verpflichtet zu sein, mit einem neuen Projekte zu kommen. Das mag wunderbar erscheinen, ich wüßte aber keinen sachlichen Grund. Wenn der Herr Oberbürgermeister selbst nach der damaligen Sitzung sagte, daß wir mit den traurigen Verhältnissen des Kopfbahnhofs nicht fortwursteln könnten, dann verstehe ich nicht, wie das neue Projekt wieder zum Vorschein kommen konnte, welches in Wirklichkeit schon wiederholt geprüft ist.

Wenn ich nun die Meinungen über meinen Antrag ansehe, daß es als unangebracht bezeichnet wurde, ihn jetzt einzubringen, und daß keiner begreifen könne, was ich damit beabsichtige, so muß ich sagen, das erscheint mir ganz klar. Ein jeder Stadtverordneter kann dem wohl zustimmen, daß es zweckmäßig erscheint, wenn wir ein paar hundert Meter mit dem Bahnhof an die Innenstadt herankommen können, ohne daß wir die Bahn durch den Bürgerpark gehen lassen. Ich muß offen sagen: Wenn mir von einem Stadtverordneten gesagt wurde, er könne nicht einsehen, warum ich wissen wolle, welche Straßen nach dem neuesten Plane geführt werden sollen, er könne nur annehmen, ich beabsichtige, ein Grundstück zu kaufen und zu wissen, welche Straßenzüge angelegt werden sollen, so spricht das für sich und läßt tief blicken, wenn man glaubt, daß man nur zu

diesem Zwecke hier sätze oder Anträge stellte, die von persönlichem Interesse diktiert sein müssen. Ich meine, nicht von persönlichem Interesse ist die Besprechung der Projekte jetzt angebracht, sondern aus dem Grunde, daß die Sache nicht unnötig in die Länge gezogen wird, und daß wir allerdings für ein Projekt nicht sein können, bei dem der Bürgerpark durch Straßenzüge und Eisenbahndämme zerrissen wird und für das wir noch bedeutende Mehrausgaben leisten sollen. Der Herr Oberbürgermeister hat am 27. Februar 1908 bei der Beratung des Kopfbahnhofesprojektes, für das Herr Mohr 3 Millionen Mark Zuschuß in Aussicht gestellt, gesagt: „Ich würde dann auf alle Fälle lieber die 3 Millionen für einen Durchgangsbahnhof verwertet sehen.“ Nun soll dies neueste Projekt selbstverständlich auch ein Durchgangsbahnhof sein, aber damit sind so viele Dinge verknüpft, daß es erwägenswert wäre, die paar hundert Meter weiter hinauszugehen. Wenn man alle Projekte prüft, so weiß ich nicht, weshalb es nicht geschehen ist, zu versuchen, den Bahnhof nicht gerade dahin zu legen, wo die preussische Regierung wollte, sondern ein paar hundert Meter näher an die Stadt in das Gleisdreieck, ohne durch den Park zu gehen. Es ist von sachmännischer Seite behauptet worden, daß es sehr wohl ginge, den Bahnhof in das Gleisdreieck zu legen, nicht gerade an das Durchgangsgleis, wie es in dem preussischen Entwurf steht, so daß er dadurch auch ein paar hundert Meter herankäme. Darauf ist mir geantwortet worden, daß dies wegen des Niveaus der Frankfurterstraße nicht ginge. Ich kann das nicht gut einsehen. Warum die Bahn gerade durch den Park gehen soll, weiß ich nicht. Wenn gewichtige Gründe vorliegen, so wüßte ich nicht, warum uns der Magistrat nicht das eben genannte Projekt unterbreiten sollte, nachdem damals von seiten des Magistrats der Entwurf D als undurchführbar bezeichnet ist. Es ist in der Bürgerchaft die Befürchtung vorhanden, daß mit der Verhuzung des Bürgerparks zu leicht auch größere Mehrausgaben entstehen werden, als uns jetzt vorstehen. Es scheint im übrigen, als wenn ein gewisser Unstern über dem ganzen Bahnhofsbau herrscht und große Unklarheit über die Meinung der Einwohnerchaft vorhanden ist. Denn sonst hätte es nicht dahin kommen können, daß an zuständiger Stelle die Erklärung abgegeben wurde, daß der Regent, nachdem er sich überzeugt hätte, daß die Mehrheit der Einwohnerchaft diesem Projekt den Vorzug gab, auch diesem Projekte zustimme.

Vorsitzender: Herr Ahmann! Sie beschäftigen sich schon sächlich mit der Angelegenheit. Ich wollte Ihnen gern das Wort lassen, aber Ihre Äußerungen gehen zu weit. Ihr Antrag geht dahin: Wir sollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, uns detaillierte Mitteilungen über das neue Bahnhofesprojekt zu machen. Die Kommission beantragt, diesen Wunsch gegenüber dem Magistrat, als nicht zweckdienlich, nicht auszusprechen. Es würde meiner Ansicht

nach von dem Antrage weit wegführen, über die Vorteile der einzelnen Bahnhofspröjekte zu sprechen.

Herr *Altmann*: Verehrter Herr Vorsitzender! Wenn ich die übrigen Herren Stadtverordneten überzeugen möchte, daß es wichtig wäre, weitgehende Mitteilungen über das Bahnhofspröjekt zu bekommen, wie ich in voriger Sitzung schon gesagt habe, dann weiß ich nicht, wie ich das anders machen sollte, als daß ich den Herren Stadtverordneten auseinanderzusetzen versuche, daß das Präjekt doch sehr weitgehend ist und es dringend notwendig erschien, diese Vorlage zu haben.

Im übrigen bin ich mit meinen Äußerungen ziemlich zu Ende, weil ich nicht die Absicht habe, alles noch einmal anzuführen. Ich habe versucht, Ihnen meine Meinung noch einmal zu sagen, daß ich es als außergewöhnlich betrachten muß, wenn wir in diesem Falle vom Magistrat im Stich gelassen werden und er erklärt, er gäbe unter keinen Umständen Auskunft darüber. Ich muß diesen Zustand als unverständlich betrachten und habe deswegen diese Anregung gegeben, damit wir etwas weiter über diese Sache sehen können und wir nicht erst dann, wenn wieder Jahre entchwunden sind und Millionen Kosten entstehen sollen, uns entscheiden sollen.

Herr Oberbürgermeister *Ketmeyer*: Wenn der Magistrat die Absicht hätte, in der Weise vorzugehen, wie zum Schluß seiner Ausführungen der Herr Stadtverordnete *Altmann* angedeutet hat, dann müßte ich auch sagen: das Verhalten des Magistrates ist ein außerordentliches. Es ist aber gar nicht unsere Absicht, so vorzugehen. Wir beabsichtigen, Ihnen die Pläne und alles, was wir in Händen haben, vorzulegen, aber wir waren der Ansicht, daß eine Vorberatung dieser Pläne jetzt nicht am Platze wäre, und das ist durch folgenden Umstand veranlaßt. Es ist von Herrn *Altmann* schon hervorgehoben worden, daß das Präjekt der preußischen Eisenbahnverwaltung, nach dem der Bahnhof am Kennel, hinter dem jetzigen Gütergleise, angelegt werden sollte, hier mit kleiner Stimmenmehrheit angenommen war, d. h. der Beschluß ging dahin: Das Präjekt soll nicht weiter beanstandet werden. Getrennt zu behandeln war aber noch die Frage, welchen Zuschuß die Stadt zu diesem Präjekte zu zahlen bereit sein würde. Es handelt sich bekanntlich darum, daß der Stadt angekonnen war, sie sollte das gesamte Terrain für die neue Bahnhofsanlage ankaufen, das freierwerdende Terrain erhalten und dafür insgesamt 7 Millionen Mark bezahlen. Das schien uns reichlich viel. Die Verhandlungen über die Höhe der Terrainskosten sind nicht zum Abschluß gekommen. Wenn wir nun dieses Präjekt, das mit einer Stimme Mehrheit — ich wiederhole das — zugelassen

wurde, hinterher den Stadtverordneten wieder vorgelegt und gesagt hätten: „Nun bewilligen die Herren einmal soundso viel für dieses Projekt,“ dann wäre, wie ich glaube, dieser Antrag von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt worden. Diese Überzeugung hat der Magistrat gehabt; es ist ja nicht unmöglich, daß sich in dieser Beziehung der Magistrat geirrt hat. Jedenfalls war er der Ansicht, daß, wenn eine günstigere Lösung gefunden werden könnte, der Magistrat nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet sei, diese günstigere Lösung zu versuchen. Das ist der Grund gewesen, weshalb der Magistrat das neueste Problem, das unsere Baumeister ausgearbeitet hatten, zunächst den Herren vorgelegt und dann dem preussischen Minister überhandt hat mit dem Ersuchen, dieses Projekt prüfen zu lassen. Dieser Antrag stieß zunächst bei dem Minister auf Widerstand; nachdem wir aber nochmals vorstellig geworden waren, verging eine längere Zeit, und darauf kam von Berlin die Nachricht: „Ich lasse mein früheres Projekt fallen und unterbreite der Stadt jetzt ein neues Projekt, das meinerseits ausgearbeitet ist“ und das sich nun allerdings im großen und ganzen deckt mit dem Projekte unserer Baumeister. Nun wurde der Magistrat vor die Frage gestellt: Was sollen wir mit diesem Projekte machen? Der Magistrat hat es dem Bahnhofsaußschuß, den Sie mit Ihrem Vertrauen beehrt haben, unterbreitet, und der Bahnhofsaußschuß war einstimmig der Ansicht — ich müßte mich sehr irren, wenn nicht auch Herr Kiefe dafür gewesen wäre —, daß dieses Projekt dem anderen vorzuziehen sei. Meine Herren! Darauf zunächst Ihnen das Projekt vorzulegen, schien uns nicht richtig zu sein, denn wir hatten gegen dieses Projekt einzelne Bedenken zu erheben und hatten den Wunsch, nunmehr die Sache so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen. Das konnten wir erreichen dadurch, daß wir diese Bedenken unsererseits dem Herrn Minister gegenüber äußerten und ihn ersuchten, Kommissare nach Braunschweig zu entsenden, um diese Bedenken an Ort und Stelle zu besprechen. Das ist geschehen, meine Herren, und darauf ist uns die Antwort geworden: es wären Kopien von diesem neuesten Projekt in Berlin nicht zurückbehalten, wir würden ersucht, das Projekt wieder nach Berlin zurückzusenden, damit zu unseren im einzelnen angegebenen Bedenken in Berlin Stellung genommen werden könne. Das ist erklärlich, denn wenn Kommissare entsandt werden, so müssen sie an der Hand der Projekte prüfen können, wie weit den Bedenken und Wünschen der Stadt Rechnung getragen werden soll. Nun sind wir augenblicklich, wie ich eben bemerkte, nicht im Besitz der Pläne; wir könnten also, selbst wenn uns die Herren darum ersuchen sollten, so zu verfahren, wie Herr Asmann beantragt, diesem Wunsche beim besten Willen nicht entsprechen. Ich habe aber die Überzeugung, wir werden bald wieder im Besitz der Pläne sein. Wollen Sie dann, ehe die einzelnen Punkte eingehend erörtert sind, ehe Klarheit

geschaffen ist über die einzelnen Bedenken und Wünsche im Interesse der Stadt, daß der Magistrat Ihnen vorher das Projekt, wie es ist, vorlegt, so brauchen die Stadtverordneten nur zu beschließen, der Magistrat wird dem nachkommen. Ich würde allerdings, wenn ich Stadtverordneter wäre, dem Magistrat das Vertrauen schenken, daß er zusammen mit dem Bahnhofsausschuß nunmehr dieses Projekt so weit vorbereiten wird, daß die Stadtverordnetenversammlung demnächst zu diesem Projekte endgültig Stellung nehmen kann, und zwar, sowohl was die technische, als was die wirtschaftliche und finanzielle Seite betrifft. Danach aber bleibt es selbstverständlich der geehrten Versammlung noch überlassen, wenn sie dann, wie Herr Altmann das tun zu wollen scheint, dieses neueste Projekt auf jeden Fall verwirft, auf das frühere zurückzugreifen, wenn dann der Herr Eisenbahnminister nicht etwa sagt: „Ich will mein früheres Projekt gar nicht mehr, ich halte jetzt an diesem Projekte fest.“ In dem Falle muß man eben zu dieser Stellungnahme sich äußern. Daß die Sache verschleppt würde, wenn wir dieses Projekt erst vorberaten, das glaube ich nicht. Es kommt allerdings, das gebe ich zu, darauf an, zu ermitteln: Ist die Stadtverordnetenversammlung grundsätzlich gegen die Durchschneidung des Bürgerparkes? Das ist der springende Punkt bei der ganzen Frage. Wenn die Stadtverordnetenversammlung das beschließt, — und ich glaube, das könnten Sie beschließen nach alledem, was ich mitgeteilt habe, ohne daß Sie dieses Projekt einsehen, und der Beschluß könnte heute schon gefaßt werden — dann sind wir selbstverständlich genötigt, nach Berlin zu schreiben: „Bemüht Euch nicht weiter, wir sind nicht in der Lage, das neueste Projekt auszuführen. Wir bitten, auf das alte Projekt am Kennel zurückzugreifen.“ Ich bin der Ansicht, daß der Magistrat zuweilen die Pflicht hat, selbständig vorzugehen nach dem, was er für richtig hält, und ich habe die Überzeugung gewonnen, daß er bei seinem jetzigen Vorgehen, das dahin geht, das nähere Projekt dem weiteren vorzuziehen, auch wenn dabei die Interessen des Bürgerparks leiden, sich im Einvernehmen nicht nur mit einem größeren Teile der Einwohnerschaft, sondern auch mit der großen Mehrheit der geehrten Versammlung befindet. (Sehr richtig!) Sollte das nicht der Fall sein, so wäre heute die beste Gelegenheit, daß Herr Altmann die Herren ersucht, hier gleich zu beschließen, nicht den Bürgerpark zu durchschneiden. Dann wissen wir, woran wir sind.

V o r s i t z e n d e r: Durch die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters sind wir in die Sache selbst hineingekommen. Es kann jetzt keinem weiteren Redner verwehrt werden, darüber zu reden. Nach meiner Auffassung ist es aber richtiger, daß die Versammlung sich auf den Antrag Altmann beschränkt und sich mit weiteren Fragen nicht befaßt.

Herr Mann: Gerade das, was der Herr Oberbürgermeister zuletzt sagte, will ich nur bezwecken. Ich wollte doch nur wissen, wie ich ausdrücklich gesagt habe, was für Straßen und sonstige Anlagen durch den Bürgerpark geführt werden müssen, um eine ordnungsmäßige Einführung des Verkehrs zu bekommen. Ich bin fest überzeugt, daß die Stadtverordnetenversammlung sowohl wie auch die Einwohnerschaft — hier kann es sich ja nur um die Stadtverordneten handeln — in ihrer Mehrheit, wenn sie die Zerstückelung des Bürgerparks und die Mehrkosten sehen, sagen würden: Wir verzichten auf dieses Projekt, und wollen versuchen, den Bahnhof weiter hinauszulegen. Weiter wollte ich mit meinem Antrage nichts bezwecken, das wird das Stenogramm ausweisen. Daß damit ein Mißtrauen gegenüber dem Magistrat oder der Deputation ausgesprochen sein sollte, kann ich mit dem besten Willen nicht einsehen. Ich glaube aber im Laufe des Studiums der Verhandlungen herausgefunden zu haben, — und der Herr Oberbürgermeister hat es auch heute erwähnt, — daß ihm eine Stimme Majorität zu wenig gewesen wäre, um später die Zubilligung eines Zuschusses für dieses Projekt zu bekommen. Ich habe in meiner 18jährigen Tätigkeit als Stadtverordneter nicht die Vorsichtigkeit des Herrn Oberbürgermeisters nach dieser Richtung hin kennen gelernt, ich habe ihn immer als einen mutvollen Beamten gefunden, der ruhig jeder Gefahr ins Auge schaut und ruhig abwartet, bis ihm eine Vorlage abgelehnt wird. Mir scheint es tatsächlich so, wie ich schon andeutete, daß es einzelnen Kreisen unangenehm war, daß die Mehrheit so gering war, und auch das nicht als angenehm erschien, welche Personen es waren, die die Mehrheit bildeten. Bei anderen Gelegenheiten ist das nicht als so fürchterlich schwerwiegend betrachtet worden.

Ich möchte dann noch erwähnen: Der Herr Oberbürgermeister sagt, es wäre nicht möglich, augenblicklich die Pläne vorzulegen, da sie nach Berlin gesandt seien. Daß jedoch keine Kopien von unseren Entwürfen von den Baumeistern zurückbehalten sein sollten, kann ich mir kaum denken. Sie werden die Pläne nicht aus der Hand geben, ohne Kopien zu haben, denn wenn sie auf dem Transport verschwinden sollten, dann würden wir von ihrer schweren Arbeit nichts mehr in Händen haben. Ich muß sagen, daß das überaus schlimm wäre.

Mit dem, was der Herr Oberbürgermeister zum Schluß sagte, bin ich einverstanden. Aber ich befürchte, wenn jetzt prinzipiell gesagt würde: Wir sind dafür oder dagegen, daß das kein klares Bild für den Stadtmagistrat geben würde. Es würde notwendig sein, vorher die Straßenzüge kennen zu lernen. Ich habe nicht gesagt, daß ich auf alle Fälle gegen das letzte Projekt bin. Ich würde aber dagegen sein, wenn etwas Besseres gezeigt würde. Mit Freuden würde ich begrüßen, wenn erreicht würde, daß unser Bürgerpark gesichert werden könnte.

Herr Wolters: Der Herr Vorsitzende hat in entgegenkommender Weise gestattet, daß auch auf die sachliche Seite der ganzen Frage eingegangen wird. Ich glaube aber, es liegt im Interesse unserer Stadt, daß wir möglichst von sachlichen Erörterungen der Frage absehen (Sehr richtig!), und ich wollte das befürworten. Wenn es bisher unsere Geschäftshandhabung war, daß schwierige Fragen nicht eher von der Versammlung beantwortet werden, als bis sie einer gründlichen Vorberatung in den Kommissionen und Deputationen unterworfen sind, dann möchte ich wissen, ob wir bei einer so wichtigen Frage, wie es die Bahnhoffrage ist, gleich in eine sachliche Beratung eintreten können. Ich bin der Ansicht, das müßte man absolut vermeiden. Der Antrag Ahmann ging dahin, zu entscheiden, ob an den Magistrat die Bitte gerichtet werden sollte, uns nähere Mitteilungen über das neue Bahnhofprojekt zu machen. Ich glaube, wir tun durchaus recht, der Kommission zu folgen und zu sagen: „Wir wollen diese Bitte nicht aussprechen.“ Es wäre nicht richtig, dem zu folgen, was von dem Herrn Vorredner gesagt wurde: man solle direkt in die Behandlung der Frage eintreten, ob man den Bürgerpark durchschneiden will. Ich bitte Sie, lassen sie uns nicht in eine sachliche Behandlung dieser Frage eintreten; lassen Sie uns das alles der Vorberatung der von Ihnen eingesetzten Kommission anheimgeben. Ich möchte daher nochmals die geehrten Herren bitten, die sachliche Beratung der Frage aufzuheben und möglichst die Debatte abzukürzen.

Herr Riecke: Ich will nur richtigstellen, daß ich in den beiden Sitzungen des Bahnhofsausschusses, dessen Mitglied ich bin, mich auf den Standpunkt des preußischen Projektes gestellt und ausdrücklich erklärt habe: Ich will einen Bahnhofsbau, der für hundert Jahre ausreicht, und nicht einen, der für fünf Jahre ausreicht. Ich war durchaus dagegen, daß der Bürgerpark durchschnitten würde. In der letzten Sitzung wurde die Meinung von dem Herrn Oberbürgermeister laut, daß er befürchte, wir hätten bereits Mitteilungen aus der Versammlung gemacht, wo die beiden Regierungskommissare zugegen waren und das sogenannte Schweigegebot von der Kommission vereinbart wurde. Ich habe mich dem gefügt und bin auch kein Waischwein. Aber Sie wissen, wie die Sache mit unseren vertraulichen Besprechungen liegt. Was wir heute beschließen, das pfeifen die Spaten schon drei Tage vorher in den Tagesblättern. So ist es im allgemeinen. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkte — auch nach Rücksprache mit Beamten, die mehr davon verstehen —, daß es möglich sei, in das Kleisdreieck den Bahnhof hinzubringen. Vielleicht irrt sich auch die preußische Eisenbahndirektion! Ich war mit dieser Meinung der einzige in der Kommission, aber bis jetzt bin ich noch nicht dahin belehrt, meine Ansicht zu ändern.

Herr Jasper: Die Situation ist eigenartig. Nach den Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters ist der Magistrat bereit, in sachliche Verhandlungen einzutreten insofern, daß wenigstens grundsätzlich heute entschieden werden könnte, ob der Bürgerpark in seinem wesentlichen Teile angetastet werden soll oder nicht; die Kommission und Herr Dr. Wolters meinen aber, größere Diplomaten zu sein und um Himmels willen hieran nicht rühren zu dürfen. Ich habe bei dieser Gelegenheit an Herrn Stadtverordneten Meyerhoff Eigenschaften entdeckt, die ich an ihm bisher nicht wahrgenommen habe. Sonst hat er ja gerade nicht besonders diplomatische Eigenschaften entwickelt.

Vorsitzender: Ich bitte Herrn Stadtverordneten Dr. Jasper, nicht persönlich zu werden.

Herr Jasper (fortfahrend): Im Interesse einer gewissen Richtung soll hier ängstlich über alles geschwiegen werden. Es ist bezeichnend, daß die Herren, von denen das am meisten befürwortet worden ist, Anhänger des alten Kopfbahnhofes sind, die in der Minderheit geblieben sind, und die auf einem anderen Wege mit Einflüssen, die ihnen zu Gebote stehen, eine Änderung des Magistratsantrages durchgesetzt haben. Die Situation ist eigenartig deshalb, weil, nachdem ein Antrag des Magistrates angenommen ist, statt dessen, daß der Magistrat diesen angenommenen Antrag durchführt, er hingehet und das Gegenteil davon tut. Seitdem sind Jahre vergangen, ohne daß die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung Gelegenheit hatte, sich sachlich zu dieser Frage zu äußern. Es ist ausdrücklich vom Herrn Vorsitzenden hervorgehoben in der damaligen Sitzung, daß wir in eine Debatte über die Bahnhofsangelegenheit nicht eintreten könnten, nachdem nun der Herr Oberbürgermeister damals mitgeteilt hatte, daß noch ein neues Projekt aufgetaucht sei, und daß der Magistrat dieses Projekt sich näher ansehen würde. Es hätte doch wohl dem Grundsatz der Loyalität seitens des Magistrates gegenüber den Stadtverordneten entsprochen, daß, bevor nun dieses andere Projekt gegenüber der preussischen Regierung als förderungswert von der Stadtgemeinde Braunschweig hingestellt wurde, daß auch der andere Teil der Stadtverwaltung, die Stadtverordnetenversammlung, noch einmal zum Worte kommen konnte. Es hätte dieses um so mehr der Loyalität entsprochen, weil die Mehrzahl der Versammlung sich in anderem Sinne entschieden hatte und eine Zustimmung nicht geschlossen werden konnte aus dem Schweigen der Versammlung, das der Herr Vorsitzende damals in unserer Versammlung durchgesetzt hatte, nach unserer Geschäftsordnung vielleicht auch mit vollem Rechte durchsetzen mußte, da nach unserer Geschäftsordnung derartige Erklärungen vom Magistratsstische leider nicht irgendwie zu einer Debatte ge-

stellt werden können, ja, die Geschäftsordnung derartige Erklärungen vom Magistratsstische überhaupt nicht vorsieht. Wir können über jede Anfrage eines Stadtverordneten, wenn sie genügend unterstützt wird, in Beratung eintreten, auch eine dringende Beratung beschließen, wenn Anträge und Anfragen aus unserer Mitte kommen. Wenn aber der Magistrat jetzt geruht, Mitteilungen zu machen, wie er über die Bahnhofsfraße denkt, so ist es unserer Zuständigkeit vollständig entzogen, hier eine Debatte eintreten zu lassen und zu sagen: Wir heißen gut, was diese Mitteilung uns bietet, oder wir heißen es nicht gut. Wir haben gewartet und gewartet, und es soll nach der Mehrheit der Stadtverordneten noch weiter gewartet werden. Da muß einem schließlich der Geduldsfaden reißen, wenn immer noch keine Gelegenheit gegeben wird, sich sachlich zu äußern, und wenn es den Anschein gewinnt, als sei das Projekt in eine Richtung gedrängt, die weder dem formellen Beschlusse der geehrten Versammlung in ihrer Mehrheit entspricht, noch in sachlicher Beziehung gut genannt werden kann. Deshalb möchte ich bitten, Ihre Diplomatie zurückzuziehen und zu beschließen, nachdem der Herr Oberbürgermeister sachlich in die Verhandlungen eingetreten ist und sich bereit erklärt hat, eine grundsätzliche Klärung über die Frage der Durchschneidung des Bürgerparks hier erörtern zu wollen, daß das auch geschieht. Wenn die Mehrheit der Versammlung noch der Ansicht ist, wie damals, dann würde auch der Herr Oberbürgermeister einsehen, daß dieser Zwischenakt nicht gerade eine Förderung des ganzen Unternehmens gewesen ist. Darüber werden wohl die verschiedensten Parteivertreter einer Ansicht sein, daß wir dringend nötig haben, über dies Hin und Her und diese Planmacherei hinauszukommen. Das ist wiederholt von verschiedenen Seiten betont, und deshalb würden wir die Sache nur fördern, wenn wir uns grundsätzlich in der einen oder anderen Hinsicht aussprechen würden.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e r: Herr Dr. Jasper hat gesagt, die verschiedenen Parteien würden sich wohl über die Sache einigen. Ich möchte doch bitten, bei dieser Sache alle Parteifragen aus dem Spiele zu lassen. Ich wüßte wirklich nicht, was der Parteistandpunkt mit der Bahnhofsfraße zu tun hat. (Zuruf: Meinungsvertreter!) Es ist von den Vertretern der Parteien gesprochen, ich habe das sehr deutlich gehört. Es handelt sich hier nur darum: Was liegt im Interesse der Stadt?

Ich möchte den Magistrat dagegen in Schutz nehmen, daß Herr Dr. Jasper gesagt hat, der Magistrat hätte eigenmächtig ein Projekt gutgeheißen, das hier fallen gelassen wäre. Das hatte seinen guten Grund. Wenn wir bei Vorlegung des Projektes der preussischen Eisenbahnverwaltung die Möglichkeit vor Augen gesehen hätten, ein Durchgangsprojekt zu bekommen, das so viel näher herange-

rückt war, dann hätten wir in der Tat das Projekt eines 1700 m von der Stadt entfernten Bahnhofs Ihnen nicht vorgelegt. Aber es war uns von allen Seiten gesagt worden: Es ist nicht möglich, ein näheres Projekt zu bekommen, ohne daß ganz erhebliche Mehrkosten erwachsen. Nachdem das preußische 1700-m-Projekt hier gutgeheißen war, kommen die Herren Menadier und Gebensleben und sagen: „Wir haben uns noch einmal an die Sache gemacht und eine Lösung gefunden, die wir für akzeptabel halten; dürfen wir das nicht ausarbeiten?“ Was sollten wir nun machen? Ich glaube nicht, daß außer Herrn Dr. Jasper noch jemand in der Versammlung ist, der dem Magistrat hieraus einen Vorwurf der Moyalität macht. Wir haben in der Versammlung, als uns dieses neueste Projekt der Braunschweiger Baumeister vorgelegt war, gesagt: Wir wollen nicht darüber sprechen. Das war erklärlich, denn es mußte doch erst von anderer Seite geprüft werden. Was für ein wunderbarer Vorgang wäre das gewesen, wenn der preußische Minister zurückgeschrieben hätte: „Eure Baumeister haben sich gründlich geirrt und ein unbrauchbares Projekt geliefert.“ Das wäre doch nicht angenehm gewesen. Deshalb haben wir das Projekt erst zur Prüfung eingereicht. Nun sagt jetzt der preußische Minister: „Ich akzeptiere das Projekt; ich habe es meinerseits ausarbeiten lassen und lege es zur Beschlussfassung vor.“ Sie werden selbstverständlich das Projekt zu prüfen haben, und wenn es von Ihnen nicht akzeptiert werden sollte, wird der Magistrat zu überlegen haben, was weiter zu tun ist. Augenblicklich die Sachen vorzulegen, halte ich nach wie vor für falsch. Sollte es jedoch — darin stimme ich dem Herrn Dr. Jasper bei — heute zu erreichen sein, daß die Stadtverordneten sagten: „Grundsätzlich wollen wir keine Durchschneidung des Bürgerparkes“, dann stellen Sie doch den Antrag. Ich glaube, daß die Versammlung nicht ohne weiteres dem Magistrat abfällt. Ich verspreche Ihnen: die Angelegenheit soll so schnell wie möglich gefördert werden und das Projekt Ihnen vorgelegt werden. Mehr können wir nicht tun.

Vorsitzender: Ich will die Debatte nicht abkürzen, sondern nur konstatieren, daß die Rechte der Versammlung in keiner Weise beeinträchtigt sind. Ehe das Projekt zur Ausführung kommt, muß es uns vorgelegt werden, und wir müssen darüber abstimmen. Die einzelne Frage ist nur: Sollen wir uns jetzt schon, wo das Projekt noch nicht vorbereitet ist, damit sachlich beschäftigen, oder sollen wir noch warten? Das ist die einzige Differenz zwischen dem Antrage Nßmann und dem Kommissionsantrage. Auch die Finanzkommission war der Meinung: Es ist dringend wünschenswert, daß sich die Versammlung heute noch nicht damit beschäftigt.

Der Antrag der Baukommission wird mit großer Majorität angenommen.

15. Einsprache gegen die Änderung des Ortsbauplanes für das vormalige Elpersche Gebiet.

Herr Friede: Wir haben uns in einer der letzten Versammlungen damit beschäftigt, den Ortsbauplan für das städtische Gebiet in der früher Elperschen Feldmark zu ändern. Es handelte sich damals um eine Einsprache des Tischlers Kahlert, dessen Grundstück in der Straßenführung lag. Wir haben damals zugestanden, daß sich der Umstand ändern ließe, und haben beschlossen, die Straße nicht, wie vorgesehen war, mit einer Krümmung auszuführen, sondern wie der ausgehängte Plan anzeigt, gerade zu führen. Nun kommt der Tischler Kahlert noch einmal und erhebt abermals Einsprache: Sein Grundstück liege noch im Straßenzuge. Das würde vermieden werden, wenn die Straße um 2—3 m schmaler angelegt würde. Dadurch würde es ihm erst möglich sein, wenn er das Hintergebäude abrisse, nach der Straße 587 hin ein Haus zu bauen. Die Einsprache ist von der Bauverwaltung geprüft, und diese äußert sich dahin, daß es wohl möglich wäre, den Straßenzug auf eine Breite von 16 m zu verringern. Die Breite von 18 m sei für diese Straße gewählt, um die Möglichkeit offen zu halten, in dieselbe später einmal zwei Straßenbahngleise zu legen. Da nun ein zweites Gleis doch wohl nicht in Frage kommt, so hat sich auch die Baukommission damit einverstanden erklärt, die Breite der Straße von 18 m auf 16 m zu verringern. Ich gebe den Beschluß der Baukommission hiermit kund und bitte die Herren, demgemäß zu beschließen.

Die Breite der Straße 587—589 wird auf 16 m festgesetzt.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolters, übernimmt den Vorsitz.

Herr Friede: Es liegt noch eine zweite Einsprache vor. Sie ist erhoben von dem Herrn Küster, Roßstraße 17. Er hat Einsprache erhoben, weil sein Haus, das eben nicht ganz dicht an der neuen Straße 592 liegt, durch die beschlossene Verschiebung der Straße an diese Straße zu liegen kommt, und er dadurch verpflichtet wäre, für die projektierte Straße Straßenbaukosten zu zahlen. Sein Haus enthalte 8 kleine Wohnungen, und wenn die Straßenbaukosten zu der Verzinsung der Kosten des Hauses selbst hinzukämen, so wäre eine Ver-

zinsung des Grundstückes ausgeschlossen. Hätte er vor zwei Jahren gewußt, daß das Haus an die Ecke zu stehen käme, so hätte er es höher gebaut, damit es für ihn nutzbringend wäre. Er bittet, eine Verschiebung der Straße nach entgegengesetzter Richtung vorzunehmen.

Die Baukommission hat die Gründe nicht anerkannt und schlägt Verwerfung der Einsprache vor.

Die Einsprache wird verworfen.

16. Stiftung eines Ehrenpreises zum 29. Bundesfeste des Deutschen Radfahrerbundes.

Herr L e u c: Meine Herren! In der Zeit vom 2. bis 6. August wird hier das 29. Bundesfest des Deutschen Radfahrerbundes gefeiert werden. Dieser Deutsche Radfahrerbund ist einer der größten Sportvereine, die wir haben, und es wird angenommen, daß 12 000 bis 15 000 Personen hier in der Stadt zusammenkommen, um das Fest zu begehen. Nun sind mit diesem Feste, wie es bei diesen Veranstaltungen üblich ist, zahlreiche sportliche Wettbewerbe verbunden: Preisforso, Kunstreigen, Radballspiele, Radpolo, Radrennen. Es werden natürlich auch Ehrenpreise verteilt, und dafür sollen 10 000 *M* erforderlich sein. Der Festausschuß hat sich nun mit der Bitte an den Magistrat gewandt, einen Ehrenpreis zu bewilligen. Der Stadtmagistrat ist geneigt, in Hinblick darauf, daß durch eine derartige Veranstaltung durch das Zusammenströmen einer großen Zahl Fremder weite Kreise der Einwohnerschaft unserer Stadt Nutzen haben, darauf einzugehen, und er sucht deshalb um Bewilligung eines Betrages von 1000 *M* aus den Erträgen der Umsatzsteuer. Selbstverständlich würde an diese Bewilligung vom Magistrat die Bedingung geknüpft werden, daß die Ehrenpreise in hiesiger Stadt gekauft werden.

In der Finanzkommission haben wir uns mit dieser Angelegenheit beschäftigt und sind zu dem Entschlusse gekommen, wie wir das ähnlich bei anderen Gelegenheiten auch schon gemacht haben, Ihnen die Bewilligung der geforderten Summe zu empfehlen. Ich bitte Sie also, Ihre Zustimmung zu erklären.

Herr B u j c h: Meine Herren! Ich bin aus Radfahrerkreisen angegangen, wenn die Sache hier zur Beratung käme, dafür zu stimmen, daß ein namhafter, der Stadt würdiger Preis und eine dementisprechende Summe für das Fest ausgesetzt würde. Ich hatte einen Preis von 1000 *M* für viel zu gering. Ich habe mich erkundigt und erfahren, daß in anderen Städten bedeutend höhere Zuschüsse für dieses Fest gegeben sind, ich erinnere daran, daß Götting etwa 5000 *M* für diesen Zweck aufgebracht hat und auch andere Städte bedeutend mehr getan

haben, als hier geplant ist. In Betracht des Umstandes, daß eine gewaltige Zahl Fremder tagelang sich hier aufhalten wird, die zugunsten der Gewerbetreibenden bedeutende Summen in Braunschweig zurücklassen, möchte ich den Wunsch äußern, diese Summe auf 3000 *M* zu erhöhen. Sie kommt in der That unserer Vaterstadt wieder zugute, so daß das Geld durchaus nicht à fonds perdu ausgegeben ist, sondern der Stadt von großem Nutzen sein wird. Mit mir denken viele Mitbürger so. Ich bin auch nicht dafür, daß Geld umsonst ausgegeben wird, aber man muß wie ein Geschäftsmann in diesem Falle denken, daß das Geld in der That den Interessen der Stadt dienen wird.

Herr O h l e n d o r f: Im Gegensatz zu dem Herrn Vorredner bin ich von Radfahrern angegangen, dafür zu sein, daß wir nichts zu diesem Feste bewilligen, und zwar der Konsequenz halber. Es ist nicht richtig, daß wir, wie der Herr Referent sagte, immer für derartige Zwecke etwas bewilligt haben, sondern wir haben von Fall zu Fall darüber entschieden und auch einmal nichts bewilligt. Meine Freunde und ich stehen auf dem Standpunkte: Wenn einmal ein Zuschuß bewilligt wird, dann muß es immer geschehen. Ich erinnere an das seinerzeit stattgefundene große Sängersfest hier in Braunschweig. Wir haben über den Zuschuß für dieses Fest eine Diskussion gehabt, und die Mehrheit hat ihn abgelehnt. Das war auch etwas Ähnliches, wie es hier vorliegt, wo auch die Braunschweiger Wirte ihren Vorteil hatten, wenn auch nicht jeder Braunschweiger Einwohner, denn im allgemeinen kommen hierfür nur die Wirte in Betracht. Die haben auch etwas davon, wenn von den Arbeitern besuchte Feste veranstaltet werden. Damals lehnten Sie die Beihilfe ab, deshalb bin ich der Meinung, daß Sie konsequent sein müssen und nicht einmal ja sagen und das andere Mal nein. Es ist das beste, wir verwilligen für derartige Feste in Zukunft überhaupt nichts mehr. Ich möchte empfehlen, nicht 1000 *M* und auch nicht 3000 *M* zu bewilligen, sondern einfach gar nichts.

Herr L e u e: Zunächst möchte ich dem Herrn Vorredner erwidern, daß ich bei einem Referate meine Worte sehr vorsichtig zu wählen pflege, und daß ich nicht gesagt habe, daß i m m e r für derartige Zwecke etwas bewilligt sei, sondern daß wir das ähnlich bei andern Veranstaltungen auch schon getan haben, weil ich recht wohl weiß, daß auch Fälle vorgekommen sind, wo die Beihilfe nicht gewährt ist.

Was den Wunsch des Herrn Stadtverordneten B u i c h anbelangt, so möchte ich aus der Vorlage des Magistrats eins verlesen, was vielleicht zur Klärung der Sache beiträgt. Der Magistrat schreibt nämlich: „Diese Summe bleibt allerdings hinter den Beträgen, welche von anderen Feststädten aufgewandt sind,

zurück. Wir tragen jedoch Bedenken, höher zu gehen, weil sonst leicht Berufungen eintreten könnten.“ Wir haben dies auch in der Finanzkommission erörtert und sind zu der Überzeugung gekommen, daß es richtig ist, wir bleiben bei dem Antrage des Magistrats, damit nicht bei späteren Fällen Berufungen vorkommen.

Was den Wunsch des Herrn Stadtverordneten Ohlendorf betrifft, so befinde ich mich mit ihm nicht in einer Meinung insofern, als ich in der Bewilligung einer Summe nicht eine besondere Bestätigung des Interesses für diese einzelne Sache erblicke, sondern mir sage: Durch den Zusammenlaß der vielen Personen kommt unserer Einwohnerschaft eine gewisse Einnahme zugute, die man den Einwohnern der Stadt doch gern gönnt. Wird die Summe nicht bewilligt, dann liegt die Gefahr nahe, daß das Radfahrerfest hier nicht stattfindet. Wie ich mich verhalten würde, wenn politische Versammlungen in Frage kommen, das steht heute nicht zur Besprechung.

Herr Stadtrat Wagner: Der hiesige Festausschuß hat eine bestimmte Summe, die er von den städtischen Behörden wünscht, nicht genannt. Es ist deshalb, ehe wir an die geehrten Herren herantreten, Gelegenheit genommen, mit dem Leiter dieses Festausschusses Rücksprache zu nehmen. Der hat auch die Freundlichkeit gehabt, Erkundigungen einzuziehen, was von anderen Städten an Beihilfen geleistet ist, und uns Material darüber zur Verfügung gestellt. Dieser Überblick lag bereits vor, als der Magistrat sich über die Summe schlüssig gemacht hat. Es ist anzuerkennen, daß eine Reihe anderer Städte beim Empfange derartiger Kongresse usw. mehr tut, zum Teil sogar wesentlich mehr, als die Stadt Braunschweig bisher getan hat. Aber es ist doch auf der anderen Seite zu berücksichtigen, daß man sehr geteilter Meinung darüber sein kann, ob das von den einzelnen Städten richtig ist, ob nicht ein ungesunder Wettbewerb zwischen den einzelnen Städten hinsichtlich der Gewinnung solcher Kongresse und dergleichen dadurch herbeigeführt wird, ob es nicht für richtiger und wirtschaftlicher zu halten ist, wenn die deutschen Städte sich darüber verständigten, ein Übermaß durch gegenseitige Vereinbarung zurückzudämmen. Dieser Grundsatz hat uns geleitet, wenn wir den Bemühungen anderer Städte hinsichtlich des Gewinns derartiger Kongresse nicht in dem Maße nachgegangen sind, wie wohl die beteiligten Kreise wünschen möchten.

Ich darf aber auch darauf hinweisen, daß diese Zuschüsse, die lediglich zur Beschaffung von Ehrenpreisen bestimmt sind, eine angemessene Summe darstellen. Ich möchte noch hinzufügen, daß beabsichtigt wird, wenn Wünsche an uns herankommen, daß das Fest in anderer Weise unterstützt wird, solche Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Wenn bezügliche Anträge eingehen, was

wohl zu erwarten ist, so wird eine Festbeleuchtung des Altstadtmarktes und der Lauben des Altstadtrathhauses erfolgen, und seitens unserer städtischen Bauverwaltung werden dem Festausschusse Dekorationsstücke zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung gestellt werden. Vielleicht dürfte das bei der Beschlußfassung der geehrten Herren mit in Rücksicht zu ziehen sein.

Wenn der Magistrat nicht in allen Fällen eine Beihilfe bei festlichen Veranstaltungen großer Verbände befürwortet hat, so hat das daran gelegen, daß wir grundsätzlich diejenigen Vereine, die sich nicht von einer politischen Stellungnahme freihalten, von einer derartigen Unterstützung ausgeschlossen haben. Der Deutsche Radfahrerbund verhält sich politisch vollständig neutral, so daß in dieser Richtung Bedenken nicht vorliegen.

Herr Tolle: Der Herr Stadtverordnete Ohlendorf scheint sich in einem Irrtum zu befinden. Er erklärte, daß seinerzeit gelegentlich eines Gesangsfestes hier in der Versammlung die erbetenen Mittel verweigert wären. Ich glaube, daß die meisten der Herren, die hier anwesend sind, sich daran erinnern werden, daß die Stadtverordnetenversammlung sehr wohl empfohlen hatte, diese Vereine durch städtische Mittel zu unterstützen, der Magistrat ist aber auf den Wunsch der Stadtverordneten nicht eingegangen und hat der Bewilligung nicht zugestimmt, weil er der Ansicht war, daß diese Gesangsvereine politische Zwecke verfolgen. Herr Ohlendorf kann daher nicht aus dem damaligen Beschlusse herleiten: Weil damals die Mittel verweigert sind, ist es angebracht, auch in diesem Falle wiederum die Mittel zu verweigern.

Vorsitzender: Ich schließe die Beratung. Es liegt nur der Antrag der Finanzkommission vor.

Herr Busch: Ich möchte die Bewilligung von 3000 M beantragen.

Herr Jasper: Falls ein neuer Antrag eingebracht wird, müßte die Debatte wieder eröffnet werden.

Herr Busch zieht seinen Antrag zurück.

Der Antrag der Finanzkommission wird angenommen.

17. Aufstellung einer Gasglühlichtlaterne und Inbetriebsetzung einer vorhandenen Gaslaterne auf dem Schloßgrundstücke.

Herr Voelligk: Auf dem Wege vom Bohlweg nach dem Ritterbrunnen steht auf der rechten Seite nur eine Laterne, wodurch der Weg nicht genügend beleuchtet wird. Dieser Teil des Schloßplatzes wird jedenfalls noch dunkler er-

scheinen, wenn die Beleuchtung des Bohlweges durch Bogenlampen eingetreten ist. Es soll deshalb links an dem am Berge entlang ziehenden Fußwege noch eine Laterne aufgestellt werden.

Da der an der Westseite des Schlosses von der Langedammstraße nach dem Ritterbrunnen führende Weg auch so wenig beleuchtet ist, so soll eine bereits vorhandene Gaslaterne an der Westseite des Schlosses, die nur bei Festlichkeiten erleuchtet ist, in Betrieb genommen werden. Das Auslöschen beider Laternen soll vom Torhüter kostenlos besorgt werden. Der Magistrat beantragt also:

1. Aufstellung eines Glühlichtfandelabers, 120 *M* Kosten zu Lasten des Reservefonds der Gaswerke,
2. Inbetriebsetzung zweier Gaslaternen, die mit Ausnahme der Monate Juni und Juli bis 10 Uhr abends brennen sollen, zusammen 75 *M* zu Lasten der ordentlichen Ausgabe der Kammereinkasse.

Die Finanzkommission hat die Sache geprüft, hat die Notwendigkeit anerkannt und gibt durch mich der geehrten Versammlung Genehmigung anheim.

Herr K i e f e: Ich bin auch nicht gegen mehr Licht, aber ob es an der Stelle nötig ist, weiß ich nicht. Vor 40 Jahren konnte man über den Schloßplatz gehen und kam auch wieder heraus. Ich weiß nicht, welche Instanz nun darüber verfügt, aber der Weg über den Schloßplatz ist jetzt nur alle acht Tage einmal offen. Dadurch wird der Verkehr über den Schloßplatz einem verübelt. Ich bin dafür: Entweder man schließe die Bude auf oder man mache sie zu. Jedenfalls ist es wünschenswert, daß die Tore länger geöffnet werden. Dann möchte ich noch bemerken, daß der Winkel, wo die Bäume so dicht stehen, ziemlich dunkel ist. Wenn man auf das Dorf geht, wo bereits das elektrische Licht eingeführt ist, so findet man da mehr Licht.

Herr D o e s i g k: Was Herr Kiefe vorgebracht hat wegen des Schließens der Tore, habe ich bei der Vorlage auch empfunden und habe mich gefragt, wozu wir denn überhaupt noch Laternen aufstellen sollten, wenn die Tore doch geschlossen würden. Ich habe mich nach dem Schließen der Tore erkundigt, und da ist mir mitgeteilt, daß das Tor nach der Langedammstraße zu nur vorübergehend geschlossen gewesen wäre, daß es aber jetzt auch abends bis zu der angegebenen Zeit offen wäre. Es ist also entschieden notwendig, daß wir auch die Beleuchtung bewilligen.

Die Versammlung stimmt den Anträgen zu.

18. Verkauf des an der Wolfenbüttelerstraße gelegenen, zur Markworthschen Familienstiftung gehörigen Hauses.

Herr Mohr: Wie Sie wissen, hat der im Jahre 1911 verstorbene Rentner Levin Markworth die Stadt Braunschweig als Erbin eingesetzt unter der Bedingung, daß der Nachlaß zu einer Familienstiftung Verwendung fände. Zu dem Nachlasse gehört das Wolfenbüttelerstraße 38 gelegene Wohnhaus des Verstorbenen. Es war sein Wunsch, daß das Haus alsbald nach seinem Tode verkauft werden sollte. Auf den 22. März war nun hierfür ein Termin angesetzt, und es wurden als die drei Höchstgebote die folgenden abgegeben: Eins zu 32 200, eins zu 32 100 und eins zu 31 800 *M.* Der Stadtmagistrat gibt mit Rücksicht darauf, daß die Zahl der im Verkaufstermin erschienenen Reflektanten verhältnismäßig groß war und nicht anzunehmen ist, daß in absehbarer Zeit ein wesentlich höherer Preis geboten wird, anheim, die Genehmigung dazu zu erteilen, daß das Grundstück an einen dieser Höchstbietenden abgetreten wird.

Die Sache hat der Finanzkommission vorgelegen. In der Debatte wurde hervorgehoben, daß von der einen oder andern Seite erzählt sei, es wären noch Anfragen und Zuschriften in dieser Hinsicht gekommen, daß das Grundstück verhältnismäßig billig wäre, und auch höhere Gebote wären gekommen. Auf dieses hin hat die Finanzkommission beschlossen, Ihnen anheimzugeben, dem Magistrat vorzuschlagen, einem der Höchstbietenden dieses Grundstück zu überlassen, nicht zuzustimmen, sondern vielmehr die Sache auszuheben und noch einen zweiten Termin auszuschreiben oder andere Vorschläge für ein höheres Gebot entgegenzunehmen.

Ich habe dieses Referat am Dienstag abend bekommen und begab mich gleich nach der Sitzung in dieses Haus. Nach der Besichtigung des Hauses bin ich doch zu der Ansicht gekommen, daß es richtig ist, das Grundstück zu dem Höchstgebote oder einem der Höchstbietenden abzutreten. Das ganze Haus ist derartig vertwhnt, hat derartig kleine und wenige Zimmer (im ganzen nur 7 heizbare Räume, 5 Kammern und 2 Küchen), daß ich einen höheren Mietwert als 1200 *M.* nicht herausrechnen kann. Der Nutzwert ist also ganz gering; bestechend ist natürlich der Garten, die Aussicht usw., aber wir können mit dem Garten allein nichts anfangen. Das Baulterrain würde insofern ein schlechtes sein, weil nach 15 m Tiefe eine steile Böschung kommt, so daß ein Neubau größeren Umfangs nach meiner Auffassung vollständig ausgeschlossen ist. Es ist auch der Ausbau dieses Hauses nicht möglich, weil es sich um Zimmer handelt, die kaum 4 m im Quadrat überschreiten. Selbst wenn eine Wand weggenommen würde, so würde doch nur ein minimales Zimmer herauskommen, das eine sehr

wenig angenehme Größe hätte. Ich bin der Meinung, daß wir dem zustimmen, das Haus zum Höchstgebote von 32 200 *M* abzugeben.

Zur näheren Erklärung möchte ich noch folgendes angeben: Areal 1373 qm, Garten 1½ Morgen, Front 32 m, Tiefe 43 m, jedoch können nicht mehr als 15 m Tiefe für den Baugrund gerechnet werden. Das Grundstück ist mit dem gebotenen Preise reichlich bezahlt.

Herr D e u e: Es hat eben der Referent der Finanzkommission gesprochen, und dann hat der Stadtverordnete Mohr gesprochen. Der Referent der Finanzkommission hat sich sehr kurz gefaßt, und der Stadtverordnete Mohr hat ausführlich für seine Ansicht gesprochen. Diese Ansicht ist jetzt eine andere als die der Finanzkommission, wie er selbst gesagt hat. Wir waren in der Kommission — und damit möchte ich den Kommissionsantrag befürworten — der Ansicht: Da schon teils mündlich, teils sogar schriftlich höhere Angebote gemacht sind, wäre es wohl richtiger, wir warteten erst einmal ab, ob wir nicht einen höheren Preis für das Grundstück bekommen könnten. Infolgedessen lehnten wir die Magistratsvorlage ab. Wenn der Herr Stadtverordnete Mohr, nicht der Referent Mohr, die Verhältnisse des Hauses als so schlecht schildert, so sind das unsere Kümmernisse nicht, das wird der Käufer mit sich abmachen müssen. Wenn sich Gelegenheit bietet, mehr Geld im Interesse der Stiftung zu bekommen, so sollten wir die Gelegenheit wahrnehmen.

Herr B u j c h: Ich bin neulich darauf angeredet, ob ich über den Verkauf dieses Grundstücks etwas äußern könnte. Ich mußte mit nein antworten, denn ich gehöre nicht zu der Finanzkommission. Der Herr sagte mir, er habe gehört, das Grundstück solle für 32 000 *M* verkauft werden, er habe aber einen Käufer, der sofort 35 000 *M* dafür gäbe. Ich werde den Herrn vielleicht morgen wieder sprechen. Wenn der Beschluß der Versammlung dahin geht, daß der Zuschlag nicht erteilt werden soll, dann können wir vielleicht für die Stiftung bedeutend mehr herausbekommen. Der Mann, der mir dies sagte, ist eine zuverlässige Person, der in der Tat ernstliche Absichten auf das Haus zu haben scheint.

Herr T o l l e: Meine Herren! Wie Ihnen wohl bekannt ist, wohne ich auch auf der Wolfenbüttelerstraße. Ich hatte Gelegenheit, vor einigen Jahren jemanden zu sprechen, der wegen des Kaufs dieses Hauses mit Herrn Markworth in Verbindung getreten war. Man war sich damals einig geworden über den Preis von 35 000 bis 36 000 *M*. (Zuruf: Damals schon!) Als dieser Kaufkontrakt geschrieben werden sollte, trat Markworth zurück. Mein eigenes Grund-

stück, was noch einige 50 m von diesem Grundstücke näher nach der Stadt zu liegt, ist vor ungefähr 12 Jahren das Quadratmeter mit 50 *M* geschätzt, einschließlich Hinterland. (Zuruf: Oho!) Das mag vielleicht etwas hoch erscheinen, es ist aber von einem hiesigen städtischen Baumeister so geschätzt. Wenn ich den Preis des fraglichen Grundstücks bemessen will, so glaube ich, daß ich einigermaßen über den Wert der Grundstücke informiert sein muß.

Wenn man hier beim Markworthschen Hause einen Preis maßgebend sein lassen will, den ein augenblicklich dort stehendes Gebäude als Mietwert aufbringt, so halte ich das unter allen Umständen für verkehrt. Das Grundstück ist meines Erachtens längst nicht genügend ausgenutzt. Kein Mensch wird den neuen Besitzer daran hindern können, ein zweites Gebäude auf dies ganze Areal (ich höre, es sind 1373 qm) aufzustellen, und zwar nach der Gartenseite. Daß der Garten um so viel tiefer liegt, ist kein allzugroßer Nachteil. Mein direkter Nachbar (Wolfenbüttelerstraße 40) hat gezeigt, in welcher Weise es möglich ist, ein Gebäude dort aufzustellen; ein ähnliches Gebäude in noch größeren Abmessungen wird auch der neue Besitzer des Markworthschen Hauses errichten können.

Wenn ich nun das Quadratmeter Bodenfläche mit 30 *M* annehme, was meines Erachtens nicht zu hoch ist . . . (Zuruf: Viel zu hoch!) — Nun, das sind Ansichtssachen; an der Giesmaroderstraße z. B. haben wir wiederholt 25 *M* bezahlt. Sie dürfen nicht vergessen, daß dieses Grundstück an fertig ausgebauter Straße liegt, also Straßenbaukosten nicht mehr zu zahlen sind. Wenn ich nun 30 *M* zugrunde lege, dann bedeutet der Bodenwert des Grundstücks 41 190 *M*.

Ich halte den Preis von 32 000 *M* für außerordentlich niedrig und habe nie daran gedacht, daß es möglich wäre, an jener Straße ein Grundstück so billig zu erwerben. Ich möchte bitten, sich dem Antrage der Finanzkommission anzuschließen und die Zustimmung zu dem Verkaufe abzulehnen.

Herr Mohr: Ich spreche jetzt als Stadtverordneter Mohr. (Heiterkeit.) Es wird den Bietern von 34 000 und 35 000 *M* genau so gehen, wie es der Finanzkommission ging; sie kennt das Haus nur von außen. Ich habe es mir von innen angesehen und bin deshalb darauf gekommen, Ihnen zu empfehlen, es für 32 000 *M* zu verkaufen, weil tatsächlich mit dem Hause so, wie es ist, nichts anzufangen ist und ein Ausbau kolossales Geld kosten würde. Herr Tolle spricht von Bauplänen. Er sollte doch auch wissen, daß das Grundstück nur in einer Tiefe von 15 m Baugrund hat. Für das vordere Terrain könnte man wohl 35 *M* pro Quadratmeter rechnen, aber für den Garten nur 10 *M*. Nach der Südseite zu wird dort unten ein Bau nicht gestattet werden, das Exempel des Herrn Tolle stimmt nicht. Wird das Grundstück abgerissen, so erhalten Sie nach

den eben genannten Preisen für den Terrainwert einen Bauplatz zum Preise von 25 730 *M*, auf den Sie dann ein Doppelhaus hinsetzen können. Dann ist das Grundstück mit 32 000 *M* noch reichlich bezahlt.

Herr Sander: Es ist eine eigentümliche Sache: Es ist ein öffentlicher Termin gewesen, die Höchstgebote sind abgegeben mit 32 000 und einige hundert Mark. Was soll der Magistrat tun? Er muß uns eine Vorlage machen, dem höchsten Bieter das Grundstück zuzuschlagen. Von anderer Seite kommen Einreden: Der Wert ist höher. Herr Busch versichert, ihm sei gesagt, daß ein anderer Käufer 35 000 *M* geben wolle. Auf solche Reden können wir nichts geben. Wenn ein offizieller Bieter da ist, so bin ich dafür, daß wir zurückweisen, unsere Zustimmung zu geben. Ist ein solcher nicht vorhanden, dann wird die Sache auslaufen wie das Hornburger Schießen, und wir werden diese Vorlage mit 32 000 Mark wiederbekommen. Ich möchte um Auskunft bitten: Liegt ein offizielles Angebot vor, daß jemand mehr geben will, als im Termin geboten wurde? Dann bin ich auch gegen den Zuschlag.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Bedenken, die in der Kommission laut geworden sind, haben wir auch im Magistrat schon besprochen, und zwar stützten sie sich zunächst darauf, daß die städtische Bauverwaltung den Wert des Grundstücks erheblich höher geschätzt hat, und zwar den Kaufwert auf 40 000 *M* und den sachlichen Wert sogar auf 52 000 *M*, also erheblich höher als das Höchstgebot. Der Nutzwert des Gebäudes ist von der städtischen Bauverwaltung auf 27 000 *M* geschätzt. Darnach ist es dem Magistrat nicht leicht geworden, Ihnen die Vorlage so zu machen, wie sie Ihnen zugegangen ist. Ich habe in der Baukommission auch nicht verschwiegen, daß nach dem Termin uns schriftlich von einem Herrn, der gegenwärtig auf Reisen ist, ein Gebot in größerer Höhe gemacht ist als in dem Verkaufstermin, und ich glaube, daß dieses schriftliche Gebot, welches zurzeit allerdings nicht bindend ist, mit für die Stellung der Finanzkommission ausschlaggebend gewesen ist. Wenn Sie Ihrerseits heute dem Beschlusse der Finanzkommission folgen sollten, dann wird der Magistrat den Versuch machen, das Grundstück entweder freihändig zu einem höheren Preise zu verkaufen, oder er wird noch einmal einen Termin zum Meistgebotverkauf ansetzen.

Zu dem Referate möchte ich noch eins bemerken: Es ist nicht beantragt, einem der drei Höchstbietenden den Zuschlag zu erteilen, sondern dem Höchstbietenden.

Herr E d h a r d t: Nach den Ausführungen des Herrn Tolle würden 65 000 Mark für dieses Grundstück zu erzielen sein. Es erscheint deshalb ratsam, daß noch einmal ein Termin ausgeschrieben wird, um eine höhere Summe für die Stiftung zu bekommen.

Der Antrag der Finanzkommission wird angenommen.

19. Antrag des Stadtverordneten Loeßigk: Verbreiterung des Fußsteiges vor dem „Stern“.

Der Antrag lautet: „Die geehrte Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Bürgersteig vor dem Café Central und dem „Stern“ zu verbreitern.“

Herr Loeßigk (zur Begründung): Ich kann mich wohl kurz fassen, da ich schon gehört habe, daß jedenfalls der Antrag magistratsseitig anerkannt wird. Jeder, der den Weg passiert, weiß ganz genau, daß dort der Bürgersteig sehr schmal ist und die Hälfte der Passanten bei einiger Frequenz vom Bürgersteig auf die Fahrstraße gehen muß. Es liegt dem nichts entgegen, den Bürgersteig zu verbreitern, da der Kohlmarkt breit genug ist, um die Verbreiterung des Fußweges herzustellen.

Vor s i e n d e r: Der Antrag ist schriftlich genügend unterstützt. Ich überweise ihn der Baukommission zur Vorberatung.

20. Grundsätzliche Beschlußfassung über die Gründung einer städtischen Studienanstalt.

Vor s i e n d e r: Das Wort hat der Herr Oberbürgermeister zu einer Erklärung.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Ich bitte, mir zu gestatten, jetzt hier eine Sache zur Sprache zu bringen, die im höchsten Grade dringend ist.

Sie haben im vorigen Monat beschlossen, in Angliederung an das Lehrerinnenseminar eine Studienanstalt zu errichten. Die Studienanstalt sollte 5 Klassen umfassen, die beiden untersten Klassen neben den Klassen der höheren Mädchenschule hergehen, und die obersten 3 Klassen mit den 3 Klassen des Lehrerinnenseminars verschmolzen bzw. kombiniert werden. Der Magistrat hat die Angelegenheit dem Konsistorium unterbreitet, und das Konsistorium hat sie dem

Ministerium vorgelegt. Das Ministerium trägt nun leider Bedenken, die Grundsätze, die die städtischen Behörden beschlossen haben, zu genehmigen. In einem Reiskript vom 19. ds Mts. wird gesagt, daß das Hauptgewicht darauf zu legen sei, daß das Abgangszeugnis der Studienanstalt in den verschiedenen deutschen Staaten, insbesondere in Preußen, als gleichberechtigt anerkannt würde, wie denn überhaupt bei den höheren Schulen das Berechtigungsweien heute immer mehr eine ausschlaggebende Rolle spielt. Es ist auch wohl von Ihnen als selbstverständlich vorausgesetzt, daß die Studienanstalt so ausgestaltet werden müßte, daß die Schulzeugnisse in Preußen anerkannt werden. Dazu sagt das Herzogliche Staatsministerium, es wäre doch sehr zweifelhaft, ob man bei dieser Art der Einrichtung der Studienanstalt darauf rechnen könnte, daß die Abgangszeugnisse anderwärts anerkannt würden, es müßten darüber mit den zuständigen Stellen des Reiches und Preußens Verhandlungen gepflogen werden, und bei der Kürze der Zeit wäre es nicht möglich, diese Angelegenheit vor Ostern zu erledigen. Das Ministerium wäre deshalb nicht in der Lage, die Grundsätze pure zu genehmigen, es wollte aber der Stadt überlassen, wenn sie gleichwohl jetzt die Studienanstalt ins Leben rufen wollte, die beiden untersten Klassen einzurichten. Es könnte dann im Laufe der nächsten zwei Jahre der Magistrat und die Stadtverordneten sich darüber schlüssig machen, ob sie diese Verbindung der Studienanstalt mit dem Seminar festhalten wollen, und das Ministerium würde dann selbstverständlich auch bereit sein, Verhandlungen mit den preussischen und den Reichsbehörden zu pflegen und uns das Resultat mitzuteilen. Nun darf ich vormweg bemerken: Die Berechtigungsfrage, so große Bedeutung sie hat, im voraus zu lösen, ist überhaupt nicht möglich. Ich erinnere daran, daß uns dieselbe Frage beschäftigt hat, als wir die Realschule hier errichtet hatten und den Beschluß faßten, die Schule in eine Oberrealschule umzuwandeln. Auch da mußten wir anerkennen, daß wir in das Statut irgendwelche Vorschriften über die Berechtigung dieser Schule nicht aufnehmen könnten. Das betreffende Verfahren bei Errichtung neuer Schulen ist folgendes: Die Schulen werden zunächst eingerichtet, und wenn der Aufbau bis zur obersten Klasse erfolgt ist, wird eine Ablußprüfung vorgenommen. Wenn sich nun die Reichsschulkommission überzeugt, daß die Ziele der Schule ausweislich der Prüfung erreicht sind, dann erst wird der Schule die Berechtigung zur Erteilung von Abgangszeugnissen erteilt. Insofern haben wir von Anfang an auch bei Errichtung der Studienanstalt uns sagen müssen, daß die Berechtigungsfrage nicht gleich gelöst werden kann. Nun hat das Staatsministerium seinerseits Bedenken darüber geäußert, ob eine Verbindung der drei obersten Klassen mit dem Lehrerinnenseminar, wie wir sie haben wollten, geeignet wäre, den Antrag auf Anerkennung der Zeugnisse bei

den zuständigen Stellen einzubringen. Dadurch entsteht jetzt die schwierige Frage: Sollen wir unter diesen Umständen überhaupt an unserem Beschlusse, eine Studienanstalt zu errichten, festhalten, oder sollen wir die Sache fallen lassen? Die Zeit drängt, wie Sie alle wissen, im äußersten Maße. Wenn wir die Studienanstalt errichten wollen, dann müssen wir uns schnellig darüber schlüssig machen. Es liegen 16 Meldungen für die unterste Klasse vor, die jetzt eingerichtet werden soll, und es ist wohl anzunehmen, daß dauernd Schülerinnen für die Studienanstalt in genügendem Umfange vorhanden sein werden. Es ist sogar jetzt das Bedenken aufgetaucht, ob nicht für die Studienanstalt so viel Schülerinnen angemeldet werden, daß sie zusammen mit den Schülerinnen der obersten 3 Klassen des Seminars nicht unterrichtet werden könnten, so daß schon möglicherweise aus diesem Grunde die Verschmelzung, die wir angestrebt haben, bedenklich sein würde.

Meine Herren! Wir haben uns im Magistrat mit der Frage befaßt, was wir jetzt tun sollen? Ich will kein Hehl daraus machen: für die Eltern, deren Kinder angemeldet sind, die sich darauf verlassen haben, daß die Studienanstalt gemäß dem hier gefaßten Beschlusse ins Leben gerufen werden soll, wäre es ohne Frage nicht angenehm, wenn jetzt plötzlich beschlossen würde, daß die Stadt auf die Einrichtung der Studienanstalt verzichtet. Wir müssen uns jetzt darüber schlüssig werden, ob wir die Studienanstalt errichten wollen, auch wenn das Projekt so, wie wir es beschlossen haben, sich als undurchführbar erweisen sollte. In dieser Zwangslage habe ich Veranlassung genommen, auf gestern die Mitglieder der Schulkommission und die Mitglieder des Schulpfandes der höheren Mädchenschule zu einer Sitzung zusammenzuberufen und mit ihnen die Angelegenheit zu besprechen. Unter diesen Umständen, wo eine eingehende Vorberatung dieser Frage stattgefunden hat, ist es nicht unangebracht, wenn der Magistrat durch mich Sie ersuchen läßt, schon heute Ihrerseits, soweit Ihnen das angängig erscheint, sich hier über die Sache zu äußern. Daß die Entscheidung schwer ist, erkennen wir ohne weiteres an. Das äußerste, was geschehen müßte, wenn der Plan, wie wir ihn hier ausgearbeitet haben, später nicht durchgeführt werden könnte, wäre das, daß wir eine selbständige Studienanstalt ins Leben rufen müssen, falls die Stadt überhaupt eine solche unterhalten soll. Es sind deshalb auch schon gestern bei der Vorbesprechung die Kosten ermittelt, die dadurch erwachsen würden, wenn demnächst, also etwa nach zwei Jahren, eine selbständige Studienanstalt ins Leben gerufen werden müßte. Sie würden betragen:

Einmal ungefähr 60 000 M., weil noch 3 Klassen eingerichtet werden müssen. Der Betrag ist wohl etwas hoch gegriffen. Wir haben in der Nähe der

höheren Mädchenschule ein Grundstück gekauft und würden einen verhältnismäßig einfachen Bau im Zusammenhang mit der Schule ausführen können.

Schwerer wiegen die dauernden Ausgaben. Es würden für 5 Klassen sechs Lehrkräfte angenommen werden müssen, entweder Oberlehrer oder Oberlehrerinnen, und die Kosten, die dafür erwachsen, kann man auf annähernd 18—20 000 *M* pro Jahr überschlagen.

Es ist ja anzuerkennen, daß die Stadt für ihre Schulen jetzt schon sehr erhebliche Mittel aufwendet, und daß sie sich sehr wohl die Frage vorlegen kann: Würde eventuell auch diese größere Summe noch den Einwohnern zur Last gelegt werden können? Auf der anderen Seite, meine Herren, läßt sich nicht leugnen, daß eine solche Studienanstalt von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Es kommen fortwährend Fragen aus der Einwohnerschaft: Können wir unsere Kinder nicht irgendwie die Ziele der gehobenen 9klassigen Schulen erreichen lassen? Es ist Ihnen bekannt, daß der Staat in Rücksicht auf diese verschiedenen Anfragen es zugelassen hat, daß einige junge Mädchen in das Gymnasium auf der Breitenstraße aufgenommen sind. Es war aber gestern bei der Vorbesprechung allgemein die Ansicht verbreitet, daß es gleichwohl wünschenswert wäre, die Studienanstalt als selbständige Anstalt zu unterhalten, auch wenn der Staat Schülerinnen zur Ausbildung in die staatlichen höheren Schulen aufnimmt, und daß es selbstverständlich wäre, wenn die Studienanstalt errichtet werde, sie so einzurichten, daß sie selber die Abgangszeugnisse erteilen könne, daß also der Besuch der Studienanstalt nicht nur eine Vorbereitung zur Ausbildung ist und den jungen Mädchen anheimgegeben werden muß, sich von einer Kommission prüfen zu lassen.

Wenn man nun umherblickt, wie andere Städte vorgegangen sind, so finden wir in unserer ganzen Nachbarschaft, in Hildesheim, Hannover, Magdeburg, daß die Städte kein Bedenken getragen haben, selbständige Studienanstalten ins Leben zu rufen. Daß ihnen dadurch nicht unerhebliche Kosten erwachsen, ist selbstverständlich, und so kamen denn die Herren, die ich zur Vorbesprechung eingeladen hatte, in ihrer großen Mehrzahl zu der Ansicht, daß es wünschenswert wäre, auf jeden Fall auf Errichtung der Studienanstalt, sei es in der einen oder in der andern Form, zu bestehen. Wenn das aber geschieht, dann ist es wohl auch richtig, daß man mit dem Aufbau dieser Schule so bald wie möglich beginnt, denn man kann eine derartige Schule nicht auf einmal im vollen Umfange ins Leben rufen. Sie wird sich allmählich von der untersten zur obersten Klasse aufbauen müssen, und deshalb ist es wünschenswert, so bald wie möglich mit der Einrichtung der untersten Klasse zu beginnen.

Diese Frage steht jetzt zur Erörterung und zur Entscheidung. Es wäre dem Magistrat sehr lieb, wenn die geehrte Versammlung auf Grund dieses Vortrages sich schon darüber erklären könnte, wie sie sich zu der Sache stellt.

Ich will nur noch eins bemerken. Es ist auch die Frage erörtert, welchen Nachteil es für den Fall, daß später die Studienanstalt nicht beibehalten werden könnte, für die Mädchen hätte, die jetzt in die unterste Klasse und nächstes Jahr in die zweitunterste Klasse aufgenommen werden, wenn sie später in die höhere Mädchenschule zurückverwiesen werden müßten. Da ist uns gesagt, daß irgendwelche Bedenken nicht beständen. Die Mädchen würden nur etwas mehr gelernt haben als auf der höheren Mädchenschule, würden aber durch den Besuch dieser beiden Klassen nicht zurückkommen. Es würde natürlich in hohem Grade unliebsam empfunden werden, wenn wir jetzt Kinder von Einwohnern in die untersten Klassen aufnehmen würden, und ihnen nach zwei Jahren sagen müßten: „Es tut uns leid, wir wollen die Studienanstalt, da sie uns zu teuer wird, wieder auflösen. Nun geht zu, wie Ihr Eure Kinder unterbringt!“, denn alle diese Kinder haben selbstverständlich das Bestreben, nicht wieder in die höhere Mädchenschule zurückzukommen, sondern sie wollen weiter.

Es ist auch die Frage erörtert, ob man nicht den umgekehrten Weg beschreiten könnte, als wir in Aussicht genommen hatten, nämlich den, daß man sagte: Die Studienanstalt wird als Hauptsache betrachtet und wird errichtet, und die Klassen des Lehrerinnenseminars werden an die Studienanstalt angegliedert. Meine Herren, die Möglichkeit, so vorzugehen, liegt vor, aber ohne Bedenken ist auch diese Einrichtung nicht, weil doch nicht zu leugnen ist, daß den Seminaristinnen auf diese Weise die Erlernung manchen Wissens zugemutet wird, das sie sonst nicht brauchen. Dagegen wurde allerdings auch wieder angeführt, daß viele von den jungen Mädchen, die höhere Bildung zu erlangen suchen, wahrscheinlich in der Zukunft, wenn bei dem starken Andrang zum Seminar der Bedarf an Lehrerinnen nicht mehr groß sein wird, es vorziehen werden, die Studienanstalt zu besuchen zu dem Zwecke, um als Hauslehrerinnen und dergleichen in der Lage zu sein, in Familien Unterricht im Lateinischen und Griechischen zu erteilen, und da wurde naturgemäß die Frage erörtert, ob es nicht richtig wäre, nicht die Lehrziele der Oberrealschule als maßgebend anzunehmen — Herr Frede nicht verständnisinnig mit dem Kopfe, denn er hatte diese Frage angeregt —, sondern eine Gymnasialbildung vorzuziehen, also mit alten Sprachen. Das sind alles schwerwiegende Fragen, die wir in diesem Augenblicke gründlich nicht erörtern können.

Sollten die geehrten Herren heute sagen: „Wir sind nicht in der Lage, uns über diese Fragen heute schlußig zu machen,“ dann wird nichts übrigbleiben als zu versuchen, so schnell wie möglich Ihnen noch eine Vorlage auszuarbeiten, die

allerdings daselbe enthalten würde, was ich hier heute vorgetragen habe, und die Herren zu bitten, nochmals recht bald, wenn es gehen möchte, noch vor Ostern zusammenzukommen, damit wir wissen, was wir tun sollen. Ich sollte allerdings meinen, die Frage, die sich so zugespielt hat: „Soll die Stadt eine Studienanstalt errichten auch auf die Gefahr hin, daß sie später eine selbständige Studienanstalt unterhalten muß und will?“, dürfte die Mehrzahl von Ihnen schon heute entscheiden können. Dabei kommt es wesentlich darauf an, zu entscheiden: Halten wir es für wünschenswert, daß die Studienanstalt hier in der Stadt besteht mit Rücksicht auf die hiesigen Familien, auf den Zuzug von außen und dergleichen mehr? Das sind Fragen, die Sie verschiedentlich schon früher erörtert haben. Deshalb möchte ich Sie bitten, wenn es angängig ist, unsere Frage schon jetzt zu erörtern und uns Ihre Ansicht mitzuteilen.

Vorsitzender: Ich möchte in die Debatte nicht eingreifen, möchte aber zur Leitung der Debatte folgendes sagen: Die Frage, in welcher Weise später der Lehrplan geändert werden muß gegenüber dem jetzigen, wird, wie ich die Meinung der Mehrheit der Versammlung beurteile, nicht der entscheidende Punkt sein. Das ist mehr eine schultechnische Frage, über die wir freilich mit zu beraten haben, in der wir uns aber auf das Urteil der Sachverständigen verlassen müssen. Was uns in diesem Augenblicke zu entscheiden recht schwer sein wird, ist die Finanzfrage. Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt, wenn eine Studienanstalt als selbständige Organisation später sich als wünschenswert oder notwendig herausstellen sollte, so würden an einmaligen Kosten 60 000 M und an jährlichen Kosten 18—20 000 M erwachsen. Über diese Frage müssen wir uns in diesem Augenblicke entscheiden, ob wir diese Summe bewilligen wollen oder nicht. Nur möchte ich den Herrn Oberbürgermeister bitten, noch folgendes aufzuklären: Welche Summe haben wir nach unserm vorigen Beschluß bis jetzt bereits bewilligt? Damit würden wir einen Überblick haben, in welcher Weise unsere Finanzen mehr belastet würden, wenn wir der Idee des Magistrats folgen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Die Belastung, die durch die selbständige Studienanstalt der Stadt erwächst, ist selbstverständlich eine ganz erheblich höhere, als wenn der Plan, wie er früher beschlossen ist, zur Ausführung gebracht wird. Es werden erforderlich 12 000 M für Anschaffung von Lehrgegenständen, besonders für den naturwissenschaftlichen Unterricht. Die Ausgabe wäre allerdings auch nötig mit Rücksicht auf die jetzt weitergehenden Ziele des Seminars. So blieben schließlich für die Studienanstalt bei der Kombination mit dem Seminar nur Mehrkosten übrig in der Höhe des Gehalts für zwei

wissenschaftlich gebildete Lehrer, das sind vielleicht durchschnittlich 4000 *M* für jeden, = 8000 *M* pro Jahr. Es ist kein Zweifel, daß die Einrichtung so, wie wir sie aufnehmen wollten, für die Stadt in finanzieller Beziehung das allergünstigste war, und daß man nur bedauern kann, daß wir jetzt auf Schwierigkeiten stoßen und damit unser ganzes Programm mehr oder weniger über den Haufen geworfen wird. Aber ich wiederhole: Die Berechtigungsfrage darf in keiner Weise zweifelhaft bleiben. Wenn die zuständige höchste Stelle im Lande sofort erklärt: Wir tragen Bedenken, diese Einrichtung als vollwertig und genügend anzusehen, dann bleibt uns nichts übrig, als auf diese Einrichtung zu verzichten.

Vorsitzender: Zur Geschäftsordnung möchte ich bemerken: Ich bitte die Herren, sich zuerst über die Frage zu äußern: Wollen wir uns heute über diese Angelegenheit schlüssig werden oder eine Beratung in der nächsten Woche vornehmen?

Herr Eckhardt: Meine Herren! Eine besondere Vorlage des Magistrats würde weiter nichts enthalten als das, was der Herr Oberbürgermeister eben schon mitgeteilt hat. In der gestrigen Sitzung der Schulkommission und des Schulvorstandes der höheren Mädchenschule waren sich die Anwesenden, wie der Herr Oberbürgermeister schon sagte, mit dem Magistrate darüber einig, daß trotz allem eine Studienanstalt zu gründen sei. Wenn man berücksichtigt, daß der Zulauf zu der Studienanstalt schon jetzt so erheblich ist, so glaube ich, werden die geehrten Herren sich für diese Meinung, daß eine Studienanstalt zu schaffen sei, sehr schnell entscheiden. Es wird entschieden von großer Wichtigkeit für die Stadt sein, gegen andere Städte, die derartige Studienanstalten haben, in dieser Beziehung nicht nachzusehen. Ich bin dafür, daß wir über diese Angelegenheit jetzt gleich beraten.

Herr Frick: Ich möchte die Versammlung auch bitten, die Sache nicht zu verschleppen und nicht mit der Beratung bis zur nächsten Woche zu warten. Wir wissen schon heute von allem Bescheid, da der Herr Oberbürgermeister schon alles Nötige klar und deutlich gesagt hat, so daß wir uns ein Urteil bilden können. Die Sache darf nicht länger aufgeschoben werden, denn die Anmeldungen zur neuen Schule sind längst vollzogen, und der Direktor würde in die peinlichste Lage kommen, wenn er nicht sagen kann, wie es mit der Einrichtung der Studienanstalt wird. Darum bitte ich Sie, dem Antrage des Magistrats zu folgen und heute in die Beratung einzutreten.

Auf Anfrage des Herrn Vorsitzenden erklärt sich die Versammlung zur sofortigen Beratung der Angelegenheit bereit.

Herr Voge: Ich habe nichts über die Deckungsfrage gehört und würde meinen Beschluß davon abhängig machen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Kosten entstehen augenblicklich nicht mehr, als schon früher für die Studienanstalt bewilligt sind.

Herr Frede: Es ist wirklich ungemein schwer, angesichts dieser veränderten Verhältnisse sich für oder gegen die Sache zu erklären. Ich habe damals, als ich beantragte, die Sache auf eine andere Grundlage zu stellen, anerkennen müssen, daß dafür eine besondere Anstalt nötig sei. Die Rücksicht auf die großen Kosten hat damals die Versammlung und auch mich bewegen, davon Abstand zu nehmen, und ich habe meinen Antrag zurückgezogen. Wenn wir aber heute vor die Frage gestellt werden: Sollen wir damit rechnen, daß bei der Einrichtung der Studienanstalt eine besondere Anstalt ins Leben gerufen wird, oder sollen wir aus dem Grunde endgültig davon Abstand nehmen, so muß man sich folgende Umstände vor Augen halten. Wie der Herr Oberbürgermeister schon erklärt hat, haben eine Menge Städte in Preußen, die kleiner sind als Braunschweig, und viele, die mit Braunschweig gleich rangieren, seit längerer Zeit schon Studienanstalten. Sollen wir da zurückstehen? Sollen wir die hier ansässigen Eltern darauf verweisen, ihre Kinder auf die dortigen Anstalten zu schicken und riskieren, daß die ganze Familie Braunschweig verläßt? Und wenn Anfragen nach dem Bestehen einer solchen Anstalt in Braunschweig kommen, sollen wir dann sagen: „Wir bedauern!“ Rechnen muß Braunschweig entschieden damit, daß eine solche Anstalt auch hier einmal ins Leben gerufen werden muß.

Die Frage zu entscheiden, woher die Deckung genommen werden soll, ist, glaube ich, gar nicht so brennend. Kommt Zeit, kommt Rat! Zwei Jahre lang haben wir Zeit, darüber nachzudenken.

Der springende Punkt ist, daß jede Anstalt, mag sie so oder so aufgebaut sein, für ihre Tüchtigkeit durch das Examen wie durch den Lehrplan Rechenschaft ablegen muß. Die Umkehrung der Verbindung zwischen Seminar und Studienanstalt, daß also das Lehrerinnenseminar der Studienanstalt angegliedert wird, halte ich für diskutabel. Es würde das aber erst in Frage kommen, sobald sich ergeben würde, daß die Aufbringung der Mittel tatsächlich auf Schwierigkeiten stoßen würde. So deprimierend auch im ersten Augenblicke die Mitteilungen aus dem Ministerium auf uns einwirkten, so glaube ich, daß wir doch nicht ängstlich zu sein brauchen. Es wird sich schon ein Modus finden,

der uns die Last extragen läßt. Genau so, wie kleinere Städte, die schon länger eine Studienanstalt errichtet haben, müssen auch wir uns damit abfinden, daß wir eine moderne Forderung erfüllen müssen. Wenn wir heute sagen wollten: Wir stimmen nicht zu, so würde vielleicht in zwei Jahren dieselbe Forderung an uns herantreten, und wir müßten in den Apfel beißen, mag er nun sauer oder süß sein. Ich bin dafür, daß wir getrost den Schritt wagen.

Herr **Leinrecht**: Wenn ich an die vielen Zustimmungen denke, die ich aus hiesigen Familien wegen der Errichtung der Studienanstalt bekommen habe, so würde es mir furchtbar schwer werden, einzuwilligen, daß die Studienanstalt zum 1. April nicht eingerichtet werden sollte. Ich muß auch sagen, daß die erhöhten Kosten, die eventuell nach zwei Jahren uns erwachsen werden, mich nicht abhalten würden, für Errichtung einer selbständigen Studienanstalt einzutreten, weil das Bedürfnis darnach so groß ist. In unsern Nachbarstädten Hannover, Hildesheim und Magdeburg bestehen und blühen solche Anstalten, wie wir gehört haben. Deswegen wird es auch hier zur Notwendigkeit werden, eine Studienanstalt zu haben, selbst wenn eine besondere Anstalt dafür nötig wird. Wir müssen auch daran denken, daß wir bei unserer früheren Beschlusfassung schon in Aussicht genommen haben, daß uns eine selbständige Anstalt erwachsen würde. Wir hatten beschlossen, es sollten nicht mehr als dreißig Schülerinnen in einer Klasse sein. Nun höre ich, daß in der untersten Seminar-Klasse 24 Schülerinnen sind und für die unterste Klasse der Studienanstalt sich 16 Schülerinnen angemeldet haben. Wenn dieser Andrang zur Studienanstalt weiter so bleibt — und nach dem, was ich gehört habe, wird er so bleiben —, und wenn, was ich nicht sicher weiß, auch der Andrang zum Seminar derielbe bleibt, dann werden wir im dritten Jahre eine Schülerinnenzahl von 40 in der kombinierten Klasse haben. Dann müßten wir schon infolge dieses Umstandes daran denken, die beiden Klassen zu trennen und hätten dann schon von selbst eine selbständige Studienanstalt. Wenn die Schülerinnenzahl so groß ist, dann sehen wir, daß wir einem wirklichen Bedürfnis entgegenkommen. Es wird auch nicht schwer werden, die Kosten aufzubringen.

Wenn der Herr Oberbürgermeister erwähnt hat, es könne wohl darüber gesprochen werden, ob nicht anstatt der Realschulziele jetzt die gymnasialen Ziele, die Ziele des Reformrealgymnasiums in Frage kommen würden und die Studienanstalt demgemäß eingerichtet werden sollte, so möchte ich mich dagegen aussprechen. Wir wissen noch gar nicht, ob nicht doch noch eine Angliederung an das Seminar möglich ist. Wenn auch Bedenken seitens des Ministeriums augenblicklich geäußert sind, so können wir nicht wissen, ob diese Bedenken auch wirklich so stichhaltig sind, daß die Reichsschulkommission sich ihnen anschließen wird.

Haben wir einen andern Kursus in den beiden untersten Klassen der Studienanstalt eingeführt, dann sind die Schülerinnen, wenn sie dem Seminare angegliedert werden sollen, in einer unangenehmen Lage, weil dann die Angliederung nicht mehr möglich ist, denn unser Seminar verfolgt die Ziele der Oberrealschule. Herr Frede hat die Sache nicht noch einmal angeschnitten, und ich möchte bitten, heute davon abzusehen und es bei den Zielen der Oberrealschule zu belassen. Die Studienanstalt kann ruhig zum 1. April d. Js. eingerichtet werden, und die Kosten, die entstehen, können wir ruhig abwarten. So leid es mir auch tut, daß sie kommen werden, so meine ich doch, sie werden schon aufgebracht werden können im Interesse unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen.

Herr Hartung: Ich will mich kurz fassen. Wir haben damals mit Freuden begrüßt, daß nach dem Vorschlage des Magistrats ein derartiger Versuch gemacht werden soll, der mit wenig Kosten zum Ziele führt. Über die Ziele sind wir vollständig einverstanden gewesen, und ich glaube auch, nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß das auch heute der Fall ist. Wir können nichts anderes tun, als heute beschließen, es bei unserm früheren Beschlusse zu belassen und es der Zukunft anheimzugeben, welche Änderungen eintreten werden, und ob die gymnasiale Richtung mehr zum Ausdruck kommen wird. Jedenfalls wäre es ein großer Fehler, wo wir heute die Überzeugung haben können, daß die Anstalt lebensfähig ist, Bedenken zu tragen, auf dem einmal eingeschlagenen Wege fortzuschreiten. Ich bitte, der Errichtung der Anstalt zuzustimmen.

Herr Bähr: Wir haben seinerzeit dem Antrage, die Studienanstalt einzurichten, zugestimmt. Unsere Erwartungen sind allerdings nicht erfüllt worden, weil die finanziell vorteilhafte Einrichtung, wie sie von uns geplant war, nach der Ansicht der Regierung nicht von Vorteil ist für die Genehmigung der Berechtigungen. Wir können nun aber nicht ohne weiteres von unserm Beschlusse abgehen, denn das Bedürfnis, eine Studienanstalt zu errichten, haben wir durch unsern Beschluß anerkannt. Es kann uns also heute gleichgültig sein, in welcher Form die Studienanstalt errichtet wird, denn wir wollen unsern vorigen Beschluß nicht aufheben. Auf den finanziellen Punkt komme ich noch und werde auch einen Ausweg vorschlagen. Es muß also dabei bleiben, daß die unterste Klasse der Studienanstalt eingerichtet wird, und der Magistrat wird uns — so glaube ich wenigstens — späterhin eine Vorlage über die Kosten machen. Dann kann die Entscheidung getroffen werden, ob wir endgültig der Einrichtung einer selbständigen Studienanstalt zustimmen. Wenn die Stadtverordnetenversammlung dann den Beschluß fassen sollte: „Wir wünschen keine selbständige Studienanstalt,“ dann würden die 16 Kinder der untersten Klasse in ihren Unterrichts-

zielen keineswegs zurückkommen, sie würden sogar mehr gelernt haben, und der Übergang in die entsprechende Klasse der höheren Mädchenschule würde immer noch möglich sein. Was ich bezwecke, ist, daß der Magistrat veranlaßt wird, hier nicht sofort unsere Entscheidung anzurufen, und wir vor allen Dingen heute nicht einen endgültigen Beschluß über die selbständige Einrichtung fassen, sondern daß wir heute nur festsetzen: Die unterste Klasse wird errichtet unter den Voraussetzungen, die ich angeführt habe. Ich glaube, es läßt sich so machen, daß uns der Magistrat dann erst später eine Vorlage zugehen läßt, über die wir beschließen können.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Es ist selbstverständlich, daß Ihnen demnächst noch eine weitere Vorlage zugehen wird. Wir wollten heute nur eine Entscheidung, ob Sie im Prinzip mit der Errichtung der Schule einverstanden sind. Was die Kosten betrifft, so liegt es uns fern, zu sagen: Sie bewilligen damit heute 60 000 M. Es gibt noch alle möglichen anderen Pläne, die erwogen werden müssen. Es ist jetzt schon die Frage erörtert, ob man nicht die Studienanstalt in einem anderen städtischen Hause unterbringen kann. Das würde allerdings den Nachteil haben, daß man die wertvollen Einrichtungen des Lehrerinnen-Seminars in bezug auf naturwissenschaftlichen Unterricht nicht auch der Studienanstalt zugänglich machen kann. Deshalb wird es immer vorteilhafter sein, wenn man drei Klassenräume in der Nähe des jetzigen Schulgebäudes schafft. So viel Räume müßten wir allerdings haben, und die lassen sich auch für 60 000 M schaffen; wir bekommen sie vielleicht auch einmal billiger, wenn wir uns an einen tüchtigen Architekten wenden. Weiter sollen Sie sich heute nicht binden. Wenn Sie allerdings sagen: Trotz allen diesen Bedenken und Schwierigkeiten, die erwachsen sind, halten wir unsererseits an der Unterhaltung einer Studienanstalt durch die Stadt fest, dann darf, glaube ich, der Magistrat sich auch der Hoffnung hingeben, daß Sie im Notfalle auch größere Mittel für die selbständige Studienanstalt zu bewilligen bereit sein werden.

V o r s i e h e n d e r: Der Beschluß, den die Versammlung fassen soll, würde demnach lauten: „Die Versammlung erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, daß bereits am 1. April dieses Jahres eine Studienanstalt errichtet wird, und bewilligt die zu deren Unterhaltung nötigen Kosten.“

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich glaube, es ist am besten, die Kosten aus dem Beschlusse herauszulassen. Wenn die Studienanstalt selbständig werden soll und muß, und Sie heute sagen: „Auf jeden Fall wollen wir sie haben“, so können wir die Beschlufsfassung über die Kosten der Zukunft über-

lassen. Sie sollen für die nächsten zwei Jahre nicht mehr bewilligen, als Sie bereits zur Verfügung gestellt haben, aber nach unserm Wunsche heute schon Stellung zu der Frage nehmen: Soll die Stadt eventuell später eine selbständige Studienanstalt unterhalten?

V o r s i t z e n d e r: Ist die Versammlung bereit, grundsätzlich zuzustimmen, daß eine selbständige Studienanstalt nach dem 1. April errichtet wird?

Die Zustimmung ist erfolgt.

Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4 $\frac{1}{4}$ — 8 Uhr.

